

André Rathfelder

Auf der Suche nach Zukunft

Das ökologische politische Denken
im deutschsprachigen Raum



Nomos

Sustainable Development in the 21st Century

herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Rechkemmer (Itd. Hrsg.),
Hamad Bin Khalifa University, Doha

Dr. Kevin Collins,
The Open University, Milton Keynes

Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis,
WWU Münster

Prof. Dr. Edgar Grande,
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Prof. Dr. Hartmut Ihne,
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Assoc. Prof. Maria Ivanova,
PhD, University of Massachusetts Boston

Prof. Dr. Uwe Schneidewind,
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Prof. Dr. Wilhelm Vossenkuhl,
Ludwig-Maximilians-Universität München

Band 5

André Rathfelder

Auf der Suche nach Zukunft

Das ökologische politische Denken
im deutschsprachigen Raum



Nomos

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) –
Projektnummer 423920950

© Titelbild: NASA Earth Observatory image by Joshua Stevens, using MODIS data
from the Land Atmosphere Near real-time Capability for EOS (LANCE).
Caption by Kathryn Hansen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2023

1. Auflage 2023

© André Rathfelder

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-1111-7
ISBN (ePDF): 978-3-7489-4230-6

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748942306>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
– Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

„Ich glaube [...], daß sich erst im Licht der vollen gesellschaftlichen, politischen, ethischen Verantwortung für den Planeten das Selbstverständnis einer erwachsenen Menschheit bilden kann. Bislang sind wir in Platons Höhle gesessen und freuten uns an der Wärme des selbstentzündeten Feuers. Nun müssen wir hinaustreten ins Licht des faktischen Tages. Wir müssen lernen, die Welt und unseren Platz in ihr zu sehen – von Angesicht zu Angesicht. Die Welt, die unsere Heimat nicht werden wird, wenn wir nicht begreifen, daß sie die einzige Heimat ist, die wir je hatten, haben oder haben werden.“ (Carl Amery 1972, 250)

Vorwort

Wer sich auf der Suche nach potenziellen Antworten auf die ökologische Krise in der unübersichtlichen Landschaft ökologisch motivierter politischer Ideen zurechtfinden will, verliert schnell den Überblick. Aus dieser Erfahrung heraus ist dieses Buch entstanden. Es soll ein Nachschlagewerk und eine Landkarte im Hinblick auf die Ideengeschichte des ökologischen politischen Denkens sein. Damit ist es zugleich rückwärtsgerichtet und hoch aktuell, getragen von der Überzeugung, dass in mehr als 50 Jahren Nachdenken über die ökologische Krise ein Fundus entstanden ist, der für aktuelle Herausforderungen von Bedeutung ist. Wer beispielsweise heute ein Buch von Erhard Eppler aus den 1970er- oder frühen 80er-Jahren liest, wird überrascht sein, dass so viele kluge Ideen so wenig Beachtung in den nachfolgenden Diskursen, geschweige denn in der Realität jahrzehntelanger staatlicher Umweltpolitik fanden. Aber auch das Bewusstsein für problematische Tendenzen im ökologischen politischen Denken, die oft erst zum Vorschein kommen, wenn man Ideen und Ansätze zu Ende denkt, dürfte heute angesichts der langwährenden Diskussion durchaus ausgeprägter sein. Auch zu einer solchen kritischen Reflexion des Bestandes ökologischer politischer Ideen möchte diese Arbeit beitragen.

Das Buch entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Politik und Ethik der Endlichkeit“, das in Kooperation zwischen dem Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der Georg-August-Universität Göttingen und dem Philosophischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durchgeführt wurde. Allen Projektbeteiligten danke ich sehr für den gewinnbringenden fachlichen Austausch. Insbesondere gilt mein großer Dank Prof. Dr. Tine Stein und Prof. Dr. Konrad Ott, die diese Arbeit über Jahre hinweg mit vielen wichtigen Impulsen begleitet haben. Das Forschungsprojekt und somit auch die vorliegende Untersuchung wurden durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Mit ermöglicht wurde die Arbeit zudem durch ein Promotionsstipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes.

Widmen möchte ich dieses Buch all denjenigen, die über den Tellerrand der eigenen unmittelbaren Lebenswelt hinausblicken und gesellschaftlich-ökologische Fragen in ihr Denken und Wirken einbeziehen. Insbesondere gilt dies für die vielen jungen Menschen, die dieses Thema in den letzten Jahren immer wieder mühsam in das Bewusstsein der oft zukunftsvergesenen und selbstbezogenen Gesellschaft getragen haben. Gleichmaßen gehört dieses Buch den hier untersuchten ökologischen Denkerinnen und Denkern, von denen ich im Laufe der Jahre sehr viel gelernt habe.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
Teil A: Grundlagen	17
1 Einführung und Forschungsinteresse	17
2 Ökologisches politisches Denken	27
3 Methodische Herangehensweise	39
Teil B: Die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren	49
4 Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten	50
5 Schnittmengen und Differenzen in der Wachstumsfrage	65
6 Autoritäre Antworten: Öko-Diktatur und zentralisierte Planwirtschaft	75
7 Demokratische Antworten: zwischen Systemwechsel und ökologischer Modernisierung	119
8 Zwischen spiritueller Autorität und Öko-Anarchismus: der späte Bahro als „Sonderstimme“	223
9 Vertiefung: Religion als Ressource für ökologischen Wandel	257
10 Zwischenfazit	261
Teil C: Die zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens ab den späten 2000er-Jahren	271
11 Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten	273
12 Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus	281
13 Eingehegter Kapitalismus und Postwachstumspolitik	319
14 Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft	391
15 Zwischenfazit und Vergleich der beiden Zeitphasen	465

Inhaltsübersicht

Teil D: Das ökologische politische Denken – eine heterogene Denklandschaft	479
16 Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens	479
17 Plausibilisierung der Heterogenität	525
18 Ausblick	539
Literaturverzeichnis	545
Anhang	573
Zusatzkapitel	579

Inhaltsverzeichnis

Teil A: Grundlagen

1	Einführung und Forschungsinteresse	17
2	Ökologisches politisches Denken	27
2.1	Politisches Denken	27
2.2	Der ökologische Impuls: von unverbundenen Einzelproblemen zur Menschheitsherausforderung ökologische Krise	30
3	Methodische Herangehensweise	39

Teil B: Die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren

4	Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten	50
4.1	Geteilte Herausforderung: die ökologische Krise als totale Bedrohung	51
4.2	Unterschiedliche Antworten: Ausdifferenzierung und Strukturierung der Denklandschaft	60
5	Schnittmengen und Differenzen in der Wachstumsfrage	65
6	Autoritäre Antworten: Öko-Diktatur und zentralisierte Planwirtschaft	75
6.1	Die Ursachen der ökologischen Krise	76
6.2	Autoritäre Führung und zentralisierte Planwirtschaft als Alternative	82
6.2.1	Die Notwendigkeit autoritärer Führung in der ökologischen Krise	82
6.2.2	Ökologische Eliten und Institutionalisierungsansätze	90
6.2.3	Zentralisierte Plan- und Zuteilungswirtschaft	97
6.2.4	„Survivalism“ als Phänomen der 1970er-Jahre	105
6.3	Erklärende Hintergrundannahmen	107
6.4	Zusammenfassung	115

7	Demokratische Antworten: zwischen Systemwechsel und ökologischer Modernisierung	119
7.1	Krisenanalysen zwischen Modernisierungsdefiziten und fundamentaler Systemkritik	123
7.1.1	Modernisierungsdefizite: die ökologische Krise als Markt- und Politikversagen	123
7.1.2	Systemkritik: die ökologische Krise als Folge von Kapitalismus, Industrialismus und des durch sie geprägten Menschen	127
7.2	Geteilte Grundzüge in der Beantwortung der ökologischen Krise	137
7.2.1	Die Überlegenheit der Demokratie	137
7.2.2	Ein neues Ethos als Voraussetzung für eine nachhaltige Gesellschaft	144
7.3	Systemwechsel: Demokratisierung, Dezentralisierung und Überwindung des Kapitalismus	152
7.3.1	Geteilter Ausgangspunkt: Ausweitung dezentraler Autonomie	153
7.3.2	Ausdifferenzierung: zwischen dezentralisiertem Öko-Sozialismus und Öko-Kommunalismus	160
7.3.3	Öko-Sozialismus: dezentrale Autonomie im Rahmen eines demokratischen Sozialismus	162
7.3.4	Öko-Kommunalismus: Gesellschaftsorganisation nach „Biozönosprinzip“	181
7.3.5	Erklärende Hintergrundannahmen	192
7.3.6	Zusammenfassung	201
7.4	Modernisierung im System: ökologische Marktwirtschaft und Wachstumsunabhängigkeit bei Erhard Eppler	204
7.4.1	Alternativentwurf: ökologische Marktwirtschaft, Vertiefung der Demokratie und Abbau von Wachstumsabhängigkeiten	204
7.4.2	Ökologischer Wandel als Reformprozess: Die Sozialdemokratie öffnet sich der Zivilgesellschaft	212
7.4.3	Erklärende Hintergrundannahmen	215
7.4.4	Zusammenfassung	221

8	Zwischen spiritueller Autorität und Öko-Anarchismus: der späte Bahro als „Sonderstimme“	223
8.1	Die ökologische Krise als anthropologische Krise	225
8.2	Anthropologische Revolution, der neue Mensch und die Unsichtbare Kirche als Rettungsbewegung	231
8.3	Das „House of the Lord“ als spirituell-autoritäre Rettungsregierung	237
8.4	Spiritueller Öko-Kommunalismus als Langfristperspektive	244
8.5	Erklärende Hintergrundannahmen	247
8.6	Zusammenfassung	252
8.7	Exkurs: Veränderung in Bahros ökologisch-politischem Denken	254
9	Vertiefung: Religion als Ressource für ökologischen Wandel	257
10	Zwischenfazit	261
Teil C: Die zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens ab den späten 2000er-Jahren		
11	Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten	273
11.1	Geteilte Herausforderung: die ökologische Krise als existenzielle Bedrohung	273
11.2	Unterschiedliche Antworten: Ausdifferenzierung und Strukturierung der Denklandschaft	278
12	Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus	281
12.1	Krisenanalyse	282
12.1.1	Optimistische Positionierung in der Wachstumsfrage	282
12.1.2	Gemeinsame Grundzüge der Krisenbegründung	291
12.2	Alternativentwurf: ökologischer Kapitalismus	293
12.2.1	Grüne industrielle Revolution und ökologischer Kapitalismus	293
12.2.2	Handlungsfähiger Staat	300

12.2.3	Abbau von Wachstumsabhängigkeiten und die Frage kultureller Erneuerung	303
12.3	Prozess des Wandels: ökologische Transformation als Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	306
12.4	Erklärende Hintergrundannahmen	309
12.5	Zusammenfassung	317
13	Eingehogter Kapitalismus und Postwachstumspolitiken	319
13.1	Moderate Position: Einhegung des Marktes und Wachstumsunabhängigkeit	322
13.1.1	Krisenanalyse	322
13.1.2	Alternativentwurf: Effizienzrevolution und Postwachstumspolitiken	333
13.1.3	Prozess des Wandels: die Zivilgesellschaft als Impulsgeberin – der Staat als Transformationsinstrument	361
13.1.4	Erklärende Hintergrundannahmen	365
13.1.5	Zusammenfassung	367
13.2	Radikale Position: Suffizienzrevolution und schrumpfende Marktwirtschaft	368
13.2.1	Krisenanalyse	369
13.2.2	Alternativentwurf: Suffizienzkultur und wachstumsunabhängige Regionalökonomien	376
13.2.3	Prozess des Wandels: Suffizienzavantgarde, das verantwortliche Individuum und der untätige Staat	382
13.2.4	Erklärende Hintergrundannahmen	387
13.2.5	Zusammenfassung	389

14 Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft	391
14.1 Krisenanalyse	393
14.1.1 Wachstumspessimismus	393
14.1.2 Krisenbegründung: der Kapitalismus als Hauptursache	398
14.2 Alternativentwürfe	406
14.2.1 Zentralisierter Öko-Sozialismus	411
14.2.2 Dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus	417
14.2.3 Öko-Kommunalismus	427
14.2.4 Gemeinwohlökonomie	430
14.2.5 Schnittmengen und Trennlinien	439
14.2.6 Vertiefung: zur Kritik ökonomischer umweltpolitischer Instrumente	442
14.3 Prozess des Wandels: Die Zivilgesellschaft als Transformationstreiber	445
14.4 Erklärende Hintergrundannahmen	452
14.4.1 Zeitgenössischer „Survivalism“: Zentralismus als Erfordernis der Überlebenssicherung	452
14.4.2 Ökologie und die Verwirklichung einer besseren Gesellschaft	454
14.5 Zusammenfassung	462
15 Zwischenfazit und Vergleich der beiden Zeitphasen	465
Teil D: Das ökologische politische Denken – eine heterogene Denklandschaft	
16 Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens	479
16.1 Die Wachstumsfrage	480
16.2 Die Ursachen der ökologischen Krise	486
16.3 Kulturwandel und die Frage nach dem neuen Menschen	491
16.4 Nachhaltiges Wirtschaften	495
16.5 Zukunftsfähiges politisches System	505
16.6 Der Prozess des Wandels	517

Inhaltsverzeichnis

17	Plausibilisierung der Heterogenität	525
17.1	Divergente Prämissen präformieren die konkurrierenden Positionen	525
17.2	Das ökologische politische Denken und das tradierte Spektrum des politischen Denkens	529
18	Ausblick	539
	Literaturverzeichnis	545
	Anhang	573
I.	Handlungsfelder staatlicher Nachhaltigkeitspolitiken	573
II.	Überblickstabelle: Die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken	576
III.	Abkürzungsverzeichnis	578
	Zusatzkapitel	579
I.	Forschungsstand	579
II.	Auswahl des Untersuchungsmaterials für Zeitphase 1	588
III.	Auswahl des Untersuchungsmaterials für Zeitphase 2	606

Teil A: Grundlagen

1 Einführung und Forschungsinteresse

„Frieden schließen mit der Natur“ lautet der Titel des 2021 veröffentlichten Reports des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zum Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen. UN-Generalsekretär António Guterres leitet mit folgenden Worten ein:

„Die Menschheit führt einen Krieg gegen die Natur. Das ist sinnlos und selbstmörderisch. Die Folgen unserer Rücksichtslosigkeit sind bereits heute sichtbar: menschliches Leid, gewaltige wirtschaftliche Verluste und die zunehmende Vernichtung des Lebens auf der Erde. [...] Frieden mit der Natur zu schließen, ist die entscheidende Aufgabe für die kommenden Jahrzehnte.“ (UNEP 2021, 4)

Was dann im Bericht folgt, ist die Darstellung der dramatischen Situation, in der sich die Menschheit mit Blick auf ihre natürlichen Lebensgrundlagen befindet. Die Biodiversität sinkt rapide und die Autoren und Autorinnen gehen von einer Beschleunigung des Artensterbens in den kommenden Jahrzehnten aus. Die Populationen wild lebender Wirbeltiere sind alleine in den letzten 50 Jahren im Durchschnitt um 68% zurückgegangen. Auch für den Verlust fruchtbarer Böden sagt der Bericht eine Beschleunigung voraus. Mitte des Jahrhunderts werden degradierte Flächen voraussichtlich mehr als 20%, naturnahe Flächen nur noch 10% der Landfläche bedecken. Der Klimawandel hat bereits heute deutlich spürbare Auswirkungen wie häufigere und intensivere Extremwetterereignisse, veränderte Niederschlagsmuster, sich ausdehnende Trockenzonen und steigende Meeresspiegel. Auch für den Bereich Umweltverschmutzung werden erschreckende Zahlen zusammengetragen. Diese führt schätzungsweise zu rund 9 Millionen vorzeitigen Todesfällen pro Jahr. Jährlich gelangen bis zu 400 Millionen Tonnen Schwermetalle, Lösungsmittel, giftige Schlämme und andere Industrieabfälle in die Gewässerkörper. In den Weltmeeren hat sich die Verschmutzung durch Kunststoffe seit 1980 verzehnfacht. Durch Düngemiteleintrag haben sich sogenannte „tote Zonen“ in der Größe des Vereinigten Königreichs gebildet. (UNEP 2021, 20-26)

Zwischen den verschiedenen Problemfeldern, so der Bericht, ergeben sich verstärkende Wechselwirkungen. Beispielsweise wird für eine Klimaerwärmung um durchschnittlich 3°C davon ausgegangen, dass für 25-50% der terrestrischen Arten mehr als die Hälfte des Verbreitungsgebiets verloren geht. Der Bericht warnt zudem vor enormen sozio-ökonomischen Folgen. Es drohen u.a. eine deutliche Intensivierung und Ausweitung von Armut, schwerwiegende Probleme bei der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung, enorme Migrationsströme sowie die Zunahme von (gewaltsamen) Konflikten um natürliche Ressourcen (ebd.). Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend betont der Bericht den enormen zeitlichen Handlungsdruck. Das kommende Jahrzehnt sei der entscheidende Handlungszeitraum für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, weswegen es sofortiger Maßnahmen bedürfe (ebd., 9, 31).

Die Lektüre des Berichts und die Dringlichkeit der Handlungsaufforderungen rufen unweigerlich ein Jubiläum in Erinnerung, das im letzten Jahr aufgrund des Krieges mitten in Europa und der Corona-Pandemie weitgehend unbemerkt blieb. 2022 jährte sich die Veröffentlichung der *Grenzen des Wachstums* zum fünfzigsten Mal. Der Bericht an den Club of Rome aus dem Jahr 1972 katapultierte die ökologische Krise als globale Fundamentalherausforderung erstmals in das breite öffentliche Bewusstsein, insbesondere in den reichen Industrienationen (Marten 1983, 1; Steurer 2002, 8f). Auch dieser Bericht beschrieb eine, zum Teil an anderen, zum Teil an den gleichen Symptomen abzulesende ökologische Krise als fundamentale Herausforderung für die Stabilität menschlicher Gesellschaften. Zusammenbrüche seien nur zu verhindern, so die Schlussfolgerung des Reports, wenn zur Jahrtausendwende, also heute vor 20 Jahren, der Übergang zu einer globalen Gleichgewichtswirtschaft ohne Wachstum und mit konstanter Bevölkerungszahl gelinge. Dafür müssten schnellstmöglich die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden (Meadows et al. 1972, 17, 147ff, 154ff). Zwar haben sich viele der in den *Grenzen des Wachstums* getroffenen Vorhersagen, insbesondere zur Verknappung wichtiger Rohstoffe, nicht bewahrheitet. Die Kernbotschaft des jüngsten UNEP-Reports wird aber bereits 1972 richtig vermittelt: Durch die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen werden die Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen massiv unterminiert, was in absehbarer Zukunft zu drastischen sozialen Verwerfungen führen kann.

Ist also zwischen 1972 und 2022 nichts passiert? Diese Frage zu bejahen, würde den umweltpolitischen Entwicklungen und Errungenschaften

der letzten Dekaden nicht gerecht. Bereits 1972 fand in Stockholm die erste internationale Umweltkonferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen statt. Es folgte allein in den 1970er-Jahren eine Vielzahl weiterer UN-Konferenzen mit Umweltbezug.¹ In vielen umweltpolitischen Themenfeldern wurden internationale Übereinkünfte getroffen. Die „International Environmental Agreements Database“ zählt mittlerweile mehr als 3000 multilaterale und bilaterale Umweltabkommen (Mitchell et al. 2020). Im Dezember 2015 verständigten sich fast alle Länder der Welt in Paris auf ein gemeinsames Vorgehen zur Abmilderung der Klimakrise. Das Ozonloch schließt sich mittlerweile wieder, was in erster Linie auf die international abgestimmte Ozonpolitik zurückzuführen ist (UNEP 2021, 23f). Immer wieder, zuletzt durch die sogenannten „Sustainable Development Goals“, hat sich die Weltgemeinschaft, zumindest formell, dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtet. Auch auf nationaler Ebene sind Erfolge zu verzeichnen. In den reichen Industrienationen wurden die meisten sichtbaren Umweltprobleme, wie v.a. Luft- und Gewässerverschmutzungen, durch staatliche Umweltpolitik durchaus erfolgreich adressiert (Jänicke et al. 2003, 125). Gleichzeitig hat sich z.B. in Deutschland die Anzahl von Schutzgebieten vervielfacht (Statistisches Bundesamt 2022).

Auch jenseits der Policy-Ebene ist viel geschehen. In mehreren Wellen, zuletzt angestoßen durch „Fridays for Future“, setzten und setzen sich starke zivilgesellschaftliche Bewegungen für Umweltbelange ein. Umweltverbände sind heute in vielen demokratischen Staaten ein wichtiger Akteur im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Immer mehr Menschen beziehen ökologische Erwägungen in ihre persönlichen Konsum- und Investitionsentscheidungen ein. In vielen Ländern haben sich grüne Parteien als fester Bestandteil der Parteienlandschaft etabliert und regieren teilweise mit. Umweltpolitik hat sich zu einem eigenständigen Politikfeld entwickelt, was sich nicht zuletzt in entsprechenden Ressortzuschnitten zeigt.

Doch können diese Entwicklungen und partiellen Erfolge das Gesamtbild nicht substanziell verändern: „Seit der Konferenz von Stockholm im Jahr 1972 sind die ökologischen Herausforderungen für die Menschheit immer umfangreicher und gravierender geworden. Sie haben sich zu einem planetarischen Notfall entwickelt“ (UNEP 2021, 9). Das Gros der selbst gesteckten Ziele in den einzelnen Krisenfeldern wurde oder wird absehbar

1 1974 zur Bevölkerungsproblematik und zur Nahrungsmittelversorgung, 1977 zur Ausbreitung von Wüsten und zum Thema Wasser, 1979 zum Klimawandel.

verfehlt (ebd., 20ff). Das Wirtschaftswachstum konnte bisher weder global noch in einzelnen Ländern absolut vom Umweltverbrauch entkoppelt werden, bleibt aber prioritäres Politikziel (Döring 2019). Die kollektiven und individuellen ökologischen Fußabdrücke haben sich in den reichen Industrienationen seit den 1970er-Jahren, trotz eines teilweise bewussteren Konsumverhaltens, deutlich vergrößert (WWF 2020, 56ff). Kurzum: Eine befriedigende Antwort auf die ökologische Krise wurde bisher nicht gefunden. Die massive Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreiten voran. In Anlehnung an das eingangs abgedruckte Zitat von Carl Amery lässt sich dies auch anders formulieren: Der Schritt aus Platons Höhle hin zu einer erwachsenen Verantwortungsübernahme für den Planeten Erde wurde bisher nicht gegangen.

Was also tun, wenn die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen? Wie kann „Frieden mit der Natur“ geschlossen werden? Wie müssen und können sich insbesondere die westlichen Wohlstandsgesellschaften verändern, um dem Anspruch ökologischer Nachhaltigkeit gerecht(er) zu werden? Dies sind genuin politische Fragen, denn die Antwort auf die ökologische Krise ist dieser nicht immanent (Raschke 1993, 68). Dementsprechend wurde seit den 1970er-Jahren eine Vielzahl stark divergenter Positionen zur ökologischen Frage entwickelt. Während beispielsweise von der einen Seite die Notwendigkeit zur Überwindung des Kapitalismus als zentrale Krisenursache betont wird, erblicken andere die Lösung in einem ökologischen Kapitalismus. Während einerseits die Demokratie als maßgebliches Hindernis für den Ausweg aus der ökologischen Krise gesehen wird, beschreiben andere die Vertiefung der Demokratie als Voraussetzung für denselben. Während Wachstumskritiker eine rasche Abkehr vom Wirtschaftswachstum anmahnen, plädieren andere für ökologisches Wachstum, das Wohlstandssteigerung und Nachhaltigkeit zusammenführt.

Die heterogene politische Denklandschaft der Antwortsuche auf die ökologische Krise kann mit Stein als „ökologisches politisches Denken“ bezeichnet werden (2016).² Das ökologische politische Denken nimmt die Diagnose der ökologischen Krise zum Ausgangspunkt für ein grundlegen-

2 Im angelsächsischen Sprachraum werden häufig die Bezeichnungen „green political thought“ oder „green political theory“ verwendet, um diese Denkströmung zu fassen oder sich darin zu verorten (z.B. Goodin 1992, Dobson 1995, Carter 1999, Barry 2014). „Grünes politisches Denken“ als deutsche Übersetzung würde jedoch einen zu starken Bezug zu den GRÜNEN als Partei implizieren. Das hier untersuchte ökologische politische Denken ist explizit breiter angelegt und beschränkt sich nicht auf das politische Denken im Umfeld der GRÜNEN.

des Nachdenken über Staat, Wirtschaft, Kultur und damit Gesellschaft im Allgemeinen. In Anlehnung an Münkler/Straßenberger kann das ökologische politische Denken auch als „Archiv“ (2016, 15) ökologisch motivierter politischer Ideen beschrieben werden. Auf dieses Archiv bzw. das ökologische politische Denken und seine politischen Ideen bezieht sich das Forschungsinteresse dieser Arbeit. Bisher herrscht in diesem Archiv, bildlich gesprochen, großes Durcheinander. Zwar hat sich im Laufe der Zeit ein beachtlicher Bestand angesammelt, der aber verstreut und weitgehend unsystematisch herumliegt. Teilweise wurde versucht etwas Ordnung einzuführen, was aber nur in Einzelfällen über ein erstes Staubwischen hinausreichte (vgl. Zusatzkapitel I zum Forschungsstand). Dabei wäre es im Angesicht der Permanenz der ökologischen Krise eine vordringliche Aufgabe der politischen Ideengeschichte, das Archiv des ökologischen politischen Denkens zu pflegen. Insbesondere für den deutschsprachigen Diskurs, auf den sich die vorliegende Arbeit fokussiert, fehlt die erforderliche „Archivpflege“ (Münkler/Straßenberger 2016, 18). Beispielhaft verdeutlichen lässt sich diese Abstinenz daran, dass ökologisch motivierte politische Ideen in Überblickswerken zur (neueren) Geschichte des politischen Denkens regelmäßig fehlen (vgl. Salzborn 2018, Brocker 2018, Fetscher/Münkler 1987, Hartmann/Offe 2011, Llanque 2008, Münkler/Straßenberger 2016).³

Die vorliegende Arbeit verschreibt sich der Aufgabe der „Archivpflege“. Ziel ist somit nicht, eigene Antworten auf die ökologische Frage zu geben, sondern den Fundus der diesbezüglichen Ideen aufzuarbeiten und eine umfassende, tiefgreifende Kartierung dieser Denklandschaft vorzunehmen. Diesem Ansinnen liegen vier Überzeugungen zugrunde. Erstens können auch zeitlich zurückliegende politische Ideen zur Bearbeitung gegenwärtiger Problemlagen beitragen und politische Entscheidungen informieren (Gabrielson et al. 2019b, 7f). Deshalb sollten die vorgebrachten ökologisch-politischen Ideen zumindest nicht unbesehen und damit unreflektiert in die Bedeutungslosigkeit des Vergangenen verabschiedet werden. Zweitens kann eine fundierte Aufarbeitung der konkurrierenden Positionen das Verständnis für die Kontroversen dieser Denklandschaft vertiefen und so zu einer zielführenderen Debatte beitragen. Drittens besteht die Hoffnung, mit der Kartierung des ökologischen politischen Denkens all denjenigen Anhaltspunkte geben zu können, die in Anbetracht der teilweise schwer

3 Es gibt auch Ausnahmen, bei denen ökologische Denker bzw. das ökologische politische Denken an sich zumindest am Rande vorkommen (z.B. Ottmann 2012, Salzborn 2017, Bröckling/Feustel 2012).

erträglichen Lücke zwischen ökologischer Problemsituation und politischer Wirklichkeit einerseits und der kaum überschaubaren Fülle von Lösungsvorschlägen andererseits nach Orientierung suchen. Dies bezieht sich insbesondere auf die vielen jungen Menschen, die ihrer Verzweiflung mit Blick auf die Klimakrise in den letzten Jahren lautstark Ausdruck verliehen haben. Viertens ist die „Archivpflege“ auch im engeren fachdisziplinären Sinne wichtig. Für die normative politische Theorie wird das Archiv politischer Ideen zum Laboratorium, in welchem im Rückgriff auf das bereits Gedachte nach Antworten auf gegenwärtige Problemlagen gesucht wird (Münkler/Straßenberger 2016, 15f).

Wie muss eine „Archivpflege“ aussehen, welche die beschriebenen Funktionen zu erfüllen vermag? Die Arbeit verfolgt zwei maßgebliche Intentionen. Erstens zielt sie darauf ab, das ökologische politische Denken im deutschsprachigen Raum erstmals umfänglich zu erfassen und zu kartieren. Dazu werden folgende Forschungsfragen gestellt:

1. Welche ideenpolitisch relevanten Antworten auf die ökologische Krise hat das ökologische politische Denken hervorgebracht?
2. Welche Grundpositionen lassen sich im ökologischen politischen Denken differenzieren?
3. An welchen zentralen inhaltlichen Trennlinien fächert sich das Spektrum des ökologischen politischen Denkens auf?
4. Wie verändern sich das ökologische politische Denken und das Spektrum divergenter Positionen im Zeitverlauf?

Als politikwissenschaftliche Arbeit beziehen sich diese Forschungsfragen insbesondere auf die institutionelle Dimension der vom ökologischen politischen Denken hervorgebrachten Alternativentwürfe. Diese institutionelle Dimension kann aber nicht losgelöst von anderen Dimensionen betrachtet werden, da die strukturellen Veränderungen beispielsweise oft im Rahmen eines veränderten kulturellen Settings gedacht werden.

Auch wenn sich diese ersten vier Forschungsfragen auf die deskriptiv-analytische Darstellung der Denklandschaft des ökologischen politischen Denkens beziehen, verfolgt diese Arbeit nicht primär ein „breites“ Forschungsinteresse. Einem solchen breiten Forschungsinteresse ginge es darum, die größtmögliche Zahl öko-politischer Positionen zu verarbeiten, um so ein möglichst vollständiges und detailliertes Bild des ökologischen politischen Denkens zu zeichnen. Vielmehr werden in der vorliegenden Untersuchung ausgewählte Positionen sehr intensiv in den Blick genommen. Denn ein zentrales Anliegen der Arbeit ist es, auch ein tiefes Ver-

ständnis dieser heterogenen Strömung zu entwickeln. Dies stellt die zweite maßgebliche Intention der Arbeit dar. Mit „tiefem Verständnis“ ist dabei gemeint, die konkurrierenden Positionen nicht nur auf explizit-argumentativer Ebene nachzuvollziehen, sondern mit Bezug auf die impliziten Hintergrundannahmen erklärbar zu machen. Dies verweist auf Aspekte wie z.B. Menschenbilder, Grundwertverständnisse, Ideen des guten Lebens oder Staats- und Politikverständnisse, welche die jeweiligen Positionen präformieren. Ein solches tiefes Verständnis der Positionen ermöglicht es, die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens und die zeitliche Permanenz dieser Heterogenität verständlich zu machen. Anders formuliert geht es um die Hintergrundannahmen, die für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft verantwortlich zeichnen. Dadurch kann aufgezeigt werden, *warum* im ökologischen politischen Denken so unterschiedliche Antworten auf die geteilte Herausforderung der ökologischen Krise gegeben werden. Folglich lautet die fünfte Forschungsfrage:

5. Auf welche divergierenden Hintergrundannahmen lassen sich die konkurrierenden Positionen und damit die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens zurückführen?

Diese Frage verweist auch auf das Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens. Im ökologischen politischen Denken versammeln sich Denker und Denkerinnen ganz unterschiedlicher ideologischer Prägung, z.B. aus konservativer, sozialistischer oder liberaler Richtung. Diesbezüglich ist zu untersuchen, inwiefern sich diese Prägung auf die vertretenen öko-politischen Positionen auswirkt.

Das durch diese Forschungsfragen gekennzeichnete Forschungsinteresse ist in zwei Richtungen einzugrenzen. Einerseits wird der Untersuchungsgegenstand auf das deutschsprachige ökologische politische Denken beschränkt, was zwei Gründe hat. Erstens dient dies der forschungspragmatischen Eingrenzung des Untersuchungskorpus. Insbesondere für das Ziel des tiefen Verständnisses ist dies erforderlich. Zweitens ist die Forschungslücke zum deutschsprachigen ökologischen politischen Denken besonders groß. Während es zum englischsprachigen „green political thought“ zumindest für die Frühphase einige fundierte und umfassendere Untersuchungen gibt (vgl. v.a. Eckersley 1992, Dryzek 1997, Carter 2001, siehe ausführlicher Zusatzkapitel I), fehlen diese für den deutschsprachigen Kontext weitestgehend. Andererseits wird das Forschungsinteresse so eingegrenzt, dass es um Transformationsentwürfe mit Blick auf die demokratisch verfassten Wohlstandsgesellschaften geht. Diese Eingrenzung erfolgt aus meh-

ren Gründen. Zunächst dient auch diese der forschungspragmatischen Handhabbarkeit. Außerdem ist zu konstatieren, dass das deutschsprachige ökologische politische Denken vielfach einen (zum Teil unreflektierten) Fokus auf die Transformationsherausforderungen hierzulande hat. Der Untersuchungskorpus selbst weist somit den oben angezeigten Fokus auf. Darüber hinaus erscheint die Fokussierung auf die Wohlstandsgesellschaften von besonderem Interesse. Die sogenannten Industrienationen sind mit ihrem stark überproportionalen Zugriff auf Ressourcen und die natürlichen Senken die historisch ausschlaggebenden und, zusammen mit einigen aufstrebenden Volkswirtschaften, bis heute maßgeblichen Verursacher vieler globaler ökologischer Problemlagen. Gleichzeitig fungieren sie in vielerlei Hinsicht als Vorbild für die nachholende Entwicklung in bisher ärmeren Weltregionen. Wenn ihnen diese Vorbildfunktion tatsächlich zukommt, könnten sie diese potenziell auch bezüglich der Transformation in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit ausfüllen. Eine Nachhaltigkeitstransformation in den reichen Wohlstandsgesellschaften erscheint also besonders vordringlich.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit besteht aus vier Teilen. Teil A widmet sich den Grundlagen, die für das Verständnis, die Nachvollziehbarkeit und die Einordnung der nachfolgenden Untersuchungen erforderlich sind. Dafür wird in Kapitel 2, das sich an diese Einführung anschließt, ein fundierteres Verständnis vom Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit, dem ökologischen politischen Denken, erarbeitet. Dazu gilt es zunächst einen Begriff des politischen Denkens zu entwickeln, bevor aufzuzeigen ist, wie die Ökologie zum Gegenstand des politischen Denkens wurde. Kapitel 3 umfasst die Vorstellung der methodischen Herangehensweise.

Die Teile B und C befassen sich mit der Untersuchung des ökologischen politischen Denkens. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf zwei ausgewählte Zeitfenster (Teil C: frühe 1970er-Jahre bis Mitte der 1980er-Jahre, Teil D: ab Mitte der 2000er-Jahre), in denen das ökologische politische Denken besonders kontrovers war bzw. ist. Ziel ist, die Denklandschaft in diesen beiden Zeitphasen zu erfassen, zu kartieren und ein tiefes Verständnis für deren Ausdifferenzierung zu entwickeln. Im Zwischenfazit zu Teil C werden auch die Verschiebungen und Kontinuitäten zwischen beiden Zeitphasen beleuchtet.

In Teil D löst sich der Fokus von der konkreten Analyse des Untersuchungsmaterials und richtet sich in übergeordneter Perspektive auf das

ökologische politische Denken. In beiden Zeitphasen differenziert sich die Denklandschaft an den gleichen Trennlinien aus, die sich deshalb als „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ fassen lassen. Zudem wird resümierend auf die Frage eingegangen, wie sich die Heterogenität dieser Denklandschaft erklären lässt. Ein Ausblick beschließt diese Untersuchung.

Lesehinweise

- 1 Das Buch ist so verfasst, dass die einzelnen Kapitel zu den konkurrierenden Grundpositionen des ökologischen politischen Denkens in Teil B und Teil C für sich stehen können und ohne Gesamtlektüre des Buches zu verstehen sind. Hintergrund ist, dass das Buch auch als Nachschlagewerk bezüglich ökologisch motivierter politischer Ideen angelegt ist. Aus dieser Herangehensweise ergeben sich bei Lektüre des gesamten Buches einige Redundanzen. Insbesondere werden Argumente, die sich bei verschiedenen Positionen ähneln oder überschneiden, jeweils dargelegt und nicht durch Querverweise ausgespart.
- 2 Am Ende jeder aufgearbeiteten Grundposition findet sich eine kurze Zusammenfassung dieser Position. Diese Zusammenfassungen sind für die eiligen Leser und Leserinnen gedacht, die sich einen groben Überblick über eine Position verschaffen wollen, ohne im Detail einzusteigen.
- 3 Es gibt zu diesem Buch einen Anhang sowie drei Zusatzkapitel. Der Anhang umfasst zwei weiterführende Materialien, die bei Interesse konsultiert werden können. Zudem wird ein Abkürzungsverzeichnis bereitgestellt. Das Zusatzkapitel I arbeitet den Forschungsstand zum ökologischen politischen Denken im deutschen Sprachraum auf. Die Zusatzkapitel II und III stellen detailliert den Prozess und die Ergebnisse der Auswahl des Untersuchungsmaterials für die beiden analysierten Zeitphasen vor. Dabei wird auch auf die Bedeutung der einzelnen öko-politischen Denkerinnen und Denker und ihrer Werke eingegangen. Das generelle Vorgehen bei der Materialauswahl wird auch im Hauptteil kurz vorgestellt (Kap. 3).

2 Ökologisches politisches Denken

Der Forschungsgegenstand dieser Arbeit ist das ökologische politische Denken. Dies kann in zwei Schritten konkretisiert werden. Erstens gilt es zu klären, was im vorliegenden Zusammenhang unter politischem Denken zu verstehen ist. Zweitens ist aufzuzeigen, wie die Ökologie zum wichtigen Gegenstand des politischen Denkens wurde und das entsteht, was sich als ökologisches politisches Denken bezeichnen lässt.

2.1 Politisches Denken

Eingangs wurde dargelegt, dass sich die vorliegende Untersuchung für die Ideen interessiert, die das politische Denken in Anbetracht der ökologischen Krise entwickelt hat. Der Begriff des politischen Denkens ist bewusst gewählt, da sich das Forschungsinteresse dieser Arbeit weniger auf politische Theorie i.e.S. bzw. den akademischen Fachdiskurs, sondern auf Ideen mit politischem Gestaltungsanspruch richtet. Das politische Denken ist in der Politikwissenschaft ein ebenso weit verbreiteter wie uneinheitlich verwendeter Begriff (Richter 2009b, 2; Ottmann 2001, 2). Die Uneindeutigkeit des Begriffs liegt nicht zuletzt daran, dass der Gehalt des „Politischen“ selbst wesentlich umstritten ist: „political thought will embrace whatever we decide to bunch together under the term ‘political’” (Freeden 2013, 31). In diesem Begriffsstreit um den Gehalt des „Politischen“ muss sich die vorliegende Untersuchung nicht verorten, da eine Minimaldefinition ausreichend ist: Politik bezieht sich auf die Regelung der öffentlichen und kollektiven Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen (Rohe 1994, 28; Zapf 2011, 15). Wenn es also im Folgenden um die Erforschung politischen Denkens geht, wird mit dem Adjektiv *politisch* angezeigt, dass es um Ideen bzw. Vorschläge geht, welche die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten beeinflussen und diese informieren wollen. Als erste Annäherung kann politisches Denken daher mit Stein als „Nach-Denken über Politik“ verstanden werden, das von einem bestimmten Problem ausgehend in „problemlösender Absicht die politische Praxis beraten und an die Öffentlichkeit in reflektierter Form appellieren“ will (2016, 203). Der Begriff des politischen *Denkens* wiederum wird gewählt, weil er v.a. in Abgrenzung zu Begriffen wie „politische *Theorie*“ oder „politische *Philosophie*“ betont, dass politisches Denken nicht nur der akademischen Welt offensteht, sondern weit über diese hinausweist.

Diese ersten Annäherungen sind konkretisierungsbedürftig. Dazu lässt sich das politische Denken im Rückgriff auf Ottmann, Greven und Stein mittels fünf Eigenschaften charakterisieren:

Erstens ist politisches Denken problemorientiertes Denken, d.h. es nimmt seinen Ausgang in der Wahrnehmung bestimmter Probleme und Herausforderungen, die den Anlass und Impuls für die tiefere politische Reflexion geben. Dadurch ist politisches Denken immer auch in einen spezifischen regionalen und zeitlichen Kontext eingebettet. (Greven 2007, 10; Ottmann 1996, 6; Stein 2016, 203)

Daraus folgt zweitens, dass politisches Denken in erster Linie praktisches Denken ist, das heißt, es wird von einem Interesse an politischer Einmischung geleitet. Dabei kann die Distanz zwischen der politisch denkenden Person und dem politischen Problemdruck sehr unterschiedlich sein. Generell hat politisches Denken aber immer die Intention, politisches Handeln zu beeinflussen. Dementsprechend sind Beiträge, die sich auf die Analyse bestimmter Probleme oder Situationen beschränken, daraus aber keine Schlussfolgerungen für politisches Handeln ableiten, nicht Ausdruck von politischem Denken. Aus diesem politischen Gestaltungsanspruch folgt auch, dass politisches Denken in erster Linie auf die breite Öffentlichkeit und nicht primär auf die akademische Welt gerichtet ist. (Ottmann 1996, 6; Greven 2007, 31; Stein 2016, 204; Münkler/Straßenberger 2016, 18f)

Drittens steht politisches Denken grundsätzlich jedem offen, weil jeder eine politische Meinung basierend auf Gründen haben bzw. entwickeln kann. Es gibt daher keine Individuen oder Gruppen, die einen privilegierten Zugang zum politischen Denken haben. Das bedeutet auch, dass das Ausüben politischen Denkens nicht einer bestimmten wissenschaftlichen Disziplin oder gesellschaftlichen Gruppe zugeordnet werden kann. Demzufolge stammt politisches Denken oft auch aus nicht-akademischen Quellen. (Ottmann 1996, 6; Greven 2007, 11)

Viertens und damit zusammenhängend kann politisches Denken zwischen bloßer Meinungsäußerung und politischer Theorie verortet werden. Politisches Denken ist einerseits „mehr“ als politisch-programmatisches Sprechen, da es immer durch Gründe unterfüttert wird und sich somit nicht auf die reine Meinungsäußerung beschränkt (Stein 2016, 203; Greven 2007, 11; Ottmann 1996, 6). Es weist also einen gewissen Reflexionsgrad sowie eine substanzielle argumentative Begründungstiefe auf. Politisches Denken muss andererseits nicht den Anforderungen an politische Theorie als wissenschaftliche Bemühung (z.B. in Bezug auf Begründungskonsistenz,

Elaboration, intersubjektive Nachvollziehbarkeit) genügen (Stein 2016, 203; Greven 2007, 11; Ottmann 1996, 1f). Dies impliziert ein weites Verständnis politischen Denkens, das deutlich über die geistigen „Höhenkämme“ (Reese-Schäfer 2007, 5) der kanonisierten politischen Ideengeschichte hinausreicht (Zapf 2011, 20; Ottmann 1996, 3). Politisches Denken ist also breiter als die wissenschaftlichen Teildisziplinen der politischen Theorie und Philosophie (Ottmann 1996, 1f; Buchstein 2015, 6f). (Normative) politische Theorie und politische Philosophie können als Teilmenge des politischen Denkens begriffen werden, insofern sie die weiteren Eigenschaften des politischen Denkens erfüllen.⁴

Fünftens kann sich politisches Denken mit seinen politischen Ordnungsvorstellungen auch außerhalb der etablierten Institutionenlandschaft bewegen (Stein 2016, 203). Es ist jedoch immer, implizit oder explizit, in den Kontext des politischen Diskurses eingebettet, wobei der Anschluss an bestimmte Strömungen des politischen Denkens bewusst oder unbewusst sein kann (Bartels 2017, 211-216).⁵

4 Dieser Festlegung entgegen werden die Begriffe „politisches Denken“ und „politische Theorie“ in der politikwissenschaftlichen Literatur häufig synonym verwendet (siehe z.B. bei Dallmayr 2010, Richter 2009, Browning 2016, Smits 2016, Zapf 2011).

5 Abzugrenzen ist der hier gewählte Untersuchungsrahmen des politischen Denkens auch vom Begriff der politischen Ideologie, der zuletzt verstärkte Aufmerksamkeit durch die politikwissenschaftliche Forschung erhalten hat. Diesem Forschungszweig geht es, maßgeblich zurückgehend auf die begrifflich-konzeptionellen Arbeiten von Michael Freedens, darum, politische Ideologien zu identifizieren, in ihren Eigenschaften zu beschreiben und so einen Beitrag zur analytischen Erfassung von Politik zu leisten. Zugrunde gelegt wird dabei in Abgrenzung zu dem, auf Marx zurückgehenden, kritischen Ideologieverständnis ein pragmatisches Ideologiekonzept (vgl. dazu Freedens 2003, 2013, Ball 2014; Rohe 1994). Auf den vorliegenden Untersuchungskorpus gerichtet würden aus dieser Perspektive die Fragen im Mittelpunkt stehen, inwiefern das ökologische politische Denken eine eigenständige politische Ideologie darstellt, ob es sich um eine „dicke“ oder „dünne“ Ideologie handelt und welche Elemente diese Ideologie auszeichnen und von anderen Ideologien abgrenzen. Entsprechende Arbeiten finden sich bisher v.a. im angelsächsischen Raum (vgl. z.B. Ball et al. 2016, Humphrey 2013, Stavrakakis 1997, Freedens 1996). Da die vorliegende Untersuchung ein anderes Ziel verfolgt, werden diese Arbeiten und Freedens konzeptionell-methodischer Ansatz im Folgenden nicht näher einbezogen.

2.2 *Der ökologische Impuls: von unverbundenen Einzelproblemen zur Menschheitsherausforderung ökologische Krise*

Basierend auf dieser Eingrenzung lässt sich ökologisches politisches Denken als politisches Denken verstehen, das seinen Ausgang bei der Wahrnehmung der ökologischen Krise nimmt und nach Antworten auf diese sucht. Konkreter ist es politisches Denken, das vor dem Hintergrund der ökologischen Krise die bestehenden Gesellschaftsstrukturen kritisiert, alternative Zielvorstellungen für die Gesellschaft entwickelt und Vorschläge unterbreitet, wie dieses Ziel zu erreichen ist (Stein 2016, 205). Greifbarer wird dies, wenn die historische Entstehung des so gefassten ökologischen politischen Denkens nachvollzogen wird. Dies verweist auf die Zeit der späten 1960er- und der 1970er-Jahre, als die Diagnose der ökologischen Krise erstmals ins breite öffentliche Bewusstsein trat. Dieser „ökologische Impuls“ basiert auf der Veränderung der Wahrnehmung von Umweltproblemen, die sich in dieser Zeit einstellte.

Bereits vor den 1960er- und 70er-Jahren fand eine gesellschaftliche Beschäftigung mit Umwelt- und Naturschutzfragen statt. Entsprechend gab es auch zuvor „ein ökologisches Denken [...], von dem aus Anforderungen an Politik und Gesellschaft formuliert worden sind“ (Stein 2016, 205; entspr. Salzborn 2017, 126). Ein früher Ausdruck dessen war, wie der Arbeit von Radkau zu entnehmen ist, z.B. die Auseinandersetzung um die „Holznot“ am Übergang zwischen 17. und 18. Jahrhundert, in der sich deutliche Parallelen zur späteren Diskussion um die Überschreitung natürlicher Wachstumsgrenzen zeigen. So finden sich v.a. im Umfeld der Forstwirtschaft vielfältige Warnungen vor der Verwüstung der Wälder und der Verknappung des wichtigen Rohstoffes. In den entsprechenden Texten kommt auch die Sorge um zukünftige Generationen zum Ausdruck, die durch das gegenwärtige Handeln beeinträchtigt werden könnten (Radkau 2011, 40f). Davon ausgehend wurde vielfach die Forderung nach einer langfristig ausgerichteten Nutzung der Wälder laut. Aus diesem Zusammenhang stammt der Begriff der Nachhaltigkeit, der von dem Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz 1713 erstmals geprägt wurde (1713, 105f).

Ein weiteres Beispiel für frühes ökologisches Denken ist die „lange Jahrhundertwende von Naturschutz und Lebensreform“ im wilhelminischen Kaiserreich (Radkau 2011, 55). Die im Laufe des 19. Jahrhunderts fortschreitende Industrialisierung und Urbanisierung provozierte vielfältige Gegenbewegungen. Insbesondere der Natur- und Heimatschutz erlebte in den Jahrzehnten um 1900 einen starken Aufschwung, was sich in entspre-

chenden institutionellen Netzwerken niederschlug. Wichtige Natur- und Umweltschutzverbände wie der „Naturschutzbund“ in Deutschland, der „Sierra Club“ in den USA oder die „Royal Society for the Protection of Birds“ in Großbritannien stammen aus dieser Zeit. Während im deutschen Zusammenhang v.a. Natur- und Heimatschutzthemen, die von bedrohten Pflanzen und Tierarten über den lokalen Protest gegen Kraftwerksprojekte, Talsperren oder Aussichtstürme bis zur Ausweisung bzw. Forderung von Naturdenkmälern reichten, im Vordergrund standen, wurden in anderen Ländern auch Gewässer- und Luftverschmutzungen stärker thematisiert. Nach Uekötter setzte sich in dieser Zeit in allen westlichen Zivilisationen die Einsicht durch, dass die Natur durch gezielte menschliche Aktivitäten geschützt werden muss (zum ges. Absatz bis hierher Radkau 2011, 55-81; Uekötter 2011, 40-58; Salzborn 2017, 126). Ausdruck dieser Hochphase des ökologischen Denkens ist eine Vielzahl von Schriften und Beiträgen, in denen die Folgen und Probleme der Industrialisierung verarbeitet wurden (Göttsch-Elten 2016; Stein 2016, 205).

Entscheidend ist im vorliegenden Zusammenhang, dass in diesen frühen Phasen ökologischen Denkens die thematisierten Umweltprobleme vorwiegend als raumzeitlich begrenzt wahrgenommen (Mende 2011, 45; Stein 1998, 67; 2016, 205) und daraus noch kaum umfassende Alternativentwürfe z.B. mit Blick auf Staat oder Ökonomie abgeleitet wurden (Dobson 1995, 35). Dies gilt auch noch für die 1950-Jahre. Zwar fällt in diese Zeit eine erwachende Umweltdebatte, da die Akzeptanz für eine verschmutzte Umwelt mit steigendem Wohlstand und dem immer angenehmer werdenden Leben zunehmend abnahm. Doch beschränkte sich die damit einhergehende Politisierung auf lokal fokussierte Proteste gegen direkt sinnlich wahrnehmbare Umweltverschmutzungen und Naturzerstörungen vor Ort. Auch die daraus entstandenen Not-, Arbeits- und Interessengemeinschaften blieben auf den lokalen Zusammenhang begrenzt, eine darüberhinausgehende Vernetzung fand kaum statt.⁶ Die Politisierung von Umweltfragen blieb also auf die Konflikte vor Ort begrenzt: „Es ging im Kern um den Schutz des eigenen Lebensumfeldes vor Beeinträchtigungen; das verlieh dem Protest häufig eine besondere Nachdrücklichkeit, implizierte aber auch eine rigide geo-

6 Prominente Beispiele aus dem Naturschutzbereich sind u.a. die langwierigen Auseinandersetzungen um das Staudammprojekt des Schluchseerwerks im Südschwarzwald oder den vom britischen Militär als Zielgebiet für Bombenabwürfe genutzten Knechtstaud, der zugleich ein wichtiger Mauserplatz für Brandgänse war (Uekötter 2011, 69-72).

graphische Begrenzung“ (Uekötter 2011, 69). „Das Umweltbewusstsein der fünfziger Jahre“, so Uekötter weiter, „war in aller Regel ein Bewusstsein für Einzelprobleme“ (ebd., 76). Als umfassende gesellschaftliche Herausforderung wurden die Umweltprobleme kaum thematisiert.⁷ (Zum ges. Absatz Uekötter 2011, 68-75, 83)

Dies begann sich im Laufe der 1960er-Jahre zu verändern. Zwar spielte die Umweltproblematik noch nicht die zentrale Rolle wie zu Beginn der 1970er-Jahre (Brand 1993, 18; von Weizsäcker 1989, 12; Steurer 2002, 92; Carter 2001, 1). Doch setzte bereits die Erkenntnis ein, „dass die Umweltschäden nicht mehr nur raum-zeitlich begrenzte Schäden sind, sondern nun eine neue, globale und weit in die Zukunft ragende Qualität erreichen“ (Stein 2016, 205).⁸ Am Übergang zu den 1970er-Jahren dominierte dann eine Lesart, welche die verschiedenen Umweltprobleme als Ausdruck einer fundamentalen und v.a. globalen Umweltkrise mit vielfältigen Symptomen begriff (Uekötter 2011, 90; Radkau 2011, 28; 162; Steurer 2002, 87f; Eckersley 1992, 8; Carter 2001, 4). Dazu Uekötter: „Es ging und geht nicht mehr um ein Sammelsurium von Einzelproblemen, sondern auch um ein großes

7 Wie Uekötter darlegt, nahm jedoch eine für die spätere Entregionalisierung des Umweltbewusstseins zentrale Entwicklung bereits in den 1950er-Jahren ihren Ausgang: die wahrgenommene Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft, die Mitte der 50er-Jahre in eine globale Welle des Protestes führte. In der Bundesrepublik begannen die Proteste mit der Mainauer Kundgebung 1955 und der Göttinger Erklärung 1957. Günther Anders warnte in seinem Buch *Die Antiquiertheit des Menschen* (1956) vor der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomkraft. Im Zuge der 1958 von SPD und Gewerkschaften initiierten „Kampf dem Atomtod“-Kampagne entstand eine breitere Protestbewegung, die sich insbesondere gegen die Wiederbewaffnung der Bundeswehr richtete. Auch wenn die Kampagne schnell verflachte, war diese Debatte folgenreich. Zum ersten Mal, so Uekötter, „wird hier eine apokalyptische Rhetorik eingeübt, die später zu einem Charakterzug der Umweltdebatte werden würde“ (2011, 84; entspr. Mende 2011, 389). Darüber hinaus handelte es sich erstmals um ein entgrenztes Bedrohungsszenario, dessen Verursacher nicht lokal greifbar waren. (Zum ges. Absatz Uekötter 2011, 83f)

8 Ein wichtiger Meilenstein in dieser Entwicklung ist Rachel Carsons Buch *Der stumme Frühling* (1962), das auch in Deutschland eine enorme Resonanz hatte (Uekötter 2011, 84ff; Mende 2011, 295; Kupper 2003, 344f). Der *Spiegel* berichtete auf fünf Seiten über das Buch, in dem Carson insbesondere vor den ökologischen Folgewirkungen großflächig eingesetzter Pestizide, insbesondere DDT, warnte (Uekötter 2011, 84). Im Gegensatz zu den raumzeitlich begrenzten Umweltproblemen der 50er-Jahre deutete sich hier bereits ein verändertes Gefahrenpotenzial an: „Die neuen Gefahren waren [...] geografisch, zeitlich und sensorisch entgrenzt. Was bislang in erster Linie ein Problem bestimmter Landesteile [...] war, erschien nun als eine fundamentale Herausforderung, der jeder Bewohner der westlichen Welt unentrinnbar ausgesetzt war“ (ebd., 85).

Problem, ja die größte Herausforderung überhaupt: das Überleben der Menschheit und der Biosphäre“ (2011, 90; entspr. Mende 2011, 45, 372, 389ff; Dobson 1995, 35f; Bühler 2018, 183). Dabei war diese veränderte Wahrnehmung weniger Folge neu aufkommender Umweltprobleme, sondern vielmehr der Verbindung und Verdichtung vormals isolierter Debatten u.a. über vielfältige Umweltverschmutzungen, Ressourcenverbrauch sowie Tier- und Naturschutz (Uekötter 2011, 90f; Radkau 2011, 28). Beispielhaft zum Ausdruck kommt dies auch in der Medienberichterstattung: Der Aufhänger des ersten großen Umwelttitels des *Spiegels* lautete im Oktober 1970 „Der Mensch zerstört die Erde“ und behandelte eine enorme Bandbreite von Umweltproblemen (Radkau 2011, 150). Neu war v.a. auch die Wahrnehmung der globalen Dimension der ökologischen Krise sowie der Irreversibilität vieler Umweltschäden (Stein 1998, 67; Steurer 2002, 89).

Auch die Wahrnehmung des Planeten Erde veränderte sich in dieser Zeit. Immer mehr rückte die Endlichkeit des Planeten ins breite Bewusstsein. Die Erde wurde zunehmend als fragiler Planet wahrgenommen, dessen Tragkapazität und somit künftiges menschliches und nicht-menschliches Leben durch den industriellen ‚Raubbau‘ bedroht ist (Dobson 1995, 35; Stein 2016, 199; Dryzek 1997, 21; Eckersley 1992, 12). Ausschlaggebend für diese „Entdeckung des Planeten“ (Uekötter 2011, 80) waren auch die viel besprochenen ersten Bilder des blauen Planeten, welche die Begrenztheit der Erde augenscheinlich und greifbar werden ließen (Dryzek 1997, 21; Stein 2016, 206; Eckersley 1992, 12). Metaphorisch kommt dieses neue Bewusstsein in dem zu dieser Zeit weit verbreiteten Begriff des „Raumschiffs Erde“ zum Ausdruck (Eckersley 1992, 12). Auch hier wird die Globalisierung des Problembewusstseins deutlich (ebd., 12).

Maßgebliche Beschleuniger dieser veränderten Wahrnehmung von Umweltproblemen waren einflussreiche Studien der frühen 1970er-Jahre. Im Januar 1972 wurde als Sondertitel des *Ecologist* die Studie *Blueprint of Survival* veröffentlicht. Diese kam zu sehr ähnlichen Ergebnissen wie der zwei Monate später veröffentlichte Bericht an den Club of Rome mit dem programmatischen Titel *The Limits to Growth* (Steurer 2002, 149). Während *Blueprint for Survival* v.a. im angelsächsischen Sprachraum eine starke Resonanz erfuhr, war *Die Grenzen des Wachstums* auch im deutschen Sprachraum extrem einflussreich (ebd., 151). Der Bericht traf erstmals wissenschaftlich begründete Vorhersagen für den Fortgang der diagnostizierten Umweltkrise. Er stellte explizit die Verbindung zwischen verschiedenen Prozessen wie Bevölkerungswachstum, Industrialisierung, Wirtschaftswachstum und Um-

weltzerstörung dar.⁹ Die Forschergruppe um Projektleiter Dennis Meadows kam zu folgendem Schluss: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht“ (Meadows 1972, 17). Der Übergang in die nötige Gleichgewichtsgesellschaft sei nur durch eine radikale Reduktion des materiellen Wohlstandes, einen deutlich sparsameren Umgang mit Rohstoffen und eine restriktive Bevölkerungsbeschränkung zu erreichen (ebd.).

Der Bericht wurde zum Weltbestseller, erzeugte international eine enorme Resonanz und wurde breit rezipiert (Carter 2001, 41f; Graf 2008, 209; Hacke 2008, 189f; Steuerer 2002, 91, 335; Mende 2011, 293f; Uekötter 2011, 86f).¹⁰ Er drang als „publizistischer Paukenschlag tief ins Bewußtsein einer breiten politischen Öffentlichkeit“ (Marten 1983, 1). Seine computergestützten Berechnungen verliehen dem Bericht die Autorität wissenschaftlicher Exaktheit, die eingängigen Formulierungen und einprägsamen Visualisierungen machten seine Ergebnisse niederschwellig zugänglich (Mende 2011, 293). „Die Weltmodelle, die exponentiellen und logistischen Wachstumskurven und die Gleichgewichtsszenarien gehörten bald zum bildungsbürgerlichen Grundwissen“ (Kupper 2004, 105). Der Bericht wurde in mehr als 35 Sprachen übersetzt und neun Millionen Mal verkauft (Kathke 2015, 8). In den Massenmedien war der Bericht und die sich anschließende Debatte über mehrere Monate eines der beherrschenden Themen (Steurer 2002, 223f). In der Summe hoben *Die Grenzen des Wachstums* die ökologische Krisenproblematik, insbesondere in ihrem globalen Ausmaß, in das breite öffentliche Bewusstsein (Carter 2001, 41f; d’Idler 2020, 51; Steuerer 2002, 88f; Grunwald/Kopfmüller 2012, 20f; Welzer/Leggewie 2011, 71). Wie im Jahrhundert zuvor die soziale Frage, wird nun die ökologische Frage zum zentralen Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung (d’Idler 2020, 51; Schneidewind 2019, 66).¹¹

9 Siehe zur Rolle des Berichts in der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte Görtemaker 1999, 626f; Wolfrum 2006, 335-339 und Conze 2009, 545f, 569f.

10 Siehe zur Genese der Studie und deren Rezeption Hünemörder 2004, 222-227; Kupper 2004; Hahn 2006. Kritik erfuhr der Bericht vor allem aus der Wissenschaft, der marxistischen Linken sowie den Ländern der „Dritten Welt“ (Mende 2011, 293). Siehe für eine fundierte inhaltliche Aufarbeitung der Kritik Steuerer 2002, 83-114.

11 Dabei ist der enorme Erfolg der Studie als „internationales Ereignis erster Güte“ (Uekötter 2011, 86) so zu erklären, dass er auf ein für seine Thesen bereits sehr

Die enorme Wirkung des Berichts ist auch Ausdruck der Zäsur, die mit dem Einbruch der „Umweltkrise“ verbunden war: „Nach einer Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten begann nun eine Zeit der Grenzen und Krisen“ (Uekötter 2011, 86, entspr. Dryzek 1997, 21; Kupper 2003, 348; Brüggemeier 1999, 181; Schneidewind 2019, 121ff). Entsprechend wurde diese Phase auch von vielen Zeitzeugen als tiefer Einschnitt wahrgenommen (siehe z.B. Gruhl 1975, 305; Eppler 1975, 9, 18; Ulrich 2019, 15). Beispielsweise beschreibt Erhard Eppler 1974, kurz nach seinem Rücktritt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die erste Hälfte der 70er-Jahre als „historische Zäsur, deren Tiefe erst mit einigem Abstand sichtbar werden wird“ (1975, 9). Der unbekümmerte Fortschritts- und Steuerungsoptimismus der Nachkriegszeit kam Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre zu einem jähen Ende: Immer deutlicher wurde, dass der vermeintliche Fortschritt und die Lebensweise v.a. in den Industrienationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören drohen (Grunwald/Kopfmüller 2012, 20; Graf 2017, 171f; Kupper 2003, 348). Vielmehr stand fortan nicht nur das Fortschrittsverständnis der liberalen Moderne, sondern der bloße Prozess des Fortschreitens in die Zukunft infrage (Mende 2014, 372). Der sich mit der Moderne öffnende Zeithorizont einer gestaltbaren Zukunft (Habermas 1985, v.a. 141) drohte sich mit der ökologischen Krise wieder zu schließen (Graf 2017, 171f).¹²

empfängliches öffentliches Meinungsklima traf (Radkau 2011, 149; Mende 2011, 295f; Hünemörder 2004b, 87; Steurer 2002, 224f). Der Bericht erschien zu einem Zeitpunkt, als die ökologischen Krisenthemen wie Umweltgifte, Radioaktivität oder die Zunahme der Weltbevölkerung bereits „in aller Munde waren“ und bereits „zu den Konstanten einer von den Medien begierig aufgegriffenen und teils von ihnen zusätzlich befeuerten öffentlichen Debatte“ zählten (Mende 2011, 296). Er ist damit „nur der Höhepunkt und die Chiffre eines Diskurses, der seit dem Ende der 1960er-Jahre eingeläutet worden war“ (Mende 2011, 295). Zugleich war er der Gipfel einer Vielzahl öko-apokalyptischer Schriften v.a. seit Ende der 1960er-Jahre, welche die diskursiven Grundlagen für dessen Wirkung bereiteten (z.B. *Die Bevölkerungsbombe* von Paul Ehrlich, *Zukunftsschock* von Alvin Toffler oder Barry Commoners *Wachstumswahn und Umweltkrise* (Graf 2008, 209f; Kupper 2003, 344f; Hünemörder 2004b, 78-81; 2005, 133; Mende 2011, 295f). Der Bericht und seine Rezeption sind somit zugleich Ausdruck als auch Treibkraft der „ökologischen Bewusstwerdung“ (Ulrich 2019, 9) dieser Zeit. Er ist nicht, wie Hermand behauptet, der Urknall des neuen Umweltbewusstseins (1991, 143ff), sondern vielmehr der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte (Radkau 2011, 149).

- 12 Kupper spezifiziert, dass diese Zäsur auch deshalb so einschneidend ausfiel, weil mit der Fortschritts- und Wachstumskritik gerade die beiden Paradigmen infrage gestellt wurden, die sich die zwei großen konkurrierenden Denkströmungen der Moderne, der Liberalismus und der Marxismus, teilen (2003, 348).

Mit diesen Entwicklungen erhielt die Umweltfrage in den frühen 1970er-Jahren eine neue Qualität und Dringlichkeit (Dryzek 1997, 21f; Kupper 2003, 341; Brand 1993, 18; Uekötter 2011, 90; Mende 2014, 365, 372). Umweltprobleme waren keine nicht intendierten Handlungsfolgen der auf Wohlstandssteigerung ausgerichteten Aktivitäten mehr, sondern fundamentale gesellschaftliche Herausforderung erster Priorität (Kupper 2003, 327f, 334; Uekötter 2011, 90). Entsprechend wird diese Zeitphase in der Umwelthistorik als „geistige Wasserscheide“, „ökologische Revolution“, „ökologischer Urknall“, „Epochenwende“ oder Beginn der „Ära der Ökologie“ beschrieben.¹³ Diese „ökologische Revolution“ äußerte sich auf verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen.¹⁴ Im vorliegenden Zusammenhang entscheidend ist, dass der ökologische Impuls auch im politischen Denken Folgen zeitigte. Mit dem ökologischen politischen Denken entstand ein neuer Strang des politischen Denkens, der ausgehend von der Wahrnehmung der ökologischen Krise als existenzielle Herausforderung den Status quo grundsätzlich infrage stellt, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu durchdenkt und alternative gesellschaftliche Zielvorstellungen entwickelt (Dobson 1995, 35f; Stein 2016, 201, 205; Eckersley 1992, 9; Ball 2003, 535;

13 Vgl. entspr. u.a. Radkau 2011, 28, 124; Uekötter 2011, 110; Uekötter 2003, 389; Mende 2011, 24; Kupper 2003, 348; Kupper 2021, 14; Graf 2008, 208; Hünemörder 2004, 18, 163-181; Hünemörder 2005; Brüggemeier/Engels 2005, 13

14 In Umfragen lässt sich ein stark ansteigendes umweltbezogenes Problembewusstsein in der Bevölkerung nachweisen (Steurer 2002, 92ff). Der umwelt- und atompolitische Aktivismus gewann innerhalb kürzester Zeit, zunächst in den USA, davon ausgehend in Europa und vor allem in der Bundesrepublik rasant an Tempo. In den USA beteiligten sich bereits Anfang 1970 rund 20 Millionen Bürger an Veranstaltungen rund um den „Earth Day“. Die Medienaufmerksamkeit für das Umweltthema stieg deutlich an. In Deutschland entstanden ab 1970 eine rasant anwachsende Zahl an Bürgerinitiativen, die sich bereits 1972 im Dachverband Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammenschlossen. Auch jenseits dessen entstand eine Vielzahl neuer zivilgesellschaftlicher Organisationen, allen voran Umweltverbände wie z.B. Greenpeace oder der BUND, mit teilweise enormem Mitgliederzuwachs. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre konstituierten sich zunehmend grüne Parteien. Auch im institutionalisierten politischen Diskurs wurde Umwelt zu einem zentralen Thema. Bereits Ende der 60er-Jahre entstand im Bundesinnenministerium eine Abteilung für Umweltschutz, die zuvor verstreute Kompetenzen bündeln sollte. 1970 legte die sozialliberale Bundesregierung ein „Sofortprogramm zum Umweltschutz“ vor, das sich vom punktuellen und reaktiven Umweltschutz lösen und zu einer umfassenden, der „Umweltkrise“ angemessenen Umweltpolitik kommen sollte. 1972 fand in Stockholm die erste große Umweltkonferenz der UN statt. (Zum ges. Absatz Radkau 2011, 134-137, 140ff, 149ff; Kupper 2003, 334-338; Uekötter 2011, 86-92, 103; Hünemörder 2005, 131-134; von Weizsäcker 1989, 19-25; Carter 2001, 4f)

Probst 2009, 95f; Carter 2001, 4). Beschränkten sich die Beiträge Ende der 1960er-Jahre noch vorwiegend auf apokalyptische Krisenbeschreibungen, wird nun zunehmend nach alternativen Entwicklungspfaden gesucht (Kupper 2003, 346). Probst spricht von einer „ideenpolitischen Wende“, da sich dieser Strang des politischen Denkens vom tradierten Spektrum des politischen Denkens en gros abgrenzt und dieses damit substantiell erweitert (2009, 95f; ähnlich Salzborn 2017, 125f).

Ausdruck dieser Entwicklung war ein starker Aufschwung öko-politischer Literatur (Hermand 2020, 26; Fenske 2009, 3; d'Idler 2020, 53). Dieser zeigt sich zum einen an entsprechenden Reaktionen im tradierten Spektrum des politischen Denkens. Bereits 1973 erschien eine Ausgabe des Kursbuchs unter dem Titel *Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung*, in der sich linke Perspektiven auf das Thema versammelten. Der einleitende Essay von Hans Magnus Enzensberger wurde national und international breit rezipiert.¹⁵ Bis 1975 folgten mehrere einschlägige monografische Publikationen aus dem breiten linken Spektrum. Die relevantesten sind *Ende oder Wende* des kurz zuvor zurückgetretenen Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und prominentesten ökologischen Vordenkers der Sozialdemokratie Erhard Eppler sowie *Kommunismus ohne Wachstum* des bekannten DDR-Philosophen und Marxisten Wolfgang Harich. Beide Schriften sind entscheidende Wegmarken des frühen deutschen ökologischen politischen Denkens (vgl. Zusatzkapitel II).¹⁶

Auch im konservativen Spektrum wurde eine kontroverse Debatte zur neuen ökologischen Herausforderung geführt, die von Graf aufgearbeitet wurde (2008). Denker, die sich dieser Frage offensiv annahmen und nach konservativen Antworten auf die ökologische Krise suchten, formierten sich v.a. um die ab 1971 herausgegebene Zeitschrift *Scheidewege* (ebd., 215f).¹⁷ Eine gemeinsame Position formulierten viele von ihnen 1975 im *Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation*, das ebenfalls in den *Scheidewegen* veröffentlicht wurde. Im selben Jahr erschien mit *Ein Planet*

15 Siehe z.B. in Strasser/Traube 1981, 8; Amery 1991, 218; Harich 1975, 20, 54; Hermand 2020, 25; 1991, 147f; Mende 2011, 306f, Kupper 2003, 347; Eckersley 192, 16; Carter 2001, 66.

16 Weitere frühe Zeugnisse linker Provenienz sind u.a. aus sozialdemokratischer Perspektive *Krisenmanagement oder Politik* (1974) und *Strukturelle Revolution* (1974) von Jochen Steffen, der Gesprächsband *Die Krise* (1974) von Freimut Duve und Siccio Mansholt sowie aus marxistischer Perspektive die Übersetzung *Ökologische Krise* (1974) von Guy Biolat und *Anti-Enzensberger* (1974) von Gerhard Kade.

17 Zu nennen sind v.a. Gerhard Helmut Schwabe, Friedrich Georg Jünger, Max Himmelheber, Jürgen Dahl, Michael Lohmann und Gert Kragh (Graf 2008, 215f).

wird *geplündert* von Herbert Gruhl eine der erfolgreichsten umweltpolitischen Schriften eines deutschsprachigen Autors. Das Buch des damaligen Vorsitzenden des Umweltausschusses der Unionsfraktion im Bundestag verkaufte sich über 400 000 mal (Wüst 1993, 152; Kathke 2016, 4). Es gilt als Schlüsseldokument für die bundesdeutsche Ökologiedebatte (Mende 2011, 72f; Alt 1978). Erhard Eppler konstatierte im Rückblick, dass kein Buch eines aktiven Politikers seit dem Zweiten Weltkrieg eine solche Wirkung entfaltet habe (1983, 86f).

Zum anderen traten neben den Reaktionen aus dem tradierten Spektrum öko-politische Denker auf den Plan, die zuvor nicht explizit als politische Denker in Erscheinung getreten waren oder nicht im tradierten Spektrum des politischen Denkens zu verorten sind. Bereits 1972 veröffentlichte z.B. der bis dahin v.a. als Romanautor rezipierte Carl Amery *Das Ende der Vorsehung*, das in den Folgejahren siebenmal neu aufgelegt wurde. Amery wurde von anderen öko-politischen Denkern retrospektiv als Begründer einer öko-sozialistischen Perspektive beschrieben (Strasser/Traube 1981, 10; Bahro 1980, 53). Im selben Jahr erschien *Das Überlebensprogramm* des Chemikers und Kybernetikers Fredric Vester, der später in den Club of Rome aufgenommen wurde. Stark rezipiert wurden auch die Übersetzungen der Schriften des bis dahin v.a. als Bildungs- und Medizinkritiker in Erscheinung getretenen Ivan Illich (v.a. *Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik*, 1974). Ein weiteres Beispiel ist der bis dahin publizistisch wenig wahrgenommene Jost Herbig mit *Das Ende der bürgerlichen Vernunft* (1974).

So wie die soziale Frage im 19. Jahrhundert (vgl. dazu Meyer 2008) eröffnete also um 1970 die ökologische Frage ein neues Feld des politischen Denkens, was sich in der benannten Literatur niederschlägt. Seither ist die ökologische Krise als Gesellschaftsdiagnose immer wieder von anderen Problemlagen in den Hintergrund gedrängt worden. Verschwunden ist sie jedoch nicht mehr von der Agenda der öffentlichen politischen Auseinandersetzung. Entsprechend zieht sich auch das ökologische politische Denken und damit die Antwortsuche auf diese Herausforderung bis heute fort.

3 Methodische Herangehensweise

In den vorherigen Kapiteln wurde sowohl der Untersuchungsgegenstand als auch die sich darauf beziehenden Forschungsfragen spezifiziert. Auf dieser Grundlage kann im Folgenden die methodische Herangehensweise dargestellt werden. Übergeordnet sind zwei Schritte zu unterscheiden. Erstens die Auswahl des Untersuchungsmaterials, zweitens das Vorgehen bei der Untersuchung des ausgewählten Materials. Im Folgenden wird zunächst der Prozess der Materialauswahl vorgestellt.

Materialauswahl

Ziel der Untersuchung ist ein adäquates Abbild der Landschaft des ökologischen politischen Denkens zu zeichnen und gleichzeitig ein tiefes Verständnis für diese Denklandschaft und ihre Heterogenität zu entwickeln. Deshalb gilt es einen Untersuchungskorpus auszuwählen, der groß und breit genug ist, um die Denklandschaft abzubilden und gleichzeitig so handhabbar bleibt, dass eine tiefgehende Untersuchung des Materials möglich ist. Für diesen Mittelweg werden zwei übergeordnete Eingrenzungen vorgenommen:

- a. Es wird nicht die gesamte zeitliche Entwicklung des ökologischen politischen Denkens untersucht, sondern der Fokus auf zwei Zeitphasen gelegt.
- b. Es wird innerhalb dieser Zeitphasen nur eine begrenzte Zahl an Positionen berücksichtigt, die aber gleichzeitig ein breites Spektrum abdeckt.

Zu a): Für das ökologische politische Denken lassen sich zwei Hochphasen identifizieren, die sich durch eine starke Kontroversität und eine breite öffentliche Resonanz auszeichnen. In diesen Hochphasen will die Untersuchung Einblick in diese Denkströmung nehmen. Kontroversität und öffentliche Aufmerksamkeit waren bzw. sind immer dann gegeben, wenn die ökologische Krise als Fundamentalherausforderung besonders deutlich wahrgenommen und empfunden wird. Insbesondere haben in diesen Hochphasen auch radikalere Positionen, v.a. wachstums- und kapitalismuskritische Entwürfe Konjunktur, was zur Kontroversität beiträgt.

Eine erste Hochphase schließt sich an den oben beschriebenen „ökologischen Impuls“, vor allem an die Veröffentlichung *Der Grenzen des*

Wachstums, an.¹⁸ Wie dargelegt, ist ab den frühen 1970er-Jahren eine Welle öko-politischer Literatur mit einer Vielzahl von Alternativentwürfen zu verzeichnen. Die vielfältigen Beispiele als Ausdruck dieses Aufschwungs wurden bereits genannt. Dementsprechend notiert der SPD-Politiker Gernot Erler 1975, dass die öko-politischen Bücher, „die dringend nach politischen Umkehrprozessen im Maßstab einer ‚planetarischen Wende‘ rufen [...], derzeit Monat von Monat neue Gesellschaft bekommen“ (Erler 1975). Insbesondere entwickelt sich im Anschluss an den Club of Rome-Bericht eine ausgeprägte ökologische Wachstumskritik, die den Ökologie-Diskurs stark polarisiert (Markantonatou 2013, 1, 5f; Seidl/Zahrnt 2012, 1; Schmelzer/Vetter 2019, 36, 73; AK Postwachstum 2016, 9).

Ab Anfang der 1980er-Jahre erlebt die Politisierung der ökologischen Frage dann einen weiteren Höhepunkt, was zunächst v.a. durch die Debatte um das Waldsterben, in den Folgejahren dann durch das Hervortreten neuartiger Umweltprobleme wie dem Klimawandel oder der Zerstörung der Ozonschicht befeuert wird (Uekötter 2011, 111-119; von Weizsäcker 1989, 27; Steurer 2002, 343; Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f; Stein 2016, 199). Entsprechend zeigt sich auch in den 80er-Jahren eine starke Konjunktur öko-politischer Literatur (Stein 2016, 217). Hermand sieht einen Peak öko-politischer Schriften 1982, bevor die Zahl ökologisch motivierter Alternativentwürfe in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre abnehme (2020, 29f). Da er dies nicht empirisch unterlegt, kann dies nicht verifiziert werden. Die für diese Untersuchung vorgenommenen Nachforschungen machen aber zumindest deutlich, dass die große Mehrzahl der breit rezipierten öko-politischen Alternativentwürfe in die Phase der frühen 1970er-Jahre bis in die frühen 1980er-Jahre fällt. Zwar führt die Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl 1986 noch einmal zu einer Intensivierung der Umweltdebatte (Uekötter 2011, 119), es lässt sich aber kein neuerlicher Aufschwung öko-politischer Literatur, wie sie hier im Fokus steht, verzeichnen. Mit der Wiedervereinigung Ende der 1980er-Jahre tritt die ökologische Frage in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund (Uekötter 2011, 131f; Hermand 2020, 30). Die erste zu untersuchende Hochphase wird daher so eingegrenzt, dass diese zu Beginn der 1970er-Jahre einsetzt und gegen Mitte der 1980er-Jahre endet.

18 Der zeitgeschichtliche Hintergrund der Umweltdebatte in den beiden Zeitphasen wird in den weiteren Teilen der Arbeit näher beleuchtet. An dieser Stelle geht es nur um einen groben Überblick.

In den 1990er-Jahren befindet sich die Ökologie-Thematik in der Defensive. Insbesondere die Wirtschaftskrise nach der Wiedervereinigung und der zunehmend eisige Wind der Globalisierung führen zu einem öffentlichen Meinungsklima, in dem ambitionierte Umweltpolitik eher als Bremsklotz denn als vordringliche Aufgabe wahrgenommen wird (Uekötter 2011, 131-134; Loske 2015, 35; Radkau 2011, 499).¹⁹ Auch die ökologisch motivierte Wachstumskritik findet in dieser Zeit vorwiegend in begrenzten Diskursräumen statt und erhält keine breitere öffentliche Aufmerksamkeit (Schmelzer/Vetter 2019, 37; Schmelzer et al. 2018, 3).

Eine stärkere öffentliche Politisierung der ökologischen Frage lässt sich dann wieder in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre verzeichnen. In ökologischer Hinsicht steht v.a. die Wahrnehmung der sich verschärfenden Klimakrise im Vordergrund (Welzer/Leggewie 2011, 18; von Weizsäcker 2010, 236; Eppler/Paech 2016, 53; Schmelzer/Passadakis 2011, 58). Die große Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 drängt diese einerseits wieder in den Hintergrund (von Weizsäcker 2010, 236), führt aber andererseits zur Wiederbelebung der Wachstums- und Kapitalismuskritik, die stark zur Polarisierung der Ökologie-Debatte beiträgt (Markantonatou 2013, 1, 5; Wendt/Görgen 2020, 24; Schmelzer 2014, 16f, Chaloupek/Feigl 2012, 771, Steurer 2010, 423f). Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird vielfach als Krise des neoliberalen Wachstumsmodells aufgefasst (Markantonatou 2013, 1, 5), welches sowohl mit Blick auf die Umwelt als auch auf das gesellschaftliche Wohlergehen nicht weiter tragbar erscheint (Brand/Schickert 2019, 165). Damit schafft die Krisenstimmung dieser Zeit einen Resonanzboden für gesellschaftliche Alternativentwürfe (Eppler/Paech 2016, 44; Brand 2018, 22). In die Folgezeit fällt ein Aufschwung öko-politischer Literatur, die vielfach Forderungen nach grundlegenden Veränderungen stellt (Stein 2016, 217). Insbesondere wachstumskritische Literatur erlebt einen deutlichen Aufschwung (Seidl/Zahrnt 2012, 1). Beispielhaft genannt für die Konjunktur öko-politischer Schriften in diesen Jahren seien breit rezipierte Werke wie *Das Ende der Welt wie wir sie kannten* (2009) von Harald Welzer und Claus Leggewie, Meinhard Miegels *Exit* (2010), Christan Felbers *Gemeinwohl-Ökonomie* (2010) oder *Faktor fünf* (2010) von Ernst

19 Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass gegen Ende der 80er-Jahre bis in die frühen 1990er-Jahre eine Hochphase internationaler Umweltpolitik zu verzeichnen ist. Ausdruck dessen ist z.B. der bis dahin einmalige Erfolg in der internationalen Ozonpolitik (v.a. Montreal-Protokoll 1987) sowie der Rio-Gipfel von 1992, auf dem gleich drei internationale Umweltregime verabschiedet wurden. (Uekötter 2011, 121-124; Radkau 2011, 499ff)

Ulrich von Weizsäcker, die allesamt zu Spiegel-Beststellern avancierten. Die vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit für das Ökologie-Thema hält seither an. Zwar rückte die ökologische Krise durch andere Problemlagen, z.B. die Flüchtlingskrise 2015, die Corona-Pandemie oder jüngst den Krieg in der Ukraine, immer wieder in den Hintergrund, verschwindet aber nicht mehr längerfristig von der Agenda der öffentlichen Auseinandersetzung. Dies gilt entsprechend für die Vielzahl öko-politischer Veröffentlichungen (vgl. Zusatzkapitel III). Daher wird die zweite zu untersuchende Hochphase so datiert, dass diese mit der Wirtschafts- und Finanzkrise beginnt und seither anhält.

Zu b): Die Untersuchung nimmt das ökologische politische Denken also in zwei ausgewählten Zeitphasen unter die Lupe. Dazu ist für beide Phasen eine begründete Materialauswahl zu treffen, die einen aussagekräftigen Einblick ermöglicht. Zunächst können aus dem oben entwickelten Begriff des (ökologischen) politischen Denkens zwei erste Eingrenzungen abgeleitet werden. Zum einen schränkt das Kriterium des politischen Gestaltungsanspruchs den Untersuchungskorpus auf Beiträge ein, die über die bloße Krisenanalyse hinausgehen und Lösungsansätze entwickeln. Zum anderen schließt das Kriterium der substanziellen Begründungstiefe Beiträge aus, die sich weitgehend auf Meinungsäußerungen und/oder das Aufstellen von Forderungskatalogen beschränken. Dies gilt z.B. für Parteiprogramme oder viele Manifeste von Denkkollektiven.

Aus dem oben dargelegten Forschungsinteresse können vier weitere Voreinschränkungen extrahiert werden. Erstens folgt aus dem Ziel, die wichtigen Grundpositionen des ökologischen politischen Denkens ganzheitlich darzustellen, dass nur umfassende Beiträge berücksichtigt werden. „Umfassend“ bedeutet einerseits, dass die Beiträge eine Antwort auf die ökologische Krise als solche, nicht nur auf einzelne Teilaspekte geben wollen. Dies schließt Beiträge aus, die auf einzelne Politikfelder wie z.B. die Biodiversitätspolitik oder den Gewässerschutz fokussieren. Andererseits bedeutet „umfassend“, dass die Beiträge nicht nur einen Alternativentwurf begründen, sondern auch eine Vorstellung davon entwickeln, wie dieser Alternativentwurf zu erreichen ist. Aus diesem Fokus auf umfassende Darstellungen folgt eine Eingrenzung auf monografische Beiträge, da solch umfassende Positionen zumeist in dieser Form veröffentlicht werden. Andersartige Beiträge wie insbesondere kürzere Essays werden nur herangezogen,

insofern sie Positionen und Argumente, die in den Monografien geäußert werden, erläutern oder vertiefen.²⁰

Zweitens folgt aus dem Interessensfokus auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe, dass nur Beiträge untersucht werden, die auch in dieser Hinsicht Position beziehen. Dies schließt Beiträge aus:

- die auf einer (individual-)ethischen Ebene verbleiben bzw. sich auf die Beschreibung alternativer Werteordnungen oder Grundhaltungen beschränken (z.B. Rosa 2016).
- die auf die Ebene der individuellen Lebensführung fokussieren, aber keine Vorstellung gesamtgesellschaftlichen Wandels entwickeln (z.B. Niemitz 2019).
- die zwar ökologische Erfordernisse beschreiben (z.B. weniger Fleischkonsum, Ausbau der erneuerbaren Energien), aber keine oder kaum Vorstellungen von der politischen Umsetzung aufweisen (z.B. Hirschhausen 2021).

Drittens werden keine Beiträge von wissenschaftlichen Autorenkollektiven berücksichtigt. Relevant sind in diesem Zusammenhang einige Großstudien von Akteuren der wissenschaftlichen Politikberatung, die umfassende öko-politische Positionen begründen und viel öffentliche Aufmerksamkeit erhalten haben. Prominente Beispiele sind die vom BUND und Misereor beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegebenen Studien *Zukunftsfähiges Deutschland* (1996 und 2008) oder das WBGU-Gutachten *Welt im Wandel. Die große Transformation* (2011). Die vorliegende Untersuchung interessiert sich im Rahmen des angestrebten „tiefen“ Verständnisses des ökologischen politischen Denkens insbesondere für die Frage, inwiefern sich die Heterogenität der Denklandschaft auf die divergenten ideologischen Hintergründe der öko-politischen Denker²¹ zurückführen lässt. Für wissenschaftlich orientierte Autorenkollektive ist ein solcher ideologischer Hintergrund schwer auszumachen.

20 Für die zweite Zeitphase werden neben schriftlichen Beiträgen auch Podiumsdiskussionen mit zwei oder mehr der ausgewählten Denker berücksichtigt. Diese direkten Kontroversen bieten eine sehr gute Möglichkeit, die aus der Untersuchung der schriftlichen Beiträge extrahierten Trennlinien zu prüfen und das Verständnis dafür zu vertiefen. Für die erste Zeitphase finden sich solche Aufzeichnungen kaum.

21 Im weiteren Verlauf der Arbeit wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Viertens folgt aus dem Interessensfokus auf den deutschsprachigen Diskurs, dass nur deutschsprachige Veröffentlichungen in den Auswahlprozess aufgenommen werden. Übersetzungen von im Original anderssprachigen Werken werden nur in zwei Fällen herangezogen: wenn sie mit Blick auf ihre Relevanz unverzichtbar sind oder wenn sie die geforderten Relevanzkriterien erfüllen (s.u.) und gleichzeitig für die Abdeckung eines breiten Spektrums unverzichtbar sind.²²

Im Rahmen dieser Eingrenzungen ist die Autoren- und Materialauswahl vorzunehmen. Die konkrete Auswahl der Denker und Werke erfolgt in der Abwägung von drei Kriterien. Grundsätzlich wird das Ziel verfolgt, die relevantesten Exponenten des ökologischen politischen Denkens heranzuziehen. Relevanz bezieht sich dabei auf die Wirkmacht, die eine politische Idee bzw. ein öko-politischer Beitrag erzielt hat. Für die Abschätzung der Relevanz werden die folgenden Indikatoren herangezogen: Auflagenzahlen bzw. Verkaufszahlen, Besprechungen in überregionalen Zeitungen, Bestsellerlisten, Nennungen als relevanter Vertreter bzw. Vordenker in der Sekundärliteratur und Referenzen bei anderen öko-politischen Denkern.²³ Das Relevanz-Kriterium wird gegen zwei weitere Kriterien abgewogen. Einerseits bezieht sich dies auf die beschriebenen inhaltlich-qualitativen Anforderungen im Sinne „umfassender“ Beiträge. Diesbezüglich ergeben sich mit Blick auf die generell infrage kommenden Beiträge graduelle, keine prinzipiellen Unterschiede, die zu berücksichtigen sind. Andererseits gilt es auch das Kriterium der Abdeckung eines breiten Spektrums in die Abwägung einzubeziehen. Dieses Ziel eines breiten Spektrums gilt sowohl

22 An dieser Stelle sei bereits vorweggenommen, dass nur das Werk *Haben oder Sein* von Erich Fromm als im Original nicht deutschsprachiger Beitrag berücksichtigt wird.

23 Die Anwendung dieser Indikatoren variiert je nach Datenlage zwischen beiden Zeitphasen. Nennungen in überregionalen Zeitungen lassen sich für die zweite Phase besser nachvollziehen. Dazu kann auf das umfassende Rezensionarchiv des Online-Kulturmagazins *Perlentaucher* zurückgegriffen werden (www.perlentaucher.de). Für die erste Phase sind die Möglichkeiten beschränkter. Es können nur die Archive von *Spiegel* und *Zeit* herangezogen werden, da diese eine entsprechend weit zurückreichende digitale Recherche ermöglichen. Die Berücksichtigung von Bestsellerlisten ist nur für die zweite Phase systematisch möglich. Die Grundlage hierfür bietet das Archiv der Spiegel-Bestsellerlisten (<https://www.buchreport.de/spiegel-bestseller/suche-im-bestsellerarchiv/>). Der Indikator der Auflagenzahlen ist hingegen für die erste Phase deutlich besser nachvollziehbar. Während die Verlage diese Daten für ältere Werke zumeist herausgeben, sind sie bezüglich neuerer Veröffentlichungen deutlich zurückhaltender.

für die vertretenen öko-politischen Positionen als auch die ideologischen Hintergründe der Autoren.²⁴

Bevor auf die Methode zur Untersuchung des ausgewählten Materials eingegangen wird, ist eine letzte Anmerkung zur Materialauswahl vonnöten. Die auszuwählenden Autoren sind in der vorliegenden Arbeit der Schlüssel bzw. der Zugang zum ökologischen politischen Denken als politische Denkströmung. Der Untersuchungsgegenstand der Arbeit ist die Strömung, nicht der einzelne Denker. Entsprechend zielt die Materialauswahl darauf, die wichtigsten politischen Ideen und Positionen dieser Strömung zu identifizieren. Daraus folgt, dass von den jeweiligen Denkern nur einzelne, besonders relevante Beiträge, nicht aber die zeitliche Entwicklung ihres Denkens abgebildet werden. Dies stellt in Hinblick auf das ökologisch-politische Denken der einzelnen Autoren zwar eine Verkürzung dar, dient aber dem beschriebenen Forschungsinteresse.

Textinterpretation

Zweiter wichtiger Teil der methodischen Herangehensweise ist das Vorgehen bei der Untersuchung des ausgewählten Materials. Trotz einer zuletzt zunehmenden Aufmerksamkeit für methodische Fragen herrscht in der politischen Ideengeschichte nach wie vor vielfach eine Methodenabstinenz in dem Sinne vor, dass das eigene Vorgehen nicht oder kaum reflektiert wird (Leopold/Stears 2008, 1f; Richter 2009, 7; Busen/Weiß 2013, 16).²⁵ Diese Zurückhaltung folgt sicher auch aus dem Untersuchungsgegenstand der politischen Ideengeschichte, da das Lesen und Verstehen von Texten oft als ein eher intuitiver Vorgang betrachtet wird (Reh 2006, 111). Dies ist mit Leopold/Stears jedoch kritisch zu bewerten, denn „[a]fter all, the choice is not between having a method and not having one, but rather between deciding to think about that method or simply carrying on unreflectively“ (2008, 2). Es ist diese Tatsache der „Unvermeidlichkeit eines (wenn auch impliziten) methodischen Vorgehens“ (Busen/Weiß 2013, 21), die eine bewusste Reflexion der eigenen Herangehensweise erforderlich macht. Dies gilt umso mehr, als dass die Ergebnisse der Untersuchung

24 Die konkrete Anwendung und Abwägung der drei Auswahlkriterien im Sinne einer detaillierten Darstellung des Auswahlprozesses für beide Zeitphasen kann in den Zusatzkapiteln II und III nachvollzogen werden.

25 In dieses Bild passt auch der Mangel an Orientierung gebenden Lehrbüchern, die sich explizit mit dem Kanon der Methoden im Bereich der Politischen Theorie und Ideengeschichte beschäftigen (Busen/Weiß 2013, 20).

auch in der politischen Ideengeschichte von der methodischen Herangehensweise abhängen (Busen/Weiß 2013b, 7).

Das methodische Vorgehen ist aus dem jeweiligen Erkenntnisziel abzuleiten (Zapf 2011, 44). Zapf unterscheidet vier globale Erkenntnisziele, die je unterschiedliche Forschungsdesigns implizieren: das Verstehen politischen Denkens bzw. politischer Theorie²⁶, dessen Analyse als gesellschaftliches Phänomen, die Produktion normativer Aussagen und zuletzt die Bewertung der Wirkung politischen Denkens (2011, 42f). Offensichtlich geht es der vorliegenden Untersuchung weder um die Produktion normativer politischer Theorie noch um die Bewertung der Wirkung politischen Denkens. Mehr Beachtung muss der Abgrenzung zwischen den ersten beiden Erkenntniszielen zudedacht werden. Wird politisches Denken als gesellschaftliches Phänomen adressiert, geht es vor allem darum, vom untersuchten Material auf die soziale Wirklichkeit zu schließen (Zapf 2011, 73f, 81; Behnke et al. 2006, 337f). Es werden dann Materialisationen von Diskursen oder politischem Denken untersucht, um „gesellschaftliche Metastrukturen“ zu analysieren und offen zu legen (Hildebrandt et al. 2015, 273; Behnke et al. 2006, 337). Solche Analysen greifen vornehmlich auf diskursanalytische, begriffsgeschichtliche oder ideologieanalytische Ansätze zurück (Zapf 2011, 46, 81-95). Wenn das primäre Erkenntnisziel hingegen das Verstehen politischen Denkens ist, geht es um das Nachvollziehen der Texte um ihrer selbst willen. Für dieses Verstehen ist der soziale Kontext zwar von Bedeutung, dient aber lediglich als Hilfestellung für ein besseres Textverständnis (ebd., 73f, 81).

Die vorliegende Untersuchung lässt sich dem Erkenntnisziel des Verstehens politischen Denkens zuordnen. Für dieses Ziel stehen rekonstruktive methodische Ansätze zur Verfügung. Der Begriff der Rekonstruktion beschreibt im Gegensatz zur bloßen „Darstellung“, dass „das behandelte Material auf eine bestimmte Art und Weise ‚zusammengebaut‘ werden [muss], damit es für eine anschließende Diskussion verfügbar ist“ (ebd., 71). Rekonstruktion betont damit das Moment der Aneignung durch einen interpretativen Prozess (ebd.). Das Handwerkszeug rekonstruktiver Ansätze ist die hermeneutische Interpretation (ebd., 71f). Dabei kann zwischen den Polen der historischen Rekonstruktion und der rationalen Rekonstruktion unterschieden werden (ebd., 72f). Die historische Konstruktion, wie sie insbesondere im Umfeld der sogenannten „Cambridge School“ begrün-

26 Anders als die vorliegende Arbeit versteht Zapf diese Begriffe synonym (Zapf 2011, 20).

det und beschrieben wurde, stellt die Frage in den Mittelpunkt, was „ein Autor seinen Zeitgenossen mit seiner politischen Theorie sagen und welche politischen Wirkungen er damit erzielen wollte“ (ebd., 73). Ziel ist also, „politische Theorien in ihrem historischen Kontext zu verorten und sie davon ausgehend möglichst adäquat zu verstehen“ (ebd.). Ein solches Vorgehen muss den biographischen, linguistisch-konzeptuellen und situativen Kontext eines Textes in umfassender Weise mit einbeziehen. Die „rationale Rekonstruktion“ hingegen zielt darauf ab, (zurückliegendes) politisches Denken für heutige Diskussionen und Problemlagen verfügbar zu machen (ebd.). Hier kann im Sinne einer „zielgerichteten Dekontextualisierung“ (Brunkhorst 2000, 7) von einer umfassenden Kontextualisierung abgesehen werden, da ein Text bewusst aus seinem historischen Kontext herausgelöst und aus der Gegenwartsperspektive gelesen wird.

Ausgehend vom Forschungsinteresse verfolgt die vorliegende Untersuchung einen Mittelweg. Es wird ein primär werkimmanent fokussierter Interpretationsansatz verfolgt, der aber um die Betrachtung zeithistorischer Kontextelemente ergänzt wird. Diese Kontextbetrachtung beschränkt sich auf die Kontextualisierung der Ökologiedebatte beider Zeitphasen. Anders formuliert geht es darum, die Herausforderung bzw. die Frage zu verstehen, auf die das ökologisch motivierte politische Denken einer bestimmten Zeit Antworten geben will. Das ökologisch-politische Denken einer Zeit reagiert stets auf eine zeitspezifische Wahrnehmung der ökologischen Krise, die wiederum von nicht-ökologischen Ereignissen und Entwicklungen beeinflusst werden kann. Dies gilt es zu berücksichtigen, um die jeweiligen Positionen und die zeitliche Entwicklung der Denklandschaft nachvollziehbar zu machen. Es wird aber keine darüberhinausgehende Aufarbeitung der generellen zeithistorischen Entwicklung vorgenommen. Was ebenfalls keine Berücksichtigung findet, ist der biografische Kontext der einzelnen untersuchten Denker. Die Arbeit zielt zwar auf ein tiefes Verständnis der konkurrierenden Positionen. Dies bezieht sich aber auf Hintergrundannahmen, die sich aus den Texten extrahieren lassen (z.B. Menschenbilder, Freiheitsverständnisse). Es geht nicht darum, diese Hintergrundannahmen selbst wiederum erklären zu können. Dies würde in der Tat eine umfassende Aufarbeitung des biografischen Kontextes erfordern.

Zuletzt ist aufzuzeigen, wie die textfokussierte Interpretation konkret umgesetzt wird. Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel einer „themenbezogenen Theorierekonstruktion“ (Zapf 2011, 48f). Im Mittelpunkt steht somit der thematische Gegenstand, im vorliegenden Fall die Antworten auf die ökologische Frage. Der thematische Gegenstand wird dabei in dem

Sinne kategoriengeleitet erschlossen, dass die übergeordnete Frage nach den Antworten auf die ökologische Krise in Teilfragen unterteilt wird, die an die Texte zu richten sind. Zu unterscheiden ist dabei zwischen der Rekonstruktion der expliziten Positionen und der tieferreichenden Extraktion der zumeist impliziten Hintergrundannahmen. Für die Rekonstruktion der expliziten Positionen sind drei Teilfragen ausschlaggebend, was sich entsprechend oder in ähnlicher Form auch in verwandten Untersuchungen findet (vgl. Adler/Schachtschneider 2010; Kaven 2015; Brand/Jochum 2000, 12f). Erstens gilt es die Wahrnehmung und kausale Begründung der ökologischen Krise in den Blick zu nehmen. Die jeweiligen Alternativentwürfe lassen sich nur adäquat verstehen, wenn diese Punkte berücksichtigt werden. Zweitens geht es um die Frage, welcher alternative Gesellschaftsentwurf beschrieben wird, der das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit verwirklichen soll. Dies stellt auf den Zielzustand ab. Konkreter ist zu fragen, welche „Transformationsgegenstände“ (z.B. Wirtschaftssystem, Rohstoffbasis, politisches System, Kultur und Lebensstile) aus der jeweiligen Perspektive in welche Richtung umzugestalten sind (Jacob et al. 2015, 12f). Wie dargelegt, ist dabei die institutionelle Dimension dieser Alternativentwürfe von besonderem Interesse. Die dritte Frage bezieht sich auf den Prozess des Wandels hin zum angestrebten Alternativentwurf. Wie kommt die Gesellschaft vom Status quo zum Zielzustand? Dies verweist v.a. auf die Frage nach Transformationsakteuren sowie deren Ressourcen und Transformationsstrategien (Jacob et al. 2015b, 11f). Neben der explizit-argumentativen Position zielt die Textuntersuchung auf das tiefe Verständnis der Positionen. Deshalb richtet sich die vierte an die Texte zu richtende Frage auf die (impliziten) Hintergrundannahmen, welche die jeweiligen Positionen präformieren. In der Summe leiten somit folgende Untersuchungskategorien die Analyse der zu untersuchenden Werke:

1. Krisenwahrnehmung und Krisenbegründung
2. Alternativentwurf
3. Prozess des Wandels
4. Hintergrundannahmen²⁷

27 Diese vier Begrifflichkeiten sind für die weitere Lektüre des Buches wichtig, da sie bei der Darstellung und Strukturierung der verschiedenen Positionen immer wieder aufgegriffen werden.

Teil B: Die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren

Nachdem die allgemeinen Grundlagen dieser Arbeit in Teil A dargelegt wurden, widmen sich die beiden folgenden Teile der Arbeit der Aufarbeitung der Denklandschaft in den beiden Hochphasen des ökologischen politischen Denkens. In Kapitel 2 wurde unter dem Stichwort des ökologischen Impulses herausgearbeitet, wie die Ökologie zum Gegenstand des politischen Denkens wurde. An diesen ökologischen Impuls schließt sich die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens an, die zwischen den frühen 1970er-Jahren und Mitte der 1980er-Jahre angesetzt wird (Kap. 3). Diese Phase zeichnet sich durch einen starken Aufschwung öko-politischer Literatur aus (Erler 1975; Hermand 2020, 26; Fenske 2009, 3; d'Idler 2020, 53; Stein 2016). Teil B dieser Arbeit widmet sich der Aufarbeitung des ökologischen politischen Denkens dieser ersten Zeitphase. Dazu wurde gemäß der in Kapitel 3 vorgestellten Methode eine kriteriengeleitete Auswahl des Untersuchungsmaterials vorgenommen, die im Zusatzkapitel II detailliert nachvollzogen werden kann. Dort wird auch ausführlicher auf die ausgewählten Denker und die Bedeutung ihrer Werke eingegangen. Hier im Buch finden sich kurze biografische Informationen zu den einzelnen Autoren zu Beginn der Kapitel, in denen die jeweiligen Positionen aufgearbeitet werden.

Im Ergebnis führt der Auswahlprozess zu dem in Tabelle 1 dargestellten Untersuchungskorpus.

Tab. 1: Ausgewählter Untersuchungskorpus für das ökologische politische Denken der 1970er- und frühen 80er-Jahre

Autor	Werk/Beitrag ²⁸
Carl Amery	<i>Das Ende der Vorsehung</i> (1972) <i>Natur als Politik</i> (1976)
Rudolf Bahro	<i>Elemente einer neuen Politik</i> (1980) <i>Logik der Rettung</i> (1987)
Erhard Eppler	<i>Ende oder Wende</i> (1975) <i>Wege aus der Gefahr</i> (1981)
Erich Fromm	<i>Haben oder Sein</i> (1976)
Herbert Gruhl	<i>Ein Planet wird geplündert</i> (1975)
Wolfgang Harich	<i>Kommunismus ohne Wachstum</i> (1975)
Hans Jonas	<i>Das Prinzip Verantwortung</i> (1979)
Johano Strasser	<i>Die Zukunft der Demokratie</i> (1977) <i>Die Zukunft des Fortschritts</i> (1981, zus. mit Klaus Traube)

Dieser Teil der Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. In Kapitel 4 gilt es zunächst zu verstehen, was das ökologische politische Denken der ersten Zeitphase verbindet und in welchen Dimensionen es sich ausdifferenziert. Während sich die Denker in der Wahrnehmung der ökologischen Krise als existenzielle Bedrohung weitgehend einig sind, unterscheiden sich die Antworten auf diese geteilte Herausforderung fundamental. Bevor in den Kapiteln 6 bis 8 die konkurrierenden Grundpositionen aufgearbeitet werden, fokussiert das vorgelagerte Kapitel 5 auf die Wachstumskontroverse, die für das Verständnis dieser Grundpositionen von zentraler Bedeutung ist. Kapitel 9 vertieft ein Spezifikum der Beiträge der ersten Zeitphase: Viele Denker verschiedener Positionen sehen Religion als potenziell wichtige Ressource für den angestrebten ökologischen Wandel. In Kapitel 10 wird ein Zwischenfazit gezogen.

4 Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten

Die Untersuchung der ausgewählten öko-politischen Literatur der ersten Zeitphase offenbart, dass das Denken der Autoren durch wichtige gemeinsame Grundzüge geprägt und motiviert ist, gleichzeitig aber fundamentale

28 Jenseits dieser monografischen Beiträge, auf die sich die Untersuchung in erster Linie bezieht, wurden für einzelne Autoren weitere nicht-monografische Beiträge hinzugezogen, insofern diese in den Monografien vertretene Positionen vertiefen oder erläutern.

Unterscheidungslinien aufweist. Die gemeinsamen Grundzüge beziehen sich maßgeblich auf die Wahrnehmung der ökologischen Krise als existenzielle Herausforderung. Dabei reagiert das ökologische politische Denken einer bestimmten Zeit stets auf die zeitspezifische Wahrnehmung dieser Herausforderung. Für das Verständnis der zu untersuchenden Beiträge ist es daher ausschlaggebend, diese zeitspezifische Wahrnehmung nachzuvollziehen. Dafür wird die Krisenwahrnehmung in der untersuchten Literatur herausgearbeitet und in Verbindung zur generellen Diskurslage zur ökologischen Krise gestellt (Kap. 4.1). Ausgehend von der geteilten Herausforderung formulieren die untersuchten Denker stark divergierende Antworten auf die ökologische Krise. In Kapitel 4.2. wird die Ausdifferenzierung dieses Feldes sowie die Einteilung in verschiedene Grundpositionen beleuchtet.

4.1 Geteilte Herausforderung: die ökologische Krise als totale Bedrohung

Zentraler gemeinsamer Grundzug der untersuchten Literatur ist die für das ökologische politische Denken konstitutive Diagnose der ökologischen Krise, die bei allen Autoren maßgeblicher Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist (Stein 2016, 207). In allen Werken findet sich die Beschreibung einer ökologischen Krise bzw. eines ökologischen Bedrohungsszenarios als Ausgangspunkt.²⁹ Dabei spiegelt sich in der untersuchten Literatur die für den Umweltdiskurs dieser Zeitphase charakteristische drastische Kriseneinschätzung wider. Insbesondere bestätigt sich die Erkenntnis, dass die Krisenwahrnehmung dieser Zeit stark durch seinerzeit bahnbrechende Globalstudien geprägt wurde (Steurer 2002, 129; Hacke 2008, 189f; Carter 2001, 41f; Nies 2020, 9f). Vor allem gilt dies für den bereits angesprochenen ersten Bericht an den Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums* aus dem Jahr 1972. Auf diesen Bericht finden sich in der untersuchten Literatur, die überwiegend in den 1970er-Jahren veröffentlicht wurde, fast ausnahmslos prominente Bezugnahmen.³⁰ Dementsprechend hat Carter mit Blick auf den angelsächsischen Diskurs darauf verwiesen, dass die positive Rezeption

29 Um den Lesefluss bestmöglich zu gewähren, werden in den Teilen B und C, in denen aufgrund der umfangreichen Textrekonstruktionen sehr viele Referenzen erforderlich sind, Verweise auf über fünf der untersuchten Autoren in Fußnoten verschoben. Entsprechend an dieser Stelle: Jonas 2015, 7f; Eppler 1975, 9-15; Gruhl 1975, 11-14; Amery 1991, 7ff; Harich 1975, 7-11, 33; 2015, 178f; Bahro 1987, 10; Strasser 1977, 9f; Fromm 2007, 14f, 22.

30 Amery 1991, 7ff, 117; Eppler 1975, 9-14; 1981, 35; Gruhl 1975, 62f; Harich 1975, 15, 48ff, 71f, 84; Strasser 1977, 9; Fromm 2007, 22, 199f.

der Grundthese der *Grenzen des Wachstums* ein zentrales einendes Element des frühen ökologischen politischen Denkens darstellt (2001, 41f). Bereits 1974 erschien der zweite Bericht an den Club of Rome unter dem Titel *Menschheit am Wendepunkt*, auf den sich ebenfalls mehrere Referenzen finden (Eppler 1975, 10; 1981, 35; Harich 1975, 71, 144; Gruhl 1975, 374; Fromm 2007, 199f, 241). Dabei werden die Ergebnisse dieser Studien weitgehend unhinterfragt angenommen und als wissenschaftliche Wahrheit aufgefasst. Lediglich bei Eppler wird eine kritische Reflexion angedeutet (1975, 9ff; 1981, 35).

Im Folgenden wird zunächst die Krisenbeschreibung in den einschlägigen Globalstudien sowie des dadurch geprägten Umweltdiskurses nachgezeichnet, bevor aufgezeigt wird, wie sich dies in der untersuchten Literatur niederschlägt. In den diskursprägenden Globalstudien wird die ökologische Krise als extremes Bedrohungsszenario beschrieben. Es werden katastrophale Zusammenbrüche antizipiert, die nur noch durch ein radikales Umsteuern innerhalb knapper Frist abgewendet werden können. In den *Grenzen des Wachstums* wird bei Fortführung wirtschaftlichen Wachstums vor einem globalen ökologischen Kollaps gewarnt, der zu einem Zusammenbruch der Industrieproduktion und der Nahrungsmittelversorgung führt.

Die relevanten Szenarien der Studie kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Bei Extrapolation der vergangenen Entwicklung in die Zukunft brechen bereits kurz nach der Jahrtausendwende, also lediglich 30 Jahre nach Veröffentlichung des Berichts, die Industrieproduktion und die Nahrungsmittelproduktion aufgrund schwindender Rohstoffvorräte zusammen.
- Selbst wenn sich die Rohstoffvorräte verdoppeln würden oder durch Recycling und Substitution gar unbegrenzt zur Verfügung stünden, würde das System aufgrund der mit dem Wachstum exponentiell steigenden Umweltverschmutzung zusammenbrechen.
- Bei unbegrenzten Rohstoffvorräten und Absenken des Schadstoffausstoßes um 75% innerhalb kurzer Zeit kollabiert das System zumindest insofern, als dass aufgrund des Bevölkerungswachstums in Verbindung mit der begrenzten Bodenfläche die Ernährungsbasis erodiert, was zu einem Bevölkerungsrückgang und verzögert zu negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum führt.

Diesen Zusammenbruchsszenarien könne nur durch den schnellstmöglichen Übergang zu einer Gleichgewichtswirtschaft entgangen werden, was den Ausstieg aus der globalen Wachstumsdynamik ebenso wie den Stopp

des Bevölkerungswachstums voraussetzt. (Meadows et al. 1972, 17, 111-127, 147ff; sowie dazu Grunwald/Kopfmüller 2012, 21; Steurer 2002, 155-158)

Der zweite Bericht an den Club of Rome sollte die Unzulänglichkeiten des ersten Berichtes überwinden und statt grobschlächtigen globalen Vorhersagen regionalisierte Prognosen ermöglichen (Steurer 2002, 160ff). Dennoch kommt der Bericht zu ähnlich drastischen Ergebnissen wie der erste Bericht. Statt einem globalen Zusammenbruch werden nun regionale Zusammenbrüche prognostiziert, insofern nicht radikal umgesteuert wird: „Anstelle eines allgemeinen Weltkollapses werden sich in den verschiedenen Regionen zu verschiedenen Zeiten, teils lange vor Mitte des nächsten Jahrhunderts, Zusammenbrüche unterschiedlicher Natur und aus unterschiedlichen Gründen einstellen“ (Mesarovic/Pestel 1974, 56). Auch hier werden Katastrophenszenarien innerhalb weniger Dekaden vorausgesagt. Dies wurde von den ökologisch-politischen Denkern auch entsprechend wahrgenommen. Beispielsweise bemerkt Eppler, dass die Berechnungen des zweiten Berichts keineswegs optimistischer seien als die des Ersten. Zumindest für Teile der Welt beschreibe der Bericht eine absehbar apokalyptische Zukunft (Eppler 1975, 10). Wie bereits im ersten wird auch im zweiten Bericht ein raschestmögliches Umsteuern gefordert, insofern „die Menschen von heute und morgen nicht ihr Ende einläuten“ wollen (Mesarovic/Pestel 1974, 17). In den reichen Industrienationen erfordere dies den Stopp wirtschaftlichen Wachstums (ebd., 16f, 127, 132).

An welchen ökologischen Krisensymptomen wird die Beschreibung der ökologischen Krise als totale Bedrohung festgemacht? In beiden Berichten werden zwei Dimensionen der ökologischen Bedrohungslage ausgemacht. Erstens die Verknappung wichtiger Rohstoffe. Dies bezieht sich auf fossile Energieträger ebenso wie wichtige mineralische Rohstoffe für die Industrie- und Lebensmittelproduktion (z.B. Kali, Phosphate). Zweitens die zunehmende Umweltverschmutzung, die parallel zum Wirtschaftswachstum exponentiell zuzunehmen drohe. Diesbezüglich wird nicht nur auf klassische Verschmutzungsproblematiken wie Luft- oder Gewässerverschmutzung verwiesen. Vielmehr wird bereits im Bericht von 1972 z.B. vor der zunehmenden Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre, dem Verlust fruchtbarer Böden durch Schadstoffeintrag und Übernutzung, der Entropieproblematik sowie der ungelösten Frage der Endlagerung nuklearer Reststoffe gewarnt. (Meadows et al. 1972b, v.a. 45-87; Mesarovic/Pestel 1974, v.a. 75-79, 90-94, 130f)

Der damalige Stand der Forschung zeichnete also das Bild einer drastischen und unmittelbaren Bedrohungslage, die nur durch schnelle und radikale Veränderungen entschärft werden kann. Diese Krisenstimmung wurde durch realgeschichtliche Ereignisse verstärkt. Die Ölkrise 1973 wurde vielfach als Beweis der These der Grenzen des Wachstums aufgefasst und verschärfte so die Krisenwahrnehmung (Eckersley 1992, 12; Steurer 2002, 224; Mende 2011, 294; Hacke 2008, 189f; Eppler/Paech 2016, 25).³¹ Die sich anschließenden Wirtschaftskrise mit steigender Arbeitslosigkeit bestärkte zusätzlich die Endzeitstimmung (Mende 2011, 295, 384). „Das Wirtschaftswunder war vorbei, was spätestens die Ölkrise von 1973 nachdrücklich unterstrich. Diese wurde als tiefer Schock, als das Ende des ‚Goldenen Zeitalters‘ empfunden“ (Brüggemeier 1999, 181, entspr. Schneidewind 2019, 121f; Mende 2011, 295). Die Ad-hoc Maßnahmen der Bundesregierung schienen zudem die Überforderung der Politik mit dieser Krisensituation zu offenbaren (Mende 2011, 294f). Im Jahr 1976 ereignete sich dann im italienischen Seveso ein Chemieunfall, bei dem große Mengen Dioxin in die Umwelt gelangten, diese weiträumig vergiftete und u.a. zu langfristigen Gesundheitsfolgen bei der lokalen Bevölkerung führten. Das Seveso-Unglück wurde auch in Deutschland stark rezipiert und vielfach als Bestätigung der düsteren Voraussagen der frühen 1970er-Jahre interpretiert (Radkau 2011, 252; Mende 2011, 298; Uekötter 2011, 116).³² Beispielsweise deutete Carl Amery den Unfall als Ausdruck der Unverantwortlichkeit des expansiven Industriesystems (Amery 1976c, 2f; zitiert bei Mende 2014, 375f). Vor allem ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre wurde zudem der Streit um die Nutzung der Atomkraft immer mehr zum bestimmenden Thema (Uekötter 2011, 112). Neben die Angst vor dem ökologischen Kollaps trat die vielbeschworene Gefahr durch einen Reaktorunfall in einem der vielzähligen Atomkraftwerke (Nies 2020, 13f; Stein 2016, 199f; Mende 2011, 376ff). Tatsächlich ereignete sich 1979 im US-amerikanischen Harrisburg beinahe ein solcher Super-GAU, der vielfach als Bestätigung der beschworenen Gefahr verstanden wurde (Mende 2011, 298). Hinzu kam die atomare Bedrohungs-

31 Tatsächlich war der stark ansteigende Ölpreis nicht die Folge sich erschöpfender Ressourcen, sondern einer gezielten Herabsetzung der Fördermenge durch eine Koalition arabischer Staaten, die damit wiederum auf den vierten Israelisch-Arabischen Krieg, den sogenannten „Jom-Kippur-Krieg“, reagierten (Steurer 2002, 224f).

32 Noch Jahre später titelte der *Spiegel* 1983 in Anspielung auf den vermeintlich sorglosen Umgang mit Industriechemikalien in Deutschland „Seveso ist überall“ (Radkau 2011, 252).

lage durch die Konfrontation der beiden führenden Nuklearmächte im Kalten Krieg (Stein 2016, 199f, 207; Mende 2011, 376ff).³³

Auch in den frühen 1980er-Jahren, in denen einige der untersuchten Werke veröffentlicht wurden, setzt sich die drastische Wahrnehmung der ökologischen Krise nicht nur fort, sondern erfährt einen neuerlichen Schub (Steurer 2002, 295; Uekötter 2011, 112; Stein 2016, 199). 1981 erschien mit der Übersetzung des sogenannten *Global 2000 Berichts* aus den USA eine weitere, auch im deutschen Sprachraum sehr einflussreiche Globalstudie zur ökologischen Krise, die innerhalb weniger Monate eine Auflage von über 300 000 Exemplaren erreichte (Hermand 1991, 174ff, Nies 2020, 9ff, Eckersley 1992, 13). Wie die beiden Berichte an den Club of Rome zeichnet auch dieser Report ein düsteres Bild der Situation. Zwar werden keine konkreten Zusammenbruchsszenarien antizipiert. Die Ergebnisse würden aber, so der Report, „für die Zeit bis zum Jahr 2000 auf ein Potential globaler Probleme von alarmierendem Ausmaß“ hindeuten (Council on Environmental Quality 1981, 19). Sowohl die Welt als auch die USA hätten bereits in den unmittelbar bevorstehenden Jahrzehnten mit ungeheuer dringlichen und sehr komplexen Problemen zu kämpfen. Mit Blick auf die konkreten Krisensymptome wird zwar die in den Club of Rome-Berichten prominent behandelte Problematik der Rohstoffverknappung insofern eingeschränkt, als dass sich mit Ausnahme der fossilen Energieträger keine unmittelbaren Knappheiten abzeichnen würden. Für die fossilen Energieträger, die neben der Energieversorgung auch für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung seien, wird aber bereits für die 1990er-Jahre das globale Fördermaximum vorausgesagt. Noch stärker als in den Club of Rome-Berichten wird zudem vor neueren Umweltgefahren wie Klimawandel, Artenverlust, Bodendegradation und dem global-kumulativen Verlust von Waldflächen gewarnt. Davon ausgehend wird konstatiert, dass die bisher vorgenommenen Anstrengungen der Dringlichkeit, Reichweite und Komplexität der Herausforderung bei weitem nicht gerecht würden. Vielmehr seien sofortige, mutige und weitreichende Eingriffe erforderlich, was aber nicht präzisiert wird (ebd., 21f, 26ff, 30f).

Die Veröffentlichung des Berichts fiel zeitlich mit dem Aufkommen der in Deutschland sehr emotional und apokalyptisch geführten Waldsterbensdebatte zusammen. Das „Waldsterben“ entwickelte sich innerhalb kurzer

33 Dieser multiplen Krisenlage entsprechend hat Graf nachgezeichnet, wie der Krisenbegriff in den 1970er-Jahren eine starke Konjunktur erlebte und auf ein ganzes Bündel damaliger Entwicklungen angewendet wurde (2017, 168ff).

Zeit zum Leitmotiv des Umweltdiskurses, wobei dies ein deutsches Spezifikum darstellt. Im November 1981 titelte der Spiegel „Der Wald stirbt – Saurer Regen über Deutschland“ und sprach von einem „ökologischen Hiroshima“. Die Alarmstimmung in den deutschen Medien erreichte 1983 den Höhepunkt. Die GRÜNEN, die nicht zuletzt aufgrund der Waldsterbend-Debatte 1983 erstmals in den Bundestag einzogen, erklärten noch im selben Jahr in einem Bundestagsantrag, dass das Waldsterben das Warnzeichen für eine sich anbahnende, noch größere ökologische Katastrophe darstelle (zum ges. Absatz bis hierher Radkau 2011, 235-238; Uekötter 2011, 112ff; von Weizsäcker 1989, 27). Im Verlauf der 80er-Jahre rückten dann weitere als neuartig empfundene Umweltprobleme, die in Expertenkreisen und den angesprochenen Berichten schon länger diskutiert wurden, ins breite öffentliche Bewusstsein (Steurer 2002, 88f, 294; Stein 2016, 199f; von Weizsäcker 1989, 12; Radkau 2011, 116). Dies gilt insbesondere für den anthropogenen Klimawandel, die Zerstörung der Ozonschicht und das Artensterben (ebd.).

In der Summe ist zu konstatieren, dass der Umweltdiskurs der 1970er- und frühen 1980er-Jahre durch eine apokalyptische Krisenwahrnehmung und Endzeitstimmung geprägt ist (Stein 2016, 200, 206f; Carter 2001, 41f; Mende 2011, 372ff, 389-392, 405f; Bühler 2018, 182f; Brand 1993, 18f; Kupper 2003, 344f). Dies spiegelt sich entsprechend in der ausgewählten öko-politischen Literatur wider. Zwar nimmt einerseits die Beschreibung des Bedrohungsszenarios unterschiedlichen Raum innerhalb der Werke ein und ist die apokalyptische Rhetorik andererseits verschieden stark ausgeprägt, doch die als drastisch wahrgenommene Bedrohungslage kommt in allen Werken sehr deutlich zum Ausdruck. Die untersuchten Denker sehen den Fortbestand der Menschheit an sich bedroht und warnen vor einem katastrophalen Zusammenbruchsszenario, wenn nicht zeitnah umgesteuert wird.³⁴ Beispielsweise antizipiert Gruhl eine „Endzeitdrohung“, deren Realität „alles übertreffen [wird], was sich früher die Völker in ihren apokalyptischen Visionen ausgemalt hatten“ (1985, 11). Die ökologische Krise markiere eine „totale Bedrohung der eigenen Gattung“ (ebd., 58). Auch Jonas sieht die Menschheit in einer „apokalyptischen Situation [...]“, das heißt im Bevorstand einer universalen Katastrophe, wenn wir den jetzigen Dingen ihren Lauf lassen“ (2015, 251). Bei Beibehaltung des Kurses

34 Gruhl 1975, 177f, 186, 225; 1985, 9, 58, 68; Bahro 1980, 47, 66, 108f; 1987, 27f, 181, 276, 300; Jonas 2015, 251f; Harich 1975, 75, 90, 118; Amery 1972, 248; 1991, 7, 200f; Strasser 1977, 9; Eppler 1975, 10; 1981, 25, 35; Fromm 2007, 14f, 23.

drohe „eine verarmende Menschheit“, die „um des nackten Überlebens willen [...] zur immer rücksichtsloseren Plünderung des Planeten“ gezwungen wird, „bis dieser sein Machtwort spricht und sich der Überforderung versagt. Welches Massensterben und Massenmorden eine solche Situation des ‚rette sich, wer kann‘ begleiten kann, spottet der Vorstellung“ (ebd., 252).³⁵ Wie Stein richtig feststellt, lässt sich an den Beiträgen ablesen, „wie die Verbindung zwischen der prognostizierten Endlichkeit der natürlichen Lebensgrundlagen und der befürchteten Endlichkeit der Menschheit als Kollektiv hergestellt wird“ (2016, 200).

Zur apokalyptischen Krisenwahrnehmung des frühen ökologischen politischen Denkens gehört auch, dass die Autoren das antizipierte Zusammenbruchsszenario zeitlich in greifbarer Nähe verorten. Besonders eindringlich geben einige Denker in Anlehnung an die zitierten Studien verbleibende Zeitfenster von wenigen Dekaden aus, bis der ökologische Kollaps eintritt (Gruhl 1975, 62f, 95, 176f; Bahro 1980, 66, 109; 1987, 466; Harich

35 Auch für die weiteren Autoren sei diese drastische Situationsbeschreibung kurz rekapituliert. Amery beginnt *Das Ende der Vorsehung* mit einem Zitat von Aurelio Peccei, wonach Tod und Entbehrung auch bei uns Millionen Menschen erfassen werden, wenn nicht sofort gehandelt wird (1991, 7). Auch für ihn birgt die Versklavung der Materie durch den Menschen letztlich die Gefahr einer „kollektive[n] indirekte[n] Form von Selbstmord“ (ebd., 200f). An anderer Stelle droht für ihn das „Massengrab der Menschheit“ (Amery 1972, 248). Für Harich droht der Menschheit die „Selbstvernichtung“ (1975, 85) bzw. der „allgemeine Untergang“ (ebd., 90, dazu auch 118). „[A]lle Menschen werden bald tot sein, wenn es so weiter geht“ (ebd., 85). In ähnlich apokalyptischer Rhetorik überträgt Bahro den Begriff des „Exterminismus“, der die massenhafte Vernichtung von Leben anzeigt und von Edward Thompson als letztes Stadium der Zivilisation ausgegeben wurde, auf die ökologische Krise (1987, 27f). Es sei erforderlich apokalyptisch zu denken (ebd., 28), denn „Selbstmord oder geistige Neugeburt“ seien die einzigen verbleibenden Alternativen (ebd., 300). Den gegenwärtigen Wachstumskurs beschreibt Bahro als Todesspirale (ebd., 465). Der Menschheit drohe das gleiche Schicksal „wie jenen Heuschrecken, die sich vermehren, über ein Territorium herfallen, es kahlfressen und dann nachher alle zusammen zugrunde gehen“ (1980, 109). Strasser bezeichnet den derzeitigen Fortschritt als „gigantische[n] Marsch der Lemminge“ (1977, 9). Fromm betont, dass die ökologischen Gefahren jeglicher Zivilisation und vielleicht sogar jedem Leben ein Ende bereiten könnten (2007, 14f). Für ihn geht es um „Leben und Tod“ (ebd., 240) bzw. um „das nackte Überleben der Menschheit“ (ebd., 23). Zuletzt steht auch beim diesbezüglich zurückhaltenderen Eppler, der explizit darauf hinweist, dass mit Warnungen vor dem großen Zusammenbruch politisch wenig zu bewirken sei (1975, 10), zumindest das „menschliche“ Überleben auf dem Spiel, das wiederum nur bei Einhaltung der ökologischen Grenzen zu gewährleisten ist (1981, 25). Seit den frühen 1970er-Jahren werde deutlich, dass die waltenden Gesetze unserer Zivilisation in „eine Serie von Katastrophen, schlimmstenfalls in eine große Katastrophe“ führten (ebd., 35).

1975, 85, 144, 160; Strasser/Traube 1981, 291). Beispielsweise hat für Harich der Club of Rome „hieb- und stichfeste Beweisgründe“ geliefert (1975, 160), dass, wie er an anderer Stelle bemerkt, die Menschheit bei Fortführung des gegenwärtigen Kurses „spätestens Mitte des 21. Jahrhunderts [...] ihren letzten Schnaufer getan“ hat (ebd., 144). Strasser/Traube warnen zwar vor apokalyptischen Voraussagen als Einfallstor für „Lösungen von oben“, sind aber selbst überzeugt, dass die Fortsetzung der laufenden Entwicklungstrends mit hoher Wahrscheinlichkeit innerhalb weniger Jahrzehnte in eine umfassende ökologische und/oder militärische Katastrophe führen würde (1981, 291). Aus Bahros Sicht wird der weltweite Zusammenbruch des Ökosystems noch zu Lebzeiten der seinerzeit jüngeren und mittleren Generationen einsetzen (1987, 466). Andere Autoren geben keine festen Zeitfenster aus, betonen aber dennoch die Notwendigkeit schnellstmöglichen Handelns (Amery 1991, 8, 193; Eppler 1975, 10; Jonas 2015, 251).

Die Antizipation einer potenziellen Endzeit hat auch zur Folge, wie Mende für das politische Denken im Umfeld der GRÜNEN herausstellt, dass die erlebte Gegenwart bzw. nahe Zukunft als potenzieller historischer Wendepunkt bzw. historische Übergangszeit wahrgenommen wird (2011, 372). Dies lässt sich in der untersuchten Literatur anhand der verwendeten Begrifflichkeiten belegen. Beispielsweise spricht Gruhl vom Übergang in eine neue Epoche (1975, 305). Eppler sieht die erste Hälfte der 70er-Jahre als „historische Zäsur“ (1975, 9). An anderer Stelle verortet er die Menschheit an einem „historischen Wendepunkt“ vom „Zeitalter der Grenzüberwindung zu einem Zeitalter der Grenzbestimmung“ (ebd., 18). Amery spricht von der letzten Chance, die es zu ergreifen gilt (1991, Klappentext). Damit einhergehend wird die Grundsätzlichkeit der anstehenden Veränderungen betont. Beispielsweise sieht Jonas die „größte Herausforderung [...], die je dem menschlichen Sein aus eigenem Tun erwachsen ist“ (2015, 7). Für Eppler geht es darum, den „Übergang von einer Epoche in die andere“ zu schaffen (1975, 18). Gruhl und Amery fordern eine „planetarischen Wende“ (1975, 225) respektive eine „planetarische Revolution“ (1991, 9). Die untersuchten Denker sehen also einen enormen zeitlichen Handlungsdruck für einen fundamentalen Veränderungsprozess.³⁶

36 Einen Ausweg aus der Krise halten alle Autoren, auch wenn sie sich in unterschiedlichem Maße skeptisch zeigen, für *noch* möglich. Entsprechend hat Mende für das politische Denken im Umfeld der Gründungsgrünen herausgearbeitet, dass der konstitutive Begriff der Krise einerseits mit dem Moment des Untergangs, andererseits

Zuletzt zeigen sich auch bezüglich der konkreten Krisensymptome weitreichende Überschneidungen zu den diskursprägenden Studien. So wird eine Vielzahl von ökologischen Bedrohungen sowohl mit Blick auf die Verknappung von Input-Faktoren als auch auf Emissions- und Verschmutzungsproblematiken angeführt: die Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern, Biodiversitätsverlust bzw. Artensterben, Verlust fruchtbarer Böden durch Bodenversalzung und Bodenerosion, Treibhauseffekt und Klimawandel, Entropieproblematik (Abwärme), Luft- und Gewässerverschmutzung und erschwerte Wasserversorgung, Überfischung der Weltmeere, Strahlungsgefahr durch radioaktive Stoffe, Lärmbelästigung, Flächenverbrauch, Vermüllung von Land und Gewässern, Atommüllproblematik, Sauerstoffmangel sowie Waldschäden³⁷ und Waldrodungen, insbesondere die Abholzung tropischer Wälder.³⁸ Auch die Verknüpfung der ökologischen Krisen mit den weiteren Bedrohungslagen dieser Zeit, insbesondere der atomaren Bedrohung, spiegelt sich in den untersuchten Werken wider.³⁹

aber auch mit dem der Erneuerung verbunden wurde (Mende 2011, 385ff). Das lässt sich auf die hier untersuchte Literatur übertragen.

- 37 Die Waldsterbensdebatte kommt in den untersuchten Werken aus zeitchronologischen Gründen kaum vor. Diese stammen mit Ausnahme des erst 1987 erschienenen Spätwerks von Bahro aus der Zeit vor der Hochphase der Waldsterbens-Debatte.
- 38 Zum ges. Absatz bis hierher Eppler 1975, 12ff; 1981, 66; 1981b, 172; Fromm 2007, 240; Gruhl 1975, 73-90, 95, 124; 1985, 54-58; Harich 1975, 34f, 66, 118-121; Jonas 2015, 329-337; Amery 1991, 8, 211, 289; Bahro 1980, 50; Strasser 1977, 72.
- 39 Bahro 1980, 50; 1987, 27f; Eppler 1981, 166f; Fromm 2007, 14f, 240; Amery 1991, 341; Harich 1975, 122f.

4.2 Unterschiedliche Antworten: Ausdifferenzierung und Strukturierung der Denklandschaft

Die untersuchten Denker teilen also die Wahrnehmung der ökologischen Krise als fundamentale und dringliche Herausforderung. Davon ausgehend formulieren sie sehr unterschiedliche Positionen, wie dieser Herausforderung zu begegnen ist. Dies bezieht sich sowohl auf die Alternativentwürfe einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft als auch die Vorstellungen vom Prozess des Wandels hin zu diesen alternativen Gesellschaftsentwürfen. Diese unterschiedlichen Positionen ergeben sich wiederum maßgeblich aus divergierenden kausalen Begründungen der ökologischen Krise.

Aus dem institutionell orientierten Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit folgt, dass für die Strukturierung bzw. Sortierung der untersuchten Denklandschaft die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe ausschlaggebend ist. In institutioneller Hinsicht werden in der untersuchten Literatur zwei Transformationsgegenstände⁴⁰ prioritär thematisiert: die Wirtschaftsordnung und das politische System. Diese werden bei allen untersuchten Denkern als zentrale Handlungsfelder für das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit behandelt. Die für diese beiden Bereiche jeweils intendierten Veränderungsrichtungen unterscheiden sich zum Teil diametral. Übergeordnet kann dabei zwischen einer autoritär-zentralistischen und einer freiheitlich-demokratischen Perspektive unterschieden werden.

Die Denker der autoritär-zentralistischen Perspektive setzen auf die Institutionalisierung zustimmungsunabhängiger Führung, welche in einer Zentralverwaltungswirtschaft die erforderlichen Einschnitte gegen die Einsicht der Bevölkerung durchsetzen kann. Sie verbindet somit die Idee einer Öko-Diktatur mit planwirtschaftlichen Implikationen. Dieser Grundposition, die offensichtlich einen Systemwechsel⁴¹ anstrebt, können die Autoren Herbert Gruhl, Wolfgang Harich und Hans Jonas zugeordnet werden.

40 Der Begriff des Transformationsgegenstandes wird von Jacob et al. übernommen und bezieht sich auf die Frage, was bzw. welche gesellschaftlichen Bereiche sich auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft verändern müssen. Differenziert werden kann dabei z.B. zwischen der Rohstoffbasis von Ökonomien, dem Wirtschafts- und Finanzsystem, dem politischen System oder Kultur und Lebensstilen (2015, 12f).

41 Nach Merkel bezeichnet der Begriff des Systemwechsels den "Übergang von einem Ordnungssystem zu einem grundsätzlich anderen System" (Merkel 1999, 15). Gängig ist dabei eine Anwendung des Begriffs auf Übergänge zwischen demokratischen und autoritären politischen Systemen sowie zwischen kapitalistisch-marktwirtschaft-

Die freiheitlich-demokratische Perspektive geht hingegen davon aus, dass die ökologische Krise im Rahmen der demokratischen Grundordnung adressiert werden kann. Innerhalb der demokratischen Perspektive kann wiederum zwischen einer Perspektive des Systemwechsels und einer Perspektive der Modernisierung im System unterschieden werden. Erstere weist über den Kapitalismus⁴² und zum Teil über die nationalstaatlich verfasste Repräsentativdemokratie hinaus und setzt, je nach konkreter Stoßrichtung, mit unterschiedlicher Gewichtung auf Dezentralisierung, Demokratisierung und demokratisierte Planwirtschaft. Diese demokratische Systemwechselferspektive findet sich bei Johano Strasser, dem frühen Rudolf Bahro⁴³, Erich Fromm und Carl Amery. Dem hingegen hält die Position ökologischer Modernisierung einen Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen der bestehenden marktwirtschaftlichen und repräsentativ-demo-

lich und nicht-kapitalistischen, insbesondere sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen. Dementsprechend unterscheiden Adler/Schachtschneider mit Blick auf verschiedene Positionen des ökologisch-politischen Denkens zwischen zwei Perspektiven. Die erste Perspektive leitet aus der ökologischen Krise eine fundamentale *Systemkritik* ab. Die ökologische Krise und die strukturelle Unfähigkeit sie zu lösen sind demnach auf grundlegende, für die moderne Industriegesellschaft konstitutiven Strukturen und damit korrespondierenden Subjektformen zurückzuführen. Erst mit deren Überwindung, und somit einem *Systemwechsel*, wird ökologische Nachhaltigkeit möglich. Demgegenüber steht die Perspektive der *Modernisierungsdefizite*, wonach die von der Systemwechsel-Position für nicht zukunftsfähig erachteten Strukturen gestaltungsfähig und somit ökologisch zu modernisieren sind. Die ökologische Krise ist also mit einer Strategie der *Modernisierung im System* lösbar (2010, 16f, 21, 113). Diese Differenzierung wird für die weitere Untersuchung übernommen.

- 42 Im Rahmen dieser Arbeit wird der Kapitalismus im Rückgriff auf Schüller, Leopold und Loske als Wirtschaftsordnung verstanden, die sich durch drei wesentliche Merkmale auszeichnet (Schüller 2005, 85; Leopold 2005, 11; Loske 2011, 30f):
- Bezüglich der Eigentums- und Unternehmensordnung basiert der Kapitalismus auf Privateigentum und freiem Unternehmertum.
 - Märkte stellen den zentralen Allokationsmechanismus dar.
 - Durch die marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen zwischen privatwirtschaftlichen Unternehmen ist das unternehmerische Handeln im Regelfall durch Gewinnstreben geprägt.
- 43 Bahros Position verschiebt sich im Zeitverlauf deutlich. Während er in seinem frühen ökologisch-politischen Denken, in der vorliegenden Untersuchung abgebildet durch die *Elemente* (1980), die Perspektive eines demokratischen Öko-Sozialismus vertritt und somit der hier behandelten Gruppe zuzuordnen ist, wendet er sich in der *Logik* (1987) von der Demokratie ab und sucht den Ausweg in einer spirituell-autoritären Alternative (Kap. 8). Diese Differenz wird im Folgenden mit den Bezeichnungen „früher“ und „später“ Bahro“ abgebildet.

kratischen Grundordnung für möglich. Ihr prominentester Vertreter in der ersten Zeitphase ist Erhard Eppler.

Zwischen der autoritär-zentralistischen und der freiheitlich-demokratischen Perspektive lässt sich eine weitere Grundposition identifizieren, die vom späten Bahro eingenommen wird. Sein Ansatz verbindet autoritäre und emanzipatorische Elemente. Er sieht die Notwendigkeit eines spirituell-autoritären Übergangs mit zentral gelenkter Planwirtschaft. Dieses Übergangsmodell soll Zeit und Raum schaffen für den Aufbau einer freiheitlichen und herrschaftsfreien ökologischen Gesellschaft.

Damit lassen sich für die erste Hochphase vier Grundpositionen differenzieren, wobei die demokratischen Antworten als zwei Ausprägungen der demokratischen Perspektive gefasst werden, da ihr Festhalten an der Demokratie ähnlich begründet ist:

1. Autoritäre Antworten: Öko-Diktatur und zentralisierte Planwirtschaft
2. Demokratische Antworten
 - a. Demokratischer Systemwechsel: Demokratisierung, Dezentralisierung und Überwindung des Kapitalismus
 - b. Ökologische Modernisierung im System
3. Zwischen spiritueller Autorität und Öko-Anarchismus: Bahro als „Sonderstimme“

In den Kapiteln 6 bis 8 werden diese Grundpositionen aufgearbeitet. Die Darstellung der jeweiligen Positionen erfolgt dabei entlang der definierten Untersuchungskategorien: kausale Begründung der ökologischen Krise, Alternativenwurf, Vorstellungen vom Prozess des Wandels sowie die Hintergrundannahmen, auf welche die verschiedenen Positionen zurückzuführen sind (Kap. 3). Zum Zwecke der begrifflichen Klarheit sei an dieser Stelle bereits eine Differenzierung verschiedener Ursachendimensionen vorweggenommen, die im Laufe der Textuntersuchungen erarbeitet wurde. Demnach kann analytisch zwischen folgenden Ursachendimensionen unterschieden werden:

- *Strukturelle Ursachen*: z.B. Kapitalismus, wachstumsabhängiger Staat, repräsentative Demokratie, industrielle Produktionsweise, falsche Rahmung der Marktwirtschaft, Lobbyismus, Herrschaftsstrukturen;
- *Technologie- und ressourcenbezogene Ursachen*: z.B. geringe Ressourceneffizienz, Verwendung nicht-erneuerbarer Ressourcen, mangelnde Kreislaufführung von Rohstoffen;

- *Geistige Ursachen:*
 - *Kulturelle Ursachen:* z.B. materialistische Wohlstands- und Fortschrittsverständnisse, (kompensatorischer) Konsumismus, instrumentelles bzw. mechanistisches Naturverständnis, problematische Menschenbilder;
 - *Anthropologische Ursachen:* z.B. der Mensch als expansives, eigennutzorientiertes oder kurzfristorientiertes Wesen, der Mensch als Verdrängungskünstler, Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln;
- *Sozio-ökonomische Ursachen:* z.B. Bevölkerungswachstum, soziale Ungleichheit, soziale Entfremdung, Atomisierung;

Vorgelagert betrachtet wird im Folgenden die Kontroverse um die Zukunft des Wachstums (Kap. 5). Die unterschiedlichen Haltungen in der Wachstumsfrage wirken stark präformierend auf die jeweiligen Positionen, da die Radikalität der Alternativentwürfe maßgeblich davon bestimmt wird. Dies zeigt sich in der untersuchten Literatur z.B. daran, dass die wachstumspessimistischen Denker einen Systemwechsel einfordern, während aus wachstumsoptimistischerer Perspektive die Position der Modernisierung im System vertreten wird. Die Vorlagerung der Wachstumskontroverse ist sinnvoll, da sich diese in der ersten Zeitphase maßgeblich auf zwei konkurrierende Perspektiven beschränkt: einen bei fast allen Denkern vorherrschenden, starken Wachstumspessimismus sowie eine optimistischere Positionierung bei Eppler.

5 Schnittmengen und Differenzen in der Wachstumsfrage

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass sich neben der apokalyptischen Krisenwahrnehmung und dem daraus abgeleiteten Handlungsdruck eine weitere Entwicklung der Ökologiediskussion dieser Zeit in den Werken der Autoren deutlich widerspiegelt. Demnach wird im Laufe der frühen 70er-Jahre, insbesondere nach der Veröffentlichung der *Grenzen des Wachstums* 1972, die Wachstumsfrage zur Schlüsselfrage des Umweltdiskurses (Kupper 2003, 345; Mende 2011, 292f, 320f; Eckersley 1992, 8; Steurer 2002, 333; Dryzek 1997, 21f). Das verwundert wenig, da die Studie in allen, auch den optimistischen Szenarien, zu dem Ergebnis kam, dass der Zusammenbruch unvermeidlich ist, wenn am Wirtschaftswachstum festgehalten wird (Steurer 2002, 155-158, 333). Die Möglichkeit eines ökologisch nachhaltigen Wachstums auf Grundlage technischer Innovationen sahen die Autoren der Studie nicht (ebd.). Als einzigen Ausweg beschrieben sie einen Wachstumsstopp gepaart mit der Stabilisierung der Weltbevölkerung und technologischen Verbesserungen (ebd.). Auch der zweite Bericht an den Club of Rome hielt für die reichen Industrienationen den Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für erforderlich (Mesarovic/Pestel 1974, 16f, 127, 132). Entsprechend sind auch die untersuchten Werke der ersten Phase durch eine starke ökologische Wachstumskritik geprägt.⁴⁴

Dabei zeigen sich wichtige geteilte Grundzüge, aber auch Differenzen in der untersuchten Literatur. Im Folgenden werden zunächst die geteilten Grundzüge beleuchtet, bevor auf die Unterschiede eingegangen wird. Ein erster geteilter Grundzug ist, dass die ökologische Krise in Anlehnung an die Grundthese der *Grenzen des Wachstums* als materielle Folge eines ökologisch blinden Wachstumsprozesses verstanden wird.⁴⁵ Beispielsweise spricht Bahro vom „zerstörerischen Wachstum“ (1987, 96) und beruft sich auf die „Wachstumskurven, die seit 1750 nicht mehr wie zuvor unmerklich ansteigen, sondern plötzlich senkrecht in die Höhe weisen“ (ebd., 15f). Durch Expansion und Eroberung habe sich der Mensch von der natürlichen Ordnung losgerissen (ebd., 20). Während es einige Autoren bei dem allgemeinen Hinweis auf die ökologisch folgenreiche Expansionsdynamik belassen, spezifizieren andere, dass es insbesondere die Steige-

44 Die nachfolgend dargestellten Positionen in der Wachstumsfrage beziehen sich auf den Kontext der reichen Industrienationen.

45 Strasser 1977, 67, 69, 72f; Strasser/Traube 1981, 16, 30f; Jonas 2015, 251f; Bahro 1987, 32f; Eppler 1975, 9f, 40; 1981, 25ff, 35; Gruhl 1975, 60-68; Harich 1975, 93ff; Amery 1991, 7ff.

rungsdynamik nach dem 2. Weltkrieg war, die zur gegenwärtigen Bedrohungslage geführt hat (Gruhl 1975, 190ff; Strasser/Traube 1981, 78f; Eppler 1981, 45ff). Auch der Hinweis, dass diese Steigerungsdynamik maßgeblich in bestimmten Weltregionen erfolgte, findet sich bei einigen Denkern (Strasser/Traube 1981, 78f; Bahro 1987, 10f; Eppler 1981, 65f).

Von der Rückführung der ökologischen Krise auf die Wachstumsdynamik ausgehend, eint die Denker als zweiter geteilter Grundzug die Kritik am diagnostizierten Wachstumsparadigma. Aus ihrer Sicht ist Wachstum das übergeordnete gesellschaftliche Entwicklungsziel und stellt somit auch die zentrale politische Priorität dar.⁴⁶ Besonders eindringlich bemerkt Gruhl aus konservativer Perspektive:

„Ein Rausch ist über die Menschheit gekommen, dem Goldgräberfieber der amerikanischen Kolonialzeit vergleichbar. Und dieser Rausch wird immer wieder genährt durch Erfolge, die in der Tat grenzenlos erscheinen. Haben es nicht die letzten hundert Jahre erwiesen? Alles wird immer größer, besser, sicherer und bequemer! Darauf wird heute jedes Kind fixiert und jeder Erwachsene programmiert. Die Wirtschaftler und Politiker bekräftigen fortwährend, in welchem Aufstiege man sich befinde – und man hört es ja so gerne! Dagegen kann sich nur jeder unbeliebt machen, der am ‚Götzen des Wachstums‘ auch nur rührt.“ (1975, 192)

Aus linker Perspektive kritisiert Strasser einen „platte[n] Ökonomismus, der die Jagd nach Steigerung von Produktion und Konsum zum eigentlichen Lebensinhalt gemacht hat“ und nun das Überleben der Menschheit infrage stellt (1977, 122). Die zeitgenössische Gesellschaft wird auch als „Wachstumsgesellschaft“ deklariert (Strasser/Traube 1981, 16; Eppler 1981, 54). Dieser einseitigen Fokussierung auf das Wachstumsziel entspricht aus Sicht der Autoren ein materialistisches Wohlstandsverständnis, nach dem die Mehrung des materiellen Reichtums ein Mehr an Wohlstand bzw. Lebensqualität zeitigt.⁴⁷ Die Autoren eint also die Kritik an einem auf materielles Wachstum fokussierten Zeitgeist.⁴⁸

46 Gruhl 1975, 12, 192f, 215; Strasser/Traube 1981, 32f, 60, 316f; Eppler 1981, 21, 24, 42; Amery 1991, 117; Bahro 1980, 51; Jonas 2015, 273; Fromm 2007, 212; Harich 1975, 99.

47 Bahro 1980, 97f; Eppler 1981, 104f; Gruhl 1975, 197; 1985, 29, 85-89, 159ff, 259; Strasser 1977, 123f; Amery 1978, 8f; Fromm 2007, 14f, 241f.

48 Steuerer weist darauf hin, dass die starke Wachstumskritik der 1970er-Jahre auch vor dem zeithistorischen Hintergrund der 1950er- und 60er-Jahre verstanden werden muss, die durch einen Zeitgeist des „Wachstumsfetischismus“ gekennzeichnet waren,

Ein Spezifikum der ersten Zeitphase und zugleich ein dritter geteilter Grundzug ist, dass die beschriebene Wachstumskritik begrifflich häufig auch als Fortschrittskritik vorgetragen wird. Neben der materialistischen Fokussierung des Fortschrittsverständnisses wird dabei ein blinder Glaube an die Segnungen des technischen Fortschritts kritisiert.⁴⁹ Beispielsweise bemerkt Gruhl: „Die Stoßrichtung ist immer die gleiche: ‚Mehr Wachstum – materielles Wachstum! Wohlstand für alle!‘ Unter Fortschritt versteht man heute fast nur den materiellen – und den der Wissenschaft natürlich; aber diesen nur, soweit man von ihm weiteren materiellen Fortschritt erhofft“ (1975, 215). Bahro fordert stellvertretend für die Autorenschaft, dass die „Idee des Fortschritts [...] radikal anders interpretiert werden“ muss (1980, 93).

Diese Zentralität des Fortschrittsbegriffs in der Debatte der 70er-Jahre muss vor dem Hintergrund des starken Fortschrittsoptimismus der Nachkriegszeit und insbesondere der 60er-Jahre gelesen werden (Mende 2011, 406). In diesem Optimismus drückte sich ein Verständnis von Fortschritt aus, welches diesen als materielles Wachstum v.a. auf der Basis technischer Innovationen begreift (Abele 2001, 9ff; Metzler 2005, 80; Mende 2011, 390, 399). Diesem materialistisch-technoiden Fortschrittsverständnis stand ein Steuerungsoptimismus zur Seite, „Fortschritt nicht nur kontrollieren, sondern ihn selbst machen zu können, ihm nicht machtlos gegenüberzustehen, sondern seine Richtung und sein Ziel zu bestimmen“ (Metzler 2005, 80). Gegen eben dieses Fortschrittsverständnis und den damit verbundenen Optimismus richtet sich die Kritik der Autoren bzw., wie Mende herausstellt, die Kritik der Ökologiebewegung im Allgemeinen (Mende 2011, 399).⁵⁰ Damit wird die Kategorie des Fortschritts sowie das Motiv

wonach „wirtschaftliches Wachstum in undifferenzierter Weise als Lösung für nahezu alle sozio-ökonomischen und politischen Probleme“ gepriesen wurde (2002, 122). Dieser Wachstumsfetischismus war ein „idealer Nährboden für jegliche Art von Fortschritts-, Wachstums- und Wohlstandskritik“ (ebd.).

49 Strasser/Traube 1981, 16f; Eppler 1975, 39; 1981, 36, 107, 123f; 1981b, 171f; Bahro 1980, 93, 198; Amery 1991, 340ff; Gruhl 1975, 215; Jonas 2015, 275ff, 296; Fromm 2007, 13ff.

50 Wie Mende hervorhebt, kam bereits in den 50er-Jahren in der Anti-Atom-Bewegung im Angesicht der wahrgenommenen Bedrohungslage der militärischen und zivilen Nutzung der Atomkraft ein Fortschrittspessimismus zum Ausdruck. Nach den fortschrittsoptimistischen 60er-Jahren sei diese Skepsis in Anbetracht von atomarer Bedrohung, ökologischer und wirtschaftlicher Krise in den 70er-Jahren dann ungleich stärker ins breite gesellschaftliche Bewusstsein getreten. Nicht zuletzt würden demoskopische Untersuchungen aus dieser Zeit anzeigen, wie sich die Fortschrittsskepsis in dieser Zeit ausbreitete (2011, 389ff, 397f).

des Endes des Fortschritts im Angesicht der Bedrohungslage(n) der 70er-Jahre zum zentralen Gegenstand der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (ebd., 389, 397). Die untersuchten Autoren reihen sich mit ihrer Fortschrittskritik in diese Auseinandersetzung ein. Die Kritik am technisch-ökonomisch verengten Fortschrittsverständnis eint, wie auch Mende feststellt, ökologische Denker aus verschiedenen ideologischen Lagern (ebd., 406, 431f).⁵¹

Ein vierter geteilter Grundzug der untersuchten Literatur ist, dass die beschriebene ökologische Wachstumskritik in unterschiedlicher Radikalität mit sozialer Wachstumskritik verbunden wird.⁵² Dabei lassen sich grundsätzlich zwei Argumentationslinien unterscheiden. Erstens weisen die Autoren darauf hin, dass die fortschreitende Expansion des materiellen Wohlstandes in den reichen Weltregionen auf der ökologischen und sozialen Ausbeutung ärmerer Weltregionen beruhe. Diese von Schmelzer/Vetter als „Nord-Süd-Kritik“ (2019, 18-21) bezeichnete Kritiklinie findet sich in fast allen untersuchten Werken.⁵³

Die zweite Kritiklinie konstatiert, dass der Wachstumsprozess auch innerhalb der reichen Industrienationen die Lebensbedingungen nicht mehr verbessert. Auf dieses gemeinsame Motiv im öko-politischen Denken der 1970er-Jahre hat bereits Stein hingewiesen (2016, 207f). Zentrales Argument ist zunächst, dass neben den ökologischen mittlerweile auch die sozialen Kosten des Wachstums überwiegen, weswegen diese Kritiklinie mit Steurer auf die „sozialen Grenzen des Wachstums“ zielt (2002, 124). Hinter dieser Kritik steht die Annahme, dass spätestens ab einem bestimmten materiellen Wohlstandsniveau die Zielharmonie zwischen materiellem Wachstum und höherer Lebensqualität nicht mehr gilt und stattdessen mindestens partielle Zielkonflikte entstehen (Steurer 2002, 130; Stein 2016,

51 In der konkreten Stoßrichtung unterscheidet sich die Fortschrittskritik freilich substantziell. Dies wird im weiteren Verlauf noch deutlich, wenn z.B. die Differenz zwischen konservativer und emanzipatorischer Gesellschaftskritik zutage tritt.

52 Siehe zur Unterscheidung zwischen ökologischer und sozialer Wachstumskritik z.B. Steurer 2002, 326f, Lorenz 2016 und Schmelzer/Passadakis 2011, 59. Während sich ökologische Wachstumskritik auf den Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Umweltqualität richtet, fokussiert soziale Wachstumskritik auf den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und individuellem und gesellschaftlichem Wohlergehen. Eine solche soziale Wachstumskritik findet sich in verschiedenem Ausmaß bei allen Autoren mit Ausnahme von Hans Jonas.

53 Bahro 1980, 55f, 63f, 73, 78ff, 92, 192f; 1987, 27f, 73, 90ff, 115; Eppler 1981, 65f; Harich 1975, 30; Gruhl 1975, 336f; Strasser 1977, 72f; Strasser/Traube 1981, 55; Amery 1991, 256; Fromm 2007, 230.

207f). Dies findet sich entsprechend bei den untersuchten Autoren. Aus ihrer Sicht kommen bereits deutlich die negativen Folgen des Fortschritts- und Wachstumsprozesses, wie die Zunahme psychischer und physischer Krankheiten, steigende Kriminalität, emotionale Verarmung, Einsamkeit, Stress, Unzufriedenheit, Langeweile oder Angst zum Tragen.⁵⁴ Besonders weitgehend sieht z.B. Bahro die unglücklichste Epoche überhaupt: „Soviel Unglück wie jetzt – Gehetztsein, Unbefriedigtsein, Einsamkeit mit und ohne andere Menschen, Versagung und Entfremdung aller Art –, soviel Unglück wie jetzt in den reichen Ländern hat es nie zuvor gegeben, in den finstersten, elendsten Zeiten nicht“ (1980, 46). Entsprechend beschreibt Fromm „eine Gesellschaft notorisch unglücklicher Menschen: einsam, von Ängsten gequält, deprimiert, destruktiv, abhängig [...]“ (2007, 18). Nicht nur aus ökologischer, auch aus sozialer Perspektive, gilt die Gleichung, nach der Wachstum Fortschritt bedeutet, aus Sicht der Autoren nicht mehr.

Divergente Schlussfolgerungen: zwischen ökonomischer Schrumpfung und Wachstumsunabhängigkeit

Jenseits dieser geteilten Grundzüge nehmen die Autoren unterschiedliche Positionen zur Frage ein, was diese Wachstumskritik für zukünftige Wachstumsmöglichkeiten impliziert. Anders formuliert leiten sie aus der ökologischen Krise unterschiedliche wachstumspolitische Imperative ab. Dabei zeigt sich für die Beiträge der ersten Zeitphase eine starke Dominanz wachstumspessimistischer Positionen, was, wie angedeutet, auf entsprechende Schlussfolgerungen in den zitierten Globalstudien zurückzuführen ist. Mit Ausnahme von Eppler sehen alle Autoren einen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen weiterem wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit.⁵⁵ Lediglich Eppler schließt sich den Forderungen nach der zwingenden Notwendigkeit eines Wachstumsstopps bzw. ökonomischer Schrumpfung nicht an. Im Folgenden wird zunächst die wachstumspessimistische Perspektive beleuchtet, bevor auf Epplers Position eingegangen wird.

54 Bahro 1980, 89f; Gruhl 1975, 123f; 1985, 29, 85-89, 159ff, 163f; Eppler 1975, 14f, 37-40, 90f, 92f, 97; 1981, 42f, 106; 1981b, 174; Harich 1976, 122; Strasser 1977, 122, 124f; Strasser/Traube 1981, 39, 223, 316; Amery 1991, 228f, 326; Fromm 2007, 18f, 205, 215, 241f (vgl. spezifisch zu Fromm auch Johach 2010, 5f).

55 Bei Fromm findet sich diesbezüglich keine eindeutige Positionierung. Er bemerkt lediglich, dass das Ziel des unbegrenzten Wachstums aufgegeben werden muss (2007, 212).

Für Erstere ist der Ausstieg aus der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik unvermeidlich. Beispielsweise fasst Gruhl seine Erkenntnisse aus *Ein Planet wird geplündert* so zusammen, „daß die materielle Katastrophe um so größer sein wird und um so früher eintreten wird, je erfolgreicher das sogenannte ‚wirtschaftliche Wachstum‘ noch vorangetrieben wird [...]“ (1985, 249). Amery hält die Katastrophe für unvermeidlich, „wenn nicht das Lieblingskind, der verhätschelte Zentralgedanke der aktiven Menschheit aufgegeben wird: das ständige Wachstum, das immer optimistischere Ausschreiten zu immer rosigeren Horizonten“ (1991, 117). Für Bahro ist „[j]edes Prozent Mehrproduktion [...] zuviel, weil jedes Prozent Mehrverbrauch endlicher und unwiederherstellbarer Naturgüter eine Schädigung der übrigen Menschheit wie unserer eigenen Kinder und Kindeskinde ist“ (1980, 63). Insbesondere auch aufgrund legitimer Steigerungsbedürfnisse in bisher armen Weltregionen wird von den Autoren mindestens ein Wachstumsstopp (Strasser 1977, 67f, 72f, 84; Strasser/Traube 1981, 30f; Bahro 1980, 57f, 63; Harich 1975, 58f, 62, 70ff; Amery 1991, 117), darüber hinaus aber bei den meisten Denkern eine deutliche Senkung des materiellen Lebensstandards bzw. wirtschaftliche Schrumpfung in den reichen Weltregionen eingefordert (Amery 1972, 246; Gruhl 1975, 62f, 167, 298; Harich 1975, 30, 93f; 1977, 14; Jonas 2015, 274, 287f, 322; Bahro 1980, 193ff; 1987, 31f, 18, 119, 466f).⁵⁶ Damit gehe auch die Notwendigkeit einer Begrenzung bzw. Reduktion der Weltbevölkerung einher.⁵⁷

Die wachstumspessimistische Position folgt aus der Einschätzung, dass die ökologischen Wachstumsgrenzen eng und unflexibel sind. Die wahrgenommene Enge der Grenzen zeigt sich besonders deutlich in den Annahmen einiger Autoren darüber, welches Wohlstandsniveau und welche Bevölkerungsgröße innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen noch

56 Dies ist insbesondere für die in marxistischer Tradition stehenden Autoren wie Harich oder Bahro bemerkenswert, da die Wachstumskritik ein zentrales Paradigma des Marxismus infrage stellt (Kupper 2003, 348). Mit der Wachstumskritik gerät der Kernbestand des traditionellen Marxismus, der Fortschritt der Produktivkräfte als Garant der Emanzipation, ins Wanken (Sozialistisches Zentrum Tübingen 1979, 24f). Entsprechend stellen Amery und Harich heraus, wie schwer sich weite Teile des linken Spektrums mit der Wachstumskritik und der Überwindung dieses zentralen marxistischen Paradigmas taten (Harich 1975, 52-60, 70-74; Amery 1991, 311f). Vielmehr dominiere eine pauschale Ablehnung des Club of Romes als „Agentur des Klassegegners“ (Harich 1975, 52, dazu auch 72f) bzw. „Handlanger einer faschistischen [...] Unterdrückungsideologie“ (Amery 1991, 311).

57 Amery 1991, 184, 297f; Strasser 1977, 122f; Bahro 1987, 33; Gruhl 1975, 168f; Jonas 1992, 103; Harich 1975, 30, 38, 43f.

vertretbar ist. So geht z.B. Gruhl aus globaler Perspektive davon aus, dass die Erde langfristig 1,5 Milliarden Menschen auf einem Lebensstandard, der in Europa vor 1850 herrschte, beherbergen kann (1975, 167). Für die BRD gibt er eine optimale Bevölkerungsgröße, mit der die bevorstehenden „Krisenzeiten gerade noch, wenn auch unter großen Strapazen“ durchgestanden werden können, mit 40 Millionen Einwohnern an (ebd., 311). Dabei müsse der Lebensstandard in den Industrienationen auf das in Mitteleuropa herrschende Niveau zwischen den beiden Weltkriegen zurückgeführt werden (ebd., 298). Bahro ist überzeugt, dass die BRD auf dem gegenwärtigen Verbrauchsstandard langfristig nur sechs Millionen Menschen beherbergen könnte, weshalb sowohl eine Bevölkerungsreduktion als auch eine Senkung des materiellen Wohlstands um den Faktor zehn angezeigt sind (1987, 32f, 466ff). Hier werden massive Absenkungen des materiellen Wohlstandsniveaus und damit auch des wirtschaftlichen Produktionsvolumens eingefordert. Auch weitere Autoren fordern „drastische“ Einschränkungen des materiellen Lebensstandards in den reichen Weltregionen (Amery 1972, 246; Harich 1975, 30).

Diese Perspektive enger ökologischer Wachstumsgrenzen basiert auf der Annahme, dass diese Grenzen weitgehend unverrückbar sind. Das zeigt sich zunächst an obigen Äußerungen, wo aus ökologischen Kapazitäten unmittelbar bestimmte Wohlstands- und Bevölkerungsgrößen abgeleitet werden. Technischem Fortschritt als vermittelndem Faktor zwischen Ressourcenverbrauch und Emissionen einerseits sowie ökonomischer Wertschöpfung andererseits stehen die Autoren skeptisch gegenüber. Sie kritisieren den technikoptimistischen Zeitgeist und betonen, dass der ökologischen Krise durch technologische Innovationen nicht beizukommen ist.⁵⁸ Während es bei einigen Autoren bei dieser Festlegung bleibt, setzen sich andere explizit mit den Potenzialen von technischen Effizienz-, Recycling- und Substituierungsmöglichkeiten auseinander und kommen zu dem Schluss, dass diese an der Erforderlichkeit des Wachstumsstopps nichts ändern können (Strasser 1977, 72; Harich 1975, 139; Gruhl 1975, 257).⁵⁹ Entsprechend

58 Amery 1991, 302, 349f, 346; Jonas 2015, 275ff, 336f; Strasser 1977, 67f; Strasser/Traube 1981, 30f; Harich 1975, 44f, 107; Bahro 1980, 93; 1987, 31f; Gruhl 1975, 257.

59 Am ausführlichsten findet diese Auseinandersetzung bei Gruhl statt. Trotz einiger Potenziale im Bereich Recycling müsse beachtet werden, dass Recycling wiederum auf Energiezufuhr beruht und bei vielen Stoffen, insbesondere Metallen, oft nur ein unter 50% liegender Anteil der Wiederverwendung zugeführt werden könne. Auch bezüglich der Möglichkeit der Substituierung von knapper werdenden Rohstoffen ist Gruhl sehr zurückhaltend. Für viele zentrale Rohstoffe verneint Gruhl die generelle

wird eine auf das Hinausschieben ökologischer Wachstumsgrenzen durch technische Innovationen fokussierte Strategie abgelehnt (explizit v.a. bei Bahro 1987, 119f; Harich 1975, 154; Gruhl 1975, 131f; Strasser 1977, 72, 93f; Strasser/Traube 1981, 30f).⁶⁰

Einzig Erhard Eppler weicht von dem breit geteilten Wachstumspessimismus ab und nimmt eine optimistischere Position ein. Bereits in *Ende oder Wende* (1975) will er sich der Forderung nach Null- oder Negativwachstum nicht anschließen (1975, 45f; entspr. 1981, 235). Auch ist er deutlich optimistischer bezüglich des Lebensstandards, der innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen möglich ist. Zwar könne, anders als in der bisherigen Entwicklung, der gehobene Konsum von heute nicht mehr der Massenkonsum von morgen sein (1975, 20f). Als realistisches Ziel für Deutschland sieht Eppler aber, dass alle den Konsumstandard eines Facharbeiters haben (ebd.). Entsprechend sieht er auch in den reichen Industriegesellschaften noch Schichten, „die einen starken Nachholbedarf an Konsum haben“ (1975, 65). Für Eppler gibt es somit durchaus noch Spielraum für materielles Wachstum. Dennoch ist auch Eppler überzeugt, dass wirtschaftliches Wachstum zukünftig in erster Linie der nachholenden

Möglichkeit einer Substitution. Zudem würden mögliche Substitute ebenfalls auf Energiezufuhr und Grundstoffen basieren, die wiederum nicht steigerbar seien. Auch der Vorstellung dynamischer Reserven steht Gruhl sehr skeptisch gegenüber. Zwar stimme es, dass neue Vorräte entdeckt und durch technischen Fortschritt zukünftig genutzt werden könnten. Gruhl geht aber davon aus, dass die Kenntnis über die letzten Vorräte in den nächsten Jahrzehnten vollständig sein wird. Zuletzt werden sich aus seiner Sicht auch die Emissionen und die Umweltverschmutzung nicht durch technische Innovationen vom Wachstum entkoppeln lassen (zum ges. Absatz bis hierher 1975, 103-138). Trotz ihrer skeptischen Grundhaltung halten die Autoren technische Innovationen im Sinne einer effizienteren und angepassteren Technik für ein wichtiges Handlungsfeld (vgl. Jonas 2015, 323; Gruhl 1975, 115f; Amery 1991, 184, 292; Bahro 1987, 468; Strasser 1977, 82; Harich 1975, 43, 46, 69f; Fromm 2007, 212).

- 60 Bei Amery deutet sich neben der Technologieskepsis eine weitere Erklärung für seinen starken Wachstumspessimismus an. Auf diesen Zusammenhang hat bereits Eckersley hingewiesen. Sie betont richtigerweise den Unterschied zwischen öko- und anthropozentrischen Perspektiven: Während die anthropozentrische Perspektive auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen fokussiert, schließt die öko-zentrische Perspektive die Lebensbedingungen nicht-menschlicher Wesen mit ein. Dadurch engt die öko-zentrische Perspektive die Möglichkeiten menschlicher wirtschaftlicher Entwicklung weiter ein (1992, 28f). Bei Amery zeigt sich das z.B. daran, dass er für die BRD einen Brachenanteil von 30% einfordert, um den Erhalt der Artenvielfalt, der an dieser Stelle nicht anthropozentrisch begründet wird, sicherzustellen (1991, 294).

Entwicklung in den bisher ärmeren Weltregionen vorbehalten sein sollte (1975, 40f).

In *Wege aus der Gefahr* (1981) kommt eine noch optimistischere Einschätzung zum Ausdruck. Zwar kritisiert Eppler auch in diesem Buch den naiven Glauben an technischen Fortschritt und den „Gigantismus der sechziger Jahre“ (101, 107, 127). Zudem bemerkt er, dass die gegenwärtige Technik, insbesondere die modernen Großtechnologien, vielfach gegen die Natur operiere (ebd., 101, 107, 124-127). Gleichzeitig sieht er jedoch massive ökologische Einsparpotenziale durch technologische Innovationen, insbesondere Effizienzmaßnahmen (ebd., 161ff, 235f). Er zitiert Studien, die eine deutliche absolute Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch für möglich halten (ebd., 163). Eppler schätzt die technologische Lösungskapazität also deutlich optimistischer ein als die weiteren Denker. Davon ausgehend wehrt er sich gegen Ansätze, die auf materiellen Verzicht fokussieren und setzt stattdessen primär auf Effizienzstrategien (ebd., 161ff).

Trotz dieses Optimismus ist für Eppler die Abkehr von quantitativen Wachstumszielen angezeigt (1981, 47f). Solche quantitativen Wachstumsziele schaffen aus seiner Sicht ungerichtetes, unqualifiziertes und letztlich ökologisch zerstörerisches Wachstum (ebd., 174ff; 1981b, 172; 1975, 46). Für Eppler stellt die ökologische Krise also in erster Linie Richtung und Qualität des Wachstumsprozesses infrage (1981b, 172; 1981, 27). Daher müsse zukünftig im Sinne einer selektiven Wachstumspolitik entschieden werden, in welchen Bereichen Wachstum erwünscht ist und welche Bereiche schrumpfen müssen (1981, 47f, 148, 154; 1975, 45f). Dabei sind nicht nur ökologische, sondern auch soziale Erwägungen einzubeziehen: Aus der sozialen Wachstumskritik folgend sei zukünftiges Wachstum nur noch in Bereichen wünschenswert, die der Lebensqualität der Menschen zuträglich sind (1981, 151; 1981b, 175; 1975, 37-46). Eppler ist zwar optimistisch, dass eine so orientierte Wirtschaftsentwicklung weiterhin BIP-Wachstum zeitigt, sicher vorhersagen lasse sich dies aber nicht (1977b, 27; 1981, 154; 1975, 45f). Ein Zielfokus auf bestimmte Wachstumszahlen hält Eppler daher für verfehlt. Quantitatives Wirtschaftswachstum dürfe zukünftig nur noch potenzielle Resultante einer sozial-ökologischen Wirtschaftsentwicklung, aber nicht mehr selbst Politikziel sein (1975, 45f; 1981, 154). Diese Absage an quantitative Zielvorgaben bezieht Eppler umgekehrt auch auf die Forderungen nach Null- oder Negativwachstum, da diese ebenfalls nichts über die entscheidende Dimension, die ökologische Qualität der Produktionsprozesse, aussagten (1975, 45f).

Daraus folgt für Eppler die zentrale Aufgabe, die Gesellschaft wachstumsunabhängig zu gestalten. Dafür entwirft er verschiedene politische Maßnahmen, auf die bei der Rekonstruktion seines Alternativentwurfs eingegangen wird (Kap. 7.4). Angesichts dessen ist Hubers Zuordnung von Eppler zum Paradigma des qualitativen Wachstums nicht ganz zutreffend (1993, 56). Eppler geht es nicht darum, die Ziele von ökologischer Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum gleichrangig zu verbinden. Er ist zwar optimistisch, aber keineswegs sicher, dass sich wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit dauerhaft verbinden lassen (vgl. vertiefend zum Paradigma qualitativen Wachstums Steurer 2002, 245-257). Da dies nicht vorherzusagen ist, bedarf es der Wachstumsunabhängigkeit. Diese Position kann in Abgrenzung zu den Forderungen nach Wachstumsstopp („steady state“), wirtschaftlicher Schrumpfung („degrowth“) und qualitativem Wachstum („green growth“) als „a-growth“-Position bezeichnet werden, da sie eine Fokussierung auf das BIP in jeglicher Richtung für verfehlt hält (Petschow et al. 2018, 42ff; Schmelzer 2014, 16f).

Insgesamt decken sich die Positionierungen in der Wachstumsfrage in der untersuchten Literatur weitgehend mit dem generellen Verlauf der Wachstumsdebatte dieser Zeit. Huber und Steurer haben herausgearbeitet, dass die Ökologie-Debatte insbesondere in den 1970er-Jahren durch die Dominanz wachstumspessimistischer Positionen gekennzeichnet ist (Steurer 2002, 144; Huber 1993, 51ff). Auch die von Huber beschriebene Zweiteilung der wachstumspessimistischen Positionen in eine radikalere Position der wirtschaftlichen Schrumpfung und eine moderatere Position des Wachstumsstopps lässt sich in der Autorenschaft nachzeichnen (1993, 53). Die unterschiedlichen Einschätzungen basieren, wie gezeigt, maßgeblich auf verschiedenen Annahmen bezüglich der Enge und Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen und somit der Einschätzung technologischer Innovationspotenziale. Eine offensive Position des grünen Wachstums, wie sie in der zweiten Zeitphase z.B. von Ralf Fücks vertreten wird, findet sich nicht. Huber hat entsprechend darauf hingewiesen, dass diese Position erst im Laufe der 1980er-Jahre stärker an Bedeutung gewinnt (1993, 51).

6 Autoritäre Antworten: Öko-Diktatur und zentralisierte Planwirtschaft

Vor diesem Hintergrund können nun die konkurrierenden Grundpositionen zur Beantwortung der ökologischen Krise aufgearbeitet werden. Im ersten Schritt werden die öko-autoritären Positionen behandelt. Ausgehend von einer stark wachstumspessimistischen Position sind wichtige öko-politische Denker der ersten Zeitphase überzeugt, dass der Ausweg aus der ökologischen Krise nur durch die Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen und die Institutionalisierung autoritärer Führung möglich ist. Dieser Position können die untersuchten Werke von Herbert Gruhl, Wolfgang Harich und Hans Jonas zugeordnet werden. Im Folgenden wird im ersten Schritt deren kausale Begründung der ökologischen Krise rekonstruiert (Kap. 6.1). Im zweiten Schritt stehen die Antworten auf die ökologische Krise im Fokus, was sowohl die Alternativentwürfe als auch die Vorstellungen vom Prozess des Wandels umfasst (Kap. 6.2). Sodann werden drittens die Hintergrundannahmen herausgearbeitet, welche die Denker zu ihrer Positionierung führen (Kap. 6.3). Abschließend werden die Ergebnisse dieses Kapitels kurz zusammengefasst (Kap. 6.4).

Herbert Gruhl (*1921, †1993), promovierter Geisteswissenschaftler, war von 1969 bis 1978 Bundestagsabgeordneter der Union und kam dadurch zur Ökologie als politischem Thema. Von 1972 bis 1976 fungierte er als Vorsitzender des Umweltausschusses der Unionsfraktion. In dieser Zeit verfasste er das sehr einflussreiche Werk *Ein Planet wird geplündert*. 1978 trat er nach vielen vergeblichen Versuchen, das Umweltthema innerhalb der Partei zu platzieren, aus der CDU aus. 1980 war er prominentes Gründungsmitglied der GRÜNEN, verließ diese im Jahr darauf aber im Disput über die Rolle und die Antworten der Partei auf die ökologische Krise. Er gründete 1982 die Ökologische Demokratische Partei (ÖDP), der er bis 1990 als prominentestes Mitglied angehörte (zum ges. Absatz bis hierher Kathke 2016, 1f, 9ff; Fenske 2009, 2f; Nishida 2005, 35-38; Mende 2011, 447). Beiträge aus der Parteienforschung heben Gruhls Rolle als zentraler ökologischer Vor- und Querdenker innerhalb der CDU (Knauf 2019) sowie als maßgeblicher Vertreter des öko-konservativen Denkens in der Frühphase der GRÜNEN hervor (Mende 2011, 72f, 302; Raschke 1993, 66f).

Wolfgang Harich (*1923, †1995) übernahm in den 1950er-Jahren eine Professur für Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität. Mitte der 1950er-Jahre setzte sich Harich mit dem sogenannten „Kreis der Gleichgesinnten“, einer Gruppe marxistischer Intellektueller, zu denen u.a. auch Ernst Bloch, Paul Merker und Georg Lukács gehörten, für eine Demokratisierung der DDR ein und wurde dafür 1956 in einem Schauprozess zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. 1975 veröffentlichte er mit *Kommunismus ohne Wachstum* sein öko-politisches Hauptwerk, das in der DDR

offiziell abgelehnt wurde. Harich gilt neben Bahro und Havemann als maßgeblicher ökologischer Vordenker in der DDR, wobei er versuchte Ökologie und Marxismus zusammenzuführen (Heyer 2015, 17; Hermand 1991, 144f; Hermand 2020, 27ff). 1979 übersiedelte er zunächst nach Wien, dann in die BRD, wo er sich in der Umweltbewegung engagierte und u.a. als Gastredner beim Gründungskongress der westdeutschen GRÜNEN auftrat (Becker-Schaum/Vechtel 2016). (Zum ges. Absatz Amberger 2010; 2014, 61-70, 2020; Heyer 2015, 36f, Marten 1983, 18f)

Hans Jonas (*1903, †1993) studierte Philosophie u.a. bei Heidegger, Husserl und Bultmann, und schloss das Studium mit seiner bekannten Dissertation zur Gnosis ab. Er emigrierte nach der Machtergreifung Hitlers zunächst nach England, dann nach Palästina. Von 1955 bis zu seiner Emeritierung 1976 war Jonas Professor an der New Yorker School of Social Research. Das hier untersuchte *Prinzip Verantwortung* entstand nach seiner Emeritierung und gilt als sein bedeutendstes Werk (zum ges. Absatz bis hierher Scheller 2007, 23f). 1987 erhielt Jonas, maßgeblich für das *Prinzip Verantwortung*, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (Friedenspreis des Deutschen Buchhandels o.J.).

6.1 Die Ursachen der ökologischen Krise

In Kapitel 5 wurde herausgearbeitet, dass Gruhl, Jonas und Harich eine wachstumspessimistische Perspektive vertreten. Alle drei sehen die Notwendigkeit der Überwindung der Wachstumsdynamik und gezielter ökonomischer Schrumpfung in den reichen Industrienationen. Dementsprechend werden in ihren Werken die aus ihrer Sicht maßgeblichen Wurzeln der Wachstumsdynamik beschrieben.⁶¹ Im Rückgriff auf die bereits eingeführte begriffliche Differenzierung (Kap. 4.2) kann dabei zwischen strukturell-institutionellen, kulturellen und sozio-ökonomischen Wachstums- und Krisentreibern differenziert werden.

Auf struktureller Ebene sehen die Autoren das kapitalistische Wirtschaftssystem als zentralen Wachstumstreiber.⁶² Ausschlaggebendes Argu-

61 Die Krisenanalysen der Autoren unterscheiden sich deutlich mit Blick auf Umfang und Tiefgang. Bei Jonas findet sich eine Begründung der ökologischen Krise nur andeutungsweise, während Harich und Gruhl diesbezüglich ausführlicher sind.

62 Mit Petschow et al. kann zwischen Wachstumstreibern und Wachstumsabhängigkeiten unterschieden werden. Als Wachstumstreiber werden diejenigen Mechanismen, Faktoren, Akteure und Prozesse bezeichnet, die ursächlich für das beobachtete Wirtschaftswachstum sind, dieses also vorantreiben (2018, 49). Der Begriff der Wachstumsabhängigkeiten bezieht sich hingegen auf Bereiche, Strukturen und Institutionen, die eine gesellschaftlich erwünschte Funktion erfüllen, deren Funktionsfähigkeit unter derzeitigen Rahmenbedingungen aber von einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum abhängt (ebd., 100). Wachstumsabhängigkeiten können wieder-

ment ist, dass dem Kapitalismus ein inhärenter Wachstumszwang innewohnt, der aus dem Profitstreben unter Konkurrenzbedingungen folgt (Harich 1975, 42f, 57f, 62, 86, 104, 111, 137, 152f; Gruhl 1975, 198-201; Jonas 2015, 260f). Jenseits des Wachstumszwangs werden weitere Argumente gegen den Kapitalismus vorgebracht:

- Strukturelle Kurzsichtigkeit des Marktes: Märkte können zukünftige Knappheiten sowie die Bedürfnisse zukünftiger Generationen nicht abbilden, sind also strukturell kurzfristorientiert (Gruhl 1975, 237, 289f).
- Die im Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel im Allgemeinen bzw. das Kapital werden nach (kurzsichtigem) privatem Verwertungsinteresse, nicht nach Allgemeininteresse eingesetzt (Harich 43, 80f, 152, 146; Gruhl 1975, 45, 289f; Jonas 2015, 260f). Daraus folgt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, dass sich die Produktion am Tauschwert, nicht am Gebrauchswert orientiert (Harich 1975, 102, 165; Gruhl 1975, 296).
- Wirtschaftsfreiheit: Die Produktionsentscheidungen liegen im Entscheidungsfreiraum des einzelnen Wirtschaftsakteurs, es fehlt eine übergeordnete Instanz, welche die Zielrichtung der Wirtschaft im Sinne des Allgemeinwohls festlegt (Harich 1975, 39, 62, 99; Gruhl 1975, 240, 289f, 218f, 237, 287-290; Jonas 2015, 260).

Neben dem Kapitalismus wird der demokratische Staat als struktureller Wachstumstreiber identifiziert. Dabei lassen sich drei Argumentationslinien unterscheiden. Erstens wird ein massiver Einfluss v.a. wirtschaftlicher Lobbyinteressen auf die staatlichen Entscheidungsträger konstatiert, durch den diese zu einer wachstumsfördernden Politik angehalten würden (Gruhl 1975, 205-210, 261f; Harich 1975, 39). Zweitens hat der Staat nach Gruhl ein starkes Eigeninteresse an fortwährendem Wirtschaftswachstum, da er selbst finanziell vom Wachstum abhängig ist, z.B. zur Finanzierung des Sozialstaats oder zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes (1975, 205-208, 215, 276f; 1985, 104f). Schon deshalb seien alle Parteien Wachstumsparteien (ebd.). Drittens und für die autoritären Schlussfolgerungen entscheidend, wird die Zustimmungsabhängigkeit der politischen Entscheidungsträger vom Bürgerwillen in einem demokratischen Staat problematisiert. Der Bürgerwille, so die noch zu vertiefende Annahme, ist aus Sicht der Autoren auf fortwährenden materiellen Zuwachs gerichtet und legt die politischen

rum dazu führen, dass bestimmte Akteure (z.B. der Staat) als Wachstumstreiber auftreten.

Entscheidungsträger entsprechend auf dieses Ziel fest (Gruhl 1975, 233f, 307f; Jonas 2015, 262f, 269; Harich 1975, 206).⁶³

Neben der strukturellen Dimension werden kulturelle Wachstumstreiber adressiert. Diese sind aus Sicht der drei Denker zunächst wiederum Folge der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur. So werden immerzu steigende materielle Bedürfnisse der Konsumenten als Gegenpart zum kapitalistischen Wachstumsdrang beschrieben, der sich durch Marketing und Werbung in entsprechende Wohlstandsverständnisse und Begehren übersetzt (Harich 1975, 60, 147, 176f; Gruhl 1975, 192ff, 198f, 215; Jonas 2015, 260f). Jonas spricht von einem „anergogenen Hedonismus“ in den kapitalistischen Gesellschaften (2015, 264). Begrifflich kommt dies durch den Rekurs auf „künstliche“ bzw. „synthetische“ Bedürfnisse zum Ausdruck (Gruhl 1975, 189f; Harich 1975, 147; Jonas 2015, 260f). Damit wird das konsumistische Individuum selbst zum Wachstumstreiber. In der Summe treiben dann, wie Gruhl es ausdrückt, „die Wünsche der Verbraucher und die Interessen der Produzenten [...] die Entwicklung gemeinsam voran“ (1975, 198f).

Beim Marxisten Harich bleibt es in der kulturellen Ursachendimension bei der Problematisierung der durch den Kapitalismus geprägten Konsumkultur. Gruhl und Jonas hingegen identifizieren tiefere kulturelle Wurzeln, die überhaupt erst die Grundlage für das in Kapitalismus und Industrialismus zum Ausdruck kommende Fortschrittsstreben gelegt hätten. Bei Jonas findet sich die Interpretation der ökologischen Krise als Siegeszug des Baconischen Ideals und damit eines instrumentellen Naturverhältnisses zugunsten der Förderung menschlicher Lebensverhältnisse (2015, 250). Eben dieser Siegeszug werde nun zur „Unheilsdrohung“ (ebd.).⁶⁴

Ausführlicher ist die Analyse bei Gruhl. Anders als Harich fokussiert Gruhl nicht auf die kapitalistische Ausprägung des Industrialismus, sondern sieht diesen an sich als Ausdruck menschlicher Hybris. Mit der industriellen Revolution, so Gruhl, sei der Mensch angetreten, sich über die Natur zu erheben, was jedoch zum Scheitern verurteilt sei (1975, 41, 291). Die industrielle Revolution ist für ihn dabei materieller Ausdruck vorgelagerter ideeller Entwicklungen, die den geistigen Nährboden für das

63 Eine weitere Ursache für den Wachstumsfokus des Staates ist für Gruhl und Jonas die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die auf beiden Seiten zur politischen Wachstumsfokussierung anhalte (Gruhl 1975, 215ff; Jonas 2015, 264f, 272f).

64 Siehe vertiefend zur Diskussion um den Zusammenhang zwischen dem Denken und Wirken von Francis Bacon und der ökologischen Krise sowie der Verortung von Hans Jonas in dieser Diskussion Schäfer 1999.

„Zeitalter der technischen Realisation“ (1975, 98f) bildeten. Demnach hat sich auf der Basis von Aufklärung, Rationalismus, Säkularisierung und der damit verbundenen Diesseitswendung des biblischen Heilsversprechens sowie der Entwicklung der modernen Naturwissenschaften eine naturvergessene, materialistische Fortschrittsideologie herausgebildet, die den „Babylonischen Turm“ (1975, 14) Industrialismus als Unterwerfungsprojekt der Natur hervorgebracht hat.⁶⁵ Gruhl richtet sich also prinzipiell gegen das Vorwärtstreben und liberale Fortschrittsdenken der Moderne, das er als Ausdruck menschlicher Hybris begreift (Mende 2011, 75, 392, 400). Dieses müsse zwangsläufig in die Katastrophe führen, da der aufgeklärte, vorgeblich rationale Mensch seine Vernunft maßlos überschätze und letztlich der „Selbstvergötzung“ seiner angeblich unendlichen Wissens- und Handlungsfähigkeit zum Opfer falle.⁶⁶ In dieser „Selbstvergötzung“ habe der Mensch zudem vergessen, dass er Teil der Natur ist und unvermeidlich von dieser abhängt (zum ges. Absatz bis hierher Gruhl 1975, 12, 15ff, 31ff, 41, 46, 98f, 188, 284, 291; 1985, 14f, 51, 58, 92-95, 117ff, 130ff, 146, 159, 294, 307; siehe dazu auch Mende 2011, 375, 392; 2014, 347). Die ökologische Krise ist bei Gruhl also eine „geistig-religiöse Krise“ (1985, 18f) bzw. Folge einer „metaphysischen Erkrankung“ (1975, 164) der westlich-modernen Kultur, die in jedem modernen Individuum ihren Ausdruck findet (1985, 18f, 146). Mittlerweile habe sich die „Ersatzreligion“ des materiellen Fortschritts weltweit durchgesetzt (1975, 12, 19f, 190, 216ff; 1985, 28f, 105f, 119).⁶⁷ Mit dieser

65 Die industrielle Revolution hatte nach Gruhl auch wichtige materielle Voraussetzungen, insbesondere die technologischen Innovationen, welche die Voraussetzung für die industrielle Produktionsweise darstellen (1975, 98), sowie das Vorhandensein von Investitionskapital, das mit den technischen Möglichkeiten der Industrialisierung vervielfachte Anlage- und Vermehrungsmöglichkeiten erhielt (ebd., 199). Beide materiellen Voraussetzungen waren aus Gruhls Sicht jedoch bereits in vorherigen Epochen vorhanden. Erst das materielle Fortschrittsstreben und die ökonomische Verwertungslogik hätten dann die ideologischen Bedingungen für den Industrialismus gelegt (ebd., 98f, 199f).

66 Entsprechend hat Mende darauf hingewiesen, dass Gruhl das Menschenbild der Aufklärung, „die Vorstellung vom Menschen als vernunftbegabtem Wesen, das die Geschichte gestalte[t]“ grundsätzlich ablehnt (2011, 400). Wie Gruhl an anderer Stelle bemerkt, könne letztlich nur Gott wissen, was gut für den Menschen ist, während jede vom Menschen selbst vorgenommene Formulierung scheitern muss (1985, 117ff, 260). Diese kritische Haltung gegenüber dem vermeintlich rationalen Individuum ist charakteristisch für konservatives Denken (Carter 2001, 63f).

67 Auch Sozialismus und Marxismus sieht Gruhl als Ausdruck der materialistisch-technoiden Fortschrittsideologie (1975, 214f, siehe dazu auch Mende 2011, 75f). Der Wettstreit beider Systeme drehe sich deshalb in erster Linie darum, das Ziel des

Argumentationslinie beschreibt Gruhl eine typische Analyse der ökologischen Krise im öko-konservativen Denken. Demnach ist die Krise v.a. eine geistige Krise der Moderne mit ihrem auf quantitative und materielle Wertmaßstäbe fokussierten Wachstums- und Fortschrittsdenken (Graf 2008, 215ff; 2017, 170). Die ökologische Krise erfordert aus dieser Perspektive letztlich einen „Ausstieg aus dem Zukunfts- und Fortschrittshorizont der Moderne“ (Graf 2017, 170).⁶⁸

Neben der Problematisierung kultureller und strukturell-institutioneller Wachstumstreiber fällt bei den öko-autoritären Denkern eine starke Betonung des Bevölkerungswachstums als Krisenursache auf (Harich 1975, 24-47; Gruhl 1975, 162ff, 167-186; Jonas 2015, 251f), worauf auch andere Arbeiten mit Blick auf das englischsprachige öko-autoritäre Denken hingewiesen haben (Dryzek 1997, 23-34; Eckersley 1992, 13f; Carter 2001, 42). Beispielsweise beschreibt Jonas die ökologische Krise als Folge des ökonomischen *und* biologischen Erfolgs der Menschheit. Der wirtschaftliche Erfolg zeitigte einen enorm gesteigerten Stoffwechsel, der allein schon ein Bedrohungsszenario begründe. Dieses werde aber potenziert und beschleunigt durch den biologischen Erfolg, also die exponentielle Vermehrung der Bevölkerung (2015, 251f). Am deutlichsten und weitreichendsten erfolgt die Problematisierung des Bevölkerungswachstums bei Gruhl, der diesem Thema das Kapitel „Selbstausrötung durch Geburten“ widmet (1975, 170-186). Darin kommt eine neo-malthusianische Perspektive⁶⁹ zum Tragen, die in folgende Schlussfolgerung mündet:

allgemeinen Überflusses schneller zu realisieren (1975, 215). Harich und Jonas stimmen dem insoweit zu, dass auch der Marxismus und die durch diesen geprägten Staaten ideologisch stark auf Wachstum und Produktivkraftentwicklung fokussiert seien (Harich 1975, 1975, 62, 72ff, 99, 135; Jonas 2015, 260f, 273, 275-279). Anders als in den kapitalistischen Staaten sei Wachstum aber kein Systemzwang und deshalb, so zumindest Harichs Hoffnung, leichter zu überwinden (ebd.).

- 68 Jenseits dieser kulturellen Begründungslinie klingt an zwei anderen Textstellen bei Gruhl auch eine anthropologische Erklärung der ökologischen Krise dergestalt an, dass das materialistische Expansionsstreben eine anthropologische Konstante darstellt (1975, 151f, 286). Dies wird an dieser Stelle nicht vertieft, da dies mit Blick auf Umfang und Platzierung in den untersuchten Werken im Vergleich zu der kulturell orientierten Krisenerklärung deutlich zurücksteht. Dennoch wird diese Dimension in Gruhls Denken an anderer Stelle noch wichtig, wenn es um die Möglichkeiten zur Überwindung der expansiven Konsumkultur geht (Kap. 6.2.1).
- 69 Der britische Nationalökonom Thomas Robert Malthus hat in seinem *Essay on the Principle of Population* (1798) das Bevölkerungswachstum und die daraus hervorgehende Überbevölkerung als zentrale Überforderung insbesondere für die Kapazität der Lebensmittelproduktion gebrandmarkt. Prominent ist bei ihm auch das bei

„Die Menschheit hätte mit der plötzlichen ‚Sonderzuwendung‘, dem Import aus dem metaökonomischen Bereich [die nicht erneuerbaren Ressourcen, v.a. fossile Energieträger, AR], alles mögliche anstellen können – nur zu einem hätte sie sich nicht verleiten lassen dürfen: menschliches Leben zu vermehren. Sie hat es getan. Sie hat bereits 4 Milliarden Menschen auf einen Planeten gesetzt, der auf Dauer höchstens 1,5 Milliarden Menschen tragen kann. [...] Die Menschheit hat die Naturgesetze durchbrochen und geglaubt, dass sie für den Menschen nicht mehr gültig seien. [...] Diesen Leichtsinns werden die Menschen nach den strengen Gesetzen der Natur büßen müssen. Sie werden ihre Schulden [...] bezahlen müssen. Die einzige Währung aber die hier gilt, ist der Tod. Der Tod bringt den Ausgleich, er schneidet alles Leben, das auf diesem Planeten ausgewuchert, wieder zurück, damit der Planet wieder ins Gleichgewicht kommt.“ (1975, 167f)⁷⁰

Die Problematisierung des Bevölkerungswachstums bezieht sich somit nicht nur auf den zukünftig zu erwartenden Zuwachs, sondern v.a. auch auf die Bestandsgröße. Letzteres gilt aus Sicht der Autoren auch für die reichen Industrienationen, in denen der Zuwachs in den 1970er-Jahren bereits zurückging bzw. stagnierte. Weitgehend unterbelichtet bleibt in dieser Perspektive der stark ungleiche Ressourcenverbrauch zwischen reichen und ärmeren Weltregionen (vgl. entspr. Dryzek 1997, 32). Lediglich Harich schränkt die Bedeutung des Bevölkerungswachstums im Vergleich zum enorm ressourcenintensiven Lebensstil in den reichen Industrienationen ein (1975, 30).⁷¹

Gruhl zum Ausdruck kommende Motiv, dass der Planet in einem Selbstreinigungsprozess das überschießende Leben auslöscht, um so wieder ins Gleichgewicht zu kommen.

- 70 Ausgehend von diesem Widerspruch zwischen dem „Zuwachs an Masse Mensch“ und der „zunehmenden Erschöpfung der Rohstoffe“, antizipiert Gruhl eine Bevölkerungskatastrophe v.a. in den Entwicklungsländern (1975, 177f, 186). Entsprechend geißelt er humanitäre Aktionen wie „Brot für die Welt“ als kurzsichtiges und irrationales Verhalten, die sich in einigen Jahren im Endergebnis als vervielfachter „Tod für die Welt“ erweisen wird (ebd., 176f).
- 71 Neben dem Bevölkerungswachstum klingt bei Harich und Jonas soziale Ungleichheit als weitere sozio-ökonomische Krisenursache an. Demnach befördere materielle Ungleichheit das Bestreben nach dem materiellen Status der Oberen und stehe einer materiellen Verzichtsbereitschaft im Wege (Harich 1975, 65, 267ff; Jonas 2015, 267ff).

6.2 Autoritäre Führung und zentralisierte Planwirtschaft als Alternative

Ausgehend von diesen Krisenbegründungen entwickeln die Denker ihre Gegenentwürfe. Das zentrale verbindende Element ist dabei, dass sie nicht an die Möglichkeit glauben, die Wachstumsdynamik im Rahmen demokratischer Strukturen aufzuhalten. Im Folgenden geht es im ersten Schritt darum, die Begründung der Autoren für die Notwendigkeit zustimmungsunabhängiger Führung nachzuvollziehen (Kap. 6.2.1). Im zweiten Schritt werden die institutionellen Umsetzungsvorschläge für eine autoritäre Krisenlösung sowie die Vorstellungen vom Prozess des Wandels beleuchtet (Kap. 6.2.2). Sodann wird die Perspektive der Autoren auf die Transformation der Ökonomie dargestellt (Kap. 6.2.3). Die vorgefundenen autoritären Gegenentwürfe lassen sich im letzten Schritt als Ausdruck einer breiteren Denkströmung der 70er- und frühen 80er-Jahre qualifizieren, die in der angelsächsischen Literatur als „Survivalism“ bezeichnet wird (Kap. 6.2.4).

6.2.1 Die Notwendigkeit autoritärer Führung in der ökologischen Krise

Aus Sicht der Autoren ist die Demokratie prinzipiell unfähig, die im Angesicht der ökologischen Krise notwendigen Begrenzungsmaßnahmen durchzusetzen. Zentraler Kritikpunkt ist die Dominanz von Gegenwartsinteressen: Regierungen und Parlamente seien von der Zustimmung der Wählerschaft abhängig, die aber kurzfristorientiert sei. Folglich blieben Zukunftsinteressen im parlamentarischen Staat unberücksichtigt (Gruhl 1975, 233f, 307f; Jonas 2015, 262f, 269; Harich 1975, 206). Entsprechend Harich:

„Im Rahmen des pluralistischen Systems bleibt den Parteien nichts anderes übrig, als von einer freien, geheimen Wahl zur nächsten den kurzfristigsten Sonderinteressen hinterherzurennen, die es gar nicht zulassen, daß die politische Macht sich effektiv mit Weitblick und Kontinuität auf die globalen Zukunftsprobleme der Menschheit konzentriert.“ (1975, 206)

Aus dieser Warte ist die zustimmungsabhängige Demokratie strukturell gegenwartsfixiert und damit nicht in der Lage, den Weg aus der ökologischen Krise zu finden (Jonas 2015, 262f, 269, siehe spezifisch zu Jonas auch Stein 2016, 212; Gruhl 1975, 261f, 306ff, 287; Harich 1975, 206f; 2015c, 152). Hinter dieser Demokratiekritik steht ein skeptisches Bürger- und Menschenbild: Die Unfähigkeit der Demokratie ergibt sich aus der Unfähigkeit der Bür-

ger, die Ein- bzw. Weitsicht für die erforderlichen Begrenzungen aufzubringen.⁷² Im Einzelnen finden sich in den Werken der öko-autoritären Denker folgende Vorbehalte:

- Der Mensch und damit die Bürgerschaft werden als vorwiegend kurz-sichtig in dem Sinne dargestellt, dass sich ihr, wie Gruhl darlegt, Interessenhorizont auf den zeitlichen und räumlichen Nahbereich konzentriert (Gruhl 1975, 231ff, 307; Harich 1975, 206; 2015b, 152; Jonas 2015, 263, 269).
- Die Autoren beschreiben den Menschen bzw. die Bürgerschaft als primär an partikularen Sonder- bzw. Eigeninteressen orientiert, welche im Widerstreit zu den (ökologischen) Allgemeininteressen stehen (Harich 1975, 206; Gruhl 1975, 261f; Jonas 2015, 262).
- Damit zusammenhängend, und im vorliegenden Kontext besonders relevant, gehen die Autoren davon aus, dass die Bürgerschaft materialistisch ausgerichtet ist. Ein demokratischer Weg aus der ökologischen Krise würde voraussetzen, dass die Bürgerschaft eine materielle Verzichtshaltung entwickelt. Eben dies trauen die öko-autoritären Denker der breiten Bürgerschaft nicht zu.⁷³ (Jonas 2015, 264-267; Gruhl 1975, 119, 151, 281-284, 286f, 291)
- Darüber hinaus kommt die Annahme zum Tragen, dass die Menschen die Komplexität der (ökologischen) politischen Problemlagen nicht durchdringen (Gruhl 1975, 261f; Jonas 2015, 263).⁷⁴ Der einzelne Bürger und damit die Demokratie scheitern also auch in epistemischer Hinsicht an der Komplexität der ökologischen Herausforderungen.

72 Diesen Zusammenhang zwischen der Skepsis gegenüber der Bürgerschaft und den autoritären Schlussfolgerungen heben auch Eppler und Strasser/Traube in ihren Auseinandersetzungen mit Gruhl und Harich hervor (Eppler 1992, 92f; Strasser/Traube 1981, 230ff).

73 Bei Harich wird dies lediglich implizit deutlich, wenn er eine autoritäre Instanz fordert, welche die Bürgerschaft durch Umerziehungsmaßnahmen von unökologischen materiellen Bedürfnissen abbringt (1975, 179, 206; siehe dazu auch Heyer 2015, 21ff). Aus der Grundannahme einer strukturell auf materielle Wohlstandssteigerung fokussierten Demokratie ergibt sich ein weiterer Kritikpunkt: Diese Fokussierung zeitige eine massive Abhängigkeit von der Wirtschaft und deren Interessen, woraus wiederum eine starke Anfälligkeit der Demokratie für ökonomische Lobbyinteressen folge (Gruhl 1975, 205-210, 261f; Harich 1975, 39).

74 Beispielsweise legt Gruhl in expliziter Widerrede zu den Forderungen nach mehr demokratischer Beteiligung dar, dass die „Mitwirkung des Bürgers an den Entscheidungsprozessen [...] darum nicht weiterführen [wird], weil dieser sich erst recht nicht den umfassenden Überblick verschaffen kann“ (1975, 261).

Entscheidend ist, dass zu diesen Grundannahmen eine grundlegende Skepsis bezüglich deren Veränderbarkeit tritt. Dies lässt sich für alle drei Denker zeigen. Bei Jonas kommt zunächst eine generelle Skepsis bezüglich der Veränderung des Menschen zum Besseren zum Ausdruck. Er bemerkt:

„Daß [...] die Menschen überhaupt in einem bisher ungekannten Grad gutartig, neidlos, fair, brüderlich, ja liebevoll zueinander werden, daß sie insgesamt die institutionell verkörperte, sozusagen ‚objektive‘ Ethik auch verinnerlichen und dann autonom praktizieren werden, so daß der Staat nur noch aus Tugendhaften besteht – das kann kein Wissender im Ernste glauben [...].[...] solange Versuchung da ist [...] wird die Tatsache sich zur Geltung bringen, daß die Menschen eben Menschen und nicht Engel sind. Man schämt sich fast, dies auszusprechen.“ (2015, 285)⁷⁵

An anderer Stelle setzt sich Jonas spezifischer mit der Möglichkeit der Verbreitung der eigentlich erforderlichen, materiellen Verzichtsethik zugunsten zukünftiger Generationen auseinander. Vor allem in den kapitalistischen Ländern mit ihrem anezogenen Hedonismus sei eine solche Haltung „höchst unwahrscheinlich“ (2015, 264) und könne wohl nur auf einem neuen religiösen Fundament wirksam werden, das aber nicht in Sicht ist (ebd., 263-267). Es bestehe wenig Anlass zur Hoffnung, weswegen nicht verantwortlich auf eine freiwillige Umkehr gesetzt werden könne (ebd.).⁷⁶ Letztlich, so Jonas' Schlussfolgerung, kann „nur eine Elite ethisch und intellektuell die [...] angezeigte Zukunftsverantwortung übernehmen“, weswegen die Frage nach der Ermächtigung einer solchen Elite zu stellen ist

75 Selbst in einer klassenlosen und gerechten Gesellschaft, so Jonas gegen die marxische Utopie gerichtet, würde der Mensch genügend Antriebe für untugendhaftes Verhalten finden (2015, 284).

76 In den realsozialistischen Staaten, so Jonas, bestünden theoretisch bessere Chancen für einen solchen Wandel. So hätte der Marxismus eher das Potenzial, die Menschen auf ein gemeinsames Ziel hin zu verpflichten und dafür Entbehrungen abzuverlangen (Jonas 2015, 263ff). Im Kapitalismus hingegen gebe es kein übergeordnetes gesellschaftliches Ziel, dem sich die Bevölkerung verpflichtet fühlt (ebd.). Jonas gibt zudem zu bedenken, dass näherungsweise materielle Gerechtigkeit die Voraussetzung für Verzicht darstelle, sodass dieser nicht als Ausbeutung von oben angesehen wird (2015, 267f). Auch dies sei in den sozialistischen Systemen eher gegeben (ebd.). Diesen theoretischen Vorteilen gegenüber stehe jedoch der technoide Wachstumsfokus der marxistischen Ideologie, die von der Utopie der Befreiung des Menschen auf der Basis allseitiger materieller Fülle getragen wird und folglich wie der Kapitalismus auf ständige Expansion gerichtet ist (2015, 271ff, 275-279, entspr. auch Gruhl 1975, 215). Jonas verweist damit auf den Widerspruch zwischen der säkularen Eschatologie des Marxismus und den ökologischen Begrenzungserfordernissen (Stein 2016, 212).

(ebd., 263). An dieser Stelle werden bereits die etatistischen Schlüsse aus der Skepsis gegenüber der Bürgerschaft deutlich: Wenn die Menschen nicht von sich aus die erforderliche ethische Umorientierung leisten können, bedarf es starker Instanzen, welche die erforderliche Ethik verkörpern und gegenüber den mitunter untugendhaften Individuen durchsetzen.⁷⁷

Auch bei Harich findet sich zunächst eine allgemeine Abgrenzung gegenüber dem Marx'schen Ideal des besseren Menschen, auf dem eine klassen- und herrschaftsfreie Gesellschaft aufbauen kann. Generell, spätestens aber unter den Bedingungen materieller Begrenztheit, sei eine Gesellschaft ohne starken Staat nicht denkbar (1975, 133, 161). An dieser Stelle lässt sich Harichs Skepsis gegenüber einer freiwilligen und vorausschauenden Verzichtshaltung in der Bürgerschaft bereits erahnen. An anderer Stelle finden sich bei Harich explizite Verweise auf Arnold Gehlen und dessen Anthropologie, die Harich für bedeutsam hielt und die sich der Marxismus aus seiner Sicht zu eigen machen sollte (1975, 176f; siehe vertiefend zu dieser Verbindung Heyer 2015, 59 und Amberger 2020). Demnach ist die unstete und von außen manipulierbare Antriebs- und Bedürfnisstruktur des Menschen in erster Linie Folge der äußeren Bedingungen, woraus folgt, dass der Mensch sich nicht von sich aus von seiner geprägten Bedürfnisstruktur lösen kann (ebd., 176f). Daraus folgt, ganz im Sinne Gehlens, die Angewiesenheit auf starke Institutionen. Auch bei Harich folgen die etatistischen Schlussfolgerungen somit aus der Skepsis gegenüber der freiwilligen Veränderungsbereitschaft der Bürgerschaft. Bei ihm kommt jedoch ein weiterer Aspekt hinzu. Ausgehend von der Annahme der manipulierbaren Bedürfnisstruktur des Menschen zeigt er sich durchaus optimistisch, dass sich diese im erforderlichen Sinne verändern lässt. Da dies das Individuum aber nicht von sich aus vollbringt, bedarf es der gezielten Umerziehung durch den Staat (1975, 179f, 206; dazu vertiefend Heyer 2015, 21ff). Der autoritäre Staat ist bei Harich also auch notwendig, um die Veränderung der Präferenzstrukturen vorzunehmen (vgl. ausführlicher Kap. 6.2.3).

77 Stein hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass Jonas' Ethik nicht bloß Individualethik ist, sondern das Gebot der Zukunftsverantwortung auch an Kollektive und die politische Organisation von Gesellschaften gerichtet ist (2016, 212). Dies kann an dieser Stelle spezifiziert werden: Offensichtlich ist Jonas' *Prinzip Verantwortung* auch Individualethik. Aber der entscheidende Adressat ist weniger das Individuum als vielmehr der Staat. Dass die Mehrheit der Bürgerschaft die erforderliche objektive Ethik verinnerlicht und danach handelt, darauf kann, so Jonas an anderer Stelle, nicht verantwortlich gesetzt werden (2015, 267, entspr. auch 263). Entscheidend ist deshalb, dass die staatlichen Institutionen die neue objektive Ethik verkörpern und diese auch gegen die potenziell untugendhafte Bürgerschaft durchsetzen.

Zuletzt ist für Gruhl ein vertiefter Blick auf den Zusammenhang zwischen skeptischem Menschen- und Bürgerbild und autoritären Schlussfolgerungen aufschlussreich. Gruhl versteht die ökologische Krise, wie gezeigt, in erster Linie als geistig-kulturelle Krise und verortet deren Wurzeln im materialistischen und naturvergessenen Fortschrittsstreben der Moderne. Dies würde nahelegen, dass das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit in erster Linie einen tiefgreifenden geistig-kulturellen Wandel voraussetzt. In der Tat beschreibt Gruhl, in welche Richtung sich aus seiner Sicht ein neues Ethos herausbilden müsste. Er betont vor allem die Notwendigkeit der Abkehr vom expansiven Materialismus zugunsten eines immateriellen Wohlstandsverständnisses und damit den Übergang von der „Konsumgesellschaft“ zur „Kulturgesellschaft“: Der Wert des Verzichts müsste an oberster Stelle stehen; Wohlstand müsste in erster Linie als Naturgenuss, Familienleben, Kontemplation, Spiel, Sport, Musik oder Literatur verstanden werden; sozialer Status dürfte sich nicht mehr über „Konsumprotz“, sondern über immaterielle Güter definieren (1975, 281f, 291f). Darüber hinaus betont er auch die Notwendigkeit einer ökozentrischen Ethik, die allen, auch den nicht-menschlichen Lebewesen den gleichen moralischen Stellenwert zurechnet (ebd., 274). Der Mensch sei auf der Erde nur zu retten, wenn er „alles Lebendige zum Gegenstand höchster Ehrfurcht erhebt“ (ebd., 274, entspr. auch 38f).⁷⁸ Seine autoritären Schlussfolgerungen ergeben sich, wie bei Harich und Jonas, daraus, dass er nicht an das Umsichgreifen dieses neuen Ethos glaubt, weswegen die erforderliche ökologische Politik eben nicht auf die Einsicht der Bürgerschaft bauen kann. Aufgrund inkonsistenter Aussagen in *Ein Planet wird geplündert* sind diesbezüglich zwei Interpretationen möglich:

1) Die erste Interpretation legt nahe, dass Gruhl grundsätzlich nicht an die Möglichkeit des erforderlichen Kulturwandels glaubt. So hat beispielsweise Gruhls Zeitgenosse Bahro dessen Denken interpretiert (1980, 158). Diese Lesart unterstützen mehrere Textstellen, die implizieren, dass das materielle Expansionsstreben des Menschen für Gruhl eine anthropologische Konstante darstellt. Er bemerkt, dass die Wünsche der Menschen prinzipiell keine Grenzen kennen, da die Erfüllung eines Wunsches beim

78 Als Vorbild nennt Gruhl den Buddhismus, der den materiellen Verzicht an die Spitze der Wertelehre stellt (1975, 282f) und ein mitfühlendes Weltverständnis im Sinne einer ökologischen Ethik lebt (ebd., 40). Auch bei Jonas findet sich das Motiv, dass eine zukunftsverantwortliche Ethik womöglich ein sittliches Eigenrecht der Natur inkorporieren müsste (2015, 26-30).

Menschen immerzu Neue wecke (1975, 151f). Gruhl spricht von einer „grenzenlosen Begierlichkeit des Menschen“ (ebd., 151), der wie alle anderen Gattungen einen expansiven Charakter habe, weshalb eine materielle Verzichtshaltung wohl schon mit den Naturgesetzen nicht zu vereinbaren sei (ebd., 286).⁷⁹ Auch die egoistische Fokussierung auf die persönliche Nutzensteigerung beschreibt Gruhl in Anlehnung an Garret Hardin als anthropologische Konstante (ebd., 42f). In dieser Lesart ist die erforderliche Verzichtshaltung zugunsten von Mitmenschen und zukünftigen Generationen generell unvereinbar mit den Wesenszügen des Menschen.

2) In der zweiten Lesart sieht Gruhl den geistig-kulturellen Wandel als unabdingbare Voraussetzung für einen langfristigen Ausweg aus der ökologischen Krise und hält diesen in der Fernperspektive auch für möglich (1975, 341). Damit übereinstimmend legte Gruhl an anderer Stelle dar, dass letztlich Philosophie und Religion den Weg aus der ökologischen Krise weisen müssten (1977, 8). Der entsprechende Werte- und davon ausgehende Kulturwandel kann nach Gruhl aber erst über Jahrzehnte oder Generationen Allgemeingut werden, worauf in Anbetracht der Bedrohungslage nicht gewartet werden kann (1975, 274f, 306). Eben deshalb bedürfe es kurzfristig einer autoritären Rettungs- und Notstandspolitik, die Zeit für diesen tiefgreifenderen Wandel erkaufte (ebd., 274f, 306). Gruhls Vorstellung ökologischen Wandels kann in dieser Lesart in zwei Phasen geteilt werden. Die erste Phase besteht in einer Notstandspolitik, die Zeit für die zweite Phase, den tiefgreifenden Kulturwandel, schafft.⁸⁰

Am naheliegendsten ist die Interpretation, dass Gruhl in dieser Frage zu dieser Zeit selbst nicht entschieden war. Entsprechend bemerkt er an einer Stelle im Buch, dass er momentan nicht an die „allgemeine Umkehr der Menschen“ glaube, aber man nicht wisse, „welche Tendenzen die Not noch

79 Die Spannung zwischen den verschiedenen angeführten Erklärungen für den aus seiner Sicht vorherrschenden expansiven Materialismus (Konsumentenmanipulation im Kapitalismus, die Fortschrittsideologie der Moderne, Expansion als anthropologische Konstante) wird von Gruhl nicht reflektiert bzw. aufgelöst.

80 Zu dieser Lesart passt auch Gruhls bildhafte Beschreibung eines möglichen Auswegs aus der ökologischen Bedrohung, die er mit Blick auf den Turmbau zu Babel ausführt: „Man versucht die höchsten Türme und Stockwerke vorsichtig abzutragen, damit zunächst die Belastung geringer wird. Vielleicht kann man dann an den Fundamenten was tun“ (1975, 343). Das Fundament sind dabei die Weltanschauungen und Werte. Das Abtragen der höchsten Türme und Stockwerke bezieht sich auf die angesprochene Rettungspolitik.

gebirt“ (1975, 286).⁸¹ Entscheidend ist aber Gruhls Überzeugung, dass sich der Kulturwandel in Anbetracht der knappen verbleibenden Frist nicht rechtzeitig einstellen wird. Wenn überhaupt, so Gruhl in Übereinstimmung mit Jonas, könne die erforderliche geistige Umkehr zu einer materiellen Verzichtshaltung auf religiösem Fundament wirksam werden, das aber absehbar nicht gegeben ist (ebd., 283f, 286). Auch für Gruhl steht nicht zu erwarten, dass das (moderne) Individuum in der erforderlichen Zeit den erforderlichen Wertewandel vollzieht.⁸²

In der Summe trauen die öko-autoritären Autoren, ausgehend von ihrem skeptischen Menschenbild, der Bürgerschaft nicht zu, eine der ökologischen Krise angemessene Haltung zu entwickeln. Stattdessen bedarf die mangelbehaftete Bürgerschaft, wie Amberger und Heyer für Harich herausgestellt haben, starker staatlicher Führung (Heyer 2015, 59; Amberger 2020). Der Staat muss die Zukunftsethik verkörpern, die dem Individuum nicht zuzutrauen ist, und diese auch gegen das uneinsichtige Individuum durchsetzen. Deshalb gelte es in den bisher demokratischen Staaten mindestens zeitweise eine zustimmungsunabhängige Regierungsform zu implementieren (Jonas 2015, 269; Harich 1975, 172; Gruhl 1975, 306-309).

Dementsprechend betonen die Autoren die Vorzüge der autoritären Regierungsform. Demnach hängen autoritäre politische Entscheidungsträger nicht vom Wohlwollen der Bevölkerung ab, können folglich auch gegen deren Willen Entscheidungen treffen und durchsetzen (Gruhl 1975, 308; Jonas 2015, 262, 292f; Harich 1975, 135). Jonas beschreibt dies paradigmatisch als „Vorteil totaler Regierungsgewalt“: „Die Entscheidungen an der Spitze, die ohne vorherige Zustimmung von unten getroffen werden können, stoßen auf keinen Widerstand im Sozialkörper (außer vielleicht passiven) und können

-
- 81 Gruhls Unsicherheit in der Frage nach der Umkehrbereitschaft der Menschen verdeutlicht ein generelles Dilemma, in dem sich viele öko-konservative Denker dieser Zeit befanden. Wie Gruhl macht z.B. auch das *Bussauer Manifest*, wichtiges Dokument öko-konservativen Denkens dieser Zeit, tiefe ideelle Wurzeln der ökologischen Krise in den quantitativen, rationalistischen und materialistischen Wertmaßstäben der Moderne aus und zeigt davon ausgehend zwei mögliche Lösungswege auf: eine autoritäre (Welt-)Regierung, die drakonische Maßnahmen gegen die uneinsichtige Bürgerschaft durchsetzen muss oder ein gelingender Prozess geistig-moralischer Umkehr (Bussauer Manifest 1975, sowie dazu Graf 2008, 216f). Dies findet sich entsprechend auch in weiteren öko-konservativen Texten dieser Zeit (vgl. z.B. Furger 1976). Anders als Gruhl neigen die Autoren des Bussauer Manifests und Furger jedoch eher zur Hoffnung auf die geistige Umkehr.
- 82 Dementsprechend haben auch andere Untersuchungen herausgearbeitet, dass Gruhls autoritäre Position aus seinem Bild des Menschen als Mängelwesen folgt (Raschke 1993, 71; Stein 1998, 204).

bei einiger Zuverlässigkeit des Apparats der Ausführung sicher sein“ (2015, 262). Zudem, so Harich, kennen autoritäre Systeme keine institutionalisierte, um Wählerstimmen buhlende Opposition (1975, 39, 135). Darüber hinaus implizieren die Autoren, dass die Anfälligkeit für Lobby-, v.a. Wirtschaftsinteressen weniger ausgeprägt ist (Harich 1975, 39; Gruhl 1975, 261). Als weiterer Vorteil wird konstatiert, dass die Bevölkerung in autoritären Systemen stärker an Disziplin, Folgsamkeit und Unterordnung gewöhnt ist (Gruhl 1975, 270; Jonas 2015, 262f). Das öko-autoritäre Denken setzt also auf die Effektivität autoritärer Führung, welche die egoistischen, kurzsichtigen und uneinsichtigen Individuen auch gegen deren Willen aus der ökologischen Krise führen kann (vgl. Eckersley 1992, 16).⁸³

Eine Hobb'sche Perspektive

In der Sekundärliteratur wird zurecht darauf hingewiesen, dass die dem öko-autoritären Denken zugrundeliegende Herleitung der Notwendigkeit autoritärer Führung deutlich an die Hobb'es'sche Staatsbegründung erinnert (Mende 2011, 75; Heyer 2015, 21ff, 47; Eckersley 1992, 15f). Wie bei Gruhl, Jonas und Harich ist es bei Hobbes der starke Staat, der den Konflikt zwischen kurzsichtigen und egoistischen Privatinteressen und dem Gemeininteresse auflöst, wofür er zustimmungsunabhängige Macht braucht. Die Machtausstattung des Staates wird so zur zentralen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Stabilität und Ordnung. Der einzelne Mensch ist egoistisch auf das eigene Wohl ausgerichtet. Ihm ist darüber hinaus nicht zuzutrauen, die erforderlichen Einsichten für die langfristigen Erfordernisse einer gemeinwohlorientierten Politik aufzubringen. Von der Bürgerschaft wird in erster Linie erwartet, sich den Regeln des Leviathans folgsam unterzuordnen. In der Summe ist es zustimmungsabhängiger Führung (bei Hobbes der Monarchie) eher zuzutrauen, gemeinwohlorientiert zu handeln als der wankelmütigen und kurzsichtigen Demokratie. (Zum ges. Absatz Hobbes 1985, Kapitel 19 und 29, insb. 146-149, 246ff, 255; Hobbes 1959, Kapitel 7 und 10; als Übersicht: Schmidt 2010, 51-57)

83 Die fundamentale Abhängigkeit dieses Ansatzes vom guten bzw. ökologischen Willen der autoritären Führung (vgl. dazu Carter 2001, 51f; Buchstein 2012, 54f), wird lediglich von Jonas reflektiert. Er legt dar, dass der Vorteil totaler Regierungsgewalt aus ökologischer Sicht nur dann gilt, wenn die machthabende Elite eine ökologisch ausgerichtete Elite ist, für was es keinerlei Gewähr gebe (2015, 262, 266, 269). Zu einer weiterführenden Auseinandersetzung mit den Prämissen und Schwachstellen öko-autoritären Denkens siehe Buchstein 2012 und Ball 2006, 145ff.

Weniger tragfähig ist die Analogie mit Blick auf die Legitimation autoritärer Staatsführung. Bei Hobbes baut autoritäre Herrschaft im Sinne der Vertragstheorie auf den Willen der Beherrschten, welche die Notwendigkeit des starken Staates erkennen und sich ihm deshalb unterordnen (Schaal/Heidenreich 2017, 95ff). Dahingegen legitimiert sich die autoritäre Staatsmacht bei den öko-autoritären Denkern nicht über den Willen der Beherrschten, sondern über die nur ihr mögliche kollektive Überlebenssicherung und somit über den Policy-Output (vgl. entspr. Harich 2015b, 152 sowie dazu Heyer 2015, 24). Die kurzsichtige Bürgerschaft erkennt die Notwendigkeit der erforderlichen Einschnitte nicht und kann daher auch nicht die Notwendigkeit einer Instanz erkennen, welche diese Einschnitte durchsetzt. Dies würde im Umkehrschluss bedeuten, dass sich in bisherigen Demokratien die von den Autoren anvisierten Eliten ihre zustimmungsunabhängige Macht gegen den Willen der ökologisch uneinsichtigen Mehrheitsbevölkerung nehmen müssen. Dies wird jedoch lediglich von Harich reflektiert und explizit gefordert (2015c, 152f). Bei Jonas und Gruhl bleibt, wie im Folgenden zu zeigen ist, offen, wie der Übergang von der Demokratie hin zu einer autoritären Staatsform gelingen soll.

6.2.2 Ökologische Eliten und Institutionalisierungsansätze

Der Skepsis bezüglich der Bürgerschaft und der daraus folgenden Demokratiekritik steht ein grundsätzliches Zutrauen in (spezifische) Eliten gegenüber, welche die angedachte zustimmungsunabhängige Führungsrolle übernehmen sollen. Daraus ergibt sich die Frage, welchen Eliten diese Rolle zugetraut wird und wie ihre zustimmungsunabhängige Macht zu institutionalisieren ist. Jonas und Gruhl bleiben diesbezüglich unspezifisch, wohingegen sich Harich klar zur Staatsstruktur der realsozialistischen Länder bekennt.

Gruhl und Jonas: ein autoritärer Nationalstaat

Bei Jonas und Gruhl wird nur ansatzweise deutlich, welche autoritäre Staatsstruktur ihnen institutionell vorschwebt. Beide setzen sich zunächst mit der Idee einer autoritären Weltregierung auseinander, wie sie sie im Angesicht der ökologischen Krise für eigentlich erforderlich halten (Gruhl 1975, 298f, 301f; Jonas 2015, 273). Diese globale Diktatur, so Gruhl, müsste eine rigorose Rationierung von Rohstoff- und Energiequellen, Nahrungsmitteln sowie der erlaubten Kinderzahl auch gegen den Willen einzelner

Nationalstaaten durchsetzen können (1975, 298f, 301). Beide Autoren werfen diese Idee jedoch als realpolitisch nicht umsetzbar, da die primär auf Eigeninteressen fokussierten Nationalstaaten sich keiner Weltregierung unterordnen würden (Jonas 2015, 273f; Gruhl 1975, 300ff, 304, 339f).⁸⁴ Gruhl und Jonas streben also nach möglichst zentralisierten Strukturen, die sich aus ihrer Sicht aber oberhalb des Nationalstaats nicht realisieren lassen. Daraus folgt, dass der Nationalstaat die maßgebliche Steuerungsebene zur Bearbeitung der ökologischen Krise sein muss (Gruhl 1975, 233f, 305f, 319; Jonas 2015, 274). Der Nationalstaat muss, wie Stein für Gruhl feststellt, der tatsächliche Souverän gegenüber der Bürgerschaft und den widerstreitenden Partikularinteressen sein und dafür mit der entsprechenden Entscheidungs- und Durchsetzungsmacht ausgestattet werden (1998, 203).⁸⁵ Wie eine Institutionalisierung größerer Zustimmungsunabhängigkeit auf

84 Bei Gruhl kommt eine stark sozialdarwinistische Perspektive auf die internationalen Beziehungen zum Ausdruck (siehe dazu auch Stein 1998, 204 und Lorenz/Trepl 1993, 20ff). Für ihn sind Nationalstaaten naturgesetzlich auf die egoistische und aggressive Verfolgung der eigenen Interessen ausgerichtet (1975, 300ff, 304, 339f). Daraus zieht Gruhl die Schlussfolgerung, dass es im weiteren Verlauf der ökologischen Krise zu einem weltweiten „Kampf ums Überleben“ kommt, in dem sich die Nationalstaaten behaupten müssen (ebd., 311ff). In diesem Kampf wird sich die Konkurrenz der Staaten bei der Ausbeutung der Erde und die Fokussierung auf die nationalen Interessen weiter verschärfen (ebd., 302, 312). Diese Haltung führt ihn nicht nur zu der Absage an die Idee einer Weltregierung, sondern begründet eine weitere Notwendigkeit für den autoritären Nationalstaat. Im aufziehenden Kampf ums Überleben werden aus seiner Sicht nur die starken Staaten die Krise überdauern, während die schwachen „Zusammenbrüche“ erleben. Stärke bezieht sich dabei nach außen maßgeblich auf militärische Macht und Bündnisfähigkeit, nach innen auf den möglichst sparsamen Umgang mit den territorialen ökologischen Ressourcen und die dafür erforderliche Disziplinierung und Begrenzung der Bevölkerung. Der autoritär durchgreifende Staat wird somit zur Voraussetzung, um im globalen Überlebenskampf bestehen können (zum ges. Absatz bis hierher 1975, 309ff, 323-340). Mit dieser sozialdarwinistischen Perspektive erinnert Gruhl stark an Garret Hardin, dessen *Tragedy of the Commons* (1968) als Urschrift des angelsächsischen öko-autoritären Denkens rezipiert wird (Carter 2001, 42). Hardin hatte ganz im Sinne des „Survival of the fittests“ eine „lifeboat ethic“ beschrieben, wonach sich die Staaten auf das Überleben der eigenen Bevölkerung zu fokussieren haben (Hardin 1977, dazu auch Carter 2001, 42f).

85 Dieser Fokus auf den Nationalstaat muss auch vor dem Hintergrund der für vor-dringlich gehaltenen Krisensymptome dieser Zeit gelesen werden. In den 1970er-Jahren, in denen alle drei untersuchten öko-autoritären Werke veröffentlicht wurden, standen v.a. Ressourcenknappheiten und lokale Verschmutzungsprobleme im Vordergrund (Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f). Umweltprobleme dieser Art lassen sich eher auf nationaler Ebene durch staatliches Durchgreifen regulieren, während dies bei Senkenproblematiken globalen Ausmaßes nicht möglich ist.

nationaler Ebene aussehen kann, bleibt jedoch offen. Beide Autoren kokettieren mit dem Regierungssystem der realsozialistischen Staaten und betonen dessen funktionale Überlegenheit (Gruhl 1975, 308; Jonas 2015, 263). Weitergehende Spezifikationen finden sich jedoch nicht.⁸⁶

Neben dieser institutionellen Unklarheit bleibt offen, welche Kräfte die angedachte Führungsposition einnehmen und wie sie in diese Machtposition gelangen sollen. Jonas verweist gänzlich unspezifisch auf „eine Elite“ (2015, 263). Bei Gruhl finden sich zumindest Andeutungen. Sein Verweis auf die Verantwortung des „Nationalstaats“ für die Interessen zukünftiger Generationen (1975, 233f, 306) konkretisiert er dahingehend, dass er allgemein an die politischen Eliten, an die Regierung und die Parteien appelliert (ebd., 233). An anderer Stelle sind es „die Politiker“, die „nun einmal die Verantwortung für ‚das Ganze‘“ tragen (ebd., 255). Gruhl setzt also unspezifisch auf die Vernunft und Einsichtsfähigkeit der politischen Eliten.⁸⁷ Bezüglich der Frage nach dem Übergang zu einer zustimmungsunabhängigen Regierungsform sind bei Gruhl zwei Lesarten denkbar. Konsistent mit seinem allgemeinen Appell an die politischen Eliten wäre eine Lesart, wonach sich diese konsensual über den kurzsichtigen Bürgerwillen hinwegsetzen und eine zustimmungsunabhängige Regierungsform etablieren bzw. die Regierung mit umfassenden Vollmachten auszustatten. Doch enthält diese Lesart eine Widersprüchlichkeit: Wenn sich die Mehrheit der gewählten Repräsentanten vom Willen der Bürgerschaft lösen würde und die Weitsichtigkeit aufbringt, die Regierung mit diktatorischen Vollmachten auszustatten, warum setzt sie dann die erforderlichen ökologischen Maßnahmen nicht per Mehrheitsentscheidung durch? Zudem stellen sich Verfahrensfragen, z.B. wie in diesem Szenario die Verfassungsgerichtsbarkeit zu umgehen wäre. Es finden sich jedoch auch Hinweise auf eine zweite Lesart, die aber wiederum im Spannungsverhältnis zu Gruhls kategorischer Kritik an der Uneinsichtigkeit der Bürgerschaft steht. Demnach werden die Menschen in der sich vergrößernden ökologische Not letztlich bereit sein, dem

86 Dass Gruhl und Jonas, wie auch Harich, mit dem realsozialistischen Staatssystem kokettieren, legt nahe, dass neben den unten noch zu behandelnden erklärenden Hintergrundannahmen auch der zeithistorische Kontext wichtigen Einfluss auf das Denken der Autoren hatte. Es gab eine virulente Systemdebatte und eine real existierende Alternative, die man in Vergleich zum westlichen demokratisch-kapitalistische System stellen konnte. Eben dies tun alle drei Autoren in ihren Werken.

87 Diese Leerstelle hat Gruhls Zeitgenosse Harich diesem in einer Rezension zu *Ein Planet wird geplündert* dergestalt vorgeworfen, dass Gruhl die Kräfte nicht benennen würde, die einen Ausweg aus der ökologischen Krise vorantreiben könnten (Harich 2015, 125).

Staat ihre Freiheiten zu Füßen zu legen (1975, 290, ähnlich auch 234). In dieser Lesart kann der Übergang zu einer autoritäreren Staatsstruktur mit Zuspitzung der ökologischen Krise letztlich doch auf die Zustimmung der Bürgerschaft bauen. Hier wäre zu fragen, warum dann noch eine autoritäre Staatsstruktur vonnöten wäre. In der Summe bleibt festzuhalten, dass die Frage, wie der Übergang zu einer autoritäreren Staatsform erfolgen kann, auch bei Gruhl unbeantwortet bleibt.

Harich: proletarische (Welt-)Revolution und autoritärer (Welt-)Kommunismus

Im Gegensatz zu Gruhl und Jonas entwickelt Harich detaillierte Vorstellungen davon, welche Elite die Führungsrolle zu übernehmen hat und wie der Übergang zu einer autoritären Staatsstruktur gelingen soll. Spätestens mit Blick auf diese Fragen kommt der Harichs gesamten ökologischem Denken zugrundeliegende Versuch, Marxismus und Ökologie zu vermitteln, deutlich zum Ausdruck (Heyer 2015, 19). Bezüglich der Frage nach den ökologischen Eliten ist Harich überzeugt, dass nur eine kommunistische Elite, welche die „Diktatur des Proletariats“ verwirklicht, die entsprechende Führungsposition besetzen kann. Dies folgt zunächst aus Harichs Krisenbegründung und der daraus hervorgehenden Stoßrichtung ökologischer Politik: Die ökologische Krise ist zwangsläufige Folge des immanent wachstumsgetriebenen Kapitalismus (Kap. 6.1). Ökologische Politik setzt daher in erster Instanz die Überwindung des Kapitalismus und der diesen tragenden Machtverhältnisse zugunsten einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus (1975, 43, 109, 113). Hinzu kommt Harichs starker Egalitarismus: Für ihn muss eine ökologische Gesellschaft notwendigerweise egalitär sein (ebd., 39, 169f). Dies hat zwei Gründe, einen normativen und einen funktionalen: In normativer Hinsicht ist materielle Gleichheit für Harich der höchste Grundwert und somit übergeordneter Selbstzweck, den es auch in einer ökologischen Gesellschaft zu verwirklichen gilt (ebd., 162). In der funktionalen Dimension sieht er materielle Gleichheit als Voraussetzung für die Bereitschaft zu materiellem Verzicht (ebd., 65, 110f, 144, 162, 170).

Überwindung des Kapitalismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, materielle Gleichheit – alle diese Punkte entsprechen für Harich dem aus seiner Sicht homogenen Klasseninteresse des Proletariats, das somit deckungsgleich mit den öko-politischen Erfordernissen ist (ebd., 64, 109f, 129, 135, 206). Demgegenüber stehen die genannten Punkte allesamt im Widerspruch zum Klasseninteresse der Bourgeoisie, die daher notwendigerweise zu stürzen ist (ebd., 62, 109, 206). Nur eine an den Interessen

des Proletariats ausgerichtete Politik kann ökologisch verantwortliche Politik sein. Folglich muss es das proletarische Klasseninteresse sein, das die zustimmungsunabhängige Führungsposition übernimmt, woraus die Notwendigkeit einer kommunistischen Diktatur des Proletariats folgt (ebd., 109, 113; dazu auch Heyer 2015, 21ff, 47). Diktatur des Proletariats impliziert dabei für Harich die Machtübernahme kommunistischer Partei(en) (1975, 135, 144, 207).

In dieser Positionierung kommt das marxistisch geprägte binäre Klaskendenken deutlich zum Tragen. Für Harich herrscht in den kapitalistischen Ländern die Bourgeoisie, im Realsozialismus das Proletariat (1975, 62, 135). Dies impliziert auch ein spezifisches Herrschafts- und Demokratieverständnis: Herrschaft wird in erster Linie über die ökonomischen Verhältnisse determiniert. Demokratie ist eben nicht Herrschaft des Volkes, sondern bleibt unter kapitalistischen Bedingungen Herrschaft der Bourgeoisie. Deutlich wird hier das marxsche Primat der ökonomischen Verhältnisse: (Demokratische) Politik ist bloßer Überbau der ökonomisch determinierten Machtverhältnisse. Eine andere bzw. ökologische Politik wird erst möglich, wenn das ökonomische Machtverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat gebrochen wird. Der „Sturz der Bourgeoisie“ und die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ sind für ihn unabdingbare Voraussetzungen für einen Weg aus der ökologischen Krise (ebd., 109).⁸⁸

Welche institutionelle Form soll die angestrebte Diktatur des Proletariates annehmen? Harich schlägt für die bisher demokratisch-kapitalistischen Länder die Staatsstruktur der realsozialistischen Länder vor, mit der alle Voraussetzungen für eine angemessene Bearbeitung der ökologischen Krise gegeben seien (1975, 135, 204). Bereits angedeutet wurde, dass Harich mittelfristig die Etablierung einer „kommunistischen Weltregierung“ anstrebt, die, wiederum mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, die weltweite

88 Mit Blick auf die Zusammensetzung der kommunistischen Führungselite hat Harich in späteren Beiträgen (öko-) feministische Ideen integriert (vgl. dazu auch Heyer 2015, 50). Demnach entspricht das weibliche Wesen den ökologischen Notwendigkeiten viel eher als die „Wesensmerkmale der Maskulinität“, die er v.a. im Aggressiven, Ausgreifenden, Rastlosen und Hybrischen erblickt. Das Patriarchat sei also eine gegenüber dem Kapitalismus vorgelagerte Krisenursache, womit Harich auch ein zentrales Element der Bahro'schen Krisenanalyse vorwegnimmt (vgl. Kap. 8). Folglich liege eine Feminisierung der Gesellschaft genuin im ökologischen Interesse. Insbesondere, und dies knüpft an den hier behandelten Punkt an, müssten die erforderlichen autoritären Instanzen matriarchalisch ausgerichtet und somit Ausdruck einer feminin-kommunistischen Ordnung sein (vgl. v.a. Harich 1979 sowie auch Harich 1991).

Produktion und Konsumtion plant und kontingentiert (ebd., 42, 167f).⁸⁹ In einem zentralen Punkt weichen Harichs Ordnungsvorstellungen vom tradierten Marxismus ab. Im Angesicht der ökologischen Begrenzungen kann der angestrebte Kommunismus entgegen der Marx'schen Utopie keine Überfluggesellschaft sein, weswegen jeder Gedanke an das Absterben des Staates illusorisch sei (ebd., 161). Folglich gilt es sich für Harich von der Vorstellung eines Anarcho-Kommunismus ohne staatliche Autorität und bewaffnete Machtorgane zu lösen (ebd., 133; dazu auch Heyer 2015, 23). Mit diesem Abschied vom Ideal der herrschaftsfreien Gesellschaft bricht bei Harich auch eine anthropologische Annahme durch, die oben bereits angedeutet wurde: An den höheren Menschen, der keiner Staatlichkeit mehr bedarf und auf den Marx sein kommunistisches Ideal aufbaut, glaubt Harich spätestens vor dem Hintergrund der ökologischen Begrenzungserfordernisse nicht mehr.⁹⁰ Trotzdem möchte Harich die kommende Begrenzungsgesellschaft als kommunistisch bezeichnen. Nicht, weil sie grenzenlose Freiheit gewährt, sondern weil sie durch absolute Gleichverteilung der verbleibenden Güter das Ideal der Gleichheit aller Menschen verwirklicht (1975, 133, 161).⁹¹

89 Wie Heyer darlegt, kann für Harich nur ein autoritärer Weltstaat das kommunistische Ideal der Gleichheit unter den gegebenen materiellen Knappheitsbedingungen durchsetzen (2015, 20ff). Heyer verfolgt die Weltstaats-Idee in das frühere Harich'sche Denken. Demnach hat sich Harich intensiv mit der Debatte um den Ewigen Frieden um 1800 auseinandergesetzt, in der ein Weltstaat oder ein verflochtener Staatenbund als Voraussetzung für globale Friedenssicherung angesehen wurde (ebd., 24).

90 Ausgehend davon und in Bezugnahme auf weitere Schriften Harichs hat Heyer für Harich ein Bild des Menschen als Mängelwesen herausgearbeitet (2015, 58f). Diese skeptische Anthropologie, so Heyer, steht nicht nur hinter Kommunismus ohne Wachstum, sondern durchzieht seine gesamte Kritik anarchistischer Utopie (ebd., 13f, 59). Hier zeigt sich, wie unten noch deutlich wird, ein Unterschied zum ebenfalls marxistisch geprägten Bahro. Dieser geht davon aus, dass der Mensch durch einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel die ökologischen Grenzen mittelfristig „internalisieren“ kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft auch innerhalb der planetaren Grenzen möglich wird (Kap. 8).

91 Harich bricht in *Kommunismus ohne Wachstum* zudem mit weiteren marxistischen Axiomen: So geht er davon aus, dass die kapitalistischen Länder direkt, ohne eine sozialistische Übergangsphase, zum Kommunismus übergehen können (1975, 63; dazu auch Heyer 2015, 23f). Später modifiziert er seine Position dergestalt, dass der Durchbruch zum Kommunismus sogar zuerst in den kapitalistischen Metropolen erfolgen muss, da dort die ökologischen Widersprüche am deutlichsten zutage treten (Harich 2015d, 119).

Den Prozess der Machtübernahme der kommunistischen Parteien denkt Harich orthodox-marxistisch als, unter Umständen auch gewaltsame, proletarische Revolution, welche sich im Verlauf zu einer Weltrevolution ausweitet (1975, 42, 88, 154, 168, 207; 2015b, 153).⁹² Das revolutionäre Subjekt ist die Arbeiterklasse, deren revolutionärer Antrieb (Überwindung des Kapitalismus) mit den ökologischen Erfordernissen übereinstimmt (1975, 65, 110f). Zudem sind die Arbeiter nach Harich am stärksten von den kapitalistischen Krisenerscheinungen betroffen und haben darüber hinaus ein hohes Bewusstsein für die Umweltproblematik (ebd., 129).⁹³ Auf den revolutionären Weg geführt wird die Arbeiterschaft von den kommunistischen (und sofern diese das erforderliche Einsehen haben, den sozialdemokratischen) Parteien (ebd., 109f). Deren „pausenlos einhämmernde[] Agitation“ (ebd., 116) verbindet als „Zangengriff“ die soziale und die ökologische Kritik am Kapitalismus und muss gleichzeitig eine Gegenvision im Sinne von Harichs autoritär-egalitärer Variante des Kommunismus aufzeigen (ebd., 113, 116f, 150, 154).⁹⁴

92 An einer Textstelle deutet Harich auch die Möglichkeit der Machtübernahme mittels der bestehenden demokratischen Institutionen an (1975, 207). Sobald dies aber gelingen sollte, gelte es die plurale Demokratie zu zerschlagen (ebd., 207). Deutlich wird hier ein instrumentelles Verhältnis zur Demokratie, wie es auch *einen* Strang von Marx' Demokratietheorie darstellt (Schmidt 2010, 148-151): Demnach macht es die Demokratie mit dem freien und gleichen Wahlrecht grundsätzlich möglich, dass das Proletariat über diesen Weg zur Macht kommt. Sollte dies gelingen, soll die Demokratie jedoch überwunden werden.

93 Eckersley legt dar, dass das Festhalten an der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt typisch für orthodoxes öko-marxistisches Denken ist (1992, 86). Hier zeigt sich eine Differenz zu weiteren marxistisch geschulten Autoren, die sich von der Arbeiterklasse als Subjekt des Wandels (zumindest partiell) verabschieden (vgl. Kap. 7). Bei Harich zeigt sich eine entsprechende Abkehr später. So sieht er das revolutionäre Subjekt in einem Beitrag von 1991 nicht mehr in der Arbeiterklasse. Vielmehr könnten Menschen aller Bevölkerungsschichten, die begreifen, dass die Existenz aller auf dem Spiel steht, Teil davon sein (Harich 1991).

94 Damit lässt sich bezüglich der Akteure des Wandels ein deutlicher Unterschied zu Jonas und Gruhl aufzeigen. Diese hatten nur spezifischen Eliten die Einsichtigkeit in die ökologischen Notwendigkeiten zugetraut. Harich hingegen setzt auf die Einsichtigkeit der Arbeiterklasse und weiterer gesellschaftlicher Teilgruppen, die, angeführt von linken Parteien, durch einen Prozess „von unten“ eine neue Machtstruktur etablieren. Entsprechend wird unten näher ausgeführt, dass Harich mit Blick auf seine Vorstellungen vom Prozess des Wandels eher einer Bottom-Up-Perspektive zuzuordnen ist (Kap. 10). Doch geht Harichs Zutrauen nicht so weit, dass eine Mehrheit der Bürgerschaft die erforderliche Einsichtigkeit aufbringt. Ansonsten bedürfte es keines diktatorischen Staates, der die ökologischen Einschnitte gegen das Mehrheitsinteresse durchsetzt (1975, 206).

Doch sieht Harich die Arbeiterbewegung als revolutionäres Subjekt nicht gänzlich auf sich allein gestellt. Vielmehr beschreibt er mit der „alten Bewegung der Naturfreunde“, den Bürgerinitiativen sowie der Neuen Linken der 60er- und 70er-Jahre weitere Strömungen innerhalb der kapitalistischen Staaten, die ein gegen den Kapitalismus gerichtetes revolutionäres Potenzial besitzen (1975, 124). Die Aufklärungsarbeit kann also an ein bereits bestehendes, aber noch ungerichtetes kritisches Bewusstsein anknüpfen, das auf die Überwindung des Kapitalismus auszurichten ist (ebd., 128f). Im „dem Überfluß abschwörende[n] Kommunismus“ sieht Harich den Ansatz, auf den sich die heterogeneren Bewegungen verständigen könnten (ebd., 129).

6.2.3 Zentralisierte Plan- und Zuteilungswirtschaft

Im Vorangegangenen wurde herausgearbeitet, dass in den Ansätzen von Gruhl, Jonas und Harich zustimmungsunabhängige staatliche Autoritäten die politische Führung übernehmen sollen. Dies zeigt sich entsprechend im Hinblick auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft.⁹⁵ Aus der Diagnose des inhärent wachstumsgetriebenen Kapitalismus folgt, dass die erforderliche Schrumpfung unter kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht umsetzbar ist. Als Alternative wird für eine staatlich gelenkte Planwirtschaft plädiert, die im Gegensatz zur Marktwirtschaft für eine „rigorose Einteilung durch Rationierung“ (Gruhl 1975, 240) geeignet ist

95 Die folgende Darstellung bezieht sich maßgeblich auf Gruhl und Harich. Bei Jonas findet sich lediglich ein abstrakter Vergleich zwischen sozialistischer Planwirtschaft und Kapitalismus, der, wie bei Harich und Gruhl, zugunsten der Planwirtschaft ausfällt. Die zentralen Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft sind aus Jonas' Sicht erstens, dass eine zentrale Planung der Produktion anders als im Kapitalismus möglich ist. Zudem könne sich die Produktion im Sozialismus am Kollektivinteresse ausrichten. Im Kapitalismus hingegen unterliege die Produktion den privaten Profitinteressen, weshalb der Kapitalismus immer neue Konsumbedürfnisse erschaffen müsse und dadurch einen ökologisch unverträglichen Verschwendungsdrang aufweise. Darüber hinaus erleichtere die im Sozialismus größere materielle Gleichheit die Bereitschaft für materiellen Verzicht. Jonas sieht durchaus auch Vorteile beim Kapitalismus: Die kapitalistischen Konkurrenzbedingungen würden den einzelnen Produzenten einen ökologisch wünschenswerten Sparzwang auferlegen. Zudem fördere der Kapitalismus, vielmehr als der Sozialismus, Kreativität an der Basis. Auch sei der Kapitalismus weniger anfällig für Fehlentscheidungen an der Spitze. Diese Vorteile können aber für Jonas die Nachteile des Kapitalismus nicht aufwiegen. Jenseits dieser abstrakten Abwägung entwickelt Jonas keine konkreten Vorstellungen einer ökologischen Wirtschaftsordnung. (2015, 260f, 267ff)

(ebd., 240, Harich 1975, 39).⁹⁶ Dabei muss sich die staatliche Plan- und Kontrollfunktion sowohl auf die Produktions- als auch die Konsumseite beziehen.

Produktion

Auf der Seite der Produktion soll der Staat die Rolle der zentralen Planungsinstanz einnehmen (Gruhl 1975, 237, 289f; Harich 1975, 62f, 131f, 165). Harich denkt dabei an eine detaillierte, güterspezifische Zuweisung von Produktionskapazitäten (1975, 167f). Unklarer bleibt bei Gruhl, was genau Gegenstand der zentralstaatlichen Wirtschaftsplanung ist. An zwei Stellen klingt an, dass sich die entsprechende Zuweisung auf den Verbrauch von Rohstoffen und Umweltgütern sowie den Einsatz von Kapital beziehen soll (1975, 296, 301f). Unabhängig davon gilt bei beiden, dass statt des Markts der Staat die Rolle des zentralen wirtschaftlichen Allokationsmechanismus übernehmen soll. Das von ihnen angedachte Wirtschaftssystem lässt sich folglich im Rückgriff auf Leopold (2005b, 180) als Zentralverwaltungswirtschaft beschreiben.

Die Produktionsplanung und -zuteilung orientiert sich dabei an zwei maßgeblichen Gesichtspunkten. Übergeordnet legen erstens die wissenschaftlich zu bestimmenden ökologischen Belastungsgrenzen fest, welches verbleibende Gütervolumen noch vertretbar ist (Harich 1975, 145, 178f; Gruhl 1975, 226).⁹⁷ Diese Grenzen implizieren für beide Autoren eine drastische Senkung des materiellen Wohlstandsniveaus und somit auch der Güterproduktion in den reicheren Weltregionen (Gruhl 1975, 233; Harich 1975, 125; 1977, 14). Zweitens und damit einhergehend kann sich die Produktion nicht mehr unhinterfragt an den Wünschen und Bedürfnissen der Konsumenten orientieren (Gruhl 1975, 226; Harich 1975, 178f).

96 Anders als Harich setzt sich Gruhl mit der Möglichkeit einer ökologischen Marktwirtschaft auseinander, ist aber überzeugt, dass strukturelle Kurzsichtigkeit und Expansionsdynamik der Marktwirtschaft nicht final überwunden werden können (1975, 236-241).

97 Freimut Duve hat im Gespräch mit Harich dessen Glaube an die Allmacht der Wissenschaft kritisiert (in Harich 1975, 145). In der Tat spielt diese, vor allem die Ökologie als neue Leitwissenschaft, bei Harich eine übergeordnete Rolle. Sie soll festlegen, welche Gütermenge innerhalb vorgeblich klar identifizierbarer planetarer Grenzen noch möglich ist (Harich 1975, 145, 78). Entsprechend haben Strasser/Traube Harichs Ansatz als „Diktatur der wissenschaftlichen Einsicht“ interpretiert (1981, 231). Dies lässt sich insofern auf Gruhl übertragen, als dass auch er davon ausgeht, dass aus den ökologischen Gegebenheiten ein verbleibendes Maß an materiellem Wohlstand errechnet werden kann (Kap. 5).

Vielmehr muss zwischen befriedigungswürdigen und nicht befriedigungswürdigen Bedürfnissen unterschieden werden. Für beide Autoren soll sich die Produktion zunächst auf die materiellen Grundbedürfnisse konzentrieren, die Gruhl mit den Stichworten Nahrung, Kleidung, Heizwärme sowie einem erforderlichen Maß an Mobilität umreißt (1975, 290-293, Harich 1975, 63). Grundsätzlich gehen beide davon aus, dass viele der darüberhinausgehenden Bedürfnisse überflüssig bzw. nicht befriedigungswürdig sind. Gruhl zitiert Heinz Vetter, wonach ein Drittel der Industrieprodukte überflüssig und ein weiteres Drittel untauglich seien (1975, 297). Für überflüssig hält er insbesondere die „Luxusgüterindustrie“, worunter er vor allem „Mode-, Kitsch- und Plunderindustrie“ fasst (ebd., 297). Auch der Massentourismus sowie die Mobilität im Allgemeinen müssten schrumpfen (ebd., 297). Noch weitergehend hält Harich 70% aller Industriegüter für überflüssig und Ausdruck einer dekadenten Lebensweise, der er als „Todfeind“ gegenüberstehe (2015c, 156f).

Doch wie ist konkret zwischen befriedigungswürdigen und nicht befriedigungswürdigen Bedürfnissen zu unterscheiden? Gruhl unterscheidet zwischen natürlichen und künstlichen Bedürfnissen, wobei erstere befriedigungswürdig sind, letztere nicht (1975, 198). Er führt diese Differenzierung aber nicht weiter aus. Etwas ausführlicher setzt sich Harich mit der Bedürfnisfrage auseinander. Er bemerkt, dass der Marxismus eine umfassende Bedürfnistheorie entwickeln muss, mit der es „selektiv zu unterscheiden gilt zwischen solchen Bedürfnissen, die beizubehalten, als Kulturerbe zu pflegen, ja gegebenenfalls erst zu erwecken bzw. noch zu steigern sind, und anderen, die den Menschen abzugewöhnen sein werden [...]“ (1975, 179). Dabei lehnt er die von Gruhl angedeutete Unterscheidung zwischen natürlichen und künstlichen Bedürfnissen als nicht anwendbar ab (ebd., 182).⁹⁸ Vielmehr differenziert er zwischen kommunistischen und antikommunistischen Konsumbedürfnissen: Kommunistische Bedürfnisse sind global verallgemeinerbar, antikommunistische Bedürfnisse nicht (1975, 155f, 180f). Als Beispiel für ein antikommunistisches Konsumbedürfnis nennt Harich den privaten Pkw (ebd.). Befriedigungswürdig sind für ihn in Zukunft nur noch kommunistische Konsumbedürfnisse (ebd.). Unabhängig vom konkreten Gehalt wird bei beiden Autoren deutlich, dass die staatliche

98 Harich nennt zur Verdeutlichung der Untauglichkeit dieser Unterscheidung das Beispiel des Fliegens. Dieses Bedürfnis sei, wie die Beispiele von Ikarus und Dädalus zeigten, uralte. Ob es sich deswegen aber um ein natürliches oder ein künstliches Bedürfnis handele, lasse sich nicht entscheiden. (1975, 182)

Produktionsplanung im Angesicht ökologischer Grenzen eine restriktive Bedürfnisdifferenzierung vornehmen muss.⁹⁹ Diese Ablehnung einer liberalen Grundhaltung gegenüber individuellen Präferenzstrukturen, wonach diese in den Bereich der individuellen Selbstbestimmung fallen, findet sich, wie im weiteren Verlauf noch deutlich wird, (implizit) auch bei vielen anderen wachstumskritischen Denkern.

Abgesehen von der Produktionsplanung und -zuteilung ist für beide Autoren eine strenge Technikfolgenabschätzung Teil der staatlichen Steuerung. Demnach darf die technische Entwicklung nicht mehr sich selbst überlassen werden, sondern muss vom Staat kontrolliert werden. Nur technologische Neuerungen, die keinen Schaden für das ökologische Gleichgewicht bedeuten, dürften den „Umweltfilter“ (Gruhl 1975, 295) künftig passieren. Nach Harich könnte diese Technikfolgenabschätzung an ein Gerichtsverfahren angelehnt sein, in dem Ökonomen die Verteidigung und Ökologen die Anklage übernehmen, wobei die politische Führung letztlich den Richterspruch fällt. (Zum ges. Absatz Gruhl 1975, 295f; Harich 1975, 148f)

Unterschiede ergeben sich mit Blick auf die Steuerungsebene für die erforderliche Wirtschaftsplanung. Wie bereits für die staatsstrukturellen Ordnungsvorstellungen dargelegt, glaubt Gruhl nicht an vertiefte internationale Kooperation und hält die nationalstaatliche Ebene für maßgeblich. Bei Harich hingegen muss und kann die Planung und Rationierung mittelfristig global erfolgen (1975, 168f). Umgesetzt werden soll dies durch einen „Weltwirtschaftsrat“, der in seinem „Weltwirtschaftsplan“ Kontingenzauflagen für alle Industrieprodukte festsetzt (ebd., 167). Diese Globalplanung umfasst auch eine global optimierte Standortverteilung der Produktion (ebd., 166f).

Neben der Etablierung einer zentralisierten Wirtschaftsplanung pocht in erster Linie Harich auf die Verstaatlichung der Unternehmen. Dies soll die Konkurrenzbedingungen zwischen den Unternehmen aufheben und das Profitmotiv als ökonomische Handlungsrationalität überwinden (1975, 43f, 80f, 131, 133, 146, 152). Langfristig müsse jede Fabrik Eigentum

99 Für Harich impliziert dies eine weitere Abweichung vom orthodoxen Marxismus. Es könne dem Kommunismus nicht mehr darum gehen, alle Bedürfnisse unhinterfragt befriedigen zu wollen (1975, 178f). Diese müssten vielmehr einer „kritischen Revision“ unterzogen werden (ebd.). Dass Harich dies auch als Schutzfunktion des Staates begreift, wird an anderer Stelle deutlich: Demnach müsse der Staat die Menschen davor schützen, den wechselnden Moden hinterherzurennen und sich nutzlose, überflüssige und schädliche Dinge zu kaufen (ebd., 147).

der Weltbevölkerung sein, sodass eine global koordinierte, an rein sachlichen Gesichtspunkten der Bedarfsdeckung ausgerichtete Wirtschaftsplanung möglich wird (ebd., 166f). Damit vertritt Harich eine staatssozialistische Zentralverwaltungswirtschaft (Leipold 2005b, 180). Bei Gruhl findet sich zwar eine Kritik am Privatbesitz an Kapital, da privates Kapital stets nach Vermehrung strebe (1975, 44ff). Daraus leitet er aber keine Alternativvorschläge ab. Explizit ausgenommen von der Kritik am Privateigentum ist bei Gruhl der Privatbesitz an Grund und Boden, den er in Abgrenzung zu Marx als Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung begreift (ebd.).¹⁰⁰

Bezüglich der Produktionsweise finden sich bei den Autoren lediglich Andeutungen. Einig sind sich beide, dass die verbleibende Produktion auf umweltverträglichen Technologien basieren muss, die eine weitgehende Kreislaufführung der eingesetzten Stoffe ermöglichen (Harich 1975, 43f, 46; Gruhl 1975, 293ff). Bei Gruhl findet sich zudem eine deutliche Kritik an der arbeitsteiligen industriellen Produktionsweise, da diese den Sinn für die Abhängigkeit der Produktion und damit der Gesellschaft von den natürlichen Lebensgrundlagen unterminiere (1975, 46). Daraus leitet er aber keine Veränderungsvorschläge ab. Er legt lediglich dar, dass die autarke Selbstversorgung zukünftig wieder mehr Raum einnehmen muss (ebd., 13f, 334).¹⁰¹ Harich befürwortet eine Kombination aus dezentraler Kleinproduktion und hoch-technologisierter, zentralisierter Produktion, ohne dies jedoch zu vertiefen (1975, 168).

Zuletzt ist auf die Frage einzugehen, wie aus Sicht der Autoren mit der durch die wirtschaftliche Schrumpfung freigesetzten Arbeitskraft umzugehen ist. Nach Gruhl werde der Abschied vom Wirtschaftswachstum sowie die Drosselung von Produktion und Konsum eine „riesige Anzahl“ von Arbeitskräften freisetzen (1975, 276f). Er benennt vier Gegenmaßnahmen: Erstens müsse Nichtarbeit möglichst attraktiv gemacht werden, indem Mehrarbeit nicht mehr über ein höheres Gehalt honoriert wird (ebd., 279ff). Zweitens gehe es um eine gezielte Senkung der Arbeitsproduktivität, was nicht spezifiziert wird (ebd.). Drittens würden neue arbeitsinten-

100 Da Gruhl also letztlich nicht vom privaten Unternehmertum abrückt, lässt sich sein Entwurf mit Rückgriff auf Leipold (2005, 11) als zentral gelenkte Privatwirtschaft beschreiben.

101 Deshalb sieht Gruhl deutlich bessere Zukunftsaussichten für Naturvölker, Entwicklungsländer und kommunistische Länder, wo weite Teile der Bevölkerung noch die Fertigkeiten besitzen, viele ihrer Bedürfnisse selbst zu befriedigen (1975, 13f, 265-270, 334).

sive Aufgabenfelder entstehen wie Reparatur und Wiederinstandsetzung, Umweltschutz und Landschaftspflege sowie die für das Recycling erforderlichen Arbeitsvorgänge wie Einsammeln, Sortieren und Aufbereiten (ebd.). Viertens wird sich das Arbeitsplatzproblem dergestalt entschärfen, dass durch die ohnehin erforderliche Geburtenkontrolle (s.u.) die Bevölkerungszahl zurückgehen wird (ebd.). Harich legt hingegen dar, dass es im sozialistischen System keine Sorge um die Arbeitsplätze geben müsste (1975, 80). Dies ist im Rahmen seiner Argumentation insoweit nachvollziehbar, als dass bei absoluter Gleichverteilung des ökologisch vertretbaren Gütervolumens der Lebensunterhalt nicht aus der Erwerbsarbeit bestritten wird. Unklar bleibt, ob die verbleibende Arbeit staatlich zugeteilt werden soll oder ob Harich diesbezüglich auf Freiwilligkeit setzt.

Konsum

Neben der Produktion soll auch der Konsum staatlich gelenkt und kontrolliert werden. Dabei können drei Dimensionen staatlicher Nachfragesteuerung differenziert werden. Erstens gilt dies für die unmittelbare Konsumkontrolle. Oben wurde bereits deutlich: Aus den planetaren Grenzen folgt für Harich und Gruhl, dass das Konsumniveau deutlich sinken muss (Gruhl 1975, 228, 233; Harich 1975, 58f, 125; 1977, 14). Bei beiden Denkern ist der Staat dafür verantwortlich, die entsprechende Konsumbeschränkungen vorzunehmen und zu kontrollieren. Bei Gruhl wird dies nur angedeutet, wenn er bemerkt, dass der Staat die verantwortliche Instanz ist, welche die Rücknahme des heutigen Lebensstandards zugunsten künftiger Generationen durchsetzen muss (1975, 234f). Dazu an anderer Stelle:

„Jetzt kann er [der Staat] nichts mehr verteilen [...], jetzt muß er wegnehmen, entziehen, rationieren – und das nicht nur einer Gruppe, sondern allen! Er müßte eine Überlebensstrategie nicht nur konzipieren, sondern auch rücksichtslos durchsetzen.“ (ebd., 307).

Es bleibt jedoch offen, wie der Staat diese Rationierung und Zuteilung vornimmt. Im Zuge dessen bleibt auch die Frage, ob Märkte zukünftig noch eine (untergeordnete) Rolle als Allokationsmechanismus zur Nachfragebefriedigung spielen sollen, ungeklärt.¹⁰²

Konkreter und vor allem weitgehender als Gruhl ist Harich. Demnach muss der Staat „über die Machtmittel verfügen, auch den Konsum der Individuen zu kontrollieren, und zwar nach Kriterien, die ihm die Ökologie an die Hand gibt“ (1975, 179). Dazu dient Harichs System des zunächst nationalen, mittelfristig dann „globalen Zuteilungskommunismus“, der jedem Individuum zuteilt, „was es für ein menschenwürdiges Leben an Gebrauchswerten benötigt [...]“ (ebd., 169f). Umgesetzt werden soll dieser Zuteilungskommunismus über Rationierungsscheine und Bezugskarten (ebd., 167).¹⁰³ Bei Harich ist die Abkehr vom Markt somit absolut, weswegen Geld als Zahlungsmittel abgeschafft werden kann (ebd., 62f, 102f, 131, 165f).

Die zweite Dimension der Nachfragesteuerung findet sich primär bei Harich und bezieht sich auf die gezielte Beeinflussung der vorherrschenden Bedürfnisstrukturen. So gelte es, den Menschen die antikommunistischen Bedürfnisse durch Umerziehung und Aufklärung, notfalls auch durch rigorose Unterdrückungsmaßnahmen und gesetzlich verfügte Massenerziehungskuren, abzugewöhnen (1975, 179, 206). Gleichzeitig müssen den Menschen „[u]mweltgerechtes Verhalten, sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie, ökologisch verantwortungsbewußter Konsum, Schutz der Natur, moralische Ächtung aller Verschwendung usw.“ als erste Lebensbedürfnisse angewöhnt werden (ebd., 180). Der autoritäre Staat hat bei Harich somit auch die Aufgabe einer gezielten Umerziehung der Menschen zu einer ökologisch verträglichen Bedürfnisstruktur (Heyer 2015, 21ff).¹⁰⁴ In dieser Tragweite findet sich dies bei Gruhl nicht. Er plädiert lediglich für eine veränderte Ausrichtung des staatlichen Bildungssystems, das auf die Abkehr vom „geistlosen Materialismus“ hinwirken (1975, 341) und eine ökozentrische Ethik vermitteln soll (ebd., 274f).

102 Auch mit Blick auf die erforderliche Rücknahme des materiellen Lebensstandards sieht Gruhl deutliche Vorteile bei ärmeren Staaten sowie den kommunistischen Staaten. Deren Bevölkerung kenne noch das „einfache Leben“ und sei materiell anspruchsloser (1975, 269f, 334).

103 Dabei könne es bei der Zuteilung durchaus lokale Differenzierungen je nach traditionellen Lebensgewohnheiten geben (Harich 1975, 169f).

104 Dies beruht auf der Annahme, dass die Bedürfnisstruktur des Menschen nicht einfach gegeben ist, sondern maßgeblich durch äußere Einflüsse geprägt wird und somit gezielt zu formen ist (1975, 177f).

Als dritte Dimension ist der Nachfragesteuerung die von beiden Denkern für unerlässlich gehaltene Bevölkerungskontrolle zuzuordnen. Beide sehen die Notwendigkeit eines Stopps des globalen Bevölkerungswachstums und einer Verminderung der Menschenzahl durch Geburtenkontrolle (Gruhl 1975, 168f; Harich 1975, 28-30, 38f, 43f, 46). Die Notwendigkeit einer restriktiven Bevölkerungspolitik sehen beide sowohl in den reicheren Industrienationen als auch in den ärmeren Weltregionen, wobei Harich in Anbetracht des ungleich höheren Konsumniveaus die Vordringlichkeit der Bevölkerungskontrolle in den reichen Weltregionen betont (Gruhl 1975, 184ff; Harich 1975, 30, 38). Dazu gelte es das Recht auf die freie Wahl der Kinderzahl aufzuheben (Gruhl 1975, 178f; Harich 1975, 47). Für Harich muss die anzustrebende kommunistische Weltregierung zudem „Umsiedlungsaktionen im globalen Maßstab“ durchführen, die eine gleichmäßigere Verteilung der Erdbevölkerung sicherstellen (1975, 41).

Mit der Zentralisierung der Wirtschaftsplanung und -kontrolle auf Seiten von Produktion und Konsum geht in der Summe eine deutliche Ausweitung staatlicher Aufgaben und Kompetenzen einher. Staatliches Handeln muss und darf eine ungleich größere Eingriffstiefe gegenüber Unternehmen und Bürgern bzw. Konsumenten haben als zuvor. Die Freiheiten lassen sich aus Sicht der Autoren im Angesicht der ökologischen Krise nicht aufrechterhalten und sind daher aufzuheben. Damit weisen die Positionen einen starken normativen Kollektivismus (vgl. zum Begriff Horn 2012, 17ff) auf: Weitgehende Eingriffe in individuelle Interessen und Freiheiten zugunsten des kollektiven Ziels der Überlebenssicherung sind legitim. Dies gilt für Wirtschafts- und Konsumfreiheiten ebenso wie für politische Freiheiten der demokratischen Mitbestimmung.

Zuletzt ist auf zwei von den Autoren benannte Voraussetzungen für das Gelingen der geforderten Wirtschaftssteuerung einzugehen. Zentrale Voraussetzung ist zunächst die oben beschriebene Institutionalisierung zustimmungsunabhängiger Führung. Diese könne aber nur dann eine an die erforderliche Langfristperspektive einnehmen, wenn sich der Staat aus den engen Verflechtungen zur Wirtschaft löse (Gruhl 1975, 208ff). Wie dies konkret umzusetzen ist, wird von Gruhl nicht spezifiziert. Als weitere Voraussetzung betont Harich, wie erwähnt, die Schaffung materieller Gleichheit. Nur dann könne sich Verzichtsbereitschaft in der Bevölkerung einstellen (1975, 65, 110ff, 144, 162, 170). Gleichverteilung innerhalb der Länder, aber auch zwischen den Ländern, ist demnach die Bedingung für einen „homöostatischen Zustand“ (1975, 162, 170) der Menschheit (ebd.). Die so begründete Forderung nach stärkerer materieller Gleichheit findet

sich auch bei Jonas (2015, 267ff). Auch für die restriktive Bevölkerungspolitik sei materielle Gleichheit die Voraussetzung, da nur so das Einkommen auch ohne eine entsprechende Kinderzahl gesichert sei (Harich 1975, 31f).

6.2.4 „Survivalism“ als Phänomen der 1970er-Jahre

Die drei untersuchten Bücher von Harich, Gruhl und Jonas stammen allesamt aus den 1970er-Jahren. Für das englischsprachige ökologisch-politische Denken wird für diese Zeit ebenfalls eine Hochphase öko-autoritärer Beiträge verzeichnet, die in der Sekundärliteratur mit dem Begriff des „Survivalism“ gefasst werden (Carter 2001, 65, 42f; Dryzek 1997, 23-44; Eckersley 1992, 11f; Bühler 2018, 181). Das „Survivalist Thinking“ entsteht demnach im Anschluss an die drastischen Krisenanalysen in einflussreichen Studien wie *Die Grenzen des Wachstums* (1972) oder *Blueprint of Survival* (1972) (Eckersley 1992, 11f). Im angelsächsischen Sprachraum werden als maßgebliche Vertreter dieser Richtung Robert Heilbroner, William Ophuls und Garrett Hardin behandelt (Dryzek 1997, 31ff; Carter 2001, 42f, 65; Eckersley 1992, 13ff; Bühler 2018, 181). Gemeinsam ist ihnen, dass sie den Ausweg aus der ökologischen Krise nur über Zentralisierung und Autorität für möglich halten (Dryzek 1997, 31; Eckersley 1992, 13f; Bühler 2018, 181f). Systeme, die Entscheidungsmacht dezentralisieren, wie Marktwirtschaft oder liberale Demokratie, müssen aus dieser Perspektive durch zentralisierte und autoritäre Entscheidungsstrukturen ersetzt werden (Dryzek 1997, 32). Der Staat agiert interventionistisch durch weitreichende Einschränkung individueller Freiheiten, insbesondere erfolgt z.B. eine strenge Bevölkerungskontrolle sowie eine Zuteilung und Rationierung von Ressourcen (Eckersley 1992, 13).¹⁰⁵

Damit sind die grundlegenden Ordnungsvorstellungen sowie deren Begründung kongruent zu den hier untersuchten Denkern.¹⁰⁶ Vor allem Gruhl und Harich, die zum Zwecke der Überlebenseicherung enorme Eingriffe in politische, wirtschaftliche und persönliche Freiheitsrechte befürworten,

105 Bei Ophuls setzt sich die neue Autorität maßgeblich aus ökologischen Bürokraten zusammen. Bei Heilbroner verbindet eine monastische Führung religiöse Orientierung mit militärischer Disziplin (Carter 2001, 42; Dryzek 1997, 32f). Ausführlichere Diskussionen des „Survivalism“ finden sich bei Dryzek 1997, 23-44 und Eckersley 1992, 11-17.

106 Entsprechend behandelt Stein Ophuls, Heilbroner, Harich und Gruhl zusammen als maßgebliche Exponenten der Idee einer ökologisch motivierten Diktatur (Stein 1998, 201f).

lassen sich als deutsche Exponenten des „Survivalism“ kennzeichnen. Die untersuchten Beiträge zeigen zudem, dass die Idee einer ökologisch motivierten Diktatur in den siebziger Jahren auch im deutschen Sprachraum Konjunktur hatte (Stein 1998, 201). Nach dieser Hochphase verschwindet das öko-diktatorische Denken weitgehend bzw. findet sich nur noch in stark abgemilderter Form (ebd., 202; Dryzek 1997, 33).

Dieser Entwicklung entsprechend haben sich Gruhl, Jonas und Harich, anders als ihre angelsächsischen Mitstreiter (Dryzek 1997, 33), später von ihren Empfehlungen für zustimmungsunabhängige Regierungsformen distanziert. Jonas tat dies z.B. in einem Spiegel-Interview 1992, in dem er die Vorstellung einer wohlmeinenden Öko-Diktatur als reine Utopie, die nicht zu realisieren sei, verwirft (1992, 99f). Zudem hätte sich gezeigt, dass die zustimmungsunabhängigere Regierungsform der realsozialistischen Staaten nicht besser in der Lage ist, auf die ökologische Krise zu antworten (ebd., 107). Bei Harich klang bereits 1979 eine partielle Abkehr von seinem rein autoritären Top-Down-Konzept an. In einem Interview legt er dar, dass er vor allem durch die Lektüre der Werke von Carl Amery und Yona Friedmann nunmehr Anhänger einer möglichst weitgehenden lokalen Autarkie sei, was basisdemokratische Lösungen voraussetze. Nach wie vor bräuchte es aber ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestattetes globales Machtzentrum, insbesondere um globale Umweltprobleme wirksam zu adressieren (2015c, 158). Später distanzierte er sich, wie Amberger herausstellt, generell von seinem autoritären Ansatz und wollte diesen als Warnung umgedeutet wissen (2010). Explizit findet sich diese Distanzierung in einem Zeitschriftenbeitrag aus dem Jahr 1991, in dem Harich darlegt, dass sein ursprüngliches Konzept „mit dem Gedanken an eine Öko-Diktatur kontaminiert war“, er sich nun aber als Gegner „jedwede[m] Diktaturtheorems undemokratischer Art“ begreife (1991). Stattdessen fordert er in Übereinstimmung mit den im Folgenden noch zu behandelnden Dezentralisierungsansätzen eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen weg vom Nationalstaat nach unten zur lokalen Basis sowie nach oben zu einer neu zu ordnenden UN, die er aber nicht mehr als diktatorische Instanz denkt (ebd.). Zuletzt wird Gruhls Abkehr von seinem autoritären Ansatz in seinem dem *Planeten* nachfolgende Buch, dem 1982 erschienenen *Irdischen Gleichgewicht* deutlich. Dort wendet er sich von den staatlichen Eliten als Transformationsakteur ab und setzt auf die Umkehrbereitschaft der Individuen. Gruhl muss seine Abkehr von autoritären Ansätzen aber

bereits früher kommuniziert haben, da Strasser/Traube dies in ihrem 1981 erschienenen Buch entsprechend ausführen (1981, 232f).¹⁰⁷

6.3 Erklärende Hintergrundannahmen

Bei Gruhl, Harich und Jonas zeigen sich weitgehende Überschneidungen in Bezug auf die Hintergrundannahmen, die ihre Position präformieren. Diese geteilten Hintergrundannahmen können erklären, warum die Ordnungsvorstellungen von Autoren mit so unterschiedlichen ideologischen Hintergründen wie dem konservativen Gruhl und dem Marxisten Harich so auffallend konvergieren. Zwei dieser Hintergrundannahmen wurden im Vorstehenden bereits eingehend betrachtet, weswegen sie an dieser Stelle nur noch kurz zu rekapitulieren sind: die für die 1970er-Jahre charakteristische apokalyptische Wahrnehmung der ökologischen Krise sowie das skeptische Menschen- und Bürgerbild, aus dem der starke Etatismus folgt. Darüber hinaus gilt es zwei Aspekte näher zu beleuchten, die bisher nur gestreift wurden. Erstens zeigt sich insbesondere bei Harich und Gruhl ein Grundwertekanon, der sich, aus unterschiedlicher Perspektive, durch eine Distanz zu den Grundwerten der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung auszeichnet. Zweitens lässt sich ein starker Fokus auf die physische

107 Generell lassen sich Gruhls Monografien zur ökologischen Krise als Suchbewegung interpretieren. Zunächst setzt er im *Planet* aus seiner konservativen Grundhaltung heraus auf den Staat und dessen Funktionseliten, die er in der Verantwortung sieht. Nachdem diese Hoffnung enttäuscht wird, wendet er sich im *Irdischen Gleichgewicht* (1982) vom Staat ab und hofft stattdessen auf die Umkehrbereitschaft des Individuums (Marten nivelliert diesen Wandel in Gruhls Denken, wenn er aus dem *Planeten* und dem *Irdischen Gleichgewicht* eine kohärente Position rekonstruiert (1983, 115-134)). Demnach braucht es eine Verzichtsbewegung, im Rahmen derer geistig-seelisch reife Konsumenten die Produzenten zur Umstellung zwingen (1985, 271). Er setzt darauf, dass sich die Menschen „aus freien Stücken aus den Fesseln der ‚Konsumzwänge‘ lösen (ebd.). Als sich auch diese Hoffnung zerschlägt, verliert Gruhl in *Himmelfahrt ins Nichts* (1992) den Glauben an einen Ausweg aus der ökologischen Zerstörung des Planeten und sieht die ökologische Katastrophe als quasi ausweglos (Gruhl 1992; dazu auch Kathke 2016, 20f). Der vorliegenden Interpretation entsprechend legen auch Loske und Fenske dar, dass diese resignative Position in der Verbitterung über die vielen Vergeblichkeitserfahrungen wurzelt, die Gruhl letztlich in die Hoffnungslosigkeit geführt hätten (Loske 2020; Fenske 2009, 10).

Überlebenssicherung identifizieren, welcher die Frage nach dem guten Leben weitgehend ausklammert.¹⁰⁸

Apokalyptische Krisenwahrnehmung und Wachstumspessimismus

Wie im Vorherigen herausgearbeitet wurde und wie auch Dryzek, Eckersley und Carter für den angelsächsischen „Survivalism“ betonen, wird das öko-autoritäre Denken maßgeblich durch die apokalyptischen Krisenszenarien des Club of Rome und weiterer Studien sowie die dadurch erzeugte Endzeitstimmung der 1970er-Jahre hervorgebracht (Dryzek 1997, 34; Eckersley 1992, 13, 15; Carter 2001, 42, 65; Bühler 2018, 182ff). Die öko-autoritären Denker antizipieren eine krasse Bedrohungslage, die drastische materielle Einschnitte innerhalb kurzer Frist erfordert, was sich nur durch autoritäre Eingriffe umsetzen lässt (Bühler 2018, 182ff). Erst das ökologische Bedrohungsszenario in Verbindung mit ihrem starken Wachstumspessimismus führt sie zu ihren autoritären Schlussfolgerungen. Dies gilt zumindest für Jonas und Gruhl, die erst im Angesicht der ökologischen Krise eine autoritäre Grundposition entwickeln. Bei ihnen sind die Hinwendung zu einer autoritären Regierungsform sowie die krassen Einschnitte in persönliche Freiheiten rein funktional begründet: Sie ergeben sich als Notwendigkeit der Überlebenssicherung, sind aber nicht an sich, d.h. aus nicht-ökologischen Gründen, wünschenswert. Jonas erörtert gar explizit die „sittliche“ Vorzugswürdigkeit freiheitlicher gegenüber nicht-freiheitlicher Regierungssysteme (2015, 304f). Entsprechend bezeichnet er die notwendige Abkehr von der Demokratie als „widerstrebend“ (ebd., 269). Bei Gruhl findet sich dies zwar nicht explizit, auch bei ihm wird die autoritäre Antwort auf die Krise aber rein funktional begründet. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass er sich, wie Jonas, mit den Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels als Basis für einen demokratischen Weg aus der Krise auseinandersetzt, diesen aber absehbar für unwahrscheinlich hält.¹⁰⁹

108 Mit Blick auf das englischsprachige ökologische politische Denken finden sich v.a. bei Dryzek und Eckersley Erkenntnisse bezüglich der hinter dem „Survivalism“ stehenden Hintergrundannahmen. Dabei zeigen sich weitreichende Parallelen zum deutschsprachigen Öko-Autoritarismus. Entsprechend wird im Folgenden immer wieder auf die einschlägigen Erkenntnisse verwiesen.

109 Dementsprechend legt Eckersley dar, dass Heilbronner und Ophuls eigentlich eine dezentralisierte Direktdemokratie präferierten, aber vor dem Hintergrund ihres skeptischen Menschenbildes nicht an deren ökologische Zukunftsfähigkeit glaubten (1992, 15). Für Harich muss an dieser Stelle offenbleiben, ob sein autoritärer Ansatz ausschließlich ökologisch begründet ist oder ob er auch aus nicht-ökologischen

Skeptisches Menschenbild und Etatismus

Die Einschätzung sehr enger ökologischer Belastungsgrenzen und die davon ausgehende apokalyptische Krisenwahrnehmung stellen jedoch keine hinreichende Plausibilisierung des öko-autoritären Denkens dar. Andere untersuchte Denker teilen die dramatische Krisenwahrnehmung und die Notwendigkeit drastischer materieller Beschränkungen und kommen dennoch zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Hinzu tritt bei den öko-autoritären Denkern, wie gezeigt, ein skeptisches Menschenbild und daraus hervorgehend eine pessimistische Haltung gegenüber der Bürgerschaft (Kap. 6.2.1).¹¹⁰ Dies ist von fundamentaler Bedeutung, da diese Skepsis letztlich das Erfordernis autoritärer Strukturen begründet. Was Amberger für Harich festhält, gilt für alle drei Autoren: Die Rettung der Welt kann nur von oben kommen, da das Individuum dazu zu schwach ist (Amberger 2020). Demokratie und ökologische Rettung schließen sich daraus hervorgehend wechselseitig aus (Amberger 2016, 44). Entsprechend haben Eckersley und Dryzek ein skeptisches Menschenbild als zentrale Prämisse des englischsprachigen „Survivalism“ herausgearbeitet. Dabei zeigen sich dieselben Zuschreibungen wie in der ausgewerteten deutschsprachigen Literatur: Der Mensch wird als egoistischer Hedonist gesehen, weswegen er die erforderliche Vernunft und Tugendhaftigkeit, um aus sich heraus eine der ökologischen Bedrohung angemessene Haltung und Handlungsweise

Gründen von der Vorzugswürdigkeit eines autoritären Staates ausgeht. Aber auch für ihn gilt, dass die massiven Einschränkungen von Freiheiten aus der drastischen Wahrnehmung der ökologischen Krise und den daraus abgeleiteten Schrumpfungserfordernissen folgen.

- 110 Das bei den drei Autoren zum Ausdruck kommende Bild des Menschen als Mängelwesen kann im Rückgriff auf Schmitz und Muller durchaus als ein konservatives Menschenbild gekennzeichnet werden (Schmitz 2009, 161f; Muller 1997, 10). Auch die Annahme einer relativ konstanten Menschennatur lässt sich als Teil einer konservativen Anthropologie verstehen (Carter 2001, 64; Schmitz 2009, 161). Bei Gruhl ist dies mit Blick auf seine konservative Grundhaltung nicht weiter klärungsbedürftig. Weniger naheliegend ist die Diagnose eines konservativen Menschenbildes für den orthodoxen Marxisten Harich, insbesondere da der Marxismus über keine Anthropologie im eigentlichen Sinne verfügt. Dabei macht Harich, wie gezeigt, auf eben diese Lücke im marxistischen Theoriegerüst aufmerksam und schlägt vor, die Anthropologie Gehlens in den Marxismus zu integrieren (Harich 1975, 176f). Da Gehlen zentraler Bezugspunkt für konservatives Denken ist, zeigt sich hier eine deutliche Schnittmenge. Auch das aus der skeptischen Anthropologie folgende Angewiesensein auf haltgebende Institutionen und Autoritäten, und damit den Staat, übrigens auch zentrale Schlussfolgerung Gehlens (siehe z.B. Gehlen 1986, 8 sowie dazu vertiefend Hacke 2009), lässt sich als Wesensmerkmal konservativen Denkens qualifizieren (Schmitz 2009, 161f; Stein 2019; Carter 2001, 64).

zu entwickeln, nicht aufbringen kann. Gleichzeitig wird dieser Wesenszug als weitgehend unveränderbar begriffen. Eben aus dieser Skepsis folgt der dargestellte Etatismus, der wiederum auf einem grundsätzlichen Zutrauen in spezifische Eliten beruht, welche die Verantwortung für das Schicksal der Menschheit zu tragen haben (Dryzek 1997, 34f, Eckersley 1992, 15, 171).

Grundwerte: Distanz zu freiheitlichen Normen und Harichs Egalitarismus

Als dritte wichtige Hintergrundannahme lassen sich die öko-autoritären Schlussfolgerungen auf die Grundwertekanons der Denker zurückführen. Dies bezieht sich in erster Linie auf die dabei zutage tretende Distanz zu den Grundwerten der Emanzipation und Freiheit.¹¹¹ Jenseits dessen stellt Harichs materiell fokussierter Egalitarismus eine weitere Erklärung für seine autoritären Schlussfolgerungen dar.

Die Distanz zu freiheitlichen Grundwerten lässt sich anhand der untersuchten Texte vor allem für Harich und Gruhl zeigen: In ihrem Grundwertekanon spielen individuelle Freiheit und Selbstbestimmung eine untergeordnete Rolle. Wie noch zu zeigen ist, sind für die Denker, die an der Demokratie festhalten, Emanzipation und Selbstbestimmung prioritäre Grundwerte (Kap. 7.2.1). Demokratie dient der Verwirklichung dieser Normen, weshalb ihr ein hoher Eigenwert zukommt. Dies gestaltet sich für Gruhl und Harich, aus unterschiedlicher Perspektive, anders.¹¹²

Für Gruhl lässt sich seine Distanz zu den Grundwerten der Freiheit und Selbstbestimmung besonders deutlich belegen, wenn das *Irdische Gleichgewicht* (1982) und die darin zum Ausdruck kommende Kulturkritik an der Moderne zurate gezogen werden.¹¹³ Diese Kritik am „Zeitalter der Eu-

111 Dieser Zusammenhang wird von Carter für die angelsächsischen „Survivalists“ zumindest angedeutet (2001, 65).

112 Für Jonas lässt sich zumindest zeigen, dass freiheitliche Erwägungen hinter das Ziel der physischen Überlebenssicherung zurücktreten müssen. Im *Prinzip Verantwortung* leitet er eine moralische Pflicht der Menschheit zum Fortbestand her (2015, v.a. Kapitel 5.1). Seine institutionellen Ansätze können als Vorschlag gelesen werden, dieser Pflicht gerecht zu werden. Wenn er dazu die Einrichtung einer autoritären und damit, wie er auch selbst bemerkt, unfreiheitlichen Regierungsform impliziert (2015, 304f), kommt eine Überordnung der physischen Überlebenssicherung gegenüber freiheitlichen Erwägungen zum Ausdruck.

113 Die Betrachtung des *Irdischen Gleichgewichts* ist an dieser Stelle sinnvoll, da Gruhl nach eigener Aussage im *Planeten* noch von der Betrachtung der „geistigen“ Absurdität der modernen Zivilisation abgesehen und sich auf die „Auslegung der Naturgesetze“ und somit die ökologischen Folgen fokussiert hat (1975, 17). Diese Betrachtung holt Gruhl dann im *Irdischen Gleichgewicht* nach, wo Gruhl eine fundamentale Kulturkritik entfaltet.

phorie“ zielt in erster Linie auf die Zerstörung traditioneller Institutionen wie Religion, Kirche, Familie, Traditionen und Kultur sowie den damit einhergehenden Werteverfall, der zur Tugend gemacht habe, was zuvor Todsünde war: Gier, Habsucht, Neid, Luxus und Stolz (siehe v.a. 1985, 17ff, 38, 102, 157f, 256ff, 259f, 272, 280). Mit diesen Kritikpunkten ist Gruhl deutlicher Exponent einer konservativen Kulturkritik (vgl. dazu Steuerer 2002, 115-124; Kathke 2016, 11). Entscheidend ist an dieser Stelle, dass Gruhl den emanzipativen Impuls der Aufklärung als maßgebliche Wurzel dieser Fehlentwicklungen versteht. Das übergeordnete Ideal der Aufklärung ist die Emanzipation des Menschen und somit die Autonomie des Subjekts (Reinalter 2018, 135). Diesen Impuls beschreibt Gruhl als Ursprung der fehlgeleiteten Moderne:

„Das, was sich Aufklärung nannte, entrollte die Fahne der Freiheit und Autonomie des Menschen, hinter der alle hoffnungsvoll in die Zwänge des mechanistischen Zeitalters hineinmarschierten. Inzwischen hat es sich als überlebensnotwendig herausgestellt, Aufklärung über die Aufklärung zu betreiben.“ (1985, 157)

Wie Mende darlegt, steht für Gruhl die Aufklärung am Anfang des geistigen Irrwegs des Industrialismus (2011, 75; 2014, 374f). Gruhl beschreibt die von diesen Idealen ausgehende Entwicklung der Industriegesellschaft als zunehmenden Werteverfall und als Zerstörung menschlicher Gemeinschaften (1985, 17, 256). Entsprechend bemerkt Mende, dass Gruhl dem emanzipatorischen Impuls und dem damit verbundenen Fortschrittsdenken als Ganzem kritisch gegenübersteht (2011, 405, 431f).¹¹⁴ Gruhls Denken zeichnet sich durch eine grundlegende Skepsis gegenüber Werten wie individuelle Freiheit und Individualisierung aus (Hildebrand 2013, 330). Diese skeptische Haltung gegenüber den aufklärerischen Idealen der Emanzipation und Selbstentfaltung sowie die Kritik am auf individuelle Freiheit fokussierten Freiheitsverständnis sind wiederum typisch für konservatives politisches Denken (Schmitz 2009, 162; Muller 1997, 10; Carter 2001, 63f).¹¹⁵

114 Dies lässt sich, wie Mende darstellt, auch an Gruhls ablehnender Haltung gegenüber der gesellschaftlichen und kulturellen Emanzipationsbewegung seit den späten 1950er-Jahren zeigen, was eine deutliche Differenz zu weiteren Mitstreitern bei den frühen GRÜNEN wie z.B. Amery oder dem frühen Bahro darstellt (2011, 431).

115 Es wäre falsch, Gruhls öko-politisches Denken als exemplarisch konservativ zu pauschalisieren. Wie Graf herausgearbeitet hat, gab es im konservativen Spektrum auch unter denjenigen, die die ökologische Krise als existenzielle Herausforderung ernst nahmen, divergierende Reaktionen auf die *Grenzen des Wachstums* (Graf 2008).

Dieser Gesellschaftskritik gegenüber preist Gruhl eine „Rückbesinnung“ auf die „echten Werte des Daseins“, nach denen die Völker vor dem „Zeitalter der Euphorie“ gelebt haben: Familie, Glaube, Traditionen, Barmherzigkeit, Einfachheit (1985, 11f, 246-283, insb. 253f, 277). Gruhl gehe es, so hält Mende fest, um die Rückkehr zu geistig-religiösen Werten mit einer Rückbesinnung auf traditionelle Moralvorstellungen, zwischenmenschliche Bindungen, Ehrgefühl sowie den Sinn für Kultur und Religion (2011, 88). Entsprechend konstatiert Hildebrand, dass sich Gruhls allgemeine Fortschrittsskepsis mit einer Verherrlichung frühindustrieller Zeiten verbindet (2013, 329). Emanzipation und Freiheit kommen in dieser Gesellschaftsvorstellung als Leitwerte nicht vor.

Auch für Harich lässt sich die Distanz zu freiheitlichen Normen zeigen. Er legt selbst dar, dass er mit „dem Ruf nach mehr Freiheit [...] nichts im Sinn“ hat (1975, 172). Die individuelle Freiheit des Einzelnen, so Harich, ist den langfristigen Erfordernissen der Gesellschaft, zu der auch zukünftige Generationen gehören, unterzuordnen (ebd., 47). Vielmehr kann Freiheit im Angesicht der ökologischen Begrenzungen in marxistischer Tradition nur noch Einsicht in die Notwendigkeit bedeuten (ebd.). Entsprechend hat Heyer für Harich richtig dargestellt, dass das Individuum vollständig im Kollektiv aufgeht (2015, 21). Heyer an anderer Stelle: „Bürgerliche Freiheiten – also die Demokratie westlichen Typs, Presse-, Rede-, Versammlungsfreiheit, Pluralismus, Diskussion etc. – waren für Harich keine Werte an sich“ (2015, 61). Entsprechend stand Harich, wie Gruhl, den antiautoritären Bestrebungen der 68er-Bewegung kritisch gegenüber (Amberger 2020).

Aus dieser Distanz der Autoren zu freiheitlichen Grundwerten folgt zweierlei. Erstens generell, dass freiheitliche Erwägungen eher als bei anderen Autoren hinter ökologische Erfordernisse zurücktreten können. Wenn individuelle Freiheit kein zentraler Grundwert ist, liegt die Aufgabe von

Inbesondere viele der konservativen Autoren rund um die Zeitschrift *Scheidewege* und das *Bussauer Manifest* kamen nicht zu den autoritären Schlussfolgerungen Gruhls, da sie mehr Hoffnung in die ethische Neuorientierung der Bürgerschaft setzten (ebd., 215-220; Bussauer Manifest 1975). Gruhl teilt mit diesen, wie auch Mende betont (2011, 302f), zwar die zentralen Grundzüge der Krisenbegründung und daraus hervorgehend die Forderungen nach geistiger Erneuerung zugunsten materiellen Verzichts und einer ökozentrischen Ethik. Seine autoritären politischen Ordnungsvorstellungen können aber nicht stellvertretend für dieses Spektrum stehen. Was aber an dieser Stelle gezeigt werden kann, ist, dass Gruhls Ansatz aus einem als konservativ zu kennzeichnenden Menschenbild, einem konservativen Grundwertekanon und einer typisch konservativen Interpretation der ökologischen Krise als geistig-kulturelle Krise folgt.

Freiheiten näher, was in den Gegenentwürfen deutlich zum Ausdruck kommt. Daraus hervorgehend folgt zweitens eine spezifische Perspektive auf Demokratie: Wenn Autonomie und Selbstbestimmung keine prioritären Normen sind, stellt Demokratie weit weniger einen Eigenwert dar als für Denker, für die Emanzipation und Selbstbestimmung zentrale Grundwerte darstellen (vgl. Kap. 7.2.1). Eine Abkehr von der Demokratie ist vor diesem Hintergrund naheliegender. In Abgrenzung zum normativ aufgeladenen Demokratieverhältnis der demokratisch orientierten Autoren könnte das Verhältnis der autoritären Autoren zur Demokratie als instrumentell bezeichnet werden: Wenn diese den erforderlichen (ökologischen) Policy-Output nicht erbringt, muss sie zugunsten einer effektiveren Regierungsform aufgegeben werden.¹¹⁶

Für Harich lässt sich mit dessen materiell fokussiertem Egalitarismus ein weiterer Aspekt seines Grundwertekanons als Erklärung für seine autoritären Schlussfolgerungen anführen. Anders als Gruhl und Jonas (siehe unten) verbindet Harich die Lösung der ökologischen Krise mit einer gesellschaftlichen Positivvision. Diese Positivvision besteht für ihn im Kommunismus, der für ihn die beste denkbare Gesellschaftsordnung darstellt (1975, 159). Mit der ökologischen Krise muss die marxistische Utopie des Überfluss-Kommunismus zwar verworfen werden, Kommunismus bleibt aber möglich und stellt, wie gezeigt, für Harich sogar die Voraussetzung für einen Weg aus der ökologischen Krise dar. An dieser Stelle ist zentral, was Kommunismus für Harich bedeutet. Kommunismus ist für ihn zunächst die Verwirklichung von Gleichheit:

„Der Sinn der Weltgeschichte liegt, falls sie überhaupt einen hat, in der fortschreitenden Verwirklichung des Prinzips der Gleichheit aller Menschen. Dieses Prinzip konstituiert alle übrigen sittlichen Werte, die einer vernünftigen Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen zugrunde liegen müssen.“ (ebd., 162)

Entscheidend ist nun, dass Gleichheit für Harich im Sinne Babeufs¹¹⁷ materielle Gleichverteilung bedeutet (ebd., 59, 103, 202). Harichs Egalitaris-

116 Kathke hat entsprechend darauf hingewiesen, dass Gruhl auch in der parteipolitischen Praxis eher Freund klarer Hierarchien und Führungspersönlichkeiten war und den basisdemokratischen Zügen bei den GRÜNEN sehr skeptisch gegenüberstand (2016, 10).

117 Auch dem Frühsozialisten Gracchus Babeuf, auf den sich Harich bereits im Buchtitel beruft, ging es um die Verwirklichung umfassender materieller Gleichheit bei gleichzeitiger Abschaffung des Privateigentums (Sassmannshausen 2018, 183f).

mus liegt also ein materiell fokussiertes Gleichheitsverständnis zugrunde. Andere Gerechtigkeitsaspekte, wie die gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungsprozessen, die einen Eigenwert der Demokratie begründen könnten, spielen bei ihm keine Rolle. Auch sein spezifisches Gleichheits- bzw. Gerechtigkeitsverständnis steht einer autoritären Antwort auf die ökologische Krise folglich nicht im Wege. Vielmehr liefert es eine weitere Begründung für seine autoritären Schlussfolgerungen. Wie lässt sich materielle Gleichheit unter ökologischen Knappheitsbedingungen verwirklichen? Die dazu erforderliche „Angleichung nach unten“ kann (gegen die Einsicht der Mehrheitsbevölkerung) nur durch ein System rationierter Verteilung erreicht werden, das von einem autoritären Staat gegen alle Widerstände durchgesetzt werden kann (ebd., 202; 1977, 14).¹¹⁸ Harich braucht den autoritären Staat nicht nur zur Überlebenssicherung, sondern auch zur Verwirklichung seiner Gesellschaftsvision des materiell egalitären Kommunismus unter ökologischen Knappheitsbedingungen. Dies gilt auch für die kommunistische Welt-diktatur, denn den höchsten Grundwert der materiellen Gleichheit gilt es global zu verwirklichen (1975, 162, 41f; dazu auch Heyer 2015, 20). Bei Harich trifft also der materiell ausgedeutete Egalitarismus auf die Distanz zu den Normen von Freiheit und Selbstbestimmung.

Fokus auf physische Überlebenssicherung

Damit lässt sich abschließend eine Erkenntnis der Arbeiten zum angelsächsischen „Survivalism“ diskutieren und konkretisieren. Dort wird dargelegt, dass das öko-autoritäre Denken einen starken Fokus auf die physische Überlebenssicherung aufweist und deshalb zu autoritären Schlussfolgerungen kommt (Carter 2001, 42, 65; Dryzek 1997, 32ff; Eckersley 1992, 13ff). Dies trifft in der Tat zu. Bei allen drei untersuchten Denkern steht die physische Überlebenssicherung als Ziel im Vordergrund, während die Frage nach dem guten Leben weitgehend ausgeklammert wird. Dieser Fokus stellt eine wichtige Erklärung für die autoritären Schlussfolgerungen dar.¹¹⁹ Was

118 Der Zusammenhang zwischen Harichs spezifischem Gleichheits- und Kommunismusverständnis und seinem autoritären Gegenentwurf wurde auch von Strasser/Traube und Amery erkannt, die sich intensiv mit Harich auseinandersetzten (Strasser/Traube 1981, 232; Amery 1978d, 46).

119 Dieser Zusammenhang wurde auch von anderen öko-politischen Denkern beobachtet. So kritisieren Strasser/Traube Gruhl und Harich für ihre naturwissenschaftlich-biologistisch verengte Sicht der Probleme, die sich auf die bloße „Sicherung der biologischen Existenz des Menschen“ reduziere und davon ausgehend „nahezu zwangsläufig zu demokratisch fragwürdigen Lösungen“ kommt (1981, 230f). Bei

jedoch nicht zutrifft, ist, dass im öko-autoritären Denken, wie Dryzek impliziert, keine Abwägung zwischen dem Ziel der physischen Überlebenseicherung und anderen Normen wie insbesondere freiheitlichen Erwägungen vorgenommen wird (1997, 32f). Verdeutlicht wurde dies bereits bei Jonas, der die eigentliche Vorzugswürdigkeit einer freiheitlichen Ordnung explizit herausstellt, sich aber gezwungen fühlt, diese zugunsten der physischen Überlebenseicherung aufzugeben (2015, 269, 304f). Dies ist der entscheidende Punkt: Da der breiten Masse kein tugendhafter Umgang mit den gegebenen Freiheiten (Wirtschaftsfreiheit, Konsumfreiheit, demokratische Mitbestimmung, freie Wahl der Kinderzahl) zugetraut wird, schließen sich die Aufrechterhaltung dieser Freiheiten und die physische Überlebenseicherung wechselseitig aus. Die notwendige Abwägung fällt dann bei allen drei Denkern zugunsten der physischen Überlebenseicherung aus, wobei hier wiederum die aufgezeigte Distanz zu freiheitlichen Grundwerten ins Gewicht fällt.

6.4 Zusammenfassung

Im Vorherigen wurden zunächst die Krisenbegründungen der öko-autoritären Denker rekonstruiert. Ausgehend von ihrer stark wachstumspessimistischen Grundhaltung richtet sich diese auf strukturelle (Kapitalismus, demokratischer Staat), kulturelle (Konsumkultur, Fortschrittsideologie der Moderne) und sozio-ökonomische Wachstumstreiber (v.a. Bevölkerungswachstum), die es aus ihrer Sicht zu adressieren gilt. Sodann wurde mit Blick auf die Gegenentwürfe eingangs herausgearbeitet, warum sich für die Autoren die Notwendigkeit der Abkehr von der Demokratie zugunsten einer zustimmungsunabhängigen Regierungsform ergibt. Sie gehen davon aus, dass in Anbetracht der ökologischen Krise weitreichende, v.a. materielle Einschnitte erforderlich sind, deren Umsetzung nicht auf die Einsicht der Bürgerschaft bauen kann. Hinter dieser Position steht ein skeptisches Menschen- und Bürgerbild. Daraus hervorgehend ist die Demokratie, welche die politischen Entscheidungsträger strukturell auf den Bürgerwillen festlegt, unfähig, die erforderlichen politischen Maßnahmen durchzusetzen. Dieser Demokratiekritik werden die Vorzüge einer autoritären Regierungsform gegenübergestellt, in der die politische Führung unabhängig vom Bürgerwillen, von spezifischen Sonderinteressen und der um Wählerstimmen

Bahro findet sich die gleiche Kritik, ohne dass jedoch konkrete Namen genannt werden (1987, 431).

buhenden Opposition agieren und die erforderlichen Maßnahmen auch gegen den Mehrheitswillen durchsetzen kann. Die Autoren setzen also maßgeblich auf die für ungleich höher befundene Durchsetzungskraft autoritärer Systeme. Diese Begründung autoritärer Führung kann als Ausdruck einer Hobbes'schen Perspektive gelesen werden: Wie bei Hobbes ist es der starke Staat, der den Konflikt zwischen kurzsichtigen und egoistischen Privatinteressen und dem Gemeininteresse löst, wofür er mit zustimmungsunabhängiger Macht auszustatten ist.

Hinsichtlich der Institutionalisierung zustimmungsunabhängiger Macht und den konkreten Akteuren, die diese übernehmen sollen, bleiben Gruhl und Jonas sehr unspezifisch. Eine eigentlich für erforderlich gehaltene Weltregierung verwerfen sie mit Blick auf die primär auf Eigeninteressen gerichteten Nationalstaaten. Bezüglich der institutionellen Ausgestaltung auf nationalstaatlicher Ebene kokettieren beide mit der Staatsstruktur der realsozialistischen Staaten, ohne dies zu konkretisieren. Welche spezifischen Kräfte die angedachte Führungsposition übernehmen sollen und wie der Übergang zu einer autoritären Staatsstruktur gelingen kann, bleibt unklar. Konkreter ist Wolfgang Harich. Er empfiehlt die Staatsstruktur des Realsozialismus auch für die bisher demokratisch-kapitalistischen Staaten. Mittelfristig zielt er auf eine diktatorische Weltregierung, welche die ökologischen Erfordernisse global durchsetzen kann. Die Führungsposition muss notwendigerweise durch eine kommunistische Elite besetzt werden. Nur ihr ist zuzutrauen, die ökologisch erforderliche Politik (v.a. Zerschlagung des Kapitalismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, radikale Gleichverteilung des verbleibenden Wohlstandes) umzusetzen. An die Macht kommt die kommunistische Elite durch einen revolutionären Umsturz. Revolutionäres Subjekt ist in orthodox-marxistischer Tradition die Arbeiterklasse, deren zentrales Klasseninteresse deckungsgleich zu den ökologischen Erfordernissen ist. Potenzielle Unterstützer sieht Harich in der Ökologiebewegung und der Neuen Linken.

Mit Blick auf die Ökonomie plädieren die Autoren für eine zentralstaatlich geführte Plan- und Zuteilungswirtschaft. Unternehmens- und Konsumfreiheit werden weitgehend bis vollständig zugunsten staatlicher Kontingentierung und Rationierung aufgehoben. Dabei muss der Staat für seine Wirtschaftsplanung zwischen befriedigungswürdigen und nicht befriedigungswürdigen Bedürfnissen unterscheiden, wobei im Zentrum die Deckung der materiellen Grundbedürfnisse steht. Bei Harich wirkt der Staat zudem, u.a. durch drastische Umerziehungsmaßnahmen, gezielt auf die Bedürfnisstrukturen der Menschen ein, um diese vom ökologisch

nicht weiter vertretbaren Konsumismus abzubringen. Die Autoren halten zudem eine deutliche Reduzierung der Bevölkerung und somit der Konsumnachfrage für notwendig, wozu u.a. das Recht auf freie Wahl der Kinderzahl aufzuheben ist. Jenseits der direkten staatlichen Produktions- und Konsumkontrolle steht beim Marxisten Harich die Verstaatlichung der Produktionsmittel im Vordergrund, was die Konkurrenzsituation zwischen den Unternehmen aufheben und das Profitmotiv als ökonomische Handlungsrationalität überwinden soll.

Mit Blick auf die erklärenden Hintergrundannahmen sind die öko-autoritären Positionen einerseits Ausdruck der apokalyptischen Krisenwahrnehmung und des starken Wachstumspessimismus der 1970er-Jahre. Andererseits fußen die Ansätze auf dem pessimistischen Bild eines kurzsichtigen, eigennutzorientierten und materialistischen Menschen und Bürgers. Darüber hinaus lässt sich im Grundwertekanon der Autoren eine Distanz zu den Grundwerten der individuellen Freiheit und Selbstbestimmung nachweisen, woraus eine schwache normative Bindung an freiheitliche Strukturen wie Demokratie und Marktwirtschaft folgt. Schließlich lässt sich für die Autoren ein starker Fokus auf die physische Überlebenssicherung bei gleichzeitiger Ausklammerung der Frage nach dem guten Leben konstatieren.

Insgesamt lassen sich die untersuchten Werke als Ausdruck einer Hochphase öko-autoritären Denkens in den 1970er-Jahren qualifizieren. Dabei zeigen sich bezüglich der politischen und ökonomischen Ordnungsvorstellungen, deren Begründung sowie den dahinterstehenden Prämissen weitgehende Überschneidungen zu den englischsprachigen Exponenten öko-autoritären Denkens. Folglich können Gruhl, Harich und Jonas mit Blick auf die untersuchten Werke als deutschsprachige Vertreter des „Survivalism“ bezeichnet werden.

7 Demokratische Antworten: zwischen Systemwechsel und ökologischer Modernisierung

Dem öko-autoritären Denken von Gruhl, Harich und Jonas tritt eine Gruppe von Denkern gegenüber, die ökologischen Wandel als demokratischen Prozess und eine nachhaltige Gesellschaft als freiheitlich-demokratische Gesellschaft denken. Dieser Perspektive sind die Autoren Eppler, Strasser, Fromm, Amery sowie der frühe Bahro zuzuordnen. Bereits erwähnt wurde, dass sich diese demokratische Perspektive wiederum in eine Modernisierungs-Position (Eppler) und eine Systemwechsel-Position (Strasser, Amery, Fromm, Bahro) unterteilen lässt. Noch deutlicher als bei den autoritären Ansätzen handelt es sich um eine heterogene Gruppe.

Vorwegzunehmen ist eine Bemerkung zur Zusammensetzung dieser Autorengruppe. Auffällig ist, dass alle hier behandelten Autoren mit Blick auf ihren ideologischen Hintergrund einem sozialdemokratischen bis sozialistischen und damit linken politischen Denkraum zuzuordnen sind und diese Zuordnung auch selbst vornehmen.¹²⁰ Dieses Übergewicht zugunsten linker Perspektiven wird auch in anderen Arbeiten deutlich (vgl. Eckersley 1992). An dieser Stelle kann keine Erklärung für dieses Ungleichgewicht gegeben werden. Zumindest eine Teilerklärung liefert Eckersley: Sie hat für den angelsächsischen Sprachraum darauf hingewiesen, dass das „survivalist thinking“ Antworten herausgefordert hat, welche den partizipatorischen und emanzipatorischen Impuls der 1960er-Jahre mit ökologischer Transformation zu verbinden suchten (1992, 17, 28f; ähnlich Carter 2001, 65). Dies

120 Der frühe Bahro und Strasser bezeichneten sich selbst explizit als Sozialisten (z.B. Strasser 1977, 13; Strasser/Traube 1981, 10; Bahro 1980, 24f, 53) und werden auch entsprechend rezipiert (siehe zu Bahro z.B. Eckersley 1992, 164, 231; Weber 2015 sowie zu Strasser z.B. Stein 1998, 204-209; Marten 1993, 37-64). Auch Eppler verschrieb sich einem demokratischen Sozialismus (1979b). Strasser und Eppler waren zu dieser Zeit aktive Mitglieder der Sozialdemokratie und dort dem linken Flügel zuzuordnen, während sich Bahro nach seinem Übertritt aus der DDR den GRÜNEN anschloss. Auch Amery, der vielfach eine kritische Distanz gegenüber orthodox-marxistischem und sozialistischem Denken an den Tag legte, war überzeugt, dass ein Ausweg aus der ökologischen Krise nur sozialistisch gedacht werden kann (Amery 1978c; dazu auch Mende 2014, 375ff). Amery wurde und wird zudem als Begründer des Begriffs des Öko-Sozialismus gesehen (Strasser/Traube 1981, 10; Kern 2019, 12f). Zuletzt knüpfte Fromm explizit an den emanzipatorischen Impuls des Marxismus an (Fromm 2015; 2007, 214), engagierte sich selbst für die sozialistische und die demokratische Partei in den USA (Johach 2010, 3) und wird auch als sozialistischer Vordenker rezipiert (vgl. z.B. Kern 2019, 124).

lässt sich mit Blick auf die vorliegende Autorengruppe zumindest insoweit bestätigen, als dass sich viele der Denker in ihren Werken explizit auf die autoritären Ansätze, in erster Linie von Gruhl und Harich, beziehen und ihre eigenen Perspektiven von diesen abgrenzen (Amery 1991, 314-318; Strasser/Traube 1981, 230ff; Strasser 1977, 62f; Bahro 1980, 67, 157f). Der autoritären Perspektive entgegengesetzt versuchen sie in ihren Werken, wie noch zu zeigen ist, ökologische und emanzipatorische Ziele zu verbinden.¹²¹

Zwei Fehlschlüsse dürfen aus diesem Ungleichgewicht nicht gezogen werden. Erstens bedeutet dies nicht, dass nicht auch aus anderen ideologischen Richtungen demokratische Wege aus der ökologischen Krise gesucht wurden. Bereits hingewiesen wurde beispielsweise auf die öko-konservativen Denker im Umfeld der *Scheidewege*, die in ihrem *Bussauer Manifest* von 1975, in der generellen Stoßrichtung durchaus in Überschneidung mit den hier behandelten Autoren, eine Überwindung der Entfremdung zwischen Mensch und Natur durch die Dezentralisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zugunsten eines naturnahen Landlebens sowie eine umfassende ethische Erneuerung forderten (Bussauer Manifest 1975 sowie dazu Graf 2008, 215ff; Mende 2011, 299ff). Auch im von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebenen Band *Überleben und Ethik* (1976) begeben sich konservative Denker auf die Suche nach Antworten auf die ökologische Krise, ohne zu autoritären Schlussfolgerungen zu kommen. Doch trat keiner dieser öko-konservativen Denker durch einen umfassenderen Ansatz im Sinne einer einschlägigen monografischen Ausarbeitung zur ökologischen Krise hervor. Zudem verbleiben die Beiträge meist auf der Ebene individuelle ethischer Appelle. Institutionelle Vorstellungen werden, wenn überhaupt, nur angedeutet.

Zweitens dürfen die vielen öko-politischen Beiträge aus dem linken Spektrum nicht über das ambivalente Verhältnis zur Ökologiefrage innerhalb des linken Denkens hinwegtäuschen. Dort steht in der ersten Hochphase der Ökologiediskussion dem Versuch, linke Antworten auf die ökologische Krise zu geben, eine weitgehende Ablehnung bzw. Ignoranz der

121 Wie stark die Infragestellung einer freiheitlichen Ordnung durch das öko-autoritäre Denken empfunden wurde, zeigt sich besonders bei Strasser. *Zukunft der Demokratie* ist schon im Untertitel („Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit?“) sowie dann im gesamten Aufbau als Gegenposition zu autoritären Antworten auf die ökologische Krise verfasst. In *Zukunft des Fortschritts* bezeichnet er im Anschluss an seine Auseinandersetzung mit Harich und Gruhl die Frage, ob die ökologische Krise einen Bruch mit dem emanzipatorischen Impuls erfordere, als die „Grundsatzfrage“, an der „sich die Geister der Ökologiebewegung scheiden“ (1981, 231ff).

Ökologiefrage als Angriff auf die prioritären sozialen Ziele gegenüber (Eckersley 1992, 10; Mende 2011, 299, 305ff; d'Idler 2020,54f; Kern 2019, 205). Entsprechend legt Mende für die Gründungsgrünen dar, dass die Resonanz auf *Die Grenzen des Wachstums* in konservativen und mittleren Strömungen deutlich stärker ausfiel als in sozialistischen und kommunistischen Gruppen, die darin in erster Linie einen Angriff auf ihre sozialen Kernanliegen sahen (2011, 299).¹²²

Im Folgenden stehen zunächst die Krisenanalysen der Autoren im Vordergrund, wobei hier der Unterschied zwischen fundamentaler Systemkritik und der Rückführung der Krise auf Modernisierungsdefizite bei Eppler deutlich wird (Kap. 7.1). Mit Blick auf die Antworten der Autoren auf die Krise lassen sich dann zunächst wichtige gemeinsame Grundzüge identifizieren, welche die demokratischen Autoren en bloc von der autoritären Perspektive unterscheiden (Kap. 7.2). Dies ist erstens die Überzeugung, dass die Demokratie gegenüber autoritären Systemen normativ und funktional überlegen ist sowie, damit zusammenhängend, zweitens der Glaube an die Möglichkeit eines ethischen Wandels in der Bürgerschaft. Nach der Darstellung der gemeinsamen Grundzüge werden die Systemwechselposition (Kap. 7.3) sowie die Position von Eppler (Kap. 7.4) separat behandelt, wobei sich erstere in eine öko-sozialistische und eine öko-kommunalistische Stoßrichtung differenzieren lässt. Diese separaten Darstellungen umfassen jeweils die Alternativentwürfe, die Vorstellungen vom Prozess des Wandels sowie die hinter den Ansätzen stehenden Prämissen.

122 Für eine Übersicht über die Reaktionen auf *Die Grenzen des Wachstums* innerhalb der Linken aus Sicht eines beteiligten Akteurs siehe Amery 1991, 310-318. Entsprechend nimmt Harich eine Aufstellung der Reaktionen im kommunistischen Denken der realsozialistischen Staaten vor (1975, 70-74). Zur schwierigen Annäherung des linken Denkens an die Ökologieproblematik generell siehe z.B. Mende 2011, 304-310.

Carl Amery (*1922, †2005) studierte Literaturwissenschaften und trat ab Mitte der 1950er-Jahre mit erfolgreichen Romanveröffentlichungen hervor, wodurch er sich ein bundesweites Renommee als Schriftsteller erwarb. Gleichzeitig engagierte sich Amery politisch, insbesondere für die Themen Frieden und Umwelt. Parteipolitisch war er zunächst in der Sozialdemokratie aktiv und versuchte dort das Ökologie-Thema zu platzieren. 1974 verließ er die SPD und engagierte sich ab 1977 im Formierungs- und Gründungsprozess der GRÜNEN (zum ges. Absatz bis hierher Mende 2014, 368-371; 2011, 264-269; Janssen 2015, 2). Trotz seines parteipolitischen Engagements wurde Amery öffentlich in erster Linie als „public intellectual“ wahrgenommen und verstand seine Rolle auch selbst so (Mende 2014, 366; Fenske 2009, 3, 8).

Rudolf Bahro (*1935, †1997), promovierter und habilitierter Philosoph, setzte sich früh systematisch und kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinander, was 1977 in die breit rezipierte Veröffentlichung seines Werks *Die Alternative* in Westdeutschland gipfelte. Nach Festnahme und Verhaftung übersiedelte er 1979 nach Westdeutschland, wo er 1980 zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN gehörte. Bahro verließ die Partei 1984, weil diese aus seiner Sicht verkürzte Antworten auf die ökologische Krise gab. Ab 1990 wurde Bahro eine Professur sowie ein eigenes Institut für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität zuteil (zum ges. Absatz bis hierher Weber 2015, 231-245; Mende 2011, 250-258). Bahro gilt als maßgeblicher ökologischer Vordenker in der DDR (Heyer 2015, 17; Hermand 2020, 26ff; 1991, 144f) sowie als zentraler Referenzpunkt der frühen Ökologie-Bewegung und der frühen GRÜNEN (Raschke 1993, 66f; Mende 2011, 250-258, 308ff; Radkau 2011, 266; Loske 2013; Markovits/Gorski 1997, 191-216).

Erhard Eppler (*1926, †2019), ausgebildeter und promovierter Gymnasiallehrer, war von 1961 bis 1976 Mitglied des Bundestags für die SPD und von 1968 bis 1974 Bundesentwicklungsminister. Anschließend fungierte er bis 1980 als SPD-Fraktionsvorsitzender im Baden-Württembergischen Landtag. Er hatte verschiedene Ämter in der SPD inne, darunter Mitglied des Gesamtvorstandes, Mitglied des Parteipräsidiums, Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg sowie langjähriger Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Innerparteilich galt er als der Wortführer des ökologischen Flügels der Partei (zum ges. Absatz bis hierher Marten 1983, 87). Erhard Eppler wird als maßgeblicher ökologischer Vordenker der SPD in den 1970er- und 80er-Jahren beschrieben (Linse 1986, 9f; Kathke 2016, 2; Mende 2014, 370).

Erich Fromm (*1900, †1980) befasste sich zunächst ab 1930 am Frankfurter Institut für Sozialforschung mit der analytischen Sozialpsychologie und arbeitete an einer Verbindung der Psychoanalyse und der ökonomischen Theorie des Marxismus. Im US-amerikanischen Exil wirkte Fromm v.a. als Psychoanalytiker sowie als Gastprofessor in New York und an der Yale University in New Haven. Von 1950 bis 1973 lebte Fromm in Mexiko, wo er als Professor ein psychoanalytisches Institut aufbaute und sich der sozialpsychoanalytischen Feldforschung widmete. 1973 übersiedelte Fromm in die Schweiz, wo er das hier untersuchte Spätwerk *Haben oder Sein* verfasste (zum ges. Absatz bis hierher Johach 2010, 2f). Es entwickelte sich zu einer der prägendsten Schriften für die Ökologie- und Alternativbewegung (Fücks 2013, 149; Ahnert 2020,

13:45; Johach 2010, 2). Bis heute wird Fromm explizit auch als ökologischer Vordenker rezipiert (vgl. Ferst/Funk 2002; Johach 2010).

Johano Strasser (*1939), Philosoph und habilitierter Politikwissenschaftler, war von 1971 bis 1975 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und wurde als „Chefideologe“ radikallinker Strömungen (OV 1973; OV. 1973b) bzw. maßgeblicher Theoretiker antikapitalistischer und reformsozialistischer Strukturreformen (Mauersberger 1973; Scherer 2019) in der Partei wahrgenommen. Strasser war zudem seit Mitte der 1970er-Jahre Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Von 1980 bis 1988 war Strasser Redakteur und u.a. zusammen mit Heinrich Böll und Günter Grass Mitherausgeber der politisch-literarischen Zeitschrift „L'80“.

7.1 Krisenanalysen zwischen Modernisierungsdefiziten und fundamentaler Systemkritik

Die Krisenbegründungen der demokratisch ausgerichteten Denker unterscheiden sich in der Radikalität, in der sie die gegebenen Strukturen und gesellschaftlichen Verhältnisse infrage stellen. Während der frühe Bahro, Fromm, Strasser und Amery die ökologische Krise als grundlegende Systemkrise interpretieren, ist dies bei Eppler nicht der Fall. Diese Differenz ist maßgeblich auf die unterschiedliche Positionierung in der Wachstumsfrage zurückzuführen.

7.1.1 Modernisierungsdefizite: die ökologische Krise als Markt- und Politikversagen

Anders als für die Systemwechsel-Denker impliziert die Krisenanalyse von Eppler keine fundamentale Systemkritik. Dies folgt maßgeblich daraus, dass für ihn die ökologische Krise in erster Linie Richtung und Qualität des Wachstumsprozesses infrage stellt (1981b, 172; 1981, 27). Aus seiner Perspektive ist die ökologische Krise primär Resultat des in ökologischer Hinsicht unterregulierten Wirtschaftsprozesses. Für Eppler sind Märkte von sich aus nur insofern zukunftsgerichtet, wie sich dies in der absehbaren Nachfrageentwicklung niederschlägt (1975, 74). Erst politisch veränderte Rahmenbedingungen können Märkte so ausrichten, dass sie die ökologischen Gegebenheiten umfassender in Betracht ziehen (ebd., 74f; 1981, 149f, 187f). Fehlen solche Regulierungen, ergibt sich ein ökologisch unqualifizierter Innovations- und Wachstumsprozess (1981, 174ff; 1981b, 172). Eben dieser ökologisch unqualifizierte Wachstumsprozess, weniger das Wachstum an sich, stößt nun an Grenzen (1981b, 172; 1981, 27).

Woher kommt dieser ungerichtete Wachstumsprozess? Er ist aus Eppers Sicht Folge einer falschen „Sachzwangideologie“, nach der möglichst hohes Wachstum die unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens darstellt (1981, 33-36, 42). Der vermeintliche Sachzwang Wachstum folge wiederum aus der Überzeugung, dass zentrale gesellschaftliche Funktionsbereiche wie ein stabiler Arbeitsmarkt, die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherung oder die Befriedung innergesellschaftlicher Verteilungskämpfe zwingend auf Wirtschaftswachstum angewiesen sind (ebd.). Darüber hinaus komme im Dogma des Sachzwangs Wachstum die Überzeugung zum Tragen, dass weder das gegenwärtige Wirtschaftssystem noch die Loyalität der Bürgerschaft zum Staat ohne Wachstum aufrechterhalten werden können (ebd., 17, 42). Eppler hingegen ist überzeugt, dass diese vermeintlichen Wachstumszwänge entweder durch politische Reformen aufzuheben oder faktisch gar nicht gegeben sind (Kap. 7.4.1).

Entscheidend ist, dass für Eppler aus dieser „Sachzwangideologie“ ein verkürztes Politikverständnis folgt. Demnach glauben sich die politischen Führungseliten maßgeblich über das Erreichen bestimmter Wachstumsziele zu legitimieren (1981, 42, 22ff). Wenn aber bestimmte Wachstumsraten zum politischen Ziel werden, ergebe sich ein reduktionistisches Verständnis von Politik, nach dem sich staatliches Handeln auf die Funktion der Bereitstellung möglichst guter Rahmenbedingungen für den technisch-wissenschaftlichen Wachstumsprozess beschränkt. Der Staat übernimmt keine Steuerungs- und Lenkungsfunction dergestalt, dass er entscheidet, was wachsen und was schrumpfen soll bzw. welche technologischen Innovationen wünschenswert sind und welche nicht. Vielmehr würden diese Entscheidungen den privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen überlassen.¹²³ Politik zieht sich auf eine reine Begleitfunktion für den wirtschaftlich-technischen Wachstumsprozess zurück (1981, 22ff, 42, 49ff, 170ff, 174f). Damit entstehe auch eine starke Abhängigkeit der Politik von den Wirtschaftsakteuren, die dadurch eine extreme Machtposition einnehmen (1975, 78f). Im Zuge dessen problematisiert Eppler insbesondere die aus seiner Sicht enorme

123 Eppler im Wortlaut: „Wo bestimmte Wachstumsraten zum Ziel von Politik werden, schafft Politik sich selbst Sachzwänge, denen sie dann [...] zu folgen hat. Es geschieht nur noch, was der Konjunktur dient. Politik schrumpft zur Konjunkturpolitik. Wer nur – und dies mit aller Kraft – erreichen will, daß etwas wächst, nimmt in Kauf, daß über die Frage, was wachsen soll, in den Chefetagen transnationaler Konzerne entschieden wird. Staatliches Handeln gerät in den Zwang, hinter den Folgen dieser Entscheidungen herzuweichen“ (1981, 49f).

Machtballung bei multinationalen Konzernen, welche eng mit der Politik verflochten sind, Gesetze beeinflussen und ignorieren, Regierungen fördern oder stürzen können (ebd.). Es seien maßgeblich die großen Konzerne, die über die weitere technologische und wirtschaftliche Entwicklung bestimmen (ebd.).¹²⁴

In der Summe wird deutlich, dass Eppler die ökologische Krise in erster Linie als Versagen der politischen Eliten begreift, die aus falschen Annahmen den vermeintlichen Sachzwang Wachstum ableiten, der sie wiederum in starke Abhängigkeit von Wirtschaftsinteressen stellt. Die Frage, wo der Wachstumszwang seinen Ausgangspunkt hat, führt Eppler somit nicht, wie die weiteren Autoren, zum kapitalistischen Wirtschaftssystem¹²⁵, sondern zum Wachstumszwang „in den Köpfen“ der politischen Funktionseliten (1981, 76). Denn, so Eppler, selbst wenn die Annahme einer systematischen Wachstumsorientierung der Wirtschaftsinteressen im Kapitalismus getroffen würde, erkläre dies nicht, warum sich Politiker, insbesondere linker Provenienz, diesen Interessen hingeben sollten (1981, 76ff). Vielmehr seien diese selbst von der Notwendigkeit und Machbarkeit ständigen Wachstums überzeugt (ebd.).

Doch lässt sich das Politikversagen aus Eplers Sicht nicht nur auf die „Sachzwangideologie“ der politischen Eliten zurückführen. Vielmehr findet sich bei Eppler auch eine grundlegende Kritik am bestehenden demokratischen Institutionensystem. Während die ökologische Krise eine global ausgerichtete und weitsichtige Politik erfordere, müssten sich in der gegebenen demokratischen Ordnung die konkurrierenden politischen Akteure innerhalb kurzer Wahlzyklen vor der nationalen Wählerschaft legitimieren. Sie würden deshalb keine einschneidenden Maßnahmen vorschlagen bzw.

124 Neben der Skepsis gegenüber den politischen Eliten klingt bei Eppler auch eine Kritik am starken Einfluss von (vermeintlichen) Experten auf die politische Entscheidungsfindung an. Diese seien oft selbst dem von Eppler kritisierten Sachzwangdenken verhaftet. Zudem sei das Blickfeld von Experten häufig auf das eigene Fachgebiet begrenzt, was zu einer Blindheit für übergreifende Zusammenhänge führe. Zudem seien Experten häufig mit spezifischen Interessen verflochten. Eppler proklamiert stattdessen in Anlehnung an Klaus Müller das „Expertentum aller Laien“ und fordert alternatives Expertenwissen. (1981, 36-40; 1975, 120)

125 Während sich Eppler in den untersuchten Werken nicht klar positioniert bezüglich eines systemimmanenten Wachstumszwanges des Kapitalismus (1975, 9; 1981, 76ff), hat er dies später konkretisiert. Demnach versuche im Kapitalismus zwar jedes Unternehmen zu wachsen, daraus könne aber kein makroökonomischer Zwang zum Wachstum gefolgert werden. Dies zeige sich nicht zuletzt daran, dass es immer wieder kapitalistische Länder gebe, die über längere Zeitphasen kein Wirtschaftswachstum generieren. (2016, 82)

vornehmen, da sie davon ausgehen, dass ihnen dies politisch zum Nachteil gereicht. Gleichzeitig schrumpfe „der politische Zeithorizont bei uns auf wenige Monate zusammen“ (1975, 60). In der Folge würden „im unvermeidlichen taktischen Spiel um die Macht die entscheidenden Probleme so lange umgangen und kaschiert [...] bis sie uns endgültig über den Kopf gewachsen sind“ (1975, 121). Es besteht aus seiner Sicht also ein struktureller Anreiz zum Aufschub schwieriger politischer Probleme. Vor diesem Hintergrund konstatiert Eppler, dass es die „Parteien, Parlamente oder Regierungen, die aus eigener Intuition Gesellschaft formen [...] wohl nur im staatsbürgerkundlichen Bilderbuch“ gebe (1975, 121). Die nationalstaatlich verfasste Konkurrenzdemokratie institutionalisiert aus Epplers Sicht also einerseits den Fokus auf die Interessen des nationalen Wahlvolkes, weshalb zukünftige Interessen und die Interessen anderer Weltregionen systematisch unterrepräsentiert sind. Andererseits setzen die kurzen Wahlzyklen die Parteien unter Druck, ihr Handeln am kurzfristigen Wählerwillen auszurichten. (Zum ges. Absatz 1975, 58ff, 121; 1977, 4)

Als weitere Ursache der ökologischen Krise problematisiert Eppler auch die aus seiner Sicht vorherrschende expansive Konsumkultur. Er diagnostiziert eine Ethik des Habens, die es im Angesicht der ökologischen Krise zu hinterfragen gelte (1981, 130). Diese liegt für ihn aber nicht im Menschen selbst begründet, sondern ist Sekundärphänomen der bestehenden strukturellen Ordnung. Demnach sind die Menschen so, „wie ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sie macht, das von Konkurrenzkampf lebt, von der Jagd nach wirtschaftlichem Erfolg, vom unaufhörlichen Anstacheln des persönlichen Egoismus durch immer raffiniertere Werbung“ (ebd., 104, dazu vertiefend 104ff). Konsumismus folgt bei Eppler strukturell aus der „kapitalistischen Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft“ (ebd., 130), die einerseits zum fortwährenden Konsum anregt und andererseits durch die Frustration zentraler menschlicher Bedürfnisse zu kompensatorischem Konsumverhalten führt (ebd., 128f). An diesen Stellen klingt durchaus eine fundamentale Systemkritik an.¹²⁶ Dieser Fundamentalkritik stehen aber kei-

126 Vor diesem Hintergrund ist auch Epplers breit rezipierte Unterscheidung zwischen Struktur- und Wertkonservatismus zu verstehen: Eppler kritisiert den Strukturkonservatismus dafür, einen Werteverfall anzuprangern, aber das diesen hervorbringende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem des entfesselten Industriekapitalismus nicht in den Blick zu nehmen. Der Strukturkonservatismus stoße also gar nicht zu den tatsächlichen Ursachen der von ihm angeprangerten Entwicklung vor. Dagegen müsse ein richtig verstandener Konservatismus, den Eppler als Wertkonservatismus bezeichnet, auf eben diese Strukturen fokussieren. Erst deren Veränderung würde in

ne entsprechenden Veränderungsvorschläge gegenüber, was eine Leerstelle bei Eppler ist. Aus der Rückführung des „Modus des Habens“ auf die Strukturen der kapitalistischen Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft würde logisch folgen, dass grundlegende Veränderungen, insbesondere mit Blick auf das Wirtschaftssystem, erforderlich sind, um einen Kulturwandel zu ermöglichen. Eben solche grundlegenderen Veränderungen beschreibt Eppler aber nicht. Stattdessen fokussieren seine Vorschläge in erster Linie auf reformerische Maßnahmen zur ökologischen Rahmung der Marktwirtschaft sowie zum Abbau von Wachstumsabhängigkeiten (Kap. 7.4).

Unabhängig von dieser Leerstelle ist zu konstatieren, dass es für Eppler keiner Überwindung von Kapitalismus und Marktwirtschaft bedarf, wohl aber einer ambitionierten ökologischen Rahmensetzung. Dazu muss sich Politik von ihrem Fokus auf quantitative Wachstumsziele lösen, wofür sie wiederum, wie noch deutlich wird, ethische Impulse aus der Zivilgesellschaft braucht. Zugleich plädiert Eppler für einen Kulturwandel weg von der expansiven Konsumkultur.

7.1.2 Systemkritik: die ökologische Krise als Folge von Kapitalismus, Industrialismus und des durch sie geprägten Menschen

Anders als für Eppler ist für die Autoren Strasser, den frühen Bahro, Amery und Fromm im Angesicht der ökologischen Krise eine fundamentale Systemkritik erforderlich. Dies folgt maßgeblich aus ihrer Positionierung in der Wachstumsfrage: Da sie einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für erforderlich halten, gilt es die Wachstumstreiber, insbesondere den Kapitalismus, zu überwinden. Aber auch weitere Grundstrukturen der Gegenwartsgesellschaft wie die arbeitsteilige und zentralisierte industrielle Produktionsweise sowie die repräsentativ-nationalstaatlich verfasste Demokratie werden infrage gestellt. Auch in der geistig-kulturellen Dimension werden vielfältige Krisenursachen ausgemacht. Des Weiteren werden soziale Ungleichheit und Bevölkerungswachstum als sozio-ökonomische Krisenursachen angeführt.

der Breite einen Kulturwandel ermöglichen. (1981, 104ff; siehe vertiefend zu dieser Unterscheidung Lenk 1989, 26)

Strukturelle Ursachen: Kapitalismus, Industriesystem und der Staat

In den Krisenanalysen der Autoren wird deutlich, dass sie auf systemisch-struktureller Ebene in erster Linie Kapitalismus und Industriesystem als zentrale Krisenursachen ausmachen. Die Kritik am Kapitalismus weist weitgehende Überschneidungen zu den Argumenten der öko-autoritären Denker auf. Äquivalent zu diesen sehen die Autoren einen dem Kapitalismus inhärenten Wachstumszwang (Bahro 1980, 51, 57f, 65, 76, 87f, 110, 191f; Amery 1991, 269, 309; 1978c, 119ff; Strasser/Traube 1981, 33; 1977, 71, 83ff; Fromm 2007, 214). Entsprechend z.B. Strasser: Das „strukturelle Problem des Kapitalismus [...] [liegt] darin, daß [er] aus systematischen Zwängen heraus blindwütiges Wachstum auch dann noch fördert, wenn dies absehbar in eine weltweite Katastrophe führen muß“ (1977, 71). Begründet wird dieser Wachstumszwang wiederum darüber, dass das für den Kapitalismus konstitutive Profitmotiv unter Konkurrenzbedingungen zum Profit- und damit Wachstumszwang wird (Bahro 1980, 51, 57f, 76, 124; Strasser 1977, 85; Strasser/Traube 1981, 33). Folglich gelte es das Profitmotiv als Triebkraft der Wirtschaftsentwicklung sowie die Konkurrenzbedingungen auszuschalten bzw. einzuhegen (Strasser/Traube 1981, 253, 259f, 263; Bahro 1980, 57f, 124; Fromm 2007, 218; Amery 1991, 184). Dazu müssen die Grundstrukturen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems infrage gestellt werden: die Marktwirtschaft als Allokationsmechanismus (Strasser 1977, 105, 114; Strasser/Traube 1981, 262; Bahro 1980, 101f; Fromm 2007, 211) sowie der Privatbesitz an Unternehmen (Strasser 1977, 85, 103f, 111ff; Strasser/Traube 1981, 253, 259f, 163; Fromm 2007, 107; Bahro 1980, 179, 201; Amery 1991, 334; 1978c, 119ff).

Neben dem Kapitalismus wird auch das „Industriesystem“ bzw. der „Industrialismus“ als Krisenursache problematisiert.¹²⁷ Zu diesen Begrifflichkeiten finden sich jedoch keine tiefergehenden Reflexionen. Dies trifft sich mit der Erkenntnis von Mende, wonach der Begriff der Industriegesellschaft bzw. des Industriesystems in der Ökologiedebatte der 70er- und 80er-Jahre vielfach als allgemeine Kritikfolie verwendet wurde, vor welcher der

127 Strasser/Traube und Amery grenzen sich, wie übrigens auch der späte Bahro, explizit von einer aus ihrer Sicht im sozialistischen Denkraum vorherrschenden, aber verkürzten Krisenerklärung ab, nach der die ökologische Krise ausschließlich dem Kapitalismus zuzuschreiben ist (Amery 1991, 313; Strasser/Traube 1981, 39, 234). Entsprechend hat Eckersley darauf hingewiesen, dass im öko-sozialistischen Denken die Krisenverursachung zwischen Kapitalismus und Industrialismus umstritten ist (1992, 121, 123f). Dass diese Kontroverse auch heute noch ausgetragen wird, zeigt sich z.B. in AK Postwachstum 2016 (vgl. v.a. die Beiträge von Lorenz und Barth/Reitz).

Gesamtentwurf der modernen Gesellschaft verhandelt wurde, ohne damit ein klares analytisches Konzept zu verbinden (2011, 369f). Was sich in den untersuchten Werken zeigt, ist, dass sich die Industrialismuskritik v.a. auf die spezialisierte, technisierte, zentralisierte und fremdbestimmte industrielle Arbeitsorganisation und Produktionsweise sowie die davon ausgehende atomisierte, entwurzelte Gesellschaftsstruktur richtet (siehe v.a. Bahro 1980, 46, 87f, 191f; Strasser/Traube 1981, 223; Amery 1991, 267f, 335).¹²⁸

Konkret wird deutlich, dass die Autoren ökologische und soziale Kritik am Industrialismus verbinden. So bemerken z.B. Strasser/Traube: „Der Industrialismus gefährdet nicht nur die Existenz der Gattung im biologischen Sinne, er gefährdet vor allem die Substanz der Menschlichkeit, die Identität der Menschen [...]“ (1981, 217). Amery konstatiert, dass die Industriegesellschaft „nicht nur materiellen, sondern gesellschaftlichen, psychischen, menschlichen Abraum“ schafft (1991, 228). Die soziale Kritik an der Gegenwartsgesellschaft wird später adressiert, an dieser Stelle interessiert zunächst die ökologische Dimension. Diesbezüglich lassen sich zwei Argumentationsstränge rekonstruieren. Der erste Strang sieht den Industrialismus als maßgebliche Wurzel sozialer Entfremdung, die sich dann wiederum in kompensatorischem Konsum niederschlägt. Der zweite Strang, vor allem bei Amery und angedeutet bei Strasser, fokussiert auf die verantwortungsunterminierende Wirkung der industriellen Produktionsweise.

Ausgangspunkt des ersten Argumentationsstranges ist, dass die Industriegesellschaft entfremdete Individuen hervorbringt. Dabei werden verschiedene Dimensionen der Entfremdung beschrieben, die hier nicht im Detail nachgezeichnet werden. Insbesondere problematisieren sie die Entfremdung in einer fremdbestimmten, zentralisierten, technisierten und stupiden Arbeitswelt (Bahro 1980, 57f, 97f, 179; Amery 1991, 267, 335; Strasser/Traube 1981, 222f, 310) sowie die soziale Entfremdung der Menschen voneinander durch die Atomisierung und soziale Entwurzelung der Individuen (Bahro 1980, 46f, 100; Strasser/Traube 1981, 223, 274f, Amery 1991, 326).¹²⁹ Prägnant zusammengefasst wird die Position bei Strasser/Traube:

128 Dabei wird von den Autoren bemerkt, dass es das ökonomische Verwertungsinteresse des Kapitals und somit dessen Profitmotiv war, dass die stark arbeitsteilige, hierarchisch-zentralisierte industrielle Produktionsweise hervorbrachte (Strasser/Traube 1981, 45-49, 67, 217; Bahro 1980, 87f; Amery 1991, 267f).

129 Während diese Kritiklinie bei Bahro und Amery nur anklingt, setzen sich Strasser/Traube sehr ausführlich damit auseinander. Der gesamte erste Teil von *Zukunft des Fortschritts* arbeitet heraus, wie der Industrialismus aus ihrer Sicht die Menschen von ihren eigentlichen Bedürfnissen und den Mitmenschen entfremdet (1981,

„Der Industrialismus selbst, und nicht nur seine kapitalistische Ausprägung, ist der tiefste Grund für die Entfremdung des Menschen. Die zentralistischen und hierarchischen Strukturen des Industrialismus produzieren die Rollenschizophrenie und die existenzielle Zerrissenheit des Menschen. [...] [W]er die Menschen aus unwürdiger Abhängigkeit befreien will, darf darum die ökonomisch-technischen Strukturen des Industrialismus mit ihrer exzessiven Arbeitsteilung, ihrer Hierarchisierung und Parzellierung des sozialen Lebens und ihrer Verneinung der schöpferischen Selbsttätigkeit der Mehrheit der Menschen nicht als Sachzwang hinnehmen.“ (1981, 223)

Ökologisch folgenreich wird diese Diagnose, weil die Individuen die mit ihrer „entfremdeten Bedürfnisstruktur“ (Bahro 1980, 57) einhergehende Frustration elementarer Grundbedürfnisse durch expansiven Konsumismus zu kompensieren suchen (Strasser/Traube 1981, 224, 258, 269, 310; Strasser 1977, 122f; Bahro 1980, 94f, 97f; Amery 1976, 202).¹³⁰ So werden die Menschen nach Bahro letztlich von den entfremdenden Verhältnissen dazu gezwungen, „im Verbrauch von Dingen, in passiver Unterhaltung, in prestige- und machtorientierten Attitüden Entschädigung zu suchen“ (1980, 98; siehe diesen Aspekt zu Bahro vertiefend auch Adler/Schachtschneider 2010, 96ff).

Die zweite, der Industrialismuskritik zuzurechnende Argumentationslinie beschreibt die industrielle Produktionsweise als System struktureller Verantwortungslosigkeit. Nach der Kritik an der sozialen Entfremdung kann dies auch als Diagnose der ökologischen Entfremdung im Industrialismus gelesen werden. Prominent ausgeführt ist diese Argumentationslinie v.a. bei Amery. Er argumentiert, dass in der zentralisierten, stark arbeitsteiligen und überregional vernetzten industriellen Produktionsweise und der darauf basierenden Konsumform der Stoffwechsel mit der Natur, anders als bei früheren Produktionsweisen, für den Einzelnen nicht mehr

57-227). Sie sehen die Trennung von Produktion und Konsum als elementares Prinzip des Industrialismus, aus dem der „ganze entfremdende Rattenschwanz“ von ungehemmter Arbeitsteilung, ständiger Erhöhung der Produktivität, Umformung aller Produkte und der Arbeitskraft in Waren, sowie die Verselbstständigung der Technik, folgt (1981, 67; vgl. dazu auch Behrend/Döge 2001, 18).

130 Wichtiger Stichwortgeber und Vordenker für die Diagnose des kompensatorischen Konsums, also die Funktion des Konsums als Kompensation für unbefriedigte Grundbedürfnisse, war Herbert Marcuse (Münkler/Straßenberger 2016, 307). Inwiefern auch die hier behandelten Denker von ihm inspiriert waren, lässt sich an dieser Stelle nicht bestimmen. Direkte Verweise finden sich nicht.

erfahrbar ist (1991, 266). So minimiere jede Form der Großproduktion das Bewusstsein für die ökologischen Folgelasten, sowohl bei Produzenten als auch den Konsumenten, die die Auswirkungen ihres Tuns nicht mehr überblicken (ebd., 336f). Die industrielle Massenproduktion führe somit sowohl auf Seiten der Produzenten als auch bei den Konsumenten zu ökologischer Verantwortungslosigkeit (ebd.).¹³¹ Daraus folgt Amerys drastischer Schluss, wonach gilt: „[E]ntweder das Industriesystem bricht vor dem Ökosystem – oder das Ökosystem bricht vor dem Industriesystem zusammen [Herv. i.O.]“ (ebd., 345). Bei Strasser/Traube findet sich diese Kritiklinie implizit, wenn sie ausführlich für eine Re-Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe plädieren, um dadurch mehr Überschaubarkeit und damit Verantwortung bei Produzenten und Konsumenten zu stiften (1981, 242f, 252f).

Jenseits von Kapitalismus und Industriesystem wird auch der Staat in seiner gegebenen Form als wichtiger Krisentreiber adressiert. Demnach ist der Staat bzw. sind die darin handelnden Eliten selbst wachstumsorientiert, was aus Sicht der Autoren maßgeblich aus der Nähe dieser Eliten zu den expansiven kapitalistischen Verwertungsinteressen folgt (Bahro 1980, 22, 58, 114f, 128, 161, 190f; Amery 1991, 268ff, 279; Strasser/Traube 1981, 32f, 205). Besonders weitgehend ist diese Argumentation bei Bahro und Amery. Bahro beschreibt den Staat als Instrument in den Händen kapitalistischer Interessen (1980, 58, 128, 161) und sieht die etablierte Parteienlandschaft en gros als mit den Kapitalinteressen verwobenes „Parteienkartell“ (ebd., 128). Amery konstatiert in ähnlicher Stoßrichtung eine starke Interessenskongruenz und daraus hervorgehende Machtkonglomerate zwischen politischen Eliten und Kapitalinteressen, die das ökologisch zerstörerische Wachstum vorantreiben (1976, 189-194, 1991, 193f, 270, 333, 341f). Bei beiden Denkern klingt implizit die v.a. auf Lenin zurückgehende und in den 1970er-Jahren in linken Kreisen gängige These des staatsmonopolistischen Kapitalismus an (vgl. z.B. Boccara 1973).¹³²

131 In ähnlicher Weise beschrieb später Ulrich Beck die Produktions- und Konsumstrukturen der Industriegesellschaft als „organisierte Verantwortungslosigkeit“ (Beck 1988).

132 Etwas abgemildert identifizieren auch Strasser/Traube bürokratisch-industrielle Komplexe als Interessensallianzen zwischen Staatsapparat und einzelnen Industrien. Sie widersprechen aber explizit der These des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Grundsätzlich könne der Staat nicht als einheitlicher Akteur begriffen werden, sondern müsse immer als Konglomerat widerstreitender Interessen verstanden werden. Entsprechend greife auch die Aussage zu kurz, dass sich staatliches Handeln

Die Frage, warum staatliche Akteure eine wachstumsfokussierte Allianz mit Wirtschaftsinteressen bilden, wird nur von zwei Autoren und von diesen wiederum unzusammenhängend beantwortet. Bei Amery steht das Streben nach Machterhalt im Vordergrund. Demnach könnten die politischen Zentralmächte die Abhängigkeit der Subalternen nur aufrechterhalten, wenn sie ein fortwährendes Wachstum erzielen (1991, 330f, 193; 1978c, 119ff). Implizit greift hier die Annahme, dass die „Subalternen“ selbst auf materielles Wachstum gerichtet sind. Strasser/Traube sind an dieser Stelle differenzierter. Auch bei ihnen spielt der Aspekt des Machterhalts eine wichtige Rolle. Dies äußere sich einerseits gegenüber der Bürgerschaft, wenn die politischen Eliten zur Sicherung der Wählergunst auf materielles Wachstum setzen (1981, 33f). Gegenüber den Kapitalinteressen müssten die politischen Verantwortungsträger jederzeit fürchten, deren Unterstützung zu verlieren, wenn sie sich deren Wachstumsinteressen nicht zu eigen machen (ebd., 32). Jenseits dieser direkt auf den eigenen Machterhalt gerichteten Punkte stelle Wachstum aber auch eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Stabilität dar. So sei Wachstum im gegenwärtigen System notwendig für die Entschärfung von Verteilungskonflikten, für die Aufrechterhaltung des Sozialstaats und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit (ebd., 32f, 204, 301). Ein dritter Aspekt neben dem Machterhalt und den benannten Wachstumsabhängigkeiten ist die Ausweitung der eigenen Handlungsmöglichkeiten. Demnach erweitern sich die Handlungsmöglichkeiten der Regierung durch wirtschaftliches Wachstum und steigende Steuereinnahmen (ebd., 33). Beispielsweise sei der Staat auf steigende Einnahmen angewiesen, um die Voraussetzungen für weiteres Wachstum (z.B. Bildungsausgaben, Infrastrukturmaßnahmen) zu schaffen oder die zunehmenden Folgen des Wachstumsprozesses (z.B. Umweltschäden, steigende Ungleichheit) zu bearbeiten (ebd., 204). In der Summe ist der Staat für Strasser/Traube finanziell und legitimatorisch auf fortwährendes Wachstum angewiesen, was ihn in Abhängigkeit von der Wirtschaft stellt (ebd., 32f).

Im Zuge der Staatskritik wird auch eine Fundamentalkritik an der nationalstaatlich verfassten Repräsentativdemokratie vorgetragen. Dies bezieht sich einerseits auf das Hervorbringen bürgerferner und damit unverantwortlicher Eliten. Dieses Argument wird v.a. bei Strasser/Traube und Amery deutlich. Sie beschreiben die gegenwärtige demokratische

nur an kapitalistischen Monopolinteressen ausrichte. Sehr wohl gebe es aber einen überproportionalen Einfluss mächtiger Wirtschaftsinteressen zu beklagen. (1981, 202-205)

Ordnung als System struktureller Verantwortungslosigkeit, das durch seine zentralisierten und damit bürgerfernen, unüberschaubaren Strukturen systematisch die Herrschaft unverantwortlicher Elitenzirkel hervorbringt (Strasser/Traube 1981, 240ff; Amery 1976, 189; 1978d, 49, 52). Aus dieser Perspektive befördert das gegenwärtige politische System eine nicht am Gemeinwohlinteresse ausgerichtete Elitenherrschaft. Dies steht wiederum im Zusammenhang mit der oben dargestellten Kritik an der Nähe zwischen politischen und ökonomischen Eliten. Andererseits wird bemängelt, dass das gegenwärtige politische System eine passive, desinteressierte und atomisierte Bürgerschaft hervorbringt, die wenig Verantwortung für Gemeinwohlbelange übernimmt (Fromm 2007, 225; Amery 1978d, 49). Die gegenwärtige demokratische Institutionenlandschaft ist aus Sicht der Autoren somit ebenfalls nicht zukunftsfähig.

Geistig-kulturelle Ursachen

In engem Zusammenhang mit den strukturellen Krisen- und Wachstumstreibern werden geistig-kulturelle Ursachen der ökologischen Krise thematisiert. Dabei ist, wie bereits bei Gruhl und Jonas, zwischen zwei Dimensionen zu unterscheiden. In der ersten Dimension prägen Kapitalismus und Industrialismus die Kultur und damit die Individuen, die in ihrer expansiv-materialistischen Ausrichtung selbst zu maßgeblichen Wachstumstreibern werden. In der zweiten Dimension werden von Amery tiefe kulturelle Wurzeln identifiziert, die selbst wiederum Erklärung für die historische Genese von Kapitalismus und Industrialismus sind.

In der ersten Dimension greift die bereits von den öko-autoritären Denkern vorgetragene Diagnose, dass sich der expansive Kapitalismus in eine expansiv-materialistische Bedürfnisstruktur auf Seiten der Konsumenten übersetzt. Demnach ist der exzessive Konsumismus der Gegenwartsgesellschaft der systemisch erforderliche Gegenpart zum wachstumsgetriebenen Kapitalismus (Fromm 2007, 92, 214ff, 242; Bahro 1980, 57f, 83, 90, 94f, 97ff; Strasser/Traube 1981, 16, 39, 70f, 266, 309f, 317; Amery 1991, 336; 1978b, 102). Entsprechend sieht z.B. Bahro in der „entfremdete[n] Bedürfnisstruktur der Massen“ die „Kehrseite“ des kapitalistischen Wachstumszwanges (1980, 57f). In der vorherrschenden Ökonomie komme es zu einer „permanenten ‚Revolution der Erwartungen‘, die von den jeweils neuesten Luxusbedürfnissen angetrieben wird“ (1980, 94). Fromm bemerkt, dass die Menschen durch die „der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Gesetze [...] zu einer Existenz als *Homo consumens* verurteilt werden [Herv. i.O.]“ (2007, 214). Begrifflich übersetzt sich dies in die Diagnose

„künstlicher“ bzw. „synthetischer“ Bedürfnisse, die nicht authentisch dem Individuum entspringen, sondern diesem von außen oktroyiert werden (Amery 1991, 336; 1978b, 102; Strasser/Traube 1981, 70; Fromm 2007, 216). Dabei erfolge die entsprechende Prägung bzw. die Erzeugung neuer Bedürfnisse einerseits fortlaufend durch Werbung und Marketing (Amery 1991, 336; Strasser/Traube 1981, 269; Fromm 2007, 14, 217, 229). Andererseits hätten die Menschen ein Wohlstandsverständnis verinnerlicht, das diesen maßgeblich über einen möglichst hohen und immerzu anwachsenden materiellen Standard definiert (Bahro 1980, 97f; Strasser 1977, 123f; Amery 1978, 8f; Fromm 2007, 241f). Dem entspricht aus ihrer Sicht auch das kulturprägende Menschenbild des homo oeconomicus (Amery 1991, 328; Fromm 2007, 15, 19ff; Strasser/Traube 1981, 70, 217f, 276, 286ff).

Neben dem Kapitalismus wird, wie oben gezeigt, auch der Industrialismus als Wurzel sozialer Entfremdung und dadurch als wichtiges kulturprägendes Element identifiziert. Dies wird hier nicht erneut wiederholt. In der Summe bringen aus Sicht der Denker Kapitalismus und Industrialismus den „homo consumens“ gemeinsam hervor. Daraus folgt ein wichtiger Schluss für die Antworten der Autoren auf die ökologische Krise. Diese wurzelt nicht nur in den beschriebenen Strukturen, sondern auch in der inneren Konstitution des homo consumens. Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft setzt damit nicht nur tiefgreifende strukturelle Veränderungen, sondern auch einen veränderten Menschen voraus. Entsprechend fordert z.B. Bahro, an dieser Stelle mit spezifischem Blick auf den Kapitalismus, eine „Kombination von zwei Richtungen des Kampfes: gegen den Antriebs- und Regulierungsmechanismus der Monopolkonkurrenz um Höchstprofite *und* gegen die Kehrseite dieses Mechanismus – die von dem Zwang zur Realisierung der kapitalistischen Massenproduktion auf dem Markt geprägte Bedürfnisstruktur der Menschen [Herv. i.O.]“ (1980, 124).¹³³

133 Insbesondere Strasser/Traube und Fromm versuchen nachzuvollziehen, wie sich die ideologischen Grundlagen des Industriekapitalismus historisch etabliert haben. Sie fokussieren dabei auf die Entwicklung des Wirtschaftsliberalismus und des Utilitarismus am Vorabend der industriellen Revolution. Mit diesen habe sich das Bild des Menschen als egoistischer Nutzenmaximierer, dessen Glück in erster Linie von der Mehrung des materiellen Wohlstands abhängt, durchgesetzt. Zudem habe sich eine möglichst effiziente Entfaltung der Produktivkräfte als Synonym für Fortschritt etabliert, während die soziale und moralische Entfaltung des Menschen in den Hintergrund rückte. Auch die Haltung zur Natur habe sich in dem Sinne verändert, dass diese zunehmend instrumentell als Ausbeutungsobjekt für menschliche Zwecke gesehen wurde (Fromm 2007, 15-21; Strasser/Traube 1981, 44ff, 63-66, 79, 217, 365; siehe zu Fromm entsprechend Johach 2010, 4ff). Insbesondere Strasser/Traube,

In der zweiten Dimension kultureller Krisenursachen werden von Amery tiefe kulturelle Wurzeln identifiziert, die Kapitalismus und Industriesystem überhaupt erst ermöglicht haben. Aus seiner Sicht hat sich aus der christlich-jüdischen Tradition eine anthropozentrische und auf diesseitige Heilserzwingung gerichtete Weltanschauung entwickelt, welche hinter dem expansiven Industriekapitalismus steht.¹³⁴ Die christlich-jüdische Denktradition habe zwei zentrale biblische Leitsätze spezifisch interpretiert und verinnerlicht: „erstens den Auftrag absoluter, um nicht zu sagen tyrannischer Weltbeherrschung an den Menschen als die einzige herrscherliche Art des Planeten – und zweitens die Deutung des Weltzustandes als eines Skandals, der durch ‚Heils-Geschichte‘ eines Tages [...] aufgehoben werden wird“ (1991, 190, vgl. zu den beiden Leitsätzen auch 1991, 27, 186). Diese beiden Leitsätze – der Herrschaftsauftrag sowie das Inaussichtstellen einer Heilsgeschichte – haben nach Amery ihren Ursprung in der Schöpfungsgeschichte des Alten Testaments (ebd., 13-20). Die beiden Prämissen legen den Grundstein für einen „dualistischen Imperialismus“, der nur den Schöpfer und den Menschen sieht, die nicht-menschliche Materie aber als „reines Werkzeug, Heilsinstrument, Heilsrohstoff“ begreift (ebd., 208f). Die Welt „wird zur Kulisse, vor der das einzig entscheidende Drama,

aber auch Fromm, legen dar, dass diese ideologische Neuausrichtung dem Verwertungsinteresse des Bürgertums entsprach und von diesem gezielt befördert wurde (Strasser/Traube 1981, 217ff; Fromm 2007, 19ff). Dass sich das entsprechende Paradigma verfestigen konnte, erklären Strasser/Traube damit, dass der industrielle Fortschritt zunächst tatsächlich viele offene Bedürfnisse der Menschen befriedigen konnte (1981, 66f). Spätestens mit der Übernahme der zentralen ideologischen Prämissen des kapitalistisch geprägten Fortschrittsverständnisses durch den Sozialismus im Anschluss an Marx sei das „utilitaristisch-szientistische Paradigma“ des kapitalistischen Industrialismus mit seinem verengten Fortschrittsverständnis zum „herrschenden Paradigma“ geworden (ebd., 65f, 49f). Damit klingt vor allem in der Krisenanalyse von Strasser/Traube deutlich das Marx'sche Motiv der Herrschafts-ideologie an, wie es später z.B. von Gramsci mit seinem Hegemonie-Theorem weitergeführt wurde (Schaal/Heidenreich 2017, 211f). Demnach hat das zur Herrschaft gekommene Bürgertum zur Rechtfertigung der eigenen Herrschaft eine Ideologie durchgesetzt, die von den Subalternen nicht mehr reflektiert, sondern als Wahrheit naturalisiert wird. Damit folgen die ideellen Ursachen der Krise maßgeblich aus den materiellen Besitz- und Herrschaftsverhältnissen.

134 Amerys Erklärungsfokus auf die christlich-jüdisch geprägte Weltanschauung erinnert stark an Lynn White, die diese These im angelsächsischen Sprachraum prominent vertreten hat (vgl. White 1967, siehe dazu vertiefend Dryzek 1997, 161).

das Drama zwischen dem Menschen und seinem Schöpfer abläuft“ (ebd., 209).¹³⁵

Inwiefern wirken diese Leitsätze in der modernen Welt fort? In *Ende der Vorsehung* widmet sich Amery in einer ausführlichen historischen Rückschau dem Weg und den Wandlungen dieser Leitsätze innerhalb und außerhalb des Christentums und behandelt die Frage, wie diese in den verschiedenen Epochen und Regionen wirksam wurden (ebd., 27-108). Dem wird hier nicht näher nachgegangen. Es klingen aber vor allem drei entscheidende Veränderungen am Vorabend der Neuzeit an. Erstens habe sich der Kampf um das jenseitige Reich säkularisiert (ebd., 66, 185f). Der Mensch versucht demnach diesseits das Paradies zu errichten, der expansive Industriekapitalismus ist der Ausdruck dieses Bestrebens (ebd., 144, 190f, 346f).¹³⁶ Zweitens seien, v.a. auch mit Entwicklung der modernen Naturwissenschaft, die sich über die Zeit gehaltenen Reste fortschritthemmender Naturverständnisse verschwunden, die in der Natur mehr als ein bloßes Ausbeutungssubjekt erkannten (ebd., 196f, 208; 1988, 10).¹³⁷ Drittens stünden mit der Neuzeit das Wissen und die Technik bereit, um aus der „Herrschaftsideologie“ über die Natur auch eine tatsächliche „Herrschaftspraxis“ (1991, 190) zu machen bzw. diese voll zur Geltung zu bringen (ebd., 66, 73, 196, 208).

Auf dieser Basis hat sich aus Amerys Sicht das ständig expandierende Industriesystem entwickelt, das die Herrschaft des Menschen über die na-

135 Folglich kann es für Amery kein Zufall sein, dass sich das Industriesystem später auf dem geografischen und historischen Boden des Christentums entfaltet hat (1991, 9ff). Doch habe sich diese Weltsicht mittlerweile global verbreitet und prägt das Selbstverständnis der gesamten aktivierten Menschheit, was nun an die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit führe (ebd., 9, 12f, 107f).

136 Als paradigmatischen Ausdruck dieses diesseitigen Strebens nach der Heilsgeschichte bespricht Amery den Marxismus (1991, 87-96, siehe entsprechend auch Löwith 1953).

137 „Während von den Primitiven über die Antike bis ins Mittelalter hinein die Dichte, Würde und Komplexität der Materie (also dessen, was man einmal ‚Schöpfung‘ nannte) noch mehr oder weniger anerkannt war, während damals das Nicht-menschliche eher noch als Gegenstand der Meditation als der Aktion begriffen wurde, wird die Materie in den letzten dreihundert Jahren zusehends stärker *instrumental* empfunden. Sie ist heute nur mehr Depot und Werkzeugkammer, ihre Zweckbindung ist klar und ausschließlich. Auch der zweifelsfreie Fortschritt der naturwissenschaftlichen Erkenntnis wurde und wird zunächst nur als ein Instrument gesehen und gewürdigt: als ein Instrument der ständig erweiterten und ständig brutaleren Herrschaft des Menschen über die nicht-menschliche Materie“ (1991, 197).

türliche Materie verkörpert und nicht mehr länger haltbar ist (ebd., 200f, 209, 344). In seiner Kausalkette sind somit Wachstumsstreben und expansiver Industrialismus, welche die ökologische Krise materiell bedingen, Instrumente einer auf Naturbeherrschung und säkularisierte Heilserzwingung fokussierten Weltsicht, die aus der Übernahme zentraler Leitsätze aus der jüdisch-christlichen Tradition entstand (ebd., 190).

Sozio-ökonomische Ursachen

Zuletzt lassen sich bei den Autoren die Problemstellungen des Bevölkerungswachstums und der sozialen Ungleichheit als sozio-ökonomische Krisenursachen rekonstruieren. Dabei ist die Problematisierung des Bevölkerungswachstums deutlich zurückhaltender als bei den öko-autoritären Denkern. Lediglich Amery und Strasser verweisen auf diesen Aspekt, schränken dessen Bedeutung gegenüber anderen Ursachen wie dem enormen Konsumniveau in den reichen Weltregionen aber ein (Amery 1991, 115, 294-297) bzw. distanzieren sich später gänzlich davon (Strasser 1977, 121f; Strasser/Traube 1981, 78). Mit Blick auf die soziale Ungleichheit steht, wie bei Harich und Jonas, das Argument im Mittelpunkt, dass diese die Orientierung am materiellen Wohlstand der Bessergestellten verstärke und dadurch einen Wertewandel hin zu einer postmateriellen „Ethik des Seins“ (Fromm) verhindere (Strasser/Traube 1981, 270-273; Strasser 1977, 80f, 95, 101f; Fromm 2007, 107; Bahro 1980, 63f, 94f).

7.2 Geteilte Grundzüge in der Beantwortung der ökologischen Krise

Bevor auf die konkreten Alternativentwürfe als Antwort auf die dargestellten Krisenanalysen eingegangen wird, gilt es die gemeinsamen Grundzüge, welche die demokratischen Ansätze en bloc von den weiteren Grundpositionen abgrenzen, zu beleuchten.

7.2.1 Die Überlegenheit der Demokratie

Konträr zu den autoritären Ansätzen setzen die hier behandelten Autoren im Angesicht der ökologischen Krise auf Demokratie. Dies basiert auf der, dem autoritären Denken entgegengesetzten Annahme, dass die Bürgerschaft in der Mehrheit Einsicht für den erforderlichen ökologischen Wandel aufbringen kann. Sie glauben aber nicht nur an die Möglichkeit, die Krise unter Beibehaltung der Demokratie zu lösen, sie halten die Demo-

kratie darüber hinaus für die überlegene Regierungsform und plädieren für eine weitergehende Demokratisierung. Dabei kann analytisch zwischen der Annahme *funktionaler* und *normativer* Überlegenheit der Demokratie unterschieden werden:

- Funktionale Überlegenheit meint, dass die Demokratie ökologisch leistungsfähiger ist als autoritäre bzw. zustimmungsunabhängige Regierungsformen.
- Normative Überlegenheit meint, dass der Demokratie unabhängig von funktionalen Erwägungen ein starker Eigenwert insbesondere deshalb zukommt, weil sie der Verwirklichung wichtiger Normen und Grundwerte wie Freiheit, Emanzipation oder Selbstbestimmung dient.¹³⁸

7.2.1.1 Funktionale Überlegenheit der Demokratie

Im Gegensatz zu den autoritären Ansätzen vermuten die demokratisch orientierten Denker eine höhere ökologische Leistungsfähigkeit bei der Demokratie, wofür sich aus ihren Beiträgen zwei maßgebliche Begründungslinien rekonstruieren lassen. Erstens gehen sie davon aus, dass Impulse für ökologischen Wandel in erster Linie in der Zivilgesellschaft ihren Ausgang nehmen, was für Demokratie und gegen zustimmungsunabhängige Führung spricht. Zweitens weisen sie auf spezifische Dysfunktionalitäten (öko-)autoritärer Regierungsformen hin.

Ökologisches Bewusstsein wächst von unten oder die Bürgerschaft als Träger des Wandels

Die autoritären Ansätze trauen, wenn überhaupt, spezifischen Eliten, nicht aber der breiten Bürgerschaft ökologische Einsicht und Verantwortungsfähigkeit zu. Daraus folgt ein Plädoyer für die Institutionalisierung zustimmungsunabhängiger Führung. Bei den Autoren, die eine funktionale Überlegenheit der Demokratie annehmen, ist dies umgekehrt: Sie gehen davon aus, dass ökologisches Bewusstsein seinen Ausgang in erster Linie in der Zivilgesellschaft nimmt (Amery 1976, 189f; Eppler 1981, 111, 114, 170; 1975, 121; Strasser 1977, 151; Bahro 1980, 51f, 114). Stellvertretend bemerkt Eppler „daß der Bewußtseinswandel nicht oben, nicht in den Ministerien und

138 Bei Fromm findet sich ausschließlich die normative Dimension. Inwiefern er die Demokratie als funktional überlegen sieht oder vornehmlich aufgrund seiner starken normativen Bindung an dieser festhalten will, lässt sich anhand der untersuchten Texte nicht final beantworten.

Parteizentralen beginnt, sondern unten, wo Menschen ihre alltäglichen Erfahrungen machen und von daher ihre Fragen stellen“ (1981, 170). Wenn heute Rettendes wachse, dann nicht an der Spitze der Institutionen, sondern an der Basis (ebd., 111). Aus dieser Perspektive ist die Zivilgesellschaft maßgeblicher Impulsgeber für ökologischen Wandel. Diesem Zutrauen in die Zivilgesellschaft gegenüber steht die Skepsis gegenüber einer elitären Krisenlösung: Von den institutionellen Eliten werden keine maßgeblichen Impulse für ökologischen Wandel erwartet (Strasser 1977, 11, 151; Strasser/Traube 1981, 240f; Eppler 1975, 121; Amery 1976, 189f; 1991, 193; Bahro 1980, 51f, 58).

Aus dieser Verortung ökologischer Verantwortlichkeit in der Zivilgesellschaft folgt, dass ökologischer Wandel am ehesten in demokratischen Strukturen zu erwarten ist. Während Strasser, Amery und Bahro diesen Schritt implizit annehmen, wird er bei Eppler explizit vollzogen: Im Angesicht der ökologischen Krise gelte es der politischen Basis nicht weniger, sondern mehr Einflussmöglichkeiten auf die politischen Entscheidungsprozesse zu gewähren (1975, 121; 1981, 235; 1981b, 176). Dazu in *Ende oder Wende*:

„Es bleibt uns nichts anders übrig, als mehr Demokratie zu wagen. So richtig es sein mag, daß nicht alles, was aus der Initiative von Bürgern entsteht, notwendig vernünftiger sein muss als die Planung von Technokraten, so wenig sich ausschließen läßt, daß auch massive Einzelinteressen sich moderner Formen demokratischer Willensbildung bedienen, so gibt es doch keine Alternative zur Mobilisierung des Allgemeininteresses“ (1975, 119f).

Eppler geht also davon aus, dass eine am (ökologischen) Allgemeinwohl orientierte Politik am ehesten in Folge einer verstärkten Beteiligung der Bürgerschaft zu erwarten ist (1975, 119f; 1977, 3f). Dies lässt sich auf die weiteren Denker übertragen: Ökologischer Policy-Output wird für sie umso wahrscheinlicher, je mehr die Bürgerschaft Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung hat. Sie plädieren für eine Vertiefung der Demokratie, um die ökologische Leistungsfähigkeit der Demokratie zu steigern. Damit lassen sich die hier behandelten Autoren einem beteiligungsorientierten Demokratieverständnis (vgl. dazu Schmidt 2010, 236-253) zuordnen.¹³⁹ Eben dies gestaltet sich für die öko-autoritäre Position gegenteilig:

139 Dieses Demokratisierungsdenken muss vor dem zeithistorischen Hintergrund der Phase ab den späten 1960er-Jahren gelesen werden, als sich eine intensive Politi-

Diese erwartet eine ökologisch verantwortliche Politik am ehesten von zustimmungsunabhängiger Führung bei möglichst geringer Beteiligung der kurzfristigen Bürgerschaft.

Damit wird auch deutlich, dass die von den autoritären Autoren letztlich als Gründe gegen die Demokratie angeführten Eigenschaften der Bürgerschaft als materialistisch, kurzfristig, eigennutzorientiert etc. für die demokratischen Autoren in dieser Pauschalität nicht gelten. Sie trauen gerade der Bürgerschaft zu, sich von diesen Attributen zu lösen und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Eben durch diesen Prozess des Bewusstseins- und Wertewandels in der Bürgerschaft wird der angestrebte Politikwandel angestoßen. Dabei zeigen sich die Denker optimistisch, dass sich dieser Prozess der bürgerschaftlichen Selbstaufklärung so weit ausbreitet, dass die erforderlichen Veränderungen letztlich mehrheitsfähig werden (Bahro 1980, 57, 114, 125, 160; Strasser 1977, 138; Strasser/Traube 1981, 292, 299; Amery 1972, 245ff; Eppler 1975, 119f; 1981, 134f, 238; Fromm 2007, 218). Bürgerschaftlicher Bewusstseinswandel stellt in den demokratischen Ansätzen somit die Voraussetzung sowohl für den Anstoß als auch die Umsetzbarkeit ökologischer Politik dar. Er muss deshalb, wie Strasser/Traube bemerken, die „Grundströmung“ im Prozess politischen Wandels darstellen: „[I]m Gegensatz zu allen autoritär-technokratischen Vorstellungen sozialen Wandels, [bildet] der dialektische Prozeß von Aufklärung und Selbstaufklärung die tragende Grundströmung“ (1981, 298). Ein kontinuierlicher gesellschaftlicher Lernprozess, der zu einer tiefgreifenden Änderung im Bewusstsein der Menschen führt, bildet die Basis für den intendierten Wandel (1981, 34, 292).¹⁴⁰

sierung der Zivilgesellschaft ereignete und entsprechende Beteiligungsforderungen erhoben wurden. Insbesondere ökologische Forderungen wurden zunächst in erster Linie aus der Zivilgesellschaft gegen die institutionellen Eliten vorgetragen. Dies nehmen die untersuchten Autoren auch so wahr, wenn z.B. Strasser/Traube und Eppler ein wachsendes demokratisches Selbstvertrauen und einen zunehmenden Beteiligungswillen in der Bürgerschaft erkennen, aus dem sich die Forderung der Autoren nach einer stärkeren Rückbindung politischer Entscheidungen an die Zivilgesellschaft ergeben (Strasser/Traube 1981, 240f; Eppler 1981, 170). Entsprechend wirft Eppler Gruhl in einem späteren Beitrag vor, trotz dieser klaren Anzeichen nicht erkannt zu haben, dass das ökologische Bewusstsein vor allem an der politischen Basis seinen Ausgang nimmt (1992, 93).

- 140 Damit wird bereits an dieser Stelle deutlich, dass die Autoren eine revolutionäre Strategie wie bei Harich, bei dem eine Bewusstseinselite durch einen revolutionären Prozess die Staatsmacht ergreift, um die erforderlichen Maßnahmen gegen die Mehrheitsbevölkerung durchzusetzen, ablehnen. Strasser setzt sich ausführlicher mit

Damit wird ersichtlich, dass die untersuchten Beiträge hohe Anforderungen an die Bürgerschaft implizieren. „Green Citizenship“ wird im ökologischen Demokratisierungsdenken zur zentralen Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise (Carter 2001, 62; Eckersley 1992, 178). Dies verdeutlichend bemerkt z.B. Strasser, dass die moralischen Anforderungen an den Einzelnen objektiv gewachsen sind, müsse er doch nun im Sinne einer „universalen Humanität“ Verantwortung für Menschen in anderen Weltregionen und für zukünftige Generationen übernehmen (1977, 128). Fromm fordert, dass die Gemeinwohlinteressen von jedem als sein ureigenstes Anliegen angesehen werden (2007, 222). Der Bürger muss also eben die von den autoritären Denkern als unüberwindbar angesehene Fokussierung auf den räumlichen und zeitlichen Nahbereich überwinden.

Dabei haben die Autoren ein grundsätzliches Zutrauen, dass die Bürgerschaft dieser Anforderung gerecht werden kann. Was allgemein für beteiligungszentrierte und republikanische Demokratievorstellungen gilt (vgl. dazu Schmidt 2010, 240f; Habermas 2014, 327ff; Carter 2001, 62), greift auch mit Blick auf die untersuchten Autoren: Sie bauen auf ein optimistisches Bürgerbild, das diesem die grundlegende Fähigkeit zur gemeinwohlorientierten Verantwortungsübernahme zutraut. Dies unterstellt gleichzeitig, dass der Mensch und dessen Präferenzen als demokratischer Input-Faktor wandelbar und nicht per se eigennutzorientiert sind (Carter 2001, 54, 62). Doch nicht nur soll die Bürgerschaft eine Haltung der Zukunftsverantwortung entwickeln, sie soll sich auch verstärkt in die demokratischen Aushandlungsprozesse einbringen. Entsprechend wird in den untersuchten Beiträgen die Entwicklung bzw. Rückbesinnung auf eine stärkere bürgerschaftlich-demokratische Verantwortlichkeit und ein daraus erwachsendes Selbstbewusstsein zur Teilhabe gefordert (Eppler 1975, 98ff; 1981, 39, 132f; Amery 1991, 342; Strasser/Traube 1981, 240f, 247f; Fromm 2007, 221f). Damit lässt sich ein republikanisches Moment (vgl. dazu Habermas 2014, 325-329; Schaal/Heidenreich 2017, 62f; Münkler/Straßen-

einer solchen revolutionären Strategie auseinander. Demnach hat der reformerische Weg den entscheidenden Vorteil, dass sich der Reformprozess parallel zur Bewusstseinsentwicklung in der Gesellschaft vollzieht und das erforderliche Bewusstsein eben nicht, wie bei einem revolutionären Umsturz, über Zwang hergestellt werden muss. Sollte der Sozialismus nicht wieder in einer Diktatur enden, führe kein Weg an der mühsamen Beschaffung einer Mehrheit, an einem kontinuierlichen gesellschaftlichen Lernprozess, vorbei. Nur der reformerische Weg bietet für ihn eine emanzipatorische Perspektive, weil die Menschen dabei bewusst, in zielbewusster Selbsttätigkeit, am Veränderungsprozess teilhaben. (Strasser 1977, 138f; Strasser/Traube 1981, 292)

berger 2016, 155, 173, 179) im Denken der Autoren ausmachen, insofern ökologische Weitsicht, gemeinwohlorientierte Zukunftsverantwortung und Beteiligungswille als Bürgertugenden begriffen werden. Dieser Aspekt wird in Teil D vertieft, da er auch für viele Autoren der zweiten Zeitphase zutrifft (Kap. 16.5). Nachstehend wird der entscheidenden Frage nachgegangen, wie die geforderte ökologisch verantwortliche und am Gemeinwohl orientierte Bürgerschaft entstehen soll (Kap. 7.2.2). Zuvor gilt es jedoch die weiteren Begründungslinien für die angenommene Überlegenheit der Demokratie nachzuvollziehen.

Dysfunktionalitäten autoritärer Führung

In der zweiten Begründungslinie für die funktionale Überlegenheit der Demokratie werden in einigen Beiträgen Schwächen einer autoritären Regierungsform beschrieben. Bei Strasser und Eppler steht, jeweils in expliziter Abgrenzung zu Gruhl bzw. Harich, das Argument im Mittelpunkt, dass von zustimmungsunabhängiger Führung keine Orientierung an den langfristigen ökologischen Interessen der Gesamtgesellschaft zu erwarten ist. Strasser argumentiert gegen Harich gerichtet, dass sich eine vernünftige Politik eher in einem öffentlichen Wettbewerb der Meinungen, wie sie in der pluralistischen Demokratie institutionalisiert ist, durchsetzt, als in dem von Harich angestrebten Einparteiensystem (1977, 83). Zudem geben er und Eppler zu bedenken, dass zustimmungsunabhängige Führung deutlich mehr an Sonderinteressen orientiert sei als demokratisch gewählte Vertreter (ebd., 3f; Eppler 1975, 119; 1992, 93). Ihre Entscheidungen, so Eppler, würden zwischen Managern, Wirtschaft, Verwaltung und Politik ausgehandelt ohne freie Diskussion mit den Bürgern, welche die eigentlichen Träger des ökologischen Bewusstseins seien (1992, 93). Entsprechend zieht Eppler den Schluss, es sei fehlgeleitet, ökologische Vernunft von autoritärer Führung zu erwarten (1977, 3f; 1992, 93).

Auch Amery widerspricht der Möglichkeit einer ökologisch ausgerichteten Diktatur, begründet dies aber in erster Linie mit mangelnder Stabilität. Er setzt sich mit der Möglichkeit einer globalen ökologischen Diktatur auseinander. So gebe es historisch durchaus Beispiele, in denen der Übergang zu einer zentralisierten und autoritären Machtstruktur Krisenlösungen begünstigt habe. Dies sei jedoch nur dann der Fall gewesen, wenn die Bevölkerung direkter Betroffenheit ausgesetzt war. Eben dies sei in der ökologischen Krise, vor allem in den verursachenden Weltregionen, noch nicht gegeben. Wenn aber direkte Betroffenheit nicht gegeben ist, fehle die Einsicht in die Notwendigkeit der Unterordnung unter eine solche Füh-

rung. Dies gelte vor allem deshalb, da eine ökologische Diktatur Freiheiten massiv einschränken und den Lebensstandard in den reichen Weltregionen drastisch senken müsste. Darüber hinaus, so Amery, sind Diktaturen immer auf eine Schicht von Profiteuren angewiesen, die diese stützt. Eine ökologische Welt-diktatur hätte jedoch nur Feinde, da niemand davon unmittelbar profitiert. In der Summe wäre ein permanenter Aufstand gegen die Diktatur die Folge, sodass, wie Amery schließt, das „Ende solcher Diktatur schlimmer als ihr Anfang“ wäre (1972, 247). (Zum ges. Absatz 1972, 245ff)

7.2.1.2 Normative Überlegenheit der Demokratie

Neben der unterschiedlichen Einschätzung der ökologischen Leistungsfähigkeit der Demokratie lässt sich die Differenz zu den autoritären Denkern auch über eine engere normative Bindung an die Demokratie erklären. Diese Bindung ergibt sich aus bestimmten Grundwerten und Grundwertverständnissen, die für die hier behandelten Autoren leitend sind. Insbesondere in Abgrenzung zu Harich und Gruhl wird deutlich, dass Selbstbestimmung und Emanzipation für die demokratischen Denker zentrale Grundwerte und damit maßgebliche Ziele politischen Handelns darstellen (Strasser/Traube 1981, 10, 69, 248; Bahro 1980, 46, 59, 65, 98, 125, 139; Amery 1978b, 91). Beispielhaft bemerken Fromm und Eppler, der sich diesbezüglich auf Fromm beruft, dass die volle Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der des Mitmenschen das höchste Ziel des menschlichen Lebens sei (Eppler 1981, 131; Fromm 2007, 208; siehe zu Fromm vertiefend Johach 2010, v.a. 3, 8). In expliziter Abgrenzung zu Gruhl konstatiert Eppler an anderer Stelle, dass der Erhalt von Freiheit für ihn die Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft sei (1977, 3f).

Aus dieser normativen Grundlegung folgt eine spezifische Perspektive auf Demokratie: Ihr kommt ein starker Eigenwert zu, da sie der Verwirklichung dieses Grundwertekanonens dient. In den meisten Beiträgen findet sich dieses Motiv explizit (Strasser 1977, 87; Strasser/Traube 1981, 233; Bahro 1980, 54f; Fromm 2007, 221-225; Eppler 1975, 50ff). Beispielsweise legt Eppler dar, dass Demokratisierung der Verwirklichung von Freiheit dient, indem sie die Wahl zwischen Alternativen institutionalisiert (1975, 50f). Mitbestimmungsrechte seien die Voraussetzung für Freiheit, da erst durch diese Selbstbestimmung möglich werde (ebd.). Hier wird die engere normative Bindung der Autoren an die Demokratie sichtbar. Demokratie ist aus dieser Perspektive nicht nur eine bestimmte Regierungsform, son-

dem „Leitidee gesellschaftlicher Organisation“ (Schmidt 2010, 228). Ein Abschied von der Demokratie im Angesicht der ökologischen Krise liegt vor diesem normativen Hintergrund deutlich ferner als für die autoritären Denker.

Für Strasser und Eppler lässt sich zudem ein weiterer Aspekt ihres Grundwertekanons beschreiben, der die enge normative Bindung an die Demokratie bedingt. Sie betonen in ihren Werken in sozialistischer bzw. sozialdemokratischer Tradition den Grundwert der Gerechtigkeit. Während, wie gezeigt, Harichs materiell fokussiertes Gerechtigkeitsverständnis autoritäre Schlussfolgerungen begünstigt, inkorporiert ihr Gerechtigkeitsbegriff die für jeden gleiche Chance auf Selbstentfaltung und Selbstbestimmung als elementaren Bestandteil (Eppler 1975, 48ff; Strasser/Traube 1981, 273; Strasser 1977, 98f). Entsprechend kritisieren Strasser/Traube Harich, dass Gleichheit eben nicht nur Gleichheit der Einkommen, sondern auch gleiche Mitwirkungsmöglichkeiten im politischen Prozess und Abbau von Hierarchien zwischen Staat und Gesellschaft bedeute (Strasser 1981, 232). Ganz im Sinne sozialdemokratischer Demokratietheorie dient hier Demokratie bzw. Demokratisierung nicht nur der Verwirklichung von Selbstbestimmung und Emanzipation, sondern vor allem auch von Gerechtigkeit als gleichberechtigter Teilhabe (Schmidt 2010, 228).¹⁴¹

7.2.2 Ein neues Ethos als Voraussetzung für eine nachhaltige Gesellschaft

Im Zusammenhang mit dem Festhalten an der Demokratie lässt sich ein weiteres Moment aufzeigen, das alle demokratischen Autoren verbindet: Die Entstehung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft setzt die Entstehung eines neuen Ethos voraus. Dies beinhaltet die bereits zuvor beschriebene Übernahme von Zukunftsverantwortung, weist aber darüber hinaus. Bei allen Autoren wird Kultur, und damit die vorherrschenden Wertüberzeugungen und Wohlstandsverständnisse, als wichtiger Transformationsgegenstand adressiert. Besonders weitgehend bemerkt z.B. Fromm, „daß eine neue Gesellschaft *nur dann* [Herv. i.O.] entstehen kann, wenn sich parallel zu deren Entwicklungsprozeß ein neuer Mensch entwickelt oder,

141 Das impliziert freilich nicht, dass bei Fromm, Amery und dem frühen Bahro die normative Bindung an die Demokratie nicht auch auf dem Grundwert der Gerechtigkeit basiert. In ihren Werken steht aber die freiheitlich-emanzipatorische Dimension im Vordergrund.

bescheidener ausgedrückt, wenn sich die heute vorherrschende Charakterstruktur des Menschen grundlegend wandelt“ (2007, 22). Eine „radikale menschliche Veränderung“, so Fromm weiter, ist „Voraussetzung für das nackte Überleben der Menschheit. Zum ersten Mal in der Geschichte hängt das *physische Überleben der Menschheit von einer radikalen seelischen Veränderung des Menschen ab* [Herv. i.O.]“ (ebd., 23). Amery spricht von der Notwendigkeit einer neuen Aufklärung, die zu einer neuen ethischen Basis führt (1972, 250; 1991, 167). Struktureller Wandel werde nur möglich, wenn die Menschen ihre Weltsicht grundlegend verändern (1991, 190, 193f).¹⁴² Im Folgenden wird zunächst konkretisiert, welche Stoßrichtung der geforderte Kulturwandel haben muss. Sodann stellt sich die Frage, wie sich der Prozess dieses Wandels, insbesondere im Verhältnis zum angedachten Strukturwandel, aus Sicht der Autoren gestalten soll.

Ein neues Ethos

Durch was zeichnet sich der intendierte Wertewandel und damit der grundlegend gewandelte Mensch und Bürger aus? Als ein wichtiges Moment wurde bereits die Übernahme von Zukunftsverantwortung und die verstärkte politische Teilhabe besprochen. Darüber hinaus wird deutlich, dass der Wertewandel zur Überwindung derjenigen mentalen Infrastrukturen¹⁴³ führen soll, welche die nicht-nachhaltige (Wachstums-)Gesellschaft stützen bzw. mit hervorbringen.¹⁴⁴ Bei Unterschieden im Detail lassen sich v.a. drei zentrale und geteilte Stoßrichtungen identifizieren:

- ein stärkeres Bewusstsein für und ein verändertes Verhältnis zur natürlichen Umwelt und den menschlichen Lebensgrundlagen,
- die Überwindung des materialistischen, konsumorientierten Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses,

142 Auch bei den weiteren Autoren tritt die Notwendigkeit eines Ethoswandels rhetorisch deutlich hervor. Nach Bahro bedarf es einer „psychologischen Revolution“ (1980, 58, 113). Der anstehende Wandel müsse zuvorderst „ideologisch-psychologischer Natur“ sein (ebd., 181). Eppler ist in seiner Rhetorik zurückhaltender und sieht die Notwendigkeit einer „neuen alten Ethik“ (1981, 128-134). Strasser/Traube fordern die „Verankerung neuer Werte und Prinzipien im Bewußtsein und im Verhalten der Menschen“ (1981, 248).

143 Siehe zum Begriff mentaler Infrastrukturen Welzer 2011.

144 Dies gilt unabhängig davon, ob die materialistische, egoistische und anthropozentrische Ausrichtung der Menschen in erster Linie als Folge der Prägung durch die kapitalistische Industriegesellschaft begriffen wird (Strasser, Bahro, Fromm, Eppler) oder, wie bei Amery, tiefere kulturelle Wurzeln hat (Kap. 7.1).

- die Einübung neuer gesellschaftlicher Solidarität und die Abkehr von Konkurrenz- und Leistungsorientierung.¹⁴⁵

Erstens wird in den untersuchten Beiträgen die Notwendigkeit eines anderen Naturverhältnisses hervorgehoben. Am prominentesten findet sich dies bei Amery, dessen Hauptintention in seinen Werken die Begründung einer ökozentrischen Ethik als Antwort auf die von ihm identifizierten, kulturhistorischen Wurzeln der ökologischen Krise war (Fenske 2009, 2). Umfassend hat er die aus der christlich-jüdischen Tradition folgende anthropozentrische Weltsicht und die darauf aufbauende Kultur als maßgebliche Krisenursache herausgearbeitet und sieht, davon ausgehend, in der Hinwendung zu einer ökozentrischen Ethik die zentrale Voraussetzung für ökologische Nachhaltigkeit (1991, 11f, 185f, 212; 1972, 249). Entgegen der heute vorherrschenden anthropozentrischen Weltsicht nehme der Mensch keinen privilegierten Platz innerhalb der natürlichen Ordnung ein, vielmehr müsse allen natürlichen Entitäten die gleiche Achtung und Schutzbedürftigkeit zuteilwerden wie den Mitmenschen (1991, 221f, 343). Ziel seien „innere Kontrollen“, also eine internalisierte ökozentrische Ethik, die den Menschen organisch daran hindert, unverantwortlich mit natürlichen Entitäten umzugehen (ebd., 343).¹⁴⁶ Auch bei den weiteren Autoren klingt, wenn auch weniger weitgehend, die Notwendigkeit eines veränderten Verhältnisses gegenüber der Natur an. Die Natur dürfe nicht mehr als bloßes Materiallager und Ausbeutungsobjekt gesehen werden. Vielmehr müsse sich der Mensch als verantwortlicher Partner in die komplexen Naturkreisläufe einfügen. Eppler und Fromm betonen darüberhinausgehend explizit den intrinsischen Wert der Natur. (Zum ges. Absatz Eppler 1981, 118, 120f; 1981b, 173; Strasser/Traube 1981, 233; Strasser 1977, 87ff; Fromm 2007, 22, 208f, 241)

145 Die Beschreibung des erforderlichen Bewusstseinswandels nimmt bei den Autoren unterschiedlichen Raum ein. Amery und Fromm legen in ihren Werken das Hauptaugenmerk auf die Begründung einer neuen ethischen Orientierung. Bei Strasser und Eppler liegt der Fokus eher auf politischen Umsetzungsstrategien, der erforderliche Bewusstseinswandel wird aber ebenfalls beschrieben. Bahro nimmt diesbezüglich eine Zwischenposition ein.

146 An verschiedenen Stellen verweist Amery auf die Vorbildfunktion, die vergangenen nicht-anthropozentrischen Kulturen und Gesellschaften für diese neue Ethik zukomme (1991, 341f, 250; 1988, 15f; siehe dazu auch Mende 2011, 401). Zudem beschreibt Amery die Ökologie als mögliche neue Leitwissenschaft, da diese den Anthropozentrismus überwindet und den Menschen als gleichrangigen Teil des komplexen Ökosystems und damit des Netzes planetarischer Beziehungen begreife (1991, 212ff, 345).

Die zweite zentrale Stoßrichtung des erforderlichen Kulturwandels ist die Abkehr vom materialistischen Wohlstands- und Fortschrittsverständnis der Industriegesellschaften. Am ausführlichsten und weitreichendsten hat diesen Wandel Fromm beschrieben, für den die Abwendung vom „Modus des Habens“ zugunsten eines „Modus des Seins“ die Voraussetzung für den Ausweg aus der Krise darstellt (2007, 205). Dieser Wandel reicht bei ihm weit über die Abkehr vom materialistischen Wohlstandsverständnis hinaus (vgl. zusammenfassend 2007, 207ff), die Grundrichtung bleibt jedoch die Emanzipation von den Charakterstrukturen, welche den Fokus auf das Haben und somit auf die materielle Steigerung begründen. Die Wirkkraft Fromms zeigt sich auch daran, dass sich andere Autoren wie Strasser/Traube (1981, 276f) und Eppler (1981, 105f, 121, 130) explizit auf ihn beziehen und mit ihm eine Ethik des Seins einfordern. Wohlstand solle sich zukünftig nicht mehr über materiellen Besitz, sondern über die möglichst umfassende Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der der Mitmenschen definieren, wobei materieller Besitz sogar zum Hindernis werden kann. Dieser neuen Ethik gehe es nicht darum, im Sinne von Askese oder Verzicht menschliche Bedürfnisse unbefriedigt zu lassen, sondern vielmehr darum, die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen. Entsprechend klingt bei allen Autoren an, dass die an einem derart veränderten Wohlstandsverständnis orientierte Lebensführung weniger Verzicht als vielmehr ein Zugewinn an Lebensqualität zeitigt.¹⁴⁷ Voraussetzung für einen solchen Wandel sei die Emanzipation von der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägten, konsumistischen Bedürfnisstruktur. Zudem wird die Überwindung des verkürzten Menschenbildes des homo oeconomicus angemahnt.¹⁴⁸ (Zum ges. Absatz Amery 1978, 8f; 1991, 326ff; Bahro 1980, 57ff, 83, 99, 101, 113f, 194f;

147 Mit Blick auf die zentralen Elemente eines postmateriellen Wohlstandsverständnisses zeigen sich weitgehende Überschneidungen: Gemeinschaftlichkeit und echte soziale Beziehungen, intakte Umwelt und Fähigkeit zum Naturgenuss, selbstbestimmte Selbstentfaltung, v.a. in postmateriellen Bereichen wie Musik, Kunst oder Wissenschaft, sinnstiftende und nicht-entfremdete Arbeit, Solidarität statt Konkurrenz, Abkehr von der inhumanen Leistungsgesellschaft, Gerechtigkeit, Zeitwohlstand (Strasser 1977, 123-128; Strasser/Traube 1981, 235, 273-277; Eppler 1981, 181, 130-134; 1975, 38f, 43ff; Bahro 1980, 101, 113f; Fromm 2007, 207ff).

148 Tiefergehend als bei den weiteren Autoren ist bei Amery für die Entwicklung einer genügsamen Grundhaltung wiederum eine Revision der ideellen Erblast aus der christlich-jüdischen Tradition erforderlich: Neben der anthropozentrischen Weltanschauung haben die modernen Kulturen auch die (diesseits gewendete) Heilserzwingung aus dieser übernommen (Kap. 7.1.2). Erst wenn auch diese Erblast überwunden wird, kann aus seiner Sicht eine Idee des guten Lebens entstehen,

Eppler 1975, 38f, 43ff; 1981, 44, 104f, 128-134; Fromm 2007, 15ff, 19ff, 208, 214, 242, 245; Strasser 1977, 122ff; Strasser/Traube 1981, 70f, 217f, 235, 253f, 258f, 269, 273-277, 286ff)

Drittens findet sich insbesondere bei den sozialdemokratisch geprägten Denkern Eppler und Strasser, aber auch bei weiteren Autoren, die Forderung nach der Einübung neuer gesellschaftlicher Solidarität. Sie sehen die gegenwärtige Gesellschaft als weitgehend unsolidarisch und von einem omnipräsenten Konkurrenzkampf geprägt. Sie beschreiben stärkere (auch internationale) Solidarität als unabdingbare Voraussetzung für den Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft. Voraussetzung dafür sei wiederum die Abkehr vom Bild des Menschen als egoistisches und eigennutzorientiertes Wesen. (Bahro 1980, 113; Eppler 1975, 52f, 98ff; 1981, 44, 104f, 132ff, 247; Strasser 1977, 127; Strasser/Traube 1981, 246f, 273, 288; Amery 1991, 184; Fromm 2007, 15, 19ff, 208, 241)

Kulturwandel und dessen Verhältnis zu strukturellem Wandel

Für die demokratischen Denker muss also zu den aus ihrer Sicht erforderlichen strukturellen Veränderungen ein kultureller Wandel treten, der Materialismus, Egoismus und Anthropozentrismus einhegt bzw. überwindet. Damit ist ein zentraler Topos des ökologischen politischen Denkens angesprochen, der auch in der zweiten Zeitphase zentral ist: Sobald die Wurzeln der ökologischen Krise auf struktureller und geistig-kultureller und damit der Ebene der Innenwelt der Individuen verortet werden (und eine autoritäre Lösung gegen die Einsicht der Bürgerschaft abgelehnt wird), bedarf ökologischer Wandel neben neuen Strukturen auch einer veränderten Kultur und damit eines veränderten Menschen. Wie aber wird der Prozess des angestrebten Kulturwandels gedacht?¹⁴⁹ Grundsätzlich lässt sich diesbezüglich eine, auch in der zweiten untersuchten Zeitphase des ökologischen politischen Denkens festzustellende Dissonanz zwischen Forderungen nach Ethos- und Kulturwandel einerseits und andererseits Vorstellungen davon, wie sich dieser einstellen soll, konstatieren. Beispielsweise fordert Amery einen ständigen Bewusstseinsfortschritt, der spiralförmig nach oben läuft und schließlich dazu führt, dass „wir [...] alle Animisten, [...] Zen-Jünger,

welche mit den ökologischen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen ist. (1972, 249; 1991, 11f, 185f, 190).

- 149 An dieser Stelle geht es noch nicht um die konkreten Vorstellungen der Autoren vom Prozess des Wandels, also den Akteuren des Wandels und ihren Strategien. Stattdessen steht die Frage im Mittelpunkt, wie das für erforderlich gehaltene neue Ethos entstehen soll.

franziskanische und chassidische Mystiker, [...] wirklich kritische Aufklärer und vorbehaltlose Gesellschaftskritiker werden“ (1991, 342). Demgegenüber steht aber keine kohärente Vorstellung, wie die Entwicklung hin zu dem so tiefgreifend veränderten Menschen gelingen soll. Trotz dieser Diskrepanz lassen sich in den Beiträgen einige Ansatzpunkte identifizieren.

Grundsätzlich kommt die Überzeugung zum Tragen, dass bereits ein gesellschaftlicher Werte- und Bewusstseinswandel im Gange ist, der sich insbesondere in den zeitgenössischen Protestbewegungen, allen voran den „Neuen Sozialen Bewegungen“ ausdrückt (Fromm 2007, 241f; Strasser/Traube 1981, 16f, 20-23, 25; 34ff, 240f; Strasser 1977, 123; Eppler 1981, 111-115, 170, 220ff; Bahro 1980, 198f; Amery 1976, 192f; 1991, 350ff). Sie verkörpern aus Sicht der Autoren den ethischen Impuls, der die angestrebten Veränderungen anstoßen soll. In den untersuchten Beiträgen werden v.a. drei Treiber angesprochen, von denen ein Beitrag zur weiteren Diffusion des Bewusstseins- und Wertewandels erwartet wird:

- die negativen Alltagserfahrungen der Menschen wie z.B. die stumpfsinnige Arbeit, zunehmende soziale Entfremdung oder Landschaftszerstörungen (Fromm 2007, 241f; Eppler 1981, 136; Strasser/Traube 1981, 290; Strasser 1977, 123; Bahro 1980, 198ff),
- die Verschärfung der ökologischen Krise bzw. die sachliche Aufklärung darüber (Amery 1991, 346, 353; Strasser/Traube 1981, 36f; Strasser 1977, 123; Bahro 1980, 52; Fromm 2007, 241),
- die zivilgesellschaftlichen Pioniergruppen selbst, die den entsprechenden Bewusstseins- und Wertewandel vorleben und neue Werte in die Gesellschaft tragen; bei einigen Denkern werden dabei ausstrahlende, praktische Gegenprojekte als Diffusionsvehikel hervorgehoben (Amery 1991, 353f; Strasser/Traube 1981, 36, 290, 297; Bahro 1980, 14ff, 125; Fromm 2007, 218ff).

Zugleich dringt in den Beiträgen die Annahme durch, dass ein breiter gesellschaftlicher Wertewandel erst dann durchschlagen kann, wenn strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Dies folgt aus der Annahme, dass die problematisierten mentalen Infrastrukturen wie Materialismus, Egoismus oder Konkurrenzdenken keine anthropologischen Konstanten, sondern Folge der gesellschaftlichen Verhältnisse sind (Eppler 1981, 104, 130f; Fromm 2007, 19f, 242; Strasser/Traube 1981, 50, 63ff, 217f, 288; Amery 1991, 337, 328; Bahro 1980, 57f, 83, 90, 95, 97ff). Paradigmatisch bemerkt z.B. Eppler mit explizitem Verweis auf Fromm, dass der Ethoswandel, insbesondere die Abkehr vom Modus des Habens, erst möglich wird, wenn

durch politische Reformen ein Strukturwandel vorgenommen wird (1981, 104ff, 130). Strukturwandel stellt aus dieser Perspektive also die zentrale Voraussetzung für die Verallgemeinerung des angestrebten Kulturwandels dar.

Die Systemwechsel-Denker ziehen daraus den Schluss, dass sich der geforderte Wertewandel erst in der Breite vollziehen kann, wenn ein Bruch mit dem gegenwärtigen System erfolgt. Paradigmatisch bemerkt Fromm, dass der erforderliche Wandel im Herzen der Menschen nur möglich sei, wenn drastische ökonomische und soziale Veränderungen ihm die Chance dazu geben (2007, 22f, 207). Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Materialismus und Konkurrenzdenken kultiviert, unabdingbare Bedingung für die Verallgemeinerung eines veränderten Ethos darstellt (Strasser 1977, 122ff, 124f; Strasser/Traube 1981, 288; Fromm 2007, 214f, 242f; Bahro 1980, 58). Entsprechend kann für Bahro die erforderliche „psychologische Revolution“ erst durchschlagen, wenn der kapitalistische Antriebsmechanismus überwunden wird (1980, 58). Neben der Überwindung des Kapitalismus sollen weitere strukturelle Veränderungen, die im Weiteren noch vertieft werden, den angestrebten Kulturwandel befördern. Dies gilt v.a. für die Demokratisierung von Staat und Wirtschaft, die Wiedereinbettung des Individuums in dezentrale Gemeinschaftlichkeit sowie die Überwindung bzw. Eingrenzung der entfremdenden industriellen Produktionsweise. Darüber hinaus werden eine veränderte Bildungs- und Informationspolitik, die den erforderlichen Wertewandel unterstützt (Strasser/Traube 1981, 246f, 295f; Strasser 1977, 124; Fromm 2007, 215ff; Bahro 1980, 101f), sowie größere materielle Gleichheit, die das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten einhegt (Strasser/Traube 1981, 270-273; Strasser 1977, 80f, 94-102; Fromm 2007, 107; Bahro 1980, 63f, 94f), angemahnt.

Für Eppler wurde oben bereits darauf hingewiesen, dass er aus der Fundamentalkritik am gegebenen Wirtschaftssystem als Wurzel von Werteverfall und Haben-Orientierung nicht die Forderung nach einem Systembruch ableitet (Kap. 7.2.1). Dennoch bespricht er einige Maßnahmen, die zur Herausbildung des neuen Ethos beitragen sollen. Dies gilt für die angestrebte Regulierung von konsumtreibender Werbung sowie die Förderung einer befriedigenderen Arbeitswelt (ebd., 105f). Wie die Systemwechsel-Denker plädiert er zudem für eine Neuausrichtung des Bildungswesens (ebd., 127; 1975, 98ff) sowie die Schaffung einer deutlich gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung zur Eingehung des mimetischen Begehrens nach dem Status der Oberschichten (1981, 70; 1975, 64f). Voraussetzung für das

Ergreifen dieser Maßnahmen sei jedoch, dass sich Politik von quantitativen Wachstumszielen verabschiede, da sie nur dann die Überwindung der Konsumkultur überhaupt erst wollen kann (1975, 106).

Die untersuchten Positionen gehen also davon aus, dass erst staatliche Politiken einen Wertewandel in der Breite ermöglichen können. Dies wirft die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kulturwandel einerseits und politischen Reformen andererseits auf. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass dieses Wechselverhältnis in den Werken sehr unzureichend reflektiert ist. Im Sinne rationaler Rekonstruktion lässt sich den Denkern aber die Vorstellung eines Wechselverhältnisses zwischen Kultur- und Politikwandel unterstellen, was sich bei einigen Autoren auch explizit findet. Beispielsweise legt Eppler mit Verweis auf Fromm dar, dass eine neue Ethik auf veränderte Gesellschaftsstrukturen angewiesen ist, andererseits neue Gesellschaftsstrukturen nur durch ethische Impulse entstehen können (1981, 130). Etwas differenzierter sind Strasser/Traube, die als einzige explizieren, wie sich Wertewandel und politische Reformen in verschiedenen Phasen ökologischer Transformation bedingen, welche Akteure also wann aus einer veränderten Ethik heraus welche politisch-strukturelle Veränderungen durchsetzen, die dann wiederum ethischen Wandel bedingen können (1981, 293-297). Hier kommt die Vorstellung von einem sich spiralförmig verstärkenden Wechselverhältnis von Kultur- und Politikwandel zum Ausdruck. Aber auch für die weiteren Autoren lässt sich ein solches, zumindest zweistufiges Wechselverhältnis rekonstruieren. Allesamt beschreiben sie, wie mit Blick auf die Vorstellungen vom Prozess des Wandels noch zu zeigen ist, gesellschaftliche Pioniergruppen, die aus einem veränderten Ethos heraus den Impuls für politische Reformen geben. Letztere sollen dann, wie oben beschrieben, selbst wiederum wichtiges Vehikel für den breiteren Ethoswandel sein.

7.3 Systemwechsel: Demokratisierung, Dezentralisierung und Überwindung des Kapitalismus

Vor diesem Hintergrund können nun in den folgenden beiden Teilkapiteln die Grundpositionen des Systemwechsels und der Modernisierung im System dargelegt werden. Aus der Systemwechsel-Perspektive muss eine nachhaltige Gesellschaftsordnung mit zentralen Elementen der gegenwärtigen Ordnung brechen. In ihrer Krisenanalyse (Kap. 7.1.2) haben Strasser, Fromm, Bahro und Amery das kapitalistische Wirtschaftssystem, insbesondere aufgrund seines immanenten Wachstumszwanges, der sich in einen ausufernden Konsumismus auf der Nachfrageseite übersetzt, für nicht zukunftsfähig befunden. In unterschiedlichem Ausmaß haben sie zudem die entfremdende, zentralistische industrielle Produktionsweise sowie die repräsentativ-nationalstaatliche Demokratie als Krisenursachen ausgemacht. Ihre Alternativentwürfe zielen darauf, diese defizitären Strukturen zu überwinden.

Die alternativen Ordnungsentwürfe der Autoren sind dabei in sehr unterschiedlichem Maße konkretisiert. Während z.B. Strasser einen relativ detaillierten Entwurf präsentiert, finden sich beim frühen Bahro und Amery nur schemenhafte Andeutungen. Fromm hingegen präzisiert einige Punkte, bleibt aber bei anderen gänzlich unkonkret. Unabhängig von diesen unterschiedlichen Konkretisierungsniveaus lässt sich eine gemeinsame Grundrichtung ihrer alternativen Ordnungsvorstellungen herausarbeiten, die mit den Begriffen Demokratisierung und Dezentralisierung zu beschreiben ist (Kap. 7.3.1). Ausgehend von diesen gemeinsamen Grundzügen differenzieren sich die Systemwechsel-Ansätze der Autoren aus (Kap. 7.3.2), wobei zwei Stoßrichtungen zu unterscheiden sind, die sich begrifflich als Öko-Sozialismus (Kap. 7.3.3) und Öko-Kommunalismus (Kap. 7.3.4) fassen lassen. In Kapitel 7.3.5 werden die hinter der demokratischen Systemwechsel-Position stehenden Prämissen beleuchtet, wobei insbesondere der Versuch, ökologische und emanzipatorische Ziele in den Alternativentwürfen zu verbinden, ausschlaggebend ist.

7.3.1 Geteilter Ausgangspunkt: Ausweitung dezentraler Autonomie

Amery, Strasser, der frühe Bahro und Fromm teilen zentrale Grundzüge für die angedachten strukturellen Veränderungen. Sowohl im Hinblick auf die Ökonomie als auch das politische System setzen sie auf Demokratisierung und Dezentralisierung, was insbesondere in der Forderung nach einer Ausweitung dezentraler Autonomie bei deutlich stärkerer Bürgerbeteiligung zum Ausdruck kommt. Zentraler Gedanke ist dabei, dass dezentrale Selbstverantwortung sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht zu (ökologisch) verantwortlicheren Entscheidungen führt. Entsprechend hat bereits Stein im Hinblick auf diesen Strang des ökologischen politischen Denkens darauf hingewiesen, dass dessen Ordnungsvorstellungen auf den Prinzipien der Dezentralität, der Subsidiarität und dem Vorrang direkt-demokratischer Strukturen basieren (Stein 1998, 204ff).¹⁵⁰ Die konkreten und jeweils spezifischen institutionellen Vorstellungen der Autoren werden in den nachfolgenden Kapiteln aufgearbeitet. An dieser Stelle geht es zunächst um die geteilte Begründungslinie für die Ausweitung dezentraler Autonomie.

Politische Autonomie

Bezüglich der Ausweitung politischer dezentraler Autonomie klingt bei allen Denkern die Forderung an, möglichst viele Entscheidungs- und Vollzugskompetenzen in dezentrale und damit überschaubare Zusammenhänge zu überantworten (Amery 1991, 290f; 1978d, 49, 52; Fromm 2007, 225; Strasser 1977, 117, 119; Bahro 1980, 148). Die Demokratisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsmacht dient dabei primär zwei Zielen: erstens der Sicherung eines effektiveren Durchflusses des Bürgerwillens in die institutionalisierten Entscheidungsprozesse. Dahinter steht die bereits dargestellte Annahme, dass ökologische Impulse maßgeblich in der Zivilgesellschaft ihren Ausgang nehmen (Kap. 7.2.1). Vor diesem Hintergrund lassen demokratisierte Strukturen eher einen ökologischen Policy-Output erwarten.

Das zweite Ziel ist die Transformation des Bürgerwillens in Richtung (ökologischer) Gemeinwohlorientierung. Dahinter steht die Annahme, dass Demokratisierung und Dezentralisierung beim einzelnen Bürger ein Mehr

150 Stein rekurriert dabei auf die von Strasser/Traube in *Zukunft des Fortschritts* dargelegte Position sowie die Beiträge von Gerda Zellentin, die in der vorliegenden Untersuchung nicht behandelt wird (1998, 205).

an gemeinwohlorientierter Verantwortlichkeit zeitigen (Strasser/Traube 1981, 241; Fromm 2007, 222; Amery 1991, 337; 1978d, 49).¹⁵¹ Ökologische Vernunft, so z.B. Amery, wird sich dann einstellen, wenn die Menschen für überschaubare Zusammenhänge verantwortlich gemacht werden (1991, 337). In einer „Mitbestimmungsdemokratie“, so formuliert Fromm diese Hoffnung, sind „die Belange der Gemeinschaft für den einzelnen ebenso wichtig [...] wie seine eigenen Angelegenheiten oder, noch besser, [wird] das Gemeinwohl von jedem Bürger als sein ureigenstes Anliegen angesehen“ (2007, 222). Wenn der Bürger das Gefühl hat, dass sein Mitentscheiden wirkmächtig ist und er gleichzeitig mit den Folgen seines Tuns in dezentralen, soziale Kontrolle ermöglichenden Lebens- und Entscheidungszusammenhängen konfrontiert ist, wird er sich einbringen und verantwortlich handeln (ebd., 224f, Amery 1991, 337, 290f; 1878d, 49-52; Strasser/Traube 1981, 242, 298f).¹⁵² Wenn die Bürger sich hingegen nicht beteiligt fühlen, so Fromm, werden sie zu passiven Schafen, die die Fähigkeit zum kritischen Denken verlieren (2007, 225).¹⁵³ Es ist also die ungleich stärkere Beteiligung in überschaubaren und damit verantwortungstiftenden Zusammenhängen, welche transformierend auf den Bürgerwillen wirken soll. Damit wird auch deutlich, dass die Autoren nicht nur die Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen, sondern von Lebenswelten im Allgemeinen anstreben.

Strasser und Amery gehen vertiefend auf die transformierende Wirkung von Gemeinschaftlichkeit ein, wie sie aus ihrer Sicht nur in dezentralen Zusammenhängen erfahrbar ist. Demnach entsteht durch Dezentralisierung eine neue Gemeinschaftlichkeit mit gelebter Solidarität, die sich wiederum auf das Handeln und Entscheiden der Menschen auswirkt (Strasser/Trau-

151 Bahro legt in den *Elementen* keine Begründung für die geforderte Dezentralisierung dar, weshalb sich die folgenden Ausführungen auf die weiteren Autoren beziehen. Dass es aber auch Bahro um mehr dezentrale Autonomie geht, wird deutlich, wenn er einen „Selbstverwaltungssozialismus“ als Zielwert ausgibt (1980, 148).

152 Fromm wählt das Positivbeispiel von Schöffen, die, sobald ihnen Verantwortung übertragen wird, verantwortlich Handeln und ein verantwortliches Urteil fällen (2007, 224).

153 Darüber hinaus sorgt die stärkere Entscheidungsbeteiligung, wie Strasser/Traube darlegen, für mehr Akzeptanz: Demnach ist die Bürgerschaft eher bereit auch schwere Entscheidungen mitzutragen, wenn sie selbst daran beteiligt ist bzw. deren Zustandekommen durchschauen kann (1981, 247). Und weiter: „Die Gesellschaft des Ökosozialismus wird die Kraft zur Bewältigung schwieriger Aufgaben nicht aus der Macht des Staatsapparates gewinnen, sondern aus der Verwurzelung ihrer Entscheidungen im bewußten demokratischen Willen ihrer Bürger“ (ebd.).

be 1981, 274-278). In der dezentralen Gemeinschaft, so lässt sich diese Annahme zugespitzt beschreiben, wird der Mensch gut.¹⁵⁴ Dabei nutzen Strasser/Traube gezielt den Begriff der Gemeinschaft, um die darin gelebten Beziehungen „existenzieller Zusammengehörigkeit“ von den abstrakten Beziehungen der bloßen Gesellschaft abzugrenzen (ebd., 274f). Die Rückkehr zu „kleinen Einheiten“ überwinde die radikale soziale Entwurzelung es Menschen, stifte Identität und Lebenssinn (ebd., 275-278). Dadurch entwickle sich eine neue gemeinschaftsbezogene Moral, die sich insbesondere durch gelebte Solidarität auszeichnet (ebd., 278). Hier zeigt sich eine rousseauistische und kommunitaristische Perspektive, wonach der tugendhafte Bürger, bei dem das Einzelinteresse deckungsgleich mit dem Gemeinwohl ist, nur in kleinen Gemeinschaften entstehen kann (vgl. dazu Stützle 2009, 12; Meyer 2008, 94ff). Entsprechend geht es für Amery darum, durch eine umfassende Dezentralisierung zugunsten historisch gewachsener Regionen wieder „Heimat“ und „Identität“ und dadurch wechselseitige Verantwortlichkeit zu schaffen (1976, 218ff). Doch schafft die neue Gemeinschaftlichkeit, wie Strasser/Traube darlegen, nicht nur Verantwortung nach innen, sondern auch nach außen. Sie gehen davon aus, dass sich aus der Einübung neuer Verantwortungsübernahme und Solidarität in der dezentralen Gemeinschaft eine Gewohnheit entwickelt, die auch im größeren Rahmen der globalen Politik wirkt (1981, 246; Strasser 1977, 128). Die dezentral eingebundene Bürgerschaft übernimmt also nicht nur Verantwortung für die dezentrale Gemeinschaft, sondern auch in globaler Perspektive. Deutlich wird in all diesen Ausführungen implizit die oben dargestellte Kritik am etablierten demokratischen Institutionensystem, das es eben nicht vermag, eine tugendhafte Bürgerschaft hervorzubringen (Kap. 7.1.2).

Die Schaffung dezentraler und überschaubarer Zusammenhänge hat aus Sicht der Autoren auch eine spezifisch ökologische Wirksamkeit mit Blick auf den Bürgerwillen: Die Dezentralisierung Sorge für „menschlich erfaßbare Kreisläufe“ (Amery 1991, 337), in denen die Folgen des eigenen Tuns erfahrbar werden. Dies schaffe Verantwortung. Sobald der Mensch jedoch den Überblick über die ökologischen Zusammenhänge verliere, werden Verantwortung systematisch unterminiert. In dieser Argumentation schaffen die stärkere Konfrontation mit den ökologischen Folgen des eigenen

154 Entsprechend gehen Strasser/Traube z.B. davon aus, dass in der dezentralen Gemeinschaft „ein Großteil der juristischen, polizeilichen und informationellen Apparaturen überflüssig [wird], die in der Gesellschaft des Industrialismus den Zusammenhalt der Individuen künstlich bewerkstelligen“ (1981, 278).

Handelns und politischen Entscheidens für ökologische Verantwortungsübernahme in der Bürgerschaft. (Zum ges. Absatz Amery 1991, 337; 1978d, 49; Strasser/Traube 1981, 242)

Ökonomische Autonomie

Neben der politischen Dezentralisierung geht es den Autoren auch im ökonomischen Sinne um Dezentralisierung und Selbstbestimmung. Dabei tritt neben das offensichtliche Argument, dass eine dezentralisierte Wirtschaftsordnung mit deutlich reduzierten Transport- und Handelsaufkommen auskommt (explizit bei Amery 1976, 201f; Strasser/Traube 1981, 242, 252f), die bereits für das politische Dezentralisierungsdenken maßgebliche Annahme, dass sowohl Produzenten als auch Konsumenten verantwortlich handeln, wenn sie in dezentralisierte und dadurch überschaubare Versorgungskreisläufe eingebunden sind. In diesen dezentralen Zusammenhängen würden sowohl die ökologischen als auch die sozialen Folgen des eigenen wirtschaftlichen Handelns erfahrbar (Amery 1991, 301, 331, 336f; Strasser/Traube 1981, 242f, 252f). Entsprechend Amery:

„Die sinnvolle Alternative zum Großprojekt ist das Kleinprojekt. Es ist nicht nur ökologisch sinnvoll, weil es menschlich erfassbare Kreisläufe und damit Verantwortung schafft, sondern es entspricht auch dem Ziel eines Abbaus, wenn schon nicht der Beseitigung, der Entfremdung. Massen sind immer entfremdet, eben weil sie Massen sind: entfremdet und verantwortungslos, weil unverantwortlich in Massenproduktion und Massenkonsumtion. Doch gibt die menschliche Geschichte und Erfahrung Grund zur Hoffnung, daß Menschen, die für Überschaubares verantwortlich gemacht werden, in der Regel besser dabei abschneiden als erwartet.“ (1991, 337)

Diese Argumentationslinie lässt sich für die beiden Dimensionen der Produktion und der Nachfrage konkreter rekonstruieren.

Auf Seiten der Produktion wird für dezentrale, von den Produzenten selbstbestimmte Strukturen plädiert (Bahro 1980, 179; Amery 1991, 301; Strasser/Traube 1981, 252; Fromm 2007, 211, 220f, 224f). Als Zielgrößen nennen Strasser/Traube (1981, 276) und Amery (1991, 334; 1978c, 119ff) in Anlehnung an Marx die freie Assoziation der Produzenten. Wie unten noch deutlich wird, zielt Strasser eher auf eine Vergesellschaftung der Unternehmen, während es Amery v.a. um genossenschaftliche Strukturen geht. Wiederum greift die Annahme, dass dezentral verankerte und selbstbestimmte Wirtschaftsakteure ökologisch und sozial verantwortlich agieren

(Strasser/Traube 1981, 242; Amery 1991, 337; 1976, 202ff). Beispielsweise legt Amery dar, dass Individual- oder Kleingruppenproduzenten, die für den eigenen Bedarf oder den unmittelbaren Nahbereich produzieren, im Gegensatz zum Arbeitnehmer und Produzenten im Industriekapitalismus ein unmittelbares Interesse an Qualität und Langlebigkeit der erzeugten Produkte hätten (1976, 202ff). Als Positivbeispiel nennt er an anderer Stelle einen Subsistenzbauer, der im Gegensatz zum industriellen Tierhalter die Folgen seines Tuns auf seinem eigenen Land und Betrieb einsieht und dementsprechend verantwortlich handelt (1991, 337). Die dezentralisierte und herrschaftsfreie Produktion soll maßgeblich auf konvivialen, kleindustriellen und umweltangepassten Technologien beruhen, welche die entfremdete Wirkung der Großtechnologien überwinden (Amery 1991, 292; Bahro 1980, 179; Strasser/Traube 1981, 249ff, 272).

Auf Seiten der Nachfrage muss eine Abkehr von der expansiven Konsumorientierung erfolgen, was eine Veränderung der Bedürfnisstrukturen impliziert (Bahro 1980, 57f, 83, 124; Strasser/Traube 1981, 266; Strasser 1977, 122ff; Fromm 2007, 242f; Amery 1976, 205f). Dabei wird davon ausgegangen, dass der unverantwortliche Konsumismus in veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen überwunden werden kann (Amery 1976, 204ff; Fromm 2007, 214; Strasser 1977, 122-125; Strasser/Traube 1981, 288; Bahro 1980, 98f). Paradigmatisch bemerkt Fromm, dass die neuen Gesellschaftsstrukturen das nicht-entfremdete, am Sein statt am Haben orientierte Individuum ermöglichen müssen (2007, 214). Im Zuge dessen kommt die Überzeugung zum Tragen, dass die Dezentralisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der im Folgenden noch zu behandelnde Übergang zu einer nicht-kapitalistischen Wirtschaftsform maßgeblich zur Veränderung der Bedürfnisstruktur der Menschen beitragen können:

- Die dezentrale Gesellschaftsorganisation konfrontiert die Konsumenten mit den Folgen ihres Tuns, was zu mehr Verantwortlichkeit führt (Amery 1991, 336f, Strasser/Traube 1981, 242).
- Die dezentralisierte und selbstbestimmte Produktionsweise überwindet die Entfremdung der Arbeit in der industrie-kapitalistischen Großproduktion (extensive Arbeitsteilung, Trennung von Produktion und Konsum, Technisierung etc.), die wiederum zu kompensatorischem Konsum führt (Strasser 1977, 125; Strasser/Traube 1981, 67f, 254ff, 223; Bahro 1980, 97f; Fromm 2007, 221, 224f; Amery 1991, 335, 266ff; 1976, 202).
- Das dezentrale, und wie unter noch deutlich wird, postkapitalistische Wirtschaftssystem, überwindet den Wachstumszwang des Kapitalismus,

welcher sich u.a. durch Werbung in expansives Konsumverhalten übersetzt (Fromm 2007, 214f; Amery 1991, 336, 326; Strasser 1977, 122-125; Strasser/Traube 1981, 67f, 269; Bahro 1980, 58, 83, 90f, 95, 98f).

- Die neue dezentrale Gemeinschaftlichkeit überwindet die Frustration grundlegender sozialer menschlicher Bedürfnisse als Quelle kompensatorischen Konsums (Strasser/Traube 1981, 67, 217). Einerseits erlaubt sie wieder echte soziale Bindungen, sodass die zwischenmenschliche Entfremdung überwunden werden kann (ebd., 274-280, 224). Andererseits wird wieder eine kollektive Identitätsbildung möglich, sodass der Versuch, Identität über Konsum zu stiften, obsolet wird (ebd.).

Im Bereich der Ökonomie führen Dezentralisierung und Demokratisierung somit dazu, dass sich die Produzenten von der Fokussierung auf das Profitmotiv lösen und ihre Produktion an den sozialen und ökologischen Belangen der dezentralen Gemeinschaft ausrichten. Auch die Konsumenten, die mit den sozialen und ökologischen Folgen ihres Tuns konfrontiert werden und zugleich vom strukturellen Konsumzwang befreit sind, agieren sozial und ökologisch verantwortlich.

Ökologisches Dezentralisierungsdenken

Mit Blick auf das Vorstehende lassen sich die Autoren als Exponenten eines ökologischen Dezentralisierungsdenkens qualifizieren, wie es vor allem Arbeiten zum englischsprachigen Diskurs als maßgeblichen Strang des frühen ökologischen politischen Denkens herausgearbeitet haben (Goodin 1992, 147; Carter 2001, 55; Eckersley 1992, 160-170). Diesem Denken geht es um die Schaffung von möglichst selbstverantwortlichen dezentralen „human-scale communities“ (Eckersley 1992, 168), die durch überschaubare Zusammenhänge ein System struktureller Verantwortlichkeit ermöglichen. Im vorliegenden Kontext besonders relevant ist die Annahme einer besseren Einbettung dezentraler Gemeinschaften in den Naturzusammenhang: Die Wechselwirkungen mit der natürlichen Umwelt werden für den Einzelnen sichtbar, was zu einem respektvolleren Umgang mit dieser führen soll (Carter 2001, 56; Eckersley 1992, 168). Dryzek hat zudem darauf hingewiesen, dass es dem ökologischen Dezentralisierungsdenken um die Entwicklung eines „sense of place“, also des Aufbaus einer Verbundenheit zur Region und ihren natürlichen Entitäten geht (1997, 160).¹⁵⁵

155 Ökologisches Dezentralisierungsdenken findet sich auch in weiteren Strängen des ökologischen politischen Denkens, die in der vorliegenden Arbeit nicht näher

In demokratiethoretischer Hinsicht ist die Idee der „Human-scale political institutions“, wonach die politische Steuerungsebene zum menschlichen Fassungsvermögen und Verantwortungsraum passen muss, grundlegend für das ökologische Dezentralisierungsdenken (Carter 2001, 55f). Dieses Motiv konnte entsprechend in den Beiträgen aufgezeigt werden: In überschaubaren Lebens- und Handlungszusammenhängen übernimmt das an politischen Entscheidungen beteiligte Individuum Verantwortung für das (ökologische) Gemeinwohl. Dahinter steht die Annahme, dass sich der einzelne Bürger vor allem dann sinnvoll beteiligen kann, wenn er sich zugehörig fühlt, die Folgen seiner Entscheidungen überblicken kann und das Gefühl von (politischer) Selbstwirksamkeit hat (Carter 2001, 56). Im ökologischen Dezentralisierungsdenken wird die ökologisch verantwortliche und weitsichtige Bürgerschaft also durch eine veränderte Staatsstruktur im Sinne von mehr Deliberation, Demokratisierung und Dezentralisierung mit hervorgebracht (ebd., 62, 52ff). Dadurch erhöht die dezentral-partizipatorische Demokratie die Chancen auf den angestrebten ökologischen Policy-Output (ebd., 52ff).

Die Autoren setzen damit auf ein Moment, das auch in der republikanischen und kommunitaristischen Demokratietheorie zentral ist: die Transformation des Bürgers durch Veränderung des demokratischen Institutionengefüges im Sinne von Dezentralisierung und stärkerer Beteiligung (Schaal/Heidenreich 2017, 64; Habermas 2014, 333; Meyer 2008, 97). Dies wird in der politiktheoretischen Literatur auch als Prozess der „self-transformation“ bezeichnet (Warren 1992, 11; 1993, 209): die Transformation zum verantwortungsbewussten Staatsbürger im Prozess von Beteiligung, Aussprache und öffentlicher Willensbildung (Schmidt 2010, 241). Daraus folgt wiederum die Notwendigkeit der Stärkung kleiner Einheiten, die diesen Prozess ermöglichen (Meyer 2008, 95). Für die hier behandelten Autoren bedarf es also eines „entgegenkommenden institutionellen Kontextes“, der die Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft fördert (Schaal/Heiden-

behandelt werden. Zum Ausdruck kommt es beispielsweise im *Bussauer Manifest* (1975), wichtiger Ausdruck öko-konservativen Denkens der 1970er-Jahre. Dessen Autoren fordern ebenfalls eine weitgehende Dezentralisierung zur Schaffung „humaner Dimensionen“ und eine stärkere Rückbindung der Menschen an die natürlichen Kreisläufe (1975, 485f). Aber auch öko-anarchistische Denker wie z.B. Rolf Cantzen (siehe z.B. *Freiheit unter saurem Regen. Überlegungen zu einem libertär-ökologischen Gesellschaftskonzept* (1984) oder *Weniger Staat – mehr Gesellschaft* (1987)) fordern in analoger Begründung eine dezentralisierte Organisation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (siehe z.B. 1987, 217f).

reich 2017, 229f). Dies impliziert gleichzeitig die bei den behandelten Autoren deutlich werdende Kritik an der nationalstaatlichen Repräsentativdemokratie, welche die Bürgerschaft nicht zur gemeinwohlorientierten Verantwortungsübernahme anregt (Carter 201, 52f, 55f; Schaal/Heidenreich 2017, 227). Demgegenüber kann die dezentral-partizipatorische Demokratie einen ökologischeren Policy-Output hervorbringen, weil das Individuum Verantwortung übernimmt (Carter 2001, 53f). Das ausgeprägte Dezentralisierungsdenken führt die hier untersuchten Autoren, wie im Folgenden noch deutlich wird, jedoch nicht zu öko-anarchistischen Ansätzen, wie sie Eckersley als wichtigen Strang im angelsächsischen öko-politischen Denken identifiziert hat (1992, 145f). Diese halten einen vollständigen Rückbau des zentralstaatlichen politischen Überbaus zugunsten vollständiger politischer und wirtschaftlicher Autonomie für angezeigt (ebd., 133f, 170). Die vorliegenden deutschsprachigen Autoren teilen zwar das öko-anarchistische Motiv des „community empowerment“ (ebd., 133f), sehen aber, wie noch zu zeigen ist, in verschiedenem Ausmaß die Notwendigkeit übergeordneter Koordination.¹⁵⁶

7.3.2 Ausdifferenzierung: zwischen dezentralisiertem Öko-Sozialismus und Öko-Kommunalismus

Das ökologische Dezentralisierungsdenken als geteilter Grundzug ist jedoch in verschiedene Alternativentwürfe eingebettet. In Anlehnung an Eckersleys (1992) Differenzierung im Hinblick auf das frühe angelsächsi-

156 Ein solch starker Fokus auf Dezentralisierung, wie er im dargestellten Denken hervortritt, wurde von Kommentatoren retrospektiv kritisiert, weil die vorgestellte Argumentation der Schaffung überschaubarer und erfahrbarer Kreisläufe in erster Linie im Hinblick auf Ressourcenproblematiken und lokale Verschmutzungsprobleme greift (entspr. Carter 2001, 56f; Eckersley 1992, 173ff): Diesbezüglich kann eine konsequente Dezentralisierung zu erfassbaren und erfahrbaren Kreisläufen führen und dadurch potenziell Verantwortung stiften. Weniger überzeugend ist das ökologische Dezentralisierungsdenken mit Blick auf die den heutigen Umweltdiskurs dominierenden globalen Senkenproblematiken wie Klimawandel oder Artenverlust. Diese zeichnen sich durch ein räumliches und oft auch zeitliches Auseinanderfallen von Verursachung und spürbaren Folgen aus, sodass dezentral keine erfahrbaren Kreisläufe geschaffen werden können. Bei dieser Kritik muss jedoch der zeithistorische Kontext der frühen Ökologiedebatte beachtet werden, die im Anschluss an *Die Grenzen des Wachstums* stärker auf die Ressourcenproblematik fokussierte, während die globalen Senkenproblematiken v.a. im Laufe der 1980er-Jahre stärker in den Vordergrund rückten (Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f).

sche ökologisch-politische Denken können diese Entwürfe begrifflich auf einem Kontinuum zwischen öko-sozialistischem und öko-kommunistischem Denken verortet werden. Dabei sind Strasser, der frühe Bahro¹⁵⁷ und Fromm eher dem öko-sozialistischen Denken zuzuordnen, dessen Ordnungsvorstellungen sich mit Eckersley stichwortartig wie folgt umreißen lassen:

- Demokratisierte Planwirtschaft mit weitreichender Beteiligung auf allen Ebenen,
- Privatbesitz an Produktionsmitteln weitgehend eingeschränkt,
- Märkte spielen als Allokationsmechanismus nur noch eine untergeordnete Rolle,
- Befürwortung stärkerer dezentraler Autonomie, aber im Rahmen eines Zentralstaates als übergeordneter Koordinations- und Planungsinstanz,
- Demokratisierung des Zentralstaates.

Mit Blick auf den Prozess des Wandels begreift das öko-sozialistische Denken den Staat als maßgebliches Transformationsinstrument, über den die angestrebten Veränderungen umzusetzen sind. Dabei ist die Arbeiterbewegung nicht mehr das zentrale politische Subjekt, sondern Teil einer Allianz gegen den Kapitalismus, welche auch die Ökologiebewegung integriert (Eckersley 1992, 119-136; vgl. ähnlich Carter 2001, 66ff).

Amerys skizzenhafte Ausführungen weisen hingegen eher in die öko-kommunistische Richtung, die sich mit Eckersley v.a. durch folgende Ordnungsvorstellungen auszeichnet:

- Rückbau oder Umgehung des modernen Nationalstaats zugunsten maximaler politischer und ökonomischer Autonomie für dezentralisierte Gemeinschaften,
- Schaffung von dezentralen „human-scale communities“, die Raum für eine kulturelle, moralische, spirituelle, politische und wirtschaftliche Erneuerung schaffen und somit eine ganzheitliche Entfaltung von Individuum und Gemeinschaft ermöglichen,
- Aufbau suffizienter und subsistenter Ökonomien, die von der Gemeinschaft getragen werden.

157 In der englischsprachigen Sekundärliteratur wird Bahro zumeist als öko-anarchistischer Denker rezipiert (vgl. z.B. bei Carter 2001, 70f; Eckersley 1992, 77, 162; Dryzek 1997, 163f; Clark 1989). Diese Verortung bezieht sich jedoch auf das englischsprachige *Building the green movement* (1986). Darin entfaltete Bahro in der Tat eine komunitär fokussierte Position.

Anders als im öko-sozialistischen Denken ist der Staat nicht das maßgebliche Transformationsinstrument. Vielmehr geht es in erster Linie um den Rückzug aus für dysfunktional befundenen sozialen und staatlichen Institutionen sowie um den exemplarischen Neuaufbau zukunftsfähiger Strukturen, zunächst vorangetrieben von Minderheiten. Zentraler Transformationsakteur ist die Ökologiebewegung, die als Graswurzelbewegung in erster Linie jenseits der staatlichen Institutionen wirkt (Eckersley 1992, 145f, 160-167; vgl. ähnlich Carter 2001, 70ff).

Die maßgebliche Unterscheidungslinie zwischen öko-sozialistischem und öko-kommunalistischem Denken ist, wie Eckersley und Carter darlegen, die Perspektive auf den Staat. Aus öko-sozialistischer Perspektive bleibt der Zentralstaat, trotz Dezentralisierung, maßgebender Bezugspunkt des Ordnungsentwurfs und übernimmt eine Schlüsselrolle als Transformations- und Steuerungsakteur („state control“). Öko-kommunalistische Perspektiven, stärker von anarchistischen Ideen inspiriert, sind durch eine anti-staatliche Haltung geprägt und zielen auf das Zurückdrängen bzw. Absterben des Zentralstaats zugunsten umfassender dezentraler Autonomie („community control“) (Eckersley 1992, 27, 120, 132, 133f, 145; Carter 2001, 68, 75). In der Tat zeigt sich diese Differenz auch mit Blick auf die hier untersuchten Autoren. Amerys öko-kommunalistisches Denken fußt auf einer fundamentalen Herrschafts- und Staatskritik, während das Denken der weiteren Autoren eine dezidiert etatistische Dimension aufweist.

7.3.3 Öko-Sozialismus: dezentrale Autonomie im Rahmen eines demokratischen Sozialismus

Bei Strasser, Fromm und dem frühen Bahro ist das beschriebene Dezentralisierungsdenken eingebettet in einen öko-sozialistischen Alternativentwurf.¹⁵⁸ Mit Blick auf das zukünftige politische System impliziert dies eine Kombination aus ausgeweiteter dezentraler Autonomie und demokratisiertem Nationalstaat (Kap. 7.3.3.1). In ökonomischer Hinsicht verbinden sie Dezentralisierung mit gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung und Demokratisierung der Unternehmen (Kap. 7.3.3.2). Herbeigeführt werden die entsprechenden Veränderungen über den Staat, auf den sich, als zentrales Transformationsinstrument, die Impulse der Transformationsakteure richten (Kap. 7.3.3.3).

158 Für eine kurze Begriffsgeschichte des Öko-Sozialismus im deutschen Sprachraum siehe Kern 2019, 12-21.

7.3.3.1 Zukunftsfähige Demokratie: dezentrale Autonomie im demokratisierten Nationalstaat

Dem ökologischen Dezentralisierungsdenken folgend plädieren die öko-sozialistischen Denker für die Ausweitung dezentraler politischer Autonomie (Fromm 2007, 225; Strasser 1977, 117, 119; Bahro 1980, 148). Diese Ausweitung dezentraler Autonomie erfolgt aber im Rahmen eines starken Zentralstaates als übergeordnete Entscheidungsinstanz. Beispielhaft zum Ausdruck kommt dies bei Strasser, wenn er sich mit aus seiner Sicht zu weitgehenden Dezentralisierungsforderungen, wie er sie z.B. bei Illich sieht, auseinandersetzt (1977, 74; Strasser/Traube 1981, 243f). Eine ausschließliche dezentrale, direktdemokratische Selbstorganisation hält er für nicht zielführend, da sie der Komplexität von Gesellschaft und Wirtschaft und dem damit verbundenen Koordinationsaufwand nicht gerecht wird (1977, 118; Strasser/Traube 1981, 243f).¹⁵⁹ Optimal sei stattdessen die Kombination zentraler Rahmenvorgaben und dezentraler Autonomie (1977, 82, 120f). Gerade eine konsensuale zentrale Rahmenplanung eröffne die Möglichkeit für weitgehende dezentrale Selbstorganisation (ebd., 118).¹⁶⁰ Entsprechend ist auch Bahro überzeugt, dass dezentrale Selbstbestimmung in überregionale Entscheidungsstrukturen eingebettet sein muss (1980, 58). Die Notwendigkeit zentralstaatlicher Entscheidungsmacht ergibt sich aus dieser Perspektive, wie noch zu zeigen ist, sowohl für den Prozess des Wandels als auch die langfristige Stabilität einer nachhaltigen Gesellschaftsformation. Die drei Denker sind sich jedoch einig, dass der Zentralstaat diese Aufgaben nur dann in gemeinwohlorientierter Zukunftsverantwortung wahrnehmen kann, wenn er ungleich stärker demokratisiert ist (Strasser 1977, 104f, 120f; Strasser/Traube 1981, 138, 259; Bahro 1980, 55, 101f; Fromm 2007, 222ff). Dies basiert, wie bereits gezeigt, auf den Annahmen, dass einerseits demokratische Beteiligung den Bürgerwillen transformiert und andererseits ökologisches Bewusstsein primär in der Zivilgesellschaft seinen Ausgang nimmt.

Mit Blick auf die Ausweitung dezentraler Autonomie finden sich kaum konkrete institutionelle Vorstellungen. Strasser fordert die Ausweitung „re-

159 Damit spricht Strasser Argumente an, die auch in der politiktheoretischen Reflexion gegen öko-anarchistische Ansätze vorgebracht wurden (vgl. dazu Eckersley 1992, 173ff). Für eine umfassendere Diskussion siehe Eckersley 1992, 170-178.

160 Strasser/Traube fassen dies als Aktualisierung des Subsidiaritätsprinzips auf. Die jeweils höhere Ebene soll dabei nur Rahmenvorgaben machen, um möglichst viel Freiraum für die unteren Ebenen zu schaffen. (1981, 243f)

gionaler“ und „kommunaler“ Autonomie (1977, 117). Auf diesen Ebenen gelte es neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Selbstorganisation zu erproben und zu fördern (Strasser/Traube 1981, 245). Fromm spricht von „relativ kleinen Verwaltungsbezirken“, in denen sich die Menschen kennen und ihre eigenen Probleme lösen können (2007, 225). Bei beiden bleibt jedoch unklar, welche Kompetenzen in welchen Politikfeldern den dezentralen Entitäten zukommen. Zuletzt bleibt bei Bahro gänzlich offen, wie sein „Selbstverwaltungssozialismus“ (1980, 148) institutionell aufgebaut sein soll.

Für die Demokratisierung des Zentralstaates finden sich zumindest bei Fromm und Strasser konkretere Vorstellungen.¹⁶¹ Fromm befürwortet die Bildung von „Hunderttausenden von Nachbarschaftsgruppen (mit je ca. 500 Mitgliedern), die sich selbst als permanente Beratungs- und Entscheidungsgremien konstituieren und über Grundsatzfragen auf den Gebieten der Wirtschaft, Außenpolitik, des Gesundheits- und Bildungswesens und den Erfordernissen für das Wohl-Sein entscheiden“ (2007, 222). Die Gesamtheit dieser Gruppen würde, so Fromm, das „Unterhaus“ bilden, dessen Beschlüsse „entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung“ hätten (ebd., 223). Bei Fromm erfolgt die Demokratisierung des Nationalstaats also primär über die Schaffung kleinräumiger deliberativ ausgerichteter Versammlungsinstitutionen. Wie deren Einfluss auf die Gesetzgebung konkret ausgestaltet ist, bleibt unklar. In eine ähnliche Richtung zielt der Vorschlag Strassers. Er plädiert für eine „Zweite Säule der Demokratie“, die aus räteähnlichen Institutionen auf verschiedenen Ebenen besteht, die sich aus Repräsentanten der Produzenten, der Verbraucher, der Wissenschaft, des Staates und seiner jeweiligen Ebenen (Gemeinde, Land, Bund) zusammensetzen (1977, 110f). Diese „Zweite Säule“ soll die strukturelle Kurzsichtigkeit der parlamentarischen Demokratie überwinden und eine Langfristperspektive institutionalisieren, indem sie zwar demokratisch kontrolliert ist, aber keinem kurzfristigen parteipolitischen Erfolgswang unterliegt (ebd.). Wie genau dies durch Bestellmechanismus, Amtszeit und Kompetenzen gesichert werden soll, bleibt offen. Strasser setzt somit auf die verstärkte Einbindung nicht parteilich gebundener Interessen aus verschiedenen ge-

161 Bahro legt lediglich dar, dass eine möglichst breite Beteiligung der Massen verwirklicht werden muss, um den Staat als Herrschaftsinstrument unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen (1980, 22, 101f).

sellschaftlichen Bereichen, die ein Gegengewicht zur Kurzsichtigkeit des gegebenen politischen Systems schaffen sollen.¹⁶²

Als weitere Voraussetzung für einen Staat, der ökologische Zukunftsverantwortung übernimmt, betonen Strasser/Traube den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten. Dazu beschreiben sie einerseits Ansätze für eine wachstumsunabhängige soziale Sicherung sowie andererseits Arbeitszeitverkürzungen und eine gezielte Politik zur Senkung der Arbeitsproduktivität als Maßnahmen für einen wachstumsunabhängigen Arbeitsmarkt (1981, 301-307, 366-369).

Expertokratische Stoßrichtung bei Erich Fromm

Wie gezeigt dominiert bei den drei Autoren das Motiv, dass Dezentralisierung und Demokratisierung einen gemeinwohlorientierteren und weitsichtigeren Policy-Output hervorbringen. Bei Fromm wird dieses Demokratisierungs- und Dezentralisierungsdenken jedoch durch eine expertokratische Dimension überlagert, die sich bei Strasser und Bahro nicht findet. Er schlägt als weitere institutionelle Erweiterung die Einrichtung eines „obersten Kulturrat[s]“ vor, der sich aus „Vertretern der geistigen und künstlerischen Elite des Landes [...], deren Integrität über jeden Zweifel erhaben ist“, zusammensetzt (2007, 236).¹⁶³ Fromm ist überzeugt, dass weitgehend Konsens darüber besteht, wer diese „hervorragendsten Repräsentanten des Geistes- und Kulturlebens“ sind (ebd., 236f). Dabei müssten explizit auch die Meinungen vertreten sein, die in Opposition zur herrschenden Meinung stehen (ebd.). Für das Auswahlverfahren gäbe es verschiedene Möglichkeiten, u.a. eine allgemeine Wahl oder die Ernennung durch die Regierung (ebd.).

Der Kulturrat übernimmt in erster Linie beratende Aufgaben: Er berät „die Regierung, die Politiker und die Bürger in allen Angelegenheiten, die Wissen und Kenntnis erfordern“ (2007, 236). Darüber hinaus übernimmt der Rat aber eine starke Rolle im politischen Agendasetting. Er stellt für das angedachte neue „Unterhaus“, also die überall zu errichtenden Nachbarschaftsversammlungen, alle notwendigen Informationen und

162 In *Zukunft des Fortschritts* verändert sich der Vorschlag dahingehend, dass aus den Räten auf verschiedenen Ebenen ein auf Bundesebene anzusiedelndes, demokratisches „Planungs- und Lenkungsgremium“ wird, das insbesondere für die wirtschaftliche Rahmenplanung zuständig ist. Dieses soll sich aus Vertretern der Arbeitnehmerschaft und der Wohnbevölkerung zusammensetzen. (Strasser/Traube 1981, 262)

163 Mittelfristig schwebt Fromm ein mit 50-100 Personen besetzter Rat vor (2007, 237).

relevante Entscheidungsalternativen als Diskussionsgrundlage bereit (ebd., 238). Hier kommt Fromms expertokratische Stoßrichtung deutlich zum Ausdruck: Die Nachbarschaftsversammlungen, welche Demokratisierung und Dezentralisierung institutionalisieren, entscheiden auf Grundlage von Informationen und Entscheidungsalternativen, die ihnen ein Expertengremium bereitstellt.¹⁶⁴ Während Strasser und Bahro also in erster Linie auf Demokratisierung setzen, erhofft sich Fromm einen weitsichtigeren Policy-Output durch eine Kombination aus verstärkter dezentraler Beteiligung sowie stärkerem Einfluss kultureller und geistiger Eliten.¹⁶⁵

7.3.3.2 Kapitalismus überwinden: Dezentral-sozialistische Wirtschaftsstruktur

Bezüglich einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung sind sich die drei Denker einig, dass diese postkapitalistisch sein muss (Bahro 1980, 57f, 76, 88f, 114f, 124; Strasser 1977, 71, 84f; Strasser/Traube 1981, 40; Fromm 2007, 214f). Dies erfordert insbesondere die Überwindung des Profitmotivs als zentrale ökonomische Handlungsrationalität (Strasser/Traube 1981, 253, 259f, 263; Bahro 1980, 57f, 124; Fromm 2007, 218). Als Gegenentwurf klingt eine Struktur an, die zentralstaatliche Rahmenplanung, dezentrale Autonomie und eine Vergesellschaftung der Unternehmen verbindet und somit als typisch für öko-sozialistisches Denken bezeichnet werden kann (vgl. dazu Eckersley 1992, 132-136). Zentralstaatliche Entscheidungsmacht ist in den Entwürfen sowohl für die angedachte Veränderung der Wirtschaftsstruktur als auch die wirtschaftliche Rahmenplanung erforderlich. Hinzu kommen weitere staatliche Eingriffe auf der Nachfrageseite. Da die Vorstellungen einer alternativen Ökonomie bei Bahro und Fromm äußerst schemenhaft bleiben, bezieht sich die nachstehende Darstellung maßgeblich auf Strasser, während Bahro und Fromm lediglich ergänzend hinzugezogen werden.

164 Fromms „oberster Kulturrat“ erinnert bezüglich der Zusammensetzung entfernt an den Deutschen Rat für Nachhaltige Entwicklung. Während Letzterer jedoch ausschließlich beratende Kompetenzen hat, kommen dem Kulturrat bei Fromm mit Blick auf die wichtige Rolle im politischen Agendasetting größere Kompetenzen zu.

165 Strasser wehrt sich explizit gegen jegliche Form expertokratischer Ansätze, was eine deutliche Differenz zu Fromm zeigt (1977, 77f).

Zentralstaatliche Rahmenplanung und dezentralisierte Nah-Ökonomien

Alle drei Autoren plädieren für eine zentralstaatliche Wirtschaftsplanung, im Rahmen derer sich dezentrale Autonomie entfalten kann (Fromm 2007, 211; Bahro 1980, 101f; Strasser 1977, 105, 114; Strasser/Traube 1981, 262). Maßgebliche Intention ist dabei, dass sich die Wirtschaftsentwicklung nicht mehr am Profitmotiv und den von Seiten des Kapitals künstlich geschaffenen Bedürfnissen, sondern an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen ausrichten kann (Bahro 1980, 194f; Strasser/Traube 1981, 267ff; Fromm 2007, 215ff). Anders als bei den autoritären Denkern soll diese Planung auf Basis möglichst weitgehender demokratischer Beteiligung erfolgen, sodass eine breite Selbstreflexion und Selbstaufklärung über die authentischen und befriedigungswürdigen Bedürfnisse möglich wird (explizit bei Bahro 1980, 101f, 194f; Strasser/Traube 1981, 262, 268ff). Auch im Bereich der Wirtschaftsplanung wird also von Demokratisierung ein Mehr an zukunftsgerichteter Verantwortlichkeit erwartet.

Wie die Wirtschaftsplanung aufgebaut sein soll, wird nur bei Strasser konkretisiert. Bei ihm wird auf nationalstaatlicher Ebene eine wirtschaftliche Rahmenplanung vorgenommen, im Rahmen derer den einzelwirtschaftlichen Einheiten weitgehende Autonomie zukommt (1977, 85, 93, 105, 114; Strasser/Traube 1981, 262). Durchgeführt wird diese Planung durch die oben beschriebenen, plural besetzten Räte (*Zukunft der Demokratie*) bzw. das auf Bundesebene anzusiedelnde Planungs- und Lenkungsgremium (*Zukunft des Fortschritts*). Mit dieser Rahmenplanung soll der Staat entscheiden, „*was wo in welchem Umfang wachsen soll und was nicht* [Herv. i.O.]“ (1977, 93). Diese Rahmenplanung darf sich jedoch nicht, wie es z.B. Eppler vorsieht, auf die Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschränken.¹⁶⁶ Vielmehr muss der Staat eine direktere Planung vornehmen. Dies passiert maßgeblich über das Instrument der Investitionslenkung sowie Vorgaben in der Forschungs- und Entwicklungs-

166 Strasser legt auch dar, warum er eine Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems durch eine Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer Ausrichtung des Profitstrebens auf ökologische Ziele für nicht zielführend hält: Übergeordneter Grund ist, dass das Profitmotiv als zentrales und gleichzeitig destruktives Wirtschaftsprinzip nicht überwunden wird. Insbesondere könne bei Beibehaltung des Profitmotivs der erforderliche Wachstumsstopp nicht umgesetzt werden. Darüber hinaus fördere eine solche Strategie einerseits die weitere Konzentration von Einkommen und Vermögen und enge andererseits durch die erforderlichen Subventionierungen die finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand für andere Ziele ein. (1977, 104f)

politik (ebd., 106). Die Investitionslenkung wird wiederum über Investitionsprüfungen sowie Investitions- und Produktionsverbote umgesetzt (1977, 107f). Auch die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand sieht Strasser als Lenkungsinstrument (ebd.). Mit diesen Mitteln soll der Staat die mittel- und langfristige Grundrichtung der Wirtschaftsentwicklung bestimmen (ebd.). Anders als Gruhl und insbesondere Harich will Strasser aber keine staatliche Detailplanung (ebd., 105). Vielmehr kann der Markt durch die zentrale Rahmenplanung und die unten beschriebene Vergesellschaftung der Unternehmen von seiner destruktiven Dynamik befreit werden und seine nützliche Steuerungsfunktion zur Rückkopplung der Produktion an Verbraucherwünsche erhalten (ebd., 114; Strasser/Traube 1981, 264).¹⁶⁷

Innerhalb der zentralstaatlichen Rahmenplanung sollen sich dezentralisierte Nah-Ökonomien entfalten. Voraussetzung ist die Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur, die bei Strasser vom Staat vorgenommen wird. Dieser entflechtet große Konzerne und baut regionale Konzentrationen von Produktions- und Arbeitsstätten zugunsten einer gleichmäßigen Verteilung ab (Strasser/Traube 1981, 252f, 296; entspr. Fromm 2007, 211, 220f). So schafft der Staat die intendierten regionalen Kreisläufe, die Transportaufwand mindern und die beschriebene Überschaubarkeit als Voraussetzung für Verantwortung ermöglichen.¹⁶⁸ Die „Maßstabsverkleinerung“ führt dazu, dass weitestgehend mit regional verfügbaren Ressourcen für regionale Bedürfnisse produziert wird (Strasser/Traube 1981, 252). Unklar bleibt, wie sich zentralstaatliche Rahmenplanung und die angestrebte Ausweitung dezentraler Autonomie in Wirtschaftsfragen ergänzen.

Zuletzt hält Strasser auch mit Blick auf die internationale Ebene eine stärkere Rahmenplanung für erforderlich. Auf europäischer Ebene fordert er ein weitmaschiges Netz von Rahmenvereinbarungen, sodass die nationalstaatlichen Planungen besser abgestimmt werden (1977, 116f). Ihm schwebt dazu „[e]ine lockere europäische Föderation mit zentralisiertem

167 Inwiefern bei Strasser auch die technologische Entwicklung direkt kontrolliert wird, bleibt unklar. Diesbezüglich findet sich bei Fromm ein Vorschlag: Er fordert die Schaffung einer unabhängigen Kontrollkommission, die über Genehmigungen zum Inverkehrbringen technischer Innovationen entscheidet (2007, 239). Dieses Motiv einer deutlich strengeren Technikfolgenabschätzung findet sich auch bei weiteren Autoren wie Eppler, Gruhl und Harich.

168 Wie sichergestellt wird, dass sich der Warenaustausch maßgeblich auf diese Nah-Ökonomien beschränkt, bleibt unklar. Denn anders als bei Harich sieht Strassers explizit keine wirtschaftliche Detailplanung vor, die eine zielgenaue Zuweisung von Produktions- und Konsumkapazitäten ermöglichen würde.

Einigungszwang und zentraler Sanktionsgewalt“ vor, die neben der Abstimmung der Wirtschaftsplanung auch verbindliche Rahmengesetze für den Umweltschutz macht (ebd.). Die Souveränität der Nationalstaaten wird dabei durch den Einigungszwang und die europäische Sanktionsgewalt durchaus eingeschränkt. Der Nationalstaat soll also zugunsten einer vereinheitlichten Rahmensetzung Kompetenzen an die europäische Ebene abtreten.¹⁶⁹ Zur Stärkung der globalen Kooperationsfähigkeit empfiehlt Strasser eine Stärkung der Vereinten Nationen, was aber nicht konkretisiert wird (ebd., 79).

Wirtschaftsplanung und die „Rangordnung der Bedürfnisse“

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der vorgesehenen wirtschaftlichen Rahmenplanung wird die bereits bei den autoritären Entwürfen aufgeworfene Frage virulent, an welchen Kriterien sich diese Planung ausrichten soll. Zunächst dient die Wirtschaftsplanung in erster Linie dem Zweck, die wirtschaftliche Produktion im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen zu halten. Da dies aber nicht mehr die Befriedigung aller Bedürfnisse erlaubt, bedarf es, wie Strasser es ausdrückt, einer „wertbestimmten Rangordnung unserer Bedürfnisse“ (1977, 122). Dies impliziert, wie bei den planwirtschaftlichen Entwürfen der autoritären Denker, eine staatliche Differenzierung zwischen befriedigungswürdigen und nicht-befriedigungswürdigen Bedürfnissen. Der Staat verhält sich somit nicht neutral gegenüber individuellen Präferenzordnungen, sondern nimmt diesbezüglich eine aktive Bewertung vor, die seiner ökologischen Wirtschaftspolitik zugrunde liegt. Anders als bei den öko-autoritären Ansätzen soll diese Differenzierung in einem demokratisierten Prozess erfolgen. In den untersuchten Beiträgen wird jedoch deutlich, wie diese Differenzierung ausfallen soll. Mit verschiedenen Begrifflichkeiten fordern sie die Unterscheidung zwischen „gesunden“ und „pathologischen“ (Fromm 2007, 215) bzw. „kompensatorischen“ und „grundlegenden“ (Strasser/Traube 1981, 268f) Bedürf-

169 Strasser wehrt sich aber explizit gegen eine zu weitgehende Zentralisierung von Entscheidungsmacht: „Es wäre grundfalsch, alles Heil von einer Zentralisierung von Planungs- und Gesetzgebungskompetenzen zu erhoffen. Ein Vereinigtes Europa nach dem Muster zentralisierter Nationalstaaten wäre allenfalls als imperialistische Konkurrenz der USA ‚leistungsfähig‘; in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht sowie unter dem Gesichtspunkt der Friedenssicherung wäre es eher ein Rückschritt. Was aber das Wichtigste ist: Ein zentralisiertes Europa würde die Möglichkeiten demokratischer Partizipation [...] auf ein Minimum beschränken und zwangsläufig zur basisfernen Expertokratie führen“ (1977, 117).

nissen. Bahro geht davon aus, dass es eine „anthropologisch ziemlich zuverlässig ermittelbare Bedürfnisverfassung der Gattung Mensch“ gibt (1980, 194).¹⁷⁰

Während Bahro und Strasser nur die Hoffnung bleibt, dass die Bürgerschaft diese vermeintlich objektive Bedürfnisdifferenzierung im Prozess der demokratischen Deliberation erkennt, zieht Fromm institutionelle Konsequenzen, die wiederum die expertokratische Dimension seines politischen Denkens verdeutlichen. Er fordert eine neue Wissenschaft vom Menschen und seinen Bedürfnissen, welche die Grundlage für die Rekonstruktion der Gesellschaft und somit auch für die Neuausrichtung der Wirtschaft bildet (2007, 213). Diese neue Wissenschaft, die sich mit der „Natur menschlicher Bedürfnisse befasst“ (ebd., 216), hat folgendes Erkenntnisziel:

„Wir werden differenzieren müssen, welche Bedürfnisse in unserem Organismus entspringen; welche das Ergebnis des kulturellen Fortschritts sind; welche einen Ausdruck individuellen Wachstums darstellen; welche synthetisch sind und dem Menschen von der Industrie aufgezwungen werden; welche aktivieren und welche passiv machen; welche in Krankheit und welche in psychischer Gesundheit wurzeln“ (ebd.).

Davon ausgehend plädiert er für ein „humanistisches Expertengremium“ aus Psychologen, Anthropologen, Soziologen, Philosophen, Theologen und Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen, das vor wissenschaftlichem Hintergrund die oben beschriebene Bewertung der Bedürfnisse vornimmt (ebd., 216f). Zwar erlässt dieses Gremium lediglich unverbindliche Richtlinien, keine Gesetze, seine Erkenntnisse sollen aber direkt in staatliches Handeln übersetzt werden (ebd., 217). Bei Fromm ist die demokratische Wirtschaftsplanung also deutlich durch expertokratische Elemente überlagert: Welche Bedürfnisse vom Staat als (nicht-)befriedigungswürdig behandelt werden, soll maßgeblich von Wissenseleiten festgelegt werden. Gleichzeitig impliziert die Überzeugung, dass eine solche Differenzierung auf Grundlage objektiver Kriterien möglich ist, ein starkes Zutrauen in die Wissenschaft.

170 Lediglich bei Strasser/Traube werden die paternalistischen Gefahren einer „Objektivierung von Bedürfnisfragen“ reflektiert, woraus sie eben die Notwendigkeit eines möglichst breiten demokratischen Beteiligungs- und Selbstaufklärungsprozesses folgern (1981, 268f).

Staatliches Eingreifen auf der Nachfrageseite

Unterschiedlich ist die Perspektive der Autoren, inwiefern der Staat auch auf der Nachfrageseite eingreifen soll. Insgesamt sind sie diesbezüglich deutlich zurückhaltender als die öko-autoritären Denker. Dennoch finden sich zum Teil deutliche Eingriffe. Dabei kann wiederum zwischen drei Dimensionen des Eingreifens auf der Nachfrageseite unterscheiden werden: direkte Konsumkontrolle, gezieltes Einwirken auf die Präferenzstrukturen und Nachfragesteuerung durch Bevölkerungskontrolle. Eine direkte Konsumkontrolle, wie bei Harich und Gruhl vorgesehen, findet sich bei den öko-sozialistischen Denkern nicht. Strasser und Fromm legen explizit dar, dass Konsumfreiheit gewahrt bleiben soll (Strasser 1977, 114; Fromm 2007, 215).

Deutliche Eingriffe in der zweiten Dimension, der gezielten Beeinflussung der Präferenzstrukturen der Konsumenten, werden v.a. bei Fromm sichtbar. Ziel dieses Eingreifens ist, eine den tatsächlichen menschlichen Bedürfnissen angemessene Konsumweise zu fördern. Das von Fromm angestrebte humanistische Expertengremium soll Richtlinien für gesunden in Abgrenzung zu pathologischem Konsum entwickeln (2007, 216f). Die entsprechenden Erkenntnisse übersetzt der Staat nicht nur, wie oben angedeutet, in die Planungspolitik auf der Produktionsseite, sondern auch in politische Maßnahmen auf der Konsumentenseite. So veröffentlicht das Expertengremium die zutage geförderten Erkenntnisse bezüglich authentischer und synthetischer Bedürfnisse als Richtlinien ohne Gesetzescharakter, die zur öffentlichen Diskussion gestellt werden und so einen Reflexionsprozess bei den Konsumenten induzieren sollen (ebd.). Darüber hinaus transferiert der Staat die Erkenntnisse in Maßnahmen für einen „langsamen Erziehungsprozess“ (ebd., 215). Fromm schlägt vor, dass der Staat durch „groß angelegte Aufklärungskampagnen“ und das Setzen von Normen für gesunden und verantwortlichen Konsum auf die Einhegung des Konsumismus und die Entwicklung authentischer Konsumbedürfnisse hinwirkt (ebd., 215ff). Darüber hinaus verbietet der Staat jegliche Art von Werbung, die durch „Methoden der Gehirnwäsche“ dazu verleitet, „Dinge zu kaufen, die wir weder brauchen noch wollen“ (ebd., 229). „State control“ bezieht sich bei Fromm also auch und insbesondere auf die Steuerung der Nachfrage. Zwar, so legt Fromm dar, sollen die Konsumenten selbst zu der Einsicht kommen, welcher Konsum für sie „gesund“ und welcher „pathologisch“ ist (ebd., 215). Doch wird deutlich, dass der Staat diesbezüglich eine direkte Steuerungsfunktion übernimmt. Wiederum wird ersichtlich, dass

der Staat seinem Handeln eine objektive Idee menschlicher Bedürfnisse zugrunde legt.¹⁷¹

Die dritte Dimension des Eingreifens auf der Nachfrageseite wird bei Strasser adressiert. Während sich dies in *Zukunft des Fortschritts* (1981) nicht mehr findet, fordert er in *Zukunft der Demokratie* eine Bevölkerungskontrolle mit Aufhebung der freien Wahl der Kinderzahl (1977, 122f). Hier trifft sich Strasser mit Harich und Gruhl, die diese Freiheit ebenfalls für nicht zukunftstauglich befinden. Anders als diese geht er aber davon aus, dass diese Einschränkung auf die Einsicht der Bürgerschaft bauen kann und damit demokratisch umsetzbar ist (vgl. dazu v.a. 1977, 64). Entsprechende Forderungen finden sich bei Bahro und Fromm nicht.

Demokratisierung der Unternehmen und Ausweitung der Subsistenzwirtschaft

Als weiteres zentrales Element der neuen Wirtschaftsordnung tritt bei Strasser neben wirtschaftlicher Rahmenplanung und Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur eine umfassende Demokratisierung der Unternehmen mit dem Ziel, das Profitmotiv als handlungsleitende Größe zugunsten ökologischer und sozialer Vernunft zu überwinden (1977, 85, 103f, 111ff; Strasser/Traube 1981, 253, 259f, 263). Während also die demokratische Wirtschaftsplanung für eine gemeinwohlorientierte Rahmensetzung sorgt, werden die Unternehmen durch deren Sozialisierung am Gemeinwohl ausgerichtet (1977, 112ff). Dazu wird die Unternehmensführung von Räten übernommen, die sich je zur Hälfte aus Vertretern der Belegschaft sowie der betroffenen Regionalbevölkerung zusammensetzt (ebd., 113; Strasser/Traube 1981, 261). Letztere umfasst wiederum Vertreter der Gebietskörperschaften sowie Vertreter ökologischer Interessen, sozialer Interessen und Verbraucherinteressen (ebd.).¹⁷² Den vergesellschafteten Unternehmen soll im Rah-

171 Bei Bahro und Strasser finden sich lediglich indirektere Maßnahmen zur Veränderung von Präferenzstrukturen. Sie fordern, wie auch Fromm, eine veränderte Bildungspolitik, die den angestrebten Wertewandel unterstützt (Strasser 1977, 77f; Bahro 1980, 101f; Fromm 2007, 222). Ein weiteres Handlungsfeld ist die gerechtere Verteilung von Wohlstand in nationaler und internationaler Perspektive als Voraussetzung für die Akzeptanz ökologischer Maßhaltepolitik (Bahro 1980, 15, 63f, 94f; Strasser/Traube 1981, 270-273; Strasser 1977, 80f, 94-102).

172 Eine Vergesellschaftung hält Strasser nur für größere Betriebe für sinnvoll. Für Klein- und Kleinstbetriebe bietet sich eher eine genossenschaftliche Organisationsform oder die Einbindung in Nachbarschaftsstrukturen an (1977, 114; Strasser/Traube 1981, 262). Hier trifft er sich insbesondere mit Bahro, bei dem eine starke Gewichtung genossenschaftlicher und kommunitärer Strukturen anklingt, ohne dass

men der zentralstaatlichen Planung größtmögliche Autonomie zukommen (1977, 105, 114). Wieder greift die Annahme, dass eine möglichst starke Einbindung und Entscheidungsautonomie in dezentralen Zusammenhängen ein größtmögliches Maß an Verantwortlichkeit stiften. Anders als v.a. bei Harich wird Zukunftsverantwortung nicht von Verstaatlichungen, sondern von der umfassenden Demokratisierung der Unternehmen erwartet. Damit ergänzen sich Strassers demokratische Rahmenplanung und die Demokratisierung der Unternehmen zu einer umfassenden Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie.¹⁷³

Zuletzt setzt Strasser als weiteres Element neben Dezentralisierung und Demokratisierung auf die Ausweitung von nicht über den Markt vermittelten Wirtschaftsformen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Subsistenzwirtschaft und damit auf Produktionsformen wie Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe und selbstversorgende Genossenschaften (1981, 263ff). Diese Produktionsformen gelte es durch den Staat gezielt zu fördern (ebd.). Auch Bahro plädiert für eine ausgeweitete Subsistenzwirtschaft, denkt dabei aber in erster Linie an eine Gesellschaftsorganisation in kommunitären Zusammenschlüssen, die sich teilweise selbst versorgen (1980, 179, 201). Hier werden Bahros stärkere Anleihen beim öko-kommunistischen Denken sichtbar, die in seinem Spätwerk, der *Logik der Rettung*, umfassend zutage treten (Kap. 8).

In der Summe kann Strassers ökonomischer Entwurf mit Rückgriff auf Leibold (2005, 10) als Kombination einer demokratisierten Zentralverwal-

dies näher ausgeführt wird (Bahro 1980, 179, 201). Bei Fromm wird die Eigentumsfrage eher am Rande adressiert. Grundsätzlich erstrebenswert sei, dass es jenseits des privaten Besitzes zum persönlichen Gebrauch kein Privateigentum mehr geben solle (2007, 107). Kurzfristig setze die Überwindung des Profitmotivs aber nicht zwingend die Vergesellschaftung der Unternehmen voraus (2007, 218). Diese könnten auch durch Gesetze auf eine andere wirtschaftliche Rationalität ausgerichtet werden (ebd.).

- 173 Mit dieser Position vertritt Strasser ein klassisches Motiv sozialdemokratischer Demokratietheorie: Die Demokratie ist auf den Bereich der Wirtschaft auszuweiten, um ökonomische Machtpositionen einzuhegen und die Wirtschaftsentwicklung gemeinwohlorientierter auszurichten (Schmidt 2010, 225-228). Oben wurde bereits ein weiteres Motiv im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Wirtschaft angesprochen: Diese soll zu einer umfassenden Humanisierung der Arbeitswelt im Sinne selbstbestimmter, anregender und nicht-entfremdeter Arbeit führen. Beispielsweise hofft Bahro auf herrschaftsfreie Produktionsformen, die keine unterdrückten Individuen mehr hervorbringen. Die Entfremdung in der Arbeit hatten die Autoren wiederum als Quelle kompensatorischen Konsums ausgemacht. (Strasser/Traube 1981, 254ff; Bahro 1980, 179; Fromm 2007, 221f, 224f)

tungswirtschaft mit einer dezentral-selbstverwalteten sozialistischen Marktwirtschaft bezeichnet werden, wobei erstere den Rahmen für letztere absteckt. Die Ausweitung der Subsistenzwirtschaft kommt ergänzend hinzu.

7.3.3.3 Prozess des Wandels: der Staat als Transformationsinstrument

Wie und durch wen entsteht die neue Ordnung? Für die öko-sozialistischen Denker ist der Staat das zentrale Transformationsinstrument. Dies klang im Vorherigen bereits an, z.B. wenn die Dezentralisierung und Planung der Wirtschaft oder die Förderung der Subsistenzwirtschaft explizit als staatliche Aufgaben entworfen werden. Gleichzeitig wurde oben herausgearbeitet, dass die Autoren den etablierten politischen Eliten keine Impulse für den erforderlichen Wandel zutrauen. Entscheidend ist aus ihrer Sicht somit, dass der Staat zum Instrument transformativer Kräfte wird. Entsprechend bemerkt Bahro, dass der Staat dem Zugriff der kapitalistischen Verwertungs- und Sonderinteressen entzogen werden und zum Instrument „sozialer Basiskräfte“ bzw. „der Mehrheitsinteressen“ werden müsse (1980, 22, 58, 114f, 160f, 190f). Hier klingt deutlich das Motiv an, dass der Staat bisher im Sinne wirtschaftlicher Sonderinteressen und eben nicht im Sinne des Allgemeininteresses agiert hat. Erforderlich sei folglich die „friedliche Eroberung der Staatsmaschinerie“ (ebd., 160f).¹⁷⁴

Einer Transformationsstrategie am Staat vorbei erteilen die öko-sozialistischen Denker eine klare Absage. Beispielsweise legt Bahro dar, dass ökologischer Wandel gegen eine dem Status quo verhaftete Staatsmaschinerie nicht zu denken sei (1980, 190f). Bei Strasser kommt diese Position in der Kritik an breiten Teilen der Ökologiebewegung zum Ausdruck, die grundlegende Veränderung anstrebten, gleichzeitig aber skeptisch gegenüber Strategien des Machterwerbs seien (1981, 27f). Dies verkenne die zentrale Lektion aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung: Ohne einen solchen Machterwerb auf der Basis demokratischer Mehrheiten seien grundlegende Gesellschaftsveränderungen nicht denkbar (ebd.). Hinter dieser Position steht ein spezifisches Staatsverständnis, das v.a. Strasser auch gegen das marxische Argument, nach dem der Staat bloßes Herrschaftsinstrument des Kapitals sei (vgl. dazu Meyer 2008, 35; Sassmannshausen 2018, 191), abgrenzt. Demnach sind staatliche Institutionen nicht aus ihrer Natur he-

174 Die folgenden Ausführungen beziehen sich primär auf Strasser und Bahro, da Fromm diesbezüglich nur schemenhafte Andeutungen macht.

raus für oder gegen bestimmte Veränderungen und damit auch nicht bloßes Instrument kapitalistischer Interessen. Vielmehr hängt die Zielrichtung staatlichen Handelns von den demokratischen Kräfteverhältnissen ab. Der Staat ist also ein zielneutrales Instrument, während die Ziele selbst von den machthabenden Kräften definiert werden (Bahro 1980, 190f; Strasser 1977, 133-138).¹⁷⁵

Wie aber gelingt die „friedliche Eroberung der Staatsmaschinerie“? Oben wurde bereits herausgestellt, dass die Autoren diesbezüglich primär auf Impulse aus der Zivilgesellschaft setzen (Kap. 7.2.1). Statt vergeblich auf die Initiative der Obrigkeit zu warten, müsse der Prozess von unten induziert werden (Strasser 1977, 151; Bahro 1980, 50f). Selbst wenn es bei bestimmten politischen Eliten einen Veränderungswillen gebe, so Bahro, könne der nicht durchschlagen, solange es keine entsprechende Bewegung an der Basis gibt (1980, 50f). Mit Blick auf die Zusammensetzung der impulsgebenden Bewegung setzen beide auf ein breites Bündnis gegen den Kapitalismus gerichteter Kräfte. Dieses Bündnis vereint die Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere die Ökologiebewegung, mit linken politischen Kräften (Strasser/Traube 1981, 25f, 282f, 285, 292, 295; Strasser 1977, 154; Bahro 1980, 58f, 65, 99, 103f, 114, 120; 148f). Beispielsweise geht es für Bahro darum, alle Kräfte, die das gegebene System „an den verschiedensten Punkten gegen sich auf den Plan ruft, ‚pluralistisch‘ zusammenzubringen und ihrer Energie die natürliche Richtung gegen die Ursache aller der Übel im Antriebsmechanismus des kapitalistischen Systems zu weisen“ (1980, 210). Im Detail zeigen sich jedoch Unterschiede, die eine generelle Kontroverse im emanzipatorischen bzw. post-marxistischen Spektrum des ökologisch-politischen Denkens dieser Zeit verdeutlichen (vgl. dazu Eckersley 1992, 86, 121, 123f; Mende 2011, 308f; Carter 2001, 67f). Während sich Teile dieses Spektrums vollständig von der Arbeiterklasse als politischem Subjekt verabschieden, zielen andere auf eine Allianz zwischen Arbeiterbewegung und Ökologiebewegung bzw. Neuen Sozialen Bewegungen. Dies verweist

175 Strasser legt vertiefend dar, dass die Demokratie historisch nicht als Instrument des Kapitals entstanden sei, sondern von der Arbeiterbewegung gegen das Kapital durchgesetzt wurde (1977, 133-138). Systemüberwindende Reformen, auch die Überwindung des Kapitalismus, seien folglich im Rahmen der Demokratie sehr wohl möglich (ebd.). Es komme folglich alles auf das Kräfteverhältnis in der demokratischen Auseinandersetzung an (ebd.). Dieses Staatsverständnis ermöglicht es Bahro und Strasser, die für die sozialistische Strömung historisch schicksalhafte Streitfrage nach Reform oder Revolution (vgl. dazu Sassmannshausen 2018, 187f; Carter 2001, 66) reformorientiert beantworten zu können.

zugleich auf die Streitfrage, inwiefern der sozialen Frage innerhalb der reichen Industrienationen noch eine, gegen den Kapitalismus gerichtete, Sprengkraft zukommt oder diese nicht mehr gegeben ist.

Bei Strasser steht das Ziel eines Zusammenschlusses von Arbeiterbewegung einerseits und Ökologie- bzw. Alternativbewegung andererseits im Zentrum (1981, 26ff, 290, 295; 1977, 154, vgl. dazu auch Stein 1998, 207). Die Arbeiterklasse sei zwar keine interessenshomogene Schicht mehr, welche als revolutionäres Subjekt auftreten kann, müsse aber zentraler Teil einer breiteren, gegen Kapitalismus und Industrialismus gerichteten Interessenskoalition sein (1977, 153f, 156, 85).¹⁷⁶ Damit ist auch angezeigt, wo für Strasser der Schnittpunkt von Ökologie- und Arbeiterbewegung liegen: Die Arbeiterschaft ist der von Kapitalismus und Industrialismus induzierten Entfremdung am stärksten ausgesetzt und hat somit ein starkes Betroffeneninteresse (1981, 282f, 285, 25f). Dieses teilt sie mit der Ökologiebewegung, die, wenn sie die ökologische Krise richtig versteht, ebenfalls gegen Kapitalismus und Industrialismus gerichtet sein muss (ebd.). Der Zusammenschluss der neuen Interessenskoalition steht aus Strassers Sicht noch aus, das neue politische Subjekt müsse erst entstehen (1977, 153).¹⁷⁷ Der Sozialdemokratie, der Strasser selbst als Mitglied angehörte, weist er die Rolle als zentrales Forum für die Aushandlungsprozesse und Formation der neuen Interessenskoalition zu (ebd., 153ff). Es ist letztlich die „sozialdemokratische Vertrauensarbeit“, welche die heterogenen Interessen zu einem politischen Subjekt formt (ebd., 157). Strasser geht es also in erster Linie um

176 Inwiefern Strasser tatsächlich auf die Arbeiterbewegung als soziale Basisbewegung setzt oder mit Arbeiterbewegung in erster Linie an die Gewerkschaften denkt, bleibt unreflektiert. An einigen Stellen klingt jedoch an, dass Strasser primär die Gewerkschaften anspricht (1977, 154; 1981, 24ff, 294ff, 300). Voraussetzung sei jedoch, dass innerhalb der Gewerkschaften ein grundlegendes Umdenken weg von einem blinden Glauben an Wachstum als Arbeitsplatzgarant hin zu einer differenzierteren Sichtweise mit Fokus auf die Humanisierung der Arbeit stattfinde (1981, 24f, 34, 388-397).

177 „Das alte Problem sozialistischer Strategie [...] der Schaffung eines bewußten Trägers des sozialen Fortschritts stellt sich heute als die Aufgabe der Bildung einer konzeptionell orientierten Koalition aus Gruppen, die zwar objektiv derselben Bedrohung und Abhängigkeit ausgesetzt sind, denen aber das sinnfällige Erlebnis der gemeinsamen Klassenlage fehlt oder deren unmittelbare und unreflektierte Interessen oft sogar hart aufeinanderprallen“ (1977, 156).

eine Vermittlung von Arbeiterinteressen und Alternativbewegungen, wobei der Sozialdemokratie Rolle als Vermittlungsforum zukommt.¹⁷⁸

Bahro hingegen verabschiedet sich explizit von der Arbeiterschaft als transformativem Subjekt. Demnach partizipiere die Arbeiterklasse in den reichen Industrienationen umfassend am materiellen Wohlstand und sei weitgehend in das kapitalistische System integriert. Das Streben der Arbeiterschaft ziele in erster Linie auf den Wohlstand der oberen Klassen. Eben dies sei in Anbetracht der ökologischen Krise nicht mehr möglich, weswegen die Bedürfnisse der Arbeiterschaft nicht mehr die treibende Kraft sein könnten (1980, 62ff, 73, 76-80, 83f, 124f, 175ff).¹⁷⁹ Stattdessen setzt Bahro auf eine breite, lagerübergreifende Ökologiebewegung. Die ökologische Krise als Herausforderung transzendiere das klassische Links-rechts-Spektrum. Er hofft auf den Zusammenschluss aller ökologischen Kräfte, was insbesondere ein Bündnis zwischen den vielfältigen Gruppen der „Unabhängigen Linken“ und den konservativen Ökologen, wobei Bahro explizit auf Gruhl verweist, impliziert.¹⁸⁰ Auch diese konservativen Kräfte würden erkennen, dass ökologischer Wandel zwingend über den Kapitalismus hinausweisen müsse. Als Ausdruck dieses Zusammenschlusses setzt Bahro auf die GRÜNEN, denen er selbst als prominentes Mitglied angehörte. Die GRÜNEN könnten sowohl das bisherige Wählerpotenzial der SPD als auch das der Union ansprechen (ebd., 11-16, 18, 58f, 88f, 99, 102ff, 148-151, 155f). Auch die

178 Voraussetzung dafür sei jedoch eine grundlegende Kursänderung der SPD und eine Öffnung für die zivilgesellschaftlichen Basisbewegungen (1977, 155, 1981, 34). Diese Forderung hat sicherlich einen realgeschichtlichen Hintergrund: Strassers Werke entstehen zu Zeiten der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt, deren Politik weit entfernt war von der von Strasser intendierten Reformpolitik.

179 Entsprechend ist Bahro überzeugt, dass die alte Klassenfrage nicht mehr die zentrale Friktion darstellt, an welcher der Kapitalismus aufbrechen wird. Den alten Klassenkampf sieht Bahro, im Gegensatz zu Harich und Strasser, als „totes Rennen“ (1980, 175ff). Vielmehr sei die ökologische Krise die tiefste Schicht der allgemeinen Krise der kapitalistischen Zivilisation und somit der zentrale Widerspruch des Kapitalismus, der die entsprechenden Gegenkräfte mobilisiert (ebd.). Auch weitere wichtige ökologische Denker mit marxistischem Hintergrund wie André Gorz verabschiedeten sich in dieser Zeit explizit von der Arbeiterschaft als maßgeblichem politischen Subjekt (siehe v.a. Gorz 1981 *Abschied vom Proletariat*).

180 Voraussetzung dafür sei zunächst eine Einigung aller Fraktionen der „Unabhängigen Linken“, also aller Kräfte links der SPD, die dann wiederum geeint bei den GRÜNEN ihren Platz finden sollen (1980, 11ff, 139, 155f). Auf diese Einigung zielten die maßgeblich von Bahro initiierten „Sozialistischen Konferenzen“, die um 1980 beispielsweise in Kassel und Marburg tagten (vgl. dazu Bahro 1980, 16, 139ff; Mende 2011, 253f).

weiteren Stränge der Neuen Sozialen Bewegungen, wie z.B. die Frauenbewegung, müssten Teil der „kulturell umwälzenden Massenbewegung“ (ebd., 60) sein (ebd., 198f, 213). Als weiterer Teil der Gegenbewegung sieht Bahro die Christen (ebd., 59, 88f, 99).¹⁸¹ Die bindende Klammer um die heterogene Bewegung ist, wie bei Strasser, die Einsicht in die Notwendigkeit der Überwindung des Kapitalismus (ebd., 16, 23, 65, 99, 102f).

Unabhängig von dieser Differenz gehen Bahro und Strasser davon aus, dass die anvisierte Basisbewegung zu einer politischen Massenbewegung anwachsen muss (Bahro 1980, 60, 104, 125; Strasser 1977, 157). Als maßgebliche Treiber werden die Zuspitzung der ökologischen Krise sowie die zunehmenden negativen Alltagserfahrungen der Menschen beschrieben. Beide sehen bereits eine zunehmende Skepsis gegenüber dem Status quo. Immer mehr würden, wie Strasser konstatiert, grundlegende menschliche Bedürfnisse z.B. nach Naturnähe, menschlicher Begegnung, Schönheit, Ruhe oder Geborgenheit frustriert. Die entfremdenden Verhältnisse selbst schaffen das kritische Gegenbewusstsein (Strasser 1981, 16f, 20-23, 25, 34ff, 220, 240f, 290; 1977, 123; Bahro 1980, 52f, 198f, 213ff). Hinzutreten müsse gezielte Aufklärungsarbeit über die sozial-ökologischen Zusammenhänge, die an die emanzipatorischen Interessen der Menschen anknüpft (Bahro 1980, 23, 53; Strasser/Traube 1981, 290, 298; Strasser 1977, 123). Wie Strasser darlegt, geht es dabei um die „Aktivierung der Betroffenen“, was, wie oben dargestellt, alle Kräfte anspricht, die an den Folgen des kapitalistischen Industrialismus leiden (1981, 297f). Mit Blick auf diese Aktivierung weisen beide Autoren auf die wichtige Rolle alternativer Praxisprojekte hin, die nicht nur strukturelle Prototypen erproben, sondern einen ausstrahlenden Gegenentwurf vorleben (Strasser/Traube 1981, 36, 297f; Bahro 1980, 148, 200).¹⁸² Insgesamt müsse die Gegenbewegung einen anziehungskräftigen Alternativentwurf entwickeln, der den Menschen attraktiver als der Status quo erscheint (Bahro 1980, 51f, 125; Strasser/Traube 1981, 36, 297; Strasser 1977, 123f).

181 Er sieht einen zunehmenden christlichen Impuls gegen die Auswirkungen des Kapitalismus, der in ein gottfernes Zeitalter geföhrt habe. Dieser christliche Impuls könnte in der neuen Massenbewegung aufgehen, um so vom bloßen moralischen Appell zur politischen Kraft zu werden (1980, 59).

182 Bahro warnt jedoch gleichzeitig vor der Vorstellung, alleine durch Ausstiegsstrategien und dezentrale Alternativpraxis die Veränderung des Wirtschaftssystems erzwingen zu können (1980, 48, 149). Diese könnten den „Marsch durch die Institutionen“ nicht ersetzen (1980, 48). Wiederum wird deutlich, dass der Staat in dieser Perspektive das entscheidende Transformationsinstrument darstellt.

Angestrebtes Ziel ist letztlich, dass sich die impulsgebende Basisbewegung in demokratische Mehrheiten für die angestrebte Politik übersetzt.¹⁸³ Diesbezüglich zeigen sich wiederum Differenzen. Bei Strasser ist es, wie bereits angedeutet, die SPD, die den Basisimpuls in die institutionalisierte Politik trägt und Mehrheiten organisiert. Die Bearbeitung der ökologischen Krise bedürfe einer dezidiert linken Perspektive, wie sie nur über den „Hauptstrang der Linken“ bestehend aus Sozialdemokratie und Gewerkschaften zur Geltung gebracht werden könne (1981, 24ff). Den zum Zeitpunkt von Strassers zweitem Hauptwerk frisch gegründeten GRÜNEN, in denen er ein Konglomerat verschiedenster politischer Richtungen sieht, traut Strasser nur eine „widersprüchliche Politisierung der Ökologiefrage“ zu (1981, 25). Vielmehr vermutet er ein Aufbrechen der GRÜNEN in einen linken und einen rechten Flügel (ebd.). Welche parlamentarischen Bündnispartner Strasser konkret im Blick hat, bleibt unklar. In *Zukunft der Demokratie* kokettiert er in Anlehnung an Eppler mit einem Bündnis der Sozialdemokratie mit wertkonservativen Kräften, ohne jedoch zu konkretisieren, in welchen Parteien er diese verortet (1977, 52f).

Bei Bahro hingegen sind die GRÜNEN der zentrale parlamentarische Akteur (1980, 62-67, 154f). Doch könne der erforderliche ökologische Wandel nicht gegen die SPD und das durch sie repräsentierte Potenzial gelingen. Vielmehr hofft Bahro auf ein Bündnis mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Voraussetzung sei, dass es gelingt, im Zuge der sich formierenden Massenbewegung auch ein Umdenken innerhalb von SPD und Gewerkschaften zu induzieren. Dies geschieht einerseits, indem sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch eine stärker werdende grüne Bewegung insgesamt verschieben. Andererseits setzt Bahro auf die gezielte Einflussnahme auf die SPD-Basis, die für eine über den Kapitalismus hinausweisenden Politik durchaus aufgeschlossen sei. Bei Bahro klingt also die Hoffnung auf eine parlamentarische Mehrheit aus ökologischen und sozialdemokratischen Kräften an.¹⁸⁴ (1981, 25ff, 57f, 152ff, 197, 282f, 285)

183 Nicht reflektiert wird, dass insbesondere für die angedachten staatsstrukturellen Veränderungen qualifizierte Mehrheiten erforderlich wären, was ein sehr breites parlamentarisches Bündnis voraussetzt.

184 Bei Fromm wird deutlich, dass er, anders als Bahro und Strasser, nicht auf bestimmte politische Parteien setzt. Vielmehr seien die Ideale der neuen Gesellschaft des Seins nicht parteigebunden, sondern entsprächen den Wertvorstellungen vieler Konservativer, Liberaler und Linker (2007, 245). Jenseits der Parteien gäbe es nur zwei Lager: die Engagierten und die Gleichgültigen (ebd.). Fromm setzt darauf, dass die Engagierten aller Richtungen sich „von Parteiklischees freimachen und

Transformationsstrategien jenseits der staatlichen Institutionen

Auch wenn sich für das öko-sozialistische Denken ein Fokus auf die etablierten staatlichen Institutionen als Transformationsinstrument konstatieren lässt, klingen auch weitere Transformationswege an. Bei Strasser und Bahro sollen direkte Protestaktionen gegen Infrastrukturprojekten die weitere Expansion der kapitalistischen Produktion beschränken und die dadurch drohende Schaffung von Pfadabhängigkeiten, z.B. in der Energieversorgung, verhindern (Bahro 1980, 200; Strasser/Traube 1981, 292f). Bei Bahro wirken die angesprochenen alternativen Praxisprojekte zudem nicht nur bewusstseins- und bereitschaftsfördernd mit Blick auf die Erreichung einer demokratischen Mehrheit oder als strukturelle Prototypen, die dann letztlich über staatliche Politik zu verallgemeinern sind, sondern sollen durch ihren Subsistenzcharakter dem bestehenden System gezielt Nachfrage und Arbeitskraft entziehen (1980, 200). Damit ist ein weiterer Punkt angesprochen, der bei allen drei Autoren vorkommt: Sie setzen auf ein strategisches Konsumverhalten als Transformationsvehikel (Strasser/Traube 1981, 296; Bahro 1980, 200f; Fromm 2007, 218ff). In all diesen Punkten geht es um eine unmittelbare, nicht über die etablierten staatlichen Institutionen vermittelte strukturverändernde Wirkung der impulsgebenden Transformationsakteure.

Besonders stark gewichtet werden solche unkonventionellen Transformationswege bei Fromm. Er setzt prominent auf Verbraucherbewegungen, die durch ihr Nachfrageverhalten strukturverändernd wirken. Ein besonders wirksames Instrument sieht er in Verbraucherstreiks, wobei dabei der Staat wieder ins Spiel kommt. Die Beilegung solcher Streiks denkt Fromm über Verhandlungsrunden, in denen unter Einbezug der Regierung über Reformen verhandelt wird. Der große Vorteil sei, dass nicht wie im klassischen demokratischen Verfahren eine Bevölkerungsmehrheit überzeugt werden müsse, sondern dass bereits Pioniergruppen bzw. Minderheiten (Fromm spricht von 20% der Bevölkerung) Veränderungen herbeiführen könnten. Fromm hofft also darauf, dass eine Minderheitenbewegung über das Mittel des Verbraucherstreiks staatliche Reformen anstoßen kann. Zudem könne auch die enorme Macht großer Konzerne nur gebrochen werden, wenn sich eine breite Emanzipation von den bisherigen Konsumgewohnheiten einstellt. Mit Blick auf die angestrebte Verbraucherbewegung

erkennen [...], daß sie die gleichen Ziele haben [...]" (ebd.). Bei Fromm kommt somit die Hoffnung auf einen überparteilichen Konsens progressiver Kräfte zum Tragen.

setzt Fromm nicht auf ein bestimmtes soziales bzw. politisches Milieu, sondern hofft auf „Humanisten“ aus allen Lagern, die vom Wunsch nach vernünftigem und menschenwürdigem Konsum angetrieben werden. Viel stärker als die anderen Autoren trägt bei Fromm somit ein bewusstes Nachfrageverhalten zur Transformation der Ökonomie bei. Dabei wird deutlich, dass Fromm ein solches strategisches Konsumverhalten als Ausdruck demokratischer Teilhabe begreift. In der intendierten Verbraucherbewegung erblickt er ein „Manifest echter Demokratie“ (2007, 220). „Der einzelne nimmt direkten Einfluß auf den gesellschaftlichen Prozeß und versucht, die gesellschaftliche Entwicklung in aktiver und nicht entfremdeter Weise mitzubestimmen“ (ebd.). Das aufgeschlossene Individuum nimmt bei Fromm nicht nur in der Rolle als Bürger, sondern insbesondere auch als bewusster Konsument Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. (Zum ges. Absatz 2007, 218ff)

7.3.4 Öko-Kommunalismus: Gesellschaftsorganisation nach „Biozönosenprinzip“

Auch Amery hat die ökologische Krise strukturell auf den Kapitalismus sowie die daraus hervorgegangene, entfremdende industriell-zentralisierte Produktionsweise zurückgeführt (Kap. 7.1.2). Anders als bei den öko-sozialistischen Denkern kann zentralstaatliche Entscheidungsmacht für ihn aber kein Instrument zu deren Einhegung bzw. Überwindung sein. Vielmehr stellt diese selbst ein maßgebliches Transformationshindernis dar. Diese Position fußt, wie nachfolgend im ersten Abschnitt dargestellt wird, auf einer fundamentalen Herrschafts- und Staatskritik, die zentralstaatliche Macht als prinzipiell unverantwortlich begreift. Dies hat zur Folge, dass die angestrebte und beschriebene Ausweitung dezentraler Autonomie bei Amery über die gegebenen staatlichen Strukturen zugunsten weitergehender dezentraler „community control“ hinausweisen muss. Eben dies deutet Amery mit seiner im zweiten Abschnitt beschriebenen Gesellschaftsorganisation nach „Biozönosenprinzip“ ohne hierarchischen Mittelpunkt an, in welcher dezentrale Verantwortlichkeit an die Stelle kapitalistischer Prinzipien wie Wachstum und Rentabilität tritt. Zudem ergibt sich aus Amerys Staatskri-

tik, wie im dritten Abschnitt aufzuzeigen ist, dass der Prozess des Wandels maßgeblich jenseits des Staates erfolgen muss.¹⁸⁵

Herrschafts- und Staatskritik

Die Differenz zwischen Amery und den öko-sozialistischen Denkern folgt aus dessen stark herrschaftskritischer Position, die sich in eine fundamentale Staatskritik übersetzt (vgl. dazu auch Nies 2020, 24f). Diese Herrschaftskritik stellt eine Dimension von Amerys Krisenbegründung dar, die, weil sie sich bei den weiteren Autoren nicht findet, an dieser Stelle behandelt wird. Demnach ist die ökologische Krise maßgeblich in den Herrschaftsverhältnissen der Industriegesellschaft angelegt. Aus Amerys Sicht ist Herrschaft ihrem Prinzip nach ökologisch ausbeuterisch, da die Zentralmächte ihre Herrschaft und ihre Lebensweise nur auf Grundlage der Ausbeutung der Peripherie stabilisieren können (1991, 244-257, v.a. 256f). Dabei werde die Beziehung umso ausbeuterischer, je größer das Gefälle zwischen Zentralmacht und Subalternen ist (ebd., 257ff).

In der modernen Industriegesellschaft sieht Amery zwei maßgebliche Zentralmächte, auf die dieses Prinzip anzuwenden ist. Die bestimmende Zentralmacht der Industriegesellschaft sei das Kapital (1991, 267). Dessen genuines Interesse ist die Aufrechterhaltung der zentralistischen, industriell-mechanistischen und auf Wachstum angelegten Großproduktion, die Amery als maßgebliche Krisenursache identifiziert hat (ebd., 267f). Sie dient dem eigenen Machterhalt und erhält die Entfremdung und Abhängigkeit der Massen aufrecht (ebd., 193f, 330-335). Entsprechend muss eine nachhaltige Gesellschaft zwingend postkapitalistisch sein, was die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und daraus hervorgehenden Machtstrukturen voraussetzt (ebd., 184, 341f).

Die zweite Zentralmacht erblickt Amery in den politischen Machtzentren. Diese seien, wie das Kapital, ebenfalls primär auf den eigenen Machterhalt und die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit der Untertanen ausgerichtet.¹⁸⁶ Entscheidend ist, dass sie dazu eine Interessenskoalition mit dem Kapital bilden. Denn die Machtposition der politischen Mächte beruhe

185 Die Darstellung von Amerys Alternativentwurf bezieht sich maßgeblich auf *Natur als Politik* (1976). In *Ende der Vorsehung* (1972) findet sich mit Ausnahme einiger weniger abstrakter Forderungen (vgl. v.a. 1991, 184f) kein Entwurf einer alternativen Ordnung.

186 Ursprünglich als hilfreiche Entität geschaffen, entwickle die im Staat organisierte Zentralmacht mit der Zeit eine Eigenintentionalität, ziele also primär auf das eigene Überleben. Entsprechend sieht Amery im Staat eine parasitäre ökologische Gattung

ebenfalls auf der entfremdenden und auf Wachstum angelegten industriellen Produktionsweise: Diese hält einerseits die Entfremdung und dadurch die Subalternität der Menschen aufrecht und bildet mit ihrem ständigen Wachstum zudem die finanzielle Grundlage für das Agieren des Staates, das wiederum seine Legitimation sicherstellt. Die industriell-zentralistische Produktionsweise ist somit selbst Herrschaftsinstrument der politischen (und wirtschaftlichen) Zentralmächte. Der Machterhalt und somit das Überleben des Zentralstaates, so Amery, hängt folglich von der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte und somit von der „Fortsetzung des Wahnsinnskurses“ (1991, 193) ab (Amery 1976, 189-194; 1991, 193f, 270, 330-333, 341f; 1978c, 119ff).¹⁸⁷ Staat und Kapital werden so zu „Komplizen eines Raubrittertums“ (1991, 341), die in „traute[r] Zusammenarbeit den „Planet zur Wüste“ machen (ebd., 270). Das ökologisch zerstörerische Wachstum ist damit nichts anderes als „die blinde, biologische Tendenz der Parasiten [der politischen und wirtschaftlichen Zentralmächte, AR], zu wachsen und sich zu vermehren“ (1976, 193). Von einer dezentralen, subsistenzorientierten Produktionsweise, wie sie für Amery die einzige ökologische Alternative darstellt, fühlten sich die Zentralmächte hingegen in ihrer Existenz bedroht (1991, 331). Damit stehen sich die ökologische Notwendigkeit und der Selbsterhaltungstrieb zentralisierter (ökonomischer und politischer) Herrschaft diametral gegenüber.¹⁸⁸

höherer Ordnung, die für ihr eigenes Überleben das Überleben der Menschheit aufs Spiel setzt. (1991, 193)

- 187 Noch deutlicher im längeren Zitat: „Wir sind zum Handeln gezwungen, und zwar in diesem Jahrzehnt. Und es ist völlig klar, daß die bisherigen Mächte [...] weder gewillt noch imstande sind, das Notwendige hinreichend zu begründen und zu fördern. Der Grund ist bedrückend klar: ihr eigenes Überleben hängt von der Fortsetzung des Wahnsinnskurses ab [...]. Diese Institutionen und Ideologien sind längst so weit verselbständigt, daß sie, vor die Wahl gestellt, entweder sich oder die Menschheit zu opfern, natürlich für Letzteres votieren werden.“ (1991, 193)
- 188 Mit dieser Analyse erinnert Amery an den als „Herrschaftskritik“ bezeichneten, maßgeblich von Christoph Spehr, später von Ulrich Band und Christoph Görg ausgearbeiteten Strang der politischen Ökologie (vgl. dazu Adler/Schachtschneider 2010, 25-41). Aus dieser Perspektive ist die ökologische Krise in erster Linie eine Herrschaftskrise und somit Ausdruck einer herrschaftlich strukturierten (Welt-)Gesellschaft (ebd., 16). Zur Aufrechterhaltung von Herrschaft müssen Menschen und Natur ausgebeutet werden, weshalb ökologische Transformation in erster Linie das Aufbrechen der Herrschaftsverhältnisse erfordert (ebd., 16).

Vor diesem Hintergrund wird Amerys fundamentale Kritik an den „sogenannten Verantwortlichen“ (1976, 189) verständlich:

„Alle Verantwortlichen sind auf eine zentralistische Apparatur vereidigt; mehr, ihr ganzes Vorstellungsvermögen, die Art und Weise, Welt zu sehen und zu interpretieren, ist auf dem ‚Gemeinwohl‘ nicht der individuellen Untertanen, sondern eben der ‚Gemeinschaft‘, daß heißt aber der Zentralmächte aufgebaut. Das heißt aber: sie sind selbst Opfer eines Parasiten. [...] Es ist daher sinnlos, an die sogenannten Verantwortlichen zu appellieren, die ja nicht uns verantwortlich sind [...], sondern der jeweiligen ihre Existenz und ihr Welt- und Selbstverständnis bestimmenden Zentralmacht.“ (1976, 190, ähnlich 193)

Das ökologische Versagen der politisch Verantwortlichen könne daher nicht als individuelles Versagen interpretiert werden, sondern folgt strukturell aus deren Einbindung in einen zentralistischen Staats- und vor allem Machtapparat (1976, 190; 1978d, 49).¹⁸⁹ Amerys ökologisches Denken basiert somit auf einer stark herrschafts- und staatskritischen Grundposition. Zentralisierte Macht kann ihrem Prinzip nach keinen Weg aus der ökologischen Krise weisen. Deshalb kann es für Amery, anders als für Strasser, Bahro und Fromm, nicht um die Übernahme zentralisierter Staatsmacht gehen. Damit lässt sich eine deutliche Differenz in den Staatsverständnissen konstatieren. Bei Bahro und Strasser ist der Staat zielneutrales Herrschaftsinstrument, dessen Agieren von den an der Macht befindlichen Kräften bestimmt wird. Bei Amery ist zentralisierte Macht ihrem Prinzip nach unverantwortlich, weswegen die Überwindung dieses Herrschaftsinstruments selbst zur Voraussetzung für eine ökologische Gesellschaft wird. Einen verantwortlichen demokratischen Zentralismus, wie bei Bahro und Strasser angedacht, kann es für Amery nicht geben (1976, 219; 1978d, 49, 52).

189 Etwas unklar bleibt, wen Amery als „sogenannte Verantwortliche“ konkret anspricht. Der Kontext der Textstelle legt jedoch nahe, dass es ihm primär um die Regierungsverantwortlichen geht: Er wählt als untermauerndes Beispiel für die Unverantwortlichkeit der Verantwortlichen die aus seiner Sicht fatalen Aussagen eines SPD-Ministers, der auf die aus Amerys Sicht begründete Anfrage des Parlamentarierers Herbert Gruhl antwortet. Die prinzipielle Unverantwortlichkeit kann also für die Parlamentarier nicht gelten, da Amery mit Gruhl ein Gegenbeispiel nennt. Zudem wird diese Interpretation dadurch gestützt, dass Amery mit den „Verantwortlichen“ im obigen Zitat diejenigen anspricht, die auf die „zentralistische Apparatur vereidigt“ sind. Einen entsprechenden Amtseid leisten Minister und Bundeskanzler, nicht jedoch die Parlamentarier.

Gesellschaftsorganisation nach „Biozönoseprinzip“

Amerys Gegenentwurf muss also neben den kapitalistischen Prinzipien der Profit- und Wachstumsorientierung und der daraus hervorgegangene industriell-zentralistischen Produktionsweise auch die zentralisierten staatlichen Machtpositionen überwinden. Diesen Zielen dient Amerys, nur schemenhaft angedeuteter, gesellschaftlicher Alternativentwurf. Im Sinne des oben dargestellten ökologischen Dezentralisierungsdenkens plädiert er für eine Gesellschaftsorganisation nach „Biozönoseprinzip“ (1991, 300). Als Biozönosen werden in der Ökologie kleinräumige, sich selbst steuernde und an die jeweils vorherrschenden Umweltbedingungen angepasste Lebensgemeinschaften bezeichnet. Dementsprechend beschreibt Amery die intendierte Neuorganisation (ebd., 290ff). In Anbetracht dessen liegt Harich, der sich intensiv mit Amerys Schriften auseinandergesetzt hat, richtig, dass es diesem um die Schaffung lokaler, weitgehend autarker und basisdemokratischer Einheiten ging (2015c, 158).

An anderer Stelle begründet Amery seine Gesellschaftsvorstellungen mit Erkenntnissen aus der Biokybernetik, wonach das Leben dezentral, in Netzen von vielfältigen Beziehungen ohne hierarchischen Mittelpunkt operiere (Amery o.J., 2f). Hier zeigt sich, wie auch Mende darlegt, dass Amery stark von kybernetisch ausgerichteten Naturwissenschaftlern, insbesondere den Arbeiten von Frederic Vester, mit dem er auch im Briefkontakt stand, geprägt war (2011, 394; 2014, 370, 373). Dies verdeutlicht zugleich eine stark naturalistische Dimension in Amerys Denken, da er gesellschaftliche Ordnungsprinzipien aus ökologischen Prinzipien ableitet (vgl. zum Begriff des Naturalismus Oechsle 1988, 9; Raschke 1993, 70f). Nach Eckersley ist eine solche Ableitung einer dezentralen, basisdemokratischen Ordnung aus der Natur ein gängiges Motiv in öko-anarchistisch inspirierten Entwürfen (1992, 170).

Die intendierte Gesellschaftsorganisation nach „Biozönoseprinzip“ impliziert in staatsstruktureller Hinsicht die Überwindung von „Staaten der Größenordnung von vierzig bis sechzig Millionen“, in denen Amery die „vielleicht [...] irrationalsten Gebilde der Weltpolitik“ erblickt (1991, 300). Diese institutionalisieren aus seiner Sicht eben die strukturelle Verantwortungslosigkeit zentralstaatlicher Strukturen. Stattdessen gehe es darum, „eine möglichst große Zahl von Zukunftsproblemen in möglichst *überschaubaren* Räumen [Herv. i.O.]“ zu behandeln, da diese, anders als globale oder großregionale Zusammenhänge, den Menschen und ihrer Entscheidungsfindung zugänglich sind (ebd., 290f; 1978d, 49-52). Hier greift wieder-

rum die Grundannahme des ökologischen Dezentralisierungsdenkens, wonach Selbstbestimmung in überschaubaren Zusammenhängen soziale und ökologische Verantwortlichkeit stiftet. Zu diesem Zweck schwebt ihm der Übergang zu deutlich kleineren Staaten mit „regionalem, auch historischem Profil“ vor (1991, 300f). Als Referenzgröße nennt er Luxemburg und die Niederlande (ebd.). Sein Augenmerk auf das regionale und historische Profil weist darauf hin, dass es Amery um kulturhistorisch gewachsene Zusammenhänge geht. Entsprechend fordert er ein „Europa der Heimaträume“, in dem die Regionen wieder Identität erlangen (ebd.; 1976, 217ff; 1976b, 2f). Neben der Überschaubarkeit soll auch eine geteilte kulturhistorische Identität Verantwortung stiften.¹⁹⁰ Es bleibt jedoch unklar, ob diese kleinen Staaten bereits die autonomen dezentralen Einheiten bilden, die Amery vorschweben, oder ob sie vielmehr übergeordnete Koordinationsinstanz für kleinere Einheiten sind. Gänzlich offen bleibt in den untersuchten Werken zudem, trotz Harichs Verweis auf Amerys basisdemokratische Ausrichtung, wie dieser die Institutionalisierung demokratischer Beteiligung innerhalb der dezentralen Entitäten, insbesondere das Verhältnis repräsentativer und direktdemokratischer Elemente, denkt.

Auch die wirtschaftliche Dezentralisierung orientiert sich an den neu zu schaffenden Kleinstaaten. Dabei gilt es für Amery nicht nur die kapitalistischen Motive des Profits und der Rentabilität zu überwinden, sondern auch das Verantwortung unterminierende, stark arbeitsteilige Industriesystem „raschestmöglich“ (1991, 345) zu zerschlagen. Dies soll bei Amery, wiederum nur angedeutet, durch eine Kombination von deutlich ausgeweiteter Eigenproduktion und klein-industrieller Produktion für dezentralisierte Märkte, auf denen unabhängige Produzenten ihre Produkte anbieten, gelingen. Sowohl mit Blick auf die Ausweitung der Subsistenzwirtschaft als auch auf die kleinräumigen Austauschbeziehungen greift die Annahme, dass überschaubare ökonomische Zusammenhänge bei Produzenten und Konsumenten Verantwortung stiften. Bei den unabhängigen Produzenten kann es sich um individuelle oder kollektive Produzenten handeln. Die konkrete Organisationsform dieser Produzenten sowie die Eigentumsfrage mit Blick auf die Produktionsmittel werden bei Amery nicht näher behandelt. Mit

190 Auch wenn Amery für die dezentralen Entitäten teilweise den Begriff des „Habitats“ verwendet (z.B. 1991, 290f), scheint es ihm nicht im Sinne des Bioregionalismus um ökologisch abgrenzbare Räume, die sich z.B. über Klima, Wassereinzugsgebiete, Böden, Landformen, Flora und Fauna definieren, zu gehen (vgl. zum Bioregionalismus Hamm/Rasche 2002; Dryzek 1997, 160, 180ff). Vielmehr steht das kulturhistorische Profil der dezentralen Einheiten im Vordergrund.

seinem Hinweis auf die freie Assoziation wird aber deutlich, dass es sich um selbstbestimmte, nicht-hierarchische Strukturen handelt, in welchen die Produktionsmittel im Gemeinschaftseigentum sind. Die Produktion findet mit konvivialen Technologien statt, welche die natur-entfremdende Wirkung der Großtechnologien überwindet. Planwirtschaftliche Implikationen wie bei den öko-sozialistischen Denkern finden sich bei Amery nicht. Amery geht also davon aus, dass aus einer überschaubaren und selbstbestimmten Wirtschaftsordnung eine verantwortliche Wirtschaftsentwicklung folgt. (Zum ges. Absatz 1976, 197-200; 1978b, 96, 98f; 1991, 184, 292f, 301, 335ff, 340, 345)

Trotz Amerys starkem Dezentralisierungsfokus geht er nicht so weit wie dezidiert öko-anarchistische Ansätze, die für ausschließliche „community control“ bei völligem Rückbau übergeordneter Entscheidungsstrukturen plädieren (vgl. dazu Eckersley 1992, 145-175).¹⁹¹ Vielmehr schwebt ihm auf übergeordneter Ebene eine „europäischen Föderation“ aus „sagen wir, vierzig Bundesstaaten“ vor (1991, 300f). Die europäische Föderation soll bei Amery für Bereiche zuständig sein, für welche bereits die heutigen Nationalstaaten „zu klein“ seien: Wirtschaft und Verteidigung (ebd.). Doch wird auch an dieser Stelle nicht spezifiziert, welche Kompetenzen in diesen Bereichen vorgesehen sind. Im vorliegenden Zusammenhang wäre besonders interessant, wie sich für Amery im Bereich Wirtschaft die weitgehend selbstbestimmten dezentralen Einheiten und die europäische Föderation ergänzen. Kohärent mit seiner prinzipiellen Kritik an politischen „Zentralmächten“ wäre jedoch nur eine koordinierende Rolle der Föderation als Kooperationsinstrument.¹⁹²

191 Wie an der Darstellung von Eckersley deutlich wird, sind in den 70er- und 80er-Jahren öko-anarchistische Ansätze bzw. Theoretiker im angelsächsischen Sprachraum präsenter als im deutschen Sprachraum. Eckersley nennt diesbezüglich vor allem Murray Bookchin, Krickpatrick Sale und Theodore Roszak.

192 Unklar bleibt, wie sich Amery die Umsetzung der von ihm für erforderlich gehaltenen Bevölkerungspolitik, die zwingend einen Bevölkerungsstopp und wenn möglich eine Bevölkerungsreduktion sicherstellt, denkt (1991, 184, 298). Naheliegender wäre die Interpretation, dass die dezentralen Entitäten, die maßgeblich mit eigenen Ressourcen wirtschaften, selbst zu der Einsicht kommen, dass im Angesicht der Begrenztheit dieser Ressourcen eine Bevölkerungsreduktion angezeigt ist. Doch zeigt sich hier eine latente Spannung in Amerys Denken. Die erforderliche Bevölkerungspolitik ist bei Amery explizit ein politisches „Nahziel“ und wird als notwendige Sofortmaßnahme beschrieben. Das ist nicht anders als über Politik mittels der bestehenden zentralstaatlichen Institutionen denkbar, muss doch Amery dezentraler Neuaufbau erst in einem langwierigen Prozess entstehen. An dieser Stelle tritt

Der Übergang als zivilgesellschaftliches Projekt jenseits des Staates

Wie soll der Prozess des Wandels hin zur angestrebten Gesellschaftsform gelingen? Aus Amerys fundamentaler Herrschafts- und Staatskritik ergibt sich, dass der Staat als Transformationsinstrument ausscheidet und zugleich ein zentrales Transformationshindernis darstellt. Entsprechend kann es für die Transformationsakteure nicht um die Übernahme zentralisierter Macht, sondern nur um den Kampf gegen die politischen und wirtschaftlichen Zentralmächte gehen (1991, 341f, 193f; 1976, 190). Die impulsgebende Bewegung wirkt bei Amery also in erster Linie im außerparlamentarischen Bereich zum Zwecke einer zivilgesellschaftlichen Kraftsammlung gegen die unverantwortlichen Machtkonglomerate aus Kapital und Politik.

Wie denkt Amery diesen Kampf gegen die Zentralmächte? Entscheidend sei, den Zentralmächten ihre Geschäftsgrundlage zu entziehen, die für Amery, wie oben gezeigt, in der expansiven industriell-zentralistischen Produktionsweise liegt (1976, 192ff). Dazu gelte es einerseits örtlichen Widerstand zu leisten, wie er v.a. in Bürgerinitiativen und der Anti-AKW-Bewegung zum Ausdruck komme (ebd.). Verstärkt und koordiniert, so Amery, kann solcher Widerstand in der Summe revolutionäre Kraft entfalten (ebd.). Andererseits und vor allem müsse jedoch neben den Protest der Aufbau einer Gegenpraxis, eine „postindustriellen Produktionsweise“ treten (ebd., 205). Als Akteure einer solchen Gegenpraxis sieht Amery Individuen und Gruppen, die Produktion und Konsumtion dezentral selbst organisieren und somit der „kapitalistisch-industriellen Maschine“ (1991, 265) entziehen (1976, 195-200, 206; 1978b, 98, 102; 1978c, 119ff).¹⁹³ Entsprechend setzt Amery in Anlehnung an Marx auf die Assoziation der unabhängigen Produzenten und sieht Genossenschaften als zentrale Akteure des Wandels (1991, 334; 1978b, 93, 98, 102; 1978c, 120f).¹⁹⁴

eine etatistische Dimension, die im Spannungsverhältnis zu Amerys Anti-Etatismus steht, durch die Hintertür in Erscheinung.

- 193 Als wichtiges Beispiel nennt Amery Projekte der Selbstversorgung mit Energie, die er als „revolutionären Akt“ im Sinne eines direkten Angriffs auf Profit und Macht ausübung der Zentralmächte sieht (1976, 198; 1978b, 102). Entsprechend schließt Amery einen Beitrag aus dem Jahr 1978 mit dem Aufruf, neue Energie-Genossenschaften zu gründen (1978b, 104f).
- 194 Amery benennt nicht explizit, auf welche gesellschaftlichen Gruppen er seine Hoffnung für eine solche Widerstandsbewegung setzt. Er selbst engagierte sich stark in der Ökologiebewegung. An eine Neuauflage der Arbeiterbewegung glaubt Amery wie Bahro nicht, da die Arbeiterschaft selbst von der derzeitigen Produktionsweise profitiere (1991, 313).

Amery geht es also darum, dass immer mehr Menschen größere oder kleinere Teile ihrer Bedarfsdeckung (wieder) in die eigene Hand nehmen (1978b, 98) und so eine neue, dem Industriesystem entgegengesetzte, dezentralisierte und dadurch verantwortungstiftende Wirtschaftsstruktur entsteht. Diese strategische Stoßrichtung Amerys lässt sich als Neuaufbau in Nischen jenseits des Staates beschreiben, wobei dabei der Aufbau von Parallelstrukturen der dezentralen Subsistenz im Zentrum steht. Während Strasser und Bahro die Transformation der Ökonomie als staatliche Reformpolitik denken, wächst die neue Wirtschaft bei Amery von unten nach oben (1978b, 98). Weitgehend unklar bleibt, wie sich Amery die Ausbreitung dieser Gegenpraxis denkt. Im Nachwort zur Wiederauflage seiner beiden Hauptwerke legt er dar, dass diese Gegenpraxis einen zusammenhängenden und lebenskräftigen kulturellen Gegenentwurf begründen muss, der einen Angriff auf die herrschende Hauptkultur ermöglicht (1991, 353f). Dies legt die Interpretation nahe, dass es Amery um das praktische Vorleben eines ausstrahlenden Alternativentwurfs geht, der den Menschen attraktiver erscheint als die vorherrschende Lebens- und Produktionsweise. Ob sich der intendierte strukturelle Wandel letztlich vollständig voluntaristisch jenseits des Staates entwickeln soll oder ob der Staat, wenn es eine „Mehrheit von unten“ gibt, letztlich doch noch zum Transformationsinstrument wird, bleibt offen. Wie Eckersley mit Blick auf den englischsprachigen Diskurs darlegt, handelt es sich dabei um eine wichtige Kontroverse innerhalb des staatskritischen und anarchistisch inspirierten öko-politischen Denkens (1992, 164f).

Um tatsächlich einen effektiven Angriff auf das von den Zentralmächten getragene Industriesystem leisten zu können, bedarf die ökologische Basisbewegung aus Amerys Sicht Verbündeter. In *Natur als Politik* spricht Amery drei Akteursgruppen an. Erstens setzt Amery auf die Kirchen (vgl. entspr. Fenske 2009, 10). Diese könnten nicht nur durch Worte wirken, sondern hätten weitreichende Möglichkeiten zum praktischen Widerstand: Sie könnten ihre beträchtlichen Ländereien der zentralmachtsgesteuerten Produktion entziehen und entweder selbst bewirtschaften oder alternativen Wirtschaftsformen zur Verfügung stellen (1976, 209f). Zweitens hofft er auf die Gewerkschaften, insofern diese ihren Fokus von der rein quantitativen Arbeitsplatzsicherung auf Arbeitszeitverkürzung und die Humanisierung

der Arbeit verschöben (1976, 213-217; 1978c, 121).¹⁹⁵ Drittens sieht er in den „Föderalisten Europas“ potenzielle Bündnispartner, die, wie er, eine „Renaissance des europäischen Regionalismus“ anstrebten (1976, 217).¹⁹⁶

Festzuhalten bleibt, dass sich der Basisimpuls bei Amery anders als bei Bahro und Strasser nicht auf die staatlichen Institutionen richtet. Vielmehr muss sich dieser einerseits gegen zentralisierte Macht richten und andererseits jenseits dieser wirksam werden.¹⁹⁷ Damit deckt sich die Trennlinie zwischen Amery und den weiteren demokratischen Systemwechsel-Denkern mit der von Eckersley beschriebenen Differenz zwischen einer öko-sozialistischen und einer öko-kommunalistischen Perspektive auf den

195 Welchen Beitrag er sich von den Gewerkschaften konkret erhofft, bleibt unklar. Deutlich wird der Versuch darzustellen, dass die derzeitige Produktionsweise und die damit verbundene Arbeitsorganisation den Interessen der Arbeiterschaft widersprechen (1976, 213-217).

196 Konkret verweist er z.B. auf die baskische Unabhängigkeitsbewegung oder die Scottish National Party (1976, 217-220).

197 Die in *Natur als Politik* zum Ausdruck kommende Perspektive fundamentaler Ablehnung zentralstaatlicher Macht weicht sich bei Amery später deutlich auf. Bereits in einem Beitrag von 1978 hofft er, dass auch bei den „Machthabenden“ ein, wenn auch langsames Umdenken stattfindet und sie den erforderlichen Wandel hin zur dezentralisierten Gesellschaft durch flankierende Maßnahmen unterstützen (1978b, 103f). In einem 1985 verfassten Nachwort zur Wiederauflage seiner beiden Hauptwerke sieht er dann die GRÜNEN als maßgeblichen Transformationsakteur und hofft auf ein Bündnis mit der SPD (1991, 350, 354). Damit liegt die Interpretation nahe, dass Amery spätestens 1985 die Übernahme zentralstaatlicher Macht als mögliches Transformationsinstrument begreift. Dieser Wandel in Amerys Denken kann zeithistorisch kontextualisiert werden. Seine herrschaftskritischen Darlegungen mit der fundamentalen Absage an die „Verantwortlichen“ veröffentlichte Amery 1976. Zwei Jahre zuvor, 1974, war er nach dem vergeblichen Versuch, die ökologische Perspektive bei der damaligen Regierungspartei SPD zur Geltung zu bringen, aus der Partei ausgetreten (Mende 2011, 266). Seine Hoffnung auf die „Verantwortlichen“ war also erschüttert worden. Zudem war zu dieser Zeit eine parlamentarische Vertretung des ökologischen Anliegens, wie sie sich Ende der 70er-Jahre mit den GRÜNEN formierte, noch nicht in Aussicht. Vielmehr äußerte sich der ökologische Protest v.a. in Basisaktionen, auf die Amery in *Natur als Politik* entsprechend sein Augenmerk richtet. Mitte der 1980er-Jahre sind hingegen die GRÜNEN, mit Amery als prominentem Mitglied, im Bundestag vertreten. Die SPD ist mittlerweile in der Opposition und ist aus Amerys Sicht mehrheitlich ökologisch ausgerichtet. Für die ökologische Perspektive bietet sich somit zumindest eine potenzielle Machtperspektive. Bezeichnenderweise fehlt der Neuaufgabe von *Natur als Politik* auch der Teil, in dem die fundamentale Absage an die „Verantwortlichen“ zu finden ist (vgl. Amery 1991).

Prozess ökologischen Wandels (Eckersley 1992, 183).¹⁹⁸ Zuletzt ist auf die Frage einzugehen, wie Amery den Prozess des von ihm geforderten tiefgreifenden Kultur- und Bewusstseinswandel weg von einer anthropozentrischen und auf diesseitige Heilserzwingung fokussierten Weltanschauung denkt. Hierzu finden sich in Amery Beiträgen keine Antworten, was eine deutliche Leerstelle bedeutet. Naheliegender ist, dass sich Amery von dem autonomen Aufbau der alternativen Lebens- und Produktionspraxis dazu einen maßgeblichen Beitrag erhofft: Diese verleiht, wie er an anderer Stelle darlegt, einer neuen Weltanschauung Ausdruck, die einerseits Anthropozentrismus und Abhängigkeit von den Zentralmächten überwindet sowie andererseits selbstbestimmt und selbstverantwortlich eine verantwortliche Beziehung zur natürlichen Umwelt vorlebt (Amery 1988). Die strukturellen Veränderungen ermöglichen also den tiefgreifenden Kulturwandel. Zudem hat Mende darauf hingewiesen, dass Amery die grüne Bewegung als eine zivilgesellschaftliche Bewusstseinsavantgarde verstand, welche die Mehrheit zum erforderlichen Umdenken führen muss (2011, 387). Wie sie dies jedoch jenseits der aufzubauenden Gegenpraxis tun soll, bleibt ungeklärt.¹⁹⁹

198 Ein konkretes Beispiel, an dem sich diese Differenz verdeutlichen lässt, ist die unterschiedliche Rollenzuschreibung für praktische Alternativprojekte (vgl. entspr. Eckersley 1992, 164f). Beim Öko-Kommunalisten Amery wird der dezentrale Neuaufbau von Pionieren voluntaristisch am Staat vorbei vollzogen. Im öko-sozialistischen Denken hingegen spielen voluntaristische Projekte zwar eine wichtige Rolle als Prototyp für zukünftige Produktions- und Lebenszusammenhänge, deren Verallgemeinerung und damit der ökologische Umbau erfolgt jedoch über den Staat. Eine Zwischenposition nimmt diesbezüglich, wie noch zu zeigen ist, der späte Bahro ein. Er setzt für seinen kommunitären Neuaufbau maßgeblich auf Voluntarismus, der Staat stellt aber unterstützende Rahmenbedingungen bereit.

199 Abschließend ist eine kurze Bemerkung zur weiteren Entwicklung von Amerys öko-politischem Denken hinzuzufügen, da sich diesbezüglich eine interessante Parallelität zu Gruhl zeigt. Auch bei Amery lässt sich eine immer tiefer werdende Skepsis bis hin zu einer resignierenden Haltung bezüglich der Verwirklichung einer ökologischen nachhaltigen Gesellschaft nachzeichnen (vgl. entspr. Fenske 2009, 10). Spätestens in der *Botschaft des Jahrtausends* von 1994 kommt dies deutlich zum Tragen, wo er die Lage der Menschheit, durchaus vergleichbar zu Gruhls *Himmelfahrt in Nichts*, äußerst skeptisch bis ausweglos darstellt. Hier deutet sich ein Muster an, wonach öko-politische Denker durch stetige Vergeblichkeitserfahrungen mit Blick auf ihre Warnungen und Gegenvorschläge letztlich zu einer resignativen Haltung gelangen. Interessant wäre, dies als Arbeitshypothese durch die Aufarbeitung der zeitlichen Entwicklung des Denkens der weiteren Autoren zu prüfen. Dies konnte im vorliegenden Zusammenhang nicht geleistet werden.

7.3.5 Erklärende Hintergrundannahmen

Abschließend stellt sich die Frage, auf welche Hintergrundannahmen die Positionen der demokratischen Systemwechsel-Denker zurückzuführen sind. Dabei liegt der Fokus auf den geteilten Annahmen, welche das Denken der Autoren als Gruppe erklären können. Nicht mehr aufgegriffen werden die bereits dargestellten divergierenden Staatsverständnisse, welche die Trennlinie zwischen Amery und dem öko-sozialistischen Denken begründen (Kap. 7.3.4). Auch auf die drastische Krisenwahrnehmung in Verbindung mit dem starken Wachstumspessimismus wird an dieser Stelle nur noch kurz eingegangen (Kap. 5). Analog zum Öko-Autoritarismus müssen auch die demokratischen Systemwechsel-Ansätze vor dem Hintergrund der Wahrnehmung enger ökologischer Wachstumsgrenzen gelesen werden. Die Autoren sehen die Notwendigkeit eines Wachstumsstopps bis hin zu einer deutlichen wirtschaftlichen Schrumpfung. Hinter dieser Position steht, wie dargelegt, eine skeptische Haltung zur technologischen Lösungskapazität. Erst aus dieser wachstumspessimistischen Grundposition ergibt sich die Notwendigkeit, konstitutive Grundstrukturen der Gegenwartsgesellschaft, die mit diesem Imperativ nicht vereinbar sind, radikal infrage zu stellen.

Wachstumspessimismus und drastische Krisenwahrnehmung können aber keine abschließende Erklärung der Gegenentwürfe leisten, da sie in gleicher Weise dem Öko-Autoritarismus zugrunde liegen. Vielmehr kann diese Differenz zu den autoritären Perspektiven über zwei Annahmen erklärt werden, die bereits im Rahmen der Aufarbeitung der von den Autoren angenommenen normativen und funktionalen Überlegenheit der Demokratie angedeutet wurden (Kap. 7.2.1):

- die prominente Stellung von Emanzipation und individueller Freiheit im Grundwertekanon der Denker; daraus hervorgehend versuchen sie mit ihren Ansätzen ökologische und emanzipatorische Ziele zu verbinden, wobei diese emanzipatorische Stoßrichtung wiederum auf einem spezifischen Freiheitsverständnis basiert.
- ein gegenüber den autoritären Autoren deutlich optimistischeres Bürger- und Menschenbild, das dem Individuum Einsichtigkeit bezüglich der ökologischen Krise und die Entwicklung einer diesbezüglich angemessenen Werte- und Bedürfnisstruktur zutraut.

Diese beiden Prämissen gilt es im Folgenden zu vertiefen. Die Differenz zu Eppler lässt sich v.a. auf perspektivisch-strategische Differenzen zurückführen, was im Folgenden ebenfalls ausgeführt wird.

Ökologie, Emanzipation und das gute Leben

Bezüglich des ersten Punkts ist zunächst festzuhalten, dass die Autoren den Ausweg aus der ökologischen Krise mit der Verwirklichung bzw. der Annäherung an eine gesellschaftliche Positivvision verbinden. Dies markiert eine zentrale Differenz insbesondere zu Jonas und Gruhl, die primär auf Gefahrenabwehr im Sinne physischer Überlebenssicherung zielen. Den Alternativentwürfen der hier behandelten Denker liegt das Anliegen zugrunde, eine ökologisch nachhaltige *und* zugleich eine darüber hinaus bessere Gesellschaft zu verwirklichen. Zentrale Aspekte dieser besseren Gesellschaft wurden im Vorherigen bereits deutlich: die Abkehr vom aus ihrer Sicht sinnentleerten, von außen induzierten und kompensatorischen Konsumismus zugunsten authentischer menschlicher Bedürfnisse nach Gemeinschaft, sinnstiftender Tätigkeit, nicht-entfremdeter Arbeit, selbstbestimmter Persönlichkeitsentfaltung, Solidarität und intakter Umwelt. Den Bedingungen für die Verwirklichung eines so verstandenen guten Lebens sollen die dargestellten Alternativentwürfe Rechnung tragen. Hinter den Entwürfen steht somit eine spezifische Idee des guten Lebens, die mit den als vorherrschend wahrgenommenen, materialistisch ausgerichteten Präferenzstrukturen bricht.

An dieser Stelle wird dazu ein Aspekt vertieft, der von übergeordneter Bedeutung im Denken der hier untersuchten Autoren ist. Ausgehend von der hervorgehobenen Stellung freiheitlicher Grundwerte (vgl. Kap. 7.2.1) liegt ihren Entwürfen das Ansinnen zugrunde, ökologische und emanzipatorische Ziele zu verbinden, also eine ökologischere und freiere Gesellschaft zu ermöglichen. Diese emanzipatorische Dimension unterscheidet sie nicht nur von Gruhl und Jonas, sondern auch von Harich, dem ja durchaus eine Positivvision zu unterstellen ist, die aber auf die Verwirklichung materieller Gleichheit gerichtet ist. Ihre Gegenentwürfe sollen explizit gleichzeitig die Quellen der ökologischen Zerstörung *und* der Entfremdung überwinden (Amery 1991, 331, 337; 1976, 206;²⁰⁰ Strasser/Traube 1981, 10, 230, 233, 252; Bahro 1980, 47, 63f, 65, 98f, 113).²⁰¹ Paradigmatisch bemerkt z.B. Strasser, dass die Motivation nach einer gesellschaftlichen Alternative zu

200 Vgl. entspr. zu Amery Mende 2011, 431.

201 Bei Fromm wird dieses Anliegen nicht explizit geäußert. Es kommt aber deutlich zum Ausdruck, wenn er seine politischen Gegenvorschläge ökologisch und „humanistisch“ begründet (2007, 215-240), wobei das übergeordnete Ziel bei letzterem die volle, nur selbstbestimmt mögliche Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und der der Mitmenschen sei (ebd., 208). Entsprechend weist Johach darauf hin, dass es

suchen zwar auch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sei, vor allem aber die zunehmende Bedrohung des Menschen „im Kern seiner Menschlichkeit, nämlich in der Freiheit [...]“ (Strasser/Traube 1981, 230). Entsprechend sind „Dezentralisierung und Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten [...] nicht nur Mittel zur Sicherung des Überlebens, [...] sondern auch [...] ein Beitrag [...] zur Überwindung unwürdiger Abhängigkeit und Gewinnung weitestgehender Autonomie des Menschen“ (ebd., 233). Strasser wirft den öko-autoritären Positionen, namentlich Gruhl und Harich, sogar explizit vor, diese Chance der Emanzipation und Autonomisierung des Menschen durch eine ökologische Alternative zu verkennen (ebd., 230).²⁰²

Hinter dieser emanzipatorischen Position der Autoren steht ein spezifisches Freiheitsverständnis, das dem aus ihrer Sicht in der Konsumgesellschaft verfolgten Freiheitsstreben entgegensteht. Dieses Freiheitsverständnis lässt sich zunächst an der vorgebrachten emanzipatorischen Kritik an der Gegenwartsgesellschaft zeigen, die darauf abzielt, dass das moderne Individuum in der industriell-kapitalistischen Konsumgesellschaft radikal unfrei ist. Verdeutlicht wird dies vielfach mit der Metapher der industriell-kapitalistischen „Maschine“²⁰³, in der das Individuum als Konsument und Produzent „apparatgerecht funktionieren“ (ebd., 223) muss (ebd.; Fromm 2007, 14; Amery 1991, 265). Die Unfreiheit des Menschen bezieht sich somit sowohl auf die Rolle als Produzent als auch als Konsument.²⁰⁴

Mit Blick auf die Arbeit in der kapitalistisch-industriellen Produktion sehen sie das Individuum als fremdbestimmte Arbeitskraft, die von der eigenen Arbeit und vom produzierten Gut entfremdet ist (Bahro 1980, 97, 99, 179; Amery 1991, 335; Strasser/Traube 1981, 257, 310). Insbesondere

Fromm primär um das selbstbestimmte Sein anstelle des fremdbestimmten Habewollens ging (2010, 5, 8).

202 Carter und Eckersley heben diesen Zusammenhang zwischen emanzipatorischen und ökologischen Motiven auch für das entsprechende Spektrum im englischsprachigen ökologischen politischen Denken hervor (Carter 2001, 73; Eckersley 1992, 18-31, v.a. 18f, 29).

203 Entsprechend auch bei Gruhl (1985, 2) und dem späten Bahro (1987, 121). Mende hat herausgestellt, dass der Begriff der Maschine bzw. in Anlehnung an Mumford, der „Megamaschine“, zum Zentralbegriff der Gegenwartskritik im Umfeld der GRÜNEN wurde (2011, 369). Dies lässt sich im Hinblick auf die untersuchte Autorenschaft bestätigen.

204 Auch als Bürger erscheint das Individuum unfrei, da das gegenwärtige politische System keine tatsächliche Selbstbestimmung ermöglicht (Kap. 7.2.1).

Strasser und Amery setzten sich mit der aus ihrer Sicht entfremdeten Arbeitswelt des Industrialismus näher auseinander. Die Wurzel der Entfremdung sehen sie dabei bereits bei der im Industrialismus angelegten, immer größer werdenden Trennung von Produktion und Konsum (Amery 1991, 335; Strasser/Traube 1981, 60ff, 67f). Beispielsweise legt Amery dar, dass Arbeit „umso weniger entfremdet ist, je geringer die Distanz, der Abstand in Raum, Zahl und Zeit ist, der zwischen der Herstellung eines Produktes und dem Bedürfnis liegt, für das es erstellt wurde“ (1991, 335). Entsprechend sehen sie freie Arbeit in erster Linie in dezentraler, kleinteiliger, selbstbestimmter und schöpferischer Tätigkeit (Strasser 1977, 114f, 124f; Strasser/Traube 1981, 244, 252, 254ff, 264, 364-387; Amery 1976, 204ff; 1991, 331, 334-337; Fromm 2007, 221-225; Bahro 1980, 94, 179). Einer solchen freien Arbeit widerspreche auch die Hypertechnisierung des Industrialismus, insbesondere die Großtechnologien (Bahro 1980, 179; Strasser/Traube 1981, 47f, 66f, 223). Eine Umwälzung der Produktionsweise wird so nicht nur zur Bedingung für ökologische Nachhaltigkeit, sondern zur Voraussetzung für menschliche Freiheit (Strasser/Traube 1981, 230, 252, 310; Amery 1991, 331, 337; Bahro 1980, 99, 179).

Auch der diagnostizierte Konsumismus steht aus ihrer Sicht menschlicher Freiheit entgegen. Der von außen erzeugte Kaufzwang verurteile die Menschen zum Dasein als „Konsumtrottel“ (Amery 1991, 326) und mache sie unfrei (ebd., 326, 335f; Bahro 1980, 83, 93ff, 97f; Strasser/Traube 1981, 223; Fromm 2007, 214, 216). Paradigmatisch bemerkt Bahro, dass die materialistischen Bedürfnisstrukturen der Menschen deren Emanzipation von innen heraus blockieren (1980, 83). Demnach beschränke jeder überflüssige Besitz die Freiheit und die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung (ebd., 113f). Strasser/Traube sehen den modernen Konsumenten gar an die Dingwelt versklavt (1981, 223).²⁰⁵ Aus dieser Perspektive wird die Abkehr vom Konsumismus zum Akt der Befreiung, die Emanzipation von der von außen geprägten materialistischen Bedürfnisstruktur zur Voraussetzung von

205 Strasser/Traube nennen auch konkrete Produkte, welche aus ihrer Sicht menschliche Freiheit untergraben: Beispielsweise schränke ein Fertighaus oder ein Fertiggericht menschliche Freiheit ein, da sie die Möglichkeiten zur Selbsttätigkeit unterminieren und die Menschen zur Passivität verdammen (1981, 258). An anderer Stelle bemerken sie im Hinblick auf technologische Entwicklungen, dass die zunehmende Abhängigkeit von technischen Produkten individuelle Freiheit untergrabe (ebd., 310).

Freiheit (Bahro 1980, 63f, 83, 93, 99, 113f; Amery 1991, 335f; 1978b, 92f; Strasser/Traube 1981, 258; Strasser 1977, 122-125; Fromm 2007, 214f).²⁰⁶

Das Handeln der Individuen in der Gegenwartsgesellschaft ist aus Sicht der Autoren also in vielerlei Hinsicht heteronomes Handeln in dem Sinne, dass äußere (System-)Zwänge verinnerlicht werden und das Handeln bestimmen. Dieses Handeln ist somit nicht Ausdruck von Freiheit, sondern von Unfreiheit. Vor diesem Hintergrund kritisieren Fromm und Strasser das aus ihrer Sicht in der Gegenwartsgesellschaft vorherrschende Freiheitsverständnis, wonach Freiheit Willkür im Sinne zügelloser Begierden bzw. uneingeschränkten Sichauslebens bedeute (Fromm 2007, 14f, 209; Strasser 1977, 122ff; Strasser/Traube 1981, 276). Wahre Freiheit meine stattdessen, positiv definiert bei Fromm und Bahro, „die Chance, man selbst zu sein“ (Fromm 2007, 209; entspr. Bahro 1980, 46) bzw. negativ definiert bei Amery und Strasser, die Abwesenheit von Entfremdung, Herrschaft und Abhängigkeit (Strasser/Traube 1981, 69; Amery 1978b, 91f). Freiheit liegt,

206 Wie Stein richtigerweise feststellt, ergeben sich weitgehende Schnittmengen zwischen der hier vorgestellten emanzipatorischen Kritiklinie und der mit Blick auf Gruhl nur angedeuteten konservativen Kritik an der Konsumgesellschaft (2016, 208). Dies zeigt sich zunächst daran, dass Gruhl die Kritik an der radikalen Unfreiheit des modernen Individuums in der Konsumgesellschaft teilt (1985, 61, 93f, 99f, 289; 1975, 106, 288f). Darüber hinaus zeigen sich weitere geteilte Kritikpunkte, wonach die kapitalistisch-industrielle Wohlstandsgesellschaft:

- durch ein falsches Bild des Menschen als homo oeconomicus und davon ausgehend durch einen Wertekanon, in dem Egoismus, Gier und Konkurrenzdenken prioritär sind, gekennzeichnet ist, was in der Summe zu moralisch-ethischer Verwahrlosung führt (Gruhl 1985, 17f; 1975, 52; Fromm 2007, 15-21; Strasser 1977, 122ff; Strasser/Traube 1981, 217ff, 222f; Amery 1991, 326; Eppler 1981, 104ff; 1975, 14f, 52; Bahro 1980, 97).
- soziale entfremdet ist, da sie aufbauend auf diesem Wertekanon und in ihrer atomisierten Struktur, soziale Beziehungsfähigkeit, soziale Gemeinschaften und Solidarität systematisch zerstört (Gruhl 1985, 102, 256, 280; Bahro 1980, 100; Strasser/Traube 1981, 39, 275ff, 279).
- durch die Auflösung kultureller Identitäten und allgemeinen Kulturverlust geprägt ist (Gruhl 1985, 18, 38, 157f, 256f, 272; Strasser; 1977, 124; Strasser/Traube 1981, 224f, 279f; Amery 1991, 347).
- in ihrem platten Materialismus sinnentleert ist (Gruhl 1985, 19, 256ff, 259f; Strasser 1977, 103; Strasser/Traube 1981, 223; Fromm 2007, 18, 242).

Diese Überschneidung wird z.T. auch von den Autoren selbst reflektiert. Beispielsweise legt Amery in einem Kommentar zur Chemiekatastrophe 1976 in Seveso dar, dass sich „sämtliche Einwände der konservativen Kulturkritik gegen das Industriesystem [...] bewahrheitet“ hätten (Amery 1976c, 2f; zitiert bei Mende 2014, 375f; ähnlich Bahro 1980, 102).

so Bahro, gerade in der Erhebung über die fremdbestimmten Sachzwänge und die daraus folgenden heteronomen Bedürfnisse (1980, 99, 113f). Zum Ausdruck kommt hier ein Freiheitsverständnis, wonach Freiheit die größtmögliche Selbstbestimmung in Unabhängigkeit von äußeren Zwängen bedeutet. Damit lässt sich für die Denker ein auf positive Freiheit fokussiertes Freiheitsverständnis konstatieren.²⁰⁷ Eine solche positive Freiheit ist für die Autoren innerhalb der kapitalistisch-industriellen Konsumgesellschaft nicht möglich. Verwirklicht werden soll sie in den dezentralisierten und demokratisierten Alternativentwürfen, denn entgegen der Gegenwarts-gesellschaft ermöglichen diese:

- die Emanzipation vom strukturellen Konsumzwang und den damit einhergehenden „künstlichen“ bzw. „kompensatorischen“ Bedürfnissen (Fromm 2007, 214f; Strasser/Traube 1981, 268f; Bahro 1980, 194f) sowie dadurch die Freiheit, den Fokus auf die authentischen individuellen Bedürfnisse zu richten.
- Emanzipation von der entfremdeten Arbeitswelt des Industrialismus zu Gunsten selbstbestimmter und sinnstiftender Arbeit, wie sie insbesondere in kreativer Eigen- und Gemeinschaftsarbeit zu verwirklichen ist.
- die Emanzipation von zentralstaatlicher Fremdbestimmung durch umfassende dezentrale Beteiligung und Autonomie.

207 Die Differenzierung zwischen positiver und negativer Freiheit wird hier im Rückgriff auf Berlin und Honneth vorgenommen (Honneth 2013, 58-61; Berlin 2006, 200ff, 210f). Negative Freiheit bringt zum Ausdruck, „daß der einzelne das Recht genießen soll, ohne äußere Einschränkungen und unabhängig vom Zwang zur Prüfung seiner Motive ‚nach Belieben‘ zu handeln, solange er dabei nicht dasselbe Recht seiner Mitbürger verletzt“ (Honneth 2013, 58). In diesem Verständnis ist eine Handlung ungeachtet der inneren Motive des Individuums frei, wenn sie ohne äußeren Zwang ausgeführt werden kann und in der äußeren Welt auf keine Einschränkungen mit Ausnahme der negativen Freiheitsrechte anderer Menschen trifft. Von Zwang wird in diesem Verständnis nur gesprochen, wenn es einen willentlichen Eingriff durch andere gibt, welcher eine bestimmte Handlung erzwingt oder verhindert. Negative Freiheit fokussiert also auf äußere Freiheitshindernisse (Backhaus 2020, 46). Entsprechend wird negative Freiheit auch als „non-interference“ bezeichnet (Pettit 2003; Backhaus 2020, 45). Der Kern positiver Freiheit bildet hingegen die Unterscheidung zwischen heteronomen und autonomen Handlungen: „Als frei kann eine Handlung nicht schon gelten, wenn sie in der äußeren Welt ausgeführt wird, ohne darin auf Widerstände zu stoßen, sondern erst in dem Augenblick, in dem die Absicht zu ihrer Durchführung auf den eigenen Willen zurückgeht“ (Honneth 2013, 59f). Handlungen sind also nur dann frei, wenn sie dem authentischen und freien Willen des Individuums entspringen. Positive Freiheit fokussiert neben äußeren damit auch auf innere Freiheitshindernisse (Backhaus 2020, 46).

Insbesondere bei Strasser wird zudem das Erleben neuer Gemeinschaftlichkeit zur Voraussetzung wirklicher Individualität. Nur in gelebter und erlebter Gemeinschaft kann das Individuum sein menschliches Potenzial frei entfalten (1981, 276f). Damit fallen für die Autoren emanzipatorische und ökologische Ziele zusammen, die Überwindung der kapitalistisch-industriellen „Maschine“ wird zur Bedingung für Ökologie und Freiheit (Amery 1991, 331; 1976, 206; Strasser/Traube 1981, 69, 230 252; Bahro 1980, 95, 98; Fromm 2007, 214).

Voraussetzung für den Weg zur Freiheit ist jedoch der von den Autoren geforderte Bewusstseinsfortschritt. Nur wenn sich die Menschen einerseits von der durch die Verhältnisse geprägten materialistischen Bedürfnisstruktur emanzipieren und sich andererseits der Naturbedingtheit ihrer Existenz bewusst werden, bleibt bzw. wird in Zukunft Autonomie und Selbstbestimmung möglich. Entsprechend konstatieren sie, dass Fortschritt in Zukunft in erster Linie Bewusstseinsfortschritt sein muss, der die Grundlage für eine freie (und ökologische) Gesellschaft und damit für emanzipatorischen Fortschritt darstellt. Anders formuliert müssen die inneren Voraussetzungen für tatsächliche Freiheit geschaffen werden.²⁰⁸ (Zum ges. Absatz Strasser/Traube 1981, 233ff, 238; Strasser 1977, 82f; Bahro 1980, 93, 97, 125, 216; Amery 1972, 250; 1991, 340; 1979, 18)

Fokus auf das Notwendige und das Wünschenswerte

Im Zusammenhang mit dem Vorherigen lässt sich eine weitere wichtige Prämisse beschreiben, die v.a. die Differenz zu Eppler plausibel machen kann. Dieser Punkt wird an dieser Stelle nur angedeutet und unten bei der Besprechung von Epplers Position ausführlicher dargestellt (Kap. 7.4.3). Die unterschiedlichen Positionen zwischen Eppler und den hier behandelten Autoren ergeben sich maßgeblich aus einer perspektivischen Differenz dergestalt, dass sich für Eppler ein realpolitischer Fokus auf das Machbare, für letztere hingegen ein Fokus auf das theoretisch Notwendige und

208 Ausgehend davon ist auf die Differenz zu Gruhl hinzuweisen, die auch Mende an der Gegenüberstellung Gruhl/Amery herausstellt. Während sich Gruhl prinzipiell gegen das (aufklärerische) Fortschritts- und Emanzipationsdenken wehrt, geht es den hier behandelten Denkern um die Kritik an der materialistischen und technischen Verengung des Fortschrittsdenkens (Mende 2014, 400f, 431f; 2011, 303). Entsprechend stellt sich Amery explizit in die Tradition der Aufklärung, um zu verdeutlichen, dass er deren emanzipatorischen Ideale teilt, Fortschritt zukünftig jedoch in erster Linie als Bewusstseinsfortschritt begriffen werden müsse (1972, 250, 1979, 18).

das Wünschenswerte konstatieren lässt. Die Dimension des Wünschenswerten kam oben in der dargestellten Intention der Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision deutlich zum Ausdruck. Der Fokus auf das theoretisch Notwendige zeigt sich daran, dass die Autoren auf die Maximalforderung einer Überwindung von Kapitalismus, Industrialismus und nationalstaatlicher Repräsentativdemokratie fokussieren, Zwischenschritte mit Ausnahme von Strasser aber weitestgehend ausgeblendet bleiben. Den Gegenentwürfen der Autoren liegt somit keine ausgeprägte Perspektive des politisch Machbaren zugrunde. Besonders deutlich wird dies im Hinblick auf die Vorstellungen vom Prozess des Wandels hin zu den radikalen Alternativentwürfen. Zwar finden sich Andeutungen, wie sich die Autoren diesen Prozess denken. Diese sind aber mit starken, mit Blick auf ihre Realisierungschancen unreflektierten Hoffnungen wie z.B. auf die massenhafte Selbstemanzipation von der kapitalistisch geprägten Werte- und Bedürfnisstruktur, auf die heterogene, aber im Ziel vereinte zivilgesellschaftliche Massenbewegung, auf die umfassende Neuausrichtung der Gewerkschaften oder die verbreitete Bereitschaft zum Verzicht auf materiellen Wohlstand und zur Subsistenzproduktion verbunden. Aus einem perspektivischen Fokus auf das realpolitisch Umsetzbare folgen, wie für Eppler gezeigt wird, andere Schlussfolgerungen.

Optimistisches Menschen- und Bürgerbild

Zuletzt ist auf das optimistischere Menschen- und Bürgerbild der Autoren einzugehen, das entscheidend für die Differenz zum öko-autoritären Denken ist (vgl. entspr. Eckersley 1992, 171f; Carter 2001, 62). Diametral entgegengesetzt zu den Exponenten des Öko-Autoritarismus glauben sie an die Möglichkeit des tiefgreifenden gesellschaftlichen Kultur- und Wertewandels. Sie trauen dem Individuum zu, einer der ökologischen Krise angemessene Wertestruktur zu entwickeln. Vor allem in veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen wird ein anderer bzw. besserer Mensch möglich. Paradigmatisch legt Fromm dar, dass es die Verhältnisse seien, die den Menschen unter Druck setzen, „ein Wolf unter Wölfen zu sein“ (2007, 242). Dabei sei eine grundsätzliche Veränderung des Menschen hin zu Altruismus, Solidarität und Seinsorientierung möglich, sobald die gesellschaftlichen Verhältnisse dafür den Nährboden bereitstellten (ebd., 243). Letztlich, und hier zeigt sich sein besonders optimistisches Menschenbild am deutlichsten, kann die „*menschliche* Utopie des Messianischen Zeitalters – eine vereinte Menschlichkeit, die frei von ökonomischen Zwängen, Krieg

und Klassenkampf in Solidarität und Frieden miteinander lebt, [...] Wirklichkeit werden [Herv. i. O.]“ (2007, 213). Dieses optimistische Menschenbild wird auch bei Strasser/Traube sichtbar: „Unter der kalten Fassade [...] ist ein ganz anderer Mensch verborgen, den es nur zu wecken gilt“ (1981, 288). Sie gehen davon aus, dass sich der Mensch in anderen Verhältnissen (d.h. den skizzierten post-kapitalistisch, dezentral-gemeinschaftlichen Verhältnissen) vom kompensatorischen Konsumismus abwendet sowie Egoismus und Konkurrenzdenken zugunsten einer neuen Solidarität überwindet (ebd., 278, 288).²⁰⁹ In förderlichen Verhältnissen, so lassen sich die optimistischen Annahmen zusammenfassen, kann der Mensch post-materialistisch, genügsam, solidarisch, kooperativ, gemeinwohlorientiert und beteiligungswillig sein. Der Optimismus bezieht sich somit weniger auf das, was der Mensch der Gegenwartsgesellschaft ist, als vielmehr auf das, was er potenziell sein kann (vgl. entspr. Eckersley 1992, 171f; Carter 2001, 56, 62). Dies schließt die Annahme grundlegender Veränderbarkeit des Menschen ein (Carter 2001, 62). Auf eben diese Veränderbarkeit wollen die autoritären Autoren nicht vertrauen.

Als weitere Dimension des, dem dargelegten öko-politischen Denken zugrundeliegenden, Menschenbildes hat Eckersley auf das Bild des Menschen als Gemeinschaftswesen hingewiesen (1992, 171f). Entsprechend wurde für die behandelten Autoren die Annahme herausgearbeitet, dass dezentrale Gemeinschaftlichkeit zu sozialer und ökologischer Verantwortlichkeit und Solidarität führt (Kap. 7.3.1). Insbesondere bei Strasser wird das transformative Potenzial dezentraler Gemeinschaftlichkeit hervorgehoben, wonach diese eine neue gemeinschaftsgetragene Sittlichkeit, echte Solidarität, wahrhaftige und nicht-entfremdete zwischenmenschliche Beziehungen sowie eine Ethik des Seins ermöglicht. Nur in neuer Gemeinschaftlichkeit werden die „umfassende Entfaltung der menschlichen Anlagen“ möglich (1981, 276f).²¹⁰ Der gute Mensch gedeiht aus Sicht der hier behandelten Autoren in der Gemeinschaft, nicht in der atomisierten Gegenwartsgesellschaft.

209 Weniger explizit kommt dieser anthropologische Optimismus auch bei den weiteren Autoren zum Ausdruck (vgl. dazu Amery 1991, 328; Bahro 1980, 99).

210 Damit klingt in Strassers Dezentralisierungsdenken eine holistische Dimension an, auf die auch Eckersley für die von ihr untersuchten Autoren hinweist und die im Weiteren beim späten Bahro noch deutlicher zutage tritt. Die Schaffung von „human-scale communities“ wird zu einer Globalantwort auf die multiple Krise der modernen Gesellschaft und ermöglicht die Überwindung der defizitären inneren Konstitution der Individuen (Eckersley 1992, 164; ähnlich Adler/Schachtschneider 2010, 17). Die dezentralen Gemeinschaften schaffen Raum für eine ganzheitliche Erneuerung von Individuum und Gesellschaft (Eckersley 1992, 166).

7.3.6 Zusammenfassung

Der frühe Bahro, Fromm, Strasser und Amery sehen im Angesicht der ökologischen Krise einen grundlegenden Systemwechsel vor. Sie halten die wachstumsgetriebene kapitalistisch-marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung wie auch die nationalstaatlich verfasste Repräsentativdemokratie, in welcher sie ein System struktureller Verantwortungslosigkeit erblicken, für nicht zukunftstauglich. Auch die zentralisierte und stark arbeitsteilige industrielle Produktionsweise wird in unterschiedlicher Radikalität infrage gestellt. Gemeinsame Grundzüge ihrer alternativen Ordnungsideen sind Demokratisierung und Dezentralisierung im Sinne weitgehender dezentraler Selbstbestimmung in ökonomischer und politischer Hinsicht. Sie sind damit Exponenten des ökologischen Dezentralisierungsdenkens, wie es auch andere Untersuchungen als wichtige Denklinie des ökologischen politischen Denkens dieser Zeit herausgearbeitet haben. Dieses zielt auf die Schaffung von selbstbestimmten „human-scale communities“ als zentrale Antwort auf die ökologische Krise.

Staatsstrukturell setzen sie auf Dezentralisierung von Entscheidungsmacht bei ungleich stärkerer Einbindung der Bürgerschaft. Dahinter steht einerseits die Annahme, dass ökologisches Bewusstsein maßgeblich in der breiten Bürgerschaft seinen Ausgang nimmt und sich in demokratisierten Strukturen besser in einen ökologischen Policy-Output übersetzen kann. Andererseits greift die Annahme, dass verstärkte dezentrale Beteiligung zu einer Transformation des Bürgerwillens hin zu mehr (ökologischer) Gemeinwohlorientierung führt. Die maßgebliche Differenz zwischen der öko-sozialistischen Position (früher Bahro, Strasser, Fromm) und der öko-kommunistischen Stoßrichtung (Amery) bezieht sich auf die Rolle des Staates.

Im öko-sozialistischen Denken erfolgt die Ausweitung dezentraler Autonomie im Rahmen eines starken Zentralstaates, den es jedoch umfassend zu demokratisieren gilt, um ihn gemeinwohlorientiert auszurichten. Bei Fromm kommen expertokratisch orientierte institutionelle Erweiterungen hinzu. Zentralstaatliche Entscheidungsmacht halten die drei Denker insbesondere für die angestrebte wirtschaftliche Rahmenplanung für erforderlich, welche die vom Profitmotiv geleitete kapitalistische Wirtschaftsentwicklung ersetzen soll. Dabei legt der Staat seiner Wirtschaftsplanung eine Differenzierung zwischen befriedigungswürdigen und nicht-befriedigungswürdigen Bedürfnisse zugrunde. Hinzu tritt in ökonomischer Hinsicht die Demokratisierung der Unternehmen zur Überwindung des Profitstrebens

auf Unternehmensebene. Zuletzt soll eine umfassende Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur bei Konsumenten und Produzenten Verantwortung stiften, da die Folgen des eigenen Handelns direkt erfahrbar werden. Im Rahmen dessen sind die Märkte von ihrer destruktiven Dynamik befreit und können ihre Funktion als sinnvoller Allokationsmechanismus behalten. Im Prozess des Wandels stellt der Staat das zentrale Transformationsinstrument dar. Entsprechend richtet sich der Fokus der zivilgesellschaftlichen Basisbewegungen als maßgebliche Impulsgeber auf das Ziel der Ermöglichung demokratischer Mehrheiten in den bestehenden demokratischen Institutionen.

Dahingegen weist die öko-kommunistische Stoßrichtung bei Amery in Richtung weitergehender dezentraler Autonomie bei gleichzeitiger Überwindung zentralisierter Staatsmacht. Über den dezentral selbstbestimmten Einheiten ist lediglich eine europäische Föderation als Kooperationsinstrument vorgesehen. In ökonomischer Hinsicht setzt Amery umfassend auf dezentral-selbstbestimmte Produktionsstrukturen, in denen durch Überschaubarkeit und die Erfahrbarkeit der Wechselwirkungen mit den natürlichen Produktionsgrundlagen im umfassenden Sinne Verantwortlichkeit entsteht. So wird das Profitmotiv als wirtschaftliche Handlungsrationale obsolet. Auch den Prozess hin zur alternativen Ordnung denkt Amery staatskritisch als zivilgesellschaftlichen Neuaufbau jenseits des Staates.

Diese Differenz zwischen Öko-Sozialismus und Öko-Kommunismus lässt sich auf divergente Staatsverständnisse zurückführen. Für Amery ist zentralisierte Staatsmacht ausgehend von einer fundamentalen Herrschaftskritik ihrem Prinzip nach unverantwortlich. Die öko-sozialistischen Denker halten hingegen einen verantwortlichen und gemeinwohlorientierten Zentralstaat unter der Voraussetzung der umfassenden Demokratisierung für möglich. Darüber hinaus lassen sich die demokratischen Systemwechsel-Positionen auf vier maßgebliche Hintergrundannahmen zurückführen. Erstens ergibt sich die Notwendigkeit eines radikalen Systemwechsels aus der drastischen Krisenwahrnehmung in Verbindung mit dem starken Wachstumspessimismus. Zweitens zielen ihre Ansätze im Gegensatz zu den autoritären Antworten nicht primär auf Gefahrenabwehr im Sinne physischer Überlebenseicherung, sondern begreifen, ausgehend von einem negativen Bild der Gegenwartsgesellschaft, die ökologische Krise als Chance zur Verwirklichung einer besseren, weil v.a. freieren Gesellschaft. Hinter dieser Position steht ein auf positive Freiheit fokussierter Freiheitsbegriff. Drittens ergibt sich die Differenz zum Öko-Autoritarismus auch aus dem deutlich optimistischeren Menschen- und Bürgerbild, wonach die Indivi-

duen, unterstützt durch veränderte institutionelle und gesellschaftliche Bedingungen, defizitäre Eigenschaften wie Egoismus, Materialismus oder Konkurrenzdenken zugunsten von Gemeinwohlorientierung, Kooperation, Genügsamkeit und Beteiligungswillen überwinden können. Viertens ist die Differenz zu Eppler auf den perspektivischen Fokus auf das Wünschenswerte und das theoretisch Notwendige zu erklären.

7.4 Modernisierung im System: ökologische Marktwirtschaft und Wachstumsunabhängigkeit bei Erhard Eppler

Neben den Exponenten eines demokratischen Systemwechsels lässt sich als weitere demokratische Perspektive die Position der ökologischen Modernisierung im bestehenden wirtschaftlichen und politischen System beschreiben. Diese Position wurde in der untersuchten Zeitphase von verschiedenen Denkern vertreten.²¹¹ Während die meisten dieser Exponenten jedoch nicht über einen engeren wissenschaftlichen Rahmen hinauswirkten, erreichte Erhard Eppler mit seinen Beiträgen eine breite Öffentlichkeit und wurde als maßgeblicher Vordenker der Ökologiebewegung wahrgenommen (vgl. Zusatzkapitel II). Im Folgenden fällt der Blick zunächst auf Epplers Alternativentwurf (Kap. 7.4.1), bevor seine Perspektive auf den Prozess des Wandels (Kap. 7.4.2) sowie die seine Position prägenden Prämissen (Kap. 7.4.3) beleuchtet werden.

7.4.1 Alternativentwurf: ökologische Marktwirtschaft, Vertiefung der Demokratie und Abbau von Wachstumsabhängigkeiten

Hervorgehend aus seiner Krisenbegründung lassen sich in Epplers Beiträgen drei maßgebliche Handlungsfelder für das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit identifizieren. Im Bereich der Ökonomie plädiert er für eine ökologische Modernisierung des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems. Bezüglich des politischen Systems hält Eppler eine Vertiefung der Demokratie für erforderlich, um deren ökologische Leistungsfähigkeit zu steigern. Ein drittes wichtiges Handlungsfeld stellt der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten dar.

211 Siehe neben Eppler v.a. Huber 1982, Majer 1984, Jänicke 1984, Wicke 1982. Diese Autoren werden in der Sekundärliteratur zwar vereinzelt wahrgenommen (vgl. z.B. Adler/Schachtschneider 2010, 113; Muraca 2015, 34; Jänicke 2008, 34; Huber 1993, 55ff), sind in der Reichweite aber nicht mit Eppler vergleichbar. Ein international wichtiger Pionier dieser Perspektive war Barry Commoner (vgl. dazu Steurer 2002, 239ff) mit seinem sehr einflussreichen Werk *The Closing Circle* (1971). Zum Ende der untersuchten Zeitphase tritt zudem Ende der 80er-Jahre mit Ernst Ulrich von Weizsäcker ein weiterer einflussreicher deutschsprachiger Exponent der ökologischen Modernisierungsperspektive hervor. Seine erste einflussreiche Monografie *Erdpolitik* wurde jedoch erst 1989 und somit nach der hier untersuchten Zeitphase veröffentlicht. Von Weizsäcker jedoch im Rahmen der zweiten zu untersuchenden Zeitphase behandelt.

Selektive Wachstumspolitik und ökologische Marktwirtschaft

Sowohl die öko-autoritären Denker als auch die demokratischen Systemwechsel-Positionen halten im Bereich der Wirtschaftsordnung die Überwindung des Kapitalismus für dringend geboten. Demgegenüber geht es Eppler primär darum, durch eine selektive Wachstumspolitik die Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft so zu verändern, dass sich eine ökologisch verantwortliche Wirtschaftsentwicklung einstellt. Dieses Festhalten an der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Grundordnung folgt aus Eppers Krisenanalyse:

- Er ist im Gegensatz zu den weiteren Autoren in Folge der optimistischen Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen nicht von der Notwendigkeit von Nullwachstum oder Schrumpfung überzeugt (Kap. 5). Aus dieser Perspektive ergibt sich kein zwingendes Erfordernis, das vermeintlich mit einem inhärenten Wachstumswang versehene kapitalistische Wirtschaftssystem zu überwinden.
- Eppler erachtet eben diesen inhärenten Wachstumswang im Kapitalismus nicht als zwingend und sieht somit keine generelle Unvereinbarkeit zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Wachstumsunabhängigkeit (Kap. 7.1.1).

Zu diesen Annahmen tritt Eppers dezidiert realpolitische Perspektive, die es im Weiteren noch zu reflektieren gilt. Eppler geht es explizit darum, Lösungen „im System“ zu suchen, sodass sich diese innerhalb weniger Jahre verwirklichen lassen (Kap. 7.4.3). Eppler kann also nicht nur aufgrund seiner Krisenanalyse und optimistischeren Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen an der kapitalistischen Wirtschaftsordnung festhalten, er hält dies auch aus realpolitischen Erwägungen für angezeigt.

Grundsätzlich ist Eppler überzeugt, dass der Markt als Steuerungsinstrument für Investitionen überlegen gegenüber einer Angebotssteuerung durch den Staat ist (1975, 74). Doch, so Eppler, bewegt sich der zukunftsblinde Markt nicht von selbst in eine ökologische Richtung, weswegen er durch staatliches Eingreifen entsprechend gelenkt werden muss (ebd.). Eppler sieht also, wie die weiteren Autoren, die Notwendigkeit einer stärkeren Rolle des Staates. Der zentrale Unterschied liegt in der Reichweite der Gewichtsverschiebung zwischen Staat und Markt. Bei Eppler übernimmt der Staat keine Planungsfunktion. Vielmehr verändert dieser die Rahmenbedingungen, unter denen die vollständig bei den privaten Wirtschaftsakteuren verbleibenden Investitionsentscheidungen getroffen werden. Dieser

Veränderung der Rahmenbedingungen dient die von Eppler vorgeschlagene „selektive Wachstumspolitik“ (1981, 47ff, 51, 148).

Selektive Wachstumspolitik bedeutet für Eppler, dass der Staat aktiv die Richtung wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung bestimmt und diese nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlässt. Politisches Handeln darf sich demnach nicht mehr auf eine Globalsteuerung mit dem Ziel möglichst hoher Wachstumsraten reduzieren, sondern muss selbst Wachstumsentscheidungen treffen und die technische Weichenstellung übernehmen. Die selektive Wachstumspolitik soll also eine unmittelbare Wirtschaftsstrukturpolitik sein, die entscheidet, welche Bereiche wachsen sollen und welche nicht. Eine solche selektive Wachstumspolitik wird erst möglich, so Eppler, wenn sich die Politik von quantitativen Wachstumszielen verabschiedet. Der Fokus auf quantitatives Wachstum verstelle den Blick darauf, was wachsen soll und was nicht und führe folglich zu einer ungerichteten und ökologisch blinden Wirtschaftsentwicklung. Zudem stelle dieser Fokus die Politik in starke Abhängigkeit von der Wirtschaft, welche das erforderliche Primat der Politik untergräbt. (1981, 47-51, 147-151, 154, 170-175, 180; 1975, 45f, 74f; 1981b, 172, 176)

Für die Wachstums- und Schrumpfungentscheidungen orientiert sich der Staat neben dem Ziel einer ökologischen Wirtschaftsentwicklung am Maßstab der „Lebensqualität“, den Eppler in verschiedenen Publikationen entwickelt hat: Wachstum und technische Entwicklung sind nur noch in den Bereichen zu fördern, in denen sie menschliches Leben reicher, erfüllter, lebbarer machen und menschlicher Entfaltung nicht im Wege stehen (1981, 151; 1981b, 175; 1975, 37-46).²¹² Als Grundlage für entsprechende Entscheidungen bräuchte es keine Dogmatik, wohl aber eine Wissenschaft von den menschlichen Bedürfnissen, deren Erkenntnisse in wirtschaftliches und politisches Handeln zu übersetzen sind (1981b, 175). Eppler weiter:

„Sicher muß jedes Individuum die Chance haben, sich nach seinen Bedürfnissen zu entfalten, aber das entbindet uns nicht von der Frage, ob Kabelfernsehen mehr Kommunikation oder mehr Isolierung schafft, ob Energiesysteme durch Einschränkung von Freiheit erkaufte werden müs-

212 Zentrale Zielgrößen des Lebensqualitätsansatzes sind u.a. Zeitwohlstand, intakte natürliche Umwelt, gute Arbeit, Möglichkeiten zur freien Selbstentfaltung, Gemeinschaftlichkeit, soziale Gerechtigkeit und (soziale) Sicherheit (1975, 37-46). Ausführlich dargelegt hat Eppler den Ansatz der Lebensqualität als neue Grundorientierung für Politik bereits 1974 in *Maßstäbe für eine humane Gesellschaft - Lebensstandard oder Lebensqualität?*.

sen, welche Formen von Arbeit Befriedigung schaffen, welche Mittel des Verkehrs menschlichem Reaktionsvermögen entsprechen“ (1981b, 175).

An dieser Stelle klingt bei Eppler, wie bei den weiteren bisher untersuchten Positionen, das Motiv an, dass der Staat stärkere Entscheidungsverantwortung bezüglich der Frage übernehmen muss, welche Bedürfnisse in Zukunft befriedigungswürdig sind und welche nicht. Der selektiven Wachstumspolitik muss also zumindest in Grundzügen eine objektivierte Idee der menschlichen Bedürfnisstruktur zugrunde liegen.

Als zentrales Instrument zur Umsetzung dieser Selektionsfunktion sieht Eppler indirekte Steuern, welche die wirtschaftliche Rationalität der Unternehmen verändern (1981, 149f, 187f; 1975, 69, 75). Als konkrete Maßnahmen finden sich u.a. eine Ausdifferenzierung der Mehrwertsteuer nach ökologischen Gesichtspunkten²¹³, eine Pestizidsteuer, die Erhöhung der Mineralölsteuer bzw. eine allgemeine Energiesteuer (1981, 188; 1975, 69, 75), zusätzliche Belastungen für überdurchschnittliche Stromverbräuche (1975, 89) sowie eine Reform der Pendlerpauschale (1981, 160).²¹⁴ Neben der Einnahmenseite weist Eppler auch der Ausgabenseite des Staates eine wichtige Lenkungswirkung zu. Sowohl die Subventionspolitik als auch die öffentlichen Investitionen, vor allem im Bereich der Infrastruktur, müssten sich konsequent an ökologischen Gesichtspunkten ausrichten (1975, 71, 75f, 89; 1981, 159f).²¹⁵ Eppler geht es also primär um veränderte Preisanreize, die auf Produzenten- und Konsumentenseite zu umweltverträglicherem Verhalten anhalten. Eine solche Preissteuerung müsse durch eine gerechtere Einkommensverteilung begleitet werden, sodass sich verteuerte Güter (z.B. Fleisch) nicht zu Luxusgütern werden (1975, 85, 117).

Neben der indirekten Wirtschaftssteuerung über ein ökologisch ausgerichtetes Steuersystem sieht Eppler in Übereinstimmung mit Strasser auch eine unmittelbarere Wirtschaftssteuerung im Sinne direkterer Investitions-

213 Eppler schlägt einen doppelten Mehrwertsteuersatz auf Güter vor, deren Produktion nicht im Allgemeininteresse liegt (z.B. Pkw mit weit überdurchschnittlichem Benzinverbrauch, Elektrogeräte mit übermäßigem Stromverbrauch, schwer zu beseitigende Kunststoffe, Verpackungsmaterial, umweltschädliche Wasch- und Reinigungsmittel) (1975, 69).

214 Auch begleitende ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie z.B. ein Tempolimit auf Autobahnen (1975, 89), eine Erhöhung der Wärmeschutzanforderungen bei Neubauten oder Höchstverbrauchswerte für KFZ und Elektrogeräte (1981, 159f), hält Eppler für erforderlich.

215 Zudem müsse sich auch die öffentliche Forschungsförderung zunehmend an ökologischen Erfordernissen orientieren (1975, 89).

lenkung vor. Als potenzielle Instrumente nennt er eine nach Branchen differenzierende Investitionssteuer (1981, 75), sowie jenseits dessen ordnungsrechtliche Instrumente wie Investitionsauflagen und -verbote für unerwünschte Produktionen sowie eine gezielte Flächenvergabe vor Ort (1975, 75, 77). Die Differenz zur öko-sozialistischen Perspektive liegt in erster Linie in der Gewichtung. Bei Eppler steht die indirekte Steuerung durch Umweltsteuern im Vordergrund, während eine unmittelbarere Investitionslenkung in spezifischen Bereichen ergänzend hinzukommt. Strasser hingegen warnt explizit vor einem Fokus auf indirekte Steuerung und legt den Schwerpunkt auf die direkte Wirtschaftssteuerung.

Die beschriebene Selektionsfunktion soll der Staat insbesondere auch im Hinblick auf technische Innovationen übernehmen. An die Stelle einer bloßen Bewährung an der Nachfrage müsse eine bewusste politische Wahl zwischen Alternativen treten (1981, 174; 1975, 39, 41ff). Während der individuelle Nachfrager seine eigenen Interessen verfolge, müsse der Staat bei der Auswahl das Allgemeininteresse inklusive dem der zukünftigen Generationen im Auge haben (1981, 175).²¹⁶ Zur Unterstützung dieser Auswahl schlägt Eppler, wie bereits Fromm, eine unabhängige, pluralistisch zusammengesetzte Kommission vor, die von ökonomischen und administrativen Interessen so gut wie möglich abzuschirmen wäre (1981, 179). Diese sollte nicht mit administrativen Rechten ausgestattet werden, wohl aber qualifizierte Berichte in die öffentliche Diskussion einbringen, die wiederum über Medien, Bürgerinitiativen, Verbände oder Parteien in den politischen Willensbildungsprozess einfließen (ebd.). Neben die Preissteuerung tritt bei Eppler somit eine strengere Technikfolgenabschätzung und Technologieselektion durch den Staat.

In der Summe wird deutlich, dass Eppler dem Staat zwar eine im Vergleich zum Status quo deutlich stärkere Selektions- und Lenkungsfunktion und somit ein stärkeres „Primat“ gegenüber der Wirtschaft zuschreibt (1981, 51), die Gewichtsverschiebung hin zum Staat aber weniger weitreichend ist als bei den öko-autoritären und öko-sozialistischen Entwürfen. Politik soll, wie Eppler selbst bemerkt, den Markt nicht ersetzen, diesem jedoch

216 Dies konkretisierend nennt Eppler Kriterien für die Prüfung technischer Innovationen, wie u.a. Sozialverträglichkeit der Rohstoffe, Umweltverträglichkeit, Energieverbrauch, Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, Zwang zu weiteren Käufen, potenzielle Abhängigkeit der Nutzer, Auswirkung auf Partizipationsmöglichkeiten, auf Lebenschancen der Armen und menschliche Kommunikation (1981, 177f).

klare Rahmenbedingungen vorgeben, um die wirtschaftliche Entwicklung in eine umweltverträgliche Richtung zu lenken (1981b, 176). Während die autoritären und sozialistischen Positionen in verschiedener Reichweite in die planwirtschaftliche Richtung weisen, ist Eppers Position näher am Pol einer ordoliberalen Wirtschaftspolitik zu verorten, ohne mit dieser deckungsgleich zu sein.²¹⁷

Mehr Demokratie wagen

Neben der ökologischen Modernisierung der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung sieht Eppler auch bezüglich des politischen Systems Veränderungsnotwendigkeiten, um dessen ökologische Leistungsfähigkeit zu stärken. Im Rahmen seiner Krisenbegründung (Kap. 7.1.1) wurde für Eppler eine durchaus grundlegende Kritik am bestehenden demokratischen Institutionensystem herausgearbeitet, wonach dieses die politischen Entscheidungsträger strukturell zur kurzfristigen Orientierung am Willen des nationalen Wahlvolks anhält. Zudem steht aus Eppers Sicht auch der starke Lobbyeinfluss von Großkonzernen sowie die Verflechtung zwischen Wirtschaftsinteressen und politischen Entscheidungsträgern der erforderlichen ökologischen Politik im Wege.

In Anbetracht dieser grundlegenden Kritik wirken Eppers Gegenvorschläge wenig ambitioniert, was wiederum vor dem Hintergrund seiner noch aufzuzeigenden, dezidiert realpolitischen Perspektive zu verstehen ist. Grundsätzlich wird bei Eppler, wie bei den demokratischen Systemwechsel-Denkern, das Motiv deutlich, dass Demokratisierung zu einem weitsichtigeren und damit ökologisch verantwortlicheren Policy-Output führt.²¹⁸ Dies folgt aus der bereits dargelegten Verortung ökologischer Vernunft in der Bürgerschaft und der gleichzeitigen Skepsis gegenüber den politischen

217 Auch die ordoliberale Tradition erfordert im Gegensatz zu Vorstellungen eines „Laissez-faire-Kapitalismus“ eine stärkere Rolle des Staates, die sich aber, so das zentrale wirtschaftspolitische Prinzip, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses, sondern auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft bezieht (Schüller/Krüsselberg 2005, 51f, 55). Mit Blick auf die ökologische Frage würde sich eine ordoliberale Wirtschaftspolitik auf die Einpreisung externer Effekte fokussieren, die Wirtschaftsentwicklung aber den Marktkräften überlassen (ebd., 54). Eppler geht insofern darüber hinaus, als dass der Staat nicht nur externe Effekte einzupreisen sucht, sondern z.B. durch Investitionsauflagen und -verbote den Wirtschaftsprozess zumindest in Grundzügen auch unmittelbarer lenken soll.

218 Tatsächlich zeigt sich Eppler im Vergleich zu den weiteren demokratischen Autoren besonders optimistisch, dass der aus seiner Sicht erforderliche Bewusstseinswandel in der Zivilgesellschaft bereits unaufhaltbar im Gange ist (1981, III-114, 170).

Eliten (Kap. 7.2.1). Entsprechend gelte es eine stärkere Rückbindung der politischen Entscheidungen an die Bürgerschaft sicherzustellen (1975, 120; 1981b, 176). Am ehesten könne das Allgemeininteresse durch eine weitere Demokratisierung mobilisiert werden (1975, 119f). Zudem sei nur so ein Gegengewicht gegen mächtige Interessen, die am Status quo festhalten wollen, aufzubauen (ebd.). Ziel müsse es sein, weitere „Transmissionsriemen“ zwischen Gesellschaft und formalisierter Politik zu schaffen, die einen besseren Durchfluss des Bürgerwillens in die institutionalisierte Entscheidungsfindung sicherstellen (ebd., 121). Implizit steht hier die Annahme im Hintergrund, dass das Gros der Bürgerschaft einer ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik bereits aufgeschlossener gegenübersteht als die politischen Eliten.

In den von ihm ausgewerteten Werken macht Eppler jedoch kaum Vorschläge zur konkreten institutionellen Ausgestaltung der angestrebten Vertiefung der Demokratie. In *Wege aus der Gefahr* verweist er lediglich auf die Regierungserklärung von Willy Brandt von 1969 (1981, 235). Darin hatte Brandt unter dem Stichwort „Mehr Demokratie wagen“ eine stärkere Rückkopplung der Regierungspolitik an zivilgesellschaftliche Gruppen, mehr Transparenz, verstärkte Information der Öffentlichkeit und damit eine stärkere Mitbestimmung und Mitverantwortung von Seiten der Gesellschaft postuliert (Brandt 1969, 2f). In anderen Beiträgen plädiert Eppler darüber hinaus für eine ausgeweitete direktdemokratische Beteiligung, insbesondere über Plebiszite (1982, 27f; 1992, 100f). Eppler will also weitgehend am bestehenden Institutionensystem festhalten, votiert aber für eine stärkere Rückkopplung politischer Entscheidungen an die Zivilgesellschaft und eine Erweiterung des Institutionengefüges um direktdemokratische Elemente.²¹⁹

Neben der stärkeren Rückkopplung politischer Entscheidungen an die Bürgerschaft gilt es für Eppler den Lobbyeinfluss modernisierungsaverser Wirtschaftsinteressen, allen voran der Großkonzerne, einzudämmen. Während Strasser und Fromm diesbezüglich auf die Entflechtung von Großunternehmen setzen, plädiert Eppler für die Stärkung der Befugnisse des Bundeskartellamts (1975, 78f). Mittelfristig werde die Einhegung der Macht multinationaler Konzerne jedoch nur supranational möglich sein (ebd.). Generell sieht Eppler, wie die weiteren demokratischen Autoren, die

219 Als Antwort auf seine Kritik, wonach gegenwärtig nur die Interessen des nationalen Wahlvolkes berücksichtigt werden, wünscht sich Eppler eine deutlich verstärkte internationale Kooperation sowie eine mit Souveränitäten ausgestattete globale Handlungsebene. Dies sei aber kurzfristig nicht zu erwarten, weswegen zunächst auf nationaler Ebene anzusetzen sei. (1975, 81)

Notwendigkeit eines international stärker abgestimmten Handelns in der ökologischen Krise. Zu diesem Zweck befürwortet er für die Aufwertung multilateraler Institutionen, insbesondere der UN (1975, 112, 115). Dabei ist Eppler jedoch insofern weitergehend, als dass er mittelfristig z.B. eine supranationale Verwaltung der Rohstoff- und Energievorräte befürwortet (1975, 81).

Abbau von Wachstumsabhängigkeiten

Das dritte wichtige Handlungsfeld bezieht sich auf den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten. Diese Notwendigkeit ergibt sich in zweierlei Hinsicht. Einerseits werden sich die politischen Eliten aus Epplers Sicht nur dann von ihrem quantitativen Wachstumsfokus lösen, wenn gesellschaftliche Stabilität auch ohne Wachstum sichergestellt werden kann (1981, 47-51, 170-175; 1975, 46, 76). Andererseits sei nicht vorherzusehen, inwiefern eine konsequent ökologische Wirtschaftsentwicklung überhaupt weiteres Wirtschaftswachstum zeitigt (Kap. 5). Dies könne der Fall sein, müsse es aber nicht. Mit hohen bzw. exponentiellen Wachstumsraten sei zukünftig ohnehin nicht mehr zu rechnen (1977b, 27; 1981, 45ff, 154; 1975, 45f). Auch daraus folgt die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Wachstumsabhängigkeit zu adressieren.²²⁰

Dabei trifft die Diagnose der Wachstumsabhängigkeit aus Epplers Sicht nur auf wenige der Bereiche zu, die von den Vertretern des „Sachzwangs Wachstum“ vorgebracht werden. Für diese schlägt Eppler Reformen vor. In den Fällen, in denen eine aus seiner Sicht falsche Wachstumsabhängigkeit unterstellt wird, bemüht sich Eppler um Richtigstellung:

- Der Arbeitsmarkt ließe sich aus seiner Sicht bei geringerem oder ausbleibendem Wachstum durch Arbeitszeitverkürzungen stabilisieren (1981, 59f, 189). Zudem verspricht sich Eppler von dem Umstieg auf erneuerbare Energiequellen einen positiven Beschäftigungseffekt (1981, 168f).
- Das Netz sozialer Sicherheit sieht Eppler weniger durch ausbleibende Wachstumsraten als durch die systematisch krank machende, vom per-

220 Die „Entdeckung“ der Wachstumsunabhängigkeitspolitik wurde nicht zuletzt in einer Studie des Umweltbundesamtes Irmi Seidl und Angelika Zahrnt zugeschrieben (Petschow et al. 2018, 45f, ähnlich auch Schmelzer/Vetter 2019, 152). Der Blick auf die Literatur der 70er- und 80er-Jahre zeigt deutlich, dass Autoren wie Eppler oder Strasser diese politische Herausforderung bereits zu dieser Zeit identifiziert haben. Dies bietet ein weiteres Anschauungsbeispiel für die Diagnose von Steuerer (2010), wonach die Wachstumskontroverse eher an eine Endlosschleife erinnert, als dass das Rad in letzter Zeit neu erfunden wurde.

- manenten Konkurrenzkampf geprägte Arbeitswelt gefährdet. Hier müssten die sozialen Ursachen der permanent steigenden Bedarfe in den Blick genommen werden, um den Kostenzuwachs einzudämmen. (1981, 60ff)
- Das Gesundheitssystem ist aus Epplers Sicht nicht strukturell auf Wachstum angewiesen, insofern die vorherrschenden sozialen Verhältnisse als maßgebliche Ursache zunehmender Gesundheitskosten in den Blick genommen würden (1975, 90-95).
 - Die öffentlichen Haushalte ließen sich bei geringerem oder ausbleibendem Wachstum stabil halten, wenn u.a. die Steuerquote insbesondere durch die Ökologisierung des Steuersystems angehoben wird, die Subventionspolitik sich auf ökologisch sinnvolle Bereiche begrenzt und Einsparungen im öffentlichen Dienst, z.B. durch den Abbau von Beamtenprivilegien, vorgenommen werden (1975, 64-71).
 - Wachstum sieht Eppler nicht als Voraussetzung zur Lösung von Verteilungsproblemen; auch ohne Wachstum sieht er Spielraum für eine deutliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen (1975, 64f).
 - Das Argument, wonach Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für die Finanzierung von Entwicklungshilfe und Umweltschutz sei, hält Eppler für empirisch unzutreffend (1981, 64ff, 182).

Insgesamt sieht Eppler keine unüberwindbaren Wachstumsabhängigkeiten, die Wirtschaftswachstum zukünftig zwingend erforderlich machen würden. Vielmehr kann sich die Gesellschaft aus seiner Sicht umfänglich von vermeintlichen und tatsächlichen Wachstumszwängen emanzipieren.

7.4.2 Ökologischer Wandel als Reformprozess: Die Sozialdemokratie öffnet sich der Zivilgesellschaft

In der Summe sieht Epplers Alternativentwurf eine ökologische Marktwirtschaft und eine vertiefte Demokratie vor, die in eine weitgehend wachstumsunabhängige Gesellschaft eingebettet sind. Wie aber denkt Eppler den Prozess des Wandels hin zu diesem Alternativentwurf? Im Vorherigen wurde deutlich, dass für Eppler der Staat das maßgebliche Transformationsinstrument darstellt. Alle beschriebenen Strukturveränderungen sollen durch staatliche Reformpolitik realisiert werden. Entsprechend wehrt sich Eppler explizit gegen ein aus seiner Sicht verkürztes Staatsverständnis im linken Spektrum, wonach dieses bloßes Instrument in den Händen des Monopolkapitals sei (1975, 118f). Vielmehr begeben sich Politik selbst in diese Abhängigkeit von Wirtschaftsakteuren, wenn sie quantitativen Wachstums-

ziele oberste politische Priorität zuweist (1981, 49ff). Der Staat kann also prinzipiell Instrument für ökologischen Wandel sein und diesen auch gegen mächtige Wirtschaftsinteressen durchsetzen. Doch welche politischen Kräfte sollen dies ermöglichen?

Wie bereits dargestellt, erwartet Eppler die maßgeblichen Impulse aus der Zivilgesellschaft bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber den etablierten politischen Eliten. Seit der „Zäsur“ der frühen 70er-Jahre sieht er einen breiten und fundamentalen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft im Gange, für den die zeitgenössischen sozialen Bewegungen der deutlichste Ausdruck seien (1981, 111-115, 220ff; 1978, 22). Die Neuen Sozialen Bewegungen verkörpern aus seiner Sicht eine kritische Haltung gegenüber den Gesetzmäßigkeiten des gegebenen Gesellschafts- und Fortschrittsmodells, ein neues, immaterielleres Wohlstandsverständnis, eine positive Technikkritik sowie ein neues Verhältnis zur Natur (1981, 111-134, 221f).²²¹ Eppler sieht dabei die verschiedenen Bewegungen wie Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Bürgerrechtsbewegung als Teil einer großen Gegenbewegung, durch die das neue Bewusstsein zum Machtfaktor und zur Gegenmacht gegen die herrschenden Interessen wird (1981, 220ff, 238; 1975, 120). Große Hoffnungen setzt Eppler insbesondere auf die Jugend, bei welcher er in besonderem Maße ein kritisches Bewusstsein wahrnimmt (1981, 114; 1975, 124). Maßgeblich vorangetrieben würde der Bewusstseinswandel durch die „tägliche Erfahrung betonierter Landschaft, stumpfsinniger Arbeit [und] vergifteten Gemüses“, also durch die negativen Alltagserfahrungen der Menschen (1981, 136, dazu auch 170).²²²

Die zentrale Hoffnung Epplers ist, dass sich die Sozialdemokratie, zurzeit von Epplers Hauptwerken Regierungspartei, diesem gesellschaftlichen Bewusstseinswandel öffnet und mit politischer Macht unterfüttert (1981, 236;

221 In der Tat zeigen Erhebungen, dass sich Mitte der 1960er-Jahre, insbesondere ab 1968, eine Werteverstärkung weg von instrumenteller Naturauffassung und Naturbeherrschung, Technikgläubigkeit, Ökonomismus sowie Gewinn- und Leistungsprinzipien hin zu Ehrfrucht vor dem Leben, Technikskepsis, Eigenwert der Natur, Naturverbundenheit und Lebensqualität vollzieht, die als Wertewandel von materialistischen hin zu verstärkt post-materialistischen Werten beschrieben wurde (Steurer 2002, 92ff). Auch ein verstärktes Umweltbewusstsein lässt sich ab Anfang der 1970er-Jahre nachweisen (ebd.).

222 Neben seiner Fokussierung auf die Zivilgesellschaft als Impulsgeberin hofft Eppler auch auf progressive Politikerpersönlichkeiten, denen es nicht primär um den eigenen Machterhalt, sondern die Ermöglichung einer anderen Politik geht. Zu diesem Zweck wirken sie gezielt auf das Bewusstsein in der Gesellschaft ein, um Raum für politische Veränderungen zu schaffen. (1975, 61)

1978, 22). Eben dies steht hinter Epplers Diktum, wonach in erster Linie die SPD mehr Demokratie wagen müsse (1981, 235; 1975, 119f). Nur indem zusätzliche „Transmissionsriemen“ zwischen Zivilgesellschaft und Partei geschaffen werden, könne das Allgemeininteresse mobilisiert und die mächtigen Interessen, die einer ökologischen Reformpolitik entgegenstehen, überwunden werden (1975, 119ff; 1981, 180, 219-225, 235f; 1981b, 174f). Die Sozialdemokratie ist bei Eppler somit der zentrale Transmissionsriemen, der den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel in politische Reformen gießt (ebd.). Der erforderliche Reformprozess wird in Epplers Denken also von den Neuen Sozialen Bewegungen initiiert, letztlich aber von der SPD als progressiver Großpartei in entsprechende Politik übersetzt.²²³ Sein Setzen auf die SPD begründet Eppler einerseits damit, dass die Bearbeitung der ökologischen Krise eine dezidiert linke Perspektive erfordere (1981, 143). Andererseits empfindet er das Denken der Neuen Sozialen Bewegungen als basisdemokratisches, emanzipatorisches, kapitalismuskritisches, pazifistisches und progressives Denken in der Tradition der Aufklärung und somit als genuin linkes Denken (1981, 135-144; 1978, 22).²²⁴

Für die erforderliche demokratische Mehrheit sieht Eppler weitere Bündnispartner. Er hat in *Ende oder die Wende* die wirkungsvolle Unterscheidung zwischen Wert- und Strukturkonservatismus getroffen. Später machte er deutlich, dass dies mit der Intention geschah, die Möglichkeit einer Mehrheit für ökologische Reformpolitik aufzuzeigen (1992, 93f). Diese Möglichkeit liegt für Eppler in einem Bündnis zwischen Progressiven und Wertkonservativen (1975, 125; 1981, 144; 1981b, 175).²²⁵ Als konkrete Akteu-

223 An diesen Stellen wird auch Epplers grundlegendes Politikverständnis deutlich. Demnach gehen Impulse für gesellschaftliche Veränderungen maßgeblich von der Zivilgesellschaft aus (1981, 223ff; 1975, 121). Solche Basisimpulse können sich aber nur dann effektiv in politische Veränderungen übersetzen, wenn politische Großorganisationen, womit Eppler in erster Linie auf die Parteien, aber auch auf Gewerkschaften und Kirchen blickt, diese aufgreifen und in die institutionalisierte Politik tragen (ebd.).

224 Demgegenüber sieht er bei den Konservativen einen naiven Glauben an technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum (1981, 101; 1981b, 174f). Den GRÜNEN traut er v.a. aufgrund ihrer Unerfahrenheit nicht zu, die zentrale Rolle im ökologischen Modernisierungsprozess zu spielen (1981, 225).

225 Nach Eppler werde es immer deutlicher, dass die Bewahrung von Werten mittlerweile die Veränderung von Strukturen voraussetzt. Das schaffe die Grundlage für ein Bündnis zwischen Wertkonservativen und Progressiven. Demgegenüber ziele der technik- und wachstumsgläubige Strukturkonservatismus auf die Erhaltung bestehender Strukturen und darauf aufbauender Machtpositionen (1981, 144; 1981b, 175). Mit seiner Differenzierung wollte er, so Eppler, einerseits den Millionen

re hofft Eppler auf die Gewerkschaften als progressive Kraft, bei denen aber zunächst ein Umdenken im Sinne der Abkehr vom strukturkonservativen Festhalten am einzelnen Arbeitsplatz zugunsten einer weitsichtigeren Perspektive auf zukunftssträngige Arbeitsfelder sowie auf die Möglichkeiten von Arbeitszeitverkürzungen stattfinden müsse (1981, 226f; 1975, 122f). Zudem setzt er auf die Kirchen als Vertreter des Wertkonservatismus, die aber ebenfalls einen Wandlungsprozess durchlaufen müssten um anschlussfähig für den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel zu werden (1981, 228-232; 1975, 123f).²²⁶ Damit zeigen sich deutliche Überschneidungen zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern, die in unterschiedlicher Gewichtung ebenfalls Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Kirchen als potenzielle Transformationsakteure ansprechen.

7.4.3 Erklärende Hintergrundannahmen

Auf welche Hintergrundannahmen lässt sich Epplers Position zurückführen? Zunächst beruht sie auf einer deutlich optimistischeren Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen, was ihn sowohl von den autoritären als auch den demokratischen Systemwechsel-Positionen unterscheidet. Er sieht nicht die zwingende Notwendigkeit von Nullwachstum bzw. wirtschaftlicher Schrumpfung, was wiederum auf der optimistischeren Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials basiert (Kap. 5). Auf dieser Grundlage sieht er keine zwingende Notwendigkeit für einen radikalen Systemwechsel.²²⁷ Hinzu tritt die bereits zitierte kritische Haltung bezüglich eines prinzipiellen Widerspruchs zwischen kapitalisti-

von Wertkonservativen klarmachen, dass ihr Bündnispartner nicht in den wirtschaftlichen und politischen Machtzentralen sitzen, sondern links von der Mitte, und andererseits den Linken verdeutlichen, dass ihnen die politische Aufgabe des Bewahrens zufällt (1992, 93f). In anderen Beiträgen kokettierte Eppler auch mit einer Koalition mit den GRÜNEN (1978, 1982).

226 Die Kirchen sieht Eppler am tiefsten von jenem Wertkonservatismus geprägt, aus welchem er seine politischen Vorschläge ableitet. Deshalb seien sie logischer Partner für den angestrebten Wandel (1975, 123). Dafür müssten sie sich aber einerseits inhaltlich auf den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel, insbesondere ein neues Naturverhältnis im Sinne der Abkehr vom Herrschaftsauftrag und der Herrschaftsanthropologie, einlassen (1981, 230f). Andererseits müssten sie die Lücke zwischen Problembewusstsein und konkretem Handeln überwinden, um tatsächlich aktiver Teil der Gegenbewegung zu werden (1975, 123f).

227 In einem Gespräch mit dem wachstumspessimistischen Autor Nico Paech hat Eppler diese optimistischere Grundhaltung und damit die darin begründete Differenz

schem Wirtschaftssystem und Wachstumsneutralität. Diese Punkte werden an dieser Stelle nicht mehr vertieft. Nicht mehr beleuchtet werden zudem die bereits im Kapitel zur Überlegenheit der Demokratie für alle demokratischen Autoren herausgearbeiteten Annahmen, welche für die Abgrenzung zu den öko-autoritären Positionen maßgeblich sind (Kap. 7.2):

- Optimistisches Menschen- und Bürgerbild gepaart mit der Skepsis gegenüber den politischen Funktionseliten
- Stärkere normative Bindung an freiheitliche Grundwerte, vor deren Hintergrund der Demokratie ein starker Eigenwert zukommt

Im Folgenden werden bisher nur angedeutete Aspekte vertieft, welche die Differenz zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern erklären können. Diese Differenz ergibt sich nur sekundär aus divergenten normativen Annahmen wie z.B. Menschenbildern oder Grundwerten. Primär lässt sie sich auf perspektivische Unterschiede, konkret auf Eppers dezidiert realpolitische Perspektive zurückführen. Dennoch zeigen sich auch mit Blick auf das unterlegte Menschenbild Differenzen. Zudem tritt bei Eppler eine liberalere Position in der Bedürfnisfrage zutage.

Realpolitische Perspektive

Die Differenz der Ordnungsvorstellungen zwischen Eppler und den demokratischen Systemwechsel-Denkern kann neben der unterschiedlichen Einschätzung der ökologischen Wachstumsgrenzen in erster Linie über Eppers dezidiert realpolitische Perspektive erklärt werden. Beispielsweise legt er in *Ende oder Wende* dar, dass sein Fokus auf dem Machbaren, nicht dem Wünschenswerten liege und er mit seinen Vorschlägen ein Verbindungsstück zwischen kurzfristigem Krisenmanagement und Langzeitdiskussion zu beschreiben sucht (1975, 63, 117f). Er reflektiert selbst, dass man aus einer Perspektive des eigentlich Notwendigen zu radikaleren Schlussfolgerungen kommen würde, er aber pragmatische und damit machbare Vorschläge unterbreiten möchte (1975, 117f). Bereits diese pragmatischen Vorschläge müssten mit enormem Widerstand von mächtigen Wirtschaftsinteressen rechnen (ebd.). In einem neueren Beitrag begründet Eppler seine realpolitische Perspektive weitergehend: Demnach könnten Gesellschaften nur sehr langsam lernen, während sie zu schneller Wandel überfordere und anfällig für Demagogen mache. Ein rascher, fundamenta-

zu Positionen eines fundamentalen Systemwechsels selbst reflektiert (2016, 101-134, v.a. 109ff, 118f).

ler Systemwechsel wäre eine solche Überforderung. Zudem führten derartige Überforderungen zu einer Abwehrhaltung, die selbst kleinere Schritte in Richtung Nachhaltigkeit verunmögliche. Gute Politik bzw. gute Politiker zeichneten sich deshalb dadurch aus, diejenigen Veränderungen zu erkennen, für welche die Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt bereit ist, gleichzeitig aber auch zu sehen, welche Debatten zu früh kommen (2016, 16, 150-157).²²⁸ Somit begründet Eppler die Notwendigkeit einer realpolitischen Perspektive einerseits mit der Beibehaltung gesellschaftlicher Stabilität bzw. dem mit radikalem Wandel einhergehenden Risiko gesellschaftlicher Destabilisierung sowie andererseits mit politstrategischen Erwägungen im Sinne der Anschluss- und Mehrheitsfähigkeit. Epplers realpolitische Ausrichtung muss vor dem Hintergrund seiner Prägung als politischer Verantwortungsträger und Praktiker gelesen werden.

Der realpolitische Fokus auf das Machbare führt Eppler auch dazu, den Ausweg aus der ökologischen Krise nicht mit der Verwirklichung eines Gesellschaftsideals zu verbinden. Das bedeutet keineswegs, dass Eppler ein solches Ideal nicht hat bzw. er der Gegenwartsgesellschaft grundsätzlich affirmativ gegenübersteht. Vielmehr klingt auch bei ihm die Kritik an einer hyperkonsumistischen, durch Egoismus geprägten, unsolidarischen und sozial entfremdeten Gesellschaft an, die er als maßgebliche Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems begreift (Kap. 7.1.1). In einem weiteren Beitrag legt er zudem dar, dass er die emanzipatorische Kritik, wonach die zentralistisch-arbeitsteilige Produktionsweise des Industriesystems zu Unfreiheit, Entfremdung und sozialer Entwurzelung führt, grundsätzlich teilt (1979, 56). Aus seiner realpolitischen Warte versucht er aber nicht, mit einem fundamentalen Gegenentwurf auf all diese Problemlagen gleichzeitig eine ganzheitliche Antwort zu geben, sondern sucht eher selektiv nach einem realpolitisch gangbaren Weg aus der vordringlichen ökologischen Krise.²²⁹

228 Eppler verdeutlicht dies am Beispiel des Automobils. Aus Sicht ökologischer Notwendigkeit wäre es womöglich erforderlich, den privaten Pkw-Besitz einzuschränken. Wenn aber die Menschen für eine entsprechende Debatte noch nicht bereit seien, würden sie mit Abwehr reagieren, was die Chance für andere Nachhaltigkeitspolitiken unterminiere (2016, 156). Während also aus einer wissenschaftlicher Notwendigkeit das Automobil infrage zu stellen ist, ist dies aus realpolitischer Perspektive kontraproduktiv.

229 Eindrücklich reflektiert hat Eppler diese perspektivische Differenz auch im oben angesprochenen Streitgespräch mit Nico Paech. Demnach sei ein fundamentaler Gegenentwurf wie Paechs Postwachstumsökonomie zwar normativ wünschenswert,

Diese Differenz lässt sich auch gut an einer Buchrezension Epplers aus dem Jahre 1979 veranschaulichen. Darin bespricht Eppler affirmativ das in Dänemark 1977 veröffentlichte, dort breit rezipierte und dann ins Deutsche übersetzte Buch *Aufbruch der Mitte*, in dem die Autoren ein den Entwürfen von Bahro, Amery, Strasser und Fromm vergleichbares Modell entwickeln: weitgehende Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen und Wirtschaftsstruktur, Selbstverwaltung, direktdemokratische Beteiligung, Vergesellschaftung der Unternehmen, demokratisches Entscheiden über die Entwicklung der Wirtschaft, garantiertes Grundeinkommen und Einkommensgerechtigkeit (Meyer et al. 1979 sowie dazu Eppler 1979b). Eppler erkennt darin die Utopie eines demokratischen Subsidiaritätssozialismus (1979b). Er sieht in dem dänischen Modell eine wünschenswerte Utopie, die für ihn als Fluchtpunkt attraktiv und erstrebenswert ist (ebd.). Wenn Eppler also eine, aus seiner Sicht, utopische Perspektive einnimmt, kommt er zu weitgehend deckungsgleichen Ordnungsvorstellungen wie die Exponenten eines demokratischen Systemwechsels. Dadurch zeigt sich, dass die Differenz zwischen beiden Ansätzen weniger in divergenten Grundwerten oder Ideen des guten Lebens als vielmehr in der beschriebenen perspektivischen Differenz wurzelt.²³⁰ Dies wird auch bei Epplers Kritik an *Aufbruch der Mitte* augenscheinlich: Diese bezieht sich primär auf die mangelnde realpolitische Reflexion der Frage, wie dieser Alternativentwurf zu erreichen ist (ebd.).

Abschließend sei noch einmal auf den Zusammenhang zwischen realpolitischem Fokus und der optimistischeren Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen verwiesen. Wie im Vorherigen gezeigt, will Eppler aus verschiedenen Erwägungen eine realpolitische Perspektive

vergesse aber gesellschaftliche Realitäten. Die Gesellschaft sei (noch) nicht bereit für einen solch radikalen Wandel, weshalb entsprechende Debatten zu früh kämen. Hinzu kommt, so Epplers Vorwurf an Paech, dass dessen starker Fokus auf potenziell notwendige und wünschenswerte Maximalforderungen den Blick für kleinere Fortschritte, wie z.B. die verbreitete Abkehr von einem blinden Wachstumsglauben zugunsten der Perspektive grünen Wachstums oder konkreter der Umstieg auf erneuerbare Energien, verstelle und diese dadurch als belanglos abgewertet werden. (2016, 16, 111-134, 150-156)

- 230 Im Gegenteil zeigen sich z.B. bei Strasser und Eppler, die ihre Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriffe sowie deren Zusammenhang als einzige der demokratischen Autoren explizit reflektieren, weitgehende Überschneidungen. Beide betonen in sozialdemokratischer Tradition die positive Dimension des Freiheitsbegriffs und verstehen Gerechtigkeit primär als die gleiche Chance zur freien Entfaltung der eigenen Möglichkeiten (Strasser/Traube 1981, 235f, 238f, 272; Eppler 1975, 46-53).

einnehmen. Er *kann* dies aber auch, weil eine Fundamentalalternative, wiederum in Differenz zu den Exponenten des demokratischen Systemwechsels, vor dem Hintergrund seiner optimistischeren Einschätzung der Verschiebbarkeit ökologischer Wachstumsgrenzen kurz- bis mittelfristig nicht zwingend ist. Eppler hält eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung für wünschenswert, aber erstens nicht für kurzfristig machbar und zweitens aus ökologischer Sicht nicht für zwingend notwendig. Aus seiner Perspektive wäre die von ihm beschriebene ökologische Reformpolitik gegen mächtige Wirtschaftsinteressen bereits ein großer Erfolg und wichtiger Schritt auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft.

Menschen- und Bürgerbild

Bezüglich des Menschen- und Bürgerbildes kann für Eppler eine Zwischenposition zwischen den öko-autoritären und den demokratischen Systemwechsel-Denkern konstatiert werden. Herausgearbeitet wurde bereits das gegenüber den öko-autoritären Positionen optimistischere Bürger- und Menschenbild, das sich v.a. in den Annahmen der Einsichtigkeit der Bürgerschaft, deren Rolle als maßgebliche Impulsgeberin für ökologischen Wandel sowie der Möglichkeit eines tiefgreifenden Bewusstseins- und Wertewandels ausdrückt (Kap. 7.2). Demgegenüber wird zumindest an einer Stelle deutlich, dass Eppler den starken Optimismus bezüglich der Wandelbarkeit des Menschen zum Besseren, der hinter den demokratischen Systemwechsel-Positionen steht, nicht teilt. In der oben angeführten Besprechung des dezentralen, basisdemokratischen Selbstverwaltungssozialismus aus *Aufruhr der Mitte* unterstützt er diesen Entwurf zwar als Fluchtpunkt gesellschaftlicher Veränderung, macht aber auch deutlich, dass der dafür erforderliche utopische Mensch noch lange auf sich warten lassen werde (Eppler 1979b). Die Möglichkeit der Verwirklichung der menschlichen Utopie, wie sie bei Fromm explizit anklingt und den oben besprochenen Entwürfen zugrunde liegt, steht Eppler zurückhaltender gegenüber. Bei Eppler kommt also eine Skepsis bezüglich der anthropologischen Grundlagen der aus seiner Sicht utopisch anmutenden Fundamentalalternativen zum Ausdruck.

Liberalere Position in der Bedürfnisfrage

Zuletzt lässt sich für Eppler eine im Vergleich zu den weiteren Autoren liberalere Position bezüglich der Bedürfnisstrukturen der Individuen und der darauf aufbauenden Lebensstile konstatieren. Bei den demokratischen Systemwechsel-Denkern müssen die Bedürfnisstrukturen der Individuen sowohl aus ökologischer als auch aus emanzipatorischer Perspektive grundlegend hinterfragt werden. Hier ist Eppler deutlich zurückhaltender. Beispielsweise bemerkt er, dass es auch im Angesicht der ökologischen Krise möglich sein müsse, „jedem, der dies wünscht, seinen Farbfernseher oder seine Waschmaschine und eine anständige Wohnung zu verschaffen“ (1975, 21). Entsprechende Bedürfnisse werden von Eppler nicht infrage gestellt, sondern als Ausdruck individueller Selbstbestimmung begriffen. Ein weiteres Beispiel ist seine Haltung zu materiellem Verzicht. Während Denker wie Fromm, Amery oder Bahro die Emanzipation vom Materialismus als Voraussetzung für innere Freiheit beschreiben, weist Eppler darauf hin, dass Verzicht womöglich für einzelne Individuen ein Weg zu einem besseren Leben sei, daraus aber keine Generalisierung abgeleitet werden könne (1981, 161ff). Sichtbar wird hier im Vergleich zu den Exponenten des demokratischen Systemwechsels die stärkere Betonung der negativen Freiheitsdimension: Fragen des guten Lebens sind in erster Linie Fragen individueller Selbstbestimmung. Nicht aufzulösen ist, ob diese liberalere Grundhaltung tatsächlich aus Epplers genuinem Freiheitsverständnis folgt oder primär realpolitisch begründet ist. Oben wurde für das Beispiel des privaten Automobils bereits dargestellt, dass Epplers realpolitische Ausrichtung ihn diesbezüglich zu einer liberalen Haltung führt. Selbst wenn bestimmte Bedürfnisse mit Blick auf die ökologischen Belastungsgrenzen eigentlich kritisch hinterfragt werden müssten, kann dies politstrategisch kontraproduktiv sein. Unzweifelhaft ist hingegen, dass Epplers liberalere Grundhaltung durch seine optimistischere Einschätzung der Flexibilität ökologischer Wachstumsgrenzen ermöglicht wird. Erst auf Basis dessen kann er den genannten Konsumbedürfnissen offener gegenüberstehen.²³¹

231 Mit Blick auf die zweite Zeitphase sei bereits vorweggenommen, dass diese Feststellung der liberaleren Grundhaltung bei Eppler nur gegenüber den weiteren Autoren der ersten Zeitphase gilt. Auch Eppler kritisiert, wie dargestellt, einen vorherrschenden Modus des Habenwollens und legt seiner selektiven Wachstumspolitik mit dem Konzept der Lebensqualität einen objektiven Maßstab des Guten zugrunde. Beides steht im Widerspruch zu einer dezidiert liberalen Position in der ökologischen Frage, wie sie in der zweiten Zeitphase v.a. von Ralf Fücks vertreten wird (vgl. Kap. 12).

7.4.4 Zusammenfassung

Im Gegensatz zu den demokratischen und autoritären Systemwechsel-Denkern beschreibt Eppler eine Position der Modernisierung im System. In wirtschaftlicher Hinsicht geht es ihm um die Verwirklichung einer ökologischen Marktwirtschaft. Dazu dient die selektive Wachstums- und Schrumpfungspolitik, die durch die Schaffung eines ökologischen Ordnungsrahmens Investitionen in gewünschte Branchen und Produktionsweisen lenkt bzw. diese aus nicht zukunftsfähigen Produktionsbereichen abzieht. Auf der Instrumentenebene fokussiert Eppler primär auf eine umfassende ökologische Steuerreform. Auch bei Eppler nimmt der Staat somit eine stärkere Position gegenüber den Märkten ein, die Investitionsentscheidungsfunktion verbleibt aber, anders als bei den planwirtschaftlich motivierten Entwürfen, bei den privaten Wirtschaftsakteuren. Neben die selektive Wachstumspolitik tritt der reformerische Abbau von strukturellen Wachstumsabhängigkeiten mit dem Ziel größerer Wachstumsunabhängigkeit. In staatsstruktureller Hinsicht ist für Eppler eine Vertiefung der Demokratie angezeigt, um einen effektiveren Durchfluss zivilgesellschaftlicher Impulse in die politische Entscheidungsfindung sicherzustellen. Dieses Ansinnen wird aber institutionell kaum konkretisiert.

Der Prozess des Wandels wird bei Eppler mittels Reformpolitik gedacht. Der Staat ist das zentrale Transformationsinstrument. Eppler geht aber nicht davon aus, dass die politischen Eliten selbst den Anstoß für die ökologische Reformpolitik geben, was einerseits in den Anreizstrukturen der repräsentativen Konkurrenzdemokratie, andererseits in der Sachzwang- und Wachstumsideologie der politischen Funktionsebenen begründet liegt. Stattdessen sieht Eppler in den Neuen Sozialen Bewegungen die maßgeblichen Impulsgeber für ökologischen Wandel. Diese sind für Eppler Ausdruck eines breiteren gesellschaftlichen Bewusstseinswandels im Sinne einer zunehmenden Skepsis gegenüber dem technisch-ökonomischen Fortschrittsparadigma sowie einer Hinwendung zu stärker postmateriellen Werten und einem nicht-instrumentellen Naturverständnis. Eppler setzt darauf, dass bestehende Großorganisationen, insbesondere die Sozialdemokratie, aber auch Kirchen und Gewerkschaften, sich diesem Basisimpuls öffnen und diesen in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung tragen. Eine potenzielle demokratische Mehrheit für die angestrebte Reformpolitik besteht in einem Bündnis aus progressiven und wertkonservativen Kräften.

Bezüglich der erklärenden Hintergrundannahmen zeigt sich, dass Epplers Position auf einer optimistischeren Einschätzung der Flexibilität ökolo-

gischer Wachstumsgrenzen und einer Skepsis gegenüber eines prinzipiellen Wachstumszwangs des Kapitalismus beruht. Eben deshalb sieht er zumindest kurz- bis mittelfristig keinen zwingenden Widerspruch zwischen der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung und ökologischer Nachhaltigkeit. Gegenüber den öko-autoritären Positionen sind zudem das optimistischere Menschen- und Bürgerbild sowie die stärkere normative Bindung an Grundwerte wie individuelle Freiheit und Selbstbestimmung ausschlaggebend. Die Differenz zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern lässt sich primär auf Eppers dezierten Fokus auf das realpolitisch Umsetzbare zurückführen. Hinzu kommen die Skepsis gegenüber dem starken anthropologischen Optimismus der demokratischen Fundamentalalternativen sowie die liberalere Grundposition gegenüber individuellen Konsumbedürfnissen.

8 Zwischen spiritueller Autorität und Öko-Anarchismus: der späte Bahro als „Sonderstimme“

Als letzte Grundposition des untersuchten frühen ökologischen politischen Denkens fällt der Blick im Folgenden auf den späten Bahro. Dessen Position hat sich im Zeitverlauf deutlich gewandelt. Seine früheren Beiträge, insbesondere die bereits behandelten *Elemente*, lassen sich einer öko-sozialistischen Perspektive zuordnen (Kap. 7.3). In Beiträgen Mitte der 1980er-Jahre kündigt sich bereits die Verschiebung hin zu einer stärker öko-kommunalistisch und spirituell aufgeladenen Position an (siehe z.B. *Pfeiler am anderen Ufer*, v.a. Kapitel 3 „Kommunitäre Perspektive“). Mit *Logik der Rettung* legte Bahro dann 1987 die nach eigener Aussage geschlossene Darstellung seiner fundamentalistischen Position vor (1987, 10). Die darin dargelegte Perspektive lässt sich keiner der zuvor behandelten Grundpositionen zuordnen. Bahro steht einerseits zwischen diesen Grundpositionen, da sein Ansatz emanzipatorisch-freiheitliches Denken mit autoritären Elementen verbindet. Andererseits liegt seine Perspektive jenseits der weiteren Denker, da die stark spiritualistische Dimension seines Denkens ein Alleinstellungsmerkmal darstellt. Entsprechend hat Stein Bahro mit Blick auf die *Logik der Rettung* richtigerweise als „Sonderstimme“ im Diskurs um den Umgang mit der ökologischen Krise bezeichnet (1998, 202).

Dies heißt im Umkehrschluss nicht, dass Bahro nicht auch Exponent einer wichtigen Strömung des ökologischen politischen Denkens der 1970er- und 80er-Jahre ist. Dies gilt weniger für seine institutionellen Schlussfolgerungen als vor allem für die tiefenökologische und spirituelle Dimension seines Ansatzes. In der Ökologiebewegung der 70er- und 80er-Jahre war spiritualistisch aufgeladenes ökologisches Denken sehr populär und erreichte in Zeitschriften und Monografien große Reichweite (Mende 2011, 439; Eitler 2007, 119ff; Küenzlen 1988; Dryzek 1997, 155-166).²³² Dies gilt im deutschen Kontext auch für die frühen GRÜNEN, bei denen

232 Eitler verweist im Zuge dessen auf die enorm erfolgreichen Veröffentlichungen von Marilyn Ferguson (*Die sanfte Verschwörung*, 1982) und Fridtjof Capra (*Wendezeit – Bausteine für ein neues Weltbild*, 1983). Beispielsweise hielt sich Capras Werk über mehrere Monate auf den Spiegel-Bestsellerlisten und wurde innerhalb von zwei Jahren achtmal neu aufgelegt (Eitler 2007, 120; 2010). Zentral ist in beiden Werken, wie bei Bahro, das Ansinnen, dass Selbsttransformation die Voraussetzung für Gesellschaftstransformation darstellt (ebd.). Beispielsweise bemerkt Ferguson ganz im Sinne des späten Bahros, dass der sich selbst heilende Mensch zum Heiler der Gesellschaft wird (1982, 242).

ebenfalls prominent Positionen einer öko-spirituellen Transformation der inneren Konstitution des Menschen vertreten wurden (Blasberg 1999, 211f; Markovits/Gorski 1997, 190-193; Radkau 2011, 266-269; Hesse/Wiebe 1988, Teil 2; Spretnak 1985, 311-351; Raschke 1993, 72f). Neben Bahro traten dabei z.B. Petra Kelly, Rainer Langhans und Karin Zeitler mit öko-spiritualistischen Beiträgen hervor (siehe z.B. deren Beiträge in Hesse/Wiebe 1988, Teil 1).²³³ Stets steht dabei das Motiv der spirituellen Einordnung des Menschen in den natürlichen Gesamtzusammenhang im Vordergrund (Küenzlen 1988, 253).

Was sich bei diesen Positionen anders als bei Bahro nicht findet, sind Vorstellungen, wie sich die angestrebte spirituelle Bewusstseinsrevolution in der Breite vollziehen und letztlich in weltliche Macht zur Bearbeitung der ökologischen Krise übersetzen soll. Insbesondere werden aus der spiritualistisch-tiefenökologischen Positionierung keine institutionellen Schlussfolgerungen gezogen. Entsprechend hält Fücks Bahro im Zuge seiner kritischen Auseinandersetzung mit der *Logik der Rettung* zugute, dass dieser die Idee vom neuen Menschen im Gegensatz zu den weiteren Exponenten dieser Strömung konsequent zu Ende gedacht hätte (2013, 145). In der Summe lässt sich festhalten, dass Bahro zwar mit Blick auf seine institutionellen Konkretisierungen eine „Sonderstimme“ darstellt, die spiritualistische Fundierung und die Forderung nach einer Bewusstseinsrevolution als Grundlage für eine andere Gesellschaft hingegen Ausdruck einer wichtigen Denkströmung dieser Zeit ist.²³⁴

Im Folgenden ist vorweggestellt auf Bahros kausale Begründung der ökologischen Krise einzugehen, die er in letzter Instanz als anthropologische Krise begreift (Kap. 8.1). Bezüglich seines Alternativentwurfs ist zwischen einer kurz- bis mittelfristigen und einer langfristigen Perspektive zu unterscheiden. In der langfristigen Perspektive (Öko-Kommunalismus) leben die Menschen aus innerer Überzeugung in dezentralen, weitergehend souveränen Subsistenzgemeinschaften, wobei eine übergeordnete staatliche Zentralgewalt potenziell gänzlich obsolet wird. Diese neue Gesellschaft setzt einen tiefgreifenden geistig-kulturellen Wandel („anthropologische Revolution“) voraus, der die Menschen für diese Gesellschaftsform qualifiziert.

233 Entsprechend wird Bahro in der Sekundärliteratur als Teil und maßgeblicher Vor-
denker der öko-spiritualistischen Strömung bei den frühen GRÜNEN behandelt
(vgl. z.B. Blasberg 1999; Markovits/Gorski 1997 190-193; Raschke 1993, 72f).

234 Siehe für eine ausführliche Aufarbeitung und Systematisierung dieses Strangs des
ökologischen politischen Denkens im angelsächsischen Sprachraum Dryzek 1997,
155-166.

Kurz- bis mittelfristig bedarf es einer spirituell-autoritären „Rettungsregierung“, die einerseits durch ökologische Politik Zeit für den langwierigen geistig-kulturellen Wandel schafft, andererseits diesen durch spirituelle Wegweisung maßgeblich mit hervorbringt. In Kapitel 8.2 fällt der Blick zunächst auf die anthropologische Revolution als Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise sowie die sich daraus ergebende „Rettungsbewegung“ als maßgeblichen Transformationsakteur. Diese zielt einerseits auf die Ausbreitung der anthropologischen Revolution und andererseits auf die Etablierung der zustimmungsunabhängigen „Rettungsregierung“. In Kapitel 8.3 werden Bahros institutionelle Vorstellungen dieser Rettungsregierung und deren politisches Handeln beleuchtet. Sodann wird der Fokus auf Bahros langfristige Perspektive einer öko-kommunistischen Gesellschaft gerichtet (Kap. 8.4). Nach der Darstellung von Bahros Alternativentwurf werden die ausschlaggebenden Hintergrundannahmen in Bahros Denken aufgezeigt (Kap. 8.5). Nach der Zusammenfassung seiner Position (Kap. 8.6) wird in einem kurzen abschließenden Exkurs die zeitliche Veränderung in Bahros ökologisch-politischem Denken rekapituliert (Kap. 8.7).

8.1 Die ökologische Krise als anthropologische Krise

Der späte Bahro nimmt eine stark wachstumspessimistische Position ein, wonach nicht nur der Ausstieg aus der Wachstumsdynamik, sondern in den reichen Weltregionen eine drastische Senkung des materiellen Wohlstandes um den Faktor zehn erforderlich ist (vgl. Kap. 5). Davon ausgehend macht er sich in der *Logik* auf die Suche nach den Wurzeln der ökologisch unhaltbaren Expansionsdynamik. Bahro geht dabei in dem Sinne „geologisch“ vor, dass er verschiedene Zwischenstufen der Krisenverursachung identifiziert, die zusammen eine „Geologie der Ursachen“ (1987, 118; vgl. dazu auch Stein 1998, 209f) ergeben. Diese „Tiefenstaffelung“ (1987, 101) stellt sich für Bahro wie folgt dar (vgl. dazu 1987, 106ff):

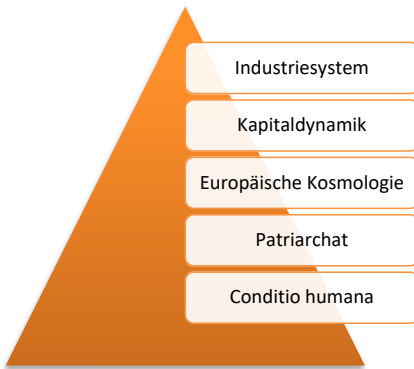


Abb.1: Grafische Darstellung von Bahros "Geologie der Ursachen"²³⁵

Die von Bahro identifizierte kausale Verursachungskette wird im Folgenden umrissen. Zuvor ist kurz Bahros generelle Perspektive auf die historische Entwicklung bzw. die Genese der ökologischen Krise zu reflektieren. Seine Grundannahme ist, dass die ökologische Krise aus der inneren Konstitution des Menschen folgt (1987, 19f, 103, 21). Dahinter steht die Annahme, dass die gesamten technischen, institutionellen oder sozialen Strukturen, welche die ökologische Krise letztlich hervorbringen, Folge der inneren Konstitution der Subjekte sind (ebd., 84ff, 35, 103, 313). Entsprechend überschreibt Bahro das einschlägige Zwischenkapitel mit „Geschichte ist Psychodynamik“ (ebd., 101), d.h. die materielle Geschichte folgt aus der Bewusstseinsgeschichte. Deshalb müsse bei allen strukturell-materiellen Ursachen der Krise (v.a. Kapitalismus, Industrialismus) gefragt werden, welchen inneren Bewusstseinsverfassungen diese entsprechen und welchen inneren menschlichen Antrieben sie Ausdruck verleihen (ebd., 104f).²³⁶ Deutlich wird also, dass Bahro die ökologische Krise als ideelle Krise begreift, worin er sich mit weiteren Autoren wie Amery und Gruhl überschneidet. Er ist

235 Bahro spricht an anderer Stelle selbst von der „Selbstausrüttungspyramide“, weswegen sich diese Darstellungsform anbietet (1987, 185).

236 „Was wir tun, was wir uns und aller Kreatur antun, kann nur darin wurzeln, was wir sind. Wenn wir jetzt sehen, daß unser Dasein als denkende Wesen vor allem Störung der Weltharmonie, der Naturgleichgewichte hervorruft, so kann das keine andere Ursache als die Verwirrung unseres eigenen Geistes und Herzens haben“ (1987, 19f). Entsprechend könne eine Lösung nur im Inneren des Menschen ihren Ausgang nehmen (ebd., 19, 21, 83f).

aber in dem Sinne radikaler, dass alle äußeren Erscheinungsformen bloßer Ausdruck innerer Haltungen und Weltanschauungen sind.²³⁷

Nun zu Bahros „Geologie der Ursachen“²³⁸. Die ökologische Krise wird aus Bahros Sicht materiell von dem auf ständige Expansion ausgerichteten Industriesystem, das er in Anlehnung an Mumford auch als „industrielle Megamaschine“ bezeichnet, hervorgebracht (ebd., 117f, 122).²³⁹ Das Industriesystem ist wiederum nur ein Instrument des Kapitals als „derzeit [...] mächtigste[s] Triebfeder der Expansion“ (ebd., 129) bzw. des im Kapitalismus verankerten Geldvermehrungstriebes (ebd., 135). Das Industriesystem ist also genuin kapitalistisches Industriesystem (ebd., 129). Dabei sei es nicht der böse oder gute Wille des Kapitalisten, sondern das Prinzip der gewinnträchtigen Kapitalanlage, das den Expansionsprozess antreibt und „uns über den Rand trägt“ (ebd., 129). Auch Bahro unterstellt somit einen systemimmanenten Wachstumszwang im Kapitalismus.

Für Bahro sind Kapitalismus und Industrialismus jedoch Sekundärphänomene und letztlich nur die Instrumente, mit denen der Mensch seinen inneren Antrieben Rechnung trägt (ebd., 15f, 104ff, 122, 129, 149).²⁴⁰ Sie folgen für Bahro aus der Bewusstseinsverfassung der „Europäischen Kos-

237 Mit diesem Fokus auf die ideelle Ebene, dass also die äußeren Erscheinungsformen bloßer Ausdruck der geistigen Haltung des Menschen sind, hat der geschulte Marxist Bahro, so Heyer, Marx von den Füßen auf den Kopf gestellt: Nicht mehr das Sein bestimmt das Bewusstsein, sondern umgekehrt (2011, 102; ähnlich Schubert 2003, 91). Dryzek hat mit Blick auf entsprechende, ideell fokussierte Begründungen der ökologischen Krise dargelegt, dass diese der philosophischen Strömung des Idealismus zuzuordnen sind, wonach maßgeblich Ideen die Welt bewegen und sich zunächst die innere Beschaffenheit des Menschen verändern muss (1997, 164). Entsprechend finden sich bei Bahro Verweise auf Vertreter des philosophischen Idealismus wie Hegel, Schelling oder Hölderlin (1987, 326, 450f).

238 Dazu zwei weitere für das Verständnis wichtige Vorbemerkungen Bahros: Erstens hängen die verschiedenen Ursachenstufen kausal zusammen. Das heißt: „Jede höhere ‚Schicht‘ in dieser Tektonik der Selbsterstörungsursachen ist ein Ausdruck, eine Modulation, eine Spezialisierung, ein Transformationsergebnis der je tieferen“ (1987, 106). Zweitens seien die verschiedenen Verursachungsformationen zwar einerseits historisch nacheinander gewachsen, nun aber alle im hier und jetzt präsent (ebd.).

239 Dabei unterscheidet Bahro zwischen Industrie, die es auch schon im Altertum in Asien und Europa gab, und Industriesystem, welches die gesamte Arbeits-, Produktions- und Gesellschaftsorganisation samt deren Verankerung in der menschlichen Psyche umfasst (1987, 118-122).

240 Eben dies nicht erkannt zu haben, hält Bahro für einen zentralen Mangel der marxistischen Analyse (1987, 149). Die gängige Kapitalismuskritik greift aus Bahros Sicht viel zu kurz. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel bringe nichts, solange die psychischen Wurzeln der Krise nicht adressiert würden (ebd., 126f).

mologie²⁴¹ (ebd., 149-152). Die kollektive Tiefenpsychologie des abendländischen Menschen sei die des „homo conquistador“, des egozentrischen Eroberers gegenüber der Natur und anderen Menschen (ebd.). In der Europäischen Kosmologie dominiere das expansionistische Moment und sei in besonders aggressiver und herrschaftlicher Form ausgeprägt (ebd.). Es ist für Bahro folglich kein Zufall, dass die Europäer den Kapitalismus hervorgebracht haben (ebd.). Zwar verstärkte der Kapitalismus in der Tat den asozialen und egoistischen Individualismus, dies sei aber ein Sekundärphänomen. Primär hat aus seiner Sicht das Wesen des „homo conquistador“ den Kapitalismus und das daraus folgende Industriesystem hervorgebracht (ebd., 148f, 151, 154f, 157). Der Industriekapitalismus ist Werkzeug der europäischen Kosmologie (ebd., 156) und somit letztlich nicht mehr als „das jüngste Mittel der Expansion“ des abendländischen Menschen (ebd., 15).²⁴²

Auf der Verursachungsstufe unter der europäischen Kosmologie folgt das Patriarchat. Nach Bahro weisen Mann und Frau verschiedene innere Konstitutionen auf. Dabei ist das männliche Logos eine Kriegerpsychologie, die auf Grenzüberschreitung, Eigennutz, Selbstbehauptung in Konkurrenz und Eroberung gerichtet ist. Krieg, Handel, Piraterie, Geld und Kapital, Staat und Kirche, rationalistische Wissenschaft und Technik seien alles männliche Erfindungen und Veranstaltungen. Demgegenüber sieht Bahro im Weiblichen eine eher erhaltende Anlage, die auf Versöhnung, Dauerhaftigkeit und Beständigkeit ausgerichtet ist. Hätten sich Männliches und Weibliches in der Kultur der Jäger und Sammler noch gleichgewichtig gegenübergestanden, erhielt mit zunehmender Komplexität der Kulturen das männliche Logos aufgrund seiner Ausrichtung immer mehr Machtpotenziale. Damit sei das Verhältnis aus dem Gleichgewicht geraten. Die gesamte nachfolgende kulturelle und zivilisatorische Entwicklung sei durch den Mann, sei patriarchal geprägt. Auch die Tiefenpsychologie des homo conquistador ist für Bahro Ausdruck einer männlich dominierten Kultur.

241 Mit dem Begriff „Kosmologie“ stellt Bahro auf die je vorherrschende kollektive Tiefenpsychologie, die unbewusste Grundeinstellung zur Welt ab, die sich in kulturellen Verhaltensmustern verwirklicht (1987, 149).

242 Für Bahro steckt hinter dem Profitmotiv das Machtmotiv, der Markt sei historisch als neue und umfassendere Machtkampfarena entstanden (1987, 131). Geld sieht Bahro dabei nicht als neutrales Tauschmittel, sondern ebenfalls als zum Ausdruck von Macht und Prestige geschaffenes Distinktionsmittel (ebd., 133-136, 143). Die Institutionen des Geldes und des Marktes sowie der darauf beruhende expansionistische Kapitalismus sind für Bahro also letztlich Ausdruck des menschlichen Macht- und Eroberungsstrebens.

Die europäische Kosmologie konnte aus seiner Sicht also nur auf dem Nährboden des Patriarchats entstehen. Daraus folge, dass die gesamten Strukturen, welche die ökologische Krise hervorbringen (v.a. Kapitalismus und Industriesystem), sowie die Zivilisation an sich, maskulin sind. (1987, 159-166)

Unterhalb des Patriarchats identifiziert Bahro eine letzte Verursachungs-ebene, den Genotyp des Menschen bzw. die *conditio humana* als Basis der „Selbstaussrottungspyramide“ (1987, 185). Nach Bahro wurzelt die Krise in letzter Instanz in der menschlichen Natur, in der Funktionsweise des Menschen (ebd., 177, 83f, 86, 103f). Demnach ist es das Gattungsdilemma des Menschen, dass er „Großhirn-Tier“ ist: Seine Besonderheit, sein Großhirn, ist ihm evolutionär gegeben, um seine physische Schwäche zu kompensieren. Das Großhirn ist das Überlebensorgan des Menschen, der Verstand in der Konsequenz auf die unmittelbaren und kurzfristigen Interessen der Überlebenssicherung ausgerichtet. Eben daraus entstanden für Bahro die heute folgenschweren Gattungseigenschaften der Anthropozentrik, der Egozentrik und des Machtstrebens (ebd., 87f, 196f, 176f, 181). Gleichzeitig verdränge der Verstand alle anderen, nicht verstandesbezogenen Erkenntniswege, die ihn von diesem Pfad abbringen könnten. Denn auch nach innen, so Bahro, möchte das Großhirn stets alles unter Kontrolle haben, weswegen es in seinem dauernden Kampf um innere Souveränität alle von anderen Bewusstseinsschichten herrührende Energien zu unterdrücken versucht (ebd., 181). Davon ausgehend diagnostiziert Bahro eine „abstraktionistische Verstandeskultur“, in der sich der Verstand verselbständigt hat (ebd., 183, 185, 192). Vor dem Hintergrund dieser Dominanz des Überlebensorgans Großhirn „sind Kultur und Zivilisation zu einem Prozeß wachsender Aufrüstung gegen alle Risiken des Lebens geworden“ (ebd., 181). Die Bedrohungslage der ökologischen Krise folgt also aus dem menschlichen Drang nach Überleben, welches der übermächtige Verstand durch die Kultur, durch das Auftragen von „Schutzschicht über Schutzschicht“, sicherstellen will (ebd., 184, 181, 109f). Mit dieser Verwurzelung der Krise im Gattungscharakter des Menschen, in der *conditio humana*, wird die ökologische Krise zur anthropologischen Krise. Bahro selbst bemerkt, dass die ökologische Krise uns mit einem „anthropologischen Problem“ konfrontiert, dem es sich zu stellen gelte (ebd., 87f).²⁴³

243 Angesichts dessen ist Eckersley Feststellung, dass die ökologische Krise für Bahro vor allem kulturelle und spirituelle Krise ist, ergänzungsbedürftig (1992, 164). Dies ist mit Blick auf die über der *conditio humana* liegenden Verursachungsschichten

Weitere Ursachen: Demokratie und Bevölkerungswachstum

Die dargestellte „Geologie der Ursachen“ stellt den Hauptstrang der Bahro’schen Krisenbegründung dar. Jenseits dessen werden in der *Logik* zwei weitere Aspekte problematisiert, die es zu ergänzen gilt. Erstens ist der späte Bahro Exponent einer fundamentalen Demokratiekritik. Demnach ist das parlamentarisch-demokratische Institutionensystem prinzipiell unfähig, einen Weg aus der ökologischen Krise zu finden (vgl. entspr. Stein 1998, 210f). Aus seiner idealistischen Grundposition heraus begreift Bahro das gegenwärtige politische System als bloßen Überbau bzw. Ausdruck des gegenwärtigen Bewusstseinszustandes, weshalb es ausschließlich der Aushandlung kurzfristiger und egoistischer menschlicher Sonderinteressen diene. Politiker und Parteien erreichten ihre höchste Legitimation, indem sie „schamlos vor eben diesen unmittelbaren, kurzfristigen und besonderen Interessen scharwenzeln“ (1987, 330) (zum ges. Absatz bis hierher ebd., 84ff, 316f, 327f, 330f, 473-481). Daraus folgert Bahro eine prinzipielle Absage an Demokratie:

„Wir können fordern, welche Demokratie wir wollen: liberale, sozialistische, Basis- oder Rätedemokratie – die Subjekte, die sich damit retten und gar befreien sollen, stecken viel zu tief in den Gewohnheiten und Vorteilen, die in der Logik der Selbstausrötung liegen“ (ebd., 465).

Bahros Demokratiekritik zeigt somit deutliche Überschneidungen zu jener der öko-autoritären Denker. Die Demokratie ist in dieser Perspektive unfähig, einen Weg aus der ökologischen Krise zu finden, weil die innere Verfasstheit der Menschen und damit der Bürgerschaft den erforderlichen Reduktionserfordernissen im Wege steht. Die politischen Entscheidungsträger sind aber vom Bürgerwillen abhängig und orientieren sich folglich

richtig. Die unterste Verursachungsschicht der *conditio humana* ist jedoch im Genotyp des Menschen eingeschrieben und somit anthropologischer Natur. Vor diesem Hintergrund wird eine Differenz zwischen Bahro und Denkern wie Gruhl und Amery, die die ökologische Krise in ihrer tiefsten Verwurzelung als kulturelle Krise begreifen, nachvollziehbar. Bahro geht davon aus, dass auch frühere Kulturen kein „ersprießliches Verhältnis“ zur Natur hatten (1987, 34, 109). Vielmehr fehlten ihnen schlicht die Macht und die Mittel, diese in einem Umfang zu zerstören, der sie selbst gefährdet (ebd.). Auch sie wurden aus Bahros Sicht schon von den gleichen anthropologischen Antrieben geleitet, die heute in die Katastrophe führen. Bei Amery und Gruhl hingegen ist die Weltanschauung der Moderne letztursächlich. Folglich gehen sie davon aus, dass es frühere vormoderne Kulturen mit einem ökologisch verträglichen Naturverhältnis gab (Gruhl 1975, 38ff; Amery 1991, 341f; ähnlich Strasser/Traube 1981, 79).

an diesem. Demokratie werde erst dann wieder möglich, wenn „sich zumindest schon sehr viele Menschen geistig auf der Königsebene bewegen [...]“ (ebd., 329), also die geistigen Wurzeln der ökologischen Krise überwunden haben. Darauf könne jedoch im Angesicht der Dringlichkeit der ökologischen Krise nicht gewartet werden, weshalb es einer zentralen, zustimmungsunabhängigen Führungsposition, die Bahro als „Rettungsregierung“ bezeichnet, bedürfe (ebd., 465f, 475-480). Aus der ökologischen Krise, so Bahro, „kann die Gesellschaft nur herausgeführt werden [Herv. i.O.]“ (ebd., 475).²⁴⁴

Zweitens thematisiert Bahro in der *Logik*, anders als in den *Elementen*, die Bevölkerungsfrage. Zwar ist das Bevölkerungswachstum aus seiner Sicht kausale Folge des Industrialismus, muss aber trotzdem problematisiert werden. Dies bezieht sich nicht nur auf den Zuwachs, sondern auch die Bestandsgröße. So konstatiert er z.B. für die BRD eine deutlich zu hohe Bevölkerungsgröße, die mit dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit unvereinbar sei und deutlich gesenkt werden müsse (ebd., 32f).

8.2 Anthropologische Revolution, der neue Mensch und die Unsichtbare Kirche als Rettungsbewegung

Aus der anthropologischen Erklärung der ökologischen Krise folgt als entscheidendes Moment für Bahros Alternativentwurf, dass sich der Mensch durch eine Tiefenverwandlung des Bewusstseins bzw. eine „Reise nach Innen“ (1987, 313) auf eine höhere Stufe jenseits der bisherigen *conditio humana* und ihrer Folgeformationen heben muss (ebd., 145ff, 153, 169, 181, 300f). Nur beim tiefgreifend veränderten Menschen kann die „Logik der Rettung“ ihren Ausgang nehmen (ebd., 19f, 10f, 16f, 48, 83ff). Beim späten Bahro ist somit ein neuer Mensch die Voraussetzung für eine ökologische

244 An anderen Stellen klingt die kapitalismuskritische Demokratiekritik an, wie sie für die demokratischen Systemwechsel-Denker und damit auch für den frühen Bahro aufgezeigt wurde (Kap. 7.1.2). Demnach sei der bestehende Staat Superstruktur des Kapitals (1987, 118) bzw. gehöre „zum Kernbestand der Megamaschine“ (ebd., 430). Er sei letztendlich dazu gemacht, dem Kapital „rechtlich freie Bahn für die schrankenlose Aneignung und Ausbeutung, für seine expansionistische Akkumulation zu garantieren“ (ebd., 485). Dazu passt auch Bahros Kritik am überbordenden Lobbyismus, der auf die Gesetzgebung einwirkt (ebd., 317). Hier klingt ein Staatsverständnis an, wonach der Staat Herrschaftsinstrument des Kapitals sei. Diese Argumentation wird von Bahro aber nicht weiterverfolgt und spielt für seinen weiteren Ansatz keine tragende Rolle.

Gesellschaft (Fücks 2013, 145f; Weber 2015, 293ff; Stein 1998, 209f; Markovits/Gorski 1997, 193). Entsprechend geht es Bahro, wie er selbst und auch seine Interpreten feststellen, in erster Linie um geistige Erneuerung und erst in zweiter Linie um strukturelle bzw. ökonomische Reformen (1987, 19ff, 10ff, 48, 313; Eckersley 1992, 164; Weber 2015, 292ff, 297f).²⁴⁵ Vollzögen die Menschen diesen Bewusstseinsprung, würden sich die erforderlichen institutionell-strukturellen Veränderungen von selbst einstellen (Bahro 1987, 84). Den erforderlichen inneren Wandlungsprozess beschreibt Bahro als „anthropologische Revolution“. Mit diesem „Sprung in Evolution des menschlichen Geistes“ (ebd., 84ff) muss sich, wie Ferst resümiert, der Mensch über seine bisherigen Gattungseigenschaften erheben (2005, 29). Erst auf dieser höheren Bewusstseinsstufe verkörpert der Mensch die „Subjektivität²⁴⁶ der Rettung“ (Bahro 1987, 237), entsteht also ein wahrer Wille für die ökologische Wende und die dafür erforderlichen Instanzen (ebd., 84f, 97, 314, 464).²⁴⁷ Vor diesem Hintergrund wird Bahros Verweis auf Gramsci verständlich: Von diesem übernimmt Bahro die Position, dass das prioritäre Ziel eine neue Hegemonie im geistig-kulturellen Vorfeld politischer Entscheidungen sein muss (ebd., 428; vgl. dazu auch Weber 2015, 279). Eben darauf zielt Bahros anthropologische Revolution. Demgegenüber müssen alle „äußeren“ Ansätze ökologischer Transformation, die nicht zunächst eine anthropologische Revolution vorsehen, scheitern, da sie die tiefen geistigen Wurzeln der Krise nicht adressieren.

Grundlage für die anthropologische Revolution ist für Bahro die Emanzipation von der Angstbestimmtheit des Menschen, die, wie gezeigt, aus seiner Sicht Egoismus, Materialismus und Machtstreben sowie daraus folgend den Aufbau der gesamten Zivilisation bedingt (1987, 20, 35, 87f, 181,

245 „Daher schreibe ich dieses Buch nicht so sehr über ökologische Politik als über ihre Grundlagen, ihren geistigen Zusammenhang, die Verwurzelung der Katastrophe wie der möglichen Rettung im menschlichen Wesen. Nur von dort aus gibt es eine radikale und im genauen Sinne fundamentale Antwort. [...] Wir müssen die Logik der Selbstausrötung zurückverfolgen bis ins menschliche Herz, weil auch nur von dort die Logik der Rettung ihren Ausgang nehmen kann.“ (1987, 19f)

246 Der Begriff der „Subjektivität“ bezieht sich bei Bahro in umfassendem Sinne auf die innere Konstitution des Menschen. Er wird im weiteren Verlauf der Untersuchung von Bahro übernommen. Unter diesen Begriff lassen sich unterschiedliche Aspekte der inneren Konstitution wie bewusste Werte und Überzeugungen, unbewusste Antriebe, Normalitätsvorstellungen, Menschenbilder, Weltanschauungen und Ideen des guten Lebens subsumieren.

247 Zur Konkretisierung der Subjektivität der Rettung entwickelt Bahro das Leitbild des *homo integralis* (Bahro 1987, 268-284; 2002; vgl. dazu vertiefend Adler/Schachtschneider 2010, 102ff).

183, 194). Dafür bedürfe es eines neuen Urvertrauens, dass der Mensch Teil einer höheren, alles auf der Welt verbindenden Ordnung ist und von dieser getragen wird (ebd., 20, 93, 89f, 181, 195f). Diese höhere Ordnung spricht Bahro mit dem Begriff der „Gottheit“ an. Die Gottheit ist für ihn kein persönlicher Vatergott, sondern der „Geist des Ganzen, an dem wir Anteil haben und mit dem wir uns so bis in den Ursprung hinein in bewußte Beziehung setzen können“ (1987, 94; vgl. zu Bahros Gottesbegriff auch Stein 1998, 211 und 2016, 214f). Bahro sieht somit eine spirituelle Erneuerung jenseits konventioneller Religionen als zentrale Ressource und Voraussetzung für ökologischen Wandel (Adler/Schachtschneider 2010, 104).

Das Urvertrauen in die Getragenheit entsteht durch eine spirituell-meditative Kommunionserfahrung mit der Gottheit (Bahro 1987, 12, 92, 96f, 192, 312). Hier kommt die tiefenökologische Dimension in Bahros Denken zum Tragen: Die maßgeblich über meditative Praxis herzustellende spirituelle Verbindung mit dem natürlichen Gesamtzusammenhang transformiert das Individuum. Basierend auf dieser Kommunionserfahrung könne der Mensch seine angstbedingte materielle Außenwelt-Kompensation, Egoismus und Machtstreben sowie das anthropozentrische, instrumentelle Naturverhältnis überwinden (ebd., 89f, 97, 195, 146f, 318-321; vgl. dazu auch Stein 2016, 214f).²⁴⁸ Wie Stein richtig darlegt, traut Bahro jedem Individuum grundsätzlich zu, diese Neuverfassung des eigenen Bewusstseins zu bewerkstelligen (1998, 210). Denn jeder Mensch habe die Gottheit in sich und könne durch spirituelle Erfahrung in Kontakt mit ihr treten (Bahro 1987, 92f, ähnlich 89). „Weise und Propheten, Erleuchtete und Heilige“ (ebd., 89) seien Vorbilder, wobei er als konkrete Beispiele u.a. Buddha, Laodise, Plato, Christus und Mohammed nennt (ebd., 84, 89, 94, 35). Doch ist dieses Zutrauen bei Bahro eingeschränkt. Zwar ist jeder Mensch zu höherer Bewusstheit fähig, den Weg dorthin wird die Mehrheit jedoch nicht selbst finden. Eben deshalb bedarf es in Bahros Denken, wie noch zu zeigen ist, spiritueller Autoritäten, die diesen Weg weisen können.²⁴⁹

248 Hier wird deutlich, dass Bahro die These des kompensatorischen Konsums radikalisiert. Bahro sieht den Materialismus an sich als rein kompensatorisch, das Streben nach Macht, Geld und materieller Fülle sind reine „Ersatzmagie“ für die fehlende Bindung zur „Gottheit“ (1987, 89f).

249 Dryzek verortet Bahro mit verschiedenen englischsprachigen Autoren in einer Denkströmung, die er als „Green Romanticism“ bezeichnet. In der Tat weist Dryzeks Beschreibung dieser Strömung mit Blick auf Autoren wie Devall/Sessions (1985), Fox (1990), Spretnak (1986) oder La Chapelle (1978) weitgehende Überschneidungen zum späten Bahro auf. Auch ihnen geht es nach Dryzek ausge-

Die Unsichtbare Kirche als Rettungsbewegung

Die impulsgebende Bewegung für ökologischen Wandel, von Bahro als „Unsichtbare Kirche“ bezeichnet, setzt sich sodann aus denjenigen zusammen, die die anthropologische Revolution vollbringen (1987, 314, 429, 225, 472f, 489, 493; vgl. dazu auch Stein 1998, 212). Bahro beschreibt diese „Gemeinschaft der Heiligen“ (1987, 327, 446) als öko-spirituelle Avantgarde-Bewegung, die das neue Bewusstsein zu einer „sanften sozialen Macht“ organisiert (ebd., 327).²⁵⁰ Weber hat darauf hingewiesen, dass die „Unsichtbare Kirche“ in der *Logik* synonym zu Bahros „Kommunistischem Bund“, wie er das politische Subjekt in seinem ersten Hauptwerk *Die Alternative* (1977) bezeichnet hat, gelesen werden kann (2015, 296f). Diesen denkt Bahro als „kollektiven Intellektuellen“, der sich durch seinen privilegierten Bewusstseinszustand auszeichnet und dadurch einen legitimen Anspruch auf die (politische) Wahrheit erheben kann (Weber 2015, 271-279). Entsprechend ist auch Bahros Analogie zwischen Kommunistischer Partei (KP) und „Unsichtbarer Kirche“ zu verstehen (1987, 327, 446). Auch die KP sei in der ursprünglichen Intention eine Kirche, ein geistliches Avantgarde-Ensemble gewesen, das durch sein höheres Bewusstsein über den widerstreitenden Sonderinteressen steht und dem Allgemeinwohl Ausdruck verleihen kann (ebd., 325ff, 453; 1988, 23f).²⁵¹

Für Bahro ist somit ausgemacht, dass es eines gänzlich neuen politischen Subjektes, einer durch einen gemeinsamen Glauben getragenen „Rettungsbewegung“ bedarf (1987, 429, 489f). Die weitgehend in das System und

hend von einer auf psychologisch-ideelle Tiefenstrukturen (Patriarchat, Rationalismus, Anthropozentrismus) fokussierten Krisenbegründung um eine tiefgreifende Veränderung des Individuums als Voraussetzung für eine andere Politik und andere Institutionen. Ziel ist eine andere Weltsicht und eine andere Wahrnehmung des Selbst im Weltzusammenhang. Auch Bahros Vorstellung von einer erfahrungsbasierenden Rückbindung an den Naturzusammenhang und das Motiv einer naturfokussierten Spiritualität findet sich bei diesen Denkern wieder. (Dryzek 1997, 155-166)

250 Die „Unsichtbare Kirche“ stellt einen freien, nicht-hierarchischen Zusammenschluss dar und speist sich aus geistigen Pionieren aus allen Schichten und Bereichen der gegenwärtigen Gesellschaft und ist somit nicht an eine bestimmte Klasse, z.B. die Arbeiterklasse, gebunden (Bahro 1987, 318, 446, 474f).

251 Explizit gilt diese Analogie für Bahro nur in dem Sinne, dass die „Unsichtbare Kirche“ das in der KP eigentlich angelegte Prinzip bzw. die dahinterstehende Intention verwirklicht (1987, 327, 446). Der realgeschichtlichen KP hat er diese Rolle spätestens in seiner *Alternative* nicht mehr zugetraut (Amery 1978d, 46). Weber weist darauf hin, dass Bahro in den frühen GRÜNEN eine Art Bund der Kommunisten, eine Minderheiten-Bewusstseinsavantgarde sah, die aus diesem Bewusstsein heraus die erforderlichen Veränderungen anstoßen kann (2015, 281f).

somit die Logik der Selbstausrottung integrierte Arbeiterschaft hatte Bahro bereits in der *Alternative* als revolutionäres Subjekt verworfen (Weber 2015, 269f, 296f). Aber auch von der zeitgenössischen Ökologiebewegung und den GRÜNEN wendete sich Bahro Mitte der 80er-Jahre ab. Kurz vor seinem Parteiaustritt 1985 erhob er in seiner berühmten Hamburger Rede den Vorwurf, dass die tatsächlichen, inneren Wurzeln der ökologischen Krise nicht erkannt und somit oberflächliche Lösungsansätze der Symptomkur verfolgt würden (Bahro 2016, entspr. 1987, 35, 14f).²⁵² Hier werden deutliche Differenzen zu seiner früheren Position sowie zu den demokratischen Autoren sichtbar, bei denen die Neuen Sozialen Bewegungen die zentralen Impulsgeber für ökologischen Wandel sind. Dieser Perspektivwechsel bei Bahro ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die jeweilige Verortung der Ursachen der Krise darauf auswirkt, welche Transformationsakteure angesprochen werden.

Da das bestehende demokratische System prinzipiell unfähig ist, Antworten auf die ökologische Krise zu geben, kann es für die „Unsichtbare Kirche“ nicht darum gehen, Verantwortung innerhalb des bestehenden Systems zu übernehmen bzw. direkten Druck auf die Machthabenden auszuüben (1987, 477, 305f).²⁵³ Vielmehr muss das Ziel eine Neuinstitutionalisierung im Sinne der Schaffung einer ökologisch-spirituellen, autoritären Übergangsregierung sein, welche die Voraussetzungen für die Langfristvision einer öko-kommunistischen Gesellschaft schaffen kann (1987, 376, 419, 476ff; 1988, 34). Für die Transformationsstrategie der Rettungsbewegung folgt daraus, dass es in erster Linie um die Ausbreitung der anthropologischen Revolution und damit der „Unsichtbaren Kirche“ zu einer „Volksbe-

252 Hier trifft sich Bahro mit Gruhl, der seine Absage an die Ökologiebewegung als Transformationsakteur ähnlich begründete (1985, 118f). Auch bei Gruhl zeitigte diese Kritik realgeschichtliche Folgen. Wie Bahro (vgl. Bahro 2016) verließ Gruhl die GRÜNEN und begründete dies maßgeblich damit, dass diese keine der ökologischen Krise angemessene Position einnehmen (Mende 2011, 447; Nishida 2005, 35-38; Raschke 1993, 67).

253 Das bedeutet nicht, dass sich die Initiative der Transformationsbewegung nicht auch auf das bestehende Institutionensystem richten soll. Dies dient aber nicht dem Ziel der Machtübernahme im bestehenden System, sondern der Unterstützung der Bewegung für die angestrebte Neuinstitutionalisierung (1987, 477). Bahro vertritt eine Strategie der Fundamentalopposition (ebd., 422). Eine mögliche Partei im Parlament dürfe nur eine Hilfsfunktion für den gewaltfreien Aufstand übernehmen (ebd., 395f). Sie dürfe weder die Überhand über die Bewegung noch Anteil an staatlicher Macht bekommen, da sie sonst der intendierten Kulturrevolution im Wege stehe (ebd., 401).

wegung“ geht, um so sie Machtbasis für die angestrebte Neuinstitutionalisierung zu schaffen (ebd., 305f, 315, 436f, 486, 494).²⁵⁴

Die Ausbreitung der Bewusstseinsrevolution erfolgt maßgeblich durch die Strahlkraft der „Unsichtbaren Kirche“ (1987, 314, 494). Diese Strahlkraft wirkt insbesondere über zwei Vehikel. Erstens muss aus der „Unsichtbaren Kirche“ eine spirituelle Autorität hervortreten. Bahro spricht von einem „ökologischen Rat“ bzw. „Kulturrat“²⁵⁵. Dieser ermöglicht durch seine Ausstrahlung und natürliche Autorität immer mehr Menschen den Weg zum neuen Bewusstsein (1987, 326, 431, 493f; vgl. dazu auch Stein 1998, 211). An dieser Stelle klingt bereits deutlich das Top-down-Element in Bahros Denken an, das im Weiteren in seiner Perspektive auf die zu verändernde Staatsstruktur noch klarer hervortritt. Die „Rettungsbewegung“ schafft mit dem „ökologischen Rat“ aus sich selbst heraus eine neue Institution, die als spirituelle Autorität der breiten Masse den intendierten Bewusstseinsprung ermöglichen soll. Bahro reflektiert selbst, dass der „erpresserische Sog“ der bestehenden, verführerischen Zustände auf „die einsame Psyche“ zu stark sei, als dass die breite Mehrheit sich diesem aus eigener Kraft entziehen kann (1987, 97). Vielmehr hängt Rettung von denjenigen ab, die „genügend Kraft und Individualität“ besitzen, sich durch höhere Bewusstheit diesem Sog zu entziehen (ebd.). Mohls Analyse mit Blick auf Bahros *Alternative* trifft gleichsam auf die *Logik* zu: Da Bahro der Bevölkerungsmehrheit nicht zutraut, von selbst zum erforderlichen Bewusstsein vorzustoßen, bedarf es einer Avantgardeorganisation (und in der *Logik* eine daraus hervortretende Autorität), welche die Menschen zum neuen Bewusstsein führt (Mohl 1979).

Als zweites Vehikel für die Ausbreitung der anthropologischen Revolution entwickelt die „Unsichtbare Kirche“ dezentral-kommunitäre Zusammenschlüsse („Basisgemeinden“) als Kristallisationskerne der neuen Kultur, in denen die neue Subjektivität meditativ eingeübt wird (1987, 440-444, 317; vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 104). Solche Keimzellen, die auf den Rest der Bevölkerung ausstrahlen, sollten überall, in jeder Stadt und in jedem Kreis entstehen (1988, 44; 1987, 442). Wie Eckersley und

254 Als unterstützende Triebkraft für die Ausbreitung der Bewusstseinsrevolution sieht Bahro die zunehmende Zuspitzung der ökologischen Krise, die Verzweiflung über die diesbezügliche Handlungsunfähigkeit und den dadurch angesprochenen Selbsterhaltungstrieb des Menschen (1987, 315f, 16f).

255 In diesem vereinigen sich „Repräsentanten aller Traditionen, aller weltanschaulichen und politischen Lager“, die bereits zum neuen Bewusstsein vorgestoßen sind (1987, 493f).

Dryzek darlegen, geht es Bahro um die Schaffung von „Liberated Zones“ als Samen für eine neue biophile Kultur (Eckersley 1992, 164; Dryzek 1997, 163).²⁵⁶ Bahro beschreibt damit einen Transformationsweg, der mit Eckersley als typisch für öko-kommunalistisches Denken bezeichnet werden kann und in abgewandelter Weise bereits bei Amery anklang: Rückzug aus unheilbaren sozialen und politischen Institutionen und, zunächst als Minderheitenprojekt, exemplarischer Neuaufbau, um den herum sich eine neue Kultur entwickeln kann (Eckersley 1992, 163-166, 170).

8.3 Das „House of the Lord“ als spirituell-autoritäre Rettungsregierung

Ist die Rettungsbewegung stark genug, muss sie eine neue staatliche Ordnung einsetzen, die der ökologischen Krise begegnen und Zeit für den langfristigen Kultur- und Gesellschaftswandel schaffen kann (1987, 493). Dafür brauche es nicht zwingend die Einsicht der Bevölkerungsmehrheit, die neue Ordnung könne von „vorangehenden Minderheiten, die sich durch ihr Verantwortungsbewusstsein für das Ganze qualifiziert haben“, angestoßen werden (ebd., 376, entspr. auch 329; 1988, 44f). Hier zeigt sich die revolutionäre Dimension in Bahros Denken: Eine avantgardistische Minderheit soll ohne Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit eine neue staatliche Führungsinstanz etablieren.

In institutioneller Hinsicht zielt Bahro auf eine spirituell-politische, zustimmungsunabhängige Führungsinstanz, die über den bestehenden staatlichen Institutionen steht. Diese neue Institution bezeichnet Bahro als „Oberhaus“ bzw. „House of the Lord“ (1987, 330f, 491f). Dabei soll der oben beschriebene „Ökologische Rat“ als „Keimform“ des neuen Oberhauses von einer Institution neben dem Staat, in gewandelter Form, zur obersten Staatsinstanz werden (ebd., 326, 493f). Im Oberhaus werden die „Interessen und Rechte aller natürlicher Fakultäten, die aus sich selbst heraus keine menschliche soziale Macht bilden können“ (z.B. Erde, Wasser, Luft, Steine, Pflanzen, zukünftige Generationen) durch Anwälte vertreten, die sich

256 Bahro besuchte selbst entsprechende kommunitäre Projekte, z.B. verbrachte er 1983 mehrere Wochen in der Kommune von Bhagwan Shree Rajneesh (Osho) im US-Bundesstaat Oregon (vgl. dazu Way/Way 2018). Dort trat Osho als spirituelle Autorität auf und wurde als solche anerkannt. In Selbsterfahrungsgruppen sollte eine innere Veränderung angestoßen werden, von der ausgehend sich eine neue Kultur entwickeln kann (ebd.). Später gründete Bahro selbst ein kommunitäres Alternativprojekt auf Gut Pommritz bei Bautzen.

mit diesen Fakultäten identifizieren (ebd., 491f). Dahingegen gibt es „keinerlei Vertretung menschlicher, sozialer Sonderinteressen“, denen lediglich Anhörungsrecht zukommt (ebd.).²⁵⁷ Mit der Einsetzung des Oberhauses, so Bahro, sollen die allgemeinen und langfristigen Interessen prioritäre Repräsentanz gegenüber den kurzfristigen Sonderinteressen erhalten (ebd., 330f).²⁵⁸ Wie bei den öko-autoritären Autoren dient die Neuinstitutionalisierung der Überwindung der Kurzfristorientierung der Demokratie und der Ermöglichung weitsichtiger ökologischer Politik (Adler/Schachtschneider 2010, 106).

Das Verhältnis zwischen dem neu zu schaffenden Oberhaus und den bestehenden Institutionen beschreibt Bahro als „Zweiteilung des Staates“. Die bisherigen Institutionen bleiben bestehen, um auch der zukünftig erforderlichen Aushandlung zwischen menschlichen Sonderinteressen Raum zu geben. Darüber muss aber in Gestalt des Oberhauses ein „Staat über dem Staat“ treten, der die „übergreifenden Vollmachten für die Erhaltungserfordernisse bekommt“ (1987, 480). Das Oberhaus setzt Richtlinien „mit von anderen Instanzen unanfechtbarer Autorität“ (ebd., 493). Damit beschreibt Bahro eine Instanz mit uneingeschränkter und unanfechtbarer Entscheidungsmacht, womit sich Bahro vom Prinzip der Gewaltenteilung verabschiedet (Stein 1998, 213; Weber 2015, 297f). Das bisherige Parlament („Unterhaus“) und eine institutionell neu auszugestaltende Regierung²⁵⁹ können nur innerhalb der Oberhaus-Richtlinien agieren (Bahro 1987, 492f). Unklar bleibt, ob dem Oberhaus die uneingeschränkte Entscheidungsmacht nur für die ökologische Stabilisierung oder grundsätzlich in allen Politikbereichen zufällt.²⁶⁰

257 Ausnahmen gelten u.a. für Interessenvertreter von Kindern (1987, 491f).

258 Im Oberhaus soll das Konsensprinzip gelten, sodass jeder Fakultät ein Vetorecht zukommt (1987, 491f). Daraus ergibt sich ein Konsenszwang, der die Durchsetzung des allgemeinen Interesses beschleunigen soll (vgl. dazu Weber 2015, 297).

259 In der Regierung sind alle gewählten Unterhaus-Parteien vertreten, eine Opposition gibt es nicht mehr (1987, 492f). Ihr kommt die Aufgabe zu, „den Willen der Parteien und Interessengruppen, die sich im Unterhaus ausdrückt, mit den Richtlinien des Oberhauses in Einklang zu bringen“ (ebd., 493).

260 Im angelsächsischen Sprachraum vertrat Robert Heilbroner prominent die Idee einer religiös orientierten autoritären Führung (Heilbroner 1974 sowie dazu Carter 2001, 42 und Dryzek 1997, 162).

Einschneidende Rettungspolitik und ein Einweihungsweg für alle

Dem „House of the Lord“ als neuem Oberhaus kommen zwei zentrale Aufgaben zu. Erstens gilt es durch eine einschneidende Rettungspolitik den ökologischen Erhaltungserfordernissen Rechnung zu tragen, um so den Boden zu sichern, auf dem langfristig eine neue Gesellschaftsordnung entstehen kann (1987, 431, 466, 470, 480; vgl. dazu auch Stein 2016, 215). In der *Logik* findet sich keine systematische Darstellung dieser Rettungspolitik, es klingen aber an verschiedenen Stellen Konkretisierungen an. Übergeordnetes Ziel müsse es sein, die materielle Grundlast in den Industrienationen um den Faktor zehn zu verringern, was nur durch eine Kombination aus Bevölkerungsreduktion und Senkung von materiellem Wohlstand bzw. Produktionsvolumen gelingen könne (32f, 467f, 319, 31ff, 18). Vollständig bis weitestgehend rückzubauen gilt es für Bahro z.B. den privaten Autoverkehr, den Flugverkehr sowie den Tourismus allgemein, den Fernlastverkehr und die chemische Industrie (ebd.).²⁶¹ Tragbar sei zukünftig lediglich eine auf lokalen Ressourcen und konvivialen Technologien basierende Grundversorgung im Nahbereich mit einem maximalen Transportradius von 25-30 Km (ebd., 468f). Hinzutreten müsse eine weitgehende Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, weswegen jedem erwachsenen Menschen eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1000m², zuzüglich einer Versorgungsfläche für Kinder, zuzuweisen ist (ebd.). Voraussetzung für die erforderliche Reduktion sei ein absolutes Primat der Rettungsregierung gegenüber der Wirtschaft, da nur so der kapitalistische Antriebsmechanismus stillgelegt werden könne (ebd., 31ff, 475, 485f, 489).²⁶² Statt freier Marktwirtschaft bedürfe es eines „Dirigismus“, welcher „der Wirtschaft ganze Felder der Expansion rigoros verleg[t]“ und dafür sorgt, dass nur noch umweltverträgliche Produktionszweige aufrechterhalten bleiben (ebd., 486). Ohne dass

261 Begleitet werden müsse der Rückbau durch umfassende soziale Umverteilungsmaßnahmen, sodass die damit zwingend einhergehenden sozialen Härten abgefedert werden können (1987, 402). In internationaler Perspektive hofft Bahro, dass die einseitige industrielle Abrüstung von Pionierländern andere zur Nachahmung anregt (ebd., 467).

262 Einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinne einer ökologischen Marktwirtschaft seien solche Reduktionserfordernisse grundsätzlich nicht zuzutrauen (1987, 31f). In einer solchen wäre Umweltschutz als zusätzliche Strategie nur ein weiterer Stimulus für Wirtschaftswachstum, sodass sie langfristig die kumulierte Umweltschädigung sogar steigert (ebd.). Hier klingt das bereits bei Strasser vorgetragene Argument an, dass eine ökologische Marktwirtschaft die Nachhaltigkeitserfordernisse nicht realisieren kann, weil sie den kapitalistischen Wachstumszwang nicht überwindet.

Bahro dies explizit benennt, übernimmt das Oberhaus die Rolle der Planungsinstanz in einer Zentralverwaltungswirtschaft.²⁶³

Als zweite Aufgabe der Rettungsregierung tritt neben die beschriebene Rettungspolitik die Beförderung des gesellschaftlichen Neuaufbaus. Dies wiederum umfasst zwei Dimensionen. Erstens geht es um das Setzen der Rahmenbedingungen für die langfristig angestrebte dezentral-kommunitäre Gesellschaftsorganisation. Demnach soll die Rettungsregierung Kredite für den Aufbau solcher Zusammenschlüsse anbieten. Der Staat stellt aber nur die Mittel für die soziale Umstrukturierung bereit, die Menschen finden sich freiwillig in „wahlverwandtschaftlichen“ Gruppen zusammen, die dann Strukturen kommunitärer Selbstversorgung aufbauen (zum ges. Absatz bis hierher 1987, 469f, 320). In der zweiten Dimension wirkt das „House of the Lord“, wie schon der „Ökologische Rat“ als sein Vorläufer, auf die weitere Ausbreitung der anthropologischen Revolution hin. Die neuen spirituellen Autoritäten schaffen einen „Einweihungsweg für alle“ (ebd., 472), führen die Menschen also höherer Bewusstheit zu. Wie konkret der Staat den „Einweihungsweg“ für alle schaffen soll, bleibt offen. Unabhängig davon ist zu konstatieren, dass in Bahros Ansatz staatliche Institutionen aktiv auf das Hervorbringen eines tiefgreifend veränderten Menschen abzielen. Ein anderer Mensch wird zum Ziel staatlichen Handelns.

Gottesstaatliches Denken und charismatische Herrschaft

Bahros institutionelle Vorstellungen einer Rettungsregierung lassen sich als Verknüpfung autoritär-gottesstaatlichen Denkens mit einem Ansatz charismatischer Herrschaft charakterisieren. Im Hinblick auf Ersteres wurde der späte Bahro vielfach mit dem Vorwurf konfrontiert, mit seinen institutionellen Vorstellungen ein autoritäres System zu beschreiben (Adler/Schacht-schneider 2010, 106). Inwiefern diese Zuschreibung zutrifft und inwiefern sie sich konkretisieren lässt, wird im Folgenden mit Blick auf Bestellung und Legitimation der neuen staatlichen Führung kurz beleuchtet. Der Bestellmechanismus zum neuen Oberhaus bleibt in der *Logik* weitgehend offen. An einer Textstelle spricht Bahro von gewählten Delegierten (1987, 492) und hat dies auch in direkten Gesprächen so beschrieben (Stein 1998, 212). Dies steht aber, wie Stein richtig dargelegt, im Spannungsverhältnis zum

263 Mittelfristig müsse diese einschneidende Reduktionspolitik, sowohl bezüglich des materiellen Wohlstands als auch der Bevölkerungsgröße, auf globaler Ebene erfolgen. Entsprechend sieht Bahro mittelfristig die Notwendigkeit einer global-autoritären Führungsinstanz im Sinne einer Weltregierung. Zunächst gelte es jedoch auf nationalstaatlicher Ebene zu beginnen. (1987, 490f, 123, 317; 1988, 41)

Großteil seiner schriftlichen Äußerungen in der *Logik* (1998, 212, 224). Im Lichte der Kernaussagen der *Logik* ist Bahros Oberhaus kaum als demokratisch legitimes Organ vorstellbar. Nach Bahro muss das „House of the Lord“, wie schon seine Keimform, der „Ökologische Rat“, eine spirituell-politische Instanz sein (1987, 491-494; dazu auch 1988, 34-38). Es zieht seine Legitimation nicht aus der Vertretung der Bürgerschaft, sondern aus dem höheren Bewusstseinszustand seiner Mitglieder, der sich wiederum aus ihrem spirituellen Kontakt zur Gottheit ergibt. Nur so ist es dem „House of the Lord“ möglich, wie Bahro selbst darlegt, nicht mit der unterbewussten Stimme des Volkes, sondern mit der „Stimme der Gottheit“ zu sprechen (ebd.). Entsprechend übersetzt Bahro die Bezeichnung „House of the Lord“ selbst als „Haus der Gottheit“ (ebd.). An anderer Stelle bezieht sich Bahro auf das Modell der „Heiligen Monarchie“, in der eine geistliche begründete Staatsautorität das Verantwortungsbewusstsein für das Ganze vorlebt (1988, 34-38).

Somit wird deutlich, dass es sich bei den Mitgliedern des „Haus der Gottheit“ nur um „Auserwählte“, nicht um demokratisch legitimierte Repräsentanten handeln kann (Stein 1998, 224; Weber 2015, 297f). Für Bahro gibt es, wie Stein richtig herausstellt (1998, 214), eine übergeordnete Wahrheit (Bahro 1987, 356). Dieses übergeordnete Allgemeininteresse kann nach durchlaufenem Bewusstseinsprozess im Kontakt mit der Gottheit erkannt werden (Weber 2015, 275, 295). Eben aus der Einsicht in diese höhere Wahrheit, aus dem höheren Bewusstseinszustand, ergibt sich der Führungsanspruch der spirituell-politischen Elite (Stein 1998, 224; Adler/Schacht-schneider 2010, 106). Das „House of the Lord“ wird gerade erforderlich, weil die gegenwärtigen Institutionen und ihre Vertreter der unterentwickelten Bewusstheit des Wahlvolkes Ausdruck verleihen. Eine demokratische Wahl durch die Bevölkerung, die nach Aussage Bahros mehrheitlich viel zu tief in der Logik der Selbstausrottung feststeckt, erscheint wenig sinnvoll bzw. inhärent widersprüchlich (vgl. dazu auch Stein 1998, 224 sowie Weber 2015, 297f). Somit gründet sich bei Bahro, wie auch im für ihn prägenden Marxismus, der Herrschaftsanspruch der Führung „auf die Wahrheitsgewissheit ihrer Weltdeutung“ (Meyer 2008, 8). Konkret handelt es sich bei der übergeordneten Wahrheit, wie Münkler/Straßenberger für gottesstaatliches Denken im Allgemeinen feststellen, um religiöses Wissen, das allem weiteren Wissen vorausgeht und somit zum Leitwissen der Gesellschaft werden muss (2016, 339f). Daraus folgt, dass geistliche Macht weltlicher Macht vorausgehen muss (ebd., 399f). So wird ersichtlich, warum Bahro selbst an verschiedenen Stellen mit dem Begriff des „Gottesstaates“ koket-

tiert (v.a. 1987, 325ff, 452, 470). Die staatliche Macht begründet sich über ihre Nähe zur Gottheit.

Die Herrschaftspraxis der neuen Führung lässt sich mit dem Weber'schen Begriff der charismatischen Herrschaft fassen. Damit hat Weber eine Herrschaftsform gekennzeichnet, bei der sich die Legitimität der Herrschaft aus dem Charisma der Führung ergibt, worunter auch die Offenbarung und die besondere Macht des Geistes fällt (Weber 1988, 481; dazu Schmidt 2010, 174 und Münkler/Straßenberger 2016, 112f). Charisma bezeichnet demnach ein „personengebundenes Heil bzw. eine mit dem Anführer verknüpfte Heilserwartung der Anhänger“ (Münkler/Straßenberger 2016, 112). Dies lässt sich auf Bahro übertragen: Es ist die charismatische Wirkung der spirituellen Autoritäten, welche den Raum für die erforderlichen Veränderungen schafft. Verdeutlichen lässt sich dies am von Bahro gewählten Beispiel Michail Gorbatschow, dessen Wirkung er mit der der neuen spirituell-politischen Führung vergleicht (1987, 325; 1988, 23ff). Gorbatschow sei es, so Bahro, allein durch seine spirituell-charismatische Ausstrahlung möglich gewesen, revolutionäre Veränderungen anzustoßen (1988, 24f).

Der Ansatz charismatischer Herrschaft zeigt sich bei Bahro sowohl mit Blick auf den Übergang vom alten zum neuen institutionellen System als auch bezüglich des Handelns der neuen Führungsinstanzen. Zwar bleibt der Übergang vom alten zum neuen Staatssystem bei Bahro weitestgehend offen, es finden sich aber zwei wichtige Verweise. Erstens legt er dar, dass der Übergang in einem friedlichen, gewaltlosen Prozess stattfindet (1987, 395). An anderer Stelle klingt zweitens die Vorstellung eines evolutionären Übergangs von ökologischem Rat zum „House of the Lord“ an: Der „Ökologische Rat“ tritt bereits wie das spätere Oberhaus auf, und erlangt durch seine Strahlkraft eine wachsende öffentliche Autorität (ebd., 493f). Immer mehr Menschen erkennen seine natürliche Autorität und seine Notwendigkeit (ebd.). Sind die „auszugsbereiten Bewußtseinsanteile“ (ebd., 494) stark genug, so die weiterführende Interpretation, kann der „Ökologische Rat“ aus seiner Rolle neben dem Staat heraustreten und sich als neues Oberhaus konstituieren. Es ist also die Strahlkraft natürlicher Autorität, welche einen gewaltfreien Übergang zur neuen Ordnung möglich macht. Die neuen Instanzen, zunächst „Ökologischer Rat“, dann „House of the Lord“, werden aus der „Unsichtbaren Kirche“ heraus geschaffen, werden aber aufgrund ihrer Strahlkraft von den Bürgern als legitime Autorität erkannt und akzeptiert. Die Menschen werden aus sich selbst heraus den erforderlichen

Weg aus der Krise nicht finden, erkennen aber, so Bahros Hoffnung, die charismatische Autorität, welche diesen Weg weisen kann.

Die Perspektive charismatischer Herrschaft kommt auch in Bahros Reflexion zum vermeintlich autoritär-repressiven Charakter der von ihm beschriebenen Rettungs politik zum Ausdruck. Bahro grenzt seine Rettungs politik explizit von einer autoritären Notstandspolitik, wie er sie z.B. bei Gruhl erblickt, ab (1987, 473-480). Vielmehr würden die Menschen die Notwendigkeit der einschneidenden ökologischen Politik erkennen, wenn diese mit „legitimer Autorität“ vertreten wird (ebd., 476). In Bahros Denken müssen die einschneidenden Maßnahmen also nicht gegen den Mehrheitswillen der Bürgerschaft durchgesetzt werden, da diese einsichtig ist, wenn die Maßnahmen durch die charismatische Führung begründet werden. Entsprechend sei die Rettungs politik nur für diejenigen eine repressive Notstandspolitik, die selbst dann noch kein Einsehen in deren Notwendigkeit aufbringen (ebd., 479f). An anderer Stelle beschreibt Bahro die Rettungsregierung als eine „auch in ihrem Durchgreifen populäre Regierung, eine elterlich-liebevolle Regierung, die sich aktiv die Zustimmung für die notwendigen Maßnahmen organisiert“ (ebd., 466). Mit der Organisation der Zustimmung kann hier, wie aufgezeigt, nicht die demokratische Legitimation der Maßnahmen gemeint sein, sondern das Einsehen der Bürgerschaft in die Notwendigkeit, wenn die Vorschläge von der ‚elterlich-liebevollen‘ Autorität vorgebracht werden. Stein weist zurecht darauf hin, dass diese Abgrenzung Bahros von autoritären Notstandspolitiken nicht überzeugt (1998, 214f): Wie bei den öko-autoritären Ansätzen sind die öko-politischen Maßnahmen nicht über die Zustimmung der Bürgerschaft legitimiert, sondern leiten sich unmittelbar aus den ökologischen Erfordernissen ab und müssen im Zweifel gegen die uneinsichtige Bürgerschaft durchgesetzt werden. Bahro hat zwar die Hoffnung auf eine mehrheitliche Einsichtigkeit, dies ändert aber nichts am prinzipiell autoritären Charakter der zustimmungsunabhängigen Rettungs politik.

Zuletzt baut auch die von Bahro geforderte Bewusstseins politik auf das Prinzip charismatischer Herrschaft. Die neuen spirituell-politischen Autoritäten führen die Menschen zur höheren Bewusstheit. Dies soll durch ihre natürliche Autorität und Strahlkraft gelingen. Das legt die Lesart nahe, dass sich die Individuen von den neuen Autoritäten und den kommunitären Zusammenschlüssen angezogen fühlen, also kein Zwang angewendet werden muss. Zumindest an einer Stelle wird aber die implizite Zwangslogik dieses Denkens sichtbar. Da spirituelle Erfahrung die Voraussetzung für die anthropologische Revolution darstellt, darf, so Bahro, Religion in Zukunft

keine Privatsache mehr sein (1987, 96). Der Staat legt also seine weltanschauliche Neutralität ab und zielt darauf ab, eine spezifische religiöse Lehre in der Bürgerschaft durchsetzen.

8.4 *Spirituelle Öko-Kommunalismus als Langfristperspektive*

Wie Stein richtig darlegt, stellt die spirituell-autoritäre Rettungsregierung mit ihrer Rettungspolitik nur einen Zwischenschritt zu Bahros eigentlich angestrebter ökologischer Gesellschaft dar (1998, 214f). Vorstehend wurde bereits deutlich, wie Bahros Positivvision einer nachhaltigen Gesellschaft aussieht: Sie lässt sich mit Eckersley und Dryzek, die sich zur Beschreibung der entsprechenden Denkströmung explizit auf Bahro berufen, als spirituell aufgeladener Öko-Kommunalismus beschreiben (Eckersley 1992, 160ff; Dryzek 1997, 162f). Die neue Gesellschaftsordnung wird von den Basisgemeinden der „Unsichtbaren Kirche“ vorweggenommen, die in kommunitär-dezentralen Zusammenschlüssen einen auf Subsistenzwirtschaft gegründeten Lebensstil freiwilliger Einfachheit praktizieren (Bahro 1987, 317, 320f, 440-444, 464, 489; entspr. auch Adler/Schachtschneider 2010, 104f). Wie bereits angemerkt, soll es neben der Selbstversorgung nur noch kleinindustrielle Produktion mit konvivialen Technologien für einen auf den unmittelbaren Nahbereich begrenzten Warenaustausch geben (1987, 468). Ganz im Sinne des ökologischen Dezentralisierungsdenkens geht es Bahro um suffiziente, subsistente und kooperative Ökonomien, die von einer möglichst selbstbestimmten Gemeinschaft getragen werden (Eckersley 1992, 165, 168). Dabei greift auch bei ihm die Annahme, dass im Gegensatz zur „superkomplexen Massengesellschaft“, die ein „Reich organisierter Verantwortungslosigkeit“ sein muss (1987, 320), dezentrale Autonomie zu zwischenmenschlicher Verantwortung und Verantwortlichkeit gegenüber der Naturgrundlage führt (ebd., 317, 320).²⁶⁴

264 Unklar bleibt, wie sich Bahro die staatliche Ordnung oberhalb der autonomen Kommunen vorstellt. An einer Stelle vermerkt er, dass oberhalb der „neuen Lebenskreise“ „Stämme zweiter Ordnung“ entstehen sollen, ohne dass Bahro konkretisiert, was er damit meint (1987, 320). Unklar bleibt auch, ob diese Stämme zweiter Ordnung gleichzusetzen sind mit dem „Haufen ziemlich unabhängiger Ökorepubliken“, die Bahro an anderer Stelle fordert (ebd., 18, 475). Zumindest kann aber geschlussfolgert werden, dass es eine regionale Struktur oberhalb der kommunitären Zusammenschlüsse geben soll. Zur internationalen Ebene findet sich lediglich der Verweis auf ein „von der Lokalität bis zur Weltebene übereinandergebaute[m] System von Stammesräten“, was ebenfalls nicht näher ausgeführt wird (ebd., 490).

Dabei tritt bei Bahro viel deutlicher als bei den weiteren Exponenten des ökologischen Dezentralisierungsdenkens die holistische Dimension hervor, auf die auch Eckersley und Dryzek hinweisen (Eckersley 1992, 164ff; Dryzek 1997, 162f). Neben das ökologische Motiv für die „kommunitäre Utopie“ (1987, 444) tritt das Ziel einer „vollen Entfaltung des humanen Potenzials“ in der neuen Gemeinschaftlichkeit (ebd., 320f, 444). Die „soziale Synthese“ in „wahlverwandtschaftlichen“ Zusammenschlüssen ermöglicht eine Form der gegenseitigen Entwicklung bei Überwindung aller egozentrischen, ichverkrampften und machtorientierten Tendenzen des Menschen (ebd., 320, 468). Somit wird die Schaffung von „human-scale communities“ (Eckersley 1992, 168) zur Globalantwort auf die multiple Krise der modernen Gesellschaft und ihrer defizitären Subjektivitäten (Eckersley 1992, 164; Adler/Schachtschneider 2010, 17). Die dezentralen Gemeinschaften schaffen Raum für eine ganzheitliche kulturelle, moralische, spirituelle, politische und wirtschaftliche Erneuerung von Individuum und Gesellschaft (Eckersley 1992, 166; Dryzek 1997, 163).

Die kommunitäre Gesellschaftsordnung entsteht durch einen evolutiv-nären, voluntaristischen Prozess von unten. Induziert durch die anthropologische Revolution und angezogen von den allorts entstehenden kommunitären Zusammenschlüssen werden sich immer mehr Menschen, so Bahros Hoffnung, freiwillig für diese Lebensweise entscheiden (1987, 314, 320f, 469f, 320f). Der Staat stellt, wie dargestellt, lediglich förderliche Rahmenbedingungen bereit, kann die neue Lebensweise aber nicht verordnen (ebd.). Vielmehr warnt Bahro explizit davor, eine solche Neuordnung zu etablieren, bevor die anthropologische Revolution durchgeschlagen hat, da sonst die „schönsten Öko-Dörfer [...] an den alten Ego-Strukturen“ scheitern (ebd., 48).

Fernperspektive Öko-Anarchismus

In der Fernperspektive, typisch für öko-anarchistisches Denken (Eckersley 1992, 168, 133f), kokettiert Bahro mit einer Gesellschaft ganz ohne staatliches Ordnungssystem (1987, 465, 470). Dies wird möglich, wenn sich die Menschen in der Breite von Selbstsucht und Habenmüssen emanzipiert haben und nicht mehr auf ein Stützgerüst von Riten und Sitten, Moral und Recht angewiesen sind (ebd., 470ff). In der „Kommune erleuchteter Frauen und Männer“, so Bahro, kann jeder sein eigener Hüter sein (ebd.). In dieser Gesellschaft ist für Bahro das höchste Ziel der allgemeinen Emanzipation des Menschen, die Beendigung von Herrschaft und die freie Entfaltung des Individuums, verwirklicht (ebd., 431f, 470; entspr. Adler/Schachtschneider

2010, 103). Vor diesem Hintergrund wird, wie Bahro selbst bemerkt, die ökologische Krise zur „große[n] Gelegenheit“ für die Verwirklichung der „eigentliche[n] Utopie“ (1987, 432). Die ökologische Krise ist in Bahros Denken in erster Linie die historische Möglichkeit für die Verwirklichung seiner Gesellschaftsutopie.

Zu dieser Langfristvision gehört auch Bahros Verweis auf die „mystische Demokratie“: Wenn der Heilige Geist über alle ausgegossen ist (d.h. alle die anthropologische Revolution zur höheren Bewusstseinsstufe vollzogen haben), sind individuelles Interesse und Allgemeininteresse deckungsgleich (1987, 329, 451, 478; vgl. dazu auch Stein 1998, 212). Dann würde „Volkes Stimme“ zu „Gottes Stimme“ (1987, 491). Der Konsens über das allgemeine Wohl, so Bahro, müsste nicht mehr gesucht werden, sondern wäre gegeben (ebd., 451, 478). Stein reformuliert diese Position mit Rückgriff auf Rousseau: „Wenn erst all jene die Tugendhaftigkeit besitzen, die sie in die Lage versetzt, die *volonté générale* zu erkennen, werden die Philosophenkönige überflüssig und die Identität von Herrscher und Beherrschten Realität“ (1998, 213). Die herrschaftsfreie Utopie kann auf Grundlage des allseits verwirklichten neuen Menschen Wirklichkeit werden.

Damit ist Bahros Langfristvision dem anarchistischen Strom des utopischen Denkens²⁶⁵ zuzuordnen: Die Gemeinwohlorientierung wird zum anthropologischen Merkmal und ermöglicht gesellschaftliche Selbstorganisation unter Abwesenheit staatlicher Institutionen (Heyer 2015, 17f). Das transformierte Individuum wird zum Träger der Utopie (ebd.). Die Notwendigkeit eines anarchistischen, d.h. etatistischen Übergangs ergibt sich für Bahro einerseits aus den ökologischen Begrenzungserfordernissen und andererseits aus der defizitären inneren Konstitution der Menschen. Erst der neue Mensch ist zur anarchischen Utopie fähig. Wie Eckersley darstellt, ergibt sich dieses Dilemma für alle öko-anarchistischen inspirierten Ansätze: Sie sehen in kultureller Transformation die nachhaltige Lösung der ökologischen Krise, die aber nicht kurzfristig wirksam werden kann. Der Staat hingegen kann, wie in der ökologischen Krise erforderlich, schnell effektive Maßnahmen erlassen, weshalb der Staat als vorübergehendes Mittel wichtig werden kann (1992, 172).

265 Vgl. zu der Unterscheidung zwischen anarchistischem und anarchischem utopischen Denken Heyer 2015, 17f und Münkler/Straßenberger 2016, 297f.

8.5 Erklärende Hintergrundannahmen

Was führt Bahro zu der in der *Logik* dargestellten Position? Die ausschlaggebenden Aspekte können drei Bereichen zugeordnet werden: erstens Bahros Krisenanalyse, zweitens der Betrachtung der ökologischen Krise als Chance zur Verwirklichung seiner Gesellschaftsutopie sowie damit zusammenhängend drittens seinem perspektivischen Fokus auf die Dimensionen des Notwendigen und Wünschenswerten.

Krisenanalyse

Bahros Position wird stark von seiner Krisenanalyse als Kombination des massiven Wachstumspessimismus und der Interpretation der ökologischen Krise als anthropologisch-ideelle Krise präformiert. Dies gilt in dreierlei Hinsicht. Erstens folgt daraus die spirituelle Dimension seines Ansatzes: Aus der tiefen Krisenverwurzelung ergibt sich die Notwendigkeit der anthropologischen Revolution, die nur auf spiritueller Basis zu vollziehen ist. Spezifischer folgt zweitens auch die Notwendigkeit *spiritueller* Autoritäten aus der Krisenanalyse, da die Mehrzahl der Menschen so tief in der Logik der Selbstausrottung steckt, dass sie für deren Überwindung auf spirituelle Führung angewiesen sind. Hier tritt als weiterer Aspekt ein skeptisches deskriptives Menschenbild hinzu: Die Individuen der Gegenwartsgesellschaft schaffen es nicht aus sich selbst heraus, die der ökologischen Krise angemessene innere Haltung zu entwickeln. Drittens ergibt sich auch die Notwendigkeit *politischer* Autorität aus Bahros Krisenanalyse. Aus seiner wachstumspessimistischen Perspektive erfordert die ökologische Krise drastische materielle Einschnitte innerhalb kurzer Frist, die potenziell auch gegen die (noch) der Logik der Selbstausrottung verhaftete Bürgerschaft durchgesetzt werden müssen. Bahros spezifische Krisenanalyse ist wiederum v.a. auf die bereits dargestellte idealistische Weltsicht sowie eine besonders pessimistische Einschätzung der Verschiebbarkeit ökologischer Wachstumsgrenzen zurückzuführen.

Idee des guten Lebens, Emanzipation und Eschatologie

Neben seiner Krisenanalyse ist Bahros Ansinnen ausschlaggebend, den Ausweg aus der ökologischen Krise mit dem Ziel der Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision zu verbinden. Dieses Motiv wurde bereits für die demokratischen Systemwechsel-Denker und damit auch den frühen Bahro aufgezeigt, ist beim späten Bahro aber noch deutlich stärker ausgeprägt. Die angestrebte gesellschaftliche Positivvision wird durch

Bahros Langfristperspektive einer kommunitären, dezentral selbstbestimmten Gesellschaft beschrieben. Diese Gesellschaft ermöglicht, wie dargestellt, nicht nur ökologische Nachhaltigkeit, sondern in umfassender Hinsicht ein besseres Leben. Dahinter steht wie bei den demokratischen Systemwechsel-Denkern eine spezifische Idee des guten Lebens: Für Bahro hängt menschliches Wohlergehen in erster Linie von Begegnung mit anderen, Freundschaft, Liebe, Schönheit, Weisheit und Kultur und nur sehr bedingt vom materiellen Lebensstandard ab (1987, 318). Eben diese Aspekte und Bedürfnisse sieht Bahro in der Gegenwartsgesellschaft radikal frustriert. Der Mensch in der Industriegesellschaft, so Bahro, ist zerteilt, hört auf zu denken und zu fühlen, die Industriegesellschaft zerstört die innere Natur des Menschen (1987, 115, 121). Was Eckersley für öko-kommunistisches Denken allgemein festhält, gilt auch für Bahro: Es basiert auf der Annahme, dass sich die wahren menschlichen Bedürfnisse in dezentraler Gemeinschaftlichkeit besser verwirklichen lassen als in der Gegenwartsgesellschaft (1992, 162).

Dabei geht es ihm in seiner Positivvision, wiederum typisch für öko-kommunistisches Denken (Eckersley 1992, 162), in erster Linie um die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele. Wie in den *Elementen* legt er auch in der *Logik* dar, dass für ihn das übergeordnete Ziel die Emanzipation des Menschen im Sinne der vollen Ausschöpfung des menschlichen Potenzials jenseits von Herrschaft sei (1987, 431f, 452, 470f). Nicht um des blanken Überlebens willen, wie Bahro die Motivation der „braunen“ Ökologen beschreibt, sondern maßgeblich das Ziel der menschlichen Emanzipation erfordere den Stopp der industriellen Megamaschine (ebd., 431f). Überwindung von Kapitalismus und Industrialismus sind also einerseits ökologische Notwendigkeit, andererseits und vor allem Voraussetzung für die Verwirklichung des emanzipatorischen Ideals.

Verbinden lassen sich Ökologie und Emanzipation für Bahro in einer Gesellschaft der dezentralen, autarken und suffizienten Gemeinschaftlichkeit, die sich der marxischen Idee der „freien Assoziation“ annähert (Weber 2015, 288). Diese emanzipative Kraft speist sich aus verschiedenen Quellen:

- Gemeinschaftlichkeit und Gemeinschaftserfahrung sind für Bahro die Voraussetzung für eine umfassende Entfaltung des Individuums (1987, 320, 444; vgl. dazu auch Weber 2015, 288). Damit lässt sich Bahro, wie Eckersley für das öko-kommunistische Denken festhält, ein Menschenbild unterstellen, wonach dieser nur in der Gemeinschaft sein Potenzial voll und frei entfalten kann (1992, 171f).

- Der in den kommunitären Zusammenschlüssen praktizierte Lebensstil freiwilliger Einfachheit wirkt befreiend auf das Individuum, da Freiheit jenseits des zwanghaften Habenmüssens und damit der Konsumgesellschaft liegt (1987, 121, 470).
- Dezentrale Autonomie ist Ausdruck von Freiheit, da diese explizit in der Befreiung von Fremdbestimmung und Herrschaft zu suchen ist (1987, 470).
- Die maßgeblich auf selbstbestimmter (Eigen-)Arbeit beruhende Produktionsweise befreit den Menschen aus der Subalternität der industriellen Arbeitsteilung (vgl. dazu Weber 2015, 288f). Hier klingt das gleiche Motiv wie bei Amery und Strasser an, wonach Freiheit vor allem in selbstbestimmter Eigenarbeit zu finden ist.²⁶⁶

Voraussetzung für eine emanzipatorische Gesellschaft ist aber, wie bereits für die demokratischen Systemwechsel-Denker herausgestellt, dass sich die Menschen von der kapitalistisch-industriellen Lebensweise emanzipieren, was insbesondere die Überwindung der entsprechenden Bedürfnisstruktur impliziert: Allgemeine Emanzipation wird nach Bahro erst möglich, wenn sich die Menschen im Zuge der anthropologischen Revolution von ihrer Selbstsucht und dem Modus des Habenmüssens befreien (1987, 431, 470). Anders als in den *Elementen* ist Bahro in der *Logik* überzeugt, dass dieser Schritt nur über spirituelle Erfahrung gelingt, sodass die allgemeine Emanzipation nicht „ohne die Entdeckung und Erfahrung der Gottheit in uns“ gelingen kann (ebd., 452). Eine „Praxis spiritueller Befreiung“ wird zur Voraussetzung für die individuelle Emanzipation von den Zwängen der Gegenwartsgesellschaft (ebd., 470).

Letztlich verständlich wird Bahros Entwurf aber erst unter Berücksichtigung der eschatologischen Dimension seines Spätwerks. In der *Logik der Rettung* geht es Bahro nicht mehr „nur“, wie dem frühen Bahro in den *Elementen* und den weiteren emanzipatorischen Autoren, um die Befreiung des Menschen aus den Zwängen der kapitalistischen Industriegesellschaft, sondern um die umfassende Erlösung des Menschen und den Aufbau einer „heilen“ Gesellschaft (1987, 314). Wie Stein formuliert, zielt Bahro nicht nur auf „die bloße Rettung der Erde“, sondern „die Rettung der Seelen“ (1998, 214). „Die ökologische Krise ist dann in erster Linie eine Chance,

266 Damit lässt sich auch für den späten Bahro ein auf positive Freiheit im Sinne umfassender Autonomie jenseits der vielfältigen äußeren und inneren Zwänge der kapitalistischen Industriegesellschaft fokussiertes Freiheitsverständnis konstatieren (vgl. vertiefend dazu Kap. 7.3.5).

das wahre Menschsein zu entfalten“ (ebd.; entspr. auch Stein 2016, 214 und Adler/Schachtschneider 2010, 103). Entsprechend beschreibt Bahro selbst die ökologische Krise als „eine letzte, aber auch die stärkste Gelegenheit zu einer neuen menschlichen Artikulation“ (1987, 90), wie sie von Weisen, Propheten, Erleuchteten und Heiligen vorangezeigt wurde (ebd., 89f). Bahros Zeitgenosse Amery konstatiert diesbezüglich, dass Bahro daran glaube, dass der Mensch ein Heiliger sein kann und mit seinem Denken auf die Erreichung dieser letzten Erleuchtung des Menschen abziele (2007, 223ff). Auf Basis dieses neuen Menschen kann Bahros Gesellschaftsutopie der herrschaftsfreien Gesellschaft entstehen (Bahro 1987, 88; 2002, 23). Die *Logik* zielt auf die Verwirklichung einer Utopie des wahren Menschen. Hier wird eine zweite Dimension von Bahros Menschenbild deutlich. Neben die Skepsis gegenüber den gegebenen Subjekten tritt ein starker Optimismus bezüglich des zukünftig möglichen Menschen. Nicht nur geht er mit den demokratischen Systemwechsel-Denkern und gegen autoritäre Positionen wie von Gruhl und Jonas davon aus, dass der Mensch und dessen Bedürfnisstrukturen sich zum Guten wandeln können (1987, 86). Vielmehr ist ein ganz anderer Mensch auf höherer Stufe möglich (1987, 88, 484; vgl. dazu auch Stein 1998, 210). Letztlich, so Bahro, könnten alle Menschen Buddhas sein (1987, 449).

Diese eschatologische Dimension in Bahros Denken zeigt sich auch an seinen Verweisen auf Denker wie Joachim di Fiore oder Franz von Assisi (1987, 88f). Beide hatten, so Bahro, anders als Luther, der aus seinem aus der Erbsünde folgenden skeptischen Menschenbild die Notwendigkeit einer starken Obrigkeit folgert, die Idee der „eigentliche[n] Reformation“ (ebd.). Diese bestehe in der anthropologischen Revolution, in der Ausgießung des Heiligen Geistes über alle Menschen und eine auf diesem neuen Menschen aufbauende Idee des Staates (ebd.). Auch Bahros prominenter Verweis auf Thomas Müntzer in seiner berühmten Hamburger Rede wird so verständlich (vgl. Bahro 2016). Müntzer hatte, in expliziter Abgrenzung zu Luther, die Verwirklichung eines Reich Gottes auf Erden angestrebt und an die Möglichkeit des dafür erforderlichen neuen Menschen geglaubt (Münkler/Straßenberger 2016, 398).²⁶⁷ Mit Löwith kann Bahros Denken

267 Münkler/Straßenberger ordnen di Fiore und Müntzer, auf die sich Bahro prominent beruft, in ihrer Aufarbeitung der politischen Ideengeschichte dem Strang der Eschatologie zu. Für diese sei es darum gegangen, das Reich Gottes auf Erden zu verwirklichen, wozu politisches Handeln einen wichtigen Beitrag leisten sollte. (2016, 41f)

als säkularisierte Eschatologie bezeichnet werden (Löwith 1953; dazu vertiefend Münkler/Straßenberger 2016, 42f und Sternberger 1978, 309-380).

Vor diesem Hintergrund ist eine letzte Bemerkung zu Bahros institutionellen Vorstellungen erforderlich. Wenn das Ziel die Verwirklichung der Utopie des wahren Menschen ist, der Mensch aber nicht selbst in diesen Zustand findet, bedarf es Instanzen, die ihm diesen Weg weisen. So ist Bahros Positionierung zu verstehen, dass es nicht um die Gegenüberstellung der Veränderung von Institutionen oder der Veränderung von Menschen gehe – sondern neue Institutionen „einen Einweihungsweg für alle“ schaffen müssten (1987, 472). Bahros Institutionen zielen maßgeblich darauf, den besseren Menschen hervorzubringen, mit dem sich die Utopie der herrschaftsfreien Gesellschaft auch unter ökologischen Knappheitsbedingungen verwirklichen lässt.²⁶⁸ Dies markiert auch einen zentralen Unterschied zu den demokratisch-emanzipatorischen Ansätzen. Bei diesen gelingt den Menschen der Bewusstseinswandel aus sich selbst heraus. Bei Bahro hingegen müssen die Menschen von einer spirituell-autoritären Elite dazu angeleitet werden (Weber 2015, 297). Damit wird in Bahros Denken in dem Sinne eine Spannung sichtbar, dass der autoritäre Zwischenschritt letztlich die Voraussetzung für langfristige Freiheit ist.

Damit lassen sich abschließend die Unterschiede zu den öko-autoritären sowie den demokratischen Systemwechsel-Denkern erklären: Die Differenz zu den öko-autoritären Denkern ergibt sich daraus, dass Bahro zumindest mittel- bis langfristig an die Möglichkeit einer gewandelten Bürgerschaft glaubt und darauf aufbauend eine gesellschaftliche Positivvision anstrebt. Aus diesen beiden Aspekten folgt erstens, dass Autorität und Zentralisierung nur als Zwischenschritt auf dem Weg in eine gänzlich andere Gesellschaftsform angelegt sind. Ginge es Bahro hingegen nur um die Notwendigkeit der Bearbeitung der ökologischen Krise, könnte er, wie die öko-autoritären Denker, bei der autoritären Rettungsregierung stehen bleiben.

268 Entsprechend bemerkt Bahro selbst, dass man mit den Überlegungen zur staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung „nicht bei Adams und Evas Sündenfall ansetzen [soll], sondern bei dem Symbol des auferstandenen Christus, der den Heiligen Geist ausgießt über alle Menschen“ (1987, 88). Dementsprechend kritisiert Bahro das strukturkonservative Weltbild, dessen Grundstein es sei, „mit dem Menschen nur so zu rechnen, ‚wie er ist‘, und nicht wie er ‚gemeint ist‘ [...]“ (ebd., 87). Bahro geht es mit seinem Ordnungsentwurf also letztlich darum, den höheren Menschen hervorzubringen. Damit lässt sich für Bahro mit Horn eine perfektionistische Staatsbegründung konstatieren: Zentrale Aufgabe des Staates ist die Perfektionierung der menschlichen Gattungsidentität (Horn 2012, 19f).

Zweitens folgt daraus die Forderung nach einem spirituell-autoritären im Gegensatz zu einem bloß politisch-autoritären Staatskonstrukt.

Die Differenz zu den Exponenten des demokratischen Systemwechsels ergibt sich erstens aus der im Vergleich zu den *Elementen* viel tieferreichenden Interpretation der ökologischen Krise als anthropologische Krise. Daraus folgt einerseits, dass die notwendige Rettungspolitik zumindest potenziell nicht auf die Einsicht der in der Logik der Selbstaussrottung verhafteten Bevölkerungsmehrheit setzen kann und autoritäre Strukturen erforderlich werden. Andererseits folgt auch die bei den demokratischen Systemwechsel-Positionen nicht vorzufindende, starke spirituelle Dimension aus dieser tiefen Krisenbegründung. Zweitens stellt auch die eschatologische Dimension einen wichtigen Unterschied dar, da, wie gezeigt, anthropologische Revolution und damit auch die spirituell-autoritären Instanzen zur Voraussetzung für die Verwirklichung der gesellschaftlichen Positivvision werden.

Perspektivischer Fokus auf das Notwendige und Wünschenswerte

In Anbetracht der beiden vorherigen Punkte ist abschließend zu konstatieren, dass die in der *Logik* dargestellte Position aus einem perspektivischen Fokus auf die Dimensionen des theoretisch Notwendigen und des Wünschenswerten folgt. Bahro leitet aus seiner Krisenanalyse unmittelbar die aus seiner Sicht erforderlichen Schritte ab, ohne diese vor dem Hintergrund der realpolitischen Umsetzbarkeit zu reflektieren. Gleichzeitig verbindet er den Ausweg aus der ökologischen Krise mit einem wünschenswerten Gesellschaftszustand, ohne wiederum dessen realpolitische Möglichkeit zu hinterfragen. Somit bleibt der Aspekt der Machbarkeit bzw. Umsetzbarkeit gänzlich außen vor.

8.6 Zusammenfassung

Ausgehend von der Diagnose der tiefen Verankerung der ökologischen Krise im Inneren des Menschen, bis hin zur *conditio humana*, ist beim späten Bahro ein tiefgreifend veränderter, neuer Mensch die Voraussetzung für eine nachhaltige Gesellschaft. Die Bewusstseinsrevolution hin zur erforderlichen „Subjektivität der Rettung“ nennt Bahro „anthropologische Revolution“. Deren zentrales Element ist die Überwindung der Angstbestimmtheit des Menschen, aus der Egoismus, Machtstreben, Materialismus, Expansionismus und Anthropozentrismus als Krisenursachen folgen. Überwunden werden kann diese Angstbestimmtheit nur auf der Basis spirituell-meditativer Kommunionserfahrungen mit dem natürlichen Gesamtzusammenhang

(„Gottheit“), der den Menschen trägt und mit allen anderen Entitäten verbindet.

Das politische Subjekt für den Anstoß ökologischen Wandels ist die Bewegung der Menschen, die diesen Erleuchtungsprozess vollziehen („Unsichtbare Kirche“). Diese ist somit ein von einem gemeinsamen Glauben getragene Rettungsbewegung. Da die meisten Menschen tief in der Logik der Expansion verhaftet sind, ist es für die „Unsichtbare Kirche“ nicht zielführend, sich strategisch auf die bestehenden demokratischen Institutionen zu richten, deren Entscheidungen vom Mehrheitswillen abhängig sind. Vielmehr muss die „Unsichtbare Kirche“ als Minderheit eine zustimmungsunabhängige staatliche Führungsinstanz etablieren. Dazu entwickelt sich der aus der „Unsichtbaren Kirche“ heraustretende „Ökologische Rat“ von einer Instanz neben dem Staat zu einer Instanz über dem Staat („Oberhaus“). Wie dieser Prozess konkret abläuft, bleibt offen. Naheliegender ist, dass Bahro im Sinne charismatischer Herrschaft darauf hofft, dass die Bürgerschaft die natürliche Autorität dieser Führungspersonlichkeiten anerkennt, sobald diese hervortreten.

Das Oberhaus bzw. „House of the Lord“ setzt sich aus Avantgardisten zusammen, die sich durch nur spirituell erfahrbare Einsichten in höhere Zusammenhänge auszeichnen. Der Herrschaftsanspruch dieser Autoritäten gründet somit, wie im Marxismus, auf der Wahrheitsgewissheit ihrer Weltdeutung. Da es sich bei diesem höheren Wissen um religiöses Wissen handelt, ist Bahros Entwurf dem gottesstaatlichen Denken zuzuordnen. Das neue Oberhaus als spirituell-politische Führungsinstanz hat einerseits die Aufgabe, durch eine einschneidende und notfalls gegen die Einsicht der Bürgerschaft durchzusetzende Schrumpfungspolitik den Boden für eine langfristig tragbare Gesellschaftsform zu sichern. Gleichzeitig fördert es den Aufbau eben dieser langfristig anzustrebenden öko-kommunistischen Gesellschaftsstruktur. Diese setzt sich ganz im Sinne des ökologischen Dezentralisierungsdenkens aus weitgehend selbstversorgenden, autonomen und in freiwilliger Einfachheit lebenden Kommunen zusammen. Zudem wirkt das Oberhaus auf die Ausbreitung der anthropologischen Revolution hin, um die Menschen für die entsprechende Lebens- und Gesellschaftsform zu gewinnen. Langfristig, so Bahros Hoffnung, wenn alle Bürger erleuchtet sind, ist eine kommunitäre Gesellschaftsform ganz ohne staatliche Instanzen möglich.

Mit Blick auf die erklärenden Hintergrundannahmen wird deutlich, dass Bahros Alternativentwurf direkt aus seiner ideell-anthropologischen Krisenanalyse folgt. Eben weil die ökologische Krise in der *conditio hu-*

mana wurzelt und die anthropologische Revolution ein langsamer und voraussetzungsvoller Prozess ist, sind einerseits spirituelle Instanzen, die den erforderlichen Bewusstseinsprung möglich machen, und andererseits eine, wenn nötig autoritäre Rettungspolitik, die Zeit für diesen tiefgreifenden Wandel schafft, erforderlich. Letztlich ist Bahros Gegenentwurf aber nur vor dem Hintergrund der eschatologischen Dimension seines Denkens nachzuvollziehen. Für Bahro stellt die ökologische Krise die historische Chance für die Verwirklichung einer Gesellschaftsutopie dar, die das übergeordnete Ziel der allgemeinen Emanzipation des Menschen verwirklicht. Voraussetzung für diese Utopie ist die anthropologische Revolution, im Zuge derer sich die Menschen von Selbstbezogenheit und Materialismus lösen. Damit lässt sich Bahro dem anarchistischen Strang des utopischen Denkens zuordnen, wobei es für den Übergang eines starken Staates bedarf, der die ökologischen und anthropologischen Voraussetzungen für die neue Gesellschaft sicherstellt.

8.7 Exkurs: Veränderung in Bahros ökologisch-politischem Denken

Im Vergleich zwischen den beiden untersuchten Werken von Bahro, den *Elementen* und der *Logik*, zeigen sich deutliche Verschiebungen, die abschließend kurz zu ergründen sind. Dabei kann es an dieser Stelle nicht darum gehen, die Entwicklung des Bahro'schen Werks umfassend nachzuzeichnen.²⁶⁹ Vielmehr liegt der Fokus auf den textimmanenten Veränderungen. Grundsätzlich ist zum Verhältnis beider Bücher Folgendes vorwegzunehmen: Die *Logik der Rettung* stellt einerseits eine substanzielle Veränderung, andererseits auch eine Fortschreibung einer in den *Elementen* bereits durchscheinenden Perspektive auf die ökologische Krise dar.

Die substanziellen Veränderungen zeigen sich in der Abkehr von der öko-sozialistischen Position in den *Elementen* zugunsten der eben dargestellten Verbindung des spirituellen Autoritarismus mit der öko-kommunistischen Langfristperspektive in der *Logik* (vgl. entspr. Eckersley 1992, 133f, 164, 168, 231; Mende 2011, 308f). Diese Wandlung liegt, wie bereits angedeutet, maßgeblich in Bahros veränderter Krisendeutung begründet.²⁷⁰ In den *Elementen* fokussiert Bahro auf den wachstumsgetriebenen Kapita-

269 Siehe dazu v.a. Weber 2015; Amberger 2014, 173-183; Ferst 2004.

270 Die veränderte Krisendeutung kann keine abschließende, aber doch eine weitreichende Erklärung für die Veränderung in Bahros Denken leisten. Weitere Aspekte sind, wie bereits angedeutet, z.B. die stärker eschatologische Dimension in Bahros Spätwerk. Im Folgenden liegt der Fokus auf der sich verändernden Krisendeutung.

lismus als zentrale Krisenursache. Der Kapitalismus prägt eine kapitalistische Subjektivität, die selbst zur maßgeblichen Krisenursache wird. Doch sind die tiefsten Wurzeln der Krise systemisch, der Kapitalismus als Letztursache prägt die Menschen. In der *Logik* hingegen ist der Kapitalismus nur der äußere und effizienteste Ausdruck der inneren Antriebe des Menschen, die in letzter Instanz in seinem machtstrebenden und expansionistischen Gattungscharakter wurzeln. Die eigentliche Krisenursache ist die (bereits vorkapitalistisch gegebene) Konstitution des Menschen. Bahro wendet sich also von einer systemisch zu einer ideell-anthropologisch fokussierten Krisenanalyse. Daraus folgen die maßgeblichen Unterschiede zwischen beiden Werken.

Erstens gehen damit verschiedene Schwerpunktsetzungen in der Perspektive auf ökologische Transformation einher. In den *Elementen* behandelt Bahro zentral die Überwindung des Kapitalismus durch eine soziale Massenbewegung, in der *Logik* spielen äußere Veränderungen, z.B. die Überwindung des Kapitalismus, lediglich eine nachgeordnete Rolle. Vielmehr konzentriert sich Bahro auf das Beschreiben einer neuen Subjektivität des Menschen und wie diese zu erreichen ist.

Zweitens verändern sich die Anforderungen an eine veränderte menschliche Subjektivität als Voraussetzung für ökologische Transformation. In den *Elementen* setzt die Überwindung des Kapitalismus die Überwindung der vom Kapitalismus geprägten Subjektivität voraus. Diesbezüglich wird Bahro im Angesicht seiner veränderten Krisendiagnose in der *Logik* deutlich radikaler. Das Individuum muss durch die anthropologische Revolution eine neue Evolutionsstufe des Menschen erreichen. Daraus folgen auch unterschiedliche Perspektiven auf die Transformationsakteure. Während in den *Elementen* alle kapitalismuskritischen Kräfte angesprochen werden, bedarf es in der *Logik* einer neuartigen spirituellen Rettungsbewegung mitsamt prophetischer Bewusstseinspioniere.

Drittens können die bestehenden staatlichen Institutionen nicht mehr das maßgebliche Transformationsinstrument sein, da nur eine Minderheit den anspruchsvollen Bewusstseinsprung absehbar vollbringen wird. Vielmehr muss diese Minderheit die skizzierte Neuinstitutionalisierung vornehmen, damit eine Politik aus der Perspektive des höheren Bewusstseins möglich wird. Auch die institutionellen Verschiebungen zwischen beiden Werken ergeben sich also aus der veränderten Krisendeutung.

Viertens ergibt sich die Notwendigkeit einer Vergesellschaftung in spirituell-kommunitären Gemeinschaften, da nur in diesen die Subjektivität der Rettung stabilisiert werden kann.

Trotz dieser substanziellen Veränderungen zeigen sich in den *Elementen* bereits deutliche Hinweise, die eine Lesart der *Logik* als Fortschreibung bzw. Vollendung der entsprechenden Position nahelegen. Im Gegensatz zum häufig systemfokussierten linken Denken bemerkt Bahro schon zu diesem Zeitpunkt, dass ökologische Transformation eine veränderte Subjektivität voraussetzt, die womöglich nur auf der Basis eines neuen Glaubens, aus einer Kulturrevolution mit religiöser Durchschlagskraft erreicht werden kann (1980, 59, 158). In der Mystik sieht Bahro die Möglichkeit einer „Tiefenmobilisierung emanzipatorischer Kräfte in der menschlichen Psyche“, weswegen allen ein Zugang zur Mystik z.B. über Meditation eröffnet werden sollte (ebd., 157). Bahro verweist bereits auf spirituelle Denker wie Meister Eckardt, Joachim di Fiore, Spinoza oder Pascal (ebd.), die dann in der *Logik* als Referenzpunkte auftauchen (siehe z.B. 1987, 87f). Darüber hinaus interessiert sich Bahro in den *Elementen* bereits für die kulturrevolutionären Potenzen, die er bei Propheten wie Christus, Buddha oder Laudse sieht (1980, 157). Auch diese nehmen in der *Logik* zentrale Rollen ein (1987, 84, 89, 94). Entsprechend bespricht er bereits in den *Elementen* eine „psychologische Revolution“ als Voraussetzung für die Überwindung des Kapitalismus. Dementsprechend bemerkt er, dass politische Aktivität im herkömmlichen Sinn nur ein Mittel zur Umsetzung der eigentlichen Aufgabe sei, die wiederum ideologisch-psychologischer Natur sei (1980, 181). Der in der *Logik* zum Ausdruck kommende Fokus auf eine spirituell fundierte Bewusstseinsrevolution als unabdingbare Voraussetzung für alle äußerlichen Veränderungen ist somit bereits in den *Elementen* bzw., wie Amberger und Weber zeigen, in weiteren früheren Schriften von Bahro angelegt (Amberger 2016, 45f; Weber 2015, 294, 296f). Die vielfach diagnostizierte „spiritualistische Wende“ (vgl. dazu Heyer 2015, 17; Schölzel 1998, 72; Radkau 2011, 266-269) im Spätwerk Bahros kommt also nicht gänzlich überraschend. Insofern ist Bahros eigene Darstellung, wonach er in der *Logik* seinen Ansatz zu Ende gedacht hat (1987, 10), durchaus überzeugend.

9 Vertiefung: Religion als Ressource für ökologischen Wandel

Im Vorherigen wurde deutlich, dass die öko-politischen Denker der 70er- und 80er-Jahre in verschiedenem Tiefgang einen gesellschaftlichen Kultur- und Wertewandel als zentrale Voraussetzung für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft begreifen. Dies gilt auch für öko-autoritäre Denker wie Jonas und Gruhl, die jedoch an der Möglichkeit eines solchen Wandels starke Zweifel hegen. Dabei fällt als Spezifikum der ersten Zeitphase auf, dass bei vielen Denkern Religion als Ressource für diesen Ethoswandel gesehen wird. Im Folgenden wird diese Spezifität näher betrachtet. Als maßgebliche Schnittmengen lassen sich zwei Funktionszuschreibungen identifizieren, die mit Religion als Ressource für den Wandel verbunden werden. Einerseits soll sie die Abkehr vom Materialismus zugunsten einer Haltung der Genügsamkeit befördern. Andererseits soll sie durch das Erkennen einer intrinsisch werthafter, göttlichen Natur eine ökozentrische Ethik mitbegründen.

Die erste Dimension tritt besonders deutlich beim eben behandelten späten Bahro zutage. Nur auf der Basis neuer Spiritualität, die eine innere Verbindung zum natürlichen Gesamtzusammenhang als Gottheit aufbaut, wird eine Abkehr von Habenorientierung, Materialismus und Machtstreben möglich. Auch der frühe Bahro kokettiert diesbezüglich, wie gezeigt, mit dem Potenzial des Transzendenten. Neben Bahro verweisen auch viele andere Denker auf die transformative Kraft des Transzendenten. Für Gruhl und Jonas wurde die Überzeugung herausgearbeitet, dass die ökologisch gebotene Ethik des Verzichts, wenn überhaupt, nur auf Basis eines neuen Glaubens wirkmächtig werden kann. Auch für Fromm bedarf die von ihm geforderte radikale menschliche Veränderung einer „neuen nicht-theistischen, nicht-institutionellen Religiosität“, die eine Abkehr vom selbstsüchtigen Materialismus schafft, ohne zu einer institutionalisierten, dogmenbasierten Religion zu werden (2007, 246).²⁷¹ Selbst der orthodoxe Marxist Harich kokettiert in einem Interview von 1976 zumindest mit einem Dialog zwischen Buddhismus und Marxismus (2015d, 118f).

271 Wie Johach darlegt, geht es Fromm explizit nicht um eine von ihm als solche bezeichnete autoritäre Religion, die eine höhere Macht ins Zentrum stellt und die Unterwerfung unter den Willen Gottes fordert. Vielmehr strebe Fromm eine personalisierte Religiosität im Sinne einer nicht-theistischen Mystik an, durch die der Mensch, z.B. durch Meditation, zu sich selbst findet. Mögliche Vorbilder habe Fromm, wie z.B. auch Gruhl, im Zen-Buddhismus gesehen. (Johach 2010, 6f)

Doch nicht nur bezüglich der intendierten Abkehr vom Materialismus, auch für eine neue ökologische Ethik wird vielfach das Potenzial des Transzendenten betont. Gruhl bemerkt, dass ein Ausweg aus der ökologischen Krise nur durch Ehrfurcht vor der göttlichen Natur möglich sei (1975, 283, 38f). Dieser Verweis auf eine animistische Weltanschauung im Sinne einer Ehrfurcht vor der Allbeseeltheit natürlicher Entitäten verbindet ihn mit Amery. Aus dessen Sicht hat es in der Geschichte eine ökologisch vertretbare Beziehung zur Umwelt ohne religiöses Interpretationsgitter nicht gegeben (1991, 342). Ob ein neues ökozentrishes Ethos auch ohne „das Heilige“ wirkmächtig werden kann, sei folglich unklar, weswegen die Frage nach den Grundlagen eines neuen Bewusstseins ohne Vorurteile gegen das Sakrale gestellt werden müsse (ebd., 343).²⁷² Entsprechend gibt sich auch Jonas in diesem Zusammenhang offen für die Ansicht, dass „die Naturwissenschaft nicht die ganze Wahrheit über die Natur aussagt“ (2015, 30).

Aus dieser Perspektive kann bzw. muss Religion einen wichtigen Beitrag für die Gewährleistung der sittlichen Voraussetzungen einer nachhaltigen Gesellschaft leisten.²⁷³ Das ökologische Denken der Autoren wirft damit die Grundfrage der politischen Ideengeschichte auf, inwiefern eine (ökologische) Gesellschaft ein geteiltes religiöses Fundament braucht (vgl. dazu Münkler/Straßenberger 2016, 403ff). Für den späten Bahro ist diese Frage eindeutig zu bejahen. Er ist auch der einzige Autor, der eine Vorstellung davon entwickelt, wie eine solche neue Religiosität Raum greifen kann. Sein gottesstaatliches Konstrukt dient eben diesem Schaffen der inneren Voraussetzungen für die von ihm angedachte Gesellschaft. Er wendet sich vom säkularen und liberalen Staat ab, weil er die erforderlichen inneren Voraussetzungen nicht garantieren kann. Auch Jonas und Gruhl halten eine neue religiöse Basis für erforderlich, glauben aber nicht an deren Verwirklichung. Sie brauchen den autoritären Staat nicht als Instrument für die Schaffung der neuen religiösen Basis, sondern weil sie deren Möglichkeit nicht sehen. Bei den stärker anti-autoritär ausgerichteten Autoren Fromm, Amery und dem frühen Bahro bleibt gänzlich offen, wie sie sich das Anwachsen einer neuen religiösen Basis im Rahmen eines säkularen und liberalen Staates vorstellen. In Übereinstimmung mit ihren freiheitlichen Grundsätzen können sie diesen Wandel nur als evolutionären Diffusi-

272 Diese Überschneidung zwischen Gruhl und Amery hat auch Mende herausgearbeitet (2011, 401).

273 Hinzu kommt, dass viele der erwähnten Denker, wie gezeigt, auf die Kirchen als Transformationsakteur hoffen (v.a. Amery, Eppler, der frühe Bahro).

onsprozess denken. Lediglich beim frühen Bahro legt dessen Verweis auf Figuren wie Christus oder Buddha nahe, dass er diesbezüglich auf die Strahlkraft entsprechender Vorbilder setzt.

Demgegenüber finden sich bei Denkern wie Eppler und Strasser keine Verweise auf Religion als Ressource. Dass sie dies aber als virulente Frage wahrnehmen, zeigt sich daran, dass sie sich zu der Thematik verhalten. Strasser teilt zwar explizit Amerys Analyse, dass die Naturzerstörung der Moderne mit dem Rationalismus und Anthropozentrismus der Aufklärung zusammenhängen (1977, 75f). Die Antwort könne jedoch nicht in einer Abkehr vom Rationalismus, sondern nur in einer vernünftigen und planvollen Gestaltung der Beziehung zur Natur liegen (ebd.). Deshalb dürften „wir“ nicht „hinter die Aufklärung zurückgehen und den emanzipatorischen Anspruch aufgeben [...], um uns erneut in ehrfürchtiger Scheu einem unbegriffenen Gesamtzusammenhang zu unterwerfen“ (Strasser/Traube 1981, 233). Entsprechend verwehrt sich auch Eppler gegen eine Mystifizierung der Natur bzw. einen Naturkult (1981, 132; 1981b, 173). Die Frage nach der religiösen Basis der Gesellschaft bildet also einen wichtigen Topos und zugleich eine Kontroverse im frühen ökologischen politischen Denken.

Abschließend ist deutlich zu machen, dass hinter dem Kokettieren der Autoren mit dem Potenzial des Transzendenten eine, zumeist implizite Rationalismuskritik steht: Auf der Basis des Rationalen, der rein vernunftbasierten Einsicht, kann das neue Ethos (möglicherweise) nicht entstehen. Besonders deutlich und explizit findet sich eine solche Rationalismuskritik beim späten Bahro und bei Gruhl (vgl. zu Bahro auch Adler/Schacht-schneider 2010, 99f). Bahro hat in seiner Krisenanalyse die Diagnose einer „abstraktionistischen Verstandeskultur“ gestellt, in der sich der Verstand verselbständigt hat. Er sieht die Dominanz des Verstandes beim Menschen gegenüber erfahrenden Erkenntnismöglichkeiten wie Körper und Seele als Grundursache der ökologischen Krise, die nun aufzuheben sei (1987, 20, 177, 181, 196f). Es sei der „mental-rationale Geist der Moderne“, der die Rückverbindungen zum Urquell kappt, weswegen es dessen Dominanz zu überwinden gelte (ebd., 92f, 96). Daraus folgt die Forderung nach der Abkehr vom Rationalismus und die Verlagerung auf die Spiritualität als zentrale Ressource des Wandels (ebd., 20). Daraus hervorgehend positioniert sich Bahro gegen die „antireligiöse Aufklärung“ (ebd., 12).²⁷⁴ Entsprechend

274 Siehe zur aufklärungskritischen Dimension in Bahros Denken auch Markovits/Gorski 1997, 211-216. Eine allgemeinere Rekonstruktion der Aufklärungskritik im frühen ökologischen Diskurs findet sich bei Hinchman/Hinchman 2001, 663-666.

kann für Gruhl im *Irdischen Gleichgewicht* die rationale Weltauffassung nur einen unzureichenden Ausschnitt der Welt begreifen. Die erforderliche organische Weltauffassung könne „nur durch die Mittel der Religion und der Kunst, nicht durch Begriffe und Beweise mitgeteilt werden“ (1985, 150). Das Organische und damit alles Lebendige hätte eine „höhere Logik“, die nicht rational erfasst, sondern nur gefühlt und innerlich erlebt werden könne (1985, 150ff). Das Rationale reicht als Erkenntnismöglichkeit für den angestrebten Ethoswandel also nicht aus. Implizit greift diese Annahme auch bei den weiteren Autoren, die auf Religion als Ressource setzen.

10 Zwischenfazit

Ab den frühen 1970er-Jahren, insbesondere im Anschluss an *Die Grenzen des Wachstums*, beginnt die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens, die bis weit in die 1980er-Jahre anhält. In der untersuchten Denklandschaft zeigt sich die für diese Zeit typische Wahrnehmung der ökologischen Krise als existenzielle Bedrohung, die den Fortbestand der Menschheit an sich infrage stellt. Dies übersetzt sich in eine starke Endzeitstimmung, wonach nur noch ein kurzes Zeitfenster für die Abwendung von drastischen globalen Zusammenbrüchen bleibt. Hinzu tritt ein starker Wachstumspessimismus, dem sich nur Eppler entgegenstellt. Hinter diesen divergierenden Positionen stehen v.a. optimistische und pessimistische Einschätzungen des technologischen Innovationspotenzials. Neben die ökologische Wachstumskritik tritt bei allen untersuchten Denkern der ersten Zeitphase eine soziale Wachstumskritik, deren gemeinsamer Nenner die Auflösung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität ist. Die Positionierung in der Wachstumsfrage ist ein stark präformierender Faktor für die Alternativentwürfe der untersuchten Autoren.

Ausgehend davon spannt sich, wie auch andere Arbeiten für das deutsch- und englischsprachige ökologische politische Denken dieser Zeit herausstellen, ein breites Spektrum an Antworten auf die ökologische Krise auf (Stein 2016, 208; Ball 2003, 548; Dryzek 1997; Marten 1983, 16f; Wessolleck 1985, 62f; Eckersley 1992; Raschke 1993, 77). Die Antworten unterscheiden sich sowohl bezüglich der Alternativentwürfe als auch der Vorstellungen vom Prozess des Wandels. Mit Blick auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe lässt sich die untersuchte Denklandschaft in folgende Grundpositionen differenzieren:

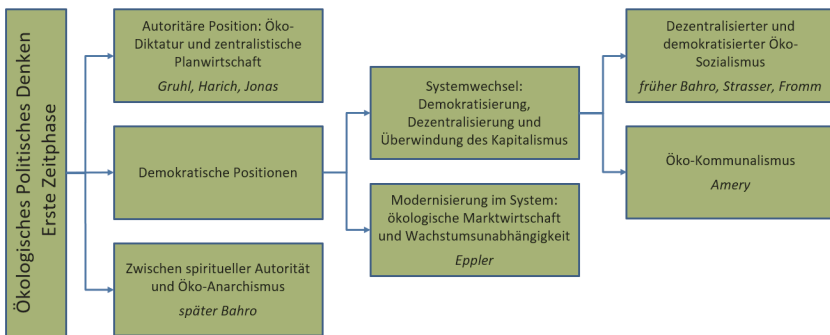


Abb. 2: Grundpositionen im ökologischen politischen Denken der 1970er- und 80er-Jahre

Die vorgenommene Einteilung weist deutliche Überschneidungen zu den wenigen anderen Arbeiten auf, die das Spektrum des frühen ökologisch-politischen Denkens bzw. Teile davon zu gliedern versuchen. Eckersley fokussiert in ihrer Untersuchung des englischsprachigen Diskurses auf das emanzipatorische Spektrum und unterscheidet dabei maßgeblich zwischen öko-marxistischen, öko-sozialistischen und öko-anarchistischen Perspektiven, wobei sie Öko-Kommunalismus wiederum als Sub-Strömung einer anarchistischen Perspektive begreift. Vom emanzipatorischen Spektrum grenzt sie den öko-autoritären „Survivalism“ ab (1992). Damit zeigt sich als maßgebliche Überschneidung zum einen die Differenzierung zwischen öko-autoritärem und emanzipativ-freiheitlichem öko-politischem Denken. Zum anderen lässt sich Eckersleys Spektrum zwischen öko-sozialistischen und öko-kommunalistischen Positionen, wie gezeigt, auf den deutschsprachigen Kontext übertragen. Different ist die Zuordnung der öko-marxistischen Perspektive. Der einzige orthodox-marxistische Denker Harich wird in der vorliegenden Untersuchung der öko-autoritären Perspektive zugeordnet, weil sich in seinem Denken weitreichende Überschneidungen zu den weiteren nicht-marxistischen autoritären Denkern zeigen.

Auch gegenüber Dryzek ergeben sich weitreichende Schnittmengen. Seiner Arbeit zum englischsprachigen ökologischen politischen Denken liegt, ohne dass er dies in dieser Form expliziert, eine Differenzierung in die Perspektiven „Survivalism“, Ecological Modernization/Green Growth sowie Green Radicalism zugrunde, wobei er unter letzterem wiederum verschiedene Perspektiven wie Öko-Kommunalismus, Öko-Marxismus, Bioregionalismus sowie stärker auf die Veränderung von Subjektivitäten

und Weltanschauungen fokussierte Ansätze wie z.B. die Tiefenökologie subsumiert (Dryzek 1997). Diese übergeordnete Dreiteilung deckt sich mit der hier vorgenommenen Aufteilung, insofern die demokratischen Systemwechsel-Perspektiven dem Green Radicalism zugeordnet werden. Schwer zu verorten ist wiederum der späte Bahro, der in Dryzeks Klassifizierung zwischen öko-autoritären, tiefenökologischen und öko-kommunistischen Positionen zu verorten wäre.²⁷⁵

Zuletzt ist auf Stein einzugehen, die verschiedene, ökologisch motivierte Globalalternativen zum bestehenden politischen System differenziert. Sie unterscheidet zwischen den Modellen einer Öko-Diktatur, einer auf Demokratisierung und Dezentralisierung setzenden Öko-Polis sowie dem Entwurf *sui generis* des späten Bahros (1998, 201-216). Dies deckt sich mit der hier vorgenommenen Unterscheidung zwischen den öko-autoritären Ansätzen, der starken Demokratisierungsperspektive der demokratischen Systemwechsel-Denker sowie dem späten Bahro. Hinzu kommt im vorliegenden Zusammenhang die Position der ökologischen Modernisierung bei Eppler. Diese wird bei Stein nicht behandelt, da Eppler keine Globalalternative beschreibt, sondern weitgehend am bestehenden politischen System festhält.

Unabhängig von der konkreten Ausdifferenzierung der Grundpositionen zeichnet sich die erste Hochphase des ökologisch-politischen Denkens durch eine starke Radikalität der Alternativentwürfe aus, was auf die drastische Krisenwahrnehmung und den ausgeprägten Wachstumspessimismus dieser Zeit zurückzuführen ist (vgl. entspr. Dryzek 1997, 21). Entsprechend lassen sich alle Denker mit Ausnahme von Eppler der Systemwechsel-Perspektive zuordnen. Sie halten allesamt den Kapitalismus, das bestehende nationalstaatlich verfasste repräsentativ-demokratische System sowie einige Denker die auf Arbeitsteilung und Spezialisierung gerichtete industrielle Produktionsweise für nicht zukunftsfähig. Die Gegenvorschläge der Systemwechsel-Denker zielen, wie gezeigt, in diametral entgegengesetzte Richtungen, wobei die übergeordnete Trennlinie zwischen Zentralisierung und Autorität einerseits sowie Demokratisierung und Dezentralisierung

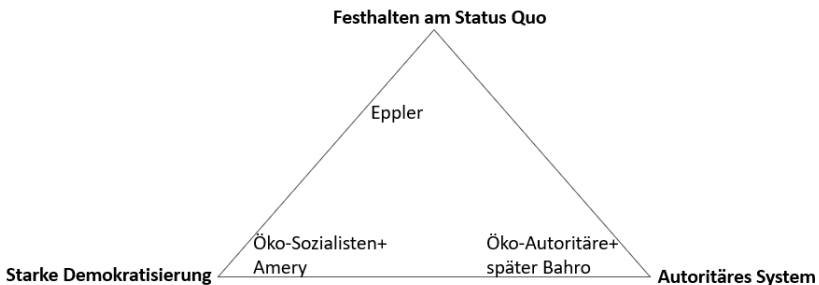
275 Die einzige spezifisch auf den deutschsprachigen Diskurs fokussierte Systematisierung von Marten wurde bereits kritisch betrachtet. Er unterscheidet zwischen Öko-Kommunismus, Öko-Sozialismus, Öko-Liberalismus, Öko-Konservatismus und Öko-Rechtsextremismus (1983, 16). Wie bereits dargelegt, sind die begrifflichen Zuschreibungen zu den jeweiligen Positionen in den meisten Fällen nicht aussagekräftig oder inhaltlich fragwürdig, weshalb sich kaum Überschneidungen zur hier vorgenommenen Differenzierung ergeben.

andererseits verläuft. Lediglich Eppler vertritt die Perspektive der Modernisierung im System.

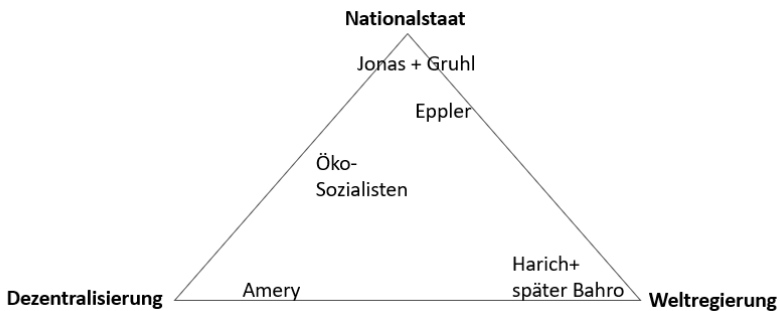
An welchen maßgeblichen inhaltlichen Trennlinien differenziert sich die Denklandschaft der ersten Zeitphase aus? Neben der Wachstumskontroverse stellt die Frage nach den Ursachen der ökologischen Krise eine wichtige Trennlinie dar. Im Hinblick auf die Alternativentwürfe können die Trennlinien anhand der prioritär behandelten Transformationsgegenstände nachvollzogen werden. Dabei lassen sich drei Transformationsgegenstände identifizieren, die in allen untersuchten Werken als zentrale Handlungsfelder auf dem Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft adressiert werden: Wirtschaft, Politisches System/Staat, Kultur. Die Differenzen zwischen den konkurrierenden Positionen beziehen sich einerseits auf die Gewichtung dieser Gegenstände, vor allem aber, und für die Ausdifferenzierung des ökologischen politischen Denkens entscheidend, auf die jeweils intendierten Veränderungsrichtungen.

Die fundamentalste Trennlinie im frühen ökologischen politischen Denken bezieht sich auf das politische System und verweist auf die Frontstellung zwischen autoritären und demokratischen Positionen (vgl. entspr. Marten 1983, 146). Die öko-autoritären Denker Gruhl, Jonas, Harich sowie der späte Bahro halten die Demokratie zumindest übergangsweise für nicht zukunftsfähig. Der wichtigste Kritikpunkt ist die strukturelle Festlegung der politischen Entscheidungsträger auf den kurzfristigen Willen der Bürgerschaft. Demgegenüber attestieren die demokratischen Denker der Demokratie die höhere ökologische Leistungsfähigkeit. Aus ihrer Sicht sind die Impulse für die erforderlichen Veränderungen gerade aus der breiten Bürgerschaft, nicht von spezifischen Funktionseliten zu erwarten. Aber auch innerhalb des demokratischen Spektrums zeigen sich deutliche Differenzen. Lediglich Eppler hält weitgehend am bestehenden System fest. Die weiteren demokratischen Denker sehen eine weitreichende Demokratisierung als Voraussetzung für einen ökologischeren Policy-Output. Neben der Regierungsform ist in der untersuchten Literatur auch die adäquate Steuerungsebene umstritten. Konkret lassen sich die Differenzen wie folgt veranschaulichen:

1) Zukunft der Demokratie:



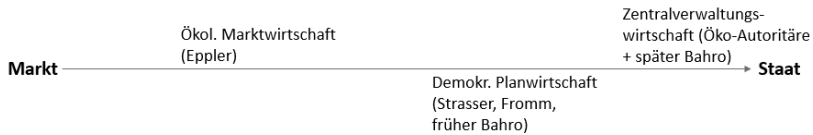
2) Steuerungsebene:



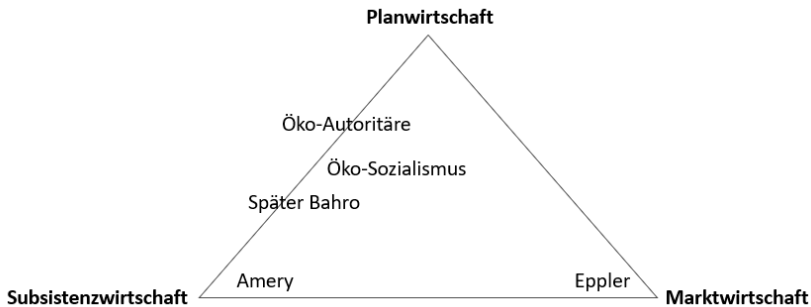
In Bezug auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft steht die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus im Mittelpunkt. Diesem wird von den demokratischen und autoritären Systemwechsel-Denkern ein, mit dem erforderlichen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik unvereinbarer, systemimmanenter Wachstumszwang attestiert. Die Globalalternativen lassen sich mit Bezug auf Koordinations- und Eigentumsordnung in Anlehnung an Leopold (2005, 11) näherungsweise als staatssozialistische Zentralplanwirtschaft (Harich), zentral gelenkte Privatwirtschaft (Gruhl), demokratisierte und dezentralisierte sozialistische Planwirtschaft (Strasser) sowie dezentral-selbstverwaltete sozialistische Marktwirtschaft (Amery) bezeichnen. Lediglich Eppler hält an der bestehenden marktwirtschaftlich-kapitalistischen Grundordnung fest und hält dieses für ökologisch modernisierbar. Ein weiterer Punkt, bei dem sich starke Differenzen zeigen, ist die für erfor-

derlich gehaltene staatliche Eingriffstiefe auf der Nachfrageseite.²⁷⁶ Konkret lassen sich die Trennlinien wie folgt veranschaulichen:

1) Koordinationsmechanismus:

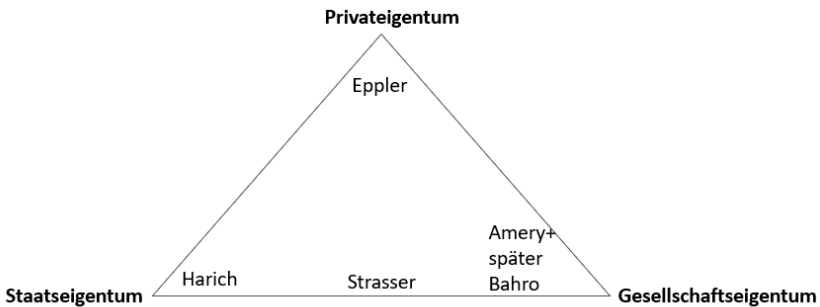


2) Wirtschaftsform allgemein:



276 Jenseits der genannten Aspekte lassen sich weitere Bereiche dem Transformationsgegenstand Wirtschaft zuordnen, die aber eher unkontrovers sind. Dies gilt v.a. für ressourcen- und technologiebezogene Aspekte. Diesbezüglich wird die Notwendigkeit einer veränderten, umweltangepassteren technologischen Basis, des Umstiegs von nicht-erneuerbaren auf erneuerbare Ressourcen sowie einer möglichst weitreichenden Kreislaufführung von Ressourcen breit geteilt.

3) Eigentums- und Unternehmensordnung:



4) Staatliche Eingriffstiefe auf der Nachfrageseite:

Direkte Konsumkontrolle

niedrig ————— Eppler ————— Öko-Sozialisten ————— Gruhl Harich ————— hoch

Bevölkerungskontrolle

niedrig ————— Eppler, Fromm, früher Bahro ————— Gruhl, Jonas, später Bahro, Strasser, Amery ————— Harich ————— hoch

*Gezieltes Einwirken auf
Bedürfnisstrukturen*

niedrig ————— Eppler, Gruhl, Strasser, früher Bahro ————— Fromm ————— Harich, später Bahro ————— hoch

Zuletzt kann auch die im frühen öko-politischen Diskurs prominent adressierte Bevölkerungsfrage dem Bereich Wirtschaft zugeordnet werden, da es den Autoren dabei um die Stabilisierung bzw. Reduktion der Bevölkerung zum Zwecke der Nachfrageregulation geht. Während in der Mehrzahl der untersuchten Beiträge die Forderung nach einer restriktiven Bevölkerungspolitik aufgestellt wird, findet sie sich bei Autoren wie Fromm oder Eppler nicht.

Der Transformationsgegenstand Kultur bezieht sich auf Weltanschauungen, Werteordnungen, Wohlstandsverständnisse und darauf basierende Lebensstile. Diesbezüglich wird von allen Autoren ein kultureller Wandel gefordert, wobei die Entwicklung eines postmateriellen Wohlstandsverständ-

nisses und die Abkehr vom instrumentellen Naturverhältnis die zwei zentralen geteilten Stoßrichtungen sind. Die autoritären Autoren glauben nicht an die Möglichkeit des Kulturwandels und kommen deshalb zu autoritären Schlussfolgerungen bzw. sehen, im Falle von Harich und dem späten Bahro, den autoritären Staat als maßgebliches Vehikel für die Beförderung dieses Wandels. Unterschiedlich sind die Perspektiven, wie tiefgreifend sich die innere Verfasstheit der Individuen verändern muss, wobei das Spektrum von einer anthropologischen Revolution (später Bahro) über eine grundlegende Revision der westlichen Weltanschauung (Amery, Gruhl) bis zur Emanzipation von der, vom Industriekapitalismus geprägten Bedürfnisstruktur (früher Bahro, Strasser, Fromm, Harich) reicht. Unterschiedlich sind zudem die Positionen, inwiefern staatliches Handeln direkt auf das Hervorbringen anderer Subjektivitäten abzielt. Die Pol-Positionen werden einerseits vom späten Bahro und Harich, bei denen der (autoritäre) Staat durch gezielte Umerziehung veränderte Subjektivitäten hervorbringen soll, und andererseits von Denkern wie Eppler oder Strasser, bei denen sich die Rolle des Staates auf eine veränderte Bildungspolitik beschränkt, eingenommen. Eine spezifischere Kontroverse bezieht sich auf die Frage, inwiefern Religion eine wichtige Ressource für den angestrebten Kulturwandel darstellt.

Jenseits der Differenzen in Bezug auf die Alternativentwürfe und damit die Entwicklung der drei zentralen Transformationsgegenstände wird deutlich, dass die untersuchte Denklandschaft auch durch unterschiedliche Vorstellungen vom Prozess des Wandels gekennzeichnet ist. Dabei lässt sich die mit Blick auf die Alternativentwürfe vorgenommene Differenzierung in die genannten Grundpositionen nicht deckungsgleich auf die Vorstellungen vom Prozess des Wandels übertragen. Deutlich wird dies v.a. in der öko-autoritären Perspektive, wo Gruhl für die Etablierung zustimmungsunabhängiger Führung auf die Einsicht der gegebenen politischen Funktionseliten hofft, während Harich auf eine proletarische Revolution von unten setzt. Stattdessen lassen sich folgende vier Perspektiven unterscheiden:

1. Gruhl (und andeutungsweise Jonas) erwarten den Impuls von etablierten (staatlichen) Eliten, die sich autoritäre Staatsmacht aneignen, wobei der Prozess der Aneignung sowie die spezifischen Eliten weitgehend offenbleiben.
2. Harich und der späte Bahro sehen ebenfalls den (autoritären) Staat als zentrales Transformationsinstrument, der aber durch einen revolutionären Umsturz von unten durch vornehmlich zivilgesellschaftliche Bewe-

gungen zum Instrument transformativer Kräfte gemacht werden muss. Die zivilgesellschaftlichen Bewegungen werden von spezifischen Eliten (Harich: kommunistische Parteien, Bahro: spirituelle Autoritäten) gezielt hervorgebracht.

3. Bei Eppler, Strasser und dem frühen Bahro kommt der Impuls ebenfalls aus der Zivilgesellschaft, entsteht aber evolutionär und richtet sich auf die Erzielung demokratischer Mehrheiten in den bestehenden Institutionen. Auch hier ist der Staat das zentrale Transformationsinstrument.
4. Auch Amery erwartet den Impuls aus der Zivilgesellschaft, dieser richtet sich aber einerseits nicht auf die bestehenden Institutionen und hat andererseits nicht zum Ziel, den Staat zum Instrument transformativer Kräfte zu machen. Vielmehr denkt er den Wandel ausgehend von einer fundamentalen Staats- und Herrschaftskritik primär als dezentralen Neuaufbau jenseits des Staates.

Grundlegend kann damit zwischen einer Top-Down-Perspektive (Gruhl, Jonas) und einer Bottom-Up-Perspektive (die weiteren Autoren) unterschieden werden. Innerhalb der Bottom-Up-Perspektive zeigen sich wiederum deutliche Differenzen, die sich v.a. auf folgende Fragen beziehen:

- Wer sind die impulsgebenden Basisbewegungen (Neue Soziale Bewegungen/Arbeiterbewegung/neuartige öko-spirituelle Bewegung)?
- Inwiefern richten sich diese Bewegungen auf die Erringung von Staatsmacht oder wirken in erster Linie jenseits des Staates?
- Wird zentralstaatliche Macht über einen revolutionären Prozess oder über demokratische Mehrheiten zum Transformationsinstrument?²⁷⁷

277 Die Untersuchungen zur ersten Hochphase des ökologischen politischen Denkens haben gezeigt, dass sich die Heterogenität der Denklandschaft auf divergente Hintergrundannahmen zurückführen lässt. Da sich diesbezüglich weitergehende Überschneidungen zur zweiten Hochphase ergeben, wird dieser Aspekt an anderer Stelle resümiert (Kap. 16, 17.1).

Teil C: Die zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens ab den späten 2000er-Jahren

Teil C der Arbeit widmet sich der zweiten Hochphase des ökologischen politischen Denkens, die sich insbesondere mit der Zuspitzung der Klimakrise sowie der Wiederbelebung der Wachstums- und Kapitalismuskritik im Anschluss an die Wirtschafts- und Finanzkrise in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre entwickelt (Kap. 3). Wie für die erste Zeitphase wurde nach der in Kapitel 3 vorgestellten Methode eine begründete Auswahl des Untersuchungsmaterials vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung des Auswahlprozesses findet sich im Zusatzkapitel III. Dort wird auch ausführlicher auf die ausgewählten Denkerinnen und Denker sowie die Bedeutung ihrer Werke eingegangen. Hier im Buch finden sich kurze biografische Informationen zu den einzelnen Autoren und Autorinnen zu Beginn der Kapitel, in denen die jeweiligen Positionen aufgearbeitet werden. Im Ergebnis führt der Auswahlprozess zu dem in Tabelle 2 dargestellten Untersuchungskorpus.

Tab. 2: Ausgewählter Untersuchungskorpus für das ökologische politische Denken seit Ende der 2000er-Jahre

Autor/Autorin	Werk/Beitrag ²⁷⁸
Elmar Altvater	<i>Der große Krach</i> (2010)
Ulrich Brand	<i>Imperiale Lebensweise</i> (2017, zus. mit Markus Wissen) <i>Radikale Alternativen</i> (2018, zus. mit Alberto Acosta) ²⁷⁹

278 Die Untersuchung fokussiert auf die hier genannten Hauptbeiträge. Darüber hinaus werden für einzelne Autoren weitere Beiträge hinzugezogen, insofern diese die in den Hauptbeiträgen vertretenen Positionen vertiefen oder erläutern.

279 Einige der untersuchten Werke wurden von mehreren Autoren veröffentlicht. Hier ist für die Zitierweise eine Differenzierung zu treffen. In einigen Werken wurden die verschiedenen Kapitel von einzelnen Autoren verfasst, die Buchteile lassen sich also eindeutig zuordnen (zutreffend für Brand/Acosta 2018, Paech/Eppler 2016, Paech/Folkers 2020, von Weizsäcker et al. 2010). In diesen Fällen wurden nur die Buchteile der ausgewählten Denker untersucht, sodass auch bei den Referenzen nur auf diese verwiesen wird. In anderen Beiträgen wird der gesamte Text von mehreren Autoren verantwortet (zutreffend für Brand/Wissen 2017, Schmelzer/Passadakis

Autor/Autorin	Werk/Beitrag
Klaus Dörre	<i>Grüner Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftsträchtige Reformstrategie?</i> (2011) <i>Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion</i> (2019) <i>Die neue Lust am Sozialismus</i> (2020)
Christian Felber	<i>Gemeinwohlökonomie</i> (2010)
Ralf Fücks	<i>Intelligent Wachsen</i> (2013) <i>Freiheit verteidigen</i> (2017)
Martin Jänicke	<i>Megatrend Umweltinnovation</i> (2008)
Bruno Kern	<i>Das Märchen vom Grünen Wachstum</i> (2019)
Michael Kopatz	<i>Ökoroutine</i> (2018)
Reinhard Loske	<i>Abschied vom Wachstumszwang</i> (2011) <i>Wie weiter in der Wachstumsfrage?</i> (2012) <i>Politik der Zukunftsfähigkeit</i> (2015)
Barbara Muraca	<i>Gut leben</i> (2015)
Niko Paech	<i>Befreiung vom Überfluss</i> (2012) <i>Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution</i> (2016, zus. mit Erhard Eppler) <i>All You Need Is Less</i> (2020, zus. mit Manfred Folkers)
Helge Peukert	<i>Klimaneutralität jetzt!</i> (2021)
Matthias Schmelzer/ Alexis Passadakis	<i>Postwachstum – Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte</i> (2011)
Uwe Schneidewind	<i>Damit gutes Leben einfacher wird</i> (2013, zus. mit Angelika Zahrnt) <i>Die Große Transformation</i> (2018)
Ernst U. von Weizsäcker	<i>Faktor Fünf - Die Formel für nachhaltiges Wachstum</i> (2010, zus. mit Karlson Hargroves und Michael Smith)

Dieser Teil der Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel. Im ersten Schritt gilt es zunächst wiederum die übergeordneten Schnittmengen und Differenzen in der untersuchten Literatur nachzuvollziehen. Erstere beziehen sich wie in der ersten Zeitphase auf die geteilte Wahrnehmung der ökologischen Krise als Fundamentalherausforderung (Kap. 11.1). Davon ausgehend spannt sich erneut ein sehr heterogenes Feld an Antworten auf, das in Kapitel 11.2 in Grundpositionen ausdifferenziert wird. Die Kapitel 12 bis 14 widmen sich der Aufarbeitung dieser Grundpositionen. Abschließend wird in Kapitel 15 ein Zwischenfazit gezogen, in welchem das neuere ökologisch-politische Denken auch in Relation zur Denklandschaft der 1970er- und 80er-Jahre gesetzt wird.

2011, Schneidewind/Zahrnt 2013). In diesen Fällen verweisen die Referenzen auf beide Autoren.

11 Geteilte Herausforderung – unterschiedliche Antworten

Wie bereits dargelegt, reagiert das ökologische politische Denken stets auf eine zeitspezifische Wahrnehmung der Herausforderung der ökologischen Krise. Für die erste Zeitphase konnte dabei neben den Krisenbeschreibungen in den untersuchten Texten auch auf diesbezügliche Erkenntnisse in der Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Dies gestaltet sich für die zweite Phase anders, da eine entsprechende Literaturbasis nicht gegeben ist. Deshalb fokussiert die Aufarbeitung primär auf die untersuchten Texte selbst.

11.1 Geteilte Herausforderung: die ökologische Krise als existenzielle Bedrohung

Wie in der ersten Zeitphase wird die ökologische Krise auch im neueren ökologischen politischen Denken als existenzielle Herausforderung wahrgenommen. In der Gesamtschau sind die Beschreibungen der ökologischen Krise weniger ausführlich und in der Rhetorik weniger drastisch als in der ersten Zeitphase (vgl. entspr. Stein 2016, 218).²⁸⁰ Den apokalyptischen Krisenbeschreibungen der ersten Phase am nächsten kommen v.a. einige stark wachstumspessimistische Autoren. Denker wie Paech, Kern oder Peukert sehen die Menschheit auf dem Weg in einen kollektiven Ökozid, dem nur durch ein radikales Entzugs- und Überlebensprogramm zu entgehen ist (Paech 2020, 156, 172, 177, 179, 194, 210; Kern 2019, 22; Peukert 2021, 13, 19, 31). Beispielsweise lautet der erste Satz im untersuchten Werk von Peukert: „Die Weltgesellschaft ist mitten im Prozess des Ökozids“ (2021, 13). Ähnlich bei Kern:

„Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist es wahrscheinlich geworden, dass sich die Gattung Mensch innerhalb weniger Dekaden, also innerhalb eines für uns biografisch relevanten Zeitraums, selbst auslöscht“ (2019, 22).

Hier wird, wie in der ersten Zeitphase, das Ende der Menschheit innerhalb weniger Dekaden antizipiert. Solch drastische Formulierungen finden sich bei den weiteren Autoren nicht. Aber auch von diesen wird der existenziel-

280 Einige Denker legen explizit dar, sich weniger mit der Beschreibung der Krisensituation als vielmehr mit möglichen Therapieansätzen aufhalten zu wollen (Kopatz 2018, 12; Jänicke 2008, 16; von Weizsäcker 2010, 13f).

le Charakter der ökologischen Krise hervorgehoben. Sie warnen vor der Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschheit (Jänicke 2008, 15; von Weizsäcker 2010, 11) oder einem drohenden ökologischen Kollaps (Fücks 2017, 171). Altvater antizipiert eine „humanitäre Katastrophe bisher nicht gekannten Ausmaßes“ (2010, 32) und für Loske steht bei einem ‚Weiter so‘ für die „Menschheit das Schlimmste zu befürchten“ (2011, 45). Anders als in vielen Werken der ersten Zeitphase wird aber nicht das Bild eines großen globalen Zusammenbruchs gezeichnet. Entsprechend fällt auch die Beschreibung konkreter verbleibender Zeitfenster bis zu diesem vermeintlichen Zusammenbruch weg. Vielmehr wird erkannt, dass, vermittelt durch geografische und sozio-ökonomische Faktoren, zu unterschiedlichen Zeiten verschieden gelagerte Bedrohungslagen in unterschiedlicher Intensität zu erwarten sind.

Woran wird die fundamentale Krisendiagnose festgemacht? Wie bereits in der ersten Zeitphase wird ein sehr breites Spektrum ökologischer Krisensymptome angeführt. Genannt werden insbesondere: Klimawandel und seine Folgeprobleme (v.a. Meeresspiegelanstieg, Versalzung von Grundwasserkörpern, Zunahme von Extremwetterereignissen), Biodiversitätsverlust, Verlust fruchtbarer Böden, Desertifikation, Meeresverschmutzung, Versauerung und Überfischung der Weltmeere, atomare Abfälle, Grundwasser Verschmutzung, Entwaldung, Luftverschmutzung, langlebige organische Schadstoffe und Flächenverbrauch. Verwiesen wird vielfach auf sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkungen zwischen diesen Krisendimensionen. Zudem wird von vielen Denkern betont, dass die Verursachungsbeiträge und negativen Folgewirkungen global sehr ungleich verteilt sind, weshalb die ökologische Frage eine starke Gerechtigkeitsdimension aufweise. Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass die genannten ökologischen Krisenphänomene wiederum soziale Krisen wie Migrationskrisen, Hungerkrisen und soziale Verwerfungen verursachen und verschärfen können. In Anbetracht dessen konstatiert z.B. Fücks, dass die ökologischen Krisenphänomene „das Zeug zur Mutter aller Krisen“ haben, da sie viele Millionen Menschen zur Flucht nötigen, Konflikte um knapper werdende Ressourcen befeuern und ganze Regionen destabilisieren können (2017, 163).²⁸¹

281 Zum ges. Absatz Altvater 2010, 9, 22ff, 32, 179, 185, 172-180, 186, 190; Brand/Wissen 2017, 25f, 42, 68; Brand 2018, 71, 76f, 79f, 96, 99; Dörre 2011, 223; 2020, 255, 265; Felber 2012, 32f; Fücks 2017, 148, 163, 168, 173; Jänicke 2008, 18, 30; Kern 2019, 22-26, 41f, 93; Kopatz 2018, 11, 343; Loske 2011, 45, 2015, 28; Muraca 2015, 41; Paech 2014, 81; 2020, 174-179; Peukert 2021, 13, 21, 32, 36, 45, 54; Schmelzer/Passadakis

Bei genauerem Blick auf die angeführten Umweltgefahren wird deutlich, dass der Klimawandel und seine Folgeprobleme als derzeit drängendstes Krisenphänomen gesehen wird. Dabei besteht Einigkeit, dass in globaler Hinsicht bereits gegenwärtig die negativen Folgen des Klimawandels deutlich werden. Für die Zukunft wird vor einem sich rasch intensivierenden Problemverlauf gewarnt. Als maßgebliche Folgeprobleme werden v.a. Dürren, Überschwemmungen, Verlust fruchtbarer Böden, Artensterben und ansteigende Meeresspiegel genannt. Im Zuge dessen wird vielfach auf Kippunkte im Klimasystem verwiesen, die zu einem sich selbst beschleunigenden Prozess der Erderwärmung und ihrer Folgeschäden führen können. Vor diesem Hintergrund wird auch vor drastischen sozio-ökonomischen Folgen gewarnt. Demnach könnte der Klimawandel u.a. dazu führen, dass die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen erodieren, was unter anderem Ernährungskrisen, massiven Fluchtbewegungen, Ressourcenkriege und den Zerfall von Staaten zur Folge haben könnte. Beispielsweise beschreibt von Weizsäcker das Szenario ohne ambitioniertes Gegensteuern wie folgt:

„Die Ökosysteme der Erde würden degenerieren bis zu dem Punkt, an dem eine Erholung nicht mehr möglich ist. Wir wissen den Verlauf des Niedergangs nicht genau. Steigt die Durchschnittstemperatur um 4 bis 6°C, würde der Meeresspiegel gefährlich ansteigen, Ernten würden vertrocknen, die Wasserreserven schwinden, aber es gäbe auch verheerende Überschwemmungen. Im Gefolge dieser Schrecken würde die Zerrüttung von Infrastruktur und Zivilisation, der Zerfall von Städten und Staaten, große Kriege, Seuchen und der Niedergang der Kultur immer wahrscheinlicher.“ (2010, 12)

Auch mit spezifischem Blick auf den Klimawandel wird dessen starke Gerechtigkeitsdimension betont. Sowohl in inter- als auch in intragenerativer Perspektive fielen die Verursachenden und die primär Leidtragenden räumlich und zeitlich auseinander.²⁸²

2011, 8f, 33, 38, 70; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17f, 43, 103f; 2019, 23f, 126, 140f; von Weizsäcker 12, 17ff, 30f.

282 Zum ges. Absatz Schneidewind/Zahrnt 2013, 17f; 2019, 140-143; von Weizsäcker 2010, 12; Schmelzer/Passadakis 2011, 9, 38, 70; Peukert 2021, 27, 32, 470; Paech 2020, 176; Kopatz 2018, 20; Kern 2019, 23-26; Fücks 2017, 163; Dörre 2020; Altwater 2010, 172ff, 178ff; Brand 2018, 81f, 96.

Differenzen zeigen sich bezüglich der Frage, inwiefern neben den, von allen Denkern prominent problematisierten, Emissions- und Senkenproblematiken auch die Verknappung von Rohstoffen auf der Input-Seite eine wesentliche Dimension der ökologischen Krise darstellt.²⁸³ In einigen Beiträgen wird davon ausgegangen, dass ohne ein rasches Gegensteuern viele endliche Ressourcen (z.B. fossile Energieträger, mineralische Rohstoffe wie seltene Erden oder Coltan, Phosphate) in absehbarer Zeit in einem Ausmaß verknappen, dass dies unabhängig von Emissionsproblematiken eine starke Bedrohung für die Stabilität von Volkswirtschaften und Gesellschaften darstellt. Vielfach wird diesbezüglich auf den aus Sicht dieser Autoren bereits überschrittenen „Peak Oil“ verwiesen.²⁸⁴ Bei Altwater und Peach findet sich darüber hinaus der paradigmatische Begriff des „Peak everything“, der auf die vielfältige Verknappung von Inputfaktoren als Grenze für weiteres Wirtschaftswachstum hinweisen soll (Altwater 2010, 172; Paech 2014, 69). Demgegenüber sehen andere Denker diese Verknappungsproblematiken auf der Input-Seite nicht. Einige weisen entsprechende Positionen explizit zurück und verweisen v.a. auf bereits vorhandene oder zukünftig aufzufindende Substitutionsmöglichkeiten (Brand 2018, 96, 163; Schneidewind 2019, 124ff, 132; von Weizsäcker 2010, 310f). Sie betonen, dass die begrenzte Aufnahmekapazität der Erde für Emissionen die entscheidende ökologische Belastungsgrenze darstelle. Unabhängig von dieser Differenz ist in der Gesamtschau zu konstatieren, dass Emissions- und Senkenproblematiken in der zweiten untersuchten Zeitphase deutlich schwerer gewichtet werden als potenzielle Rohstoffverknappungen. Dies spiegelt die generelle Entwicklung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatte wider (Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f).²⁸⁵

Unabhängig von den konkreten Symptomen wird aus der Wahrnehmung der ökologischen Krise als Fundamentalherausforderung ein starker Hand-

283 Siehe zu dieser begrifflichen Differenzierung Steurer 2002, 87 und Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f.

284 Altwater 2010, 23, 155-172; Kern 2019, 47f, 93; Felber 2012, 19; Paech 2014, 7, 68f; Muraca 2015, 41; Schmelzer/Passadakis 2011, 43f.

285 In unterschiedlichem Ausmaß wird die ökologische Krise mit weiteren wahrgenommenen Krisen der Gegenwartsgesellschaft in Verbindung gebracht. Insbesondere die kapitalismuskritischen Denker begreifen die ökologische Krise als eines von mehreren Symptomen einer fundamentalen Systemkrise, die sich z.B. auch in zunehmender sozialer Ungleichheit, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung ausdrückt. Dies wird an anderer Stelle vertieft. Hier geht es um die Wahrnehmung der ökologischen Krise als gemeinsamem Ausgangspunkt.

lungsdruck abgeleitet. Zwar ist die „Endzeitstimmung“ in der Literatur der zweiten Zeitphase weniger ausgeprägt als in den Beiträgen der 70er- und 80er-Jahre. Dennoch kommt an vielen Stellen die wahrgenommene Dringlichkeit für ein Umsteuern zum Ausdruck.²⁸⁶ Insbesondere wird der zeitliche Handlungsdruck mit Blick auf die Eindämmung der Klimaerwärmung hervorgehoben. Neben dem zeitlichen Handlungsdruck wird deutlich, dass alle Denker, unabhängig von der konkreten Stoßrichtung, einen ambitionierten und tiefgreifenden Veränderungsprozess für erforderlich halten. Verdeutlichen lässt sich dies an den verwendeten Begrifflichkeiten. Es wird die Notwendigkeit einer „Revolution“, einer „Wende“, eines „radikalen Wandels“ oder, am häufigsten, einer „Transformation“²⁸⁷, die wiederum „revolutionär“, „radikal“, „groß“ bzw. „tiefgreifend“ sein muss, beschrieben.²⁸⁸

Abschließend ist zu konstatieren, dass sich die Krisenbeschreibungen in den Werken weitgehend mit der Erkenntnislage in einschlägigen wissenschaftlichen Großstudien decken.²⁸⁹ Zum Abgleich wurden im vorliegenden Zusammenhang zwei dieser Studien ausgewertet, die eher am Anfang und eher am Ende der untersuchten Zeitphase veröffentlicht wurden (WBGU 2011; UNEP 2021). Die Schnittmengen zwischen untersuchter Literatur und den Studien beziehen sich auf die maßgeblichen Symptome und deren antizipierten Problemverlauf, die starken Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Umweltproblemen wie auch die zu erwartenden

286 Altvater 2010, 244; Jänicke 2008, 114; Dörre 2020, 256; Kern 2019, 22, 26; Kopatz 2018, 20; von Weizsäcker 2020, 81; Paech 2016, 86, 126f; 2020, 236; Brand/Wissen 2017, 168; Loske 2011, 30; 2015, 220.

287 Der Transformationsbegriff ist insbesondere seit dem breit rezipierten WBGU-Report zur „Großen Transformation“ (2011) sehr verbreitet im Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurs. Gemäß dem WBGU soll der Begriff den fundamentalen Charakter des anstehenden Veränderungsprozesses hervorheben, der auf gleicher Stufe mit den bisherigen großen Transformationen, der Neolithischen Revolution und der Industriellen Revolution, stehe (ebd., 5).

288 Altvater 2010, 244; Loske 2015, 73ff; Muraca 2015, 11, 23, 27; Brand 2018, 17; Brand/Wissen 2017, 36; Loske 2015, 226f; Dörre 2020, 256, 266f; Paech 2016, 157; 2020, 206; Kopatz 2018, 12; Fücks 2003; 2017, 178; Schmelzer/Passadakis 2011, 49f, 75; Schneidewind/Zahrnt 2013, 100; 2019, 26ff; Peukert 2021, 477; von Weizsäcker 2010, 319.

289 Entsprechend finden sich in der untersuchten Literatur vielfache Verweise auf solche Großstudien. Die Bandbreite der entsprechenden Referenzen ist dabei deutlich größer als in der ersten Zeitphase, in der sich die Aufmerksamkeit auf wenige Großstudien, insbesondere die Berichte an den Club of Rome, konzentrierte. Wichtige Referenzpunkte in der zweiten Zeitphase sind z.B. Studien des IPCC, der OECD, der FAO, der IEA, des WBGU, des UNEP, des UBA oder des Wuppertal-Instituts.

sozio-ökonomischen Folgen. Lediglich einige Denker weichen in bestimmten Feldern von diesem wissenschaftlichen Kenntnisstand ab. Dies gilt erstens für die oben dargelegte Problematisierung von Rohstoffknappheit. Dies findet sich in den ausgewerteten Studien mit Verweis auf Substitutions- und Recyclingpotenziale nicht. Zweitens gilt dies spezifisch für die Autoren Kern und Peukert, die insbesondere mit Blick auf den Klimawandel zu deutlich skeptischeren Einschätzungen kommen als die ausgewerteten Studien. Dies wird an entsprechender Stelle vertieft (Kap. 14.2.1).

In der Summe nimmt auch das neuere ökologische politische Denken die ökologische Krise als fundamentale Herausforderung wahr, die insbesondere in den maßgeblichen Verursacherstaaten der reichen Weltregionen ein rasches und ambitioniertes Gegensteuern erfordert. Darin sind sich die Vertreter unterschiedlicher öko-politischer Positionen weitgehend einig. Diese geteilte Ausgangsbasis wird von einigen Denkern auch explizit hervorgehoben. Beispielsweise betonen Fücks und Paech, die konträre Alternativentwürfe als Antworten auf die Krise vertreten, dass sie sich in der Wahrnehmung der drängenden Krisensymptome und der Einschätzung der Dringlichkeit des Handelns einig sind (in *WirtschaftsWoche* 2021, 4:00 - 8:10, sowie 20:00). Auch in einer Diskussion zwischen dem Wachstumsskeptiker Loske und dem Wachstumsoptimisten Fücks wird diese Einigkeit hervorgehoben (in Heidemann 2014, 4:00 - 6:00). Die maßgeblichen Differenzen beziehen sich, wie im Folgenden deutlich wird, auf die für richtig gehaltene Antwort auf die geteilte Herausforderung.

11.2 Unterschiedliche Antworten: Ausdifferenzierung und Strukturierung der Denklandschaft

Ausgehend von der geteilten Herausforderung spannt sich ein sehr heterogenes Feld an Positionen auf. Wiederum bezieht sich diese Heterogenität der Antworten sowohl auf die Alternativentwürfe einer nachhaltigen Gesellschaft als auch die Vorstellungen vom Prozess des Wandels. Hinter diesen Differenzen stehen wiederum divergente Krisenanalysen, was sich sowohl auf die kausale Begründung der ökologischen Krise als auch die Einschätzung der ökologischen Wachstumsgrenzen bezieht. Die Kartierung der untersuchten Denklandschaft erfolgt auch für das neuere ökologische politische Denken in Bezug auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe. Dabei werden in dieser institutionellen Dimension wiederum zwei Transformationsgegenstände prioritär behandelt: das Wirtschaftssystem

tem und das politische System. Die Gewichtung dieser beiden Gegenstände verschiebt sich etwas im Vergleich zur ersten Zeitphase. Da in der zweiten Zeitphase keine offen antidemokratischen bzw. autoritären Positionen mehr vertreten werden, verliert die Kontroverse um das zukünftige politische System an Bedeutung. Während sich in der ersten Zeitphase alle untersuchten Denker prominent mit der Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Demokratie und potenziellen Alternativen befassen, nimmt dies in der zweiten Zeitphase weniger Raum ein. Dahingegen spielt die Frage nach einer ökologisch tragbaren Wirtschaftsordnung die gleiche zentrale Rolle wie in den Beiträgen der 1970er- und 80er-Jahre. Das Wirtschaftssystem wird in allen untersuchten Werken als prioritäres Handlungsfeld behandelt. Diesem Umstand Rechnung tragend, wird die untersuchte Denklandschaft für die zweite Zeitphase mit Blick auf die Positionierung zum zukünftigen Wirtschaftssystem sortiert.²⁹⁰ Dabei lassen sich übergeordnet drei Grundpositionen unterscheiden, die sich intern weiter ausdifferenzieren:

1. Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus (*Fücks, Jänicke, von Weizsäcker*)
2. Eingehegter Kapitalismus und Postwachstumspolitiken (*Loske, Kopatz, Schneidewind, Paech*)
3. Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft (*Alt Vater, Brand, Dörre, Felber, Kern, Muraca, Peukert, Schmelzer/Passadakis*)

Die erste Grundposition hält am Kapitalismus fest und geht davon aus, dass dieser durch eine ökologische Rahmung ein umweltverträgliches Wachstum erzeugen kann. Bezüglich des politischen Systems werden, wenn überhaupt, inkrementelle Veränderungen vorgesehen. Der Transformationsgegenstand Kultur spielt keine wichtige Rolle. Die zweite Grundposition ist demgegenüber wachstumsskeptisch, ohne jedoch auf eine Überwindung des Kapitalismus an sich abzielen. Vielmehr sollen spezifische strukturelle und kulturelle Wachstumstreiber eingehegt werden sowie der Kapitalismus um alternative, nicht wachstumsfokussierte Wirtschaftsformen ergänzt werden. Das bestehende politische System wird weitgehend beibehalten, wobei vereinzelt substanzielle Veränderungen vorgeschlagen werden. In der dritten Perspektive wird der Kapitalismus als zentraler Wachstums- und Krisentreiber identifiziert und nach Fundamentalalternativen gesucht,

290 Diese Sortierung weist aber weitgehende Überschneidungen zu einer Sortierung der Positionen bezüglich des politischen Systems auf.

die v.a. in planwirtschaftlichen und kooperativwirtschaftlichen Entwürfen gesehen werden. Damit einher geht vielfach die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung von Staat und Wirtschaft. Zudem wird ein z.T. tiefgreifender gesellschaftlicher Kulturwandel für notwendig erachtet.

Legt man die für die Ausdifferenzierung der Positionen die bereits für die erste Zeitphase herangezogene Unterscheidung zwischen den Perspektiven des Systemwechsels und der Modernisierung im System an, lassen sich die drei Grundpositionen wie folgt zuordnen: Die Grundposition des grünen Kapitalismus beschreibt eindeutig eine Perspektive der Modernisierung im System. Demgegenüber zielt die dritte Grundposition auf einen Systemwechsel, da der Kapitalismus an sich zur Disposition gestellt wird. Die Zwischenposition des eingehegten Kapitalismus beschreibt keinen Systemwechsel, da am Kapitalismus festgehalten wird. Dennoch werden in dieser Perspektive zum Teil radikale Veränderungsnotwendigkeiten gesehen.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die drei Grundpositionen aufgearbeitet (Kap. 12-14). Die Darstellung folgt wiederum dem aus dem Forschungsinteresse abgeleiteten vierstufigen Analyseraster: 1) Krisenanalyse, 2) Alternativentwurf, 3) Vorstellungen vom Prozess des Wandels, 4) erklärende Hintergrundannahmen. Für die erste Zeitphase wurde die Wachstumskontroverse vorweggestellt en bloc behandelt. Nachfolgend werden die Positionierungen in der Wachstumsfrage hingegen als Teil der Krisenanalyse bei den jeweiligen Grundpositionen aufgearbeitet. Der Grund dafür ist, dass sich das Spektrum der zur Wachstumsfrage vertretenen Positionen in der zweiten Zeitphase deutlich ausdifferenziert. Während sich in der ersten Zeitphase diesbezüglich nur zwei Positionen gegenüberstanden, wird in den neueren Beiträgen ein heterogeneres Spektrum von wachstumsoptimistischen bis hin zu stark pessimistischen Positionen vertreten. Daher ist es zum Zwecke der besseren Nachvollziehbarkeit angezeigt, die Positionierung in der Wachstumsfrage direkt bei den jeweiligen Grundpositionen darzulegen. Die Darstellung der jeweiligen Krisenanalysen untergliedert sich im Folgenden somit in die kausale Begründung der ökologischen Krise sowie die Positionierung in der Wachstumsfrage.

12 Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus

Die erste wichtige Grundposition im ökologischen politischen Denken der zweiten Zeitphase lässt sich mit der Bezeichnung „Grünes Wachstum im ökologischen Kapitalismus“ fassen. Dieser sind die Autoren Fücks, Jänicke und von Weizsäcker zuzuordnen.²⁹¹ Aus dieser Perspektive stellt die ökologische Krise weder die Basisinstitutionen moderner demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften noch die von diesen ausgelöste Wachstumsdynamik infrage, sondern kann innerhalb dieser Rahmenbedingungen bearbeitet werden (Adler/Schachtschneider 2010, 16f). Im Vergleich zu den Positionen der ersten Zeitphase finden sich weitreichende Überschneidungen zum Ansatz von Eppler. Diese beziehen sich sowohl auf die Krisenbegründung als auch die ökologische Rahmung der Marktwirtschaft als zentrales Element des Alternativentwurfes.

Ralf Fücks (*1951) studierte Sozialwissenschaften, Ökonomie und Geschichte und ist seit 1982 Mitglied der GRÜNEN. Er war u.a. Bundesvorsitzender der Partei sowie Senator für Umwelt und Stadtentwicklung in Bremen (1991-1995). Zwischen 1997 bis 2017 fungierte Fücks als Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Nach Ausscheiden aus der Heinrich-Böll-Stiftung initiierte er zusammen mit Marie-Luise-Beck das „Zentrum Liberale Moderne“, das sich als Thinktank zur Erneuerung der liberalen Demokratie sowie für individuelle Freiheit und Weltoffenheit begreift. (Fücks 2013, Klappentext; Zentrum Liberale Moderne o.J.)

Martin Jänicke (*1937) lehrte von 1971 bis 2002 als Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und leitete bis 2007 die Forschungsstelle für Umweltpolitik. 2007 wurde er zum Visiting Professor an der Quinghai Normal Universität ernannt. Jänicke war u.a. langjähriges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen (1999-2008) sowie der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Von 1981 bis 1983 übernahm Jänicke ein Abgeordnetenmandat für die Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus. (Jänicke 2008, Klappentext; Kaven 2015, 55; FU Berlin, o.J.; Plarre 2011)

Ernst-Ulrich von Weizsäcker (*1939) wurde nach einer Promotion im Fach Biologie 1972 Professor für Biologie an der Universität Essen. Anschließend fungierte er als Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie in New York (1981-1984) sowie als Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn (1984-1991).

291 Zur Position von Jänicke finden sich bereits Darstellungen in der Sekundärliteratur. Kaven legt eine ausführliche, wenngleich nicht allzu analytische Darstellung vor (2015, 55-84). Dryzek und Adler/Schachtschneider widmen sich der Aufarbeitung des Konzepts der ökologischen Modernisierung, wobei beide maßgeblich auf Jänicke (und Joseph Huber) rekurrieren (Dryzek 1997, 137-152; Adler/Schachtschneider 2010, 115-137).

Von 1991 bis 2000 war von Weizsäcker Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Seit 1992 ist er Mitglied des Club of Rome und war von 2012-2018 dessen Co-Präsident. Zwischen 1998 und 2005 übernahm er ein Bundestagsmandat für die SPD (u.a. Vorsitzender der Enquete-Kommission zum Thema Globalisierung sowie Vorsitzender des Umweltausschusses). Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag lehrte er für zwei Jahre an der University of California und ist seither freiberuflich tätig. (von Weizsäcker et al. 2010, Klappentext; von Weizsäcker o.J.)

12.1 Krisenanalyse

Wie Eppler begreifen die hier behandelten Denker die ökologische Krise nicht als grundlegende Systemkrise. Dies ist maßgeblich auf eine im Vergleich optimistische Positionierung in der Wachstumsfrage zurückzuführen.

12.1.1 Optimistische Positionierung in der Wachstumsfrage²⁹²

Die Differenz zu den wachstumskritischeren Positionen lässt sich in zwei Dimensionen nachvollziehen. Erstens gehen sie davon aus, dass sich trotz legitimer Steigerungsbedürfnisse in ärmeren Weltregionen auch in den reichen Weltregionen weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen verwirklichen lässt (Wachstum ist ökologisch machbar). Zweitens halten sie weiteres wirtschaftliches Wachstum aus verschiedenen Gründen für weiterhin erstrebenswert (Wachstum ist wünschenswert).²⁹³

Weiteres Wachstum ist ökologisch machbar

Bezüglich der Machbarkeit sehen Fücks, Jänicke und von Weizsäcker keinen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen weiterem Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit. Zwar ist aus ihrer Sicht die gegenwärtige Form des ressourcen- und emissionsintensiven Wachstums nicht mehr haltbar. Dieses kann aber zu einem ökologisch verträglichen Wachstum umgestaltet werden. Diesbezüglich zeigen sie sich noch optimistischer als

292 Die Positionierungen in der Wachstumsfrage beziehen sich, wie bereits für die erste Zeitphase bemerkt, auf die reichen Industrienationen. Dass es legitime Steigerungsbedürfnisse in bisher ärmeren Weltregionen gibt, wird von keinem Autor bestritten.

293 Diese Differenzierung ist an Ott angelehnt (2016, 160). Man kann diese beiden Dimensionen auch als die Kann-Frage (machbar?) und die Soll-Frage (wünschenswert?) in der Wachstumskontroverse bezeichnen.

Eppler. Entscheidend ist die Positionierung in der Entkopplungsfrage. Die drei Autoren nehmen an, dass eine absolute Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch in der Größenordnung realisierbar ist, dass trotz weiteren Wachstums die ökologischen Reduktionserfordernisse zu erreichen sind. Sie sind überzeugt, dass sich die Ressourceneffizienz und damit die Wertschöpfung, die sich aus einer eingesetzten Ressourceneinheit erzielen lässt, absehbar vervielfachen kann. Paradigmatisch zum Ausdruck kommt dies in von Weizsäcker's Buchtitel *Faktor Fünf*, wonach sich der Umweltverbrauch auch bei weiterem Wachstum um den Faktor fünf reduzieren lässt und langfristig sogar noch deutlich höhere Effizienzpotenziale zu erwarten sind (2010, 12, 29, 235).²⁹⁴ (Zum ges. Absatz von Weizsäcker 2010, 14, 18, 29, 289; Fücks 2013, 24, 68, 150f, 176; 2017, 170f, 178; Fücks in MrMarxismo 2011, Teil 4, 3:40-4:20; Jänicke 2008, 15, 18)

Alle drei Denker setzen sich mit dem Kernargument der wachstumsskeptischen Positionen der zweiten Zeitphase, dem Rebound-Effekt, auseinander.²⁹⁵ Sie erkennen dieses Argument grundsätzlich an, sehen aber nicht, dass dies einer Strategie des grünen Wachstums prinzipiell widersprechen soll. Stattdessen gehen sie davon aus, dass das Potenzial zur Steigerung der Ressourceneffizienz so hoch ist, dass es trotz potenziellen Rebound-Effekten zu weitreichenden absoluten Verbrauchssenkungen kommen kann (zum ges. Absatz bis hierher von Weizsäcker 2010, 289-294, 296ff, 300f,

294 Bei allen drei Autoren findet sich diesbezüglich die Analogie zur enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität, die, so Fücks, in den vergangenen 200 Jahren um den Faktor 20 gestiegen sei (von Weizsäcker 2010, 321-324; Jänicke 2008, 18f; Fücks 2013, 169f). Fücks beschreibt aus seiner Sicht Mut machende Beispiel für die Möglichkeit absoluter Entkopplung. So habe die deutsche Industrie über die vergangenen Dekaden Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen bei gleichzeitig starkem Wachstum deutlich reduziert. Dabei widerspricht er dem von vielen Wachstumskritikern vorgebrachten Argument, dass diese Reduktionen in Deutschland durch die Auslagerung schmutziger Industrien erzielt wurde. Vielmehr sei dies maßgeblich die Folge von Prozessinnovationen. Besonders hebt er die Rolle der deutschen Chemieindustrie hervor, die ihre Produktion zwischen 1990 und 2009 um über 40% gesteigert, gleichzeitig den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen um 47% gesenkt habe (2013, 173ff; 2017, 179f).

295 Rebound-Effekte bezeichnen nicht intendierte Folgen von Verbesserungen der Energie- und Ressourceneffizienz, die das ökologische Einsparpotenzial reduzieren, kompensieren oder sogar zu einem Mehrverbrauch führen (Kern et al. 2021, 1; Golde 2016, 3ff). Dabei werden Effizienzgewinne durch Intensivierung des Konsums oder Nachfragezuwächse, die durch eben diese Effizienzgewinne möglich werden, geschmälert oder aufgehoben (ebd.). Für eine Differenzierung verschiedener Arten von Rebound-Effekten siehe Golde 2016.

307, 328; Jänicke 2008, 20, 68f, 114; Fücks 2013, 122, 171-178). Dies gilt umso mehr, da die Wirkung von Rebound-Effekten aus ihrer Sicht durch politische Begleitmaßnahmen (Kap. 12.2.1) eingehegt werden kann (Fücks 2013, 171f; von Weizsäcker 2010, 307, 328). Darüber hinaus bespricht Fücks ökonomische Anpassungsmechanismen, die von Wachstumskritikern häufig nicht adressiert würden und die zugleich der von diesen unterstellten, starken Wirkung von Rebound-Effekten entgegenwirkten (2013, 172).²⁹⁶

Hinter dieser wachstumsoptimistischen Position steht ein starker technologischer Innovationsoptimismus und damit ein großes Zutrauen in menschliche Kreativität und Erfindungsgeist (Stein 2016, 219). Erst dieser Optimismus macht die Annahme möglich, dass sich der Zielkonflikt zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit durch primär technische Innovationen aufbrechen lässt. Vor allem Fücks und von Weizsäcker beschreiben vielfältige „neue, absolut faszinierende Technologien“ (von Weizsäcker 2010, 29), die um ein vielfaches ressourceneffizienter seien als die heute vorherrschenden (ebd.; Fücks 2013, 176). Die Zukunft sei kein Verhängnis, sondern ein „Universum der Möglichkeiten“, wie Fücks in expliziter Affirmation von Weizsäcker zitiert (2013, 91). Gerade dieser, hinter der wachstumsoptimistischen Position stehende Technologieoptimismus ist maßgeblicher Kritikpunkt von Seiten wachstumsskeptischer Positionen (Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 34:55 und 36:15-36:30; Schneidewind in *Heinrich-Böll-Stiftung* 2011, 22:10-23:40; Göpel in *taz* 2021, 7:59:45 – 8:02:20; Welzer in *Heinrich-Böll-Stiftung* 2013, 38:15; Altvater in *MrMarxismo* 2011, Teil 5, 00:00-06:00).

Besonders deutlich nachvollzogen werden kann dieser Technologieoptimismus bei Fücks, der sich ausführlich und kritisch mit der aus seiner Sicht falschen Skepsis wachstumskritischer Positionen auseinandersetzt. Diese würden den menschlichen Erfindungsgeist und das daraus resultierende technologische Innovationspotenzial unterschätzen. Deshalb gingen sie fälschlicherweise von einer festen Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch aus, woraus wiederum der falsche Schluss fixer, weitgehend unverrückbarer ökologischen Wachstumsgrenzen folge. In

296 Erstens sei der Zusammenhang zwischen Preisen und Nachfrage nicht linear (Preiselastizität). So würden z.B. sinkende Heizkosten nicht dazu führen, dass alle Menschen ihre Wohnungen deutlich stärker heizen. Zweitens könnten sinkende Preise nicht nur zu nicht gewünschten Nachfragersteigerungen, sondern bei umweltfreundlichen Produkten auch zu wünschenswerten Substitutionseffekten dergestalt führen, dass umweltschädlichere Produkte ersetzt werden. (Fücks 2013, 172)

der Tat, so Fücks, gebe es Belastungsgrenzen der Ökosphäre, doch diese implizierten keine Vorgaben für das ökologisch verträgliche menschliche Wohlstandsniveau. Dieses hänge von der Intelligenz der Ressourcennutzung und damit der menschlichen Innovationskraft ab.²⁹⁷ Letztere sieht Fücks als potenziell unbegrenzt, weswegen es letztlich keine fixen Grenzen des Wachstums gebe.²⁹⁸ Im Zuge der rasanten Entwicklung von Wissenschaft und Technik würden sich die Möglichkeiten, aus dem Naturpotenzial Wohlstand zu generieren, fortlaufend erweitern (2013, 24, 35f, 69f, 90ff, 111, 117, 150f; 2017, 150f, 174, 179f). Dieser „Sinn für die Offenheit der Zukunft“ und „für die Fähigkeit des Menschengeschlechts, Knappheitskrisen durch Erfindungsreichtum zu überwinden“ fehle der zukunfts pessimistischen Wachstumskritik (2013, 91). Daraus folgend hält er den technik- und wachstumskritischen Positionen entgegen, dass die ökologische Krise keine Endzeit der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation, sondern den Aufbruch zur ökologischen Moderne markiere, welche an der Idee des Fortschritts festhält und sie neu erzählt (ebd., 14f). Statt des Rückzugs in die „selbstgenügsame Beschaulichkeit“ (ebd., 14) gehe es um eine „neue Etappe der industriellen Revolution“ (ebd., 19). Statt der Betonung der Grenzen des Wachstums steht in dieser Perspektive das „Wachstum der Grenzen“ im Vordergrund (ebd., 81).²⁹⁹

297 Dabei beziehe sich diese Intelligenz nicht nur auf eine möglichst effiziente Ressourcennutzung, sondern auch auf das Aufspüren und die Nutzbarmachung neuer Ressourcen (2013, 111). Als Beispiel gibt Fücks an, dass Öl für antike Gesellschaften nutzlos war, weil sie es nicht nutzen konnten (ebd.). Entsprechend wurde auch die Sonne erst dann zu einer Quelle für Elektrizität, also Photovoltaiktechnologien entwickelt wurden (ebd.). Auch zukünftig hofft Fücks auf Sprungtechnologien, die ganz neue Ressourcen erschließen. Großes Potenzial sieht er z.B. im Bereich der Bionik, insbesondere der künstlichen Fotosynthese (ebd., 203-225).

298 „Begrenzt ist die Belastbarkeit des Erdsystems als Heimstatt der menschlichen Zivilisation. Unbegrenzt sind der menschliche Erfindungsgeist und die Fähigkeit, auf Krisen mit technischen, kulturellen und politischen Innovationen zu antworten. Und schier grenzenlos ist die Sonnenenergie als Quelle einer postfossilen Produktions- und Lebensweise“ (2013, 117).

299 Als illustratives Beispiel für die fortschritts- und technioptimistische Grundhaltung sowie die Perspektive des Wachstums der Grenzen sei angeführt, dass Fücks einen klimaneutralen Flugverkehr trotz des global stark steigenden Flugaufkommens auf der Basis einer verbesserten Aerodynamik des Flugkörpers, von superleichten Werkstoffen sowie einer Antriebskombination aus Batteriestrom und regenerativen Treibstoffen für möglich hält (2017, 184f). Doch bezieht sich der Innovationsoptimismus bei Fücks nicht nur auf technische, sondern auch auf kulturelle, soziale und politisch-institutionelle Innovationen (Fücks 2013, 117; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:35-39:50).

Während sich Fücks in der Wachstumsfrage besonders optimistisch zeigt, klingen bei Jänicke und von Weizsäcker, wie bereits bei Eppler, auch kritischere Töne an. Jänicke konstatiert, dass der Höhe des BIP sehr wohl eine ökologische Bedeutung zukomme, da die erforderlichen absoluten Reduktionen bei Ressourcenverbrauch und Emissionen durch technischen Fortschritt bei moderaten Wachstumszahlen möglich, bei sehr hohen Wachstumsraten aber nicht zu realisieren seien. Folglich gelte es sich vom Ziel eines möglichst hohen quantitativen Wachstums zugunsten eines moderaten Wachstums zu verabschieden (2008, 21ff, 114f).³⁰⁰ Bei von Weizsäcker kommt eine wachstumsskeptischere Haltung in der Fernperspektive zum Ausdruck, da in der langen Frist sehr wohl ein Zielkonflikt zwischen fortwährendem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit entstehe. Deswegen kommt „irgendwo der Punkt, wo man den Umsatz, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stabilisieren oder sogar reduzieren muss“ (2010, 357, entspr. 372ff). Entscheidend in der Abgrenzung zu den wachstumskritischen Perspektiven ist jedoch erstens, dass von Weizsäcker diesen Punkt in der weiteren Zukunft verortet. Ein zeitnaher Ausstieg aus der Wachstumsdynamik ist nicht erforderlich. Zweitens zieht er daraus keine politischen Konsequenzen im Sinne von Postwachstumspolitik.

Weiteres Wachstum ist wünschenswert

Fücks, Jänicke und von Weizsäcker sind nicht nur überzeugt, dass weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen zumindest mittelfristig ökologisch vertretbar ist, sondern erachten dies auch für wünschenswert. Diese bejahende Haltung gegenüber weiterem wirtschaftlichem Wachstum gründet auf funktionellen, strategischen und im engeren Sinne normativen Erwägungen.³⁰¹ Während sich bei von Weizsäcker und Jänicke nur funktionelle und strategische Begründungen finden, kommt bei Fücks auch die normative Dimension i.e.S. zum Tragen.

300 Jänicke ist ohnehin überzeugt, dass eine ambitionierte Strategie ökologischer Modernisierung nur ein moderates Wachstum zum Ergebnis hat, da der Dynamik der Zukunftsmärkte notwendige Schrumpfungen in umwelt- und ressourcenintensiven Bereichen gegenüberstehen (2008, 107-110).

301 Diese Unterscheidung ist teilweise angelehnt an Steuerer und Ott. Bei Steuerer kommt, auch wenn er dies nicht entsprechend bezeichnet, die Unterscheidung zwischen funktionellen und strategischen Gründen zum Ausdruck (2002, 205-210). Ott unterscheidet u.a. zwischen funktionellen und eudaimonistischen Gründen (2016, 160f).

Aus funktioneller Perspektive geben die Autoren zu bedenken, dass bei ausbleibendem Wachstum oder ökonomischer Schrumpfung negative gesellschaftliche Folgen zu erwarten sind. Für Jänicke drohen in diesem Fall Kapitalabwanderungen, die soziale Probleme mit sich bringen, welche wiederum die Akzeptanz für ökologischen Wandel unterminieren (2008, 21f). Fücks geht davon aus, dass Nullwachstum enormen ökonomischen und politischen Stress zur Folge hätte und mit scharfen Verteilungskämpfen einhergehen würde (2013, 120). Zudem sieht er Wachstum als Voraussetzung, um trotz des demografischen Wandels die Staatsverschuldung abzubauen, die öffentlichen Infrastrukturen zu modernisieren, den Arbeitsmarkt stabil zu halten und leistungsfähige Gesundheits- und soziale Sicherungssysteme zu gewährleisten (2013, 40, 78f, 118, 120f). Diese Argumente implizieren, dass das Niveau gesellschaftlichen Wohlergehens bei stagnierenden oder sinkendem BIP nicht aufrechtzuerhalten ist (Petschow et al. 2018, 20f, 37). Eine weitere funktionelle Erwägung für Wachstum bei Fücks ist, dass aus seiner Sicht nur in einer dynamischen und wachsenden Wirtschaft die erforderlichen, enormen Investitionen für den ökologischen Umbau von Produktionsprozessen, Infrastrukturen, Gebäuden usw. aufgebracht werden (können). Dies gelte für Unternehmen, Haushalte wie auch für den Staat. In dieser Lesart ist Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für den ökologischen Umbau. Zudem sei zu berücksichtigen, dass die Industrienationen eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung in den sich entwickelnden Weltregionen durch Transfer von Technik und Finanzmittel mit hervorbringen müssen, was den finanziellen Aufwand weiter erhöhe.³⁰² (2013, 38f, 121f, 334f; 2017, 180)

Aus strategischer Perspektive sind die drei Denker überzeugt, dass eine Strategie grünen Wachstums weitaus anschlussfähiger und damit mehrheitsfähiger ist als Postwachstumspositionen. Dies gilt aus ihrer Sicht im

302 Jänicke schränkt ein, dass aus funktionaler Sicht ein moderates Wirtschaftswachstum ausreichend sei. So würden viele Beispiele zeigen, dass auch bei niedrigen Wachstumsraten um 1% die Arbeitslosigkeit gering sein kann. Zudem könne eine ökologische Steuerreform mit Senkung der Lohnnebenkosten zu einer Lösung des Beschäftigungsproblems jenseits hoher Wachstumswahlen beitragen. Auch Verteilungsfragen könnten ohne hohe Zuwachsraten gelöst werden, wenn die in den letzten Dekaden erfolgte Umverteilung von unten nach oben rückverteilt würde. Zuletzt zeige das Beispiel Deutschland, das zwischen 1997 und 2007 ein durchschnittliches BIP-Wachstum von einem Prozent aufwies und dennoch massive Fortschritte in der ökologischen Modernisierung gemacht habe, dass der ökologische Umbau keine hohen Wachstumswahlen voraussetzt. (2008, 21-24)

nationalen Kontext für eine demokratische Mehrheitsfindung und insbesondere auch im internationalen Kontext (Jänicke 2008, 21f, 71, 114; von Weizsäcker 2010, 18; Fücks 2013, 33, 36f, 70-73, 143).³⁰³ Hier wird die strategische Grundhaltung sichtbar, dass ein Ansatz ökologischer Transformation zum Zweck seiner Umsetzbarkeit an gegebene Interessen- und Bedürfnisstrukturen anknüpfen muss. Wenn diese Bedürfnis- und Interessenstrukturen auf individueller und staatlicher Ebene nicht auf einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik und materielle Genügsamkeit gerichtet sind, ist eine ökologische Transformationsstrategie, die eben dies voraussetzt, nicht zielführend. Entsprechend hält z.B. Jänicke für die individuell-kulturelle Ebene fest, dass ein Wertewandel zu materieller Genügsamkeit zwar grundsätzlich wünschenswert sei, darauf aber im Angesicht der Dringlichkeit der ökologischen Problemlagen nicht gewartet werden könne (2008, 114). Es wird also ein Transformationsweg gesucht, der für möglichst viele Menschen anschlussfähig ist. Eine Verbindung von Ökologie und weiterem Wirtschaftswachstum ist somit auch für die strategische Durchsetzbarkeit des angestrebten ökologischen Wandels angezeit.

Ein weiterer strategisch ausgerichteter Argumentationsstrang findet sich bei Fücks, wenn er die Rolle der reichen Industrienationen aus globaler Perspektive reflektiert. So sei davon auszugehen, dass die Weltwirtschaft in den nächsten Dekaden einen enormen Wachstumsschub erfährt, maßgeblich getrieben durch die nachholenden Bedürfnisse von Milliarden von Menschen v.a. im globalen Süden, die einen Aufstieg aus ärmlichen Verhältnissen zu einem modernen Lebensstandard vollziehen. Die ökologisch entscheidende Frage sei, ob dieser nicht aufzuhaltende Wachstumsschub ökologisch verträglich vonstattengehe oder nicht. Daraus folgt aus seiner Sicht zweierlei: Erstens erscheint der Ansatz, der ökologischen Krise über (bestenfalls marginal ausfallende) Verzichtseleitungen in den reichen Weltregionen beizukommen, vor diesem globalen Hintergrund weltfremd; zweitens hat dies auch Folgen für die Rolle der Industrienationen im globalen Transformationsprozess. Als Vorbild taugen diese aus Fücks' Sicht nur, wenn sie die Vereinbarkeit von Wachstum und hohem Lebensstandard mit

303 In einer Diskussion mit der wachstumskritischeren öko-politischen Denkerin Maja Göpel hebt Fücks diesen Aspekt besonders hervor. Länder wie z.B. die USA, China oder Russland seien für Postwachstumsstrategien nicht zu gewinnen. In Anbetracht dessen verliere die Debatte um einen Ausstieg aus dem Wachstum hierzulande an Relevanz, da der deutsche Anteil am globalen BIP sehr gering sei und immer weiter schrumpfe. Postwachstums-Positionen sind für Fücks aus global-realistischer Perspektive nicht zielführend. (Fücks in taz 2021, 7:45:45-7:46:20)

ökologischer Nachhaltigkeit demonstrieren, nicht aber wenn Nachhaltigkeit mit einem sinkenden Wohlstandsniveau gleichgesetzt wird.³⁰⁴ Gleichzeitig unterstreicht für Fücks die Aussicht auf ein massives Wachstum der Weltwirtschaft die Notwendigkeit, dass in einem dynamischen Innovationsprozess ressourceneffiziente Technologien entwickelt werden, auf deren Basis dieser Wachstumsschub ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann. Auch aus diesen Erwägungen scheint eine grüne Wachstumsstrategie in den reichen Industrienationen angezeigt. (2013, 31ff, 36ff, 68-73; 2017, 176f, 181; Fücks in taz 2021, 8:02:25- 8:08:00)

Unabhängig von diesen funktionellen und strategischen Gründen fußt die bejahende Haltung zum Wachstum bei Fücks auch auf i.e.S. normativen Erwägungen. Dabei sind zwei Dimensionen zu unterscheiden. Einerseits ist er überzeugt, dass für viele Menschen in den reichen Industrieländern eine Steigerung des materiellen Wohlstands nach wie vor eine Verbesserung der Lebensqualität zeitigt. Mit Blick auf Letzteres geht Fücks davon aus, dass die Mehrheit der Europäer, wie auch die Mehrheit der Deutschen, nicht am Überfluss, sondern an einem Mangel an Kaufkraft leide, weswegen von Übersättigung keine Rede sein könne (2013, 32f; 2017, 177). Aus seiner Sicht ist der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität auch in den reichen Nationen nach wie vor gültig, da steigende Einkommen die individuellen Handlungsoptionen erweitern und so mehr individuelle Freiheit ermöglichen. Zudem erlaube ein höheres Einkommen bessere Bildung und bessere Gesundheit. Voraussetzung sei jedoch eine gerechte Verteilung des Zugewinns. Für Fücks ist somit Wachstum auch in reichen Weltregionen weiterhin die Voraussetzung für die Ermöglichung eines guten Lebens für alle (2013, 122f; 2017, 177f, 180f).³⁰⁵ Dass hinter dieser positiven Haltung zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität eine spezifische Vorstellung des guten Lebens steht, wird an anderer Stelle näher beleuchtet (Kap. 12.4).

Andererseits kommt bei Fücks eine liberale Grundhaltung zum Tragen, wonach individuelle Bedürfnisstrukturen und Lebensstilentscheidungen

304 An dieser Position wurde aus wachstumskritischerer Perspektive dahingehend Kritik geäußert, dass Fücks übersehe, dass auch der Wandel hin zu einem immaterielleren, suffizienten Wohlstandsverständnis und einer entsprechenden Lebens- und Wirtschaftsweise als globales Vorbild taugen könnte (Göpel in taz 2021, 8:08:20).

305 Entsprechend zeigt sich Fücks skeptisch gegenüber dem gängigen Rückgriff wachstumskritischer Positionen auf Ergebnisse der Glücksforschung, wonach in reichen Nationen kein Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität mehr bestünde (Fücks in taz 2021, 7:43:10).

nicht infrage zu stellen sind, auch wenn diese auf weitere (materielle) Expansion gerichtet sind. Insofern Menschen das Bedürfnis nach einem höheren materiellen Standard haben, ist dies hinreichender Grund für weiteres Wachstum. Diese Haltung zeigt sich an verschiedenen Stellen. Beispielsweise werden von ihm in globaler Perspektive zunehmend expandierende Bedürfnisse und der sich verallgemeinernde Wunsch nach dem Lebensstandard der reichen Weltregionen nicht infrage gestellt (2013, 36f, 134). Ein weiteres Beispiel ist Fücks' Besprechung des global stark anwachsenden Flugverkehrs. Fücks stellt diesen Zuwachs bzw. die dahinterstehenden Bedürfnisse nicht infrage, sondern befasst sich mit der Frage, wie diese steigenden Bedürfnisse nach globaler Mobilität durch technische Innovationen ökologisch verträglich befriedigt werden können (2017, 181-185). Auch die Tatsache, dass sich die gut gestellten Mittelschichten z.B. in Deutschland nicht vom Konsum abwenden, sondern nach einer „Veredelung ihres Konsumstils“ (2013, 123) streben, der ebenfalls Wachstum zeitigt, wird von Fücks nicht hinterfragt, sondern als Argument für weiteres Wachstum angeführt (ebd., 123, 141). Auf übergeordneter Ebene nimmt Fücks die von ihm mit Sloterdijk festgestellte Tatsache, dass modernen Kulturen ein eingebauter Drang nach Selbststeigerung mit expandierenden Bedürfnissen innewohnt, als gegebene Rahmenbedingung für ökologischen Wandel an (ebd., 143). Eine Problematisierung und damit Politisierung individueller Bedürfnis- und Präferenzstrukturen, wie sie in vielen wachstumskritischen Perspektiven vorgenommen wird, stellt für Fücks eine unzulässige Bevormundung dar (Stein 2016, 219). Spätestens wenn aus einer solch illiberalen Kulturkritik politische Schlussfolgerungen gezogen würden, seien autoritäre bzw. zwanghafte Maßnahmen vorprogrammiert (Fücks 2013, 140-143). Die mit der Wachstumskritik einhergehende Bedürfniskritik impliziert aus Fücks' Sicht die Beschneidung individueller und gesellschaftlicher Freiheit.

In der Summe erachten die drei Denker weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen nicht nur als ökologisch machbar, sondern auch als wünschenswert. Daraus folgend sehen sie in Anbetracht der ökologischen Krise keine Notwendigkeit für einen Wachstumsstopp oder gar gezielte ökonomische Schrumpfung. Vielmehr geht es um das „ökologische Management des Wachstums“ (von Weizsäcker 2010, 289) bzw. darum, dass das Wachstum seine Richtung ändert (Fücks 2013, 156). Zentrale Herausforderung dafür ist die absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch (Fücks 2013, 68, 154; 2017, 170f, 178; Jänicke 2008, 114; von Weizsäcker 2010, 25, 289).

12.1.2 Gemeinsame Grundzüge der Krisenbegründung

Vor diesem Hintergrund stellt die ökologische Krise weniger die Wachstumsdynamik an sich, sondern primär die Qualität dieses Wachstums infrage. Zentrales Problem aus dieser Warte ist in Anlehnung an Adler/Schacht-schneider, dass die bisherige Wachstumsdynamik auf „unzureichend an Naturkreisläufe angepassten Technologien, Produkten und Praktiken“ beruht (2010, 115). Beispielsweise bemerkt Fücks, dass die etablierten Produktionsprozesse die Natur als vermeintlich unerschöpfliches Rohstofflager und Deponie zur Entsorgung der Exkrememente der Industriegesellschaft behandeln (2013, 41f, 151). Entsprechend gestalten sich der Stoffwechsel zwischen Menschen und Natur als Prozess des fortschreitenden Verbrauchens von Natur (ebd., 40, 160). Das auf solchen Produktionsprozessen basierende „ressourcenfressende und energieintensive Wachstumsmodell“ (2017, 178) führe zwangsläufig zur Ausbeutung der Natur und in die ökologische Krise (2013, 14, 27; 2017, 177f). Für Fücks wie für die anderen Autoren gilt somit, dass im Zentrum der Krisenbegründung die ökologische Vergessenheit der Produktionsprozesse steht, auf denen das bisherige Wachstum basiert. (Zum ges. Absatz Fücks 2013, 14, 24, 30, 66, 70, 144, 147, 154ff; 2017, 174, 177; Jänicke 2008, 15, 21f; von Weizsäcker, 2010, 17f; 25, 289)

Die ökologische Ignoranz der etablierten Produktionsprozesse und des darauf basierenden Wachstums betrachten die drei Denker, wie Eppler, als Folge mangelnder politischer Rahmensetzung für die Märkte. Aus ihrer Sicht sind Märkte von sich aus zukunftsblind und erkennen, wie Jänicke formuliert, weder absehbare ökologische Schadenswirkungen noch bieten sie hinreichende Anreize für Gegenmaßnahmen. Folglich wäre eine ökologische Rahmensetzung durch den Staat erforderlich, die aber weitgehend ausbleibt (Jänicke 2008, 18, 68; von Weizsäcker 2010, 14f, 23, 35, 331ff; Fücks 2013, 178, 305, 321-325). Insbesondere wird bemängelt, dass Naturverbrauch mit keinen oder geringen Preisen versehen ist, sodass dessen Folgekosten nicht adäquat abgebildet werden. Dadurch finde der Verbrauch natürlicher Ressourcen in der Rationalität der Wirtschaftsakteure unzureichende Beachtung, was in der Summe zu einer Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlagen führe. Anders formuliert wird aus dieser Perspektive durch die mangelnde Einpreisung die Externalisierung ökologischer Folgekosten ermöglicht (Fücks 2013, 176ff, 322f, 327f; von Weizsäcker 2010, 14f, 263, 305f, 310f; Jänicke 2008, 19f, 46, 51). Verschärfend hinzu treten aus Sicht der Autoren weitere Aspekte wie umweltschädliche Subventionen, die nicht-ökologische Produktionen künstlich wettbewerbsfähig halten, mangelhaftes

Ordnungsrecht sowie ein unzureichender internationaler Schutz globaler Gemeingüter (Fücks 2013, 177f, 323, 327f, 332; Jänicke 2008, 46, 51; von Weizsäcker 2010, 334). Damit zeigt sich bei den drei Denkern die bereits bei Eppler angeklungene Lesart der ökologischen Krise als unmittelbare Folge von Marktversagen, das wiederum aus einem Politikversagen folgt (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 115).

Daran anschließend stellt sich die Frage, warum der Staat die erforderliche ökologische Rahmensetzung bisher nicht vorgenommen hat. Auf diese Frage finden sich bei den Autoren lediglich unzusammenhängende Antworten. Dabei lassen sich vier Argumente rekonstruieren, die sich teilweise bereits bei Eppler finden. Erstens sieht Jänicke als maßgebliche Ursache eine „Auslieferung demokratischer Willensbildungsprozesse an ein System organisierter Interessen“ (2008, 31) und brandmarkt damit die Machtposition und Einflussnahme spezifischer, gegen die Transformation gerichteter Wirtschaftsinteressen (ebd., 15f, 20, 31; angedeutet auch bei von Weizsäcker 2010, 320f; Fücks 2013, 304; 2017). Zweitens wird ein zu starker Fokus der Staatstätigkeit auf quantitative Wachstumsziele thematisiert, der wiederum u.a. von der falschen Annahme unabänderlicher Wachstumszwänge z.B. im Bereich der Sicherung von Arbeitsplätzen oder von Umverteilungsmöglichkeiten geleitet ist (Jänicke 2008, 21; von Weizsäcker in Werkstatt Zukunft 2018, 13:50-15:30). In dieser bereits von Eppler vorgetragenen Argumentationslinie bleiben die erforderlichen ökologischen Reformen aus, weil von diesen ein potenziell wachstumsmindernder Effekt erwartet wird. Drittens diagnostiziert Jänicke eine unzureichende umweltpolitische Handlungskapazität des Staates, die einerseits aus mangelhafter Mandatierung und Ressourcenausstattung der für Umweltpolitik zuständigen Institutionen und Akteure sowie andererseits aus zu starker Politikverflechtung resultiere (2008, 27, 31, 172f). Von Weizsäcker fasst diesen Punkt grundlegender und kritisiert das aus seiner Sicht seit den 1990er-Jahren vorherrschende neo-liberale Paradigma des schwachen Staates, welches zu einer tatsächlichen Schwächung des Staates und einem Ungleichgewicht zugunsten der Märkte geführt habe (2010, 331-334, 341-350). Viertens und mit den vorherigen Punkten zusammenhängend wird die internationale Standortkonkurrenz der Staaten problematisiert, die einer ambitionierten umweltpolitischen Regulierung im Wege stehe (von Weizsäcker 2010, 351ff, 371; angedeutet auch bei Fücks 2013, 332).

12.2 Alternativentwurf: ökologischer Kapitalismus

Der Alternativentwurf der drei Denker ergibt sich maßgeblich aus der optimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage und der damit zusammenhängenden kausalen Krisenbegründung. Zunächst folgt aus der Krisenanalyse, dass die Wirtschaft der zentrale Transformationsgegenstand ist. Diese gilt es im umfassenden Sinne ökologisch auszurichten, was im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems möglich ist (von Weizsäcker 2010, 13f; Fücks 2013, 304f, 308ff; Jänicke 2008, 15f). Dazu bedarf es primär einer ökologischen Rahmung der Märkte durch den Staat, um so den Prozess einer „Grünen Industriellen Revolution“ in Gang zu bringen (Kap. 12.2.1). Um den Staat dazu in die Lage zu versetzen, werden inkrementelle Veränderungen vorgeschlagen, die dessen umweltpolitische Handlungskapazität erhöhen sollen (Kap. 12.2.2). Jenseits dieser beiden Handlungsfelder sind zwei weitere Punkte zu beleuchten (Kap. 12.2.3). Einerseits wird trotz der wachstumsoptimistischen Grundhaltung für den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten plädiert. Andererseits ist ein vertiefter Blick auf die Perspektive der drei Denker auf den Transformationsgegenstand Kultur zu richten.

12.2.1 Grüne industrielle Revolution und ökologischer Kapitalismus

Für das Ziel der absoluten Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch bedarf es aus Sicht der drei Denker, wie bereits bei Eppler, einer ambitionierten ökologischen Rahmung der Marktwirtschaft. Dies soll zu einer umfassenden ökologischen Modernisierung³⁰⁶ der Produktionsprozesse führen, die von den Denkern auch als „Effizienzrevolution“ bzw. „Grüne“ oder „Neue Industrielle Revolution“ beschrieben wird (Jänicke 2008, 114; von Weizsäcker 2010, 23, 26, 319, 356; Fücks 2013, 14, 68, 169; 2017, 170f, 181). Die Analogie zur industriellen Revolution soll auf den

306 Die Position der drei Denker könnte auch mit dem Begriff der „Ökologischen Modernisierung“ gefasst werden (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 115-137). Jänicke gilt zusammen mit Joseph Huber als maßgeblicher Begründer des Konzepts der ökologischen Modernisierung, zu dem auch von Weizsäcker frühe Beiträge geleistet hat (Adler/Schachtschneider 2010, 116; Dryzek 1997, 141; Kaven 2015, 55, 68). In der vorliegenden Arbeit werden die konkurrierenden Grundpositionen jedoch mit Ordnungsbegriffen beschrieben, weswegen die Bezeichnung der Position als „ökologischer Kapitalismus“ gewählt wird.

weitreichenden Charakter des anstehenden Umbaus hinweisen. Wie Fücks konstatiert, geht es um „eine neue Etappe der industriellen Revolution“ (2013, 19). Ökologische Transformation wird in dieser Perspektive somit in erster Linie als technologischer Innovationsprozess gedacht.³⁰⁷ Dabei wird betont, dass es zu einer massiven Beschleunigung des technischen Wandels kommen muss, wobei insbesondere die Bedeutung von Sprunginnovationen in Abgrenzung zu inkrementellen Innovationen hervorgehoben wird (Jänicke 2008, 14ff, 18ff, 43ff, 53, 65, 68f, 114; von Weizsäcker 2010, 12, 23-34; Fücks 2013, 13ff, 31, 68, 154ff; 2017, 153f, 170f, 174, 178).

Ein ökologischer Ordnungsrahmen für die Marktwirtschaft

Einig sind sich die drei Denker, wie auch Ott für diese Grundposition herausstellt (2011, 59), dass eine solche grüne Revolution nicht von selbst in Gang kommt, sondern durch eine proaktive Staatstätigkeit vorangetrieben werden muss (Fücks 2013, 19, 170, 178, 305; 2017, 175f, 186; Jänicke 2008, 16, 18f, 25, 35, 45, 3, 58ff, 68; von Weizsäcker 2010, 14f, 23, 238, 331-334, 351). Jänicke bemerkt paradigmatisch, dass Märkte ein schlechter Meister, aber ein guter Diener für den Modernisierungsprozess seien (2008, 21). Daraus folgt, wie Fücks konstatiert, dass „die Politik [...] auf allen Ebenen die richtigen Weichen stellen [muss], damit der Zug Richtung ökologische Moderne freie Fahrt bekommt“ (2013, 19). Entsprechend fordert Jänicke den „Umweltstaat“, der die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen als eine seiner Basisfunktionen begreift (2008, 178ff; dazu vertiefend 2007). In diesem Denken können die von sich aus zukunftsblinden Märkte dank ihres Konkurrenz- und Innovationsdrucks durch eine ökologische politische

307 Auf den technologischen Fokus dieser Perspektive weisen auch andere Arbeiten hin (Adler/Schachtschneider 2010, 116f, 123, 127; Kaven 2015, 83; Ott 2011, 59). Zentrale Zielrichtungen dieser technischen Revolution sind bei den untersuchten Autoren eine massive Steigerung der Ressourceneffizienz, die Kreislaufführung von natürlichen Rohstoffen sowie der Umstieg auf erneuerbare Energien (Fücks 2017, 174, 179f; von Weizsäcker 2010, 30ff). Als wichtiger Querschnittsansatz wird die Bionik hervorgehoben, also die Ableitung technologischer Lösungen aus der Natur (von Weizsäcker 2010, 30f; Fücks 2013, 203-225). Fücks beschreibt mit Rückgriff auf Bloch das Ziel einer „Allianz-Technik“, die nicht gegen die Natur arbeitet, sondern eine symbiotische Koevolution mit der Produktivkraft der Natur anstrebt (2013, 13, 42f, 154, 160-163). Im Zuge dessen entwirft er eine Zukunftsvision der technologischen Grundlage einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft (ebd., 15f). Demgegenüber betont v.a. Jänicke auch Grenzen technologischer Problemlösungskapazität. So gebe es Umweltprobleme, wie z.B. den Verlust der Artenvielfalt, den Flächenverbrauch oder die Bodenkontamination, für die es keine technischen, marktfähigen Lösungen gebe (2008, 68).

Rahmung zur zentralen Triebkraft für den erforderlichen Modernisierungsprozess werden (Jänicke 2008, 18-21; von Weizsäcker 2010, 14f, 238, 331-334; Fücks 2017, 174ff, 186, 321ff). Voraussetzung sei jedoch die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs (Fücks 2017, 176; Jänicke 2008, 21). Hier zeigt sich eine wichtige Differenz zu den kapitalismuskritischen Positionen, die im Konkurrenzprinzip eine zentrale Ursache der ökologischen Krise sehen.

Maßgebliche Intention der veränderten politischen Rahmung ist die Verlagerung des Rationalisierungsdrucks vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverbrauch, sodass Ressourcenproduktivität zum neuen Leitmotiv ökonomischer Rationalität wird (Fücks 2013, 170, 323f; 2017, 200; von Weizsäcker 2010, 33, 305f; Jänicke 2008, 17-20). Zentraler Ansatzpunkt dazu ist die Bepreisung von Ressourcenverbrauch und Emissionen durch ökonomische Instrumente wie Emissionshandel und Umweltsteuern, die einen dauerhaften Innovationsanreiz schaffen. Betont wird dabei die Bedeutung einer langfristig ausgerichteten Ausgestaltung dieser Instrumente, um Investitionssicherheit und damit auch Akzeptanz bei den Wirtschaftsakteuren sicherzustellen (Fücks 2013, 323f, 327, 170, 177f; 2017, 175, 186f, 200; Jänicke 2008, 19f, 46, 61; von Weizsäcker 2010, 14f, 258, 263-268, 286, 305f, 310f, 320f). Während das Instrument des Emissionshandels v.a. im Bereich des (internationalen) Klimaschutzes vorgesehen wird³⁰⁸, denken die Autoren jenseits dessen den bereits von Eppler vertretenen Ansatz der Öko-Steuern weiter. Sie plädieren für eine ökologische Steuerreform, die den Umweltverbrauch auf einem langfristig angelegten Preispfad verteuert und im Gegenzug den Faktor Arbeit, z.B. durch die Senkung der Lohnnebenkosten, entlastet. Dabei sollen die Abgaben in dem Maße steigen, wie Energie- und Ressourcenkosten durch Effizienzgewinne sinken, um so die Wirkung des Rebound-Effekts einzuhegen.³⁰⁹ Zusätzlich wird die Notwendigkeit des

308 Von Weizsäcker kokettiert diesbezüglich mit einem individualisierten Budget-Ansatz, wonach jedem Menschen ein gleiches und handelbares Emissionsbudget zugeschrieben wird (2020, 87). Falls dies nicht umzusetzen sei, solle dieser egalitäre Budgetansatz zumindest auf Staatenebene verwirklicht werden, wovon ärmere Länder überproportional profitieren würden (ebd.). Fücks hingegen spricht sich gegen einen individualisierten Budget-Ansatz aus, da dies ein strenges staatliches Überwachungssystem erfordere, was aus seiner Sicht einer freiheitlichen Ökologie-Politik widerspricht (2017, 168).

309 Ein weiterer Vorteil einer solchen Bindung der Erhöhung der Umweltabgaben an Effizienzgewinne liegt für von Weizsäcker darin, dass die durchschnittlichen Kosten für z.B. Heizung oder gefahrene Autokilometer konstant bleiben, was den Ansatz breit anschlussfähig macht, ohne dass die Lenkungswirkung des Instruments

Abbaus umweltschädlicher Subventionen sowie der gezielte Einsatz von Subventionen für bestimmte Innovationen hervorgehoben (Fücks 2013, 178, 327f; 2017, 186f; Jänicke 2008, 21; von Weizsäcker 2010, 277, 279ff, 284ff, 306f, 312-317, 325, 374f).

Jänicke (2008, 20, 24) und von Weizsäcker (2010, 315, 318) geben zu bedenken, dass eine soziale Abfederung der beschriebenen Maßnahmen wichtig für die Akzeptanz in der Bevölkerung sei. Es gelte die Instrumente so zu gestalten, dass höhere Einkommensgruppen überproportional belastet werden (ebd.). Jänicke plädiert für eine progressive Ausgestaltung umweltpolitischer Instrumente wie z.B. Stromtarife oder Umweltsteuern (2008, 20). Von Weizsäcker sieht mit Blick auf die Ressourcenbesteuerung kostengünstige oder kostenfreie Verbrauchssockel vor, die die Befriedigung der Grundbedürfnisse abdecken (2010, 318). Unabhängig von den konkreten Instrumenten beschreibt Jänicke generell eine größere Verteilungsgerechtigkeit als wichtigen Faktor für die Akzeptanz des ökologischen Umbaus (2008, 24).³¹⁰

Jenseits der ökonomischen Instrumente weisen die Autoren auch dem Ordnungsrecht eine wichtige Funktion zu. Als wichtige Maßnahmen werden v.a. sich kontinuierlich verschärfende und damit dynamische Effizienzstandards in maßgeblichen Verursachungsbereichen wie Gebäude, Autos oder Haushaltsgeräten benannt. Aber auch Rücknahmepflichten für Handel und Hersteller, die ein auf Wiederverwendbarkeit, Reparaturfreundlichkeit und Langlebigkeit gerichtetes Produktdesign fördern sowie eine Ausweitung der umweltrechtlichen Unternehmensehaftung werden als wesentliche Handlungsfelder gesehen (Fücks 2013, 177f, 319, 324; 2017, 186f; Jänicke 2008, 19f, 46ff, 60-63; von Weizsäcker 2010, 248). Zu einem ökologischen Ordnungsrahmen gehört aus Sicht der Autoren zudem eine transpa-

ausbleibt (2010, 312, 315). Von Weizsäcker schlägt zudem mit Blick auf die Verwendungsseite einer einzuführenden CO₂-Steuer vor, die Einnahmen in gleichen Pro-Kopf-Beträgen an die Bürgerschaft zurückzuzahlen (2020, 88). Dieser Vorschlag findet sich z.B. auch bei Loske.

- 310 Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die sozialen Auswirkungen der angestrebten Maßnahmen in den ausgewerteten Werken nur am Rande reflektiert werden. Dabei bestätigt sich die Feststellung von Adler/Schachtschneider, wonach soziale Probleme in dieser Grundposition nur behandelt werden, insofern sie funktional mit der Lösung der ökologischen Krise verbunden sind (2010, 119). Dieser funktionale Zusammenhang besteht für die Autoren v.a. zwischen sozialer Abfederung und Fragen gesellschaftlicher Akzeptanz. Doch findet sich in den Werken der Autoren kein Entwurf systematischer sozialpolitischer Begleitung der angestrebten umweltpolitischen Maßnahmen.

rentere Produktinformation, die ein an ökologischen Kriterien orientiertes Konsumverhalten ermöglicht bzw. erleichtert (Fücks 2013, 326; 2017, 186f; Jänicke 2008, 53). Jenseits der direkten ökologischen Rahmung der Märkte werden eine ökologisch ausgerichtete Forschungs- und Technologiepolitik, Infrastrukturpolitik und öffentliche Beschaffung als wichtige Elemente des ökologischen Umbaus beschrieben (Fücks 2013, 324, 332-337; 2017, 186f; Jänicke 2008, 46,53; von Weizsäcker 2010, 252f).

Trotz des vorwiegend technischen Fokus der hier behandelten Position wird v.a. von Fücks auch die Rolle sozialer Innovationen hervorgehoben, die durch die beschriebene Politik ebenfalls befördert werden (2013, 46f, 91f, 151f; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 38:35-39:50).³¹¹ Beispielsweise widmet Fücks ein Unterkapitel in *Intelligent Wachsen* den Potenzialen der Ökonomie des Teilens (2013, 316-320). Dabei bezieht sich sein Optimismus bezüglich des Erfindungsreichtums des Menschen explizit auch auf diese Dimension sozialer Innovationen (ebd., 91f). Unklar bleibt, inwiefern diese sozialen Innovationen aus Fücks' Sicht jenseits der beschriebenen ökologischen Rahmensetzung gezielt politisch gefördert werden sollen, wie es in vielen wachstumskritischen Beiträgen gefordert wird. In der Gesamtschau ist zu konstatieren, dass soziale Innovationen bei den Autoren des grünen Wachstums im Vergleich zu den wachstumskritischeren Positionen eine untergeordnete Rolle spielen.³¹²

Im Resultat, so die optimistische Schlussfolgerung der drei Autoren, kann durch den beschriebenen ökologischen Ordnungsrahmen ein dynamischer Innovationswettbewerb um möglichst ressourceneffiziente Produkte und Verfahren in Gang kommen. Aufbauend darauf wird ein grünes, ökologisch verträgliches Wachstum möglich. Der Aufschwung grüner Technologien ermögliche gar einen neuen Kondratjew-Zyklus, also einen langfristigen, dynamischen Wachstumszyklus der Weltwirtschaft.³¹³ (Fücks 2013, 16, 163-169; Jänicke 2008, 35; von Weizsäcker 2010, 23-35)

311 Bei von Weizsäcker und Jänicke findet sich dies nicht, was nicht bedeutet, dass sie soziale Innovationen für unwichtig erachten.

312 Gut zum Ausdruck kommen die unterschiedlichen Gewichtungen zwischen sozialen und technischen Innovationen in einer Diskussion zwischen Fücks und dem wachstumskritischeren Schneidewind. Während Fücks' primärer Fokus auf technischen Innovationen liegt und er Schneidewind für dessen unzureichende Beachtung dieser Dimension kritisiert, zielt Schneidewinds Position in die entgegengesetzte Richtung (Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 17:20 - 39:50).

313 Jänicke gibt vertiefend zu bedenken, dass nicht nur politische Rahmensetzung den technologischen Innovationsprozess forcieren könne, sondern auch umgekehrt. So

Vor allem Jänicke unterstreicht für die beschriebene ökologische Reformpolitik die Notwendigkeit eines kooperativen Politikansatzes. So sei die ökologische Rahmung der Marktwirtschaft eine politische Gratwanderung, da einerseits eine möglichst starke Forcierung des Innovationswettbewerbs anzustreben ist, andererseits keine Überforderung stattfinden darf, die zu Kapitalabwanderung oder Kapitalvernichtung führt. Dazu müsse Politik z.B. die Investitionszyklen der Wirtschaft berücksichtigen und Fördermaßnahmen zeitlich sinnvoll eingrenzen. Um diese Gratwanderung zu beschreiten, bedarf es nach Jänicke eines Politikansatzes, der Wirtschaft, aber auch Wissenschaft und Vertreter der Umweltlobby vernetzt und substantziell einbindet (2008, 21, 28f, 52, 170f). Spezifischer wird zudem die Abmilderung des Widerstands von Modernisierungsverlierern als Begleitmaßnahme beschrieben. Demnach soll der Staat potenziellen Modernisierungsverlierern alternative Geschäftsfelder aufzeigen, den Strukturwandel sozial abfedern und z.B. durch Umschulungen unterstützen (ebd., 69ff; von Weizsäcker 2010, 320f).

Die „grüne industrielle Revolution“ muss ein globaler Prozess sein, um der ökologischen Krise effektiv zu begegnen. Wie aber kann sich dieser Prozess globalisieren? Dazu betonen die Denker die wichtige Rolle von Pionierländern bzw. Pionierregionen, welche die Machbarkeit und die damit einhergehenden Vorteile (positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte, Exportchancen, Wettbewerbsvorteile, Innovationsvorsprünge) aufzeigen (Jänicke 2008, 25f, 67, 173; Fücks 2013, 39f, 70-73; 2017, 181; von Weizsäcker 2010, 34).³¹⁴ Zudem könnten Vorreiterländer, insofern sie wichtige

führe die politische Rahmensetzung zu technischen Innovationen, die wiederum ambitioniertere Ziele ermöglichen und neue Handlungsspielräume schaffen. Als Beispiel führt er die politische Förderung der erneuerbaren Energien an, die zu einer Weiterentwicklung der entsprechenden Technologien geführt habe, was wiederum eine deutlich ambitioniertere Zielsetzung und Gesetzgebung ermöglicht habe. So könnten sich positive Feedback-Schleifen bzw. Rückkopplungsmechanismen zwischen ambitionierter Rahmensetzung und technologischen Innovationen ergeben. (2008, 17f, 25, 49, 94)

- 314 Siehe spezifisch zu den genannten Vorteilen Jänicke 2008, 21, 25f, 29f, 49, 196f; Fücks 2017, 199; von Weizsäcker 2010, 26f, 30-33, 281, 306f. Besonders optimistisch zeigt sich diesbezüglich Jänicke. Er geht davon aus, dass sich umweltpolitische Pionierregulierungen im Sinne einer unilateral vorgetragenen, ambitionierten Umweltpolitik eher vor- als nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auswirken (2008, 16f, 30, 49). In dieser Lesart ist die verbreitete Annahme, dass sich umweltpolitisches Vorreiterum volkswirtschaftlich nachteilig auswirkt, nicht haltbar. Ausgehend von dieser Annahme sieht Jänicke die Möglichkeit, dass ein internationaler Regulierungswettbewerb um möglichst ambitionierte Umweltpo-

Exportmärkte sind, einen Innovationsdruck auf andere Länder und Volkswirtschaften ausüben (Jänicke 2008, 124f, 136). Während die zukünftigen Vorreiter bei Jänicke und von Weizsäcker nicht explizit benannt werden, setzt Fücks viel Hoffnung auf Europa und Deutschland im Besonderen (2013, 13f, 39f, 73; 2017, 181). Jenseits der wichtigen Rolle von Pionierstaaten hebt Fücks, wie beschrieben, die Notwendigkeit eines Finanz- und Technologietransfers von den reichen Industrienationen in die Länder des globalen Südens hervor, sodass dort eine umweltverträgliche nachholende Entwicklung erreicht werden kann (2013, 38f).

Ökologischer Kapitalismus als ordoliberaler Entwurf

In der Summe geht es den drei Autoren um die Verwirklichung eines ökologischen Kapitalismus. Der Kapitalismus als Kombination von wettbewerbsbasierter Marktwirtschaft und Privateigentum an Produktionsmitteln ist in dieser Perspektive nicht zuerst Ursache, sondern maßgeblicher Treiber des ökologischen Innovationswettbewerbs und somit Vehikel für die erforderliche Transformation. Das rationale Kalkül des im Wettbewerb stehenden Kapitals ist der Motor des ökologischen Umbaus. Entsprechend antizipieren die Autoren eine neue Stufe des Kapitalismus, die sie als „Ökoka-pitalismus“, „Grünen Kapitalismus“ (Fücks 2013, 301, 310-316; 2017, 200) oder als „Naturkapitalismus“ (2020, 84ff) bezeichnen. Explizit beschreibt Fücks den Kapitalismus als lernendes System, das auf Kritik durch Anpassung und Veränderung reagiert. So werde jede Krise zu einem Katalysator für die Modernisierung des Kapitalismus. Entsprechend führe auch die ökologische Krise zu einer weiteren Häutung des Kapitalismus zugunsten eines grünen Kapitalismus (2013, 17ff, 304-308; 2017, 193-200).

Voraussetzung ist für die Exponenten des grünen Wachstums eine stärkere Rolle des Staates gegenüber den Märkten (vgl. entspr. Dryzek 1997, 145). Dabei lässt sich die beschriebene ökologische Wirtschaftspolitik als ordoliberaler Ansatz beschreiben. Fücks nimmt diese Zuordnung zur ordoliberalen Schule selbst vor, wenn er seinen Ansatz als „Grünen Ordoliberalismus“ bezeichnet (2017, 175). Demnach müsse der Staat die Voraussetzung für funktionierende Märkte schaffen, was v.a. die Schaffung von Rechtssicher-

litik in Gang kommt (2008, 196f). In diesem Zusammenhang geben Fücks (2017, 199f) und von Weizsäcker (2010, 334) zu bedenken, dass es ein Mindestmaß an internationaler Harmonisierung bedarf, damit Vorreiter keine Nachteile erfahren und sich keine Oasen bilden, die von Nicht-Regulierungs-Strategien wirtschaftlich profitieren.

heit, die Bereitstellung eines öffentlichen Bildungswesens und leistungsfähiger Infrastrukturen, die Garantie eines funktionierenden Wettbewerbs, die Einpreisung externer Effekte sowie ein gewisses Maß an sozialer Sicherung bedeute. Im engeren wirtschaftspolitischen Sinne habe Politik die Aufgabe, einen Ordnungsrahmen vorzugeben, in dem sich Unternehmen und Konsumenten frei bewegen können. Staatliche Regulierung soll also das freie Spiel der Marktkräfte nicht ersetzen, sondern ermöglichen. Erstrebenswert sei das kleinstmögliche Maß staatlicher Eingriffe.³¹⁵ Aus ökologischer Sicht sei dabei das zentrale Element die Einpreisung externer Effekte, sodass sich die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten im Produktpreis abbilden (2017, 175, 203f). Mit diesen Grundlinien beschreibt Fücks in der Tat Kernelemente der ordoliberalen Schule (vgl. dazu Schüller 2005b, 51-56)³¹⁶, was sich entsprechend auf die Autoren Jänicke und von Weizsäcker übertragen lässt. An dieser Stelle lässt sich neben den weitreichenden Kontinuitäten auch ein wichtiger wirtschaftspolitischer Unterschied zu Eppler markieren. Bei Eppler ist die Eingriffstiefe des Staates größer, da dieser z.B. über direkte Investitionsverbote über die Schaffung eines ökologischen Ordnungsrahmens hinausgeht und selbst direkt, nicht vermittelt über die Veränderung von Rahmenbedingungen, strukturpolitisch eingreift.

12.2.2 Handlungsfähiger Staat

Der vorherige Abschnitt zeigt deutlich, dass in der hier behandelten Grundposition der Staat die zentrale Rolle für den Anstoß der angestrebten „grünen industrielle Revolution“ spielen soll (vgl. entspr. Ott 2011, 59). Dessen Reformen bringen den Innovationsprozess in Gang. Dies wirft die Frage auf, wie der Staat in die Lage versetzt wird, diese Rolle auszufüllen. Wie wird der Staat zum „Umweltstaat“? Diesbezüglich ist zwischen zwei Ebenen zu unterscheiden. Erstens geht es um die gesellschaftlichen und politischen Kräfte, welche die angestrebte Politik mehrheitsfähig machen. Dies verweist

315 Im Zuge dessen kritisiert er einen aus seiner Sicht bei den GRÜNEN, denen er selbst als Mitglied angehört, vorherrschenden Etatismus, wonach der Staat zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, entgegen des antiautoritären Erbes der GRÜNEN, tief und umfassend in Wirtschaft und individuelle Lebensführung eingreifen soll (2017, 164f).

316 Bereits Walter Eucken bezog die Notwendigkeit der Einpreisung externer Effekte durch staatliche Maßnahmen u.a. auch auf Umweltproblematiken (Gath et al. 2018, 9; Schüller 2005b, 54).

auf die Prozessdimension, die in Kapitel 12.3 behandelt wird. Zweitens stellt sich die Frage, welche institutionell-strukturellen Veränderungen eine aktive Rolle des Staates als „Umweltstaat“ befördern können. Eppler hatte diesbezüglich v.a. auf eine stärkere Einbindung der Bürgerschaft gesetzt, was sich in den zeitgenössischen Werken nicht findet.

Vorwegzunehmen ist eine Leerstelle, die sich insbesondere bei Jänicke auftut. Vor allem er problematisiert, wie gezeigt, den Lobbyeinfluss mächtiger Wirtschaftsinteressen als wichtiges strukturelles Hindernis für ambitionierte Umweltpolitik (Kap. 12.1.2). Dieser starken Problematisierung stehen jedoch keine Lösungsansätze gegenüber. Er bemerkt lediglich, dass die Einhegung des Lobbyismus eine zentrale Aufgabe politischer Modernisierung darstelle, der Suchprozess nach Lösungen aber nicht abgeschlossen sei (2008, 31). Jenseits dessen finden sich nur die bereits oben beschriebenen Kompensationsmaßnahmen zur Abmilderung des Widerstands von potenziellen Modernisierungsverlierern.

In anderen Bereichen sind die drei untersuchten Denker konkreter. Jänicke befasst sich aus nationaler und europäischer Perspektive mit der Frage, wie die umweltpolitische Handlungskapazität des Staates institutionell gestärkt werden kann. Dabei kann in der Zielrichtung seiner Vorschläge zwischen Exekutive und Legislative differenziert werden. Bezüglich Ersterer gelte es, die für Umweltbelange zuständigen Institutionen personell und institutionell zu stärken. Insbesondere sollen die Umweltaufteilungen in, mit Blick auf die Verursachung von Umweltproblemen wichtigen Ressorts wie Landwirtschaft, Wirtschaft und Verkehr so ausgerichtet werden, dass diese nicht mehr als Kontrollinstanz gegenüber dem Umweltressort, sondern selbst als Advokaten für Umweltbelange agieren. In Bezug auf die Legislative plädiert Jänicke für eine stärkere Einbindung der Wissenschaft in die politische Willensbildung, da diese als Korrektiv gegenüber der strukturellen Kurzfristperspektive von Parlamenten und Märkten fungieren könne. Auf Legislative und Exekutive bezieht sich die von ihm beschriebene Notwendigkeit des Abbaus von Politikverflechtung im europäischen Föderalismus im Sinne einer Klärung und Vereinfachung von Kompetenzstrukturen, was jedoch nicht weiter konkretisiert wird. (2008, 27f, 171ff)

In anderer Stoßrichtung zielen die Vorschläge bei Fücks weniger auf die institutionelle Stärkung (spezifischer) staatlicher Akteure, sondern auf deren engere Bindung an Nachhaltigkeitsziele. Erstens fordert er die Verankerung des Ziels ökologischer Nachhaltigkeit im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das als übergeordnete Richtschnur für wirtschaftspolitisches Handeln dient. Zweitens findet sich der Vorschlag, eine ökologische Schul-

denbremse im Grundgesetz zu verankern und damit den Staat auch verfassungsrechtlich stärker an das Nachhaltigkeitsgebot zu binden. (2013, 325f)

Jenseits des nationalen bzw. europäischen Kontext blicken v.a. Fücks und von Weizsäcker auf die globale Ebene, wo die umweltpolitische Handlungskapazität aus ihrer Sicht ebenfalls gesteigert werden muss. Als Voraussetzung beschreiben beide eine kooperativere Haltung der Nationalstaaten jenseits nationaler Egoismen (Fücks 2013, 332; von Weizsäcker 2010, 351). Zur Stärkung der internationalen Handlungsfähigkeit plädiert von Weizsäcker wie Eppler für eine Reformierung und Stärkung der Vereinten Nationen (2010, 351ff). Spezifischer schlägt er vor, die bestehenden UN-Sonderorganisationen mit effektiven Sanktionsmechanismen gegen Nationalstaaten auszustatten (2020, 91). Zudem gelte es die WTO so zu reformieren, dass der einseitige Fokus auf Freihandel überwunden und ambitionierte nationale Umweltnormen unter bestimmten Voraussetzungen möglich werden (2010, 351ff). Darüber hinaus spricht er sich für eine stärkere Einbindung von NGOs auf UN-Ebene aus, die als Korrektiv gegenüber Politik und Wirtschaft fungieren könnten (2010, 352f).³¹⁷

Konkreter betonen Fücks und von Weizsäcker die Notwendigkeit eines effektiven Schutzes globaler Gemeingüter wie Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität, Süßwassersysteme, Antarktis und Regenwälder. Beide sprechen sich dazu für Treuhandinstitutionen mit Sanktionsgewalt aus, die für den Schutz und Erhalt dieser Gemeingüter verantwortlich sind. Fücks nennt als Vorbild das Modell unabhängiger Zentralbanken als Hüter der Geldwertstabilität. Im Umweltbereich wären aus seiner Sicht z.B. eine internationale Klimabank, die das alleinige Recht zur Ausgabe von Emissionsrechten hat, oder eine internationale Meeresbehörde, welche Fischereirechte vergeben oder die Ausbeutung maritimer Rohstoffe reglementieren kann, denkbar. Fücks ist jedoch skeptisch bezüglich der realpolitischen Möglichkeit solcher Institutionen. Zumindest müssten in nächster Zeit „belastbare Regime“ (2013, 332) zum Schutz dieser Gemeingüter geschaffen werden. (Fücks 2013, 328-332; von Weizsäcker 2010, 351ff, 372)

317 In seinem jüngsten Beitrag beschreibt von Weizsäcker zudem den visionären Vorschlag eines Weltparlaments, das unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips über globale Fragen verhandelt (2020, 91f).

12.2.3 Abbau von Wachstumsabhängigkeiten und die Frage kultureller Erneuerung

Die Entfesselung der „grünen industriellen Revolution“ beschreibt das zentrale Anliegen von Fücks, Jänicke und von Weizsäcker. Eingangs wurde jedoch bereits darauf hingewiesen, dass dies nicht mit einer bedingungslosen Affirmation eines uneingeschränkten Wachstumsstrebens gleichzusetzen ist. Vor allem bei Jänicke und von Weizsäcker wurden auch wachstumskritische Töne hörbar, wonach zukünftig nur noch ein moderates Wirtschaftswachstum ökologisch vertretbar (Jänicke) oder in der weiteren Zukunft der Übergang zu einem stationären Zustand erforderlich sei (von Weizsäcker) (Kap. 12.1.1). Wird eine ökologische Wirtschaftsentwicklung also ernsthaft angestrebt, müssen die reichen Wohlstandsgesellschaften aus dieser Warte mittelfristig mit moderaten Wachstumsraten bzw. langfristig ohne Wirtschaftswachstum auskommen. Daraus folgt für die beiden Denker, wie bereits für Eppler, die Notwendigkeit zunehmender Wachstumsunabhängigkeit (Jänicke 2008, 21, 57; von Weizsäcker 2010, 372ff). Auch Fücks teilt dieses Ziel (2013, 79f; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 54:15). Hinzu tritt eine zweite, ebenfalls bereits von Eppler vorgetragene Begründung für den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten: Diese führen bei den politischen Entscheidungsträgern zu einem Fokus auf möglichst hohe quantitative Wachstumsziele, was sie wiederum davon abhält, eine ambitionierte Umweltpolitik umzusetzen (Kap. 12.1.2).

Eine umfassende Politik zum Abbau von Wachstumsabhängigkeiten wird in den untersuchten Beiträgen jedoch nicht entworfen. Vielmehr werden von den Denkern nur einzelne Wachstumsabhängigkeiten adressiert. Dabei zeigen sich durchaus unterschiedliche Einschätzungen:

- Von Weizsäcker und Jänicke blicken auf den bisher wachstumsabhängigen Arbeitsmarkt. Ansätze zur Überwindung dieser Abhängigkeit sehen die in der Senkung der Lohnnebenkosten im Zuge einer ökologischen Steuerreform (Jänicke 2008, 21) sowie in Arbeitszeitverkürzungen bis hin zu einer „kurzen Vollzeit für alle“ (von Weizsäcker 2010, 372ff).
- Für Jänicke könnten die sozialen Sicherungssysteme zukünftig unabhängig von Wachstum durch eine stärkere Belastung der oberen Schichten finanziert werden (2008, 21). Fücks hingegen hält den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme auf heutigem Niveau insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel ohne weiteres Wachstum für nicht möglich (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 43:10-46:30). Die Wachstumsabhängigkeit lässt sich aus seiner Sicht jedoch reduzieren, wenn

die Sicherungssysteme zukünftig nicht mehr über die Belastung von Arbeitseinkommen, sondern über Verbrauchs- und Ressourcensteuern sowie die stärkere Belastung von Vermögenseinkommen finanziert werden (2013, 80). Zudem gelte es die Lebensarbeitszeit zu verlängern und die Selbsthilfekapazität der Gesellschaft zu stärken, um die Ansprüche an die Sozialsysteme zu begrenzen (ebd.).

- Auch der Abbau der Staatsverschuldung bzw. das Bestreiten der sich daraus ergebenden Zinslast lässt sich aus Fücks' Sicht nicht ohne weiteres Wachstum realisieren (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 43:10-46:30). Um deren Wachstumsdruck zumindest abzumildern, müsse zukünftig der Schuldenabbau Priorität gegenüber dem Ausbau staatlicher Leistungen haben (2013, 80).

Zuletzt ist ein vertiefter Blick auf die Rolle des Transformationsgegenstandes Kultur in den Beiträgen der drei Autoren zu werfen. Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass dieser im Vergleich zu den wachstumskritischen Grundpositionen eine sehr untergeordnete Rolle spielt. Aus Sicht der hier behandelten Denker kann die ökologische Krise im Rahmen des bestehenden Kulturmodells adressiert werden (vgl. entspr. Kaven 2015, 55). Doch zeigen sich im Detail Differenzen, die sich zu einer Trennlinie zwischen von Weizsäcker einerseits sowie Fücks und Jänicke andererseits verdichten. Da von Weizsäcker langfristig einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik zugunsten einer stationären Ökonomie für erforderlich hält, sieht er in dieser Fernperspektive auch die Notwendigkeit eines kulturellen Wandels in Richtung materieller Genügsamkeit (2010, 355-374). Mit diesem Kulturwandel müsse sich auch ein anderes Bild des Menschen entwickeln. Es gelte das „Egoismus-Wettbewerbs-Menschenbild“, wie es sich im Anschluss an Hobbes, Darwin, Smith und dann v.a. mit dem Sieg der Marktwirtschaft über den Kommunismus eingestellt habe, zugunsten eines „Kooperations-Kultur-Menschenbilds“, zu überwinden (ebd., 365-370). Von Weizsäcker entwickelt aber keine Vorstellung davon, wie dieser Kultur- und Wertewandel um sich greifen soll.

Fücks und Jänicke hingegen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik zugunsten von Nullwachstum nicht vorsehen, beschreiben keine Notwendigkeit eines solchen Kulturwandels. Dies heißt im Umkehrschluss nicht, dass sie einen solchen Wandel nicht für wünschenswert halten (Jänicke 2008, 114; Fücks 2013, 71f). Sie sind jedoch skeptisch bezüglich der

Möglichkeit und der Durchschlagskraft eines solchen Wandels.³¹⁸ Für Jänicke zeigt die Erfahrung seit Beginn der Umweltdebatte, dass Appelle an Genügsamkeit und Abkehr von materiellem Streben wirkungslos bleiben. Dies spräche nicht gegen einen entsprechenden Wertewandel, wohl aber gegen die Fokussierung auf diesen. Dies gelte umso mehr, da dieser mehr Zeit brauchen würde, als mit Blick auf die ökologische Krise noch zur Verfügung stünde (2008, 114). Diese skeptische Grundhaltung kommt auch bei Fücks zum Tragen. Aus seiner Sicht wäre ein Konsumverzicht nur für diejenigen eine Möglichkeit, „die im Überfluss schwimmen“ (2013, 154). Aber auch bei den gut gestellten Mittelschichten der reichen Industrienationen sei keine Abkehr von den Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft zu beobachten (ebd., 123). Konsumverzicht müsste also politisch „verordnet“ werden (ebd., 71), was Fücks' liberaler Grundhaltung widerspricht.³¹⁹

Während von Weizsäcker also zumindest langfristig die zwingende Notwendigkeit eines Kulturwandels sieht, sind Jänicke und Fücks diesbezüglich zurückhaltender. Damit bestätigt sich an dieser Stelle ein Zusammenhang, der bereits für das frühe ökologische politische Denken aufgezeigt wurde und der auch in der zweiten Zeitphase Gültigkeit besitzt: Sofern ein Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für notwendig erachtet wird und autoritäre Zwangslösungen ausgeschlossen werden, wird ein kultureller Wandel weg von materialistisch-expansiven Werten hin zu einem immate-

318 Auch Ott hat die vergleichsweise zurückhaltende Einschätzung der Möglichkeiten kulturellen Wandels bei den Exponenten der von ihm identifizierten Effizienzrevolution-Trajektorie herausgearbeitet (2011, 59).

319 Zudem gilt es aus Fücks' Sicht das ökologische Entlastungspotenzial einer freiwilligen Verzichtsstrategie realistisch einzuschätzen. Selbst wenn es durch einen breiteren Wertewandel zu einer substanziellen Anspruchsreduktion komme, wäre die Wirkung im Vergleich zu der massiven nachholenden Wachstumsdynamik insbesondere im globalen Süden marginal (2013, 30-33, 69-72, 154; 2017, 176f; Fücks in taz 2021, 8:02:25- 8:08:00). Fücks veranschaulicht dies am Beispiel des Fliegens. Selbst wenn sich eine größere Zahl von Menschen in den saturierten Mittelschichten dazu durchringen könne, weniger zu fliegen, woran Fücks starke Zweifel hegt, würde dies nichts an der massiven Zunahme des Flugverkehrs in Folge der globalen Aufstiegsbewegung von Milliarden von Menschen in eine moderne Lebensweise ändern. Primäres Ziel müsse es deshalb sein, einen Innovationswettbewerb in Richtung klimaneutraler Flugtechnologien anzuschieben (2017, 181-185). Ein Bereich, in dem Fücks trotz seiner generellen Skepsis die Notwendigkeit einer Anspruchsreduktion sieht, ist der Fleischkonsum (Fücks in taz 2021, 7:56:25 – 7:57:00). In den anderen Bereichen hingegen ginge es nicht um eine Reduktion der Bedürfnisse, sondern um eine andere und bessere Befriedigung dieser Bedürfnisse (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 20:30; Fücks in taz 2021, 7:58:05; Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 25:30).

rielleren Wohlstandsverständnis erforderlich. Unabhängig davon gilt aber für alle drei Autoren, dass sie kurz- bis mittelfristig nach einem Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen des vorherrschenden Kulturmodells suchen. Damit lässt sich insgesamt für ihre Position festhalten, dass kurz-bis mittelfristig weder in institutionell-struktureller noch in kultureller Hinsicht grundsätzliche Veränderungen erforderlich sind. Die Krise kann aus dieser Perspektive durch ein Umsteuern auf dem industriegesellschaftlichen Entwicklungs- und Wachstumspfad adressiert werden (Adler/Schachtschneider 2010, 135; Kaven 2015, 55, 68).

12.3 Prozess des Wandels: ökologische Transformation als Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

In den vorherigen Abschnitten wurde bereits deutlich, dass Fücks, Jänicke und von Weizsäcker ökologische Transformation vor allem als Zusammenspiel zwischen politischer Rahmensetzung und wirtschaftlicher Innovationskraft denken. Damit sind bereits zwei zentrale Transformationsakteure dieser Perspektive angesprochen (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 129, 271). Erstens der proaktive Staat, ohne dessen veränderte politische Rahmensetzung der angestrebte Prozess nicht zu realisieren ist. Zweitens die Unternehmen, die angestoßen durch die veränderte Marktlogik, ihr Wissen und ihre Innovationskraft zur Entwicklung der vorwiegend technologischen Lösungen für den Weg aus der ökologischen Krise einsetzen. Vor allem Fücks grenzt sich explizit von Perspektiven ab, die private Unternehmen in erster Linie als Gegner bzw. Hindernis für ökologischen Wandel sehen (2013, 304f). Stattdessen gehe es darum, Unternehmen durch den richtigen Ordnungsrahmen zu Verbündeten und zu Vorreitern für die Lösung der ökologischen Frage zu machen (ebd., 324; 2017, 187, 199). Entsprechend sehen die Autoren Kreativität, Erfindungsreichtum und Innovationskraft als zentrale Ressourcen für den anstehenden Wandel (ebd. 2013, 153, 156; 2017, 170f, 173, 180; von Weizsäcker 2010, 12).

Offen ist bis hierhin die Frage, wie der Staat zum Initiator ökologischen Wandels und somit zum maßgeblichen Transformationsinstrument wird. Oben wurden bereits strukturelle Aspekte besprochen, welche die umweltpolitische Handlungsfähigkeit des Staates erhöhen sollen. Auch diese setzen aber zunächst einen in dieser Hinsicht handlungswilligen Staat voraus. Welche Kräfte bzw. Treiber sollen dies bewirken? Vorwegzunehmen ist, dass sich in den untersuchten Beiträgen keine zusammenhängenden Antworten auf diese Frage finden und diese unterreflektiert bleibt. Dennoch

finden sich vereinzelte Hinweise, auf die im Folgenden einzugehen ist. Dabei kann zwischen akteursgebundenen Kräften und nicht-aktorsgebundenen Treibern unterschieden werden. Ersteres verweist auf intentional handelnde Akteure, Letzteres auf losgelöst von konkreten Akteuren stattfindende generelle Entwicklungen. Bei den nicht-aktorsgebundenen Treibern kann wiederum zwischen Push- und Pull-Faktoren differenziert werden. Der zentrale Push-Faktor ist aus Sicht der drei Denker die Intensivierung der ökologischen Krise in dem Sinne, dass die ökologischen Folgekosten des ressourcenverschwendenden und umweltzerstörerischen Wachstums fortlaufend zunehmen, was einen immer größeren Anreiz für ein ökologisches Umsteuern setzt (Fücks 2013, 14, 27; 2017, 177f; Jänicke 2008, 20, 29, 196; von Weizsäcker 2010, 289). Fücks sieht bereits einen Punkt erreicht, an dem die Folgekosten des auf Raubbau gründenden Wachstumsmodells dessen Wohlfahrtseffekte überwiegen (2013, 27). Aus dieser Perspektive wird eine ambitionierte Umweltpolitik auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zunehmend dringlich. Ein weiterer, von Jänicke adressierter Push-Faktor sind zukünftig zu erwartende steigende Ressourcenkosten (2008, 20). Als entscheidender Pull-Faktor werden die positiven ökonomischen Effekte einer ambitionierten Umweltpolitik adressiert. So gehen die Autoren davon aus, dass bereits ein internationaler Wettbewerb um grüne Technologien im Gange ist, in welchem eine ambitionierte Umweltpolitik Wettbewerbsvorteile für die jeweilige Volkswirtschaft erbringt und Wachstums- und Exportmöglichkeiten eröffnet. Entsprechend sind sie überzeugt, dass eine progressive Nachhaltigkeitspolitik positive Beschäftigungseffekte zeitigt (Jänicke 2008, 21, 25f, 29f, 49, 196f; Fücks 2017, 199; von Weizsäcker 2010, 26f, 30-33, 281, 306f).

Jenseits dieser nicht-aktorsgebundenen Treiber stellt sich die Frage, welche politischen Kräfte den Staat zum Instrument für ökologische Transformation machen sollen? Alle drei Autoren betonen die wichtige Rolle der kritischen Zivilgesellschaft, die sowohl Politik als auch Unternehmen unter Druck setzen kann (Fücks 2017, 187, 199; Jänicke 2008, 18, 29; von Weizsäcker 2010, 352f). Abgesehen davon bleibt weitgehend unklar, welche Akteure die beschriebene Politik letztlich mehrheitsfähig machen (vgl. entspr. zu Jänicke Kaven 2015, 78). Am ehesten findet sich bei Jänicke eine Antwort. Aus empirischer Perspektive beschreibt er die Stärke einer „Interessenskoalition für ökologische Modernisierung“ als wichtigen Faktor für ambitionierte Umweltpolitik (2008, 129). Als Teil dieser Koalition nennt er Akteure der Umweltbürokratie, einzelner Fachverbände, der Umweltwissenschaften

sowie der Umweltbewegung, insbesondere der Umweltverbände. Entscheidend sei die Integration von kompatiblen Interessen aus Reihen der Wirtschaft (2008, 26, 129, 136f; dazu vertiefend Adler/Schachtschneider 2010, 129).³²⁰ Hier deutet sich an, dass Funktionseliten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen als Transformationsakteure angesprochen werden (Adler/Schachtschneider 2010, 272).

Unabhängig davon kommt bei den Autoren ein Optimismus zum Ausdruck, dass die Strategie ökologischer Modernisierung bzw. grünen Wachstums ein sehr anschlussfähiges Konzept darstellt, da es die ökologischen Reduktionserfordernisse mit wirtschaftlicher Prosperität verbindet. Beispielsweise ist von Weizsäcker optimistisch bezüglich der Chance eines diesbezüglichen Konsenses, wenn sich die Vorzüge einer ökologischen Modernisierungsstrategie ausreichend verbreitet haben (2010, 315, 321). Auch Jänicke betont das „Win-Win“-Potenzial, welches diese Strategie breit anschlussfähig macht (2008, 20). Entsprechend ist Kaven (2015, 81), Ott (2011, 59) und Dryzek (1997, 143f) Recht zu geben, dass es sich um einen eher konsensorientierten Ansatz handelt. Gleichzeitig wird von Fücks auch die Notwendigkeit eines breiten, parteiübergreifenden Konsenses betont, da nur so die Stabilität des langfristig angelegten ökologischen Ordnungsrahmens jenseits wechselnder Regierungskonstellationen zu gewährleisten sei (2013, 325).

Abschließend ist die Rolle des Individuums im angedachten Prozess des Wandels zu beleuchten. Dieses wird v.a. in zwei Funktionen als Transformationsakteur adressiert: erstens in der Rolle als Bürger und dabei v.a. als Teil einer kritischen Zivilgesellschaft, welche die erforderliche ökologische Politik einfordert; zweitens, sofern in entsprechender Position, als Hervorbringer oder Förderer von Öko-Innovationen (Adler/Schachtschneider 2010, 134f; Kaven 2015, 79f). Im Gegensatz zu vielen wachstumsskeptischen Ansätzen wird das Individuum aber nicht in die Pflicht genommen, durch konkrete Gegenpraxis und umfassendere Präferenz- und Lebensstilveränderungen die Transformation in die eigene Hand zu nehmen. Vielmehr wehrt sich z.B. Fücks explizit gegen eine solche Privatisierung der Nachhal-

320 In Überschneidung zu Letzterem betont auch Fücks die Wichtigkeit neuer Allianzen zwischen Umweltbewegung und modernisierungsaffinen Akteuren aus der Wirtschaft (2013, 304; Fücks in taz 2021, 8:24:45). Dazu müsse sich aber der Blick der Umweltbewegung auf die Wirtschaft in dem Sinne ändern, dass diese nicht als homogener, gegen Umweltpolitik gerichteter Block, sondern als Konglomerat aus verschiedenen, oft entgegengesetzten Interessen gesehen wird, das viele Bündnismöglichkeiten mit ökologischen Interessen bietet (2013, 305).

tigkeit. Demnach sei die ökologische Frage nicht zuerst eine Frage des individuellen Verhaltens, sondern politische Herausforderung für staatliches Handeln (Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 1:38:25). Entsprechend bemerkt auch Jänicke, dass den Staat die finale Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen treffe (2008, 29). Wenn hingegen „alle zuständig sind, ist niemand verantwortlich“ (2008, 29). Im Zentrum der Verantwortung stehen somit die politischen Verantwortungsträger, die, u.a. angeregt durch eine kritische Zivilgesellschaft, die erforderliche Nachhaltigkeitspolitik ins Werk setzen.

12.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Die dargestellte Grundposition des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus fußt auf diversen Hintergrundannahmen, die im Folgenden zu beleuchten sind. Dabei können vier Aspekte unterschieden werden, die bei den Autoren in verschiedenem Ausmaß prägend für ihre Positionierung sind: Erstens, und für alle Autoren entscheidend, die optimistische Haltung in der Wachstumsfrage, welcher wiederum die optimistische Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials zugrunde liegt. Dieser Aspekt wird hier nicht mehr vertieft, da er bereits umfassend behandelt wurde (Kap. 12.1.1). Hervorzuheben ist an dieser Stelle noch einmal, wie bedeutsam diese Prämisse für die Position der Autoren ist. Erst auf dieser Basis können sie einen Weg aus der ökologischen Krise beschreiben, der im Vergleich zu den weiteren Grundpositionen deutlich stärker am Status quo ausgerichtet ist. Beispielsweise müssen sie sich in ihrer Krisenbegründung nicht auf die Suche nach den Wurzeln der Wachstumsdynamik machen, womit u.a. eine ökologische Kapitalismuskritik obsolet wird. Auch die liberale Haltung gegenüber den Präferenzstrukturen und Lebensstilen der Konsumgesellschaft wird durch diese wachstumsoptimistische Grundhaltung ermöglicht. Damit wird auch die zweite maßgebliche Prämisse, der realpolitische Fokus, maßgeblich durch den Wachstumsoptimismus ermöglicht. Die drei Denker suchen, wie im Folgenden auszuführen ist, explizit einen möglichst anschlussfähigen Weg aus der ökologischen Krise. Diese realpolitische Ausrichtung drückt sich auch in einem selektiven Fokus auf die Bearbeitung der ökologischen Krise aus. Drittens lässt sich Fücks' ökologisch-politisches Denken auf ein auf die negative Dimension fokussiertes Freiheitsverständnis sowie ein spezifisches Gesellschaftsbild, das wiederum Ausdruck einer bestimmten Idee des guten Lebens ist, zurückführen. Vier-

tens kommt bei Jänicke und Fücks das Bild eines genuin expansiven modernen Individuums zum Tragen.

Realpolitische Perspektive und Fokus auf die ökologische Krise

In perspektivisch-strategischer Hinsicht basiert die Position der drei Denker auf einem realpolitischen Fokus auf das politisch Machbare. Bei von Weizsäcker und Jänicke ist dies neben der optimistischen Einschätzung der Verschiebbarkeit ökologischer Wachstumsgrenzen der ausschlaggebende Punkt. Der realpolitische Fokus äußert sich dergestalt, dass die Autoren nach einem Ansatz mit möglichst hohen Umsetzungschancen suchen. Entsprechend legt Jänicke dar, dass er den chancenreichsten Ansatz systemkonformer Lösungspfade im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft beschreiben will (2008, 15f). Demgegenüber wendet er sich explizit gegen „abgehobene Visionen“ (ebd., 16). Auch bei von Weizsäcker wird diese realpolitische Perspektive insofern deutlich, dass er explizit nach einem Ansatz innerhalb des Kapitalismus sucht, der eine Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ermöglicht (2010, 13f). Dahingegen seien Ansätze, die eine Lösung der ökologischen Krise mit Wohlstandsminderungen verknüpfen, politisch nicht anschluss- und mehrheitsfähig (ebd., 18). Zuletzt konstatiert auch Fücks, dass es aus seiner Sicht realpolitisch keine Alternative zum Ansatz der Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch gibt (Fücks in Heidemann 2014, 00:01:45 – 00:04:00).

Ausschlaggebend für die Alternativentwürfe der Autoren ist dieser realpolitische Fokus dahingehend, dass grundlegende Gegebenheiten, die von radikaleren Positionen infrage gestellt werden, als gegebene Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitspolitik behandelt werden. Dies gilt z.B. für die kapitalistische Marktwirtschaft, unternehmerisches Wachstumsstreben oder das gegenwärtige Kulturmodell und damit die Präferenzstrukturen der Individuen. Auf den letzten Punkt der Präferenzstrukturen ist kurz vertiefend einzugehen. Im Gegensatz zu den wachstumsskeptischen Positionen bleiben die Präferenzstrukturen der Individuen bei Fücks, Jänicke und von Weizsäcker weitgehend unhinterfragt. Dies lässt sich als liberale Haltung gegenüber den individuellen Präferenzstrukturen bezeichnen. Eine solche liberale Haltung kann einerseits realpolitischen Ursprungs sein, andererseits aus tieferen, normativen Prämissen i.e.S. folgen. Für Fücks wird unten eine solche starke normative Fundierung der liberalen Haltung herausgearbeitet. Für Jänicke und von Weizsäcker ist hingegen nicht zu klären, inwiefern ihre liberale Haltung eine solche normative Fundierung hat oder

ob diese in erster Linie realpolitisch motiviert ist. Teil der realpolitischen Perspektive ist auch die Behandlung der ökologischen Krise als solitäres Problem, die, anders als bei vielen Systemwechsel-Positionen, nicht mit weiteren gesellschaftlichen Problemlagen verbunden wird.

Freiheitsbegriff und Idee des guten Lebens bei Ralf Fücks

Fücks' öko-politischer Ansatz weist zu den zuvor behandelten Prämissen eine starke normative Fundierung i.e.S. auf. Diese ist wiederum zweigeteilt. Erstens lässt sich für Fücks eine liberale Perspektive auf die ökologische Frage aufzeigen, die wiederum auf einem auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsverständnis beruht. Zweitens kommt bei ihm ein positives Bild der Gegenwartsgesellschaft zum Ausdruck, das sich wiederum auf eine spezifische Idee des guten Lebens zurückführen lässt.

Zu 1): Fücks' ökologisch-politischem Denken liegt in dem Sinne eine liberale Grundhaltung zugrunde, dass Fragen nach individuellen Präferenzstrukturen und darauf aufbauenden Lebensstilentscheidungen nicht Gegenstand des Politischen sein sollen. Dies wurde mit Blick auf seine Positionierung in der Wachstumsfrage bereits herausgestellt (Kap. 12.1.1). Während sich dies zum einen über realpolitische Erwägungen erklären lässt, tritt bei Fücks zum anderen ein spezifischer Grundwertekanon hervor, der diese liberale Haltung unterfüttert. Wie er selbst darlegt, ist sein ökologisch-politisches Denken Ausdruck des Versuchs, Ökologie und den Grundwert der Freiheit zusammenzudenken (2017, 164, 172ff; 2013, 95). Aufschlussreich ist nun die Klärung des Freiheitsverständnisses, das hinter diesem Ansinnen steht. Dabei wird bei Fücks eine starke Gewichtung negativer individueller Freiheit sichtbar, was ihn deutlich vom Freiheitsverständnis vieler wachstumskritischer Autoren abhebt.

Ergiebig sind in dieser Hinsicht Aufzeichnungen von Diskussionen zwischen Fücks und den Wachstumskritikern Niko Paech und Harald Welzer. Letztere problematisieren die aus ihrer Sicht expansiv-konsumistischen Bedürfnisstrukturen der Menschen in der Konsumgesellschaft als ökologisch unverträgliche Wachstumstreiber. Daraus wird gefolgert, dass sich diese Bedürfnisstrukturen grundlegend verändern müssen, was in die Forderung nach einem tiefgreifenden Kulturwandel mündet. Neben der ökologischen Notwendigkeit für einen solchen Kulturwandel sehen beide Autoren das konsumistische Individuum als radikal unfrei in der „Wachstums- und Konsumdiktatur“ (Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 39:40). Demnach ist das materialistische Expansionsstreben der Menschen kein autonomes, sondern in erster Linie heteronomes, von äußeren Zwängen erzeugtes

Handeln. Wie Welzer es ausdrückt, wolle der Mensch der Gegenwartsgesellschaft gar nicht sein, wie er ist. Dies impliziert, dass die konsumorientierte Lebensführung nicht den authentischen Bedürfnissen und damit auch nicht dem authentischen freien Willen der Menschen entspricht. In der Schlussfolgerung ist für Welzer und Paech aus ökologischer und freiheitlicher Sicht die Überwindung der vorherrschenden Präferenzstrukturen angezeigt. (Zum ges. Absatz Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 34:15-35:15 und 39:20 – 41:30; Welzer in *Heinrich-Böll-Stiftung* 2013, 38:00 – 43:30, 55:20-58:00)

Fücks hingegen wehrt sich scharf gegen die von Welzer und Paech vorgenommene Problematisierung und damit Politisierung individueller Bedürfnisstrukturen, worin er eine paternalistische Kulturkritik erkennt. Wenn ein solcher Kulturwandel bzw. die Veränderung von Bedürfnisstrukturen zum politischen Programm gemacht werde, müsse dies zwangsläufig in einer „Erziehungsdiktatur“ (Fücks in *WirtschaftsWoche* 2021, 38:25) enden, die den anderen, besseren Menschen hervorbringen soll. Für Fücks darf die Frage der Bedürfnisstrukturen der Menschen keine politische Frage sein, Politik also keine bestimmte Idee des guten Lebens bzw. darauf aufbauende Lebensentwürfe vorgeben oder bevorzugen, da dies ein Eingriff in die individuelle und freie Entscheidung über den eigenen Lebensentwurf bedeutet. Die Abkehr von einem bestimmten Lebensstil, z.B. zugunsten einer Reduzierung von materiellem Wohlstand, kann aus dieser Perspektive zwar eine individuelle Entscheidung, darf aber nicht Ziel staatlichen Handelns sein (zum ges. Absatz bis hierher Fücks in *WirtschaftsWoche* 2021, 37:50-42:00; Fücks in *Heinrich-Böll-Stiftung* 2013, 48:20 – 50:00; entspr. auch 2013, 45f, 2017, 168, 2013, 140-143). Entsprechend betont Fücks an anderer Stelle, dass Selbstbestimmung unteilbar sei und ökologische Politik diesem Grundsatz folgen müsse (2017, 172). Ökologische Politik dürfe nicht mit Bevormundung und Beschränkung individueller Freiheit einhergehen (ebd., 168).³²¹ Deutlich zum Tragen kommt in dieser Argumentation ein auf negative Freiheit fokussiertes Freiheitsverständnis, nach dem eine Handlung ungeachtet der inneren Motive des Individuums frei ist, wenn sie ohne äußeren Zwang ausgeführt werden kann und in der äußeren Welt auf keine Widerstände

321 Vor diesem Hintergrund zeigt sich Fücks auch kritisch gegenüber der von den meisten Wachstumskritikern angeführten Diagnose des kompensatorischen Konsumismus (2013, 139).

trifft (Honneth 2013, 58f).³²² Es geht in Fücks' Freiheitsverständnis also in erster Linie um die Freiheit von staatlichem Zwang und Bevormundung, nicht wie bei Welzer und Paech um die autonome Genese von Wünschen und Bedürfnissen.

Zum Ausdruck kommt dieses Freiheitsverständnis auch in Fücks' kritischer Auseinandersetzung mit spezifischen politischen Instrumenten. So wehrt sich Fücks z.B. gegen eine Limitierung der Anzahl von Flugreisen oder ein Verbot „spritfressender Geländewagen“, weil diese Maßnahmen aus seiner Sicht zu starke staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung darstellen (2017, 168). Aber auch der von vielen weiteren Denkern vertretene Budgetansatz, wonach z.B. im Bereich Klimaschutz jedes Individuum ein begrenztes CO₂-Budget zur Verfügung haben soll, wäre aus seiner Sicht „ein großer Schritt in einen Überwachungsstaat von orwellschem Ausmaß, in dem jeder Einkauf, jede Reise, jedes Steak auf die persönliche CO₂-Bilanz angerechnet wird“ (2017, 168). Ein solcher „ökologischer Jakobinismus“ (ebd.) widerspricht Fücks' Idee individueller Freiheit.

In der Summe lässt sich Fücks, ungeachtet aller Wirrungen in der Begriffsverwendung und dem Pluralismus verschiedener Liberalismen (vgl. dazu z.B. Freedon 2011, 2015), einem liberalen Paradigma politischen Denkens zuordnen.³²³ In diesem kommt individueller Freiheit und Selbstbestimmung im Sinne negativer Freiheit prioritäre Bedeutung zu (Schaal/Heidenreich 2017, 52-60; Wissenburg 2006, 32; Reese-Schäfer 2012, 164f, 172; Horn 2012, 19f). Insbesondere sind Wertüberzeugungen und Konzeptionen des guten Lebens Fragen der individuellen Selbstbestimmung (ebd.). Der Staat muss diesbezüglich neutral sein und darf seinem Handeln keine Priorisierung bestimmter Lebensentwürfe zugrundlegen (ebd.). Entsprechend hat Stein konstatiert, dass ökologische Modernisierungsdenker in der ökologischen Kulturkritik, wie sie oben für Paech und Welzer dargestellt wurde, eine „tendenziell totalitäre [...] Heilsbotschaft, die die Tren-

322 Vgl. zur Differenzierung der positiven und negativen Dimension von Freiheit Fußnote 207 in Kap. 7.3.5.

323 Mit der Beschreibung von Fücks' Position als „liberal“ ist keine Parteinahme im Streit um den „wahren“ Liberalismus verbunden. Auch von wachstumskritischen Positionen, die eine neutrale Haltung des Staates zu Fragen des guten Lebens ablehnen, wird der Liberalismusbegriff reklamiert (siehe z.B. prominent bei Skidelsky/Skidelsky 2013, 24). Aus dieser Perspektive basieren Positionen wie die von Fücks auf einem „oberflächlichen Verständnis von Liberalismus“ (ebd.). Im vorliegenden Zusammenhang wird die Bezeichnung „liberal“ basierend auf dem derzeit vorherrschenden Lehrbuchverständnis des Liberalismus verwendet.

nung von Politik und Moral zu Lasten der Freiheit unterläuft“ (2016, 219) erblicken. Für Fücks lässt sich dies bestätigen.

Aus dieser liberalen Grundhaltung folgen maßgebliche Elemente von Fücks' Alternativentwurf. Zum einen hat sich ökologische Politik aus dieser Warte nicht um die Bedürfnisstrukturen der Menschen zu kümmern, sondern um die Frage, wie diese Bedürfnisse ökologisch nachhaltig zu befriedigen sind. Dies markiert einen zentralen Unterschied zu wachstumsskeptischen Perspektiven, die immer auch einen Wandel der Bedürfnisstrukturen für erforderlich halten und dafür staatliche Politiken vorschlagen. Bei Fücks hingegen werden die Bedürfnisstrukturen als gegeben angenommen. Daraus folgt, dass das Ziel einer freiheitlichen ökologischen Politik niemals die Veränderung von Menschen, sondern nur die Veränderung der Produktionsweise und somit der technologischen Basis der Bedürfnisbefriedigung sein kann (2017, 174; 2013, 46; Fücks in Heinrich-Böll-Stiftung 2013, 38:15-38:50).

Zum anderen folgt aus der liberalen Grundhaltung eine konsequente Verteidigung der marktwirtschaftlichen und auf Privateigentum beruhenden Grundordnung gegen aus Fücks' Sicht freiheitsfeindliche öko-politische Entwürfe. Für ihn ist die Marktwirtschaft u.a. deshalb eine Freiheit verwirklichende Ordnung, weil sie die Konzentration wirtschaftlicher Macht beim Staat verhindert. Dies gelte entsprechend für das Privateigentum an Produktionsmitteln, das in kapitalismuskritischen ökologischen Ansätzen ebenso wie die marktwirtschaftliche Grundordnung kritisch bewertet wird. Aus Fücks' Sicht ist Privateigentum eine Garantie bürgerlicher bzw. individueller Freiheit, wohingegen dessen Vergesellschaftung zu einer Unterwerfung der Gesellschaft unter die Allmacht des Staates führe, der dann politische und wirtschaftliche Macht vereinige (2017, 174f, 190ff). Fücks' Festhalten am Kapitalismus als Kombination aus Unternehmen in Privatbesitz und Marktwirtschaft ist also nicht nur realpolitisch (Anschlussfähigkeit) und funktional (Innovationskraft), sondern auch rein normativ über einen vorwiegend negativ ausbuchstabilten Freiheitsbegriff begründet.

Zu 2): Neben Fücks' starker Gewichtung negativer individueller Freiheit wird sein öko-politischer Entwurf durch ein positives Bild der Gegenwartsgesellschaft gestützt. An verschiedenen Stellen verteidigt er diese gegen die v.a. von wachstumskritischen Autoren vorgebrachten Beschreibungen als unfrei und dem guten Leben entgegenstehend. Demgegenüber schätzt Fücks die Gegenwartsgesellschaft in Bezug auf Freiheitsgrade und die Be-

dingungen für ein gutes Leben deutlich optimistischer ein (siehe z.B. Fücks 2013, 139f; Fücks in *WirtschaftsWoche* 2021, 41:40 - 42:00). Diese affirmative Haltung lässt sich einerseits auf einen weiteren Aspekt von Fücks' Freiheitsverständnis, andererseits auf die sichtbar werdende Idee des guten Lebens zurückführen.

Mit Blick auf Ersteres wird neben dem Fokus auf negative Freiheit deutlich, dass Optionsvielfalt ein wichtiges Element von Fücks' Freiheitsverständnis ist. Während wachstumskritische Autoren wie z.B. Paech in den reichen Industrienationen einen freiheitsgefährdenden Wohlstand sehen, ermöglicht für Fücks eine weitere Steigerung des Einkommens eine Zunahme von individueller Freiheit, da die Optionen bezüglich der eigenen Lebensführung zunehmen (2013, 122f). Entsprechend impliziert er in der bereits angesprochenen Diskussion mit Paech, dass die Wachstumsdynamik seit dem Zweiten Weltkrieg zu deutlich mehr individueller Freiheit geführt habe (Fücks in *WirtschaftsWoche* 2021, 40:05-40:15; entspr. auch 2013, 139). Vor dem Hintergrund dieser Dimension von Fücks' Freiheitsverständnis erscheint die Gegenwartsgesellschaft als freie und damit positiv zu bewertende Gesellschaft.

Zweitens werden jenseits des Freiheitsbegriffs mindestens andeutungsweise weitere Aspekte von Fücks' Idee des guten Lebens sichtbar. Er beschreibt Aspekte wie die Steigerung der Selbst- und Welterfahrung, Optionsvielfalt, Konsumfreiheit, globale Mobilität, Mode, globale Kommunikation oder Fernsehen affirmativ als zentrale Elemente eines modernen Lebens. Dass global immer mehr Menschen ein solcher Lebensstil möglich wird, sieht Fücks als positive Entwicklung (2013, 25f, 143; 2017, 182f; Fücks in *Heinrich-Böll-Stiftung* 2011, 10:00-11:10 und 18:45-19:20). Dies legt zumindest die Interpretation nahe, dass diese Aspekte für Fücks Teil eines guten Lebens sind.³²⁴ Belegen lässt sich dies für das Beispiel des Fliegens. Während z.B. Paech das Fliegen als eine ökologisch unverträgliche und damit moralisch nicht zu verantwortende Handlung brandmarkt (Pa-

324 Entsprechend wird Fücks von Paech dafür kritisiert, das vorherrschende Wohlstands- und Freiheitsverständnis nicht infrage zu stellen, sondern diesem affirmativ zu begegnen (Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 34:15-35:15). Vor diesem Hintergrund wird nun auch Fücks' Feststellung, dass auch in Europa und in Deutschland die Mehrzahl der Menschen nicht am Überfluss, sondern einem Mangel an Kaufkraft leidet, nachvollziehbarer (2013, 32f; 2017, 177f, 180f). Wenn die oben genannten Aspekte Bestandteil eines guten Lebens sind, ist ersichtlich, weshalb ein weiterer Zuwachs an Einkommen als wichtiges Vehikel für einen Zugewinn an Lebensqualität beschrieben wird.

ech 2020, 179; Paech in WirtschaftsWoche 2021, 27:35-28:00), beschreibt Fücks die immer mehr Menschen zur Verfügung stehende Möglichkeit globaler Mobilität als zivilisatorischen Gewinn (2017, 183). Fliegen diene der Horizonterweiterung und ermögliche u.a. globalen Kulturaustausch, eine international vernetzte Wissenschaft oder Auslandserfahrungen für junge Menschen (ebd.). Ohne an dieser Stelle den Anspruch zu verfolgen, Fücks' Vorstellungen vom guten Leben umfassend rekonstruieren zu können, ist es ausgehend von dieser Grundhaltung naheliegend, einen Ausweg aus der ökologischen Krise ohne grundlegende Infragestellung der Gegenwarts-gesellschaft zu entwerfen.

Das expansive moderne Individuum

Als letzte wichtige Hintergrundannahme lässt sich für Jänicke und Fücks konstatieren, dass sie von einem, in der Mehrzahl nicht zu Mäßigung und Selbstbegrenzung willigen Individuum ausgehen. Bei Jänicke steht dies implizit hinter seiner Aussage, dass Suffizienzstrategien, die auf Genügsamkeit und Abkehr vom Fokus auf materielle Steigerung fokussieren, kaum Aussicht auf Erfolg haben, weil die Menschen dazu nicht bereit seien (2008, 114). Expliziter sichtbar wird diese Prämisse bei Fücks. Auch er ist, wie gezeigt, sehr skeptisch bezüglich der Möglichkeit eines kulturellen Wandels in Richtung materieller Genügsamkeit. An einer Textstelle wird deutlich, welche Annahme hinter dieser Position steht. Dort teilt Fücks zustimmend die These von Peter Sloterdijk (vgl. Sloterdijk 2011, dazu kritisch Ott 2011b), wonach modernen Kulturen der Drang zur Selbststeigerung konstitutiv eingebaut ist. In diesen Kulturen nähmen Überfluss, Verschwendung und Luxus implizit den Status eines Bürgerrechts ein, weswegen Appelle für eine Kultur der Selbstbescheidung erfolglos bleiben müssten (2013, 143; entspr. auch Fücks in WirtschaftsWoche 2021, 18:45-19:50). An gleicher Stelle bezeichnet Fücks die Moderne auch als „Zeitalter expandierender Bedürfnisse“, wobei sich diese Expansion nur durch zwanghafte Maßnahmen beschneiden ließe (2013, 143). Deutlich zum Tragen kommt hier die Annahme eines auf Expansion gerichteten modernen Individuums, das sich nur durch Zwang von diesem Expansionsstreben abbringen lässt. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Strategie grünen Wachstums alternativlos.³²⁵

325 Für von Weizsäcker trifft dieser Punkt nicht zu. Er geht, wie gezeigt, im Gegensatz zu Fücks und Jänicke davon aus, dass zumindest mittel- bis langfristig ein Kulturwandel hin zu Suffizienz und Mäßigung erforderlich und möglich ist.

12.5 Zusammenfassung

Für die Autoren Fücks, Jänicke und von Weizsäcker besteht kein prinzipieller Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, weswegen auch in den reichen Industrienationen weiteres, grünes Wachstum möglich ist. Zudem ist weiteres Wachstum aus funktionalen, strategischen und i.e.S. normativen Gründen unabhängig davon wünschenswert. Davon ausgehend ist im Angesicht der ökologischen Krise keine fundamentale Systemkritik erforderlich. Vielmehr kann die ökologische Krise im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems adressiert werden. Ebenso wenig müssen sich Bedürfnisstrukturen und Lebensstile grundlegend wandeln. Erforderlich ist vielmehr eine massive technische Innovationsdynamik („grüne industrielle Revolution“), die zu einer substanziellen absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch führt. Dies setzt wiederum einen proaktiven Staat voraus, der in ordoliberalem Sinne durch das Aufstellen eines ökologischen Ordnungsrahmens den Innovationsdruck der Marktwirtschaft gezielt auf Ressourcen- und Energieeffizienz lenkt. Zentraler Ansatzpunkt ist dabei die Bepreisung von Umweltverbrauch insbesondere durch marktkonforme Instrumente wie Umweltsteuern und Emissionshandel. Weitere wichtige Handlungsfelder sind die Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit staatlicher und internationaler Institutionen sowie der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten.

Zentrale Akteure der „grünen industriellen Revolution“ sind der rahmensetzende Staat und die Unternehmen als Innovationstreiber. Die Frage, welche Kräfte und Treiber den Staat zum ausschlaggebenden Impulsgeber machen, wird unzureichend beantwortet. Angesprochen werden strategische Allianzen zwischen ökologisch progressiven Interessen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Besonders hervorgehoben wird die Rolle einer kritischen Zivilgesellschaft, die Druck auf Staat und Unternehmen ausübt. Jenseits dessen wird die Verschärfung der ökologischen Krise selbst als wichtiger Treiber einer ökologisch ambitionierteren Staatstätigkeit beschrieben.

Mit Blick auf die erklärenden Hintergrundannahmen lässt sich die Position des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus zum einen auf die optimistische Einschätzung des technologischen Innovationspotentials und den darauf aufbauenden Wachstumsoptimismus zurückführen. Zum anderen ist der realpolitische Fokus auf das politisch Machbare sowie damit

zusammenhängend, die Behandlung der ökologischen Krise als solitäres Problem, ausschlaggebend. Darüber hinaus fußen die Positionen auf der Annahme eines genuin expansiven modernen Individuums (Fücks, Jänicke) sowie bei Fücks auf einem, auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsbegriff und einer spezifischen Idee des guten Lebens.

13 Eingehegter Kapitalismus und Postwachstumspolitiken

Zwischen dem weitgehend systemkonformen Ansatz der Autoren des grünen Wachstums und der in Kapitel 14 aufzuarbeitenden Systemwechsel-Position findet sich eine Zwischenposition. Dieser Perspektive sind die Autoren Loske, Kopatz, Schneidewind und Paech zuzuordnen.³²⁶ Der entscheidende Unterschied zu den Exponenten des grünen Wachstums besteht darin, dass die hier behandelten Autoren wachstumskritischer sind. Deshalb tritt bei ihnen neben den ebenfalls für notwendig erachteten Umbau der technologischen Produktionsbasis die Politik für einen Ausstieg aus der fortwährenden Wachstumsdynamik. Dazu fordern die Denker eine Einhegung des Kapitalismus in Verbindung mit vielfältigen Postwachstumspolitiken. Andererseits, und dies beschreibt das zentrale Abgrenzungskriterium zu den Befürwortern eines Systemwechsels, leiten Loske, Kopatz, Schneidewind und Paech aus ihrer wachstumskritischen Haltung nicht die Notwendigkeit der grundlegenden Überwindung des Kapitalismus ab. Auch die von der Systemwechsel-Position vielfach geforderte radikale Demokratisierung findet sich bei den hier behandelten Denkern nicht. Aufgrund dieser Differenz werden sie im Folgenden auch als reformorientierte Wachstumskritiker bezeichnet.

In der ersten untersuchten Zeitphase findet sich keine entsprechende Position.³²⁷ Es zeigen sich jedoch Überschneidungen einerseits zu Eppler, andererseits zu den demokratischen Systemwechsel-Positionen. Mit Eppler teilen insbesondere die im Folgenden der moderaten Position zugeordneten Autoren die Verbindung von Effizienzrevolution und Postwachstumspolitiken. Während Letztere bei Eppler aber auf den Abbau von Wachstumsabhängigkeiten beschränkt waren, werden bei den hier behandelten Autoren umfassender kulturelle und strukturelle Wachstumstreiber in den Blick genommen. Überschneidungen zu den Exponenten eines demokratischen Systemwechsels ergeben sich v.a. in der Beschreibung alternativökonomischer Ansätze wie Regionalökonomien, Subsistenz- und Tauschwirtschaft sowie kooperativer Wirtschaftsformen.

326 Wie in der Autorenauswahl dargestellt, lassen sich auch die Autoren Ulrich und Göpel dieser Position zuordnen. Da deren Gegenentwürfe aber unkonkreter bleiben als bei den genannten Autoren, werden sie im Folgenden nicht berücksichtigt (vgl. Zusatzkapitel III).

327 Entsprechend findet sich die Beschreibung einer solchen Position in Arbeiten, die auf die Frühphase des ökologisch-politischen Denkens blicken, nicht (vgl. Marten 1983, Eckersley 1992, Dryzek 1997).

Innerhalb der Perspektive der reformorientierten Wachstumskritiker ist zwischen einer moderaten und einer radikaleren Position zu unterscheiden. Während Loske, Kopatz und Schneidewind der Ersten zuzuordnen sind, vertritt Paech den radikaleren Ansatz. Diese stärkere Radikalität bezieht sich v.a. auf:

- die Forderung nach umfassender wirtschaftlicher Schrumpfung im Gegensatz zu einer primär auf Wachstumsunabhängigkeit zielenden moderaten Perspektive.
- daraus hervorgehend die Forderung nach einer deutlich weitgehenderen Einhegung der kapitalistischen Marktwirtschaft und damit einhergehend die stärkere Gewichtung alternativökonomischer Ansätze.
- ebenfalls aus dem starken Wachstumspessimismus hervorgehend weitreichende Forderungen nach Kulturwandel und damit nach Veränderung der individuellen Präferenzstrukturen.

Jenseits dieser Punkte, bei denen Paech dieselbe Stoßrichtung radikaler ausbuchstabiert, zeigen sich weitere Differenzen zu den anderen drei Autoren:

- Paech begreift die ökologische Krise in letzter Instanz als kulturelle Krise, während bei den anderen Autoren stärker die strukturelle Dimension im Vordergrund steht. Daraus ergibt sich, dass bei Paech die Kultur der prioritäre Transformationsgegenstand darstellt.
- Paech ist deutlich staatskritischer als die moderaten Autoren, weshalb er die Rolle des Staates im Transformationsprozess wesentlich zurückhaltender beschreibt.

Im Folgenden wird zunächst die moderate Position bei Loske, Schneidewind und Kopatz dargestellt (Kap. 13.1), bevor näher auf Paech eingegangen wird (Kap. 13.2).

Michael Kopatz (*1971), promovierter Sozialwissenschaftler, arbeitete zwischen 1997 und 2022 als wissenschaftlicher Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und befasste sich insbesondere mit den Schwerpunkten Suffizienz und kommunale Wirtschaftsförderung. Er war u.a. federführend an der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (2008) beteiligt. Kopatz fungierte zudem zwischen 2009 und 2017 an verschiedenen Hochschulen als Lehrbeauftragter im Bereich Umweltpolitik. Seit 2022 ist Kopatz Baudezernent in Marburg. (Kopatz 2018, 410; Wuppertal Institut o.J.)

Reinhard Loske (*1959) promovierte 1996 zur Klimapolitik und habilitierte sich 1999 mit einer Arbeit zur Nachhaltigkeitspolitik. Von 1992 bis 1998 arbeitete er als Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, wo er die Forschungsbereiche Klimapolitik und Zukunftsfähiges Deutschland verantwortete. Daran schloss sich eine politische Karriere an, zunächst bis 2007 als Abgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion sowie ab 2007 als Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen. 2013 übernahm Loske eine Professur für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. Anschließend war er ab 2019 für zwei Jahre als Präsident und Professor für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues. (Loske 2011, 64; Loske o.J.)

Niko Paech (*1960) wurde 1993 in der Volkswirtschaftslehre promoviert und habilitierte sich 2006 mit einer wachstumskritischen Arbeit. Zwischen 2008 und 2016 vertrat er die Professur für Produktion und Umwelt an der Universität Oldenburg. 2010 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 2016 wechselte er an die Universität Siegen, wo er v.a. im Studiengang Plurale Ökonomik lehrt. Darüber hinaus war Paech ab 2010 über mehrere Jahre Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. (Paech 2014, 155; Postwachstumsoekonomie o.J.)

Uwe Schneidewind (*1966), studierter Ökonom, hatte zwischen 1997 und 2010 die Professur für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg inne. Von 2010 bis 2020 leitete Schneidewind das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und war Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal. Zudem fungierte er über zwei Berufungsperioden von 2013 bis 2020 als Mitglied im WBGU. Schneidewind war Teil der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ und ist langjähriges Mitglied des Club of Rome. 2020 wechselte Schneidewind in die Politik und wurde als gemeinsamer Kandidat von CDU und GRÜNEN zum Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal gewählt. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 171; Schneidewind 2019, Klappentext; Stadt Wuppertal o.J.)

13.1 Moderate Position: Einhogung des Marktes und Wachstumsunabhängigkeit

Die Position von Loske, Kopatz und Schneidewind wird im Folgenden wiederum gegliedert nach Krisenanalyse (Kap. 13.1.1), Alternativentwurf (Kap. 13.1.2), Vorstellungen vom Prozess des Wandels (Kap. 13.1.3) und erklärenden Hintergrundannahmen (Kap. 13.1.4) dargestellt.

13.1.1 Krisenanalyse

Die zentrale Differenz zu den Autoren des grünen Wachstums, die für notwendig erachtete Überwindung der Wachstumsdynamik, ergibt sich aus einer skeptischeren Positionierung in der Wachstumsfrage (Kap. 13.1.1.1). Aus dieser skeptischeren Haltung folgt, dass die Autoren in der kausalen Krisenbegründung nicht nur die Qualität des Wachstums, sondern auch das Wachstum an sich und somit dessen Wurzeln und Treiber in den Blick nehmen (Kap. 13.1.1.2).

13.1.1.1 Skeptische Positionierung in der Wachstumsfrage

Die Denker des grünen Wachstums eint die Einschätzung, dass kurz- bis mittelfristig keine gezielte Überwindung bzw. Einhogung der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik erforderlich ist. Dies gestaltet sich für die hier behandelten Autoren anders. Sie sehen einen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, weswegen sie sich deutlich skeptischer bezüglich der Möglichkeit grünen Wachstums zeigen. Hinzu kommt, dass die Autoren weiteres wirtschaftliches Wachstum in den reichen Industrienationen unabhängig von ökologischen Erwägungen nicht für wünschenswert erachten. Daraus ergibt sich in der Summe der wachstumspolitische Imperativ einer Einhogung der Wachstumsdynamik und zunehmender Unabhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum.

Bezüglich der Frage der Machbarkeit grünen Wachstums lassen sich zwei Argumentationslinien unterscheiden, die aber beide zum gleichen Ergebnis führen. Im ersten Argumentationsstrang wird die Möglichkeit, die ökologischen Reduktionserfordernisse bei weiterem wirtschaftlichem Wachstum im Sinne von grünem Wachstum zu erreichen, stark bezweifelt. Paradigmatisch bemerkt Loske:

“Ebenso unzweifelhaft ist [...], dass ein permanentes Wachstum der Wirtschaft es zu einem aussichtslosen Unterfangen macht, die notwendigen Umweltziele allein durch eine höhere Effizienz der Ressourcennutzung und eine Umstellung auf erneuerbare Energien und Rohstoffquellen zu erreichen” (2011, 15).

Entsprechend konstatieren auch die weiteren Autoren, dass sich durch eine Strategie des grünen Wachstums die planetaren Leitplanken nicht einhalten lassen. Die Ansicht, bei fortwährendem Wachstum durch technische Innovationen zu den angezeigten absoluten Verbrauchssenkungen zu kommen, wird als illusionär bzw. aussichtslos bezeichnet. Ein zentrales Argument sind dabei Rebound-Effekte, die Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch abschwächen oder kompensieren.³²⁸ (Loske 2015, 43, 62f, 104, 130; 2011, 6, 9-15, 55; 2012, 25-30; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17-20, 51; 2019, 49, 55-60, 81, 129f, 343; Kopatz 2018, 381f)

Deutlich wird, dass hinter dieser Positionierung eine skeptischere Haltung zum technologischen Lösungspotenzial steht. Beispielsweise beschreibt es Loske als eine trügerische Hoffnung, mit einem technologiezentrierten Ansatz bei anhaltender Wachstumsorientierung eine Faktor-10- oder auch eine Faktor-5-Strategie, wie sie von Fücks und von Weizsäcker proklamiert wird, zum Erfolg zu führen (2015, 64). Den Glauben, über technologische Veränderungen auf den Pfad zur Nachhaltigkeit zu kommen, gelte es mit einem realistischen Blick auf die technologischen Möglichkeiten fahren zu lassen (ebd.). Dabei betonen die Autoren, keine technikfeindliche Haltung einzunehmen, aber andererseits den starken Technologieoptimismus der grünen Wachstums-Perspektive nicht zu teilen (Loske 2012, 27-30, 39f; 2015, 21, 58-64; Kopatz 2018, 43, 381f; Schneidewind in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 22:10-23:40, 35:30-38:05). Loske und Kopatz grenzen sich explizit von Fücks und dessen Technikoptimismus ab. Am konkreten Beispiel veranschaulichen lässt sich die skeptischere

328 Bereits hingewiesen wurde in dieser Hinsicht auch auf die differente Bewertung der Empirie. Anders als Fücks sieht Loske keine empirischen Beispiele, in denen eine substanzielle absolute Entkopplung von Wachstum einerseits sowie Emissionen und Ressourcenverbrauch andererseits durch technischen Fortschritt erreicht wurde. Die evidenten Beispiele für eine solche Entkopplung in Deutschland führt er anders als Fücks zwar auch auf technischen Fortschritt und damit einhergehende Effizienzgewinne, maßgeblich aber auf die Verlagerung schmutziger Industrien in andere Weltregionen sowie die Substitution der besonders CO₂-intensiven Rohbraunkohle nach Zusammenbruch der DDR zurück (Heidemann 2014: Fücks 6:00 - 8:40, Loske 10:15-10:45; ähnlich Loske 2012, 26).

Einschätzung des technischen Innovationspotenzials mit Blick auf die Zukunft des Flugverkehrs, zu der sich Kopatz verhält. Fücks hatte sich optimistisch gezeigt, durch technische Innovationen trotz des massiv steigenden Flugaufkommens zu absoluten Verbrauchs- und Emissionsenkungen zu kommen. Im Gegensatz dazu hält es Kopatz für unrealistisch, durch technische Innovationen bei den gleichzeitig prognostizierten Wachstumsraten des Flugverkehrs die erforderlichen CO₂-Einsparungen zu erreichen. Erforderlich sei deshalb eine Begrenzung des Flugaufkommens auf dem gegenwärtigen Niveau (2018, 44f).

In dieser ersten Argumentationslinie zeigen sich die drei Denker prinzipiell skeptisch gegenüber zukünftigem Wirtschaftswachstum. Bei Kopatz findet sich eine zweite, etwas abweichende Argumentationslinie, die an Eppler erinnert. Demnach sei nicht abzusehen, ob die Wirtschaft innerhalb politisch eingezogener ökologischer Grenzen weiterwächst, stagniert oder schrumpft. Aufgrund dieser Unsicherheit ergibt sich die Notwendigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft unabhängig von Wirtschaftswachstum zu gestalten. Ein mögliches Wirtschaftswachstum dürfe nur noch mögliche Resultante, aber kein Selbstzweck mehr sein (2018, 44, 281, 366).³²⁹ Das Ergebnis ist in beiden Argumentationslinien ähnlich: Wirtschaft und Gesellschaft müssen von Strukturen, Institutionen und kulturellen Prägungen, die auf fortwährendes Wirtschaftswachstum gerichtet sind, befreit werden.

Neben der Skepsis bzw. Ungewissheit bezüglich der ökologischen Machbarkeit halten die Autoren weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen nicht für wünschenswert. Erstens wird als zentraler Punkt angeführt, dass es keinen Zusammenhang mehr zwischen steigendem BIP und der Lebenszufriedenheit der Menschen gebe. Vielmehr würde Letztere oberhalb eines Einkommensniveaus, auf dem die materiellen Grundbedürfnisse gedeckt sind, in erster Linie von nicht-materiellen Faktoren wie Gesundheit, Genussfähigkeit, Freundschaft, Gemeinschaft oder sinnhafter Betätigung, nicht aber von materieller Steigerung abhängen. In der „Überflussgesellschaft“ (Kopatz 2018, 28; S 2019, 70) ist also aus Sicht der Autoren kein weiteres Wirtschaftswachstum für die Steigerung der Lebensqualität

329 Mit Petschow et al. lässt sich diese Position als „vorsorgende Postwachstumsposition“ bezeichnen. Demnach sind Postwachstumspolitikern erforderlich, weil nicht zu bestimmen ist, ob weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen möglich ist. (2018, 42ff)

erforderlich.³³⁰ Vielmehr zeigen sich aus ihrer Sicht bereits negative Folgen der starken Wachstumsorientierung. Dies bezieht sich erstens auf die negativen Folgen eines zu hohen materiellen Wohlstandsniveaus, das oft eher Ballast darstelle und von anderen nicht-materiellen Wohlstandsgütern ablenke. (Loske 2011, 7ff; 2015, 14; Schneidewind 2019, 60f, 176f, 183; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33, 118; Kopatz 2018, 28, 31, 257f, 273f, 363)

Zweitens geht eine auf Wachstum fokussierte Gesellschaft aus ihrer Perspektive mit einer konsumistischen Alltagskultur einher, in der sich das Bestreben der Individuen maßgeblich auf materielle Steigerung fokussiert (vgl. vertiefend Kap. 13.1.1.2). Dieser materialistische Fokus wiederum halte von der Befriedigung wichtiger nicht-materieller Bedürfnisse ab. Zugleich setze er voraus, große Teile der eigenen Lebenszeit in immer anspruchsvoller werdende Erwerbsarbeit zu investieren, was wiederum die Zeit für die Befriedigung anderweitiger Bedürfnisse mindert. (Schneidewind 2019, 175f, 365; Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Loske 2011, 8; Kopatz 2018, 272ff)

Drittens und damit zusammenhängend führe der Steigerungsdrang von Wirtschaft und Konsumenten zu einer auf fortwährende Rationalisierung und Beschleunigung fokussierten Arbeitswelt. Diese gehe mit einem Zwang zu individueller Beschleunigung und Selbstoptimierung einher, was wiederum negative gesellschaftliche und individualpsychologische Folgen wie die Zunahme von Stress, Depressionen und Burn-Out zur Folge habe. (Schneidewind 2019, 87ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 13, 16; Loske 2015, 187; 2011, 8; Kopatz 2018, 272, 274ff)

Neben die ökologische Wachstumskritik tritt somit, wie bereits bei den wachstumskritischen Denkern der ersten Zeitphase, eine soziale Wachstumskritik, nach der weiteres Wirtschaftswachstum bzw. die gesellschaftliche Wachstumsorientierung kollektivem und individuellem Wohlergehen eher ab- als zuträglich sind.³³¹

Zuletzt ist auf die Wachstumsabhängigkeit wichtiger gesellschaftlicher Bereiche (z.B. Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Schuldentilgung) einzugehen, die v.a. bei Fücks als Argument für weiteres Wachstum ins Feld geführt werden. Diese Wachstumsabhängigkeiten erkennen die hier behandelten wachstumskritischeren Autoren zwar an, sehen diese aber in Anbetracht der

330 Die Autoren verweisen diesbezüglich auch auf die Erkenntnisse der Glücksforschung (Loske 2011, 7f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36; Kopatz 2018, 273f).

331 Statt auf weiteres Wachstum sei für die Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens und der Lebenszufriedenheit der Menschen primär auf eine gerechtere Verteilung des materiellen Reichtums zu fokussieren (Schneidewind/Zahrnt 2013, 47f; Loske 2011, 8f; Kopatz 2018, 28, 363).

ökologischen Unverträglichkeit und der ausbleibenden Wohlfahrtseffekte des Wachstums nicht als Argumente für weiteres Wachstum, sondern als zu reformierende Transformationshindernisse. (Kopatz 2018, 42f; Schneidewind 2019, 81f; Loske 2011, 17ff)

In der Summe ergibt sich für Loske, Schneidewind und Kopatz ein anderer wachstumspolitischer Imperativ als in der Perspektive des grünen Wachstums. Demnach gilt es einerseits die Treiber, die einen gesellschaftlichen und politischen Fokus auf Wirtschaftswachstum zeitigen, zu adressieren. Andererseits sind Wirtschaft und Gesellschaft so umzugestalten, dass sie in ihrer Stabilität nicht mehr von fortwährendem Wirtschaftswachstum abhängen. Die drei Denker sind der Überzeugung, dass auf Wachstum angelegte Institutionen und Lebensstile nicht zukunftsfähig sind (zum ges. Absatz bis hierher Kopatz 2018, 45f, 281, 284; Loske 2011, 17ff; 2015, 34f, 43; Schneidewind 2019, 453; Schneidewind/Zahrnt 2013, 8, 51f, 145). Somit geht es mit Schneidewind/Zahrnt darum, Wege aus der Krise jenseits des grünen Wachstums zu suchen (2013, 8). Ziel ist dabei, wie Schneidewind im Rückgriff auf Welzer formuliert, die gesellschaftlichen Errungenschaften der Moderne wie insbesondere Freiheit, persönlich Entfaltung, Frieden und Gerechtigkeit zu erhalten, ohne auf immer weiteres materielles Wachstum angewiesen zu sein (2019, 453f). Entsprechend fordert Loske eine gute Gesellschaft ohne Wachstumszwang (2012, 66).

13.1.1.2 Gemeinsame Grundzüge der Krisenbegründung

Ausgehend von dieser wachstumskritischen Positionierung lässt sich eine weitreichendere Krisenbegründung rekonstruieren als bei den Autoren des grünen Wachstums. Wie diese sehen Kopatz, Loske und Schneidewind eine wichtige Ursache der ökologischen Krise in der Qualität des bisherigen Wachstums, das maßgeblich auf einer fossilen Ressourcenbasis und auf ökologisch ineffizienten Produktionsprozessen beruht. Dies wird nicht von allen Autoren expliziert, kommt aber deutlich zum Tragen, wenn sie in ihren Alternativentwürfen Effizienz- und Konsistenzstrategien eine zentrale Rolle im Transformationsprozess zuweisen (Loske 2011, 15; 2015, 41f, 102f; Kopatz 2018, 18, 381f; Schneidewind 2019, 55-59, 78, 150f, 347ff). Beispielsweise legt Loske dar, dass man für die Zukunft des Planeten nur schwarzsehen könne, wenn keine umfassende Transformation der technologischen Produktionsbasis erfolge (2011, 15). Dabei gilt auch für die hier behandelten Autoren, dass dieser sorglose Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als maßgebliche Folge einer unzureichenden ökologischen Rahmung

der Marktwirtschaft verstanden wird. Diese unzureichende Rahmung ermöglicht aus ihrer Sicht die Externalisierung ökologischer Folgekosten und lässt somit die Übernutzung natürlich Ressourcen als wirtschaftlich rational erscheinen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f; Schneidewind 2019, 90, 96ff; Loske 2015, 41f, 102f, 130f, 135-138, 141-148; Kopatz 2018, 368ff). Paradigmatisch bemerkt Kopatz, dass Märkte sich so entwickeln, wie es die Rahmenbedingungen vorgeben: Wenn diese beispielsweise die wahren Kosten von globalem Warentransport nicht abbilden, entstehe ein falscher Anreiz, weit verzweigte und transportintensive Produktionsketten aufzubauen, deren negative Folgekosten z.B. in Form eines hohen CO₂-Ausstoßes externalisiert werden (2018, 15f). Im Zuge dieser falschen Anreizstrukturen weisen die Autoren auch auf das Problem umweltschädlicher Subventionen hin (ebd., 352, 367f; Loske 2015, 138f).

Die Wurzeln der Wachstumsdynamik

Doch ist die Problematisierung der Qualität des Wachstums aus Sicht der hier behandelten Denker nicht hinreichend. Vielmehr ist andererseits auch das Wachstumsstreben an sich zu hinterfragen, woraus sich die Frage ergibt, was die tieferen Ursachen und Treiber der Steigerungslogik sind? Diesbezüglich kann, wie bereits für die wachstumskritischen Positionen der ersten Zeitphase, analytisch zwischen strukturell-institutionellen und kulturellen Wachstumstreibern unterschieden werden.

Bezüglich der strukturellen Wurzeln werden auf Akteursebene zwei maßgebliche Akteursgruppen angesprochen, die, angetrieben von spezifischen strukturellen Gegebenheiten, den Wachstumsprozess befördern: der Staat und die Unternehmen. Im Hinblick auf die Unternehmen teilen die Autoren die Diagnose eines systematischen Wachstumszwangs durch das gegebene ökonomische System. Demnach haben Unternehmen in der wettbewerbsbasierten Marktwirtschaft einen strukturellen Anreiz auf Wachstum abzielen, da dies wichtige Grundlage für Investitionen ist, die wiederum die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten oder stärken sollen (Kopatz 2018, 23, 31ff, 35f, 325; Loske 2011, 30-34; 2015, 34f, 179f; Schneidewind 2019, 42, 76, 453).³³² Daraus leiten die Denker, anders als die Systemwech-

332 Auch an anderen Stellen klingt durchaus eine grundlegende Systemkritik an. Für Schneidewind ist die Akkumulation ein zentrales Prinzip des Kapitalismus, wonach nur ökonomischer Erfolg die Grundlage für die Vergrößerung des Kapitalstocks und damit die Voraussetzung für neue ökonomische Aktivität schaffe (2019, 76). Außerdem konstatiert er, dass im Kapitalismus individuelles Streben nach Gewinn

sel-Positionen, aber keine generelle Absage an den auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb basierenden Kapitalismus ab. Diesen gilt es zwar einzuschränken, aber nicht grundlegend zu überwinden (Kap. 13.1.2). Vielmehr fokussieren sie auf spezifischere Wachstumstreiber, welche den Wachstumsdruck auf die Unternehmen verstärken.³³³

Erstens werden die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und die damit einhergehende starke Globalisierung problematisiert, welche den Wettbewerb und damit den Wachstumsdruck auf Unternehmen verstärken (Kopatz 2018, 16, 23, 35f; Loske 2015, 32-35).

Als zweiter damit verbundener Aspekt führen liberalisierte Finanzmärkte aus Sicht der drei Denker zu einem zusätzlichen Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft. Grundsätzlich erlege die Gewinnerwartung von Anlegern Unternehmen einen Wachstumsdruck auf. Dieser Wachstumsdruck habe sich durch die seit den 1980er-Jahren erfolgte Liberalisierung und Globalisierung des Kapitalverkehrs zunehmend intensiviert.³³⁴ Heutzutage sei Kapital global mobil und werde dort investiert, wo die besten bzw. höchsten Wachstumsaussichten zu erwarten sind. Nur wenn Unternehmen hohe Wachstumsraten in Aussicht stellen, seien sie attraktiv für Anleger. (Kopatz 2018, 31ff; Schneidewind 2019, 410-414; Loske 2011, 33, 54)

Im Zusammenhang mit der Problematisierung der Finanz- und Kapitalmärkte sehen die Autoren drittens das gegenwärtige Geldsystem, in dem Privatbanken durch Kreditvergabe Geld schöpfen, auf das dann wiederum Zinsen anfallen, als wichtigen Wachstumstreiber. In diesem Geldsystem sucht, wie Loske es ausdrückt, eine enorme Menge an geschöpftem Buchgeld eine profitable Verwendung. Die Kreditnehmer, und damit die Unternehmen, müssten dann Tilgung, Zinsen und Gewinne erwirtschaften, was

und Maximierung des Eigennutzes dominiere (ebd., 71). Entsprechend sieht Kopatz die expansive Dynamik in den Industriegesellschaften als Folge des Gewinnstrebens des Kapitals (2018, 55). Diese Passagen erinnern an die Argumentation der antikapitalistischen Systemwechsel-Denker, die daraus die Unvereinbarkeit des Kapitalismus mit ökologischer Nachhaltigkeit schlussfolgern. Eben dieser prinzipielle Schluss findet sich bei den hier behandelten Denkern nicht.

- 333 Als Auswüchse des Wachstumsstrebens unter Konkurrenzbedingungen werden u.a. Preisdumping, geplante Obsoleszenz, die Unterwanderung von (Umwelt-)Standards sowie die Werbeflut problematisiert (Schneidewind/Zahrnt 2013, 138; Schneidewind 2019, 185; Kopatz 2018, 16, 58ff, 162-166; Loske 2011, 23f; 2015, 121).
- 334 Kopatz nennt als Beispiel für solche Liberalisierungsschritte die deutlich schwächere nationale Kontrolle von Anlageprodukten und Finanzmarktakteuren, die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen oder die Aufhebung der Trennung von Kreditgeschäft und Investmentbanking bei Banken (2018, 31).

einem starken Wachstumsdruck gleichkomme.³³⁵ (Kopatz 2018, 27, 361; Schneidewind 2019, 81f; Loske 2011, 52; 2012, 71)

Viertens wird die Unternehmensform als wichtiger Faktor für die Wachstumsorientierung von Unternehmen gesehen. Demnach sei der (kurzfristige ausgerichtete) Wachstumsfokus bei shareholder-orientierten Unternehmen wie insbesondere Aktiengesellschaften besonders ausgeprägt und systematisch in ihrer Struktur angelegt. Für Loske, und angedeutet bei Kopatz, spielt auch die Größe der Unternehmen eine Rolle, wobei große Unternehmen eine stärkere Orientierung an Wachstums-, Gewinn- und Anlegerinteressen aufweisen würden. (Loske 2011, 33ff; 2012, 68; 2015, 13, 176, 179ff; Kopatz 2018, 33f, 325-331; Schneidewind 2019, 383-388).

Fünftens wird jenseits der einzelnen Unternehmen die starke Arbeitsteilung problematisiert. Wenn jedes Unternehmen unter Wachstumsdruck steht, so die Argumentation, folgt in einer stark arbeitsteiligen Wirtschaft, dass auf jeder Stufe der Produktionskette Gewinne und Wachstum erzielt werden müssen. Damit nimmt der akkumulierte Wachstumsdruck mit steigender Arbeitsteilung zu. (Kopatz 2018, 339f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 57)

Neben den Unternehmen ist der Staat aus Sicht der Autoren maßgeblicher Treiber der Wachstumsdynamik, weil viele elementare gesellschaftliche Bereiche vom Wirtschaftswachstum abhängig sind. Als solche Wachstumsabhängigkeiten werden, in Übereinstimmung mit den Autoren des grünen Wachstums, vor allem die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme sowie generell Umverteilungsmöglichkeiten, die Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei steigender Arbeitsproduktivität sowie die Eindämmung bzw. Reduzierung der Staatsverschuldung beschrieben. Als weitere Abhängigkeiten werden von einzelnen Denkern die demokratische Stabilität und die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit besprochen. In der Summe folge aus diesen Abhängigkeiten ein starker politischer Fokus auf Wirtschaftswachstum, was sich in vielfältigen politischen Maßnahmen zur Förderung von Wirtschaftswachstum äußere. Kopatz und Schneidewind setzen hinzu, dass diese Wachstumsorientierung die gesamte etablierte Parteienlandschaft kennzeichne. (Loske 2015, 34f; 2011, 25f, 55f; Kopatz 2018, 37f, 40ff, 243; Schneidewind/Zahrnt 2013, 36, 124ff, 141f; Schneidewind 2019, 82)

335 Inwiefern die Diagnose eines aus dem Geldsystem folgenden Wachstumszwanges tatsächlich zutrifft, ist in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur umstritten. Prominent begründet wurde dieser Zusammenhang von Binswanger (v.a. 2006), auf den sich z.B. auch Loske (2011, 52; 2015, 190) und Schneidewind (2019, 81f) berufen. Binswangers Befund wird jedoch infrage gestellt, siehe z.B. Petschow et al. 2018, 98.

Abgesehen von den strukturellen Aspekten thematisieren die Autoren auch kulturelle Wachstumstreiber. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Problematisierung der aus ihrer Sicht auf materielle Steigerung fokussierten Alltagskultur und dem damit einhergehenden Konsumismus, der mit den planetaren Grenzen dauerhaft nicht vereinbar sei (Schneidewind/Zahrnt 2013, 130ff; Kopatz 2018, 55f, 257f, 346f; Loske 2015, 13, 121, 187; 2011, 7, 24). Loske spricht von einer „konsumorientierten Leitkultur“ (2011, 24), in der, wie Schneidewind/Zahrnt bemerken, viele Menschen „dem Glücksversprechen der Konsumwelt“ hinterherlaufen (2013, 132). Der Konsument, so Kopatz, könne anscheinend nie genug haben und ließe sich leicht verführen (2018, 55). An anderer Stelle konstatiert er eine „Verschwendungssucht“, die es zu therapieren gelte (2018, 386). Damit lässt sich bereits an dieser Stelle festhalten: Anders als die Autoren des grünen Wachstums sehen die hier behandelten Autoren keine Lösung der ökologischen Krise im vorherrschenden Kulturmodell. Vielmehr müssen die Kultur und damit auch Werteordnungen und Bedürfnisstrukturen problematisiert werden.

Woher aber rührt die starke Konsumorientierung? Dabei ist zwischen drei Argumentationslinien zu unterscheiden. Zum einen gingen mit der Konsumkultur entsprechende soziale Anerkennungsmechanismen einher, wonach sozialer Status vorwiegend über Besitz und Konsumgüter ausgedrückt wird. Dies führe in eine Statusrettmühle, die kein „genug“ kenne. Dieser Konkurrenzkampf um sozialen Status treibe die Wachstumsdynamik maßgeblich mit an. In diesem Zusammenhang beschreibt Loske auch soziale Ungleichheit und starke gesellschaftliche Hierarchien als Wachstumstreiber, da diese ein ständiges mimetisches Begehren nach dem Status der Oberen befeure. In dieser ersten Argumentationslinie ist der Konsumismus Ausdruck von Statusstreben. (Schneidewind 2019, 76f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130, 133; Kopatz 2018, 55f, 258; Loske 2011, 8f; 2015, 202f)

Dies kann jedoch noch nicht erklären, wo die Konsumkultur selbst ihren Ursprung hat. Im Zuge dessen beschreiben die Autoren zum Zweiten einen kausalen Zusammenhang zwischen expansiver Konsumkultur und wachstumsfokussierter Ökonomie. Zentrale Wurzel der Konsumkultur ist demnach die Wirtschaft, deren Expansionsdrang sich insbesondere durch omnipräsente Werbung in immer neue materielle Bedürfnisse übersetzt (Kopatz 2018, 58-61, 175, 257; Loske 2011, 23f; 2015, 13, 121; Schneidewind 2019, 70). Wie Loske formuliert, sind „die wachstumsgetriebene Innovationsbeschleunigung auf der Angebotsseite und der Hunger auf Neues auf der Nachfrageseite sehr eng verwoben“, wobei die „allgegenwärtige

Werbung“ die „Brücke zwischen diesen beiden Welten“ bilde (2015, 121). Entsprechend werde, so Loske an anderer Stelle, „hart an der Produktion immer neuer Bedürfnisse gearbeitet“ (2011, 57). Kopatz (2018, 58ff) und Loske (2011, 23f) geben einhellig zu bedenken, dass bereits Kinder durch manipulative Werbung auf Überkonsum konditioniert würden. Aus dieser Perspektive besteht also eine direkte Verbindung zwischen dem Wachstumsdruck der Wirtschaft und der Konsumkultur. Die konsumorientierten Bedürfnisstrukturen werden maßgeblich durch intentional gesetzte äußere Anreize geformt.

Eine dritte Quelle der Konsumorientierung lässt sich mit dem Stichwort des kompensatorischen Konsums fassen. Nach Loske versuchen Individuen durch Konsum anderweitige, in der Gegenwartsgesellschaft frustrierte Bedürfnisse z.B. nach sinnstiftender Tätigkeit oder sozialer Gemeinschaft zu kompensieren (2011, 8). Etwas anders gelagert ist die Argumentation bei Schneidewind. Er legt dar, dass die Teilhabe an der Konsumgesellschaft als Kompensation bzw. Belohnung für die zunehmenden Leistungserfordernisse in der auf fortwährende Optimierung und Beschleunigung fokussierten Arbeitswelt gesehen werden (2019, 89). In beiden Fällen ist die Konsumorientierung wiederum nicht authentisches Bedürfnis, sondern induziert durch spezifische gesellschaftliche Verhältnisse.

Das staatliche Handlungsdefizit

Abschließend ist die Frage zu stellen, warum der Staat aus Sicht der drei Denker bisher keine ausreichenden politischen Antworten auf die ökologische Krise gegeben hat. Dafür lassen sich aus den Beiträgen der Autoren verschiedene Begründungslinien rekonstruieren, wobei sich deutliche Überschneidungen zu den Denkern des grünen Wachstums zeigen.

Eine erste Ursache wurde oben mit dem aus den genannten Wachstumsabhängigkeiten folgenden Wachstumstreben des Staates bzw. der politischen Entscheidungsträger bereits thematisiert. Ein solcher politischer Wachstumsfokus führe u.a. dazu, dass keine wachstumsgefährdenden Regelungen getroffen werden und ökologisch unverträgliche Branchen weiter subventioniert werden, solange sie Wachstum versprechen. Hier klingt das auch bei Jänicke, von Weizsäcker und Eppler vorgetragene Argument an, dass ein Politikfokus auf möglichst hohes Wirtschaftswachstum den Blick auf die erforderlichen Nachhaltigkeitspolitiken verstellt. (Kopatz 2018, 40f; Schneidewind 2019, 82; Schneidewind/Zahrnt 2013, 36f, 142; Loske 2011, 55f)

Als zweites wichtiges Hindernis für ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik wird Lobbyismus beschrieben. Demnach sind die Potenziale zur Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsprozesse sehr ungleich zugunsten mächtiger Wirtschaftsinteressen verteilt, weswegen sich politische Entscheidungen häufig an diesen Interessen orientieren.³³⁶ (Kopatz 2018, 46ff, 50-53, 354f, 383; Schneidewind 2019, 332, 337f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 100; Loske 2015, 232, 234)

Drittens findet sich bei Kopatz und insbesondere Loske eine grundsätzliche Problematisierung des bestehenden demokratischen Institutionengefüges. Während Kopatz lediglich an einer Stelle darauf hinweist, dass tiefgreifende bzw. einschneidende Veränderungen im Umwelt- und Klimaschutz von den politischen Entscheidungsträgern nicht angegangen werden, weil sie ihre Wiederwahl nicht gefährden wollen (2018, 62), setzt sich Loske konkreter mit diesem Aspekt der Kurzsichtigkeit der Demokratie auseinander. Er konstatiert eine strukturelle Kurzfristorientierung demokratischer Politik, die maximal in der Perspektive von Legislaturperioden denke, was den langfristig auszurichtenden Nachhaltigkeitsanforderungen widerspreche. Es gelinge im Rahmen des derzeitigen Institutionensystems bei weitem nicht, Zukunftsinteressen angemessen zu berücksichtigen. Vielmehr seien diese z.B. durch den Deutschen Nachhaltigkeitsrat, den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung oder den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung nur schwach im politischen System der BRD verankert. Hinzu komme eine Zersplitterung der Zuständigkeiten, sodass die Kompetenzen im Bereich Nachhaltigkeitspolitik auf viele verschiedene Ressorts verteilt seien. (Zum ges. Absatz 2015, 13, 232-235)

Auf internationaler bzw. globaler Ebene wird viertens die schwache Stellung des Nationalstaats gegenüber dem global mobilen Kapital im „neoliberalen Zeitalter“ (Loske 2015, 33) als zentrales Hindernis thematisiert.³³⁷ Da Letzteres jederzeit mit Abwanderung drohen könne, habe sich die Politik mehr und mehr an Kapitalinteressen ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wird auch der massive Standortwettbewerb zwischen den Staaten problematisiert. Im Zuge dessen findet sich bei Kopatz auch die bereits durch von Weizsäcker vorgetragene Kritik an der starken internationalen Freihand-

336 Dies vertiefend gibt Schneidewind zu bedenken, dass es oft Bündnisse zwischen Regierungen und Schlüsselindustrien gebe, die dann im Namen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit eine Nachhaltigkeitswende ausbremsen (2019, 362).

337 Bei Loske (2015, 32ff) und Kopatz (2018, 21f) verbindet sich dies mit einer generellen Kritik am neoliberalen Dogma des schwachen Staates, wonach sich dieser aus den marktwirtschaftlichen Prozessen weitgehend heraushalten soll.

delsorientierung, die sich z.B. in immer mehr Freihandelsabkommen oder den auf Freihandel fokussierten Regelungen der WTO niederschlägt und einer ambitionierten Umweltpolitik auf nationaler Ebene ebenfalls im Wege stehe. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 32; Schneidewind 2019, 362; Loske 2015, 32ff; Kopatz 2018, 28ff, 37f)

13.1.2 Alternativentwurf: Effizienzrevolution und Postwachstumspolitiken

Die Krisenanalyse, die einerseits die Qualität des ökonomischen Wachstums, gleichzeitig aber das Wachstum an sich problematisiert, drückt sich entsprechend in den Alternativentwürfen aus. Wie in der Perspektive des grünen Wachstums wird ein ökologischer Umbau der technologischen Basis im Sinne von Effizienz und Konsistenz als Voraussetzung für einen Weg zu ökologischer Nachhaltigkeit beschrieben (Kap. 13.1.2.1). Gleichzeitig, dies markiert den zentralen Unterschied zu den Alternativentwürfen von Fücks, Jänicke und von Weizsäcker, bedarf es der Überwindung bzw. gezielten Einhegung der Wachstumsdynamik durch Postwachstumspolitiken (Kap. 13.1.2.2). Loske spricht von einer „Doppelstrategie aus ökologischer Modernisierung und der Reduzierung von Wachstumszwängen“ (2012, 64, entspr. 29f). Entsprechend soll auch Kopatz' Ansatz zu einer „Koevolution von Technik und Kultur, von Effizienz und Suffizienz“ führen (2018, 382; ähnlich Schneidewind 2019, 55f, 59f, 64, 78, 81, 130). Jenseits dieser beiden Stoßrichtungen werden in den untersuchten Beiträgen als drittes Handlungsfeld Veränderungen am politischen System gefordert, die dessen ökologische Leistungsfähigkeit steigern sollen (Kap. 13.1.2.3).

13.1.2.1 Effizienzrevolution und Umbau der Produktionsprozesse

Der ökologische Umbau der Produktionsprozesse nach dem Leitbild der Ressourceneffizienz und Umweltverträglichkeit stellt für die drei Denker ein zentrales Handlungsfeld ökologischer Politik dar. Wie Loske vorgibt, bedarf es „einer Transformation der menschgemachten Technologie [...], um unseren deutlich zu hohen Nutzungsdruck auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu reduzieren“ (2011, 15). Erforderlich sei eine „radikale Verbesserung der Effizienz bei der Nutzung von Energie, Ressourcen und Flächen, weil nur so überhaupt ein anständiges und ökologisch einigermaßen verträgliches Leben für heute sieben und Mitte des Jahrhunderts neun bis zehn Milliarden Menschen denkbar und möglich“ sein wird (2015, 41f).

Entsprechend plädieren Loske (2015, 102) und Schneidewind (2019, 56) in expliziter Anlehnung an von Weizsäcker für eine „Effizienzrevolution“. Sowohl bezüglich der Zielrichtung als auch der politischen Initiierung dieser Effizienzrevolution zeigen sich sehr weitreichende Überschneidungen zu den Exponenten des ökologischen Kapitalismus. Die Zielrichtung des Umbaus besteht v.a. in der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz, der Substitution nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energien, der möglichst geschlossenen Kreislaufführung von Ressourcen, der Reduktion von umweltschädlichen Emissionen sowie der Bioökonomie. Umgesetzt werden soll dies, indem die produktive und innovative Kraft der Marktwirtschaft durch eine veränderte Rahmensetzung auf ökologische Ziele gerichtet wird. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 30f; 2012, 64; 2015, 43, 130, 159f; Kopatz 2018, 21f, 25f, 381f; Schneidewind 2019, 56-59, 73, 97; Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f)

Auch die konkreten Instrumente sind weitgehend deckungsgleich zu Fücks, Jänicke und von Weizsäcker (Loske 2012, 64, 70; 2015, 42, 102f, 106f, 132f, 136-139, 141-160, 189, 208; Kopatz 2018, 116-121, 146ff, 167f, 181, 195f, 364, 367-371; Schneidewind/Zahrnt 2013, 43f, 64f, 77, 107-110, 138; Schneidewind 2019, 58f, 89, 97f, 153, 348f, 354f):

- Schwerpunktsetzung auf ökonomische Instrumente, die für die Internalisierung externer Folgekosten sorgen (ökologische Steuerreform, Emissionshandel)³³⁸

338 Analog zu den Autoren des grünen Wachstums wird die langfristig angelegte und schrittweise Anhebung der Preise bzw. Steuern angemahnt, sodass Investitionssicherheit gewährleistet wird (Loske 2015, 146; Kopatz 2018, 371). Wie bei Fücks, Jänicke und von Weizsäcker sollen die Preisanstiege für Ressourcenverbrauch an die durch Innovationen realisierten Effizienzgewinne geknüpft werden, da dadurch die Wirkung von Rebound-Effekten eingedämmt werden könne (Kopatz 2018, 371; Loske 2012, 30; Schneidewind 2019, 58). Anzustreben sei eine international harmonisierte Einführung dieser Instrumente, wobei aufgrund zu erwartender Schwierigkeiten in der Durchsetzung eine Koalition der Willigen vorzugehen sollte (Loske 2015, 156f; Schneidewind 2019, 358ff; Kopatz 2018, 371). Mit Blick auf die Verwendungsseite strebt Kopatz die Reinvestition der Mittel in Umweltschutzmaßnahmen an. Loske hingegen plädiert für den sogenannten Öko-Bonus-Ansatz, der versucht ökologische Ziele und Gerechtigkeitsziele zu verbinden. Demnach werden die Einnahmen aus Ökosteuern als Öko-Bonus bzw. ökologisches Grundeinkommen, das wiederum Teil eines bedingungslosen Grundeinkommens sein kann, gleichmäßig auf die Bürgerschaft verteilt, was mit einer faktischen Umverteilung zugunsten einkommensschwacher (und dadurch gleichzeitig weniger ressourcenintensiver) Haushalte einhergehen soll (2015, 141-145).

- Abbau umweltschädlicher Subventionen, was sowohl direkte Subventionen wie auch sogenannte Schattensubventionen wie z.B. Pendlerpauschale oder Dienstwagenprivileg betrifft
- Ordnungsrechtliche Instrumente wie v.a.:
 - (Dynamische) Effizienz- und Emissionsstandards (z.B. für Autos, Gebäude oder Elektrogeräte)
 - Verschärfte Produkthaftung, längere Garantiezeiten und Rücknahmepflichten zur Neuausrichtung der Produktion auf Langlebigkeit, Wiederverwendbarkeit und Reparaturfähigkeit
 - Verschärfung des Umwelthaftungsrechts bis hin zu einer Erweiterung des Wettbewerbsrechtes um ein Externalisierungsverbot
- Informationelle Instrumente zur Gewährleistung einer transparenten Produktkennzeichnung
- Ökologische Ausrichtung des Beschaffungswesens

Für die erforderliche Internationalisierung der beschriebenen Politik hoffen die Autoren auf Pionierallianzen, die mit ambitionierten Regelungen vorweggehen, als Vorbild fungieren und den Prozess dadurch beschleunigen (Schneidewind 2019, 356-359; Loske 2011, 46; 2015, 156). Ein Sonderweg auf der Instrumentenebene ist bei Kopatz zu konstatieren. Anders als die Exponenten des grünen Kapitalismus sowie Loske und Schneidewind, liegt bei ihm der Schwerpunkt auf einem dynamischen und detaillierten Ordnungsrecht, während er sich kritisch gegenüber ökonomischen umweltpolitischen Instrumenten zeigt. Als Vorzüge des Ordnungsrechts nennt er einerseits eine einfachere Durchsetzbarkeit, da sich Standards nicht unmittelbar im Budget der privaten Haushalte bemerkbar machen würden und sich weniger leicht als sozial unverträglich ablehnen ließen. Andererseits hält er eine Regulierung über Standards für sozial gerechter, da alle, unabhängig von ihrem Einkommen, gleichermaßen betroffen sind. Demgegenüber würden z.B. Öko-Steuern schwächere Einkommen tendenziell stärker belasten. Besonders kritisch bewertet Kopatz das Instrument des Emissionshandels, das sehr betrugsanfällig und in der konkreten Ausgestaltung fehleranfällig sei (2018, 97, 369f, 372f).

Die Gegenposition findet sich bei Loske, der die Überlegenheit ökonomischer Instrumente hervorhebt. Als Vorteile sieht er v.a., dass mit ökonomischen Instrumenten ökologische Erwägungen ins rationale Kalkül der Wirtschaftsakteure internalisiert werden, sodass diese ein Eigeninteresse an grünen Innovationen entwickeln. Ein weiterer Vorzug sei, dass ökonomische Instrumente eine im Vergleich zu ordnungsrechtlichen Regelungen

stärkere und kontinuierliche Innovationsdynamik auslösen können, da letztere Gefahr laufen, dem Stand der Technik hinterherzulaufen. Zudem könne eine ordnungsrechtliche Detailsteuerung eine Überforderung des Staates bedeuten, da dazu ein enormes Wissen erforderlich sei, das nicht immer zur Verfügung stehe. Der Staat solle sich stattdessen auf wenige klare Eingriffe fokussieren. Außerdem sei der Bürokratieaufwand für die Unternehmen bei ökonomischen Instrumenten geringer, was insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen zugutekomme. Zuletzt garantieren die ökonomischen Instrumente die größtmögliche Handlungsfreiheit für die Wirtschaftsakteure, was wiederum förderlich für die Kreativität im Innovationsprozess sei (2015, 42, 157-161, 208). Wie oben deutlich wurde, sprechen diese unterschiedlichen Gewichtungen aus Sicht der jeweiligen Exponenten nicht prinzipiell gegen die jeweils anderen Instrumententypen. Vielmehr klingt jeweils ein Instrumentenmix mit verschiedener Schwerpunktsetzungen an.

Abschließend ist auf den Aspekt sozialer Innovationen einzugehen, deren Potenzial von den hier behandelten Autoren deutlich stärker betont wird als bei den Autoren des grünen Wachstums. Dabei liegt der Fokus an dieser Stelle auf der effizienzorientierten Dimension sozialer Innovationen. Loske legt dar, dass aus seiner Sicht soziale Innovationen ein mindestens gleich großes, eher größeres Lösungspotenzial haben als technische Innovationen (2011, 42f). Noch größer schätzt Schneidewind die Lösungskapazität sozialer gegenüber technischen Innovationen ein (Schneidewind in Heinrich-Böll-Stiftung 2011, 22:10-23:40, 35:30-38:05). In der effizienzorientierten Dimension geht es dabei in erster Linie um die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, Eigenproduktion, Wiederverwendung und Regionalisierung. Als Beispiele solcher Innovationen werden Gemeinschaftsgärten, Energiegenossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Buy-Local-Initiativen, Repair-Cafés, Maschinenringe in der Landwirtschaft, Urban Gardening, gemeinschaftliche Wohnformen, Tauschringe, Bauteilbörsen oder Second-Hand-Märkte genannt. Der Staat soll gezielte Maßnahmen zur Förderung dieser sozialen Innovationen vornehmen. Diese Förderung besteht z.B. aus steuerlichen Bevorzugungen, direkter finanzieller Förderung, Bereitstellung von Infrastrukturen bzw. gezielter infrastruktureller Bevorzugung gegenüber anderen Nutzungsformen, Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und Vermarktung sowie gezielter Akteursvernetzung. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 41-44; 2012, 41f, 66; 2015, 31, 110-123, 129; Kopatz 2018, 205-208, 281f, 287-315; Schneidewind/Zahrnt 2013, 58-70, 111, 139f; 2019, 97, 104f)

13.1.2.2 Postwachstumspolitiken

Für Loske, Kopatz und Schneidewind können technologiefokussierte Effizienzstrategien aber nur dann einen substanziellen Lösungsbeitrag leisten, wenn gleichzeitig Abschied vom Wachstumsimperativ genommen wird, was wiederum eine entsprechend ausgerichtete Politik erfordert (Loske 2015, 43f, 64, 130; Kopatz 2018, 382; Schneidewind/Zahrnt 2013, 17-20, 51f; Schneidewind 2019, 56-60). Diesem Zweck dienen die im Folgenden behandelten Postwachstumspolitiken. Im Gegensatz zur Systemwechsel-Position beschreiben diese Postwachstumspolitiken aber keinen grundlegenden Bruch mit den Basisinstitutionen der gegebenen ökonomischen und politischen Ordnung. Insbesondere streben sie keine Überwindung des Kapitalismus an (Loske 2011, 30f; Kopatz 2018, 22; Schneidewind 2019, 478). Stattdessen geht es darum, die problematisierten strukturellen und kulturellen Wachstumstreiber und -abhängigkeiten reformerisch aufzuheben. Bei Kopatz und Schneidewind ist darüber hinaus eine unmittelbare staatliche Begrenzungspolitik in bestimmten Bereichen vorgesehen.

Einhegung strukturell-institutioneller Wachstumstreiber

In struktureller Hinsicht geht es den drei Denkern einerseits um eine Wirtschaftsordnung, die nicht mehr oder deutlich weniger durch materielle Wachstumszwänge geprägt ist (Loske 2012, 37, 54; Schneidewind 2019, 65ff, 81; Kopatz 2018, 340). Andererseits gilt es aus ihrer Sicht die Wachstumsabhängigkeiten abzubauen, die den Staat zum Zielfokus auf möglichst hohes wirtschaftliches Wachstum anhalten. Im Folgenden wird zunächst auf die Vorschläge zur angedachten Wirtschaftsordnung eingegangen. Diesbezüglich lassen sich fünf Ansatzpunkte zur Einhegung wirtschaftlicher Wachstumszwänge differenzieren:

Ein erster Ansatzpunkt zur Einhegung des Wachstumszwanges auf Unternehmensebene ist die gezielte Förderung von weniger wachstumsfokussierten Unternehmensformen. Als solche, potenziell weniger wachstumsfokussierte Unternehmensformen sehen die Autoren v.a. Genossenschaften, Stiftungen, Personengesellschaften, mittelständische Unternehmen, regional orientierte Unternehmen sowie öffentliche, insbesondere kommunale Unternehmen (Kopatz 2018, 281, 297f, 325-331; Loske 2011, 32, 35; 2012, 68; 2015, 179-183; Schneidewind 2019, 97, 380-391).³³⁹ Die angestrebte gezielte

339 Die Begründungen für die jeweiligen Unternehmenstypen variieren. Stellvertretend sei hier Loske angeführt, der diesbezüglich am ausführlichsten ist: In mittelstän-

Förderung umfasst z.B. steuerliche Begünstigungen, spezifische Förderprogramme und die explizite Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftsförderung auf diese Unternehmensformen (Loske 2015, 181ff; Kopatz 2018, 281-345). Da für Loske auch die Größe der Unternehmen eine Rolle spielt, hält er v.a. kleine und mittlere Unternehmen für förderungswürdig und plädiert gleichzeitig für eine strenge Wettbewerbs- und Kartellkontrolle zur Verhinderung zu starker Marktmacht (2015, 174-179; 2011, 35). Neben der gezielten Förderung spezifischer Unternehmensformen merkt Loske eine Reformierung der Rechtsform von Kapitalgesellschaften mit dem Ziel der Linderung des Gewinn- und Wachstumsdruckes an, was aber nicht konkretisiert wird (2011, 35). Einen weiteren potenziellen Ansatzpunkt sieht er darin, wo immer möglich, Kapitalgesellschaften in Stiftungsunternehmen zu überführen (ebd.). Auch hier wird die politische Ausgestaltung nicht konkretisiert. Zuletzt wird die Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge angemahnt, da in diesen Bereichen eine unternehmerische Gewinn- und Wachstumsfokussierung prinzipiell nicht mit Gemeinwohlerfordernissen kompatibel sei (Kopatz 2018, 327f; Loske 2015, 182; 2011, 46ff).

Als zweiten Ansatzpunkt fordern Loske und Kopatz, unabhängig von der Unternehmensform, eine erweiterte Form der Unternehmensbilanzierung. Dies soll zu einer Veränderung bzw. Erweiterung unternehmerischer Erfolgsparameter jenseits der Gewinn- und Wachstumsorientierung beitragen. Beide knüpfen dabei affirmativ an die maßgeblich von Christian Felber etablierte Idee der Gemeinwohnbilanzierung an. Demnach sollen Unternehmen zukünftig neben der konventionellen Bilanz eine Gemeinwohnbilanz veröffentlichen, die standardisiert Auskunft über die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Unternehmens gibt.³⁴⁰ (Loske 2015, 183f; Kopatz 2018, 288)

dischen Unternehmen, Familienunternehmen und Personengesellschaften sei die Bindung der Kapitalgeber wesentlich stärker und die Loyalität der Anteilseigner größer. Genossenschaften und Stiftungsunternehmen seien durch ihre Ausrichtung auf einen genossenschaftlichen Zweck oder einen Stiftungszweck nicht auf abstrakte und kurzfristige Wachstumsziele festgelegt, sondern könnten sich stärker an langfristigen Erwägungen und übergeordneten gesellschaftlichen Zielen orientieren. Zuletzt hätten kommunale Unternehmen ihren primären Zweck in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, weshalb sie ebenfalls keinen systematischen Wachstumszwang aufwiesen. (2015, 180ff)

- 340 Die konkreten Vorstellungen unterscheiden sich etwas. Bei Kopatz klingt an, dass die Gemeinwohnbilanzierung nicht verpflichtend ist, eine Gemeinwohlausrichtung des unternehmerischen Handelns und eine entsprechende Bilanzierung aber steuerliche Vorteile erbringen sollen (2018, 288). Hier bietet der Staat, wie in der Grundidee

Drittens zielen die Vorschläge auf die Regulierung der Finanzmärkte. Mit Blick auf den Kapitalmarkt steht das Ziel im Vordergrund, den enormen Wachstumsdruck, den global mobiles Investitionskapital auf die Realwirtschaft ausübt, abzumildern. Als konkrete Maßnahmen werden z.B. eine Finanztransaktionssteuer, strengere Transparenzregeln und ein Verbot besonders spekulativer Finanzprodukte vorgebracht. Für den Geldmarkt ist vorgesehen, die ebenfalls einen starken Wachstumsdruck ausübende, weitgehend freie Geldschöpfung durch Privatbanken einzuschränken bzw. zu beenden. Bei allen Autoren klingt als Alternative ein sogenanntes Vollgeldsystem an, in dem nur noch Zentralbanken das Recht zur Geldschöpfung haben und Privatbanken ihr Buchgeld vollständig durch Zentralbankguthaben bzw. Bankkonten decken müssen.³⁴¹ Als weitere Maßnahme bezüglich des Geldsystems wird für Regionalgeld als sinnvolle Ergänzung zur bestehenden Geldordnung plädiert. Regionalwährungen würden einerseits die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen befördern, was wiederum selbst wachstumsdruckmindernde Wirkung haben soll (s.u.). Andererseits unterlägen Regionalwährungen keinem Zinssystem, sodass von Unternehmensseite jenseits der Tilgung keine Zinsen erwirtschaftet werden müssen, was den Wachstumsdruck ebenfalls mindere. (Loske 2011, 52ff; 2012, 71; 2015, 189f; Kopatz 2018, 27, 315ff, 361ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 61f; Schneidewind 2019, 97, 419)

Viertens geht es den drei Denkern um das Zurückdrängen des Marktmechanismus zugunsten alternativer Wirtschaftsformen, die sich nicht durch Wettbewerbs- und Wachstumsdruck auszeichnen (Loske 2011, 52; Kopatz 2018, 281f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 67). Loske gibt als Langfristvision eine Dualökonomie aus, in der sich ein formeller Sektor der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten Gelderwerbswirtschaft und ein informeller Sektor der bedarfsorientierten, selbstbestimmten und selbstverwalteten Subsistenzwirtschaft gegenüberstehen (2015, 125-129). Gemeinsam ist den befürworteten alternativen Wirtschaftsformen, dass sie entweder

bei Felber, konkrete finanzielle Anreize für ein gemeinwohlorientiertes Unternehmertum. Bei Loske hingegen steht stärker der Transparenzaspekt im Vordergrund. Bei ihm soll die Gemeinwohlbilanzierung nach einer freiwilligen Einführungs- und Erprobungsphase für alle Unternehmen mit eventuellen Ausnahmen für kleine Unternehmen zur gesetzlichen Vorschrift werden, steuerliche Bevorteilungen sind aber nicht vorgesehen (2015, 183f).

341 Als Zwischenschritte benennt Kopatz die stärkere Regulierung der Geldschöpfung durch Privatbanken durch eine Schuldenbremse für Banken, hohe Eigenkapitalquoten und die Begrenzung des Kredithebels (2018, 362).

generell nicht über den Markt als Koordinationsmechanismus vermittelt werden oder wenn doch, nicht auf den Prinzipien von Konkurrenz und Gewinnstreben basieren:

- Alle drei Autoren setzen auf die Ausweitung der Subsistenzwirtschaft bzw. der Ökonomie des „Prosumierens“, in welcher die Produktion nicht auf die Gewinnerzielung auf Märkten, sondern auf den Eigenbedarf gerichtet ist. Beispiele hierfür sind Energiegenossenschaften, das Stadtgärtnern, Selbsthilfewerkstätten und Solidarische Landwirtschaft. (Loske 2015, 111, 116f; Kopatz 2018, 282, 294ff, 306f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 69f, 111)
- In teilweiser Überschneidung dazu wird ein breites Feld kooperativer Wirtschaftsformen angesprochen. Dies bezieht sich zum einen auf die Tausch- und Teilökonomie, worunter Beispiele wie Tauschringe oder Car-Sharing fallen. Zum anderen lassen sich auch auf wechselseitige Unterstützung fokussierte Ansätze wie Nachbarschaftshilfe, Reparaturnetzwerke und kooperative Wohnformen unter diesem Punkt subsumieren. (Kopatz 2018, 282, 300ff, 308-315; Loske 2015, 113; 2011, 42f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 69f; Schneidewind 2019, 188)
- Eine dritte Stoßrichtung lässt sich mit dem Begriff der Commons fassen. Bei Loske wird die Wiederbelebung der lokalen Allmendewirtschaft gefordert, was aber nicht näher ausgeführt wird (2015, 122f). Auf überregionaler bis globaler Ebene hält Kopatz die Entwicklung sogenannter „collaborative commons“ für wichtig, im Rahmen derer beispielsweise Wissen, Baupläne, Reparaturanleitungen o.ä. für alle frei zugänglich zur Verfügung stehen und sich auch die Produktion, z.B. mittels 3D-Druckern, vergemeinschaften und entkommerzialisieren lässt (2018, 288ff; angedeutet auch bei Schneidewind 2019, 97).

Diese alternativen Wirtschaftsformen sollen gezielt politisch gefördert werden (Kopatz 2018, 205-208, 281f, 288, 292f, 297ff; Loske 2011, 41-44; 2012, 41f, 66; 2015, 31, 110-123, 129; Schneidewind/Zahrnt 2013, 65-70, 111, 139f; Schneidewind 2019, 97, 104f). Zudem wird für eine veränderte Bildungspolitik plädiert, die u.a. gezielt die Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten sowie elementarer Kulturtechniken wie Gartenbau oder Kochen beinhaltet (Loske 2011, 51; 2015, 120; Schneidewind/Zahrnt 2013, 66, 80, 131). Entgegenzuwirken gelte es hingegen der Tendenz der Kommerzialisierung der

beschriebenen Wirtschaftsformen, wie es sich im Bereich der Teilwirtschaft bereits abzeichne (Kopatz 2018, 336ff; Loske 2015, 111, 114f, 177f).³⁴²

Ein fünfter und letzter Ansatzpunkt für eine vom Wachstumszwang befreite Wirtschaftsordnung ist die Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur. Als Ziel geben Kopatz und Loske aus, dass regionale Produktion Vorrang genießt, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Import und überregionale Produktionsketten seien hingegen auf das notwendige Maß zu beschränken. Kopatz bezeichnet dies als „kollaborative Subsidiarität“, Loske als „ökonomische Subsidiarität“ (Kopatz 2018, 364; Loske 2015, 117f). Mit dieser Regionalisierung werden einerseits unmittelbare ökologische Einspareffekte verbunden.³⁴³ Andererseits kommt die Hoffnung zum Tragen, dass dezentralisierte Strukturen die Handlungsrationalität der Wirtschaftsakteure weg von bloßem Gewinn- und Wachstumsstreben zugunsten sozialer Verantwortlichkeit verschieben kann. Für Loske schaffen regionale Strukturen Überschaubarkeit und sozialen Druck und stiften dadurch Verantwortlichkeit (2015, 117). Ähnlich bemerken Schneidewind/Zahrnt, dass regionale Einbettung und Verbundenheit zu verantwortlichem unternehmerischem Handeln führen. Als weiteren Effekt beschreiben sie ein verantwortliches Verhalten von Kapitalgebern, wenn diese durch die Finanzierung regionaler Unternehmen sehen, „wie und wo“ ihr Kapital arbeitet. Dadurch würde das Profitstreben der Kapitalgeber eingehegt (2013, 58f). Diese Argumenta-

342 Als weitere Voraussetzung für die Ausbreitung dieser alternativen Wirtschaftsformen beschreiben die Autoren Arbeitszeitverkürzungen, die Raum für entsprechendes Engagement schaffen (Loske 2011, 28ff; 2015, 126f, 185ff; Kopatz 2018, 240, 279; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129f). Zudem bedürfe es eines Kulturwandels weg vom Ethos der Erwerbsarbeit sowie stärkerer Anerkennung von Nicht-Erwerbsarbeit, was wiederum durch eine Politik der kürzeren Arbeitszeiten unterstützt werden könne (Loske 2011, 29; Kopatz 2018, 239, 267ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129). Bei Loske und Schneidewind dringt auch die Notwendigkeit anderer Formen sozialer Sicherung durch, die diese nicht mehr an die Erwerbsarbeit knüpfen. Als potenziellen Ansatzpunkt sehen sie ein steuerfinanziertes Grundeinkommen (Loske 2015, 143; 2011, 39f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 129f). Als weiteres staatliches Handlungsfeld beschreibt Schneidewind zudem eine veränderte Wissenschaftspolitik, die die Wissenschaft allgemein auf die Erforschung alternativer Entwicklungspfade und insbesondere die Wirtschaftswissenschaften auf die Erarbeitung von Alternativen zur gegenwärtigen wachstumsfokussierten Wirtschaftsform ausrichtet (2019, 429-446).

343 Diese ergeben sich aus Sicht der Autoren z.B. durch kürzere Transportwege, bessere Anpassung an regionale Ressourcenvoraussetzungen, regional leichter zu schließende Stoffkreisläufe und reduzierte Ausbaubedarfe für Infrastrukturen (Kopatz 2018, 364; Loske 2015, 117; 2012, 58f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 59f).

tionslinie, wonach Dezentralität Verantwortung schafft, erinnert stark an das ökologische Dezentralisierungsdenken der ersten Zeitphase.

Jenseits dessen werden weitere, den ökonomischen Wachstumsdrang mindernde Folgen einer Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur besprochen. Einerseits sind Schneidewind/Zahrnt überzeugt, dass in regionalisierten Produktionsketten die Wachstumsdruck erzeugende Kapitalintensität der Produktion ab-, die Arbeitsintensität hingegen zunimmt, weil der Anreiz der „Economies of Scale“ wegfällt, eine hoch-technologische Massenproduktion also weniger rational wird (2013, 58f). Andererseits wird davon ausgegangen, dass eine Regionalisierung förderlich für die Entstehung der beschriebenen, weniger wachstumsfokussierten alternativen Wirtschaftsformen wie z.B. Tauschen oder Teilen ist, da diese Vertrauen und soziale Nähe voraussetzen (Loske 2011, 52; Schneidewind/Zahrnt 2013, 62). Darüber hinaus wird impliziert, dass Regionalisierung bzw. Entglobalisierung mit einer Minderung des Wettbewerbs- und damit des Wachstumsdrucks einhergeht (Kopatz 2018, 35f; Loske 2015, 32-35).

Einige politische Maßnahmen zur Förderung der angestrebten Regionalisierung fanden bereits Erwähnung. Zum einen bezieht sich dies auf die Einpreisung ökologischer Externalitäten, insbesondere die Bepreisung fossiler Energieträger. Dies soll dazu führen, dass globale Produktionsketten mit weiten und verzweigten Transportwegen unwirtschaftlich werden (Schneidewind/Zahrnt 2013, 59ff, 90f; Loske 2011, 48-51; 2015, 118f). Zum anderen könne die Einführung von Regionalwährungen die angestrebte Regionalisierung befördern (Schneidewind/Zahrnt 2013, 61; Kopatz 2018, 315f; Loske 2011, 52; 2015, 190f). Hinzutreten soll eine gezielte Ausrichtung der staatlichen Wirtschaftsförderung auf regionale Wirtschaftsstrukturen, was aber im Detail nicht ausgeführt wird (Kopatz 2018, 282, 293, 298f, 340; Loske 2011, 35, 51; Schneidewind/Zahrnt 2013, 91).

Neben diesen fünf Ansatzpunkten für eine vom Wachstumszwang befreite Wirtschaftsordnung fokussiert die angestrebte Postwachstumspolitik auch auf die Wachstumsabhängigkeiten, die staatliche Akteure zum Zielfokus auf Wirtschaftswachstum anhalten. Dabei werden aber nur für einzelne Wachstumsabhängigkeiten Reformvorschläge entwickelt. Adressiert wird v.a. der sich aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität ergebende Wachstumszwang zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Als Gegenmaßnahmen werden Arbeitszeitverkürzungen und eine ökologische Steuerreform, die den Anreiz zur Produktivitätssteigerung vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverbrauch verlagert, behandelt (Loske 2011, 25-29; 2012, 46ff; 2015,

185ff; Kopatz 2018, 45f, 238-246, 280; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130).³⁴⁴ Zudem wird argumentiert, dass mit dem Ausbau alternativwirtschaftlicher Ansätze wie Gemeinschaftsproduktion, Nachbarschaftshilfe oder Tausch-wirtschaft die Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen und somit von einem Vollzeitarbeitsplatz sinke (Loske 2011, 28f; Kopatz 2018, 279). Auch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird als Ansatz zur Verminderung der Abhängigkeit von Erwerbseinkommen diskutiert (Loske 2015, 143; Schneidewind/Zahrnt 2013, 130).³⁴⁵

Als Antworten auf die Wachstumsabhängigkeit der sozialen Sicherungssysteme klingt bei Loske und Schneidewind die Abkehr von der, wiederum von Erwerbsarbeit und damit Wachstum abhängigen, Beitragsfinanzierung an. Konkret wird nur Loske, der für die Einführung eines mittels Öko-Steuern finanzierten ökologischen Grundeinkommens als Teil eines bedingungslosen Grundeinkommens plädiert, das mittelfristig die beitragsfinanzierten Sicherungssysteme ersetzen soll.³⁴⁶ (Schneidewind/Zahrnt 2013, 130; Loske 2015, 142f)

Für die weiteren thematisierten Wachstumsabhängigkeiten werden keine Gegenmaßnahmen formuliert, was eine Leerstelle in den Alternativentwürfen darstellt. Kritisch betrachtet wird die vermeintliche Wachstumsabhängigkeit von Umverteilungsmöglichkeiten, wie sie v.a. Fücks als Argument für weiteres Wachstums vorbringt. Für Loske hingegen bietet, wie bereits für Jänicke, das enorme Volumen leistungslos erworbener Vermögen und Erbschaften ausreichend Potenzial, um Umverteilung aus dem Bestand zu bestreiten (2015, 163). Bei den anderen beiden Autoren wird diese Position implizit deutlich, da sie trotz ihrer wachstumskritischen Haltung Potenzial

344 Als weitere positive Effekte von Arbeitszeitverkürzungen sinke einerseits das Einkommen und somit das Konsumniveau, andererseits entstehe Raum für alternative Wirtschaftsformen und gesellschaftliches Engagement (Loske 2011, 28ff; 2015, 185ff; Kopatz 2018, 240ff, 267-272, 279).

345 Kritik an diesem Vorschlag kommt z.B. von Ralf Fücks, der es mit Blick auf die Finanzierungsmöglichkeiten für unrealistisch hält, gleichzeitig einen Abschied vom Wachstum und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu vollziehen (Fücks in taz 2021, 08:09:30). Loske reflektiert diesen Punkt selbst und bemerkt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in Reinform angesichts einer wachstumsgedämpften Wirtschaft wohl schwer realisierbar sei, weshalb es nur für diejenigen einzuführen wäre, die einer Absicherung nach unten bedürfen (2011, 40).

346 Mit dem vorgeschlagenen Übergang von Beitragsfinanzierung zu Steuerfinanzierung knüpft Loske an eine gängige Forderung wachstumskritischer Perspektiven auf den Sozialstaat an (prominent vertreten z.B. durch Meinhard Miegel, siehe z.B. 2010, 200-204; 2014, 217f; siehe dazu auch Petschow et al. 2018, 145ff).

für eine stärkere soziale Umverteilung sehen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 47f; Kopatz 2018, 375).

Einhegung kultureller Wachstumstreiber durch Suffizienzpolitik

Als kulturelle Wachstumstreiber haben die drei Denker in erster Linie die aus ihrer Sicht expansive Konsumkultur in Verbindung mit einem materialistischen Wohlstandsverständnis ausgemacht. Hier treffen sie sich mit den wachstumskritischen Autoren der ersten Zeitphase. Wie bei diesen folgt daraus die Notwendigkeit eines Kulturwandels hin zu einem immaterielleren Wohlstandsverständnis und Suffizienz sowie darauf aufbauenden postmaterielleren bzw. genügsameren Lebensstilen. Paradigmatisch bemerken Schneidewind/Zahrnt, dass ökologische Nachhaltigkeit einer Verringerung der individuellen Ansprüche bedarf, was wiederum die Abkehr von der vorherrschenden Konsumkultur voraussetzt (2013, 130). An die Stelle der Steigerungslogik müsse die Orientierung am rechten Maß treten (ebd., 51). Nach Loske werden „lange als konservativ eingestufte Tugenden wie die Genügsamkeit und das Maßhalten oder Fähigkeiten wie diejenige, aus kleinen Dingen großes Glück zu ziehen“ wieder wichtig (2015, 108). Mit der erforderlichen „Kultur der Genügsamkeit“ (Kopatz 2018, 383) müssten auch andere Formen soziale Anerkennung einhergehen, die sich insgesamt weniger an materiellen Parametern orientieren. (Zum ges. Absatz Schneidewind/Zahrnt 2013, 51f, 130; Schneidewind 2019, 56-64, 81, 172-177; Kopatz 2018, 18, 56, 375, 383; Loske 2011, 18f, 30; 2015, 108, 161-165, 208)

Die materielle Genügsamkeit soll durch die Aufwertung nicht-materieller Wohlstandsgüter ergänzt werden. Statt bloßem „Güterwohlstand“, so z.B. Loske, müsse Wohlstand zukünftig auch als „Zeitwohlstand, Reichtum an menschlichen Beziehungen und Intensität von Naturerfahrungen“ verstanden werden (2015, 165f). Schneidewind bezieht sich auf die von Skidelsky/Skidelsky (2013) definierten sieben Grundbedürfnisse für menschliche Zufriedenheit: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Entfaltung der Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur, Freundschaften sowie Muße (2019, 176f; 2013, 118). Im Zuge eines so ausgerichteten Kulturwandels bedarf es aus Sicht der Autoren auch einer Abkehr vom verbreiteten Menschenbild des homo oeconomicus als materialistischem und nicht verzichtswilligem Nutzenmaximierer (Loske 2015, 108f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 67, 118).³⁴⁷

347 Mit Blick auf Schneidewinds neueres Werk *Die Große Transformation* ist zu ergänzen, dass er den oben beschriebenen Kulturwandel eingebettet in eine umfassende „moralische Revolution“ denkt. Solche moralischen Revolutionen, wie z.B. die Äch-

Angesichts dessen stellt sich für die hier behandelten Denker die Frage, wie der angestrebte Kulturwandel angestoßen und vollzogen werden kann. Diesbezüglich finden sich in den untersuchten Beiträgen kaum explizite Reflexionen, was eine Leerstelle darstellt. Wie den Kulturwandel-Exponenten der ersten Zeitphase kann den Autoren jedoch im Sinne rationaler Rekonstruktion die Vorstellung eines Wechselspiels zwischen Kulturwandel und politisch induziertem Strukturwandel unterstellt werden. Wie noch zu zeigen ist, sehen sie bestimmte gesellschaftliche Pioniergruppen, die aus einem veränderten Bewusstsein und Ethos heraus politische Veränderungen anstoßen. Letztere ermöglichen dann wiederum die Verbreitung des Werte- und Kulturwandels. Die Pioniergruppen und deren Agieren werden an anderer Stelle thematisiert (Kap. 13.1.3). Im Folgenden steht die Frage im Mittelpunkt, von welchen veränderten Rahmenbedingungen und damit von welchen staatlichen Politiken sie sich die Universalisierung des geforderten Kulturwandels erhoffen.

Diesbezüglich zeigen sich deutliche Differenzen zu den Autoren der ersten Zeitphase. Die frühen demokratischen Systemwechsel-Denker (Fromm, Strasser, früher Bahro, Amery) hatten als Voraussetzung für einen breiten Kulturwandel insbesondere die Überwindung des Kapitalismus gefordert. Diese radikale Forderung findet sich bei Loske, Kopatz und Schneidewind nicht. Eppler wiederum, der wie die hier behandelten Autoren eine reformorientierte Perspektive einnimmt, hat die strukturellen Voraussetzungen für einen breiten Kulturwandel kaum konkretisiert. Dies gestaltet sich bei den hier behandelten Denkern anders. Sie beschreiben vielfältige Ansatzpunkte für eine reformorientierte staatliche Suffizienzpolitik³⁴⁸, die den angestrebten Kulturwandel in der Breite ermöglichen soll. Wie Schneidewind konstatiert, geht es dabei um eine Politik, die es für die Menschen leichter

tung der Sklaverei oder die Einführung der Demokratie, etablieren demnach neue Normen als Zivilisationsstandard. In der sich momentan vollziehenden moralischen Revolution, so Schneidewinds Hoffnung, setzen sich in einem langsamen Prozess die Normen der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit und damit die räumliche und zeitliche Universalisierung der Menschenrechte durch. Den Kulturwandel in Richtung Suffizienz, so die naheliegende Interpretation, denkt Schneidewind als Teil und Ausdruck dieser moralischen Revolution. (2019, 25ff, 34f rekurrend auf Appiah 2011)

348 Suffizienzpolitik wird vielfach, auch von den Autoren selbst, als Oberbegriff für Postwachstumspolitiken verwendet. Im vorliegenden Zusammenhang hingegen bezeichnet Suffizienzpolitik diejenige Teilmenge der Postwachstumspolitiken, die sich auf das Hervorbringen anderer Wertorientierungen und damit die Forcierung des Kulturwandels fokussiert.

macht, nachhaltige und damit suffiziente Lebensstile zu praktizieren und damit die Herausbildung der „Kultur des Genug“ befördert. Die Notwendigkeit eines solchen „politischen Programms des Kulturwandels“ (2011, 18) ergibt sich aus Sicht der Autoren, weil bloße Appelle zur Veränderung von Werten und Lebensstilen innerhalb von auf Konsum und Wachstum ausgerichteten Rahmenbedingungen weitgehend wirkungslos bleiben müssen. (Zum ges. Absatz Loske 2011, 18; 2012, 44f; 2015, 26; Kopatz 2018, 69ff, 346-351, 385ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 52f; Schneidewind 2019, 175, 178, 344f, 456-459)

Ausführlich begründet wird dieser Aspekt v.a. bei Kopatz, der dies als Ausgangspunkt für seinen Ansatz der „Öko-Routine“ nimmt. Demnach ist der Einzelne mit der Anpassung des eigenen Verhaltens an die ökologischen Erfordernisse überfordert, weil kulturelle Normen und Werte auf Wachstum, nicht auf Mäßigung gerichtet sind und damit Anreize für ein entgegengesetztes Verhalten setzen. „Der Appell zur Einschränkung“, so Kopatz, „kommt in einer Konsumkultur der Aufforderung gleich, mit dem Atmen aufzuhören“ (2018, 346f). Dies gelte umso mehr, da Menschen erstens nicht direkt erfahrbare Folgen ihres Handelns leicht verdrängen, Wissen beim Menschen zweitens nur sehr bedingt handlungsleitend sei und sich Menschen drittens nicht einschränken wollen, wenn dies nicht alle tun. Es ist aus seiner Sicht somit illusionär, auf einen Ausstieg aus der Steigerungslogik über freiwillige Verhaltensänderung zu hoffen. Stattdessen müssten die Rahmenbedingungen, innerhalb derer wir unsere Konsumententscheidungen treffen, durch politische Reformen verändert werden. Veränderte Anreize könnten zu verändertem Verhalten führen, was dann wiederum veränderte Verhaltensnormen etabliere. Kopatz beruft sich prominent auf das Beispiel des Rauchens, das sich durch eine proaktive staatliche Politik (Besteuerung, Werbeverbot, Abschreckungspolitik, Rauchverbote) vom Normverhalten zu einer weitgehend geächteten Verhaltensweise entwickelt habe. Demnach verinnerlichen Menschen über Gesetze erzwungene Verhaltensweisen und empfinden diese dann als selbstbestimmte Handlungen. Es bedürfe also einer staatlichen Politik, die ökologische Lebensstile zur Routine macht. (Zum ges. Absatz 2018, 54-72, v.a. 69ff, 346-351, 385f)

Zudem basiert die angestrebte Suffizienzpolitik auf einer weiteren Annahme, die sich in Abgrenzung zu Jänicke und Fücks nachvollziehen lässt. Beide sind sehr skeptisch bezüglich der Möglichkeit eines Kulturwandels hinzu materieller Genügsamkeit (Kap. 12.2.3). Bei Fücks lässt sich dies auf die Annahme eines genuin expansiven modernen Individuums zurückführen (Kap. 12.4). Kopatz und Schneidewind legen hingegen explizit dar, dass

der Mensch die Fähigkeit zur Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung habe, was letztlich der Schlüssel für ein achtsames Konsumverhalten sei. Selbst wenn der Mensch, wie beide Denker annehmen, ein anthropologisches Expansionsstreben hat und immer neue Bedarfe entwickeln kann, kann er sich davon bewusst emanzipieren (Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Kopatz 2018, 56f). Damit widersprechen sie implizit der von Fücks geteilten Sloterdijk-These des genuin expansiven modernen Individuums. Hier wiederum treffen sie sich mit Loske, der diese These explizit bespricht und offensichtlich für nicht zutreffend hält (2015, 27). Die nachfolgend auszuführende staatliche Suffizienzpolitik beruht also auf der Annahme, dass die Menschen in der Breite zur Mäßigung und Selbstbegrenzung in der Lage sind, diese Fähigkeit aber erst in förderlichen Rahmenbedingungen, die der Staat setzt, in der Breite entfalten können.

Wie gestaltet sich die angestrebte Suffizienzpolitik? An dieser Stelle geht es nicht darum, die entsprechenden Maßnahmen im Detail in den verschiedenen Politikfeldern (z.B. Mobilität, Ernährung, Wohnen) nachzuzeichnen, sondern übergeordnete gemeinsame Grundzüge herauszustellen. Ein erstes wichtiges Motiv zur Einhegung der Konsumkultur ist die Reglementierung von Werbung. Besonders drastisch formuliert Kopatz die Notwendigkeit, die „zivilgesellschaftliche Gehirnwäsche in Form von Werbung“ zu begrenzen (2018, 386). Dabei werden verschiedene Vorschläge unterbreitet: Besteuerung und dadurch Verteuerung von Werbung, Verbot von Werbung, die sich an Kinder richtet, Einschränkung von Werbung im öffentlichen Raum, Verbot von Werbung für bestimmte Konsumgüter wie z.B. besonders umweltschädliche Automobile, inhaltliche Vorgaben wie z.B. eine stärkere Faktenorientierung oder spezifischer das Ausweisen negativer Umweltwirkungen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 64, 107, 139; Kopatz 2018, 175-179; Loske 2011, 23f; 2015, 121f, 166).

Zweitens wird für alternative Wohlstandsindikatoren plädiert, die zur Etablierung eines veränderten Wohlstandsverständnisses beitragen sollen. Demnach bedürfe es der Abkehr vom BIP zugunsten neuer Indikatoren, die neben der ökonomischen Entwicklung Aspekte wie Gesundheit, Umweltqualität, Bildung, politische Beteiligungsmöglichkeiten oder Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigen. Im Zuge dessen, so die Hoffnung, würde sich auch eine andere Wohlstandskommunikation etablieren, im Rahmen derer sich auch Politiker und Medien an den neuen Indikatoren orientieren. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 38-41; Schneidewind 2019, 179f; Loske 2011, 21f; 2012, 68; 2015, 165ff; Kopatz 2018, 365ff)

Drittens sollen auch veränderte Preisanreize suffiziente Verhaltensweisen befördern, was wiederum durch eine gezielte Steuerpolitik und den Abbau umweltschädlicher Subventionen zu erreichen ist. Dies gilt einerseits für die bereits beschriebene Einpreisung ökologischer Externalitäten. Beispielsweise wird die Verteuerung der fossilen Energieträger als wichtiger Ansatzpunkt für die Reduktion von Flugverkehr und Automobilität gesehen (Schneidewind/Zahrnt 2013, 44, 90, 95f; Kopatz 2018, 17, 368ff; Loske 2015, 141). Andererseits finden sich v.a. bei Kopatz und Schneidewind weitere steuer- und abgabenpolitische Ansätze, wie z.B. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 49, 77ff, 95, 106; Kopatz 2018, 133, 181, 198-202; Loske 2012, 66):

- eine progressive Konsumsteuer als Ersatz für Einkommens- und Lohnsteuer
- im Bereich Wohnen: Umgestaltung von Grundsteuer und Grunderwerbssteuer, um einen Anreiz zum Flächensparen zu setzen; Steuererleichterungen für Personen, die in kleinere Wohnungen umziehen; gezielte Begünstigung für das Wohnen in Wohngemeinschaften
- im Bereich Mobilität: Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, das zum Kauf großer und schneller Autos anregt; steuerliche Mehrbelastung von schwergewichtigen Autos mit hohem Spritverbrauch; Einführung einer nach Kaufpreis gestaffelten Fahrzeugsteuer als einmalige Registrierungssteuer; erhöhte und nach CO₂-Ausstoß gestaffelte Zulassungsgebühren für Pkw; City-Maut-Regelungen
- im Bereich Ernährung die volle Mehrwertsteuer auf tierische Produkte sowie eine nach Haltungsbedingungen und Herkunft differenzierte Fleischsteuer

Viertens wird eine veränderte Infrastrukturpolitik als wichtiger Ansatzpunkt beschrieben. Dies impliziert z.B. im Mobilitätsbereich eine aktive Benachteiligung des Automobilverkehrs durch Spurwegnahme, Tempolimits, Parkplatzverknappung sowie andererseits die gezielte infrastrukturelle Bevorzugung des Umweltverbundes (Kopatz 2018, 187-194, 203ff, 210ff, 225-233; Loske 2011, 46f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 44, 91-95, 98). Durch Infrastrukturpolitik können nach Schneidewind/Zahrnt zudem Lebensumgebungen geschaffen werden, die keinen permanenten Konsumdruck befördern. Dem dienen neben der beschriebenen Eingrenzung von Werbung stadtplanerische Maßnahmen wie z.B. die Verbannung von „Konsumtempeln“ aus den Zentren der Innenstädte (2013, 64). Aber auch die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Räume wie z.B. Parks oder Rena-

turierungsflächen könnten eine postmaterielle Lebensweise unterstützen (ebd., 44f).

Darüber hinaus wird fünftens einer veränderten Informationspolitik ein wichtiger Stellenwert beigemessen. Das bezieht sich einerseits v.a. auf die Schaffung von Transparenz durch Produktkennzeichnungen z.B. mit Blick auf Haltbarkeit, Reparaturfreundlichkeit, Herstellungsbedingungen oder Ressourcenverbrauch (Schneidewind/Zahrnt 2013, 63, 107-110, 138; Kopatz 2018, 152). Andererseits kokettieren Kopatz (2018, 141) und Schneidewind/Zahrnt (2013, 140) jenseits von Produkttransparenz mit gezielten staatlichen Kampagnen für bewussten und genügsamen Konsum.

Sechstens soll eine veränderte Bildungspolitik zur Entwicklung immaterieller Wertvorstellungen und genügsamen Lebensstilen beitragen (Kopatz 2018, 359; Loske 2015, 208; Schneidewind/Zahrnt 2013, 116). Nach Schneidewind/Zahrnt geht es um die Stärkung von persönlichen Ressourcen, die zu einem guten Leben jenseits permanenter Steigerung befähigen (2013, 116). Konkretisiert wird dies nur von Kopatz und Schneidewind, wobei insbesondere folgende Vermittlungsziele ausgegeben werden:

- Souveränität im Umgang mit den eigenen Bedürfnissen, was die Fähigkeit des Erkennens der authentischen eigenen Bedürfnisse ebenso umfasst wie die Emanzipation vom Streben nach fortlaufender Steigerung. Nach Schneidewind müssten Erfahrungen mit immateriellen Zufriedenheitsquellen wie Selbstwirksamkeit, Sinnhaftigkeit und Solidarität vermittelt werden. Eine Möglichkeit sei ein Schulfach „Glück“, das zu einer zufriedenheitsstiftenden Lebensführung befähigen soll. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 131-134, 139; Kopatz 2018, 359)
- Aufklärung über sozial-ökologische Zusammenhänge und die Notwendigkeit kulturellen Wandels (Kopatz 2018, 158f).
- Konsumentenbildung, die Kompetenzen für ein verantwortliches und gesundheitsförderndes Konsumverhalten vermittelt (Schneidewind/Zahrnt 2013, 107).
- Vermittlung eines anderen Menschenbildes (Schneidewind/Zahrnt 2013, 67f, 118).

Neben der veränderten Bildungspolitik wird zuletzt siebtens die Verteilungspolitik als Handlungsfeld gesehen. Im Zuge dessen soll eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung den Statuskonsum eindämmen und das mimetische Bestreben nach dem materiellen Status der oberen Schichten einhegen (Loske 2011, 39ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 46-49).

In der Summe wird deutlich, dass der Staat durch die beschriebene Suffizienzpolitik postmaterielle Werthaltungen und darauf aufbauende Lebensstile aktiv und gezielt befördern soll, was eine wichtige Differenz zur dezidiert liberalen Perspektive, wie sie v.a. von Ralf Fücks vertreten wird, darstellt (vgl. vertiefend Kap. 16.3, 16.4).

Absolute Begrenzungspolitiken bei Kopatz und Schneidewind

Im Vorherigen wurden zentrale Ansätze zur Einhegung der strukturellen und kulturellen Wachstumstreiber und -abhängigkeiten rekonstruiert. Als weiteres Element der angedachten Postwachstumspolitiken findet sich bei Schneidewind und insbesondere Kopatz darüber hinaus eine Politik absoluter Verbrauchsgrenzen. Diese zielt weniger darauf, die kausalen Treiber der Wachstumsdynamik zu adressieren, als vielmehr dem Wachstum in spezifischen, besonders umweltschädlichen Bereichen feste Limits zu setzen.³⁴⁹ Ausdruck findet diese absolute Begrenzungspolitik z.B. in den Bereichen Wohnen und Mobilität:

- Im Bereich Mobilität fordert Kopatz z.B. die Begrenzung der absoluten Zahl an Pkws durch eine Limitierung der Neuzulassungen in Kombination mit fair zu verteilenden Berechtigungszertifikaten (2018, 198). Schneidewind/Zahrnt insistieren auf ein generelles Verbot der Neuzulassung von überdimensionierten Fahrzeugen (2013, 95). In infrastruktureller Hinsicht spricht sich Kopatz für ein Straßenbaumoratorium aus, wonach keine neuen Straßen und Spuren mehr zugebaut werden und nur noch eine Instandhaltung der bestehenden Infrastrukturen vorgenommen wird (2018, 215-220). Auch dem Flugverkehr gilt es aus Sicht der Autoren absolute Grenzen zu setzen. Bei Kopatz geschieht dies über die Deckelung von Starts und Landungen auf dem gegenwärtigen Niveau sowie ein Verbot kurzer Inlandsflüge (2018, 236). Schneidewind/Zahrnt orientieren sich wiederum am oben dargestellten Ansatz der Moratorien

349 Unabhängig davon ist anzunehmen, dass sich die Autoren von diesen Limitierungen auch einen Beitrag zum angestrebten Kulturwandel erhoffen. In der oben für Kopatz beschriebenen Logik, dass staatliche Limitierungen soziale Normen verändern, ist naheliegend, dass z.B. absolute Limitierungen im Flugverkehr der Normalisierung des Fliegens als Mobilitätsform entgegenwirken.

und fordert den Stopp des Ausbaus von Flughäfen sowie den Beginn des Rückbaus (zunächst vor allem von Regionalflughäfen) (2013, 95f).³⁵⁰

- Im Bereich Wohnen plädiert Kopatz für ein Flächenmoratorium, mit dem der Gesetzgeber den Zubau neuer Wohnflächen begrenzt. Demnach dürfen nur noch Kommunen mit steigender Bevölkerung neue Wohnflächen ausweisen, während dies nicht wachsenden Kommunen untersagt ist (2018, 131f). Auch Schneidewind/Zahrnt kokettieren mit einem solchen Wohnflächenmoratorium (2013, 77). Mindestens aber dürften Ein- und Zweifamilienhäuser nur noch in vorhandenen Einzelhausgebieten als Nachverdichtung zugelassen werden (ebd., 79).

Bei Loske findet sich eine solche absolute Begrenzungspolitik nicht, was eine wichtige Differenz zwischen den drei Denkern anzeigt. Diese Differenz bezieht sich auf die Eingriffstiefe staatlicher Maßnahmen einerseits in die individuelle Lebensführung sowie andererseits in den Wirtschaftsprozess im Allgemeinen. Die beschriebene absolute Begrenzungspolitik impliziert in beiden Dimensionen eine vergleichsweise große Eingriffstiefe. Bezüglich der individuellen Lebensführung wird dies bei Maßnahmen wie der Limitierung von Flügen, dem Verbot von kurzen Inlandsflügen, der Limitierung der Pkw-Zulassungen sowie den Quasi-Verboten für überdimensionierte Fahrzeuge oder Einfamilienhäusern in Randlage besonders deutlich. Mit diesen Maßnahmen werden bestimmte Konsumententscheidungen bzw. die dahinterstehenden Bedürfnisse durch staatliches Handeln untersagt oder zumindest deutlich eingeschränkt. Gleichzeitig greift der Staat mit der absoluten Begrenzungspolitik auch unmittelbar steuernd in den Wirtschaftsprozess ein. Der Staat agiert nicht über die Veränderung von Rahmenbedingungen, sondern limitiert unmittelbar bestimmte Branchen und Produktionszweige.

Maßnahmen mit einer solch großen Eingriffstiefe finden sich bei Loske nicht. Mit Blick auf die individuelle Lebensführung zielen die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen stets darauf, dass Individuen, zwar angeregt durch veränderte Anreize, aus freien Stücken zu einem anderen Konsumverhalten kommen. Anders formuliert beschränkt sich Loskes Ansatz auf die Veränderung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer individuell freie Konsumententscheidungen getroffen werden. Dies gilt entsprechend für den Wirtschaftsprozess, wo sich der Staat ebenfalls auf die Veränderung

350 Auch für den Gütertransport ist bei Kopatz eine absolute Limitierung vorgesehen. Dies soll z.B. mittels der Begrenzung von Hafenumschlagskapazitäten für Überseehäfen umgesetzt werden (2018, 226f).

von Rahmenbedingungen beschränkt. Wie Loske zu den Vorschlägen einer absoluten Begrenzungspolitik steht, lässt sich anhand der untersuchten Texte nicht final bestimmen. Es liegt aber die Interpretation nahe, dass diese für ihn zu starke Eingriffe in individuelle Lebensführung und Wirtschaftsfreiheit implizieren. Loske betont mehrfach, dass umweltpolitische Instrumente so zu wählen sind, dass sie den größtmöglichen Grad an Freiheit ermöglichen (2015, 160f, 208, 230).

Weitere Aspekte: soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung und die ungeklärte Frage nach der internationalen Anschlussfähigkeit

Unabhängig von dieser Differenz wird die Sicherstellung größerer sozialer Gerechtigkeit als wichtige Voraussetzungspolitik für die Realisierbarkeit der angestrebten Postwachstumspolitiken hervorgehoben. Anders als oben, wo dies als Maßnahme gegen das, den Konsum anheizende, mimetische Begehren behandelt wird, geht es an dieser Stelle um die Schaffung von Akzeptanz. Demnach seien Abstiegsängste und soziale Unsicherheit ein zentrales Akzeptanzhindernis für ambitionierte Umweltpolitik im Allgemeinen und insbesondere Postwachstumspolitiken. Deshalb ist für die Autoren ein stärkerer sozialer Ausgleich erforderlich, der wie Kopatz bemerkt, die soziale Spaltung der Gesellschaft überwindet.³⁵¹ Konkrete Maßnahmen finden sich v.a. bei Loske. Als mögliche Ansatzpunkte sieht er eine negative Einkommenssteuer gekoppelt mit einem Bürgereinkommen und niedrigen Steuersätzen für Einkommensschwache. Zugleich plädiert er für hohe Steuersätze für Kapitalvermögen und sehr hohe Einkommen. Aber auch sein bereits beschriebener Öko-Bonus-Ansatz soll Umverteilungswirkung entfalten. Gleichzeitig müssten bei allen nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen immer die sozialen Folgen reflektiert und adressiert werden.³⁵² (Loske 2011, 39ff; 2012, 44f, 69; 2015, 149f, 223; Kopatz 2018, 374ff)

Bevor die geforderten Postwachstumspolitiken abschließend aus übergeordneter Perspektive reflektiert werden, ist auf eine diesbezügliche Leerstelle hinzuweisen. Ein zentrales Argument der Autoren des grünen Wach-

351 Auch aus internationaler Perspektive sehen die Autoren die enormen Ungleichheiten als maßgebliches Hindernis für eine globale, ambitionierte Umweltpolitik (Kopatz 2018, 375f; Loske 2015, 212-218).

352 Für Kopatz ist eben dies ein wichtiger Grund, vorwiegend auf für alle geltende Standards statt auf direkt preiswirksame, ökonomische Politikinstrumente zu setzen (2018, 372-376). Bei Loske hingegen zielt der Öko-Bonus-Ansatz darauf, die stärkere Belastung einkommensschwächerer Haushalte durch preiswirksame umweltpolitische Instrumente auszugleichen (2015, 149f).

tums gegen Postwachstumsstrategien ist deren mangelnde Anschlussfähigkeit auf internationaler Ebene. Daraus folgt die Frage, ob und wie die hier behandelten Autoren eine internationale Harmonisierung ihrer Ansätze denken. Deren Notwendigkeit ergibt sich in zweierlei Hinsicht. Einerseits würde ein Abschied vom Wirtschaftswachstum nur dann einen substanziellen Lösungsbeitrag leisten, wenn mehrere Volkswirtschaften diesen Weg gehen würden. Andererseits sind einige der angestrebten Politiken nur supranational denkbar (z.B. Re-Regulierung der Finanzmärkte). Doch entwickeln die untersuchten Beiträge keine Antwort bezüglich der Internationalisierung von Postwachstumsstrategien. Es finden sich lediglich appellative Forderungen wie z.B. bei Loske, wonach sich der Wettbewerb zwischen den USA, China und Europa nicht primär um ökonomische Potenz, sondern um Fragen von Nachhaltigkeit, Demokratiequalität oder kultureller Attraktivität drehen sollte (2015, 220).

Postwachstumspolitik, Freiheit und eine objektive Idee des guten Lebens

Abschließend ist bereits an dieser Stelle auf drei für das Denken der Autoren wichtige Prämissen einzugehen, da diese insbesondere für das Verständnis der oben ausgeführten Postwachstumspolitiken von Bedeutung sind. Alle drei Punkte begründen wichtige Differenzen zu den Denkern des grünen Wachstums und insbesondere zur dezidiert öko-liberalen Perspektive von Fücks.

1) Aus öko-liberaler Perspektive dürfen individuelle Präferenzstrukturen nicht problematisiert und damit politisiert werden. Vielmehr hat sich ökologische Politik auf die möglichst umweltverträgliche Befriedigung der als gegeben angenommenen Bedürfnisse zu beschränken (Kap. 12.4). Diese Grundposition kann als *Primat individueller Freiheit* bezeichnet werden. Dies gestaltet sich für die hier behandelten Autoren anders. Für sie ist es aus ökologischer Sicht erforderlich, dass sich die expansiven kulturellen Normen und Bedürfnisstrukturen der Menschen im Sinne einer Rückkehr zum menschlichen Maß verändern. Wertorientierungen und Bedürfnisstrukturen sind also keine gegebenen Fixpunkte, sondern sind, sobald sie mit ökologischen Begrenzungserfordernissen und damit mit Normen wie inter- und intragenerativer Gerechtigkeit konfliktieren, selbst notwendiger Transformationsgegenstand und damit Gegenstand staatlicher Politik. Eben darauf zielt die beschriebene Suffizienzpolitik. Die Rolle des Staates beschränkt sich somit nicht darauf, den Umbau der Produktionsbasis für die Befriedigung gegebener Bedürfnisse zu induzieren, sondern umfasst

auch das gezielte Einwirken auf die Bedürfnisstrukturen.³⁵³ In Abgrenzung zum Primat individueller Freiheit kann diese Grundposition als *Primat der Ökologie* beschrieben werden, wonach ökologische Erfordernisse und die dahinterstehenden Normen Vorrang vor (negativer) individueller Freiheit im Sinne umfassender Lebensstilfreiheit haben.

2) Doch sind die beschriebenen Postwachstumspolitiken in der hier behandelten Perspektive nicht nur ökologische Notwendigkeit, sondern erscheinen auch unabhängig davon wünschenswert. Dies ist auf eine spezifische Idee des guten Lebens und insbesondere einen spezifischen Freiheitsbegriff zurückzuführen, wobei der Fokus im Folgenden zunächst auf dem Zusammenhang zwischen Postwachstumspolitiken und gutem Leben liegt. Zur Verdeutlichung sei anfangs auf eine Textstelle bei Loske verwiesen. Er bemerkt, dass die von ihm beschriebenen Postwachstumspolitiken von einer Vorstellung der guten Gesellschaft getragen sind, wobei das vorherrschende „Immer Mehr, Immer Schneller und Immer Weiter so“ keine gute Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben der Individuen und der Völker ist“ (2011, 18; entspr. auch Schneidewind/Zahrnt 2013, 12). Die Postwachstumspolitiken sind also von einer Idee des guten Lebens geleitet, die mit der als vorherrschend wahrgenommenen Expansionskultur bricht. Dies lässt sich auch an anderen Textstellen zeigen. Die drei Denker stellen die Diagnose einer Überflussgesellschaft, in der, wie Loske bemerkt, „viele von dem, was wir [...] als Wohlstand verbuchen, [...] in Wahrheit eher Ballast, der uns von den wirklich wichtigen Dingen im Leben ablenkt, uns Zeitsouveränität und Autonomie raubt und unsere Lebensqualität mindert, [ist]“ (2015, 14, entspr. 187; Schneidewind/Zahrnt 2013, 132f; Schneidewind 2019, 70; Kopatz 2018, 28, 31). An anderer Stelle führt Loske aus, dass das Streben nach „Immer Mehr“ unserer Lebenszufriedenheit nicht zuträglich ist. Im Gegenteil fehle, je mehr Aufwand betrieben werden müsse, um das Erreichte zusammenzuhalten und Neues hinzuzugewinnen, die Zeit für die wichtigen Dinge im Leben. Wachsender Güterwohlstand würde so durch schrumpfenden Zeitwohlstand entwertet (2011, 8f). Schneidewind, der eine von „Überkonsumption“ geprägte Gesellschaft sieht (2019, 70), beschreibt das fortwährende materielle Streben als endlose Tretmühle, da befriedigte materielle Bedarfe immer neue Bedarfe zeitigen (2013, 15). Viele Menschen

353 Explizit deutlich wird dieses ansonsten implizite Moment an einer Textstelle bei Schneidewind: Demnach könne es nicht nur darum gehen, gegebene Präferenzsysteme möglichst effizient zu befriedigen. Vielmehr müssten im Zuge der erforderlichen „Wohlstands- und Konsumwende“ die Präferenzsysteme und deren Genese selbst in den Blick genommen werden. (2019, 172)

würden dem Glücksversprechen der Konsumwelt hinterherrennen, obwohl dieses Versprechen nicht aufgeht (ebd., 132). Die expansive Konsumkultur verwirklicht aus Sicht der Autoren nicht das gute Leben.

Warum aber verfolgen die Individuen eine Idee des guten Lebens, die letzterem gar nicht zuträglich ist? Die Antwort auf diese Frage wurde oben bereits angedeutet: Aus Sicht der drei Denker ist der materielle Expansionismus kein autonomes, sondern heteronomes, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und die omnipräsente Werbung erzeugtes Handeln. Die Konsumkultur ist nicht Ausdruck authentischer Bedürfnisse. Damit wird deutlich, dass die drei Denker das liberale Bild des souveränen Konsumenten, der selbst am besten weiß, was gut für ihn ist, stark in Zweifel ziehen.

Demgegenüber kommt in den Beiträgen eine Idee des guten Lebens zum Ausdruck, die stärker auf immaterielle Güter wie v.a. Zeitwohlstand, Entfaltung der Persönlichkeit, soziale Beziehungen, Gesundheit, sinnstiftende Tätigkeiten und Naturerfahrung fokussiert.³⁵⁴ Diese immateriellen Güter werden als die tatsächlich wichtigen Dinge für ein gutes Leben beschrieben, von denen die Menschen durch die Konsumkultur abgelenkt werden. Vielmehr setzt das gute Leben einen souveränen und bewussten Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen voraus. Dies wiederum erfordert die Fähigkeit zum bewussten Verzicht. Loske teilt in diesem Zusammenhang die Ansicht von Thoreau, wonach der Mensch reich ist „in Proportion zu den Dingen, die sein zu lassen er sich leisten kann“ (2015, 204). Entsprechend Schneidewind/Zahrnt: „Gelungenes menschliches Leben besteht gerade darin, nicht Getriebene(r) im Räderwerk sich ständig erweiternder Begierden zu sein“ (2013, 15). Statt nach immer Neuem zu verlangen, seien die Fähigkeiten des bewussten Verzichts oder des Erfreuens am Bestehenden Tugenden, die „ein gelungenes menschliches Leben ausmachen“ (ebd., 16). (Zum ges. Absatz Schneidewind 2019, 172-177; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36, 118, 132f; Loske 2015, 14, 165f; 2011, 7f, 59; Kopatz 2018, 272-280)

In dieser Perspektive sind ein Leben im rechten Maß und ein souveräner Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen konstitutiver Teil des guten Lebens. Dies setzt die Emanzipation von der expansiven Konsumkultur voraus. Entsprechend schicken Schneidewind/Zahrnt ihrem Buch vorweg, dass Postwachstumspolitik „eine Politik für ein gutes Leben sei“ (2013, 7, ähnlich 12f, 16, 28; Schneidewind 2019, 178). Sie diene neben

354 Auch diesbezüglich beziehen sich die Autoren prominent auf die Erkenntnisse der Glücksforschung (Loske 2011, 7f; Schneidewind/Zahrnt 2013, 33-36; Kopatz 2018, 272-278).

Nachhaltigkeitserwägungen auch dem Ziel, dass sich die gesamte Breite menschlicher Potenziale entfalten kann (Schneidewind/Zahrnt 2013, 21f, 118). Die Postwachstumspolitiken sollen also neben ökologischen Zielen einen Weg aus der fortwährenden Steigerungs- und Beschleunigungsdynamik weisen, um dadurch Raum für ein besseres Leben jenseits der expansiven Konsumkultur zu schaffen. In Anbetracht dessen lässt sich die Trennlinie zur liberalen Position bei Fücks erweitern. Fücks betont, dass staatliche Politik keiner spezifischen Idee des guten Lebens zuneigen darf, sondern diesbezüglich neutral sein muss (Kap. 12.4). Die hier behandelten Denker legen ihren Alternativentwürfen hingegen eine *objektivierte* Idee des guten Lebens zugrunde und nehmen nicht, wie Fücks, die individuellen bzw. *subjektiven* Ideen des guten Lebens als Ausgangspunkt für ihre öko-politischen Erwägungen. Vielmehr bevorzugt der Staat mit seinem Handeln (Suffizienzpolitik) eine spezifische Idee des guten Lebens.

3) Zuletzt wird in den Werken der Autoren deutlich, dass die beschriebenen Postwachstumspolitiken auch ein Mehr an Freiheit zeitigen sollen. Explizit bezeichnet Schneidewind die Postwachstumspolitiken als „Freiheits- und Ermöglichungspolitik“ (2019, 344). Hinter dieser Position steht ein spezifisches Freiheitsverständnis, was sich v.a. bei Schneidewind und Loske zeigen lässt. Leitend ist dabei das Motiv, dass Menschen, die sich von der materialistischen Konsumorientierung lösen, individuelle Freiheit gewinnen. Entsprechend konstatieren Schneidewind/Zahrnt, dass Selbstbegrenzung befreien könne (2013, 176). Noch deutlich wird dieses Motiv an der oben angeführten Textstelle, wo Schneidewind/Zahrnt das konsumfokussierte Individuum als Getriebenen beschreiben (ebd., 15). Dies erinnert stark an die emanzipatorische Konsumkritik der ersten Zeitphase. Demgegenüber bedeute die Fähigkeit zum bewussten Verzicht Autonomie gegenüber den Umständen und die Freiheit, sich auf die wesentlichen Dinge zu fokussieren (ebd., 133; Schneidewind 2019, 176). Auch für Loske steigt der Grad innerer Freiheit, je mehr das Individuum in der Lage ist, bewusst zu verzichten und zu einer vernunftgesteuerten Selbstbegrenzung zu kommen (2015, 203f, ähnlich 14).

Freiheit liegt in dieser Perspektive vor allem in der Emanzipation von und dem souveränen Umgang mit den eigenen materiellen Bedürfnissen. Lediglich frei von unmittelbaren äußeren Zwängen den maßgeblich von außen induzierten materialistischen Bedürfnissen zu frönen, kann aus dieser Sicht keine Freiheit bedeuten. In diesem Denken sind Suffizienz und Genügsamkeit keine Aufgabe von Freiheit, sondern im Gegenteil ein Weg zu mehr innerer Freiheit. Dies folgt logisch daraus, dass das Konsumstreben

primär als heteronomes Handeln gesehen wird. Zum Tragen kommt hier im Unterschied zum Fokus auf negative Freiheit bei Fücks eine starke Gewichtung positiver Freiheit, wonach Handlungen erst dann frei sind, wenn sie dem authentischen freien Willen des Individuums entspringen und nicht von außen (z.B. durch Werbung oder Statuskonkurrenz) induziert sind (vgl. dazu Honneth 2013, 58ff). Gleichzeitig deutet Loskes Verweis auf die vernunftgesteuerte Selbstbegrenzung in Richtung der Kantischen reflexiven Freiheit, wonach die vernünftige Selbstgesetzgebung und die Handlungsorientierung an diesen Gesetzen Ausdruck von Freiheit sind (vgl. dazu Honneth 2013, 63).

13.1.2.3 Ökologische Weiterentwicklung der Demokratie

Als drittes Handlungsfeld neben der grünen Effizienzrevolution und den dargestellten Postwachstumspolitiken lässt sich die ökologisch movierte Weiterentwicklung des politischen Systems identifizieren. Da es bisher nicht gelinge, Zukunftsinteressen ausreichend zu berücksichtigen, so z.B. Loske, gelte es die Institutionen der Demokratie zu reformieren (2015, 232). Es geht somit um die Stärkung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Staates. Dazu lassen sich vier Ansatzpunkte unterscheiden, die im Folgenden aufzuarbeiten sind. Daran anschließend ist eine Differenz zu den Denkern des grünen Wachstums zu reflektieren, die sich auf die Tugendanforderungen an die Bürgerschaft bezieht.

Erstens zielen die Vorschläge auf eine Eingrenzung von Lobbyismus. Alle drei Denker machen im starken Lobbyeinfluss ein zentrales Hindernis für die ökologische Transformation aus (Kap. 13.1.1.2). Daran anschließend konstatiert z.B. Kopatz, dass die Eindämmung des Lobbyismus die Voraussetzung für die Umsetzung seiner ökopolitischen Vorschläge sei (2018, 355). Konkrete Maßnahmen finden sich v.a. bei Kopatz und Loske.³⁵⁵ Bei Kopatz steht die Schaffung von Transparenz sowie die Regulierung bzw. Begrenzung der Einflussnahme im Vordergrund. Ersterem dient eine Verpflichtung zur Veröffentlichung der Konsultationen im Zuge von Gesetzgebungsprozessen (2018, 355), was sich entsprechend bei Loske findet (2015, 234). Auf die Begrenzung der Einflussnahme richtet sich das Verbot

355 Bei Schneidewind ist diesbezüglich wie bereits bei Jänicke eine Leerstelle auszumachen. Der prominenten Problematisierung von ungleich verteilten Einflusspotenzialen stehen keine Ansätze zur Eindämmung bzw. Behebung dieses Problems gegenüber.

von Parteispenden und von Nebeneinkünften für Abgeordnete (Kopatz 2018, 355). Bei Loske liegt der Fokus neben größerer Transparenz stärker auf der Verhinderung von Machtkonzentrationen sowie dem Aufbau von Gegengewichten. Der Verhinderung von Machtballungen dienen die schärfere wettbewerbs- und kartellrechtliche Bekämpfung von ökonomischen Machtballungen mit überproportionalem politischem Einfluss (2011, 35f; 2015, 174-179) sowie der Abbau der Konzentration von (Geld-)Vermögen durch größere Steuergerechtigkeit (2015, 189). Der Aufbau von Gegenmacht soll einerseits über die Ausweitung von Bürgerbeteiligung in demokratischen Entscheidungsverfahren (ebd., 248) und andererseits durch die Stärkung der Parlamente, die aber wiederum transparenter und zugänglicher für die Bürgerschaft sein sollen, erreicht werden (ebd.).³⁵⁶

Zweitens wird in den untersuchten Beiträgen für eine verstärkte Bürgerbeteiligung geworben. Bereits angeklungen ist, dass Loske dies als Maßnahme gegen wirtschaftliche Lobbymacht begreift. Er und Schneidewind plädieren aber auch unabhängig davon für mehr Beteiligung, womit sie zwei Ziele verbinden. Erstens geht es um die Steigerung von Akzeptanz durch umfassendere Bürgerbeteiligung (Loske 2015, 239ff; Schneidewind 2019, 350; Schneidewind/Zahrnt 2013, 85, 98f). Zweitens erhoffen sie sich dadurch einen ökologischeren Policy-Output. Loske plädiert im Zuge dessen für eine Ergänzung der bestehenden Institutionenlandschaft um direktdemokratische Verfahren von unten, ohne dies näher auszuführen (2015, 232, 248). An anderer Stelle spricht er sich für eine systematische Öffnung von Entscheidungs- und Planungsverfahren für die interessierte Bürgerschaft aus, in welcher sich öffentliche Entscheidungsträger, Verwaltung und Bürgerschaft auf Augenhöhe begegnen (ebd., 239-242). Was dies in institutioneller Hinsicht konkret bedeutet und welche Ebenen Loske dabei im Blick hat, bleibt offen. Unabhängig davon kommt hier das Motiv zum Tragen, dass auch das ökologische Demokratisierungsdenken der ersten Zeitphase prägt: der stärkere Einbezug der Bürgerschaft in politische Entscheidungsprozesse soll zu verantwortlicheren Ergebnissen führen. Doch ist Loske diesbezüglich deutlich zurückhaltender als die radikalen Demokratisierungsdenker der ersten und, wie unten noch zu zeigen ist,

356 Loske bemerkt, dass auch auf EU-Ebene dringend wirksame Maßnahmen gegen überbordende Lobbyeinflüsse getroffen werden müssten. Er plädiert für einen Lobbyfußabdruck für Gesetze sowie eine Stärkung des Parlaments gegenüber Rat und Kommission, um den Einfluss der Bürgerschaft auf Nachhaltigkeitspolitik zu stärken (2015, 234).

der zweiten Zeitphase. Er warnt zugleich vor der Illusion eines zwingenden Zusammenhangs zwischen mehr Partizipation und stärkerer Nachhaltigkeits- bzw. Langfristorientierung (ebd., 232, 243f, 248f). Bei ihm kommt ein, im Vergleich zum radikalen Demokratisierungsdenken, skeptischeres Bürgerbild zum Ausdruck, nach dem die Bürgerschaft weder per se verantwortlich noch durchgehend beteiligungswillig ist (ebd., 246ff). Angesichts dessen dürften die neu zu schaffenden partizipativen Möglichkeiten das repräsentative System lediglich ergänzen, welches als Absicherung gegen „populistischen Unfug“ und unvernünftige Entscheidungen in direktdemokratischen Verfahren Bestand haben müsse (ebd., 244f, 248).³⁵⁷

Als dritte Maßnahme zur Stärkung des staatlichen Handlungspotenzials fordern Schneidewind und Loske die Schaffung bzw. Stärkung von Institutionen, die ökologische Interessen im politischen Prozess vertreten. Als einen Ansatzpunkt nennen sie einen veränderten Ressortzuschnitt, der ökologischer Nachhaltigkeit als Querschnittsherausforderung besser zur Geltung bringt und die Zersplitterung diesbezüglicher Zuständigkeiten überwindet. Befürwortet wird ein mit starken Kompetenzen ausgestattetes Ministerium für Nachhaltige Entwicklung, in dessen Zuständigkeiten nach Loske neben Umwelt-, Natur und Klimaschutz auch weitere Bereiche wie Elektrizitätswirtschaft, Verkehr oder Wohnungsbau fallen sollen (Loske 2015, 235f; Schneidewind 2019, 345f). Bei Loske findet sich darüber hinaus der Vorschlag einer substanziellen institutionellen Erweiterung der Legislative. Er befürwortet die Schaffung eines mit suspensiven Vetorechten im Gesetzgebungsverfahren ausgestatteten Nachhaltigkeitsrates, der Zukunftsinteressen repräsentiert. Bestenfalls soll dieser Rat auf europäischer Ebene verwirklicht werden. Loske plädiert für eine Amtszeit der Mitglieder von fünf Jahren ohne Möglichkeit zur Wiederwahl, um so eine Verstrickung in kurzfristige politische Interessen zu vermeiden. Das Gremium soll plu-

357 Bei Schneidewind äußert sich die Hoffnung auf einen ökologischeren Policy-Output durch mehr Bürgerbeteiligung v.a. in spezifischen Politikbereichen. So legt er für die Bereiche Wohnungspolitik und Mobilitätspolitik dar, dass eine breite Beteiligung zu verantwortlicheren Entscheidungen führe. Beispielsweise geht er im Bereich Mobilität davon aus, dass eine breite Beteiligung zu einer Gewichtsverschiebung weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu ÖPNV und nicht-motorisierten Verkehr führe und infrastrukturelle Großprojekte kritischer geprüft würden. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass es Schneidewind vor allem um mehr Beteiligung auf kommunaler Ebene geht. Die institutionellen Formen ausgeweiteter Beteiligung bleiben weitgehend offen. An einer Stelle nennt er ergebnisoffene Zukunftskonferenzen und Bürgerhaushalte als potenzielle Ansätze. (2013, 85, 98f)

ralistisch mit Vertretern aus Politik, Industrie, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z.B. Umwelt- und Verbraucherschutzverbände besetzt sein. Denkbar ist für Loske auch, dass dieses Gremium, das im Kanzleramt ressortieren soll, nicht nur mit Sachverständigen, sondern auch mit Laien, die z.B. per Losverfahren auszuwählen sind, besetzt wird.³⁵⁸ (2015, 171f, 232, 236)

Als vierter Ansatzpunkt findet sich bei Loske, ähnlich wie bei Fücks, die Verankerung eines Rechts auf Nachhaltigkeit als Grundrecht in der Verfassung. Dies zielt auf eine stärkere Selbstbindung des Staates mit Blick auf Nachhaltigkeitserfordernisse. Darauf aufbauend soll nach Loske das bisherige Stabilitäts- und Wachstumsgesetz als Richtschnur für wirtschaftspolitisches Handeln in ein Stabilitäts- und Nachhaltigkeitsgesetz überführt werden. Die Überwachung der Einhaltung der entsprechenden Ziele würde dem neu geschaffenen Nachhaltigkeitsrat obliegen. (2015, 171, 236)

In der Summe wird deutlich, dass durchaus substanzielle Veränderungsnotwendigkeiten in Bezug auf das politische System gesehen werden. Abschließend ist auf eine Trennlinie zu den Autoren des grünen Wachstums einzugehen. In der hier diskutierten wachstumskritischen Perspektive hängt eine ökologisch tragfähige Demokratie stark von der Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft ab. Nur wenn die Bürgerschaft ihre Präferenzstrukturen dahingehend verändert, dass sie nicht mehr auf die Steigerung von Konsummöglichkeiten und materiellem Wohlstand zielt, wird eine von demokratischen Mehrheiten abhängige Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft möglich. Die Bürgerschaft muss in vorausschauender Rücksichtnahme auf Zukunftsinteressen eigene kurzfristige materielle Interessen zurückstellen. Dies unterstellt gleichzeitig ein optimistisches Bild der Bürgerschaft. Dieser wird die Fähigkeit zur bewussten und vorausschauenden Selbstbeherrschung und Selbstbegrenzung zugetraut (Kopatz 2018, 57; Schneidewind/Zahrnt 2013, 15f; Loske 2015, 27). Im Denken der Exponenten des grünen Wachstums ergeben sich keine solche starken Tugendanforderungen, da ein Ausstieg aus der Wachstumsdynamik kurz- bis mittelfristig nicht erforderlich erscheint. Zudem zeigen sich v.a. Fücks und Jänicke skeptisch bezüglich eines vorausschauenden Verzichtsethos in der Bürgerschaft.

358 Mit dem Vorschlag eines Zukunftsrates als Vetospieler im Gesetzgebungsverfahren schließt Loske an entsprechende, im Detail verschieden ausgestaltete Vorschläge aus der politikwissenschaftlichen Forschung an (vgl. u.a. Stein 1998, 252-261; Calliess 2016; Gesang 2018; Kahl 2018; SRU 2019, 179-182).

13.1.3 Prozess des Wandels: die Zivilgesellschaft als Impulsgeberin – der Staat als Transformationsinstrument

Wie denken Loske, Kopatz und Schneidewind den Prozess des Wandels in die Postwachstumsgesellschaft? Grundsätzlich ist festzuhalten, dass diese Frage in den untersuchten Beiträgen nur unzureichend und unzusammenhängend beantwortet wird. Vor allem bei Loske und Kopatz beschränkt sich dies auf eine weitgehend diffuse Hoffnung auf die Zivilgesellschaft, die den erforderlichen Wandel anstoßen soll. Schneidewind (2019) wiederum analysiert ausführlicher das Potenzial verschiedener Akteure und Akteursgruppen (Wissenschaft, Unternehmen, Politik, Zivilgesellschaft), von wem er aber letztlich welche konkreten Impulse erwartet, bleibt unklar.

Unabhängig von diesen Einschränkungen kam im Vorherigen zum Ausdruck, dass für die hier behandelten Denker, wie in der Perspektive des grünen Wachstums, der Staat das zentrale Transformationsinstrument darstellt. Sowohl die Politiken für eine ökologische Effizienzrevolution als auch die angestrebten Postwachstumspolitiken sind als staatliche Reformmaßnahmen angelegt. Entsprechend konstatieren die Autoren selbst, dass ökologische Transformation nicht ohne staatliche Politik, welche die erforderlichen Veränderungen in allgemeinverbindliche Regelungen und Rahmenbedingungen übersetzt, gedacht werden kann. Sie grenzen sich explizit von staatskritischeren bzw. staatsferneren Perspektiven auf ökologische Transformation ab. Einerseits positionieren sie sich gegen Ansätze, die primär auf individuelle Verantwortung und ein darauf aufbauendes verändertes Konsumverhalten als maßgebliches Transformationsvehikel setzen. Ein solcher Kulturwandel wird sich aus ihrer Sicht, wie dargestellt, nur dann einstellen, wenn der Staat dafür förderliche Rahmenbedingungen bereitstellt. Andererseits grenzen sie sich von der Perspektive ab, wonach der Wandel maßgeblich über die Diffusion veränderter sozialer Praktiken, wie sie sich z.B. in Tauschringen, Reparaturcafés oder Stadtgärten ausdrücken, vonstattengeht. Diese Initiativen seien zwar wichtige Impulsgeber, ohne ein früher oder später einsetzendes Mainstreaming durch den Staat blieben sie aber von marginaler Bedeutung. Die Politik, so Loskes Schlussfolgerung, sei nach wie vor der entscheidende Handlungsraum für die Transformation. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 145; Schneidewind 2019, 51, 328f; Loske 2015, 25f, 29ff, 87; Kopatz 2018, 347-351, 384-387)

In Anbetracht dessen stellt sich die Frage, wie der Staat zum Transformationsinstrument für den angestrebten Politikwandel wird. Diese Frage

stellt sich umso dringlicher, da, wie Loske selbst bemerkt, die vertretene Postwachstumsposition gegenwärtig deutlich weniger anschlussfähig ist als z.B. eine Strategie des grünen Wachstums (2012, 64f; ähnlich Kopatz 2018, 389f). Zentraler gemeinsamer Grundzug ist, dass die Zivilgesellschaft als maßgeblicher Impulsgeber gesehen wird. Demnach werde die institutionalisierte Politik erst dann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, wenn sie entsprechenden Druck aus der Zivilgesellschaft erhält (Kopatz 2018, 384, 388ff; Loske 2015, 29ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 141f, 145, 150; Schneidewind 2019, 299-304). Beispielsweise legen Schneidewind/Zahrnt dar, dass alle etablierten Parteien auf Wachstum als Politikziel festgelegt seien (2013, 121f). Es bräuchte folglich zunächst einen vorangehenden (zivil-)gesellschaftlichen Wandel, der die Unterstützung für eine diesbezügliche Umorientierung sichtbar macht (ebd.). Die Zivilgesellschaft sei der Motor jeder großen Transformation, da in ihr neue Wertvorstellungen und Normen entstehen und heranreifen, welche wiederum die Grundlage für Politikwandel und institutionelle Neuerungen darstellen (2019, 299, 303f). Auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Umweltsenator in Bremen Loske gibt sich skeptisch bezüglich proaktiver Impulse aus der professionalisierten Politik. In seiner Zeit als aktiver Politiker sei die Gewissheit gewachsen, dass die entscheidenden Impulse für die notwendigen Schritte in Richtung Nachhaltigkeit nicht aus der formalen Politik zu erwarten sind. In dieser würden starke und veränderungsaverse Gegenwartsinteressen dominieren. Außerdem herrsche ein Fokus auf die eigene Wiederwahl vor (2015, 29ff). Entsprechend setzen die Autoren auf einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel, der die Basis für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement bildet (Loske 2015, 88-92; Schneidewind/Zahrnt 2013, 144f; Schneidewind 2019, 26-30, 299, 303f; Kopatz 2018, 383ff). Beispielsweise hofft Kopatz auf eine erstarkende zivilgesellschaftliche „Lobby für die zukünftigen Generationen“, die sich gegen die „Lobby der Gegenwartsfixierung“ auflehnt (2018, 383).

Konkreter lassen sich in den untersuchten Beiträgen zwei maßgebliche Funktionen der Zivilgesellschaft unterscheiden. Erstens ist dies in konventionellem Sinne der Aufbau von politischem Druck und die aktive Einforderung des erforderlichen Wandels, z.B. durch ein entsprechendes Wahlverhalten, öffentliche Meinungsäußerungen, Proteste, gezielte Teilhabe und das Einbringen politischer Gegenkonzepte (Kopatz 2018, 383f, 387, 389f; Loske 2015, 86f, 237-242; Schneidewind 2019, 305f, 311ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 145-150). Es geht in dieser Funktion mit Stein um

das Einwirken auf die Willens- und Entscheidungsfindung im Staat, der Staat ist mehr oder weniger direkter Fluchtpunkt des zivilgesellschaftlichen Engagements (2015, 106f). In strategischer Hinsicht betonen Schneidewind/Zahrnt, dass aus den etablierten Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft³⁵⁹ und den neueren, v.a. lebenspraktisch orientierten Initiativen eine politische Kraft für die Transformation in Richtung Postwachstum entstehen müsse (2013, 145-150).

Zweitens kommt in den untersuchten Texten eine Funktion der Zivilgesellschaft zum Ausdruck, die sich mit Loske als „Entwicklung von Alternativen in der Nische“ (2015, 87) beschreiben lässt. Schneidewind nennt dies die „Motor-Funktion“, im Rahmen derer zivilgesellschaftliche Akteure beispielhafte Lösungen und alternative Strukturen als Antwort auf die wahrgenommenen Problemlagen entwickeln (2019, 306). Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf die sich ausbreitenden Praxisinitiativen wie Urban Gardening, Tauschringe, Reparaturinitiativen oder Energiegenossenschaften. Den ‚Alternativen in der Nische‘ werden wiederum zwei potenzielle Wirkungen zugeschrieben. In der ersten fungieren sie als (strukturelle) Prototypen, die als Vorbild für eine allgemeinverbindliche Rahmensetzung durch den Staat dienen können (Loske 2015, 31, 87; Kopatz 2018, 385ff; Schneidewind/Zahrnt 2013, 144f). Die zweite Funktion solch alternativer Praktiken besteht in deren ausstrahlender Wirkung. Nach Schneidewind/Zahrnt entwickeln diese Initiativen eine alternative Realität, „die auch andere fasziniert und ansteckt“ (2013, 144). Entsprechend geht es auch bei Kopatz darum, vor Ort aufzuzeigen, wie eine verantwortliche Lebenspraxis aussehen kann (2018, 387). Loske spricht von neuen, lustmachenden und attraktiveren Pfaden, welche durch die sich ausbreitenden Lebensstilpioniere sichtbar werden (2015, 229).³⁶⁰ Sie sind damit zugleich wichtiger Ausdruck einer neuen Positivvision, die für die Entstehung einer starken politischen Gegenbewegung von zentraler Bedeutung ist (ebd., 219). Mit Stein kann diese Funktion als die Schaffung von

359 Neben den Umweltverbänden setzt Schneidewind dabei auch auf Kirchen und Gewerkschaften. Als wichtiges Signal wertet er die bereits stattfindende zunehmende Vernetzung dieser drei Akteure, die es zu vertiefen gelte. (2013, 145-150)

360 Loske betont im Zuge dessen die aus seiner Sicht hohe Relevanz der kommunalen Ebene. Diese könnte bezüglich der Erprobung alternativer Lebens- und Produktionspraxen, aber auch mit Blick auf die Schaffung neuer politischer Rahmenbedingungen, als Reallabor im Transformationsprozess dienen. (2015, 251-257)

Bereitschaftspotenzial für anstehende Veränderungen beschrieben werden (2015, 120).³⁶¹

Jenseits dieses Fokus auf zivilgesellschaftliche Impulsgeber wird betont, dass auch Pioniere in anderen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Impulse setzen können. Dies bezieht sich z.B. auf progressive Unternehmen oder eine transformative Wissenschaft. Zudem wird auch die Rolle progressiver Politiker betont, die alternative Maßnahmen und Konzepte in den Diskurs einbringen (Schneidewind 2019, 452-460; Schneidewind/Zahrnt 2013, 154f; Loske 2015, 87, 184; 2011, 47f; Kopatz 2018, 297f, 386f). Schneidewind setzt sich mit zwei dieser Akteursgruppen und deren Transformationspotenzial näher auseinander, was an dieser Stelle kurz zu rekapitulieren ist. Zum einen hofft er auf eine fortschreitende Selbsttransformation der Wirtschaft im Sinne eines Kulturwandels hin zur Wiederbelebung des Ethos des verantwortlichen Unternehmers. Dieser begreife unternehmerisches Handeln v.a. als Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlergehen, nicht primär als Profitgenerierung. Konkret erwartet Schneidewind von verantwortlichen Unternehmen Transformationsimpulse in vier Bereichen: die Entwicklung technologischer Sprunginnovationen, die Orientierung ihrer Geschäftsmodelle an gesellschaftlichen Belangen, die Ausrichtung ihrer kulturprägenden Wirkung auf verantwortlichen und nachhaltigen Konsum sowie politischen Einsatz für einen strengeren ökologischen Ordnungsrahmen (2019, 361-409, 418f; 2013, 154ff).³⁶² Zum anderen setzt Schneidewind auf eine transformative Wissenschaft, die andere Zukünfte entwirft und diese proaktiv in den gesellschaftlichen Diskurs einbringt. Eine entscheidende Rolle weist er den Wirtschaftswissenschaften zu, die sich von ihrem verengten Fokus auf die gegenwärtige Wachstumswirtschaft lösen müssten und alternative Wirtschaftsentwürfe entwickeln sollen. Die Ausschöpfung des trans-

361 Damit lässt sich konstatieren, dass die alternativen Praxisprojekte von den Autoren vor allem in ihrer Wirkkraft auf den Staat hin gesehen werden. Erstens entwickeln sie Prototypen, die dann über den Staat zu verallgemeinern sind. Zweitens schaffen sie Bereitschaftspotenzial für die erforderlichen, wiederum über den Staat zu implementierenden, gesamtgesellschaftlichen Veränderungen. Sie vollziehen die Neustrukturierung der Gesellschaft, anders als z.B. bei Amery, nicht autonom am Staat vorbei.

362 Bei Schneidewind dringt somit die Hoffnung durch, dass sich ein Bewusstseinswandel nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Unternehmerschaft ausbreitet und wichtige Transformationsimpulse aus der Wirtschaft selbst kommen. Dies findet sich mit diesem optimistischen Grundton bei Loske und Kopatz nicht. Bei ihnen dominiert die Lesart, dass Unternehmen jenseits einzelner Pioniere in der Breite erst in den oben beschriebenen, veränderten politischen Rahmenbedingungen ihr Transformationspotenzial entfalten können (siehe z.B. Loske 2015, 172-184).

formativen Potenzials der Wissenschaft erfordere einerseits eine anders ausgerichtete Wissenschaftspolitik. Andererseits hofft Schneidewind aber auch auf selbsttransformierende Impulse aus dem Wissenschaftssystem selbst (2019, 429-446; 2013, 157-162).

Weitestgehend unklar bleibt, wie sich die beschriebenen Anstöße letztlich in gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten übersetzen sollen. Dies verweist auch auf die Frage, von welchen Parteien sich die Denker eine Öffnung für Postwachstumsstrategien erhoffen. Beispielsweise verbleibt Kopatz gänzlich auf der Ebene allgemeiner Appelle an die politischen Verantwortungsträger (2018, 387, 390). Wenig konkreter wird Loske, wenn er fordert, dass die „Protagonistinnen und Protagonisten der Nachhaltigkeit in Politik und Zivilgesellschaft [...] auf allen Ebenen einen Pakt eingehen“ und sich dann wiederum gemeinsam um „Allianzen mit wohlmeinenden Kräften“ bemühen (2015, 251). Hier kommt das Motiv der strategischen Verbindung progressiver politischer Funktionseleiten und zivilgesellschaftlicher Akteure zum Tragen. Wen er aber für die „Protagonisten der Nachhaltigkeit“ in der etablierten Politik bzw. die „wohlmeinenden Kräfte“ hält, bleibt ungeklärt.

13.1.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Abschließend ist die Frage zu beantworten, auf welchen Hintergrundannahmen die dargestellte Grundposition beruht. Dabei wurden die meisten maßgeblichen Aspekte bereits beleuchtet, weshalb sie an dieser Stelle nur zu nennen sind:

- Im Vergleich zu den Denkern des grünen Wachstums basiert die hier aufgearbeitete Position auf einer pessimistischeren Positionierung in der Wachstumsfrage, was wiederum auf eine skeptischere Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials zurückzuführen ist (Kap. 13.1.1.1). Erst diese wachstumsskeptischere Haltung macht die auf die Überwindung struktureller und kultureller Wachstumstreiber fokussierten Postwachstumspolitiken erforderlich. Damit ergibt sich auch die Notwendigkeit des Einwirkens des Staates auf die Präferenzstrukturen der Individuen aus der wachstumsskeptischeren Grundhaltung.
- Die Position basiert auf einer spezifischen Idee des guten Lebens sowie einem spezifischen Freiheitsverständnis, vor deren Hintergrund die Abkehr von der expansiven Wachstums- und Konsumgesellschaft zugunsten

einer suffizienten Postwachstumsgesellschaft bessere Bedingungen für ein gutes und freies Leben bietet (Kap. 13.1.2.2).

- Dem Denken der Autoren liegt in dem Sinne ein optimistisches Menschen- und Bürgerbild zugrunde, dass den Individuen die Fähigkeit und der Wille zur bewussten und vorausschauenden Selbstbegrenzung zuge-
traut werden (Kap. 13.1.2.3).

Jenseits dieser drei Punkte ist abschließend auf perspektivische Spezifika einzugehen, welche die Autoren von den Denkern des grünen Wachstums einerseits und den Systemwechsel-Positionen andererseits unterscheiden. Gegenüber vielen Systemwechsel-Perspektiven liegt den hier behandelten Alternativentwürfen ein selektiverer Fokus auf die ökologische Frage zugrunde. Die Bearbeitung der ökologischen Krise wird nur bedingt mit der Lösung weiterer gesellschaftlicher Problemlagen verbunden. Viele Systemwechsel-Denker hingegen beschreiben die ökologische Krise als eine von mehreren Dimensionen einer multiplen Systemkrise und formulieren auch deshalb Fundamentalalternativen, die eine Antwort auf diese multiple Systemkrise geben sollen (Kap. 14). Neben das Ziel der Nachhaltigkeit treten weitere Ziele wie z.B. die Überwindung kapitalistischer Machtverhältnisse, die Beendigung von Herrschaft oder eine umfassende Demokratisierung. Die hier behandelten Denker sehen als Nebeneffekt einer Postwachstumsgesellschaft zwar bessere Bedingungen für ein freies und gutes Leben, der Fokus liegt jedoch auf der Bearbeitung der ökologischen Krise. Eben dies wird von Exponenten der Systemwechsel-Perspektive kritisiert (vgl. z.B. Schmelzer 2014, 18f). Gegenüber den Exponenten des grünen Wachstums ist bei den hier behandelten Denkern der realpolitische Fokus weniger stark ausgeprägt. Sie leiten ihre Politikvorschläge aus den ökologischen Notwendigkeiten ab, unterziehen sie aber keiner umfassenderen Prüfung bezüglich der realpolitischen Umsetzungsmöglichkeiten. Deutlich wird dies z.B. daran, dass die demokratischen Mehrheitsoptionen für die angestrebte Postwachstumspolitik weitgehend unreflektiert blieben, obwohl, wie Loske feststellt, die Postwachstumsstrategie im Hinblick auf gegebene Macht- und Interessenskonstellationen national und international nur sehr bedingt an-
schluss- und mehrheitsfähig ist (Kap. 13.1.3).

13.1.5 Zusammenfassung

Loske, Kopatz und Schneidewind halten im Angesicht der ökologischen Krise einen Ausstieg aus der fortwährenden Wachstumsdynamik für erforderlich. Neben die ökologische tritt zudem eine soziale Wachstumskritik, die soziale Grenzen des Wachstums erreicht sieht. Aus der wachstumskritischen Grundhaltung folgend werden neben der ineffizienten Nutzung von Umweltgütern auch Wachstumstreiber und Wachstumsabhängigkeiten als Krisenursachen problematisiert.

Dieser zweigeteilten Krisenbegründung entsprechend treten in den Alternativentwürfen neben die Effizienzrevolution mit Blick auf die Ressourcennutzung vielfältige Postwachstumspolitiken, die den Ausstieg aus dem Wachstumshorizont ermöglichen sollen. Adressiert werden dabei strukturelle Wachstumstreiber (z.B. durch die Förderung wachstumsunabhängiger Unternehmensformen, die Regulierung der Finanzmärkte oder Maßnahmen zur Aufhebung der Wachstumsabhängigkeit des Staates) ebenso wie kulturelle Wachstumstreiber (durch Suffizienzpolitik zur Einhegung der expansiven Konsumkultur). Der entscheidende Unterschied zu den wachstumskritischen Systemwechsel-Denkern besteht darin, dass in struktureller Hinsicht keine grundsätzliche Überwindung des Kapitalismus vertreten wird. Als weiteres wichtiges Handlungsfeld werden Veränderungen bezüglich des politischen Systems angemahnt, um dessen ökologische Leistungsfähigkeit zu steigern. Diese beziehen sich auf die Eindämmung des Lobbyismus, vertiefte Bürgerbeteiligung, die bessere institutionelle Verankerung von Zukunftsinteressen sowie eine stärkere verfassungsrechtliche Nachhaltigkeitsbindung des Staates.

In Bezug auf den Prozess des Wandels wird die Zivilgesellschaft als maßgeblicher Impulsgeber für die Transformation in eine Postwachstumsgesellschaft beschrieben. Demgegenüber steht eine Skepsis gegenüber den etablierten politischen Eliten. Gleichzeitig stellt der Staat aus Sicht der Autoren das zentrale Transformationsinstrument dar. Entsprechend richtet sich der Impuls der Zivilgesellschaft maßgeblich auf den Staat: direkt im Sinne des Aufbaus politischen Drucks sowie indirekt durch die Erprobung struktureller Alternativen und die Stärkung des gesellschaftlichen Bereitschaftspotenzials. Wie sich dieser Basisimpuls in gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten übersetzen soll, bleibt weitestgehend unklar.

Als zentrale Prämissen lassen sich erstens die, im Vergleich zu den Autoren des grünen Wachstums, pessimistischere Positionierung in der Wachstumsfrage und die dahinterstehende skeptischere Einschätzung des techni-

sehen Innovationspotenzials identifizieren. Hinzu treten zweitens spezifische Ideen von Freiheit und gutem Leben, die eine Postwachstumsgesellschaft auch unabhängig von ökologischen Erwägungen als wünschenswert erscheinen lassen. Des Weiteren sind drittens ein Primat ökologischer Begrenzungserfordernisse gegenüber negativer individueller Freiheit sowie viertens das optimistische Bild eines verzichtfähigen Individuums von Bedeutung. Zuletzt lassen sich fünftens perspektivische Differenzen gegenüber den anderen Grundpositionen ausmachen.

13.2 Radikale Position: Suffizienzrevolution und schrumpfende Marktwirtschaft

Eine deutlich radikalere Position, die sich der Grundposition eines eingehogten Kapitalismus in Verbindung mit Postwachstumspolitik zurechnen lässt, wird von Niko Paech vertreten. Paech hat in der untersuchten Zeitphase mehrere sehr einflussreiche Schriften veröffentlicht, auf die sich die nachfolgende Darstellung bezieht (vgl. Zusatzkapitel III). In seiner Krisenanalyse verbindet Paech eine sehr pessimistische Positionierung in der Wachstumsfrage mit der Interpretation der ökologischen Krise als Kulturkrise (Kap. 13.2.1). Daraus ergeben sich die maßgeblichen Aspekte seines Gegenentwurfes. Erstens gilt es noch stärker als in der moderaten Perspektive die kapitalistische Marktwirtschaft einzuhegen, was mit einer ebenfalls stärker ausfallenden Aufwertung alternativwirtschaftlicher Ansätze einhergeht (Kap. 13.2.2). Zweitens bedarf es für Paech einer besonders tiefgreifenden Kulturrevolution, die zu radikaler Suffizienzorientierung führt (Kap. 13.2.2). Auch Paechs Vorstellungen vom Prozess des Wandels sind stark von seiner kulturell fokussierten Krisenbegründung geprägt. Die Impulsgeber fungieren in erster Linie als kulturelle Avantgarde, die auf die Ausbreitung der Suffizienzkultur zielt. Hinzu kommt eine deutlich stärkere Staatsskepsis im Vergleich zu Kopatz, Loske und Schneidewind (Kap. 13.2.3). Abschließend werden die für Paechs Position maßgeblichen Prämissen aufgearbeitet (Kap. 13.2.4).³⁶³

363 Adler/Schachtschneider identifizieren in ihrem Überblickswerk zu Konzepten ökologischen Wandels eine Position „Kulturwechsel“, für welche sie Paech als einen maßgeblichen Vertreter heranziehen (2010, 198-221). Sie fokussieren jedoch auf ältere Schriften von Paech. Dabei zeigen sich weitreichende Überschneidungen zu den hier untersuchten neueren Schriften, sodass an verschiedenen Stellen auf Adler/Schachtschneider verwiesen wird.

13.2.1 Krisenanalyse

Paechs Position wird durch seinen ausgeprägten Wachstumspessimismus sowie seine kulturell fokussierte kausale Begründung der ökologischen Krise präformiert. Beides gilt es im Folgenden nachzuvollziehen, wobei zunächst auf die Positionierung in der Wachstumsfrage eingegangen wird.

13.2.1.1 Starker Wachstumspessimismus

Wie die oben behandelten Denker verbindet Paech ökologische und soziale Wachstumskritik. Vor allem in der ökologischen Dimension nimmt er eine deutlich radikalere Position ein. Er ist überzeugt, dass es ein ökologisches verträgliches Wirtschaftswachstum prinzipiell nicht geben kann (Adler/Schachtschneider 2010, 199ff). Vielmehr gelte es das grüne Wachstum als Illusion zu entlarven, da sich nur dann ein Perspektive für wachstumskritische Positionen öffne. Seine Ablehnung der Strategie grünen Wachstums beruht auf der Annahme, dass die Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch nicht zu realisieren ist. Paechs diesbezügliche Argumentation ist deutlich ausführlicher als bei den meisten anderen Wachstumskritikern, soll hier aber nur in ihren Grundzügen nachvollzogen werden. Dazu lassen sich drei Argumentationslinien unterscheiden. Erstens bemüht er das Argument der Rebound-Effekte, wonach Effizienzgewinne durch Mehrverbrauch kompensiert oder gar überkompensiert werden. Zweitens ist er überzeugt, dass technische Innovationen Umweltprobleme und Ressourcenknappheiten nicht lösen, sondern lediglich verlagern. Als ein Beispiel führt er die Elektromobilität an. Drittens bemerkt er, dass in vielen Bereichen die Ressourcenbasis für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wohlstandsniveaus bzw. für weiteres Wachstum auf Basis umweltfreundlicher Technologien nicht gegeben sei. So geht er z.B. davon aus, dass ein auf erneuerbaren Energien basierendes Wachstum an Flächengrenzen stößt und deshalb nicht zu verwirklichen ist. In der Summe ist Paech überzeugt, dass sich BIP-Wachstum nicht ansatzweise im erforderlichen Ausmaß vom Umweltverbrauch entkoppeln lässt. (2014, 7-11, 30-36, 71-97; 2020, 120ff, 129f; 2016, 56f, 103-109, 118ff, 187-193)

Doch ist Paech nicht nur der Ansicht, dass weiteres Wachstum nicht ökologisch zu gestalten ist. Er vertritt zudem, dass die Nachhaltigkeitsziele nur durch eine deutliche ökonomische Schrumpfung und Reduktion des materiellen Wohlstandes in den reichen Industrienationen zu erreichen

sind (2014, 8, 11, 67; 2016, 60, 137). Beispielsweise legt er dar, dass innerhalb eines global gerecht verteilten CO₂-Budgets hierzulande nur ein deutlich reduziertes materielles Wohlstandsniveau aufrecht zu erhalten sei, was u.a. ein Leben in weitgehender Sesshaftigkeit bei Verzicht auf globale Mobilität erfordere (2014, 57-61; 2016, 137).³⁶⁴ Für Paech ergibt sich als wachstumpolitischer Imperativ somit eine deutliche Schrumpfung von BIP und materiellem Wohlstandsniveau.³⁶⁵

Diese Position lässt sich auf eine stark technikskeptische Grundhaltung zurückführen, was sich v.a. an Paechs Auseinandersetzung mit techniko-optimistischen Positionen zeigt. Aus seiner Warte beruht die Strategie des grünen Wachstums auf einer unhaltbaren technischen Fortschrittsvermutung (2016, 118ff). Explizit gegen Fücks gerichtet bemerkt er, dass ihn dessen naiver Technikglaube an die mittelalterliche Hoffnung auf die Erlösung von oben erinnere (2020, 180f). An anderer Stelle vergleicht er die Überzeugung von der Machbarkeit der Energiewende mit der Technikgläubigkeit der 1950er- und 60er-Jahre bezüglich der Atomenergie (2016, 118ff).³⁶⁶ Diese

364 Paech macht keine konkreten Vorgaben, welches Wohlstandsniveau er zukünftig für vertretbar hält. Jedoch lassen sich aus anderweitigen Aussagen indirekte Schlussfolgerungen ziehen. So sieht sein unten noch zu vertiefendes Modell der Postwachstumsökonomie durchschnittliche Erwerbsarbeitszeiten von 20 Stunden pro Woche vor, während die restliche Zeit vorwiegend in subsistenzwirtschaftliche Tätigkeiten fließt. Der Großteil dieser reduzierten Erwerbsarbeit wird dabei in Regionalökonomien mit geringerer Arbeitsproduktivität verrichtet (2014, 151). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass auch der Bestand an nicht in Subsistenzwirtschaft hergestellten, aus Fremdversorgung stammenden Konsumgütern mindestens um die Hälfte sinkt. Entsprechend spricht Paech an anderer Stelle von einem um 50% reduzierten Industriesystem (2016, 196).

365 Paech ist zudem Vertreter der These, dass sich wirtschaftliches Wachstum absehbar ohnehin nicht mehr erzielen lässt, weil dies an Ressourcenengpässen scheitert. Aus seiner Sicht steht eine historisch einmalige Ressourcenknappheit bevor, die sich in einem „Peak everything“ (2014, 69) äußert. Wenn der Weg in eine Postwachstumsökonomie also nicht intentional und bewusst herbeigeführt wird, werde sich dieses Szenario „by desaster“ einstellen. Paech geht also nicht nur davon aus, dass innerhalb bewusst eingezogener ökologischer Grenzen kein weiteres Wachstum möglich ist, sondern dass dieses auch unabhängig davon alsbald an unüberwindbare Input-Grenzen stößt. (2014, 143; 2016, 86, 193f, 197f)

366 Eindrücklich sind in dieser Hinsicht auch die direkten Auseinandersetzungen zwischen Fücks und Paech. Dabei wirft Fücks Paech eine malthusianistische Position vor, da er wie dieser, die Möglichkeiten der Überwindung von Knappheiten durch Kreativität und Innovation völlig übersehe. Dem entgegnet Paech, dass ihn Fücks' Technikfantasien an „Science-Fiction-Literatur“ erinnern würden. Besonders gut veranschaulichen lassen sich die unterschiedlichen Positionen in den Einschätzungen zur Zukunft der Mobilität. Während Fücks, wie oben dargestellt, davon aus-

technikkritische Haltung spricht, wie Paech darlegt, nicht pauschal gegen technischen Fortschritt als Lösungsbeitrag. Technologischer Wandel könne aber nur im Rahmen einer Schrumpfungsstrategie einen effektiven Beitrag leisten (ebd., 111f).

Neben dieser ökologischen Wachstumskritik vertritt Paech eine fundamentale soziale Wachstumskritik. Noch deutlicher als bei den oben behandelten Denkern kommt bei ihm die Position zum Tragen, dass die wachstumsorientierte Konsumgesellschaft die Möglichkeiten für ein gutes, sinnstiftendes und freies Leben systemisch unterminiert. Dabei sind die Argumente ähnlich:

- Auch Paech konstatiert ein Konsumniveau, das der individuellen Lebenszufriedenheit eher im Wege steht als diese zu fördern. Er beschreibt eine kaum zu bewältigende Ereignis- und Optionsdichte, die zu Stress, Erschöpfung und Depression führe. Die Menschen seien in dieser Überfrachtung gar nicht mehr in der Lage, den einzelnen Konsumgütern deren tatsächlichen Nutzen abzugewinnen. Die Quantität der Optionen führe dazu, dass diese qualitativ nicht mehr ausgeschöpft werden könnten. (2014, 11, 126-130; 2020, 146-151, 158-168; 2016, 194)
- Zudem sieht er die Konsumgesellschaften in einer Statustretmühle, in der die Individuen für das vermeintliche persönliche Glück stets auf den materiellen Wohlstand der Bessergestellten abzielen, woraus sich eine nicht endende Aufwärtsspirale ergebe (2014, 110ff).
- Darüber hinaus würden die Individuen durch die starke Konsumorientierung von den tatsächlich wichtigen Dingen, wie z.B. zwischenmenschliche Beziehungen oder Tätigkeiten, in denen Selbstwirksamkeit erfahrbar wird, abgehalten (2014, 126f; 2020, 152; 2016, 194). Damit zusammenhängend impliziert er an anderer Stelle, dass der zu beobachtende Konsumismus auch kompensatorisch in dem Sinne ist, dass die Individuen damit vor der eigenen inneren Leere zu entfliehen versuchen (2014, 15f).
- Zuletzt beschreibt Paech die Gegenwartsgesellschaft als radikal unfreie Gesellschaft. Diese gleiche einer „Wachstums- und Konsumdiktatur“ (Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 39:40). Das materialistische Expan-

geht, dass das Mobilitätsniveau weiter zunimmt und sich der Zuwachs z.B. beim Flugverkehr durch technische Innovationen ökologisch nachhaltig gestalten lässt, plädiert Paech für eine massive Reduktion der Mobilität. Beispielsweise gelte es 75% der Flughäfen und die Hälfte der Autobahnen zurückzubauen, da sich weder der Flugverkehr noch die Automobilität im heutigen Ausmaß ökologisch nachhaltig umgestalten ließen. (*WirtschaftsWoche* 2021, v.a. 27:30-36:30).

sionsstreben ist auch bei Paech kein autonomes, sondern heteronomes, von den äußeren Zwängen der Konsumgesellschaft erzeugtes Handeln.³⁶⁷

Auch bei Paech kommt somit deutlich die Haltung zum Tragen, dass eine Überwindung der wachstumsfokussierten Konsumgesellschaft auch aus nicht-ökologischen Gründen wünschenswert ist.

13.2.1.2 Krisenbegründung: Die ökologische Krise als kulturelle Krise

In der Krisenbegründung zeigen sich deutliche Überschneidungen, aber auch wichtige Differenzen zur Position von Loske, Kopatz und Schneidewind. Auch Paech macht sich auf die Suche nach den Wachstumstreibern und Wachstumszwängen, welche die aus seiner Sicht ökologisch unhaltbare Wachstumsdynamik anheizen. Diese verortet er ebenfalls auf strukturell-institutioneller und kultureller Ebene.³⁶⁸ Ein wichtiger Unterschied zu den oben behandelten Autoren ist, dass bei Paech der Fokus stärker auf der kulturellen Ebene als Primärproblem liegt. Mit Blick auf die strukturellen Wachstumstreiber zeigen sich weitgehende Schnittmengen zur moderaten Position:

- Auch aus Paechs Sicht ist in der konkurrenzbasierten Marktwirtschaft jedes gewinnorientierte Unternehmen einem strukturellen Wachstumszwang ausgesetzt: Um Investitionen zu finanzieren, muss es entweder für die Aufnahme von Eigenkapital ausreichend Aussichten auf Renditen und Wachstum versprechen oder für Fremdkapital Zinsen bezahlen und erwirtschaften. Dieser strukturelle Wachstumszwang werde durch die stark arbeitsteilige Wertschöpfungskette verstärkt, da sich einerseits auf jeder Wertschöpfungsstufe Wachstumserfordernisse ergeben und ande-

367 Als weitere Dimension der Unfreiheit sieht Paech die massive Abhängigkeit von Fremdversorgungssystemen. Da der Homo consumens Identität und Wohlstand über Konsummöglichkeiten definiere, gleichzeitig aber die Kompetenzen zur Eigenproduktion weitestgehend verloren habe, seien die Menschen dauerhaft von der Angst des Zusammenbruchs der Fremdversorgungssysteme getrieben (2014, 42, 63-70, 126-130; 2020, 144f, 154f). Hinzu komme eine starke Abhängigkeit von Technologien, was Paech am Beispiel moderner Kommunikationstechnologien wie dem Smartphone festmacht (2016, 76).

368 Auch bei Paech zeigt sich implizit, dass er die unzureichende ökologische Rahmung der Marktwirtschaft als Krisenursache erkennt (2014, 136f). Der Schwerpunkt liegt aber auf der Problematisierung des Wachstums und dessen Ursachen.

rerseits bei steigender Spezialisierung die Kapitalintensität der Produktion wachse.³⁶⁹ (2014, 104-107; 2016, 83)

- Als weiteren strukturellen Wachstumszwang beschreibt er das gegenwärtige Geldschöpfungssystem, wobei sich die Argumentation mit den oben dargestellten Autoren deckt (2014, 109).
- Als maßgebliche Wachstumsabhängigkeiten nennt auch Paech die Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei steigender Arbeitsproduktivität, die Wachstumsabhängigkeit der Sozial- und Rentensysteme sowie die sich aus der Staatsverschuldung ergebende Zinslast. Aufgrund dieser Abhängigkeiten habe der Staat selbst ein genuines Wachstumsinteresse. (2014, 60, 109, 137; 2016, 57, 139)

Den zentralen kulturellen Wachstumstreiber sieht Paech in der expansiven Konsumkultur der Gegenwartsgesellschaft. In dieser diene Konsum v.a. den Zwecken der Status- und Identitätsbehauptung. Da relative Statusvorteile aber nie von Dauer seien, ergebe sich eine Statustretmühle, die in eine materielle „Rüstungsspirale“ münde. In dieser Aufwärtsspirale veränderten sich auch die Normalitätsvorstellungen der Subjekte, sodass der jeweilige materielle Standard als normal angenommen und nicht mehr hinterfragt werde. Verstärkender Faktor sei die soziale Ungleichheit, da sie das mimetische Begehren befeure und damit die „Rüstungsspirale“ anheize. In der Werbung sieht Paech zwar ebenfalls einen verstärkenden Faktor, die beschriebene Aufwärtsspirale funktioniere aber auch unabhängig davon. (2014, 15f, 110-112; 2016, 67, 73, 76ff, 83ff; vgl. dazu auch Adler/Schacht-schneider 2010, 203)

Dies erklärt jedoch noch nicht, wo die expansive Konsumkultur aus Paechs Sicht ihren kausalen Ursprung hat. Hier deutet sich eine Differenz zu Loske, Kopatz und Schneidewind an. Bei diesen ist die Konsumkultur Folge des wachstumsfokussierten Wirtschaftssystems, dessen Wachstums-

369 In Anbetracht dessen trifft die vom Öko-Sozialisten Kern formulierte Kritik, dass Paech die Arbeitsteilung als entscheidenden Wachstumstreiber begreife und das in den Grundeigenschaften des Kapitalismus wurzelnde Profitstreben der Unternehmen als Treiber der immer weitergehenden Spezialisierung und damit auch als letztlich entscheidender struktureller Wachstumstreiber übersehe, nur bedingt zu (2019, 149ff). Paech sieht den sich aus Gewinnerorientierung unter Konkurrenzbedingungen ergebenden Wachstumszwang auf Mikroebene sehr wohl. Anders als öko-sozialistische Autoren, wie z.B. Kern, leitet er daraus aber nicht die Forderung nach einer grundsätzlichen Überwindung des Kapitalismus im Sinne von Privateigentum an Unternehmen und marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen ab (Kap. 13.2.2).

zwang sich v.a. über Werbung in expansive Bedürfnisstrukturen übersetzt. Bei Paech hingegen kommt eine umgekehrte Lesart zum Ausdruck, was wichtig für das Verständnis seiner Position ist. Verdeutlichen lässt sich dies an Paechs vielfacher Abgrenzung gegenüber primär kapitalismuskritischen Positionen, die systemische Ursachen ins Zentrum ihrer Analyse rücken. Für ihn hingegen ist Wachstum erst in zweiter Linie ein Systemzwang, in erster Instanz ist es Folge des Expansionsdrangs der Individuen, die sich auf immer höheren Mobilitäts- und Konsumniveaus selbstverwirklichen wollen. Entsprechend bemerkt er, dass der Kapitalismus nicht von mächtigen Elitezirkeln gegen den Willen der Bürgerschaft aufrechterhalten werde, sondern von der breiten Masse der expansions- und konsumwilligen Subjekte getragen sei. Würde sich diese kulturelle Wachstumsorientierung auflösen, sei die Auflösung struktureller Wachstumszwänge problemlos möglich (zum ges. Absatz bis hierher: 2020, 23f; 2016, 80f, 83f). Hier klingt eine Diagnose an, wonach der expansive Kapitalismus Sekundärphänomen gegenüber der Inflation der Ansprüche und damit Ausdruck expansiver Subjektivitäten ist. Die ökologische Krise ist für Paech damit, wie er auch selbst konstatiert (2020, 180f), letztlich eine Kulturkrise und erst in zweiter Instanz eine Krise von System und Institutionen (Adler/Schachtschneider 2010, 202). Anders als bei Loske, Kopatz und Schneidewind sind die kulturellen Wurzeln der Krise nicht Folge der strukturellen Ursachen, sondern umgekehrt.

Was aber ist der Ursprung der der expansiven Subjektivitäten, wenn diese nicht erst durch den Kapitalismus erzeugt werden? Diesbezüglich finden sich bei Paech nur unzusammenhängende Andeutungen, was eine Leerstelle in seiner Krisenbegründung markiert. Zu einem gewissen Grad begreift Paech Steigerungsdrang und Verführbarkeit als anthropologische Konstanten (2020, 24). Entscheidend für die Inflation der Ansprüche ist aus seiner Sicht aber, wie eine andere Textstelle in *All you need is less* nahelegt, die mit der Industrialisierung einsetzende Trennung von Produktion und Konsum (vgl. zum Folgenden 2020, 132-136, 155, 211 sowie dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 205): Die individuellen Ansprüche seien seither nicht mehr an die individuelle physische Leistungsfähigkeit gebunden, der Mensch könne sich somit mehr wünschen, als er selbst herstellen kann. Damit verschwinde das Regulativ für die individuellen Ansprüche, die sich in der Folge „beliebig verselbständigen“. Paech weiter: „Der Eintritt in das Konsumzeitalter sprengt [...] die Obergrenze für das, was Verbraucher begehren können“ (2020, 135). Damit einher gehe auch

das Freiheitsverständnis der Moderne, wonach Freiheit die Freiheit der Ansprüche und deren Verwirklichung bedeute. In dieser Lesart ist der Eintritt in die industrielle Produktionsweise der Ursprung der auf materielle Expansion ausgerichteten Individuen. Erst auf dieser Grundlage kann der auf „unersättliche Nachfrager“ angewiesene Kapitalismus gedeihen (2020, 24).³⁷⁰

Als weitere kulturelle Bedingung für die ökologische desaströse Entwicklung problematisiert Paech an verschiedenen Stellen die technoide „Fortschrittsreligion“ (2020, 221) der Moderne (2014, 79; 2020, 13, 218, 221; 2016, 166). Paech bezeichnet sich selbst als konservativ in dem Sinne, dass er nicht glaube, dass der moderne Mensch seinen vermeintlichen Fortschrittserregenschaften gewachsen ist. Vielmehr überschätze der moderne Mensch seine Kontroll- und Steuerungsfähigkeit, während er die Folgen seines Handelns nicht mehr überblicke. Dies bezieht Paech auf technologische Neuerungen wie die Digitalisierung, aber auch sozial-ökonomische Komplexe wie den Finanzsektor oder die globale Hypermobilität (2016, 166f). Deutlich klingt hier die, in der Tat bei konservativen Denkern wie Gruhl (Kap. 6.1) oder in jüngeren Jahren Miegel (2010; 2014) vorfindliche Diagnose der ökologischen Krise als Folge der Hybris der Moderne an. Anders als Gruhl und Miegel klärt Paech aber auch diesbezüglich nicht, wo für ihn die Wurzeln dieser Hybris liegen. In der Summe deutet sich bei Paech eine Krisenbegründung an, welche die ökologische Krise als Folge geistig-kultureller Bedingungen der Moderne begreift. Dies wird aber nur rudimentär ausbuchstabiert.

370 Was Paech nicht reflektiert ist, dass der Eintritt in den Industrialismus als Ursprung der Trennung von Produktion und Konsum selbst wiederum Ursachen hat. Andere öko-politische Denker sind diesbezüglich tiefer vorgestoßen, aber zu unterschiedlichen Ansichten gelangt (vgl. v.a. Strasser, Gruhl, Amery, später Bahro, Miegel). Adler/Schachtschneider legen mit Blick auf frühere Schriften von Paech dar, dass dieser einen Wandel in der abendländischen Philosophie und Weltanschauung für ursächlich hält (2010, 202 mit Bezug auf Paech 2005, 64). In den hier untersuchten Schriften wird diese Argumentationslinie jedoch nicht ausgeführt.

13.2.2 Alternativentwurf: Suffizienzkultur und wachstumsunabhängige Regionalökonomien

Aus Paechs Wachstumspessimismus in Verbindung mit seiner Krisenbegründung ergeben sich die maßgeblichen Rahmenbedingungen für seinen Gegenentwurf:

- Unabdingbare Voraussetzung für den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist ein tiefgreifender Kulturwandel hin zu Suffizienz und Genügsamkeit.
- In institutioneller Hinsicht muss der Gegenentwurf vielfältige strukturelle Wachstumstreiber adressieren und gleichzeitig eine deutliche Schrumpfung von wirtschaftlichem Produktionsvolumen und materiellem Wohlstandsniveau ermöglichen.³⁷¹

13.2.2.1 Eine neue Kultur der Genügsamkeit

Zentrale Voraussetzung ist für Paech die Entstehung einer neuen Kultur der Genügsamkeit, die er zumeist mit dem Begriff der Suffizienz beschreibt (2020, 200f; vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 208). Dieser kulturelle Wandel müsse zurück zu einer Ethik des menschlichen Maßes führen, im Rahmen derer die Individuen ihre materiellen Ansprüche auf ein verantwortliches Maß reduzieren (2014, 146ff; 2020, 12f; 2016, 14, 114ff). Erforderlich sei eine neue „regulative Idee“, wonach sich jedes Individuum mit seinem Handeln an der Frage orientiert, welche materielle Freiheiten ihm in Anbetracht der Norm intra- und intergenerativer Gerechtigkeit noch zustehen (2016, 128f). An anderer Stelle bezeichnet Paech dies auch als Herausbildung eines neuen „ökologischen Anstands“ (2020, 198-204). Damit einhergehen müsse auch ein verändertes Wohlstandsverständnis, wonach Wohlergehen in einem genügsamen, autonomen und von Fremdversorgung unabhängigeren Lebensstil zu finden ist (2016, 139). Für Paech müssen sich die Präferenzstrukturen der Individuen somit grundlegend verändern (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 218). Zudem muss die neue Suffizienzkultur von einem neuen, aufgeklärten Freiheitsverständnis unterfüttert sein, wonach Freiheit immer mit Verantwortung einhergeht und somit nichts als Ausdruck

371 Das politische System kommt bei Paech nicht als Transformationsgegenstand vor.

von Freiheit gelten kann, was den Prinzipien der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit zuwiderläuft (2020, 15, 213f).³⁷²

Während sich Paech mit der moderaten Position in der Forderung nach einem Kulturwandel hin zu Suffizienz trifft, zeigen sich unterschiedliche Ansätze, wie diese neue Kultur entstehen soll. Kopatz, Loske und Schneidewind setzen diesbezüglich prominent auf den Staat („Suffizienzpolitik“). Demgegenüber ist Paech sehr viel skeptischer bezüglich des Staates als Transformationsakteur. Folglich denkt er den Kulturwandel in erster Linie als zivilgesellschaftliche Selbstaufklärung durch einen Prozess sozialer Diffusion. Diese Prozessdimension des Kulturwandels wird unten näher beleuchtet (Kap. 13.2.3).

13.2.2.2 Strukturelle Wachstumstreiber überwinden: Paechs „Postwachstumsökonomie“

Auf Basis einer solchen Suffizienzkultur kann aus Paechs Sicht eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise entstehen. Diese beschreibt er mit seinem vielzitierten Modell der Postwachstumsökonomie. Dieses zeigt deutliche Überschneidungen zur oben dargestellten, moderateren Position auf, ist aber in mehreren Punkten radikaler. Dies gilt v.a. für die Regionalisierung der Ökonomie, die Veränderung des Finanz- und Währungssystems, den Ausbau der Subsistenz- und Tauschwirtschaft sowie den Rückbau nicht zukunftsverträglicher Wirtschaftszweige. Wie bei Loske, Schneidewind und Kopatz zielt Paechs Entwurf nicht auf die grundlegende Überwindung, wohl aber die Einhegung der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Paechs Postwachstumsökonomie besteht aus drei „Versorgungssystemen“ (die Darstellung der drei Versorgungssysteme bezieht sich auf Paech 2014, 113-125, 131ff; 2016, 194-197). Erstens empfiehlt er eine deutlich ausgeweitete, entmonetarisierete Subsistenz- und Tauschwirtschaft. Dies umfasst verschiedene Bereiche wie einen höheren Selbstversorgungsgrad durch Eigen- oder Gemeinschaftsproduktion, die Ausweitung des unentgeltlichen Tauschens von Gütern und Dienstleistungen sowie die Ausweitung von Gemeinschaftsnutzungen. Viel Gewicht legt er auch auf die Verlängerung der

372 Neben der Suffizienzkultur fordert Paech eine Abkehr vom Fortschrittsdenken der Moderne, wonach nichts bleiben dürfe, wie es ist, und alles stetig verbessert und intensiviert werden müsse (2020, 13; 2016, 16f). Zudem bedarf es für Paech auch einer deutlich technikkritischeren Kultur (2016, 165ff). Beides wird aber nicht näher ausgeführt.

Nutzungsdauer von Gütern durch Pflege, Instandhaltung und Reparatur, was wiederum individuell, in Gemeinschaften oder über Tauschbeziehungen realisiert werden soll. Das Individuum soll also in umfassendem Sinne vom Konsumenten zum „Prosumenten“ werden. Neben unmittelbaren ökologischen Einsparpotenzialen weist Paech darauf hin, dass die Subsistenz- und Tauschwirtschaft keinen strukturellen Wachstumszwang aufweise.

Das zweite Versorgungssystem besteht aus Regionalökonomien, in denen als Schwundgeld konzipierte Regionalwährungen vorherrschend sind. Jenseits der offensichtlichen ökologischen Einspareffekte (v.a. weniger Transportaufwand, einfacher zu schließende Stoffkreisläufe) soll eine solche „Ökonomie der Nähe“ strukturelle Wachstumszwänge überwinden. In der Argumentation zeigen sich deutliche Schnittmengen, aber auch neue Aspekte gegenüber Kopatz, Schneidewind und Loske:

- Durch Dezentralisierung entfallen viele kapitalintensive Wertschöpfungsstufen und somit auch der Wachstumszwang der entsprechenden Unternehmen.
- Dezentralisierung schafft Transparenz und direkte Beziehungen, was Vertrauen stiftet. Dies verändert das Verhältnis zwischen Kapitalgebern, Unternehmen und Konsumenten:
 - Die lokalen Nachfrager sind gleichzeitig Kapitalgeber. Diese haben kein Interesse an hohen Zinsen, da dies die Produktpreise erhöht. Vielmehr ermöglicht die stärkere Vertrauensbasis ein Verzicht auf bzw. eine deutliche Senkung der Zinsen, was wiederum den Wachstumsdruck mildert.
 - Die Unternehmen identifizieren sich stärker mit ihrer Region und den Mitmenschen, was das Profitstreben einhegt und Verantwortung gegenüber natürlichen Lebensgrundlagen und Konsumenten stiftet.
- In Nahraumökonomien werden deutlich geringere Output-Mengen hergestellt, weshalb eher weniger kapitalintensive, „konviale“ Technologien wirtschaftlich sind. Diese reduzierte Kapitalintensität der Produktion verringert den Wachstumsdruck der Unternehmen. Gleichzeitig ist mit solchen Technologien eine niedrigere Arbeitsproduktivität verbunden, was den Wachstumszwang zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit mindert.
- Regionalwährungen unterstützen nicht nur regionale Wertschöpfungsketten, weil sie nur in einer bestimmten Region gültig sind, sondern mildern auch strukturelle Wachstumszwänge. Erstens fördern sie kürzere Wertschöpfungsketten, die wie oben dargelegt, einen geringeren kumu-

lierten Wachstumszwang aufweisen. Zweitens sind sie als Schwundgeld konzipiert, was den sich aus dem Zinssystem ergebenden Wachstumszwang überwinden soll.

- Die Regionalökonomie führt systematisch zu kleineren Unternehmen, die transparenter und damit für die lokale Bürgerschaft besser zu durchschauen und kontrollieren sind. Dies wiederum steigert die soziale und ökologische Verantwortlichkeit der Unternehmen.

Als drittes Versorgungssystem bleibt als zu minimierende Restgröße die arbeitsteilige Globalökonomie, da sich einige Bedürfnisse für Paech auch weiterhin nur durch eine überregionale Industrieproduktion befriedigen lassen. Er macht aber deutlich, dass diese überregionalen Produktionsstrukturen zukünftig in erster Linie auf den Erhalt sowie die Auf- und Umwertung bestehender Produktbestände beschränkt sind.

Damit wird klar, dass Paech zwar eine radikal veränderte Wirtschaftsordnung vorschwebt, diese aber nicht grundsätzlich mit den konstitutiven Eigenschaften des Kapitalismus bricht. Dies zeigt sich an verschiedenen Aspekten. Paech hebt in Bezug auf die Unternehmensform zwar die Vorzüge genossenschaftlicher Unternehmen hervor, nimmt aber keine grundlegende Kritik an der auf Privatbesitz basierenden Wirtschaftsordnung vor (2014, 118). Auch die marktwirtschaftliche Grundordnung wird sowohl mit Blick auf die Regionalökonomien als auch die verbleibende überregionale Wirtschaft nicht infrage gestellt. Anders als bei den primär kapitalismuskritischen Positionen steht weder die Eigentumsfrage noch der konkurrenz-basierte Marktmechanismus bei Paech im Brennpunkt. Dies verbindet ihn mit Loske, Kopatz und Schneidewind.³⁷³

Wie entsteht diese neue Wirtschaftsordnung? Wie oben bereits angemerkt und unten näher ausgeführt wird, hofft Paech auf den Staat als Transformationsakteur, zeigt sich diesbezüglich aber sehr skeptisch. Dennoch skizziert er Maßnahmen, durch die der Staat die Entstehung der Post-

373 Diese Erkenntnis bestätigend machen auch Adler/Schachtschneider deutlich, dass es Paech nicht um die Überwindung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen Privatunternehmen geht (2010, 215). Damit ist Otts Zuordnung von Paech zur Denkströmung Neue Linke/Degrowth konkretisierungsbedürftig (2011, 62). Paech teilt mit den primär kapitalismuskritischen ausgerichteten Denkern, die Ott als weitere Vertreter dieser Denkströmung anführt, zwar einen starken Wachstumspessimismus, fokussiert aber mit seinem Alternativentwurf nicht auf die Überwindung der konkurrenz-basierten Marktwirtschaft und des Privateigentums an Unternehmen. Eben dies wird z.B. vom Öko-Sozialisten Kern kritisiert (2019, 149-152).

wachstumsökonomie befördern soll. Einige dieser Maßnahmen ergeben sich direkt aus dem oben umrissenen Entwurf: die Förderung von wachstumsneutraleren Unternehmensformen wie Genossenschaften, Stiftungen oder Non-Profit-Unternehmen, eine Vollgeldreform in Verbindung mit einer Stärkung von Regionalwährungen sowie Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung und zur gerechten Verteilung der restlichen Arbeit (2014, 135f, 139; 2016, 137ff). Auch der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten wird von Paech adressiert.³⁷⁴ Zudem wird der Abbau der sozialen Ungleichheit, z.B. durch eine Vermögenssteuer sowie Obergrenzen für Einkommen, als wichtiges Handlungsfeld beschrieben, um Akzeptanz für eine Schrumpfungspolitik zu gewährleisten (2014, 139; 2016, 136ff). Hinzu kommt eine veränderte Bildungspolitik, die v.a. auf die Beförderung des oben beschriebenen Kulturwandels sowie die Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten für die angestrebte Subsistenzwirtschaft fokussiert (2014, 138; 2020, 177f). Gleichzeitig beschreibt Paech Maßnahmen zur ökologischen Rahmung der verbleibenden marktwirtschaftlichen Strukturen. Dies umfasst Ansätze wie die gezielte Verteuerung von Umweltverbrauch durch Steuern, die Deckelung durch Obergrenzen in Verbindung mit Zertifikatlösungen, den Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie eine ökologisch aussagekräftige Produktkennzeichnung (2014, 135ff, 139; Paech in Werkstatt Zukunft 2020, 9:30 - 12:10).

Aus diesen Maßnahmen folgt nicht, wie die von Paech angestrebte starke wirtschaftliche Schrumpfung zu erreichen ist. Während viele antikapitalistische Schrumpfungsbefürworter dazu auf planwirtschaftliche Strukturen setzen, findet sich dies bei Paech nicht. Dabei sind durchaus Textstellen zu identifizieren, die, zu Ende gedacht, in diese Richtung weisen. So bemerkt Paech, dass die verbleibenden, ökologisch nachhaltig nutzbaren natürlichen Ressourcen für die Deckung der Grundbedürfnisse zu verwenden sind, während für Luxusbedürfnisse wie internationale Flugreisen, Kreuzfahrten oder Skiurlaube kein Platz mehr bleibe. Diese Handlungen seien Ausdruck eines nicht zukunftsfähigen „ökologischen Vandalismus“ (2020, 183-186). In der Konsequenz würde dies implizieren, dass der Staat zwischen Grundbedürfnissen und Luxusbedürfnissen unterscheidet und sicherstellt, dass

374 Als Maßnahme gegen die Wachstumsabhängigkeit des Arbeitsmarktes lassen sich die oben beschriebenen Arbeitszeitverkürzungen lesen. Für die Lösung der Schuldenproblematik befürwortet Paech eine langfristig angelegte Vermögensabgabe (2014, 137). Was sich bei Paech trotz entsprechender Problematisierung nicht findet, ist die Reformierung der aus seiner Sicht wachstumsabhängigen Sozial- und Rentensysteme.

die knappen natürlichen Ressourcen nur für die Befriedigung ersterer eingesetzt werden. Dies ist ohne planwirtschaftliche Zuteilungsstrukturen schwer vorstellbar. Entsprechende Schlussfolgerungen finden sich bei Paech aber nicht.

Unabhängig davon lassen sich aus Paechs Beiträgen vier Ansatzpunkte rekonstruieren, wie die wirtschaftliche Schrumpfung verwirklicht werden kann. Erstens deutet er, wie bereits Kopatz und Schneidewind, in spezifischen Bereichen direkte staatliche Begrenzungsmaßnahmen an (Rückbauprogramme für Flughäfen und automobiler Infrastruktur) (2014, 137; 2016, 152f). Zweitens soll der Kulturwandel hin zu Suffizienz dafür sorgen, dass sich die Konsumenten von selbst bescheiden und damit die Nachfrage sinkt (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 208). Drittens befördern einige der oben beschriebenen Maßnahmen indirekt wirtschaftliche Schrumpfung. So geht Paech davon aus, dass die angestrebten Regionalökonomien durch die Reduktion von Skaleneffekten weniger produktiv sind (2014, 116). Zudem führe die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit zu geringeren Einkommen, was wiederum die Nachfrage mindert (ebd., 122). Viertens lässt sich bei Paech die Überzeugung nachzeichnen, dass das konsequente Übersetzen ökologischer Belastungsgrenzen in politische Rahmenbedingungen von selbst zu einer schrumpfenden Ökonomie führt.³⁷⁵ Für Paech erfordert die notwendige Schrumpfung also nicht den Übergang zu planwirtschaftlichen Strukturen. Vielmehr kann durch die konsequente ökologische Rahmung der Märkte in Verbindung mit dem angestrebten Kulturwandel eine Marktwirtschaft ohne Wachstum bzw. eine schrumpfende Marktwirtschaft erreicht werden (Adler/Schachtschneider 2010, 208).

375 Prominent vertritt Paech dazu den Vorschlag eines individualisierten Budget-Ansatzes, nach dem jedem Individuum ein aus globaler Perspektive gerechtes Emissions- und Ressourcenbudget zugeteilt wird. Dieses würde, wie Paech z.B. mit Blick auf das verbleibende CO₂-Budget darstellt, nur noch ein begrenztes und deutlich geringeres Maß an Mobilität und materiellem Wohlstand zulassen (2020, 174-177; Paech in Werkstatt Zukunft 2020, 9:30 - 12:10).

13.2.3 Prozess des Wandels: Suffizienzavantgarde, das verantwortliche Individuum und der untätige Staat

Wie denkt Paech den Prozess des Wandels hin zu Suffizienzkultur und Postwachstumsökonomie? Oben wurde bereits angedeutet, dass er sehr skeptisch bezüglich eines proaktiven Staates ist. Er geht davon aus, dass von der, in die expansive Konsumkultur eingebetteten, institutionalisierten Politik keinerlei Impulse für reduktive Strategien zu erwarten sind. In der Konsumkultur würden die Wähler diejenigen Parteien wählen, die ihre materiellen Freiheiten und Konsummöglichkeiten nicht beschneiden und ausweiten.³⁷⁶ Da die politischen Entscheidungsträger vom Willen der Bürgerschaft abhängen, würden sie sich an diesen Wünschen orientieren. Entsprechend sieht Paech in der etablierten Parteienlandschaft keine Kräfte, die eine Perspektive der Reduktion absehbar unterstützen könnten. Besonders skeptisch ist Paech gegenüber Impulsen von Seiten der Regierung, da diese für ihre Maßnahmen vom Mehrheitswillen abhängen. Er kommt zu dem Schluss, dass materielle Reduktion mit der Systemlogik demokratischer Konsumgesellschaften nicht vereinbar ist. (2014, 20ff, 92; 2020, 16f, 123, 194-197; 2016, 142, 149, 157, 165)

Sichtbar wird hier ein Politikverständnis, nach dem die institutionalisierte Politik bloßer Ausdruck der Interessenstruktur in der Bürgerschaft ist. Besonders augenscheinlich wird dies in folgendem Vergleich: „Politik ist wie der Verstärker einer Stereoanlage. Wenn die Musik großer Mist ist, ändert der Verstärker nichts daran, im Gegenteil, er verstärkt sie sogar. Nicht der Verstärker macht die Musik, sondern das Signal. Erst wenn genügend Beispiele für postwachstumskompatible Praktiken das entsprechende Signal aussenden, kann die Politik den Mut entwickeln, uns reduktive Maßnahmen zuzumuten“ (2016, 147). Impulse für den angestrebten Wandel sind für Paech demnach ausschließlich aus der Zivilgesellschaft zu erwarten (2020, 222). Erst wenn diese in ausreichendem Maße die Bereitschaft für reduktive Maßnahmen zeigt, rückt eine entsprechende staatliche Politik in den Bereich des Möglichen.³⁷⁷

376 Hier zeigt sich ein skeptisches Bild der gegenwärtigen Bürgerschaft, die in ihrer politischen Präferenzstruktur in erster Linie an den eigenen materiellen Interessen ausgerichtet ist.

377 Im direkten Gespräch mit Paech kritisiert Eppler dieses Verständnis einer rein reaktiven Politik. Eppler ist demgegenüber überzeugt, dass es sowohl in der Bürgerschaft als auch in der institutionalisierten Politik progressive Kräfte gibt, die

Aus dieser Positionierung ergibt sich eine wichtige Differenz zu Loske, Kopatz und Schneidewind, die prominent auf den Staat als Transformationsakteur setzen. Diese betonen zwar die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Impulse, es ist dann aber der Staat, der die Ausbreitung des Kulturwandels hin zu Suffizienz und Genügsamkeit durch die Veränderung von Rahmenbedingungen maßgeblich vorantreibt und in der Breite ermöglicht. Paech hingegen ist überzeugt, dass wachstumskritische Transformationsentwürfe, die veränderte Rahmenbedingungen und damit mehrheitsabhängiges staatliches Handeln voraussetzen, „reine Zeitverschwendung“ sind (2020, 196). Bei ihm muss die Zivilgesellschaft aus sich selbst heraus einen breiten Kulturwandel vollziehen, bevor entsprechende staatliche Politiken überhaupt möglich erscheinen.

Da der Staat als Impulsgeber ausfällt, gilt es für Paech das Individuum in die Pflicht zu nehmen (2014, 144f; 2020, 18f, 23f, 27, 123, 181f, 201, 204; 2016, 73, 132).³⁷⁸ Ein reduktiver ökologischer Wandel werde erst dann möglich, wenn sich die Individuen nicht mehr hinter den vorgeblich falschen Rahmenbedingungen oder den Systemzwängen des Kapitalismus als Krisenursachen verstecken, sondern ihre Handlungsfreiheit erkennen und Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen (2020, 18f, 181f). Entgegen seiner Skepsis gegenüber der institutionalisierten Politik wird hier ein grundlegendes Zutrauen sichtbar, dass das Individuum diesen Prozess der Selbstaufklärung zu vollbringen vermag: Selbst wenn der Wunsch nach Optionserweiterung eine menschliche Konstante sei, könne sich der Mensch durch bewusste Reflexion davon lösen (2016, 73).³⁷⁹ Entsprechend sind für Paech diejenigen Individuen die Impulsgeber für den angestrebten Wandel, die sich selbst verändern und aus der expansiven Konsumkultur

gemeinsam den Impuls für ökologischen Wandel setzen müssen (Paech/Eppler 2016, 147f).

378 Vielsagend ist in dieser Hinsicht auch der Titel eines Buchbeitrages von Paech aus 2018: *Überforderte Politik – warum nur individuelle Verantwortungsübernahme die Ökosphäre rettet*. Paech sieht den Appell an die Politik sogar als kontraproduktiv, weil er von der Verantwortlichkeit des Individuums ablenke (2020, 123, 196).

379 Diese Selbstaufklärung stellt Paech in einen größeren Zusammenhang. Aus seiner Sicht ist das Projekt der Aufklärung erst dann vollendet, wenn das vernunftbegabte Individuum in einem Prozess der Selbstreflexion sein Handeln an den globalen ökologischen Erfordernissen ausrichtet und sich auf einen aus globaler Perspektive gerechten Anteil am Ressourcen- und Emissionsbudget zurückzieht (2016, 128f; 2020, 198). In einer Diskussion mit Paech kritisiert Fücks eben dieses Hoffen auf den besseren Menschen, der sich aus sich selbst heraus verändert, als Idealismus (Fücks in *WirtschaftsWoche* 2021, 39:05- 39:30).

ausbrechen (Adler/Schachtschneider 2010, 218). Paech spricht von einer „Suffizienzavantgarde“ (2020, 206). Diese ist in erster Linie kulturelle, nicht politische Avantgarde. Sie richtet sich nicht in einem aussichtslosen Unterfangen auf den Staat, indem sie an die politischen Eliten appelliert oder selbst den Weg einer Parteigründung geht (2016, 126, 147, 152, 157f, 2020, 200f, 205f).³⁸⁰ Vielmehr ist ihr zentrales Ziel die Ausbreitung der Suffizienzkultur. Es gehe darum, einen gesellschaftlichen Lernprozess anzustoßen und dadurch immer mehr Menschen zu gewinnen (ebd.). Die impulsgebende Bewegung wirkt damit in erster Linie jenseits des Staates.

Wie aber erreicht die Suffizienzavantgarde die stetige Ausbreitung der Suffizienzkultur? Paech ist überzeugt, dass nur durch das authentische Vorleben suffizienter Praktiken und Lebensstile Kulturwandel effektiv befördert werden kann, während verbal fokussierte Kommunikationsstrategien aussichtslos seien.³⁸¹ Mit diesen alternativen Praktiken verweist Paech zum einen auf kollektive Praxisprojekte, die als ausstrahlende Reallabore das vorwegnehmen, was zukünftig sowieso unvermeidlich ist. Als Beispiele nennt er Gemeinschaften und Projekte, die ihr Handeln am individuellen ökologischen Fußabdruck orientieren und sich im Zuge dessen in neuen Arbeitszeitmodellen, neuen Produktionsformen, Selbstversorgung und reduktiver Mobilität üben. Konkret rekurriert er auf Initiativen wie Repair-Cafés, Urban Gardening, Regionalwährungen, Solidarische Landwirtschaft oder Selbstversorgungskreise. Zum anderen hält Paech die Veränderung der individuellen Lebensführung im Sinne der konsequenten Ausrichtung am individuellen Ressourcenbudget für einen wichtigen Ansatzpunkt. In der Summe bedürfe es eines „Aufstands der konkret Handelnden“ (2020, 123).³⁸² Hinter dieser praxisfokussierten Position steht die Überzeugung, dass Menschen erst dann neue Handlungsmuster übernehmen, wenn sie im Alltag mit genügend praktisch vorgelebten Alternativen konfrontiert

380 Entsprechend äußert Paech eine kritische Perspektive auf vorwiegend auf den Staat gerichtete zivilgesellschaftliche Bewegungen wie „Fridays for Future“ (2020, 123, 238f).

381 Zudem würde der Kulturwandel durch die Zuspitzung aktueller Krisenphänomene unterstützt (2016, 144f; 2020, 219).

382 Auch Unternehmen könnten dabei als Transformationsakteure auftreten, wenn sie z.B. proaktiv eine Regionalisierung der Wirtschaftstätigkeit vornehmen, reparabile Güter herstellen, Arbeitszeiten reduzieren, an Regionalwährungssystemen teilnehmen oder Schulungen für Instandhaltung von Produkten anbieten (2014, 131f; 2020, 236).

werden.³⁸³ Die von Minderheiten vorgelebten Gegenkulturen setzen also den von der Mehrheit praktizierten, nicht nachhaltigen Status quo unter permanenten Rechtfertigungszwang und zeigen gleichzeitig einen alternativen Handlungspfad auf. Dadurch wird ein kontinuierlicher Prozess der sozialen Diffusion aus der Nische in die breite Gesellschaft möglich.³⁸⁴ (Zum ges. Absatz 2014, 143; 2016, 16f, 126, 129f, 144f, 157, 171; 2020, 19, 25ff, 123, 200-210)

Wenn dieser gesellschaftliche Lernprozess weit genug fortschreitet und es für etablierte politische Kräfte machtpolitisch opportun wird, eine reduktive Strategie zu unterstützen, können auch diese und damit der Staat eine Rolle als Transformationsakteur einnehmen. Entsprechend beschreibt Paech, wie oben dargestellt, staatliche Politiken zum Übergang in eine suffiziente Postwachstumsökonomie. In diesem Szenario hätten die Praxisinitiativen in Reallaboren die strukturellen Prototypen erprobt, die dann über staatliche Politik zu verallgemeinern sind. Voraussetzung für eine staatliche Transformationspolitik bleibt aber, dass genügend Individuen eine radikale Selbstveränderung vollziehen und vorleben. Die Suffizienzkultur ebenso wie die Postwachstumsökonomie wachsen als zivilgesellschaftliches Projekt von unten.³⁸⁵

Dass der Staat früher oder später als Transformationsakteur auftritt, ist für Paech jedoch keineswegs ausgemacht. Falls der Staat nicht zum Handeln zu bewegen ist, beschreibt Paech eine Transformationsstrategie der „Rettungsinseln“. Er ist überzeugt, dass es bei Beibehaltung des Wachstums-

383 Diese Überzeugung, so Paech, basiere wiederum auf einer sozialen Handlungstheorie, wonach die Handlungsmuster des Menschen weniger rational kalkuliert, als vielmehr eine Nachahmung dessen sind, was im sozialen Umfeld zu beobachten ist (2020, 213). Eine weitere wichtige Stimme im deutschen Diskurs, die alternative Praxen als zentrales Transformationsvehikel beschreibt, ist Harald Welzer. Diese Schnittmenge haben Paech und Welzer in direkter Auseinandersetzung selbst herausgearbeitet (taz 2018, 1:23:45-1:28:00).

384 Als weiteren Effekt einer immer weiteren Ausbreitung von autonomen Selbstversorgungsstrukturen hofft Paech, dass die herkömmliche, wachstumsfokussierte Wirtschaftsweise ihre materielle Basis im Sinne von Nachfrage und Arbeitskraft einbüßt, was den Übergang zu einer Postwachstumsökonomie ebenfalls bestärken soll (2020, 233f).

385 Damit lassen sich Überschneidungen zu den Prozessvorstellungen von Amery ziehen. Auch dieser denkt, ausgehend von einer starken Staatskepsis, die strukturelle und kulturelle Erneuerung der Gesellschaft in erster Linie als zivilgesellschaftliches Projekt jenseits des Staates (Kap. 7.3.4). Paech ist im Vergleich zu Amery aber etwas optimistischer, dass der Staat die Transformation zu einem späteren Zeitpunkt unterstützt.

kurses absehbar zu drastischen Zusammenbrüchen kommt (2016, 197).³⁸⁶ Auch in diesem Szenario kommt den alternativen Praxisprojekten aus Paechs Sicht eine wichtige Rolle zu. Sie erproben Daseinsformen, denen sich im Krisenfall viele Menschen als einzigen Ausweg anschließen würden. Die autonomen Praxisprojekte stellen dann die „Rettungsinseln“ bzw. „Rettungsboote“ dar, von denen ausgehend der gesellschaftliche Neuaufbau beginnen kann.³⁸⁷ (2016, 197f; 2020, 204f, 235f)

Wie sich der Übergang zu Suffizienzkultur und Postwachstumsökonomie internationalisieren soll, bleibt bei Paech weitestgehend offen. Dies stellt, wie bereist für die moderaten Wachstumskritiker bemerkt, eine deutliche Leerstelle dar. Lediglich in einer Diskussion mit Fücks findet sich dazu ein Hinweis. Demnach hätten die reichen Industrienationen weltweiten Vorbildcharakter in dem Sinne, dass die ganze Welt die dort praktizierten Lebensstile und Werte nachahmt. Folglich könnten die reichen Länder auch auf dem Weg in eine reduktive Gesellschaftsform Vorbild sein und einen anderen, suffizienzorientierten Wohlstandsbeoffriff vorleben. (Paech in WirtschaftsWoche 2021, 35:15-36:15)

Abschließend ist zu konstatieren, dass der von Paech angedachte Transformationsprozess noch stärker als bei Loske, Kopatz und Schneidewind auf die Tugendhaftigkeit der Individuen angewiesen ist. Dies gilt für die individuelle Lebensführung ebenso wie für die Rolle als Bürger im demokratischen Gemeinwesen. Mit Blick auf die individuelle Lebensführung sollen die Individuen umfassend Verantwortung übernehmen, indem sie ihre Lebensweise strikt an einem global verantwortbaren Ressourcen- und Emissionsbudget ausrichten und diesen tugendhaften Lebensstil offensiv nach außen tragen. Die Individuen sollen sich also weitgehend selbst re-

386 Der Kollaps droht aus Paechs Sicht aufgrund des Zusammenspiels verschiedener Krisentendenzen wie Klimawandel, Verschärfung der Ressourcenknappheit, psychologischen Krisen wie Reizüberflutung, Burn-Outs und Depressionen oder potenziellen Zusammenbrüchen des Finanzsystems (2016, 197).

387 In Anbetracht dessen ist die Darstellung bei Vetter/Schmelzer, wonach für Paech der Staat grundsätzlich als Transformationsakteur ausscheidet und es ihm um die Schaffung autonomer Rettungsboote geht, verkürzt (Schmelzer/Vetter 2019, 217). Paech hat sehr wohl die Hoffnung, dass der Staat zu einem späteren Zeitpunkt als Transformationsakteur auftritt. Er ist im Vergleich zu den Autoren des grünen Wachstums und der oben dargestellten moderaten Perspektive aber deutlich skeptischer bezüglich staatlicher Impulse. Staatliches Eingreifen zur Unterstützung der Transformation ist von Paech aber explizit gewünscht und stellt die Voraussetzung für Transformation „by design“ dar. Nur wenn der Staat tatsächlich gänzlich als Transformationsakteur ausfällt und es zu Zusammenbruchsszenarien kommt, greift die Rettungsboot-Strategie und die neue Gesellschaft entsteht „by disaster“.

gulieren, da der Staat dazu nicht in der Lage ist. Dies verweist zugleich auf ihre Rolle als Bürger, da sie damit auf die Ausbreitung der Suffizienzkultur hinwirken und dadurch das „Bereitschaftspotenzial“ (Stein 2015, 120) für eine staatliche Reduktionspolitik schaffen sollen. Explizit sichtbar werden diese starken Tugendanforderungen an einer Textstelle, wo Paech einen Liberalismus, der sich allein auf formelle Gesetze verlässt und informelle Regulative wie Normen für obsolet hält, als nicht überlebensfähig beschreibt (2020, 214f). Eine Überlebens- und zukunftsfähige Demokratie setze „ökologischen Anstand“ in der Bürgerschaft voraus, der dafür sorgt, dass ökologisch unverantwortliches Handeln unter maximalen Rechtfertigungsdruck gerät und auch unabhängig von gesetzlichen Regelungen als illegitim erscheint (ebd.). Diese Position impliziert gleichzeitig, wie bereits für Loske, Kopatz und Schneidewind herausgestellt, ein optimistisches Menschen- und Bürgerbild, das dem Individuum diese Tugendhaftigkeit zutraut.

13.2.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Paechs Antwort auf die ökologische Krise lässt sich auf diverse Hintergrundannahmen zurückführen, die im Vorherigen bereits zur Sprache kamen und deshalb an dieser Stelle nur konzentriert wiederholt werden:

- Paechs Position wird stark durch seine sehr pessimistische Positionierung in der Wachstumsfrage und die dahinterstehende skeptische Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials geprägt (Kap. 13.2.1). Daraus ergibt sich die, auch im Vergleich zu den Autoren Loske, Kopatz und Schneidewind, stärkere Radikalität seines Alternativentwurfes.
- Maßgeblich für Paechs Position ist zudem, dass er die ökologische Krise in letzter Instanz als kulturelle Krise begreift, wobei die unhaltbaren Strukturen und Institutionen Ausdruck dieser Kultur sind (Kap. 13.2.1). Daraus folgt einerseits, dass ein tiefgreifender Kulturwandel die Voraussetzung für einen Weg aus der ökologischen Krise darstellt und andererseits, dass die Transformationsakteure in erster Linie als kulturelle Avantgarde angesprochen werden.
- Für Paechs Vorstellung vom Prozess des Wandels ist ein skeptisches Staats- und Politikverständnis ausschlaggebend. Demnach handeln politischen Eliten und damit der Staat ausschließlich reaktiv und machtopportun, weswegen letzterer als Impulsgeber ausscheidet und ungewiss ist,

ob er überhaupt eine Rolle als Transformationsakteur spielen kann (Kap. 13.2.3).

- Paechs Ansatz basiert in der Hinsicht auf einem optimistischen Bürger- und Menschenbild, dass er dem Individuum im umfassenden Sinne global ausgerichtete Verantwortungübernahme und vorausschauende Verzichtsfähigkeit zutraut (Kap. 13.2.3).

Darüber hinaus zeigen sich bei Paech einige Hintergrundannahmen, die bereits für die moderate Position bei Loske, Kopatz und Schneidewind herausgestellt wurden. Dies gilt zum einen für den Punkt, dass Paech in erster Linie aus der Perspektive theoretischer Notwendigkeit denkt und realpolitische Erwägungen weitgehend außen vor lässt. Auf diesen Aspekt bezieht sich eine Kontroverse im bereits angesprochenen Streitgespräch zwischen Paech und Eppler. Dabei kritisiert Eppler, dass Paechs Ansatz zwar womöglich theoretisch notwendig sei, aber die Abwägung mit Blick auf die realpolitischen Bedingungen fehle. Vielmehr drohe ein so radikaler Wandel, wie Paech ihn beschreibt, die Gesellschaft zu überfordern, was der Veränderungsbereitschaft der Bürgerschaft wiederum nicht zuträglich ist. In der Tat finden sich solche Abwägungen bei Paech nicht.³⁸⁸

Zum anderen wird auch bei Paech die Haltung deutlich, dass der Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft nicht nur ökologische Notwendigkeit, sondern auch unabhängig davon wünschenswert ist. Auch bei Paech fußt diese Position auf spezifischen Ideen von Freiheit und gutem Leben. Ausführlich legt Paech in seinen Schriften dar, dass Suffizienz keinen Verzicht darstellt, sondern der Lebensqualität zuträglich sei. Durch materielle Selbstbeschränkung habe das Individuum mehr Zeit für die einzelnen Konsumgüter und kann daraus den maximalen Nutzen ziehen. Zudem ermögliche Suffizienz mehr Zeit für nicht-konsumtive Elemente von Lebensqualität. Glück, so Paechs Schlussfolgerung, sei nur außerhalb der konsumtiven Steigerungslogik zu finden, weswegen es einer Befreiung vom Überfluss bedürfe. Auch bei Paech stellt die Emanzipation vom materialistischen Habenmüssen und der souveräne Umgang mit den eigenen Konsumbedürfnissen die Voraussetzung für ein gutes Leben dar. (2014, 11, 126-130, 146ff; 2016, 194; 2020, 27, 168-171, 2020, 158-172)

388 Paech selbst widerspricht der These, dass er die realpolitische Dimension vernachlässigt. Er legt dar, dass er seine Position im Vergleich zu vorwiegend auf technische Innovationen setzende Strategien für realistischer hält, da der erforderliche Kulturwandel schneller vorstättengehen könne als langwierige technische Innovationsprozesse (2016, 126f).

Zudem schafft Suffizienz für Paech Freiheit: „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern wer wenig braucht“ (2014, 130; entspr. auch 2016, 70). Entsprechend geißelt er das aus seiner Sicht in der „Konsumdiktatur“ vorherrschende Freiheitsverständnis, wonach wir nur „als Konsumjunkte frei“ sein könnten (ebd., 40:55). Wahre Freiheit besteht für Paech gerade nicht in Konsumfreiheit und Optionsvielfalt, sondern setzt die Emanzipation von materiellen Steigerungsbedürfnissen voraus. Darüber hinaus schafft die angestrebte Postwachstumsgesellschaft für Paech auch dahingehend Freiheit, dass das Individuum, nicht zuletzt aufgrund der wiedererlangten Fähigkeit zur Selbstversorgung, unabhängiger von fragilen Fremdversorgungssystemen wird (2014, 129f, 146ff; 2016, 139, 194; 2020, 153ff, 215; Paech in *WirtschaftsWoche* 2021, 39:20-41:30). Sichtbar wird hier ein Verständnis von Freiheit als Autonomie und Souveränität im Sinne der Unabhängigkeit von außen. Zuletzt wird bei Paech ein starkes Moment sozialer Freiheit deutlich: Demnach lebt nur jener wahrhaft frei, der nicht zu Lasten Dritter lebt (2020, 213f). Materielle Genügsamkeit wird damit zur Voraussetzung für eine so verstandene, tugendethisch aufgeladene Freiheit.

13.2.5 Zusammenfassung

Paech vertritt im Vergleich zur moderateren Position von Loske, Kopatz und Schneidewind einen deutlich stärkeren Wachstumspessimismus, wonach eine substanzielle Schrumpfung der Wirtschaft und des materiellen Wohlstandsniveaus angezeigt ist. Auch er beschreibt strukturelle (z.B. Wachstumszwang aus Konkurrenzbedingungen, Geldschöpfungssystem, Arbeitsteilung) und kulturelle Wachstumstreiber (v.a. expansive Konsumkultur) als maßgebliche Krisenursachen. Anders als bei Loske, Kopatz und Schneidewind ist jedoch die kulturelle Dimension letztursächlich, das expansive Wirtschaftssystem hingegen Sekundärphänomen.

Zentrale Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise ist folglich ein tiefgreifender Wertewandel hin zu einer Suffizienzkultur, die mit dem expansiven Materialismus und dem technoiden Fortschrittsstreben der Moderne bricht. Auf dieser Basis kann eine alternative Wirtschaftsordnung entstehen, welche die strukturellen Wachstumstreiber überwindet und im Rahmen derer die erforderliche wirtschaftliche Schrumpfung möglich wird. Im Zentrum stehen dabei eine starke Regionalisierung, die Ausweitung nicht marktformiger Wirtschaftsweisen, ein verändertes

Geldschöpfungs- und Währungssystem sowie der Abbau von strukturellen Wachstumsabhängigkeiten.

Paechs Vorstellungen vom Prozess sind von einer starken Staatskepsis geprägt, weshalb die Transformationsimpulse aus der Zivilgesellschaft erwartet werden und sich gleichzeitig nur indirekt auf den Staat beziehen. Vielmehr setzt Paech auf eine kulturelle Avantgarde, die durch alternative Praktiken den Kulturwandel vorantreibt und gleichzeitig alternative Strukturen und Institutionen erprobt. Erst wenn sich in der Bürgerschaft ein breiter Kulturwandel vollzogen hat, kann der Staat potenziell zum Transformationsakteur werden und den Übergang in eine Postwachstumsökonomie durch gezielte Politiken fördern.

Hinter Paechs Position stehen als maßgebliche Prämissen die ausgeprägte Wachstumsskepsis sowie die Interpretation der ökologischen Krise als kulturelle Krise. Hinzu kommen spezifische Ideen von Freiheit und gutem Leben, vor deren Hintergrund der Übergang zur Postwachstumsgesellschaft die Voraussetzung für mehr Freiheit und Wohlergehen darstellt. Ausschlaggebend sind zudem sein Politik- und Staatsverständnis sowie der perspektivische Fokus auf das theoretisch Notwendige.

14 Kapitalismus überwinden: zwischen Demokratisierung, Dezentralisierung und Planwirtschaft

Wie bereits in der ersten Zeitphase findet sich auch im neueren ökologischen politischen Denken eine Grundposition, für die im Angesicht der ökologischen Krise ein grundsätzlicher Systemwechsel erforderlich ist, was insbesondere die Überwindung des Kapitalismus impliziert. Diese tritt als dritte Grundposition neben die Befürworter des ökologischen Kapitalismus und die reformorientierten Wachstumskritiker. Dieser Perspektive lassen sich die Autoren Altwater, Brand, Dörre, Felber, Kern, Muraca, Peukert und Schmelzer zuordnen. Im Vergleich zur ersten Hochphase des ökologischen politischen Denkens wird in der zweiten Phase keine offen antidemokratische, autoritäre Systemwechsel-Position vertreten. Zwar findet sich bei einigen Denkern eine fundamentale Kritik an der repräsentativen, nationalstaatlich organisierten Demokratie. Die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zielen aber in Richtung umfassender Demokratisierung bzw. bei Peukert in Richtung expertokratischer Ergänzungen des bestehenden Systems. Alle hier behandelten Autoren sind somit, wie in der ersten Phase Amery, Strasser, Fromm und der frühe Bahro, einer demokratischen Systemwechsel-Position zuzuordnen. Dabei zeigen sich im Vergleich zu den frühen Exponenten deutliche Kontinuitäten, aber auch einige Verschiebungen. Im Folgenden werden zunächst die in den untersuchten Beiträgen zum Ausdruck kommenden Krisenanalysen näher betrachtet (Kap. 14.1). Bezüglich der daraus abgeleiteten Alternativentwürfe lassen sich vier Positionen differenzieren, die in Kapitel 14.2. aufgearbeitet werden. Die Vorstellungen vom Prozess des Wandels werden dann wieder für die gesamte Autorenschaft en bloc behandelt (Kap. 14.3). Abschließend fällt der Blick auf die Hintergrundannahmen, welche das Denken der hier behandelten Autoren prägen (Kap. 14.4).

Elmar Altvater (*1938, †2018), studierter Ökonom und Soziologe, übernahm 1971 die Professur für Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin. Altvaters Forschungsschwerpunkte waren u.a. die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Staatstheorie, Entwicklungspolitik und der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie. Bereits ab den 1980er-Jahren veröffentlichte er Beiträge zur ökologischen Frage. Altvater war Mitbegründer und über 35 Jahre Mitglied der Redaktion der Zeitschrift PROKLA. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN, die er im Streit um Kriegseinsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan verließ. Danach wurde Altvater Mitglied der LINKEN. Er engagierte sich zudem im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung und war Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. (Exner 2018; Altvater 2010, Klappentext; Ladwig 2018)

Ulrich Brand (*1967) studierte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften. Nach einer Promotion im Bereich der internationalen Umweltpolitik und anschließender Habilitation übernahm er 2007 die Professur für Internationale Politik an der Universität Wien. Er war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Zudem fungiert er als Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. (Brand/Wissen 2017, 224; Universität Wien o.J.)

Klaus Dörre (*1957) wurde 1992 im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften promoviert und hat sich 1999 mit einer kritischen Kapitalismusanalyse habilitiert. Seit 2004 ist Dörre Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena. Er fungierte als Sprecher des 2011 initiierten und mittlerweile abgeschlossenen DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena und ist außerdem seit 2017 Herausgeber des *Berliner Journal für Soziologie*. (Dörre o.J.)

Christian Felber (*1972) studierte u.a. Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie in Wien und Madrid. Er arbeitet als Autor und Lehrbeauftragter. Felber war Mitbegründer und mehrjähriger Vorstand von Attac Österreich und ist maßgeblicher Initiator der Gemeinwohlökonomie-Bewegung. (Felber 2012, Klappentext)

Bruno Kern (*1958), studierter Theologe und Philosoph, wurde mit einer Arbeit zur Marxismusrezeption in der Theologie der Befreiung promoviert. Er ist Gründungsmitglied und maßgebliches publizistisches Sprachrohr der „Initiative Ökosozialismus“. Er arbeitet als selbstständiger Lektor, Übersetzer und Autor. (Kern 2019, 237)

Barbara Muraca (*1971), studierte Philosophin, hat 2008 an der Universität Greifswald im Bereich der Nachhaltigkeitstheorie promoviert. Zwischen 2012 und 2014 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena. Im Anschluss übernahm sie 2015 zunächst eine Assistenzprofessur und ab 2021 eine außerplanmäßige Professur für Umweltphilosophie an der Oregon State University. (Muraca 2015, Klappentext; Oregon State University o.J.)

Helge Peukert (*1956) ist Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen und u.a. Mitglied im „Netzwerk Plurale Ökonomik“ sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Er promovierte 1991 in der Volkswirtschaftslehre und 1994 in der Soziologie. Von 1996 bis 1997 arbeitete er als Professor an der Universität Lettland sowie anschließend nach abgeschlossener Habilitation als Privatdozent an der Universität in Frankfurt. In der Folgezeit hatte Peukert verschiedene Forschungs- und Stiftungsprofessuren inne, bevor er 2006 zum außerplanmäßigen Professor für Finanzwirtschaft und Finanzsoziologie an der Universität Erfurt ernannt wurde. 2016 wechselte er auf die Professur nach Siegen. (Peukert 2021, Klappentext; Universität Siegen o.J.)

Matthias Schmelzer studierte Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Philosophie und wurde mit einer Arbeit zur Geschichte des Wachstumsparadigmas promoviert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena sowie beim „Konzeptwerk Neue Ökonomie“. Zudem gehört er zu den prominenten Vertretern der sogenannten Degrowth-Bewegung. Politisch engagiert er sich u.a. bei Attac. **Alexis Passadakis** (*1976) studierte politische Ökonomie und arbeitet als Fraktionsreferent für die LINKEN in Hessen. Er war Mitglied des Koordinierungskreises von Attac. (Schmelzer/Passadakis 2011, Klappentext; Schmelzer/Vetter 2019, 256)

14.1 Krisenanalyse

Mit Blick auf die Krisenanalyse kann wiederum zwischen der Positionierung in der Wachstumsfrage und der kausalen Begründung der ökologischen Krise unterschieden werden.

14.1.1 Wachstumspessimismus

Wie bereits die Systemwechsel-Positionen in der Frühphase des ökologischen politischen Denkens basieren auch die hier behandelten Entwürfe auf einer wachstumspessimistischen Grundhaltung, wonach im Angesicht der ökologischen Krise ein Ausstieg aus der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik erforderlich ist. Hinzu kommt die Überzeugung, dass weiteres Wachstum in den reichen Industrienationen unabhängig von ökologischen Erwägungen nicht mehr wünschenswert ist, da die sozialen Kosten mittlerweile überwiegen. Im Hinblick auf Ersteres grenzen sie sich die Autoren geschlossen von der optimistischen Position des grünen Wachstums ab

und kritisieren den zugrundeliegenden Technikoitimus.³⁸⁹ Sie halten die Machbarkeit einer substanziellen absoluten Entkopplung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch für illusionär.³⁹⁰ Steigerungen der Ressourceneffizienz seien zwar möglich, aber nicht im erforderlichen Ausmaß, wobei Rebound-Effekte wiederum als zentrales Argument angeführt werden. Zudem würden, so ein weiteres wichtiges Argument, technische Lösungen ökologische Probleme oft in andere Bereiche verlagern, anstatt diese zu lösen. Für die Autoren ergibt sich in der Summe ein prinzipieller Zielkonflikt zwischen weiterem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit.³⁹¹

Bezüglich der konkreten wachstumspolitischen Imperative zeigen sich im Rahmen des Wachstumspessimismus Differenzen. Die meisten Autoren halten nicht zuletzt im Angesicht legitimer Steigerungsbedürfnisse in bisher ärmeren Weltregionen eine wirtschaftliche Schrumpfung und Senkung des materiellen Wohlstandsniveaus in den reichen Weltregionen für angezeigt (Brand 2018, 97; Peukert 2021, 25, 477; Kern 2019, 115, 156, 176, 211; Muraca

389 Viele Autoren beziehen sich in dieser Abgrenzung explizit auf Fücks und von Weizsäcker (Altwater 2010, 140f; 234; Brand/Wissen 2017, 153; Kern 2019, 52f, 58, 211). In direkter Auseinandersetzung wurde diese Kontroverse zwischen Altwater und Fücks ausgetragen (vgl. MrMarxismo 2011; Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009).

390 Auffallend ist, dass viele der hier behandelten Autoren nicht nur die beschränkten Senkenkapazitäten der Erde als ökologische Wachstumsschranke anführen, sondern auch die Ressourcenbasis für weiteres Wachstum infrage stellen. Dies bezieht sich v.a. auf die Argumente:

- dass die erneuerbaren Energien das Energiedargebot der fossilen Energieträger nicht ersetzen können, weswegen die Wirtschaft in Zukunft mit deutlich weniger Nettoenergie auskommen muss (Altwater 2010, 140f, 237, 245; Felber 2012, 19; Kern 2019, 60-78, 209f; Schmelzer/Passadakis 2011, 43f).
- dass mineralische bzw. metallische Rohstoffe (z.B. Kupfer, Zink, Molybdän, Lithium) und seltene Erden als Grundlage für z.B. Erneuerbare-Energien-Anlagen, Elektromobilität oder Digitalisierungsstrategien nicht bzw. nur verbunden mit massiven ökologischen Folgeschäden in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen (Altwater 2010, 232; Kern 2019, 47ff).

Paradigmatisch ist in diesem Zusammenhang die bereits bei Paech vorgefundene Diagnose des „Peak everything“ (Altwater 2010, 23, 235). Andere Autoren grenzen sich hingegen von dieser Position ab und bemerken, dass Rohstoffknappheiten keine Wachstumsgrenzen setzen, weil immer wieder Substitutionsmöglichkeiten aufgetan werden (Brand 2018, 96).

391 Zum ges. Absatz Altwater 2010, 140f, 157f, 160f, 210f, 232-237, 242; Brand/Wissen 2017, 153; Brand 2018, 97,103ff; Dörre 2011, 223ff; 2020, 250, 255; Kern 2019, 47-58, 85-89, 95, 118f, 155, 207; Muraca 2015, 11, 26, 40f, 71f; Peukert 2021, 22-25, 51, 471-474, Schmelzer/Passadakis 2011, 31-40.

2015, 40f; Schmelzer/Passadakis 2011, 40, 57, 65, 74). Von einigen Denkern werden konkrete Zielmarken ausgegeben. Schmelzer/Passadakis sehen als Ergebnis der erforderlichen Schrumpfungsmaßnahmen ein um ein Drittel reduziertes BIP (2011, 71ff). Deutlich weitgehender sind Kern (2019, 176) und Peukert (2021, 477) der Überzeugung, dass es einer Verringerung des Produktionsvolumens um den Faktor zehn bedarf. Dieser Forderung nach gezielter Schrumpfung gegenüber klingt bei Dörre (2011, 223f; 2020, 255) und Altvater (2010, 157, 210f, 137, 242, 244f) eher das Ziel eines Wachstumsstopps an, was Altvater als die Position des „No growth“ bezeichnet.³⁹² Unabhängig von dieser Differenz ergibt sich für alle die Notwendigkeit, Wachstumstreiber und Wachstumsabhängigkeiten zu adressieren und aufzuheben.

Wiederum steht hinter dem Wachstumspessimismus eine technikskeptische Haltung. Deutlich wurde dies bereits an obiger Abgrenzung von den technioptimistischen Positionen. Besonders weitgehend kommt diese Haltung bei Kern zum Ausdruck, der sich am ausführlichsten mit der Frage der Möglichkeit absoluter Entkopplung auseinandersetzt. Er lehnt die Position des grünen Wachstums grundlegend ab, da diese auf „ebenso infantile[n] wie gefährliche[n] Technikfantasien“ beruhe (2019, 211). Die Position des grünen Wachstums sei eine gefährlichere Ideologie, weil sie davon abhalte, die tatsächlich notwendigen radikalen Veränderungsschritte in Angriff zu nehmen (2019, 211). Beispielfhaft seien hier einige der technikskeptischen Annahmen bei Kern aufgeführt:

- Das Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz ist in den reichen Industrienationen weitgehend ausgeschöpft. Mit Umstieg auf die Erneuerbaren droht sogar eine Abnahme der Energieeffizienz, weil z.B. Umwandlung von erneuerbarem Strom in Wasserstoff oder die Stromspeichertechnologien sehr energieintensiv sind (2019, 53ff, 209f).
- Die Förderung der für die angestrebte Transformation wichtigen metallischen Rohstoffe wird immer aufwendiger und damit ressourcenintensiver, was die Ressourceneffizienz tendenziell sinken lässt (ebd., 55ff).

392 An jeweils einer Textstelle halten Dörre (2019, 23) und Altvater (2010, 246) auch hierzulande ein langsames wirtschaftliches Wachstum für ökologisch vertretbar. Dies ändert jedoch nichts an ihrer Festlegung, dass Wachstumszwänge und Expansionismus zu überwinden sind (Dörre 2020, 250; Altvater 2010, 237, 242). Felber positioniert sich nicht explizit in der Wachstumsfrage. Seine Gegenvorschläge zielen aber explizit darauf, den Wachstumszwang des Kapitalismus zu überwinden, woraus geschlussfolgert werden kann, dass er einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik für erforderlich hält (siehe z.B. 2012, 60).

Das Lösungspotenzial des Recyclings ist sehr begrenzt, da dieses selbst mit hohem Energieaufwand und Rohstoffverbrauch verbunden ist (ebd., 48f).

- Im Bereich Mobilität stehen nur sehr eingeschränkt Substitutionsmöglichkeiten für die fossilen Kraftstoffe zur Verfügung, da Elektromobilität, Wasserstoff, Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe selbst mit vielfältigen Limitierungen verbunden sind. Folglich gilt es das hohe Mobilitätsniveau deutlich zu senken. Ein nachhaltiger Flugverkehr, wie er von Fücks beschrieben wird, ist nicht zu realisieren. (ebd., 78-85)

Neben die ökologische Wachstumskritik tritt in den meisten Beiträgen eine soziale Wachstumskritik.³⁹³ Im Zuge dessen wird weiteres wirtschaftliches Wachstum auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für nicht wünschenswert erachtet. Mit Blick auf die konkreten Argumente zeigen sich deutliche Überschneidungen, aber auch einige neue Aspekte im Vergleich zu den reformorientierten Wachstumsskeptikern:

- Oberhalb eines bestimmten Wohlstandsniveaus entkoppelte sich die Relation zwischen steigendem materiellem Wohlstand und der empfundenen Lebenszufriedenheit. Zur Steigerung der gesellschaftlichen Zufriedenheit sei statt weiterem Wachstum die Verwirklichung von mehr sozialer Gleichheit ausschlaggebend. (Altvater 2010, 151f; Brand 2018, 100; Felber 2012, 85, 106; Muraca 2015, 10f, 69f; Schmelzer/Passadakis 2011, 22ff)
- Im Zuge dessen verweisen die Autoren auf grundlegende Charakteristika der auf Wachstum fokussierten kapitalistischen Gesellschaft (v.a. Materialismus, Hyperkonsumismus, Statuswettbewerb, Arbeitsverdichtung, entfremdete Arbeit, Konkurrenz, Leistungsdruck, Karrierismus), welche die Möglichkeiten eines guten Lebens bzw. die Befriedigung wichtiger menschlicher Bedürfnisse untergraben (z.B. Kooperation, Vertrauen, soziale Beziehungen, Gesundheit, Naturerlebnis, Selbstbestimmung, sinnstiftende Tätigkeiten). Insbesondere laufe der Konsumismus bzw. der

393 Bei den Autoren Kern, Peukert und Dörre ist diese soziale Dimension der Wachstumskritik schwach ausgeprägt. Während Peukert und Kern insgesamt einen starken Fokus auf die ökologische Krisendimension haben, fokussiert Dörre in sozialer Hinsicht auf das Problem wachsender Ungleichheit, beschreibt aber keine weiteren Stränge sozialer Wachstumskritik.

Konsumzwang in der Gegenwartsgesellschaft einem freien und selbstbestimmten Leben zuwider.³⁹⁴

- Wachstum unter kapitalistischen Bedingungen beruhe auf der Ausbeutung von Menschen und Natur in anderen Weltregionen. Dies gelte auch für die Strategie des grünen Wachstums, die in vielerlei Hinsicht auf Ressourcen anderer Weltregionen zugreifen muss.³⁹⁵ Besonders deutlich wird dieser Punkt im von Brand/Wissen dargelegten Konzept der „Imperialen Lebensweise“ (2017) hervorgehoben, auf das sich auch andere Autoren beziehen (Kern 2019, 199f; Schmelzer/Passadakis 2011, 83).
- Wachstum führe in den letzten Dekaden eher zur Vertiefung sozialer Ungleichheit, die sich selbst wiederum negativ auf die Lebensqualität auswirke. Eine sozial gerechtere Verteilung des Zuwachses sei unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht zu erwarten.³⁹⁶
- Wachstum basiere auf der günstigen Bereitstellung von Reproduktionsarbeit, die vorwiegend von Frauen erbracht werde (Schmelzer/Passadakis 2011, 16; Schmelzer/Vetter 2020, 134f; Brand/Wissen 2017, 63).
- Wachstumsorientierung gefährde die Demokratie, da demokratisches Entscheiden dadurch auf den Vollzug der Systemzwänge des Kapitalismus reduziert werde (Muraca 2015, 48f, 87; Kern 2019, 11; Brand/Wissen 2017, 118).

In der Summe erachten die Autoren weiteres wirtschaftliches Wachstum bzw. eine darauf fokussierte Gesellschaft auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für nicht wünschenswert. Hinzu tritt die Überzeugung, dass Wachstumsabhängigkeiten als funktionelle Gründe für weiteres Wachstum (z.B. stabiler Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Finanztransfers in andere Weltregionen) entweder inhaltlich nicht zutreffend oder reformierbar in dem Sinne sind, dass sich diese Bereiche auch ohne

394 Altvater 2010, 152; Brand/Wissen 2017, 59f; Brand 2018, 99f; Felber 2012, 26f, 30-34, 111f, 178; Kern 2019, 212; Muraca 2015, 18, 38, 44f, 48f, 69f; Peukert 2021, 479; Schmelzer/Passadakis 2011, 52f; Schmelzer/Vetter 2020 134f.

395 Altvater 2010, 156-159, 188f; Brand/Wissen 2017, 61, 99f, 121f, 162-167; Kern 2019, 23ff; Muraca 2015, 43f, 46; Schmelzer/Passadakis 2011, 11, 16, 41, 83; Schmelzer/Vetter 2020, 134f

396 Altvater 2010, 131; Brand/Wissen 2017, 59ff, 2018, 100; Dörre 2020, 253f; Felber 2012, 31f; Muraca 2015, 77, 80; Schmelzer/Passadakis 2011, 26f.

Wirtschaftswachstum stabilisieren lassen (Altvater 2010, 141-145, 182; Muraca 2015, 11; Schmelzer/Passadakis 2011, 27ff).³⁹⁷

14.1.2 Krisenbegründung: der Kapitalismus als Hauptursache

Ausgehend von der starken Problematisierung der Wachstumsdynamik als unmittelbare Ursache der ökologischen Krise stellt sich die Frage, wodurch diese Wachstumsdynamik erzeugt wird. Maßgeblich problematisiert werden wie bei den Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase das Wirtschaftssystem, der Staat bzw. das politische System sowie eine materiell expansive Konsumkultur. Die zentrale Differenz zu den zuvor behandelten reformorientierten Denkern ergibt sich mit Blick auf das Wirtschaftssystem. Aus Sicht der hier behandelten Denker stellt die notwendige Abkehr vom Wirtschaftswachstum nicht nur spezifische Aspekte des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, sondern die grundlegenden Charakteristika des Kapitalismus infrage (vgl. entspr. Salzborn 2017, 128). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Systemwechsels hin zu einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise. Im Folgenden wird zunächst auf die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem sowie der damit einhergehenden Konsumkultur eingegangen, bevor die Staatskritik der Autoren aufgearbeitet wird.

Der Kapitalismus als entscheidender struktureller Wachstumstreiber

Zentrale Ursache der ökologischen Krise ist aus Sicht der Autoren das kapitalistische Wirtschaftssystem. In den untersuchten Beiträgen lassen sich insbesondere drei Argumente gegen den Kapitalismus rekonstruieren, die stark an die Kapitalismuskritik der ersten Zeitphase erinnern.

1) Der Kapitalismus ist der strukturell entscheidende Wachstumstreiber. Anders als die reformorientierten Wachstumsskeptiker fokussiert die Analyse weniger auf spezifische Wachstumstreiber wie z.B. das Geldschöpfungssystem oder die deregulierten Finanzmärkte.³⁹⁸ Vielmehr begründen aus dieser Perspektive bereits die Grundeigenschaften des Kapitalismus, das Profitstreben privater Kapitalbesitzer sowie das Konkur-

397 Letzteres wird bei vielen Autoren nicht expliziert, steht aber implizit hinter ihren Gegenentwürfen, im Rahmen derer sie alternative Regulationen für diese Bereiche vorschlagen (Kap. 14.2).

398 Dennoch werden solche spezifischen Wachstumstreiber von vielen Autoren benannt und problematisiert. Dabei zeigen sich weitgehende Überschneidungen zu den reformorientierten Wachstumskritikern:

renzverhältnis zwischen ihnen den entscheidenden und mit ökologischen Begrenzungserfordernissen unvereinbaren Wachstumszwang (vgl. dazu auch Ott 2011, 62). Paradigmatisch konstatieren z.B. Schmelzer/Passadakis, dass sich der „grundlegendste Wachstumszwang [...] aus der Systemlogik der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst“ ergibt (2011, 47). Mit Blick auf die Begründung dieses Zwanges kann analytisch zwischen zwei Dimensionen unterscheiden werden.³⁹⁹ Einerseits ergibt sich ein Zwang zum Wachstumsstreben daraus, dass Unternehmen unter Konkurrenzbedingungen möglichst viel Profit erwirtschaften und in eine kapitalintensivere und dadurch rationalere Produktion reinvestieren müssen, um im marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf bestehen zu können. Andererseits wird privates Kapital im Kapitalismus grundsätzlich nur investiert, wenn es Aussicht auf Zuwachs verspricht. Jede Investition ist also mit dem Anspruch auf Wachstum verbunden.⁴⁰⁰

Die Frage, inwiefern sich Kapitalismus und längere Phasen ökonomischer Stagnation bzw. Schrumpfung tatsächlich ausschließen, wird nur von einigen Autoren vertiefend diskutiert. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass ein solcher nicht-expansiver Kapitalismus, wenn überhaupt, nur in Szenarien denkbar ist, die gesellschaftliches Wohlergehen massiv untergraben und folglich nicht erstrebenswert sind. Ein stationärer Kapitalismus sei erstens als deutlich verschärfter Wettbewerb mit beschleunigter Kapitalkonzentration denkbar, da Profite nur noch auf Kosten anderer Wettbewerber möglich sind. Zweitens sei ein Szenario denkbar, in welchem Profite nicht mehr in die Ausweitung der Produktion investiert werden, sondern stattdessen für Luxuskonsum abgeschöpft werden. Dies führe zu einer drastischen Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Die ökonomietheoretischen

-
- Das bestehende System der Geldschöpfung sowie das Kredit- und Zinssystem (Altvater 2010, 242; Felber 2012, 74; Kern 2019, 167f; Peukert 2021, 476; Schmelzer/Passadakis 2011, 56),
 - Die Verschärfung und Globalisierung des Wettbewerbs durch Liberalisierung und Deregulierung der Märkte im Zuge des neoliberalen Paradigmas (Schmelzer/Passadakis 2011, 48; Kern 2019, 24),
 - Die Liberalisierung der Finanzmärkte („Finanzmarktkapitalismus“) und der daraus folgende, stärkere Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft (Dörre 2011, 221ff; Altvater in MrMarxismo 2011, Teil 2, 6:40-6:55; Kern 2019, 167f; Schmelzer/Passadakis 2011, 18).

399 Diese analytische Trennung basiert auf Barth/Reitz 2016, 41f, 46f.

400 Altvater 2010, 26ff, 29ff, 151, 191ff, 233, 237; Brand/Wissen 2017, 36ff, 155, 167; Brand 2018, 70ff, 75f, 155; Dörre 2020, 251, 259; Felber 2012, 15, 18, 33, 60; Kern 2019, 23f, 27f, 108, 115, 149f, 189f, 195; Muraca 2015, 85f; Peukert 2021, 24f, 471f, 474; Schmelzer/Passadakis 2011, 47ff, 59f.

Argumentationen hier im Detail auszuführen, würde zu weit führen. Entscheidend ist, dass die hier behandelten Autoren keinen gangbaren bzw. erstrebenswerten Ausstieg aus der Wachstumsdynamik innerhalb des Kapitalismus sehen. (Altvater 2010, 152; Schmelzer/Passadakis 2011, 49; Kern 2019, 107-115)

2) Gemäß der zweiten Argumentationslinie erzeugt die Konkurrenzsituation der privaten Verwertungsinteressen im Kapitalismus einen systematischen Anreiz, natürliche Ressourcen (und Arbeitskraft) möglichst billig zu nutzen und ökologische Folgekosten auf die Allgemeinheit, in andere Weltregionen oder in die Zukunft zu externalisieren (Altvater 2010, 201f; Brand/Wissen 2017, 15, 30ff, 36, 38, 62f, 121f, 151, 167; Dörre 2020, 251; Felber 2012, 21, 32; Kern 2019, 28). Paradigmatisch legen Brand/Wissen dar, dass die über den Markt vermittelte Ausbeutung von Menschen und Natur konstitutiv für die kapitalistische Produktion sei (2017, 63). Die Externalisierung sozial-ökologischer Kosten sei folglich kein „Marktversagen“, sondern eine systematische Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise (ebd., 151). Dies gelte auch in einem grünen Kapitalismus (ebd., 36).⁴⁰¹

3) Aus dem für den Kapitalismus konstitutiven Profitmotiv folgt, dass sich Unternehmens- und Produktionsentscheidungen nicht am Gebrauchswert und somit an tatsächlichen Bedarfen, sondern am Tauschwert orientieren. Deshalb würden viele Güter produziert werden, die für das gesellschaftliche Wohlergehen eigentlich nicht erforderlich wären.⁴⁰²

In der Summe sind die Autoren überzeugt, dass die anstehende Transformation, wie Brand/Wissen (2017, 36) und Schmelzer/Passadakis (2011, 49f) formulieren, über den Kapitalismus hinausweisen muss. Vor diesem Hintergrund grenzen sich einige Autoren explizit von Transformationsperspektiven ab, die die Verwurzelung der ökologischen Krise in den Grundcharakteristika des Kapitalismus nicht erkennen und davon ausgehend eine

401 Dementsprechend führen Brand/Wissen weiter aus, dass es durchaus einen grünen Kapitalismus geben könne, der aber wiederum auf der Ausbeutung anderer Weltregionen und der zwanghaften Externalisierung ökologischer Folgekosten basiere. Ein grüner Kapitalismus biete also, wenn überhaupt, die Aussicht auf eine räumlich und sozial sehr selektive, auf die Profiteure des derzeitigen Systems beschränkte ökologische Modernisierung. Ein grüner Kapitalismus wäre also eine Stabilisierung der bisherigen „imperialen Lebensweise“, die auf der Ausbeutung und ökologischen Verwüstung anderer Weltregionen fußt. (2017, 19, 148, 155-162, 165ff)

402 Altvater 2010, 151, 175, 237, 242; Brand/Wissen 2017, 36, 172f, 176; Dörre 2020, 251; Felber 2012, 15, 33; Peukert 2021, 471f; Muraca 2015, 85f; Schmelzer/Passadakis 2011, 67, 73.

Lösung innerhalb des Kapitalismus anstreben oder diesen gar als wichtigen Treiber der ökologischen Erneuerung begreifen (Altvater 2010, 232f, 237; Brand/Wissen 2017, 149ff; Brand 2018, 70f, 97f; Kern 2019, 117ff, 140f). Im Zuge dessen findet sich bei Kern auch eine Abgrenzung gegenüber Loske und Paech, die aus ihrer wachstumsskeptischen Position nicht den notwendigen Schluss der Überwindung des Kapitalismus ableiten würden (2019, 107-115).⁴⁰³

Expansive Konsumkultur und die Subjektivität des Kapitalismus

Übereinstimmend wird in den untersuchten Texten davon ausgegangen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem und die darauf basierende Form der Gesellschaft eine bestimmte Kultur und damit spezifisch geprägte Individuen hervorbringt, die das kapitalistische System an sich sowie dessen Expansionsdynamik stützen. Während diese kulturellen Wachstumstreiber bei einigen Autoren, z.T. mit explizitem Verweis auf deren kausale Zweit-rangigkeit gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, eher am Rande behandelt werden (v.a. Kern, Dörre, Peukert), setzen sich andere ausführlicher damit auseinander (v.a. Brand, Felber, Schmelzer, Muraca). Auch hier zeigen sich deutliche Kontinuitäten zur Kapitalismuskritik der ersten Zeitphase.

Die grundsätzliche Annahme ist dabei, dass die kapitalistische Gesellschaft durch ein spezifisches Wertesystem gekennzeichnet ist, das Werte wie Egoismus, Eigennutzorientierung, Materialismus, Selbststeigerung, Leistungsorientierung oder Karrierestreben ins Zentrum stellt. Damit korrespondiert auch ein entsprechendes Bild des Menschen als egoistischer Nutzenmaximierer. Beispielsweise bemerkt Felber, dass „uns das gegenwärtige System mitsamt seinen Zwängen dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass wir sie gar nicht mehr bewusst wahrnehmen“ (2012, 177). An anderer Stelle bezieht er sich auf Fromm und bemerkt mit dessen Begrifflichkeiten, dass der Kapitalismus den Gesellschaftscharakter prägt und dieser wiederum die Individuen formt (ebd., 33). Für Altvater hat der Kapitalismus einen „Menschen der Beschleunigung und des Wachstums“ hervorgebracht, der von einem anderen Schlag als der vorkapitalistische Mensch sei (2010, 155). Im Zuge dessen wird auch darauf verwiesen, dass

403 Was sich bei den hier behandelten Systemwechsel-Denkern im Gegensatz zu den demokratischen Systemkritikern der ersten Zeitphase nicht findet, ist die v.a. von Amery und Strasser vorgetragene Kritik an der industriellen Produktionsweise als weitere strukturelle Krisenursache (vgl. Kap. 7.1.2).

die durch den Kapitalismus geprägten Individuen ein bestimmtes Verständnis von Fortschritt sowie die Überzeugung der Notwendigkeit fortwährenden Wachstums internalisiert haben.⁴⁰⁴

Weitergehend reflektiert wird diese kulturelle Prägung im Kapitalismus bei Brand/Wissen und Schmelzer/Passadakis. Sie beschreiben den gegenwärtigen Wachstumskapitalismus als hegemoniales Herrschaftsprojekt in dem Sinne, dass es bestimmten elitären Interessen gelungen ist, ihre eigenen Interessen als gesellschaftliches Allgemeininteresse zu definieren und durchzusetzen, um so die ideologische Hegemonie zu erreichen. Im Zuge dessen würden die kapitalistischen System- und Wachstumswänge, wie auch sein Naturverständnis, den Alltagsverstand der Menschen prägen, sodass dieser zum stabilisierenden Moment für die gegenwärtigen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse wird. Das gegenwärtige System basiere also, wobei beide Autoren explizit auf Gramsci verweisen, auf einer Art impliziten Herrschaft, die durch die stille Zustimmung der Beherrschten gestützt wird (zum ges. Absatz bis hierher Schmelzer/Passadakis 2011, 20f; Brand/Wissen 2017, 45-50, 56-61, 65, 169, 173ff, 177; Brand 2018, 66f, 112ff). Erschwerend hinzu komme, wie Brand/Wissen darlegen, dass die Menschen in den reichen Ländern des globalen Nordens nicht nur ideologisch, sondern auch materiell in das gegenwärtige System eingebunden seien und ihre Rolle darin akzeptierten, da sie materiell von den globalen Ausbeutungsverhältnissen profitieren (2017, 56ff, 85f, 88ff, 118).⁴⁰⁵ In dieser Argumentation zeigen sich deutliche Überschneidungen zu Marx' Problematisierung der Herrschaftsideologie im Kapitalismus (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 211-215), die in der ersten Zeitphase bereits von Strasser und Fromm angedeutet wurde.

Als spezifischer Aspekt wird als kulturelle Folge des Kapitalismus der vorherrschende expansive Materialismus problematisiert. Beschrieben wird eine Kultur, in der Wohlstand maßgeblich als materieller Wohlstand und

404 Zum ges. Absatz Altvater 2010, 129f; Felber 2012, 21ff, 33, 105, 111ff, 169, 174, 177; Brand/Wissen 2017, 45, 56f, 62, 172f, 184; Brand 2018, 87, 100, 113f, 154, 162; Muraca 2015, 18, 49f, 85; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f, 52f.

405 Auf eben diese ideologische und materielle Einbindung als stabilisierendes Moment und hegemonietheoretische Erklärung für die Stabilität des gegenwärtigen Systems wollen Brand/Wissen mit ihrem breit rezipierten Konzept der „Imperialen Lebensweise“ hinweisen (vgl. dazu auch Adler/Schachtschneider 2010, 29). Die „Imperiale Lebensweise“ ist in diesem Verständnis ein Klassenkompromiss zwischen den kapitalistischen Verwertungsinteressen und den privilegierten Menschen v.a. im globalen Norden. (Brand/Wissen 2017, 60f, 173f)

materielle Steigerung verstanden wird, was wiederum mit entsprechenden sozialen Anerkennungsmechanismen korrespondiere. Beispielsweise sieht Brand eine „kapitalistische Kultur“, in der sich das Bestreben der Menschen primär auf die Verbesserung des eigenen Status und die Ausweitung der Konsummöglichkeiten richtet (2018, 113; Brand/Wissen 2017, 31). Als eine maßgebliche Quelle der materialistischen Konsumkultur wird die omnipräsente Werbung gesehen, mit der die zum Wachstum gezwungenen Unternehmen versuchen eine immerzu steigende Nachfrage zu generieren. Der Wachstumszwang erfordere systematisch die Erzeugung immerzu „neuer“ bzw. „künstlicher“ Bedürfnisse.⁴⁰⁶ Entsprechend bemerkt Kern: „Dem objektiven Wachstumszwang der kapitalistischen Ökonomie entspricht auf subjektiver Ebene die Zurichtung der Individuen, die für den Verwertungszwang des Kapitals disponiert und gefügig gemacht werden müssen“ (2019, 151). Felber spricht von einer „öffentlichkeits- und demokratiefeindlichen Geisttötungsindustrie“, durch welche den Menschen die auf Konsum und Unterhaltung fokussierte Lebensweise „medial aufgezungen“ werde (2012, 116).⁴⁰⁷

In der Summe steht die Diagnose, dass die in der kapitalistischen Gesellschaft geprägten Individuen die Systemerfordernisse des expansiven Kapitalismus umfassend internalisiert haben, diese als ihre eigenen Werte, Bedürfnisse und Überzeugungen verstehen und nicht mehr hinterfragen.⁴⁰⁸ Diese Kritik impliziert eine Politisierung der Innenwelten der Menschen.

406 Vereinzelt werden weitere Quellen der diagnostizierten Konsumkultur problematisiert. Dörre und Muraca verweisen, wie viele der bereits behandelten wachstumskritischen Denker, auf die soziale Ungleichheit, die den Kampf um positionelle Güter und das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten anheize (Dörre 2011, 227; Muraca 2015, 80). Schmelzer/Passadakis geben zu bedenken, dass es neben dem verinnerlichten Konsumdrang auch einen strukturellen Konsumzwang gebe, da gesellschaftliche Teilhabe vom Erwerb bzw. Besitz bestimmter Konsumgüter abhängt (z.B. Auto für den Arbeitsweg) (2011, 52f). Dadurch würden „früher nicht vorhandene Bedürfnisse [...] zu schwer zu umgehenden Notwendigkeiten“ (ebd.). Weniger prominent vertreten ist die Diagnose des kompensatorischen Konsums, wonach Individuen durch Konsum auf die Frustration ihrer eigentlichen Bedürfnisse z.B. nach Gemeinschaft oder sinnstiftender Tätigkeit reagieren (Felber 2012, 118).

407 Altvater 2010, 129f; Brand/Wissen 2017, 31, 47, 59f, 62; Brand 2018, 77, 100, 113, 162; Dörre 2019, 24f; Felber 2012, 32f, 111ff, 116; Kern 2019, 28, 151, 190; Muraca 2015, 45, 49f; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f, 52f.

408 Diese Diagnose lässt sich auch mit Welzers Begriff der „mental Infrastruktur“ fassen (Welzer 2011), auf den sich auch Bezugnahmen finden (Brand 2018, 100; Schmelzer/Vetter 2020, 138).

Explizit gemacht wird dies z.B. bei Muraca: Demnach müssten die nur angeblich authentischen Bedürfnisse, „die den Menschen im Interesse der Bewahrung der geltenden sozialen Verhältnisse [...] übergestülpt werden“ kritisch hinterfragt und ihre eigentliche Herkunft offengelegt werden (2015, 18). Entsprechend konstatieren Schmelzer/Passadakis, dass die „Auseinandersetzung um eine Postwachstumsgesellschaft auch ein Kampf um die gesellschaftlichen Vorstellungswelten ist“ (2011, 21). Der Ausstieg aus der Wachstumsdynamik setzt also die Emanzipation von den, durch den Kapitalismus geprägten Werten, Überzeugungen und Bedürfnissen voraus. Die Präferenzstrukturen dürfen nicht unhinterfragt bleiben, sondern müssen selbst maßgeblicher Transformationsgegenstand auf dem Weg in eine nicht-kapitalistische Postwachstumsgesellschaft sein.

Der Staat als Wachstumstreiber

Neben dem Kapitalismus als zentrale Wurzel der ökologischen Krise und der von ihm geprägten Kultur wird in den untersuchten Beiträgen auch der wachstumsfokussierte Staat als Krisenursache adressiert. Dabei lassen sich analytisch vier Argumentationslinien unterscheiden, die weitreichende Schnittmengen zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase aufweisen.

Erstens wird davon ausgegangen, dass sich kapitalistische Verwertungsinteressen im politischen Willensbildungsprozess über verschiedene Vehikel wie z.B. Lobbyismus oder Einflussnahme auf die Medien deutlich besser durchsetzen können als konkurrierende Interessen (Altwater 2010, 155; Brand/Wissen 2017, 16, 32, 42, 153f, 166, 183; Brand 2018, 85f, 95f, 156f; Felber 2012, 34, 82f, 120f, 124, 136; Peukert 2021, 55-76). Beispielsweise bemerkt Altwater, dass die Renditeinteressen der Kapitalisten über Lobbyismus die Politik ins Schlepptau nehmen (2010, 155). Diese Diagnose wird von Brand/Wissen auf den Begriff des „kapitalistischen Staates“ zugespitzt (ähnlich Altwater 2010, 213). Demnach schreiben sich die Kräfteverhältnisse kapitalistischer Gesellschaften in staatliche Politik in dem Sinne ein, dass sich Politik in erster Linie die Verwertungsinteressen der wirtschaftlichen Machtzentren zu eigen macht. In Anlehnung an Offe und Poulantzas sprechen sie von der „strukturellen Selektivität“ des kapitalistischen Staates“ (2017, 32, 153f). Im Zuge dessen bemerkt Altwater, dass der kapitalistische Staat diejenigen Funktionen zur Aufrechterhaltung des bestehenden Sys-

tems übernimmt, mit denen kein Profit zu machen ist und die folglich von privaten Akteuren nicht geleistet werden (2010, 213).⁴⁰⁹

Einige Autoren verbinden dies zweitens mit einer grundsätzlichen Kritik am bestehenden repräsentativ-demokratischen Institutionensystem, das eine vom Willen der Bürgerschaft losgelöste Elitenherrschaft begünstige.⁴¹⁰ Felber kritisiert, dass Bürger und Entscheidungsträger im bestehenden politischen System nur über Wahlen aneinandergebunden seien (2012, 199f). Dies ermögliche jenseits der unverbindlichen Wahlversprechen eine weitgehend vom Bürgerwillen losgelöste und wie oben dargestellt, maßgeblich an mächtigen Lobbyinteressen orientierte Regierungspraxis (ebd.). Er spricht deshalb an anderer Stelle auch von einer „Diktatur auf Zeit“ (2012, 124). Entsprechend sieht Muraca gegenwärtig die „Institutionalisierung von „zentralisierter bürokratischer Macht von Technokraten“, die losgelöst vom Willen der Bürgerschaft agiert (2015, 50). Brand/Wissen erkennen in der liberalen Demokratie gar eine zunehmend autoritäre Demokratie, da sie die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zementiert (2017, 185).

Ein dritter Kritikpunkt ist die Wachstumsabhängigkeit des Staates selbst, der für die Erfüllung zentraler Aufgaben (z.B. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Umverteilung und soziale Sicherungssysteme, Finanzierung der Zinslast aus der Staatsverschuldung, Investitionstätigkeit) auf fortwährendes Wirtschaftswachstum angewiesen sei. Daraus resultiere, dass sich politische Entscheidungsträger den Kapitalinteressen andienen, da diese für das angestrebte Wachstum sorgen sollen.⁴¹¹

Viertens wird in internationaler Perspektive die schwache Stellung der Nationalstaaten gegenüber mächtigen und global mobilen Wirtschaftsakteuren problematisiert. Daraus folge ein scharfer Standortwettbewerb zwischen den Staaten, in dem kein Staat Regelungen treffe, die sich negativ

409 Vor diesem Hintergrund kritisieren Brand/Wissen (2017, 32, 37) und Altvater (2010, 232f) den aus ihrer Sicht naiven Glauben an die ökologische Aufgeschlossenheit politischer Eliten, wie er für sie der Position des ökologischen Kapitalismus zugrunde liegt. Diese kritische Haltung legt nahe, dass sie davon ausgehen, dass die etablierten politischen Eliten selbst die von Fücks, von Weizsäcker und Jänicke geforderte starke ökologische Rahmensetzung nicht vorzunehmen bereit sind, da diese mit wichtigen kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumsinteressen konfligiert.

410 Implizit steht eine solche Kritik hinter allen Entwürfen, die für eine umfassende Demokratisierung mit dem Ziel eines gemeinwohlorientierteren Policy-Outputs plädieren. Dies gilt neben den nachfolgend behandelten Autoren Felber, Muraca und Brand/Wissen auch für Altvater, Dörre und Schmelzer (vgl. Kap. 14.2).

411 Altvater 2010, 130f, 155; Brand/Wissen 2017, 154; Kern 2019, 168ff, 175f; Muraca 2015, 8, 11; Peukert 2021, 474; Schmelzer/Passadakis 2011, 20, 50f, 56f.

auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit und die damit einhergehenden Wachstumsaussichten auswirken. (Muraca 2015, 87; Schmelzer/Passadakis 2011, 8, 57; Brand/Wissen 2017, 42)

In der Summe zeigen sich bezüglich der Problematisierung des Staates und der Erklärung von dessen Handlungsdefizit deutliche Überschneidungen zu den zuvor aufgearbeiteten Grundpositionen. Auch diese haben Lobbyismus, internationalen Standortwettbewerb und Wachstumsabhängigkeiten als Gründe für Wachstumsfokussierung und ausbleibende ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken angeführt. Als Unterschiede lassen sich die radikalere Zuspitzung der Lobbyismus-Diagnose auf den „kapitalistischen Staat“ sowie die grundlegende Infragestellung des bestehenden demokratischen Institutionengefüges benennen. Diese Differenzen sind von Bedeutung, da daraus die bereits erwähnten radikalen Demokratisierungsforderungen folgen.

14.2 *Alternativentwürfe*

Ausgehend von der geteilten Rückführung der ökologischen Krise auf den Kapitalismus als Hauptursache entwickeln die Autoren ihre Alternativentwürfe. Zentrale Intention ist die Abkehr vom wachstumsgetriebenen Kapitalismus und der durch ihn geprägten Kultur. Wichtige Motive sind dabei die Überwindung von Profitmotiv und Konkurrenz und damit des daraus hervorgehenden Wachstumszwangs sowie auf Maßnahmenebene die Einhegung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, Wirtschaftsdemokratie, Beschränkung des Marktmechanismus sowie planwirtschaftliche Elemente. Auch der Staat wird bei vielen Autoren als wichtiger Transformationsgegenstand adressiert, wobei vielfach dessen radikale Demokratisierung angestrebt wird. Im Rahmen dieser geteilten Grundzüge spannt sich ein heterogenes Feld antikapitalistischer Alternativentwürfe auf, das sich mit

Blick auf die institutionell-strukturelle Dimension der Entwürfe in vier Positionen differenzieren lässt:⁴¹²

1. Zentralisierter Öko-Sozialismus, der eine zentralstaatlich gelenkte Planwirtschaft mit der Verstaatlichung der Unternehmen kombiniert (Kern, Peukert);
2. Dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus, der eine umfassende Demokratisierung von Staat und Wirtschaft mit der Dezentralisierung von Entscheidungsmacht verbindet (Schmelzer, Altvater, Dörre, Brand);
3. Öko-Kommunalismus, der zentrale Grundzüge des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus teilt, aber weitergehende dezentrale Autonomie anstrebt (Muraca);
4. Der Gemeinwohlökonomie-Ansatz von Felber, der Profitmotiv, Konkurrenz und Wachstumszwang in erster Linie durch eine Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen zu überwinden sucht;

Im Vergleich zur ersten Zeitphase zeigen sich damit deutliche Kontinuitäten, aber auch Veränderungen in der Landschaft demokratischer antikapitalistischer Entwürfe. In Überschneidung zur ersten Zeitphase decken die Stoßrichtungen 2 und 3 ein Spektrum zwischen dezentralisiertem, demokratisiertem Öko-Sozialismus und einer eher öko-kommunistischen Stoßrichtung ab. Die maßgebliche Differenz zwischen beiden Stoßrichtungen liegt wiederum in der Frage, wie radikal die Dezentralisierung von Entscheidungsmacht gedacht wird. Die von diesen Positionen angedachten Veränderungen weisen sehr weitgehende Schnittmengen zu den entsprechenden Positionen der ersten Zeitphase auf: dezentralisierte Wirtschaftsdemokratie, Überwindung des Profitmotivs v.a. durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse, generelle Demokratisierung und Dezentralisierung politischer Entscheidungsmacht. Jenseits dieser Kontinuitäten wird das

412 Für die begriffliche Bezeichnung dieser Positionen ist der von Eckersley übernommene Begriff des Öko-Sozialismus (vgl. Kap. 7.3.2) zu spezifizieren. Eckersley fasst als Öko-Sozialismus das, was im Folgenden als „dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus“ bezeichnet wird. Davon gilt es die Position des zentralisierten Öko-Sozialismus abzugrenzen, die sich in dieser Form in der untersuchten Literatur der ersten Hochphase nicht fand. Unabhängig von der hier vorgenommenen Zuschreibung ist der Sozialismus-Begriff innerhalb der Autorenschaft umstritten. Beispielsweise verbinden Kern, Altvater und Dörre ihre Position explizit mit dem Begriff des Sozialismus (Kern 2019; Dörre 2019; 2020; Altvater 2010, 239). Andere Autoren hingegen halten diesen für strategisch ungünstig und plädieren für alternative Bezeichnungen (Brand/Schickert 2019, 167, 176).

Spektrum um zwei Positionen erweitert. Neu hinzu kommt einerseits der zentralistische Öko-Sozialismus, der auf übergeordneter Ebene zentrale Elemente des Öko-Kommunalismus und des dezentralisierten Öko-Sozialismus teilt (v.a. Wirtschaftsdemokratie, Veränderung der Eigentumsverhältnisse zur Einhegung des Profitmotivs), diese aber zentralistisch ausbuchstabiert. Andererseits erweitert der auf die Verwirklichung einer ethischen Marktwirtschaft gerichtete Ansatz von Felber das Spektrum.

Im Folgenden werden diese vier Positionen aufgearbeitet (Kap. 14.2.1-14.2.4) sowie die Schnittmengen und Trennlinien zwischen diesen Positionen spezifiziert (Kap. 14.2.5). Zuvor ist jedoch für alle Positionen gemeinsam auf den Transformationsgegenstand Kultur einzugehen. Diese Vorwegnahme ist einerseits damit begründet, dass sich dieser Aspekt für alle Autoren gemeinsam behandeln lässt. Andererseits ist dies wichtig für das Verständnis der institutionell-strukturellen Dimension der Alternativentwürfe.

Wie oben dargelegt, wird die Kultur in den untersuchten Beiträgen vielfach als wichtiger Transformationsgegenstand behandelt. Die Forderung nach Kulturwandel nimmt dabei unterschiedlichen Raum ein und wird in verschiedener Radikalität vorgetragen. Bei Dörre beschränkt sich dies z.B. auf die Forderung nach einem neuen Verständnis von Wachstum und Fortschritt sowie einer Hinwendung zu einer „Kultur des Genug“ (2019, 24f; 2020, 259f). Auch Peukert (2021, 478f) und Kern (2019, 89) fordern in erster Linie die Entfaltung eines postmaterielleren Wohlstandsverständnisses. Umfassendere Forderungen finden sich bei denjenigen Autoren, die tiefgehend auf das Problem der vom Industriekapitalismus geprägten mentalen Infrastrukturen eingehen. Sie beschreiben die Notwendigkeit einer grundlegenden Emanzipation von der kapitalistischen Subjektivität, also der vom Kapitalismus geprägten inneren Konstitution. Dies umfasst jenseits eines postmaterielleren Wohlstandsverständnisses weitere Aspekte wie die Entwicklung eines alternativen Menschenbildes, damit zusammenhängend das kulturelle Erlernen von Solidarität, Kooperation und Empathie sowie die Emanzipation von kapitalistischen Normen und Prinzipien wie Wachstum, Konkurrenz, Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit oder Flexibilisierung. (Muraca 2015, 43, 49f; Felber 2012, 113-119, 169, 174; Brand/Wissen 2017, 169f, 184; Brand 2018, 105ff)

Unabhängig von dieser unterschiedlichen Gewichtung stellt sich die Frage, wie sich dieser Kulturwandel vollziehen soll, was sich v.a. auch auf das Verhältnis zum angestrebten strukturellen Wandel bezieht. Dabei lässt sich wie bei vielen zuvor behandelten kulturkritischen Ansätzen konstatieren,

dass diese Fragen unterreflektiert bleiben. Folglich kann an dieser Stelle nur eine interpretative Annäherung vorgenommen werden. Was sich in den Beiträgen findet, ist erstens die Beschreibung gesellschaftlicher Pioniergruppen, die als Impulsgeber für strukturellen und kulturellen Wandel adressiert werden. Dieser Aspekt wird unten bei den Vorstellungen vom Prozess des Wandels näher betrachtet (Kap. 14.3). Zweitens liegt die Annahme nahe, dass sich die Autoren von dem, sogleich bei den vier Positionen zu beschreibenden Strukturwandel sowie allgemein von staatlich induzierten Reformmaßnahmen einen maßgeblichen Beitrag zum angestrebten Kulturwandel erhoffen. Dies folgt logisch aus der Diagnose, dass die gegenwärtigen Strukturen, insbesondere das kapitalistische Wirtschaftssystem, die maßgebliche Wurzel der kritisierten Kultur darstellen (Kap. 14.1.2). Expliziert wird dies jedoch nur bei Felber und Muraca: Sie bemerken, dass die von ihnen skizzierten alternativen Wirtschaftsentwürfe eine andere Kultur befördern sollen, in welcher Werte wie Kooperation statt Konkurrenz, Gebrauchs- statt Profitorientierung, Respekt, Vertrauen und Verantwortlichkeit im Mittelpunkt stehen (Muraca 2015, 79f, 86; Felber 2012, 107f; 2020, 167). Jenseits dessen werden vereinzelt spezifische Maßnahmen strukturell-institutionellen Wandels beschrieben, von denen sich die Autoren eine kulturverändernde Wirkung erhoffen:

- Die umfassende Demokratisierung soll die derzeit dominierende Konkurrenz- und Eigennutzorientierung in eine solidarische und kooperative Grundhaltung transformieren (Brand 2018, 184).
- Größere soziale Gleichheit soll das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten einhegen (Dörre 2011, 227; Muraca 2015, 80).
- Eine gerechtere materielle Verteilung und eine bedingungslose, von Erwerbseinkommen unabhängige soziale Sicherung sollen Akzeptanz für materielle Reduktion schaffen. (Schmelzer/Passadakakis 2011, 84ff; Brand 2018, 102; Muraca 2015, 80f)
- Wenn Naturgüter sich nicht mehr im Privat-, sondern im dezentralen Gemeinschaftsbesitz befinden, könne sich dadurch gesellschaftliche Solidarität einstellen, was wiederum Voraussetzung für ein solidarisches Verhältnis zur Natur sei (Altvater 2010, 239).
- Die Dezentralisierung der Wirtschaftsstruktur soll zum Aufbau von Nähe und Vertrauen beitragen (Brand 2018, 107).
- Eine veränderte Bildungspolitik soll zu Bewusstseinsbildung und Wertewandel beitragen (Dörre 2020, 266f; Felber 2012, 113-119).

- Die Ersetzung des BIP durch einen umfassenderen Wohlstandsindikator sowie die Festschreibung von Nachhaltigkeitszielen in der Verfassung sollen ein anderes gesellschaftliches Verständnis von Entwicklung und Wachstum unterstützen (Dörre 2020, 259f).

Will man den Denkern trotz der mangelnden Reflexion also eine kohärente Vorstellung vom Prozess kulturellen Wandels und dessen Zusammenspiel mit staatlich induzierten Reformpolitiken unterstellen, kann dieses Verhältnis als Wechselverhältnis gelesen werden. Demnach stoßen Pioniergruppen einen Bewusstseins- und Wertewandel an, der Raum für strukturverändernde staatliche Maßnahmen schafft. Diese Veränderungen wirken dann wiederum transformierend auf Kultur und Subjekte und schaffen so Raum für weitergehende politische Reformmaßnahmen. Zumindest bei zwei Autoren wird ein solches Wechselverhältnis angedeutet. Kern legt dar, dass politische Reformen von sozialen Bewegungen getragen werden, auf welche diese Reformen selbst dann wiederum einen verstärkenden Mobilisierungseffekt haben (2019, 158f). Entsprechend soll sich der Transformationsprozess bei Brand/Wissen „gleichzeitig als Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und als Selbstveränderung des Denkens und Handelns der Menschen“ vollziehen (2017, 169).⁴¹³

413 Teilweise drängt sich der Eindruck auf, dass staatlich induzierte Veränderungen prinzipiell als Voraussetzung für kulturellen Wandel gedacht werden. Beispielsweise beschreibt Dörre eine „neue, wissenschaftlich gestützte Aufklärung, die in Schulen und Universitäten ihren Ausgang nehmen muss“, als Voraussetzung dafür, dass sich gesellschaftliche Mehrheiten für den erforderlichen radikalen Wandel ergeben (Dörre 2020, 266f). In dieser Logik ist eine grundlegend veränderte Bildungspolitik Voraussetzung für den Kultur- und Bewusstseinswandel, der wiederum erst die Voraussetzung für eine demokratische Mehrheit für einen radikalen Systemwechsel darstellt. Dies weist eine inhärente Spannung auf. Denn welche Mehrheiten sollen die, verkürzt gesprochen, antikapitalistische Bildungspolitik ins Werk setzen, wenn diese erst das Bewusstsein für einen radikalen Systemwechsel schafft? Eine ähnliche Widersprüchlichkeit deutet sich bei Brand/Wissen an. Sie beschreiben die Neuorganisation der Gesellschaft mit grundlegend anderen Formen des Zusammenlebens als Voraussetzung dafür, dass sich neue Subjektivitäten herausbilden (2017, 177). Welche politischen Kräfte bringen aber den Staat dazu, eine Neuorganisation der Gesellschaft zu unterstützen, wenn diese die Voraussetzung für einen Kultur- und Wertewandel in der Breite darstellt? Unabhängig von dieser angedeuteten Widersprüchlichkeit kann an dieser Stelle bereits vorweggenommen werden, dass die Frage nach den politischen Kräften und Mehrheiten für den angestrebten Politikwandel nur in Ansätzen beantwortet wird (Kap. 14.3).

14.2.1 Zentralisierter Öko-Sozialismus

Vor diesem Hintergrund können im Folgenden die vier Positionen mit Fokus auf die strukturell-institutionelle Dimension der Alternativentwürfe dargestellt werden. Die erste antikapitalistische Position lässt sich als zentralisierter Öko-Sozialismus beschreiben und spiegelt sich in den Werken von Kern und Peukert wider. Ihnen geht es in erster Linie um die Verwirklichung einer demokratischen zentralisierten Planwirtschaft, welche die erforderlichen wirtschaftlichen Schrumpfs- und Umbauprozesse zentral steuert. Bei Kern wird deutlich, dass er einen solchen zentralistischen Entwurf nur für eine Übergangsphase vorsieht und langfristig einen dezentralisierten und stärker demokratisierten Öko-Sozialismus anstrebt (vgl. v.a. 2019, 34ff, 172, 175-178). Bei Peukert bleibt offen, inwiefern der zentralistische Ansatz für eine Übergangszeit oder auf Dauer gedacht ist.

Konstitutiv für das Denken der beiden Autoren ist ihre Wahrnehmung extrem enger und unflexibler ökologischer Wachstumsgrenzen sowie daraus hervorgehend, die im Vergleich sehr drastische Krisenbeschreibung. Letzteres bezieht sich darauf, dass die Autoren die ökologische Krise noch weitergehend als die anderen Denker bereits kurzfristig als existenzielle Krise wahrnehmen (vgl. Kap. 14.1.1). Die heutige Situation sei tatsächlich apokalyptisch (2019, 42). Wie bei vielen Autoren der ersten Zeitphase steht für Kern und Peukert das Überleben der Menschheit an sich innerhalb weniger Dekaden im Zweifel. Angesichts dessen vergleicht Peukert die Dimension, in der sich die heutigen Generationen schuldig machen, mit dem Nationalsozialismus (2021, 19).

Diese drastische Krisenwahrnehmung basiert wiederum auf einer, auch im Vergleich zu den weiteren wachstumskritischen Autoren, sehr pessimistischen Einschätzung der Enge und Flexibilität ökologischer Wachstumsgrenzen. Beispielsweise begründet Peukert ausführlich, warum er die IPCC-Berechnungen für das verbleibende CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5°C-Klimaziels für zu optimistisch hält und stattdessen davon ausgeht, dass dieses Restbudget bereits aufgebraucht ist. Deshalb gelte es die Reduktion auf Netto-Null-Emissionen nicht erst 2050 oder 2030, sondern innerhalb kürzester Frist umzusetzen (2021, 32f, 470). Innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen halten Kern und Peukert nur noch ein deutlich verringertes materielles Wohlstandsniveau für haltbar. Viel weitergehend als alle weiteren wachstumskritischen Denker sehen sie die Notwendigkeit einer raschen Schrumpfung des Produktionsvolumens und des materiellen

Wohlstandes um den Faktor zehn (Kern 2019, 176; Peukert 2021, 477).⁴¹⁴ Nur so könnten die reichen Industrienationen in einen ökologisch stabilen und global zu verantwortenden Gleichgewichtszustand kommen (ebd.).

Es bleiben in dieser Perspektive nur die beiden Möglichkeiten einer massiven wirtschaftlicher Schrumpfung innerhalb kurzer Frist oder eines apokalyptischen Untergangsszenarios. Für Ersteres müssten die erforderlichen Maßnahmen, so Peukert, die in den Weltkriegen erfolgte Umstellung auf Kriegswirtschaft in ihrer Radikalität wohl übertreffen (2021, 32f, 470). Er fordert vor dem Hintergrund des Klimawandels als drängendstes Problem einen „Kriegsplan“, mit dem die angestrebte Begrenzung der Erderwärmung noch zu erreichen wäre. Erforderliche Maßnahmen eines solchen Plans sind u.a. (2021, 468f):

- Reduzierung des privaten Pkw-Bestandes um 50% und Rationierung fossiler Treibstoffe
- Reduzierung des Flugverkehrs um jährlich 10%
- drastische Senkung des Fleischverzehr
- Sofortabschaltung der größten Kohlekraftwerke
- Aufforstungsprogramme und Programme zum Streichen von Gebäudedächern mit weißer Farbe
- öffentliche Kampagnen zum Konsumverzicht

Ähnlich fordert Kern den sofortigen Kohleausstieg, den Stopp der ressourcenintensiven Rüstungsproduktion, ein Verbot der Neuzulassung von privaten Pkws ab 2030, ein Verbot von Kurzstreckenflügen, eine Limitierung von Langstreckenflügen auf einen Flug pro Person pro 25 Jahre, den Stopp des weiteren Ausbaus von Flughäfen und Straßen, ein Verbot überflüssiger energieintensiver Produkte und Verfahren sowie eine starke Eindämmung des Gebäudeneubaus (2019, 160-167). Jenseits dessen impliziert Kern auch die Notwendigkeit gezielter Bevölkerungspolitik, die auch in den reichen Industrienationen zu einer Reduktion der Bevölkerung auf ein ökologisch verträgliches Maß führt (ebd., 37f).

Zentrale Annahme beider Autoren ist, dass diese drastische Begrenzungs- und Rückbaupolitik nur durch eine bewusste staatliche Wirtschaftsplanung umzusetzen ist. Entsprechend argumentiert Kern, dass ein solcher Schrumpfungsprozess unter marktwirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Bedingungen in schwere gesellschaftliche Krisen mit hoher Arbeitslosigkeit, massiver Kapitalvernichtung, Versorgungslücken, ausbleibenden Investitio-

414 Peukert übernimmt diese Forderung explizit vom späten Bahro (2021, 477).

nen und enormer Ungleichheit führen würde (2019, 33f, 115, 173f). Der Staat ist demnach die einzige Instanz, die einen solchen Schrumpfungsprozess bewusst gestalten, gegen mächtige Wirtschaftsinteressen durchsetzen und sozial abfedern kann (ebd., 34, 115, 174, 176; Peukert 2021, 477). Wie Kern darlegt, ist diese etatistische Forderung nach einem starken Staat nicht normativ wünschenswert, sehr wohl aber ökologisch erforderlich (2019, 34, 176). Der zentralistische Planungsstaat ist bei Kern und Peukert also schiere Notwendigkeit zur unmittelbaren Gefahrenabwehr. Dies, ebenso wie die Befürwortung massiver Eingriffe in die Konsum- und Wirtschaftsfreiheit, verbindet sie mit den zentralistischen Ansätzen der ersten Zeitphase bei Gruhl, Jonas, Harich und dem späten Bahro.

Die zentralisierte Wirtschaftsplanung muss, so beide Autoren übereinstimmend, eine umfassende Planung sein und dürfe sich nicht, wie z.B. bei Altvater oder Dörre vorgesehen, auf eine Indikativ- oder Rahmenplanung beschränken (Kern 2019, 174; Peukert 2021, 477). „Was, wie und wie viel produziert wird“ so Kern, „kann nicht länger dem Chaos partikulärer Profitinteressen überlassen bleiben, sondern muss [...] bewusst organisiert werden“ (2019, 115). Als Instrumente einer solchen Planung werden detaillierte Mengenbestimmungen, Rationierung, Quotenzuteilungen und Preiskontrollen beschrieben (Kern 2019, 33f, 115; Peukert 2021, 477). Peukert fordert außerdem, dass auch die Kreditlenkung unter staatliche Kontrolle gebracht werden muss (2021, 477). Der Staat muss aus Sicht der Autoren also tief in den Wirtschaftsprozess eingreifen und eine direkte Wirtschaftslenkung vornehmen. Unklar bleibt, in welchem Umfang sich die angestrebte wirtschaftliche Detailplanung auch auf den Konsum beziehen soll. Dies verbindet sich mit der Frage, welche Rolle Märkte zukünftig als Vermittlungsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage spielen sollen.

Die institutionelle Umsetzung der angedachten Planwirtschaft bleibt weitgehend ungeklärt. Deutlich wird, dass die Wirtschaftsplanung zentral und unter demokratischer Kontrolle erfolgen soll. Bei Peukert findet sich die Forderung nach demokratisch kontrollierten, primär klimapolitisch ausgerichteten „Kommandozentralen“ (2021, 468f). Letzteres legt nahe, dass Peukert dabei an expertokratisch zu besetzende Institutionen denkt. Deren Zusammensetzung und Bestellmechanismus bleiben offen. Auch die Ausgestaltung der demokratischen Kontrolle bleibt unklar. Kerns Ausführungen sind ebenfalls uneindeutig. An einer Stelle spricht er von einem „demokratisch legitimierten Akteur“, der für die erforderliche Rückbauplanung zuständig ist (2019, 34). Dies deutet eher in die Richtung einer zentralistischen Planungsinstanz ohne direkte demokratische Mitbestimmung.

An anderer Stelle fordert er hingegen, dass der Planungsprozess möglichst demokratisch und partizipativ zu gestalten sei, was ebenfalls nicht ausgeführt wird (ebd., 115). Unabhängig von der konkreten Umsetzung zeigt sich analog zu den öko-autoritären Denkern der ersten Zeitphase, wie besonders drastische Krisenwahrnehmungen zentralistische Schlussfolgerungen befördern.

Ungeachtet der institutionellen Unklarheiten machen Kern und Peukert deutlich, an welchen Kriterien sich die Wirtschaftsplanung ausrichten soll. Für Peukert muss dabei, wie bereits bei Gruhl, zwischen Grundbedürfnissen und Luxuskonsum unterschieden werden (2021, 477). Die knappen ökologischen Ressourcen dürften nur noch für Erstere eingesetzt werden (ebd.). Wie und wo diese Trennlinie zu ziehen ist, wird aber nicht ausgeführt. Für Kern hingegen ist das Kriterium, wie bei Harich, inwiefern sich Bedürfnisse bzw. deren Befriedigung aus ökologischer Perspektive global verallgemeinern lassen (2019, 210f). Bedürfnisse, für die dies nicht der Fall ist, sind nicht mehr befriedigungswürdig (ebd.). Unabhängig von der konkreten Differenzierung wird in beiden Fällen deutlich, dass staatliche Institutionen für ihre Wirtschaftsplanung zwischen legitimen und nicht-legitimen Bedürfnissen zu unterscheiden haben. Dies macht deutlich, dass staatlichem Handeln indirekt auch gegenüber den Konsumenten eine enorme Eingriffstiefe zukommt. Während z.B. die reformorientierten Wachstumskritiker in erster Linie auf die Veränderung der Rahmenbedingungen zielen, in denen weiterhin freie Konsumententscheidungen getroffen werden, nimmt der Staat hier eine unmittelbare Bedürfnisdifferenzierung vor.⁴¹⁵

Neben dem Übergang zu einer Planwirtschaft bedarf es aus Sicht der Autoren einer Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der (großen) Unterneh-

415 Als wichtige Voraussetzung dafür, dass der Staat die erforderliche Planungsfunktion übernehmen kann, wird von beiden Denkern dessen finanzielle Unabhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum und damit von Kapitalinteressen beschrieben. Zu diesem Zweck wird ein grundlegend verändertes System der Staatsfinanzierung vorgeschlagen, dass sich dieser nicht mehr primär über, von der Wirtschaftsleistung abhängige Steuern, sondern zu großen Teilen über Schenkungsgeld von Seiten der Zentralbank finanziert. Als weitere wachstumsunabhängige Finanzierungsquelle wird zudem eine höhere Besteuerung der Wohlhabenden genannt. Darüber hinaus merkt Kern die Notwendigkeit einer Schuldenstreichung an, da die Schuldenlast ebenfalls einen Wachstumszwang für den Staat begründe. (Peukert 2021, 474-477; Kern 2019, 168ff, 175)

men.⁴¹⁶ Dies soll das Profitmotiv als zentrale wirtschaftliche Handlungs-rationalität überwinden. Zudem wird die Veränderung der Eigentumsverhältnisse als Voraussetzung für die effektive Umsetzung der Planungserfordernisse sowie für die Gewährleistung von Zukunftsinvestitionen auch ohne Wachstumsaussichten beschrieben. Kern plädiert für die anstehende Schrumpfungsphase explizit für die Verstaatlichung der Unternehmen. Bei Peukert hingegen klingt neben Verstaatlichung auch die Möglichkeit einer Vergesellschaftung im Sinne der Unternehmensführung durch Lenkungs-gremien, die heterogen mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Interessen besetzt sind, an. Welche Möglichkeit er letztlich favorisiert, bleibt offen. (Kern 2019, 174, 176; Peukert 2021, 477f)

Als weiteres wichtiges Politikfeld wird die Schaffung deutlich größerer sozialer Gleichheit durch die Abschöpfung von Reichtum bei den Oberschichten angeführt. Aus ökologischer Perspektive sind dabei zwei Argumente wichtig. Erstens ist soziale Gleichheit, wie Kern betont, die Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz der erforderlichen Schrumpfungspolitik. Zweitens ist die Abschöpfung von Reichtum sinnvoll, da sich, wie Peukert hervorhebt, Oberschichten durch einen überproportional höheren ökologischen Fußabdruck auszeichnen. Als konkrete Maßnahmen werden progressive Besteuerungssysteme, Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern genannt. (Kern 2019, 100, 157f; Peukert 2021, 476ff)

Als weitere begleitende Maßnahmen werden v.a. die Folgenden beschrieben:

- Schaffung eines öffentlichen Arbeitssektors, der die steigende Zahl der Arbeitslosen auffängt. Als beispielhafte Tätigkeiten nennt Peukert den Rückbau von Infrastrukturen wie Straßen oder Flughäfen, das Müllsammeln, Fahren von Sammeltaxis, Wiederaufforstungsprogramme oder das Errichten klimaneutraler Häuser. (Peukert 2021, 475; Kern 2019, 172)
- Arbeitszeitverkürzungen zur Minderung des Wachstumszwangs und als Voraussetzung für die ebenfalls angestrebte Ausweitung der Eigenarbeit. (Peukert 2021, 474; Kern 2019, 171f)
- Wachstumsunabhängige soziale Sicherung durch eine auskömmliche Grundsicherung, die bei Peukert an die Betätigung im neu zu schaffenden öffentlichen Arbeitssektor gekoppelt ist (Kern 2019, 137f, 170; Peukert 2021, 474f).

416 Als spezifisches Ziel hebt Kern die Verstaatlichung des Bankensystems hervor. Als reformerische Zwischenschritte nennt er z.B. eine Finanztransaktionssteuer, die Erhöhung der Mindestreserven oder die Zerschlagung von Großbanken (2019, 168f).

- Übergang zu einem Vollgeldsystem, das den Wachstumszwang des bisherigen Geldsystems überwindet. (Kern 2019, 167f; Peukert 2021, 476f)

Abschließend stellt sich die Frage, inwiefern die geforderte planwirtschaftliche Schrumpfungspolitik aus Sicht der beiden Denker von der Bürgerschaft mitgetragen wird. Jenseits der Schaffung von mehr sozialer Gleichheit als Voraussetzung (s.o.) dringt dabei die Hoffnung durch, dass ein breiter demokratischer Diskurs über die Begrenzungserfordernisse und die zukünftig noch befriedigungswürdigen Bedürfnisse entsteht und dieser letztlich dazu führt, dass eine ökologisch verantwortliche und mehrheitlich mitgetragene Wirtschaftsplanung möglich wird (Kern 2019, 101f; Peukert 2021, 471). Im Ergebnis bedürfe es einer „Kultur des Genug“ als Basis für die erforderlichen Schrumpfungen (Kern 2019, 89; Peukert 2021, 478f). Wie sich dieser gesellschaftliche Diskurs und der damit einhergehende Bewusstseins- und Wertewandel konkret vollziehen soll, bleibt weitestgehend unklar. Beide verweisen auf gesellschaftliche Pioniergruppen, die diesen Diskurs anstoßen sollen. Peukert hebt diesbezüglich in Anlehnung an Paech die wichtige Rolle einer Suffizienzavantgarde hervor, die eine „Kultur des Genug“ vorlebt und zu einer Politisierung der Konsumfrage beiträgt (2021, 478f). Kern hofft ebenfalls auf eine zivilgesellschaftliche Bewegung, die maßgeblich über Konsumverweigerung und Konsumstreiks ein gesellschaftliches Umdenken anstößt (2019, 215ff).⁴¹⁷

In der Summe lässt sich der bei den beiden Autoren anklingende Gegenentwurf als zentralisierter Öko-Sozialismus mit staatssozialistischer Planwirtschaft (vgl. Leipold 2005, 11) beschreiben. Der Zentralstaat übernimmt die Aufgabe einer direkten und umfassenden Wirtschaftssteuerung, wobei die großen Unternehmen verstaatlicht oder vergesellschaftet sind. Die Position der beiden Denker beruht damit auf einem starken Etatismus. Expliziert wird dies bei Kern, der sich gegen die aus seiner Sicht verbreitete, prinzipielle linke Staatskepsis richtet. Diese leite aus der Einsicht, dass der Staat in der kapitalistischen Ökonomie am Tropf des Kapitals hängt, fälschlicherweise ab, dass der Staat prinzipiell nicht im Allgemeininteresse handeln kann. Für Kern ist es aber nicht das staatliche Prinzip an sich,

417 Wie sich der angestrebte Systemwechsel und die massive „industrielle Abrüstung“ (Kern 20189, 158) international verbreiten sollen, wird lediglich bei Peukert angerissen. Er hofft auf Europa als Vorreiter sowie eine „Koalition der Willigen“, die mit den erforderlichen Produktionsumstellungen vorangeht (2021, 475f, 468). Insgesamt bedürfe es eines neuen Multilateralismus, woraus gefolgt werden kann, dass Peukert auf eine kooperativere Zusammenarbeit und Abstimmung der Staaten hofft (ebd., 475).

sondern die massiven Einflusspotenziale von Wirtschaftsinteressen und v.a. die beschriebene Abhängigkeit politischer Entscheidungsträger vom Wirtschaftswachstum, die eine nicht am (ökologischen) Gemeinwohl ausgerichtete Staatstätigkeit zur Folge haben. Zentralisierte Macht ist also nicht prinzipiell unverantwortlich, sondern erst in Folge der derzeitigen gesellschaftlichen und institutionellen Verhältnisse (2019, 175f). Vor dem Hintergrund dieses Staatsverständnisses erscheint ein ökologisch verantwortlicher Zentralismus möglich.

14.2.2 Dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozialismus

Abzugrenzen vom zentralistischen Öko-Sozialismus bei Peukert und Kern ist der stärker auf Demokratisierung und Dezentralisierung setzende Öko-Sozialismus bei Altvater, Dörre, Schmelzer und Brand. Sie teilen das zumindest bei Kern angeklungene Ziel der Wirtschaftsdemokratie sowie die bei Kern und Peukert vorzufindende Intention veränderter Eigentumsverhältnisse. Beides wird aber anders ausbuchstabiert. Mit Blick auf Wirtschaftsdemokratie plädieren sie stärker für Demokratisierung und Dezentralisierung und grenzen sich für die Umsetzung der entsprechenden Entscheidungen explizit von einer zentralisierten Detailplanung ab. Zudem ist die Wirtschaftsdemokratie eingebettet in generelle Forderungen nach umfassender Demokratisierung des Staates. Bezüglich der Veränderung der Eigentumsverhältnisse steht bei ihnen weniger die Verstaatlichung als vielmehr die Vergesellschaftung und dezentrale Vergemeinschaftung der Unternehmen im Vordergrund. Im Unterschied zur öko-kommunistischen Stoßrichtung bei Muraca bleiben die vorgetragenen Forderungen nach dezentralisierter Demokratisierung eingebettet in zentralisierte Entscheidungsstrukturen, die insbesondere für die erforderlichen Regulierung und Transformation der Ökonomie für notwendig erachtet werden. Damit weist die hier behandelte Position große Schnittmengen zu den Exponenten des demokratisch-dezentralen Öko-Sozialismus der ersten Zeitphase (Strasser, Fromm, früher Bahro) auf.⁴¹⁸

418 Die Zuordnung von Brand und Altvater zu dieser Position ist konkretisierungsbedürftig. Sie teilen die grundlegenden Ansätze der hier behandelten Autorengruppe (v.a. Demokratisierung des Staates, Dezentralisierung, Wirtschaftsdemokratie, Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Unternehmen), doch bleibt die institutionelle Umsetzung weitestgehend offen. Dadurch ist die Abgrenzung zum stärker öko-kommunistisch ausgerichteten Entwurf von Muraca nicht ganz eindeutig.

Im Folgenden wird zunächst die angestrebte Demokratisierung von Staat und Wirtschaft beleuchtet, bevor auf das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Markt eingegangen wird. Sodann fällt der Blick auf die befürwortete Eigentumsordnung, bevor abschließend einige für wichtig gehaltene Voraussetzungspolitiken behandelt werden.

Radikale Demokratisierung und dezentralisierte Wirtschaftsdemokratie

Wie bei Peukert und Kern steht bei den hier behandelten Autoren das Motiv im Vordergrund, dass die Wirtschaftsentwicklung aufgrund der ökologischen Begrenzungserfordernisse zukünftig nicht mehr von den Profit- und Wachstumsinteressen der Unternehmen und Kapitalbesitzer geleitet sein darf. Vielmehr gelte es diese Entwicklung an den langfristigen Gemeinwohlinteressen auszurichten. Dazu plädieren die Autoren für die Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie. Entscheidende Annahme ist, dass die Demokratisierung der Entscheidungsmacht zu einer (ökologisch) verantwortlichen Wirtschaftsentwicklung führt (Altwater 2010, 244, 246; Brand/Wissen 2017, 176f, 180; Brand 2018, 160f, 290, 178; Dörre 2011, 230; 2020, 262f; Schmelzer/Passadakis 2011, 73; Schmelzer/Vetter 2020, 140ff). Paradigmatisch bemerkt Dörre:

„Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit benötigt Wirtschaftsdemokratie, und Wirtschaftsdemokratie ist mehr als Mitbestimmung. Sie muss alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Produktionsentscheidungen beteiligen.“ (2020, 262)

Entsprechend konstatieren Brand (2018, 184) und Schmelzer/Vetter (2020, 142), dass eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsentwicklung nur zu erwarten ist, wenn bei grundlegenden ökonomischen Entscheidungen alle Interessen einbezogen werden, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.⁴¹⁹ Hier greift die mehrfach beschriebene Grundannahme des ökologi-

Da sich bei ihnen, anders als bei Muraca, aber keine prinzipielle bzw. kategorielle Kritik an zentraler Entscheidungsmacht findet und auch keine daraus abgeleiteten, weitgehenden Dezentralisierungsforderungen zu finden sind, werden sie der hier behandelten Perspektive zugeordnet.

419 Altwater (2010, 246) und Schmelzer/Passadakis (2011, 77ff) heben besonders die demokratische Kontrolle des Finanz- und Kreditwesens hervor, welches es auf sozial-ökologische Ziele auszurichten gelte.

schen Demokratisierungsdenkens, wonach umfassende Beteiligung zu verantwortlichen Entscheidungen führt.

Weitestgehend offen bleibt die institutionelle Umsetzung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie. Deutlich wird, dass entsprechende Entscheidungskompetenzen zumindest teilweise auf dezentral-regionaler Ebene angesiedelt werden sollen (Dörre 2011, 230; Schmelzer/Passadakis 2011, 77-80; Altvater 2010, 244). Implizit kommt hier die Prämisse zum Ausdruck, dass Dezentralisierung Verantwortlichkeit stiftet. Die spezifische Umsetzung wird lediglich bei Dörre konkretisiert. Bei ihm ist zwischen der Unternehmensebene, der regionalen und der nationalen Ebene zu unterscheiden. Auf Unternehmensebene befürwortet Dörre die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, in denen alle relevanten gesellschaftlichen Interessengruppen, u.a. Vertreter von Umweltverbänden, vertreten sind (2020, 262f, 2011, 130). Jenseits der Unternehmen plädiert Dörre im Beitrag aus 2011 für regionale und nationale „Wirtschafts- und Strukturräte“, deren Bestellmechanismus, Zusammensetzung und Kompetenzen aber ungeklärt bleiben (2011, 230). Im Beitrag aus 2020 spricht Dörre dann von „demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen“, wobei hier lediglich aus dem verwendeten Plural gefolgert werden kann, dass diese ebenfalls regional und national gedacht sind (2020, 264). Damit erinnern Dörres Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie stark an die Vorschläge von Strasser, der als einziger Autor der ersten Zeitphase diesbezüglich konkrete Vorstellungen entwickelt hat.⁴²⁰

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ist in den untersuchten Beiträgen eingebettet in die generelle Forderung nach umfassender Demokratisierung des Staates (Altvater 2010, 246; Brand/Wissen 2017, 16, 176f, 184f; Brand 2018, 160f; Dörre 2019, 18f; Schmelzer/Passadakis 2011, 66). Beispielsweise geht es für Brand/Wissen um eine Gesellschaft, die „im starken Sinne demokratisch ist, die also in dem Prinzip gründet, das alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken“ (2017, 16). Entsprechend verorten sich Schmelzer/Passadakis im Spektrum radikaldemokratischer Ideen (2011, 66). Implizit steht auch hier die Annahme Pate, dass Demokratisierung zu einem gemeinwohlorientierteren Policy-Output führt. Im Gegensatz

420 Bei Schmelzer/Passadakis finden sich institutionelle Ansätze für den spezifischen Bereich der öffentlichen Investitionen auf dezentraler Ebene. Dafür schlagen sie plural besetzte Investitionsräte auf regionaler und Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene vor (2011, 78f).

zu Autoren wie Strasser und Fromm bleibt die institutionelle Umsetzung der Demokratisierungsforderungen aber gänzlich offen. Unabhängig davon lassen sich die hier behandelten Denker einem beteiligungsorientierten Demokratieverständnis zuordnen (vgl. dazu Schmidt 2010, 236-253). Ihr Denken fußt auf den gleichen demokratietheoretischen Prämissen, die für die auf Demokratisierung setzenden Autoren der ersten Zeitphase ausführlich dargestellt wurden (Kap. 7.2.1.1 und 7.3.1) und deshalb an dieser Stelle nur zu nennen sind:

- Die Position, dass stärkere demokratische Beteiligung einen ökologischeren Policy-Output zeitigt, basiert auf der Annahme, dass die Bürgerschaft bereits zu einem radikaleren ökologischen Wandel bereit ist, dieser Bürgerwille im bestehenden Institutionensystem aber nicht durchdringt.⁴²¹
- Dahinter steht wiederum ein optimistisches Bild des Bürgers, das diesem gemeinwohlorientierte Verantwortungsübernahme zutraut und Beteiligungswillen unterstellt.⁴²²
- Gleichzeitig ist damit „green citizenship“ bzw. eine ökologisch aufgeschlossene und beteiligungswillige Bürgerschaft die zentrale Voraussetzung für einen demokratischen Weg aus der ökologischen Krise. Die Autoren setzen eine tugendhafte Bürgerschaft voraus, was als republikanisches Moment in ihrem Denken bezeichnet werden kann.

421 Bei den Autoren der ersten Zeitphase war ein wichtiges Argument, dass die Vertiefung der Demokratie im Sinne der Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten selbst zu einer Transformation des Bürgerwillens hin zu Gemeinwohlorientierung beiträgt (Kap. 7.3.1). Dieses Argument findet sich bei den Autoren der zweiten Zeitphase nur bei Brand und angedeutet bei Felber (s.u.). Brand verbindet mit der angestrebten gesellschaftlichen Demokratisierung die Hoffnung, „dass die gegenwärtig dominierende Konkurrenz und eigennutzorientierte Subjektivität sich in eine solidarisch-kooperative transformiert“ (2018, 184). Hier klingt wieder das demokratietheoretische Argument der „self-transformation“ an, wie es v.a. bei Fromm, Amery und Strasser eine zentrale Rolle spielt.

422 Dies steht in einer unreflektierten Spannung zur Diagnose der Dominanz der kapitalistischen Subjektivität, die sich eben nicht durch Solidarität und Gemeinwohlorientierung auszeichnet (Kap. 14.1.2).

Wirtschaftliche Rahmenplanung durch den Staat

Die Umsetzung der Wirtschaftsdemokratie ist in der hier behandelten Perspektive die Voraussetzung für die angestrebte ökologische Wirtschaftsentwicklung. Worauf aber beziehen sich diese wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen und wie übersetzen sie sich in staatliche Wirtschaftspolitik?⁴²³ Diesbezüglich ist in den untersuchten Beiträgen eine wirtschaftliche Rahmenplanung angedacht. Das impliziert, dass in demokratischen Entscheidungsprozessen die Grundrichtung der Wirtschaftsentwicklung festgelegt wird. Expliziert wird dies bei Dörre und Altvater. Altvater spricht sich für eine demokratisierte „indikative Rahmenplanung“ aus (2010, 243f). An anderer Stelle fordert er eine Kombination aus zentraler, makroökonomischer Rahmenplanung und dezentraler Wirtschaftsplanung (2012, 75ff). Sowohl die vorgesehenen Planungsakteure als auch Gehalt und Konkretisierungsgrad der Wirtschaftsplanung bleiben jedoch offen. Auch Dörre plädiert für eine makroökonomische Rahmenplanung, deren Gehalt aber ebenfalls nicht spezifiziert wird. Lediglich an einer Stelle findet sich eine diesbezügliche Andeutung: Demnach bedürfe es zukünftig „einer Macht, die präventiv handelt, die Forschung planvoll angeht, strategische Entscheidungen für Investitionen und Ansiedlungen treffen kann und die in der Lage ist, die internationale Arbeitsteilung entsprechend auszurichten“ (2020, 264). Daraus lassen sich zumindest die Elemente einer stärkeren staatlichen Forschungslenkung, einer gezielteren Investitionssteuerung sowie zentraler Entscheidungskompetenzen bezüglich der geografischen Verteilung von Produktionen extrahieren. Geklärt ist bei Dörre die Akteursfrage: Vorgenommen wird die Wirtschaftsplanung, wie oben beschrieben, von den demokratisch-pluralistisch besetzten Planungskommissionen. Als eine Möglichkeit sieht Dörre, dass die Planungskommissionen der Bevölkerung verschiedene Planvarianten zur Abstimmung vorlegen (2020, 264). Unklar ist die Kompetenzverteilung zwischen dezentraler und nationaler Planungsebene.⁴²⁴

Durch welche Wirtschaftspolitik werden die wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen umgesetzt? Auch diese Frage wird in den untersuchten Beiträgen nur sehr unzureichend beantwortet. Deutlich wird die Position,

423 Bei Brand bleiben diese Fragen gänzlich unbeantwortet, weswegen sich die folgenden Ausführungen auf die weiteren Denker beziehen.

424 Das oben angeführte Zitat, wonach eine solche Instanz auch die internationale Arbeitsteilung planvoll gestalten soll, könnte darauf verweisen, dass Dörre eine solche Planungsinstanz mittelfristig auch auf internationaler Ebene anstrebt.

dass eine bloße Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen z.B. durch CO₂-Bepreisung oder eine ökologische Steuerreform nicht hinreichend ist, um beispielsweise den angestrebten Rückbau bestimmter Branchen⁴²⁵ sicherzustellen. Bei Dörre deutet sich dies im obigen Zitat an, wonach es u.a. einer gezielten Investitionslenkung und Ansiedelungsplanung bedarf (2020, 261, 264). Etwas konkreter ist Schmelzer: Über die Veränderung der Rahmenbedingungen hinaus werden Maßnahmen unmittelbarer Wirtschaftssteuerung wie Produktionsverbote, Mengenzuschreibungen, Moratorien für fossile Infrastrukturprojekte (z.B. Straßen, Flughäfen) oder die gezielte Konversion bestimmter Branchen und Unternehmen befürwortet (Schmelzer/Passadakis 2011, 83, 76ff; Schmelzer/Vetter 2020, 140f). „Selektives Wachstum und selektives Schrumpfen“ (2011, 45) wird somit einerseits über die Veränderung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, v.a. aber auch mittels direkter Eingriffe staatlicher Wirtschaftslenkung realisiert. Andererseits soll der Markt seine Rolle als Allokationsmechanismus beibehalten (Dörre 2020, 26f; Altvater 2010, 243). Beispielsweise argumentiert Altvater, dass eine zentrale Wirtschaftsplanung nicht im Stande ist, die Befriedigung individueller Bedürfnisse mit der notwendigen Flexibilität zu gewährleisten. Dies könne nur der Markt leisten (2010, 243). Die Denker streben also im Gegensatz zu Kern und Peukert keine staatliche Detailsteuerung an. Dennoch verschieben sich auch bei ihnen das Gewicht zwischen Markt und Staat deutlich in Richtung des Staates.

Eigentumsverhältnisse, neue Wirtschaftsformen jenseits des Marktes und Regionalisierung

Ein weiteres wichtiges Element der Gegenentwürfe stellt die Sozialisierung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere mit Blick auf die Unternehmen dar. Dieser Aspekt wurde oben bezüglich der Umsetzung der Wirtschaftsdemokratie auf Unternehmensebene bereits angedeutet. Wie bei Kern und Peukert wird mit der Sozialisierung der Unternehmen das übergeordnete Ziel verbunden, das Profitmotiv als zentrale Handlungsmotivation auf Unternehmensebene durch eine gemeinwohlorientierte Handlungsrationalität zu ersetzen. Auch hier greift somit die Annahme, dass Demokratisierung zu Gemeinwohlorientierung führt. Zudem zielen die Autoren mit der Demo-

425 Rückgebaut werden sollen z.B. bei Schmelzer u.a. fossile Energiewirtschaft, Flugverkehr, Automobilindustrie, Tierhaltung, Rüstungsindustrie, Werbung, Finanzindustrie und große Teile des globalisierten Handels (Schmelzer/Vetter 2020, 140f; Schmelzer/Passadakis 2011, 71, 79).

kratisierung der Unternehmen auch auf die Überwindung kapitalistischer Machtverhältnisse. Mit Blick auf die Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist zwischen zwei Aspekten zu unterscheiden. Erstens geht es um die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der bestehenden privatwirtschaftlichen Unternehmenslandschaft. Zweitens steht die Förderung der Ausbreitung alternativer Eigentums- und Wirtschaftsformen, die gleichzeitig den Marktmechanismus einhegen, im Mittelpunkt.

Mit Blick auf Ersteres ist Dörres Position am weitestgehenden. Er fordert die Überwindung des „Besitz[es] an Produktionsmitteln als dynamisches und zugleich konstitutives Prinzip kapitalistischer Gesellschaften“ (2020, 262). Dies gilt für ihn in erster Linie für Großunternehmen, für die er, wie dargestellt, mit Vertretern aus Arbeiterschaft, Politik und Zivilgesellschaft plural besetzte und demokratisch gewählte Führungsgremien vorsieht. Dadurch, so die Hoffnung, sollen sich die Produktionsentscheidungen statt an privaten Gewinninteressen am „Kollektivwille“ (2019, 27) ausrichten und damit in sozialer und ökologischer Verantwortung getroffen werden.⁴²⁶ (Zum ges. Absatz 2020, 262f; 2019, 27; 2011, 230)

Auch die weiteren Autoren sehen die Vergesellschaftung von Unternehmen vor. Bei Altvater klingt eine umfassende Vergesellschaftung zugunsten vielfältiger Eigentumsformen an, wobei die konkret angestrebten Besitzverhältnisse offenbleiben (2012, 76). Spezifischer fordert er an anderer Stelle (2010, 246), wie auch andere Beiträge, die Vergesellschaftung des Bankensystems, da die Neuausrichtung der Kredit- und Investitionslenkung auf gemeinwohlorientierte Ziele von prioritärer Bedeutung sei (Schmelzer/Passadakis 2011, 77-80; Schmelzer/Vetter 2020, 142).⁴²⁷ Für Schmelzer/Vetter gilt es zudem v.a. die Wirtschaftsbereiche zu vergesellschaften und damit

426 Als Zwischenschritt klingt bei Dörre an, Nachhaltigkeitsziele in die Verfassung aufzunehmen und die Sozialbindung des Eigentums entsprechend zu erweitern. Wirtschaftsakteure, die gegen das Nachhaltigkeitsgebot verstoßen, müssten dann mit Sozialisierung rechnen (2020, 259f). An anderer Stelle fordert er zudem die Umwandlung großer Unternehmen in Stiftungsunternehmen (2011, 230).

427 Als Zwischenschritte und ergänzende Maßnahmen zur Regulierung und Rückbau der Finanzmärkte nennen Schmelzer/Passadakis die Verkleinerung der Finanzinstitute, eine Finanztransaktionssteuer, öffentliche und demokratisch kontrollierte Ratingagenturen sowie hohe antizyklische Eigenkapitalvorschriften (2011, 79f). Ebenfalls dem Bereich der Geld- und Finanzpolitik zuzuordnen ist die bei Altvater und Schmelzer/Passadakis vorfindliche Forderung nach einem alternativen Geldschöpfungssystem, das sich nicht mehr durch die Ausübung eines strukturellen Wachstumszwangs auf die Realwirtschaft auszeichnet. Während Altvater bei dieser allgemeinen Feststellung bleibt, sprechen sich Schmelzer/Passadakis, wie bereits

der kapitalistischen Verwertungslogik zu entziehen, die aus ökologischen Gründen schrumpfen müssen (2020, 141). Darüber hinaus wird das allgemeine Ziel ausgegeben, den Anteil öffentlichen Eigentums an der Ökonomie zu erhöhen, um direkteren gesellschaftlichen Zugriff für den notwendigen Umbau zu erhalten (Schmelzer/Passadakis 2011, 78). An diesen Stellen dringt, wie bereits bei Kern und Peukert, neben der Überwindung des Profitstrebens das Motiv durch, mittels Sozialisierung der Unternehmen die effektive Umsetzung des erforderlichen wirtschaftlichen Um- und Rückbaus sicherzustellen. In welche konkreten Eigentumsformen die Unternehmen zu überführen sind, bleibt jedoch offen. Unabhängig davon ist festzuhalten, dass es aus Sicht der Autoren den Privatbesitz an Unternehmen im Bestand teilweise bis weitgehend zugunsten einer Vergesellschaftung aufzuheben gilt.

Jenseits der Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Bestand sind sich die Autoren einig, dass es neue Eigentumsformen im Sinne kollektiven (dezentralen) Gemeinschaftseigentums und darauf aufbauende solidarische Wirtschaftsformen zu fördern und deutlich auszuweiten gilt. Im Zentrum stehen dabei kooperative Wirtschaftsformen wie Genossenschaften oder Commons, bei denen das Gewinnmotiv nicht mehr zentraler Zweck des wirtschaftlichen Handelns ist (Brand/Wissen 2017, 174ff; Brand 2018, 107; Dörre 2020, 263; 2019, 27; Altvater 2010, 244ff; Schmelzer/Passadakis 2011, 71, 74f, 88f; Schmelzer/Vetter 2020, 141).⁴²⁸ Beispielsweise beschreibt Altvater die Vision eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (2010, 239; 2012, 76), in dem eine Vielfalt verschiedener Eigentumsformen herrscht und die dezentralisierte Wirtschaft durch genossenschaftlich und kooperativ ausgerichtete Betriebe geprägt ist (2010, 244; 2012, 76). Bei Altvater (2010, 239f) und Schmelzer/Passadakis (2011, 74) klingt im Zuge dessen auch die Überführung von bisher im Privat- oder Staatsbesitz befindlichen Naturgütern (z.B. Wälder, Wasser, Land) in dezentrales Gemeinschaftseigentum an. Die dahinterstehende Motivation wird bei Altvater expliziert. Er wendet sich gegen die Hardin'sche Diagnose der Tragik der Allmende und geht davon aus, dass sich gerade im dezentralen Gemeinschaftseigentum gesellschaftliche Solidarität herausbilden kann, die wiederum die Grundlage für einen nachhaltigen Umgang mit den Naturgütern bildet (2010, 239).

Kern, Peukert und die reformorientierten Wachstumskritiker, für ein Vollgeldsystem aus (2010, 242, 2011, 80).

428 Als weiteres Element alternativwirtschaftlicher Ansätze wird von einigen Autoren die Ausweitung von Eigenarbeit und Selbstversorgung gefordert (Schmelzer/Passadakis 2011, 88; Brand 2018, 107).

Wiederum dringt die Annahme durch, dass (dezentrale) Selbstbestimmung Verantwortlichkeit stiftet.

In der Summe bewegen sich die wirtschaftlichen Gegenentwürfe zwischen einer demokratisch kontrollierten Marktwirtschaft und einer demokratisierten Planwirtschaft, jeweils in Verbindung mit einer teilweisen bis weitgehenden Vergesellschaftung der Unternehmen. Dies wird ergänzt um neue Wirtschaftsformen wie Commons, „Prosumentengemeinschaften“ und Eigenproduktion. Hinzu kommt als weiterer Baustein einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft die Re-Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur. Dies ist einerseits implizit bereits in der Forderung nach einer Ausweitung gemeinschaftlicher und kooperativer Wirtschaftsformen enthalten, die vor allem in dezentralen Zusammenhängen vorstellbar sind, wo Überschaubarkeit, Vertrauen und damit Verantwortlichkeit entstehen kann. Aber auch unabhängig davon wird Regionalisierung als Strukturprinzip der Wirtschaft behandelt. Explizit begründet wird dies jenseits unmittelbarer ökologischer Einspareffekte v.a. bei Brand. Ähnlich wie die reformorientierten Wachstumskritiker und die demokratischen Systemwechsel-Denker der ersten Zeitphase legt er dar, dass dezentrale Zusammenhänge mit verkürzten Produktionsketten Überschaubarkeit ermöglichen und dadurch Vertrauen und Verantwortlichkeit fördern.⁴²⁹ (Zum ges. Absatz Schmelzer/Passadakis 2011, 86ff; Brand 2018, 107; Dörre 2020, 263; Altvater 2010, 243f)

Voraussetzungspolitiken: Arbeitszeitverkürzung und wachstumsunabhängige soziale Sicherung

Zuletzt lassen sich zwei Voraussetzungspolitiken identifizieren, die in den untersuchten Beiträgen als wichtige Bedingungen für den Übergang in und die Stabilisierung einer Postwachstumsökonomie beschrieben werden:

- 1) Arbeitszeitverkürzungen sind aus Sicht der Autoren einerseits Notwendigkeit in einer stagnierenden bzw. schrumpfenden Ökonomie und dienen andererseits der Aufhebung des sich aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität ergebenden Wachstumszwangs. Darüber hinaus werden Arbeitszeitverkürzungen als Voraussetzung für die Ausbreitung

429 Unklar bleibt jedoch, wie diese Re-Regionalisierung politisch forciert werden soll. Verschiedene vorgeschlagene Maßnahmen können zwar indirekt in diese Richtung wirken, werden aber nicht explizit in diesem Zusammenhang genannt (v.a. CO₂-Besteuerung, Förderung alternativer Wirtschaftsformen). Bei Dörre sollen die angestrebten Planungsinstanzen auch Ansiedlungsentscheidungen treffen, sodass hier eine Regionalisierung der Wirtschaftsstruktur durch direkte staatliche Eingriffe möglich erscheint (2020, 264).

alternativer, kooperativer Wirtschaftsformen und für das ausgeweitete demokratische Engagement gesehen. Dabei gelte es die verbleibende Arbeit gerecht zu verteilen, wobei als Ziel die kurze Vollzeit für alle ausgegeben wird. (Alt Vater 2010, 245f; Brand 2018, 107, 115; Dörre 2019, 26; Schmelzer/Passadakis 2011, 80f, 89; Schmelzer/Vetter 2020, 142)

- 2) Gefordert wird zudem die deutlich egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstandes. Dabei sind drei Argumentationslinien zu unterscheiden, die sich weitgehend mit Kern und Peukert überschneiden:
- Eine gerechtere materielle Verteilung und eine bedingungslose, von Erwerbseinkommen unabhängige soziale Sicherung stellen Voraussetzungen für die Akzeptanz ökologischer Politik, insbesondere materieller Reduktionsstrategien, sowie für ein ausgeweitetes Engagement im Bereich des kooperativen Wirtschaftens dar (Dörre 2011, 230; 2019, 25f, 28ff; 2020, 260ff, 267; Brand 2018, 102; Brand/Wissen 2017, 176; Schmelzer/Passadakis 2011, 84ff; Alt Vater 2010, 245).
 - Hohe Einkommen sind durch einen stark überproportionalen Umweltverbrauch (Luxuskonsum) gekennzeichnet, weswegen eine Abschöpfung von Reichtum auch im engeren ökologischen Sinne sinnvoll erscheint (Schmelzer/Vetter 2020, 143; Dörre 2020, 254f).
 - Größere soziale Gleichheit kann das mimetische Begehren nach dem materiellen Standard der Oberschichten einhegen (Dörre 2011, 227).

Als konkrete Maßnahmen zur Umverteilung von Wohlstand werden v.a. Vermögensteuer, Erbschaftssteuer, Minimal- und Maximaleinkommen, progressive Einkommensteuern und eine progressive Besteuerung des ökologischen Verbrauchs genannt. Für eine wachstumsunabhängige soziale Sicherung schlagen einige Autoren das bedingungslose Grundeinkommen vor. (Dörre 2019, 25f; Alt Vater 2010, 245f; Schmelzer/Passadakis 2011, 84f, 2020, 143)

Abschließend ist zu konstatieren, dass die Frage nach der internationalen Ausbreitung des angestrebten Alternativentwurfs, wie bereits bei den Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus, unreflektiert bleibt. Bei Dörre findet sich, wie bei Peukert, die Forderung nach einem neuen Multilateralismus, der eine friedliche Kooperation zum Standard in den internationalen Beziehungen macht (2020, 267f). Wie dieser neue Multilateralismus entstehen soll, bleibt gänzlich offen.

14.2.3 Öko-Kommunalismus

Bei Muraca ergeben sich weitgehende Überschneidungen zu den Exponenten des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus. Auch sie plädiert für Demokratisierung, Wirtschaftsdemokratie und veränderte Eigentumsformen. In ihren schemenhaften Äußerungen deuten sich jedoch radikalere Dezentralisierungsforderungen zugunsten einer weitgehenden Einhegung zentralisierter Entscheidungsmacht an, die bei den vorher behandelten Autoren insbesondere für den Umbau der Wirtschaft vorgesehen ist. Damit lässt sich Muraca am nächsten am Pol einer öko-kommunistischen Position und damit auch zur Position von Carl Amery verorten.⁴³⁰

Zunächst zeigt sich eine wichtige Überschneidung zu Amery und gleichzeitig eine Differenz zu den oben behandelten Denkern darin, dass Muraca ihre weitgehenden Dezentralisierungsforderungen aus einer prinzipiellen Skepsis bezüglich zentraler Regelungsinstanzen ableitet. So positioniert sie ihren Alternativentwurf gegen „fremdbestimmte Großinterventionen, Technologien und Programme“ und gegen die „zentralisiert[e] bürokratisch[e] Macht von Technokraten, die sich als Volksvertreter(innen) präsentieren, aber nicht so agieren“ (2015, 50). Ihr Gegenentwurf soll eben eine solche „technokratische zentrale Kontrolle“ vermeiden (ebd.). An anderer Stelle bespricht sie affirmativ die Position von Ivan Illich, nach der, sobald Demokratien eine bestimmte räumliche Größe überschreiten, asymmetrische Machtverteilungen entstehen und sich eine herrschende Klasse herausbildet (Muraca/Bohmann 2016, 300). Hier klingt in Ansätzen das an, was bei Amery als Fundamentalkritik am bestehenden demokratischen Institutionensystem sowie allgemein an zentralisierter Macht und Herrschaft ausbuchstabiert ist (Kap. 7.3.4). Demnach ist zentralisierte Macht ihrem Prinzip nach unverantwortlich und damit ein maßgebliches Hindernis auf dem Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Damit wird, wie bereits für das Spektrum der demokratischen Systemwechsel-Entwürfe der ersten Zeitphase deutlich, dass divergierende Staatsverständnisse eine wichtige Rolle für die Ausdifferenzierung der Positionen spielen. Exemplarisch

430 Muracas Alternativentwurf weist auch weitgehende Überschneidungen zu der öko-feministisch motivierten Subsistenzperspektive auf, wie sie seit den 1970er-Jahren von Autorinnen wie Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen oder Claudia von Werlhof entwickelt wurde (vgl. dazu Adler/Schachtschneider 2010, 43-62). Diese Autorinnen sind in der untersuchten Zeitphase nicht mit spezifisch öko-politisch ausgerichteten Monografien in Erscheinung getreten, weshalb sie nicht näher behandelt werden.

sei der generellen Staatsskepsis bei Muraca der etatistische Steuerungsoptimismus bei Kern und Peukert gegenübergestellt.

Vor diesem Hintergrund plädiert Muraca mit André Gorz für „kleine, miteinander verbundene Selbstverwaltungsstrukturen, in denen das gesellschaftlich Nützliche und Kreative gemeinschaftlich und demokratisch entsteht“ (2015, 50). Dabei wird deutlich, dass sie weitgehend direktdemokratische Entscheidungsstrukturen anstrebt, die jedoch institutionelle Schutzvorrichtungen gegen eine Tyrannei der Mehrheit beinhalten sollen (ebd., 50, 89; Muraca/Bohmann 2016, 295-308). Hinter diesem Dezentralisierungs- und Demokratisierungsdenken steht die Annahme, dass eine dezentralisierte Beteiligungsdemokratie einen gemeinwohlorientierten und damit sozial und ökologisch verantwortlichen Policy-Output hervorbringt und sich von der Wachstumsorientierung abwendet (Muraca/Bohmann 2016, 299f). Damit lässt sich für Muraca den oben dargestellten demokratiethoretischen Prämissen eine weitere hinzufügen, welche ausführlich für das ökologische Dezentralisierungsdenken der ersten Zeitphase (v.a. Amery und Strasser) dargestellt wurde: Nicht nur Mitbestimmung an sich, sondern insbesondere dezentrale Selbstbestimmung in überschaubaren Zusammenhängen führt zu einer sich verantwortungsvoll einbringenden Bürgerschaft (vgl. Kap. 7.3.1).

Muraca positioniert sich jedoch, ebenfalls wie Strasser und Amery, gegen Ansätze, die eine den dezentral-autonomen Einheiten übergeordnete Koordinationsinstanz für gänzlich obsolet halten. Vielmehr soll es jenseits der dezentralen Einheiten demokratisch legitimierte und kontrollierte Institutionen für eine „gesamtgesellschaftliche Koordination“ zwischen den dezentralen Einheiten geben. Offen bleibt, ob dies in der bisherigen Form des Nationalstaates oder in anderer Form zu realisieren ist. Diese übergeordneten Institutionen sollen nicht zuletzt dafür sorgen, dass die dezentralen Einheiten einen kooperativen und solidarischen Umgang miteinander entwickeln und nicht in Isolierung und Konkurrenzdenken verfallen (2015, 68, 89). Die Kompetenzverteilung zwischen übergeordneter und dezentraler Ebene bleibt ungeklärt.⁴³¹

431 Ein öko-politischer Denker der zweiten Zeitphase, der noch näher als Muraca dem Pol einer öko-anarchistischen Grundposition zuzuordnen ist, ist der bereits in der ersten Zeitphase mit entsprechenden Veröffentlichungen hervorgetretene Rolf Cantzen (vgl. z.B. Cantzen 2020). Dessen Beiträge erfüllen jedoch die der Autorenauswahl zugrundegelegten Relevanzkriterien nicht. Bei Cantzen wächst die neue Gesellschaft durch einen dezentralen Neuaufbau von unten gänzlich jenseits des Staates. Dezentral-kleinräumige und selbstbestimmte Zusammenschlüsse entstehen,

Auch in Muracas Vorstellungen einer nachhaltigen Ökonomie kommt das auf dezentrale Autonomie fokussierte Demokratisierungsdenken, wonach dezentrale Selbstbestimmung zu verantwortlichen Entscheidungen führt, zum Ausdruck. Sie plädiert für eine starke Form von Wirtschaftsdemokratie, in der die Bürger und Bürgerinnen „gemeinsam darüber bestimmen, was gebraucht wird und wie es produziert werden soll“ und diese Entscheidung nicht mehr den Kräften des Marktes überlassen ist (2015, 88). Dies legt nahe, dass die dezentralen Einheiten weitgehend autonom und in direktdemokratischen Verfahren über die Wirtschaftsentwicklung befinden sollen.

Auf Unternehmensebene beschreibt Muraca unter dem Leitbild einer solidarischen Ökonomie den Übergang zu Unternehmen in kollektiver, basisdemokratischer Selbstverwaltung, was sich v.a. in Genossenschaften realisieren lasse (2015, 86f). Mit dieser Veränderung der Unternehmensverfassung verbindet Muraca die Hoffnung, dass Unternehmen nicht mehr in Konkurrenz zueinander treten, sondern sich ein lokales, regionales und teilweise auch globales Kooperationsnetzwerk zwischen den genossenschaftlichen Wirtschaftsakteuren herausbildet (ebd.).⁴³² Wie den beiden zuvor behandelten antikapitalistischen Stoßrichtungen schwebt Muraca somit eine grundlegende Veränderung der Eigentumsordnung vor, wobei die Idee dezentralen Gemeinschaftseigentums im Vordergrund steht. Wiederrum schafft demokratische Selbstbestimmung Solidarität und Verantwortlichkeit.

Der Warenaustausch soll in erster Linie als Commons- und Tausch-wirtschaft organisiert sein (2015, 79f, 86f).⁴³³ Dies impliziert, dass Güter

die im Kleinen den Ausstieg aus dem Kapitalismus leben. Durch Ausbreitung und Vernetzung der kleinräumigen Einheiten entsteht letztlich ein Konglomerat weitgehend autonomer Gemeinschaften, das der kapitalistischen Verwertung sowohl die erforderliche Nachfrage als auch die Arbeitskraft entzieht. Cantzen beruft sich prominent auf Denker wie Gustav Landauer, Peter Kropotkin oder Pierre-Joseph Proudhon.

- 432 Offen bleibt, wie der Übergang von den bestehenden Besitzverhältnissen zu den genossenschaftlichen Strukturen vorstättgehen soll. Neben den im Gemeinschaftseigentum befindlichen Unternehmen könne es durchaus noch kleine privatwirtschaftliche Unternehmen geben, die aber ebenfalls in die kooperative Wirtschaftsweise einzubinden sind (2015, 86f).
- 433 Ökologisch-politische Denkerinnen mit einem noch stärkeren, aber auch selektiven Fokus auf eine Commons-Wirtschaft als Gegenentwurf sind Friderike Habermann mit ihrem Ansatz der Ecommony (siehe Habermann 2016 und 2018) sowie Silke Helfrich (2019).

entweder für die (durch digitale Innovationen in bestimmten Bereichen auch global möglich) gemeinschaftliche Nutzung oder den Warenaustausch produziert werden. Daneben könne es durchaus noch Märkte und geldvermittelten Warenaustausch geben, die aber in ihrer Bedeutung deutlich zurückgedrängt sind (ebd.). Ein weiterer Grundpfeiler von Muraca Postwachstumswirtschaft ist eine ausgeweitete Subsistenzwirtschaft, was sich z.B. in der Ausweitung von Eigenproduktion oder Reparaturwerkstätten ausdrückt (ebd., 82).⁴³⁴ Zusammengefasst lassen sich Muracas ökonomische Ordnungsvorstellungen in Anlehnung an Leipold (vgl. 2005, 11) als dezentral-selbstverwaltete sozialistische Markt- und Tauschwirtschaft bezeichnen.

In der Summe sind weitgehende Überschneidungen zu den institutionellen Vorstellungen von Amery festzustellen, der im Vergleich zu Muraca aber eine umfassendere Herrschafts- und Staatskritik als Grundlage für seinen dezentralistischen Gegenentwurf ausformuliert hat. Viel deutlicher als bei den zuvor behandelten Denkern ist Dezentralisierung bei Muraca nicht nur als wirtschaftliches Ordnungsprinzip, sondern als umfassendes Organisationsprinzip für Gesellschaft, Demokratie und Ökonomie gedacht.

14.2.4 Gemeinwohlökonomie

Die vierte Stoßrichtung kapitalismuskritischer Gegenentwürfe findet sich bei Felber. Er teilt mit den weiteren Positionen die Forderung nach einer starken Demokratisierung des Staates. Deutliche Unterschiede zeigen sich mit Blick auf die Vorstellung einer alternativen Wirtschaftsordnung. Die drei zuvor behandelten Richtungen verbinden diesbezüglich zwei zentrale Motive: Erstens darf die Entscheidung über die Wirtschaftsentwicklung nicht mehr den Märkten überlassen werden, sondern muss bewusst und demokratisch getroffen werden; zweitens bedarf es zur Überwindung des Profitmotivs auf Unternehmensebene einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Diese beiden Elemente stehen bei Felber nicht im Vorder-

434 Wie die oben behandelten Autoren beschreibt Muraca zentrale Voraussetzungen für eine solche Wirtschaftsweise. Erstens bedürfe es anderer Lebens-Arbeits-Modelle, die eine deutlich reduzierte Erwerbsarbeitszeit mit ausgeweiteter Selbstversorgungsarbeit, Sorgearbeit, Zeit zur persönlichen Entfaltung sowie politischer Partizipation verbinden (2015, 69, 84f, 89). Zweitens sieht auch sie die deutlich egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstands und eine bedingungslose Grundsicherung als Voraussetzung (ebd., 80f).

grund. Vielmehr geht es ihm mit der „Gemeinwohlökonomie“ um die Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen, die dafür sorgen, dass Konkurrenz und Profitstreben zugunsten von Kooperation und Gemeinwohlorientierung überwunden werden. Entsprechend begreift Felber seinen Entwurf als marktwirtschaftlichen Ansatz in der Tradition der sozialen Marktwirtschaft, die er aber zu einer „vollethischen Marktwirtschaft“ vollenden möchte (2020, 163f). Es geht ihm, wie er selbst bemerkt, um die Verwirklichung einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft (ebd.).⁴³⁵

Die Gemeinwohlökonomie als ethische Marktwirtschaft

Nach Felber möchte die Gemeinwohlökonomie die „Anreizkoordinaten“ für die Wirtschaftsakteure von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umstellen (2020, 167). In diesem veränderten Rahmen soll jedes Unternehmen das primäre Ziel verfolgen, einen möglichst großen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten (2012, 35). Zentrales Instrument zur Veränderung der Anreizstruktur ist die Gemeinwohlbilanz. Diese misst anhand einer Vielzahl von Indikatoren, inwiefern Unternehmen fünf als zentral definierte Grundwerte (Menschenwürde, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Solidarität) gegenüber Stakeholdern wie Mitarbeitern, Kunden, Standortgemeinden, anderen Unternehmen, natürlicher Umwelt und zukünftigen Generationen erfüllt (ebd., 40ff). Ein entscheidender Punkt ist, dass sich kooperatives Verhalten gegenüber anderen Unternehmen positiv, Konkurrenzorientierung hingegen negativ auf die jeweilige Gemeinwohlbilanz auswirken soll (ebd., 62f). Dadurch soll aus der bisherigen „Vernichtungs- und Fresskonkurrenz“ der

435 Angesichts dessen ist die Zuordnung von Felber zur antikapitalistischen Strömung im Vergleich zu den oben behandelten Stoßrichtungen weniger eindeutig. Zwar sieht Felber seinen Gegenentwurf explizit als Überwindung des Kapitalismus (2012, 62f, 185f; 2020, 163f). Entscheidend für die Einordnung ist aber der in dieser Arbeit zugrunde gelegte Kapitalismusbegriff (vgl. Fußnote 42 in Kap. 4.2). Der Markt als zentraler Allokationsmechanismus bleibt bei Felber unangetastet. Die auf Privatbesitz basierende Unternehmensordnung wird, wie noch zu zeigen ist, zwar deutlich eingeschränkt, aber nicht so grundsätzlich infrage gestellt, wie bei den anderen antikapitalistischen Denkern. Als drittes zentrales Charakteristikum des Kapitalismus wurde das Gewinn- und Profitstreben der Unternehmen identifiziert, das sich als Zwang aus den Konkurrenzbedingungen ergibt. Eben dies ist der maßgebliche Angriffspunkt von Felber (siehe explizit 2012, 15). Aus seiner Sicht gilt es das Profitmotiv und das dieses mit hervorbringende Konkurrenzprinzip zu überwinden. Dies hebt ihn von den reformorientierten Wachstumskritikern ab, die das Gewinnstreben der Unternehmen nicht grundsätzlich infrage stellen.

Unternehmen im schlechtesten Fall „friedliche Koexistenz“, im besten und gesetzlich belohnten Fall „aktive Kooperation“ werden (ebd., 63). Wenn keine Konkurrenz mehr herrsche, entfalle auch der aus der Konkurrenz resultierende Wachstumszwang für die Unternehmen (ebd., 60f). Wirksam werden die veränderten Anreizstrukturen dadurch, dass rechtliche Vorteile wie geringere Mehrwertsteuersätze, niedrigere Zolltarife, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf oder direkte staatliche Förderung an die jeweilige Gemeinwohlbilanz gekoppelt werden, sodass eine gute Gemeinwohlbilanz zum entscheidenden Faktor für unternehmerischen Erfolg wird (ebd., 47f).⁴³⁶ In der Summe soll die Veränderung der Anreizstrukturen durch die Gemeinwohlbilanz eine tiefgreifend veränderte unternehmerische Rationalität hervorbringen, die gleichzeitig Konkurrenzorientierung, Profit- und Wachstumsstreben sowie das ausbeuterische Verhältnis zu Mensch und Umwelt überwindet.⁴³⁷

Ergänzt wird die Gemeinwohlbilanz durch neue Regeln zur unternehmerischen Gewinnverwendung, die eine Orientierung an Profit- und Wachstumsmotiven ebenfalls irrational machen sollen. Nach diesen Regeln dürfen Unternehmensgewinne nur noch für gemeinwohlförderliche Dinge verwendet werden, wie eine Ausschüttung an die Mitarbeiter, Investitionen (die im Vorfeld einer Gemeinwohlprüfung zu unterziehen sind), Aufstockung des Eigenkapitals, Rücklagen für Verluste sowie unverzinsten Darlehen an andere Unternehmen. Unerlaubte Gewinnverwendungen sind hingegen die Ausschüttung an Eigentümer, Firmenaufkäufe gegen deren Willen, Finanzinvestments oder politische Einflussnahme z.B. in Form von Parteispenden. Zudem gelten für Einkommen strenge Obergrenzen, sodass auch dieser Weg der persönlichen Bereicherung ausgeschlossen ist. Durch diese Regelungen soll der Anreiz, Gewinne um ihrer selbst willen zu erzielen, entfallen.⁴³⁸ (2012, 51-60) Anders als den weiteren antikapitalistischen Autoren geht es Felber also nicht primär um eine Überwindung des Privatbesitzes an Unternehmen, sondern um die ungleich stärkere Sozialbindung

436 Die Einstufung der Unternehmen anhand der Gemeinwohlbilanz wird von staatlich zertifizierten Gemeinwohl-Auditoren vorgenommen (2012, 48f).

437 Für nicht zukunftsfähig befand Felber, in Übereinstimmung mit vielen anderen wachstumskritischen Denkern, die Unternehmensform der Aktiengesellschaft, da diese aufgrund ihrer immanenten Anreizstrukturen einer Gemeinwohlorientierung prinzipiell entgegenstehe (2012, 56f).

438 Gleichzeitig entfällt die Steuer auf Unternehmensgewinne, sodass auch der Staat kein Eigeninteresse an hohen Unternehmensgewinnen mehr hat (2012, 59).

des Privateigentums, was v.a. über die Gemeinwohlabilanzierung und die neuen Regeln zur Gewinnverwendung erreicht werden soll.

Ein drittes zentrales Element in Felbers wirtschaftlichem Alternativentwurf ist die, über mehrere geografische Ebenen aufgebaute, „Demokratische Bank“, die als staatliche Bank an die Stelle des gegenwärtigen privaten Bankensystems tritt. Vorstand und Aufsichtsrat werden direkt gewählt und u.a. mit Vertretern von Beschäftigten, Verbrauchern, Unternehmen und Zukunftsanwälten besetzt. Die demokratische Bank vergibt Kredite nach Gemeinwohlprüfung mit einem Zinssatz, der lediglich der bankeigenen Kostendeckung dient. Hier kommt das bereits bei Denkern wie Altvater, Schmelzer/Passadakis und Peukert virulente Ansinnen zum Tragen, Kreditvergabe und Investitionslenkung unter staatliche bzw. demokratische Kontrolle zu bringen, um sie so gemeinwohlorientiert auszurichten (2012, 59, 69-81).⁴³⁹ Dieser Übergang zu einem öffentlichen Bankensystem impliziert, ohne dass Felber dies explizit ausdrückt, eine vollständige Enteignung des privaten Bankenwesens. Die Demokratisierung des Bankenwesens zeigt an, dass die Eigentumsfrage bei Felber zwar nicht die zentrale, aber dennoch eine wichtige Rolle spielt. Neben der Vergesellschaftung des Bankenwesens sieht Felber vor, zentrale Wirtschaftsbereiche der Daseinsvorsorge wie z.B. Bahn oder Post in öffentliches Gemeinschaftseigentum zu überführen. Wie bei den anderen wirtschaftsdemokratischen Entwürfen sollen heterogen besetzte Gremien, in welchen u.a. Zukunftsanwälte vertreten sind, die Unternehmensleitung übernehmen. Sichtbar wird hier das Motiv, besonders sensible wirtschaftliche Bereiche unter direkte gesellschaftliche Kontrolle zu bringen. Hier dringt auch bei Felber die Annahme durch, dass die Demokratisierung von Unternehmen zu Gemeinwohlorientierung führt.⁴⁴⁰ (2012, 100ff)

Als vierter Baustein einer nachhaltigen Ökonomie lässt sich bei Felber, wie bei den zuvor behandelten Autoren, die Ausweitung nicht marktför-

439 Teil der neuen Bankenstruktur ist auch eine demokratische Zentralbank mit Geldschöpfungsmonopol, sodass auch der Wachstumszwang der freien Geldschöpfung überwunden wird (2012, 78f).

440 Zudem soll es für Felber kein Eigentum an Grund und Boden mehr geben, was ähnlich auch bei Altvater und Schmelzer/Passadakis anklängt. Vielmehr werden diese Güter unter öffentliche Verwaltung gestellt, wobei private Akteure Flächennutzungsrechte erhalten oder erwerben können. Während beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe bis zu einer bestimmten Größe das Flächennutzungsrecht kostenlos erhalten, müssen andere Unternehmen diese Rechte gegen eine Nutzungsgebühr erwerben. (2012, 102f)

miger Wirtschaftsweisen identifizieren. Dies bezieht sich auf kooperative Wirtschaftsformen wie Commons-, Tausch- und Schenkwirtschaft, aber auch eine ausgeweitete Subsistenzproduktion.⁴⁴¹ (2012, 62f, 185f)

Felber entwickelt auch eine Vorstellung davon, in welchem geographischen Raum die Gemeinwohlökonomie entstehen und sich davon ausgehend verbreiten soll. Grundsätzlich strebt er zunächst eine Umsetzung auf europäischer Ebene an. Die EU soll dann weitere Partner gewinnen und eine Gemeinwohlzone mit anderen Vorreiterländern und Vorreiterregionen bilden, die sich durch einen freien Binnenmarkt auszeichnet. Importe werden nur von Unternehmen zugelassen, die sich einer Gemeinwohlbilanzierung unterziehen, wobei je nach Gemeinwohlpunktzahl Einfuhrzölle erhoben werden. Falls eine Einführung auf EU-Ebene scheitert, setzt Felber zunächst auf eine innereuropäische Pionierallianz, die ihre Gemeinwohlwirtschaft wiederum durch entsprechende Regeln gegen Länder schützt, die nicht Teil der Pionierallianz sind (2012, 175, 187f). Die Frage, inwiefern dies im Rahmen bestehender EU-Binnenmarkt-Regulierungen und globalen Handelsregeln umsetzbar ist, wird von Felber kaum reflektiert. Er teilt lediglich die Hoffnung, dass die EU als großer und mächtiger Wirtschaftsraum die Macht hat, die Durchsetzung neuer Handelsregeln maßgeblich voranzubringen (ebd., 187).⁴⁴²

Starke Demokratisierung

Neben dem grundlegend veränderten Wirtschaftssystem ist Felber überzeugt, dass eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft eine andere Form von Demokratie voraussetzt. Wie den zuvor behandelten Positionen geht es ihm dabei um die umfassende Demokratisierung des Staates. Dem liegt die zentrale Intention zugrunde, dass sich der Bürgerwille unverzerrt in politische Entscheidungen niederschlagen soll, was aus seiner Sicht derzeit nicht der Fall ist. Dies würde aus Felbers Perspektive zu einem substanziell anderen

441 Als wichtige Voraussetzungspolitik für die Ausbreitung dieser alternativen Wirtschaftsformen behandelt auch Felber Arbeitszeitverkürzungen (2012, 184). Jenseits dessen bleibt unklar, inwiefern der Staat diese Wirtschaftsformen gezielt fördert.

442 Als wichtige flankierende Maßnahmen für den Übergang zur Gemeinwohlökonomie beschreibt Felber eine ökologische Steuerreform sowie einen individualisierten Budget-Ansatz, der neben CO₂ auch für weitere Emissionen und Ressourcen ein global gerechtes und egalitäres Budget zuweist. In der Umsetzung ist ein zweites Preisschild angedacht, das den ökologischen Preis eines Produktes ausweist. Beim Kauf würde dann dieser ökologische Preis vom individuellen Budget abgezogen. (2020, 171ff; 2012, 189)

Policy-Output führen.⁴⁴³ So geht Felber zum Beispiel davon aus, dass das gegenwärtige nicht-nachhaltige Wirtschaftssystem nur deshalb aufrecht erhalten bleibt, weil es im Interesse bestimmter, vor allem wirtschaftlicher Eliten ist. Dürfte die Bürgerschaft hingegen tatsächlich autonom über das Wirtschaftssystem befinden, würde sie sich für ein System entscheiden, das sich durch soziale und ökologische Verantwortlichkeit auszeichnet (2012, 9-12, 29, 133ff). Dieses Argumentationsmuster überträgt Felber auch auf andere Politikbereiche. Beispielhaft führt er eine Reihe von politischen Entscheidungen auf, die aus seiner Sicht in direktdemokratischen Verfahren nicht getroffen worden wären, weil sie nur bestimmten Eliten dienlich sind: Deregulierung der Finanzmärkte, Liberalisierung des Kapitalverkehrs, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. Bahn oder Trinkwasserversorgung, das Zulassen enormer Einkommensungleichheiten oder die Ermöglichung von Patenten auf Lebewesen (ebd., 119).

Felber ist also optimistisch, dass der Wille zu einer sozial und ökologisch verantwortlichen Politik in der Bürgerschaft bereits gegeben ist, aber an den politisch einflussreichen Eliten scheitert. Dies verdeutlicht zugleich Felbers Fundamentalkritik an der gegenwärtigen Form der Demokratie, die aus seiner Sicht eben nicht dem Mehrheitswillen zur Geltung verhilft, sondern eine vom Bürgerwillen entfremdete und an mächtigen Lobbyinteressen orientierte Regierungspraxis ermöglicht. Die Demokratie, so Felber, sei zum Instrument in den Händen v.a. wirtschaftlicher Eliten verkommen. An diesen Stellen wird ersichtlich, warum Felber die Trennlinie zwischen Eliten und Bevölkerungsmehrheit als die zentrale politische Trennlinie betrachtet. Aus seiner Perspektive zwingen die wirtschaftlichen und korrumpierten politischen Eliten der mehrheitlich anders gewillten Bürgerschaft das nicht-nachhaltige Wirtschaftssystem auf, was ihnen durch das bestehende Institutionensystem ermöglicht wird. Damit ist die gegenwärtige

443 Eine zweite hinter den Demokratisierungsforderungen stehende Intention deutet sich bei Felber an verschiedenen Stellen an. Demnach geht es neben der unverfälschten Übersetzung des Bürgerwillens in politische Entscheidungen auch darum, dass Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligung transformierend auf die Bürgerschaft wirken. Erstens geht Felber davon aus, dass ausgeweitete Beteiligungsmöglichkeiten Politikverdrossenheit überwinden und Interesse an Politik stiften können (2012, 116, 128, 131). Zweitens könne Beteiligung Identifikation und dadurch verantwortliches Entscheiden in dem Sinne befördern, dass die Bürger nicht in erster Linie Partikular-, sondern Gemeinwohlinteressen im Blick haben (ebd., 132f). Drittens ist Felber überzeugt, dass Beteiligung Akzeptanz für getroffene Entscheidungen schafft (ebd., 133).

Form der Demokratie maßgebliches Hindernis auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft. (2012, 34, 119-123, 133)

Folglich muss aus Felbers Sicht eine Form von Demokratie gefunden werden, die tatsächlich dem Mehrheitswillen der Bürgerschaft Ausdruck verleiht. Dazu ist für Felber ein „historischer Ausbau demokratischer Beteiligungs- und Kontrollrechte“ (2012, 122) erforderlich, die eine möglichst weitreichende Beteiligung auf möglichst vielen politischen Ebenen ermöglicht. In der Summe müssten diese Maßnahmen dazu führen, dass das Volk endlich zum tatsächlichen Souverän werde. Eine reine Basisdemokratie sei aufgrund der Bevölkerungsgröße der derzeitigen Nationalstaaten nicht möglich. Stattdessen gehe es um die Ergänzung der repräsentativen Demokratie um Elemente direkter Demokratie, die dafür sorgen müssten, dass das Volk stets das letzte Wort habe (zum ges. Absatz bis hierher 2012, 122-126). Konkret schlägt Felber mehrere direktdemokratische Elemente vor, die aber nur teilweise konkretisiert sind, u.a. (2012, 87f):

- Ein bestimmter Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung (Felber nennt 0,5%) kann einen Gesetzesvorschlag einbringen bzw. die Verhinderung eines Gesetzes initiieren. Wird diese Hürde übersprungen, wird ein bundesweites Volksbegehren eingeleitet, das Bürger und Bürgerinnen in den Wahllokalen vor Ort unterstützen können. Wird dabei eine weitere, höhere Hürde erreicht (Felber nennt 3% der Wahlberechtigten), kommt es zu einer Volksabstimmung, deren Ergebnis bindend ist.
- Die jederzeitige Möglichkeit der Abwahl der Regierung durch die Bürgerschaft.
- Die Möglichkeit zur Verfassungsänderung auf Basis einer Volksinitiative.⁴⁴⁴

444 Felber setzt sich auch mit Kritikpunkten gegen die angestrebte Vertiefung der Demokratie auseinander, was an dieser Stelle nicht umfassend dargestellt werden kann. Auf zwei Aspekte ist kurz einzugehen. Erstens legt er gegen das Argument der Unwissenheit der Bürgerschaft dar, dass diese unabhängig vom Bildungsgrad kompetent genug sei, in politischen Grundsatzentscheidungen, die in erster Linie ethische Entscheidungen seien, zu urteilen. Zudem würden Beteiligungsmöglichkeiten die Bürgerschaft dazu bewegen, sich mehr zu informieren. Außerdem würden vielfältige Beispiele zeigen, dass auch gewählte Vertreter uninformierte Entscheidungen treffen. Zweitens argumentiert Felber gegen das Argument einer drohenden Tyrannei der Mehrheit, dass Schutzmechanismen wie die Verfassung oder Menschenrechtskonventionen weiterhin in Kraft blieben. (2012, 127ff)

Als wichtige Voraussetzung für die Funktionalität einer so umgestalteten Demokratie sieht Felber den Abbau ökonomischer Macht und sozialer Ungleichheit, die sich in ungleiche politische Einflusspotenziale übersetzen (ebd.). Hier rückt wiederum die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt. Demnach müssten große Konzerne, deren Größe mit enormer politischer Macht einhergehe, demokratisiert werden (ebd.).⁴⁴⁵ Anders als bei den weiteren antikapitalistischen Autoren geht es hier bei der Vergesellschaftung von Unternehmen nicht primär um die Einhegung des Profitmotivs, sondern um den Abbau von demokratiefeindlichen Machtkonzentrationen. Als weitere Maßnahmen zur Bekämpfung ungleicher politischer Einflusspotenziale nennt Felber u.a. Einkommensobergrenzen, deutliche Einschränkungen mit Blick auf private Vermögensbildung sowie Einschnitte beim Erbrecht (ebd., 82-100).

In der Summe geht Felber davon aus, dass eine, wie beschrieben, vertiefte Demokratie zu wesentlich anderen Politikergebnissen führt als die gegenwärtige Form. Die starke Demokratisierung soll den Staat aus den Fängen der (wirtschaftlichen) Eliten befreien und diesen in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Beteiligung und ein unverzerrter Volkswille, so die entscheidende Annahme, führen zu (ökologisch) verantwortlicher Politik. Auch Felber setzt damit eine gemeinwohlorientierte und weitsichtige Bürgerschaft voraus.

Eine neue Subjektivität als Voraussetzung für die Gemeinwohlökonomie

Zuletzt ist auf Felbers Perspektive auf den Transformationsgegenstand Kultur einzugehen, da er diesbezüglich deutlich konkretere Vorstellungen entwickelt als die weiteren antikapitalistischen Denker. Wie diese beschreibt er neben der Veränderung von Wirtschaftssystem und politischem System einen Kulturwandel als maßgebliche Bedingung für eine nachhaltige Gesellschaft. Dabei ist er Exponent einer fundamentalen Kulturkritik. Demnach habe der Kapitalismus Egoismus, Geiz, Gier, Erfolgs- und Machtstreben, Materialismus, Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit kultiviert. Damit einher gehe auch die Dominanz eines falschen, sozialdarwinisti-

445 Felber schlägt ein Stufenmodell vor, nach dem bei Unternehmen über 500 Beschäftigten die Hälfte, ab 1000 Beschäftigten zwei Drittel der Stimmrechte an Belegschaft und Gesellschaftsvertreter gehen. Zur Vertretung der Gesellschaftsinteressen schlägt Felber ein von der Regierung unabhängiges regionales Wirtschaftsparlament vor, das Vertreter in die jeweiligen Unternehmensführungsgremien entsendet. (2012, 87f)

schen Menschenbildes. Der so geprägte Mensch verkörpert aus Felbers Sicht eine stark defizitäre Subjektivität. Felber sieht eine Mehrheit innerlich verarmter Menschen, die ihrem Leben keinen eigenen Sinn zu geben vermögen und deshalb die von der Außenwelt vorgegebenen Werte, in dem Fall die Werte des Kapitalismus, verfolgen. Zudem fehle der innerlich verarmten Mehrheit die Fähigkeit zur Empathie für andere und für die Umwelt, weswegen es kaum Skrupel gebe, den eigenen Erfolg auf Basis sozialer und ökologischer Ausbeutung zu verfolgen.⁴⁴⁶ (2012, 21, 105, 111ff)

Auf dieser ethischen Basis, und damit auf Basis der gegenwärtigen inneren Verfasstheit der Menschen, sei die Gemeinwohlökonomie nicht zu verwirklichen (2012, 114). Anders formuliert setzt die Gemeinwohlökonomie einen tiefgreifend veränderten Menschen voraus. Wie aber soll diese neue Subjektivität entstehen? Zum einen sieht Felber die Überwindung des Kapitalismus zugunsten der Gemeinwohlökonomie als zentrales Vehikel für die Kultivierung einer anderen ethischen Basis und Werteorientierung (2020, 167). Zum anderen beschreibt er eine grundlegend veränderte staatliche Bildungspolitik als maßgebliches Vehikel für den angestrebten Kulturwandel. Konkret schlägt er einen Kanon von sechs Basisinhalten für alle Schulstufen vor, die aus seiner Sicht allesamt wichtiger sind als der Großteil der gegenwärtigen Unterrichtsfächer (2012,114-118):

- Gefühlskunde zum Erkennen und Ausdrücken der eigenen authentischen Bedürfnisse und Empfindungen,
- Wertekunde zur Vermittlung ethischer Grundprinzipien verschiedener philosophischer Strömungen und Religionen sowie zur Bewusstwerdung der eigenen Wertestruktur,
- Kommunikationskunde für eine achtsame und gewaltfreie Kommunikationsweise,
- Demokratiekunde u.a. zur Vermittlung der Funktionsweise und des Aufbaus der Demokratie sowie der Wichtigkeit und der Möglichkeiten demokratischen Engagements,

446 Die Spannung zwischen dieser radikalen Kulturkritik und der oben beschriebenen optimistischen Annahme, dass die Bürgerschaft, sofern man sie nur ließe, mehrheitlich ein gänzlich anderes Wirtschaftssystem sowie generell eine ökologisch und sozial verantwortliche Politik entwerfen würde, wird von Felber nicht reflektiert. Wenn die Individuen doch in der breiten Mehrheit empathielos, egoistisch, materialistisch und gierig sind, wieso entscheiden sie sich dann für ein Wirtschaftssystem, das genau mit diesen Werten brechen will?

- Naturerfahrungs- und Wildniskunde zur Überwindung der Beziehungslosigkeit und Aufbau einer tiefen Bindung zur natürlichen Umwelt und ihren Entitäten,
- Körpersensibilisierung zur Vermittlung eines zärtlichen, achtsamen und wertschätzenden Umgangs mit dem eigenen Körper (z.B. durch Tanz, Gruppenakrobatik, Massage oder Yoga), was die Grundlage für einen entsprechenden Umgang mit anderen Menschen darstelle.

Durch die Vermittlung dieser Fähigkeiten sollen die Menschen u.a. in die Lage versetzt werden, ihre authentischen Bedürfnisse und Werte zu erkennen und danach zu leben sowie auf dieser Grundlage von den von außen vorgegebenen, nicht-authentischen Werten und Eigenschaften wie z.B. Konsumismus, Konkurrenzdenken, Karrierestreben oder einem instrumentellen Naturverhältnis zu lassen (ebd.). Mit diesen Forderungen nach radikaler kultureller Erneuerung zeigen sich bei Felber deutliche Parallelen zu Denkern wie Fromm oder Bahro, wonach der Mensch erst dann von der Außenweltkompensation (Materialismus, Macht- und Erfolgsstreben) lassen kann, wenn er den Weg zu seinem authentischen, angstbefreiten Selbst findet.⁴⁴⁷ Wie bei Fromm und insbesondere Bahro ist es bei Felber eine zentrale Aufgabe des Staates, veränderte Subjektivitäten hervorzubringen und den angestrebten Kulturwandel zu ermöglichen.⁴⁴⁸

14.2.5 Schnittmengen und Trennlinien

Im Vorangegangenen wurden vier Stoßrichtungen antikapitalistischer Gegenentwürfe unterschieden. Im Folgenden werden die dabei zutage geförderten Schnittmengen und Trennlinien kurz rekapituliert, wobei zunächst auf das intendierte alternative Wirtschaftsmodell und dann auf die Frage nach dem zukünftigen politischen System eingegangen wird. Gezeigt werden konnte, dass die drei ersten behandelten Stoßrichtungen (zentralistischer Öko-Sozialismus, dezentralisierter und demokratisierter Öko-Sozia-

447 Wie bereits erwähnt, bezieht sich Felber explizit auf Fromm und die von ihm beschriebenen Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Gesellschaftscharakter und Prägung der Subjekte (2012, 33).

448 An dieser Stelle sei noch einmal auf die oben bereits angesprochene Spannung in Felbers Ansatz verwiesen: Wenn erst die veränderte Bildungspolitik das maßgebliche Vehikel für das Hervorbringen anderer Subjektivitäten darstellt, woher kommen dann der Impuls und die gesellschaftliche Mehrheit, die eine solch veränderte Bildungspolitik ins Werk setzt?

lismus, Öko-Kommunalismus) mit Blick auf ihre alternativen Wirtschaftsmodelle zwei fundamentale Anliegen teilen:

- Auf Makroebene sollen die Richtungsentscheidungen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung und damit grundsätzliche Investitions- und Produktionsentscheidungen nicht mehr dem Markt und damit dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, bzw. in der Argumentation der hier behandelten Autoren, den privat-kapitalistischen Verwertungsinteressen überlassen, sondern gemeinwohlorientiert festgelegt werden. Mit Ausnahme von Peukert streben dabei alle Autoren nach Wirtschaftsdemokratie basierend auf der Annahme, dass sich die Investitions- und Produktionsentscheidungen am Gemeinwohl und somit an ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit ausrichten, wenn diese von der Bürgerschaft in unverzerrten demokratischen Verfahren festgelegt werden.
- Auf Mikroebene soll das für den Kapitalismus konstitutive Profitmotiv überwunden und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen eingeehgt werden, indem die Eigentumsverhältnisse verändert werden, was insbesondere die weitgehende Zurückdrängung des Privateigentums an Unternehmen impliziert.

Mit der Verwirklichung einer gemeinwohlorientierten, demokratisierten Wirtschaftssteuerung und einer weitgehenden Sozialisierung der Unternehmen teilen die drei Stoßrichtungen zentrale Elemente sozialistischer Wirtschaftsentwürfe (Meyer 2008, 10ff, 28f; Schüller 2005c, 92).⁴⁴⁹ Die Ausgestaltung beider Elemente variiert jedoch deutlich, v.a. mit Blick auf:

- die Frage nach der richtigen politischen Steuerungsebene, auf denen die Entscheidung über die Wirtschaftsentwicklung und somit die wirtschaftsdemokratischen Anliegen zu verwirklichen sind (Zentralismus vs. Dezentralismus).⁴⁵⁰
- die Frage, wie der Staat die wirtschaftsdemokratischen Entscheidungen in konkrete Wirtschaftspolitik übersetzt. Dies verweist auf die Frage, wie stark und direkt der Staat den Wirtschaftsprozess steuert, wobei die Positionen von staatlicher Detailplanung bis zur losen Rahmenplanung in Kombination mit veränderten marktwirtschaftlichen Rahmenbedin-

449 Dies gilt auch für die von allen Autoren geteilte Forderung nach einer deutlich egalitäreren Verteilung des materiellen Wohlstandes (siehe unten).

450 In diesem Zusammenhang wurde bereits auf verschiedene Staatsverständnisse als wichtige Prämisse für divergente Positionen zu dieser Frage hingewiesen.

gungen reichen. In allen Varianten ist jedoch ein deutlich höheres Maß steuernder Interventionen vorgesehen.

- die Frage nach den konkreten zukünftigen Eigentumsformen mit Blick auf die Unternehmen, wobei sich insbesondere die Ideen von Verstaatlichung, Vergesellschaftung und dezentraler Vergemeinschaftung gegenüberstehen.

Damit wird deutlich, dass auch die Trennlinien zwischen den Positionen vielfache Überschneidungen zu tradierten Trennlinien im sozialistischen Denken aufweisen (vgl. dazu Meyer 2008, 13f, 29). Etwas anders gelagert ist die vierte Stoßrichtung von Felber. Er teilt die generelle Intention, das Profitmotiv sowie die gegenwärtigen Konkurrenzbedingungen zwischen den Unternehmen zu überwinden, wählt dazu aber eine andere Herangehensweise. In seinem Ansatz stellt sich eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsentwicklung von selbst ein, wenn die Unternehmen aufgrund veränderter Anreizstrukturen nicht mehr nach Gewinn und Wachstum, sondern nach einem möglichst großen Gemeinwohlbeitrag streben. Damit ergeben sich mit Blick auf das wirtschaftliche Alternativmodell zwei zentrale Unterschiede zu den weiteren Positionen:

- Die Wirtschaftsentwicklung wird auch zukünftig vom Markt und damit dem Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage, nicht durch wirtschaftsdemokratische Festlegung determiniert. Im Zuge dessen ergibt sich keine Notwendigkeit für planwirtschaftliche Implikationen.⁴⁵¹
- Die Überwindung des Profitmotivs sowie die Gemeinwohlorientierung der Unternehmen wird nicht primär durch Vergesellschaftung, sondern durch veränderte Anreizstrukturen erreicht, die zu einer ungleich stärkeren Gemeinwohlpflichtigkeit des Privateigentums führen sollen.

Damit erweitert Felber die oben beschriebenen Trennlinien bezüglich der zukünftigen Eigentumsformen um die weitgehende Beibehaltung des Privatbesitzes sowie bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Markt um den Fokus auf die Veränderung von Rahmenbedingungen ohne direkte Wirtschaftssteuerung.

451 Entsprechend kritisiert Kern Felber dafür, die Notwendigkeit einer bewussten Verständigung über die Frage, was noch produziert werden könne, sowie die damit zusammenhängende Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Rahmenplanung, nicht zu erkennen (2019, 140f). Gleichwohl beschreibt Felber eine demokratisierte Planwirtschaft als potenzielle Alternative zu seiner Gemeinwohloökonomie (2012, 186).

Zuletzt lassen sich bezüglich des alternativen Wirtschaftsmodells von allen, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß, geteilte Grundzüge beschreiben:

- die Ausbreitung alternativer Wirtschaftsformen wie Eigenversorgung, Tauschwirtschaft, Commons oder „Prosumentengemeinschaften“;
- Arbeitszeitverkürzungen als Voraussetzung für die Ausbreitung dieser Wirtschaftsformen,
- eine ungleich egalitäre Verteilung des materiellen Wohlstands als Bedingung für den angestrebten Wandel.

Wird der Fokus auf den Staat als Transformationsgegenstand gerichtet, lässt sich jenseits der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie für die meisten Autoren das Ansinnen einer generellen Demokratisierung des Staates als wichtige Schnittmenge konstatieren. Ausnahmen bilden hier die Exponenten des zentralistischen Öko-Sozialismus. Mit der Forderung nach Demokratisierung wird in erster Linie das Ziel verbunden, dass sich der Mehrheitswille der Bürgerschaft unverzerrt in politische Entscheidungen übersetzt. Bei den wenigen Autoren, die ihre Demokratisierungsforderungen institutionell konkretisieren, zeigen sich wiederum Differenzen mit Blick auf:

- die Steuerungsebene und somit die Frage, auf welcher Ebene welche Entscheidungskompetenzen anzusiedeln sind (Zentralismus vs. Dezentralismus).
- die Frage, ob in erster Linie die Ergänzung der repräsentativen Demokratie um direktdemokratische Elemente oder ein weitgehender Übergang zu Formen direkter Demokratie angestrebt wird.

14.2.6 Vertiefung: zur Kritik ökonomischer umweltpolitischer Instrumente

Abschließend soll mit Blick auf die antikapitalistischen Alternativentwürfe ein Aspekt vertieft werden, der bisher nur gestreift wurde, aber eine wichtige Differenz zu den weiteren Grundpositionen darstellt. Dies bezieht sich auf die Frage nach den geeigneten politischen Instrumenten für den angestrebten ökologischen Wandel. Bei vielen der hier behandelten Autoren findet sich eine Kritik ökonomischer umweltpolitischer Instrumente (v.a. Öko-Steuern und Emissionshandelssysteme), die insbesondere bei den Denkern des grünen Wachstums, aber auch bei den reformorientierten

Wachstumskritikern eine zentrale Rolle spielen.⁴⁵² Diese Instrumente sollen ihre Wirkung durch die Veränderung von Preissignalen entfalten, wodurch Umweltbelange ungleich stärker ins ökonomische Kalkül der Wirtschaftsakteure integriert werden sollen. Dabei werden diese Instrumente nicht pauschal abgelehnt (vgl. z.B. Schmelzer/Vetter 2020, 141; Schmelzer/Passadakis 2011, 83; Brand 2018, 106; Dörre 2020, 260; Felber 2012, 171, 189), aber eine Fokussierung auf diese kritisiert.⁴⁵³ Differenziert werden kann dabei zwischen Argumenten, die sich auf die Wirksamkeit, auf die ethischen Grundlagen, auf nicht-intendierte Folgewirkungen sowie auf die methodische Umsetzung beziehen. In Bezug auf die Wirksamkeit werden v.a. folgende Kritikpunkte vorgebracht:

- Ökonomische Instrumente überwinden Profitstreben und Wachstumszwang nicht und können die erforderliche Schrumpfung der Ökonomie, insbesondere den erforderlichen Rückbau bestimmter Branchen und Produktionszweige, nicht sicherstellen (Peukert 2021, 24f, 342, 470; Dörre 2011, 225; Schmelzer/Passadakis 2011, 82f; Kern 2019, 94, 105).
- Die Preisbildung z.B. für fossile Energieträger oder Emissionszertifikate hängt von vielfältigen Faktoren ab, sodass eine konstante, langfristig vorhersehbare Preisentwicklung nicht zu garantieren ist (Peukert 2021, 342).
- Ökonomische Instrumente, v.a. der Emissionshandel, sind betrugsanfälliger als Ordnungsrecht (Altvater 2010, 177f; Peukert 2021, 341).
- Marktfokussierte Regulierungen führen zur Verlagerung schmutziger Produktionen in andere Weltregionen. Dem könnte nur durch die Erhebung von Zöllen auf Importe oder durch eine globale Regulierung

452 Ökonomische Instrumente der Umweltpolitik zielen auf die Beeinflussung der Kosten-Nutzen-Bilanz wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure, indem veränderte Preissignale Anreize zu umweltgerechterem Handeln setzen (Böcher/Töller 2012, 78ff; Aden 2012, 81f). Durch die beiden zentralen Instrumententypen, Umweltsteuern und Emissionshandelssysteme, sollen die ökologischen Folgekosten internalisiert und damit die wirtschaftliche Rationalität der regulierten Akteure verändert werden (ebd.).

453 Eine solche Kritik findet sich v.a. in den Beiträgen von Altvater, Kern und Peukert sowie mit einzelnen Kritikpunkten bei Dörre, Brand und Schmelzer. Von den anti-kapitalistischen Autoren der ersten Zeitphase entwickelte lediglich Strasser eine kritische Reflexion marktbasierter Instrumente. Strassers zentrale Argumente, wonach diese Instrumente nicht mit der Wachstumslogik des Kapitalismus brechen und zu verschärfter Ungleichheit führen, finden sich auch bei den Autoren der zweiten Zeitphase.

- entgangen werden, was beides unter den gegebenen Bedingungen absehbar nicht realistisch ist. (Kern 2019, 102f, 105ff; Peukert 2021, 336-341)
- Mit ökonomischen Instrumenten wird Umweltschutz zur abhängigen Variablen von privatwirtschaftlichen Renditeerwägungen und hängt somit vom ökonomischen Kalkül privater Profitinteressen ab (Altwater 2010, 175f, 178).

Bezüglich der ethischen Grundlagen steht das Argument im Mittelpunkt, dass ökonomische Instrumente eine kapitalistische Inwertsetzung und Monetarisierung von Umweltgütern als Naturkapital implizieren, was der Komplexität und inhärenten Wertigkeit der Natur nicht gerecht wird und Ausdruck eines instrumentellen Naturverständnisses ist (Altwater 2010, 178, 187; Brand 2017, 151; Kern 2019, 92f).

Darüber hinaus wird insbesondere auf zwei nicht-intendierte Folgewirkungen hingewiesen:

- Ökonomische Instrumente vertiefen durch ihre preissteigernde Wirkung soziale Ungleichheiten (Dörre 2020, 260f; 2011, 225; Kern 2019, 99f, 114f, 157; Peukert 2021, 341).
- Die Inwertsetzung von Naturgütern in anderen Weltregionen im Rahmen von Emissionshandelsregimen (z.B. Waldgebiete als Kohlenstoffsenken) führt in vielen Fällen zu einer Verletzung der Rechte lokaler, insbesondere indigener Bevölkerungsgruppen (Altwater 2010, 178).

Zuletzt werden Argumente vorgebracht, die auf Schwierigkeiten bei der methodischen Umsetzung marktbasierter Instrumente abstellen:

- Die Monetarisierung von Naturgütern ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch methodisch schwer umsetzbar. Beispielsweise lässt sich der monetäre Wert des Lebens einer Pflanze nicht stichhaltig ermitteln. (Altwater 2010, 179f; Kern 2019, 94)
- Marktfokussierte Instrumente reduzieren die ökologische Krise auf einzelne spezifische Aspekte, werden aber der Komplexität und Vielfältigkeit der Umweltprobleme nicht gerecht. Wollten sie diesem Anspruch genügen, bedürfte es einer unüberschaubaren Vielzahl an Öko-Steuern und Emissionshandelssystemen. (Kern 2019, 92f)

14.3 Prozess des Wandels: Die Zivilgesellschaft als Transformationstreiber

Im Vorherigen wurde deutlich, dass die untersuchten Denker in unterschiedlicher Stoßrichtung grundlegende Veränderungen mit Blick auf die Transformationsgegenstände Wirtschaft, politisches System und Kultur befürworten. Wie aber lassen sich diese Veränderungen herbeiführen? Diese Frage nach dem Prozess des Wandels wird im Folgenden für die antikapitalistische Autorenschaft en bloc behandelt. Dabei lässt sich insgesamt konstatieren, dass wenn überhaupt, nur sehr vage Vorstellungen vom Übergang zu den angestrebten Gegenentwürfen entwickelt werden. Diese Leerstelle wird von einigen Denkern auch reflektiert. Beispielsweise bemerken Schmelzer/Vetter, dass für sie die Frage, wie der angestrebte Gegenentwurf zu erreichen ist, die bisher ungeklärteste Frage sei (2020, 145). Schmelzer/Passadakis geben zu, keine Antwort auf die Frage zu haben, welche Akteure und v.a. welche gesellschaftliche Koalition von Akteuren den angestrebten Gegenentwurf ins Werk setzen soll (2011, 91; ähnlich Brand 2017, 40). Dennoch lassen sich bezüglich der Vorstellungen vom Prozess des Wandels einige gemeinsame Grundzüge identifizieren, denen im Folgenden nachzugehen ist.

Die Zivilgesellschaft als Impulsgeber

Grundsätzlich liegt den untersuchten Beiträgen das Motiv zugrunde, dass der angestrebte Wandel von unten gegen die Interessen der herrschenden ökonomischen und politischen Eliten durchgesetzt werden muss.⁴⁵⁴ Paradigmatisch kritisiert Altvater, dass die Perspektive des grünen Wachstums Win-Win-Situationen vorspiele, ökologischer Wandel tatsächlich aber zwischen verschiedenen Klasseninteressen konfrontativ ausgehandelt werden müsse (2010, 233). Entsprechend bemerkt Dörre, dass es für die Transformation um den „Ausbau gesellschaftlicher und diskursiver Machtressourcen beherrschter Klassen und Gruppen“ gehe (2020, 267). Unterschiedlich sind die Annahmen, inwiefern die Menschen bzw. die Bürger und Bürgerinnen bereits zum angestrebten Wandel bereit sind. Wie dargestellt geht z.B. Felber davon aus, dass sich die Bürgerschaft längst für ein ökologisch nachhaltiges, solidarisches, nicht mehr wachstumsfokussiertes post-kapitalistisches Wirtschaftssystem entscheiden würde, wenn sie nur die Möglichkeit dazu hätte. In diesem Denken stehen der Transformation

454 Altvater 2010, 191, 231; Brand/Wissen 2017, 32, 40, 148, 173f, 183; Dörre 2020, 267; Felber 2012, 9f, 29; Schmelzer/Passadakis 2011, 20f; Muraca 2015, 87.

in erster Linie die Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Eliten entgegen. Demgegenüber stehen Autoren wie Brand und Schmelzer, bei denen die Bürgerschaft die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsideologie internalisiert hat und nicht mehr hinterfragt (Kap. 14.1.2). Voraussetzung für eine Überwindung des Kapitalismus ist in dieser Perspektive zunächst, dass sich immer mehr Menschen dieser Herrschaftsverhältnisse und ihrer Prägung durch die Herrschaftsideologie bewusst werden und sich von diesen emanzipieren. Dem angestrebten Wandel stehen somit nicht nur die gegenwärtigen Machtverhältnisse, sondern deren Internalisierung und Naturalisierung auf Seiten der Bürgerschaft entgegen.

Unabhängig von dieser Differenz wird im Sinne der Bottom-up-Perspektive die Zivilgesellschaft als zentraler Impulsgeber beschrieben (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 270f). Angesprochen wird ein heterogenes Feld gegenwärtiger Postest- und Alternativbewegungen wie z.B. Commons-Bewegung, Degrowth-Bewegung, Gemeinwohlökonomie-Bewegung, Transition-Town-Bewegung, globalisierungskritische Bewegung, feministische Bewegungen, Protestbewegungen gegen Großprojekte oder industrielle Landwirtschaft, lokale Kämpfe gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, kleinteilige Alternativprojekte sowie neuere Phänomene wie Fridays for Future und Extinction Rebellion.⁴⁵⁵ Implizit bzw. teilweise auch explizit kommt die Hoffnung zum Tragen, dass sich aus diesen heterogenen Akteuren eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung bildet (Altwater 2010, 229; Felber 2012, 171; Dörre 2020, 167, Kern 2019, 170f). Beispielsweise betont Felber die Notwendigkeit einer strategischen Vernetzung zwischen den heterogenen Bewegungen mit gemeinsamer Infrastruktur für Kommunikation, Koordination, Kooperation und Entscheidungsfindung (2012, 171). Es müsse so eine immer stärker werdende Bottom-Up-Bewegung entstehen, die letztlich die Kraft hat, die institutionellen Veränderung anzustoßen (ebd., 171f, 16f). Dabei werden vielfach auch die Gewerkschaften als wichtiger Teil der Gegenbewegung beschrieben, wofür aber, wie einige Autoren betonen, ein grundlegendes Umdenken innerhalb der Gewerkschaften erforderlich sei (Kern 2019, 170f, 217; Dörre 2020, 267; Altwater 2010, 247; Brand/Wissen 2017, 169f; Brand/Schickert 2019, 179f). Kern nennt als weitere Akteure der organisierten Zivilgesellschaft die Umweltverbände und kritische Strömungen in den Kirchen, was sich in den weiteren

455 Altwater 2010, 229, 241, 244; Brand/Wissen 2017, 16, 40; Brand 2018, 94, 101, 174ff; Dörre 2019, 26; 2020, 267; Felber 2012, 170f; Kern 2019, 161; Muraca 2015, 11f, 15, 79, 83, 85f; Schmelzer/Passadakis 2011, 8f, 70, 75f, 87, 90.

Beiträgen nicht findet (2019, 217). Einige Denker hoffen zudem auf eine stärkere globale Vernetzung mit Bewegungen des globalen Südens wie z.B. der Buen Vivir-Bewegung, regionalen Bauernbewegungen, Bewegungen für Ernährungssouveränität oder indigenen Bewegungen gegen Extraktivismus (Altvater 2010, 181; Brand/Wissen 2017, 115-211, 2018, 94; Muraca 2015, 48; Muraca/Bohmann 2016, 292).⁴⁵⁶

Der primär zivilgesellschaftlichen Gegenbewegung werden unterschiedliche Funktionen zugewiesen. Sie ist Impulsgeberin für den erforderlichen strukturell-intentionellen Wandel, bestreitet Abwehrkämpfe gegen weitere kapitalistische Expansion und drängt die kapitalistische Verwertungslogik zurück. Sie entwickelt kleinteilige Alternativprojekte, die u.a. als Prototypen für die erforderlichen institutionellen Veränderungen dienen und sie ist Triebkraft des angestrebten Kulturwandels. Als Handlungsstrategien zur Erfüllung dieser Funktionen werden v.a. die Folgenden beschrieben:

- gezielte Aufklärung über die sozial-ökologischen Zusammenhänge. Beispielsweise hebt Kern die Bedeutung der Enttarnung der Illusion hervor, dass es eine technische Lösung für die ökologische Krise unter Beibehaltung des gegenwärtigen Wohlstandsniveaus gebe. Erst dann werde es Bereitschaft für eine grundlegende Alternative geben. (Brand/Wissen 2017, 181; Kern 2019, 212, 216; Dörre 2020, 266f)
- die Entwicklung eines attraktiven, identitätsstiftenden Narrativs, das als normativer Bezugspunkt der Gegenbewegung dient und die Aussicht auf ein besseres Leben verspricht (Brand/Wissen 2017, 60f; Brand 2018, 108; Schmelzer/Passadakis 2011, 90; Muraca 2015, 15f, 18).
- die Entwicklung praktischer, v.a. kleinteiliger Gegenprojekte wie z.B. Urban Gardening, Solidarische Landwirtschaft, Tauschringe, Commons oder die Wiederaneignung von Land und Produktionsmitteln. Diesen Projekten werden insbesondere vier Funktionen zugeschrieben:
 - Sie dienen als strukturelle Prototypen, die zukünftige institutionelle Möglichkeiten vorwegnehmen und somit für eine Verallgemeinerung mittels staatlicher Politik erproben (Altvater 2010, 244; Dörre 2020, 268; Peukert 2021, 478f; Schmelzer/Passadakis 2011, 75; Muraca 2015, 15, 79, 82; 2015b, 106).

456 Als ein wichtiger, nicht-intentionaler Verstärker der Gegenkräfte wird die Verschärfung der ökologischen Krise sowie der vom Kapitalismus verursachten Krisen im Allgemeinen gesehen (Altvater 2010, 231; Brand/Wissen 2017, 60f, 172ff; Brand 2018, 66f; Muraca 2015b, 102).

- Sie sind praktischer Ausdruck des attraktiven Gegenarrativs und einer sich entwickelnden Gegenkultur, die einerseits Menschen anzieht und mobilisiert, andererseits die Frage nach dem guten und richtigen Leben politisiert sowie die Vorstellungsräume der Menschen dahingehend öffnet, dass grundsätzliche Alternativen zum Status quo denkbar werden (Peukert 2021, 478f; Schmelzer/Passadakis 2011, 75; Brand/Schickert 2019, 174; Muraca 2015, 18; 2015b, 106, 108f). Die praktischen Gegenprojekte sollen also mit Rückgriff auf Stein (2015, 120) zum Kulturwandel beitragen und Bereitschaftspotenzial für die anstehenden Veränderungen schaffen.
- Sie ermöglichen als Freiräume die Möglichkeit, eine andere Subjektivität, andere Werte, Autonomie und Selbstbestimmung zu leben und zu erfahren. Sie wirken damit transformierend auf die aktiven Subjekte selbst. (Muraca 2015, 18; 2015b, 107ff)
- Sie entziehen als praktische Kritik an der „imperialen Lebensweise“ wichtige gesellschaftliche Bereiche der kapitalistischen und herrschaftlichen Verwertungslogik und machen sie zum Gegenstand gemeinschaftlichen, solidarischen Handelns und demokratischer Kontrolle (Brand/Wissen 2017, 164; Kern 2019, 172; Schmelzer/Passadakis 2011, 74f).
- kritischer Konsum und Konsumstreiks zum Zwecke der Politisierung der Frage eines verantwortlichen Lebensstils, zur Aufweichung und Infragestellung der Hegemonie der „imperialen Lebensweise“ sowie zum Rückzug aus den Kreisläufen der kapitalistischen Verwertungslogik (Brand/Wissen 2017, 40, 169f, 177f; Kern 2019, 213-217).
- Protest bzw. Kampf gegen kapitalistische Landnahme und Expansion (z.B. gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, Freihandelsabkommen oder industrielle Großprojekte) (Alt Vater 2010, 241; Brand/Wissen 2017, 20, 40, 170, 174f; Kern 2019, 161; Schmelzer/Passadakis 2011, 90).

Der Staat als Transformationsinstrument

Daran schließt sich die Frage an, inwiefern die untersuchten Denker den Staat als Steuerungssubjekt im Transformationsprozess sehen. Hier wird ein ambivalentes Verhältnis zum Staat als Transformationsakteur sichtbar. Einerseits steht dem starken Fokus auf die Zivilgesellschaft, wie eingangs betont, ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Eliten gegenüber. Dies folgt aus der bereits dargestellten Demokratie- und Staatskritik, wonach sich der „kapitalistische Staat“ und seine Eliten

einerseits aufgrund der massiven Einflusspotenziale, andererseits aufgrund des eigenen Wachstumsinteresses in erster Linie den kapitalistischen Verwertungsinteressen andienen.⁴⁵⁷ Andererseits sind die Autoren für die Umsetzung ihrer Alternativentwürfe fundamental auf den Staat als Steuerungssubjekt angewiesen.⁴⁵⁸ Dies gilt für alle dargestellten Positionen mit Ausnahme von Muraca, bei der, wie gleich ausgeführt wird, die Frage nach dem Staat als Transformationsinstrument offen bleibt. Offensichtlich ist die Angewiesenheit bei der stark etatistischen Position des zentralisierten Öko-Sozialismus.⁴⁵⁹ Aber auch die Autoren, die nicht primär auf den Staat gerichtete Transformationsstrategien stärker gewichten, teilen die Einschätzung, dass die Transformation nicht ohne den Staat gelingen kann. Beispielsweise legt Brand dar, dass der Fokus auf kleinteilige Alternativprojekte nicht den Blick auf die größere Frage nach der Durchsetzung struktureller Veränderungen und somit der Verstetigung und Verallgemeinerung neuer Strukturen und Institutionen verstellen dürfe. Entsprechend argumentiert auch Schmelzer, dass die praktischen Gegenprojekte die Transformation nicht allein verwirklichen könnten, sondern ein geeignetes Umfeld bräuchten, das politisch erkämpft werden müsse. Deshalb gelte es den Aufbau konkreter Keimzellen einer solidarischen Lebensweise mit einer Strategie, die auf übergeordnete Strukturveränderungen zielt, zu verbinden (zum ges. Absatz bis hierher Brand/Schickert 2019, 175; Brand/Wissen 2017, 169; Brand 2018, 95f, 105, 109-112; Schmelzer/Passadakis 2011, 75; Dörre 2020, 268; Kern 2019, 10; Peukert 2021, 26; Altvater 2010, 245f). Die Angewiesenheit auf den Staat zeigt sich auch an den Begrifflichkeiten, wenn eine „revolutionäre Realpolitik“, ein „radikaler Reformismus“ „nicht-reformerische“ bzw. „systemtransformierende Reformen“ oder ein „Reformsozialismus“

457 Altvater (2010, 155, 213,219) und Brand/Wissen (2017, 16, 32, 37, 42, 153ff, 166) machen deshalb explizit, dass von den gegenwärtig etablierten politischen Eliten und damit dem Staat keine Impulse für die angestrebte Transformation zu erwarten seien. Vor diesem Hintergrund kritisieren sie Ansätze, die auf die Aufgeschlossenheit etablierter politischer Eliten hoffen (Altvater 2010, 232; Brand/Wissen 2017, 16, 32, 153). Stattdessen, so Brand/Wissen, muss der Impuls von den „Rändern der Gesellschaft“ kommen (2017, 174).

458 Schmelzer/Vetter legen dar, dass diese Spannung im von ihnen vertretenen De-growth-Spektrum vielfach unreflektiert bleibe und der Forderung nach radikalen Reformen „von oben“ transformationsstrategisch ein teilweise ausschließlicher Fokus auf kleinteilige Alternativen und Nischenprojekte „von unten“ gegenüberstehe (2020, 142f).

459 Peukert (2021, 478f) und Kern (2019, 172) betonen zwar auch z.B. die Rolle praktischer Alternativprojekte, dominiert wird ihr Ansatz aber von einem umfassend steuernden Staat.

gefordert werden (Altvater, 2010, 228; Brand/Wissen 2017, 41, 177; Dörre 2020, 268; Schmelzer/Vetter 2020, 133).

Einzig bei Muraca bleibt offen, inwiefern sie den Staat überhaupt als Steuerungsobjekt im Blick hat. Bei ihr liegt der Fokus umfassend auf praktischen Gegenprojekten, während der Staat nicht explizit als Transformationsinstrument angesprochen wird (2015, 12, 15, 18; 2015b, 106-109). Vielmehr ist sie optimistisch, dass sich die Vielfalt kleinteiliger Projekte „zu einer umfassenden, radikalen Alternative in Abgrenzung gegen das einseitige Modell des westlichen Entwicklungspfades entwickeln“ kann (2015, 15). Hier deutete sich die Lesart einer Transformationsstrategie des autonomen dezentralen Neuaufbaus jenseits des Staates an, wie sie auch für Amery herausgearbeitet wurde (Kap. 7.3.4). Wie bereits bei Amery finden sich aber auch bei Muraca Forderungen, die schwer ohne staatliche Umsetzungsmechanismen vorstellbar sind (z.B. die Schaffung stärkerer sozialer Gleichheit u.a. durch die Begrenzung von Einkommen und Vermögen, die Bereitstellung einer umfassenden bedingungslosen Grundsicherung oder der massive Ausbau des ÖPNV, vgl. 2015, 80f). Aufgrund dieser Ambivalenz liegt der Schluss nahe, dass die oben dargestellte Kritik von Schmelzer/Vetter auch auf Muraca zutrifft: Der Forderung nach radikalen strukturellen Veränderungen steht transformationsstrategisch ein einseitiger Fokus auf kleinteilige Alternativprojekte gegenüber, wobei diese Spannung nicht reflektiert wird.

Aus der Angewiesenheit der antikapitalistischen Positionen auf den Staat als Steuerungsobjekt folgt die Frage, wie der Staat zum Transformationsinstrument wird, wenn von den etablierten politischen Eliten diesbezüglich nichts zu erwarten ist. Grundlegend kommt dabei das Ansinnen zum Ausdruck, dass sich die Kräfteverhältnisse im Staat verändern müssen. Beispielsweise bemerkt Altvater, dass die Hoffnung, dass der Staat all die geforderten Veränderungen durchsetzt, nur dann realistisch ist, wenn um den Staat soziale Auseinandersetzungen geführt werden (2010, 245). Die konkrete Frage aber, wie sich der zivilgesellschaftliche Basisimpuls in eine grundlegend veränderte Ausrichtung des Staates übersetzen soll, bleibt in den meisten Beiträgen unbeantwortet. Dies bezieht sich einerseits auf die Frage nach den Akteuren, die den beschriebenen Basisimpuls aufgreifen bzw. verstärken. Andererseits bleibt in strategischer Hinsicht offen, ob die intendierten Veränderungen durch außerparlamentarischen Druck oder durch Repräsentation in den Gesetzgebungsinstitutionen herbeigeführt

werden sollen.⁴⁶⁰ Im zweiten Falle stellt sich die Folgefrage, inwiefern bestimmte Parteien als potenzielle Bündnispartner für die zivilgesellschaftliche Basisbewegung gesehen werden oder ob diese selbst eine parteipolitische Repräsentanz anstreben soll. Bei den wenigen Autoren, die diese Fragen adressieren, klingen verschiedene Antworten an, was im Folgenden an der Gegenüberstellung von Felber und Dörre aufgezeigt wird.

Bei Felber steht das Ansinnen im Vordergrund, dass die zivilgesellschaftliche Bewegung die Einsetzung verschiedener Konvente, insbesondere eines Wirtschafts- und eines Demokratiekonvents erstreitet, von denen dann die grundlegende Neustrukturierung von Wirtschaft und Staat ausgeht. Diese Konvente sollen die entsprechenden Teile einer neuen Verfassung entwerfen und der Bürgerschaft zur Abstimmung vorlegen (2012, 17, 131-138, 171ff).⁴⁶¹ Als ein Weg zur Einsetzung dieser Konvente sieht Felber den Aufbau starken zivilgesellschaftlichen Drucks auf die etablierten politischen Eliten, sodass die Einsetzung solcher Konvente für diese alternativlos wird (ebd., 172f). Der außerparlamentarische Fokus impliziert, dass Felber unter den etablierten Parteien keine potenziellen Bündnispartner sieht, was seiner Fundamentalkritik an den politischen Eliten entspricht (Kap. 14.2.4). Auch den Weg über eine eigene Parteigründung hält er für nicht zielführend, was aber nur sehr vage begründet wird (ebd., 138). Von welchen gesellschaftlichen Kräften jenseits der oben beschriebenen Impulsgeber er sich den Aufbau des zivilgesellschaftlichen Drucks erhofft, bleibt unklar.

Bei Dörre klingt die tradierte Hoffnung linker Kapitalismuskritik auf die Mobilisierung der „Unter- und Lohnabhängigenklassen“ an. Nur dann sei eine sozialistische Politik zu verwirklichen. Entscheidend dafür sei, die Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse und damit die Grenzen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wieder klarer hervorzuheben, um dadurch die breite Unterstützung, auch über Ländergrenzen hinweg, zu schaffen. Dabei dringt bei Dörre die Hoffnung auf etablierte, linke Parteien durch, die den Impuls von der Basis aufgreifen, breitere Bevölkerungsschichten

460 Revolutionäre Perspektiven, wie in der ersten Zeitphase bei Harich oder dem späten Bahro, werden in der zweiten Zeitphase nicht mehr vertreten. Damit werden zwar einerseits keine offen antidemokratischen Vorstellungen vom Übergang zum angestrebten Gegenentwurf vertreten, andererseits fehlt eine klar konturierte Vorstellung, wie der angestrebte Systemwechsel Wirklichkeit werden soll.

461 Für die europäische Ebene sieht Felber einen demokratisch gewählten Verfassungskonvent vor, dessen Ergebnis wiederum von der Bürgerschaft angenommen werden muss (2012, 133).

ansprechen und den Impuls in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung tragen. (2019, 28-31)

Bei aller Unklarheit lassen sich somit zumindest angedeutet verschiedene Positionen, wie der Staat zum Transformationsinstrument wird, erkennen. Immer aber geht es darum, dass transformative Kräfte den Staat zum Instrument ihrer Interessen machen.

14.4 Erklärende Hintergrundannahmen

Abschließend ist der Frage nachzugehen, auf welchen Hintergrundannahmen die dargestellten Entwürfe beruhen. Nicht mehr vertieft wird die für die vertretenen Positionen konstitutive Annahme, dass der Kapitalismus mit dem für erforderlich gehaltenen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik unvereinbar ist (Kap. 14.1). Jenseits dessen ist zwischen zwei Autorengruppen zu unterscheiden, für die jeweils unterschiedliche Hintergrundannahmen ausschlaggebend sind. Einerseits der zentralisierte Öko-Sozialismus als Ausdruck eines zeitgenössischen „Survivalism“ (Kap. 14.4.1). Andererseits die weiteren Positionen, die den Ausweg aus der ökologischen Krise mit einer gesellschaftlichen Positivvision verbinden (Kap. 14.4.2).

14.4.1 Zeitgenössischer „Survivalism“: Zentralismus als Erfordernis der Überlebenssicherung

Für die Position des zentralisierten Öko-Sozialismus sind vor allem vier Punkte ausschlaggebend. Die erste entscheidende Prämisse für Peukerts und Kerns Gegenentwurf wurde bereits herausgestellt (Kap. 14.2.1): Die Notwendigkeit des zentralistischen Planungsstaates ergibt sich aus der im Vergleich zu allen weiteren Autoren drastischeren Krisenwahrnehmung in Verbindung mit einem enormen Wachstumspessimismus, wonach massive ökonomische Schrumpfungprozesse erforderlich sind. Der Planungsstaat ist zwar nicht wünschenswert, stellt aber die zwingende Voraussetzung für die kurzfristige physische Überlebenssicherung dar. Der Gegenentwurf ist somit primär als akuter Abwehrmechanismus angelegt. Dies verbindet Kern und Peukert mit den zentralistischen Entwürfen der ersten Zeitphase.

Dies leitet über zum zweiten maßgeblichen Aspekt. Im Unterschied zu den weiteren Systemwechsel-Denkern der zweiten Zeitphase fokussieren Kern und Peukert mit ihren Entwürfen auf die Bearbeitung der ökologischen Krise und verbinden dies nicht mit der Verwirklichung einer Ge-

sellschaftsvision. Während bei den weiteren drei antikapitalistischen Positionen das Ansinnen zum Tragen kommt, ökologische Motive mit dem Ziel einer besseren, weil freieren und gerechteren Gesellschaft zu verknüpfen, findet sich dies bei der Position des zentralisierten Öko-Sozialismus nicht. Entsprechend wurde dies bereits für Jonas und Gruhl herausgearbeitet, die ebenfalls primär auf ökologische Gefahrenabwehr unabhängig von weiteren gesellschaftlichen Zielen fokussieren.

Drittens ist die Position der Autoren wie im Öko-Autoritarismus der ersten Zeitphase auf eine etatistische Grundhaltung zurückzuführen. Allein dem Staat ist es zuzutrauen, den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und die damit einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen. Dabei übernimmt der Staat eine umfassende Steuerungsposition. Dem Denken liegt somit ein starker staatlicher Steuerungsoptimismus zugrunde, der sich von kritischeren Einschätzungen der Kapazität zentralisierter Wirtschaftssteuerung (z.B. Dörre, Altvater) ebenso abhebt wie von der prinzipiellen Kritik an zentralisierter Entscheidungsmacht (z.B. Amery, Muraca). Diese etatistische Grundhaltung zeigt sich auch daran, dass Transformationswegen jenseits des Staates untergeordnetes Gewicht zukommt (Kap. 14.3). Auch mit Blick auf die vorgesehene Verstaatlichung der Unternehmen und damit die implizite Annahme, dass der Staat diese gemeinwohlorientiert führen kann, kommt diese etatistische Position zum Tragen (Kap. 14.2.1).

Zuletzt ist viertens auf einen Aspekt einzugehen, der die Ansätze von Peukert und Kern von den autoritär-zentralistischen Entwürfen der ersten Zeitphase abhebt. Anders als diesen liegt ihrem Denken implizit ein optimistischeres Bürgerbild zugrunde. Anders als bei Gruhl, Jonas, Harich und dem späten Bahro muss der Staat die erforderlichen tiefen Einschnitte nicht gegen die Einsicht der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen. Stattdessen haben Peukert und Kern die Hoffnung, dass sich die Bürgerschaft in demokratischer Deliberation selbst auf die Reduktionserfordernisse und die Erforderlichkeit einer zentralen Planungsinstanz verständigt. Dies setzt eine vorausschauende Bürgerschaft voraus, die zugunsten zukünftiger Generationen und anderen Weltregionen den eigenen materiellen Wohlstand massiv reduziert und Wirtschafts- und Konsumfreiheiten deutlich einschränkt. Eben daran glauben die Denker des autoritären Zentralismus der ersten Zeitphase nicht. Wie dargestellt, entwickeln Kern und Peukert jenseits der vagen Hoffnung auf die Entfaltung eines ökologischen Verzichtsethos in der Bürgerschaft jedoch keine Vorstellung davon, wie dieser Prozess Realität werden soll.

14.4.2 Ökologie und die Verwirklichung einer besseren Gesellschaft

Die weiteren Systemwechsel-Positionen fußen auf anders gelagerten Prämissen. Der zentrale Unterschied zur Position des zentralistischen Öko-Sozialismus besteht darin, dass in den Alternativentwürfen das Ansinnen zum Ausdruck kommt, jenseits ökologischer Erwägungen eine bessere Gesellschaft zu verwirklichen. Dabei zeigen sich weitreichende Kontinuitäten im Vergleich zu den entsprechenden Positionen der ersten Zeitphase.

Gesellschaftsbild, Idee des guten Lebens und gesellschaftliche Positivvision

Wichtig für das Verständnis der Gegenentwürfe ist, dass ihre Suche nach Fundamentalalternativen nicht nur ökologisch, sondern jenseits dessen über weitere normative Zielgrößen motiviert ist. Ausgangspunkt ist eine breite Krisenwahrnehmung, wonach die ökologische Krise nur eine Dimension einer multiplen Krise der Gegenwartsgesellschaft darstellt (Adler/Schachtschneider 2010, 254, 261).⁴⁶² Analytisch lassen sich drei maßgebliche Kritiklinien und damit zugleich drei maßgebliche Ziele identifizieren, welche die Autoren jenseits der Bearbeitung der ökologischen Krise mit ihren Gegenentwürfen zu adressieren suchen:

1) Freiheit. Die Gegenwartsgesellschaft ist aus Sicht der Autoren keine freie Gesellschaft (Kap. 14.1). Dies ergibt sich zunächst aus der Diagnose, dass das kapitalistisch geprägte Subjekt Werte, Normen und Ziele verfolgt, die nicht authentisch, sondern von außen und zum Teil intentional erzeugt werden. Besonders weitgehend ist diese Kritik bei Autoren wie Brand und Schmelzer, wonach die kapitalistische Subjektivität Ausdruck eines Herrschaftsverhältnisses ist, in welchem sich die subalterne Masse die Leitbilder und Systemzwänge zu eigen machen, die sich aus den Herrschaftsinteressen der kapitalistischen Eliten ergeben. Spezifischer bezieht sich die Diagnose der Unfreiheit z.B. auf die Unterwerfung der Individuen unter den strukturellen Konsumzwang, der sie von der Befriedigung ihrer authentischen Bedürfnisse abhält. Zudem zeichne sich die Gegenwartsgesellschaft durch eine entfremdete, durch Fremdbestimmung, Beschleunigung und Arbeitsverdichtung geprägte Arbeitswelt aus. Zu dieser Kritik der Unfreiheit gehört

462 Als weitere Krisendimensionen werden u.a. eine Sinnkrise, eine Wertekrise, eine Demokratiekrise, die Krise zunehmender soziale Ungleichheit und Polarisierung der Gesellschaft sowie die Krise ungleicher Geschlechterverhältnisse genannt (Alt-vater 2010, 9; Brand/Wissen 2017, 25f; Dörre 2020, 250-254; Felber 2012, 9, 18, 30-34; Schmelzer/Vetter 2020, 134f).

auch die Demokratiekritik vieler Denker, wonach die gegenwärtige Form der Demokratie keine wahre Selbstbestimmung ermöglicht, sondern im Gegenteil Herrschaftsverhältnisse verdichtet und untermauert.⁴⁶³

Demgegenüber sollen die Gegenentwürfe, wie bereits bei Strasser, Bahro, Fromm und Amery, Freiheit ermöglichen (explizit bei Brand/Wissen 2017, 68; Brand 2017, 41f, 44; Schmelzer/Vetter 2020, 133, 136ff, 142; Felber 2012, 176ff; Muraca 2015, 22f, 48ff).⁴⁶⁴ Hinter diesem Motiv steht ein spezifisches Freiheitsverständnis. Paradigmatisch verdeutlichen lässt sich dies bei Muraca, die sich explizit mit dem Freiheitsbegriff auseinandersetzt. Sie wehrt sich gegen ein neoliberal gedeutetes Verständnis von Freiheit als individuelle Optionsvielfalt und Konsumfreiheit. Vielmehr bedeute Freiheit Autonomie und damit Selbstbestimmung jenseits äußerer, kapitalistischer Systemzwänge. Konsum- und Optionsfreiheit innerhalb fremdbestimmter Bedingungen wie z.B. der zwanghaften Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Zwang zum Wachstum oder zur Flexibilisierung der Arbeit, sei keine Freiheit, sondern Unfreiheit, weil diese Bedingungen nicht auf (kollektiver) autonomer Entscheidungsfindung beruhten. Aus diesem Freiheitsverständnis schlussfolgert Muraca dann zentrale Forderungen ihres Gegenentwurfs, v.a. nach umfassender Demokratisierung, Überwindung von Wachstumszwängen und einer nicht am Profitmotiv orientierten, solidarischen Produktionsweise (2015, 22f, 48ff; 2015b, 109; Muraca/Bohmann 2016, 307f). Entsprechend beschreibt auch Felber seinen Alternativentwurf der Gemeinwohlökonomie als Verwirklichung von Freiheit, da sie Raum für eine, an den authentischen, autonom festgelegten Werten ausgerichtete Selbstentfaltung jenseits heteronomer Werte und Bedürfnisse schafft (2012, 176ff).

Ganz im Sinne der emanzipatorischen Denker der ersten Zeitphase liegt Freiheit in diesem Verständnis in tatsächlicher Selbstbestimmung in Unabhängigkeit von äußeren Zwängen. Eine solche Freiheit ist für die Denker innerhalb der kapitalistisch-industriellen Konsumgesellschaft nicht möglich. Zum Ausdruck kommt damit wiederum ein auf die positive Dimension fokussiertes Freiheitsverständnis, nach dem eine Handlung nicht schon frei ist, wenn sie in der äußeren Welt ausgeführt werden kann, ohne auf Widerstände zu stoßen, sondern die der Handlung zugrunde liegende

463 In der Summe weist diese Diagnose der unfreien Gegenwartsgesellschaft weitgehende Überschneidungen zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase auf (Kap. 7.3.5).

464 Bei Altvater und Dörre steht das Gerechtigkeitsmotiv im Vordergrund. Das Freiheitsmotiv kommt bei ihnen nicht explizit vor.

Absicht auf den freien eigenen Willen zurückgeht (vgl. dazu Honneth 2013, 58-61). Der Mensch kann nur frei sein, wenn er unabhängig von äußeren Zwängen seine Bedürfnisse und Lebensweise selbst bestimmen kann.

2) Neben der Verwirklichung von Freiheit sind die Alternativentwürfe der Autoren wesentlich über den Grundwert der Gerechtigkeit motiviert (Ott 2011, 62).⁴⁶⁵ Ausgangspunkt bildet wiederum die dementsprechende Kritik an der Gegenwartsgesellschaft. Dabei lassen sich drei Kritiklinien differenzieren. Erstens gilt die Diagnose der Ungerechtigkeit nach innen, wo soziale Ungleichheiten nicht überwunden werden und sich in letzter Zeit wieder verschärfen, Menschen entfremdete Lohnarbeit erbringen müssen, faktisch kein gleiches demokratisches Mitgestaltungsrecht haben und Wachstum auf der Ausbeutung der vor allem von Frauen erbrachten Reproduktionsarbeit beruht (Kap. 14.1.1). Die Diagnose der Ungerechtigkeit gilt zweitens nach außen, weil das kapitalistische Wachstum in den reichen Weltregionen systematisch und seinem Prinzip nach auf der Ausbeutung anderer Weltregionen beruht und somit der normativen Leitidee der Verwirklichung eines guten Lebens für alle entgegensteht (Kap. 14.1.1) Drittens gilt diese prinzipielle Ungerechtigkeit implizit auch in die Zukunft. Wenn der Kapitalismus einen inhärenten Wachstumszwang aufweist, aus intergenerativer Gerechtigkeitsperspektive aber der Ausstieg aus der Wachstumsdynamik erforderlich ist, muss eine kapitalistische Gesellschaft diese Norm ihrem Funktionsprinzip nach untergraben.

Entscheidend ist, dass diese Ungerechtigkeiten aus Sicht der Autoren in den Grundcharakteristika des Kapitalismus und seinen Machtverhältnissen wurzeln. Der Übergang zu einer Fundamentalalternative jenseits des Kapitalismus ist somit nicht nur aus ökologischer Perspektive, sondern auch für die Verwirklichung von Gerechtigkeit erforderlich. Spezifischer gilt diese gerechtigkeitsbefördernde Dimension v.a. für die folgenden Aspekte der Gegenentwürfe:

- die Überwindung bzw. Einhegung von Profitmotiv und Konkurrenzbedingungen als Quelle von Ausbeutung von Menschen und Umwelt, insbesondere im globalen Süden,

465 Im Vergleich zur Gesellschaftskritik der demokratischen Systemwechsel-Denker der ersten Phase zeigt sich eine Gewichtsverschiebung. In der ersten Phase dominiert v.a. die emanzipatorische Kritik an der unfreien Gesellschaft. Bei den meisten Autoren der zweiten Zeitphase steht hingegen die Perspektive der Gerechtigkeit, insbesondere der globalen Gerechtigkeit, und damit die Kritik an den aus Sicht der Autoren systemimmanenten Ausbeutungsverhältnissen des Kapitalismus, stärker im Vordergrund.

- die grundlegende Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse zur Überwindung der kapitalistischen Machtverhältnisse,
- die zentrale Stellung umfassender Umverteilungsmaßnahmen in den Gegenentwürfen der Autoren,
- die wirtschaftliche Schrumpfung bzw. Stagnation im globalen Norden zugunsten des globalen Südens,
- die umfassende Demokratisierung, die gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

Hinter diesen Motiven steht ein egalitär fokussiertes Gerechtigkeitsverständnis (vgl. dazu Hradil 2012), wie bereits Ott am Beispiel eines Beitrags von Muraca/Egan-Krieger herausgearbeitet hat (Ott 2011, 63). Demnach müssen alle Menschen auf der Welt den gleichen Zugang zu den Bedingungen für ein gutes und freies Leben haben. Dies findet sich als zentrales Leitmotiv explizit in vielen der untersuchten Beiträge (Brand/Wissen 2017, 176; Muraca 2015, 11, 26; 2015b, 105f; Schmelzer/Passadakis 2011, 11, 60; Schmelzer/Vetter 2020, 133; Felber 2012, 104). Beispielsweise legen Schmelzer/Passadakis dar, dass der Übergang zur skizzierten Postwachstumsökonomie von dem Ansinnen geleitet ist, einen „universalistischen Egalitarismus“ zu ermöglichen (2011, 90). Mit anderer Begrifflichkeit beschreibt Dörre „substanzielle Gleichheit“ als zentrales Ziel seines Gegenentwurfes (2020, 260; 2019, 25f). Der egalitaristische Zugang zeigt sich auch daran, dass starke materielle Umverteilung in nationaler und globaler Perspektive als wichtiger Selbstzweck dargestellt wird.⁴⁶⁶ Entsprechend grenzen sich einige Denker von Konzepten ab, die ökologische Transformation nicht mit der Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit verbinden (Dörre 2011, 27; Brand/Wissen 2017, 36f, 167f; Muraca 2015, 29; 2015b, 104f).⁴⁶⁷

3) Drittens und in Zusammenhang mit den vorherigen beiden Punkten kommt in den Beiträgen das Motiv zum Ausdruck, dass die entwickelten Alternativentwürfe bessere Bedingungen für eine glücklichere bzw. zufriede-

466 Altvater 2010, 246; Felber 2012, 104; Muraca 2015, 29; Brand/Wissen 2017, 176; Dörre, 2020, 260; 2019, 25f; Schmelzer/Passadakis 2011, 84, 86.

467 Eine explizite Abwägung zum Grundwert der Freiheit findet sich bei Felber. Demnach ist Gleichheit im Sinne des gleichen Rechts aller Mensch auf Leben, Chancen und Freiheiten der prioritäre Wert gegenüber dem Wert der individuellen Freiheit. Individuelle Freiheit sei wichtig, aber wichtiger sei das gleiche Recht aller auf Freiheit. Deshalb sei Freiheit ein relatives, Gleichheit aber ein absolutes Prinzip. (2012, 104)

denere Gesellschaft ermöglichen.⁴⁶⁸ Aus dieser Perspektive unterminiert die Gegenwartsgesellschaft die Bedingungen für ein gutes Leben. Dies hängt einerseits mit den vorherigen beiden Punkten zusammen, geht aber darüber hinaus. Wie dargestellt, kultiviert die Gegenwartsgesellschaft aus Sicht der Autoren Werte wie Konkurrenz, Statuswettbewerb, Leistungsstreben, Leistungsdruck, Selbststeigerung und Egoismus und bringt entsprechende Subjektivitäten hervor. Dies führt aus ihrer Perspektive einerseits dazu, dass viele der individuellen Ansprüche und Erwartungen frustriert werden. Andererseits folgt für sie daraus eine unsolidarische und unsoziale Gesellschaft, die grundlegende Bedürfnisse, z.B. nach Gemeinschaftserfahrung, Kooperation und Vertrauen, unterminiert (Kap. 14.1). Mit spezifischem Blick auf den Aspekt des Statuswettbewerbs bemerkt z.B. Muraca, dass „wir in [...] Tretmühlen des Glücks gefangen [sind], weil Glückversprechen Unzufriedenheit stiften. Denn je mehr wir haben, desto mehr wollen wir; je schneller wir uns bewegen können, desto öfter und weiter fahren wir; je höher wir in der sozialen Treppe aufsteigen, desto weiter verschiebt sich die Messlatte für soziale Anerkennung und Prestige“ (2015, 69f). Glück aber hänge, was sie auf die reichen Industrienationen bezieht, nicht primär von materiellen Bedingungen ab (ebd., 70). Gerade die Befreiung von Wachstumszwängen würde die Chance für eine glücklichere Gesellschaft bieten (ebd.). Entsprechend geht Altwater in Anlehnung an Fromm davon aus, dass die Menschen glücklicher würden in einer „an den Bedürfnissen orientierten, solidarischen und demokratisch-partizipatorischen Wirtschaft und Gesellschaft, in der das Verhältnis zur Natur nicht ausbeuterisch und daher zerstörerisch, sondern kooperativ als Allianz gestaltet ist“ (2010, 152).

Offensichtlich steht hinter dieser Position eine spezifische Idee des guten Lebens, die sich von den in der Gegenwartsgesellschaft kultivierten Werten und Zielen abgrenzt. Verbindende Elemente dieser Vorstellungen des guten Lebens sind v.a. Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gemeinschaftlichkeit, Zeitwohlstand, Selbstbestimmung als Abwesenheit von Fremdbestimmung, sinnstiftende und selbstbestimmte Arbeit, Postmaterialismus, intakte Umwelt (siehe z.B. Felber 2012, 108, 117f; Altwater 2010, 152; Brand 2018, 99ff; Schmelzer/Passadakis 2011, 11; Schmelzer/Vetter 2020, 142; Muraca 2015, 69ff).

468 Felber 2012, 108, 117f; Brand 2018, 100f; Schmelzer/Passadakis 2011, 24; Dörre 2020, 256; Muraca 2015, 70; Altwater 2010, 152.

In der Summe zeigt sich, dass die Gegenentwürfe neben ökologischen Erwägungen durch weitere Motive wie die Verwirklichung von Freiheit, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und den Möglichkeiten eines guten Lebens für alle geprägt sind (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 261). Gut zum Ausdruck kommt diese breite Perspektive auch in der Kritik einiger Autoren an aus ihrer Sicht verengten Transformationsverständnissen. Brand/Wissen sehen eine Dominanz verkürzter Transformationsperspektiven, die auf die Fragen der ökologischen Modernisierung beschränkt bleiben, aber „klassische Fragen gesellschaftlicher Transformation, nämlich jene nach Gerechtigkeit, einem guten Leben für alle und der Zurückdrängung von Macht und Herrschaft“ weitgehend ausblenden (2017, 32f; entspr. Schmelzer 2014, 18; Muraca 2015, 61, 63). Demgegenüber geht es den hier behandelten Autoren, wie Muraca (2015, 11f, 26) und Schmelzer/Vetter (2020, 133, 136f) explizit deutlich machen, jenseits der ökologischen Gefahrenabwehr um die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision. Die ökologische Krise wird damit zur Chance für eine fundamentale Gesellschaftstransformation.

Damit lässt sich im Vergleich zu Denkern wie Peukert und Kern ein genereller Zusammenhang beschreiben, der bereits in der ersten Zeitphase v.a. im Vergleich der demokratischen Systemwechsel-Positionen mit Autoren wie Jonas und Gruhl gezeigt werden konnte. Wenn der Ausweg aus der ökologischen Krise mit der Verwirklichung einer gesellschaftlichen Positivvision verbunden wird, folgen daraus andere Gegenvorschläge als bei einem engeren Fokus auf die Bearbeitung der ökologischen Krise. Dieser Zusammenhang zwischen einer breiten, über die ökologische Dimension hinausgehenden Krisendiagnose und der daraus folgenden Einbettung des ökologischen Alternativentwurfs in eine umfassende Transformationsperspektive wird auch in anderen Arbeiten hervorhoben (Adler/Schachtschneider 2010, 261f; Petschow et al. 2018, 19f). Dies legt zugleich den Schluss nahe, dass die ökologische Krise im Denken der hier behandelten Autoren ein wichtiges strategisches Moment darstellt, um die auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten ungeliebte kapitalistische Gegenwartsgesellschaft zu überwinden.

Fokus auf das Wünschenswerte

Damit ist bereits ein weiterer Aspekt angesprochen, der ausschlaggebend für die Positionierung der hier behandelten Autoren ist. Ihrem Denken liegt ein perspektivischer Fokus auf das aus ihrer Sicht Wünschenswerte bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Dimension des realpolitisch Machbaren zugrunde. Dieser Aspekt wird in einigen Beiträgen insofern reflektiert, als dass die Alternativentwürfe in Anlehnung an Bloch als „konkrete Utopie“ oder „Realutopie“ bezeichnet werden (Altvater 2005, 217; Muraca 2015, 17-24; Schmelzer/Vetter 2020; Felber 2020, 163). Mit diesen Begriffen, so die naheliegende Interpretation, wollen sich die Autoren jenseits der mobilisierenden und als Ideal die Wirklichkeit orientierenden Wirkung des Utopischen:

- einerseits von einem rein utopischen Denken, in dem der Alternativentwurf explizit ein nicht erreichbarer Ort ist, abgrenzen und
- andererseits auf den utopischen Überschuss ihrer Gegenentwürfe in dem Sinne hinweisen, dass deren unmittelbare Umsetzung aus gegenwärtiger Perspektive nicht greifbar bzw. auf nicht gegebene Voraussetzungen angewiesen ist.

Die große Leerstelle in den Beiträgen ist somit die Dimension der realpolitischen Umsetzbarkeit und damit die Frage, wie sich die Gegenentwürfe der Autoren unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen verwirklichen lassen. Ausdruck dessen ist z.B., dass die Frage nach dem Prozess des Wandels weitgehend unbeantwortet bleibt bzw. die diesbezüglichen Vorstellungen auf sehr starken Voraussetzungen beruhen (Kap. 14.3). Damit lässt sich, insbesondere im Vergleich zu den realpolitisch ausgerichteten Exponenten des grünen Wachstums eine Erkenntnis festhalten, die bereits mit Blick auf die erste Hochphase konstatiert wurde: Je nach perspektivischem Fokus ergeben sich unterschiedliche öko-politische Schlussfolgerungen.

Optimistisches Menschen- und Bürgerbild

Zuletzt stellt das optimistische Menschen- und Bürgerbild der Autoren eine wichtige Prämisse ihrer Alternativentwürfe dar. Dabei sind die zentralen Annahmen deckungsgleich zu den demokratischen Systemwechsel-Denkern der ersten Zeitphase:

- 1) Die defizitären Züge der gegenwärtig vorherrschenden Subjektivität (v.a. Egoismus, Materialismus, Konkurrenzdenken, Leistungs- und Steigerungsorientierung) sind keine generellen Wesenszüge des Menschen, son-

den Folge von Subjektivierungsprozessen unter kapitalistischen Bedingungen (Kap. 14.1.2).

2) Im Rahmen grundlegend veränderter struktureller und kultureller Rahmenbedingungen ist ein tiefgreifend veränderter Mensch möglich, der sich u.a. durch Solidarität, Verantwortlichkeit, Gemeinwohlorientierung, Empathie, Genügsamkeit und Umweltbewusstsein auszeichnet. Bei den meisten Autoren steht diese optimistische Annahme implizit hinter den Gegenentwürfen. Explizit reflektiert wird sie bei Felber. Wie der Mensch ist, so Felber, hänge in erster Linie von seiner Sozialisation ab. Heutzutage seien die Menschen gierig, eigennützig und konkurrenzorientiert, weil sie in den gegebenen Strukturen und der vorherrschenden Kultur entsprechend geprägt würden. So wie der Mensch unter kapitalistischen Bedingungen aber Konkurrenz- und Eigennutzorientierung kulturell gelernt hätte, könne er auch Empathie, Kooperation, Solidarität und Großzügigkeit erlernen, insofern das Wirtschaftssystem entsprechendes Verhalten belohne und Erziehung und Bildungssystem entsprechend ausgerichtet würden. Dies gelte umso mehr, als der Mensch seinem Wesen nach ein zu Kooperation neigendes, hilfsberechtigtes und empathisches soziales Wesen mit intuitivem Gerechtigkeitsempfinden sei (2012, 14, 169, 174). Die hier behandelten Denker gehen also von der Möglichkeit eines tiefgreifend veränderten Menschen als Grundlage für die anvisierten Gesellschaftsvisionen aus.⁴⁶⁹

3) Der Bürger ist grundsätzlich beteiligungswillig und zeigt sich in dieser Beteiligung tugendhaft in dem Sinne, dass er sich an den (langfristigen) Gemeinwohlerfordernissen orientiert und dafür kurzfristige materielle Einbußen in Kauf nimmt.

469 Implizit steht hinter den Gegenentwürfen aber auch die Annahme, dass sich der Mensch nicht erst in veränderten Strukturen und davon ausgehend, in einer anderen Kultur zum Besseren wenden kann. Voraussetzung für die erforderlichen strukturellen Veränderungen ist, wie beschrieben, eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung, die entgegen ihren eigenen kurzfristigen materiellen Interessen für eine solidarische, kooperative und verantwortliche Wirtschaftsweise kämpft. Eine Vielzahl von Menschen muss sich also zumindest teilweise von der kapitalistischen Subjektivität emanzipieren, bevor dafür förderliche strukturelle und kulturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden. Selbstveränderung ist demnach die Voraussetzung für Gesellschaftsveränderung.

14.5 Zusammenfassung

Die hier behandelte Grundposition des ökologisch-politischen Denkens sieht eine generelle Unvereinbarkeit zwischen Kapitalismus und ökologischer Nachhaltigkeit. Diese ergibt sich aus dem unterstellten systemimmanenten Wachstumszwang des Kapitalismus, der mit dem erforderlichen Wachstumsstopp konfligiert. Neben dem Wachstumszwang sehen die Denker weitere Eigenschaften des Kapitalismus, insbesondere einen Zwang zur Externalisierung ökologischer und sozialer Folgekosten, welche die ökologische Krise maßgeblich mit hervorbringen. Des Weiteren wird die vom Kapitalismus geprägte Gegenwartskultur als wichtige Krisenursache adressiert. Demnach haben sich die Subjekte an die Systemzwänge des Kapitalismus angepasst, was sich in Werten wie Konsumismus, Egoismus, Konkurrenzdenken, Selbststeigerung oder einem instrumentellen Naturverhältnis ausdrückt. Als dritte wichtige Krisenursache wird der Staat thematisiert, der einerseits aufgrund ungleich verteilter Einflusspotenziale in erster Linie ein Instrument zur Umsetzung hegemonialer kapitalistischer Verwertungsinteressen darstellt und andererseits aufgrund vielfältiger Wachstumsabhängigkeiten selbst ein genuines Wachstumsinteresse aufweist.

Mit Blick auf die Alternativentwürfe lassen sich vier Positionen unterscheiden. Der zentralistische Öko-Sozialismus verbindet zentralisierte Wirtschaftsplanung mit der weitgehenden Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung der Unternehmen. Der dezentralisierte und demokratisierte Öko-Sozialismus sieht eine Kombination aus dezentraler und zentraler Wirtschaftsdemokratie, die teilweise bis weitgehende Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Unternehmen sowie die radikale Demokratisierung des Staates vor. Die dritte Stoßrichtung lässt sich als Öko-Kommunalismus beschreiben und teilt viele Motive des dezentralisierten und demokratisierten Öko-Sozialismus. Es wird aber ausgehend von einer prinzipiellen Staatsskepsis für weitergehende dezentrale Autonomie plädiert, wodurch direkt-demokratische Strukturen ermöglicht werden sollen. Die vierte Position der Gemeinwohlökonomie zielt nicht auf Wirtschaftsdemokratie und Überwindung des Privatbesitzes an Unternehmen, sondern will Profitmotiv und Konkurrenz durch eine Veränderung der marktwirtschaftlichen Anreizstrukturen überwinden. Dadurch soll die unternehmerische Rationalität auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden, um so eine ethische, nicht-kapitalistische Marktwirtschaft zu verwirklichen.

In den untersuchten Beiträgen werden nur sehr schemenhafte Vorstellungen vom Prozess des Wandels entwickelt. Die Autoren setzen auf die kritische Zivilgesellschaft, aus der eine heterogene und breite soziale Bewegung hervorgehen soll. Diese setzt sich v.a. aus zeitgenössischen Protest- und Alternativbewegungen zusammen. Als wichtiger Transformationsakteur werden zudem die Gewerkschaften beschrieben. Transformationsstrategisch soll sich diese Gegenbewegung einerseits in demokratische Mehrheiten im bestehenden Institutionensystem übersetzen, andererseits einen dezentralen Neuaufbau in gesellschaftlichen Nischen leisten, der dann durch staatliches Handeln verallgemeinert werden kann. Hier zeigt sich eine ambivalente Haltung zum Staat dergestalt, dass der teilweise fundamentalen Staatskritik eine starke Angewiesenheit auf den Staat als Steuerungssubjekt gegenübersteht. Lediglich in Muracas öko-kommunistischer Perspektive deutet sich die Lesart an, dass die erforderlichen Veränderungen jenseits des Staates zu vollziehen sind. Unabhängig davon soll die zivilgesellschaftliche Gegenbewegung auch maßgeblicher Treiber des geforderten Kulturwandels sein. Weitgehend unklar bleibt, wie sich der Basisimpuls in demokratische Mehrheiten übersetzen soll. Bei einigen Denkern liegt der Fokus auf außerparlamentarischer Opposition, während andere auf den Weg über linke Parteien setzen.

Bezüglich der erklärenden Hintergrundannahmen ist zwischen dem zentralistischen Öko-Sozialismus und den drei weiteren Positionen zu unterscheiden. Ersterer ist primär Instrument zur akuten Gefahrenabwehr und ergibt sich für die Denker als schiere Notwendigkeit aus einer besonders drastischen und pessimistischen Kriseneinschätzung. Hinzu kommt eine stark etatistische Grundhaltung. Demgegenüber weisen die Gegenentwürfe der drei weiteren Positionen einen utopischen Gehalt dergestalt auf, dass sie der Verwirklichung einer im umfassenden Sinne besseren, weil v.a. freieren und gerechteren Gesellschaft dienen sollen. Hinter diesem Ansinnen stehen spezifische Ideen des guten Lebens, von Freiheit und Gerechtigkeit. Zudem fußen die Entwürfe auf einem sehr optimistischen Menschen- und Bürgerbild, wonach der Mensch in anderen Rahmenbedingungen solidarisch, kooperativ, postmateriell, gemeinwohlorientiert und beteiligungswillig sein kann.

15 Zwischenfazit und Vergleich der beiden Zeitphasen

Seit den späten 2000er-Jahren lässt sich eine zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens verzeichnen. Wie bereits in der ersten Hochphase ist der geteilte Ausgangspunkt der untersuchten Denker und Denkerinnen die Wahrnehmung einer existenziellen ökologischen Krise, die das zukünftige Wohlergehen menschlicher Gesellschaften grundlegend infrage stellt. Die Krisenwahrnehmung ist dabei in der Gesamtschau weniger apokalyptisch als in der ersten Zeitphase (vgl. entspr. Stein 2016, 218). Stein führt als einen wichtigen Erklärungsfaktor an, dass die prophezeiten Katastrophenszenarien der 1970er- und 80er-Jahre nicht eingetreten sind (2016, 218). Als weiterer Erklärungsfaktor lässt sich die ausgereifere wissenschaftliche Erkenntnislage nennen, welche die Krisenfolgen im Hinblick auf ihr zeitliches und räumliches Eintreten genauer beschreiben kann. Dennoch zeigen sich gerade in den letzten Jahren wieder zunehmend apokalyptische Krisenbeschreibungen (vgl. besonders ausgeprägt bei Kern 2019, Peukert 2021). Verschiebungen zeigen sich auch bezüglich der adressierten Krisensymptome. Diesbezüglich kommt in der zweiten Phase eine abnehmende Bedeutung der Rohstoff- und Ressourcenproblematik gegenüber den sogenannten Senkenproblematiken zum Ausdruck. Dies deckt sich mit der generellen Entwicklung der Umwelt- und Nachhaltigkeitsdebatte (Steurer 2002, 343; Grunwald/Kopfmüller 2012, 21f) und lässt sich auf die jeweils vorherrschende wissenschaftliche Erkenntnislage zurückführen.

Auch im neueren ökologisch-politischen Denken besteht Einigkeit, dass die bisherige Form wirtschaftlichen Wachstums in den reichen Industrienationen an ökologische Belastungsgrenzen stößt. Stark divergent sind hingegen die Schlussfolgerungen, die daraus für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gezogen werden (vgl. entspr. Ott 2011, 55f; Kaven 2015, 14). Diese reichen von einer massiven ökonomischen Schrumpfung bis zur optimistischen Perspektive der Vereinbarkeit weiteren Wachstums und ökologischer Nachhaltigkeit durch grünes Wachstum. Dazwischen finden sich weitere Positionen wie die Forderung nach einem Wachstumsstopp oder nach einem Zielfokus auf Wachstumsunabhängigkeit. Diese divergenten Perspektiven lassen sich v.a. auf optimistische und pessimistische Einschätzungen des technologischen Innovationspotenzials zurückführen. Bei vielen wachstumsskeptischen Positionen tritt zudem neben die ökologische eine in verschiedener Radikalität vorgetragene soziale Wachstumskritik. Kleinsten gemeinsamen Nenner ist die Auflösung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität. Auch in der zweiten

Zeitphase stellt die Wachstumsfrage eine Kontroverse von übergeordneter Bedeutung für die Ausdifferenzierung des ökologischen-politischen Denkens dar, da diesbezügliche Positionierungen stark präformierend auf die jeweiligen öko-politischen Alternativentwürfe wirken. Die Gewichtung zwischen wachstumspessimistischen und optimistischeren Positionen ist in der zweiten Zeitphase ausgewogener, was sich in die generelle Entwicklung der ökologischen Wachstumsdebatte einfügt (vgl. dazu Huber 1993, 51; Steurer 2002, 235).

Ausgehend davon entfaltet sich auch im neueren ökologisch-politischen Denken ein sehr heterogenes Feld an Antworten auf die ökologische Krise (vgl. entspr. Ott 2011; Adler/Schachtschneider 2010; Schmelzer 2014; Wendt/Görgen 2020, 22; Kaven 2015, 165). Im Hinblick auf die institutionelle Dimension der Alternativentwürfe lassen sich folgende Grundpositionen unterscheiden:

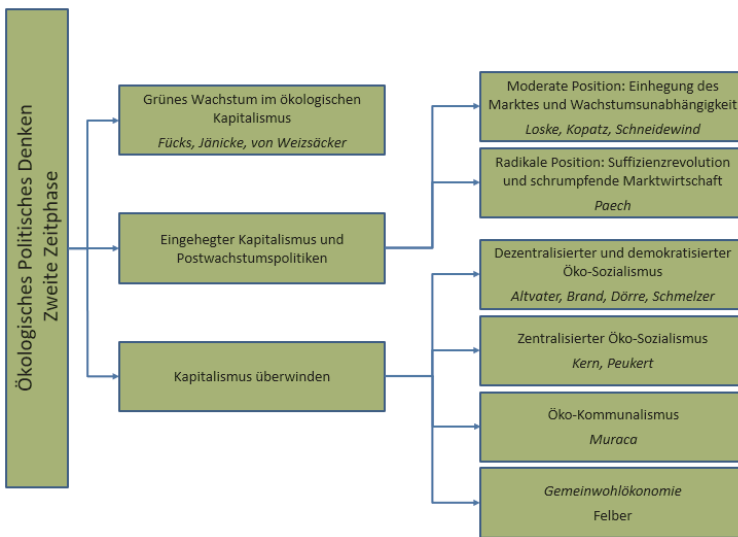


Abb. 3: Grundpositionen im neueren ökologischen politischen Denken

Diese Differenzierung weist Schnittmengen zu weiteren Systematisierungsversuchen in der Sekundärliteratur auf. Adler/Schachtschneider unterscheiden in ihrer Untersuchung ökologischer Transformationskonzepte der späten 1990er- und 2000er-Jahre drei übergeordnete Grundpositionen: „Modernisierung im System“, „Fundamentaler Systemwechsel“ sowie die

Zwischenposition „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“ (2010). Diese Dreiteilung sowie die diesbezüglichen Abgrenzungskriterien (v.a. 2010, 16f) decken sich weitgehend mit der oben dargestellten Dreiteilung. Dabei entspricht die Position des ökologischen Kapitalismus der Modernisierungsperspektive, die antikapitalistische Position der Systemwechsel-Perspektive sowie die Zwischenposition des eingehegten Kapitalismus der Perspektive „Phasenwechsel mit offenem Ausgang“. Diesen Schnittmengen entsprechend werden einzelne Denker, die in beiden Untersuchungen behandelt werden, deckungsgleich in der dreigliedrigen Denklandschaft verortet (Paech, Brand, von Weizsäcker, Jänicke, Kern). Innerhalb der drei Meta-Gruppen behandeln Adler/Schachtschneider eine Vielzahl einzelner Positionen, die aber nicht mehr zu übergeordneten Kategorien zusammengefasst werden. Folglich ist unterhalb der übergeordneten Dreiteilung kein Vergleich möglich.

Ein weiterer Systematisierungsansatz findet sich bei Ott. Er unterscheidet vier „Trajektorien“, die unterschiedliche Antworten auf die Konfrontation mit den Grenzen des Wachstums geben: die v.a. von Meinhard Miegel vertretene wertkonservative Wachstumskritik, die Perspektive der Effizienzrevolution, die Position eines grünen Gesellschaftsvertrags und die Position Degrowth/Neue Linke (Ott 2011). Überträgt man diese Einteilung auf die vorliegende Untersuchung, deckt sich die Position des grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus mit Otts Trajektorie der Effizienzrevolution. Dies gilt gleichsam für die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus und Otts Trajektorie Degrowth/Neue Linke.⁴⁷⁰ Die von Ott behandelte konservative Wachstumskritik von Miegel wurde in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt. Schwierig ist die Verortung von Otts Trajektorie des grünen Gesellschaftsvertrags, da die konkreten Abgrenzungskriterien dieser Trajektorie weitgehend offenbleiben. Am ehesten zeigen sich Schnittmengen zur moderaten Position des eingehegten Kapitalismus in Verbindung mit Postwachstumspolitik. Diese beziehen sich v.a. auf die moderate Wachstumsskepsis und das daraus hervorgehende Setzen auf eine Kombination von Effizienz-, Suffizienz- und Konsistenzstrategien (vgl. Ott 2011, 60f).

Zuletzt hat Schmelzer eine Systematisierung des wachstumskritischen Denkens seit der Wiederbelebung der Wachstumskritik ab Mitte der 2000er-Jahre vorgelegt (2014). Er unterscheidet zwischen konservativer,

470 Different ist die Verortung von Paech, was bereits an anderer Stelle diskutiert wurde (Kap. 13.2.2.2)

sozialreformerischer, suffizienzorientierter, kapitalismuskritischer und feministischer Wachstumskritik (2014, 18f). Die Vergleichbarkeit zur vorliegenden Arbeit ist sehr begrenzt, da Schmelzer seiner Einteilung keinen institutionellen Fokus zugrunde legt. Eben vor dem Hintergrund dieses institutionellen Fokus wurden im vorliegenden Zusammenhang die konservative Wachstumskritik von Miegel sowie die feministische Wachstumskritik nicht als eigenständige Strömungen behandelt, da diese keine umfassenderen distinkten Institutionalisierungsansätze entwickeln. Wo sich Schmelzers Differenzierung auf die vorliegende Arbeit übertragen lässt, ist in der Unterscheidung zwischen sozialreformerischer, suffizienzorientierter und kapitalismuskritischer Wachstumskritik. Offensichtlich deckt sich die identifizierte Position „Kapitalismus überwinden“ mit Schmelzers kapitalistischer Wachstumskritik. Entsprechend zeigen sich weitreichende Überschneidungen zwischen dem reformerischen Ansatz bei Loske, Kopatz und Schneidewind zu Schmelzers sozialreformerischer Wachstumskritik. Auch die stärker auf Suffizienz und lokale Selbstversorgung gerichtete Schwerpunktsetzung bei Paech wird bei Schmelzer abgebildet, der Paech als maßgebliche Vertreter einer solchen suffizienzorientierten Wachstumskritik nennt.

Dort wo die Vergleichbarkeit gegeben ist, deckt sich die vorgenommene Differenzierung somit weitgehend mit anderen Systematisierungsansätzen. Gleichzeitig geht sie über diese Ansätze hinaus, da sie das Feld des ökologischen politischen Denkens tiefgreifender ausdifferenziert. Vergleicht man nun das Spektrum der im neueren ökologischen politischen Denken vertretenen Positionen mit der Denklandschaft der 1970er- und 80er-Jahre fällt grundsätzlich auf, dass die Radikalität der Alternativentwürfe in der Gesamtschau abnimmt (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 315). Während in der ersten Hochphase mit Ausnahme von Eppler alle untersuchten Denker einen fundamentalen Systemwechsel einfordern, gewinnen reformorientierte Ansätze in der zweiten Hochphase an Bedeutung. Die Radikalität der Infragestellung des Status quo hängt dabei auch im neueren Diskurs eng mit der Einschätzung der ökologischen Krise und daraus hervorgehend der Positionierung in der Wachstumsfrage zusammen. In beiden Phasen fordern v.a. wachstumspessimistische Denker einen Systemwechsel, während wachstumsoptimistischere Autoren eine Perspektive der Modernisierung im System einnehmen. Dies kann auch die Gewichtsverschiebung zwischen beiden Phasen bezüglich der Radikalität der Positionen erklären, da der Wachstumspessimismus in der ersten Phase stärker ausgeprägt ist.

Fällt der Blick nun konkreter auf das Spektrum der vertretenen Positionen, zeigen sich deutliche Kontinuitäten aber auch substantielle Verschiebungen. Die Kontinuitäten beziehen sich vor allem auf folgende Punkte:

1) In beiden Zeitphasen stehen sich im ökologischen politischen Denken Positionen der fundamentalen Systemkritik und der Modernisierung im System gegenüber.

2) In beiden Phasen wird prominent die demokratische Systemwechsel-Perspektive vertreten, welche die Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus mit dem Streben nach radikaler Demokratisierung verbindet. Zentrale Forderungen wie die nach Wirtschaftsdemokratie, umfassender Bürgerbeteiligung, Veränderung der Eigentumsverhältnisse, nach Dezentralisierung und mehr sozialer Gerechtigkeit bleiben im Zeitverlauf konstant. Dies gilt auch für das Setzen auf zivilgesellschaftliche, gegen den Kapitalismus gerichtete Basisbewegungen als maßgebliche Transformationsakteure. Zudem ziehen sich wichtige Trennlinien innerhalb dieser Position, wie die Frage nach dem Ausmaß dezentraler Autonomie, dem angedachten Verhältnis von Planwirtschaft, Marktwirtschaft und alternativen Wirtschaftsformen oder nach der Rolle des Staates als Transformationsinstrument durch beide Zeitphasen fort. Dementsprechend konnte in beiden Phasen ein Spektrum von öko-sozialistischen bis öko-kommunistischen Positionen identifiziert werden.⁴⁷¹

3) Es zeigen sich weitreichende Kontinuitätslinien zwischen der auf die Modernisierung im System fokussierten Position von Eppler und den Grundpositionen der zweiten Zeitphase. Sowohl die Position des ökologischen Kapitalismus als auch die Zwischenposition um Loske, Schneidewind und Kopatz ist im Denken von Eppler angelegt. Eppler fokussiert auf die ökologische Rahmung der kapitalistischen Marktwirtschaft, entwirft

471 Es lassen sich aber auch Veränderungen bezüglich der Motive und Topoi in dieser Strömung identifizieren. Auf die meisten dieser Spezifika wurde bereits hingewiesen. Erstens spielt die in der ersten Phase v.a. bei Strasser und Amery wichtige Kritik an der arbeitsteiligen industriellen Produktionsweise in der zweiten Phase keine zentrale Rolle mehr. Zweitens ist das ökologische Dezentralisierungsdenken in der ersten Phase ausgeprägter. Drittens ist die Forderung nach einem Übergang zu planwirtschaftlichen Strukturen in der ersten Zeitphase weiter verbreitet. Viertens stellt die Kontroverse um die Rolle der Arbeiterbewegung als Transformationssubjekt ein Spezifikum der ersten Zeitphase dar. Fünftens lässt sich in Bezug auf die normative Ausgangsbasis eine Verschiebung von freiheitlich-emanzipativen Motiven in der ersten Phase zu einem stärkeren Fokus auf globale Gerechtigkeit in der zweiten Phase feststellen.

aber gleichzeitig Politiken, die auf den Abbau von Wachstumszwängen zielen. Ersteres bildet den Kern der Entwürfe des ökologischen Kapitalismus, Letzteres steht im Zentrum der Position der reformorientierten Wachstumskritiker.

4) In beiden Zeitphasen findet sich eine öko-politische Denkströmung, die stark auf die Zentralisierung von Entscheidungsmacht setzt. In der ersten Zeitphase bezieht sich das auf die öko-autoritären Denker, in der zweiten Zeitphase auf die Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus. Bei Peukert deuten sich dabei auch wieder Entdemokratisierungstendenzen an („Kommandozentralen“). In beiden Zeitphasen wird deutlich, dass eine im Vergleich besonders pessimistische bis apokalyptische Kriseneinschätzung in Verbindung mit einer etatistischen Grundhaltung zentralistische Schlussfolgerungen befördert.

Diesen Kontinuitäten stehen einige substantielle Verschiebungen im Spektrum der vertretenen Positionen gegenüber:

1) Offen öko-autoritäre Ansätze finden sich nur in der ersten Phase. Auf dieses Verschwinden bzw. die Marginalisierung öko-autoritärer Ansätze nach der Frühphase des ökologisch-politischen Denkens haben auch andere Arbeiten, sowohl mit Blick auf den deutschsprachigen als auch den englischsprachigen Diskurs, hingewiesen (Huber 1993, 55; Stein 1998, 202; Dryzek 1997, 33; Carter 2001, 42, 65). Für diese Entwicklung können verschiedene Erklärungsansätze angeführt werden. Bei Carter findet sich der Erklärungsansatz, dass der Öko-Autoritarismus v.a. der in den 1970er-Jahren besonders apokalyptischen Krisenwahrnehmung geschuldet ist (2001, 42, 65). Als weiterer Erklärungsfaktor kann die in der ersten Phase gegebene Präsenz einer autoritären Alternative inmitten Europas angeführt werden (Huber 1993, 55). Wie gezeigt, beziehen sich Jonas, Gruhl und Harich allesamt affirmativ auf das Modell der realsozialistischen Staaten. Im Zusammenhang damit lässt sich für die 1970er-Jahre eine viel offener geführte Systemdebatte als weiterer potenzieller Erklärungsfaktor nennen. Darüber hinaus kann auch die sich im Zeitverlauf einstellende Evidenz, dass autoritäre Systeme keine ambitionierteren Reaktionen auf die ökologische Krise hervorbringen als demokratische Staaten, diese Marginalisierung plausibilisieren. Im Gegenteil erweisen sich Demokratien in der Realität als ökologisch leistungsfähiger (Buchstein 2012, 8ff). So hat beispielsweise Hans Jonas seine Abkehr von der öko-autoritären Position begründet (Kap. 6).

2) Öko-spiritualistisch geprägte Positionen wie die des späten Bahros finden sich in der zweiten Zeitphase nicht mehr. Dies fügt sich ein in die

allgemeine Entwicklung der Ökologiedebatte: In Kapitel 8 wurde herausgearbeitet, dass öko-spiritueller Denken in den 1970er- und 80er-Jahren sowohl im deutschen als auch im internationalen Kontext eine prominente Stellung in der Ökologiedebatte einnahm. In der neueren Umweltdebatte spielen öko-spiritueller Positionen hingegen nur noch eine marginalisierte Rolle.⁴⁷²

3) Neu hinzu kommt in der zweiten Zeitphase die wachstumskritische, aber reformorientierte Position des einhegten Kapitalismus. In der ersten Phase findet sich diese Verbindung der Forderung nach einem Ausstieg aus der Wachstumsdynamik, ohne den Kapitalismus grundlegend infrage zu stellen, nicht als eigenständige Position. Sie ist bei Eppler zwar angelegt, wird aber erst von den Denkern der zweiten Zeitphase zu einem umfassenden Ansatz ausgearbeitet.

4) Zudem findet sich in der ersten Phase keine offensive und wachstums-optimistische Affirmation des Kapitalismus, wie sie in der zweiten Zeitphase von den Denkern des ökologischen Kapitalismus, insbesondere von Ralf Fücks, vertreten wird.

In der Summe ist festzuhalten, dass zwischen erster und zweiter Phase einerseits mit dem offenen Öko-Autoritarismus und Bahros spiritualistischem Grenzgang zwischen Autoritarismus und Anarchismus zwei Extrempositionen verschwinden. Andererseits bleibt ein Spektrum zwischen anti-kapitalistischem Systemwechsel und ökologischer Modernisierung erhalten und differenziert sich in der zweiten Zeitphase weiter aus.

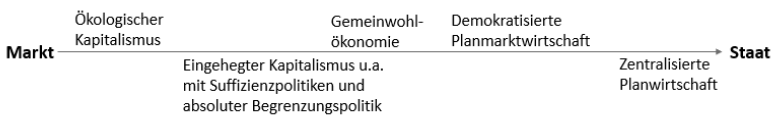
Welche Trennlinien kennzeichnen das ökologische politische Denken der zweiten Zeitphase? Diese beziehen sich neben der Wachstumskontroverse wiederum auf die kausale Begründung der ökologischen Krise, die Alternativentwürfe sowie die Vorstellungen vom Prozess des Wandels. Bezüglich der Alternativentwürfe werden auch im neueren Diskurs die drei Bereiche Wirtschaft, politisches System/Staat und Kultur als prioritäre Transformationsgegenstände adressiert, wobei sich die Gewichtung etwas verschiebt (vgl. Kap. 11.2).

Im Hinblick auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft steht, neben der bereits genannten Wachstumskontroverse, auch in der zweiten Zeitpha-

472 Das bedeutet nicht, dass öko-spiritueller und tiefenökologischer Denken in der zweiten Phase gänzlich verschwunden sind. Ausdruck dessen sind im deutschen Sprachraum z.B. das Tiefenökologie-Netzwerk oder das Holon-Institut. Wichtige Bezugspunkte sind v.a. die Schriften von Joana Macy (z.B. *Hoffnung durch Handeln* (2014), *Für das Leben! Ohne Warum* (2017)).

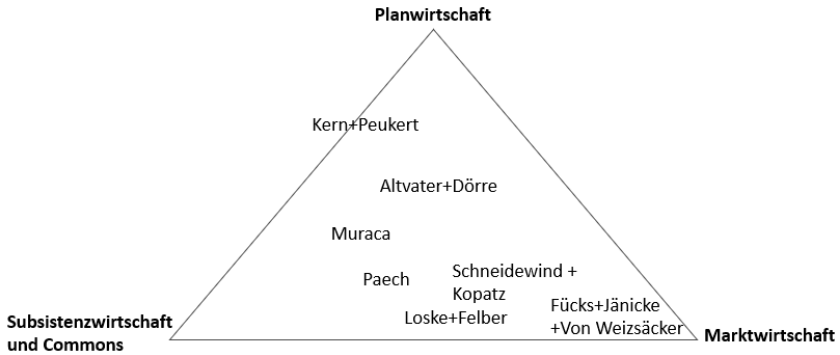
se die Frage nach dem zukünftigen Wirtschaftssystem und insbesondere der Zukunft des Kapitalismus im Vordergrund (vgl. entspr. Wendt/Görgen 2020, 23; Kaven 2015, 13f). Die Systemwechsel-Denker halten diesen insbesondere aufgrund des unterstellten systemimmanenten Wachstumszwangs für nicht zukunftsfähig. Die vorgebrachten Alternativen lassen sich in Anlehnung an Leopold (2005, 11) näherungsweise in eine staatssozialistische Zentralplanwirtschaft (Kern, Peukert), eine demokratisierte und dezentralisierte sozialistische Planmarktwirtschaft (v.a. Dörre, Altvater, Schmelzer), eine dezentral-selbstverwaltete sozialistische Markt- und Tauschwirtschaft (Muraca) sowie die Gemeinwohlökonomie von Felber differenzieren. Diese Bezeichnungen sind heuristische Annäherungen, da sich in den Beiträgen zum Teil nur sehr schemenhafte Beschreibungen finden. Bei all diesen Fundamentalalternativen ist die Ausweitung der Tausch- und Subsistenzwirtschaft vorgesehen. Der Systemwechsel-Perspektive gegenüber hält die Position des ökologischen Kapitalismus an diesem fest und sieht dessen Innovationskapazität, die sich aus dem Gewinnstreben privater Unternehmen unter Konkurrenzbedingungen ergibt, als zentrales Vehikel für die ökologische Transformation. In der Zwischenposition bei Loske, Kopatz, Schneidwind und Paech wird der Kapitalismus einerseits durch kooperativ- und subsistenzwirtschaftliche Ansätze eingehegt und andererseits von punktuellen Wachstumszwängen befreit. Konkret lassen sich mit Blick auf den Transformationsgegenstand Wirtschaft folgende Trennlinien festhalten⁴⁷³:

1) Koordinationsmechanismus:

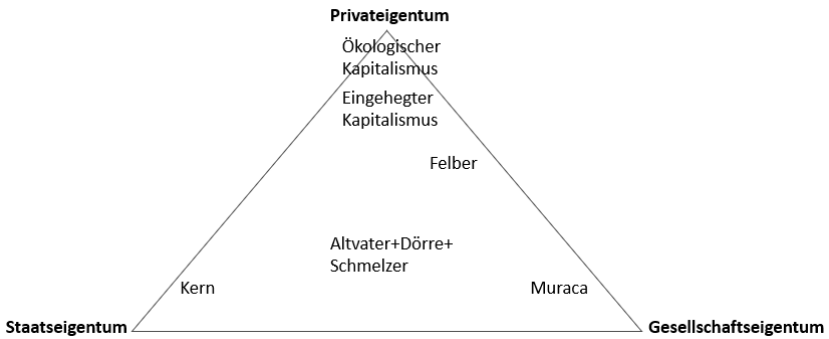


473 Wiederum weitgehend unkontrovers sind ressourcen- und technologiebezogene Aspekte. Diesbezüglich wird die Notwendigkeit einer veränderten, umweltangepassteren technologischen Basis, des Umstiegs von nicht-erneuerbaren auf erneuerbare Ressourcen sowie einer möglichst weitreichenden Kreislaufführung von Ressourcen breit geteilt. Umstritten ist freilich die Lösungskapazität, die technologischen Veränderungen zugetraut wird.

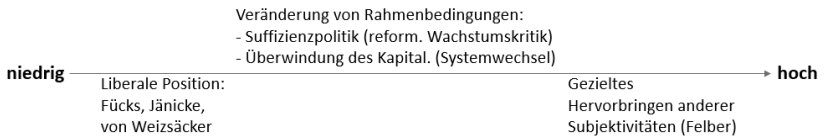
2) Wirtschaftsform allgemein:



3) Eigentums- und Unternehmensordnung:



4) Staatliches Einwirken auf die Präferenzstrukturen der Nachfrageseite:



Das Thema Bevölkerungsentwicklung verliert in der zweiten Zeitphase an Bedeutung. Während in der ersten Zeitphase die Mehrzahl der untersuchten Denker eine restriktive Bevölkerungspolitik einfordert, findet sich dies in der zweiten Zeitphase nur noch bei Kern und wird von anderen Autoren explizit abgelehnt (Paech 2016, 113; Schmelzer/Passadakis 2011, 70; Fücks 2017, 170).

In Bezug auf den Transformationsgegenstand des politischen Systems tritt mit dem Verschwinden offen autoritärer Ansätze die Debatte um die Demokratie als solche in den Hintergrund. Dennoch bleibt die Frage nach einem zukunftsfähigen politischen System umstritten. Prominent adressiert wird das politische System vor allem bei den Systemwechsel-Denkern. Sie streben in der Mehrzahl eine umfassende Demokratisierung an, was zu einem gemeinwohlorientierteren und damit auch ökologisch verantwortlicheren Policy-Output führen soll. Peukert setzt hingegen stärker auf zentralistisch-expertokratische Elemente. Demgegenüber halten die Exponenten des ökologischen Kapitalismus weitgehend am Status quo fest und plädieren für inkrementelle Veränderungen. Diese zielen v.a. auf die Stärkung der für Umweltbelange zuständigen Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene. Bei den Denkern der Zwischenposition wird eine moderate Ausweitung von Bürgerbeteiligung mit der Einhegung von Lobbyismus sowie bei Loske mit der Institutionalisierung von Zukunftsinteressen durch einen mit starken Kompetenzen ausgestatteten Nachhaltigkeitsrat verbunden.⁴⁷⁴ Different sind auch die Perspektiven auf die adäquate Steuerungsebene. Während v.a. bei Muraca, aber auch einigen weiteren Systemwechsel-Denkern, eine Dezentralisierung von Entscheidungsmacht vorgesehen ist, findet sich dieses Motiv in den weiteren Grundpositionen nicht. Weitgehend konsensual ist die Stärkung der globalen Kooperations- und Steuerungskapazität.

Hinsichtlich des Transformationsgegenstands Kultur zeigen sich zunächst unterschiedliche Einschätzungen, inwiefern überhaupt ein Kulturwandel erforderlich ist. Während die wachstumsskeptischen Positionen dies bejahen, sehen die Denker des grünen Wachstums diese Notwendigkeit weit weniger. Vielmehr wird v.a. von Fücks eine konsumkritische Kulturkritik als potenziell freiheitsfeindlich abgelehnt. Mit Blick auf den Gehalt des angestrebten Kulturwandels werden bei den wachstumsskeptischen Au-

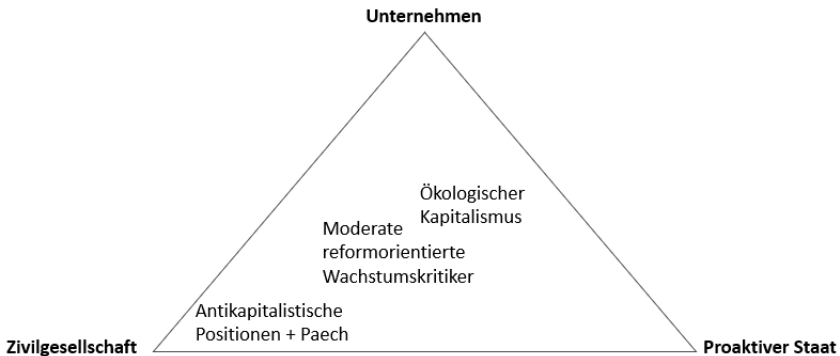
474 Angesichts dessen liegen Muraca/Bohmann falsch, wenn sie behaupten, dass das politische System nur in der links-emanzipatorischen Wachstumskritik als Transformationsgegenstand adressiert wird (2016, 292-295).

toren Differenzen und Schnittmengen sichtbar. Breit geteilt wird die Forderung nach einem postmaterielleren Wohlstandsverständnis und Suffizienz. Während dies bei vielen Autoren die Hauptforderung darstellt, fordern einige Systemwechsel-Denker eine umfassendere Emanzipation von der diagnostizierten kapitalistischen Subjektivität. Die Frage, wie der angestrebte Kulturwandel vonstattengehen soll, wird in den meisten Beiträgen nur unzureichend beantwortet. Viele Autoren sehen Strukturwandel als wichtige Voraussetzung für Kulturwandel, was indirekt dem Staat die Rolle als Treiber des Kulturwandels zuweist. Bei den moderaten reformorientierten Wachstumskritikern wirkt der Staat durch eine umfassende Veränderung von Rahmenbedingungen (Suffizienzpolitik) auf die Individuen ein. Besonders stark ausgeprägt ist die Rolle des Staates bei Felber, bei dem eine grundlegend veränderte Bildungspolitik gezielt andere Subjektivitäten hervorbringen soll.

Zwei Topoi, die in der ersten Zeitphase im Hinblick auf die Frage nach Kulturwandel prominent behandelt wurden, finden sich im neueren Diskurs nicht mehr. Dies gilt einerseits für die Frage, inwiefern Religion eine wichtige Ressource für Kulturwandel darstellen kann (vgl. Kap. 9). Auch die in der ersten Zeitphase verbreitete Hoffnung auf die Kirchen als wichtiger Transformationsakteur findet sich in im neueren Diskurs in dieser Form nicht mehr. Als ein möglicher Erklärungsansatz für diese Verschiebung kann die generell größere Relevanz und Sichtbarkeit von Religion und Kirche in der Gesellschaft der 1970er- und 80er-Jahre sowie die an Intensität gewinnende Säkularisierung in der zweiten Zeitphase angeführt werden. Auch der biografische Kontext der frühen öko-politischen Denker stellt einen möglichen Erklärungsansatz dar. Diese gehören zu Generationen, die in einer, im Vergleich zur Gegenwart, deutlich stärker durch Religion und die Kirchen geprägten Gesellschaft sozialisiert wurden. Andererseits spielt in Bezug auf den Transformationsgegenstand Kultur das Motiv des intrinsischen Eigenwerts der Natur und der Überwindung der anthropozentrischen Weltsicht zugunsten einer ökozentrischen Ethik in der ersten Phase eine viel gewichtigere Rolle. Autoren wie Amery, der späte Bahro, Gruhl sowie in abgeschwächter Form Eppler und Fromm beschreiben dies als zentrales Element des angestrebten Kulturwandels. Dieser Aspekt einer ökozentrischen Ethik spielt in den untersuchten Beiträgen der zweiten Phase keine Rolle mehr.

Neben den Trennlinien im Hinblick auf die Alternativentwürfe werden auch im neueren ökologisch-politischen Denken unterschiedliche Perspektiven auf den Prozess des Wandels entwickelt. Dies bezieht sich zunächst

auf die anvisierten Transformationsakteure, wobei sich folgendes Bild ergibt:



Die Exponenten des ökologischen Kapitalismus setzen auf den proaktiven Staat, der aber auf Impulse aus der Zivilgesellschaft angewiesen ist. Eine wichtige Rolle spielen zudem die Unternehmen als (v.a. technische) Innovatoren. Demgegenüber haben die antikapitalistischen Autoren wie auch Paech keine Hoffnung bezüglich eines proaktiven Staates. Stattdessen wird die Zivilgesellschaft als entscheidender Transformationsakteur angesprochen. Eine breite zivilgesellschaftliche Gegenbewegung muss den Staat aus den Fängen wirtschaftlicher und politischer Eliten befreien (antikapitalistische Autoren) bzw. überhaupt erst die kulturelle Basis für staatliche Postwachstumspolitiken schaffen (Paech). Zuletzt nehmen Loske, Kopatz und Schneidewind eine Zwischenposition ein. Auch sie erwarten die Impulse in erster Linie aus der Zivilgesellschaft, setzen aber prominent auf den bereits in frühen Stadien des Transformationsprozesses eingreifenden Staat. Unabhängig davon stellt der Staat bei fast allen Denkern das zentrale Steuerungssubjekt im Transformationsprozess dar. Lediglich Paech und Muraca entwerfen Transformationsszenarien jenseits des Staates. Während Paech zumindest auf eine Unterstützungsfunktion des Staates hofft, denkt Muraca ökologischen Wandel, ausgehend von einer prinzipiellen Herrschaftskritik, maßgeblich am Staat vorbei. Zuletzt wird deutlich, dass die zivilgesellschaftlichen Impulse in unterschiedlicher Funktion angesprochen werden.

Beispielsweise sind diese bei den Denkern des grünen Wachstums auf den Staat und seine Institutionen gerichtet. Demgegenüber steht bei anderen Denkern der dezentrale Aufbau von praktischen Alternativen oder, besonders stark ausgeprägt bei Paech, die Funktion als kulturelle Avantgarde im Vordergrund.⁴⁷⁵

475 Auch die Untersuchungen zur zweiten Hochphase des ökologischen politischen Denkens haben gezeigt, dass sich die Heterogenität der Denklandschaft über divergente Hintergrundannahmen erklären lässt. Aufgrund der weitergehenden Überschneidungen zur ersten Hochphase wird dieser Aspekt an anderer Stelle resümiert (Kap. 16, 17.1).

Teil D: Das ökologische politische Denken – eine heterogene Denklandschaft

In den vorangegangenen beiden Teilen des Buches wurde das ökologische politische Denken zu zwei ausgewählten Zeitphasen untersucht. Für beide Zeitphasen wurde deutlich, dass es sich um eine sehr heterogene Denklandschaft handelt. Dabei zeigt sich, dass sich das Spektrum der Positionen jeweils an den gleichen übergeordneten Trennlinien ausdifferenziert. Diese Kontroversen können aufgrund ihrer übergeordneten Bedeutung und ihrer zeitlichen Permanenz als „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ bezeichnet werden. Diese Grundfragen sowie die konkurrierenden Antworten werden in Kapitel 16 kondensiert dargestellt. Dabei wird auch aufgezeigt, aufgrund welcher divergenten Hintergrundannahmen so unterschiedliche Antworten auf diese Fragen gegeben werden. Dies leitet über zu Kapitel 17, das zum einen die wichtigsten Erkenntnisse für die Erklärung der Heterogenität des ökologischen politischen Denkens zusammenfasst und zum anderen einen spezifischen Aspekt vertieft: die Rolle der ideologischen Hintergründe der Denker und Denkerinnen für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft.

16 Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens

In Anbetracht der Untersuchungen zu den beiden betrachteten Hochphasen lassen sich folgende „Grundfragen des ökologischen politischen Denkens“ festhalten:

- Die Wachstumsfrage
- Die Frage nach den Ursachen der ökologischen Krise
- Die Frage nach einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise
- Die Frage nach einer zukunftsfähigen politischen Ordnung
- Die Frage nach einem langfristig haltbaren Kulturmodell
- Die Frage nach dem Prozess des Wandels

Im Folgenden werden zu den jeweiligen Grundfragen nicht mehr stets alle Denker bzw. Positionen verortet, da dies zu starken Redundanzen führen

würde. Vielmehr liegt der Fokus auf denjenigen Positionen, welche die Bandbreite der konkurrierenden Antworten verdeutlichen können.⁴⁷⁶

16.1 Die Wachstumsfrage

Die erste Kontroverse von fundamentaler Bedeutung für das ökologisch-politische Denken ist die Wachstumsfrage (vgl. entspr. Adler/Schachtscheider 2010, 277ff).⁴⁷⁷ Dies machen die Analysen zu beiden Zeitphasen deutlich. Ausgehend von der Einigkeit, dass die bisherige Form ökonomischen Wachstums an die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde stößt, werden unterschiedliche Schlussfolgerungen für die Möglichkeiten zukünftigen wirtschaftlichen Wachstums gezogen (Ott 2011, 55f; Stein 2016, 218). Die Ausdifferenzierung in der Wachstumsfrage ist von enormer Bedeutung, weil die diesbezügliche Positionierung stark präformierend auf die Suche nach den Ursachen der ökologischen Krise sowie die vertretenen Alternativentwürfe wirkt. Dabei gelten insbesondere folgende Zusammenhänge:

1) Für wachstumsskeptische Positionen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik oder zumindest Wachstumsunabhängigkeit für erforderlich halten, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, alle auf Wachstum gerichteten oder davon abhängigen mentalen, kulturellen und strukturellen Gegebenheiten zu adressieren (ähnlich Petschow et al. 2018, 12, 44, 98f, 113, 159). Aus dieser Notwendigkeit folgen dann in struktureller Hinsicht, je nach Radikalität des Wachstumspessimismus, unterschiedlich tiefgreifende Forderungen von der reformerischen Einhegung spezifischer Wachstumstreiber und -abhängigkeiten bis zur Überwindung des Kapitalismus z.B. zugunsten planwirtschaftlicher Strukturen. In der mental-kulturellen Dimension reichen die Forderungen von der Überwindung der expansiven Konsumkultur bis zur anthropologischen Revolution beim späten Bahro. Die öko-autoritären Positionen wiederum folgen aus der Überzeugung, dass sich insbesondere die mental-kulturellen Wachstumstreiber nicht überwinden, sondern nur zwanghaft und damit autoritär beschränken lassen.

2) Aus einer optimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage, die weiteres Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit für vereinbar hält, ergibt sich keine zwingende Notwendigkeit, Wachstumstreiber und -abhän-

476 Eine zusammenfassende Übersichtstabelle, welche die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken zusammenfasst und anhand konkurrierender Positionen veranschaulicht, befindet sich in Anhang II.

477 Für einen umfassenden historischen Überblick zur Wachstumskontroverse siehe Steurer 2002.

gigkeiten zu identifizieren und zu überwinden (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 113). Vor diesem Hintergrund können Autoren wie Fücks, Jänicke oder von Weizsäcker am kapitalistischen Wirtschaftssystem festhalten und mit ihren Reformvorschlägen auf die qualitative Veränderung der Wachstumsdynamik fokussieren. Zugleich lässt sich die ökologische Krise aus dieser Perspektive im Rahmen des bestehenden Kulturmodells adressieren. Aus der wachstumsoptimistischen Position ergeben sich also weder radikale strukturelle noch kulturelle Veränderungsnotwendigkeiten.

Damit lässt sich als genereller Zusammenhang für das ökologische politische Denken festhalten: Je pessimistischer die Positionierung in der Wachstumsfrage, desto radikaler die für erforderlich gehaltenen strukturellen und/oder mental-kulturellen Veränderungen. Das verdeutlicht, dass die Wachstumsfrage nicht nur explizite Kontroverse, sondern v.a. auch präformierende Prämisse für die Radikalität der Alternativentwürfe ist. Diese präformierende Wirkung bezüglich der Radikalität bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass auch der konkrete Gehalt der Alternativentwürfe unmittelbar von der Positionierung in der Wachstumsfrage abhängt. Deutlich wurde dies z.B. daran, dass sich eine wachstumspessimistische Grundhaltung in öko-sozialistische, öko-kommunistische oder öko-autoritäre Positionen übersetzen kann.⁴⁷⁸

Will man die konkreten inhaltlichen Trennlinien in der Wachstumsfrage nachvollziehen, bietet sich die bereits eingeführte Differenzierung zwischen der Kann-Frage und der Soll-Frage an (vgl. Kap. 12.1.1).

Die Kann-Frage

Mit Blick auf die Machbarkeit grünen Wachstums lassen sich in Anbetracht der untersuchten Literatur vier maßgebliche Positionen identifizieren, die entsprechend auch von Schmelzer differenziert werden (2014, 16f): ökonomische Schrumpfung, Wachstumsstopp, Wachstumsunabhängigkeit und grünes Wachstum. Fasst man die Optionen Nullwachstum und Schrumpfung als wachstumspessimistische Positionen zusammen, bleiben die drei von Petschow et al. beschriebenen Grundpositionen Wachstumspessimismus/Degrowth, Agrowth/Postwachstum und Green Growth (2018, 15). Die

478 Im Zuge dessen weisen Schmelzer/Vetter richtigerweise darauf hin, dass wachstumspessimistische Positionen nicht an bestimmte ideologische Strömungen gebunden sind. Vielmehr lasse sich das Unbehagen an Steigerungszwängen mit vielen verschiedenen politischen Grundhaltungen verknüpfen, woraus sich im Resultat ein breites Spektrum wachstumskritischer Positionen ergebe (2019, 17f).

grundsätzlichen Annahmen dieser drei Positionen lassen sich wie folgt umreißen:

1) Die wachstumspessimistische Position eint die Ansicht, dass in den reichen Industrienationen eine Abkehr vom Wachstum zugunsten von Nullwachstum oder ökonomischer Schrumpfung erforderlich ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen. Es wird ein prinzipieller und damit unauflösbarer Zielkonflikt zwischen weiterem wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit konstatiert.⁴⁷⁹ Dabei kann zwischen einer regional fokussierten und einer international fokussierten Begründungslinie differenziert werden. Erstere findet sich v.a. bei Autoren der ersten Zeitphase. Demnach müssen Nationen/Regionen/Gemeinschaften im Angesicht der ökologischen Krise in erster Linie mit den national/regional verfügbaren Ressourcen wirtschaften, was eine deutliche ökonomische Schrumpfung impliziert. Vor allem bei den Autoren der zweiten Zeitphase dominiert hingegen die Argumentation, dass sich die reichen Industrienationen auf einen global fairen Anteil an Ressourcenverbrauch und Emissionen beschränken müssen und dies nur durch einen Wachstumsstopp oder ökonomische Schrumpfung zu erreichen ist. Aus beiden Perspektiven wird die Möglichkeit, den Zielkonflikt zwischen Wachstum und Ökologie im Sinne eines qualitativen oder grünen Wachstums aufzulösen, für illusionär gehalten. Vielmehr werden Effizienzsteigerungs- und Substitutionspotenziale skeptisch beurteilt, was wiederum auf eine technikkritische Haltung zurückzuführen ist. In der zweiten Zeitphase spielt dabei das Argument der sogenannten Rebound-Effekte eine zentrale Rolle.

2) Gemäß der Position des „Agrowth“, wie sie sich v.a. im Denken von Eppler und den moderaten Wachstums skeptikern der zweiten Phase wiederfindet, lässt sich nicht abschließend bestimmen, ob es einen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit gibt. Es ist aber im Bereich des Möglichen, dass die konsequente Berücksichtigung der ökologischen Belastungsgrenzen ein stagnierendes oder sinkendes BIP zeitigt, zumindest aber keine hohen Wachstumsraten

479 Die Differenzierung der Positionen in der Wachstumsfrage anhand der verschiedenen Perspektiven auf einen potenziellen „Zielkonflikt“ zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit wurde von Steuer übernommen (2002, 100-104). Die Beschreibung der zentralen Charakteristika der drei Positionen deckt sich weitgehend mit entsprechenden Ausführungen in anderen Arbeiten: Steuer 2002, 100-113, 163-172, 186-210, 244-260, 327ff; Adler/Schachtschneider 2010, 277ff; Petschow et al. 2018, 23-48.

mehr zulässt. Es gibt also einen potenziellen Zielkonflikt zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit. Daraus folgt der Imperativ der Wachstumsunabhängigkeit, wonach Gesellschaften und ihre Institutionen so zu gestalten sind, dass sie nicht mehr auf fortwährendes Wachstum angewiesen sind.

3) In der Perspektive des grünen Wachstums gibt es keinen prinzipiellen Zielkonflikt zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit. Vielmehr kann eine Zielharmonie im Sinne einer absoluten Entkopplung zwischen Wachstum und Umweltverbrauch durch einen ökologischen Umbau der Produktionsprozesse erreicht werden. Zentral ist dabei das Motiv des „Wachstums der Grenzen“, wonach die ökologischen Wachstumsgrenzen durch Innovationen stetig erweiterbar sind. Das Argument der Rebound-Effekte wird zwar akzeptiert. Es wird aber davon ausgegangen, dass sich aufgrund des enormen (v.a. technischen) Innovationspotenzials dennoch eine substanzielle absolute Entkopplung erreichen lässt. Demgegenüber wird das Lösungspotenzial von Degrowth- oder Postwachstumsstrategien in Anbetracht einer geringen Verzichtsbereitschaft und nicht gegebener internationaler Anschlussfähigkeit für marginal erachtet. Zudem wird eine grüne technische Revolution als historische Wachstumschance beschrieben.

Sowohl die zeitliche Permanenz der Wachstumskontroverse⁴⁸⁰ als auch die Tatsache, dass Denker aus allen drei Lagern für ihre Position einen Wahrheitsanspruch reklamieren, bestätigen eine bereits in der Sekundärliteratur beschriebene Erkenntnis: Die Frage nach der Vereinbarkeit von Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ist wissenschaftlich bzw. empirisch nicht zu entscheiden. Vielmehr basieren die konkurrierenden Positionen auf divergenten Hintergrundannahmen, die sich ex ante nicht als wahr oder falsch identifizieren lassen (Steurer 2002, 232f, 329, 355f; Petschow et al. 2018, 47).⁴⁸¹ Als ausschlaggebende Hintergrundannahme wurde in den vorstehenden Untersuchungen die unterschiedliche Einschätzung des technologischen Innovationspotenzials identifiziert (vgl. entspr. Steurer 2002, 194-197; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654; Eblinghaus/Stickler 1996, 30; Soetebeer 2015, 185). Wie Steurer richtigerweise feststellt, ist die Wachstumsfrage im Kern der Widerstreit zwischen fortschrittsoptimistischen Positionen, welche die Möglichkeiten menschlicher Kreativität und

480 Siehe vertiefend zu den frappierenden Kontinuitäten in der Wachstumskontroverse Steurer 2002 und 2010 sowie Chaloupek/Feigl 2012.

481 Erschwerend hinzu kommt, wie Neumayer darlegt, dass sich für die konkurrierenden Positionen partielle empirische Evidenzen finden lassen, die jeweils zur Unterstützung der eigenen Position herangezogen werden (1999, 90f).

technischer Innovation betonen und fortschrittsskeptischen Positionen, die diesbezüglich pessimistischer sind (2002, 194ff). Die Wachstumsfrage stellt sich somit in letzter Instanz als „Glaubensfrage“ dar, die sich aufgrund der Nicht-Vorhersagbarkeit der technologischen (und sozialen) Innovationsentwicklung nicht final beantworten lässt (Steurer 2002, 232f, 355; Neumayer 1998, 161; Arrow et al. 1995, 520). Daraus ergibt sich als weitere Schlussfolgerung, dass divergierende Positionen in der Kann-Frage weniger auf politische Ideologien als vielmehr auf fortschrittsoptimistische und -pessimistische Grundhaltungen innerhalb verschiedener Ideologien zurückzuführen sind (Steurer 2002, 355f; Eblinghaus/Stickler 1996, 30). Beispielhaft verdeutlichen lässt sich dies im vorliegenden Zusammenhang daran, dass wachstumspessimistische Schlussfolgerungen von Denkern aus verschiedenen ideologischen Hintergründen, vom Marxisten Harich über den konservativen Gruhl bis zu sozialistisch orientierten Autoren wie z.B. Brand, Strasser oder Altvater gezogen werden.

Die Soll-Frage

Die Soll-Frage bezieht sich auf den Aspekt, ob weiteres Wachstum unabhängig von ökologischen Erwägungen überhaupt wünschenswert ist und damit als politisches Ziel anzustreben ist. In Anlehnung an Steurer und Ott wurde dabei bereits zwischen der funktionellen, strategischen und i.e.S. normativen Dimension dieser Frage unterschieden (Kap. 12.1.1). Auffallend ist, dass sich die Lagerbildung bezüglich der Machbarkeit ökologischen Wachstums mit Blick auf die Soll-Frage wiederholt. Diejenigen, die aus ökologischer Perspektive wachstumskritisch sind, sind zugleich auch Exponenten sozialer Wachstumskritik. Andersherum halten die wachstumsoptimistischen Positionen weiteres Wachstum auch unabhängig von ökologischen Erwägungen für erstrebenswert.

Die Position, wonach weiteres Wachstum nicht wünschenswert ist, wird v.a. in der i.e.S. normativen Dimension begründet. Dabei bleiben, wie Stein richtigerweise herausstellt, die zentralen Argumente der sozialen Wachstumskritik in der historischen Entwicklung des ökologischen politischen Denkens weitestgehend konstant (2016, 207f, 219). Übergeordnetes Argument ist zusammengefasst, dass sich der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität auflöst bzw. bereits ins Gegenteil verkehrt. Insbesondere wird die Wachstumsgesellschaft in verschiedener Gewichtung als unfrei, ungerecht und der Befriedigung authentischer menschlicher Bedürfnisse entgegenstehend beschrieben. Vor diesem Hintergrund werden funktionelle Gründe für weiteres Wachstum,

die bei den Wachstumsbefürwortern eine wichtige Rolle spielen (z.B. Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme), als zu adressierende Wachstumsabhängigkeiten problematisiert. Andere vermeintliche funktionelle Gründe werden als nicht zutreffend zurückgewiesen (v.a. Wachstum als Voraussetzung für Investitionen in die ökologische Transformation oder für Verteilungsgerechtigkeit).

Somit wird deutlich, dass kritische Positionen in der Wachstumsfrage neben der skeptischen Einschätzung der Machbarkeit grünen Wachstums auch aus einer normativ aufgeladenen Kritik an der Gegenwartsgesellschaft folgen (Adler/Schachtschneider 2010, 329). Die Bedingungen für ein gutes, freies und gerechtes Leben sind demnach in einer vom Wachstumszwang befreiten Gesellschaft viel eher gegeben als in der Gegenwartsgesellschaft. Geteiltes Grundmotiv ist dabei, dass Lebensqualität und Freiheit oberhalb eines bestimmten materiellen Wohlstandsniveaus nicht mehr von weiterer materieller Steigerung, sondern in erster Linie von nicht-materiellen Gütern und der Emanzipation von der expansiven Konsumkultur abhängen (ähnlich Jesche 2014, 231f; Stein 2016, 219). Diese Perspektive wurzelt, wie vielfach gezeigt und auch andernorts beschrieben, in spezifischen Ideen von Freiheit und gutem Leben sowie darauf aufbauenden Gesellschaftsbildern (Steurer 2002, 232f; Jesche 2014, 232).

Diese Kritik impliziert zugleich, dass die Individuen in der gegenwärtigen Konsumkultur Werte und Bedürfnisse verfolgen, die dem guten Leben nicht zuträglich, wenn nicht gar abträglich sind. Sie streben nach der Befriedigung von Bedürfnissen, die nicht ihre authentischen Bedürfnisse sind. Der expansive Materialismus ist ein von außen erzeugtes, heteronomes Bestreben. Die soziale Wachstumskritik impliziert somit immer auch eine Kritik individueller Bedürfnisstrukturen (Jacob et al. 2015b, 33). Illustrativ zum Ausdruck kommt dies in der vielfach getroffenen Unterscheidung zwischen künstlichen und authentischen Bedürfnissen. Somit werden die individuellen Bedürfnisstrukturen und Ideen des guten Lebens nicht als gegeben angenommen, sondern vor dem Hintergrund von zu gewissem Grade objektivierten Verständnissen von menschlichen Bedürfnissen und gutem Leben infrage gestellt (Jesche 2014, 232).

Der wachstumskritischen Position entgegen beschreibt die Perspektive des grünen Wachstums funktionelle, strategische und i.e.S. normative Gründe für das Festhalten am Ziel wirtschaftlichen Wachstums. Die konkreten Argumente wurden für die Autoren des grünen Wachstums abschließend dargestellt (Kap. 12.1.1) und werden deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt. Für Fücks konnte gezeigt werden, dass auch hinter der wachstums-

optimistischen Position bestimmte Ideen von Freiheit und gutem Leben stehen können. Vor dem Hintergrund seiner dezidiert liberalen Perspektive lehnt er die Problematisierung und damit Politisierung von Bedürfnisstrukturen und Wertüberzeugungen grundlegend ab. Vielmehr ist Wachstum Ausdruck einer besseren Befriedigung frei gewählter Lebensstil- und Konsumentscheidungen. Die Kontroverse, inwiefern die kapitalistische Konsum- und Wachstumsgesellschaft Ausdruck historisch einmaliger individueller Freiheit (Fücks) oder umfassender Unfreiheit (wachstumskritische Perspektive) ist, verweist letztlich auf die bis zu Aristoteles zurückreichende Streitfrage nach dem Wesen der Freiheit (vgl. dazu Münker/Straßenberger 2016, 232).

In der Gesamtschau folgt die Wachstumskontroverse somit aus der Überlagerung von Fortschrittsskepsis und -optimismus, normativ aufgeladenen Gesellschaftsbildern sowie dahinterstehenden Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und gutem Leben. Damit bestätigt die vorliegende Arbeit die zentrale Schlussfolgerung von Steurer zur Wachstumskontroverse: Diese hält sich bereits so lange und wird sich in Zukunft halten, weil die konkurrierenden Positionen auf subjektiven Werten und darauf aufbauenden Weltbildern beruhen und sich gleichzeitig die Frage der Machbarkeit grünen Wachstums empirisch nicht entscheiden lässt (2002, 329, 355f, 360f; 2010, 430ff).

16.2 Die Ursachen der ökologischen Krise

Auch die Frage nach den kausalen Ursachen der ökologischen Krise ist von fundamentaler Bedeutung für das ökologische politische Denken. Diese Bedeutung ist offensichtlich und kam bei allen untersuchten Positionen zum Tragen: Die Gegenentwürfe der Autoren setzen dort an, wo die Wurzeln der ökologischen Krise vermutet werden (vgl. entspr. Adler/Schacht-schneider 2010, 14f). Damit lässt sich wie bereits für die Wachstumsfrage feststellen, dass die Frage der Krisenbegründung einerseits explizite Kontroverse, gleichzeitig aber auch entscheidende Prämisse für die konkurrierenden Positionen darstellt.⁴⁸² Abgesehen von der abstrakten Übereinstimmung, dass es sich um eine vom Menschen verursachte Krise handelt (Stein

482 Ein illustratives Beispiel, wie die kausale Krisenbegründung die Antwort auf die ökologische Krise prägt, ist Bahro. Für ihn wurde herausgearbeitet, wie die Veränderung in der Krisenbegründung zwischen den zwei untersuchten Werken seine vertretene Position maßgeblich beeinflusst hat (Kap. 8.7).

1998, 63), bestätigt sich die Erkenntnis, dass die Ursachen der ökologischen Krise im ökologischen politischen Denken sehr unterschiedlich verortet werden (Adler/Schachtschneider 2010 254; Eckersley 1992, 7-20; Stein 1998, 64; Hinterberger et al. 1996, 42-62). Aus den untersuchten Texten lässt sich die in Tabelle 3 dargestellte Unterscheidung in vier verschiedene Ursachendimensionen extrahieren. Die Differenzen zwischen den konkurrierenden Grundpositionen im ökologischen politischen Denken beziehen sich zum einen auf die Gewichtung der einzelnen Ursachendimensionen sowie zum anderen auf die Frage, welche konkreten Ursachen in den unterschiedlichen Dimensionen problematisiert werden müssen.

Tab. 3: Die adressierten Ursachendimensionen im ökologischen politischen Denken⁴⁸³

Ursachendimension		Beispiele aus den untersuchten Texten
Strukturell-institutionelle Ursachen		falsche Rahmung der Marktwirtschaft, Kapitalismus, Demokratie, wachstumsabhängiger Staat
Geistige Ursachen	Kulturelle Ursachen	Expansive Konsumkultur, instrumentelles Naturverhältnis, Menschenbild des homo oeconomicus
	Anthropologische Ursachen	Mensch als expansives, eigennutzorientiertes oder kurzfristorientiertes Wesen, Mensch als Verdrängungskünstler
Technologie- und ressourcenbezogene Ursachen		nicht-erneuerbare Ressourcenbasis, ökologisch ineffiziente Technologien
Sozio-ökonomische Ursachen		Bevölkerungswachstum, soziale Ungleichheit

Als wichtige Demarkationslinie bezüglich der Krisenbegründung wurde oben die Differenz zwischen wachstumskeptischen und wachstumsoptimistischen Positionen aufgezeigt. Erstere müssen sich zwingend auf die Suche nach den Wurzeln der Wachstumsdynamik machen, wobei Wachs-

483 In dieser Differenzierung zeigen sich teilweise Überschneidungen zu Systematisierungsversuchen in der Sekundärliteratur. Arponen unterscheidet zwischen ideologischen und strukturellen Ursachen, wobei sich die ideologische Dimension bei ihm v.a. auf die hier als kulturelle Dimension bezeichnete Ebene bezieht (2014, 131f, 137). Ott differenziert zwischen ökonomischen, politischen, geistigen und technologischen Ursachen sowie übergeordnet zwischen geistigen und strukturellen Ursachen (2014, 29).

tumstreiber auf verschiedenen Ebenen problematisiert werden (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 50, 98f). Eine wichtige Gemeinsamkeit ist, dass diese Treiber sowohl in der strukturellen Dimension als auch in der Konstitution der Individuen, sei es aus kulturellen oder anthropologischen Gründen, verortet werden. Daraus folgt die Notwendigkeit, dass sich neben tiefgreifenden strukturellen Veränderungen auch die Subjektivitäten und damit die Kultur verändern müssen. Die maßgebliche Differenz zwischen reformorientierter Wachstumskritik und fundamentaler Systemkritik bezieht sich auf die Frage, inwiefern der Kapitalismus an sich als letztlich entscheidender Wachstumstreiber problematisiert wird. Die wachstumsoptimistischen Positionen können hingegen auf die Ursachen für die ökologisch unzureichende Qualität des Wachstums fokussieren, die sie maßgeblich auf eine mangelhafte ökologische Rahmung der Märkte zurückführen.⁴⁸⁴

Über die konkurrierenden Krisenbegründungen hinweg lassen sich zwei übergeordnete Unterscheidungslinien identifizieren. Die erste bezieht sich auf den Tiefgang der adressierten Ursachen, was sich sowohl in der strukturellen als auch in der geistigen Dimension nachvollziehen lässt. In strukturell-institutioneller Hinsicht kann diese Linie zwischen den Pol-Positionen der Modernisierungsdefizite bei den Exponenten des grünen Wachstums und der fundamentalen Systemkritik, die Kapitalismus und das gegebene politische System grundlegend infrage stellen, gezogen werden. In der geistigen Dimension verbindet die Trennlinie der Tiefenstaffelung die Pol-Position einer weitgehenden Abstinenz in der Problematisierung geistiger Ursachen bei den Autoren des grünen Wachstums über die Problematisierung verschieden tiefreichender kultureller Ursachen (z.B. Öko-Sozialisten: kapitalistische Subjektivität, Gruhl: Fortschrittsideologie der Moderne, Amery: ideelles Erbe des Christentums) bis hin zur Interpretation der ökologischen Krise als anthropologische Krise beim späten Bahro. Gemeinsam ist dabei allen Perspektiven, die eine Problematisierung der Subjektivitäten vornehmen, dass sie die innere Konstitution der Menschen politisieren. Eben darauf bezieht sich Fücks' Kritik der aus seiner Sicht illiberalen Wachstumskritik (Kap. 12.1.1, 12.4).

Die zweite Unterscheidungslinie betrifft die Frage nach den tiefsten Ursachen der ökologischen Krise und verweist auf das Verhältnis zwischen

484 In Anbetracht der in dieser Untersuchung herausgearbeiteten diversen Landschaft an Begründungen für die ökologische Krise sind die bei Eckersley (1992, 8-20) und Steurer (2002, 89f) vorfindlichen Differenzierungen konkurrierender Krisenbegründungen unterkomplex.

strukturellen und geistigen Ursachen. Offensichtlich ist die Zuordnung der Autoren des grünen Wachstums, die mental-kulturelle Krisenursachen, wenn überhaupt, am Rande thematisieren. Für sie sind strukturelle Ursachen ausschlaggebend. Im breiten Spektrum wachstumskeptischer Positionen werden hingegen immer auch geistige Ursachen prominent adressiert. Dabei lassen sich bezüglich der Frage der tiefsten Ursachen zwei Grundpositionen unterscheiden. In der ersten Perspektive hat die ökologische Krise strukturelle Letztursachen. Diese Position findet sich v.a. in den primär kapitalismuskritisch ausgerichteten Beiträgen (v.a. früher Bahro, Fromm, Harich sowie das breite Spektrum antikapitalistischer Denker der zweiten Zeitphase). Aus ihrer Sicht bringt der Kapitalismus die kulturellen Wurzeln der ökologischen Krise hervor, in dem sich die ihn tragenden Werte (z.B. Materialismus, Expansion, Konkurrenzdenken, Eigennutzorientierung) in die Kultur und damit die Werte- und Bedürfnisstrukturen der Individuen einschreiben. Auch die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase sind dieser Perspektive zuzuordnen: Bei ihnen ist die problematisierte expansive Konsumkultur ebenfalls Sekundärphänomen gegenüber dem strukturell wachstumsfokussierten Wirtschaftssystem. Demgegenüber stehen Autoren wie Amery, Gruhl, Paech und der späte Bahro, für die strukturelle Ursachen wie das expansive Wirtschaftssystem primär Ausdruck tiefer liegender kultureller bzw. im Falle des späten Bahros, anthropologischer Ursachen sind. In dieser Perspektive sind die strukturellen Krisenursachen Sekundärphänomen, die ökologische Krise ist in letzter Instanz eine geistig-mentale Krise.

Diese Differenz kann auch als Ausdruck idealistischer und materialistischer Grundpositionen verstanden werden (Dryzek 1997, 164). Die idealistische Grundposition findet sich am deutlichsten beim späten Bahro, der explizit davon ausgeht, dass Institutionen und äußere Strukturen letztlich nicht mehr als der Ausdruck der inneren Beschaffenheit des Menschen sind. Aber auch auf die Analysen von Gruhl und Amery trifft dies zu. In der materialistischen Grundposition hingegen sind die geistigen Ursachen Folge der kulturellen Prägung in den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die materiellen Bedingungen prägen die geistigen Gegebenheiten.⁴⁸⁵

Blickt man auf das Verhältnis der ideologischen Hintergründe der Autoren und der jeweiligen Krisenerklärungen, lässt sich letztere teilweise,

485 Diese Trennlinie verweist letztlich auf die auch innerhalb der Sozialwissenschaften umstrittene Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen Ideen, Weltanschauungen, sozialem Handeln, Strukturen und Institutionen.

aber nicht erschöpfend auf erstere zurückführen. So finden sich einige Denker, deren Krisenbegründung deutlich von ihrem ideologischen Hintergrund geprägt ist. Auffällig ist beispielsweise, dass viele Denker, die unabhängig von ökologischen Erwägungen einem marxistischen (Harich) bis sozialistischen (z.B. Strasser, früher Bahro, Dörre, Brand, Kern, Altvater) Hintergrund zuzuordnen sind, den Kapitalismus als zentrale Krisenursache ausmachen (vgl. entspr. Carter 2001, 66; Eckersley 1992, 121). Bei Gruhl wiederum lässt sich die Interpretation der ökologischen Krise als Ausdruck der kulturellen Hybris der Moderne als typisch konservativ kennzeichnen (Kap. 6.1).⁴⁸⁶ Aus liberaler Perspektive richtet Fücks den Fokus auf die technische Produktionsbasis und sieht von der Problematisierung der inneren Verfasstheit der Menschen ab. Diesen Beispielen gegenüber stehen Krisenbegründungen, die sich nicht auf ideologische Hintergründe zurückführen lassen. Dies gilt z.B. für Carl Amery oder Hans Jonas. Die ideologischen Hintergründe stellen somit *einen* Erklärungsansatz für die verschiedenen Fokussierungen in der Krisenbegründung dar, sind dafür aber keineswegs hinreichend. Ein weiterer wichtiger Erklärungsansatz ist, wie gezeigt, die Positionierung in der Wachstumsfrage.

Abschließend kann bezüglich der Krisenbegründungen eine Erkenntnis von Adler/Schachtschneider spezifiziert werden. Sie bemerken, dass sich ausgehend von sehr ähnlichen Krisenbeschreibungen das Spektrum ökologischer Transformationsideen an der Frage auffächert, „was – in einem weiteren, nicht-linear kausal verstandenen Sinne – als Ursache dafür [für die ökologische Krise, AR] haftbar gemacht werden kann“ (2010, 254). Dies ist insofern zutreffend, als dass die unterschiedlichen Krisenbegründungen maßgeblich ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung des ökologischen politischen Denkens sind. Zu kurz greifen würde die Aussage jedoch, wenn sie implizieren soll, dass sich der Dissens darauf bezieht, was die „wahre“ Ursache der ökologischen Krise ist. Vielmehr kommt in den meisten der untersuchten Beiträge ein Bewusstsein dafür zum Ausdruck, dass die ökologische Krise vielschichtige und verschieden gelagerte Ursachen hat (vgl. zu den multifaktoriellen Krisenursachen Hinterberger et al. 1996, 51; Ott 2014, 28f). Beispielsweise wird von keiner Seite bestritten, dass dem Kapitalismus ein Expansionsdrang innewohnt, dass der gegebene Umgang mit natürlichen Ressourcen in den Produktionsprozessen äußerst ineffizient ist, dass dies wiederum v.a. Folge einer unzureichenden ökologischen Mark-

486 Wichtiger zeitgenössischer Exponent einer entsprechenden konservativ konnotierten Kriseninterpretation ist Miegel (2010, 2014, 2020).

trahmung ist oder dass das moderne Individuum eine gewisse expansive Prägung im Sinne eines Drangs zur Selbstentfaltung aufweist. Kontrovers ist hingegen, welche dieser Ursachen mit Blick auf die ökologischen Erfordernisse zwingend adressiert werden müssen, welche adressiert werden können und welche legitimerweise adressiert werden dürfen. Es geht somit nicht primär darum, ob eine Ursachenanalyse sachlich richtig oder falsch ist, sondern um die Frage:

- wie tief ökologische Politik greifen *muss*, um die Krise zu bearbeiten (u.a. abhängig von Positionierung in der Wachstumsfrage),
- wie tief sie greifen *kann* (v.a. abhängig davon, inwiefern der jeweilige Alternativentwurf realpolitisch reflektiert wird) und
- wie tief sie greifen *darf* (v.a. abhängig von der für legitim erachteten Eingriffstiefe des Staates).

Der Dissens liegt weniger im Streit um die „wahre“ Ursache als vielmehr darin, ob die Politisierung eines bestimmten Ursachenbündels zielführend, politisch machbar und normativ legitim ist.⁴⁸⁷

16.3 Kulturwandel und die Frage nach dem neuen Menschen

Die Untersuchungen zu beiden Zeitphasen haben verdeutlicht, dass die Kultur jeweils als einer von drei prioritären Transformationsgegenständen (vgl. zum Begriff Fußnote 40 in Kap. 4.2) behandelt wird. Übergeordnet geht es dabei um die Frage, inwiefern die ökologische Krise im Rahmen des vorherrschenden Kulturmodells lösbar ist. Bei der Kontroverse um die Ursachen der ökologischen Krise wurde u.a. aufgezeigt, dass die Autoren

487 Beispielhaft verdeutlicht sei dies an der Krisenbegründung von Fücks (vgl. Kap. 12.1). Fücks reflektiert explizit, dass das moderne Individuum einen Expansionsdrang hat, der mitursächlich für die zu beobachtende Wachstumsdynamik ist. Gleichzeitig kann unterstellt werden, dass ihm bewusst ist, dass die Erreichung der ökologischen Reduktionserfordernisse bei fortwährendem Wachstum ungleich anspruchsvoller ist. Dennoch findet sich bei Fücks weder eine Problematisierung der Konstitution des modernen Individuums noch struktureller Wachstumstreiber. Dies lässt sich mit Blick auf die oben angeführten Fragen verständlich machen. Erstens ist es aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich, die Wachstumsdynamik und damit die expansiven Subjektivitäten zu überwinden. Zweitens hält er eine Postwachstumsstrategie, insbesondere in globaler Perspektive, für realpolitisch nicht umsetzbar. Drittens widerspricht eine staatliche Suffizienzpolitik, die gezielt auf das Hervorbringen anderer Präferenzstrukturen gerichtet ist, Fücks' liberaler Grundhaltung.

in unterschiedlichem Maße und Tiefgang geistig-kulturelle Krisenursachen geltend machen. Daraus ergeben sich verschiedene Perspektiven darauf, inwiefern ein Kulturwandel und damit eine Veränderung der inneren Verfasstheit der Individuen erforderlich ist. Überspitzt formuliert übersetzt sich dies in die Frage, inwiefern eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft einen tiefgreifend veränderten oder gar neuen Menschen voraussetzt. Zu dieser Frage lassen sich vier wichtige Trennlinien beschreiben:

1. Inwiefern ist kultureller Wandel erforderlich und die Forderung danach legitim?
2. Wenn ja, welcher Kulturwandel ist erforderlich bzw. wie tiefgreifend müssen sich die Subjektivitäten verändern?
3. Ist der erforderliche kulturelle Wandel überhaupt möglich?
4. Wenn ja, wie ist Kulturwandel möglich und welche Rolle kommt dem Staat zu?

Die erste Streitfrage trennt, wie bereits beschrieben, Wachstumsoptimisten und Wachstumsskeptiker. Aus wachstumsskeptischer Perspektiven ist die ökologische Krise nicht im Rahmen des bestehenden Kulturmodells zu lösen, da dieses die nicht haltbare Wachstumsdynamik maßgeblich mit hervorbringt (vgl. entspr. Stein 2016, 219; Petschow et al. 2018, 159; Jacob et al. 2015b, 33). Die Kultur und damit die Werte- und Präferenzstrukturen der Individuen müssen als wichtiger Transformationsgegenstand adressiert werden. Entsprechend bemerken Münkler/Straßenberger, dass eine solche ökologische Wachstumskritik eine Reform des Menschen anstreben muss, weil dieser selbst Ausgangspunkt des Wachstumszwanges ist (2016, 231f). Demgegenüber spielen Forderungen nach Kulturwandel und veränderten Subjektivitäten bei den Autoren des grünen Wachstums keine oder eine sehr untergeordnete Rolle. Dies ergibt sich aus ihrer Positionierung in der Wachstumsfrage, ihrer dezidiert realpolitischen Ausrichtung sowie v.a. bei Fücks aus seiner liberalen Grundhaltung (Kap. 12.1.1, 12.4).

Die zweite Kontroverse bezieht sich auf den erforderlichen Tiefgang des geistig-kulturellen Wandels. Ausgehend von der unterschiedlich tief reichenden Problematisierung geistig-kultureller Krisenursachen (Kap. 16.2) beschreiben die wachstumsskeptischen Denker verschieden weitreichende Veränderungsnotwendigkeiten. Je tiefer die geistigen Wurzeln der ökologischen Krise aus Sicht der Autoren in die (modernen) Subjekte eingeschrieben sind, desto tiefgreifender muss der entsprechende Wandel sein. Das Spektrum reicht dabei von der „anthropologischen Revolution“ beim späten Bahro über die Überwindung der christlich-jüdischen Erblast bei

Amery, die Revision der geistigen Wurzeln der Moderne bei Gruhl bis zur Überwindung der kapitalistischen Subjektivität bei vielen antikapitalistischen Denkern.

Die dritte Trennlinie betrifft die Frage, inwiefern ein potenziell erforderlicher Kulturwandel überhaupt im Bereich des Möglichen liegt. Diese Frage trennt in erster Linie die demokratischen von den autoritären Wachstumsskeptikern. Die öko-autoritären Denker beschreiben zwar die Notwendigkeit von Kulturwandel, verneinen aber zumindest in der mit Blick auf die ökologische Krise verbleibenden Frist dessen Möglichkeit (vgl. Kap. 6.2.1). Sie glauben nicht an das sich freiwillig verändernde und sich bescheidende Individuum und kommen deshalb zu autoritären Schlussfolgerungen. Dies gilt entsprechend für die autoritäre Übergangsphase beim späten Bahro (Kap. 8.3). Demgegenüber kommt bei den demokratischen Wachstumsskeptikern aus beiden Zeitphasen implizit oder explizit die Überzeugung zum Ausdruck, dass der erforderliche Ausstieg aus der Wachstumsdynamik auf die Einsicht der Bürgerschaft bauen kann und sich der geforderte Kulturwandel einstellen kann. Somit hängt die Differenz zwischen diesen beiden Grundpositionen maßgeblich von den jeweiligen Menschenbildern und dabei v.a. der Einschätzung der Veränderbarkeit der Präferenzstrukturen ab (Carter 2001, 64; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654). Zu dieser Kontroverse können auch die Denker des grünen Wachstums hinzugezogen werden. Bei Jänicke und Fücks beruht die Zurückhaltung gegenüber Kulturwandel-Forderungen u.a. auch auf der Skepsis gegenüber der Veränderungsbereitschaft der Individuen (Kap. 12.2.3). Für Fücks konnte dies auf die mit Sloterdijk getroffene Annahme des genuin expansiv orientierten modernen Individuums zurückgeführt werden.

Die vierte Streitfrage bezieht sich auf die Prozess-Dimension des geforderten Kulturwandels. In beiden Zeitphasen bleibt diese Frage unterreflektiert. Den ambitionierten Kulturwandel-Forderungen stehen kaum zusammenhängende Vorstellungen davon gegenüber, wie sich dieser Wandel einstellen soll. In vielen Beiträgen klingt die Hoffnung auf einen Prozess sozialer Diffusion an, der durch sich verschärfende Krisendynamiken, negative Alltagserfahrungen und gesellschaftliche Pioniergruppen vorangetrieben wird. Die Denker der ersten Zeitphase heben zudem Religion als wichtige Ressource für Kulturwandel hervor (Kap. 9). Implizit wird zudem vielfach der Staat als zentraler Treiber des Kulturwandels adressiert. Staatliche Politiken werden als Voraussetzung für die Verallgemeinerung veränderter Werte- und Präferenzordnungen beschrieben. Dabei zeigen sich unterschiedliche Positionen, wie weitreichend der Staat auf das Her-

vorbringen anderer Subjektivitäten hinwirkt. Dies übersetzt sich in die von Münkler/Straßenberger formulierte Grundfrage politischer Theorie, inwiefern die sittliche Verfassung des Menschen eine politische Frage und damit Gegenstand staatlicher Politik sein darf/muss oder nicht (2016, 156).

Die Extremposition dazu wird, aus unterschiedlicher Richtung, vom späten Bahro und von Harich eingenommen. Bei Bahro ist sein gesamtes gottesstaatliches Konstrukt letztlich darauf ausgerichtet, die „anthropologische Revolution“ voranzutreiben. Es ist somit explizite Aufgabe des (autoritären) Staates, durch gezielte und spiritualistisch aufgeladene Bewusstseinspolitik den tiefgreifend veränderten Menschen hervorzubringen, auf den eine ökologische Gesellschaft aufbauen kann. Bei Harich fokussiert das staatliche Eingreifen spezifischer auf die Einhegung von nicht verallgemeinerbaren Konsumbedürfnissen. Er sieht eine gezielte staatliche Umerziehung bis hin zu staatlich verordneten Massenerziehungskuren vor, die den Individuen nicht haltbare Konsumbedürfnisse ab- und eine umweltverträgliche Bedürfnisstruktur antrainieren sollen. Weniger weitreichend sehen auch Denker wie Fromm und Felber eine direkte Rolle des (demokratischen) Staates vor, der einen „langsamen Erziehungsprozess“ (Fromm) hin zu authentischen Bedürfnissen und einer veränderten Werteordnung anstößt. Bei anderen Denkern wie z.B. den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase wirkt der Staat primär über die Veränderung von Rahmenbedingungen (z.B. Einschränkung von Werbung, Infrastrukturpolitik, Konsumsteuern, neue Wohlstandsindikatoren).⁴⁸⁸

Aus der oben angesprochenen Problematisierung und Politisierung der Subjektivitäten folgt somit, dass der Staat direkt oder indirekt auf die Präferenzstrukturen der Individuen einwirken soll. In Anbetracht dessen lässt sich der Kontrast zur öko-liberalen Position bei Fücks noch einmal konkretisieren. Aus öko-liberaler Perspektive ist die von wachstumskritischen Positionen vorgetragene Kritik individueller Präferenzstrukturen paternalistisch, da sie ein auf das Hervorbringen anderer Werte- und Präferenzordnungen gerichtetes staatliches Handeln impliziert (vgl. entspr. Stein 2016, 2019; Wissenburg 2006, 32). Aus dieser Warte darf sich staatliches Handeln nicht auf die Präferenzstrukturen der Individuen selbst, sondern lediglich auf die umweltverträgliche Befriedigung der als gegeben anzunehmenden

488 Ein quer durch die unterschiedenen Perspektiven geteiltes Motiv ist, dass die Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit eine wichtige Voraussetzung für die Abkehr vom expansiven Materialismus darstellt, da nur so das mimetische Begehren nach dem materiellen Status der oberen Schichten einzuhegen ist.

Präferenzen richten (Kap. 12.1.1, 12.4). Dieser Differenz ist ein weiterer Aspekt hinzuzufügen. Wie gezeigt, sind die Kulturwandel-Forderungen insbesondere bezüglich der Abkehr vom expansiven Konsumismus nicht nur ökologisch motiviert. Vielmehr stellt die Emanzipation von der expansiven Konsumkultur aus dieser Perspektive die Voraussetzung für eine freiere und bessere Gesellschaft und individuelle Lebensführung dar. Damit richtet der Staat sein Handeln an einer zu gewissem Grade objektiven Idee des guten Lebens aus. Auch das wird von Fücks abgelehnt (Kap. 12.4): Aus seiner Sicht muss der Staat in der Frage nach dem guten Leben neutral sein. Diese ist im umfassenden Sinne Gegenstand individueller Selbstbestimmung.

Abschließend ist zu der Frage nach dem Prozess des Kulturwandels noch eine weitere Unterscheidungslinie aufzuzeigen, die aber mehr auf divergente Gewichtungen als auf eine harte inhaltliche Trennlinie verweist. Diese ergibt sich aus der oben dargelegten Differenz, inwiefern die tiefsten Ursachen der ökologischen Krise in der geistigen oder der strukturellen Dimension zu verorten sind. Daraus ergeben sich divergente Perspektiven auf die Wechselbeziehung zwischen strukturellem und geistig-kulturellem Wandel. Wenn die strukturellen Ursachen Ausdruck geistiger Gegebenheiten sind, ist geistig-kultureller Wandel und damit die Veränderung der Subjektivitäten die unabdingbare Voraussetzung für Strukturwandel. Erst muss sich der Mensch verändern, dann kann sich das System verändern (Arponen 2014, 137). Dies zeigt sich beispielsweise beim späten Bahro und Amery, die in ihren Werken stark auf die geistigen Voraussetzungen einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft fokussieren. Wenn aber die geistig-kulturellen Ursachen Sekundärphänomen gegenüber den strukturellen Ursachen und damit des expansiven Industriekapitalismus sind, ist Systemveränderung die Voraussetzung für die Veränderung der Subjektivitäten. Diese Perspektive zeigt sich z.B. bei Autoren wie Felber oder Strasser.

16.4 Nachhaltiges Wirtschaften

Der zweite maßgebliche, in allen Strömungen des ökologischen politischen Denkens behandelte Transformationsgegenstand auf dem Weg in eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft ist die Wirtschaft. Die zentrale Trennlinie bezieht sich dabei auf das zukünftige Wirtschaftssystem und insbesondere die Zukunft des Kapitalismus (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 275ff). In beiden Hochphasen des ökologisch-politischen Denkens wird der Kapitalismus einerseits grundlegend infrage gestellt und andererseits

explizit verteidigt oder zumindest implizit beibehalten. Die Fundamental-
kritik am Kapitalismus erfolgt dabei stets aus wachstumskritischer Perspek-
tive. Zentrale, ökologisch motivierte Argumente gegen den Kapitalismus
sind v.a. (vgl. Kap. 6.1, 7.1.2, 14.1.2):

- dass diesem ein systemimmanenter, mit dem erforderlichen Wachstums-
stopp unvereinbarer Wachstumszwang innewohnt.⁴⁸⁹
- dass sich der kapitalistische Expansionszwang z.B. mittels Werbung in
eine expansive Konsumkultur übersetzt, die ebenfalls inkompatibel mit
ökologischer Nachhaltigkeit ist.
- dass der Kapitalismus aufgrund der marktwirtschaftlichen Konkurrenz-
bedingungen einen systematischen Anreiz zur Externalisierung negativer
Folgekosten setzt.
- dass sich im Kapitalismus die Produktionsentscheidungen nicht am Ge-
brauchs-, sondern am Tauschwert orientieren.
- dass im Kapitalismus eine übergeordnete Instanz fehlt, die den Wirt-
schaftsprozess aus ökologischer Perspektive rational planen und lenken
kann.

Davon ausgehend wird ein breites Spektrum antikapitalistischer Gegenent-
würfe beschrieben, das von Ansätzen einer zentralistischen Planwirtschaft
über dezentral-demokratisierte sozialistische Positionen bis hin zu Entwür-
fen, die primär auf alternative Wirtschaftsformen wie Subsistenz-, Tausch-,
und Commons-wirtschaft fokussieren, reicht (vgl. Kap. 6, 7, 14).

Demgegenüber basiert das Festhalten bzw. die offensive Affirmation des
Kapitalismus v.a. auf dem Argument, dass der Kapitalismus mit seiner auf
Privatbesitz und marktwirtschaftlicher Konkurrenz basierenden Grundord-

489 Nicht begründet wird jedoch, eine Leerstelle die Petschow et al. generell für kapi-
talismuskritische Wachstumskritik feststellen, inwiefern aus dem problematisierten
Wachstumszwang auf Mikroebene des einzelnen Unternehmens notwendigerweise
eine Steigerung des BIP als volkswirtschaftlichem Aggregat und somit ein Wachs-
tumszwang auf Makroebene folgen muss (2018, 53ff, 60ff). Auf eben diesen Aspekt
des vermeintlich zwingenden Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und volks-
wirtschaftlichem Wachstum richtet sich z.B. die Kritik von Eppler (in Eppler/Paech
2016, 82). Wie gezeigt, sind einige wenige antikapitalistischen Denker diesbezüglich
differenzierter und beschreiben potenzielle Szenarien, in welchen ein stagnieren-
der oder schrumpfender Kapitalismus Realität werden könnte. Dies ist aus ihrer
Sicht aber nur in Szenarien mit weitreichenden negativen Folgen für die Gesell-
schaft denkbar (vgl. v.a. Kap. 14.1.2). Inwiefern ein Zusammenhang zwischen wach-
stumsorientierten Unternehmen und volkswirtschaftlichem Wachstum tatsächlich
besteht, ist empirisch bisher nicht ausreichend untersucht und auch innerhalb der
Wirtschaftswissenschaften umstritten (Petschow et al. 2018, v.a. 54, 60ff, 99).

nung sowie dem daraus resultierenden Innovationszwang sehr gut geeignet ist, die angestrebten Innovationsprozesse voranzutreiben. Zudem wird aus realpolitischer Perspektive vorgebracht, dass nur eine Lösung der Krise im bestehenden System breit anschlussfähig ist. Diese realpolitische Ausrichtung wird wiederum durch die wachstumsoptimistischere Positionierung der entsprechenden Denker ermöglicht: Nur weil sie keinen Wachstumsstopp oder gar ökonomische Schrumpfung für erforderlich halten, müssen sie sich nicht mit den potenziellen Wachstumszwängen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems auseinandersetzen und können nach einer Lösung im System suchen.

Zwischen diesen beiden Polen findet sich die Mittelposition der reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase (Kap. 13). Diese betonen einerseits das Innovationspotenzial des Kapitalismus. Andererseits werden punktuelle systemische Wachstumstreiber und -abhängigkeiten problematisiert. Davon ausgehend plädieren sie einerseits für spezifische institutionelle Veränderungen im bestehenden System (z.B. andere Art der Geldschöpfung, Regulierung der Finanzmärkte, Förderung wachstumsneutralerer Unternehmensformen) sowie andererseits für eine mehr oder weniger starke Einhegung des Kapitalismus durch alternative Wirtschaftsformen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Positionierungen zum Kapitalismus sehr eng mit der Positionierung in der Wachstumsfrage zusammenhängen (ähnlich Loske 2012, 49f). Mit Ausnahme von Paech stellen alle auf Wachstumsstopp oder wirtschaftliche Schrumpfung gerichteten Denker den Kapitalismus grundsätzlich infrage. Die Abkehr vom Kapitalismus folgt also aus einer pessimistischen Positionierung in der Wachstumsfrage. Demgegenüber sind es durchweg wachstumsoptimistische Positionen, die am Kapitalismus festhalten. Die Zwischenposition zum Kapitalismus wird v.a. von Autoren eingenommen, die auch in der Wachstumsfrage eine Zwischenposition einnehmen.

Unterhalb dieser übergeordneten Frage nach der Zukunft des Kapitalismus werden insbesondere drei Kontroversen in Bezug auf das zukünftige Wirtschaftssystem deutlich:

1. Die Frage nach der richtigen Koordinationsform: Staat vs. Markt
2. Die Frage nach der richtigen Eigentums- und Unternehmensordnung
3. Die Frage nach der Rolle alternativer Wirtschaftsformen

Koordinationsform: Staat vs. Markt

Mit Blick auf das Verhältnis zwischen Staat und Markt lässt sich zunächst eine Erkenntnis von Eckersley (1992, 140f) bezüglich des englischsprachigen ökologischen politischen Denkens bestätigen: Mit Ausnahme öko-anarchistisch inspirierter Ansätze, bei denen im vorliegenden Fall die Rolle des Staates weitestgehend offen bleibt (Amery, Muraca), eint die untersuchte Denklandschaft die Notwendigkeit eines stärker eingreifenden Staates und die Abgrenzung von der neoliberalen Befürwortung eines schwachen Staates. Dies gilt für das breite Spektrum von planwirtschaftlichen Positionen bis zu Ansätzen eines ökologischen Kapitalismus. Auch für Letztere bedarf es einer stärkeren und ambitionierteren staatlichen Rahmensetzung für die Märkte. Abgesehen von diesem gemeinsamen Grundzug wird das Verhältnis zwischen Staat und Markt aber sehr unterschiedlich gedacht (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 75). Wiederum lässt sich ein, zumindest näherungsweise gültiger Zusammenhang zur Wachstumsfrage beschreiben: Je stärker der Wachstumspessimismus, desto stärker verschieben sich die Gewichte zum Staat bzw. desto tiefer ist die vorgesehene staatliche Eingriffstiefe.⁴⁹⁰ Dabei bezieht sich die Eingriffstiefe sowohl auf die Angebots- als auch die Nachfrageseite. Es lassen sich vier Positionen auf dem Kontinuum zwischen Staat und Markt differenzieren:

1. Bei den Exponenten des grünen Wachstums (Kap. 12) bleibt die bestehende marktwirtschaftliche Grundordnung vollständig intakt. Der Staat nimmt eine stärkere Rahmung des Marktes vor, seine Rolle bleibt aber auf eine indirekte Steuerung beschränkt. Der Staat wirkt nicht direkt auf die Nachfrageentwicklung ein.

490 Ausnahmen sind die genannten öko-anarchistisch inspirierten Ansätze und Paech, der für eine starke ökonomische Schrumpfung plädiert, aber keine planwirtschaftlichen Implikationen beschreibt. Bei ihm weist dies jedoch auf eine latente Spannung in seinem Entwurf hin, die auch von Vertretern planwirtschaftlich orientierter Ansätze kritisiert wird (Kap. 13.2.2).

2. Etwas weiter in Richtung Staat verschiebt sich das Gewicht bei den moderaten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase (Kap. 13) und Eppler (Kap. 7.4). Neben der indirekten Rahmung des Marktes sind auch direktere staatliche Eingriffe vorgesehen. Bei Eppler gilt dies v.a. für die im Zuge seiner selektiven Wachstums- und Schrumpfungspolitik vorgesehenen Investitionsbeschränkungen und -verbote. Die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Hochphase plädieren im Rahmen ihrer Postwachstumspolitiken z.B. für die Besteuerung von Werbung bis hin zu umfangreichen Werbeverboten, die gezielte Förderung und Benachteiligung bestimmter Unternehmensformen oder eine deutlich strengere Regulierung der Finanzmärkte. Kopatz, Schneidewind und Paech sehen zudem in bestimmten Branchen eine absolute Begrenzungs politik vor. Außerdem richtet sich die beschriebene Suffizienzpolitik explizit auf die Präferenzstrukturen der Individuen und damit die Nachfrageentwicklung.
3. Wiederum einen Schritt weiter in Richtung direkter staatliche Steuerung sind jene antikapitalistischen Ansätze zu verorten, die eine wirtschaftliche Rahmenplanung befürworten aber eine staatliche Detailsteuerung ablehnen (Exponenten des demokratisierten Öko-Sozialismus beider Zeitphasen, Kap. 7.3.3 und 14.2.2). Diese Denker halten mindestens einen Wachstumsstopp, zum Teil auch deutliche ökonomische Schrumpfungen für erforderlich. Der Markt bleibt als Allokationsmechanismus erhalten, die Wirtschaftsentwicklung soll aber nicht mehr primär von Angebot und Nachfrage, sondern durch bewusste demokratische Verständigung festgelegt werden. Hier kommt das Motiv zum Tragen, dass eine dem Markt überlassene Wirtschaftsentwicklung v.a. von den Profit- und Wachstumsinteressen des Kapitals bestimmt wird, während eine demokratisierte Wirtschaftsplanung längerfristig und am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Dabei positionieren sich die Autoren nicht gegen die Veränderung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, halten diese aber für nicht ausreichend, um den Um- und Rückbau der Wirtschaft sicherzustellen.⁴⁹¹ Für die Wirtschaftsplanung muss der Staat zwischen befrie-

491 Dies verdeutlicht nochmal den Zusammenhang zur Wachstumsfrage. Viele der Denker, die einen Wachstumsstopp oder wirtschaftliche Schrumpfungen vorsehen, kritisieren explizit eine auf die Veränderung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fokussierte Strategie, da diese diesem wachstumspolitischen Imperativ nicht gerecht werden kann (Peukert 2021, 24f, 342, 470; Dörre 2011, 225; Schmelzer/Passadakis 2011, 82f; Kern 2019, 94, 105; Strasser 1977, 104f; Bahro 1987, 31f).

digungswürdigen und nicht-befriedigungswürdigen Konsumbedürfnissen unterscheiden, was substanzielle Eingriffe auf der Nachfrageseite impliziert.⁴⁹²

4. Am weitesten in Richtung Staat verschieben sich die Gewichte bei den zentralistischen Denkern beider Zeitphasen, die eine zentralisierte und detaillierte staatliche Wirtschaftsplanung vorsehen. Auch hier ist das Motiv leitend, dass so die Wirtschaftsentwicklung an Gemeinwohlerfordernissen ausgerichtet werden kann und die erforderliche ökonomische Schrumpfung umsetzbar wird. Dieser Perspektive sind die öko-autoritären Autoren der ersten Zeitphase (Kap. 6), die kurz- bis mittelfristige Perspektive des späten Bahros (Kap. 8) sowie die Exponenten des zentralisierten Öko-Sozialismus der zweiten Phase (Kap. 14.2.1) zuzuordnen. Vor allem bei Gruhl und Harich richtete sich diese Detailplanung im Sinne einer direkten Konsumkontrolle auch auf die Nachfrageseite. Bei Harich und Bahro wirkt der Staat zudem direkt und potenziell zwanghaft auf die Präferenzstrukturen der Individuen ein. Zudem wird in mit Ausnahme von Peukert eine staatliche Bevölkerungskontrolle befürwortet. Hinter dieser Position steht ein besonders ausgeprägter Wachstumspessimismus, wonach massive ökonomische Schrumpfungen erforderlich sind.

In der Summe zeigen sich stark divergente Perspektiven auf die legitime und erforderliche Eingriffstiefe staatlichen Handelns in Bezug auf den Wirtschaftsprozess. Vor allem von den planwirtschaftlichen Entwürfen wird eine enorme Eingriffstiefe bis zur vollständigen Aufhebung unternehmerischer Freiheiten und Konsumfreiheiten legitimiert.

492 Der dritten Position zum Verhältnis zwischen Staat und Markt ist auch der Gemeinwohlökonomie-Ansatz von Felber zuzuordnen. Zwar bleibt bei ihm der Markt als zentraler Allokationsmechanismus erhalten und der Staat wirkt v.a. durch die Veränderung der Rahmenbedingungen. Doch verschiebt sich das Gewicht in vier wichtigen Dimensionen deutlich in Richtung Staat. Erstens impliziert die Art der Rahmensetzung eine deutliche Gewichtsverschiebung zum Staat: Der Staat setzt mit der Gemeinwohlbilanzierung die Erfolgsmaßstäbe, an denen sich unternehmerisches Handeln orientieren soll und implementiert entsprechende Belohnungs- und Bestrafungsmechanismen. Zweitens setzt der Staat viel engere Regeln für die Verwendung von Unternehmensgewinnen und begrenzt damit Unternehmensfreiheiten. Darüber hinaus nimmt der (demokratisierte) Staat die Kreditlenkung in seine Hände, um die Investitionsfunktion gemeinwohlorientiert auszurichten. Viertens wirkt der Staat durch eine gänzlich anders ausgerichtete Bildungspolitik direkt und gezielt auf die Präferenzstrukturen der Individuen und damit auf die Nachfrageentwicklung ein.

Abschließend ist vertiefend auf das Verhältnis zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und individuellen Präferenzstrukturen einzugehen. Angesprochen wurde dieses Verhältnis bereits beim Thema Kulturwandel: Bei vielen wachstumskritischen Denkern wirkt der Staat intentional auf die Präferenzstrukturen der Individuen ein, um den für erforderlich gehaltenen Kulturwandel voranzutreiben. Dieses Moment lässt sich auch bezüglich der ökologischen Wirtschaftspolitik zeigen, wobei es in den untersuchten Texten zumeist unreflektiert bleibt: In vielen wachstumskritischen Entwürfen trifft der Staat für seine Wirtschaftspolitik explizit oder implizit eine Differenzierung zwischen befriedigungswürdigen und nicht befriedigungswürdigen Bedürfnissen bzw. Konsumpräferenzen. Dahinter steht das Motiv, dass sich die Wirtschaftsentwicklung in Anbetracht der ökologischen Wachstumsgrenzen nicht mehr unhinterfragt an der Nachfrage und somit an den gegebenen Bedürfnissen der Konsumenten ausrichten kann. Vielmehr muss eine bewusste Entscheidung getroffen werden, für welche Bedürfnisse die knappen ökologischen Ressourcen zukünftig aufzubringen sind. Insbesondere die planwirtschaftlichen Schrumpfungsszenarien sind ohne eine solche Differenzierung nicht zu denken. Aber auch bei nicht-planwirtschaftlich ausgerichteten Wachstumskritikern lässt sich diese Implikation nachzeichnen (vgl. Kap. 7.4.1, 13.1.2, 13.2.2). Paradigmatisch dafür steht Strassers Forderung nach einer „Rangordnung der Bedürfnisse“ als Grundlage für staatliche Wirtschaftspolitik. Explizit deutlich wird dieses Moment auch in der vielfach aufgestellten Forderung nach Differenzierung zwischen „authentischen“, „natürlichen“ oder „grundlegenden“ Bedürfnissen einerseits sowie „künstlichen“, „von außen erzeugten“ oder „kompensatorischen“ Bedürfnissen andererseits. Zu der Frage, wie und anhand welcher Kriterien der Staat die Bedürfnisdifferenzierung vornimmt, werden in den diesbezüglich expliziten Beiträgen verschiedene Perspektiven deutlich:

- Bei Eppler und Fromm soll die Differenzierung auf wissenschaftlicher Basis vorgenommen werden.
- Bei Strasser und dem frühen Bahro soll die Rangordnung der Bedürfnisse nicht wissenschaftlich, sondern in einem deliberativen demokratischen Verständigungsprozess ausgehandelt werden.
- Für die zentralistischen Ansätze ist naheliegend, dass die zentralen Planungsakteure die vorgesehene Differenzierung vornehmen.

Unabhängig von Entscheidungsweg und Entscheidungskriterien gilt für alle diese Ansätze, dass der Staat seiner Wirtschaftspolitik eine Bedürfnisdifferenzierung zugrunde legt. Die explizite Gegenposition wird, wie darge-

legt, von Fücks bezogen (Kap. 12.4, 16.3). Aber auch Loske lässt sich als Gegenposition interpretieren: Nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen sollen stets den größtmöglichen Freiraum für die Individuen lassen, weswegen sein Ansatz in erster Linie auf die Veränderung von Rahmenbedingungen fokussiert.

Eigentumsverhältnisse und Unternehmensordnung

Neben der Frage nach der zukünftigen Rolle des Staates gegenüber den Wirtschaftsakteuren betrifft die zweite wichtige Trennlinie bezüglich der zukünftigen Wirtschaftsordnung die Eigentumsverhältnisse. Dies bezieht sich primär auf die Frage nach dem Eigentum an den Unternehmen und hängt somit mit der Frage der Unternehmensordnung zusammen. Zu dieser Kontroverse lassen sich zwei Pol-Positionen und eine Zwischenposition identifizieren.

Für die meisten antikapitalistischen Autoren aus beiden Zeitphasen ist der Privatbesitz an Unternehmen, insbesondere wenn dieser in eine wettbewerbsbasierte Wirtschaftsordnung eingebettet ist, eine maßgebliche Krisenursache. Aus ihrer Sicht sind Privatunternehmen primär auf Profit und Wachstum ausgerichtet. Die Veränderung der Eigentumsordnung dient vor allem zwei Zielen: Erstens soll so die Profitorientierung zugunsten von Gemeinwohlorientierung und ökologischer Verantwortlichkeit überwunden werden; Zweitens soll das Verhältnis zwischen den Unternehmen von Konkurrenz auf Kooperation gestellt werden. Zu der Frage, mit welchen konkreten Eigentumsformen dies zu erreichen ist, finden sich, wie gezeigt, unterschiedliche Positionen. Diese reichen von einer Verstaatlichung über die Vergesellschaftung im Sinne der Besetzung der Leitungsgremien mit heterogenen gesellschaftlichen Interessen bis zu Formen dezentralen Gemeinschaftseigentums. Hinter den unterschiedlichen Positionen stehen spezifische Annahmen, welchen Akteuren bzw. Interessen die angestrebte kooperative Gemeinwohlorientierung zugetraut wird. Beispielweise wird diese bei Verstaatlichungsansätzen vom Staat, bei Entwürfen der Vergesellschaftung von einem Interessensausgleich heterogener gesellschaftlicher Interessen erwartet.

Die Gegenposition findet sich am deutlichsten bei den Denkern des ökologischen Kapitalismus, welche die bestehende Eigentumsordnung nicht infrage stellen. Dafür lassen sich v.a. zwei Gründe rekonstruieren. Erstens folgt aus dem Argument, dass der Innovationsdruck des Kapitalismus wichtiger Motor für die erforderliche Transformation darstellt, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und damit zusammenhängenden Wirtschafts-

freiheiten grundlegend für die Aufrechterhaltung dieser Dynamik sind. Das Profitstreben privater Wirtschaftsakteure ist gerade der Motor der grünen industriellen Revolution. Zweitens findet sich bei Fücks auch unabhängig von ökologischen Erwägungen eine offensive Verteidigung des Privateigentums (Kap. 12.4). Dieses stellt für ihn eine wichtige Freiheitsvoraussetzung dar. Insbesondere verhindere die bestehende Wirtschaftsordnung eine zu starke Machtballung beim Staat, während eine Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung der Unternehmen eben dazu führen würde.

Zwischenpositionen werden einerseits von den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase, andererseits von Felber eingenommen. Erstere unterstellen spezifischen Unternehmensformen eine stärkere (v.a. Aktiengesellschaften sowie allgemein Kapitalgesellschaften), anderen eine schwächere Profit- und Wachstumsorientierung (v.a. Personengesellschaften, Familienunternehmen, Genossenschaften, Stiftungsunternehmen). Letztere sollen gezielt vom Staat gefördert werden, um so den Wachstumsdruck der Wirtschaft zu senken. In dieser Perspektive werden somit bestimmte Formen des Privateigentums gezielt benachteiligt, da diese für den Übergang in eine Postwachstumsökonomie schlechter geeignet sind. Felbers Ansatz zielt primär darauf, die Privatunternehmen durch staatliche Vorgaben am Gemeinwohl auszurichten und somit die Sozialpflichtigkeit des Privateigentums zu stärken. In beiden Positionen sollen zudem besonders sensible Wirtschaftsbereiche (z.B. kommunale Daseinsvorsorge) entprivatisiert werden. Hier greift das Argument der kapitalismuskritischen Denker, wonach diese Bereiche so der kapitalistischen Gewinn- und Wachstumslogik entzogen werden können.

Konkurrenzbasierte Märkte und alternative Wirtschaftsformen

Die dritte Trennlinie bezüglich eines nachhaltigen Wirtschaftssystems betrifft die Frage nach der Zukunft des Marktes. Dies verweist zugleich auf die Frage, welche Rolle alternativen Wirtschaftsformen zugewiesen wird. Die Positionen sind weitgehend deckungsgleich zur Frage der Eigentumsordnung. Bei den Exponenten des ökologischen Kapitalismus bleiben die konkurrenzbasierenden Märkte als zentraler Allokationsmechanismus unangetastet. Es ist gerade die Konkurrenzsituation auf Märkten, die in Verbindung mit der bestehenden Eigentumsordnung den kapitalistischen Innovationsdrang erzeugt. Die Konkurrenzbedingungen sind erwünschter Treiber der Transformation. Für die meisten antikapitalistischen Autoren stellen die Konkurrenzbedingungen hingegen eine maßgebliche Krisenursache dar. Sie zwingen die Unternehmen zum Wachstum und setzen Anreize zur

Externalisierung ökologischer Kosten. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Überwindung bzw. Einhegung der Konkurrenzbedingungen ist, wie angemerkt, der Übergang zu kollektiven Eigentumsformen. Hinzu kommt in vielen Beiträgen das Motiv einer deutlichen Ausbreitung nicht marktvermittelter Wirtschaftsformen. In der Extremposition klingt z.B. bei Muraca der weitgehende Übergang zu einer Commons-Wirtschaft an. Aber auch bei vielen anderen kapitalismuskritischen Denkern spielen kooperative Formen der Tausch- und Schenkwirtschaft eine wichtige Rolle (Kap. 7.3, 14). Diese nicht konkurrenzbasierten Wirtschaftsformen, so die Annahme, vermitteln keinen Wachstumszwang. Dieses Argument greift auch für die Subsistenzwirtschaft, die bei einigen Denkern ebenfalls eine ungleich größere Rolle spielen soll.

Eine Zwischenposition findet sich wiederum bei den reformorientierten Wachstumskritikern der zweiten Zeitphase. Diese nehmen im Vergleich zu vielen antikapitalistischen Positionen eine affirmativere Haltung zu Märkten als Allokationsmechanismus und Innovationstreiber ein. Gleichzeitig zielen aber auch sie auf die Einhegung der Märkte zugunsten alternativer Wirtschaftsformen, welche die Wirtschaftsakteure nicht unter Wachstumsdruck stellen. Besonders ausgeprägt ist dies bei Paech, der alternativen Wirtschaftsformen, insbesondere der Subsistenzwirtschaft, eine sehr prominente Rolle in einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung zuweist.⁴⁹³

Ökologische Wirtschaftspolitik, Freiheit und das gute Leben

Abschließend ist die Frage zu beleuchten, wie sich die stark divergenten Perspektiven auf ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem plausibel machen lassen. Die Positionierung in der Wachstumsfrage ist, wie gezeigt, sehr ausschlaggebend. Darüber hinaus wurde bei der Aufarbeitung der konkurrierenden Positionen gezeigt, dass diese auch von nicht i.e.S. auf die ökologische Frage bezogenen Annahmen geprägt werden. Viele wachstumskritische und antikapitalistische Denker kritisieren die Wachstumsge-

493 Jenseits der Kontroverse um die Zukunft des Kapitalismus zeigen sich im ökologischen politischen Denken weitere Trennlinien in Bezug auf ökologische Wirtschaftspolitik. Dies bezieht sich z.B. auf die Frage, inwiefern auch die stark arbeitsteilige industrielle Produktionsweise überwunden oder zumindest eingehegt werden muss (vgl. entspr. die Argumentationen von Amery, Strasser und Paech). Auch die Kontroverse um die richtigen wirtschaftspolitischen Instrumente ist zu nennen. Hier stehen sich die Fokussierung auf ordnungsrechtliche Instrumente (siehe zur Argumentation v.a. Kap. 14.2.6 und 13.1.2) und die Bevorzugung ökonomischer umweltpolitischer Instrumente (vgl. zur Argumentation v.a. Kap. 13.1.2) gegenüber.

sellschaft bzw. die vom Kapitalismus geprägte Gesellschaft nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern beschreiben diese in unterschiedlicher Radikalität und Gewichtung als unfrei, ungerecht und dem guten Leben entgegenstehend (vgl. entspr. Petschow et al. 2018, 159; dazu auch Jesche 2014, 231f). Dies lässt sich, wie vielfach gezeigt, auf spezifische Ideen von Freiheit, Gerechtigkeit und gutem Leben zurückführen (Kap. 7, 8, 13, 14). Insbesondere bei vielen antikapitalistischen Entwürfen tritt ein sehr optimistisches Menschenbild hinzu: Unter anderen (v.a. post-kapitalistischen) Bedingungen ist ein ganz anderer, verantwortlicher, genügsamer und beteiligungswilliger Mensch möglich, auf den eine solidarische Postwachstumsgesellschaft aufbauen kann. Aber auch für Fücks als Befürworter eines ökologischen Kapitalismus ließ sich eine solche i.e.S. normative Fundierung seiner Position aufzeigen: Für ihn ist der Kapitalismus ein freiheitsverwirklichendes Wirtschaftssystem, was auf seinen, auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsbegriff zurückzuführen ist. Zudem stützt Fücks' Bild des modernen Individuums, das sich durch einen Drang zur Selbststeigerung auszeichnet, seine affirmative Haltung zu Wachstum und Kapitalismus (Kap. 12.4). Unabhängig von ökologischen Erwägungen ergeben sich also auch aus unterschiedlichen Grundwerten und Grundwertverständnissen, Menschenbildern und Ideen des guten Lebens divergente Haltungen zum zukünftigen Wirtschaftssystem.

Zuletzt spielen für die Ausdifferenzierung der Positionen auch perspektivische Unterschiede eine wichtige Rolle. So wurde herausgearbeitet, dass das Festhalten am Kapitalismus aus einer stärker realpolitisch ausgerichteten Sichtweise folgt (Kap. 7.4.3, 12.4). Demgegenüber wird insbesondere bei vielen antikapitalistischen Gegenentwürfen ein utopischer Überschuss dergestalt sichtbar, dass die befürworteten Alternativentwürfe neben ökologischen Zielen im umfassenden Sinne eine bessere Gesellschaft ermöglichen sollen (Kap. 7.3.5, 14.4.2).

16.5 Zukunftsfähiges politisches System

Dritter zentral behandelter Transformationsgegenstand im ökologischen politischen Denken ist das politische System. Im Mittelpunkt steht die Frage, welches politische System dem Grundwert ökologischer Nachhaltigkeit am ehesten Rechnung tragen kann. Dies übersetzt sich in die in den ersten beiden Abschnitten zu beleuchtenden Teilfragen, ob Demokratie überhaupt zukunftsfähig ist und wenn ja, welche Form von Demokratie es vermag,

den für erforderlich gehaltenen ökologischen Policy-Output hervorzubringen. Mit den unterschiedlichen Antworten auf diese Fragen gehen verschiedene Anforderungen an die Bürgerschaft einher, was im dritten Abschnitt reflektiert wird.

Kann Demokratie Nachhaltigkeit?

Die fundamentalste Streitfrage bezüglich des zukünftigen politischen Systems bezieht sich auf die Demokratie als solche. Diesbezüglich stehen sich die öko-autoritären Positionen der ersten Zeitphase (Gruhl, Harich, Jonas und später Bahro) und die weitere Autorenschaft gegenüber. Die autoritäre Perspektive hält die Demokratie aus funktionalen Gründen für nicht zukunftsfähig. Die Demokratie bindet die Entscheidungsträger an den Willen der Bürgerschaft. Der Bürgerschaft wird jedoch zumindest in der mit Blick auf die Zuspitzung der ökologischen Krise verbleibenden Frist nicht zugetraut, eine den Reduktionserfordernissen angemessene Präferenzstruktur (v.a. materielle Verzichtsbereitschaft) zu entwickeln, weswegen es zustimmungsunabhängiger Führungsinstanzen bedarf. Angestrebt wird eine globale Öko-Diktatur, die jedoch nur teilweise für möglich gehalten wird. Aus Letzterem folgt die Forderung nach autoritärer Führung auf Ebene des Nationalstaats. Differenzen zwischen den öko-autoritären Positionen beziehen sich auf die Fragen:

- wer die zustimmungsunabhängige Führungsposition einnehmen soll.
- auf welcher Steuerungsebene diese anzusiedeln ist bzw. angesiedelt werden kann.
- ob die autoritären Strukturen zeitlich befristet gedacht werden oder auf Dauer angelegt sind.

Mit dieser Demokratiekritik wirft das öko-autoritäre Denken die Frage auf, inwiefern Demokratien überhaupt zu Postwachstumsstrategien und damit zur Reduktion des materiellen Wohlstandsniveaus in der Lage sind. Bei den öko-autoritären Denkern wird diese Frage verneint.⁴⁹⁴ Hinter der autoritären Position stehen ein skeptisches Menschen- und Bürgerbild, vor dessen Hintergrund der Bürgerschaft keine Veränderungsbereitschaft zugetraut wird, sowie ein Zutrauen in (spezifische) Eliten. Darüber hinaus unterstützt auch der starke Wachstumspessimismus die autoritären Schluss-

494 Eine politikwissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit der Frage nach der Abhängigkeit der Demokratie von wirtschaftlichem Wachstum findet sich bei Fritzsche/Vogler 2018.

folgerungen: Gerade weil die für erforderlich gehaltenen Einschnitte so drastisch sind, glauben die Denker nicht an die Einsichtsfähigkeit der Bürgerschaft. Jenseits dessen befördert auch die v.a. bei Gruhl und dem späten Bahro virulente Annahme einer tiefen Einschreibung des Expansionismus in die Individuen das autoritäre Denken, da diesbezügliche Veränderungen dann besonders anspruchsvoll erscheinen. Zuletzt konnte für Gruhl und Harich gezeigt werden, wie eine Distanz zu freiheitlichen Grundwerten autoritäre Schlussfolgerungen begünstigt.

Den öko-autoritären Positionen gegenüber steht ein, unten näher beleuchtetes, heterogenes Feld demokratischer Positionen, die den Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen der Demokratie für möglich halten. Dieses Festhalten an der Demokratie wird nur bei einigen Denkern, v.a. der ersten Zeitphase, explizit begründet. Analytisch lässt sich dabei eine funktionale und eine normative Begründungslinie differenzieren (vgl. dazu Kap. 7.2.1). In der funktionalen Dimension wird neben dem Verweis auf Dysfunktionalitäten autoritärer Systeme argumentiert, dass die kritische Zivilgesellschaft der zentrale Treiber ökologischen Wandels darstellt, weswegen demokratische Strukturen am ehesten die angestrebte ökologische Politik ermöglichen. Zudem setze sich vernünftige Politik viel eher in einem öffentlichen Wettstreit der Meinungen durch, wie ihn die pluralistische Demokratie institutionalisiert. In der normativen Dimension wird deutlich, dass die demokratischen Denker aufgrund ihres Grundwertekanons (v.a. starke Gewichtung von Selbstbestimmung und Gerechtigkeit als gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten) der Demokratie einen viel größeren Eigenwert beimessen.

Die konträren Positionen lassen sich somit v.a. über zwei Aspekte plausibilisieren. Erstens kommen die Autoren zu gegenteiligen Einschätzungen der ökologischen Leistungsfähigkeit von demokratischen und autoritären Systemen. Dies folgt in erster Linie aus unterschiedlichen Verurteilungen ökologischer Vernunft und Einsichtigkeit. Der Öko-Autoritarismus traut lediglich spezifischen Eliten zu, Zukunftsverantwortung zu übernehmen. Die Denker verabschieden sich von einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie nicht an die Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft glauben bzw. beim späten Bahro, diese durch einen autoritären Staat hergestellt werden muss. Das demokratische Denken hingegen traut der Mehrheit der Bürgerschaft diese Einsichtigkeit zu und sieht die kritische Bürgerschaft als maßgeblichen Impulsgeber für ökologischen Wandel. Damit bestätigt sich eine Erkenntnis aus der Sekundärliteratur: Der Zusammenhang zwischen

Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit ist im ökologisch-politischen Denken nicht zwingend, sondern hängt von den Annahmen bezüglich der Präferenzen der Bürgerschaft und insbesondere deren Veränderbarkeit ab (Carter 2001, 51f; Ball 2006, 145; Humphrey 2007). Gleichzeitig lässt sich konstatieren, dass für die demokratischen Denker eine Ökologisierung des Bürgerwillens im Sinne von „green citizenship“⁴⁹⁵ die Voraussetzung für den Weg aus der ökologischen Krise darstellt (Carter 2001, 62; Eckersley 1992, 178).

Als zweiter Aspekt lässt sich eine unterschiedlich enge normative Bindung an die Demokratie konstatieren, was auf unterschiedliche Grundwertekanon zurückgeführt werden konnte. Dies verweist auf eine Kontroverse, die v.a. auch in der angelsächsischen ökologischen politischen Theorie virulent war bzw. ist. Sie bezieht sich auf Frage, inwiefern ein auf das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit gerichtetes politisches Denken eine instrumentelle Position zur Demokratie einnehmen oder dieser einen Eigenwert, der unabhängig von ihrer ökologischen Leistungsfähigkeit gilt, zuschreiben soll (Carter 2001, 49ff; Eckersley 1996). Diesbezüglich stehen sich in der untersuchten Denklandschaft die rein funktionale Bewertung der Demokratie bei den öko-autoritären Autoren sowie die stark normativ eingefärbte Verteidigung der Demokratie gegenüber. Diese Kontroverse lässt sich am besten über Goodins einflussreiche Unterscheidung zwischen einer ökologischen „theory of value“ und einer „theory of agency“ betrachten (1992, v.a. 113-122). Goodin selbst plädiert dafür, dass das ökologische Denken das Ziel und damit den „Value“ ökologischer Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt und die Antwort auf die Frage nach der Zielerreichung, also der „Agency“, von der effektivsten Zielerreichung abhängig macht. Auf dieser Position beruht das dargestellte öko-autoritäre Denken: Weil die Demokratie das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit aus dieser Perspektive schlechter erreichen kann als autoritäre Strukturen, gilt es erstere zu verwerfen.⁴⁹⁶ Goodins Position hat starke Gegenreaktionen hervorgerufen. So legt z.B. Eckersley dar, dass eine ökologische „theory of value“ neben

495 Barry fasst „green citizenship“ wie folgt: “[It] emphasizes the duty of citizens to take responsibility for their actions and choices – the obligation to ‘do one’s bit’ in the collective enterprise of achieving sustainability” (1999, 231). Politiktheoretisch reflektiert wurde „green citizenship“ vor allem im angelsächsischen Diskurs. Siehe dazu z.B. Barry 1996; 1999; Smith 1998; Christoff 1996.

496 Entsprechend wurde Goodin vorgeworfen, seine Position öffne Tür und Tor für autoritäre Antworten auf die ökologische Krise (vgl. z.B. Carter 2001, 50). Goodin selbst wollte mit seiner Differenzierung aber lediglich darauf aufmerksam machen,

dem Ziel ökologischer Nachhaltigkeit auch das Ziel von Emanzipation und Selbstbestimmung inkorporieren soll und vor diesem Hintergrund einem demokratischen und damit freiheitlichen Weg aus der ökologischen Krise ein starker Eigenwert zukommt (1996). Eben diese Position steht hinter der dargestellten Verteidigung der Demokratie. Aus dieser Perspektive ist, unabhängig von deren ökologischer Leistungsfähigkeit, ein demokratischer Weg aus der ökologischen Krise zu suchen.

Welche Demokratie kann Nachhaltigkeit?

Während die Frage nach der Demokratie als solcher mit dem Verschwinden prominenter öko-autoritärer Positionen Ende der 1970er-Jahre in den Hintergrund rückt, bleibt die Frage nach der konkreten Form der Demokratie virulent (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Carter 2001, 75; Eckersley 1992, 27). Dies bezieht sich nicht nur auf die Form, sondern auch die angemessene Ebene politischer Entscheidungsfindung und Steuerung. Übergeordnet lassen sich in der untersuchten Literatur drei Perspektiven unterscheiden:

1) Dem autoritären Denken diametral gegenüber steht die in beiden Zeitphasen prominent vertretene Position einer radikalen Demokratisierung. Diese wird von demokratischen Systemwechsel-Denkern beider Zeitphasen eingenommen.⁴⁹⁷ Für diese Position mangelt es nicht an Autorität und Zentralisierung, sondern an Demokratie und Subsidiarität. Damit einher geht eine grundlegende Kritik am bestehenden Institutionensystem, wobei v.a. folgenden Punkte angeführt werden:

- das Hervorbringen unverantwortlicher, von der Bürgerschaft entfremdeter politischer Eliten;
- die Passivierung der Bürgerschaft, die sich im Zuge dessen auf ein rein opportunistisches Beteiligungsverhalten zurückzieht;
- die starke Anfälligkeit für wirtschaftliche Sonderinteressen, die maßgeblichen Einfluss auf den Policy-Output nehmen;

Das bestehende politische System wird als System struktureller Verantwortungslosigkeit beschrieben. Davon ausgehend wird für eine umfassende Demokratisierung geworben, was häufig mit der Forderung nach De-

dass aus dem Grundwert der ökologischen Nachhaltigkeit keine bestimmte politische Ordnung folgt. Er selbst sprach sich nicht für autoritäre Lösungen aus.

497 Bestätigen lässt sich die Erkenntnis von Eckersley, wonach eine Verbindung von Ökologie und Vertiefung der Demokratie in erster Linie von Autoren mit einem linken ideologischen Hintergrund gedacht wird (1992, 27).

zentralisierung von Entscheidungskompetenzen einhergeht. Hinter diesen Demokratisierungsforderungen werden v.a. zwei Motive sichtbar, die bei den Denkern unterschiedlich gewichtet sind:

- Das Schaffen eines unverfälschten Transfers des Bürgerwillens in politische Entscheidungen. Hinter dieser Argumentationslinie steht die Annahme, dass die Bürgerschaft ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken bereits mehrheitlich befürwortet, sich dies aber aufgrund des gegenwärtigen politischen Systems nicht in entsprechenden politischen Entscheidungen niederschlägt.
- Die Transformation des Bürgerwillens durch Beteiligung. In dieser Argumentationslinie wird ausgeweiteten Beteiligungsmöglichkeiten das Potenzial zugeschrieben, die Präferenzstrukturen der Bürgerschaft von opportunistischer Eigennutzorientierung auf Gemeinwohlorientierung zu verändern. Die Vertiefung der Demokratie leistet also selbst einen maßgeblichen Beitrag für das Hervorbringen einer verantwortlichen Bürgerschaft.

In der Summe soll Demokratisierung zu einem gemeinwohlorientierteren und ökologisch verantwortlicheren Policy-Output führen.

Innerhalb des radikalen Demokratisierungsdenkens sind zwei Stoßrichtungen zu unterscheiden (ähnlich Dryzek 1997, 183). Vor allem bei den öko-sozialistischen Denkern wird Demokratisierung und Dezentralisierung im Rahmen einer zentral- bzw. nationalstaatlichen Ordnung gedacht (Kap. 7.3.3, 14.2.2). Die Notwendigkeit zentraler Entscheidungs- und Steuerungskompetenzen ergibt sich u.a. im Bereich der Wirtschaftslenkung. Entsprechend werden die repräsentativdemokratischen Institutionen um substantielle Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt, aber nicht ersetzt. Demgegenüber votieren die öko-kommunistischen Positionen ausgehend von einer prinzipiellen Herrschafts- und Staatskritik für die weitergehende Dezentralisierung von Entscheidungsmacht (Kap. 7.3.4, 14.2.3). Für sie ist zentralisierte Macht unabhängig von der Form ihrer Institutionalisierung unverantwortlich, weswegen sie primär als Hindernis, nicht als Instrument des Wandels gesehen wird. V.a. bei Muraca klingt im Zuge der starken Dezentralisierung ein weitgehender Übergang zu direktdemokratischen Verfahren an. Die Differenz zwischen beiden Stoßrichtungen folgt, wie gezeigt, aus divergenten Staats- und Herrschaftsverständnissen. Während in der öko-sozialistischen Stoßrichtung durch Demokratisierung ein verantwortlicher Zentralstaat möglich wird, ist dies bei Amery und Muraca prinzipiell nicht denkbar.

2) Dem radikalen Demokratisierungsdenken entgegengesetzt hält die zweite Position weitgehend am bestehenden Institutionensystem fest. Dieser Perspektive sind die Denker des grünen Wachstums, Eppler sowie die reformorientierten Wachstumskritiker mit einer spezifischen Ausnahme bei Loske zuzurechnen. Ihre inkrementellen Reformvorschläge zielen in verschiedene Richtungen:

- Wichtiges Ziel ist die Stärkung der im Staat für Umweltbelange zuständigen Akteure (v.a. Jänicke, Loske, Schneidewind). Dazu dienen u.a. der Abbau von Politikverflechtung und die Klärung von Kompetenzen, die bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Umweltressorts sowie ein veränderter Ressortzuschnitt zur Etablierung einer umfassenden und starken Nachhaltigkeitsperspektive.
- Alle hier subsumierten Denker problematisieren Lobbyismus, insbesondere den starken Einfluss von Wirtschaftsinteressen, die gegen eine ambitionierte ökologische Transformation gerichtet sind. Als Gegenmaßnahmen werden z.B. die Schaffung umfassender Transparenz, die kartellrechtliche Bekämpfung von ökonomischen Machtkonzentrationen oder die moderate Ausweitung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten vorgebracht.
- Eppler, Loske und Schneidewind schwebt die punktuelle Ergänzung der bestehenden Institutionenordnung um direktdemokratische Elemente vor. Wie in der ersten Position greift auch hier die Annahme, dass der stärkere Einfluss der Bürgerschaft auf Entscheidungsprozesse zu ökologisch verantwortlicheren Entscheidungen führt. Gleichzeitig findet jedoch eine Abgrenzung zu radikaleren Demokratisierungsforderungen statt. Diesen wird entgegengehalten, dass es keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Demokratisierung und einem weitsichtigeren Policy-Output gibt und dass das bestehende repräsentative System als Schutzschild gegen die Anfälligkeit direktdemokratischer Verfahren für Populismus zu erhalten ist.⁴⁹⁸
- Fücks und Loske plädieren für die Festschreibung von Nachhaltigkeitszielen in der Verfassung und somit eine stärkere Selbstbindung der staatlichen Akteure.

498 Eine noch stärkere Gegenposition kommt bei von Weizsäcker zum Ausdruck. Aus seiner Sicht werden direktdemokratische Entscheidungen oft uninformiert getroffen und führen zu Fehlentscheidungen, die nicht dem Gemeinwohl dienen. Für den erforderlichen ökologischen Wandel bedürfe es einer lebhaften öffentlichen Debatte, aber keiner Direktdemokratie. (2020, 92)

- In internationaler bzw. globaler Perspektive wird für Institutionen geworben, welche die Kooperationsfähigkeit zwischen Staaten erhöhen und gleichzeitig effektive Sanktionsmechanismen ermöglichen (Fücks, Eppler, von Weizsäcker). Konkrete Maßnahmen sind z.B. die Stärkung der UN sowie spezifischer die Schaffung von sanktionsbefähigten Treuhandinstitutionen für globale Gemeingüter wie Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität oder Regenwälder.

3) Bei der dritten Position steht das Ansinnen im Vordergrund, durch substanzielle institutionelle Erweiterungen die Weitsichtigkeit der Demokratie zu erhöhen. Gegenüber der Position des weitgehenden Festhaltens am Status quo kommt hier die Ansicht zum Ausdruck, dass inkrementelle Veränderungen nicht hinreichend sind. Entgegen dem radikalen Demokratisierungsdemokratie wird Zukunftsverantwortung in dieser Perspektive nicht primär von der breiten Bürgerschaft, sondern von zu diesem Zweck zu schaffenden Institutionen erwartet. Die konkreten Stoßrichtungen unterschieden sich dabei deutlich. Fromms „oberster Kulturrat“, sein „humanistisches Expertengremium“ (Kap. 7.3.3.1) sowie Peukerts klimapolitisch ausgerichtete „Kommandozentralen“ (Kap. 14.2.1) stellen expertokratische Institutionen dar, die substanziellen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben sollen. Bei Peukert werden dabei durchaus Entdemokratisierungstendenzen sichtbar. Demgegenüber geht es bei Loske nicht um die stärkere Institutionalisierung von Expertise, sondern um die demokratische Vertretung von Zukunftsinteressen. Er fordert einen mit suspensiven Vetorechten im Gesetzgebungsverfahren ausgestatteten, pluralistisch besetzten Nachhaltigkeitsrat (Kap. 13.1.2.3).

Wie lässt sich dieses heterogene Feld an Positionen verständlich machen? Zunächst kommen wieder divergente Verortungen ökologischer Verantwortlichkeit zum Ausdruck. Das radikale Demokratisierungsdemokratie verortet diese in erster Linie in der breiten Bürgerschaft, während es sehr skeptisch gegenüber den etablierten Funktionseleiten ist. Die maßgeblichen Impulse kommen „von unten“, weshalb ein Setzen auf Demokratisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsmacht folgerichtig ist. Demgegenüber kommt im stärkeren Festhalten am Status quo ein größeres Zutrauen in die Rationalität des bestehenden Systems und damit auch in die darin handelnden Akteure zum Ausdruck. Die punktuellen Veränderungsvorschläge zielen v.a. darauf, institutionalisierten Umweltinteressen im gegebenen System mehr Gewicht zu verschaffen. Der Fokus liegt somit weniger auf der Bürgerschaft als auf den etablierten, institutionellen Vertretern von Umweltin-

teressen. Loske geht einen Schritt weiter und will Zukunftsverantwortung in einer ungleich stärkeren Institution verankern. Wiederum steht aber das Zutrauen in Institutionen im Vordergrund. Zuletzt setzen die expertokratischen Ansätze primär auf Wissenseliten. Doch nicht nur die befürwortete Form der Entscheidungsfindung, auch die anvisierte Steuerungsebene hängt von der Verortung ökologischer Verantwortlichkeit ab. Wenn diese z.B. in erster Linie bei bestimmten Eliten oder Experten verortet wird, ist es naheliegend, Entscheidungskompetenzen zu zentralisieren. Dies zeigt sich v.a. in der öko-autoritären und in der expertokratischen Stoßrichtung. Wenn hingegen die Zivilgesellschaft bzw. die breite Bürgerschaft als maßgeblicher Träger ökologischer Vernunft gesehen wird, ist es naheliegend auf Dezentralisierung zu setzen, da umfassende Beteiligung v.a. dezentral zu organisieren ist.

Darüber hinaus lassen sich die divergenten Positionen auf weitere Aspekte zurückführen. Zum einen haben die für erforderlich gehaltenen öko-politischen Veränderungen selbst Einfluss darauf, welches politische System angestrebt wird. Aus der „Win-Win-Perspektive“ des grünen Wachstums ist es deutlich naheliegender, auf eine Lösung der ökologischen Krise im Rahmen der bestehenden Institutionenordnung zu setzen. Für die antikapitalistischen Denker geht es hingegen in vielerlei Hinsicht um die Deprivilegierung etablierter Eliten, weshalb Demokratisierungsforderungen angezeigt sind. Zum anderen verbinden die radikalen Demokratisierungsdemokratiker mit ihren Entwürfen nicht nur ökologische Motive, sondern sehen Demokratisierung als zentrale Bedingung für die Verwirklichung von kollektiver und gleichberechtigter Selbstbestimmung als Voraussetzung für (ihr Verständnis von) Freiheit und Gerechtigkeit. Radikale Demokratisierung erscheint vor dem Hintergrund ihres Grundwertekanonens auch unabhängig von ökologischen Motiven wünschenswert. Des Weiteren ist wiederum die perspektivische Differenz zwischen stärker utopisch (v.a. radikale Demokratisierungsdemokratiker) und eher realpolitisch ausgerichteten Perspektivikern (v.a. Position der inkrementellen Veränderungen) ausschlaggebend.⁴⁹⁹

499 Abschließend sind einige durch alle Strömungen hinweg geteilte Motive mit Blick auf ein zukunftsfähiges politisches System zu benennen. Erstens werden in allen Strömungen unter dem Stichwort Lobbyismus die ungleich verteilten Einflusspotenziale zugunsten veränderungsaverser Wirtschaftsinteressen problematisiert. Eine zweite breit geteilte und unkontroverse Forderung zielt auf den Abbau von Wachstumsunabhängigkeiten, die dem Staat eine systematische Wachstumsfokussierung auferlegen (v.a. Wachstumsabhängigkeit der Sozialsysteme, des Arbeitsmarktes und der Bearbeitung der Staatsverschuldung). Drittens wird in allen Strömungen in bei-

Anforderungen an die Bürgerschaft

Neben den im engeren Sinne institutionellen Streitfragen ist festzuhalten, dass mit den aufgezeigten Positionen verschiedene Anforderungen an die Bürgerschaft gestellt werden. Diese Trennlinie verläuft nicht parallel zu den oben differenzierten Positionen, weswegen sie gesondert zu behandeln ist. Vielmehr wird an erster Stelle ein Unterschied zwischen wachstumsskeptischen und wachstumsoptimistischeren Positionen deutlich, der bereits in Bezug auf die Frage nach Kulturwandel aufgezeigt wurde. Die (demokratischen) wachstumsskeptischen Denker setzen eine weitsichtige und nicht eigennutzorientierte Bürgerschaft voraus. Diese muss zum Wohle zukünftiger Generationen und den Menschen in anderen Weltregionen politische Maßnahmen mittragen, die einen Ausstieg aus der Wachstumsdynamik ermöglichen und somit auch dem individuellen materiellen Zuwachs Grenzen setzen bzw. zu teilweise massiven materiellen Einbußen führen. Im radikalen Demokratisierungsdenken kommen weitere Tugendanforderungen hinzu: Die Bürgerschaft soll nicht nur ihre Präferenzstruktur am Gemeinwohl ausrichten, sondern sich überdies in Verantwortung für die Gesamtgesellschaft und zukünftige Generationen ungleich stärker in die politischen Prozesse einbringen. In den wachstumsskeptischen Positionen wird somit die tugendhafte Bürgerschaft bzw. eine starke Variante von „green citizenship“ zur Voraussetzung für den Weg aus der Krise. Hinter diesen Positionen steht damit zugleich implizit ein optimistisches Bürgerbild, das diesem die grundlegende Fähigkeit zur vorausschauenden und gemeinwohlorientierten Verantwortungsübernahme zutraut (vgl. dazu Schmidt 2010, 240f; Habermas 2014, 327ff; Carter 2001, 62). Dies setzt wiederum voraus, dass die Präferenzstrukturen in der Bürgerschaft nicht per se eigennutzorientiert sind und sich gemeinwohlorientiert verändern können (Carter 2001, 62). Solche starken Tugendanforderungen finden sich bei den Denkern des grünen Wachstums nicht. Explizit argumentiert Jänicke, dass die Lösung der ökologischen Krise nicht von einem potenziellen Kultur- und Wertwandel in der Bürgerschaft abhängen darf (Kap. 12.1.1, 12.2.4).

Diese Differenz bezieht sich letztlich auf die von Münkler/Straßenberger formulierte Grundfrage politischer Theorie, inwiefern „eine freiheitlich-demokratische Ordnung stabilitätspolitisch auf die Tugenden ihrer Mitglieder

den Zeitphasen eine ausgeweitete internationale Kooperation zur Bearbeitung der ökologischen Krise gefordert und befürwortet. Einige Denker zeigen sich jedoch sehr skeptisch bezüglich der Chancen eines gestärkten Multilateralismus.

angewiesen“ ist (2016, 179). Dies verweist wiederum auf die tradierte Trennlinie zwischen einem liberalen und einem republikanischen Demokratieverständnis (Habermas 2014, 327ff). In den wachstumskritischen Konzeptionen lässt sich ein starkes republikanisches Moment ausmachen, insofern ökologische Weitsicht, gemeinwohlorientierte Zukunftsverantwortung und Beteiligungswille als Bürgertugenden begriffen werden: Der Bürger kann und soll partizipieren und sich dabei tugendhaft in seinen Einstellungen, Handlungen und Urteilen zeigen (Schaal/Heidenreich 2017, 62; Münkler/Straßenberger 2016, 155, 173, 179). Der reflektierte Bürger kann und soll das (ökologische) Gemeinwohl erkennen, das nicht nur aus den aggregierten Interessen der Einzelnen besteht (Schaal/Heidenreich 2017, 63; Habermas 2014, 325f). Der Bürger braucht damit im Gegensatz zu einem liberalen Demokratieverständnis ein Ethos, das über die eigene Nutzenmaximierung hinausreicht (Habermas 2014, 327ff).⁵⁰⁰

Damit stellt sich für die wachstumskritischen Denker die auf Rousseau zurückgehende, grundlegende republikanische Frage, wie sich aus dem eigennutzorientierten Bourgeois der gemeinwohlorientierte Citoyen entwickeln kann (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 188f, 228f, 230). Die (unzureichenden) Antworten auf diese Frage wurden bereits angedeutet. Vielfach beschränken sie sich auf die diffuse Hoffnung auf einen Prozess gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandels, der sich von Pioniergruppen ausgehend fortwährend ausbreitet. Die ökologische Demokratie kann also, in Abwandlung des „Böckenförde-Diktums“, ihre Voraussetzungen in Form des suffizienzorientierten, ökologisch verantwortlichen und beteiligungswilligen Bürgers nicht selbst garantieren (vgl. Böckenförde 1976, 60), sondern ist diesbezüglich auf die von Strasser so bezeichnete „Selbstaufklärung“ der Bürgerschaft angewiesen.⁵⁰¹ Jenseits dessen wurde deutlich, dass sich die Denker von spezifischen politischen Reformen wie z.B. einer veränderten Bildungspolitik, der Einschränkung von Werbung oder ganzheitlichen Wohlstandsindikatoren einer Veränderung der Präferenzstrukturen

500 Oder um es mit einer Metapher in Anlehnung an Kant zu formulieren: Eine sich materiell selbst bescheidende Demokratie lässt sich nicht mit egoistischen und selbstbezogenen Teufeln, sondern nur mit (zumindest ökologisch) tugendhaften Engeln verwirklichen (Kant 1970, 223f).

501 An dieser Stelle sei noch einmal auf die besonders hohen (impliziten) Anforderungen an die Bürgerschaft bei vielen kapitalismuskritischen Ansätzen verwiesen. Die Bürgerschaft ist einerseits geprägt von einer kapitalistischen Subjektivität, die sich durch Materialismus, Egoismus und Konkurrenzdenken auszeichnet. Gleichzeitig soll die kritische Zivilgesellschaft der zentrale Treiber der, über den Kapitalismus hinausweisenden, Transformation sein.

in der Bürgerschaft erhoffen. Dabei wird jedoch nicht ausreichend reflektiert, dass diese Reformen selbst bereits auf demokratische Mehrheiten angewiesen sind und damit bereits veränderte Präferenzstrukturen voraussetzen.

An dieser Stelle ist nun auch vertiefend auf das im radikalen Demokratisierungsdanken verbreitete Motiv einzugehen, dass die umfassende Ausweitung direkter demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten selbst zu Gemeinwohlorientierung und Beteiligungswillen in der Bürgerschaft führt. Diese Position findet sich prominent bei demokratischen Systemwechsel-Denkern wie Amery, Strasser, Fromm, Brand und Felber. Eine spezifische Stoßrichtung stellt das bei den Denkern der ersten Zeitphase stark ausgeprägte Dezentralisierungsdanken dar, wonach sich ökologische Vernunft, Gemeinwohlorientierung und Beteiligungswille insbesondere dann einstellen, wenn die Menschen in dezentralen und damit überschaubaren Zusammenhängen („human scale communities“) für die öffentlichen Belange verantwortlich gemacht werden (Kap. 7.3.1). Aus dieser kommunitaristischen Annahme wird geschlussfolgert, dass möglichst viele Entscheidungs- und Vollzugskompetenzen auf kleinräumige Ebenen zu verlagern sind.

Aus dieser Perspektive wird die tugendhafte Bürgerschaft durch die Veränderung des politischen Systems im Sinne von mehr Deliberation, Demokratisierung und Dezentralisierung mit hervorgebracht (Carter 2001, 62, 52ff). Im Zuge dessen erhöht die dezentral-partizipatorische Demokratie die Chancen auf den angestrebten ökologischen Policy-Output (ebd., 52ff). Die Autoren setzen damit auf ein Moment, das auch in der republikanischen und kommunitaristischen Demokratietheorie zentral ist: die Transformation des Bürgers durch eine Veränderung des demokratischen Institutionengefüges (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 64; Habermas 2014, 333; Meyer 2008, 97). Es bedarf eines „entgegenkommenden institutionellen Kontextes“, der die Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft fördert (Schaal/Heidenreich 2017, 229f). Dies impliziert gleichzeitig eine grundlegende Kritik an der nationalstaatlichen Repräsentativdemokratie, welche diese Tugendhaftigkeit nicht hervorzubringen vermag (Carter 2001, 52f, 55f; Schaal/Heidenreich 2017, 227). Aus der Perspektive der hier genannten Denker ist die bestehende demokratische Ordnung nicht imstande, „die sozio-moralischen Voraussetzungen für ihre langfristige Stabilität zu garantieren bzw. über eine konfliktaffine politische Kultur zu befördern“ (Münkler/Straßenberger 2016, 179).

16.6 Der Prozess des Wandels

Die letzte zu behandelnde Grundfrage des ökologischen politischen Denkens bezieht sich auf den Prozess des Wandels und somit auf die Frage, wie und durch wen die jeweils beschriebenen Alternativentwürfe zu erreichen sind (vgl. entspr. zum englischsprachigen Diskurs Ball 2003, 549f). Dabei lassen sich mit Blick auf das untersuchte Spektrum drei übergeordnete Perspektiven unterscheiden:

1) Aus der Top-Down-Perspektive, wie sie sich bei den öko-autoritären Denkern Gruhl und Jonas findet, haben letztlich nur spezifische Funktionseliten die Vernunft, zukunftsgerichtet und somit gemeinwohlorientiert zu handeln. V.a. für Gruhl liegt der Schluss nahe, dass es sich dabei um staatliche Funktionseliten handelt. Ausgehend von der beschriebenen Skepsis gegenüber der Bürgerschaft kommen die Zivilgesellschaft und der sich politisch engagierende Bürger nicht als Transformationsakteure vor. Eine Antwort auf die ökologische Krise wird die Gesellschaft nur finden, wenn die angesprochenen Eliten Zukunftsverantwortung übernehmen und den kurzsichtigen und eigennutzorientierten Individuen den Weg aus der Krise vorgeben. Damit ist der Staat der entscheidende und letztlich einzig angesprochene Transformationsakteur. Es werden jedoch keine Vorstellungen entwickelt, wie der Prozess zur Etablierung zustimmungsunabhängiger Macht für diese Eliten vorstattengehen soll.

2) Am gegenüberliegenden Pol ist die sehr heterogen besetzte Bottom-up-Perspektive zu verorten. Dieser Perspektive sind die demokratischen Systemwechsel-Positionen beider Zeitphasen, die reformorientierten Wachstumskritiker der zweiten Zeitphase sowie Eppler, Harich und der späte Bahro zuzuordnen. Diese heterogene Gruppe wird von einigen geteilten Grundzügen geeint. Sie erwarten den Veränderungsimpuls in erster Linie aus (Teilen) der Zivilgesellschaft. Diesem Setzen auf die Zivilgesellschaft steht eine unterschiedlich begründete Skepsis bezüglich den etablierten Funktionseliten gegenüber. Voraussetzung für den Basisimpuls ist ein sich ausbreitender Bewusstseinswandel in der Zivilgesellschaft, der zu einer zunehmenden kritischen Infragestellung des Status quo führt. Die Ansätze bauen somit auf eine wachsende Politisierung der Zivilgesellschaft, die den erforderlichen Druck für die angestrebten Veränderungen aufbringt. Die Ziele dieses Basisimpulses sind freilich völlig unterschiedlich und reichen, wie gezeigt, von der Etablierung zustimmungsunabhängiger Führung beim späten Bahro und Harich bis zum dezentralen Neuaufbau einer öko-kommunalistischen Gesellschaft bei Amery und Muraca. Im Rahmen dieser

geteilten Grundzüge zeigen sich weitreichende Differenzen, die sich v.a. auf folgende Fragen beziehen:

- a. Welche zivilgesellschaftlichen Kräfte werden konkret als impulsgebende Transformationsakteure angesprochen? Werden weitere Impulsgeber außerhalb der Zivilgesellschaft adressiert?
- b. Entsteht der zivilgesellschaftliche Basisimpuls evolutionär oder wird er gezielt erzeugt?
- c. Inwiefern kann und soll der Staat als Steuerungssubjekt im Transformationsprozess dienen und damit zusammenhängend, inwiefern richtet sich der Basisimpuls auf die Übernahme staatlicher Macht?
- d. Wenn der Staat als zentrales Transformationsinstrument angesehen wird, wie wird der Staat zum Instrument transformativer Kräfte?

Zu a): Die Denker sprechen in erster Linie soziale Bewegungen, die einem kritischen Bewusstsein gegen den Status quo politischen Ausdruck verleihen, als Transformationsakteure an. Dabei hängen die konkret anvisierten Bewegungen und deren Ausrichtung stark von den jeweiligen Krisenanalysen und Alternativentwürfen ab. Beispielsweise suchen die primär kapitalismuskritischen Positionen in erster Linie nach dem Kapitalismuskritischen Potenzial in der Zivilgesellschaft. Demgegenüber hat der auf Kulturwandel fokussierte Paech eine auf Suffizienzpraktiken ausgerichtete Kulturvanguardie im Blick. Beim späten Bahro kann, hervorgehend aus seiner anthropologischen Krisenbegründung, nur eine neuartige spirituelle Rettungsbewegung den erforderlichen Transformationsimpuls geben. Es unterscheiden sich zudem die Ansichten, inwiefern die Veränderungsimpulse ausschließlich aus der Zivilgesellschaft zu erwarten sind. Bei den reformorientierten Wachstumskritikern Loske, Kopatz und Schneidewind werden auch Pioniere aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen wie Wissenschaft oder Wirtschaft angesprochen. Demgegenüber steht bei vielen der linken Systemwechsel-Denker das Motiv im Vordergrund, dass der angestrebte Wandel gegen die etablierten Funktionseliten nicht nur in Politik, sondern auch in Wirtschaft und Wissenschaft durchgesetzt werden muss. Entsprechend ist der Fokus auf die Zivilgesellschaft stärker ausgeprägt.

Zu b): Die Antworten auf die zweite Frage trennen Harich und den späten Bahro von den weiteren Bottom-up-Denkern. Bei Letzteren entstehen bzw. verstärken sich die sozialen Bewegungen in einem evolutionären Prozess durch das zunehmende Bewusstwerden der krisenhaften Zusammenhänge, sind mithin nicht intentional gesteuert. Bei Harich und dem späten Bahro werden diese hingegen von bestimmten Eliten gezielt hervor-

gebracht. Die Bürger werden zu ihrer Rolle als Transformationsakteur angeleitet. Bei Harich wird die Arbeiterbewegung durch die kommunistischen Parteien aktiviert. Bei Bahro bringt eine öko-spirituelle Bewusstseinsavantgarde die „Unsichtbare Kirche“ als Rettungsbewegung hervor. Bahro und Harich trauen also bestimmten Basisgruppen ökologische Vernunft zu, die dazu aber der Anleitung spezifischer Eliten bedürfen. Damit überlagern sich Bottom-up- und Top-down-Elemente.

Zu c): Unterschiedlich sind zudem die Ansichten, inwiefern der Staat das zentrale Transformationsinstrument darstellt und was daraus für die Transformationsstrategie der impulsgebenden Akteure folgt. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass alle Autoren mit Ausnahme der öko-kommunistischen Positionen explizit oder implizit auf den Staat als Steuerungssubjekt setzen. Die strukturell-institutionellen und vielfach auch die kulturellen Veränderungen werden maßgeblich durch den Staat umgesetzt. In der konkreten Gewichtung ergeben sich deutliche Unterschiede:

Gänzlich am staatsfokussierten Pol ist z.B. Harich zu verorten, bei dem der Wandel ausschließlich über den Staat erfolgt. Entsprechend ist die zentrale Funktion der Basisbewegung die Übernahme der Staatsmacht. Auch Eppler steht nahe am staatsfokussierten Pol. Auch bei ihm werden die sozialen Bewegungen primär als Machtpotenzial für die politische Auseinandersetzung in den bestehenden Institutionen angesprochen. Deren Impuls übersetzt sich v.a. mittels der Rückkopplung über Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung.

Etwas abgerückt vom staatsfokussierten Pol sind z.B. die reformorientierten Wachstumskritiker Loske, Kopatz und Schneidewind sowie die öko-sozialistischen Denker zu verorten. Sie beschreiben auch weniger direkt auf den Staat gerichtete Transformationsstrategien wie v.a.:

- Den dezentralen Aufbau alternativer Praxisprojekte, denen wiederum verschiedene Funktionen zugeschrieben werden: Einerseits sollen sie als materialisierte Positivvision einer zukunftssträchtigen Produktions- und Lebensweise ausstrahlen und „Bereitschaftspotenzial“ (Stein 2015, 120) für den entsprechenden, über den Staat herzustellenden Wandel schaffen. Andererseits werden in diesen Projekten strukturelle Prototypen entwickelt und erprobt, die dann über den Staat zu verallgemeinern sind.

Das Potenzial dieser Projekte wird somit v.a. in ihrer indirekten Wirkung auf staatliche Nachhaltigkeitspolitiken gesehen.⁵⁰²

- Ein strategisches und ökologisch verantwortliches Konsumverhalten. Auch dazu lassen sich mehrere Funktionszuschreibungen identifizieren. In den Beiträgen von Kern und Brand lässt sich die Funktion der Bereitschaftsförderung in dem Sinne ausmachen, dass kritisches Konsumverhalten zur Politisierung und damit zur gesellschaftlichen Verständigung über Fragen einer guten und verantwortlichen Lebensweise beitragen soll. Bei den öko-sozialistischen Autoren der ersten Zeitphase und Kern wird dem kritischen Konsum zudem eine direkte Transformationswirkung dergestalt zugeschrieben, dass dieser die kapitalistischen Machtverhältnisse unterwandert.
- Die impulsgebenden Akteure leisten bei vielen Denkern eine gezielte Aufklärung über die öko-sozialen Zusammenhänge und tragen so zur Ausbreitung eines kritischen Bewusstseins bei.
- Bei vielen demokratischen Systemwechsel-Denkern aus beiden Zeitphasen spielt Protest und Widerstand zur unmittelbaren Verhinderung weiterer ökonomischer Expansion eine wichtige Rolle.

In dieser Perspektive bleibt der Staat das zentrale Transformationsinstrument, der zivilgesellschaftliche Impuls richten sich aber nicht ausschließlich auf die staatlichen Institutionen.

Wiederum weiter entfernt vom staatsfokussierten Pol sind aus verschiedener Richtung der späte Bahro, Paech und Fromm. Bei Paech und Bahro bezieht sich dies erstens darauf, dass die impulsgebenden Bewegungen den strukturellen Neuaufbau zumindest teilweise am Staat vorbei leisten

502 Kontrovers ist, welches Transformationspotenzial diesen kleinteiligen Praxisprojekten konkret zugesprochen wird. Während dieses z.B. bei Denkern wie Schmelzer oder Brand stärker hervorgehoben wird, wehrt sich Loske explizit gegen eine Überhöhung der Wirkmacht solcher Gegenprojekte (2015, 229). Insbesondere zeigen sich Differenzen, inwiefern den Praxisprojekten neben den oben beschriebenen Funktionen unmittelbare Transformationswirkungen zugesprochen werden. Beispielsweise trauen einige antikapitalistischen Denker diesen Initiativen im Zuge ihrer Verbreitung zu, wichtige gesellschaftliche Bereiche zunehmend der kapitalistischen Verwertungs- und Expansionslogik zu entziehen und damit zugleich die bestehenden kapitalistischen Machtverhältnisse zu unterwandern. Das Potenzial der Praxisprojekte wird also nicht nur in ihrer Wirkung auf den Staat hin, sondern auch in der direkten Konfrontation mit den Kapitalinteressen, gegen die der angestrebte Wandel maßgeblich durchzusetzen ist, gesehen. Siehe zu einer tiefgehenden Reflexion der potenziellen Transformationspotenziale entsprechender Praxisinitiativen Stein 2015.

sollen.⁵⁰³ Zweitens werden die Gegenbewegungen nicht primär als politische Bewegung i.e.S. angesprochen. Fromm adressiert die Zivilgesellschaft primär als kritische Konsumgesellschaft. Diese soll über ein verändertes Konsumverhalten und insbesondere Konsumstreiks direkt zur Transformation der Ökonomie jenseits des konventionellen Weges staatlicher Reformen beitragen. Bei Paech wiederum wird das Individuum v.a. als Lebensstilpionier angesprochen. Wie kein anderer Denker sieht er in Anbetracht des Nichthandelns des Staates das Individuum in der moralischen Pflicht, den eigenen Lebensstil an den ökologischen Begrenzungserfordernissen auszurichten. Dadurch wird das Individuum zum Pionier einer sich ausbreitenden Suffizienzkultur. Auf den Staat ist die Suffizienzavantgarde nur insofern gerichtet, dass es für die politischen Eliten in Anbetracht der immer weiteren Ausbreitung dieser Kultur machtpolitisch opportun wird, den Weg in eine Postwachstumsgesellschaft politisch zu flankieren. Zuletzt ist die „Unsichtbare Kirche“ bei Bahro v.a. Bewusstseinsavantgarde, die auf die Ausbreitung eines höheren Bewusstseins zielt. Von einem Engagement in den bestehenden Institutionen verspricht sich Bahro, wie auch Paech, nichts.

Dies leitet über zur Position, die am weitesten vom staatszentrierten Pol entfernt ist und den Prozess des Wandels primär als autonomen Neuaufbau jenseits des Staates denkt. Diese Perspektive findet sich im öko-kommunalistischen Denken bei Amery sowie andeutungsweise bei Muraca. Ausgehend von einer prinzipiellen Herrschafts- und Staatskritik, nach der zentralisierte Macht ihrem Prinzip nach korrumpiert ist, setzt ökologischer Wandel nicht die Übernahme, sondern die Überwindung zentralisierter Macht voraus. Der Zentralstaat ist also kein geeignetes Instrument für die transformativen Kräfte. Vielmehr geht es um eine zivilgesellschaftliche Kraftsammlung gegen das Konglomerat aus politisch und wirtschaftlich Mächtigen. Folglich wirkt die Basisbewegung in erster Linie im außerparlamentarischen Bereich. Im Mittelpunkt steht der dezentrale Aufbau einer alternativen Produktions- und Konsumpraxis, die einerseits den kapitalistischen und politischen Zentralmächten ihre wirtschaftliche Grundlage ent-

503 Beim späten Bahro wird zwar die kurzfristige Rettungspolitik über den Staat umgesetzt, der langfristige Aufbau der dezentral-kommunitären Gesellschaft vollzieht sich jedoch voluntaristisch und kann vom Staat lediglich durch geeignete Rahmenbedingungen gefördert werden. Bei Paech fungieren die suffizienzfokussierten Praxisprojekte zumindest in dem Szenario, in dem der Staat keine Rolle als aktiver Transformationsakteur übernimmt, als „Rettungsboote“, von den ausgehend sich eine neue Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Staates etablieren kann.

zieht und zugleich den prototypischen Aufbau neuer Strukturen leistet. Neben diesem Aufbau von Parallelstrukturen betont v.a. Amery die Bedeutung des direkten Widerstands gegen die weitere Expansion von industriell-kapitalistischer Produktion und entsprechenden Infrastrukturen.

Zu d): Zuletzt ist in der Bottom-Up-Perspektive die Frage kontrovers, wie der Staat zum Instrument transformativer Kräfte wird. Übergeordnet stehen sich dabei eine demokratische und eine revolutionäre Perspektive gegenüber. Die revolutionäre Perspektive wird vom späten Bahro und von Harich eingenommen. Bei ihnen eignen sich die jeweils impulsgebenden Basisbewegungen die Staatsmacht in einem revolutionären Prozess außerhalb der bestehenden demokratischen Institutionen an. Dass sich die revolutionäre Perspektive gerade bei diesen beiden Autoren findet, ist in zweifacher Hinsicht plausibel. Erstens kann die angestrebte Neuinstitutionalisierung im Sinne zustimmungsunabhängiger Staatsmacht nicht auf die mehrheitliche Einsicht der Bürgerschaft setzen. Die Neuinstitutionalisierung muss also gegen den Mehrheitswillen erfolgen. Daraus folgt, dass der Weg über die, aus ihrer Sicht rein opportunistisch am Mehrheitswillen ausgerichteten demokratischen Entscheidungsinstanzen, versperrt ist. Zweitens eint die beiden Autoren eine prinzipielle Skepsis gegenüber den etablierten politischen Eliten. Diesen ist die Übernahme der angedachten Führungspositionen *en gros* nicht zuzutrauen, weshalb eine neue Elite die Führungsposition übernehmen muss. Dahingegen wird der Staat bei den weiteren Denkern zum Transformationsinstrument, indem demokratische Mehrheiten in den bestehenden Institutionen dies ermöglichen. Dabei zeigen sich unterschiedliche Vorstellungen, wie sich der Basisimpuls in demokratische Mehrheiten übersetzen soll:

- Über spezifische etablierte (linke) Parteien und weitere gesellschaftliche Großorganisationen (v.a. Gewerkschaften), die sich dem Basisimpuls öffnen, diesen rückverstärken und in die institutionalisierte politische Auseinandersetzung tragen. Die impulsgebenden Bewegungen streben somit nicht selbst eine parlamentarische Vertretung an, sondern werden von etablierten Akteuren als Machtpotenzial aufgegriffen. (v.a. Eppler, Strasser, Dörre)
- Über die Etablierung eines parlamentarischen Arms der Basisbewegung (in diesem Fall die GRÜNEN), der den Basisimpuls in die institutionalisierte Politik trägt und weitere Bündnispartner (Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Kirchen) für eine demokratische Mehrheit gewinnen kann. (früher Bahro)

- Über außerparlamentarische Opposition, die so stark werden muss, dass die etablierten Parteien nicht anders können, als den entsprechenden Forderungen nachzugeben. Es gilt ein so großes außerparlamentarisches Machtpotenzial aufzubauen, dass ein Kurswechsel machtpolitisch opportun wird. Der Weg über eine eigene Parteigründung wird z.T. explizit abgelehnt. (v.a. Felber, Altvater, Paech)

3) Eine Zwischenposition zwischen Top-Down und Bottom-Up-Perspektive nehmen die Exponenten des grünen Wachstums ein. Sie setzen einerseits stark auf den proaktiven Staat und betonen andererseits die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Impulse. Zudem wird weiteren Funktionseliten aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben. Paradigmatisch zum Ausdruck kommt diese Position v.a. bei Jänicke, der eine Allianz aus aufgeschlossenen Parteien, staatlichen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren als Treiber der Transformation beschreibt. Bezüglich der Frage nach dem Staat als Transformationsinstrument lassen sich die Denker des grünen Wachstums dem staatsfokussierten Pol zuordnen. Die angestrebten Veränderungen vollziehen sich durch staatliche Reformpolitik. Insbesondere ist es der Staat, der die „Effizienzrevolution“ durch die veränderte Rahmung der Marktwirtschaft induziert und in Gang hält. Damit ist naheliegend, dass auch die zivilgesellschaftlichen Impulsgeber primär in ihrem Potenzial auf den Staat hin angesprochen werden. Somit beschränkt sich auch die Rolle der Individuen, neben der potenziellen Rolle als kreative Innovatoren, auf die des Bürgers. Explizit wehren sich die Autoren gegen eine starke Inpflichtnahme des Individuums im Sinne der voluntaristischen Veränderung von Präferenzstrukturen und Lebensstilen, wie es in vielen wachstumskritischen Ansätzen eingefordert wird. Eine solche Privatisierung der Nachhaltigkeit sei dem Problem nicht angemessen. Zudem ist die moralische Inpflichtnahme des Individuums für einen bestimmten Lebensstil aus Fücks' liberaler Perspektive nicht wünschenswert.

Wie lassen sich die divergenten Perspektiven auf den Prozess des Wandels erklären? Zum einen hängt dies, wie gezeigt, stark von der Verortung ökologischer Verantwortlichkeit ab. Wird diese in erster Linie in der Zivilgesellschaft, bei den staatlichen Eliten oder weiteren Funktionseliten verortet? Dahinter stehen wiederum verschiedene Bilder und Verständnisse von Staat und Bürgerschaft. Beispielsweise basiert der Top-Down-Ansatz neben dem skeptischen Menschen- und Bürgerbild insofern auf einem optimistischen Staatsverständnis, als dass nur dem Staat und seinen Eliten zugetraut

wird, ökologisch rational und langfristorientiert zu handeln. Demgegenüber begreifen Paech und der späte Bahro die politischen Eliten als reine Machtopportunisten, von denen folglich keine Impulse im Transformationsprozess zu erwarten sind. Zum anderen sind die jeweils angestrebten Veränderungen selbst ausschlaggebend. Beispielsweise können die Denker des grünen Wachstums auf eine breite Interessensallianz, insbesondere einen proaktiven Staat und die Unterstützung durch Wirtschaftsinteressen hoffen, da sie im Vergleich weniger radikale Veränderungsnotwendigkeiten sehen. Die Ermöglichung ökologischer Nachhaltigkeit bei Beibehaltung der kapitalistischen Grundordnung und Wirtschaftswachstum ist sowohl im etablierten Parteienspektrum als auch für Wirtschaftsinteressen deutlich anschlussfähiger als wachstums- und kapitalismuskritische Ansätze. Entsprechend äußern die besagten Denker selbst die Hoffnung, dass der von ihnen vertretene Ansatz aufgrund seines symbiotischen Potenzials bezüglich Ökonomie und Ökologie konsensfähig ist (Kap. 12.3). Demgegenüber ist es naheliegend, dass radikale Positionen primär auf die Zivilgesellschaft setzen. Antikapitalismus und Degrowth sind im etablierten Parteienspektrum schwach bis gar nicht vertreten und auch für Wirtschaftsinteressen deutlich weniger anschlussfähig. Damit bestätigt sich die Erkenntnis von Adler/Schachtschneider: Die Positionen, die auf eine Modernisierung im System fokussieren, blicken stärker auf Staat und etablierte politische Eliten als Impulsgeber. Positionen der Fundamentalkritik, die einen tiefgreifenden Wandel anstreben, setzen stärker auf die Zivilgesellschaft und Akteure, die außerhalb des etablierten Systems agieren (2010, 270ff).

17 Plausibilisierung der Heterogenität

Wie lässt sich die enorme Heterogenität der Positionen im ökologischen politischen Denken plausibel machen? Diese Frage wurde für die konkurrierenden Positionen in den beiden Zeitphasen sowie in Bezug auf die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens bereits beantwortet. An dieser Stelle sind die diesbezüglichen Erkenntnisse zusammenzufassen (Kap. 17.1). In einem zweiten Schritt wird die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens in Verbindung zum tradierten Spektrum des politischen Denkens gesetzt (Kap. 17.2). Insbesondere ist zu fragen, welche Rolle die ideologischen Hintergründe der Denker mit Blick auf das tradierte Spektrum für die Ausdifferenzierung der hier untersuchten Denklandschaft spielen.

17.1 Divergente Prämissen präformieren die konkurrierenden Positionen

Die angestellten Untersuchungen bestätigen ein Erkenntnis, die zumindest andeutungsweise auch in anderen Arbeiten beschrieben wird: Die ökologische Krise trägt die Mittel zu ihrer Lösung nicht in sich, die Antwort auf die ökologische Krise ist dieser somit nicht immanent. Es erscheinen immer verschiedene politische Handlungsstrategien möglich. Welche Strategie für richtig gehalten wird, kann nicht allein mit ökologischen Argumenten getroffen werden, sondern hängt von weiteren Werturteilen bzw. Prämissen ab (Raschke 1993, 68, 74; Ryle 1988, 7f; Saretzki 1989, 106; Freedon 1996, 527). Entsprechend ist Ryle rechtzugeben: "Ecological limits may limit political choices, but they do not determine them" (1988, 8). Dies konkretisierend, wurde sowohl in der Darstellung der Strömungen des ökologischen politischen Denkens beider Zeitphasen als auch in der vorangegangenen Aufarbeitung der Grundfragen aufgezeigt, wie sich die Ausdifferenzierung der Denklandschaft mittels divergierender Hintergrundannahmen erklären lässt. Darauf muss an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden. Die für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft maßgeblichen Prämissen bzw. Kategorien von Prämissen sind in Tabelle 4 zusammengefasst:

Tab. 4: Divergente Hintergrundannahmen als Erklärung für die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens

	Kategorie	Beispiele für sich daraus ergebende Kontroversen/Positionen
Inhaltlich-thematische Prämissen	Positionierung in der Wachstumsfrage (dahinterstehend v.a. Technologieoptimismus und -pessimismus)	<ul style="list-style-type: none"> • Wie radikal muss der erforderliche Wandel sein? • Ausweg aus der ökologischen Krise im Rahmen des bestehenden Kulturmodells? • Muss der Kapitalismus überwunden werden?
	Kausale Begründung der ökologischen Krise	<ul style="list-style-type: none"> • Inwiefern muss sich die innere Konstitution des modernen/kapitalistischen Individuums verändern? • Ist die ökologische Krise primär eine ideell-kulturelle oder strukturelle Krise?
Normative Hintergrundannahmen i.e.S.	Grundwertekanon (insb. Freiheitsverständnis)	<ul style="list-style-type: none"> • Ist die Gegenwartsgesellschaft eine freie Gesellschaft oder eine „Konsumdiktatur“? • Ist tatsächliche Freiheit erst in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft möglich? • Kommt der Demokratie ein Eigenwert unabhängig von ihrer ökologischen Leistungsfähigkeit zu?
	Menschen- und Bürgerbilder (vgl. entspr. Eckersley 1992, 171; Carter 2001, 65; van den Bergh/Mooij 1999, 650, 654)	<ul style="list-style-type: none"> • Ist der Kapitalismus Folge menschlicher Wesenszüge oder wird der Mensch vom Kapitalismus deformiert? • Können Postwachstumspolitiken auf die Einsichtigkeit der Bürgerschaft setzen? • Ist die Zivilgesellschaft der maßgebliche Transformations-treiber?
	Wohlstandsverständnisse und Ideen des guten Lebens, Gesellschaftsbilder	<ul style="list-style-type: none"> • Soll die gegebene Gesellschaftsform ökologisch modernisiert werden oder sollte die ökologische Krise genutzt werden, eine grundlegend andere Gesellschaftsform zu verwirklichen?
	Staats- und Politik-verständnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Inwiefern ist dem Staat in seiner jetzigen Form ökologische Vernunft zuzutrauen? • Kann es einen ökologisch verantwortlichen Zentralismus geben?
Perspektivisch-strategische Hintergrundannahmen	Fokus auf das Machbare, das theoretisch Notwendige und/oder das Wünschenswerte	<ul style="list-style-type: none"> • Fokus auf das Wünschenswerte bei vielen demokratischen Systemwechsel-Positionen • Realpolitischer Fokus auf das Machbare bei Denkern des Grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus
	Zeitliche Perspektive	<ul style="list-style-type: none"> • Zeitliche Nahperspektive bei Denkern des Grünen Wachstums im ökologischen Kapitalismus • (Implizite) Langfristperspektive bei radikaleren Positionen
	Strategische Herangehensweise zur Bearbeitung der ökologischen Krise (vgl. entspr. Adler/Schachtschneider 2010, 280f)	<ul style="list-style-type: none"> • Selektiver Fokus auf Bearbeitung der ökologischen Krise ist strategisch sinnvoll, um schnelle Fortschritte zu erzielen (z.B. Denker des grünen Wachstums, Eppler) oder weil die unmittelbare Überlebenssicherung dies erfordert (öko-autoritäre und zentralistische Denker) • Ökologische Krise als Chance für eine umfassende Gesellschaftstransformation bei vielen demokratischen Systemwechsel-Positionen

Bevor auf die Rolle der ideologischen Hintergründe der Denker eingegangen wird, ist ein Aspekt vertiefend zu beleuchten, dem in der Sekundärliteratur teilweise starkes Gewicht für die Ausdifferenzierung des ökologischen politischen Denkens beigemessen wird: die Differenz zwischen anthropozentrischen und ökozentrischen Grundhaltungen. Beispielsweise beschreibt Eckersley diese Differenz als zentrale öko-philosophische Trennlinie, an welcher sich das Spektrum des ökologischen politischen Denkens aufteilt. Die anthropozentrische Perspektive suche einen Ausweg aus der ökologischen Krise, um den Fortbestand der Bedingungen der Möglichkeit für eine gute menschliche Gesellschaft zu sichern. Die ökozentrische Perspektive beziehe die nicht-menschliche Welt in ihre moralischen Betrachtungen ein und denke vor diesem breiteren Hintergrund über ökologische Politik nach (1992, 26f). Entsprechend begreift Salzborn die Unterscheidung zwischen anthropozentrischem „Environmentalism“ und ökozentrischem „Ecologism“ als fundamentalste Trennlinie im ökologisch politischen Denken. Während Ersterer auf die Erhaltung der menschlichen Lebensgrundlagen fokussiere und davon ausgehend eine Perspektive der ökologischen Modernisierung vertrete, plädiere Letzterer vor dem Hintergrund eines grundlegend anderen Weltbildes für radikalere Veränderungen (2017, 126-132).

In Anbetracht der hier angestellten Untersuchungen bestätigt sich die These der zentralen Bedeutung dieser Differenz nicht (vgl. entspr. Freedon 1996, 532). Dies lässt sich in zwei Dimensionen verdeutlichen. Zum einen spielt die Differenz zwischen ökozentrischen und anthropozentrischen Perspektiven nur in der ersten Zeitphase überhaupt eine Rolle. In der zweiten Zeitphase findet sich kein Beitrag, der den vorgetragenen Alternativentwurf ökozentrisch begründet. Zum anderen zeigt sich auch in der ersten Zeitphase kein klarer Zusammenhang zwischen Ökozentrismus/Anthropozentrismus und den öko-politischen Gegenentwürfen bzw. wie von Salzborn unterstellt, der Radikalität der Gegenentwürfe. Radikale Alternativen werden sowohl aus anthropozentrischer als auch aus ökozentrischer Perspektive beschrieben. Während sich z.B. bei Amery und dem späten Bahro eine ökozentrische Perspektive andeutet, sie ihre Gegenentwürfe also zumindest teilweise auch anhand der Bedürfnisse von nicht-menschlichen Lebewesen begründen, dominiert im öko-sozialistischen Denken ein anthropozentrischer Blickwinkel (vgl. entspr. Carter 2001, 66). Entscheidend ist, dass diese Differenz nicht maßgeblich ausschlaggebend für die jeweiligen Positionen und damit für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft ist. Es sind in der Tat *auch* die ökozentrisch ausgerichteten Denker, die einen fundamentalen

Wandel einfordern. Dessen Notwendigkeit wird aber vielfach, z.B. durch die Öko-Sozialisten oder Harich, auch aus anthropozentrischer Perspektive beschrieben.

Stattdessen macht die vorliegende Untersuchung deutlich, dass vor allem die Positionierung in der Wachstumsfrage die Radikalität des angestrebten Wandels determiniert. Indirekt deutet diesen Zusammenhang auch Salzborn an, wenn er der anthropozentrischen Perspektive Wachstumsoptimismus, der ökozentrischen Perspektive Wachstumspessimismus unterstellt (2017, 126ff). Er verkennt aber wiederum, dass die Positionierung in der Wachstumsfrage nur sehr lose mit der Differenz zwischen anthropozentrischen und ökozentrischen Grundhaltungen zusammenhängt. Viele Denker aus beiden Zeitphasen zeigen sich wachstumspessimistisch, ohne dies in irgendeiner Form ökozentrisch zu begründen. Vielmehr ist, wie gezeigt, die Einschätzung der Flexibilität der ökologischen Wachstumsgrenzen und damit der Unterschied zwischen (technologischem) Innovationsoptimismus und -pessimismus ausschlaggebend für die Positionierung in der Wachstumsfrage. Erst mit nachgeordneter Bedeutung ergibt sich ein Zusammenhang zwischen öko- bzw. anthropozentrischer Grundhaltung und Positionierung in der Wachstumsfrage. Eine ökozentrische Perspektive kann Wachstumspessimismus verstärken, weil der Entfaltungsraum für menschliche Gesellschaften mit Rücksicht auf die Entfaltung nicht-menschlicher Lebewesen enger gezogen wird. Zumindest an einer Stelle konnte dies für Amery gezeigt werden (Kap. 5).

Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass das sogenannte „Inklusionsproblem“ (vgl. dazu Ott 2014, 101-147), auf das sich die Differenz zwischen Anthropozentrismus und Ökozentrismus bezieht, unwichtig für die öko-politische Debatte wäre. Freilich kann es für die Positionierung in der Wachstumsfrage und die befürworteten nachhaltigkeitspolitischen Maßnahmen ausschlaggebend sein, welche Perspektive vertreten wird. In der untersuchten öko-politischen Literatur ist dieser Aspekt aber nicht von maßgeblicher Bedeutung.

17.2 Das ökologische politische Denken und das tradierte Spektrum des politischen Denkens

Zuletzt ist im Hinblick auf die Plausibilisierung der Heterogenität der untersuchten Denklandschaft der Frage nach dem Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens nachzugehen. Zu dieser Frage sind zwei Beziehungsebenen zu unterscheiden:

1) Erstens ergibt sich eine Verbindung mit Blick auf die ideologischen Hintergründe der Autoren. Bezüglich des ideologischen Hintergrunds wird im Folgenden zwischen ideologischer Grundausrüstung und ideologischer Herkunft unterschieden. Ideologische Grundausrüstung bezieht sich auf das Set normativer Prämissen i.e.S. (v.a. Menschenbilder, Grundwertekanon, Ideen des guten Lebens, Staatsverständnisse), das hinter der Position des jeweiligen öko-politischen Denkenden steht. Der Zusammenhang zwischen den ideologischen Grundausrüstungen und der Ausdifferenzierung des untersuchten Denkfeldes wurde bereits behandelt: Unterschiedliche Grundwerte, Menschenbilder, Staatsverständnisse oder Ideen des guten Lebens sind hier von entscheidender Bedeutung. Damit lässt sich als erstes Ergebnis bereits festhalten, dass die Heterogenität des ökologischen politischen Denkens in erheblichem Maße auf Divergenzen bezüglich derjenigen Prämissen zurückzuführen ist, die auch für die Heterogenität des tradierten Spektrums des politischen Denkens ausschlaggebend sind. Noch zu klären ist der Zusammenhang zwischen der Ausdifferenzierung des ökologisch-politischen Denkens und den ideologischen Herkünften der Denker. Ideologische Herkunft bezieht sich auf die Verortung der jeweiligen ideologischen Grundausrüstung im tradierten Spektrum des politischen Denkens. Dies verweist darauf, dass sich das untersuchte Spektrum aus Denkern zusammensetzt, die sich bezüglich ihrer ideologischen Herkunft in verschiedenen Strömungen des tradierten Spektrums verorten lassen.

2) Zweitens lassen sich unabhängig vom ideologischen Hintergrund die vertretenen öko-politischen Positionen, insbesondere die Ordnungsentwürfe, in Beziehung zum tradierten Spektrum des politischen Denkens setzen. Wie verhalten sich die Trennlinien im ökologischen politischen Denken zu den Trennlinien des tradierten Spektrums?

Zunächst wird der zweite Aspekt beleuchtet. Dazu ist vorweg kurz zu rekapitulieren, in welchen Dimensionen sich das Denken der Autoren überschneidet und wo es sich ausdifferenziert. Für beide Zeitphasen wurde

als zentrale Gemeinsamkeit herausgearbeitet, dass die öko-politischen Denker Antworten auf die einhellig beschriebene Herausforderung der vom Menschen verursachten, den Fortbestand und die Stabilität menschlicher Gesellschaften grundlegend infrage stellenden ökologischen Krise suchen (vgl. entspr. Stein 2016, 210; Ball 2003, 536-539; Carter 2001, 41f). Dieses Ansinnen wiederum lässt sich auf einen geteilten normativen Leitwert zurückführen, der sich mit dem Begriff der Nachhaltigkeit fassen lässt (Stein 2016, 210f). Der Begriff der Nachhaltigkeit wird zwar insbesondere von den Denkern der ersten Zeitphase nicht explizit verwendet, steht aber als Grundmotiv hinter allen untersuchten Beiträgen: Sie verbinden mit ihren Gegenentwürfen das Ziel, die Möglichkeit (guten) menschlichen Lebens auf der Erde dauerhaft sicherzustellen.⁵⁰⁴ Die zentrale Schnittmenge aller ökologischen politischen Denker ist somit die Wahrnehmung der Fundamentalherausforderung der ökologischen Krise sowie die vom Grundwert der Nachhaltigkeit geleitete Suche nach Antworten auf diese Herausforderung.

Stark divergent sind hingegen die Antworten auf die ökologische Krise, was in der Darstellung der verschiedenen Grundpositionen sowie der kontroversen Grundfragen deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Sowohl bezüglich der Alternativentwürfe als auch der Vorstellungen vom Prozess des Wandels wird ein enorm breites Spektrum abgedeckt (Ball 2003, 539, 548f). In Anlehnung an Biebricher kann dies auch so formuliert werden, dass das ökologische politische Denken von einer geteilten „Problematique“, nicht aber von einer gemeinsamen „positiven Doktrin“ getragen wird (2019, 183). In institutioneller Hinsicht umspannt das Spektrum der Antworten, wie gezeigt, so unterschiedliche Positionen wie sozialistische, anarchistische, kommunitäre, autoritäre, spiritualistisch-gottesstaatliche und liberal-kapitalistische Entwürfe (entspr. auch Ball 2003, 548; Stein 2016, 208f). Entsprechend ist Ott rechtzugeben, wonach „im therapeutischen Teil der Debatte die politischen Grundpositionen der Moderne [...] noch einmal

504 Konkret wird dieser Leitwert unterschiedlich ausbuchstabiert. Während bei einigen Autoren primär das Motiv der intergenerativen Gerechtigkeit im Vordergrund steht (z.B. Gruhl, Jonas), blicken andere auch stark auf intragenerative Gerechtigkeit in globaler Perspektive (z.B. öko-sozialistische Autoren der zweiten Phase). Bei manchen Autoren findet sich überdies eine dritte Dimension der Verantwortlichkeit gegenüber der mit Eigenwert ausgestatteten Natur, deren Lebensbedingungen es ebenfalls dauerhaft zu erhalten gilt (z.B. Amery, später Bahro). Immer aber geht es um die Ausdehnung des Verantwortungsradius heute lebender Gesellschaften (Stein 2016, 210f).

durchgespielt werden“ (Ott 2011, 54f). Das bedeutet gleichzeitig, wie Stein resümiert, dass das „politische Rad“ im ökologischen politischen Denken nicht neu erfunden wird (2016, 208; entspr. Eckersley 1992, 31). Vielmehr schöpft es in institutioneller Hinsicht aus dem Archiv des politischen Denkens. In Anlehnung an Goodin kann deshalb festgehalten werden, dass das ökologische politische Denken mit dem Grundanliegen der Nachhaltigkeit zwar durch eine geteilte „theory of value“ geleitet ist, aber keine gemeinsame „theory of agency“ und damit eine Vorstellung, wie dieses Ziel zu erreichen ist, aufweist (Goodin 1992, v.a. 113-122).⁵⁰⁵

Vertiefend stellt Stein fest, dass das heterogene Feld der vertretenen Positionen durch die „klassischen Konfliktlinien, wie sie die politische Ideengeschichte hervorgebracht hat, nämlich zwischen mehr Gesellschaft oder mehr Staat, zwischen mehr Gleichheit oder mehr Freiheit, zwischen mehr Demokratie oder mehr entscheidungsunabhängiger politischer Führung“ gekennzeichnet ist (2016, 208f). Dies lässt sich durch die vorliegende Untersuchung umfassend bestätigen. Alle von Stein genannten Spannungslinien treten in der untersuchten Denklandschaft prominent zutage. Hinzufügen lassen sich weitere für die politische Ideengeschichte prägende Spannungslinien wie insbesondere das Verhältnis zwischen Markt und Staat, das Verhältnis zwischen Staat und Religion, die Frage nach der adäquaten staatlichen Steuerungsebene, nach der Tugendhaftigkeit der Bürgerschaft und wie diese erzeugt werden kann sowie die Frage, inwiefern staatliches Handeln von einer objektiven Idee des guten Lebens getragen sein soll/darf oder nicht. In der Summe ist festzuhalten, dass sich im Spektrum der Ordnungsentwürfe des ökologischen politischen Denkens das tradierte Spektrum und dessen etablierte Spannungslinien widerspiegeln.

Dies leitet über zur zweiten Teilfrage nach dem Zusammenhang zwischen den ideologischen Herkünften der Autoren und der Heterogenität des ökologisch-politischen Denkens: Inwiefern werden die Positionen der Denker von der jeweiligen ideologischen Herkunft geprägt? Für die Beantwortung dieser Frage werden im Folgenden die Denker herangezogen, für die sich eine solche ideologische Herkunft eindeutig identifizieren lässt.⁵⁰⁶

505 Dabei ist festzuhalten, dass sich die geteilte „theory of value“ auf den Grundwert der Nachhaltigkeit beschränkt. Jenseits dessen werden die unterschiedlichen Positionen, wie gezeigt, stark von divergenten Grundwertekanons geprägt.

506 Dass sich eine ideologische Herkunft nicht eindeutig identifizieren lässt, kann verschiedene Ursachen haben. V.a. gilt dies für Autoren, deren öffentlichkeitswirksames politisches Denken sich weitgehend auf die Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage beschränkt. In diesen Fällen lässt sich zwar die vertretene

Das Spektrum reicht dabei vom konservativen Gruhl über den orthodoxen Marxisten Harich und sozialistisch geprägte Denker wie Strasser und den frühen Bahro bis hin zum liberalen Fücks.⁵⁰⁷ Die ideologischen Herkünfte der ökologisch-politischen Denker bilden somit das breite Spektrum des politischen Denkens ab. Für diese Denker zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen ideologischer Herkunft und Positionierung zur ökologischen Frage. Dies lässt sich auf zwei Ebenen nachvollziehen. Erstens zeigt sich dies daran, dass viele Denker die von ihnen beschriebene Position auch unabhängig von ökologischen Gesichtspunkten befürworten. Dies lässt sich wiederum auf, für ihren ideologischen Hintergrund, typische Prämissen zurückführen. Zweitens lässt sich nachzeichnen, dass selbst wenn sich die vertretene Position im Angesicht der ökologischen Krise substantiell verändert, diese nach wie vor stark von den jeweils typischen Prämissen geprägt bleibt.

Ersteres lässt sich v.a. bei vielen öko-sozialistischen Denkern und dem liberalen Fücks zeigen. Viele öko-sozialistische Denker wenden sich auch unabhängig von ökologischen Betrachtungen gegen den Kapitalismus und sprechen bzw. sprachen sich für Entwürfe eines demokratischen Sozialismus aus (z.B. Altvater, früher Bahro, Fromm, Dörre, Strasser/Traube; vgl. entspr. zu Strasser/Traube Stein 1998, 208).⁵⁰⁸ Dies lässt sich wiederum auf für die Denkströmung des demokratischen Sozialismus typische Prämissen zurückführen, wie etwa das Bild des Menschen als kooperatives Gemeinschaftswesen, ein egalitäres Gerechtigkeitsverständnis oder die starke Gewichtung positiver Freiheit in dem Sinne, dass tatsächliche Freiheit erst in

öko-politische Position im Spektrum des politischen Denkens verorten, nicht aber die ideologische Herkunft (z.B. Kopatz, Paech, Schneidewind, Muraca, Schmelzer, Peukert, Felber, von Weizsäcker). Zudem gibt es Denker, die zwar bereits vor ihrer Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage als politische Denker aufgetreten sind, sich diesbezüglich aber keiner Strömung des politischen Denkens eindeutig zuordnen lassen (z.B. Jonas, Amery, zu Amery entspr. Mende 2014, 368-371).

507 Selbstredend verändern sich ideologische Herkünfte bzw. Hintergründe. Beispielsweise war Fücks in früheren Jahren in kommunistischen Gruppen aktiv (Reents 2008). Im vorliegenden Zusammenhang ist von Interesse, aus welcher ideologischen Perspektive die Denker die hier untersuchten Schriften verfasst haben.

508 Für Bahro, Fromm und Strasser wurde dies bereits belegt (Kap. 7). Für Altvater lässt sich dies z.B. daran ablesen, dass er bereits 1970 und somit vor der Hinwendung zur ökologischen Frage die Zeitschrift PROKLA gegründet hat, die damals noch *Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik* hieß (vgl. Zusatzkapitel III). Für Dörre sei auf seine vielfältigen Veröffentlichungen in der Zeitschrift Sozialismus (z.B. 2013; 2013b) und einige weitere aussagekräftige Veröffentlichungen verwiesen (2016; 2018; 2018b).

grundlegend veränderten, nicht-kapitalistischen sozio-ökonomischen Verhältnissen möglich wird (vgl. dazu Meyer 2008, 17, 23ff, 28f, 94f, 120, 123f). Entsprechend lässt sich für Fücks konstatieren, dass sein öko-politischer Alternativentwurf maßgeblich aus seiner liberalen Grundhaltung folgt, die er auch in anderen Politikbereichen vertritt (vgl. Fücks 2017). Diese liberale Grundhaltung äußert sich v.a. in der starken Gewichtung des Grundwertes individueller Freiheit basierend auf einem primär auf negative Freiheit fokussierten Freiheitsverständnis (vgl. dazu Schaal/Heidenreich 2017, 52-60; Wissenburg 2006, 32).

Demgegenüber gibt es Autoren, deren Denken bzw. vertretene Position sich im Angesicht der ökologischen Krise substanziell verändert und das sich von den, für den jeweiligen ideologischen Hintergrund gängigen Ordnungsvorstellungen löst. Besonders deutlich herausgearbeitet wurde dies für Gruhl, der erst aus ökologischen Erwägungen zu seinem autoritären Ordnungsentwurf kommt. Auch die Position des späten Bahros verändert sich in vertiefter Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise und deren Ursachen im Vergleich zu früheren Schriften (Kap. 8.7). Entscheidend ist aber, und das stellt die zweite Dimension der Prägung dar, dass die ideologische Herkunft auch für diese Positionsveränderungen von zentraler Bedeutung bleibt. Deutlich herausgearbeitet wurde dies bei Gruhl. Dessen öko-autoritärer Entwurf lässt sich maßgeblich auf das konservativ-skeptische Menschenbild und den daraus hervorgehenden Etatismus, die typisch konservative Interpretation der ökologischen Krise als tiefe geistige Krise der Moderne sowie die wiederum typisch konservative, kritische Distanz gegenüber emanzipatorischen Grundwerten, zurückführen (Kap. 6.3). Auch beim späten Bahro zeigt sich der starke Einfluss seiner ideologischen Herkunft, da der Gegenentwurf wesentlich durch das marxistische Ansinnen der Verwirklichung einer wahrhaft freien und emanzipierten Gesellschaft geprägt bleibt (Kap. 8.5). Selbst wenn sich also Positionen angesichts der ökologischen Frage verändern, bleiben die Antworten maßgeblich durch die jeweilige ideologische Herkunft geprägt. Festzuhalten ist somit, dass die ideologischen Herkünfte eine wichtige Rolle für die Ausdifferenzierung der untersuchten Denklandschaft spielen.

Was bedeutet das für das Verhältnis zwischen ökologischem politischem Denken und tradiertem Spektrum? Zumindest für die oben angesprochenen Denker gilt: Stärker als dass sich ihr Denken im Angesicht der ökologischen Krise von der jeweiligen ideologischen Herkunft löst, stellt sich das ökologische politische Denken als Einsickerung der ökologischen Frage in verschiedene Strömungen des politischen Denkens dar. Ähnlich hat Rasch-

ke dies für die frühen GRÜNEN herausgearbeitet (1993, 68, 77f). In dieser Hinsicht ist es in Anlehnung an Connelly/Smith zutreffend, „to understand green political thought as a critical perspective which has forced existing traditions to undergo an internal analysis and re-think of their fundamental premises and concerns” (1999, 55). Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, wie auch Connelly/Smith implizieren, dass die Auseinandersetzung mit der ökologischen Frage nicht auch zu substanziellen Veränderungen der Ausgangspositionen und spezifischen Konvergenzen zwischen diesen geführt hat (ebd.).

Im Ergebnis lassen sich vier maßgebliche Erkenntnisse zum Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zum tradierten Spektrum des politischen Denkens destillieren:

1. Das zentrale verbindende Moment des ökologisch-politischen Denkens ist die vom Grundwert der Nachhaltigkeit motivierte Antwortsuche auf die geteilte Herausforderung der ökologischen Krise.
2. Somit entsteht mit dem ökologischen politischen Denken dahingehend etwas genuin Neues, dass Politik, Staat und Gesellschaft aus ökologischer Perspektive neu durchdacht werden.
3. Die Antworten auf die geteilte Herausforderung sind jedoch sehr heterogen und decken das breite Spektrum tradierter politischer Ordnungsvorstellungen ab. Sie differenzieren sich an den tradierten Trennlinien des politischen Denkens aus.
4. Diese Heterogenität folgt maßgeblich aus Unterschieden im Hinblick auf Prämissen, die auch für die Ausdifferenzierung des tradierten Spektrums des politischen Denkens von zentraler Bedeutung sind. Dementsprechend wirkt die ideologische Herkunft der Denker in Bezug auf das tradierte Spektrum des politischen Denkens stark präformierend auf ihre öko-politische Position. Das ökologisch-politische Denken muss folglich auch als Einsickerung der ökologischen Frage in die tradierten Strömungen des politischen Denkens verstanden werden.

Wie ist vor diesem Hintergrund das Verhältnis des ökologischen politischen Denkens zu den tradierten Strömungen des politischen Denkens zu bewerten? In der Sekundärliteratur findet sich die These, dass das ökologische politische Denken als neue Grundströmung neben tradierte Strömungen wie Liberalismus, Konservatismus und sozialistisches bzw. sozialdemokratisches Denken tritt (vgl. Stein 2016, 201). Diese These kann hier nicht verifiziert oder falsifiziert werden. Dies würde einen umfassenden Vergleich zu den anderen genannten Grundströmungen voraussetzen. Zumindest

aber erlaubt die vorliegende Untersuchung eine Anmerkung. Die These der neuen Grundströmung impliziert, dass das ökologische politische Denken auf gleiche Stufe neben die anderen Strömungen tritt und damit in Abgrenzung zu diesen etwas genuin Neues darstellt. Dies steht in einer Spannung zu der Erkenntnis, dass die Positionen sehr stark von den ideologischen Herkünften der Autoren geprägt sind. Fücks' Vorschlag eines Öko-Kapitalismus kann ohne seinen liberalen Fokus auf individuelle und negative Freiheit ebenso wenig verstanden werden wie Harichs autoritärer Öko-Kommunismus ohne dessen egalitaristisch fokussierten Grundwertekanon. Erst durch zusätzliche Konkretisierungen wie die Bezeichnungen als *öko-liberal*, *öko-sozialistisch*, *öko-marxistisch* oder *öko-konservativ* lassen sich die Positionen adäquat beschreiben. Entsprechend bedarf auch die Feststellung von Freeden, dass sich im ökologischen politischen Denken keine geteilten Vorstellungen von Freiheit oder Gleichheit finden (Freeden 1996, 529), einer Konkretisierung: Es sind gerade die aus verschiedenen ideologischen Herkünften herrührenden divergenten Verständnisse und Gewichtungen von Freiheit und Gerechtigkeit bzw. Gleichheit, die maßgeblich mitverantwortlich für die Ausdifferenzierung der Denklandschaft sind. Festzuhalten bleibt somit, dass das ökologische politische Denken nur bedingt neben die tradierten Strömungen des politischen Denkens tritt und sich gleichermaßen als deren Beschäftigung mit der ökologischen Frage verstehen lässt.

Eine alternative Lesart wäre, das ökologische politische Denken in Anlehnung an Biebricher (2019), der diesen Begriff in anderem Zusammenhang verwendet, als einen Frage-Antwort-Komplex zu beschreiben: Auf die geteilte ökologische Frage werden aus verschiedenen ideologischen Perspektiven unterschiedliche Antworten formuliert, die wenig substantielle Gemeinsamkeiten haben. Die ökologische Frage ist in dieser Lesart ein thematischer Schauplatz, auf dem konkurrierende ideologische Perspektiven aufeinandertreffen. Die Lesart als Frage-Antwort-Komplex kann auch in Analogie zur sozialen Frage verdeutlicht werden: Diese stellte sich vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert in einer solcher Dringlichkeit, dass unterschiedliche ideologische Perspektiven auf diese reagierten und dabei stark divergente Antworten auf diese Frage entwickelten. Dies zeigt sich zum einen im in sich sehr heterogenen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Spektrum (vgl. dazu Meyer 2008, 16-49). Andererseits wurden aber auch aus den etablierten politischen Denkströmungen Antworten auf die soziale Frage formuliert. Ausdruck dessen sind

z.B. frühe sozialkonservative und sozialliberale Positionen.⁵⁰⁹ Was alle diese Ansätze verbindet, ist die vom Grundwert der Gerechtigkeit motivierte Suche nach Antworten auf die soziale Frage. Auch diese Denklandschaft ist, in begrifflicher Anlehnung an Biebricher (2019, 183), durch eine geteilte „Problematique“, nicht aber durch eine gemeinsame „positive Doktrin“ im Sinne einer geteilten Antwort auf diese Frage geprägt.

Abschließend noch ein Wort zur Rolle der GRÜNEN. Stein begreift die GRÜNEN als politisch institutionalisierten Ausdruck der Denkströmung des ökologischen politischen Denkens (Stein 2016, 201). Dies kann an dieser Stelle konkretisiert werden. In der Tat sind die GRÜNEN ein zentrales Forum, in dem viele der hier herausgestellten Grundfragen prominent verhandelt wurden (vgl. Mende 2011, Markovits/Gorski 1997, Raschke 1993) und bis heute werden. In der Partei treten linke, konservative und liberale Perspektiven auf die ökologische Frage in Austausch. In beiden untersuchten Zeitphasen engagieren sich wichtige und mit Blick auf ihre Positionen heterogene Vordenker des ökologischen politischen Denkens im Umfeld der GRÜNEN.

Doch zeigt die Geschichte der GRÜNEN auch, dass diese das breite Spektrum des ökologischen politischen Denkens nicht vollständig integrieren konnten. Lediglich in ihrer Gründungsphase hat die Partei diese Bandbreite ansatzweise abgedeckt und auch Extrempositionen wie die von Gruhl oder Bahro integriert (vgl. Mende 2011). Bereits kurz nach der Gründung beginnen aber mehrere, maßgeblich auf Divergenzen bezüglich der ökologischen Frage zurückgehende Häutungsprozesse, im Zuge derer sich verschiedene Gruppen von der Partei abspalten. Zu erwähnen sind der Auszug der Öko-Konservativen um Gruhl und die daraus resultierende Neugründung der ÖDP, der Parteiaustritt Bahros oder die v.a. auf Parteiaustritte von Linken zurückgehende Gründung von Ökolinx (vgl. dazu Bahro 2016; Mende 2011, 447; Nishida 2005, 35-38; Raschke 1993, 67). Dies verdeutlichend verweisen auch Beiträge aus der Parteienforschung darauf, dass das Ökologie-Thema als ideologische Klammer der frühen Grünen nicht ausreichend war, das breite Spektrum an ideologischen Grundpositionen zusammenzuhalten (Probst 2009, 95f; Raschke 1993, 134f; Talshir 2002, 108ff, 267ff; Freedon 1996, 529). Entsprechend werden auch in der zweiten Zeitphase insbesondere im Vergleich radikale öko-politische Posi-

509 Siehe zur Geschichte sozialliberalen Denkens u.a. Holl et al. 1986, Lehnert 2012, Hertfelder 2013 sowie zum Sozialkonservatismus u.a. Beck 1995, Ottmann 2008, 40-56.

tionen primär außerhalb der Partei vertreten. So findet sich die dezidiert kapitalismuskritische Perspektive eher bei Denkern im Umfeld der LINKEN.⁵¹⁰ Auch der starke Wachstumspessimismus, der hinter vielen der sehr radikalen Gegenpositionen steht, findet sich bei GRÜNEN Vordenkern kaum. Zudem zeigt sich, dass auch in anderen Parteizusammenhängen zumindest ansatzweise ökologische Strömungen bzw. Flügel zu finden sind. Beispielsweise wurden mit Eppler und Strasser zwei wichtige Vertreter des frühen ökologischen Flügels der SPD in der vorliegenden Arbeit behandelt. Ein Beispiel aus der zweiten Zeitphase ist die „Ökologische Plattform“ der LINKEN. Die GRÜNEN stellen in politisch-institutioneller Hinsicht also sicherlich ein zentrales, aber kein exklusives Forum für die Aushandlungsprozesse des ökologischen politischen Denkens dar.

510 Mehrere Beiträge öko-sozialistischer Autoren finden sich in den Publikationen der LINKEN-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung (vgl. z.B. Brand 2012; Altvater 2012; Dörre et al. 2019) sowie der Ökologischen Plattform der LINKEN (vgl. z.B. Kern 2016; Peukert 2019). Altvater trat nach seinem Austritt bei den GRÜNEN der LINKEN bei.

18 Ausblick

Welche Annahmen lassen sich angesichts der angestellten Untersuchung für die zukünftige Entwicklung des ökologischen politischen Denkens treffen? Die Frage nach der richtigen Antwort auf die ökologische Krise wird ein wesentlich umstrittenes und v.a. heterogenes Feld bleiben. Der Grund dafür wurde oben genannt. Es treffen nicht nur sachbezogene und empirisch nachprüfbare Argumente, sondern verschiedene Weltanschauungen und Ideologien aufeinander. Folglich wird das ökologische politische Denken auch weiterhin von einem breiten Spektrum an Positionen geprägt sein. Somit bleiben auch die Grundfragen dieser Denklandschaft kontrovers: Bei der Wachstumsfrage, der Frage nach der Zukunft des Kapitalismus und der Demokratie, der Frage nach einem neuen Kulturmodell sowie den Transformationsakteuren und -strategien sind implizit-normative Grundannahmen, die sich nicht als wahr oder falsch klassifizieren lassen, maßgeblich ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung der Positionen. Die richtige Antwort auf die ökologische Frage lässt sich nicht wissenschaftlich bzw. „rational“ bestimmen, sondern hängt von vielfältigen Werturteilen ab. Die ökologische Frage ist damit, wie die letzten fünfzig Jahre des ökologischen politischen Denkens zeigen, eine genuin politische Frage.

Spannend zu beobachten wird sein, inwiefern die Forderung nach zentralistischen und potenziell demokratisch schwach oder nicht legitimierten Notfallregimen analog zur apokalyptischen Endzeitstimmung der 1970er-Jahre zukünftig wieder stärkeres Gewicht erlangt. Insbesondere im Falle einer weiteren Zuspitzung der Klimakrise bei gleichzeitig unzureichender (globaler) politischer Bearbeitung erscheint dies zumindest nicht abwegig. Angedeutet wird dies bereits in Beiträgen wie dem von Peukert. In Anbetracht der Klimakrise kann aus dieser Perspektive, ganz ähnlich wie z.B. bei Gruhl, Jonas oder dem späten Bahro, nur noch ein zentralistisches Notstandsregime den Zusammenbruch der Zivilisation abwenden. Dieses Notstandsregime wird aus dieser Warte zwar nicht als wünschenswert angesehen, ergibt sich aber als schiere Notwendigkeit. Zumindest erscheint der Weg von Peukerts „Kommandozentralen“ zu den in den 1970er-Jahren geforderten Notstandsregimen nicht mehr weit zu sein. Das effektive Mittel gegen ein stärkeres Aufkommen solcher Forderungen sind ambitionierte Antworten der bestehenden institutionellen Ordnung auf die ökologischen Bedrohungslagen.

Ähnliches lässt sich bezüglich der Wachstums- und Kapitalismuskritik prognostizieren. Diese Kritiken werden umso schärfer ausfallen und breiter

geteilt werden, je weniger es im Rahmen einer Strategie des grünen Wachstums bzw. des ökologischen Kapitalismus gelingt, den gesteckten Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden. Das ist v.a. auch im Hinblick auf das politische Denken der jungen Protestbewegungen, allen voran „Fridays for Future“, von großer Relevanz. Je schlechter die öko- bzw. klimapolitische Performanz, desto radikaler und potenziell systemkritischer wird dieses ausfallen. Gänzlich verschwinden werden die Kontroversen um Kapitalismus und Wachstum freilich (und ganz im Sinne eines pluralen Aushandlungsprozesses) nicht. Zu stark werden sie, wie oben beschrieben, durch normative Hintergrundannahmen wie beispielsweise unterschiedliche Ideen des guten Lebens oder divergente Freiheits- und Gerechtigkeitsperspektiven überlagert und präformiert.

Abschließend soll noch ein kurzer Blick auf die Realität der Nachhaltigkeitspolitik geworfen werden. Das ökologische politische Denken will die politische Praxis informieren und orientieren. Inwiefern aber deckt sich die reale Entwicklung der Nachhaltigkeitspolitik mit den Forderungen dieser Denkströmung? Für beide untersuchten Zeitphasen lässt sich konstatieren, dass die realpolitische Entwicklung selbst hinter den Minimalforderungen, hier verstanden als die jeweils moderatesten bzw. am nächsten am Status quo liegenden Positionen, deutlich zurückbleibt. Für die erste Zeitphase gilt dies für Eppers vergleichsweise zurückhaltende Forderung nach einer selektiven staatlichen Wachstums- und Schrumpfungspolitik bei gleichzeitigen Maßnahmen für zunehmende Wachstumsunabhängigkeit. Für die zweite Zeitphase lässt sich dies am Beispiel der Denker des grünen Wachstums verdeutlichen, bei denen sich weitreichende Schnittmengen zu Epper finden. Deren untersuchte Werke stammen alle aus der Zeit zwischen 2008 und 2013, seither sind also einige Jahre vergangen. Eingeordert wurde damals u.a. die Beendigung umweltschädlicher Subventionen, eine ambitionierte, langfristig angelegte und sozialpolitisch begleitete ökologische Steuerreform, die weit über die Bepreisung von CO₂ hinausgeht, ordnungsrechtliche Vorgaben insbesondere zu Energieeffizienz und Kreislauffähigkeit von Produkten, der Abbau von Wachstumsabhängigkeiten, die Abkehr von undifferenziertem quantitativem Wachstumsstreben, eine stärkere verfassungsrechtliche Selbstbindung des Staates mit Blick auf Nachhaltigkeitsziele, die Stärkung von staatlichen Nachhaltigkeitsakteuren, die Bekämpfung von Lobbyismus sowie auf globaler Ebene der Aufbau von Treuhandinstitutionen mit Sanktionsgewalt für die globalen Gemeingüter (vgl. Kap. 12).

In manchen dieser Bereiche sind seither erste Schritte zu verzeichnen, ohne dass das erforderliche Ambitionsniveau bereits erreicht wird. Dies gilt z.B. für die CO₂-Bepreisung, eine nachhaltigkeitsorientierte Produktpolitik (z.B. Ökodesign-Richtlinie) oder die EU-Initiativen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft. Andere Felder wie eine breit angelegte ökologische Steuerreform, die schnelle Beendigung umweltschädlicher Subventionen oder die Schaffung von globalen Nachhaltigkeitsinstitutionen mit Sanktionsgewalt liegen weitgehend brach. Am weitesten entfernt von realpolitischen Erwägungen scheinen wachstumskritische Implikationen jeglicher Art, auch wenn sich diese, wie bei den Denkern des grünen Wachstums oder Eppler, auf den vorsorglichen Abbau von Wachstumsabhängigkeiten und die Abkehr von möglichst hohen quantitativen Wachstumszielen beschränken. Diese krasse Diskrepanz zwischen der Prominenz der Wachstumsfrage im ökologischen politischen Denken bzw. dem populärwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs einerseits und dem Diskurs der politischen Funktionsebenen andererseits hat Steurer bereits 2002 eindrücklich herausgearbeitet. Auch zukünftig steht, trotz einer thematisch einschlägigen Enquete-Kommission („Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 2011-2013) und einigen nachdenklichen Tönen von Spitzenpolitikern (siehe dazu z.B. Gersemann 2009) nicht zu erwarten, dass sich an diesem Bild etwas ändert. Zu zwingend erscheinen die vermeintlichen und tatsächlichen Wachstumsabhängigkeiten von sozialem Frieden über internationale Wettbewerbsfähigkeit bis zur Bearbeitung der Staatsschuldenlast. Absehbar scheint eine ambitionierte Strategie des grünen Wachstums das Maximum, auf das aus ökologischer Perspektive gehofft werden kann. Auch dafür, dies machen sowohl die Schriften von Eppler als auch die der zeitgenössischen Vordenker deutlich, ist ein deutlich höheres politisches Ambitionsniveau erforderlich.

Inwiefern ist es ein Problem, wenn die nachhaltigkeitspolitische Praxis hinter den Minimalforderungen des ökologischen politischen Denkens zurückbleibt? Dies hängt davon ab, inwiefern die Kriseneinschätzungen, auf denen die entsprechenden Forderungen basieren, zutreffend sind. Gerade für die erste Zeitphase wurde deutlich, dass diese nur teilweise zutreffend waren und einige der vermeintlich unmittelbaren und existenziellen Bedrohungslagen so nicht gegeben waren. Entsprechend war zum Beispiel unabhängig von den Schwächen dieser Alternativentwürfe an sich auch die sachliche Basis, auf der nach autoritären Notstandsregimen verlangt wurde, im Rückblick nicht stichhaltig. Folgt man aber dem in der Einführung zitierten, aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand, ist zu konstatieren, dass sich der Zustand der Ökosysteme und der natürlichen Lebensgrundla-

gen in den letzten fünfzig Jahren massiv verschlechtert hat und sich nun, so das UNEP, zu einem „planetarischen Notfall“ verdichtet (2021, 9). In Anbetracht dessen ist die Lücke zwischen den Minimalforderungen des ökologischen politischen Denkens und der politischen Praxis besorgniserregend. Inwiefern sich diese Lücke, z.B. durch das stärkere Sichtbarwerden der Folgen des Klimawandels oder die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN zukünftig verkleinert, bleibt abzuwarten.

Der Archivar (vgl. Kap. 1) würde seinen Aufgabenbereich und seine notwendigerweise neutrale Perspektive verlassen, wenn er selbst Partei für eine spezifische öko-politische Position ergreifen würde. Diesbezüglich bleibt sich diese Arbeit auch im abschließenden Teil treu. Gibt es aber so etwas wie eine Synthese der widerstreitenden Positionen? In sehr vielen Fragen stehen sich diese unvereinbar gegenüber. Es lassen sich im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners jedoch einige unkontroverse Punkte aufführen:

1. Die Nachhaltigkeitstransformation setzt eine aktive Bürgerschaft und eine kritische Zivilgesellschaft voraus, die ein entsprechendes staatliches Handeln einfordern.
2. Ohne substantielle Veränderungen, insbesondere im Bereich der Ökonomie, werden die Nachhaltigkeitsziele nicht zu erreichen sein. Die ambitionierte ökologische Rahmung der Marktwirtschaft ist das Minimalerfordernis.
3. Die Nachhaltigkeitstransformation erfordert eine stärkere Rolle des Staates gegenüber den Märkten.
4. Die ökologische Leistungsfähigkeit des Staates und der internationalen Staatengemeinschaft sollte institutionell gestärkt werden.
5. Der Abschied von einem undifferenzierten Zielfokus auf möglichst hohes quantitatives Wirtschaftswachstum ist Voraussetzung für eine den ökologischen Nachhaltigkeitszielen angemessene Politik. Deshalb gilt es strukturelle Wachstumsabhängigkeiten abzubauen.
6. Soziale Gerechtigkeit bzw. eine gewissenhafte sozialpolitische Rahmung ist Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz ambitionierter Nachhaltigkeitspolitiken.
7. Die ungleiche Verteilung von Lobbymacht stellt ein wichtiges Hindernis für ambitionierte Nachhaltigkeitspolitiken dar.

Zum Abschluss ist auf das der Untersuchung vorangestellte Zitat von Carl Amery zurückzukommen. Dieser schrieb bereits 1972, dass sich „erst im Licht der vollen gesellschaftlichen, politischen, ethischen Verantwortung für den Planeten das Selbstverständnis einer erwachsenen Menschheit bilden kann“ (1972, 250). Es gelte Platons Höhle zu verlassen, hinauszutreten ins Licht des faktischen Tages und die Erde als unsere einzige Heimat zu erkennen (ebd.). Wenn die untersuchten ökologisch-politischen Denker etwas eint, dann, dass sie diesen Schritt aus der Höhle gehen, die ökologische Herausforderung bei vollem Tageslicht besehen und sich dieser offensiv annehmen. Entscheidend wird sein, inwiefern wir uns auch gesamtgesellschaftlich sowie als politisches Kollektivsubjekt Menschheit auf dem Weg aus der Höhle befinden. Im optimistischen Szenario ist seit Amerys Forderung, in Anlehnung an den Philosophen und Historiker Kwame Anthony Appiah, eine „moralische Revolution“ im Gange, wie sie sich z.B. bereits mit Blick auf die Durchsetzung der Demokratie, das Ende der Sklaverei oder die Etablierung des Frauenwahlrechts ereignet haben. Neue Normen, im vorliegenden Fall die Norm der Nachhaltigkeit und somit der Verantwortlichkeit gegenüber Menschen in anderen Weltregionen, zukünftigen Generationen und unseren Mitgeschöpfen, werden in einem langsamen und dialektischen Prozess internalisiert. Sie leiten zunehmend unser Denken, Fühlen und Handeln und übersetzen sich im Zuge dessen in veränderte allgemeinverbindliche Regelwerke. Nach Vollzug der moralischen Revolution erscheint es gänzlich unverständlich, dass die alte, in diesem Falle die nicht-nachhaltige Praxis, jemals Bestand haben konnte (Appiah 2011 sowie dazu Schneidewind 2019, 26-31). Dieses optimistische Szenario gibt Mut zur Hoffnung, dass menschliche Gesellschaften und die Weltgemeinschaft zunehmend adäquate Antworten auf die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage finden. Im pessimistischen Szenario hingegen sitzen wir nach wie vor in Platons Höhle.

Literaturverzeichnis

- Abele, Johannes. 2001. Innovationen, Fortschritt und Geschichte. Zur Einführung. In: *Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland*, hrsg. Johannes Abele, 9–19. Köln: Böhlau.
- Acosta, Alberto und Ulrich Brand. 2018. *Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann*. München: Oekom.
- Aden, Hartmut. 2012. *Umweltpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Adler, Frank. 2016. *Transformation zur Postwachstumsgesellschaft - ja, aber wie und wer?* Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 3/2016.
- Adler, Frank und Ulrich Schachtschneider. 2010. *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise*. München: Oekom.
- Ahnert, Sven. 20.03.2020. *Erich Fromm und die Kunst des Lebens* [Radiosendung]. SWR2 Wissen. <https://www.swr.de/swr2/wissen/erich-fromm-und-die-kunst-des-lebens-sw2-wissen-2020-03-20-102.html> am 07.05.2021.
- AK Postwachstum (Hrsg.). 2016. *Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Alt, Franz. 1978. Der grüne Herbert. Gruhls Auszug aus der CDU: Parteien in Bewegung. *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* (29/1978).
- Altvater, Elmar. 2005. *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar. 2010. *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar. 2012. Grün Planen: Post-Fossiler Sozialismus. *Luxemburg* (3): 72–77.
- Amberger, Alexander. 2010. Anti-Utopie einer Öko-Diktatur. DDR-Querdenker Wolfgang Harich als Pionier linker Wachstumskritik. *neues deutschland*, 15.03.2010. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/167045.anti-utopie-einer-oeko-diktatur.html> am 23.06.2022.
- Amberger, Alexander. 2014. *Bahro - Harich - Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR*. Paderborn: Schöningh.
- Amberger, Alexander. 2016. Mit linken ökologischen Ideen gegen Realsozialismus und Kapitalismus – Bahro, Harich, Havemann. *Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (51): 41–46.
- Amberger, Alexander. 2020. Verehrung schlug in Verachtung um. *neues deutschland*, 03.04.2020. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135095.verehrung-schlug-in-verachtung-um.html?sstr=Verehrung|schlag|Verachtung> am 23.06.2022.
- Amery, Carl. o.J. *Neuer Grundwert Lebensqualität - Umweltschutz*. Manuskript im Nachlass von Carl Amery, zitiert bei Mende 2011, 394.
- Amery, Carl. 1972. *Das Ende der Vorsehung. Die gnadenlosen Folgen des Christentums*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Amery, Carl. 1976. *Natur als Politik. Die ökologische Chance des Menschen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Amery, Carl. 1976b. *Carl Amery an den Bund Naturschutz in Bayern e.V.* Aus dem Nachlass von Carl Amery, zitiert bei Mende 2014, 370.
- Amery, Carl. 1976c. *Kein Alibi für Seveso.* Aus dem Nachlass von Carl Amery, zitiert bei Mende 2014, 376.
- Amery, Carl. 1978. *Warum brauchen wir die Grünen? Anlässlich der bayerischen Landtagswahl 1978 gehaltener Vortrag.* Aus dem Nachlass von Carl Amery, zitiert bei Mende 2014, 374.
- Amery, Carl. 1978b. Das zweite Netz oder Die legale Revolution - Ein Vorschlag in die Energielücke hinein. In: *Energiepolitik ohne Basis. Vom bürgerlichen Ungehorsam zur energiepolitischen Wende*, hrsg. Carl Amery, Peter C. Mayer-Tasch und Klaus M. Meyer-Abich, 83–105. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Amery, Carl. 1978c. Die Chance des Ökosozialismus. Was bedeuten die »Grenzen des Wachstums« für die Wirtschaftspolitik? *L'76 Demokratie und Sozialismus* (7): 119–121.
- Amery, Carl. 1978d. Bahros Kommunismus ist Opposition. *Der Spiegel* (26): 46–52.
- Amery, Carl. 1979. Der gefährliche Fortschritt. Zu einem Aufsatz von Jean Améry. *Frankfurter Hefte* 8: 15–18.
- Amery, Carl. 1988. *Das ökologische Problem als Kulturauftrag.* Oldenburger Universitätsreden Band 13. <http://diglib.bis.uni-oldenburg.de/pub/unireden/ur13/dokument.pdf> am 24.06.2022.
- Amery, Carl. 1991. *Die ökologische Chance. Das Ende der Vorsehung - Natur als Politik.* München: Heyne.
- Amery, Carl. 2007. Gedenken wir eines großen Menschen. Erinnerung an Rudolf Bahro. In: *Arbeit an der Zukunft. Essays*, hrsg. Carl Amery, 223–225. München: Sammlung Luchterhand.
- Appiah, Anthony. 2011. *Eine Frage der Ehre oder wie es zu moralischen Revolutionen kommt.* München: Beck.
- Arponen, Vesa P. 2014. The Cultural Causes of Environmental Problems. *Environmental Ethics* 36 (2): 133–149.
- Arrow, Kenneth, Bert Bolin, Robert Costanza, Partha Dasgupta, Carl Folke, Crawford Holling, Bengt-Owe Jansson, Simon Levin, Karl-Goran Maler, Charles Perrings und David Pimentel. 1995. Economic Growth, Carrying Capacity, and the Environment. *Science* 268: 520–521.
- Backhaus, Katia H. 2020. *Nachhaltige Freiheit. Elemente einer ökologischen politischen Philosophie.* Frankfurt a.M.: Campus.
- Bahro, Rudolf. 1980. *Elemente einer neuen Politik. Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus.* Berlin: Olle und Wolter.
- Bahro, Rudolf. 1986. *Building the Green Movement.* London: GMP.
- Bahro, Rudolf. 1987. *Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik.* Stuttgart: Edition Weitbrecht.

- Bahro, Rudolf. 1988. Notstandsregierung oder Rettungsregierung in der Krise der weißen Weltzivilisation? In: *Die Zukunft der Demokratie. Entwicklungsperspektiven der Regierungssysteme in Ost und West*, hrsg. Rudolf Bahro, Norbert Leser, Leonhard Neidhart und Michael Voslensky, 23–46. Wien: Orac.
- Bahro, Rudolf. 2002. Die Idee des homo integralis - oder ob wir eine neue Politeia stiften können. In: *Wege zur ökologischen Zeitenwende. Reformalternativen und Visionen für ein zukunftsfähiges Kultursystem*, hrsg. Franz Alt, Rudolf Bahro und Marko Ferst. Berlin: Edition Zeitsprung.
- Bahro, Rudolf. 2016. "Nur durch eine Volkserhebung aufzuhalten". Rudolf Bahros Hamburger Rede. *Compact* (5): 50–51.
- Ball, Terence. 2003. Green political theory. In: *The Cambridge history of twentieth-century political thought*, hrsg. Richard P. Bellamy und Terence Ball, 534–550. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ball, Terence. 2006. Democracy. In: *Political theory and the ecological challenge*, hrsg. Andrew Dobson und Robyn Eckersley, 131–147. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ball, Terence, Daniel I. O'Neill und Richard Dagger. 2016. *Political ideologies and the democratic ideal*. London: Routledge.
- Barry, John. 1996. Sustainability, Political Judgement and Citizenship: Connecting Green Politics and Democracy. In: *Democracy and green political thought. Sustainability, rights, and citizenship*, hrsg. Brian Doherty und Marius de Geus, 113–131. London, New York: Routledge.
- Barry, John. 1999. *Rethinking green politics. Nature, virtue, and progress*. London, Thousand Oaks: SAGE.
- Barry, John. 2007. *Environment and social theory*. London: Routledge.
- Barry, John. 2008. Towards a Green Republicanism: Constitutionalism, Political Economy, and the Green State. *The Good Society* 17 (2): 3–11.
- Barry, John. 2014. Green Political Theory. In: *Political ideologies. An introduction*, hrsg. Vincent Geoghegan und Rick Wilford, 153–178. Abingdon, Oxon, New York: Routledge.
- Bartels, Tobias. 2017. Sprache und Ideologie des Konservatismus. Zur Differenz vom moderaten und radikalen konservativen politischen Denken in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik*, hrsg. Sebastian Liebold und Frank Schale, 209–232. Baden-Baden: Nomos.
- Beck, Hermann. 1995. Die Rolle des Sozialkonservatismus in der preußisch-deutschen Geschichte als Forschungsproblem. *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 43: 59–136.
- Beck, Ulrich. 1988. *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Egon. 1984. *Natur als Politik?* https://www.academia.edu/21280370/Natur_als_Politik am 09.08.2021.

- Becker, Egon. 2009. Politische Ökologie als revolutionäre Utopie. In: *Ohne Proletariat ins Paradies? Zur Aktualität des Denkens von André Gorz*, hrsg. Ralf Zwengel, 15–31. Essen: Klartext-Verlag.
- Becker-Schaum, Christoph und Anne Vechtel. 2016. *Wolfgang Harich - eine philosophische Wiederentdeckung*. <https://www.boell.de/de/2016/03/15/wolfgang-harich-eine-philosophische-wiederentdeckung> am 21.05.2021.
- Behnke, Joachim, Nina Baur und Nathalie Behnke. 2006. *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh.
- Behrend, Hanna und Peter Döge. 2001. *Nachhaltigkeit als Politische Ökologie. Eine Kontroverse über Natur, Technik und Umweltpolitik*. Berlin: RLS.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika. 2010. *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München: Oekom.
- Berlin, Isaiah. 2006. Zwei Freiheitsbegriffe. In: *Freiheit. Vier Versuche*, hrsg. Isaiah Berlin, 197–256. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Biebricher, Thomas. 2019. Das politische Denken des Neoliberalismus. In: *Liberalismus: Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen*, hrsg. Karsten Fischer und Sebastian Huhnholz, 173–192. Baden-Baden: Nomos.
- Blasberg, Annette. 1999. *Der Diskurs von Ökologie und Risiko. Eine Analyse der programmatischen Aussagen der Grünen*. Münster: Lit.
- Blühdorn, Ingolfur. 2011. Zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Nachdenken über die Grenzen des demokratischen Optimismus. *Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär* (14): 19–28.
- Bocarra, Paul. 1973. *Der staatsmonopolistische Kapitalismus*: Verlag Marxistische Blätter.
- Böcher, Michael und Annette E. Töller. 2012. *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang. 1976. *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Böcker, Maike, Henning Brüggemann, Michaela Christ, Alexandra Knak, Jonas Lage und Bernd Sommer. 2021. *Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung*. München: Oekom.
- Böhler, Dietrich und Ingrid Hoppe (Hrsg.). 1994. *Ethik für die Zukunft. Im Diskurs mit Hans Jonas*. München: Beck.
- Brand, Karl-Werner. 1993. Strukturveränderungen des Umweltdiskurses in Deutschland. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* (1): 16–25.
- Brand, Karl-Werner und Georg Jochum. 2000. *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung. Abschlussbericht eines DFG-Projekts zum Thema „Sustainable Development/Nachhaltige Entwicklung – Zur sozialen Konstruktion globaler Handlungskonzepte im Umweltdiskurs“*. MPS-Texte 1/2000.
- Brand, Ulrich. 2012. Semantiken radikaler Transformation. *Luxemburg* (3): 112–117.
- Brand, Ulrich. 2014. Das bornierte Streben nach Profit. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.07.2014. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wachstumskritik-das-bornierte-str-eben-nach-profit-13047404.html> am 25.05.2022.

- Brand, Ulrich. 2017. Transformatorische Demokratie und neue Formen des Wohlstandes als Horizont für Degrowth-Politik. In: *Postwachstumspolitiken. Wege zur wachstumsunabhängigen Gesellschaft*, hrsg. Frank Adler und Ulrich Schachtschneider, 39–49. München: Oekom.
- Brand, Ulrich und Christine Schickert. 2019. Ökosozialistische Strategien für eine sozial-ökologische Transformation. Postkapitalismus als wachstumskritische Praxis. In: *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*, hrsg. Klaus Dörre und Christine Schickert, 165–186. München: Oekom.
- Brand, Ulrich und Markus Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: Oekom.
- Brandt, Willy. 1969. *Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 28. Oktober 1969*. https://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Regierungserklaerung_Willy_Brandt_1969.pdf am 02.08.2019.
- Brocker, Manfred (Hrsg.). 2018. *Geschichte des politischen Denkens. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich und Robert Feustel. 2012. Einleitung: Das Politische denken. In: *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*, hrsg. Ulrich Bröckling und Robert Feustel, 7–18. Bielefeld: transcript.
- Browning, Gary K. 2016. *A history of modern political thought. The question of interpretation*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Brüggemeier, Franz-Josef. 1999. *Tschernobyl, 26. April 1986 - die ökologische Herausforderung*. München: dtv.
- Brüggemeier, Franz-Josef und Jens I. Engels (Hrsg.). 2005. *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*. Frankfurt: Campus.
- Brunkhorst, Hauke. 2000. *Einführung in die Geschichte politischer Ideen*. München: Fink.
- Buchstein, Hubertus. 2012. Umweltpolitik in Diktaturen und Demokratien. Neue Befunde zu einer alten Kontroverse. In: *Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns*, hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung, 51–61. Berlin.
- Buchstein, Hubertus. 2015. Reconstructing Political Thought. Editorial. *Redescriptions: Yearbook of Political Thought and Conceptual History* 18: 5–11.
- Bühler, Benjamin. 2018. *Ökologische Gouvernamentalität. Zur Geschichte einer Regierungsform*. Bielefeld: transcript.
- Bundeskoordination Internationalismus. 2020. *Rechte und linke Positionen zu Ökologie. "Rinks und lechts kann man nicht verwechseln"*. <https://www.buko.info/gesnat-publicationen?L=0%2F%27A%27> am 01.04.2022.
- Burkhart, Corinna, Matthias Schmelzer und Nina Treu (Hrsg.). 2017. *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*. München: Oekom.
- Busen, Andreas und Alexander Weiß. 2013. Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens: The State of the Art? In: *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens*. Workshop im Juli 2010 an der Universität Hamburg, hrsg. Andreas Busen und Alexander Weiß, 15–40. Baden-Baden: Nomos.

- Busen, Andreas und Alexander Weiß. 2013b. Einleitung. In: *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens*. Workshop im Juli 2010 an der Universität Hamburg, hrsg. Andreas Busen und Alexander Weiß, 7–14. Baden-Baden: Nomos.
- Calliess, Christian. 2016. Nachhaltigkeitsräte – Stand und Perspektiven. In: *Nachhaltigkeit durch Organisation und Verfahren*, hrsg. Wolfgang Kahl, 275–296. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Cantzen, Rolf. 1987. *Weniger Staat - mehr Gesellschaft. Freiheit - Ökologie - Anarchismus*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Cantzen, Rolf. 2020. Die ökologische Sensibilität, Wachstumskritik und anarchistische Utopien. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 287–302. München: Oekom.
- Capra, Fritjof. 1983. *Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild*. Bern: Scherz.
- Carlowitz, Hans C. von. 1713. *Sylvicultura Oeconomica, Oder Hauswirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung Zur Wilden Baum-Zucht*. Leipzig: Braun.
- Carter, Alan. 1999. *A Radical Green Political Theory*. Hoboken: Taylor and Francis.
- Carter, Neil. 2001. *The politics of the environment. Ideas, activism, policy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Chaloupek, Günther und Georg Feigl. 2012. Die Wachstumskontroverse vor vierzig Jahren und heute. *Wirtschaft und Gesellschaft* 38 (4): 771–800.
- Christoff, Peter. 1996. Ecological Citizens and Ecologically Guided Democracy. In: *Democracy and green political thought. Sustainability, rights, and citizenship*, hrsg. Brian Doherty und Marius de Geus, 151–169. London, New York: Routledge.
- Clark, John. 1989. Building the Green Movement by Rudolf Bahro. *Social Anarchism* (14): 97–104.
- Commoner, Barry. 1971. *The closing circle. Nature, man, and technology*. New York: Knopf.
- Connelly, James und Graham Smith. 1999. *Politics and the environment. From theory to practice*. London: Routledge.
- Conze, Eckart. 2009. *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München: Siedler.
- Council on Environmental Quality. 1981. *Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten*. Frankfurt a.M.: Zweitausendeins.
- Dallmayr, Fred R. (Hrsg.). 2010. *Comparative political theory. An introduction*. New York: Palgrave Macmillan.
- Devall, Bill und George Sessions. 1985. *Deep Ecology: Living as if Nature Mattered*. Salt Lake City: Peregrine Smith.
- d'Idler, Martin. 2020. Die Geschichte der ökologischen Utopie. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 47–62. München: Oekom.
- Dieterich, Paul. 2018. *Erhard Eppler. Leben, Denken & Wirken: eine Biographie bis zum Wendejahr 1989*. Nürtingen: denkhaus Verlag.
- Dobson, Andrew. 1995. *Green political thought*. London, New York: Routledge.

- Dobson, Andrew und Robyn Eckersley (Hrsg.). 2006. *Political theory and the ecological challenge*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Doherty, Brian. 2002. *Ideas and actions in the green movement*. London: Routledge.
- Döring, Klaus. 1998. Antisthenes, Diogenes und die Kyniker der Zeit vor Christi Geburt. In: *Die Philosophie der Antike. Sophistik, Sokrates, Sokratik, Mathematik, Medizin*, hrsg. Hellmut Flashar, 267–320. Basel: Schwabe.
- Döring, Thomas. 2019. *Wachstum und ökologischer Fußabdruck. Zum Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Umweltverbrauch einschließlich möglicher Lösungskonzepte*. sofia-Diskussionsbeiträge 19-2. https://www.elni.org/fileadmin/Dokumente/Diskussion/2019/Netzversion_D%C3%B6ring_Wachstum.pdf am 23.06.2022.
- Dörre, Klaus. *Über mich*. <https://2020.klaus-doerre.de/ueber-mich/> am 07.01.2022.
- Dörre, Klaus. 2011. Grüner Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftsfrächtige Reformstrategie? In: *Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand*, hrsg. Matthias Machnig, 221–232. Frankfurt: Campus Verlag.
- Dörre, Klaus. 2013. Ein scharfsinniger Analytiker sozialer Verwundbarkeit – Zum Tod von Robert Castel. *Sozialismus* 40 (4): 2–4.
- Dörre, Klaus. 2013b. Prekarität und exklusive Solidarität. Handlungsfelder von Gewerkschaften und öffentlicher Soziologie. *Sozialismus* 40 (12): 9–18.
- Dörre, Klaus. 2016. Weniger arbeiten, besser leben! Zur Aktualität von André Gorz' anderem Sozialismus. In: *Paradies now. André Gorz - Utopie als Lebensentwurf und Gesellschaftskritik*, hrsg. Mathias Richter und Inka Thuncke, 104–125. Mössingen-Talheim: Talheimer.
- Dörre, Klaus. 2018. Aufstehen für einen neuen Sozialismus. Transformative, nicht konservierende Klassenpolitik ist das Gebot der Stunde. In: *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*, hrsg. Sebastian Friedrich, 114–120. Berlin: Bertz + Fischer.
- Dörre, Klaus. 2018b. Neo-Sozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (6): 105–115.
- Dörre, Klaus. 2019. Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion. In: *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*, hrsg. Klaus Dörre und Christine Schickert, 17–32. München: Oekom.
- Dörre, Klaus, Candeias, Mario, Goes, Thomas E. 2019. Demobilisierende Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse (2). Hrsg: Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdf/s/Manuskripte/Manuskripte_23.pdf am 16.05.2021.
- Dörre, Klaus. 2020. Die neue Lust am Sozialismus. Option für eine Nachhaltigkeitsrevolution? In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 249–272. München: Oekom.
- Dryzek, John S. 1997. *The Politics of the Earth. Environmental Discourses*. Oxford: Oxford Univ. Press.

- Eblinghaus, Helga und Armin Stickler. 1996. *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Eckersley, Robyn. 1987. The Prophet of Green Fundamentalism. Review of "Building the Green Movement" by Rudolf Bahro. *The Ecologist* 17: 120–122.
- Eckersley, Robyn. 1992. *Environmentalism and political theory. Toward an ecocentric approach*. London: UCL Press.
- Eckersley, Robyn. 1996. Greening Liberal Democracy: The Rights Discourse Revisited. In: *Democracy and green political thought. Sustainability, rights, and citizenship*, hrsg. Brian Doherty und Marius de Geus, 212–236. London, New York: Routledge.
- Eckersley, Robyn. 2004. *The green state. Rethinking democracy and sovereignty*. Cambridge: MIT Press.
- Eckert, Rainer. 1978. *Ökologie, Ökonomie, "Grenzen des Wachstums". Eine Auseinandersetzung mit Johano Strasser und André Gorz*. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter.
- Eitler, Pascal. 2007. Körper – Kosmos – Kybernetik. Transformationen der Religion im „New Age“ (Westdeutschland 1970–1990). *Zeithistorische Forschungen Online-Ausgabe* 4 (1-2).
- Eitler, Pascal. 2010. Die "New Age-Bibel". Marilyn Ferguson und "Die sanfte Verschwörung". *Zeithistorische Forschungen* 3 (3): 484–488.
- Enzensberger, Hans M. 1973. Zur Kritik der politischen Ökologie. In: *Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung*, hrsg. Hans M. Enzensberger, 1–42. Berlin: Rotbuch.
- Eppler, Erhard. 1974. *Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?* Stuttgart: Kohlhammer.
- Eppler, Erhard. 1975. *Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Eppler, Erhard. 1977. Die Menschen spüren, daß es so nicht weitergeht. Ein Beitrag von Erhard Eppler zur ZEIT-Diskussion zwischen Willy Brandt und Ch. Graf von Krockow. *Die Zeit* (04/1977).
- Eppler, Erhard. 1977b. Schraubchen drehen, Löcher bohren? Die Ex-Minister Erhard Eppler und Karl Schiller über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. *Der Spiegel* (36): 27.
- Eppler, Erhard. 1978. Warum denn nicht mit den Grünen. Erhard Eppler über Steuer-senkungen, Protestparteien und die Zukunft der Bonner Koalition. *Der Spiegel* (32): 21–23.
- Eppler, Erhard. 1979. Sind die Grünen Kulturpessimisten? *Der Spiegel* (4): 56.
- Eppler, Erhard. 1979b. Ein grünes Utopia. Alternativen zur Erfolgs- und Siegesgesellschaft. *Die Zeit* (42/1979).
- Eppler, Erhard. 1981. *Wege aus der Gefahr*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Eppler, Erhard. 1981b. *Weichen stellen... Reden und Vorträge (1973-1980)*. Tübingen: Widerspruch.

- Eppler, Erhard. 1982. Mit den Grünen - im Prinzip ja. SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler zu den Überlebenschancen der SPD. *Der Spiegel* (11): 28–33.
- Eppler, Erhard. 1983. Vom Fall in das politische Nichts. Erhard Eppler über Herberts Gruhls "Das Irdische Gleichgewicht". *Der Spiegel* (16): 86–88.
- Eppler, Erhard. 1992. Demokratie und Ökologie. In: *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*, hrsg. Herfried Münkler, 92–102. München: Piper.
- Erler, Gernot. 1975. Seit 200 Jahren wütet ein Krieg gegen die Erde. Herbert Gruhls und Wolfgang Harichs Attacken gegen das Wachstumsdenken. *Badische Zeitung*, 19.12.1975.
- Exner, Andreas. 2018. Elmar Altwater und die ökologische Frage. *Prokla* (193): 587–594.
- Faerber-Husemann, Renate. 2010. *Der Querdenker: Erhard Eppler. Eine Biographie*. Bonn: Dietz.
- Felber, Christian. 2012. *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*. Wien: Deuticke.
- Felber, Christian. 2020. Die Zukunft der Gemeinwohl-Ökonomie. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 163–179. München: Oekom.
- Fenske, Götz. 2009. Rückblick auf die politische Ökologie in der BRD am Beispiel von Carl Amery und Herbert Gruhl. *Naturkonservativ - Jahrbuch 2008/2009 der Herbert-Gruhl-Gesellschaft*: 90–110.
- Ferguson, Marilyn. 1982. *Die sanfte Verschwörung. Persönliche und Gesellschaftliche Transformation im Zeitalter des Wassermanns*. Knaur.
- Ferst, Marko. 2004. Rudolf Bahro – vom DDR-Kritiker zum spirituellen Ökologen. In: *Jahrbuch Ökologie 2005*, hrsg. Günter Altner, Heike Leitschuh-Fecht, Gerd Michelsen, Udo E. Simonis und Ernst U. v. Weizsäcker, 246–254. München: C.H. Beck.
- Ferst, Marko. 2005. *Die Ideen für einen "Berliner Frühling" in der DDR: die sozialen und ökologischen Reformkonzeptionen von Robert Havemann und Rudolf Bahro*. Hefte zur DDR-Geschichte Band 91. Berlin.
- Ferst, Marko und Rainer Funk (Hrsg.). 2002. *Erich Fromm als Vordenker. "Haben oder Sein" im Zeitalter der ökologischen Krise*. Berlin: Edition Zeitsprung.
- Fetscher, Iring und Herfried Münkler (Hrsg.). 1987. *Neuzeit: vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. Pipers Handbuch der politischen Ideen - Band 5*. München: Piper.
- Fox, Warwick. 1990. *Toward a Transpersonal Ecology: Developing New Foundations for Environmentalism*. Boston: Shambhala.
- Frankel, Boris. 1987. *The post-industrial utopians*. Oxford: Polity Press.
- Freeden, Michael. 1996. *Ideologies and political theory. A conceptual approach*. Oxford: Clarendon Press.
- Freeden, Michael. 2003. *Ideology. A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Freeden, Michael. 2011. Europäische Liberalismen. *Merkur* 65 (750): 1028-1046.

- Freeden, Michael. 2013. The Morphological Analysis of Ideology. In: *The Oxford handbook of political ideologies*, hrsg. Michael Freeden, Lyman T. Sargent und Marc Stears, 115–137. Oxford: Oxford University Press.
- Freie Universität Berlin. O.J. Prof. Dr. Martin Jänicke. https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/team/ehemalige/jaenicke_martin/index.html am 06.01.2022.
- Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. O.J. *Friedenspreis 1987. Hans Jonas*. <https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/1980-1989/hans-jonas#:~:text=Den%20Friedenspreis%20des%20Deutschen%20Buchhandels%20verleiht%20der%20B%C3%B6rsenverein,%C3%BCberschauenden%20Entscheidungsspielraum%20in%20den%20Blick%20r%C3%BCck.%20Mehr%20anzeigen> am 20.05.2021.
- Friedman, Lawrence J. und Anke M. Schreiber. 2013. *Was man gibt, verliert man nicht. Erich Fromm - die Biografie*. Bern: Huber.
- Fritzsche, Erik und Anselm Vogler. 2018. Braucht Demokratie Wirtschaftswachstum? Forschungsstand und Legitimitätstheoretische Überlegungen zum Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Demokratiequalität. In: *Die Demokratie und ihre Defekte*, hrsg. Tom Mannewitz, 57–86. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Fromm, Erich. 2007. *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München: dtv.
- Fromm, Erich. 2015. *Das Menschenbild bei Marx*. München: Psychosozial-Verlag.
- Fücks, Ralf. 2013. *Intelligent wachsen. Die grüne Revolution*. München: Hanser.
- Fücks, Ralf. 2017. *Freiheit verteidigen. Wie wir den Kampf um die offene Gesellschaft gewinnen*. München: Hanser.
- Furger, Franz. 1976. Freiwillige Askese als Alternative. In: *Überleben und Ethik. Die Notwendigkeit, bescheiden zu werden*, hrsg. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, 77–90. Freiburg: Herder.
- Gabrielson, Teena, Cheryl Hall, John M. Meyer und David Schlosberg. 2019. Introducing Environmental Political Theory. In: *The Oxford handbook of environmental political theory*, hrsg. Teena Gabrielson, Cheryl A. Hall, John M. Meyer und David Schlosberg, 3–17. Oxford: Oxford University Press.
- Gath, Manuel, Bastian Jantz und Armando Garcia Schmidt. 2018. *Die soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen. Herausforderungen und Chancen einer inklusiven Reform unseres Wachstumsmodells*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/BST_IW19_Zukunftsfahig_03lay.pdf am 08.07.2021.
- Geden, Oliver. 1996. *Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus*. Berlin: Elefanten-Press-Verlag.
- Gehlen, Arnold. 1986. *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*. Wiesbaden: AULA.
- Gersemann, Olaf. 2009. Ohne Wachstum ist alles nichts. *Welt*, 20.10.2009. https://www.welt.de/welt_print/debatte/article4905277/Ohne-Wachstum-ist-alles-nichts.html am 12.04.2022.

- Gesang, Bernward. 2018. Wie sollte eine Demokratie aussehen, die Nachhaltigkeit kann? In: *Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge*, hrsg. Tom Mannewitz, 87–105. Wiesbaden: Springer VS.
- Golde, Michael. 2016. *Rebound-Effekte. Empirische Ergebnisse und Handlungsstrategien*. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/rebound-effekte> am 16.07.2021.
- Goodin, Robert. 1992. *Green Political Theory*. Cambridge: Polity Press.
- Gorholt, Martin. 2007. Ach, SPD! Johano Strasser erinnert sich an seine Zeit als sozialdemokratischer Gott einst im Mai. *Berliner Republik* (3).
- Görtemaker, Manfred. 1999. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Gorz, André. 1977. *Ökologie und Politik. Beiträge zur Wachstumskrise*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gorz, André. 1980. *Ökologie und Freiheit. Beiträge zur Wachstumskrise 2*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gorz, André. 1981. *Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Göttisch-Elten, Silke. 2016. Vom Ende der geordneten Welt. Kulturkritik und Krisenerfahrung um 1900. In: *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, hrsg. Andreas Bihrer, Anja Franke-Schwenk und Tine Stein, 291–310. Bielefeld: transcript.
- Gottschlich, Daniela und Christine Katz. 2020. Relationalität, Naturgestaltung und Caring. Die Bedeutung feministischer Utopien zur Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 303–325. München: Oekom.
- Graf, Rüdiger. 2008. Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre. In: *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*, hrsg. Dominik Geppert und Jens Hacke, 207–227. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Graf, Rüdiger. 2017. Die Krise als epochemachender Begriff. In: *Das 20. Jahrhundert vermessen. Signaturen eines vergangenen Zeitalters*, hrsg. Martin Sabrow und Peter U. Weiß, 161–178. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Greven, Michael T. 2007. *Politisches Denken in Deutschland nach 1945. Erfahrung und Umgang mit der Kontingenz in der unmittelbaren Nachkriegszeit*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Gruhl, Herbert. 1970. Rede Dr. Gruhl vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1970. In: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 6. Wahlperiode*, hrsg. Deutscher Bundestag, 4801–4806.
- Gruhl, Herbert. 1975. *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Gruhl, Herbert. 1977. Wunschdenken contra Naturgesetze. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27 (27): 3–11.
- Gruhl, Herbert. 1985. *Das irdische Gleichgewicht. Ökologie unseres Daseins*. München: dtv.

- Gruhl, Herbert. 1992. *Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende*. München: Langen-Müller.
- Grunwald, Armin und Jürgen Kopfmüller. 2012. *Nachhaltigkeit. 2., aktualisierte Auflage*. Frankfurt, New York: Campus.
- Habermann, Friederike. 2016. *Ecommony. UmCARE zum Miteinander*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermann, Friederike. 2018. *Ausgetauscht! Warum gutes Leben für alle tauschlogikfrei sein muss*. Sulzbach am Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermas, Jürgen. 1985. Die neue Unübersichtlichkeit. In: *Die neue Unübersichtlichkeit*, hrsg. Jürgen Habermas, 141–163. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 2014. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hacke, Jens. 2008. Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit. In: *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*, hrsg. Dominik Geppert und Jens Hacke, 188–206. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hacke, Jens. 2009. Konservatismus des Standhaltens. Arnold Gehlens Analyse der modernen Industriegesellschaft. In: *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands*, hrsg. Erhard Schütz, 121–134. Essen: Klartext-Verlag.
- Hahn, Friedemann. 2006. *Von Unsinn bis Untergang: Rezeption des Club of Rome und der Grenzen des Wachstums in der Bundesrepublik der frühen 1970er Jahre*. Dissertation Freiburg.
- Hamm, Bernd und Barbara Rasche. 2002. *Bioregionalismus. Ein Überblick*. Report im Rahmen des DFG-Sonderforschungsbereichs „Umwelt und Region – Umweltanalyse und Umweltmanagementstrategien für eine Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum“ an der Universität Trier.
- Hardin, Garret. 1968. The Tragedy of the Commons. *Science* 162 (3859): 1243–1248.
- Hardin, Garret. 1977. Living on a Lifeboat. In: *Managing the Commons*, hrsg. Garret Hardin und John Baden, 261–279. San Francisco: W.H. Freeman.
- Harich, Wolfgang. 1975. *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der "Club of Rome"*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Harich, Wolfgang. 1977. Schnaufend läuft der Mensch dem Untergang entgegen. *Frankfurter Rundschau*, 07.11.1977, 14.
- Harich, Wolfgang. 1979. Das Weib in der Apokalypse. In: *Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Helmut Gollwitzer zum 70. Geburtstag*, hrsg. Andreas Baudis, Dieter Clausert und Volkhard Schliski, 681–687. München: Kaiser.
- Harich, Wolfgang. 1991. Weltrevolution jetzt. Zur jüngsten Veröffentlichung des Club of Rome. *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* (8): 63–72.
- Harich, Wolfgang. 2015. Herbert Gruhl am Scheideweg. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 124–128. Tectum Wissenschaftsverlag.

- Harich, Wolfgang. 2015b. Interviews zu Ausreise, 1979. 1. Interview. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 144–153. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Harich, Wolfgang. 2015c. Interviews zur Ausreise, 1979. 2. Interview. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 154–159. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Harich, Wolfgang. 2015d. Ökologie und Sozialismus. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 116–123: Tectum Wissenschaftsverlag.
- Harich, Wolfgang. 2015e. Brief an Willy Brandt. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 28–29. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Harich, Wolfgang. 2015f. Interviews zur Ausreise, 1979. 3. Interview. In: *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*, hrsg. Andreas Heyer, 159–162. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Hartmann, Martin und Claus Offe (Hrsg.). 2011. *Politische Theorie und politische Philosophie. Ein Handbuch*. München: Beck.
- Heidemann, Rolf. 26.02.2014. *Anders Wirtschaften. Alternative Wege für die Wirtschaft von Morgen*. Podiumsveranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg am 21.02.2014. YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=cJNorjmImXQ> am 09.07.2021.
- Heilbroner, Robert. 1974. *An Inquiry into the Human Prospect*. New York: Norton and Co.
- Heinrich-Böll-Stiftung. 08.11.2011. *Green New Deal Konferenz: Grenzen des Wachstums - Wachstum der Grenzen*. YouTube: https://www.youtube.com/watch?v=BXzrk_mADus am 07.07.2021.
- Heinrich-Böll-Stiftung. 27.09.2013. *Berliner Disput: Braucht Fortschritt Wachstum?* YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=NEplhcuUFmY> am 09.07.2021.
- Helfrich, Silke. 2019. *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Herman, Jost. 1991. *Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewußtseins*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Herman, Jost. 2020. *Brennpunkt Ökologie. Kulturelle und gesellschaftspolitische Interventionen*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- Hertfelder, Thomas. 2013. *Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland*. Kleine Reihe der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus Band Nr. 29.
- Herzberg, Guntolf und Kurt Seifert. 2002. *Rudolf Bahro - Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie*. Berlin: Links.
- Hesse, Gunter und Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.). 1988. *Die Grünen und die Religion*. Frankfurt am Main: Athenäum.
- Heyer, Andreas. 2011. Rudolf Bahros „Alternative“. Ökologie, Demokratie und ein neuer Marxismus im Gewand der Utopie. In: *Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke*, hrsg. Klaus Kinner, 93–105. Berlin: Dietz.

- Heyer, Andreas (Hrsg.). 2015. *Wolfgang Harich. Ökologie, Frieden, Wachstumskritik. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs*. Tectum Wissenschaftsverlag.
- Hildebrand, Daniel. 2013. Herbert Gruhl und die ökologische Protestbewegung. *Historische-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 10 (1): 325–332.
- Hildebrandt, Achim, Sebastian Jäckle, Frieder Wolf und Andreas Heindl. 2015. *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Himmelheber, Max, Jürgen Dahl, Gerhard H. Schwabe und Michael Lohmann. 1975. Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation. *Scheidewege* 5 (4): 469–486.
- Hinchman, Lewis und Sandra Hinchman. 2001. Should Environmentalists Reject the Enlightenment? *The Review of Politics* 63 (4): 663–692.
- Hinterberger, Friedrich, Fred Luks und Marcus Stewen. 1996. *Ökologische Wirtschaftspolitik. Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe*. Basel: Springer.
- Hirschhausen, Eckart von. 2021. *Mensch, Erde! Wir könnten es so schön haben*. München: dtv.
- Hobbes, Thomas. 1959. *Vom Menschen - Vom Bürger. Elemente der Philosophie* 2/3. Herausgegeben von Günter Gawlick. Hamburg.
- Hobbes, Thomas. 1985. *Leviathan*. Edited with an Introduction by C.B. Macpherson. London.
- Holl, Karl, Günter Trautmann und Hans Vorländer (Hrsg.). 1986. *Sozialer Liberalismus*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Honneth, Axel. 2013. *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Horn, Christoph. 2012. *Einführung in die politische Philosophie*. Darmstadt: WBG.
- Hradil, Stefan. 2012. *Soziale Gerechtigkeit*. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138445/soziale-gerechtigkeit?p=0> am 07.02.2022.
- Huber, Joseph. 1982. *Die verlorene Unschuld der Ökologie. Neue Technologien und superindustrielle Entwicklung*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Huber, Joseph. 1993. Ökologische Modernisierung: Zwischen bürokratischem und zivilgesellschaftlichem Handeln. In: *Umweltpolitik als Modernisierungsprozeß. Politikwissenschaftliche Umweltforschung und -lehre in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. Volker von Prittitz, 51–70. Opladen: Leske und Budrich.
- Humphrey, Mathew. 2007. 'Imagined Autonomy': or, Any Colour You Like, as Long as it's Green. *Contemporary Political Theory* 6 (2): 246–261.
- Humphrey, Mathew. 2013. Green Ideology. In: *The Oxford handbook of political ideologies*, hrsg. Michael Freeden, Lyman T. Sargent und Marc Stears, 422–437. Oxford: Oxford University Press.
- Hünemörder, Kai F. 2004. *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950 - 1973)*. Stuttgart: Steiner.

- Hünemörder, Kai F. 2004b. Cassandra in modernem Gewand. Die umweltpolitischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre. In: *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, hrsg. Frank Uekötter und Jens Hohensee, 78–97. Stuttgart: Steiner.
- Hünemörder, Kai F. 2005. 1972 - Epochenschwelle der Umweltgeschichte? In: *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, hrsg. Franz-Josef Brüggemeier und Jens I. Engels, 124–144. Frankfurt: Campus.
- Initiative Ökosozialismus. O.J. *Das neue Standardwerk zum Ökosozialismus*. <http://oeko-sozialismus.net/publikationen/> am 06.01.2022.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). 2022. *Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability. Summary for Policymakers*. https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf am 28.03.2022.
- Jacob, Klaus, Holger Bär und Lisa Graaf. 2015. *Was sind Transformationen? Begriffliche und theoretische Grundlagen zur Analyse von gesellschaftlichen Transformationen*. Teilbericht 1 des Projektes „Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 – Wie wollen wir in Zukunft leben?“. Umweltbundesamt Texte 58/2015.
- Jacob, Klaus, Holger Bär und Lisa Graaf. 2015b. *Metaanalyse von Visionen einer nachhaltigen Gesellschaft*. Teilbericht 2 des Projektes „Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 – Wie wollen wir in Zukunft leben?“. Umweltbundesamt Texte 59/2015.
- Jänicke, Martin. 1984. *Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik*. IIUG discussion papers 84-1.
- Jänicke, Martin. 2000. Chancen und Grenzen von ökologischer Modernisierung. Karriere eines Konzeptes. *Ökologisches Wirtschaften* 15 (6): 27–28.
- Jänicke, Martin. 2007. Umweltstaat - eine neue Basisfunktion des Regierens. *Umweltintegration am Beispiel Deutschlands*. *Politische Vierteljahresschrift* (39): 342–359.
- Jänicke, Martin. 2008. *Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat*. München: Oekom.
- Jänicke, Martin, Philip Kunig und Michael Stitzel. 2003. *Lern- und Arbeitsbuch Umweltpolitik. Politik, Recht und Management des Umweltschutzes in Staat und Unternehmen*. Bonn: Dietz.
- Janssen, Lex. 2015. Carl Amery. Werden wir die Probe der Geschichte bestehen? Eine Darstellung seiner Politischen Ökologie. *Infobrief der E.F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie e.V.* 12 (2): 1–12.
- Jesche, Daniel. 2014. *Endlichkeit und Freiheit. Die ökologische Wachstumskritik aus wirtschaftsliberaler Perspektive*. Dissertation Kiel.
- Johach, Helmut. 2010. Haben oder Sein in Zeiten der Krise. Zur Aktualität Erich Fromms“. *Begegnung & Gespräch – Ökumenische Beiträge zu Erziehung und Unterricht* (2): 1–8.
- Jonas, Hans. 1992. Dem bösen Ende näher. SPIEGEL-Gespräch mit dem Technik-Philosophen Hans Jonas über den Umgang der Menschheit mit der Natur. *Der Spiegel* (20): 92–107.
- Jonas, Hans. 2015. *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Kahl, Wolfgang. 2018. *Nachhaltigkeitsverfassung. Reformüberlegungen*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.). 1976. *Überleben und Ethik. Die Notwendigkeit, bescheiden zu werden*. Freiburg: Herder.
- Kammerlander, Moritz, Daniel Buschmann, Mirijam Mock, Ines Omann, Karin Schanes und Jill Jäger. 2013. *Visions and Pathways Towards Sustainable Development*. IPW Working Paper 2/2013.
- Kant, Immanuel. 1970. Zum ewigen Frieden. In: *Werke in zehn Bänden. Band 9*, hrsg. Immanuel Kant. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Kathke, Torsten. 2015. Zukunft vergangener Gegenwart. Wie Zeitdiagnosen die großen Debatten der 1970er- und 1980er-Jahre bestimmten. *Gesellschaftsforschung* (2): 6–10.
- Kathke, Torsten. 2016. „Daß es ein Wahnsinn ist, wie wir zur Zeit die Welt bewirtschaften“: Herbert Gruhl und Ein Planet wird geplündert. *Historische-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik* 23 (1): 139–158.
- Kaven, Carsten. 2015. *Transformation des Kapitalismus oder grüne Marktwirtschaft? Pfade zur Nachhaltigkeit bei Altvater, Jänicke, Nair und Rifkin*. München: Oekom.
- Kempf, Volker. 2008. *Herbert Gruhl. Pionier der Umweltoziologie: im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Realität*. Graz: Ares Verlag.
- Kern, Bruno. 2016. Ökosozialistisches Netzwerk - Selbstverständnis. *Tarantel* (3): 17–18.
- Kern, Bruno. 2019. *Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft*. Zürich: Rotpunkt.
- Kern, Florian, Jan Peuckert, Steffen Lange, Arne Berner, Christian Lutz, Maximilian Banning und Lara Ahmann. 2021. *Effizienzpolitik muss Reboundeffekte eindämmen, um Klimaziele zu erreichen*. ReCap Policy Brief 2. Berlin. <https://gws-os.com/de/index.php/publications/details/2021-effizienzpolitik-muss-reboundeffekte-eindammen-um-klimaziele-zu-erreichen.html> am 16.07.2021.
- Knauf, Ferdinand. 2019. Die ökologische Ursünde der Union. Wie die CDU die Grünen groß macht(e). *WirtschaftsWoche*, 27.05.2019. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/die-oekologische-ursuende-der-union-wie-die-cdu-die-gruenen-gross-macht-e/24388492.html> am 28.03.2022
- Kopatz, Michael. 2018. *Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München: Oekom.
- Küenzlen, Gottfried. 1988. Das Unbehagen an der Moderne. Der kulturelle und gesellschaftliche Hintergrund der New Age-Bewegung. In: *Die Rückkehr der Zauberer. New Age. Eine Kritik*, hrsg. Hansjörg Hemminger, 187–222. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Kupper, Patrick. 2003. Die "1970er Diagnose". Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte. *Archiv für Sozialgeschichte* 43: 325–348.
- Kupper, Patrick. 2004. "Weltuntergangsvisionen aus dem Computer". Zur Geschichte der Studie "Die Grenzen des Wachstums" von 1972. In: *Wird Cassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme*, hrsg. Frank Uekötter und Jens Hohensee, 98–111. Stuttgart: Steiner.
- Kupper, Patrick. 2021. *Umweltgeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- La Chapelle, Dolores. 1978. *Earth Wisdom*. San Diego: Guild of Tudors.
- Ladwig, Bernd. 2018. *Das Otto-Suhr-Institut trauert um Prof. Dr. Elmar Altvater*. https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/_inhaltselemente/nachruf_altvater/index.html am 05.01.2022.
- Leggewie, Claus und Harald Welzer. 2011. *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Lehnert, Detlef (Hrsg.). 2012. *Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert*. Göttingen: Böhlau Verlag Köln.
- Leipold, Helmut. 2005. Wirtschaftssystem. In: *Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und politischen Ökonomik*, hrsg. Alfred Schüller und Hans-Günter Krüsselberg, 10–11. Marburg: MGOW.
- Leipold, Helmut. 2005b. Zentralverwaltungswirtschaft. In: *Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und politischen Ökonomik*, hrsg. Alfred Schüller und Hans-Günter Krüsselberg, 180–181. Marburg: MGOW.
- Lenk, Kurt. 1989. *Deutscher Konservatismus*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Leopold, David und Marc Stears. 2008. Introduction. In: *Political theory: methods and approaches*, hrsg. David Leopold und Marc Stears, 1–10. Oxford: Oxford University Press.
- Leuser, Leon und Lars-Arvid Brischke. 2017. Suffizienz im kommunalen Klimaschutz. In: *Klimaschutz kommunal umsetzen. Wie Klimahandeln in Städten und Gemeinden gelingen kann*, hrsg. Doris Knoblauch und Johannes Rupp, 147–162. München: Oekom.
- Linse, Ulrich. 1986. *Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland*. München: dtv.
- Llanque, Marcus. 2008. *Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse*. München: Oldenbourg.
- Lorenz, Albrecht und Ludwig Trepl. 1993. Das Avocado-Syndrom. *Politische Ökologie* 11 (34): 17–24.
- Lorenz, Stephan. 2016. Wachstumskritiken - ökologisch und sozial. In: *Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, hrsg. AK Postwachstum, 19–38. Frankfurt: Campus Verlag.
- Loske, Reinhard. O.J. *Lebenslauf von Dr. Reinhard Loske*. <https://www.loske.de/zur-person/biografie.html> am 06.01.2022.
- Loske, Reinhard. 2011. *Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung*. Rangsdorf: Basiliken-Presse.
- Loske, Reinhard. 2012. *Wie weiter mit der Wachstumsfrage?* Rangsdorf: Basiliken-Presse.
- Loske, Reinhard. 2013. Wahrlich ein Denker unserer Zeit. FDP-Intellektueller Karl-Heinz Paqué. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.06.2013. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fdp-intellektueller-karl-heinz-paque-wahrlich-ein-denker-unserer-zeit-12210987.html> am 23.06.2022.
- Loske, Reinhard. 2015. *Politik der Zukunftsfähigkeit. Konkrete Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.

- Loske, Reinhard. 2020. Eine Tarnorganisation der AFD. Reinhard Loske über Gruhl-Gesellschaft. *taz*, 15.06.2020. <https://taz.de/Reinhard-Loske-ueber-Gruhl-Gesellschaft/!5692611/> am 23.06.2022.
- Löwith, Karl. 1953. *Weltgeschichte und Heilsgeschehen. Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Majer, Helge (Hrsg.). 1984. *Qualitatives Wachstum. Einführung in Konzeptionen der Lebensqualität*. Frankfurt, New York: Campus.
- Markantonatou, Maria. 2013. *From The Limits to Growth to "Degrowth": Discourses of Critique of Growth in the Crises of the 1970s and 2008*. Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften 05/2013. http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp5_2013.pdf am 24.07.2020.
- Markovits, Andrei S. und Philip S. Gorski. 1997. *Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945*. Hamburg: Rotbuch.
- Marten, Heinz-Georg. 1983. *Ökologische Krise und demokratische Politik. Grundpositionen, Leitbilder und Lösungsmodelle der Politischen Ökologie*. Stuttgart: Metzler.
- Mauersberger, Volker. 1973. Spalten sich die Jusos? Eine neue Gruppe bekämpft Partei-disziplin und Solidarität. *Die Zeit* (49/1973).
- Meadows, Dennis, Meadows Donella, Jorgen Randers und William Behrens. 1972. *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Meadows, Donella H., Dennis Meadows, Jorgen Randers und William Behrens. 1972b. *The limits to growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind*. New York: Universe Books.
- Mende, Silke. 2011. "Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*. München: Oldenbourg.
- Mende, Silke. 2014. Auf der Suche nach der verlorenen Orientierung. Carl Amery: Ein grüner Bewegungsinтеллектуeller zwischen konservativer Bewahrung und progressiver Veränderung. *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* 46 (2): 365–379.
- Merkel, Wolfgang. 1999. *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Mesarović, Mihajlo D. und Eduard Pestel. 1974. *Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Metzler, Gabriele. 2005. *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*. Paderborn: Schöningh.
- Meyer, Niels, Kristen Helveg Petersen und Villy Sorensen. 1979. *Aufbruch der Mitte. Modell einer künftigen Gesellschaftsordnung*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Meyer, Thomas. 2008. *Sozialismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Miegel, Meinhard. 2010. *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen.
- Miegel, Meinhard. 2014. *Hybris. Die überforderte Gesellschaft*. Berlin: Propyläen.

- Miegel, Meinhard. 2014b. Die unerwiderte Liebe der Menschen zum Kapitalismus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.08.2014. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/wirtschaftswachstum-die-unerwiderte-liebe-der-menschen-zum-kapitalismus-13102904.html> am 31.01.2022.
- Miegel, Meinhard. 2020. *Das System ist am Ende. Das Leben geht weiter. Verantwortung in Krisenzeiten*. München: Oekom.
- Mitchell, Ronald B., Liliana B. Andonova, Mark Axelrod, Jörg Balsiger, Thomas Bernauer, Jessica F. Green, James Hollway, Rakhyun E. Kim und Jean-Frédéric Morin. 2020. What we know (and could know) about international environmental agreements. *Global Environmental Politics* 20 (1): 103–121.
- Mittermüller, Hans G. 1987. *Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer ökologischen Philosophie*. Frankfurt am Main: Lang.
- Mohl, Alexa. 1979. Im Osten nichts Neues? Der Leninismus in Bahros Konzept der Kulturrevolution. *Prokla* 8 (2): 171–189.
- MrMarxismo. 29.05.2011. *Muss der Kapitalismus wachsen? Attac Kongress "Jenseits des Wachstums"*. YouTube: https://www.youtube.com/watch?v=172EjZAJ_ds&t=13s am 09.07.2021.
- Mrusek, Konrad. 2011. Der erste Aussteiger. Klaus Traube im Porträt. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2011. <https://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/klaus-traube-im-portraet-der-erste-aussteiger-1610402.html> am 20.05.2021.
- Muller, Jerry Z. 1997. Introduction. In: *Conservatism. An anthology of social and political thought from David Hume to the present*, hrsg. Jerry Z. Muller, 3–31. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Münkler, Herfried und Grit Straßenberger. 2016. *Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*. München: C.H. Beck.
- Muraca, Barbara. 2015. *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Muraca, Barbara. 2015b. Wider den Wachstumswahn: Degrowth als konkrete Utopie. *Blätter für deutsche und internationale Politik* (2): 101–111.
- Muraca, Barbara und Ulf Bohmann. 2016. Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie: Postwachstum und radikale Demokratie. In: *Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise*, hrsg. AK Postwachstum, 289–311. Frankfurt: Campus Verlag.
- Muraca, Barbara und Tanja v. Egan-Krieger. 2011. Gerechtigkeit und gutes Leben jenseits von Wachstum. In: *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben*, hrsg. Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger, Barbara Muraca, Alexis Passadakis, Matthias Schmelzer und Andrea Vetter, 43–56. Hamburg: VSA.
- Neumayer, Eric. 1998. Is economic growth the environment's best friend? *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 2: 161–176.
- Neumayer, Eric. 1999. *Weak versus Strong Sustainability: Exploring the Limits of Two Opposing Paradigms*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Niemitz, Carsten. 2019. *Die Menschheit retten? Packen wir's an!* München: Oekom.

- Nies, Martin. 2020. *Die ökologische Katastrophe - Natur als Politik. Positionen des ökologischen Krisendiskurses der 1970er/1980er Jahre und Bezüge zum Globalisierungsdenken*. https://www.academia.edu/41884648/Martin_Nies_Die_%C3%B6kologisches_Katastrophe_Natur_als_Politik_Positionen_des_%C3%B6kologistischen_Krisendiskurses_der_1970er_1980er_Jahre_und_Bez%C3%BCge_zum_Globalisierungsdenken am 09.08.2021.
- Nishida, Makoto. 2005. *Strömungen in den Grünen (1980-2003). Eine Analyse über informell-organisierte Gruppen innerhalb der Grünen*. Münster: Lit.
- Nolte, Paul. 2000. *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- Nussbaum, Heinrich von (Hrsg.). 1973. *Die Zukunft des Wachstums: Kritische Antworten zum 'Bericht des Club of Rome'*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Ohne Verfasser. 1973. SPD: "Wir haben feste draufgehauen". *Der Spiegel* (38/1973).
- Ohne Verfasser. 1973b. Wir hebeln uns in die Opposition zurück. *Der Spiegel* (13/1973).
- Oechsle, Mechthild. 1988. *Der ökologische Naturalismus: Zum Verhältnis von Natur und Gesellschaft im ökologischen Diskurs*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Ökolibertäre Grüne. 1984. *Einigkeit und Grün und Freiheit. Ökolibertäre Grüne Gründungserklärung*. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/113.2.Politisches.Zeitgeschehen.Oekolib.pdf> am 21.03.2022.
- Ökosozialistisches Netzwerk. 2017. *Ökosozialistische Erklärung des Ökosozialistischen Netzwerks*. http://oekosozialismus.net/wp-content/uploads/2017/12/oekosozierkl%C3%A4rung_14_06_2017.pdf am 21.03.2022.
- Ophuls, William. 1977. *Ecology and the Politics of Scarcity*. San Francisco: Freeman and Co.
- Oregon State University. O.J. Barara Muraca. <https://liberalarts.oregonstate.edu/users/barbara-muraca> am 06.01.2022.
- Ott, Konrad. 2011. Vier Pfade ins Postwachstumszeitalter. *Vorgänge* 195: 54–69.
- Ott, Konrad. 2011b. Neue 'grüne' Wachstumsgläubigkeit? <https://www.boell.de/de/publikationen/wirtschaft-ott-neue-gruene-wachstumsglaebigkeit-vision-green-growth-12072.html> am 13.08.2021.
- Ott, Konrad. 2014. *Umweltethik zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Ott, Konrad. 2014b. Deliberative Zwischenreiche und Umweltpolitik. *Jahrbuch für Recht und Ethik* 22: 289–312.
- Ott, Konrad. 2016. Sittlichkeit und Nachhaltigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft. Eine Forschungsagenda. In: *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, hrsg. Andreas Bihrer, Anja Franke-Schwenk und Tine Stein, 150–177. Bielefeld: transcript.
- Ottmann, Henning. 1996. In eigener Sache: Politisches Denken. Oder: Warum der Begriff »Politisches Denken« konkurrierenden Begriffen vorzuziehen ist. In: *Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96*, hrsg. Karl G. Ballestrem, Volker Gerhart, Henning Ottmann und Martin Thompson, 1–8. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler.
- Ottmann, Henning. 2001. *Geschichte des Politischen Denkens. Die Griechen. Von Homer bis Sokrates*. Stuttgart: J.B. Metzler.

- Ottmann, Henning. 2008. *Geschichte des politischen Denkens. Band 3: Neuzeit. Teilband 3: die politischen Strömungen im 19. Jahrhundert*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler.
- Ottmann, Henning. 2012. *Geschichte des politischen Denkens. Von den Anfängen bei den Griechen bis auf unsere Zeit: Band 4: das 20. Jahrhundert: Teilband 2: von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung*. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler.
- Paech, Niko. 2005. *Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie*. Marburg: Metropolis.
- Paech, Niko. 2014. *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom.
- Paech, Niko und Erhard Eppler. 2016. *Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution. Ein Streitgespräch über Wachstum, Politik und Ethik des Genug*. Moderiert von Christiane Grefe. München: Oekom.
- Paech, Niko und Manfred Folkers. 2020. *All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht*. München: Oekom.
- Paech, Nico. O.J. *Zur Person/Werdegang*. <http://www.postwachstumsoekonomie.de/impressum/> am 10.01.2022.
- Pennekamp, Johannes. 2011. *Wohlstand oder Wachstum. Ein Literaturüberblick*. MPIfG Working Paper 11/1. Köln.
- Petschow, Ulrich, Steffen Lange, David Hofmann, Eugen Pissarskoi, Nils aus dem Moore, Korfhage, Thorben und Annekathrin Schoofs. 2018. *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition*. Zwischenbericht des Projektes „Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“. Umweltbundesamt Texte 89/2018.
- Pettit, Philip. 2003. *Republicanism. A theory of freedom and government*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Peukert, Helge. 2019. Warum ich beim Netzwerk Ökosozialismus mitmache. *Tarantel* (2): 22-23.
- Peukert, Helge. 2021. *Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand: IPCC-Berichte, Pariser Abkommen, europäischer Emissionshandel und Green Deal, internationale freiwillige Klimakompensationsprojekte und die deutsche Klimapolitik*. Marburg: Metropolis.
- Plarre, Plutonia. 2011. Gut für die Demokratie. Urgrüne über die Piraten. *taz*, 24.09.2011. <https://taz.de/Urgruene-ueber-die-Piraten/!5111237/> am 06.01.2022.
- Probst, Lothar. 2009. Was ist heute noch Grün? Die politisch-weltanschauliche Entwicklung der Grünen im Zeichen neuer Entwicklungen des Parteiensystems der Bundesrepublik. In: *Was ist konservativ, links, liberal, grün?*, hrsg. Ulrich Sarcinelli und Volker Hörner, 94–102.
- Prokop, Siegfried. 1997. *Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs*. Berlin: Dietz.
- Radkau, Joachim. 2011. *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*. München: Beck.
- Raschke, Joachim. 1993. *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verlag.

- Raschke, Joachim. 2001. *Die Zukunft der Grünen. "So kann man nicht regieren"*. Frankfurt: Campus.
- Ratsfraktion Osnabrück. O.J. Dr. Michael Kopatz. <https://fraktion-gruene-os.de/ratsfraktion/dr-michael-kopatz/> am 06.01.2022.
- Reents, Jürgen. 2008. Grüne Ex-Maoisten. Das Feindbild DDR blieb ihnen erhalten. *neues deutschland*, 22.02.2008. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/124423.gruene-ex-maoisten.html> am 19.02.2022.
- Reese-Schäfer, Walter. 2007. *Klassiker der politischen Ideengeschichte. Von Platon bis Marx*. München, Wien: Oldenbourg.
- Reese-Schäfer, Walter. 2012. *Politische Theorie der Gegenwart in achtzehn Modellen*. München: Oldenbourg.
- Reh, Werner. 2006. Dokumentenanalyse als Kommunikationsanalyse: Ein Vorschlag für die Rolle und Anwendungsmöglichkeiten interpretativer Verfahren in der Politikwissenschaft. In: *Einführung in die Politische Theorie und Methodenlehre*, hrsg. Sven-Uwe Schmitz, 111–129. Opladen: Budrich.
- Reimer, Nick. 2016. Vom Atommanager zum AKW-Kritiker. Nachruf auf Atomphysiker. *taz*, 09.09.2016. <https://taz.de/Nachruf-auf-Atomphysiker/15334483/> am 20.05.2021.
- Reinalter, Helmut. 2018. Rationalismus und Aufklärung. In: *Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge - Methoden - Strömungen*, hrsg. Samuel Salzborn, 131–140. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Richter, William L. (Hrsg.). 2009. *Approaches to Political Thought*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Richter, William L. 2009b. Contested Heritage. In: *Approaches to Political Thought*, hrsg. William L. Richter, 1–12. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Rohe, Karl. 1994. *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten: eine Einführung in das politische Denken*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rosa, Hartmut. 2016. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung. 03.06.2009. *Green New Deal - Lösung der ökologischen Krise oder nur ein grüner Kapitalismus?* YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=QtRWM-UnnaQ&t=104s> am 06.01.2022.
- Ryle, Martin. 1988. *Ecology and socialism*. London: Radius.
- Sachs, Wolfgang. 2007. E. F. Schumacher – ein Blatt, ein Bild, ein Wort. In: *Ein Blatt, ein Bild, ein Wort: Vor-Denker der Ökologiebewegung*, hrsg. Udo E. Simonis, 38–40. Berlin.
- Sachs, Wolfgang. 2015. Suffizienz. Umriss einer Ökonomie des Genug. *UmweltWirtschaftsForum* 23 (1-2): 3–9.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU). 2019. *Demokratisch regieren in ökologischen Grenzen - Zur Legitimation von Umweltpolitik*. Sondergutachten Juni 2019.
- Salzborn, Samuel. 2017. *Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext*. Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (Hrsg.). 2018. *Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge - Methoden - Strömungen*. Stuttgart: J.B. Metzler.

- Saretzki, Thomas. 1989. Politische Ökologie - 'Leitwissenschaft der Postmoderne' oder Bestandteil der Regierungslehre? In: *Regierungssystem und Regierungslehre*, hrsg. Stefan von Brandemer und Götztrik Wewer, 97–123. Opladen: Leske und Budrich.
- Sassmannshausen, Felix. 2018. Sozialismus und Kommunismus. In: *Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge - Methoden - Strömungen*, hrsg. Samuel Salzborn, 183–195. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Schaal, Gary S. und Felix Heidenreich. 2017. *Einführung in die politischen Theorien der Moderne*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schachtschneider, Ulrich. 2000. *Bilder der Zukunftsfähigkeit. Normative Nachhaltigkeitsvorstellungen im Vergleich*. Oldenburg: BIS.
- Schäfer, Lothar. 1999. *Das Bacon-Projekt. Von der Erkenntnis, Nutzung und Schonung der Natur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Scheller, Wolf. 2007. Hans Jonas - ein Blatt, ein Bild, ein Wort. In: *Ein Blatt, ein Bild, ein Wort: Vor-Denker der Ökologiebewegung*, hrsg. Udo E. Simonis, 23–25. Berlin.
- Scherer, Klaus-Jürgen. 2019. *Johano Strasser: Grenzgänger zwischen Politik und Kultur*. <https://www.vorwaerts.de/artikel/johano-strasser-grenzgaenger-zwischen-politik-kultur> am 20.05.2021.
- Schmelzer, Matthias. 2014. Gutes Leben statt Wachstum. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz - eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: *Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr*. Auszugsweise Vorveröffentlichung der Vollversion von 2015, hrsg. Le Monde diplomatique, 16–21.
- Schmelzer, Matthias, Dennis Eversberg und Gabriele Schmidt. 2018. Entwachstum – Utopie, Konturen und Spannungen des Degrowth-Spektrums. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31 (4): 3–8.
- Schmelzer, Matthias und Alexis Passadakis. 2011. *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*. Hamburg: VSA.
- Schmelzer, Matthias und Andrea Vetter. 2019. *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Schmelzer, Matthias und Andrea Vetter. 2020. "All you talk about are fairy tales of eternal economic growth". Degrowth als konkrete Utopie für eine klimagerechte Zukunft. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 131–148. München: Oekom.
- Schmidt, Manfred G. 2010. *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmitz, Sven-Uwe. 2009. *Konservativismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneidewind, Uwe. 2019. *Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Schneidewind, Uwe und Angelika Zahrnt. 2013. *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. München: Oekom.
- Schölzel, Arnold. 1998. Von der Kritik zur Esoterik. Rudolf Bahro. *Utopie kreativ* (88): 70–76.

- Schubert, Thomas. 2003. Der lange Schatten des Stalinismus. Eine Problemeinführung mit Rudolf Bahro. In: *Der Tod des Diktators. Hoffnungen und Enttäuschungen*, hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 91–99. Berlin.
- Schüller, Alfred. 2005. Kapitalismus. In: *Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und politischen Ökonomik*, hrsg. Alfred Schüller und Hans-Günter Krüsselberg, 85–88. Marburg: MGOW.
- Schüller, Alfred. 2005b. ORDO-Liberalismus - eine Synthese. In: *Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und politischen Ökonomik*, hrsg. Alfred Schüller und Hans-Günter Krüsselberg, 51–56. Marburg: MGOW.
- Schüller, Alfred. 2005c. Sozialismus. In: *Grundbegriffe zur Ordnungstheorie und politischen Ökonomik*, hrsg. Alfred Schüller und Hans-Günter Krüsselberg, 92–94. Marburg: MGOW.
- Seidl, Irmi und Angelika Zahrnt. 2012. Postwachstumsgesellschaft: Verortung innerhalb aktueller wachstumskritischer Diskussionen. *ethik und gesellschaft* (1): 1–22.
- Skidelsky, Robert J. A. und Edward Skidelsky. 2013. *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*. München: Kunstmann.
- Sloterdijk, Peter. 2011. Wie groß ist 'groß'? Wirklich nur eine Erde? *Böll.Thema* (2): 12–16.
- Smith, Gordon. 1990. *The major works of Rudolf Bahro*. Dissertation Loughborough University.
- Smith, Mark J. 1998. *Ecologism. Towards ecological citizenship*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.
- Smits, Katherine. 2016. *Applying political theory. Issues and debates*. London, New York: Palgrave Macmillan Education.
- Soetebeer, Ina. 2015. Well-being and Prosperity beyond Growth: Discursive Struggles in the German Enquete Commission on Growth, Prosperity and Quality of Life. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 24 (3): 179–187.
- Sommer, Bernd und Harald Welzer. 2014. *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. München: Oekom.
- Sozialistisches Zentrum Tübingen. 1979. Krise des Fortschritts. *links* (116): 24–27.
- Spretnak, Charlene. 1985. *Die Grünen. Nicht links, nicht rechts, sondern vorne*. München: Goldmann.
- Spretnak, Charlene. 1986. *The Spiritual Dimension of Green Politics*. Santa Fe: Bear an Co.
- Stadt Wuppertal. O.J. *Oberbürgermeister Uwe Schneidewind*. <https://www.wuppertal.de/microsite/Oberbuergemeister/zuperson/zur-person.php> am 06.01.2022.
- Stahl, Wolfram. 26.06.2018. *Herbert Gruhl* [Radiosendung]. WDR 5 ZeitZeichen. <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/zeitzeichen/herbert-gruhl-100.html> am 27.07.2020.
- Statistisches Bundesamt. 2022. *Anzahl der Naturschutzgebiete in Deutschland in den Jahren 1968 bis 2017*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/953795/umfrage/anzahl-der-deutschen-naturschutzgebiete/> am 27.06.2022.

- Stavrakakis, Yannis. 1997. Green ideology: A discursive reading. *Journal of Political Ideologies* 2 (3): 259–279.
- Stein, Tine. O.J. *Ökologisches politisches Denken - eine eigenständige politische Idee?* Unveröffentlichtes Manuskript.
- Stein, Tine. 1998. *Demokratie und Verfassung an den Grenzen des Wachstums. Zur ökologischen Kritik und Reform des demokratischen Verfassungsstaates*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stein, Tine. 2014. Zum Problem der Zukunftsfähigkeit der Demokratie. In: *Kann Demokratie Nachhaltigkeitsfähig?*, hrsg. Bernward Gesang, 47–63. Wiesbaden: Springer.
- Stein, Tine. 2015. Neue politische Engagementformen: Bürgerinnen und Bürger als civil entrepreneurs für die Transformation. In: *Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen*, hrsg. Markus Tauschek und Maria Grewe, 103–122. Frankfurt am Main: Campus.
- Stein, Tine. 2016. Endliche Welt und offene Zukunft. Die Verarbeitung von Endlichkeit im ökologischen politischen Denken der siebziger und achtziger Jahre. In: *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, hrsg. Andreas Bihrer, Anja Franke-Schwenk und Tine Stein, 199–219. Bielefeld: transcript.
- Stein, Tine. 2019. Bewahren oder Erneuern, Gemeinschaft oder Menschheit, Endlichkeit oder Offenheit – wie geht konservativ heute? In: *konservativ?! Miniaturen aus Kultur, Politik und Wissenschaft*, hrsg. Michael Kühnlein, 359–362. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sternberger, Dolf. 1978. *Drei Wurzeln der Politik*. Band 1. Frankfurt am Main: Insel Verlag.
- Steurer, Reinhard. 2002. *Der Wachstumsdiskurs in Wissenschaft und Politik. Von der Wachstumseuphorie über "Grenzen des Wachstums" zur Nachhaltigkeit*. Berlin: VWF, Verlag für Wissenschaft und Forschung.
- Steurer, Reinhard. 2010. Die Wachstumskontroverse als Endlosschleife: Themen und Paradigmen im Überblick. *Wirtschaftspolitische Blätter* 4: 423–435.
- Strasser, Johano. O.J. *Biografische Notiz*. <http://www.johanostrasser.de/bio.html> am 20.05.2021.
- Strasser, Johano. 1977. *Die Zukunft der Demokratie. Grenzen des Wachstums - Grenzen der Freiheit?* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.
- Strasser, Johano. 2007. *Als wir noch Götter waren im Mai. Erinnerungen*. München: Pendo.
- Strasser, Johano und Klaus Traube. 1981. *Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus*. Berlin: Dietz.
- Stützle, Ingo. 2009. Staatstheorien oder "BeckenrandschwimmerInnen der Welt vereinigt euch!". In: *Staatsfragen - Einführungen in die materialistische Staatskritik*, hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10–17.
- Talshir, Gayil. 2002. *The Political Ideology of Green Parties. From the Politics of Nature to Redefining the Nature of Politics*. London: Palgrave Macmillan.
- Taz. 24.05.2018. *Niko Paech und Harald Welzer im Gespräch bei Peter Unfried*. YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=smUKPaS5RW4> am 08.03.2021.

- Taz. 24.04.2021. *Wachstum oder kein Wachstum? Über anderes Wirtschaften für 9 Milliarden Menschen*. Ralf Fücks, Maja Göpel, moderiert von Peter Unfried. In: taz lab 2021: A Change is gonna come, 07:07:44h bis 08:26:00h. https://www.youtube.com/watch?v=V8A_5OCsouU&t=25663s am 02.07.2021.
- Theis, Robert. 2019. *Hans Jonas. Etappen seines Denkwegs*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Traube, Klaus. 2013. *Klaus Traube erzählt aus seinem Leben. "Die Vergangenheit ist etwas, was ich erinnere, aber sie hat nichts Bedrängendes mehr"*. Wiesbaden: Paul-Lazarus-Stiftung.
- Tschirschwitz, Lars. 2017. *Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Dietz.
- Uekötter, Frank. 2003. *Von der Rauchplage zur ökologischen Revolution. Eine Geschichte der Luftverschmutzung in Deutschland und den USA 1880-1970*. Essen: Klartext.
- Uekötter, Frank. 2006. *The green and the brown. A history of conservation in Nazi Germany*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Uekötter, Frank. 2011. *Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert*. Frankfurt: Campus.
- Ulrich, Bernd. 2019. *Alles wird anders. Das Zeitalter der Ökologie*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- United Nations Environment Programme (UNEP). 2021. *Frieden schließen mit der Natur. Ein wissenschaftlich fundiertes Konzept zur Bewältigung der Krisen in den Bereichen Klima, biologische Vielfalt und Umweltverschmutzung. Kernbotschaften und Zusammenfassung*. <https://www.un-ilibrary.org/content/books/9789280738377> am 23.06.2022.
- Universität Siegen. O.J. *Helge Peukert*. <https://www.wiwi.uni-siegen.de/dekanat/kontakt/peukert/> am 08.01.2022.
- Universität Wien. O.J. *Kurzbiographie Ulrich Brand*. <https://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/mitarbeiterinnen/brand/> am 05.01.2022.
- van den Bergh, Jeroen und Ruud d. Mooij. 1999. An Assessment of the Growth Debate. In: *Handbook of Environmental and Resource Economics*, hrsg. Jeroen van den Bergh, 643–655. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- van Hüllen, Rudolf. 1990. *Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchung zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen Bewegungspartei*. Bonn: Bouvier.
- Vincent, Andrew. 1993. *Modern political ideologies*. Oxford: Blackwell.
- Warren, Mark. 1992. Democratic Theory and Self-Transformation. *American Political Science Review* 86 (1): 8–23.
- Warren, Mark. 1993. Can Participatory Democracy Produce Better Selves? Psychological Dimensions of Habermas' Discursive Model of Democracy. *Political Philosophy* 14: 209–234.
- Way, Maclain und Chapman Way. 2018. *Wild Wild Country* [TV-Serie]. Duplass Brothers Productions.

- Weber, Ines. 2015. *Sozialismus in der DDR. Alternative Gesellschaftskonzepte von Robert Havemann und Rudolf Bahro*. Berlin: Links, Ch.
- Weber, Max. 1988. Die drei reinen Typen legitimer Herrschaft. In: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. Max Weber, 475–488. Tübingen.
- Weizsäcker, Carl F. v. 1978. Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen? *Merkur* 32 (363): 745–769.
- Weizsäcker, Ernst U. v. O.J. *Lebenslauf*. <http://ernst.weizsaecker.de/lebenslauf/> am 06.01.2022.
- Weizsäcker, Ernst U. v. 1989. *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Weizsäcker, Ernst U. v. (Hrsg.). 2014. *Ernst Ulrich von Weizsäcker. A pioneer on environmental, climate and energy policies*. Cham: Springer.
- Weizsäcker, Ernst U. v. 2020. Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit. Naturkapitalismus und die neue Aufklärung. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 81–96. München: Oekom.
- Weizsäcker, Ernst U. v., Karlson Hargroves, Michael H. Smith, Cheryl Desha und Peter Stasinopoulos. 2010. *Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum*. München: Droemer.
- Weizsäcker, Ernst U. v. und Anders Wijkman. 2018. *Wir sind dran. Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.
- Welzer, Harald. 2011. *Mentale Infrastrukturen: Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. Schriften zur Ökologie 14. Berlin. <https://www.boell.de/de/content/mentale-infrastrukturen>.
- Wendt, Björn und Benjamin Görgen. 2020. Sozial-ökologische Utopien. Eine Annäherung an die utopische Signatur unserer Zeit. In: *Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus?*, hrsg. Benjamin Görgen und Björn Wendt, 15–28. München: Oekom.
- Werkstatt Zukunft. 25.07.2018. *Das Gespräch: Ernst Ulrich von Weizsäcker und Niko Paech über Nachhaltigkeit*. YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=GgiFkp41268> am 23.01.2020.
- Wessolleck, Winfried. 1985. *Die Ökologiebewegung. Aspekte ihrer sozialen Konstituierung, Politik und Philosophie*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- White, Lynn. 1967. The Historical Roots of our Ecological Crisis. *Science* 155 (3767): 1203–1207.
- Wicke, Lutz. 1982. *Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung*. München: Vahlen.
- Wiese, Christian. 2003. *Hans Jonas - "Zusammen Philosoph und Jude"*. Frankfurt am Main: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag.
- Wilmsen, Felix. 2015. *Je mehr, desto weniger? Das Verhältnis von Wachstumskritik und alternativen Wirtschaftskonzepten des Postwachstums zum kapitalistischen System*. Masterarbeit Bremen.

- WirtschaftsWoche. 06.06.2021. *WiWo ThemenWoche 2013: Streitgespräch über Nachhaltigkeit*. YouTube: <https://www.youtube.com/watch?v=GW3eEFZqLyw> am 08.07.2021.
- Wissenburg, Marcel. 2006. Liberalism. In: *Political theory and the ecological challenge*, hrsg. Andrew Dobson und Robyn Eckersley, 20–34. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). 2011. *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Hauptgutachten 2011. Berlin.
- Wolfrum, Edgar. 2006. *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wuppertal Institut. O.J. *Dr. Michael Kopatz*. <https://wupperinst.org/c/wi/c/s/cd/60/> am 06.01.2021.
- Wüst, Jürgen. 1993. *Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)*. Frankfurt: IKO.
- WWF. 2020. *Living Planet Report 2020. Bending the curve of biodiversity loss*. <https://www.footprintnetwork.org/content/uploads/2020/09/LPR2020-Full-report-lo-res.pdf> am 28.03.2022.
- Zapf, Holger. 2011. *Methoden der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*. Leverkusen: Barbara Budrich.
- Zentrum Liberale Moderne. O.J. *Ralf Fücks*. <https://libmod.de/ueber-uns/ralf-fuecks/> am 06.01.2022.
- Zwengel, Ralf (Hrsg.). 2009. *Ohne Proletariat ins Paradies? Zur Aktualität des Denkens von André Gorz*. Essen: Klartext-Verlag.

Anhang

I. Handlungsfelder staatlicher Nachhaltigkeitspolitiken

Im Zuge der vorliegenden Untersuchung wurde eine enorme Bandbreite von Vorschlägen für staatliche Nachhaltigkeitspolitiken ausgewertet. Im Folgenden wird ein Versuch vorgestellt, diese zu kategorisieren. Ein gängiger Ansatz in der Literatur ist die Differenzierung in die drei Handlungsfelder Effizienz, Konsistenz und Suffizienz (vgl. z.B. Sachs 2015; Leuser/Brischke 2017; Böcker et al. 2021, 10ff). Diese Differenzierung soll an dieser Stelle konkretisiert und erweitert werden. Demnach lassen sich folgende Handlungsfelder unterscheiden, wobei sich einige Maßnahmen und Vorschläge mehreren Kategorien zurechnen lassen:

1. *Effizienz- und Konsistenzpolitiken* zielen auf umweltverträglichere Produktionsprozesse durch technische und soziale Innovationen, die zum Umstieg auf eine nachhaltigere Ressourcenbasis der Produktion oder zur Steigerung der Ressourceneffizienz führen. Beispielhafte Maßnahmen sind die ökologische Steuerreform, dynamische Effizienzstandards, Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft oder die Förderung sozial-ökologischer Innovationen wie z.B. Tauschwirtschaft oder „Prosumentengemeinschaften“.
2. *Postwachstumspolitik* zielen auf die Ermöglichung und Umsetzung des Ausstiegs aus der Wachstumsdynamik. Diesbezüglich ist die bereits eingeführte Unterscheidung zwischen Wachstumstreibern und Wachstumsabhängigkeiten wichtig. In Anbetracht dessen können folgende Handlungsfelder unterschieden werden:
 - a. *Politik zur Einhegung struktureller Wachstumstreiber*: Dies reicht von der Überwindung punktueller Wachstumstreiber wie dem gegenwärtigen Geldschöpfungssystem, den unregulierten Finanzmärkten oder wachstumsfokussierter Unternehmensformen bis zur grundlegenden Infragestellung des Kapitalismus und der Beschreibung wirtschaftlicher Fundamentalalternativen.
 - b. *Politik zur Einhegung kultureller Wachstumstreiber*: Dieses Handlungsfeld zielt auf die Veränderung der Kultur im Sinne von Präferenzstrukturen, Wohlstands- und Freiheitsverständnissen, Normalitätsvorstellungen und darauf aufbauenden Lebensstilen. Dafür werden, in verschiedener Eingriffstiefe, z.B. staatliche Aufklärungskampagnen, eine veränderte Bildungspolitik, Einschränkung von Werbung, Veränderung von (z.B. preislichen oder infrastrukturellen) Anreizstrukturen

- oder gezielte Umerziehungsmaßnahmen vorgeschlagen. Aber auch Politiken zur Einhegung struktureller Wachstumstreiber, die als Ursache für die Wachstumskultur angeführt werden, sind hier zu subsumieren.
- c. *Politik zur Einhegung sozio-ökonomischer Wachstumstreiber*: Dies umfasst Maßnahmen zur gezielten Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung sowie zur Einhegung sozialer Ungleichheit als Quelle des mimetischen materiellen Begehrens.
 - d. *Politik zum Abbau von Wachstumsabhängigkeiten*: Dies rekuriert auf die wachstumsunabhängige Ausgestaltung gesellschaftlicher Bereiche, die bisher durch ihre Wachstumsabhängigkeit einen starken Wachstumsdruck auf politische Entscheidungsträger und die Gesellschaft ausüben (v.a. Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Zinslast aus Staatsverschuldung).
 - e. *Direkte Begrenzungs politik*: In diesem Handlungsfeld werden bestimmte, für besonders umweltschädlich gehaltene Branchen und Produktionszweige, z.B. durch Moratorien oder Investitionsverbote, direkt begrenzt.
3. *Voraussetzungspolitiken*: Dieses Handlungsfeld umfasst Politiken, welche die staatliche und gesellschaftliche Fähigkeit für ambitionierte öko-politische Veränderungen erhöhen sollen:
- a. *Politiken zur Steigerung der ökologischen Leistungsfähigkeit des Staates*: In diesem Handlungsfeld geht es um die Veränderung des politischen Systems mit dem Ziel, einen erwünschten (ökologischen) Policy-Output zu ermöglichen. Dies umfasst klassische Staatsstrukturpolitik (z.B. radikale Demokratisierung, ökologischer Rat, zustimmungsunabhängige Führung) wie auch verfassungsrechtliche Veränderungen zur stärkeren Selbstbindung des Staates.
 - b. *Soziale Gerechtigkeitspolitiken*: Dieses Handlungsfeld dient der sozialpolitischen Begleitung von Nachhaltigkeitspolitiken. Beispielsweise wird eine größere soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung für die Akzeptanz von Postwachstumspolitiken angemahnt. Aber auch markt-basierte umweltpolitische Instrumente wie z.B. Öko-Steuern oder Emissionshandelssysteme sollen sozialpolitisch abgefedert werden.

Die Gewichtung der Handlungsfelder einerseits sowie andererseits die jeweils intendierten Veränderungsrichtungen innerhalb der einzelnen Handlungsfelder unterscheiden sich stark zwischen den konkurrierenden Strömungen des ökologischen politischen Denkens.

II. Überblickstabelle: Die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken

Tab. 5: Die Grundfragen des ökologischen politischen Denkens mit beispielhaften Positionen

Grundfrage	Spezifische Kontroverse	Ausgewählte Positionen
Wachstumsfrage	Kann-Frage: Absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch? Soll-Frage: Zusammenhang Wirtschaftswachstum – Lebensqualität? Funktionelle Gründe für Wachstum?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grünes Wachstum ➤ Wachstumsunabhängigkeit ➤ Degrowth ➤ Soziale Wachstumskritik ➤ Funktionelle Wachstumsbefürwortung (z.B. Denker des grünen Wachstums) ➤ liberale Wachstumsbefürwortung (Fücks)
Ursachen der ökologischen Krise	Erforderlicher Tiefgang der Ursachensuche? Materialistische vs. idealistische Krisenbegründung Ökologische Krise als Kulturkrise bzw. Problematisierung von Subjektivitäten? Systemimmanenter Wachstumszwang des Kapitalismus?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Falsche Rahmung der Märkte (Denker des grünen Kapitalismus) ➤ Kapitalismus (Öko-Sozialisten) ➤ Weltanschauung der Moderne (Gruhl) ➤ <i>conditio humana</i> (später Bahro) ➤ Krise als Folge des Kapitalismus (Öko-Sozialisten) ➤ Krise als Folge des ideellen Erbes des Christentums (Amery) ➤ Ja-Wachstumskritiker ➤ Nein: Wachstumsoptimisten + Öko-liberale Position (Fücks) ➤ Ja-antikapitalistische Wachstumskritik (Öko-Sozialisten) ➤ Nein: Eppler
Kulturwandel/Veränderter Mensch als Voraussetzung?	(Repräsentativ-nationalstaatl.) Demokratie als Krisenursache? Ist Kulturwandel erforderlich? Ist die Forderung nach Kulturwandel legitim? Ist der erforderliche Kulturwandel möglich? (nur 1. Zeitphase) Wie tiefgreifend muss der Kulturwandel sein?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ja- autoritäre Wachstumskritiker, radikale Demokratisierungdenker ➤ Ja- Wachstumskritiker ➤ Ja- Wachstumsoptimisten ➤ Ja: Wachstumskritiker ➤ Nein: Wachstumsoptimisten ➤ Ja: Wachstumskritiker ➤ Nein: Öko-liberale Position ➤ Ja- demokratische Wachstumskritiker ➤ Nein: autoritäre Wachstumskritiker ➤ Ja- Wachstumskritiker ➤ Nein: Wachstumsoptimisten ➤ Ja: Wachstumskritiker ➤ Immaterialeres Wohlstandsverständnis (z.B. Dörre) ➤ Emanzipation von der kapital. Subjektivität (z.B. Felber, Fromm) ➤ Überwindung des christlich-ideellen Erbes (Amery) ➤ Anthropologische Revolution (später Bahro)
	Eingriffstiefe staatlichen Handelns im Prozess des Kulturwandels Religion als Ressource für Kulturwandel (nur Phase 1) Anthropozentrismus vs. Ökozentrismus (w.o. Phase 1)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Veränderung von Rahmenbedingungen (Suffizienzpolitik z.B. bei Locke, Kopatz) ➤ Gezielte Bildungs- und Kampagnenpolitik (z.B. Felber, Fromm) ➤ Staatliche Umerziehung (Harch, später Bahro) ➤ Ja- Gruhl, Jonas, Amery, später Bahro ➤ Nein: Strasser ➤ Ökozentrismus: Amery, Gruhl, später Bahro ➤ Anthropozentrismus: Strasser

II. Überblickstabelle: Die wichtigsten Kontroversen im ökologischen politischen Denken

Zukunftsfähiges Wirtschaftssystem	Zukunftsfähigkeit des Kapitalismus	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grüner Kapitalismus ➤ Eingehogener Kapitalismus ➤ Antikapitalismus
	Staatliche Eingriffstiefe gegenüber dem Markt	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Veränderte Markt-Rahmenbedingungen (Denker des ökol. Kapitalismus) ➤ Staatliche Rahmenplanung (z.B. Strasser, Altwater, Dörre) ➤ Staatliche Detailplanung (z.B. Harich, Gruhl, Kern)
	Eigentumsverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Privateigentum (z.B. Denker des ökologischen Kapitalismus) ➤ Staatseigentum (z.B. Harich, Kern) ➤ Vergesellschaftung (z.B. Exponenten des demokratisierten Öko-Sozialismus)
	Zukunft der Marktwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> ➤ dezentrale Vergemeinschaftung (z.B. Amery, Muraca) ➤ Konkurrenz als innovationstreiber (z.B. Denker des ökol. Kapitalismus) ➤ Konkurrenz als Wurzel des Wachstumszwangs (antikapital. Wachstumskritik)
	Staatliche Eingriffstiefe auf der Nachfrageseite (direkte Konsumkontrolle, Bevölkerungspolitik, Einwirkung auf Präferenzstrukturen)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Grüner Kapitalismus ➤ Suffizienzpolitiken (z.B. Loske, Kopatz) ➤ Demokratische Planwirtschaft (z.B. Strasser, Dörre) ➤ Autoritäre Planwirtschaft (z.B. Harich, Gruhl, später Bahro)
	Demokratie vs. autoritäres System (nur 1. Zeitphase)	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Öko-Diktatur ➤ Ökologische Demokratie
	Zukunftsfähige Form der Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Inkrementelle Veränderung (z.B. Denker des grünen Wachstums) ➤ radikale Demokratisierung (demokratische Systemwechselpositionen) ➤ Institutionalisierung von Zukunftsinteressen z.B. durch Zukunftsrat (Loske) ➤ Erweiterung um expertokratische Elemente (z.B. Peukert, Fromm)
	Steuerungsebene	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Dezentralisierung (z.B. Strasser, Amery, Muraca) ➤ Zentralisierung (z.B. Öko-autoritäre Positionen, Kern, Peukert)
	Tugendhafte Bürgerschaft als Voraussetzung?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ja: Wachstumskritiker ➤ Nein: Wachstumsoptimisten + Öko-liberale Position
	Demokratisierung und Dezentralisierung als Voraussetzungen für tugendhafte Bürgerschaft?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ja: Dezentralisierungsdenkler (z.B. Amery, Fromm, Strasser, Brand) ➤ Nein: Eppler, Felber
Prozess des Wandels	Maßgebliche Impulsgeber und Transformationsakteure	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Bottom-up, v.a. Zivilgesellschaft (z.B. demokratische Systemwecheldenkler) ➤ Top-down, v.a. staatliche Eliten (z.B. Gruhl)
	Staat als Transformationsinstrument?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Staatsfokus (z.B. Öko-Autoritäre, zentralisierter Öko-Sozialismus) ➤ Transformation mittels und jenseits des Staates (z.B. Loske, Fromm) ➤ Transformation am Staat vorbei (Amery, Muraca)
	Wie wird der Staat zum Transformationsinstrument?	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Außerparlamentarische Opposition (z.B. Felber) ➤ Marsch durch die Institutionen (z.B. reformorientierte Wachstumskritiker) ➤ Revolution (Harich, später Bahro)

III. Abkürzungsverzeichnis

Abbildung	Abb.
Bruttoinlandsprodukt	BIP
Bündnis90/Die Grünen	Die GRÜNEN
Entsprechend	Entspr.
Food and Agriculture Organization of the United Nations	FAO
Hervorhebung im Original	Herv. i.O.
International Energy Agency	IEA
Im engeren Sinne	I.e.S.
Intergovernmental Panel on Climate Change	IPCC
Organization for Economic Co-operation and Development	OECD
Siehe oben	S.o.
Sachverständigenrat für Umweltfragen	SRU
Siehe unten	S.u.
Tabelle	Tab.
Umweltbundesamt	UBA
United Nations Environment Programme	UNEP
Vergleiche	Vgl.
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen	WBGU
World Trade Organization	WTO
Zum gesamten Absatz	Zum ges. Absatz
Zusammen mit	Zus. mit

Zusatzkapitel

I. Forschungsstand

Wie ist die bisherige Erkenntnislage zu den in der Einführung zum Buch aufgeworfenen Fragestellungen? Insgesamt ist zu konstatieren, dass das ökologische politische Denken im deutschsprachigen Raum unzureichend erforscht ist. Als beispielhafter Ausdruck dessen wurde bereits auf die verbreitete Nicht-Beachtung dieser Strömung in Überblickswerken zum politischen Denken hingewiesen. Dennoch lassen sich einige Literaturstränge identifizieren, die für die oben aufgeworfenen Forschungsfragen relevant sind. Zu unterscheiden ist zwischen Arbeiten, die im hier zugrunde gelegten Sinne auf den Untersuchungsgegenstand des ökologischen politischen Denkens gerichtet sind, sowie solchen, die auf einen anderen Untersuchungsgegenstand fokussieren und dennoch mit relevanten Erkenntnissen aufwarten.

Bezüglich Ersteren ist wiederum zwischen drei Kategorien von Arbeiten zu differenzieren. Erstens gibt es Arbeiten, die eine umfassende Perspektive auf das ökologische politische Denken einnehmen wollen, indem sie, wie die vorliegende Arbeit, eine Auswahl ökologisch-politischer Denker untersuchen und daraus Schlussfolgerungen für die Denklandschaft als solche zu ziehen suchen. Zweitens sind Beiträge anzuführen, die das ökologische politische Denken in Hinblick auf bestimmte Teilaspekte untersuchen. Die Arbeiten der dritten Kategorie fokussieren auf einzelne ökologisch-politische Denker.

Zumindest potenziell am einschlägigsten für das vorliegende Untersuchungsinteresse sind Arbeiten der ersten Kategorie, die eine ähnlich breite Perspektive auf das ökologische politische Denken richten. Dabei weisen drei dieser Arbeiten einen Fokus auf den deutschsprachigen Diskurs auf. Eine sehr ähnliche Herangehensweise wie die vorliegende Untersuchung wählte bereits 1983 Marten in seiner Arbeit *Ökologische Krise und demokratische Politik*. Er verfolgt das Ziel, das breite Spektrum der frühen öko-politischen Debatte in den 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre aufzuarbeiten. Dazu wählt er fünf Grundpositionen aus, für die er jeweils die aus seiner Sicht einschlägigsten Denker identifiziert und untersucht. Dabei überschneidet sich Martens Autorenauswahl deutlich mit der der vorliegenden Arbeit für diese frühe Zeitphase. Jenseits dessen ist Martens Arbeit aber nicht sehr erkenntnisreich. Am gewinnbringendsten sind noch die Darstellungen der fünf Positionen, auch wenn diese recht unsystematisch und

wenig analytisch sind. Marten zieht daraus aber kaum Schlussfolgerungen für die Denklandschaft als solche, sondern verbleibt weitestgehend auf der Ebene der deskriptiven Rekonstruktion der Positionen. Die einzige über die einzelnen Positionen hinausgehende Schlussfolgerung ist die von ihm vorgenommene Differenzierung des frühen ökologisch-politischen Denkens in Grundpositionen (1983, 16):

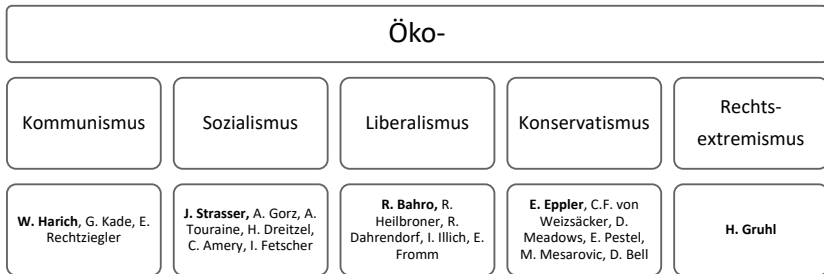


Abb. IV: Strukturierung des frühen ökologischen politischen Denkens nach Marten⁵¹¹

Unklar bleibt jedoch, ob sich die Bezeichnungen der Positionen auf die ideologische Herkunft der Denker oder ihre öko-politischen Alternativentwürfe bezieht. Da es ihm um die Darstellung öko-politischer Grundpositionen geht, ist Letzteres naheliegend. Dann aber sind die gewählten Bezeichnungen kaum aussagekräftig bis falsch. Beispielweise ist nicht ersichtlich, inwiefern sich Gruhls öko-politischer Ansatz mit dem Begriff des „Öko-Rechtsextremismus“ adäquat fassen lässt. Auch die Bezeichnung „Öko-Konservatismus“ sagt kaum etwas über die, überdies stark divergenten öko-politischen Positionen der dort subsumierten Denker aus. Hinzu treten offensichtliche Falschzuordnungen, wie z.B. die Verortung von Bahro und dem öko-autoritären Heilbroner in der öko-liberalen Strömung.⁵¹² Aufgrund dieser Mängel und Beschränkungen ist Martens Beitrag für die Beantwortung der gestellten Forschungsfragen nur sehr begrenzt hilfreich.

Deutlich fundierter und aussagekräftiger ist die Arbeit von Adler/Schachtschneider (2010). Sie nehmen eine systematisierende Bestandsaufnahme von, im deutschen Sprachraum vorgetragenen, Ansätzen bzw. Konzeptionen für eine sozial-ökologische Transformation demokratischer

511 Hervorgehoben sind die von Marten für die nähere Untersuchung ausgewählten Denker.

512 Die Falschzuordnung Bahros wurde bereits von Stein kritisiert (1998, 214).

Wohlstandsgesellschaften vor. Dabei fokussieren sie auf die Zeitspanne der späten 1990er- und der 2000er-Jahre, also die Phase, die von der vorliegenden Arbeit nicht abgedeckt wird. Die Darstellungen der Positionen sind inhaltlich überzeugend, sodass das Buch eine gute Übersicht über die konkurrierenden Positionen dieser Zeitspanne gibt.⁵¹³ Im Unterschied zur vorliegenden Arbeit verfolgen Adler/Schachtschneider jedoch in erster Linie ein „breites“ Forschungsinteresse in dem Sinne, dass es ihnen um eine möglichst vollständige Abbildung der Denklandschaft geht, weswegen sie eine Vielzahl verschiedener Positionen aufbereiten. Eine Sortierung in Grundpositionen wird nur insofern vorgenommen, als dass mit Blick auf die Radikalität der Alternativentwürfe drei Gruppen unterschieden werden: Fundamentaler Systemwandel, Modernisierung im System, Phasenwechsel mit offenem Ausgang (2010, 14f). Diese Einteilung überzeugt, liefert zur Kartierung des ökologischen politischen Denkens aber nur einen oberflächlichen Beitrag. Dies gilt ebenso für die Frage nach den zentralen inhaltlichen Demarkationslinien. Adler/Schachtschneider identifizieren zwar einige der Trennlinien (z.B. Wachstumsfrage, Zukunft des Kapitalismus), deren Darstellung beschränkt sich jedoch auf die Nennung der widerstreitenden Argumente. Zuletzt geht es Adler/Schachtschneider auch nicht um ein tiefes Verständnis der Heterogenität der Denklandschaft. In der Summe leisten Adler/Schachtschneider wichtige Pionierarbeit in der Aufbereitung der Bandbreite öko-politischer Positionen, liefern für die vertiefenden Forschungsfragen aber nur teilweise Erkenntnisse.

Die dritte Arbeit mit einem der vorliegenden Arbeit verwandten Untersuchungsansatz ist der Beitrag von Kaven (2015). Er möchte die Kontroverse um ökologische Transformation anhand von vier Grundpositionen aufarbeiten. Seine Autorenauswahl fällt auf Elmar Altvater, Marin Jänicke, Chandran Nair und Jeremy Rifkin, also nur z.T. auf deutschsprachige Denker. Er orientiert sich für die Rekonstruktion der Positionen ebenfalls weitgehend am analytischen Dreischritt Krisenbegründung, Alternativentwurf und Vorstellungen vom Prozess des Wandels (2015, 15ff). Wie bereits Adler/Schachtschneider und insbesondere Marten beschränkt sich Kaven jedoch auf die, überdies wenig analytische, Darstellung der Positionen. Tiefergreifende Schlussfolgerungen finden sich nur in dem Sinne, dass einige

513 In Überschneidung zur vorliegenden Untersuchung richten Adler/Schachtschneider für die Rekonstruktion der Positionen drei Fragen an die Beiträge: kausale Begründung der ökologischen Krise, Alternativentwurf und Vorstellungen vom Prozess des Wandels (2010, 12).

inhaltliche Trennlinien zwischen den Denkern (z.B. Wachstumsfrage, Zukunft des Kapitalismus, Einschätzung des technischen Innovationspotenzials) herausgestellt werden (ebd., 13ff).

Zusammengefasst sind die bisherigen Arbeiten mit umfassender Perspektive auf das deutschsprachige ökologische politische Denken nur sehr bedingt in der Lage, die aufgeworfenen Forschungsfragen zu beantworten. Was sich findet, sind qualitativ sehr unterschiedliche Darstellungen wichtiger Positionen in verschiedenen Zeitphasen der Debatte. Die darüberhinausgehenden Fragen nach der Sortierung der Denklandschaft, deren zeitlichen Entwicklung sowie dem tiefen Verständnis der Heterogenität sind hingegen weitestgehend unbeantwortet. Weitert man die Perspektive über den deutschsprachigen Kontext, fallen Arbeiten ins Auge, die sich mit dem Diskurs im angelsächsischen Raum befassen. Hier ist die Erkenntnislage besser, da die einschlägigen Beiträge v.a. im Vergleich zu Marten und Kaven fundierter und deutlich tiefschürfender sind (v.a. Eckersley 1992, Dryzek 1997, Carter 2001). Insbesondere Dryzek und Eckersley, wobei sich letztere auf das „emanzipatorische Spektrum“ der konkurrierenden Positionen beschränkt, arbeiten das frühe englischsprachige ökologische politische Denken fundiert auf und kommen zu nachvollziehbaren Einteilungen verschiedener Grundpositionen.⁵¹⁴ Darüber hinaus werden in den angesprochenen Beiträgen wichtige inhaltliche Trennlinien der Denklandschaft erfasst, wenn auch nicht systematisch aufgearbeitet. Auch die hinter den verschiedenen Positionen stehenden Prämissen werden zum Teil aufgezeigt. Folglich kann die vorliegende Untersuchung vielfach an die Erkenntnisse dieser Arbeiten anknüpfen. Die benannten Untersuchungen fokussieren jedoch alle auf die Frühphase des ökologischen politischen Denkens. Arbeiten dieser Tragweite zur neueren Entwicklung können nicht ausfindig gemacht werden.

514 Eckersley unterscheidet mit Blick auf das „emanzipatorische Spektrum“ zwischen öko-marxistischen, öko-sozialistischen und öko-anarchistischen Perspektiven, wobei sie das öko-anarchistische Denken in weitere Sub-Strömungen unterteilt. Vom emanzipatorischen Spektrum grenzt sie den öko-autoritären „Survivalism“ ab. Bei Dryzek kommt eine Differenzierung zwischen den Positionen Öko-Autoritarismus, ökologische Modernisierung/grünes Wachstum und grüner Radikalismus zum Ausdruck, wobei unter letzterem verschiedene Stränge wie Öko-Kommunalismus, Öko-Marxismus, Bioregionalismus oder Tiefenökologie subsumiert werden.

Die zweite Kategorie der Arbeiten zum ökologischen politischen Denken fokussiert auf Teilaspekte. Hier sind v.a. folgende Beiträge zu beachten:

- Der Beitrag von Salzborn (2017) ist mit Blick auf das spezifische Ziel der Kartierung des ökologisch-politischen Denkens relevant. Er untergliedert die Denklandschaft in die beiden Stränge „environmentalism“ und „ecologism“, ohne jedoch selbst umfassendere Quellenarbeit zu betreiben. Letzteren differenziert er wiederum in die Strömungen Ökosozialismus, Ökofaschismus, Bioregionalismus, Ökofeminismus und Tierrechtsdenken.
- Hamm/Rasche widmen sich, wenn auch eher oberflächlich, dem Bioregionalismus als einer Teilströmung des ökologischen politischen Denkens (2002).
- Ebenfalls von Relevanz ist der Beitrag von Graf, der die Reaktionen auf die ökologischen Bedrohungsszenarien der 1970er-Jahre im konservativen politischen Denkern nachzeichnet (2008). Auch Wüst widmet sich dem Verhältnis zwischen Konservatismus und ökologischer Frage, beschränkt sich aber weitgehend auf die maßgeblich von Herbert Gruhl initiierte Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP).
- Stein untersucht in einem Teil ihrer Dissertation konkurrierende Perspektiven auf den Staat bzw. das politische System im frühen ökologischen politischen Denken (1998, 201-228). Dadurch liefert sie wichtige Erkenntnisse zu dieser zentralen Kontroverse.
- In einem späteren Beitrag arbeitet Stein (2016), basierend auf der Untersuchung der Beiträge einiger wichtiger öko-politischer Vordenker, Topoi und Charakteristika des frühen ökologischen politischen Denkens heraus. Beispielsweise weist sie auf das verbreitete apokalyptische Denken, den geteilten Grundwert der Nachhaltigkeit sowie die enorme Bandbreite politischer Ordnungsentwürfe hin. Diese Aspekte bestätigen sich in der vorliegenden Untersuchung und können weiter vertieft werden.
- Zuletzt finden sich Beiträge, die auf die utopische Dimension im ökologisch-politischen Denken fokussieren (Hermand 1991, 2020; d’Idler 2020). Sie haben zum Ziel, die Geschichte ökologischer Gesellschaftsutopien nachzuvollziehen.⁵¹⁵ Diese Untersuchungen beschränken

515 Während d’Idler tatsächlich auf utopisch angelegte Werke fokussiert, fasst Hermand quasi das gesamte ökologische politische Denken unter den Begriff der Utopie (z.B. Werke von Amery, Eppler, Bahro, Gruhl). Dies ist, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, nicht überzeugend (Kap. 7.3.5).

sich jedoch weitestgehend auf die inhaltliche Wiedergabe der identifizierten Positionen. Eine tieferreichende verstehende, systematisierende oder analytische Absicht wird nicht verfolgt. Der einzige über die Rekonstruktion hinausgehende Schritt bezieht sich auf die Zuordnung der untersuchten Beiträge zu Strömungen des tradierten Spektrums des politischen Denkens.⁵¹⁶

Diese Arbeiten werden im Folgenden, wenn die entsprechenden Teilaspekte adressiert werden, in verschiedenem Umfang wieder aufgegriffen.

Der dritten Kategorie sind Arbeiten zuzuordnen, die sich auf einzelne öko-politische Denker beziehen. Die große Mehrzahl der Arbeiten fokussiert dabei auf Exponenten aus der Frühphase der 1970er- und 80er-Jahre. Die Aufmerksamkeit, die einzelne Denker erhalten haben, variiert stark. Beispielsweise haben Denker wie Jonas oder Fromm viel Aufmerksamkeit erhalten, während zu Autoren wie Strasser oder Traube kaum wissenschaftliche Arbeiten vorliegen. Letzteres gilt en gros für die Denker der zweiten Zeitphase.

In den meisten Arbeiten wird die ökologische Dimension im Wirken und Denken der Autoren nur am Rande behandelt, weswegen sie von begrenzter Relevanz sind. Ausnahmen, welche die ökologische Dimension der jeweiligen Denker zumindest etwas umfassender in den Blick nehmen, sind v.a. die Arbeiten von Heyer (2015) und Amberger (2014) zu Harich, von Mende (2014) und Janssen (2015) zu Amery, von Weber (2015), Ferst (2004) und Smith (1990) zu Bahro, von Böhler/Hoppe (1994) und Theis (2019) zu Jonas, von Dietrich (2018) und Faerber-Husemann (2010) zu Eppler, von Ferst/Funk (2002) und Johach (2019) zu Fromm sowie von Kathke (2016) und Kempf (2008) zu Gruhl. Eine umfassende analytische Aufarbeitung des ökologisch-politischen Denkens findet sich aber in fast keiner der Arbeiten. Somit können die Beiträge zu den einzelnen Denkern die unten vorzunehmende Rekonstruktion der verschiedenen Positionen zwar informieren, aber nicht ersetzen.

Jenseits der im engeren Sinne auf das ökologische politische Denken als Untersuchungsgegenstand gerichteten Arbeiten sind Beiträge relevant, die zwar auf einen anderen Untersuchungsgegenstand fokussieren, aber

516 Bei Hermand finden sich dabei äußert fragwürdige Zuordnungen öko-politischer Positionierungen. Beispielsweise werden Gruhl und Amery unter dem Dach eines liberalen Paradigmas behandelt (1991, 135, 138ff), was sich durch die vorliegende Untersuchung als nicht zutreffend erweist.

dennoch relevante Erkenntnisse enthalten. Dies gilt erstens für Arbeiten zum Wachstumsdiskurs. Zu unterscheiden ist dabei einerseits zwischen der Wachstumskontroverse i.e.S., die sich auf die Frage bezieht, inwiefern ökologisch verträgliches Wachstum möglich und wünschenswert ist. Andererseits werden aus bestimmten Positionen in der Wachstumsfrage i.e.S. politische Schlussfolgerungen gezogen, die somit eine peripherere Dimension der Wachstumskontroverse darstellen. Zu beiden Dimensionen finden sich Arbeiten, die von Relevanz sind. Mehrere Beiträge arbeiten die konkurrierenden Positionen in der Wachstumskontroverse unter Einbezug der jeweiligen politischen Schlussfolgerungen auf und schlagen eine Sortierung in verschiedene Strömungen vor (siehe v.a. Ott 2011; Schmelzer/Passadakis 2011, 63-66; Schmelzer 2014; Soetebeer 2015; Vetter/Schmelzer 2019, 151-158; Petschow et al. 2018).⁵¹⁷ Hier ergeben sich Anknüpfungspunkte für die Kartierung des ökologischen politischen Denkens. Eine weitere relevante, anders gelagerte Arbeit mit breiter Perspektive auf die Wachstumskontroverse ist die Dissertation von Jesche (2014). Er unternimmt eine Kritik wachstumskritischen Denkens aus wirtschaftsliberaler Perspektive, wobei er als Exponenten der Wachstumskritik Tim Jackson und Meinhard Miegel heranzieht. Dabei arbeitet er einige wichtige normative Hintergrundannahmen und Implikationen wachstumskritischen Denkens heraus, was im vorliegenden Zusammenhang für das Ziel des tiefen Verständnisses der zu untersuchenden Denklandschaft von Bedeutung ist. Aber auch Arbeiten mit stärkerem Fokus auf die Wachstumsfrage i.e.S. sind relevant, da die diesbezüglichen Positionierungen maßgeblich ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung und Heterogenität des ökologischen politischen Denkens sind. Hervorzuheben sind hier v.a. die Beiträge von Steuer (2002, 2010), der die Wachstumskontroverse i.e.S. am umfassendsten und tiefgreifendsten untersucht hat.⁵¹⁸

Ein zweites Forschungsfeld mit relevanten Erkenntnissen stellt die Parteienforschung zu den deutschen GRÜNEN dar. Interessant sind im vor-

517 Beispielsweise differenziert Ott (2011) die Positionen „wertkonservative Wachstumskritik“, „Effizienzrevolution“, „Green Social Contract“ und „Degrowth/Neue Linke“. Stärker auf das wachstumspessimistische Spektrum gerichtet unterscheidet Schmelzer (2014) zwischen konservativer, sozialreformerisch-liberaler, suffizienzorientierter, kapitalismuskritischer und feministischer Wachstumskritik.

518 Weitere Arbeiten zum Wachstumsdiskurs i.e.S., die im weiteren Verlauf Beachtung finden, sind die Beiträge von Chapoulek/Feigl (2012), die v.a. auf die zeitliche Entwicklung der Wachstumskontroverse fokussieren, sowie von van den Bergh/Mooij, die u.a. Hintergrundannahmen konkurrierender Positionen herausarbeiten (1999).

liegenden Zusammenhang Erkenntnisse zum Ökologie-Diskurs und dem diesbezüglichen ideologischen Spektrum in der Partei.⁵¹⁹ Dabei werden jedoch zwei maßgebliche Forschungslücken sichtbar. Erstens lässt sich ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten von Arbeiten zu der Frühphase der GRÜNEN im Vergleich zur weiteren Entwicklung nach 1991 feststellen (Nishida 2005, 20). Das heißt, dass die Entwicklung des ideologischen Spektrums innerhalb der GRÜNEN nach 1991 schlechter untersucht ist, was somit auch für den Ökologie-Diskurs gilt. Die wenigen Arbeiten zur neueren Entwicklung beziehen sich v.a. auf die 1990er- und frühen 2000er-Jahre, die in der vorliegenden Arbeit nicht betrachtet werden (vgl. v.a. Nishida 2005, Raschke 2001, Talshir 2002). Für die zu untersuchende zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens kann also nicht auf Erkenntnisse aus der Parteienforschung zurückgegriffen werden. Zweitens ist festzuhalten, dass auch die Arbeiten zu den frühen GRÜNEN keinen expliziten Fokus auf den Ökologie-Diskurs legen.⁵²⁰ Vielmehr sind es Arbeiten umfassender Art, die das ideologische Spektrum aufarbeiten und im Zuge dessen die Haltungen zur ökologischen Frage mitbehandeln. Einschlägige Arbeiten mit Tiefgang wurden dabei v.a. von Mende (2011), van Hüllen (1990), Markovits/Gorski (1997) und Raschke (1993) vorgelegt. Diese zeigen mehr oder weniger umfangreich auf, wie in verschiedenen Strömungen der GRÜNEN öko-politisch gedacht wurde und arbeiten z.T. auch Differenzen zwischen den Strömungen heraus.⁵²¹ Diese Erkenntnisse lassen sich teilweise auf den hier zu untersuchenden Korpus übertragen.

Ein drittes interessantes Forschungsfeld sind Meta-Studien aus dem Bereich der Transformationsforschung, die Zukunftsmodelle wissenschaftlicher Studien aufarbeiten und vergleichen (siehe v.a. Jacob et al. 2015b; Kammerlander et al. 2013; Brand/Jochum 2000; Schachtschneider 2000). Dabei werden v.a. Studien von großen institutionellen Akteuren wie UNEP,

519 Dies gilt insbesondere für die Frühphase der GRÜNEN, in der sich ausgehend von einem „ökologischen Urkonsens“ im Sinne einer kritischen Reaktion auf die fortschreitende Industrialisierung und deren Folgen ein sehr heterogenes ideologisches Spektrum in der Partei zusammenfand (Probst 2009, 95f; Raschke 1993, 134f). Die frühen GRÜNEN sind folglich wichtiges Forum für das heterogene ökologisch-politische Denken der ersten Zeitphase.

520 Eine Ausnahme ist Blasberg (1999). Sie zielt jedoch auf die Entstehung der Parteiprogramme und diesbezügliche Macht- und Einflusskonstellationen, ohne das ökologische politische Denken verschiedener Strömungen tiefergehend zu betrachten.

521 Die Systematisierungen des ideologischen Spektrums selbst sind im vorliegenden Zusammenhang weniger relevant, da diese nicht mit Blick auf das Denken zur ökologischen Frage vorgenommen werden.

OECD, WGBU, SRU oder Wuppertal-Institut ausgewertet. Im vorliegenden Zusammenhang sind diese Untersuchungen relevant, da sie zentrale Trennlinien zwischen den verschiedenen Positionen herausarbeiten. Dabei zeigen sich weitreichende Überschneidungen zu den vorgefundenen Demarkationslinien im ökologischen politischen Denken (z.B. in Bezug auf die Wachstumsfrage, das zukünftige Wirtschaftssystem oder ein ökologisch leistungsfähiges politisches System, vgl. v.a. Jacob et al. 2015b, 29-32 und Schachtschneider 2000). Bei Schachtschneider stehen überdies implizite Prämissen der verschiedenen Studien im Fokus, wobei sich ebenfalls Überschneidungen zum nachfolgend untersuchten ökologischen politischen Denken zeigen.

II. Auswahl des Untersuchungsmaterials für Zeitphase 1

Ziel der Auswahl des Untersuchungsmaterials ist es, für die erste Hochphase des ökologischen politischen Denkens ein Spektrum relevanter Denker zu identifizieren, die mit ihren Beiträgen wichtige Orientierungspunkte für die öko-politische Debatte dieser Zeit gesetzt haben. Die Auswahl des Untersuchungsmaterials folgt dabei der in Kapitel 3 „Methodische Herangehensweise“ dargestellten Methode, also in der Abwägung zwischen den inhaltlich-qualitativen Kriterien mit den Kriterien der Relevanz und der Abdeckung eines breiten Spektrums an Positionen.

Im ersten Schritt wird eine Vorauswahl an Autorinnen und Autoren getroffen. Ziel ist es dabei, zunächst Referenzpunkte des ökologischen politischen Denkens der ersten Zeitphase zu identifizieren. Dazu werden zunächst Nennungen in öko-politischen Werken sowie in der Sekundärliteratur ausgewertet und in einem Pool an potenziell zu untersuchenden Autoren zusammengefasst.⁵²²

Dabei wird bei vielen Nennungen in der Sekundärliteratur auf die ideologische Herkunft der jeweiligen Autoren verwiesen, woraus sich, nach Korrektur weniger offensichtlicher Fehlzusweisungen, die in Tabelle VI dargestellte Liste ergibt.

522 Vgl. Hermand 1991, 135-148; 2020, 26-30; Linse 1986, 42, 96; Kupper 2003, 346ff; Duve in Harich 1975, 110; Frankel 1987; Graf 2008, 218ff; Loske 2013; Becker 2009, 12; Eckert 1978; Heyer 2015, 17; Harich 2015e, 28; Stein 2016, 202, 207-217; Radkau 2011, 257-269; Mende 2014, 370; Amery 1991, 191, 311-315, 351; Marten 1983, 16; Raschke 1993, 66f; Mende 2011, 266, 301ff, 306-310, 403; Eckersley 1992, 11, 16, 19, 75ff, 87f; Gorholt 2007; Mittermüller 1987, 105-130; Markovits/Gorski 1997, 220-228; Wessolleck 1985, 61f, 95f; Kathke 2016, 2; Carter 2001, 66, 70f; Uekötter 2011, 106, 131; Probst 2009, 96; Kern 2019, 12-17, 21f

Tab. VI: Erste Eingrenzung des Untersuchungskorpus für die erste Zeitphase

Konservativ	Liberal	Sozialdemokratisch	Sozialistisch	Anarchistisch	Orthodox-Marxistisch
H. Gruhl C. F. von Weizsäcker B. Springmann A. Haußleiter C. Amery Autoren d. Busauer Manifests: – J. Dahl – G. Kragh – G.H. Schwabe – M. Lohmann	W. Kretschmann T. Schmied R. Dahrendorf W.D. Hasenclever G. Erler E. Hoplitschek C. Leggewie	J. Strasser E. Eppler I. Fetscher K. Traube F. Duve J. Steffen H.U. Klose O. Lafontaine G. Zelentin S. Mansholt F. Hänschke P. Glotz	J. Strasser K. Traube T. Ebermann R. Trampert E. Fromm A. Gorz I. Illich R. Bahro C. Amery H.M. Enzensberger R. Havemann F.O. Wolf A. Touraine H. P. Dreitzel O.K. Flechtheim M. Löwy S. Sarkar	M. Bookchin R. Bahro	W. Harich G. Kade E. Reichtziegler

Darüber hinaus werden Autoren und Autorinnen als Referenzpunkte genannt, die aber nicht einer bestimmten ideologischen Herkunft zugeordnet werden⁵²³: Hans Jonas, Ernst F. Schumacher, Petra Kelly, Antje Vollmer, Lukas Beckman, Manon Andreas-Griefßach, Manfred Zieran, Joschka Fischer, Rolf Cantzen, Jochen Bölsche, Helmut Wiesenthal, Claus Offe, Milan Horacek, Jutta Ditfurth, Hoimar von Dithfurth, Robert Jungk, Joseph Huber, Daniel Cohn-Bendit, Leopold Kohr, Günther Anders, Jost Herbig, Klaus Michael Meyer-Abich, Yona Friedmann, Arne Naess, Frederic Vester, Hubert Weinzierl, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Friedrich Schmidt-Bleek.

Diese Listungen bilden das Sammelbecken als Grundlage für die vorzunehmende Autorenauswahl. Im darauffolgenden Schritt werden diese Nennungen zwei Prüfungen unterzogen: Erstens wird geprüft, inwiefern die Autoren tatsächlich öko-politische Monografien in der ersten Zeitphase veröffentlicht haben.⁵²⁴ Zweitens wird eine erste Relevanzprüfung derge-

523 Vgl. Stein 2016, 200, 202, 207, 210-217; Radkau 2011, 257-269; Raschke 1993, Simonis 2007; Mittermüller 1987, 105-130; Harich 2015, 158; Kern 2019, 17; Loske 2015, 18-21; Hermand 2020, 26-29; Wessolleck 1985, 87f, 95f; Uekötter 2011, 118, 130f, 170; Nies 2020, 9, 12ff, 19f; Markovits/Gorski 1997, 194ff, 217-220

524 In diesem Schritt werden von der Liste genommen: Antje Vollmer, Winfried Kretschmann, Thomas Schmid, Ralf Dahrendorf, August Haußleiter, Hans Ulrich Klose, Joschka Fischer, Friedrich Schmidt-Bleek, Lukas Beckmann, Gisela Erler, Ernst Hoplitschek, Helmut Wiesenthal, Milan Horacek, Oskar Lafontaine, Peter Glotz, Freimut Duve, Daniel Cohn-Bendit, Manfred Zieran, Claus Offe, Saral Sarkar,

stalt vorgenommen, dass die Autoren aussortiert werden, die nur einmal oder vereinzelt als Referenzpunkte genannt werden.⁵²⁵

Dieses Vorgehen führt zu einer engeren Autorenauswahl.⁵²⁶ Diese wird weiter vertieft, indem zunächst die inhaltlichen Kriterien und somit insbesondere die Fragen, inwiefern die Schriften maßgeblich durch die Wahrnehmung der ökologischen Krise motiviert sind und inwiefern in den Beiträgen ein öko-politischer Alternativentwurf zu erkennen ist, abgeprüft. Von der Liste genommen werden dadurch Hans Magnus Enzensberger, Carl Friedrich von Weizsäcker, Ivan Illich und Günther Anders, die in ihren, zum Teil sehr breit rezipierten Beiträgen, keinen primär ökologisch motivierten Alternativentwurf andeuten bzw. konkretisieren.⁵²⁷

Sicco Mansholt, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Arne Naess, Claus Leggewie, Leopold Kohr, Hubert Weinzierl, Jürgen Dahl, Gert Kragh, Gerhard Helmut Schwabe, Michael Lohmann.

- 525 In diesem Schritt werden von der Liste genommen: Baldur Springmann, Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Frank Hänschke, Robert Havemann, Frieder Otto Wolf, Alain Touraine, Hans Peter Dreitzel, Gerhard Kade, Emil Rehtziegler, Gerda Zelentin, Petra Kelly, Iring Fetscher, Manon Andreas-Grißbach, Rolf Cantzen, Jochen Bölsche, Hoimar von Dithfurth, Frederic Vester, Ossip K. Flechtheim, Wolf Dieter Hasenclever, Robert Jungk, Jost Herbig, Klaus Michael Meyer-Abich, Yona Friedmann, Joseph Huber.
- 526 Diese besteht aus: Johano Strasser, Klaus Traube, Erich Fromm, Hans Jonas, Herbert Gruhl, Erhard Eppler, Wolfgang Harich, Carl Amery, Günther Anders, Rudolf Bahro, Ivan Illich, Hans Magnus Enzensberger, Ernst Friedrich Schumacher, André Gorz, Jochen Steffen, Carl Friedrich von Weizsäcker.
- 527 Bei Enzensberger wird vor allem auf den Aufsatz *Zur Kritik der politischen Ökologie* verwiesen, der 1973 im Kursbuch erschien (vgl. Strasser 1977, 89; Strasser/Traube 1981, 8; Amery 1991, 218; Harich 1975, 20, 54; Hermand 2020, 25; 1991, 147f; Mende 2011, 306f; Kupper 2003, 347). Er wurde dafür auch international wahrgenommen (vgl. Eckersley 192, 16; Carter 2001, 66). Enzensberger hat anschließend aber keine thematisch einschlägige Monografie veröffentlicht. Auch C.F. von Weizsäcker wird als ökologischer Denker rezipiert (vgl. Hermand 2020, 26; Marten 1983, 16). Er hat 1976 mit *Wege in der Gefahr* ein viel gelesenes Buch veröffentlicht, das mit Blick auf die Auflagenzahl, soweit sich dies rekonstruieren lässt, zwischen Eppler und Gruhl (siehe unten) zu verorten ist. Der thematische Schwerpunkt des Buches liegt aber auf der Friedenspolitik, im Zuge derer auch die ökologische Frage thematisiert wird. Von Weizsäcker hat zudem 1978 im Merkur den viel beachteten Aufsatz *Gehen wir einer asketischen Weltkultur entgegen?* veröffentlicht, der sich primär mit ethischen Fragen auseinandersetzt. Ivan Illichs thematisch relevanten Schriften sind zwar von der Auflagenzahl weit hinter von Weizsäcker anzusetzen, er wird aber vielfach, auch international, als wichtiger Vordenker und Referenzpunkt der Ökologiebewegung benannt (Simonis 2007, Marten 1983, Eppler 1975, 41f, Strasser 1977, 74ff, Probst 2009, 95f, Loske 2015, 19, Barry 1999, 128, 156, 238, van Hüllen 1990, 37). Illich hat mit *Die sogenannte Energiekrise oder die Lähmung der Gesellschaft* (1974), *Selbstbegrenzung* (1975) und

Im nächsten Schritt gilt es die verbleibenden Autoren im Spektrum öko-politischer Alternativentwürfe zu verorten. Anders als für die zweite Zeitphase gibt es für die erste Phase jedoch keine fundierte Sekundärliteratur, die ein solches Spektrum durch die Differenzierung von Strömungen oder Auffangpositionen anbietet. Ein solcher Versuch findet sich einzig bei Marten (1983), dessen Einteilung aber nicht überzeugt (vgl. Zusatzkapitel I)⁵²⁸. Was in der Sekundärliteratur zu finden ist, sind Positionsbeschreibungen der ökologischen Gegenentwürfe einzelner Autoren. Werden diese Zuschreibungen⁵²⁹ durch eigene Einschätzungen für die nicht verorteten Autoren ergänzt, ergibt sich die in Tabelle VII dargestellte heuristische Zuordnung:

Tab. VII: Engere Eingrenzung des Untersuchungskorpus für die erste Zeitphase

Öko-Autoritarismus	Demokr. Öko-Sozialismus	Öko-Dezentralismus	Ökol. Modernisierung	Öko-Spiritualismus	Öko-Anarchismus
W. Harich H. Gruhl H. Jonas später Bahro	C. Amery E. Fromm A. Gorz J. Steffen K. Traube J. Strasser früher Bahro	C. Amery E.F. Schumacher	E. Eppler	später Bahro	später Bahro

Aus der so sortierten Autorenschaft wird durch die Abwägung der drei benannten Kriterien ausgewählt. Dazu werden so lange nach dem Relevanzkriterium Autoren berücksichtigt, wie es im Hinblick auf das abzudeckende Spektrum an Positionen sinnvoll ist. Demnach gilt es zunächst die Relevanz

Fortschrittsmythen (1978) mehrere thematisch relevante Schriften veröffentlicht, die aber erstens maßgeblich auf Technikkritik fokussieren und andererseits keinen konturierten ökologischen Gegenentwurf enthalten. Günter Anders hat in der betrachteten Zeitphase den Teil 2 von *Die Antiquiertheit des Menschen* (1980) veröffentlicht. Darin kommt aber kein spezifischer Fokus auf die Ökologie-Problematik zum Ausdruck.

528 Dies liegt unter anderem daran, dass Marten die Dimensionen der ideologischen Herkunft und des ökologischen Alternativentwurfes vermischt. Zudem finden sich aber auch sehr fragwürdige Zuschreibungen, wenn z.B. die Positionen von Bahro oder Robert Heilbroner als Öko-Liberalismus oder die Position von Gruhl als Öko-Rechtsextremismus beschrieben wird (Marten 1983, 16).

529 Vgl. Heyer 2015, 17; Amberger 2014, 61-101, 173-180; Frankel 1987; Kathke 2016, 2; Carter 2001, 66, 70f; Eckersely 1992, 19, 77, 122f; Stein 1998, 201-216; 2016, 208f, 210-217; Radkau 2011, 263-269; Bühler 2018, 181f; Mende 2011, 75f; Wessolleck 1985, 61f, 64f; Weber 2015, 291-300; Huber 1993, 56; Mende 2011; Blühdorn 2011, 22; Cantzen 2020, 288; Kern 2019, 12ff

der Autoren abzuschätzen. Dazu werden im ersten Schritt Auflagenzahlen bei Verlagen abgefragt und, falls dies nicht zum Erfolg führt, über die Deutsche Nationalbibliothek⁵³⁰ rekonstruiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass einige Werke mit Blick auf die Auflagenstärke deutlich herausstechen, während die Mehrzahl in einem vergleichbaren, geringeren Auflagenbereich anzusiedeln ist. Eine solche deutlich überdurchschnittliche Auflagenzahl findet sich für die einschlägigen Werke von Erich Fromm, Hans Jonas, Herbert Gruhl und Erhard Eppler.

Für Erichs Fromms⁵³¹ *Haben oder Sein*, eine Übersetzung des englischsprachigen Originals, lässt sich bis Ende der 1980er-Jahre eine Auflagenstärke von über einer Million Exemplaren rekonstruieren. Für Hans Jonas *Prinzip Verantwortung* sind keine exakten Auflagenzahlen zu bestimmen, es wurde aber, soweit nachvollziehbar, bis Ende der 1980er-Jahre 19-mal neu aufgelegt, was in vergleichsweiser Größenordnung sonst nur von Erich Fromm erreicht wurde. Zudem werden beide Werke bis heute neu aufgelegt. Für Fromm und Jonas gilt, dass der Entwurf institutioneller Gegenvorschläge eine untergeordnete Stellung in ihren einschlägigen Hauptwerken einnimmt und weniger konkretisiert ist als bei anderen Autoren. Trotz dieser Einschränkungen in Bezug auf die inhaltlichen Kriterien, gilt es diese Autoren aufgrund ihrer enormen Wirkkraft zu berücksichtigen.

Erich Fromm, geboren 1900, wurde 1930 von Marx Horkheimer an das Institut für Sozialforschung geholt, wo er die Analytische Sozialpsychologie vertrat und an einer Verbindung der Psychoanalyse und der ökonomischen Theorie des Marxismus arbeitete. Im US-amerikanischen Exil arbeitete Fromm v.a. als Psychoanalytiker sowie als Gastprofessor in New York und an der Yale University in New Haven. Von 1950 bis 1973 lebte Fromm in Mexiko, wo er als Professor ein psychoanalytisches Institut

530 Insbesondere für ältere Bücher finden sich in der Datenbank der DNB oft Angaben zu den Auflagenzahlen der einzelnen Ausgaben. Dennoch ist auf die begrenzte Belastbarkeit dieser Angaben zu verweisen, da oft nicht alle Ausgaben eines Buches gelistet sind. Die Zahlen können also nur einen groben Richtwert vorgeben und sind nicht als definitive Zahlen zu verstehen.

531 Wie in der Einleitung dargestellt, wird der biografische Hintergrund der Autoren im vorliegenden Zusammenhang nicht näher betrachtet, da die werkimmanenten Inhalte im Zentrum des Interesses stehen. Entsprechend werden im Folgenden lediglich einige grobe Daten genannt, damit die Leser und Leserinnen nachvollziehen können, in welcher Funktion und in welchem Lebensabschnitt die jeweiligen Werke verfasst wurden. Darüber hinaus werden Literaturverweise angegeben, die bei Interesse für vertiefte Informationen zu Leben und Wirken der Autoren konsultiert werden können.

aufbaute und sich der sozialpsychoanalytischen Feldforschung widmete. In die 1960er-Jahre fiel eine deutliche Politisierung, im Zuge derer sich Fromm zunächst für die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten, später dann für die Demokraten einbrachte. Zudem engagierte sich Fromm stark in der Friedensbewegung. 1973 übersiedelte Fromm in die Schweiz, wo er sein Spätwerk, *Haben oder Sein* verfasste (zum ges. Absatz bis hierher Johach 2010, 2f). Wie angedeutet ist *Haben oder Sein* kein öko-politisches Buch im engeren Sinne, die ökologische Krise, insbesondere die *Grenzen des Wachstums*, waren aber maßgebliche Motivation für das Werk (Johach 2010, 6; siehe entspr. Fromm 2007, 14f, 22). Es entwickelte sich zu einer der prägendsten Schriften für die Ökologie- und Alternativbewegung (Fücks 2013, 149; Ahnert 2020, 13:45; Johach 2010, 2). Darüber hinaus war Fromm wichtiger Referenzpunkt für weitere Autoren der ersten Zeitphase (vgl. Strasser/Traube 1981, 273, 276; Eppler 1981, 130f, 233; Bahro 1987, 110f, 121). Bis heute wird Fromm explizit auch als ökologischer Vordenker rezipiert (vgl. Ferst/Funk 2002; Johach 2010). Auch ökologisch-politische Denker der zweiten untersuchten Zeitphase beziehen sich auf Fromm (Fücks 2013, 149; Paech 2020, 151, 230; Altvater 2010, 152; Felber 2012, 33).⁵³²

Auch **Hans Jonas** wird als einer der zentralen ökologischer Vordenker der ersten Zeitphase beschrieben (Radkau 2011, 257; Stein 2016, 202; Hermand 2020, 26; Scheller 2007, 23ff). Seinem persönlichen Werdegang entsprechend ist das *Prinzip Verantwortung* in erster Linie eine philosophische Betrachtung der ökologischen Krise (Stein 2016, 202; Hermand 2002, 26), die Jonas aber durchaus zu politischen Schlussfolgerungen führt. Jonas studierte Philosophie u.a. bei Heidegger, Husserl und Bultmann und schloss das Studium mit seiner bekannten Dissertation zur Gnosis ab (dazu und im Folgenden Scheller 2007, 23f). Er emigrierte nach der Machtergreifung Hitlers zunächst nach England, dann nach Palästina. Von 1955 bis zu seiner Emeritierung 1976 war Jonas Professor an der New Yorker School of Social Research. Jonas erhielt mehrere Rufe an deutsche Universitäten, die er aber stets abgelehnt hat. Das *Prinzip Verantwortung* entstand nach seiner Emeritierung und gilt als sein bedeutendstes Werk. Er entschied sich dafür, das Buch auf Deutsch zu verfassen, da dies eine schnellere Veröffentlichung möglich machte, was ihm im Angesicht der Dringlichkeit der damaligen Problemlagen erforderlich schien (Jonas 2015, 10f). 1987 erhielt Jonas, maß-

532 Zu Leben und Werk von Erich Fromm siehe u.a. Friedmann/Schreiber 2013 und Ferst/Funk 2002.

geblich für das *Prinzip Verantwortung*, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (Friedenspreis des Deutschen Buchhandels o.J.).⁵³³

Auch unter den spezifischer öko-politischen Büchern stehen mit Herbert Gruhl und Erhard Eppler zwei Autoren mit hohen Auflagenzahlen heraus. Für **Herbert Gruhls** *Ein Planet wird geplündert* (1975) geben Wüst und Kathke eine Auflagenzahl von über 400 000 Exemplaren an (Wüst 1993, 152; Kathke 2016, 4).⁵³⁴ Das Buch wurde 16-mal neu aufgelegt und in allen großen Zeitungen besprochen (Mende 2011, 72; Fenske 2009, 3). Es war über Jahre hinweg auf den Bestsellerlisten zu finden (Kathke 2016, 2; Eppler 1983, 86f; Mende 2011, 72). Gruhls Pendant in der SPD Eppler bemerkte im Rückblick, dass kein Buch eines aktiven Politikers seit dem Zweiten Weltkrieg eine solche Wirkung entfaltet hätte und die zukünftige Geschichtsschreibung der Umweltbewegung nicht an Herbert Gruhl vorbeikommen würde (1983, 86f; entspr. auch Alt 1978). Gruhls starke Reichweite zeigt sich auch daran, dass sich viele der näher untersuchten öko-politischen Denker auf ihn beziehen und seine Bücher kommentieren. Von den letztlich untersuchten acht Autoren setzen sich außer Jonas und Fromm alle mit Gruhl auseinander (vgl. Amery 1991, 298, Harich 2015e, 28; Harich 2015, 124; Eppler 1992; Strasser/Traube 1981, 230, 233; Bahro 1980, 67, 88f, 158, 1987, 47). Rezensionen zum Buch verfassten u.a. Erhard Eppler (1983) und Wolfgang Harich (2015). Amery hat das Manuskript von Gruhl kommentiert und ihn bei der Veröffentlichung unterstützt (Fenske 2009, 8). Auch in der Sekundärliteratur wird die enorme Wirkkraft des *Planeten* hervorgehoben (Kathke 2016, 2, 20f; Knauß 2019; Bühler 2018, 181; Fenske 2009, 1-4; Hermand 1991, 139; Hildebrand 2013, 327; Probst 2009, 95; Mende 2011, 72f, 374; Graf 2008, 220; Loske 2020; Paech/Folkers 2020, 9; van Hüllen 1990, 37). Silke Mende sieht das Buch neben den *Grenzen des Wachstums* als wichtigste Veröffentlichung für die deutsche Ökologiediskussion in den 1970er-Jahren (2011, 72f).⁵³⁵

Gruhl war von 1969 bis 1978 Bundestagsabgeordneter der Union und kam dadurch zur Ökologie als politischem Thema. Von 1972 bis 1976 fun-

533 Zu Leben und Werk von Hans Jonas siehe u.a. Theis 2019, Wiese 2003, Böhler/Hoppe 1994.

534 Gruhl hat mit dem *Irdischen Gleichgewicht* (1982) innerhalb der betrachteten Zeitphase ein weiteres ökologisch motiviertes Buch geschrieben, in dem er aber keine konkreten Vorstellungen einer alternativen Ordnung entwirft und das zudem deutlich weniger rezipiert wurde.

535 Siehe für eine Erklärung der enormen Wirkkraft von Gruhls Buch Kathke 2016 und Fenske 2009.

gierte er als Vorsitzender des Umweltausschusses der Unionsfraktion. In dieser Zeit verfasste er den *Planeten*, der, wie Fenske konstatiert, aus der Perspektive eines aktiven Politikers geschrieben ist (Fenske 2009, 2f). 1978 trat er nach vielen vergeblichen Versuchen, das Umweltthema innerhalb der Partei zu platzieren, frustriert aus der CDU aus.⁵³⁶ 1980 war er prominentes Gründungsmitglied der GRÜNEN, verließ diese im Jahr darauf aber wieder, ebenfalls im Disput über die Rolle und die Antworten der Partei auf die ökologische Krise. Er gründete 1982 die Ökologische Demokratische Partei (ÖDP), der er bis 1990 als prominentestes Mitglied angehörte.⁵³⁷ (Zum ges. Absatz Kathke 2016, 1f, 9ff; Fenske 2009, 2f; Nishida 2005, 35-38; Mende 2011, 447)

Erhard Eppler wird in der Sekundärliteratur als Gruhls Pendant in der Sozialdemokratie bezeichnet, da er seinerzeit als maßgeblicher ökologischer Vordenker der Partei wahrgenommen wurde (Linse 1986, 9f; Kathke 2016, 2; Mende 2014, 370).⁵³⁸ Eppler veröffentlichte mit *Ende oder Wende* (1975) und *Wege aus der Gefahr* (1981) zwei einschlägige Werke in der untersuchten Zeitphase. Wie Gruhl nimmt auch Eppler in seinen öko-politischen Büchern, was er auch selbst reflektiert, die Perspektive eines politischen Praktikers ein (Eppler 2016, 149-156). Auch für Eppler konnten die Auflagenzahlen per Verlagsanfrage nicht ermittelt werden, über die DNB lassen sich für *Ende oder Wende* eine Auflagenzahl von mindestens 43 000, für *Wege aus der Gefahr* von 87 000 Exemplaren ermitteln. Wie für Gruhl, zeigt sich Epplers Wirkkraft zudem daran, dass sich mit Amery (1972, 239; 1991, 307-310), Harich (1975, 173), Strasser (1977, 51ff, 123; 1981, 8), Bahro (1978, 109) und Fromm (2007, 245) viele der untersuchten Denker in ihren Werken mit Eppler auseinandersetzen oder auf ihn verweisen. In der Sekundärliteratur wird, jenseits seiner Rolle als prominentester Vordenker in der SPD, auf die herausragende Bedeutung Epplers für die deutsche

536 Siehe entsprechend Gruhls Interview im Spiegel 1978.

537 Beiträge aus der Parteienforschung haben auf Gruhls Rolle als zentraler ökologischer Vor- und Querdenker innerhalb der CDU (Knauf 2019) sowie als maßgeblicher Vertreter öko-konservativen Denkens in der Frühphase der GRÜNEN hingewiesen (Mende 2011, 72f, 302; Raschke 1993, 66f). Vertiefende Arbeiten, die sich mit dem Wirken von Gruhl in dieser Zeitphase beschäftigen, sind Kathke 2016, Wüst 1993, Mende 2011 und Geden 1996. Zum biografischen Hintergrund siehe Kempf 2008 und Stahl 2018.

538 Als weitere ökologische Vordenker in der SPD werden Peter Glotz, Oskar Lafontaine, Hans Ulrich Klose, Johano Strasser, Freimut Duve und Joachim Steffen genannt (vgl. Loske 2013; Linse 1986, 42; Duve in Harich 1975, 110; Harich 1975, 173; Gorholt 2007; Mende 2011, 266, 433; Hermand 1991, 141ff).

Ökologie-Debatte hingewiesen (vgl. Mende 2011 266, 433f; Mende 2014, 370, Loske 2015, 72, Wessolleck 1985, 95f, Linse 1986, 9f, Graf 2008, 218f, Hermand 1991, 141ff, Gorholt 2007, Marten 1983, 87, van Hüllen 1990, 37, Markovits/Gorski 1997, 224). Besprechungen und Rezensionen seiner Bücher finden sich in vielen überregionalen Zeitungen wie z.B. Spiegel, Zeit oder Stuttgarter Nachrichten.

Erhard Eppler war von 1961 bis 1976 Mitglied des Bundestags für die SPD und von 1968 bis 1974 Bundesentwicklungsminister. Anschließend fungierte er bis 1980 als SPD-Fraktionsvorsitzender im Baden-Württembergischen Landtag, bevor er 1982 sein Mandat niederlegte. Er hatte verschiedene Ämter in der SPD inne, darunter Mitglied des Gesamtvorstandes, Mitglied des Parteipräsidiums, Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg sowie langjähriger Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Innerparteilich galt er als der Wortführer des ökologischen Flügels der Partei. (Marten 1983, 87)⁵³⁹

Für die verbleibenden Autoren bzw. Titel lässt sich allesamt eine Auflagenstärke von maximal 50 000 Exemplaren ermitteln. Davon ausgehend werden in einem zweiten Schritt zunächst die wie Fromms *Haben oder Sein* im Original nicht deutschsprachigen Titel (Gorz, Schumacher) gesondert betrachtet, da diese, wie im Methodenteil dargelegt, nur berücksichtigt werden, wenn sie von weit übergeordneter Relevanz sind und ihre Position nicht durch andere Autoren abgedeckt ist. Gorz, der eine öko-sozialistische Position vertritt, hebt sich mit Blick auf qualitative und quantitative Relevanzkriterien nicht von den weiteren Autoren ab.⁵⁴⁰ Die Auflagenzahlen für die beiden einschlägigen Bücher *Ökologie und Politik* (1977) und *Ökologie und Freiheit* (1980) liegen im Bereich der deutschsprachigen Autoren. In der deutschsprachigen Sekundärliteratur wird Gorz besprochen, aber wiederum nicht stärker als die weiteren Autoren (vgl. Marten 1983, 16; Bühler 2018, 182; Gorholt 2007; Loske 2015, 19; Schmelzer/Vetter 2019, 36f). Referenzpunkt in der untersuchten öko-politischen Literatur war er vor allem für Autoren aus dem linken Spektrum (Amery 1991, 191; Strasser/Traube

539 Siehe vertiefend zum Wirken Erhard Epplers Tschirschwitz 2017, Färber-Husemann 2010 sowie Dietrich 2018.

540 Dies Feststellung trifft nur auf seine Rezeption hierzulande zu. Im angelsächsischen Raum wurde Gorz, zumindest was die Sekundärliteratur zum ökologischen politischen Denken angeht, weit stärker rezipiert als die deutschsprachigen Autoren (mit Ausnahme von Bahro, siehe unten) (vgl. Eckersely 1992, 77, 87ff, 122f; Carter 2001, 66; Frankel 1997; Barry 1999, 160, 171, 238).

1981, 39; Bahro 1980, 218f).⁵⁴¹ Da eine öko-sozialistische Position auch von deutschsprachigen Autoren, insbesondere Strasser/Traube und dem frühen Bahro vertreten wird, wird Gorz in der Untersuchung nicht näher berücksichtigt.

Quantitativ relevanter ist Ernst Friedrich Schumacher. Für *Rückkehr zum menschlichen Maß* (1977) lassen sich für die untersuchte Zeitphase acht Auflagen mit insgesamt einer Auflagenstärke von fast 50 000 Exemplaren rekonstruieren.⁵⁴² Seine Präsenz in der ausgewerteten deutschsprachigen Sekundärliteratur ist vergleichbar zu den weiteren Autoren (vgl. Radkau 2011, 263ff; Stein 2016, 207; Simonis 2007; Kupper 2003, 346; Loske 2015, 19f). Er taucht auch in der untersuchten Autorenschaft als Referenzpunkt auf (Fromm 2007, 23; Gruhl 1975, 164). Schumachers Entwurf zeichnet sich vor allem durch einen starken Dezentralismus aus (Kupper 2003, 346). Diese Stoßrichtung deckt sich weitgehend mit der vom Carl Amery. Wie stark Amery von Schumacher inspiriert war, zeigt sich z.B. daran, dass Amery 1980 die bis heute aktive E.F. Schumacher-Gesellschaft gegründet hat.⁵⁴³ Aufgrund dieser Überschneidungen wird Schumacher nicht in den Untersuchungskorpus aufgenommen.

Versucht man die verbleibenden Autoren nach dem Relevanzkriterium zu ordnen, sind mit Blick auf die Rezeptionsgeschichte Harich und Bahro hervorzuheben. **Rudolf Bahro** ist in erster Linie mit dem Buch *Die Alternative* (1977) einem breiten Publikum bekannt geworden, in dem er ausgehend von einer fundamentalen Kritik einen sozialistischen Gegenentwurf zu dem von ihm beobachteten Realsozialismus beschreibt (Radkau 2011, 266; Weber 2015). In der *Alternative* wird die ökologische Dimension in

541 Eine Besonderheit ist, dass Gorz in jüngeren Jahren, vor allem in der neueren wachstumskritischen Literatur, wieder stark als Vordenker einer antikapitalistischen politischen Ökologie rezipiert wird (vgl. Zwengel 2009; Schmelzer/Vetter 2019, 36f; Muraca 2015, 48; Schmelzer/Passadakis 2011, 62). Auf die Bewertung mit Blick auf die erste Untersuchungsphase hat das aber keinen Einfluss.

542 International war die Wirkung des Buches enorm. Laut Wolfgang Sachs wurde das Buch in 22 Sprachen übersetzt und erreichte eine Gesamtauflage von über vier Millionen Exemplaren (2007, 38).

543 Inwiefern Amery zur Zeit der Veröffentlichung seines öko-politischen Hauptwerks *Natur als Politik* (1976) bereits das zu diesem Zeitpunkt nur englischsprachig veröffentlichte *Small is Beautiful* (1973) kannte, ist nicht zu rekonstruieren. Es finden sich keine expliziten Referenzen, die inhaltliche Stoßrichtung weist aber deutliche Schnittmengen auf. Amerys Intention war zunächst die Schumacher-Gesellschaft als parteinahe Stiftung der GRÜNEN zu etablieren, was aber nicht gelang (Fenske 2009, 9).

Bahros Denken bereits deutlich (Weber 2015, 241f), voll entfaltet wird sie dann jedoch erst in seinen nachfolgenden Werken. Im vorliegenden Zusammenhang werden von ihm *Elemente einer neuen Politik. Zum Verhältnis von Ökologie und Sozialismus* (1980) sowie sein öko-politisches Hauptwerk, die *Logik der Rettung* (1987), betrachtet.⁵⁴⁴ Während die quantitative Verbreitung beider Bücher, soweit rekonstruierbar, im Vergleich zu den weiteren verbleibenden Autoren nicht höher ist, erfährt Bahro jedoch eine sehr starke, auch internationale Rezeption. Wie kein anderer deutschsprachiger Autor der ersten Zeitphase wurde Bahros ökologisches Denken im angelsächsischen Sprachraum rezipiert. In den maßgeblichen englischsprachigen Arbeiten zum ökologischen politischen Denken wird Bahro, oft als einziger deutschsprachiger Autor, behandelt (vgl. Eckersley 1987, 1992; Frankel 1987; Dryzek 1997; Barry 1999; Carter 2001; Ball 2003). Zudem wurden Bahros öko-politische Werke allesamt ins Englische sowie in weitere Sprachen übersetzt. In der deutschsprachigen Sekundärliteratur wird Bahro, auch in jüngerer Vergangenheit, mit am häufigsten und prominentesten benannt und behandelt (vgl. Cantzen 2020, 288; Fücks 2013, 145-159; Fetscher 1980, 189ff; Marten 1983, 16; Ott 2014b; Stein 2016, 202, 213-217; 1998, 209-216; Hermand 2020, 26ff; 1991, 144f; Heyer 2015, 17;

544 Als weitere einschlägige öko-politische Veröffentlichung ist *Pfeiler am anderen Ufer* (1984), wie die *Elemente* eine Aufsatzsammlung, zu nennen. Darin kommt eine Übergangsposition zwischen der öko-sozialistischen Perspektive der *Elemente* und der öko-spiritualistischen Position der *Logik der Rettung* zum Ausdruck. Aufgrund dieser Zwischenposition wird dieses Buch im vorliegenden Zusammenhang nicht separat behandelt. Ausführlicher zu rechtfertigen ist, warum Bahros *Logik der Rettung* zum Untersuchungskorpus hinzugezogen wird, da dessen Veröffentlichung zeitlich deutlich hinter den anderen untersuchten Beiträgen liegt und dessen Wirkung im Vergleich zu früheren Schriften Bahros (Radkau 2011, 266f; Weber 2015, 242f) bzw. Bestsellern wie Hans Jonas' *Prinzip Verantwortung* (Stein 2016, 215) zurückstand. Zu rechtfertigen ist die Hinzunahme, weil Bahro für die erste untersuchte Zeitphase ein maßgeblich prägender Denker war, der aber erst mit der *Logik*, nach eigener Aussage, sein ökologisches Denken vollendete und umfassend darlegte (1987, 10). In der Tat lässt sich die *Logik* als eine Vertiefung und Konkretisierung dessen lesen, was Bahro bereits in seinen vorhergegangenen öko-politischen Werken andeutet (vgl. Kap. 8.7). Zudem ist die Einbeziehung der *Logik* auch mit Blick auf das zu untersuchende Spektrum interessant, da Bahro darin eine im Vergleich zur weiteren Autorenschaft eigenständige Position einnimmt. Insbesondere deckt Bahro, wie unten näher ausgeführt wird, eine spiritualistische Dimension ökologischen Denkens ab, die innerhalb der grünen Bewegung verbreitet war. Hinzu kommt, dass sich auch zeitgenössische ökologische-politische Denker auf die *Logik* beziehen bzw. sich gegen die darin vertretene Position abgrenzen (siehe z.B. Fücks 2013 145-150; Cantzen 2020, 288).

Mittermüller 1987, 127-129; Becker 2009, 12; Döge/Behrend 2001, 16; Probst 2009, 95f; Loske 2015, 18f; van Hüllen 1990, 37). Besonders hervorgehoben wird dabei seine Rolle zunächst als ökologischer Vordenker in der DDR (Heyer 2015, 17; Hermand 2020, 26ff; 1991, 144f) sowie dann als maßgeblicher Referenzpunkt der Ökologie-Bewegung und der frühen GRÜNEN (Raschke 1993, 66f; Mende 2011, 250-258, 308ff; Radkau 2011, 266; Loske 2013; Markovits/Gorski 1997, 191-216). Der Umwelthistoriker Radkau legt dar, dass Bahro zur Gründungszeit der GRÜNEN weitaus berühmter als alle weiteren Gründungsgrünen war und neben Petra Kelly als charismatischste Gestalt der Gründungsjahre wahrgenommen wurde (2011, 266). Auch innerhalb der untersuchten öko-politischen Literatur taucht Bahro als wichtiger Referenzpunkt auf (vgl. Amery 1991, 354; 1978d; Harich 2015f; Eppler 1981, 109; Strasser/Traube 1981, 17, 39).

Bahro, geboren 1935, studierte Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität, bevor er als Zeitungsredakteur, beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Ingenieurbüro arbeitete. Bereits in dieser Zeit geriet Bahro durch kritische Veröffentlichungen mehrfach in Konflikt mit der Obrigkeit. Ab Anfang der 1970er-Jahre übernahm Bahro eine Aspirantur an der TH Merseburg und begann eine systematische, kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR, die in die Veröffentlichung der *Alternative* in Westdeutschland 1977 gipfelte. Nach Festnahme und Verhaftung übersiedelte er 1979 nach Westdeutschland, wo er 1980 zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN gehörte. Bahro verließ die Partei 1984, weil diese aus seiner Sicht verkürzte Antworten auf die ökologische Krise gab. Ab 1990 wurde dem mittlerweile promovierten und habilitierten Bahro eine Professur sowie ein eigenes Institut für Sozialökologie an der Berliner Humboldt-Universität zuteil. 1993 gründete Bahro die Landkommune LebensGut Pommritz bei Bautzen, auf dem seine kommunitäre Gesellschaftsvision praktisch gelebt werden sollte. Bahro starb bereits 1997.⁵⁴⁵ (Weber 2015, 231-245; Mende 2011, 250-258)

Auch **Wolfgang Harichs** *Kommunismus ohne Wachstum*, ein Interviewband mit dem Sozialdemokraten Freimut Duve, sticht mit Blick auf die Auflagenzahl nicht heraus, bleibt mit schätzungsweise 11 000 verkauften Exemplaren sogar im unteren Bereich (Amberger 2010). Es erschienen zwei

545 Siehe vertiefend zu Leben und Werk von Rudolf Bahro die Biografie von Herzberg/Seifert 2002 sowie die stärker auf sein Werk fokussierten Arbeiten von Amberger 2014 und Weber 2015.

Auflagen, eine dritte scheiterte an inhaltlichen Uneinigkeiten zwischen Harich und seinem Gesprächspartner Duve (Heyer 2015, 29). Das Buch wurde ins Spanische und ins Schwedische übersetzt (Amberger 2010; Heyer 2015, 29). Mit dem Buch wurde Harich zum Pionier und wichtigsten Vertreter einer genuin marxistischen Perspektive auf die ökologische Krise (Amery 1991, 314; Marten 1983, 16; Hermand 2020, 27). Seine enorme Wirkkraft erlangt es durch seine eindrückliche Rezeptionsgeschichte, die Heyer und Amberger detailliert nachgezeichnet haben. Der Spiegel druckte seinerzeit eine dreiseitige Vorankündigung zum Buch. Besprechungen zum Buch erschienen in einer Vielzahl überregionaler Zeitungen und Zeitschriften, u.a. Süddeutsche Zeitung, FAZ, Welt, Zeit, Spiegel, Stuttgarter Zeitung aber auch im deutschsprachigen Ausland. Rezensionen zum Buch verfassten u.a. Hans Magnus Enzensberger, Carl Amery, Herbert Gruhl, Gernot Erler und Peter Henkel. Auch der damalige Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, setzte sich explizit mit *Kommunismus ohne Wachstum* auseinander. Bereits daran wird ersichtlich, dass das Buch zu einer breiten Diskussion führte und maßgeblicher Referenzpunkt in der zeitgenössischen Ökologiedebatte war (Heyer 2015, 25-46; Amberger 2014, III-117). Auch in der Sekundärliteratur zum ökologischen politischen Denken wird Harich vielfach als wichtiger Referenzpunkt in der Ökologiedebatte benannt und behandelt (vgl. Becker 1984; 2009, 12; Hermand 1991, 144f; 2020, 26f; Marten 1983, 16; Stein 1998, 201-204; 2016, 208f; Cantzen 2020, 288; van Hüllen 1990, 37). Zudem wird Harich neben Bahro und Havemann als einer der drei maßgeblichen ökologischen Denker in der DDR beschrieben (Heyer 2015, 17; Hermand 1991, 144f; Hermand 2020, 27ff).⁵⁴⁶ Darüber hinaus setzen sich einige der untersuchten Denker inhaltlich mit Harich auseinander (vgl. Amery 1991, 314-318; 1978c; Strasser 1977, 59, 62f, 74; Strasser/Traube 1981, 230; Eppler 1992).

Wolfgang Harich, geboren 1923, arbeitete nach dem Krieg zunächst als Mitarbeiter bei der „Täglichen Rundschau“, der Tageszeitung der Sowjetischen Militäradministration. 1951 wurde er mit einer Dissertation zu Herder an der philosophischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität promoviert. Daraufhin erhielt er eine Professur für Philosophie und war ab 1951 gemeinsam mit Ernst Bloch Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“. Mitte der 1950er-Jahren setzte sich Harich mit dem so-

546 In der DDR selbst wurde das Buch offiziell abgelehnt, es fand aber eine inoffizielle Auseinandersetzung mit dem Buch statt (Heyer 2015, 36f).

nannten „Kreis der Gleichgesinnten“, einer Gruppe marxistischer Intellektueller, zu denen u.a. auch Ernst Bloch, Paul Merker und Georg Lukács gehörten, für die Demokratisierung der DDR ein und wurde dafür 1956 in einem Schauprozess zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Bereits in den 1950er-Jahren beschäftigte sich Harich intensiver mit dem Verhältnis zwischen Mensch und Natur, die ganze Dimension der ökologischen Krise ist ihm nach eigener Aussage aber erst mit den einschneidenden Veröffentlichungen der frühen 1970er-Jahre ins Bewusstsein gerückt (Harich 1975, 13ff). Sie bildeten den Anlass für *Kommunismus ohne Wachstum*. Auch im Anschluss setzte sich Harich intensiv mit der ökologischen Frage auseinander (Heyer 2015, 47-71), ohne jedoch noch einmal monografisch hervortreten. 1979 übersiedelte er zunächst nach Wien, dann in die BRD, wo er sich in der Umweltbewegung engagierte und u.a. als Gastredner beim Gründungskongress der westdeutschen GRÜNEN auftrat (Becker-Schaum/Vechtel 2016). 1981 kehrte Harich nach Ost-Berlin zurück und starb 1995.⁵⁴⁷ (Zum ges. Absatz: Amberger 2010; 2014, 61-70, 2020; Marten 1983, 18f)

Für die verbleibenden Autoren können keine Relevanzunterschiede rekonstruiert werden. Folglich wird die Autorenauswahl nach inhaltlichen Aspekten sowie mit Blick auf das abzudeckende Spektrum vervollständigt. Im Zuge dessen werden zwei weitere Autoren hinzugenommen. Zum einen **Carl Amery**, der mit seinem starken Dezentralisierungsdenken eine eigenständige Position vertritt, die in der bisher ausgewählten Autorenschaft nicht vertreten ist. Amery hat in der betrachteten Zeitphase zwei thematisch einschlägige Monografien veröffentlicht. 1972 das *Ende der Vorsehung*, in dem er die ökologische Krise auf tiefe mental-kulturelle Wurzeln der westlichen Zivilisation zurückführt, aber noch keinen Gegenentwurf beschreibt. 1976 erschien dann *Natur als Politik*, in dem Amery seine ökologische Kritik an der Gegenwartsgesellschaft spezifiziert und einen dezentralistisch-basisdemokratischen Alternativentwurf umreißt. Für das *Ende der Vorsehung* lassen sich über die DNB bis 1987 sieben Auflagen nachvollziehen, die in der Summe eine Stärke von 37 000 Exemplaren umfasst. Für *Natur als Politik* lassen sich vier Auflagen nachvollziehen, die insgesamt 23 000 Exemplare umfassen. 1991 erfolgte eine gemeinsame Neuauflage beider Werke im Heyne Verlag. Darin legt Amery dar, dass beide Werke nach wie vor inhaltlich aktuell seien, woran sich zeigt, dass Amery über die

547 Zu Leben und Werk von Wolfgang Harich siehe v.a. Amberger 2014 und Prokop 1997.

untersuchte Zeitphase hinweg an seinem öko-politischen Denken festhielt (1991, 348, 354). Später veröffentlichte Amery mit *Botschaft des Jahrtausends* (1994), *Hitler als Vorläufer* (1998) sowie *Global Exit* (2002) weitere Bücher zur ökologischen Krise.

Wie die zuvor vorgestellten Autoren wird auch Amery in der Sekundärliteratur als einer der zentralen Referenzpunkte der frühen Ökologie-Debatte in Deutschland behandelt (Furger 1976, 85; Marten 1983, 16; Mende 2011, 264-268, 302ff; Hermand 2020, 26; Hermand 1991, 135; Fenske 2009, 1f; Stein 2016, 209; Becker 1984; Nies 2020, 21-24; van Hüllen 1990, 37). Nach Markovits/Gorski hat Amerys *Natur als Politik* „den Diskurs der deutschen Ökologiebewegung wohl mehr beeinflusst als jede andere Arbeit“ (1991, 194). Amerys prominente Stellung zeigt sich insbesondere auch daran, dass sich der Großteil der untersuchten Autoren auf ihn bezieht bzw. sich mit ihm auseinandersetzt (Eppler 1975, 57, 1981, 119, 128; Strasser 1977, 22, 74ff, 87ff; Strasser/Traube 1981, 10, 233; Bahro 1980, 53, 218f; Gruhl 1975, 287, 292, 312; Harich 2015c, 158). Bahro und Strasser/Traube sehen Amery als Begründer und zentralen Vordenker einer öko-sozialistischen Perspektive (Strasser/Traube 1981, 10; Bahro 1980, 53). Wie Harich im Rückblick darlegte, hat er sich nach der Veröffentlichung von *Kommunismus ohne Wachstum* vor allem aufgrund der Lektüre von Amerys Schriften von seinem autoritären Konzept abgewendet (Harich 2015c, 158, 41).

Carl Amery, geboren 1922, studierte nach Krieg und amerikanischer Gefangenschaft Neuphilologie in München und Washington. Ab Mitte der 1950er-Jahre trat er mit erfolgreichen Romanveröffentlichungen hervor, wodurch er sich ein bundesweites Renommee als Schriftsteller erwarb. Gleichzeitig engagierte sich Amery politisch, insbesondere für die Themen Frieden und Umwelt. Er beteiligte sich an Protesten gegen die Wiederaufrüstung sowie gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft. Parteipolitisch war Amery zunächst in der Sozialdemokratie aktiv und versuchte dort das Ökologie-Thema zu platzieren. Nachdem dieses Bemühen aus seiner Sicht weitgehend vergeblich blieb, trat Amery 1974 aus der SPD aus. Ab 1977 engagierte sich Amery im Formierungs- und Gründungsprozess der GRÜNEN und gehörte zu den prominentesten Gründungsmitgliedern der Partei. Zudem wirkte Amery stark auf eine Europäisierung der Umweltbewegung hin (zum ges. Absatz bis hierher Mende 2014, 368-371; 2011, 264-269; Janssen 2015, 2). Trotz dieses parteipolitischen Engagements wurde Amery öffentlich nicht in erster Linie als Politiker, sondern als „public intellectual“ wahrgenommen und verstand seine Rolle auch selbst

so (Mende 2014, 366; Fenske 2009, 3, 8). Entsprechend sind auch seine öko-politischen Bücher nicht aus der Perspektive eines politischen Praktikers, sondern eines Intellektuellen verfasst (Fenske 2009, 3, 8).⁵⁴⁸

Die verbleibenden Autoren sind alle einem sozialdemokratischen bis sozialistischen ideologischen Hintergrund zuzuordnen (Strasser, Traube, Steffen). **Strasser und Traube** haben mit *Zukunft des Fortschritts* (1981) gemeinsam einen umfassenden öko-sozialistischen Entwurf vorgelegt, der in seiner Stoßrichtung aber an verschiedenen Stellen andere Wege geht als die bisher dieser Position zugeordneten Fromm und Bahro. Ein Entwurf in entsprechender Konkretion findet sich bei Jochen Steffen nicht. Zudem liegt Steffens Position näher an der von Erhard Eppler, weswegen der Fokus auf Strasser/Traube ebenfalls sinnvoll ist. Eine Hinzunahme dieses Werks ist also naheliegend. Sowohl Strasser als auch Traube haben bereits zuvor einschlägige Bücher veröffentlicht, die jedoch auf spezifischere Themen fokussieren.⁵⁴⁹ Davon wird Strassers *Zukunft der Demokratie* hinzugezogen, da er darin die in *Zukunft des Fortschritts* weniger detailliert behandelte Frage zum Zusammenhang zwischen Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit vertieft beleuchtet. Für *Zukunft des Fortschritts* lässt sich lediglich belegen, dass es zwei Auflagen gab, deren quantitativer Umfang aber nicht zu recherchieren und auch beim Verlag nicht zu erfragen ist. Strassers *Zukunft der Demokratie* erschien in zwei Auflagen und insgesamt 17 000 Exemplaren. In der Sekundärliteratur tauchen Strasser/Traube vielerorts als Referenzpunkte auf (Marten 1983, 16; Stein 2016, 208f; 1998, 204-209; Probst 2009, 96; Döge/Behrend 2001, 18; Eckert 1978; Gorholt 2007; Markovits/Gorski 1997, 224). Mende betont ihre Vordenkerfunktion für die undogmatische Linke und den linken Flügel der Sozialdemokratie (2011, 403). Bei den weiteren untersuchten Autoren findet sich lediglich bei Eppler Referenzen (Eppler 1981, 143, 144, 177, 236), was insofern nachvollziehbar ist, als die meisten anderen untersuchten Werke zeitlich früher veröffentlicht wurden.

Johano Strasser, geboren 1939, studierte Philosophie, wurde 1967 promoviert und habilitierte sich 1977 im Fach Politikwissenschaft an der FU Berlin. Von 1971 bis 1975 war Strasser stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten und wurde als „Chefideologe“ radikallinker Strömungen (O.V. 1973; O.V. 1973b) bzw. maßgeblicher Theoretiker antikapitalistischer

548 Siehe vertiefend zu Leben und Werk von Carl Amery Mende 2014 und Fenske 2009.

549 Traube (1978) *Müssen wir umschalten. Von den politischen Grenzen der Technik und Wachstum oder Askese* (1979); Strasser (1977) *Zukunft der Demokratie*.

und reformsozialistischer Strukturreformen (Mauersberger 1973; Scherer 2019) in der Partei wahrgenommen. Strasser war zudem seit Mitte der 1970er-Jahre Mitglied der lange von Erhard Eppler geleiteten SPD-Grundwertekommission. Von 1980 bis 1988 war Strasser Redakteur und u.a. zusammen mit Heinrich Böll und Günter Grass Mitherausgeber der politisch-literarischen Zeitschrift „L’80“. Strasser arbeitete anschließend als freier Schriftsteller. Zudem fungierte er als Generalsekretär des PEN sowie später als Präsident des PEN-Zentrums Deutschland.⁵⁵⁰ (Strasser o.J.; Dove 2018; Scherer 2019; Marten 1983, 44)

Klaus Traube, geboren 1928, promovierte 1959 in Thermodynamik an der Uni München. Bis in die frühen 1970er-Jahre arbeitete er als Manager in der Atomindustrie und war zuletzt leitender Ingenieur zur Entwicklung des Schnellen Brütters in Kalkar. Nach immer stärker werdenden Zweifeln an der Beherrschbarkeit der Atomkraft wandelte sich Traube zum entschiedenen Gegner der Atomkraft und Vordenker einer alternativen Energieversorgung. Im Zuge dessen leitete er von 1990 bis 1997 das Institut für Kommunale Energiewirtschaft und Politik an der Uni Bremen und veröffentlichte mehrere Fachbücher zur Zukunft der Energieversorgung. Bereits ab Anfang der 1970er-Jahre war Traube SPD-Mitglied, übernahm aber keine politischen Ämter.⁵⁵¹ (Reimer 2016; Mrusek 2011)

In der Summe ergibt sich für die Untersuchung der ersten Hochphase des ökologischen politischen Denkens im deutschsprachigen Raum der in Tabelle VIII dargestellte Untersuchungskorpus.

550 Siehe vertiefend zu Leben und Werk von Johano Strasser die Autobiografie *Als wir noch Götter waren im Mai* (2007).

551 Vertiefend zu Leben und Wirken von Klaus Traube liegt lediglich ein Interviewband der Paul Lazarus Stiftung vor (vgl. Traube 2013).

Tab. VIII: Ausgewählter Untersuchungskorpus für die erste Zeitphase

Autor	Werk/Beitrag ⁵⁵²
Carl Amery	<i>Das Ende der Vorsehung</i> (1972) <i>Natur als Politik</i> (1976)
Rudolf Bahro	<i>Elemente einer neuen Politik</i> (1980) <i>Logik der Rettung</i> (1987)
Erhard Eppler	<i>Ende oder Wende</i> (1975) <i>Wege aus der Gefahr</i> (1981)
Erich Fromm	<i>Haben oder Sein</i> (1976)
Herbert Gruhl	<i>Ein Planet wird geplündert</i> (1975)
Wolfgang Harich	<i>Kommunismus ohne Wachstum</i> (1975)
Hans Jonas	<i>Das Prinzip Verantwortung</i> (1979)
Johano Strasser	<i>Die Zukunft der Demokratie</i> (1977) <i>Die Zukunft des Fortschritts</i> (1981, zus. mit Klaus Traube)

Diese Materialauswahl weist Lücken auf, die kurz zu benennen sind. Durch den Fokus auf öko-politische Monografien fehlen öko-liberale Positionen, da keiner der dieser Position zuzurechnenden Denker einschlägig monografisch in Erscheinung getreten ist. Unterrepräsentiert sind in der getroffenen Auswahl zudem öko-konservative Denker. Im konservativen Spektrum reagierten neben Gruhl auch weitere Denker offensiv auf die von ihnen geteilte Einschätzung einer bedrohlichen ökologischen Krise (vgl. Graf 2008). Eine gemeinsame Position formulierten einige von ihnen 1975 im sogenannten *Bussauer Manifest zur umweltpolitischen Situation*. Neben Gruhl ist aber keiner der Denker mit einer relevanten öko-politischen Monografie in Erscheinung getreten.

552 Über diese monografischen Beiträge, auf die sich die Untersuchung in erster Linie bezieht, wurden für einzelne Autoren weitere nicht-monografische Beiträge hinzugezogen, insofern diese in den Monografien vertretene Positionen vertiefen oder erläutern.

III. Auswahl des Untersuchungsmaterials für Zeitphase 2

Analog zur ersten Zeitphase wird auch für die zweite Hochphase des ökologischen politischen Denkens eine mehrschrittige Auswahl des Untersuchungsmaterials vorgenommen, das sich im Detail etwas anders gestaltet als für die erste Zeitphase. Zunächst wird wiederum eine Autorensammlung als Sammelbecken erarbeitet. Da der Verfasser dieser Arbeit die zweite Zeitphase aus biografischen Gründen besser überblickt, kommen für das Sammelbecken neben Denkern, die in der Sekundärliteratur oder von anderen ökologisch-politischen Denkern als Referenzpunkte genannt werden, auch weitere, dem Verfasser bekannte Autoren in Frage.⁵⁵³ Aufgrund der enormen Fülle öko-politischer Veröffentlichungen wird für die Aufnahme in das Sammelbecken neben der Prüfung, ob überhaupt eine öko-politische Monografie veröffentlicht wurde⁵⁵⁴, eine erste Relevanzprüfung vorgenommen. Demnach werden Titel nur dann berücksichtigt, wenn sie eine bestimmte Relevanzschwelle überwinden. Da sich anders als für die erste Zeitphase kaum Auflagenzahlen für die Bücher ermitteln ließen, werden folgende Kriterien für diese Relevanzschwelle angesetzt:

- Ein Werk/Denker wird in der Sekundärliteratur und/oder in öko-politischen Veröffentlichungen mehr als einmal als Referenzpunkt benannt oder behandelt;
- Ein Beitrag/Denker wird in mehr als einer überregionalen Zeitung besprochen;
- Ein Beitrag weist eine Listung in den Spiegel-Bestseller-Listen auf;

Nur wenn eines dieser drei Kriterien erfüllt ist, wird das Werk bzw. der Denker in das Sammelbecken aufgenommen. Dieses Vorgehen führt in der Summe zu folgendem Sammelbecken für die zweite Zeitphase: Niko Paech, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Harald Welzer, Meinhard Miegel, Tim Jackson, Ralf Fücks, Elmar Altvater, Christian Felber, Barbara Muraca, Michael Kopatz, Ulrich Brand/Markus Wissen, Friderike Habermann,

553 Da die Orientierung an Nennungen in der Sekundärliteratur und der öko-politischen Literatur neuere Titel systematisch diskriminiert, wird zusätzlich gezielt nach neueren Veröffentlichungen gesucht.

554 Autoren, die als Referenzpunkte in der Sekundärliteratur oder bei anderen öko-politischen Denkern genannt werden, aber in der untersuchten Zeitphase keine öko-politische Monografie veröffentlicht haben, sind z.B. Veronika Bennholdt-Thomsen, Saral Sarkar, Irmi Seidl/Angelika Zahrnt, Wolfgang Sachs, Maria Mies, Claudia von Werlhof, Adelheid Biesecker, Michael Brie, Mario Candeias, Alex Demirovic.

Silke Helfrich, Serge Latouche, Stephan Lessenich, Martin Jänicke, Klaus Dörre, Bruno Kern, Helge Peukert, Uwe Schneidewind, Reinhard Loske, Bernd Ulrich, Robert Skidelsky/Edward Skidelsky, Maja Göpel, Eckardt von Hirschhausen, Hartmut Rosa, Luisa Neubauer/Alexander Repenning, Hans Joachim Schellnhuber, Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis, Jean Ziegler, Jorgen Randers/Graeme Maxton, Friedrich Schmidt-Bleek, Harald Lesch/Klaus Kampenhausen, Ottmar Edenhofer/Michael Jakob.⁵⁵⁵

Für diese Liste wird im zweiten Schritt eine Prüfung der inhaltlichen Kriterien vorgenommen.⁵⁵⁶ Besonders rechtfertigungsbedürftig ist die Streichung von Meinhard Miegel und Harald Welzer, da beide Autoren mit Blick auf quantitative und qualitative Kriterien von übergeordneter Relevanz sind.⁵⁵⁷ Harald Welzer wird für die Untersuchung nicht berücksich-

555 Quellenverweise für Nennungen in öko-politischer Literatur: Felber 2012, 189; Fücks 2013, 30, 140, 153, 165, 176; Loske 2012, 8, 30, 39f, 51f; 2015, 18-21, 25, 102, 238; Ulrich 2019, 141; Kopatz 2018, 43, 288, 371, 378; Brand/Wissen 2017, 65, 152f, 170; 2018, 112, 116; Schneidewind/Zahrnt 2013, 58f, 2019, 56f, 80, 309, 465f; Schmelzer/Passadakis 2011, 60, 64, 75; Muraca 2015, 35, 50ff, 52ff, 59-63; Altvater 2010, 140, 158, 232ff, 238, 245; Paech 2014, 85; 2016, 50; 2020, 180; Dörre 2011, 226f; Peukert 2021, 5ff, 474, 477; Kern 2019, 23, 52ff, 58, 211, 93f, 146-153, 155, 159, 167ff, 199, 234, 111, 138-141, 141-146. Quellenverweise für Nennungen in Sekundärliteratur: Grefe in Eppler/Paech 2016, 7f, 72; Pennekamp 2011, 32ff; Kaven 2015; d'Idler 2020, 52; Stein 2016, 208, 218; Adler/Schachtschneider 2010; Petschow et al. 2018, 21-26, 43ff; Schmelzer 2014, 17-21; Ott 2011; 2014b; Seidl/Zahrnt 2012, 11f, 14f; Bundeskoordination Internationalismus 2020, 43; Schmelzer/Vetter 2019, 34, 151ff, 157f; Eppler 2011, 6. Die Nachweise für Besprechungen in überregionalen Zeitungen und Spiegel Bestseller-Listungen werden hier nicht einzeln aufgeführt. Aussortiert werden in diesem ersten Auswahlsschritt u.a. Hans Thie, Wolfgang Pekny, Manfred Linz, Michael Müller/Kai Niebert, Ulrich Schachtschneider, Bernhard Pötter, Werner Rätz, Tanja von Egan-Krieger, Fabian Scheidler, Barbara Unmüßig, Hans-Christoph Binswanger, Franz Josef Radermacher, Rolf Cantzen, Felix Ekardt und Bernd Riexinger.

556 Von der Liste genommen werden in diesem Schritt die Autoren Schellnhuber, Habermann, Helfrich, Lessenich, Rosa, von Hirschhausen, Lesch/Kampenhausen, Edenhofer/Jakob, Skidelsky/Skidelsky, Miegel und Welzer.

557 Beide haben mehrere im weiteren Sinne öko-politische Monografien veröffentlicht. Für Welzer sind in erster Linie *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten* (2009, zus. mit Claus Leggewie), *Selbst Denken* (2013), *Transformationsdesign* (2014, zus. mit Bernd Sommer) und *Alles könnte anders sein* (2019) zu nennen, wobei mit Ausnahme von *Transformationsdesign* alle Bücher Spiegel-Bestseller waren. Auch in der Sekundärliteratur und der ausgewerteten öko-politischen Literatur wird Welzer vielfach als wichtiger Referenzpunkt genannt und behandelt (Fücks 2013, 140, 165; Loske 2012, 9; 2015, 25, 229; Brand/Wissen 2017, 65, 170; Brand 2018, 100, 108; Schneidewind 2019, 465f, 473; Grefe in Eppler/Paech 2016, 72; Petschow et al. 2018, 24). Von Miegel sind v.a. die Monografien *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*

tigt, weil er in seinen Werken keinen zusammenhängenden Alternativentwurf erkennen lässt, was sich insbesondere auf die institutionelle Dimension bezieht. Zwar klingt bei ihm an einigen Stellen eine kapitalismuskritische Grundhaltung an, die aber nicht spezifiziert wird. In einer Diskussion mit Niko Paech argumentiert Welzer explizit, dass es ihm nicht darum geht, einen öko-politischen Gegenentwurf zu beschreiben, da er dies transformationsstrategisch für zweitrangig erachtet (Welzer in taz 2018, 47:15 – 49:00). Ähnlich zu begründen ist auch die Nichtberücksichtigung von Miegel. Diese ist v.a. auch deshalb schmerzlich, weil Miegel als zentraler Vertreter einer konservativen Wachstumskritik im deutschen Sprachraum wahrgenommen wird (Dörre 2011, 226f; Muraca 2015, 59-63; Ott 2011, 56ff; Schmelzer 2014, 18; Schmelzer/Passadakis 2011, 64; Schmelzer/Vetter 2019; Seidl/Zahrnt 2012, 12).⁵⁵⁸ Auch bei Miegel bleiben die institutionelle Dimension seines Alternativentwurfs und die Frage, mit welchen konkreten politischen Reformen der ökologischen Krise beizukommen ist, weitestgehend offen. Stattdessen steht im Fokus seiner Arbeiten der aus seiner Sicht erforderliche Kulturwandel hin zu Suffizienz und Genügsamkeit, der in eine umfassende Rückkehr zu einer konservativen Wertebasis eingebettet ist. In institutionell-struktureller Hinsicht beschränken sich seine Ausführungen auf eine nur ansatzweise beschriebene ökologische Rahmung der

(2010), *Hybris. Die überforderte Gesellschaft* (2014) und *Das System ist am Ende* (2020) relevant, wobei sowohl *Exit* als auch *Hybris* Spiegel-Bestseller waren. Auch Miegel wird vielfach als wichtiger Referenzpunkt im Nachhaltigkeitsdiskurs genannt (Dörre 2011, 226f; Eppler/Paech 2016, 84f; Fücks 2013, 30; Loske 2012, 9; Muraca 2015, 56-65; Ott 2011, 56ff; Petschow et al. 2018, 23f; Pennekamp 2011, 32f; Schmelzer/Passadakis 2011, 64; Schmelzer 2014, 18; Seidl/Zahrnt 2012, 12; Stein 2016, 208).

- 558 Entsprechend trifft d'Idlers These, dass es mit Ausnahme von Randphänomenen wir der ÖDP keinen ökologischen Konservatismus gebe, in der Pauschalität nicht zu (d'Idler 2020, 52). Insbesondere für die erste Zeitphase greift dies zu kurz, was sich z.B. am *Bussauer Manifest* oder an der Zeitschrift *Scheidewege* ablesen lässt (vgl. Graf 2008). Auch Gruhls Position folgt, wie gezeigt, sehr wohl aus einer konservativen Grundhaltung. Auch für Miegel als konservativer Denker der zweiten Zeitphase lassen sich maßgebliche konservative Grundlagen seines ökologischen Denkens identifizieren: Die Interpretation der ökologischen Krise als geistig-mentale Kulturkrise, die Problematisierung der ideellen Wurzeln der Moderne, die zu *Hybris* und Selbstüberschätzung des Menschen und jetzt in die ökologische Krise führen, die Forderung nach einer Rückbesinnung auf konservative Werte als Ersatz für einen sinnentleerten Materialismus. In der Tendenz trifft d'Idlers These aber für die zweite Zeitphase insofern zu, dass Miegel mit seiner offensiven Adressierung der ökologischen Krise aus konservativer Perspektive eine Ausnahmeerscheinung darstellt.

Marktwirtschaft sowie den Abbau einzelner Wachstumsabhängigkeiten wie z.B. die Reformierung des bisher wachstumsabhängigen Sozialstaates. Jen-
seits dessen wird kaum sichtbar, welche ökologischen Politiken er im Kon-
kreten befürwortet.

Im nächsten Schritt der Auswahl des Untersuchungsmaterials werden
zwei im Original nicht deutschsprachige Beiträge von der Liste genommen,
da sie die für diese Werke aufgestellten Kriterien nicht erfüllen.⁵⁵⁹

Analog zur ersten Zeitphase werden die verbleibenden Autoren in Anbe-
tracht einer ersten Sichtung ihrer Positionen auf einem Spektrum konkur-
rierender Positionen verortet (Tab. IX):⁵⁶⁰

Tab. IX: Engere Eingrenzung des Untersuchungskorpus für die zweite Zeit-
phase

Grüner Kapitalismus/ Ökologische Modernisierung	Liberal- sozial- reformistische Wachstumskritik	Suffizienz- orientierte Wachstums- kritik	Gemeinwohl- Ökonomie	Antikapitalistische Wachstumskritik/ Öko-Sozialismus
M. Jänicke R. Fücks E. U. v. Weizsäcker F. Schmidt-Bleek	R. Loske M. Göpel M. Kopatz U. Schneidewind B. Ulrich	N. Paech	C. Felber	U. Brand/M. Wissen M. Schmelzer/A. Passadakis E. Altvater K. Dörre H. Peukert B. Kern B. Muraca

Die nachfolgenden Schritte unterscheiden sich leicht vom Vorgehen in
der ersten Zeitphase. Für die erste Zeitphase stehen Informationen zu Auf-

559 Die Beiträge von Ziegler und Randers/Maxton sind im Vergleich zu anderen Beiträ-
gen nicht von übergeordneter Relevanz. Tim Jacksons *Wohlstand ohne Wachstum* ist
hingegen mit Blick auf die Relevanzkriterien hervorzuheben. Da die Stoßrichtung
seines Gegenentwurfs aber auch von anderen Beiträgen abgedeckt wird, wird auch
Jackson nicht berücksichtigt.

560 Die Aufgliederung dieses Spektrums orientiert sich im Hinblick auf das wachstums-
kritische Spektrum an Schmelzer 2014 (17-21). In der Sekundärliteratur werden
als weitere Sub-Strömung im ökologischen Diskurs häufig öko-feministische Ansät-
ze genannt (Salzborn 2017; Adler/Schachtschneider 2010; Schmelzer/Vetter 2019;
Schmelzer 2014; Loske 2015, 110). Für die dabei genannten Vertreterinnen gilt
jedoch, dass sie im entsprechenden Zeitraum nicht monografisch in Erscheinung
getreten sind (Adelheid Biesecker, Uta von Winterfeld, Maria Mies, Sabine Hofmeis-
ter, Claudia von Werlhof, Christine von Weizsäcker), dass ihre Beiträge nicht primär
ökologisch motiviert sind (vgl. z.B. Bennholt-Thomsen 2010, Habermann 2016)
und/oder dass ihr Denken nicht in einen institutionell konkretisierten Gegenent-
wurf mündet (vgl. Habermann 2018, Bennholdt-Thomsen 2010, Gottschlick/Katz
2020).

lagenzahlen der Bücher zur Verfügung, die eine spezifischere Staffelung der Relevanz der Autoren zulässt. Folglich kann entlang dieser Relevanzstaffelung in Abwägung mit den inhaltlichen Kriterien und dem Ziel der Abdeckung eines breiten Spektrums vorgegangen werden. Für die neue Zeitphase ist eine gestaffelte Relevanzabschätzung hingegen schwer möglich, da die Auflagenzahlen nicht zur Verfügung stehen. Was möglich ist, ist innerhalb der jeweiligen Gruppen einige besonders relevante Autoren zu identifizieren, die entweder standardmäßig als zentrale Referenzpunkte genannt werden oder deren übergeordnete Relevanz sich über Bestsellerleistungen und ihre Rezeption nachvollziehen lässt. Entsprechend wird die weitere Selektion so vorgenommen, dass innerhalb der eingeteilten Gruppen zunächst versucht wird, besonders relevante Vertreter zu identifizieren, um diese dann im zweiten Schritt so zu ergänzen, dass auch innerhalb der jeweiligen Gruppen ein möglichst breites Spektrum an Positionen abgedeckt ist. Anders formuliert zielt dies darauf ab, diejenigen Autoren von der Liste zu nehmen, die nicht von übergeordneter Relevanz sind und für die Abdeckung eines breiten Spektrums verzichtbar sind.

Innerhalb der ersten Autorengruppe stechen mit Blick auf die Relevanz die drei Autoren Ralf Fücks, Ernst Ulrich von Weizsäcker und Martin Jänicke hervor, was sich v.a. an den Referenzen in der Sekundärliteratur und der ausgewerteten öko-politischen Literatur zeigt. Sie werden an vielen Stellen als die maßgeblichen Vertreter dieser Position behandelt (vgl. Loske 2012, 30, 39f; 2015, 18-21, 102, 238; Fücks 2013, 91, 153, 165, 176; Ulrich 2019, 141; Kopatz 2018, 43, 371; Brand/Wissen 2017, 152f; Kern 2019, 52ff, 58, 211; Muraca 2015, 35; Altvater 2010, 140, 232ff; Paech 2014, 85; 2016, 50; 2020, 124, 180; Schneidewind 2019, 56f; Adler/Schachtschneider 2010, 116ff; d'Idler 2020, 52; Kaven 2015; Ott 2011, 58f; Stein 2016, 218). Darüber hinaus werden v.a. Jänicke, aber auch von Weizsäcker, national und international als maßgebliche Mitbegründer der Perspektive einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus beschrieben (vgl. Adler/Schachtschneider 2010, 116ff; Dryzek 1997, 141; Kaven 2015, 55, 68). Zudem ergänzen sich die drei Denker in dem Sinne, dass sie beispielsweise in der Wachstumsfrage im Detail durchaus unterschiedliche Positionen vertreten. Diesen Autoren gegenüber wird Friedrich Schmidt-Bleek weniger prominent als Referenzpunkt

behandelt.⁵⁶¹ Zudem wird sein inhaltlicher Ansatz weitgehend von den anderen drei Autoren abgedeckt.⁵⁶²

Ralf Fücks wurde 1951 geboren. Von 1997 bis 2017 war er Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Seit 1982 ist er Mitglied der GRÜNEN und war u.a. Bundesvorsitzender der Partei sowie Senator für Umwelt und Stadtentwicklung in Bremen (1991-1995) (Fücks 2013, Klappentext; Zentrum Liberale Moderne o.J.). Nach Ausscheiden aus der Heinrich-Böll-Stiftung initiierte Fücks zusammen mit Marie-Luise-Beck das „Zentrum Liberale Moderne“, das sich als Thinktank zur Erneuerung der liberalen Demokratie sowie für individuelle Freiheit und Weltoffenheit begreift. Fücks' zentrales Werk zur ökologischen Frage ist *Intelligent wachsen* (2013). Als weiteres Werk wird für die Untersuchung *Freiheit verteidigen* (2017) herangezogen, in dem sich Fücks ebenfalls zur ökologischen Frage positioniert. Des Weiteren gab er 2019 zusammen mit Thomas Köhler den Sammelband *Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern* heraus.

Der 1939 geborene **Ernst-Ulrich von Weizsäcker** wurde nach einer Promotion im Fach Biologie 1972 Professor für Biologie an der Universität Essen. Anschließend fungierte er als Direktor am UNO Zentrum für Wissenschaft und Technologie in New York (1981-1984) sowie als Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn (1984-1991). Von 1991 bis 2000 war von Weizsäcker Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Seit 1992 ist er Mitglied des Club of Rome und war von 2012-2018 dessen Co-Präsident. Zwischen 1998 und 2005 übernahm er ein Bundestagsmandat für die SPD (u.a. Vorsitzender der Enquete-Kommission zum Thema Globalisierung sowie Vorsitzender des Umweltausschusses). Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag lehrte er für zwei Jahre an der University of California und ist seither freiberuflich tätig (zum ges. Absatz bis hierher von Weizsäcker et al. 2010, Klappentext; von Weizsäcker o.J.). Von Weizsäcker ist bereits Ende der 1980er-Jahre mit der Monografie *Erdpolitik* in Erscheinung getreten, die in vier weitere Sprachen übersetzt wurde. Es folgten als weitere Monografien das in zwölf Sprachen übersetzte *Faktor Vier. Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch* (1995) sowie *Politik für die Erde* (2000). In der untersuchten Zeitphase ist das Werk *Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum* einschlägig, das 2010 veröf-

561 Erwähnungen finden sich bei Loske 2015, 18-21; Kern 2019, III; Kaven 2015, 55.

562 Als einschlägige Monografien von Friedrich Schmidt-Bleek in der untersuchten Zeitphase sind zu nennen: *Nutzen wir die Erde richtig?* (2008) und *Grüne Lügen* (2014).

fentlicht wurde und mittlerweile in mehreren anderen Sprachen vorliegt. 2017 war von Weizsäcker zudem Mitherausgeber des neuen Berichts an den Club of Rome *Wir sind dran*. Dieses Buch wird für die Untersuchung nicht herangezogen, da es von einem Autorenkollektiv verfasst wurde.

Martin Jänicke wurde 1937 geboren und war von 1971 bis 2002 Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Bis 2007 leitete er die Forschungsstelle für Umweltpolitik. Anschließend wurde er zum Visiting Professor an der Quinghai Normal Universität ernannt. Er wird als einer der einflussreichsten Sozialwissenschaftler auf dem Gebiet der Umweltpolitik beschrieben. Jänicke ist seit Mitte der 1970er-Jahre als Politikberater tätig. Im Zuge dessen war er u.a. langjähriges Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen (1999-2008) sowie der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Von 1981 bis 1983 übernahm Jänicke ein Abgeordnetenmandat für die Alternative Liste im Berliner Abgeordnetenhaus (zum ges. Absatz bis hierher Jänicke 2008, Klappentext; Kaven 2015, 55; FU Berlin, o.J.; Plarre 2011). Jänicke veröffentlichte von Berufs wegen in erster Linie wissenschaftliche Abhandlungen, die nicht an eine breitere Öffentlichkeit adressiert waren. Eine Ausnahme stellt die für die vorliegende Untersuchung herangezogene Monografie *Megatrend Umweltinnovation* (2008) dar, durch welche Jänicke seine Erkenntnisse und Positionierungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machte.

In der Gruppe der liberal-sozialreformerischen Wachstumskritik muss stärker zwischen Relevanz und inhaltlichen Kriterien abgewogen werden. Die Beiträge unterscheiden sich deutlich mit Blick auf den Konkretisierungsgrad des beschriebenen Gegenentwurfes. Während Schneidewind, Kopatz und Loske diesbezüglich konkreter sind, finden sich bei Göpel (*Unsere Welt neu denken*, 2020) und Ulrich (*Alles wird anders*, 2019) nur schemenhafte Ausführungen. Demgegenüber ist die Relevanz von Göpel in quantitativer Hinsicht am höchsten. Ihr Buch erreichte Rang 1 der Spiegel-Bestsellerliste, während die Beiträge der weiteren Autoren keine Spiegel-Listung aufweisen. Dennoch wird neben Ulrich auch Göpel aussortiert, da an dieser Stelle die inhaltlichen Erwägungen überwiegen. Kopatz, Schneidewind und Loske decken mit ihren Beiträgen ein Spektrum an Ansätzen und Konzepten ab, sodass sie alle drei für die Untersuchung herangezogen werden. Die drei Denker werden in der Sekundärliteratur und der öko-politischen Literatur mehrfach als Referenzpunkte behandelt (vgl. Kern 2019, 94, 100f, 111; Stein 2016, 208; Schmelzer 2014, 19; Schmelzer/Vetter 2019, 151ff; Schneidewind 2019, 180ff). Zudem werden ihre Beiträge in vielen

überregionalen Medien besprochen. Loskes *Politik der Zukunftsfähigkeit* wurde überdies mit dem Preis Umweltbuch des Jahres 2016 der Deutschen Umweltstiftung ausgezeichnet.

Reinhard Loske wurde 1959 geboren. Er promovierte 1996 zur Klimapolitik und habilitierte sich 1999 mit einer Arbeit zur Nachhaltigkeitspolitik. Von 1992 bis 1998 arbeitete Loske als Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, wo er die Forschungsbereiche Klimapolitik und Zukunftsfähiges Deutschland verantwortete. Daran schloss sich eine politische Karriere an, zunächst bis 2007 als Abgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion sowie ab 2007 als Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in Bremen. 2013 übernahm Loske eine Professur für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke. 2019 wechselte er als Präsident an die Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues und übernahm die Professur für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung. Seit 2021 ist er freiberuflich tätig. Loske veröffentlichte vielfältige wissenschaftliche Arbeiten insbesondere zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft sowie zu Ansätzen einer Postwachstumsökonomie. In die untersuchte Zeitphase fallen drei einschlägige monografische Veröffentlichungen, die alle für die Untersuchung berücksichtigt werden: *Abschied vom Wachstumszwang* (2011), *Wie weiter in der Wachstumsfrage* (2012) und *Politik der Zukunftsfähigkeit* (2015). (Loske 2011, 64; Loske o.J.)

Der 1966 geborene **Uwe Schneidewind** hatte von 1997 bis 2010 die Professur für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Oldenburg inne. Von 2010 bis 2020 leitete Schneidewind das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und war Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit an der Bergischen Universität Wuppertal. Zudem war er über zwei Berufungsperioden von 2013 bis 2020 Mitglied im WBGU. Außerdem wurde Schneidewind in die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ berufen und ist langjähriges Mitglied des Club of Rome. 2020 wechselte Schneidewind in die Politik und wurde als gemeinsamer Kandidat von CDU und Bündnis90/Die Grünen zum Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal gewählt. In die untersuchte Zeitphase fallen zwei einschlägige öko-politische Monografien. 2013 veröffentlichte Schneidewind zusammen mit Angelika Zahrnt *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*. 2018 folgte dann das deutlich umfangreichere Werk *Die Große Transformation*. (Schneidewind/Zahrnt 2013, 171; Schneidewind 2019, Klappentext; Stadt Wuppertal o.J.)

Geboren 1971, promovierte **Michael Kopatz** 2006 in den Sozialwissenschaften. Zwischen 1997 und 2022 arbeitete er als wissenschaftlicher Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie und befasste sich insbesondere mit den Schwerpunkten Suffizienz und kommunale Wirtschaftsförderung. Dabei war Kopatz u.a. federführend an der Studie *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt* (2008) beteiligt. Kopatz fungierte zudem zwischen 2009 und 2017 an verschiedenen Hochschulen als Lehrbeauftragter im Bereich Umweltpolitik (zum ges. Absatz bis hierher Kopatz 2018, 410; Wuppertal Institut o.J.). Er engagierte sich politisch für die GRÜNEN als Abgeordneter im Stadtrat der Stadt Osnabrück (Ratsfraktion Osnabrück o.J.). Seit 2022 ist Kopatz Baudezernent in Marburg. Öffentlich bekannt wurde Kopatz v.a. durch sein breit rezipiertes Buch *Ökoroutine* (2016). 2019 folgte das inhaltlich ähnliche Werk *Schluss mit der Ökomoral*.

Neben der liberal-sozialreformerischen Wachstumskritik weist obige Heuristik mit Felber und Paech zwei Autoren auf, die distinkte Positionen vertreten und deshalb für die Untersuchung berücksichtigt werden. Als maßgeblicher Vertreter einer primär suffizienzorientierten Wachstumskritik lässt sich **Niko Paech** beschreiben (Schmelzer 2014, 19; Schmelzer/Vetter 2019, 153). Paech erzielt mit seinen Beiträgen eine enorme Reichweite und wird zum Teil als der maßgebliche Vertreter ökologischer Wachstumskritik in Deutschland hervorgehoben (Muraca 2015, 35, 52f; Grefe in Eppler/Paech 2016, 8). Seine beiden für die untersuchte Zeitphase relevanten monografischen Veröffentlichungen *Befreiung vom Überfluss* (2012) und *All you need is less* (2020, zus. mit Manfred Folkers) wurden beide Spiegel Bestseller. Sowohl in der ausgewerteten öko-politischen als auch in der Sekundärliteratur kommt Paech mit am häufigsten als Referenzpunkt vor (vgl. Felber 2012, 189; Loske 2012, 9; 2015, 18-21, 162; Kopatz 2018, 43; Brand 2018, 107, 178; Kern 2019, 146-153; Schneidewind/Zahrnt 2013, 58f; Peukert 2021, 474; Muraca 2015, 35, 52ff; Stein 2016, 208; Adler/Schachtschneider 2010, 159; Petschow et al. 2018, 21ff, 43; Ott 2011, 62; 2014b; Seidl/Zahrnt 2012, 14). Neben den beiden genannten Werken wird für die Untersuchung auch der Interviewband *Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution...* (2016) berücksichtigt, der ein Streitgespräch zwischen Paech und Erhard Eppler aufzeichnet.

Paech, Jahrgang 1960, wurde 1993 in der Volkswirtschaftslehre promoviert und habilitierte sich 2006 mit einer Arbeit zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum“. Zwischen 2008 und 2016 vertrat Paech die Professur für Produktion und Um-

welt an der Universität Oldenburg. 2010 wurde er zum außerplanmäßigen Professor ernannt. 2016 wechselte er an die Universität Siegen, wo er anschließend ebenfalls zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde und v.a. im Studiengang Plurale Ökonomik lehrt. Darüber hinaus war Paech ab 2010 über mehrere Jahre Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac. (Paech 2014, 155; Postwachstumsoekonomie o.J.)

Als weitere distinkte Position wurde in der oben dargestellten Zuordnungsheuristik zur Aufgliederung des Spektrums der gemeinwohlökonomische Ansatz von **Christian Felber** benannt. Dieser geht maßgeblich auf das Buch *Gemeinwohlökonomie* (2010) zurück, das mehrfach Spiegel-Bestseller war und mittlerweile in zwölf Sprachen übersetzt ist. Das Buch gab zudem den Startschuss für die Initiierung der Gemeinwohlökonomie-Bewegung (www.web.ecogood.org/de/). Felbers Position wird von anderen untersuchten Denkern aufgenommen und als Referenzpunkt diskutiert (vgl. Loske 2015, 169, 183f; Kopatz 2018, 288; Kern 2019, 138-141). Felber wurde 1972 geboren und studierte u.a. Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie (Felber 2012, Klappentext). Seither arbeitet er als Autor und Lehrbeauftragter. Felber war Mitbegründer und mehrjähriger Vorstand von Attac Österreich (ebd.).

Zuletzt enthält obige Autorenauswahl viele Denker, die sich heuristisch der Position einer antikapitalistischen Wachstumskritik zuordnen lassen. Für diese können mit Blick auf die Relevanz Unterschiede festgestellt werden. Hervorzuheben sind dabei die Autoren Brand und Altvater. Für **Ulrich Brand** gilt dies in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Das zusammen mit Markus Wissen veröffentlichte Buch *Imperiale Lebensweise* schaffte es bis auf Rang 3 der Spiegel-Bestsellerliste im Bereich Wirtschaft. Das Werk wurde mittlerweile ins Englische übersetzt. Auch in qualitativer Hinsicht ist hervorzuheben, dass Brand vielfach als Referenzpunkt in der öko-politischen Debatte genannt wird (vgl. Schmelzer/Vetter 2019, 34, 157f; Schneidewind 2019, 80; Schmelzer/Passadakis 2011, 66; Altvater 2010, 158; Kern 2019, 23, 199; Adler/Schachtschneider 2010, 22). Nach *Imperiale Lebensweise* hat Brand mit *Radikale Alternativen* (2018, zus. mit Alberto Acosta) sowie *Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie* (2020) zwei weitere öko-politische Monografien veröffentlicht, von denen das Erstere ebenfalls für die Untersuchung herangezogen wird.

Ulrich Brand wurde 1967 geboren und studierte Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften. Ab September 2007 übernahm Brand die Professur für Internationale Politik am Institut für Po-

litikwissenschaft der Universität Wien. Er war Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Zudem fungiert er als Mitherausgeber der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Brand kooperierte mit dem DFG Forschungskolleg Postwachstumsgesellschaft an der Universität Jena, dem wichtige wachstumskritische Stimmen wie die von Hartmut Rosa, Stephan Lessenich oder Klaus Dörre angehörten. (Brand/Wissen 2017, 224; Universität Wien o.J.)

Für **Elmar Altvater** lässt sich seine übergeordnete Relevanz vor allem in qualitativer Hinsicht belegen. Er wird sowohl in der Sekundärliteratur als auch bei vielen öko-politischen Denkern als wichtiger Referenzpunkt genannt und behandelt (vgl. Loske 2012, 51f; 2015, 112; Schmelzer/Passadakis 2011, 60; Kern 2019, 141-146; Kaven 2015, 11, 20-54; Adler/Schachtschneider 2010, 18). Kaven und Kern beschreiben Altvater als wichtigen Protagonisten der postkapitalistischen Perspektive im deutschen Sprachraum (Kern 2019, 141; Kaven 2015, 11). Auffallend ist außerdem, dass Altvater für frühere Schriften auch im angelsächsischen Raum rezipiert wurde (Barry 1999, 184). In quantitativer Hinsicht hingegen sticht Altvater nicht hervor. Das für die untersuchte Zeitphase einschlägige Werk *Der große Krach – Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur* (2010) erreichte keine Spiegel-Bestseller-Platzierung und blieb nach Verlagsauskunft mit 2500 Exemplaren weit hinter früheren Veröffentlichungen von Altvater zurück.

Elmar Altvater wurde 1938 geboren und studierte Ökonomie und Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ab 1971 übernahm er die Professur für Politische Ökonomie an der Freien Universität Berlin. Altvaters Forschungsschwerpunkte waren u.a. die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Staatstheorie, Entwicklungspolitik und der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie. Bereits ab den 1980er-Jahren veröffentlichte er Beiträge zur ökologischen Frage. Altvater war Mitbegründer und über 35 Jahre Mitglied der Redaktion der Zeitschrift PROKLA. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN, die er im Streit um Kriegseinsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan verließ. Danach wurde Altvater Mitglied der LINKEN. Er engagierte sich zudem im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung und war Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Altvater starb 2018. (Exner 2018; Altvater 2010, Klappentext; Ladwig 2018)

Für die weiteren Autoren der kapitalismuskritischen Perspektive lassen sich weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht Relevanzunterschiede feststellen. Folglich erfolgte die Auswahl nach dem Kriterium der

Abdeckung eines heterogenen Spektrums an Positionen. Mit Blick auf den Aspekt Spektrum wird deutlich, dass sich zwischen den einzelnen Beiträgen deutliche Unterschiede auf tun. Während z.B. Kern und Peukert eher einen zentralistischen Öko-Sozialismus vertreten, weisen Muracas Ausführungen eher in eine öko-kommunistische Richtung. Schmelzer/Passadakis und Dörre liegen zwar näher bei Altvater und Brand, setzen aber jeweils eigenen Akzente, die durch Brand und Altvater nicht abgedeckt sind. Deshalb werden diese Autoren allesamt für die näheren Untersuchungen berücksichtigt. Dadurch entsteht in der Autorenauswahl in quantitativer Hinsicht eine Unwucht zugunsten kapitalismuskritischer Entwürfe. Dieses quantitative Ungleichgewicht impliziert keinerlei Aussage zur Bedeutung im Vergleich zu den weiteren Auffangpositionen. Vielmehr dient die Hinzunahme der Vielzahl an Autoren einer Abdeckung des breiten Spektrums antikapitalistischer Entwürfe, da auch nur so die Trennlinien und Kontroversen innerhalb dieser Perspektive sichtbar gemacht werden können.

Matthias Schmelzer und **Alexis Passadakis** sind 2011 mit dem Buch *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte* hervorgetreten. Schmelzer studierte Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Philosophie und wurde mit einer Arbeit zur Geschichte des Wachstumsparadigmas promoviert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena sowie beim Konzeptwerk Neue Ökonomie. Zudem gehört er zu den prominenten Vertretern der sogenannten Degrowth-Bewegung. Politisch engagiert er sich u.a. bei Attac. Alexis Passadakis studierte politische Ökonomie. Er war Mitglied des Koordinierungskreises von Attac (zum ges. Absatz bis hierher Schmelzer/Passadakis 2011, Klappentext; Schmelzer/Vetter 2019, 256). Ihr Beitrag wird v.a. in der Sekundärliteratur als Referenzpunkt für eine kapitalismuskritische Perspektive genannt (vgl. Seidl/Zahrnt 2012, 14; Ott 2011, 62; Schmelzer 2014, 19; Petschow et al. 2018, 24, 43).

Bruno Kern ist maßgebliches publizistisches Sprachrohr der „Initiative Ökosozialismus“, das ausgehend von einer stark wachstumspessimistischen Position einen eher planwirtschaftlich orientierten Ökosozialismus vertritt (www.oekosozialismus.net). Die 2019 veröffentlichte Monografie *Das Märchen vom Grünen Wachstum* wird entsprechend als neues Standardwerk zu einem so verstandenen Ökosozialismus vorgestellt (Initiative Ökosozialismus o.J.). In der Sekundärliteratur wird teilweise direkt auf Kern, teilweise auf die „Initiative Ökosozialismus“ verwiesen (Adler/Schachtschneider 2010, 65; Schmelzer 2014, 19). Bei den weiteren öko-politischen Autoren findet sich nur beim Kern inhaltlich nahestehenden Peukert eine Referenz

auf diesen (2021, 477). Dazu ist jedoch zu beachten, dass Kerns Beitrag zeitlich neben dem von Peukert der Jüngste ist, andere Verweise auf dieses Werk also nicht möglich sind. In überregionalen Medien wurde Kerns Werk vereinzelt besprochen. Er wurde 1958 geboren und absolvierte ein Studium der Theologie, das er mit einer Promotion zur Marxismusrezeption in der Theologie der Befreiung abschloss (Kern 2019, 237). Kern ist Gründungsmitglied der „Initiative Ökosozialismus“ sowie des „Netzwerks Ökosozialismus“ (ebd.).

Barbara Muracas einschlägige Monografie heißt *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums* (2014), die 2015 auch als Lizenzausgabe bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschien. Sie ist für das zu untersuchende Spektrum v.a. auch deshalb relevant, weil sie am stärksten eine Commons-Perspektive vertritt, wie sie z.B. auch bei nicht berücksichtigten Autorinnen wie Silke Helfrich und Friederike Habermann vertreten wird (vgl. dazu Vetter/Schmelzer 2019, 155f). Muraca überspringt die angelegte Relevanzschwelle deshalb, weil sie v.a. in der Sekundärliteratur als Referenzpunkt behandelt wird (vgl. Petschow et al. 2018, 23; Ott 2011, 63f; 2014b; Seidl/Zahrnt 2012, 15; Vetter/Schmelzer 2019, 34, 155f). Brand beschreibt Muraca als Vordenkerin der Degrowth-Bewegung (Brand/Acosta 2018, 112). Muraca wurde 1971 geboren und hat 2008 an der Universität Greifswald im Bereich Nachhaltigkeitstheorie promoviert (dazu und im Folgenden Muraca 2015, Klappentext; Oregon State University o.J.). Darüber hinaus arbeitete sie von 2012-2014 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena. Im Anschluss übernahm sie 2015 eine Assistenzprofessur für Umweltphilosophie an der Oregon State University.

Klaus Dörre wurde 1957 geboren und 1992 im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften promoviert. 1999 hat er sich mit einer kritischen Kapitalismusanalyse habilitiert. Seit 2004 ist Dörre Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Universität Jena. Er fungierte als Sprecher des 2011 initiierten und mittlerweile abgeschlossenen DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften an der Universität Jena und ist außerdem seit 2017 Herausgeber des *Berliner Journal für Soziologie* (zum ges. Absatz bis hierher Dörre o.J.). Dörre hat Ende 2021 die Monografie *Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution* veröffentlicht. Diese konnte für die vorliegende Arbeit nicht mehr zum Untersuchungskorpus hinzugezogen werden. Zuvor erschien von Dörre zusammen mit Christine Schickert das Buch *Neosozialismus, Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus* (2019). Des Weiteren werden die beiden Beiträge *Grüner*

Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftsträchtige Reformstrategie (2011) und *Die neue Lust am Sozialismus. Option für eine Nachhaltigkeitsrevolution?* (2020) berücksichtigt.

Helge Peukert ist erst Anfang 2021 mit dem Buch *Klimaneutralität jetzt!* mit einer öko-politischen Monografie in Erscheinung getreten, zu der wiederum Niko Paech das Vorwort verfasst hat und das Werk als „Buch der Stunde zum Klima- und Nachhaltigkeitsdiskurs“ bezeichnet (2021, 7). Zuvor hat Peukert in erster Linie kritische Bücher zum Geld- und Finanzsystem sowie zur, aus seiner Sicht, einseitigen wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehre veröffentlicht. Er ist Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen und u.a. Mitglied im „Netzwerk Plurale Ökonomik“ sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Peukert wurde 1956 geboren. Er promovierte 1991 in der Volkswirtschaftslehre und 1994 in Soziologie. Von 1996 bis 1997 arbeitete er als Professor an der Universität Lettland sowie anschließend nach abgeschlossener Habilitation als Privatdozent an der Universität in Frankfurt. In der Folgezeit hatte Peukert verschiedene Forschungs- und Stiftungsprofessuren inne, bevor er 2006 zum außerplanmäßigen Professor für Finanzwirtschaft und Finanzsoziologie an der Universität Erfurt ernannt wurde. 2016 wechselte er auf die Professur nach Siegen. (Peukert 2021, Klappentext; Universität Siegen o.J.)

In der Summe ergibt sich für die Untersuchung der zweiten Hochphase des ökologischen politischen Denkens im deutschsprachigen Raum der in Tabelle X dargestellte Untersuchungskorpus:

Tab. X: *Ausgewählter Untersuchungskorpus für die zweite Zeitphase*

Autor/Autorin	Werk/Beitrag ⁵⁶³
Elmar Altvater	<i>Der große Krach</i> (2010)
Ulrich Brand	<i>Imperiale Lebensweise</i> (2017, zus. mit Markus Wissen) <i>Radikale Alternativen</i> (2019, zus. mit Alberto Acosta)
Klaus Dörre	<i>Grüner Kapitalismus – Leitbild für eine zukunftsträchtige Reformstrategie?</i> (2011) <i>Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion</i> (2019) <i>Die neue Lust am Sozialismus</i> (2020)
Christian Felber	<i>Gemeinwohlökonomie</i> (2010)
Ralf Fücks	<i>Intelligent Wachsen</i> (2013) <i>Freiheit verteidigen</i> (2017)
Martin Jänicke	<i>Megatrend Umweltinnovation</i> (2008)

563 Die Untersuchung fokussiert auf die hier genannten Hauptbeiträge. Darüber hinaus werden für einzelne Autoren weitere Beiträge hinzugezogen, insofern diese die in den Hauptbeiträgen vertretene Positionen vertiefen oder erläutern.

Autor/Autorin	Werk/Beitrag
Bruno Kern	<i>Das Märchen vom Grünen Wachstum</i> (2019)
Michael Kopatz	<i>Ökoroutine</i> (2018)
Reinhard Loske	<i>Abschied vom Wachstumszwang</i> (2011) <i>Wie weiter in der Wachstumsfrage</i> (2012) <i>Politik der Zukunftsfähigkeit</i> (2015)
Barbara Muraca	<i>Gut leben</i> (2015)
Niko Paech	<i>Befreiung vom Überfluss</i> (2012) <i>Was Sie da vorhaben, wäre ja eine Revolution</i> (2016, zus. mit Erhard Eppler) <i>All you need is less</i> (2020, zus. mit Manfred Folkers)
Helge Peukert	<i>Klimaneutralität jetzt!</i> (2021)
Matthias Schmelzer/ Alexis Passadakis	<i>Postwachstum</i> (2011)
Uwe Schneidewind	<i>Damit gutes Leben einfacher wird</i> (2013, zus. mit Angelika Zahrnt) <i>Die Große Transformation</i> (2018)
Ernst U. von Weizsäcker	<i>Faktor Fünf - Die Formel für nachhaltiges Wachstum</i> (2010, zus. mit Karlson Hargroves und Michael Smith)

Auch für die Materialauswahl zur zweiten Zeitphase ist auf Lücken einzugehen. Erstens fehlt eine dezidiert öko-konservative Perspektive. Diese wird im deutschen Sprachraum prominent von Meinhard Miegel begründet, der aber aus den oben dargelegten Gründen nicht berücksichtigt wird. Neben Miegel sind keine dezidiert konservativen ökologischen Vordenker auszumachen, die breitenwirksame Werke veröffentlicht haben. Auch das liberale Spektrum ist in der getroffenen Auswahl schwach repräsentiert. Lediglich Fücks verschreibt sich explizit einer liberalen Perspektive. Jenseits dessen sind dem Verfasser dieser Arbeit keine relevanten Vordenker aus dem liberalen Spektrum bekannt, die für die Untersuchung infrage kommen.